



C/2024/5345

2.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.110954

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5345)

Datum der Annahme der Entscheidung	8.8.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.110954	
Mitgliedstaat	Slowakei	
Region	Bratislavský kraj, Západné Slovensko, Stredné Slovensko, Východné Slovensko	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Amendment of SA.53564 Compensation for EIUs for the part of the system operation tariff in relation to the RES component	
Rechtsgrundlage	(a) Act no. 309/2009 Coll. on the support of renewable energy sources and highly efficient combined production and on the amendment of certain laws as amended, valid from 31 December 2023.(b) Decree of the Ministry of Economy of the Slovak Republic No. 106/2019 Coll., establishing the list of authorized industries, the scope and structure of the administration and the method of providing compensation to entrepreneurs, valid from 1 January 2024.(c) Decree of the Ministry of Economy of the Slovak Republic No. 400/2023 Coll., amending Decree of the Ministry of Economy of the Slovak Republic No. 106/2019 Coll., establishing the list of authorized industries, the scope and structure of the administration and the method of providing compensation to entrepreneurs, which came into force on 1 January 2024.(d) Act no. 358/2015 Coll. on the adjustment of certain relations in the area of state aid and minimum aid and on the amendment of certain laws (the State Aid Act) valid from 9 December 2015	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Erneuerbare Energien	
Form der Beihilfe	Andere Formen der Steuervergünstigung	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 300 000 000 EUR Jährliche Mittel: 40 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 31.12.2030	
Wirtschaftssektoren	Steinkohlenbergbau, Gewinnung von Erdgas, Eisenerzbergbau, Sonstiger NE-Metallerzbergbau, Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer, Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale, Gewinnung von Salz, Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g., Fischverarbeitung, Kartoffelverarbeitung, Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften, Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse, Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u. ä. Nahrungsfette), Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen, Herstellung von Zucker, Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln, Herstellung von Wermutwein und	

	sonstigen aromatisierten Weinen, Herstellung von Malz, Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei, Weberei, Veredlung von Textilien und Bekleidung, Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff, Herstellung von Teppichen, Herstellung von Seilerwaren, Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung), Herstellung von technischen Textilien, Herstellung von Lederbekleidung, Herstellung von Strumpfwaren, Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen, Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke, Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten, Herstellung von Parketttafeln, Herstellung von Holzwaren a.n.g, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel), Herstellung von Holz- und Zellstoff, Herstellung von Papier, Karton und Pappe, Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe, Herstellung von Tapeten, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Industriegasen, Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten, Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien, Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien, Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Herstellung von Kunststoffen in Primärformen, Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen, Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g., Herstellung von Chemiefasern, Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen, Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen, Herstellung von sonstigen Gummiwaren, Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen, Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen, Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren, Herstellung von Flachglas, Veredlung und Bearbeitung von Flachglas, Herstellung von Hohlglas, Herstellung von Glasfasern und Waren daraus, Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren, Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren, Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten, Herstellung von Sanitärkeramik, Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik, Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke, Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen, Herstellung von Zement, Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage, Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g., Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen, Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl, Herstellung von Blankstahl, Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm, Herstellung von kaltgezogenem Draht, Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium, Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn, Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer, Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen, Aufbereitung von Kernbrennstoffen, Eisengießereien, Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen, Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung, Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen, Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn, Herstellung von Schrauben und Nieten, Herstellung von elektronischen Bauelementen, Herstellung von Batterien und Akkumulatoren, Herstellung von Glasfaserkabeln, Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln, Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g., Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebs-elementen, Herstellung von Krafträdern, Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g., Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel), Schlachten von Geflügel, Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten, Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis), Mahl- und Schäl-mühlen, Herstellung von Dauerbackwaren, Herstellung von Teigwaren, Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren),

	Herstellung von Fertiggerichten, Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g., Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere, Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere, Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer, Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe, Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe, Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen, Herstellung von Klebstoffen, Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik, Herstellung von Kalk und gebranntem Gips, Herstellung von Faserzementwaren, Stahlgießereien, Leichtmetallgießereien, Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall, Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall, Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministerstvo hospodárstva SR Mlynské nivy 44/a, 827 15 Bratislava
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5384

2.9.2024

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11614 – CVC / COMARCH)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5384)

1. Am 26. August 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- CVC Capital Partners plc („CVC“, Jersey),
- Comarch S.A. („Comarch“, Polen).

CVC wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Comarch erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt im Wege eines am 17. Juli 2024 angekündigten öffentlichen Übernahmeangebots.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- CVC: Berater und/oder Investmentfondsmanager mit Beteiligungen an einer Reihe von Unternehmen aus verschiedenen Branchen in aller Welt,
- Comarch: Anbieter von IT-Lösungen auf der Grundlage eigener Produkte, darunter Systeme für die Unternehmensressourcenplanung, Finanz- und Rechnungslegungssysteme, Systeme für die Kundenpflege, Treuesoftware, Systeme für die Absatzförderung und den elektronischen Dokumentenaustausch sowie für die Informations- und Kommunikationsnetzverwaltung, Abrechnungssysteme, Business-Intelligence-Software, Sicherheits- und Datenschutzmanagementdienste.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11614 – CVC / COMARCH

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.



C/2024/5379

2.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11694 – ASTERION / F2i / 2i AEROPORTI)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5379)

1. Am 23. August 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Asterion Industrial Partners SGEIC, S.A. („Asterion“, Spanien), über die Zweckgesellschaft MERCURIO MIDCO, S.L.U. („Mercurio“, Spanien),
- F2i - Fondi Italiani per le Infrastrutture Società di Gestione del Risparmio S.p.A., im Namen und für Rechnung des Fonds F2i-Terzo Fondo per le Infrastrutture („F2i“, Italien),
- 2i Aeroporti S.p.A. („2i Aeroporti“, Italien), derzeit gemeinsam kontrolliert von F2i und ARDIAN (Frankreich).

Asterion und F2i werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von 2i Aeroporti S.p.A. erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Asterion ist eine unabhängige Anlageverwaltungsgesellschaft, die sich auf Infrastruktur im mittleren europäischen Marktsegment konzentriert.
- F2i ist eine unabhängige Infrastruktur-Fondsverwaltungsgesellschaft, die sich hauptsächlich auf italienische Infrastruktur konzentriert.
- 2i Aeroporti ist eine Holdinggesellschaft, die im Bereich Flughafenmanagement in Italien tätig ist. Sie hält Mehrheitsbeteiligungen an i) Società Azionaria Gestione Aeroporto Torino S.p.A., der Betreibergesellschaft des Flughafens Turin, ii) Società Gestione Servizi Aeroporti Campani S.p.A., der Betreibergesellschaft der Flughäfen Neapel und Salerno, iii) Aeroporto Friuli Venezia Giulia S.p.A., der Betreibergesellschaft des Flughafens Triest.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11694 – ASTERION / F2i / 2i AEROPORTI

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5142

2.9.2024

Information der Kommission gemäß dem Beschluss (EU) 2024/1315 des Rates

(C/2024/5142)

Gemäß Artikel 2 des Beschlusses (EU) 2024/1315 des Rates vom 22. April 2024 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union auf der 58. Tagung des Fachausschusses für die Beförderung gefährlicher Güter der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) zu den Änderungen des Anhangs C des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr zu vertreten ist ⁽¹⁾, teilt die Kommission mit, dass die von dem Ausschuss gefassten Beschlüsse, die ab dem 1. Januar 2025 gelten sollen, abrufbar sind unter:

http://otif.org/fileadmin/new/2-Activities/2D-Dangerous-Goods/2Df-Notifications/2025/NOT-RID-24007-e-amendments_2025_RID.pdf

⁽¹⁾ ABl. L, 2024/1315, 15.5.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2024/1315/oj>.



C/2024/5342

2.9.2024

Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission

(C/2024/5342)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission⁽¹⁾ veröffentlicht.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Saale-Unstrut“

PDO-DE-A1275-AM02

Datum der Mitteilung: 3.6.2024

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

1. Beschreibung der Veränderungen

- a) Beschreibung des Weines/der Weinbauerzeugnisse und analytische (bisher Nummer 2.1, künftig in Nummer 3.1 der Produktspezifikation) und/oder organoleptische (bisher Nummer 2.2, künftig in Nummer 3.3 der Produktspezifikation) Eigenschaften.

Der natürliche Mindestalkoholgehalt der g.U. Saale-Unstrut wird in einer gesonderten Nummer 3.2 aufgeführt. Die Öchslegrade wurden gestrichen. Inhaltlich erfolgt keine Änderung.

ERGÄNZUNG

Die verschiedenen Erzeugnisse werden namentlich mit spezifischer Beschreibung der Organoleptik und möglichen Formen der Herstellung benannt.

ERGÄNZUNG

„Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.“

- b) Abgrenzung des Gebietes (bisher Nummer 3 der Produktspezifikation, künftig in Nummer 4)

Das Gebiet der g.U. Saale-Unstrut wird neu abgegrenzt.

Die einzelnen Gemeinden einschließlich der Gemarkungen werden aufgeführt.

Neu aufgenommen werden die Gemarkungen Kirchscheidungen, Weißenfels und Wallhausen (Helme) im Land Sachsen-Anhalt. In Thüringen werden die Gemarkungen Bergsulza, Schmiedehausen, Sonnendorf, Weichau im Landkreis Weimarer Land, Löberschütz, Tümppling im Landkreis Saale-Holzland-Kreis und Uhlstädt im Saalfeld-Rudolstadt hinzugefügt.

ERGÄNZUNG

Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus den Karten mit den parzellenmäßig abgegrenzten Rebflächen der oben genannten Gemeinden, welche unter www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein einsehbar sind.

Der Passus zur Herstellungsmöglichkeit von Erzeugnissen der g.U. Saale-Unstrut wird umformuliert. Der ursprüngliche Passus lautet:

„Die Herstellung von Qualitätswein, Prädikatswein, Sekt b. A. und Qualitätssperlwein b. A. mit dem geschützten Namen ‚Saale-Unstrut‘ muss im Anbaugebiet, in einem zum Anbaugebiet zugehörigen Land oder in einem benachbarten Land erfolgen“

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

Zukünftig soll der Passus wie folgt lauten:

„Die Herstellung aller Erzeugnissen mit dem geschützten Namen ‚Saale-Unstrut‘ muss im Anbaugebiet Saale-Unstrut bzw. in einem der Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Sachsen, Bayern, Hessen oder Berlin erfolgen.“

c) Keltertraubensorten

In Nummer 7 (künftig Nummer 8) der Produktspezifikation sind bislang folgende Rebsorten angegeben:

Weißweinsorten

Auxerrois, Bacchus, Weißer Burgunder, Cabernet blanc, Chardonnay, Roter Elbling, Weißer Elbling, Faberrebe, Roter Gutedel, Weißer Gutedel, Helios, Hölder, Huxelrebe, Johanniter, Kerner, Kernling, Merzling, Morio Muskat, Muskat Ottonel, Müller-Thurgau, Muscaris, Gelber Muskateller, Roter Muskateller, Ortega, Phoenix, Rieslaner, Roter Riesling, Weißer Riesling, Ruländer, Saphira, Sauvignon Blanc, Scheurebe, Schönburger, Blauer Silvaner, Grüner Silvaner, Solaris, Roter Traminer, Grüner Veltliner, Villaris.

Rotweinsorten

Acolon, André, Cabernet Cortis, Cabernet Dorio, Cabernet Dorsa, Cabernet Jura, Cabernet Mitos, Cabertin, Domina, Dornfelder, Dunkelfelder, Blauer Frühburgunder, Blauer Limberger, Merlot, Müllerrebe, Pinotin, Blauer Portugieser, Regent, Rondo, Saint Laurent, Blauer Spätburgunder, Blauer Trollinger, Blauer Zweigelt.

ÄNDERUNG

Zukünftig heißt es „Weiße Rebsorten“ und „Rote Rebsorten“ statt „Weißweinsorten“ und „Rot/Roséweinsorten“.

Hinzugefügt werden folgende Rebsorten:

Weiße Rebsorten

Rosé Chardonnay, Ehrenfelser, Irsay Oliver, Riesel, Sauvignac, Sauvitage, Sauvignier Gris.

Rote Rebsorten

Cabaret Noir, Satin Noir

d) Geltende Anforderungen gemäß Unions- oder nationaler Rechtsvorschriften/Anforderungen von einer der g.U./g.g.A. verwaltenden Organisation

Geltende Anforderungen gemäß Unions- oder nationaler Rechtsvorschriften:

In Nummer 9 der Produktspezifikation (künftig Nummer 10) werden die weiteren Anforderungen hinsichtlich der Etikettierung aufgeführt.

ERGÄNZUNGEN

Gesetzlich geregelte Bezeichnungselemente dürfen entsprechend des geltenden Rechts verwendet werden.

Die traditionellen Begriffe Qualitätswein, Prädikatswein, Sekt b. A., Qualitätsperlwein b. A. und Winzersekt sind mit der Ursprungsbezeichnung verbunden und können die Bezeichnung „geschützte Ursprungsbezeichnung“ ersetzen.

Darüber hinaus stellt die Weinbergsrolle das Verzeichnis der für die kleineren geografischen Einheiten zugelassenen Namen von Bereichen, Groß- und Einzellagen sowie Gewannen dar. In der Weinbergsrolle sind die Grenzen der Lagen und Bereiche nach Katasterbezeichnungen (Gemarkung, Flur, Gewanne, Flurstück) eingetragen. Sie wird in Sachsen-Anhalt vom Amt für Landwirtschaft Flurneuordnung und Forsten Süd geführt. In Thüringen wird sie ebenfalls in Sachsen-Anhalt im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd geführt. In Brandenburg wird sie vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz geführt. Die Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle basiert auf folgenden Rechtsgrundlagen:

— § 23 Absatz 3 und 4 des Weingesetzes

— § 29 der Weinverordnung

— Verordnung zur Durchführung des Weinrechts (WeinR-DVO-LSA) vom 13. Dezember 2011 § 10 Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle

- Verordnung zur Durchführung des Weinrechts im Land Brandenburg (WeinRDV-Brandenburg) vom 30. September 2016 § 8 Eintragung von Geografischen Bezeichnungen in die Weinbergsrolle
- Thüringer Verordnung zur Durchführung des Weinrechts und zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts (ThürWeinVO-Thür) vom 17. April 2012 § 10 Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle

Eine Änderung der Abgrenzung der kleinen geografischen Einheiten ist nur mit Zustimmung der zuständigen Organisation nach § 22g des Weingesetzes zulässig. Jede Änderung ist der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung von der zuständigen Organisation nach § 22g des Weingesetzes anzuzeigen.

e) Kontrollbehörde

Die Kontrollbehörden (bisher in Nummer 10 der Produktspezifikation, künftig in Nummer 11) werden in Nummer 11.1 hinsichtlich ihrer Kontaktdaten aktualisiert.

ÄNDERUNGEN

Bei den Kontrollbehörden in Sachsen-Anhalt wurden folgende Änderungen auf Grund von neu vorliegenden Daten vorgenommen:

- E-Mail-Adresse bei Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung und Forsten Süd
- Telefonnummer und Adresse bei Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Burgenlandkreis
- Adresse und Kontaktdaten bei Amt für Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
- Adresse und Kontaktdaten bei Amt für Veterinärangelegenheiten und Lebensmittelüberwachung
- Telefonnummer beim Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Saalekreis
- Name der Behörde Fachdienst Veterinärangelegenheiten und gesundheitlicher Verbraucherschutz Salzlandkreis
- E-Mail bei Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt

ÄNDERUNGEN

Bei den Kontrollbehörden in Thüringen wurden folgende Änderungen auf Grund von neu vorliegenden Daten vorgenommen:

- Name und Kontaktdaten der Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau Erfurt
- E-Mail-Adresse beim Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung und Forsten Süd
- Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Name der Behörde Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz
- E-Mail-Adresse des Zweckverbandes Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Jena-Saale-Holzland

ÄNDERUNGEN

Bei den Kontrollbehörden in Brandenburg wurden folgende Änderungen auf Grund von neu vorliegenden Daten vorgenommen:

- E-Mail-Adresse, Fax, Telefonnummer, Anschrift und Name der Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
- E-Mail-Adresse, Fax, Telefonnummer, Anschrift und Name der Behörde Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

- Kontaktdaten des Landkreises Potsdam-Mittelmark
- Neuaufnahme des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG)

Hinsichtlich der Aufgaben der Kontrollbehörden (bisher in Nummer 10.2 der Produktspezifikation, künftig in Nummer 11.2) erfolgt eine Änderung der Zuständigkeit für Neuanpflanzungsgenehmigungen. Diese ist auf die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) übergegangen.

In Nummer 11.2.2 und 13.2.2 „Qualitätsprüfung“ wird der folgende Satz gestrichen: „Jeder Qualitätswein, Sekt b. A. und Qualitätssperlwein b. A. wird einer obligatorischen Prüfung unterzogen.“

f) Sonstiges

ERGÄNZUNG

Einfügen der Nummer 2 - Kategorien von Weinbauerzeugnissen

- Wein
- Qualitätsschaumwein
- Perlwein

Weiterhin erfolgen redaktionelle Änderungen gemäß EU-Vorgaben. Hierzu zählen alle Änderungen, die geltendes Recht abbilden. Dies kann durch einen Verweis auf geltendes Recht oder durch Streichung der entsprechenden Passage erfolgen.

Im Absatz „Zusammenhang mit dem Gebiet“ werden die Beschreibungen der Kategorien „Perlwein“ und „Qualitätsschaumwein“ präzisiert und umformuliert. Im Absatz „Zusammenhang mit dem Gebiet“ in der neuen Nummer 9 der Produktspezifikation erfolgt eine Ergänzung in Nummer 9.1.1 der Produktspezifikation „Landschaft und Morphologie“

ERGÄNZUNG

„Entlang der Ilm ziehen sich die Rebflächen vom Raum Weimar bis nach Bad Sulza.“

PRÄZISIERUNG

In Nummer 9.4.3 der Produktspezifikation Kategorie „Perlwein“ wird eine Umformulierung vorgenommen. Der zu ändernde Satz lautet: „Die Herstellung erfolgt durch Gärung oder den Zusatz von endogener Kohlensäure.“ Umformuliert soll dieser Satz künftig lauten: „Die Herstellung erfolgt durch Gärung, wobei endogene Kohlensäure entsteht.“

PRÄZISIERUNG

In 9.4.2 der Produktspezifikation Kategorie „Qualitätsschaumwein“ wird die erste Gärung hinzugefügt. Bisher war die Herstellung von Qualitätsschaumwein nach der Beschreibung nur durch eine zweite Gärung des Sektgrundweins möglich. Durch die Änderung wird die Herstellungsmöglichkeit von Qualitätsschaumwein auf die erste Gärung ausgeweitet.

Der traditionelle Begriff „Classic“ wird ergänzt.

2. **Begründung der Veränderungen**

a) Beschreibung des Weines/der Weine

Der natürliche Mindestalkoholgehalt wird in einer eigenen Nummer aufgeführt, um die Produktspezifikation übersichtlicher zu gestalten.

Die organoleptischen Beschreibungen werden differenzierter ausgestaltet, um die Besonderheiten des Anbaugebietes noch besser darstellen zu können.

Durch die Ergänzung des Gesamtalkoholgehaltes bei Weinen ohne Anreicherung wird von der Öffnungsklausel der EU-Verordnung Gebrauch gemacht.

b) Abgrenzung des Gebietes

Das neu abgegrenzte Gebiet der g.U. Saale-Unstrut inklusive der neu aufzunehmenden Gemarkungen entsprechen den Voraussetzungen des räumlichen Zusammenhangs sowie der weiteren prüfungserheblichen Punkte der Anforderungen der Schutzgemeinschaft g.U. Saale-Unstrut. Und sie haben das durch die Geschäftsordnung vorgesehene Verfahren durchlaufen. Als Entscheidungsgrundlage für die Abgrenzung des Gebietes dient der Bewertungsbogen für Rebflächen, welcher bei der Schutzgemeinschaft g.U. Saale-Unstrut abgerufen werden kann. Er beinhaltet objektive Messparameter zur Bewertung der Weinbaulichen Eignung, zur geografischen Lage und zur Weinbaulichen Historie der jeweiligen Fläche.

Die Konkretisierung und Darstellung der parzellenscharfen Abgrenzung entspricht dem geltenden Recht.

Die Konkretisierung und Klarstellung der Anforderungen hinsichtlich des Herstellungsortes für die Herstellung von Erzeugnissen der g.U. Saale-Unstrut erfolgt, um geltendem Recht in der Formulierung nachzukommen

c) Keltertraubensorten

Die neu hinzugefügten Rebsorten sind bereits seit mehreren Jahren im Gebiet im Anbau und haben sich hinsichtlich der Weinbaulichen Anbaueignung und den daraus gewonnenen Weinen bewährt.

d) Geltende Anforderungen gemäß Unions- oder nationaler Rechtsvorschriften/Anforderungen von einer die g.U./g.g.A. verwaltenden Organisation

Geltende Anforderungen gemäß Unions- oder nationaler Rechtsvorschriften:

Die Bestimmungen zur Etikettierung sollen um engere geografische Bezeichnungen ergänzt werden, um das geltende Recht abzubilden.

Die eingefügte bezeichnungsrechtliche Regelung hat klarstellenden Charakter im Hinblick auf bezeichnungsrechtliche Begrifflichkeiten des nationalen Rechts, die nicht über e-Ambrosia geschützt sind.

e) Kontrollbehörden

Eine Anpassung wurde in Folge der Änderung der Kontaktdaten der zuständigen Kontrollbehörden erforderlich, um dem korrekten Sachverhalt nachzukommen.

Die Korrektur hinsichtlich der Neugenehmigungen erfolgt, um das geltende Recht abzubilden. Der Satz wird gestrichen, um eine Doppelung zu vermeiden.

f) Sonstiges

In den durchgeführten Änderungen erfolgen Anpassungen an die korrekten Verantwortlichkeiten sowie den geforderten formellen Rechtsrahmen.

Es mussten redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, um den EU-Vorgaben gerecht zu werden.

Die Ergänzung zum Weinbau entlang der Ilm bei Weimar entspricht dem geltenden Istzustand.

Die Umformulierung in Nummer 9.4.3 der Produktspezifikation Kategorie „Perlwein“ erfolgt, um die tatsächlichen Vorgänge bei der Perlweinbereitung in der Formulierung wiederzugeben.

In Nummer 9.4.2 der Produktspezifikation Kategorie „Qualitätsschaumwein“ wird die erste Gärung eingefügt, da nach der bisherigen Beschreibung der Kategorie „Qualitätsschaumwein“ ein solcher nur durch zweite Gärung hergestellt werden konnte. Dies entspricht nicht mehr der gängigen Praxis, die nunmehr die Möglichkeiten hat „Qualitätsschaumwein“ auch mittels einer ersten Gärung herzustellen.

Bei den Änderungen im „Zusammenhang mit dem Gebiet“ ist nicht die Notwendigkeit der Einreichung einer Unionsänderung gegeben, da durch die Änderungen nicht der Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet aufgehoben wird (vgl. Art.14 der Verordnung (EU) 2019/33).

Der traditionelle Begriff „Classic“ wird hinzugefügt.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**

Saale-Unstrut

2. **Art der geografischen Angabe:**

g.U. – Geschützte Ursprungsbezeichnung

3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**

1. Wein

5. Qualitätsschaumwein

8. Perlwein

3.1. *Kombinierter Nomenklaturcode*

— 22 - GETRÄNKE, ALKOHOLHALTIGE FLÜSSIGKEITEN UND ESSIG

— 2204 - Wein aus frischen Weintrauben, einschließlich mit Alkohol angereicherter Wein; Traubenmost, ausgenommen solcher der Position 2009

4. **Beschreibung des Weins / der Weine**

1. Qualitätswein, weiß

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Die Weißweine sind meist von elegant fruchtiger bis kräftiger Art mit fruchtbetonten bis würzigem Bukett und üblicherweise hellgrüner bis goldgelber Farbe. Ein anschließender traditioneller Ausbau auf dem großen Holzfass bzw. Barrique wird teilweise durchgeführt und verleiht dem Wein entsprechend der Vinifikation typische sensorische Eigenschaften.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

— Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):

— Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):

— Mindestgesamtsäure: In Milliäquivalent je Liter

— Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):

— Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

2. Qualitätswein, rosé

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Roséweine sind mit hellroter bis lachsartiger Farbe von leichter unkomplizierter Art. Er wird zumeist halbtrocken ausgebaut und spiegelt vor allem die Fruchtaromen der Rotweinsorten wieder, die zur Herstellung verwendet wurden.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

3. Qualitätswein, Blanc de Noir

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der Qualitätswein Blanc de Noir gibt in seiner Art intensiv die Fruchtkomponenten der roten Rebsorte wieder, der zur Herstellung verwendet wurde. Er erscheint in Farbe und Geschmack dem eines Weißweins.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

4. Qualitätswein, Rotling

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Ein Rotling entspricht optisch einem Roséwein, ist geschmacklich aber die aromatische Kombination der Verschnitt-Partner, welcher zur Vinifikation verwendet wurden. Die Herstellung von Rotling-Weinen erfolgt gemäß geltendem Recht.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

5. Qualitätswein, rot

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der Rotwein ist üblicherweise mit karminroter bis tief dunkel rubinroter Farbe von leichter bis kräftiger Art. Die Weine werden je nach angestrebter sensorischer Ausprägung erhitzt oder traditionell auf der Maische vergoren. Anschließend kann der Ausbau auf dem Edelstahltank, dem Holzfass oder Barriquefass erfolgen, wodurch die Weine entsprechend der gewählten Vinifikation typische sensorische Eigenschaften erfahren. Dabei entstehen samtig bis körperreiche Weine mit einem angemessenen Tanningerüst.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

6. Prädikatswein, Kabinett

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Prädikatswein** Kabinett besitzt grundsätzlich die gleichen sensorischen Eigenschaften wie der Qualitätswein. Jedoch sind diese in Ihrer Intensität deutlich intensiver ausgeprägt. Die Prädikatsweine Kabinett besitzen einen moderaten Alkoholgehalt sowie die sortentypischen Eigenschaften der auf dem Etikett ausgewiesenen Rebsorte. Sie haben eine lebhaft, frische Säure und ein ausgeprägte Weinigkeit.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

7. Prädikatswein, Spätlese

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Prädikatswein** Spätlese besitzt grundsätzlich die gleichen sensorischen Eigenschaften wie der Prädikatswein Kabinett. Jedoch sind diese durch die Verwendung vollreifer Trauben in Ihrer Intensität deutlich intensiver ausgeprägt. Die Prädikatsweine Spätlese sind deutlich komplexer und spiegeln die sortentypischen Eigenschaften der auf dem Etikett ausgewiesenen Rebsorte deutlich stärker als die vergleichbaren Prädikatsweine Kabinett.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

8. Prädikatswein, Auslese

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Prädikatswein** Auslese besitzt grundsätzlich die gleichen sensorischen Eigenschaften wie der Prädikatswein Spätlese. Jedoch sind diese durch Verwendung voll- bis überreifer, aber gesunder Trauben in Ihrer Intensität deutlich intensiver ausgeprägt. Die Prädikatsweine Auslese sind deutlich komplexer und spiegeln die sortentypischen Eigenschaften der auf dem Etikett ausgewiesenen Rebsorte deutlich stärker als die vergleichbaren Prädikatsweine Spätlese.

Der Gesamtalkohol für Wein mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

9. Prädikatswein, Beerenauslese

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Prädikatswein** Beerenauslese besitzt grundsätzlich die gleichen sensorischen Eigenschaften wie der Prädikatswein Auslese. Jedoch sind diese durch Verwendung überreifer, eingetrockneter oder edelfauler Trauben in Ihrer Intensität deutlich intensiver ausgeprägt. Die Prädikatsweine Beerenauslese sind deutlich komplexer und spiegeln die sortentypischen Eigenschaften der auf dem Etikett ausgewiesenen Rebsorte deutlich stärker als die vergleichbaren Prädikatsweine Auslese.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

10. Prädikatswein, Trockenbeerenauslese

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Prädikatswein** Trockenbeerenauslese besitzt grundsätzlich die gleichen sensorischen Eigenschaften wie der Prädikatswein Beerenauslese. Jedoch sind diese durch Verwendung überwiegend eingetrockneter und edelfauler Trauben in Ihrer Intensität deutlich intensiver ausgeprägt. Die Prädikatsweine Trockenbeerenauslese sind deutlich komplexer und spiegeln die sortentypischen Eigenschaften der auf dem Etikett ausgewiesenen Rebsorte deutlich stärker als die vergleichbaren Prädikatsweine Beerenauslese.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

11. Prädikatswein, Eiswein

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Prädikatswein** Eiswein besitzt grundsätzlich die gleichen sensorischen Eigenschaften wie der Prädikatswein Auslese. Jedoch sind diese durch Verwendung gesunder Trauben, welche nach geltendem Recht gefroren verarbeitet werden in Ihrer Intensität deutlich intensiver ausgeprägt. Die Prädikatsweine Eiswein sind deutlich komplexer und spiegeln die sortentypischen Eigenschaften der auf dem Etikett ausgewiesenen Rebsorte deutlich stärker als die vergleichbaren Prädikatsweine Auslese.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

12. Sekt b.A.

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Sekt b. A.** wird durch die jeweiligen organoleptischen Eigenschaften der zu ihrer Herstellung verwendeten Rebsorteweine geprägt. Neben dem rebsortenspezifischen Bukett besitzen er ein, durch das Hefelager beeinflusstes Reifearoma sowie ein animierendes feinerliges Mousseux. Für die Herstellung sind alle gesetzlich zugelassenen Verfahren möglich und beeinflussen in ihrer jeweils gewählten Form die sensorischen Eigenschaften des Sekt b. A. Die beschriebenen organoleptischen Eigenschaften gelten in gleicher Weise für Winzersekt.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

13. Qualitätsperlwein b.A.

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Der **Qualitätsperlwein b. A.** weist eine feine bis ausgeprägte Perlage auf und ist fruchtig frisch. Die Aromen sind in ihren jeweiligen organoleptischen Eigenschaften durch die zu ihrer Herstellung verwendeten Rebsortenweine geprägt.

Der Gesamtalkohol für Weine mit der geschützten Ursprungsbezeichnung Saale-Unstrut, der ohne Anreicherung gewonnen wurde, darf 15,0 Vol.-% überschreiten.

Für Analysemerkmale ohne Zahlenangabe gilt geltendes Recht.

Allgemeine Analysemerkmale

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):
- Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol):
- Mindestgesamtsäure:
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter):
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):

5. **Weinbereitungsverfahren**5.1. *Spezifische önologische Verfahren*

1. Alle Erzeugnisse

Spezifisches önologisches Verfahren

Es gilt geltendes Recht.

2. Alle Erzeugnisse

Einschlägige Einschränkungen bei der Weinbereitung

Es gilt geltendes Recht.

3. Alle Erzeugnisse

Anbauverfahren

Es gilt geltendes Recht.

5.2. *Höchstserträge*

1.

90 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Zur geschützten Ursprungsbezeichnung gehören die Rebflächen der Gemarkungen Bad Kösen, Balgstädt, Burgheßler, Burgscheidungen, Burgwerben, Eulau, Freyburg/Unstrut, Gleina, Goseck, Grana, Hirschroda, Karsdorf, Kirchscheidungen, Kleinheringen, Kleinjena, Laucha, Markwerben, Memleben, Mertendorf, Möllern, Müncheroda, Naumburg, Nebra, Nißnitz, Pödelist, Reinsdorf, Schieben, Schkortleben, Schleberoda, Schönburg, Taugwitz, Uichteritz, Weischütz, Weißenfels, Wennungen, Wethau, Wetterzeube, Zeitz, Zeuchfeld und Zscheiplitz im Landkreis Burgenlandkreis, Quedlinburg und Westerhausen im Landkreis Harz, Beyernaumburg, Lüttchendorf, Neehausen, Seeburg, Unterrißdorf und Wallhausen (Helme) im Landkreis Mansfeld-Südharz, Branderoda, Grockstädt, Gröst, Hohnstedt, Klobikau, Langenbogen, Querfurt, Stedten, Steigra, Vitzenburg und Zappendorf im Landkreis Saalekreis sowie Gröna und Könnern im Landkreis Salzlandkreis des Landes Sachsen-Anhalt.

In Thüringen gehören zur geschützten Ursprungsbezeichnung die Rebflächen in den Gemarkungen Auerstedt, Bad Sulza, Bergsulza, Darnstedt, Denstedt, Großheringen, Hopfgarten, Kaatschen, Kromsdorf, Niedertrebra, Oßmannstedt, Schmiedehausen, Sonnendorf, Wickerstedt, Weichau im Landkreis Weimarer Land, Camburg, Dornburg, Dorndorf-Steudnitz, Golmsdorf, Graitschen, Löberschütz, Neuengönna, Orlamünde, Schöngleina, Seitenroda, Tümppling und Wichmar im Landkreis Saale-Holzland-Kreis, Bad Blankenburg und Uhlstädt im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, Rastenberg im Landkreis Sömmerda, Großvargula im Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis, Weimar Ortsteil Schöndorf, Weimar Ortsteil Tiefurt und die kreisfreien Städte Jena und Erfurt.

Zur geschützten Ursprungsbezeichnung gehören weiterhin die Rebflächen der Gemarkungen Werder (Havel), Phöben, Plessow und Neu Töplitz der Stadt Werder (Havel) im Landkreis Potsdam-Mittelmark des Landes Brandenburg.

Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus den Karten mit den parzellenmäßig abgegrenzten Rebflächen der oben genannten Gemeinden, welche unter www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein einsehbar sind.

Die Herstellung von Erzeugnissen mit dem geschützten Namen „Saale-Unstrut“ muss im Anbaugebiet Saale-Unstrut bzw. in einem der Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Sachsen, Bayern, Hessen oder Berlin erfolgen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Acolon

André

Auxerrois - Auxerrois blanc, Pinot Auxerrois

Bacchus

Blauer Frühburgunder - Pinot Noir Précoce, Pinot Madeleine, Madeleine Noir, Frühburgunder, Pinot Madelaine

Blauer Limberger - Lemberger, Blaufränkisch, Limberger

Blauer Portugieser

Blauer Silvaner

Blauer Spätburgunder

Blauer Trollinger - Trollinger, Vernatsch

Blauer Zweigelt - Zweigeltrebe, Rotburger, Zweigelt

Cabaret Noir

Cabernet Blanc

Cabernet Cortis

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabertin

Chardonnay

Domina

Dornfelder

Dunkelfelder

Ehrenfelser

Faberrebe

Gelber Muskateller

Grüner Silvaner - Silvaner, Sylvaner

Grüner Veltliner - Veltliner

Helios
Huxelrebe - Huxel
Hölder
Irsay Oliver
Johanniter
Kerner
Kernling
Merlot
Merzling
Morio Muskat
Muscaris
Muskat Ottonel - Muskat-Ottonel
Müller Thurgau - Rivaner
Müllerrebe - Schwarzriesling, Pinot Meunier
Ortega
Phoenix - Phönix
Pinotin
Regent
Riesel
Rieslaner
Rondo
Rosé Chardonnay - Chardonnay, Rosa Chardonnay, Chardonnay Rosé
Roter Elbling - Elbling Rouge
Roter Gutedel - Chasselas Rouge, Fendant Rouge
Roter Muskateller - Muskateller, Muscat, Moscato
Roter Riesling
Roter Traminer - Clevner, Traminer
Ruländer - Pinot Grigio, Grauburgunder, Grauer Burgunder, Pino Gris
Saint Laurent - St. Laurent, Sankt Laurent
Saphira
Satin Noir
Sauvignac
Sauvignon Blanc - Muskat Silvaner
Sauvitage
Scheurebe
Schönburger
Solaris
Souvignier Gris
Villaris
Weißer Burgunder - Pinot Bianco, Weißburgunder, Pinot Blanc
Weißer Elbling - Elbling, Kleinberger
Weißer Gutedel - Chasselas Blanc, Fendant Blanc, Fendant
Weißer Riesling - Riesling renano, Rheinriesling, Klingenberger, Riesling

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1.

Geografische Verhältnisse

Landschaft und Morphologie

Das Anbaugebiet Saale-Unstrut erstreckt sich auf drei Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. An der Unstrut liegen die Weinberge von Memleben aus über Burgscheidungen, Laucha und Freyburg bis in die Saalemündung bei Großjena. An der Saale gedeihen die Reben von Bad Kösen, Naumburg bis nach Weißenfels im Norden und im Süden bis nach Jena in Thüringen. Entlang der Ilm ziehen sich die Rebflächen vom Raum Weimar bis nach Bad Sulza. Rund um Hohnstedt bei Halle sind die Weinberge zwischen Zappendorf und Unterrissdorf. Trauben wachsen ebenfalls an der „Weißen Elster“ von Kloster Posa in Zeitz bis nach Wetterzeube. In Brandenburg gehören die Rebflächen bei Werder (Havel) zum Anbaugebiet Saale – Unstrut. Die Weinberge liegen meist geschützt in den Flusstälern und auf den angrenzenden Flach- oder Hanglagen in Höhen zwischen 100 und 350 Metern über dem Meeresspiegel. Die Rebhänge sind mehrheitlich nach Süden gerichtet. 77 % der Rebflächen haben eine Hangneigung zwischen 10 und 30 %. 18 % der Rebflächen erreichen eine Hangneigung von über 30 %.

Geologie

Geologisch dominiert der Muschelkalkverwitterungsboden Weinberge in und um Freyburg, Klosterhäseler, z. T. Bad Kösen und Thüringen (Bad Sulza, Auerstedt, Kaatschen, Jena bis Camburg, Golmsdorf, Weimar). Je nach Stärke des Lößauftrages sind die Böden trocken bis mäßig feucht und sehr kalkhaltig mit teilweise sehr hohem Steinanteil. Aber auch Buntsandstein (Großjena, Weißenfels, Weiße Elster, z. T. Bad Kösen), Lößlehm und Kupferschiefer sind zu finden.

Natürliche Einflüsse

Das Wetter bestimmt ein Klima mit kontinentalem Einfluss. Die Jahresdurchschnittstemperatur beträgt ca. 9,6° C. Im Regenschatten des Harzes gelegen, fällt relativ wenig Niederschlag, rund 500 mm/Jahr. Die Sonnenscheindauer ist mit ca. 1686 Sonnenstunden/Jahr hoch. Die Flusstäler bilden kleine Wärmeinseln, die für ein besonderes mildes Mikroklima sorgen.

Menschliche Einflüsse

Der Weinbau wird in Direktzug-, Steil- und Terrassenlagen betrieben. Größtenteils herrscht Drahtrahmenerziehung vor. Die kleinräumige Struktur in den Terrassen- und Steillagen begrenzt die Mechanisierung der Rebanlagen. In den Terrassenlagen ist die Pflege der Weinberge teilweise nur manuell möglich und demzufolge äußerst arbeitsintensiv. Das ausgewogene Klima, die Bodenart, eine gezielte Ertragsregulierung und die erfahrenen Hände der Winzer formen Weine besonderer Güte und verleihen den edlen Tropfen ihren unverwechselbar spritzigen Charakter.

Kausaler Zusammenhang:

Das Anbaugebiet Saale-Unstrut erstreckt sich über die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Die Weinberge liegen meist geschützt in den Flusstälern und auf angrenzenden Flach- oder Hanglagen in Höhen zwischen 100 und 250 Metern. Die Mehrzahl der Weinberge weisen eine Hangneigung zwischen 10 und 30 % auf. Ca. 18 % liegen in Steil- und Terrassenlagen. Die Witterung im Anbaugebiet ist kontinental beeinflusst. Die Flusstäler bilden kleine Wärmeinseln, die für ein besonders mildes Klima sorgen. Der Boden wird je nach Lage durch Muschelkalk, Buntsandstein, Lößlehm und Kupferschiefer geprägt. Diese natürlichen Bedingungen und die einer langen Tradition folgende Arbeit der Winzer/innen bestimmen den Charakter der Weine des Anbaugebietes Saale-Unstrut.

Kategorien von Erzeugnissen

Die in Nummer 9 der Produktspezifikation bisher erläuterten Zusammenhänge beziehen sich auf die Erzeugung des Ausgangsproduktes der Traube, die aufgrund der unterschiedlichen Böden und Bearbeitung eine unterschiedliche Prägung erhalten. Nach der Ernte erfolgt die Einstufung in die entsprechenden Qualitätsstufen der Weinerzeugung.

8.2. Kategorie Wein

Die Weine müssen die in Nummer 3 der Produktspezifikation benannten Mindestanforderungen je Rebsortenkategorie erfüllen und dürfen angereichert werden.

Prädikatsweine müssen mindestens die in Nummer 3 der Produktspezifikation aufgeführten Kriterien erfüllen und dürfen nicht angereichert werden. Bei der Erzeugung des Grundproduktes der Trauben, die für die Herstellung von Prädikatswein vorgesehen sind, kann der Winzer im Laufe der Vegetation durch spezielle Pflegemaßnahmen, wie z. B. Entblätterung der Traubenzone oder Ausdünnen der Trauben eine bessere Qualität und eine intensivere Zusammensetzung der Inhaltsstoffe der Traube erzielen. Darüber hinaus kann durch weiteren menschlichen Einfluss (z. B. unterschiedliche kellertechnische Ausbauförmungen) eine Prägung des Endproduktes Prädikatswein erfolgen.

8.3. *Kategorie Qualitätsschaumwein*

Das Grundprodukt muss die in Nummer 3 der Produktspezifikation benannten Kriterien vorweisen. Je nach Vegetationsstand und Standort müssen die Trauben der für die Erzeugung von Sektgrundwein ausgewählten Weinberge zu einem früheren Zeitpunkt geerntet werden, um die für einen Sekt b. A. oder Winzersekt prägnante Säurestruktur zu erhalten.

Die Herstellung erfolgt mittels erster oder zweiter Gärung im Tank oder in der Flasche. Wenn es sich um die Spezialität des Verfahrens der traditionellen Flaschengärung handelt, muss das Erzeugnis durch eine zweite alkoholische Gärung in der Flasche zu Schaumwein geworden sein. Hierbei muss das Erzeugnis mindestens neun Monate auf der Flasche reifen.

8.4. *Kategorie Perlwein*

Für Qualitätsperlwein b. A. muss das Grundprodukt die Mindestanforderungen von Qualitätswein des jeweiligen Anbaugebietes, die in Nummer 3.2 der Produktspezifikation aufgeführt sind, erfüllen. Die Herstellung erfolgt durch Gärung, wobei endogene Kohlensäure entsteht.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

Einzelstaatliches Recht

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Weine und Weinerzeugnisse sind zusätzlich zur bestehenden geschützten Ursprungsbezeichnung „Saale-Unstrut“ obligatorisch mit einem der unter 5 a) genannten traditionellen Begriffe zu kennzeichnen und können zusätzlich mit einem der unter 5 b) gelisteten traditionellen Begriffe gekennzeichnet werden.

Um die in Nummer 5 a) der Produktspezifikation dargestellten traditionellen Begriffe, die mit dieser Ursprungsbezeichnung verbunden sind, auf dem Etikett verwenden zu dürfen, müssen Qualitätsweine, Prädikatsweine, Sekt b. A. und Qualitätsperlweine b. A. zuvor eine amtliche Qualitätsprüfung (siehe Nummer 11.1.2.2, 11.2.2.2 und 11.3.2.2 der Produktspezifikation) erfolgreich durchlaufen haben. Die in diesem Zusammenhang zugeteilte Prüfungsnummer (sog. A.P.-Nummer) muss auf dem Etikett angegeben werden.

Gesetzlich geregelte Bezeichnungselemente dürfen entsprechend des geltenden Rechts verwendet werden.

Die traditionellen Begriffe Qualitätswein, Prädikatswein, Qualitätsperlwein b. A., Sekt b. A. und Winzersekt sind mit der Ursprungsbezeichnung verbunden und können die Bezeichnung „geschützte Ursprungsbezeichnung“ ersetzen.

Darüber hinaus stellt die Weinbergsrolle das Verzeichnis der für die kleineren geografischen Einheiten zugelassenen Namen von Bereichen, Groß- und Einzellagen sowie Gewannen dar. In der Weinbergsrolle sind die Grenzen der Lagen und Bereiche nach Katasterbezeichnungen (Gemarkung, Flur, Gewanne, Flurstück) eingetragen. Sie wird in Sachsen-Anhalt vom Amt für Landwirtschaft Flurneuordnung und Forsten Süd geführt. Für Thüringen wird sie ebenfalls in Sachsen-Anhalt im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd geführt. In Brandenburg wird sie vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz geführt. Die Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle basiert auf folgenden Rechtsgrundlagen:

— § 23 Absatz 3 und 4 des Weingesetzes

— § 29 der Weinverordnung

— Verordnung zur Durchführung des Weinrechts (WeinR-DVO-LSA) vom 13. Dezember 2011 § 10 Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle

- Verordnung zur Durchführung des Weinrechts im Land Brandenburg (WeinRDV-Brandenburg) vom 30. September 2016 § 8 Eintragung von Geografischen Bezeichnungen in die Weinbergsrolle
- Thüringer Verordnung zur Durchführung des Weinrechts und zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Weinrechts (ThürWeinVO-Thür) vom 17. April 2012 § 10 Einrichtung und Führung der Weinbergsrolle

Eine Änderung der Abgrenzung der kleinen geografischen Einheiten ist nur mit Zustimmung der zuständigen Organisationen nach § 22g des Weingesetzes zulässig. Jede Änderung ist der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung von der zuständigen Organisation nach § 22g des Weingesetzes anzuzeigen.

Link zur Produktspezifikation

www.ble.de/eu-qualitaetskennzeichen-wein



C/2024/5348

2.9.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a
der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**

(C/2024/5348)

Im Anschluss an diese Veröffentlichung können gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

EINZIGES DOKUMENT

„Ġbejna tan-nagħaġ“

EU-Nr.: PDO-MT-02973 — 10.7.2023

g. U. (X) g. g. A. ()

1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]

„Ġbejna tan-nagħaġ“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Malta

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses

Klasse 1.3. Käse

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

Das Erzeugnis mit der g. U. „Ġbejna tan-nagħaġ“ ist ein Frischkäse, der aus vollfetter Rohmilch von Schafen (*Ovis aries*) der „Maltesischen“ Rasse und deren Kreuzungen mit Schafen der Friesischen Rasse oder anderen Rassen hergestellt wird, die auf den Maltesischen Inseln – auf Malta, Gozo und Comino – registriert sind.

Der Käse mit dem Namen „Ġbejna tan-nagħaġ“ kann in frischem Zustand („Ġbejna tan-nagħaġ“ friska), in luftgetrocknetem Zustand („Ġbejna tan-nagħaġ“ niexfa) oder eingelegt und gepfeffert („Ġbejna tan-nagħaġ“ tal-bżar) verkauft werden.

Die drei Sorten des Erzeugnisses „Ġbejna tan-nagħaġ“, also „friska“, „niexfa“ und „tal-bżar“, müssen die folgenden Merkmale aufweisen (übersichtsweise zusammengefasst, soweit erforderlich mit Angabe von Ausnahmen):

Aufmachung

— Höhe: 1,5 bis 5 cm

— Gewicht: 30 bis 110 g

— Bodendurchmesser: 5 bis 7 cm

— Oberer Durchmesser: 2,4 bis 5,5 cm

— An der Oberfläche der Erzeugnisse der Sorte „tal-bżar“ haftet gemahlener schwarzer Pfeffer in unterschiedlicher Menge.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABL. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

Äußeres Erscheinungsbild

- Keine Rinde
- Form eines Kegelstumpfs mit mehr oder weniger stark geneigten Seiten
- Die Oberseite ist flach oder leicht nach innen gewölbt.
- Die Seitenfläche hat eine schräg nach außen gewölbte Form.
- Die Oberfläche kann je nach den auf der Form vorzufindenden Motiven schraffiert sein.
- Das Erscheinungsbild ist glänzend und weich, mit feuchtem Aussehen („friska“), mit trockenem oder fettigen Aussehen („niexfa“) oder mit feuchter Oberfläche („tal-bżar“).
- Die Farbe ist weiß („friska“), elfenbeinfarben bis strohgelb („niexfa“) oder blass strohgelb bis ockerfarben („tal-bżar“).

Inneres Erscheinungsbild

- Keine Unterkruste
- Gelegentliches Vorhandensein von Löchern bei den Sorten „niexfa“ und „tal-bżar“
- Keine Marmorierung
- Gelegentliches Vorhandensein von leichten Rissen bei den Sorten „niexfa“ und „tal-bżar“
- Halbfeste bis feste Struktur je nach Trocknungsdauer und -bedingungen (mit Ausnahme der Sorte „friska“, bei der die Struktur cremig, weich, feucht und leicht fettig ist)
- Die Farbe des Kerns ist weiß („friska“) oder elfenbeinfarben bis blass strohgelb („niexfa“ und „tal-bżar“).
- Bei der Sorte „niexfa“ kann die Farbe vom Rand zum Kern hin variieren, wobei sie im Kern etwas heller ist.

Organoleptische Eigenschaften

- Das Aroma ist von geringer Intensität mit einem Duft nach frischer Milch und leichtem Schafsgeschmack („friska“) sowie leicht säuerlichen Noten („niexfa“) oder würzigem Geruch (nach schwarzem Pfeffer) („tal-bżar“).
- Der Geschmack ist süß und dabei leicht salzig („friska“), süß bis leicht säuerlich („niexfa“) oder mäßig bis stark säuerlich mit würzigem Nachgeschmack („tal-bżar“).
- Die Textur ist feucht und fettig („friska“), löslich bis leicht klebrig („niexfa“) oder feucht bis gipsartig („tal-bżar“).
- Der Nachgeschmack ist wenig ausgeprägt („friska“), mäßig bis stark („niexfa“) oder stark säuerlich und pfeffrig („tal-bżar“).

Chemische Eigenschaften

- Gesamtproteingehalt: 14 bis 40 %
- Gesamtfettgehalt: 15 bis 40 %
- pH-Wert: 4,7 bis 5,3
- Feststoffgehalt gesamt: 37 bis 56 %

3.3. Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)

Der jährliche Anteil der Futtermittel, die von außerhalb des geografischen Gebiets stammen, beträgt maximal 45 % der Trockenmasse. Aufgrund der geringen Niederschläge und der begrenzten Verfügbarkeit von Flächen ist es technisch nicht möglich, 100 % der Futtermittel lokal aus dem geografischen Gebiet zu beziehen.

Mindestens 55 % der Futtermittel der Schafe besteht aus lokalem Heu von Leguminosen und Getreidepflanzen (einschließlich Gerste, Lolch, Weizen, Wicken, Ackerbohnen, Kronen-Süßklee, Mais, Hirse, Luzerne, Weidelgras und Klee), ergänzt durch Kraftfutter aus verschiedenen Rohstoffen, das von den großen Futtermittelfabriken vertrieben wird. Je nach Verfügbarkeit können die Schafe auch mit Pflanzen aus der Region wie Johanniskraut und den Sprossen von Kaktusfeigen gefüttert werden. Der Geschmack des Käses „Ġbejna tan-nagħaġ“ hängt mit der Verwendung lokaler Futtermittel zusammen.

Die Schafsrohmlach stammt bei allen drei Sorten des Käses „Ġbejna tan-nagħaġ“ vollständig aus dem spezifischen geografischen Gebiet.

Für die Herstellung von „Ġbejna tan-nagħaġ“ wird Schafsrohmlach von Herden der „Maltesischen“ Rasse und deren Kreuzungen, die in Malta, Gozo oder Comino registriert sind, verwendet.

Die Schafsrohmlach weist die folgenden chemischen Eigenschaften auf:

- pH-Wert: zwischen 6,4 und 6,7,
- Fettgehalt: zwischen 4,5 und 8,0 %,
- Proteingehalt: zwischen 5,0 und 6,5 %,
- Trockenmassegehalt: zwischen 15,0 und 18,0 %.

3.4. Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen

Die folgenden Erzeugungsschritte finden in dem geografischen Gebiet statt:

- Tierhaltung (Zucht, Aufzucht, Melken von Schafen der „Maltesischen“ Rasse und von Kreuzungen)
- Käseherstellung aus Schafsrohmlach von Schafen der „Maltesischen“ Rasse und von Kreuzungen
- Reifung des Käses „Ġbejna tan-nagħaġ“

3.5. Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

Alle drei Sorten des Käses „Ġbejna tan-nagħaġ“ werden als ganze Erzeugnisse verkauft.

„Ġbejna tan-nagħaġ“ der Sorte „friska“ wird ausschließlich nach Menge verkauft, während „Ġbejna tan-nagħaġ“ der Sorten „niexfa“ und „tal-bżar“ entweder nach Gewicht oder nach Menge verkauft wird.

„Ġbejna tan-nagħaġ“ wird je nach Hersteller und Kundenanforderungen entweder einzeln oder in unterschiedlichen Mengen in einzelnen transparenten Kunststoff- oder Glasbehältern verpackt, die jeweils mit einem Banderole-naufkleber versiegelt und mit einem Etikett versehen sind.

Normalerweise werden zur Herstellung von 1 kg „Ġbejna tan-nagħaġ“ bei einer Abtropfzeit von 24 Stunden 6,8 bis 8 l Schafsmilch benötigt, je nach Jahreszeit und Ernährungsweise. Dies entspricht 125 bis 147 g „Ġbejna tan-nagħaġ“ (bzw. 0,125g bis 0,147 kg „Ġbejna tan-nagħaġ“) pro Liter Schafsmilch bei einer Abtropfzeit von 24 Stunden.

Die drei Sorten des Käses „Ġbejna tan-nagħaġ“ haben keine Rinde und müssen daher innerhalb des Erzeugungsgebiets verpackt werden, bevor sie in Verkehr gebracht werden können. Die Handhabung dieses rindenlosen Erzeugnisses außerhalb des Erzeugungsgebiets würde eine mikrobielle Kontamination zur Folge haben.

Für „Ġbejna tan-nagħaġ“ der Sorte „friska“ ist die Verpackung erforderlich, um die empfindliche Struktur dieses frischen, bröckeligen Käses zu schützen und zu bewahren. Auch für „Ġbejna tan-nagħaġ“ der Sorte „tal-bżar“ ist die Verpackung erforderlich, da seine Oberfläche durch das Einlegen und das Aufbringen von gemahlenem/geschrotetem schwarzen Pfeffer feucht wird, sodass bei der Handhabung Geschmack und Aroma des Erzeugnisses beeinträchtigt würden.

Das Aufschneiden ist bei allen drei Erzeugnissen aufgrund der Stückgröße von weniger als 120 g weder zulässig noch sinnvoll.

Der Vorgang des Reibens ist nur für „Ġbejna tan-nagħaġ“ der Sorte „niexfa“ relevant. Um den besonderen Geschmack und das Aroma des Erzeugnisses zu erhalten und seinen Ursprung nachweisen zu können, muss das Reiben innerhalb von sechs Wochen nach der Erzeugung am Erzeugungsort erfolgen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Verpacken des Erzeugnisses außerhalb des geografischen Gebiets keine angemessene Option ist, da sich die Einschränkungen beim Transport – Malta ist ein Inselstaat und der nächstgelegene EU-Hafen befindet sich auf Sizilien (ca. 80 km entfernt) – negativ auf die Qualität des Erzeugnisses auswirken würden und eine Qualitätskontrolle des geschützten Erzeugnisses nur schwerlich durchzuführen wäre.

3.6. *Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Das Erzeugnis hat ein rechteckiges Etikett mit der Aufschrift „Ġbejna tan-nagħaġ“ und der Zusatzangabe in Kursivschrift wie unten aufgeführt:

- „friska“ oder „niexfa“ oder „tal-bżar“
- das Logo der bescheinigenden Kontrollbehörde
- das EU-Qualitätszeichen

4. **Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets**

Der Maltesische Archipel besteht aus den drei bewohnten Inseln Malta, Gozo, Comino sowie weiteren kleineren, unbewohnten Inseln.

Der Käse „Ġbejna tan-nagħaġ“ wird auf den drei bewohnten Inseln hergestellt. Malta ist ein Staat von bescheidener Größe (316 km²), viel kleiner als die meisten geografischen Gebiete, die bei anderen g. U.-Erzeugnissen Berücksichtigung finden. Aufgrund dieser geringen Größe und der geophysikalischen Gegebenheiten wird Malta mit Blick auf die Bezeichnung „Ġbejna tan-nagħaġ“ nicht in Regionen unterteilt, sondern die g. U. gilt für sämtlichen auf dem Archipel erzeugten Käse mit dem Namen „Ġbejna tan-nagħaġ“.

5. **Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet**

Die Maltesischen Inseln liegen praktisch im Zentrum des Mittelmeers, hier herrscht ein typisch subtropisches Mittelmeerklima.

In und um Malta übersteigt die Verdunstung die Niederschläge bei Weitem, was dazu führt, dass das Meerwasser eine spezifische Dichte von 1,0300 (die somit höher ist als die des Atlantiks) und relativ warme Oberflächentemperaturen aufweist. Das die Inseln umgebende Meer hat großen Einfluss auf das Klima, das im Vergleich zum kontinentalen Binnenland kühler und feuchter ist. Die große thermische Belastbarkeit des Meeres federt darüber hinaus starke Schwankungen der Umgebungstemperatur auf den Inseln ab. Das Klima auf Malta ist durch unberechenbares Wetter im Frühjahr, heiße, trockene und in der Regel regenlose Sommer, kurze Herbstperioden und milde, feuchte Winter mit Kaltlufteinbrüchen gekennzeichnet. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei 18,6 °C und reicht von 12,4 °C im Winter bis 26,3 °C im Sommer. Die häufigsten Formen lokaler Niederschläge sind Regen, Hagel, Tau- und Reifbildung. Die durchschnittliche Gesamtniederschlagsmenge beträgt 553 mm bei einer Standardabweichung von 157 mm. Die mittlere relative Feuchte schwankt zwischen einem Mindestwert von 61 % im Juli und einem Höchstwert von 87 % im Januar. Die mittlere jährliche Windgeschwindigkeit beträgt 16,3 km/h, wobei sich die monatlichen Durchschnittswerte stark unterscheiden können. 60 % der vorherrschenden Winde kommen aus westlicher bis nordwestlicher Richtung, während die Wärme an heißen Tagen häufig durch Südwinde begünstigt wird, bisweilen auch durch den „Gibli“, der roten Sand aus der Sahara mit sich bringt.

Der Name „Ġbejna tan-nagħaġ“ ist durch die maltesische Sprache mit der Region verbunden. In den 27 Mitgliedstaaten ist das Maltesische aufgrund seines semitischen Ursprungs eine ganz besondere Sprache. Für die Schrift wird ein aus 30 Buchstaben bestehendes lateinisches Alphabet verwendet, das einige besondere Konsonanten umfasst, die nur in der maltesischen Sprache vorkommen und von denen zwei auch in dem Namen „Ġbejna tan-nagħaġ“ zu finden sind (und zwar „gh“ und „ġ“). Der Name des Käses hat auch Eingang in verschiedene maltesische Ausdrücke und Redewendungen gefunden (z. B. „qisek ġbejna“, was so viel wie „gelassen“ bedeutet), was die Verbindung zwischen „Ġbejna tan-nagħaġ“ und der maltesischen Kultur deutlich macht.

Das für die Maltesischen Inseln typische trockene Terrain eignet sich gut für die Haltung und Weidung von Schafen, da für diese Tiere landwirtschaftliche Grenzertragsflächen genutzt werden können, die für andere landwirtschaftliche Zwecke ungeeignet sind. Die Luft schmeckt oft salzig, was auf die Luftfeuchte, das umgebende Meer, das niedrige Höhenprofil der Insel (der höchste Punkt liegt bei 121 m) und die unvorhersehbaren und oft windigen Witterungsbedingungen zurückzuführen ist. Dieser Salzgehalt führt dazu, dass sich Salz aus der Troposphäre auf den Oberflächen der Pflanzen abgelagert. Auch die Wirkung, die die Umgebungsbedingungen während der Lufttrocknung auf die drei Sorten von „Ġbejna tan-nagħaġ“ haben, erklärt sich durch diesen Salzgehalt.

Die Flora ist typisch für die Region und für im offenen Meer gelegene Inseln mit ähnlicher geologischer Formation. Auf Malta gibt es weder Flüsse noch Süßwasserseen. Die Täler und Schluchten werden als Trockenflussbetten beschrieben, die sich in Regenperioden mit Wasser füllen. In den heißen, trockenen Sommern gibt es keine natürliche Flora und eine Beweidung ist nicht möglich. Die Böden auf Malta entstanden aus kalkhaltigem Gestein mit einem pH-Wert über 8. Die Verbreitung der Vegetation auf den Maltesischen Inseln hängt eng mit der Geologie und der Topografie zusammen. Zu den Feldkulturen, die als Futtermittel angebaut werden, gehören Kichererbse (*Cicer arietinum*), Kronen-Süßklee (*Hedysarium coronarium*), Gerste (*Hordeum vulgare*), Flügel-Platterbse (*Lathyrus ochrus*), Saat-Platterbse (*Lathyrus sativus*), Linse (*Lens culinaris*), Stacheliger Skorpionsschwanz (*Scorpiurus muricatus*), Weichweizen (*Triticum aestivum*), Linsen-Wicke (*Vicia ervilia*) und Futterwicke (*Vicia sativa*). Diese Kulturen werden auf kleinen, besonders nährstoffarmen Flächen ausgesät, auf denen viele einheimische Wildkräuter, insbesondere Leguminosen, und die verschiedensten Arten von Klee wachsen. Diese Vegetation wird zusammen mit den sonstigen ausgesäten Kulturen geerntet. Auch die Pflanzen der Ackerbohne (*Vicia faba*), die zur Gewinnung von Saubohnen angebaut werden, werden geerntet, getrocknet und als Sommerfutter verwendet. Das Futter der Schafe wird zudem durch Sprossen von Kaktusfeigen (*Opuntia ficus-indica*) und die Früchte des Johannisbrotbaums (*Ceratonia siliqua*) ergänzt. Diese Flora findet sich in Geschmack und Struktur des Erzeugnisses wieder. Die damit zusammenhängende Süße ist vor allem bei den Sorten „friska“ und „niexfa“ wahrnehmbar. Die Erfahrung und das Wissen, die notwendig sind, um durch die richtige Mischung der Futtermittel die gewünschte Süße des Erzeugnisses zu erhalten, wurden den Käserinnen und Käsern von früheren Generationen überliefert.

„Ġbejna tan-nagħaġ“ ist ein einfacher Käse, der nur minimal verarbeitet wird. Alle Zusatzstoffe (z. B. Essig, Pfeffer) werden in der Herstellung nachgelagerten Verarbeitungsschritten zugegeben und auf der Oberfläche aufgetragen.

Entscheidend ist auch, nach dem Melken der Mutterschafe für die richtige Temperatur der Milch zu sorgen, da sonst die Weichheit des Käses der Sorte „friska“ verloren geht und bei den Sorten „niexfa“ und „tal-bżar“ vermehrt Löcher und Risse auftreten. Die Verdünnung des Gerinnungsenzyms und seine Zugabe zur Milchmasse auf beste traditionelle Weise sorgen für die richtige Textur: Wird zu viel Enzym zugegeben, wird der Käsebruch zu fest, alle drei Sorten verlieren dabei ihre Form. Die Wartezeit bis zur Bildung des Käsebruchs und das Erkennen der richtigen Konsistenz des Bruchs sind ebenfalls wichtig, da ein zu langes Wenden des Käses „Ġbejna tan-nagħaġ“ in der Form dazu führt, dass die Erzeugnisse der Sorte „friska“ die Gestalt der Form nicht annehmen bzw. dass die Erzeugnisse der Sorten „niexfa“ und „tal-bżar“ vermehrt Löcher und Risse aufweisen. Durch den richtigen Abtropfvorgang bleibt die Form des Käses erhalten. Mit zunehmender Erfahrung lernen die Erzeuger auch, wie lange das Einlegen am besten dauern sollte, damit der für die Sorte „tal-bżar“ charakteristische stark säuerliche und pfeffrige Nachhall am Gaumen erhalten bleibt.

„Ġbejna tan-nagħaġ“ hat eine kurze Reifezeit, die Trocknung erfolgt nach Möglichkeit auf natürliche Weise in speziell angefertigten Schränken auf dem Dach des Käsereibetriebs. Alle Schritte der Käseherstellung werden in der Regel von Käserinnen und Käsern ausgeführt, die sich über Jahre entsprechend spezialisiert haben. Diese Schritte umfassen das Melken, das Filtern, gegebenenfalls das Wiedererhitzen der Milch, die Zugabe des Gerinnungsenzyms, die Gerinnung, das Einfüllen in Formen, das Wenden und das Abtropfen. Es handelt sich um ein Herstellungsverfahren, das eine entsprechende Ausbildung erfordert und in der Regel von Generation zu Generation weitergegeben wird.

Die fachkundigen Käserinnen und Käser wissen, wie man die richtigen Tage für die Trocknung des Erzeugnisses auswählt. Diese Fähigkeit wird durch die Weitergabe von Erfahrungen von einer Generation an die nächste erworben. Dank dieser Erfahrungswerte wissen die Erzeuger auch, dass bei Vorhersage von Südwind mit hoher Luftfeuchte oder Wüstenregen alternative Trocknungsmethoden anzuwenden sind, um die halbfeste bis feste Struktur und die Farbe der Sorten „niexfa“ und „tal-bżar“ – elfenbeinfarben bis ocker – zu erhalten.

Es gibt keine schriftlichen Aufzeichnungen über die einzelnen Schritte des Herstellungsverfahrens. Das Wissen und die Erfahrung im Zusammenhang mit dem Prozess der Käseherstellung und den besonderen Methoden wurden von Generation zu Generation weitergegeben. Eine Erhebung zur Erzeugung von „Ġbejna tan-nagħaġ“ bestätigte dies auch für dieses Erzeugnis. Die Erfahrungen der älteren Generation bilden die Grundlage für das Anlernen von Mitgliedern der Familie, die besonderes Interesse zeigen. Außerdem tragen die Erfahrungen der älteren Generation zu den Besonderheiten bei, die allen Sorten des Erzeugnisses „Ġbejna tan-nagħaġ“ gemeinsam sind. Durch das Erlernen dieser praktischen Vorgehensweisen werden Kontinuität und Beständigkeit der Qualität dieses traditionellen Erzeugnisses sichergestellt.

„Ġbejna tan-nagħaġ“ ist fester Bestandteil des kulinarischen Erbes Maltas und findet Verwendung in verschiedenen traditionellen maltesischen Rezepten. So wird „Ġbejna tan-nagħaġ friska“ als Füllung für maltesische Käsekuchen („pastizzi“), herzhafte Pasteten („torta tal-ġbejniet“) und Ravioli verwendet oder in maltesischen Wintersuppen wie „soppa tal-armla“ und „kuskusu“ verarbeitet. „Ġbejna tan-nagħaġ tal-bżar“ wird als Vorspeise zu maltesischen Wassercrackern („galletti“) gereicht oder für maltesische Brotgerichte („ħobż biż-żejt“) verwendet.

Aus historischen Aufzeichnungen geht hervor, dass es auf den Maltesischen Inseln seit dem Mittelalter Weideschafe gibt, während die ersten Berichte über die Käseherstellung auf das 15. und das 17. Jahrhundert zurückgehen. Die Käseherstellung war eine sinnvolle Möglichkeit, Milch länger haltbar zu machen, vor allem bei warmen Witterungsbedingungen, zumal Milcherzeugnisse aufgrund der vorherrschenden katholischen Kultur und Traditionen nur an den Tagen konsumiert werden durften, an denen der Verzehr von Fleisch erlaubt war. Über die verschiedenen Epochen hinweg wurden Schafe überwiegend in sehr kleinen Herden gehalten, die sich die einzelnen Haushalte hielten, um sich mit der Milch und den Milcherzeugnissen zu versorgen, die sie für den eigenen Lebensunterhalt benötigten. Seit jeher werden auch größere Herden gehalten, um die gleichen typischen Erzeugnisse nach den gleichen Methoden herzustellen und kommerziell zu vermarkten. Angesichts der größeren Verstädterung auf den Inseln und aufgrund der Nachfrage nach diesem Erzeugnis gewinnen solche kommerziellen Herden in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung. Obgleich in den letzten zwei Jahrzehnten eine begrenzte Modernisierung unabdingbar war, werden die Traditionen früherer Generationen am Leben erhalten, da die meisten Erzeuger nach wie vor in kleinen Familienbetrieben tätig sind und eine persönliche Bindung zur eigenen Schafherde haben.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

<https://mccaa.org.mt/Section/Content?contentId=7953>



C/2024/5349

2.9.2024

Veröffentlichung eines Antrags auf Genehmigung einer Unionsänderung einer Produktspezifikation für eine geschützte Ursprungsbezeichnung im Weinsektor gemäß Artikel 97 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 105 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

(C/2024/5349)

Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ können die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

ANTRAG AUF EINE UNIONSÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION

„Süd-Oststeiermark“

PDO-AT-A0226-AM01

Datum der Antragstellung: 21.2.2020

1. Antragsteller und berechtigtes Interesse

Regionales Weinkomitee Steiermark

Das Regionale Weinkomitee Steiermark legt die Bedingungen für die Produktion der DAC Weine in der Steiermark fest.

2. Rubrik der Produktspezifikation, auf die sich die Änderung bezieht

- ☒ Name des Erzeugnisses
- ☐ Kategorie des Weinbauerzeugnisses
- ☐ Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet
- ☐ Vermarktungsbeschränkungen

3. Beschreibung und Änderungsgründe

3.1. Änderung des Namens von g. U. „Süd-Oststeiermark“ in g. U. „Vulkanland Steiermark“

Mit der Namensänderung von „Süd-Oststeiermark“ in „Vulkanland Steiermark“ soll die Art der Herkunft der Weine besser zum Ausdruck gebracht werden. Der Süd-Osten der Steiermark ist vulkanischen Ursprungs und die Böden sind ebenfalls vulkanisch. Mit der Namensänderung sollen daher die natürlichen Gegebenheiten besser zum Ausdruck kommen und für den Konsumenten klarer nachvollziehbarer sein.

Diese Änderung betrifft Buchstabe a der Produktspezifikation und Punkt 1 des Einzigsten Dokuments.

3.2. Hektarhöchstsertrag

Der Höchstsertrag je Hektar betrug vor der Ernte 2020 9 000 kg/ha und wurde ab der Ernte 2020 auf 10 000 kg/ha festgelegt. Diese Änderung entspricht einer allgemeinen Änderung des Hektarhöchstsertrages in Österreich.

Diese Änderung betrifft Buchstabe e der Produktspezifikation und Punkt 5 des Einzigsten Dokuments.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABl. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

3.3. Rebsorten

Im Zusammenhang mit der Änderung des Namens wird das Profil der Herkunft geschärft. Für die g. U. „Süd-Oststeiermark“ waren alle in Österreich für Qualitätsweine zugelassenen Rebsorten ohne Einschränkungen erlaubt. Mit der Etablierung der g. U. „Vulkanland Steiermark“ wird die Liste der möglichen Rebsorten auf die für diese Herkunft typischen Sorten (Welschriesling, Weißburgunder, Morillon, Grauburgunder, Riesling, Gelber Muskateller, Sauvignon blanc, Traminer und Verschnitte) eingeschränkt.

Diese Änderung betrifft Buchstabe f der Produktspezifikation und Punkt 7 des Einziges Dokuments.

3.4. Kennzeichnung

Um die Verbraucher auf den besonderen Charakter der Weine aus der neuen g. U. „Vulkanland Steiermark“ aufmerksam zu machen, muss die traditionelle Bezeichnung „DAC“ oder „Districtus Austriae Controllatus“ auf allen Weinen erscheinen.

Diese Änderung betrifft Buchstabe h der Produktspezifikation und Punkt 9 des Einziges Dokuments.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name des Erzeugnisses

Vulkanland Steiermark

2. Art der geografischen Angabe

g. U. – geschützte Ursprungsbezeichnung

3. Kategorien von Weinbauerzeugnissen

1. Wein

4. Beschreibung des Weins/der Weine

g. U. „Vulkanland Steiermark“

KURZE TEXTBESCHREIBUNG

Im Gebiet der g. U. „Vulkanland Steiermark“ werden nur Weißweine der Sorten Welschriesling, Weißburgunder, Morillon, Grauburgunder, Riesling, Gelber Muskateller, Sauvignon blanc, Traminer und Verschnitte daraus produziert.

Farbe: Die Weine sind klar, strahlend, von einem hellen Strohgelb bis hin zu Grüngelb.

Aroma: Vor allem die Weine aus den Burgundersorten zeichnet ein Geruch nach Gewürzkräutern (Basilikum, Gewürznelke, Minze, Muskat) aus. Ein weiteres typisches Aromaelement stellt die sogenannte Mineralität der Weine dar, die als Geruch von nassem Stein beschrieben wird.

Geschmack: Das prägende Geschmackselement sind säurebetonte Aromastoffe, die nach Gelben Äpfeln, Quitten und im Abgang ein wenig nach Zitrusfrüchten schmecken.

Alle in der nachstehenden Tabelle nicht angegebenen analytischen Parameter entsprechen den Grenzwerten, die in nationalen und EU-Rechtsvorschriften festgelegt sind.

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	15,0
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	9,0
Mindestgesamtsäure	4,0 Gramm pro Liter, ausgedrückt als Weinsäure
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent pro Liter)	18
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (in mg/l)	200

5. Weinbereitungsverfahren

a) *Spezifische önologische Verfahren*

-

b) *Höchstserträge*

g. U. „Vulkanland Steiermark“

10 000 Kilogramm Trauben je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Die Ursprungsbezeichnung „Vulkanland Steiermark“ entspricht den politischen Bezirken Süd-Oststeiermark, Hartberg/Fürstenfeld, Weiz sowie den Gemeinden des Bezirkes Leibnitz links der Mur (Strass in der Steiermark, St. Veit in der Südsteiermark, Allerheiligen bei Wildon, St. Georgen an der Stiefing, Gabersdorf, Schwarzaual und Heiligenkreuz am Wasen).

7. Keltertraubensorte(n)

Chardonnay – Morillon

Grauer Burgunder – Pinot Gris

Grauer Burgunder – Ruländer

Muskateller – Gelber Muskateller

Sauvignon Blanc

Traminer – Gelber Traminer

Traminer – Gewürztraminer

Weißer Burgunder – Weißburgunder

Weißer Riesling – Riesling

Welschriesling

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

g. U. „Vulkanland Steiermark“

Klima: Das Weinbaugebiet der g. U. „Vulkanland Steiermark“ ist geprägt vom Übergang vom heißen, trockenen, pannonischen Klima zum feuchtwarmen, illyrischen Mittelmeerklima mit ausgeprägten Temperaturunterschieden zwischen heißen Tagen und kühlen Nächten.

Boden: Im Weinbaugebiet der g. U. „Vulkanland Steiermark“ herrschen vulkanische Böden, Basaltböden und sandige, schwere Lehm Böden vor.

Zusammenhang: Die Bodenverhältnisse bedingen den typischen mineralischen Geruch der Weine (auch als Geruch nach nassem Stein beschrieben). Die ausgeprägten Temperaturunterschiede zwischen heißen Tagen und kühlen Nächten bewirken, dass der während der heißen Tage gebildete Traubenzucker in der Nacht aufgrund der tiefen Temperaturen dann in säurebetonte Aromastoffe umgewandelt wird. Das ergibt den typischen Geschmack nach gelben Äpfeln, Quitten und Zitrusfrüchten sowie bei den Burgundersorten die würzigen Geschmacksnoten (z. B. Basilikum, Muskat oder Gewürznelke).

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Kennzeichnung, sonstige Anforderungen)

Vorschrift zur Kennzeichnung

Rechtsrahmen:

Einzelstaatliches Recht

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Kennzeichnungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Um den spezifischen Charakter der Weine der neuen g. U. „Vulkanland Steiermark“ dem Konsumenten zu vermitteln, ist die traditionelle Bezeichnung „DAC“ bzw. „Districtus Austriae Controllatus“ für alle Weine vorgeschrieben.

Meldung bei Abfüllung außerhalb des abgegrenzten Gebiets

Rechtsrahmen:

Einzelstaatliches Recht

Art der sonstigen Bedingung:

Verpackung im abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Die Abfüllung von Weinen der g. U. „Vulkanland Steiermark“ ist geografisch nicht eingeschränkt. Wenn Weine der g. U. „Vulkanland Steiermark“ außerhalb des Anbaugebietes abgefüllt werden, so ist zu Kontrollzwecken eine Meldung an das Regionale Weinkomitee Steiermark zu erstellen.

Link zur Produktspezifikation

<https://info.bml.gv.at/themen/landwirtschaft/landwirtschaft-in-oesterreich/pflanzliche-produktion/wein/Weinherkunft.html>



C/2024/5351

2.9.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a
der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**

(C/2024/5351)

Im Anschluss an diese Veröffentlichung können gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

EINZIGES DOKUMENT

„Oli de Menorca / Aceite de Menorca“

EU-Nr.: PGI-ES-03012 – 9.10.2023

g. U. () g. g. A. (X)

1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]

„Oli de Menorca / Aceite de Menorca“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Spanien

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses

Klasse 1.5. Fette (Butter, Margarine, Öle usw.)

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

„Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ ist ein natives Olivenöl extra, bei dem es sich um ein ökologisches/biologisches Erzeugnis oder ein Umstellungserzeugnis handelt und das ausschließlich durch mechanische Verfahren aus den Früchten des Olivenbaums (*Olea europaea* L.) gewonnen wird. Das Öl ist fruchtig und von mittlerer oder starker Intensität und weist am Gaumen eine leichte bis mittlere Bitterkeit und Schärfe auf. Aufgrund dieser Merkmale kann es als gut ausgewogenes Öl eingestuft werden.

Physikalisch-chemische Eigenschaften:

Säuregehalt (ausgedrückt in Ölsäure): $\leq 0,5 \%$

Peroxidzahl: $\leq 15 \text{ meq O}_2/\text{kg}$

$K_{232} \leq 2,00$

$K_{270} \leq 0,18$

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABL. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

Organoleptische Eigenschaften:

Attribut	Medianwert
Grüne Fruchtigkeit	$\leq 3,5$
Bitter	$\geq 2 \leq 6$
Scharf	$\geq 2,5 \leq 6$
Verhältnis	Der Median des Attributs bitter und der Median des Attributs scharf sind nicht mehr als zwei Punkte größer als der Median des Attributs grüne Fruchtigkeit.

3.3. *Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)*

Alle Erzeugungsschritte von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ vom Olivenanbau bis zur Verarbeitung müssen auf der Insel Menorca erfolgen.

3.4. *Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen*

Alle Erzeugungsschritte von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ vom Olivenanbau bis zur Verarbeitung müssen auf der Insel Menorca erfolgen.

3.5. *Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Die Behältnisse von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ müssen das Olivenöl vor Licht schützen.

Das maximale Fassungsvermögen der Behältnisse beträgt 5 Liter.

3.6. *Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

Die Kennzeichnung muss die Angabe „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ tragen, gefolgt von der Aufschrift „IGP“ (g. g. A.). Der Unternehmer kann die Version „Oli de Menorca“ (Katalanisch) und/oder „Aceite de Menorca“ (Spanisch) wählen.

Die Kennzeichnung muss einen fortlaufenden alphanumerischen Nummerierungscode enthalten, um die Kontrolle der Rückverfolgbarkeit der Produkte zu erleichtern.

4. **Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets**

Das Anbaugebiet der Oliven und die Erzeugung von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ sind ausschließlich auf die Insel Menorca beschränkt, die zur Autonomen Gemeinschaft Balearen gehört.

Die Insel Menorca liegt zwischen den Breitengraden 39° 47' 55" und 40° 05' 17" N und den Längengraden 3° 47' 26" und 4° 19' 40" E im Mittelmeer. Es handelt sich um die östlichste Insel des Balearen-Archipels.

Sie hat eine Fläche von etwa 701 km² und ist an ihrer längsten Stelle 48 km lang und an ihrer breitesten Stelle 20 km breit.

5. **Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet**

Der Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet beruht auf dem Ansehen des Erzeugnisses.

Heutige Bekanntheit

Beleg für das Ansehen, das das Erzeugnis „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ erlangt hat, sind seine zahlreichen internationalen Auszeichnungen, seine Präsenz auf den Speisekarten renommierter Restaurants und auf zahlreichen Messen sowie die Veröffentlichungen, die die Qualität von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ behandeln.

Was die internationalen Auszeichnungen betrifft, so haben in jüngster Zeit verschiedene Erzeuger Preise bei Wettbewerben gewonnen. Bemerkenswerte Beispiele sind u. a. der Londoner Internationale Olivenölwettbewerb (London International Olive Oil Competition, 2021 und 2022) und der auf der renommierten BIOFACH-Messe für ökologische/biologische Erzeugnisse in Nürnberg verliehene „BIOFACH 2022 Olive Oil Award“ (hier wurde ein menorquinisches Olivenöl unter die zehn besten ökologischen/biologischen Olivenöle weltweit gewählt).

Das organoleptische Merkmal, das am stärksten zum Ansehen von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ beigetragen hat, ist die „grüne“ Qualität der Fruchtigkeit. Die grüne Fruchtigkeit hängt mit dem menschlichen Faktor zusammen und ist durch ihn bedingt, da sie durch die Ernte der grünen oder im frühen Reifestadium befindlichen Oliven erreicht wird; zu diesem Zweck sieht die Produktspezifikation vor, dass die Ernte der Oliven Ende September beginnen muss, wenn die Oliven einen Reifeindex zwischen 1 und 4 auf der Skala von Ferreira (1979) erreicht haben.

Die grüne Fruchtigkeit zeichnet das Öl aus, bedeutet aber auch, dass der Ertrag bei der Verarbeitung der Oliven zu Öl deutlich geringer ist. Für „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ ist in der Produktspezifikation ein Höchstertrag von 17 Litern je 100 kg Oliven festgelegt. Die grüne Fruchtigkeit bedeutet daher eine Rentabilitätseinbuße für die Erzeuger, die sie in Kauf nehmen, weil Fachleute und Verbraucher dieses Unterscheidungsmerkmal anerkennen und schätzen.

Es ist erwiesen, dass die grüne Fruchtigkeit das Ansehen beeinflusst, und die Öle „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“, die bei nationalen und internationalen Wettbewerben ausgezeichnet wurden, wiesen dieses Merkmal auf.

„Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ findet sich auf den Speisekarten zahlreicher renommierter lokaler, nationaler und internationaler Restaurants wie Gaig und Iguelo in Barcelona. In Städten wie London, Paris und Genf erscheint „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ auf den Speisekarten in der Übersetzung in die jeweilige(n) Amtssprache(n).

Eine weitere Tatsache, die das Ansehen von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ belegt, ist seine Präsenz auf lokalen, spanischen und internationalen Messen. Dazu gehören die Fira Arrels (Arrels-Messe) für lokale Erzeugnisse und die Küche von Menorca sowie die jährlichen gastronomischen Tage Menorca en el Plato (Menorca auf dem Teller). Außerhalb der Insel ist die Teilnahme an der nationalen gastronomischen Messe Madrid Fusión (2021), an „Taste of Paris“ (2022) und an der BIOFACH in Nürnberg (2022) hervorzuheben.

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ im Jahr 2020, nachdem es ein strenges Verfahren durchlaufen hat, im Katalog der traditionellen Lebensmittel der Balearen registriert wurde, der von der für Landwirtschaft auf den Balearen zuständigen Behörde verwaltet wird. Über diesen Erfolg wurde in der lokalen Presse berichtet.

„Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ genießt in lokalen, nationalen und internationalen Medien einen hohen Bekanntheitsgrad, wo es auf Katalanisch, Spanisch, Französisch und Englisch (je nach der Sprache des Herkunftslandes) gelobt wird.

Zu diesen Medien gehören die Beilage El Viajero zur Zeitung El País, El Económico (Online-Zeitung) und mehrfach Diario de Menorca und Arabalears (Zeitungen).

Es gibt auch internationale Veröffentlichungen, in denen „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“ in den Sprachen erwähnt wird, in denen sie veröffentlicht sind, z. B. Yonder.fr, eine auf Reisen und Gastronomie spezialisierte französische Website. In der Online-Veröffentlichung der Zeitschrift Forbes wird die Präsenz des Produkts auf der Insel hervorgehoben.

Historisches Ansehen

Der historische Hintergrund ist ein weiterer Beleg für das derzeitige Ansehen von „Oli de Menorca / Aceite de Menorca“.

In seinem Werk „Die Balearen in Wort und Bild geschildert“ (1867-1891) schreibt Erzherzog Ludwig Salvator von Österreich: „Menorquinisches Olivenöl [...] kann leicht mit der Qualität des Olivenöls von Mallorca mithalten.“ Er beschreibt ausführlich die bestehende Erzeugung auf der Insel und hebt die Bedeutung und Qualität der Erzeugnisse bestimmter landwirtschaftlicher Betriebe auf dem lokalen Markt hervor.

Nach der Einführung des Dezimalzahlensystems in Spanien erließ der Bürgermeister von Mahón 1871 eine Verordnung, in der er im neuen metrischen System die Äquivalenzen der traditionellen Maße für die wichtigsten auf der Insel vorhandenen Erzeugnisse festlegte. So wurden die „Menorquinischen Olivenölmaße“ erlassen und im Boletín de Anuncios (Bekanntmachungen) der Zeitung El Menorquín veröffentlicht.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

https://www.caib.es/sites/qualitatagroalimentaria/es/oli_de_menorca/



C/2024/5357

2.9.2024

**Veröffentlichung eines Antrags auf Eintragung eines Namens gemäß Artikel 50 Absatz 2 Buchstabe a
der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über
Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel**

(C/2024/5357)

Im Anschluss an diese Veröffentlichung können gemäß Artikel 17 der Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ die Behörden eines Mitgliedstaats oder eines Drittlands oder eine natürliche oder juristische Person mit einem berechtigten Interesse, die in einem Drittland niedergelassen oder ansässig ist, innerhalb von drei Monaten ab dieser Veröffentlichung bei der Kommission Einspruch erheben.

EINZIGES DOKUMENT

„Aglonas maizes veistūklis“

EU-Nr.: PGI-LV-03015 — 18.10.2023

g. U. () g. g. A. (X)

1. Name(n) [der g. U. oder der g. g. A.]

„Aglonas maizes veistūklis“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Lettland

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses

Klasse 2.3. Backwaren, feine Backwaren, Süßwaren, Kleingebäck

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

„Aglonas maizes veistūklis“ ist ein Roggenbrot mit eingebackenen Stücken von getrocknetem Schweinespeck und Zwiebeln.

Aussehen und Form des Brotes: ein langer Laib mit abgerundeten Enden, der etwa viermal länger als breit ist. Auf jeder Seite der oberen Kruste befinden sich drei Rillen. Brotkruste: dunkel, glatt, glänzend. Die Krume ist im Querschnitt dunkel, mit größeren oder kleineren Poren, elastisch und kann leicht feucht sein. Die Schweinespeck- und Zwiebelstücke werden auf eine Seite des Teigbodens gelegt.

Physikalische Eigenschaften

Geschmack des Erzeugnisses: Das „Aglonas maizes veistūklis“ vereint die Aromen seiner vier Zutaten: Roggenbrot, getrockneter Schweinespeck, Kümmel und Zwiebeln. Die Aromen werden durch die glatte, glänzende, dunkelbraune Kruste des groben Roggen-Brotlaibs erhalten. Schneidet man den Laib quer auf, kommen die einzelnen Aromen in den Scheiben zum Vorschein und vereinen sich zu einem wahren Gaumenschmaus.

Geruch: Aromen von gebackenem Roggenbrot und Laubholzrauch sowie Aromen, die für geräucherten Schweinespeck, frischen Kümmel und Zwiebeln charakteristisch sind. Das Gesamtaroma ist überaus köstlich.

Farbe: „Aglonas maizes veistūklis“ hat eine dunkelbraune, glänzende Kruste, und die charakteristische dunkelbraune Färbung der Brotkrume ist im Querschnitt sichtbar. Die braune Krume enthält Stücke von getrocknetem Schweinespeck und Zwiebeln, deren Farbe von rein weiß bis leicht gelb reicht.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1143 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über geografische Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Erzeugnisse und über garantiert traditionelle Spezialitäten und fakultative Qualitätsangaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1308/2013, (EU) 2019/787 und (EU) 2019/1753 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 (ABl. L, 2024/1143, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1143/oj>).

Konsistenz: eine mittelharte Kruste, eine weiche grobe Roggenkrume, eine leicht poröse Struktur und weiche Stücke von getrocknetem Schweinespeck. Das vorsichtige Drücken von „Aglonas maizes veistūklis“ hinterlässt eine leichte Delle, dann springt der Laib zurück. Eine der hervorragenden Eigenschaften des Laibs besteht darin, dass er elastisch und nicht hart ist.

3.3. *Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)*

—

3.4. *Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen*

Die folgenden Erzeugungsschritte finden in dem geografischen Gebiet statt: die Zubereitung des Roggenteigs (Mischung, Gärung und Kneten des Teigs), das Zerteilen des getrockneten Schweinespecks und der Zwiebeln für die Füllung, das Formen des „Aglonas maizes veistūklis“, das Aufbringen der Füllung auf einer Seite des Teigbodens und das Aufrollen der Füllung in den Teig sowie das Formen, Glätten und Backen des Laibs. „Aglonas maizes veistūklis“ wird 50–56 Minuten auf Ahornblättern in einem mit Erlen- und Espenholz befeuerten Brotofen oder etwa 10 Minuten bei +300 °C, dann 15 Minuten bei +250 °C und 10 Minuten bei +180 °C in einem elektrischen Ofen gebacken. Nach dem Backen werden die Laibe mit kaltem Wasser besprüht, mit einem feuchten Tuch bedeckt und abgekühlt und im Anschluss wird jeder Laib verpackt.

3.5. *Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

—

3.6. *Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen*

—

4. **Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets**

Die Zivilgemeinde Aglona in Lettgallen, Lettland.

Die Gemeinde Aglona ist eine Gebietseinheit der Gemeinde Preiļi, die sich am südlichen Ufer des Rušons-Sees im Nordosten der Gemeinde befindet. Die Zivilgemeinde Aglona grenzt an die Zivilgemeinden Grāveri, Kastuļina und Šķeltova der Gemeinde Krāslava, die Zivilgemeinden Ambelī und Višķi der Gemeinde Augšdaugava und die Zivilgemeinde Rušona der Gemeinde Preiļi. Das Verwaltungszentrum der Zivilgemeinde ist Aglona.

5. **Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet**

Grundlage für den Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet ist das Ansehen des Erzeugnisses, das auf langjährige historische Traditionen und Merkmale zurückzuführen ist, insbesondere ein Erzeugungsverfahren, das seit Ende des 19. Jahrhunderts unverändert geblieben ist. In Lettgallen, insbesondere in Aglona, wurde auf jedem Bauernhof für den Bedarf der Familie Brot gebacken und es gab dort auch die gesamte dafür erforderliche Ausrüstung – eine Mühle für das Mahlen der Körner, die Knettröge, die Brotschaufeln und die selbst gemauerten Backsteinöfen. Vieles wurde erhalten und von Generation zu Generation weitergegeben. Das Herstellungsverfahren und die Rezeptur des Erzeugnisses wurden in dem geografischen Gebiet beibehalten und haben sich seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht geändert. „Aglonas maizes veistūklis“ muss noch von Hand hergestellt werden, beginnend mit dem Überbrühen des Roggenmehls und dessen Gärung, gefolgt vom Kneten des Teiges, dem Formen von „Aglonas maizes veistūklis“, dem Füllen mit Stücken von getrocknetem Schweinespeck und Zwiebeln, dem Einrollen dieser Stücke in den Teig und dem Backen des Erzeugnisses.

In alten Zeiten wurde „veistūklis“ in den Haushalten der Region ausschließlich für den Eigenverbrauch gebacken (siehe V. Kudiņas Erinnerungen in der Zeitschrift Praktiskais Latvietis; L. Mežniece in der Zeitschrift Mājas Labumi und I. Čekstere in dem Buch Mūsu maize (Unser täglich Brot); Enzyklopädien der Wissenschaftlerin J. Kursīte). Das Toponym „Aglonas“ wurde dem Namen des Erzeugnisses vor 22 Jahren hinzugefügt, als es erstmals in einer Bäckerei (einer im Jahr 2000 in Aglona eröffneten Bäckerei, die ein breites Sortiment von Broten anbietet, darunter „Aglonas maizes veistūklis“) nach dem alten Verfahren hergestellt erzeugt wurde; dabei gilt aber weiterhin für alle Erzeugungsschritte, dass das alte Rezept unserer Region verwendet wird und die Arbeit manuell erfolgt.

„Maizes veistūklis“ ist ein besonderes, wichtiges und sättigendes Erzeugnis, das seit Langem sowohl im Alltag als auch bei Feierlichkeiten verzehrt wird. Für Kinder jeden Alters ist es alltäglich ein köstlicher Leckerbissen. Früher wurde es mit saurer Milch oder Buttermilch verzehrt; heute wird es auch mit anderen Sauermilchgetränken (Kefir, Rjaschenka) kombiniert. Das Backen verschiedener Brotsorten, einschließlich der Zubereitung von „Aglonas maizes veistūklis“, ist in Aglona nach wie vor sehr wichtig, da Brot immer noch ein Grundnahrungsmittel ist. Das 2005 eröffnete Brotmuseum zeigt Brot aus Aglona, darunter auch „Aglonas maizes veistūklis“. Umgekehrt tragen die Wahrung und Förderung von Brottraditionen zur Entwicklung und Förderung der Arbeit des Brot-Museums in Aglona bei, das jährlich mehr als 13 000 Touristen anzieht. Dadurch wird das Interesse der Menschen an der Bedeutung und dem Wert von Brot geweckt.

Die Menschen, die „Aglonas maizes veistūklis“ zubereiten und backen, sind die Nachkommen von Familien, die in dem unter Punkt 4 definierten Gebiet leben. Die Erinnerungen der Bäckereihinhaberin Vija Kudīņa, die sich über mehr als 50 Jahre erstrecken, wurden 2023 in der Zeitschrift Praktiskais Latvietis veröffentlicht: „Solange ich denken kann, gab es immer ‚Maizes veistūklis‘. Meine Mutter, die in dieser geografischen Region lebte, war eine gefragte Köchin bei feierlichen Anlässen, und als kleines Kind habe ich sie zu den Häusern begleitet, in denen diese Festlichkeiten stattfanden; auch ein Energiebündel wie ich konnte in der Küche nützlich sein. Ich war neugierig und wissbegierig und beobachtete ehrfürchtig, wie die Köche in großen Häusern arbeiteten. Ich merkte mir die Dinge. Ich stellte Fragen. Und am meisten beeindruckte mich das ‚Maizes veistūklis‘: Es stellte sich heraus, dass es auch bei festlichen Anlässen angeboten wird und nicht nur zu Hause für Kinder gebacken wird. Bei uns zu Hause, 8 km von Aglona entfernt, hatte es die Form eines kleinen Laibs, der aus Teig hergestellt wurde, der nach dem Backen einer Brotcharge übrigblieb. Dieser kleine Laib hat mich auf allen Wegen meines Lebens begleitet, und in den letzten 22 Jahren seit der Eröffnung der Bäckerei in Aglona – und danach des Brot-Museums in Aglona – liegt es dort in den Regalen und auf den Tischen neben den anderen Broten und wirbt für das kulinarische Erbe von Aglona und Lettgallen.“

Der Zusammenhang zwischen „Aglonas maizes veistūklis“ und seinem Erzeugungsgebiet beruht auf dem Ansehen dieses besonderen Brots und dem Wissen der Menschen in dieser Region, die es so herstellen, dass die unter Punkt 3.2 beschriebenen Merkmale erhalten bleiben.

Das Ansehen von „Aglonas maizes veistūklis“ ergibt sich vor allem aus der unveränderlichen Tradition, die in den Familien von Generation zu Generation über einen langen Zeitraum weitergegeben wird, das Brot in den von ihnen selbst gebauten Ziegelbacköfen zu backen, wodurch ein in Zusammensetzung und Aussehen vollkommen identisches Brot entsteht, dessen Einzigartigkeit die Herzen der Verbraucher erobert hat.

Am bekanntesten ist das Erzeugnis in Aglona und seiner Umgebung und wird dort am meisten konsumiert, aber es ist auf Messen in ganz Lettgallen zu finden. Dank der Tourismusindustrie hat sein Bekanntheitsgrad im Laufe der Jahre erheblich zugenommen, und zwar nicht nur in Lettland, sondern auch in den Nachbarländern.

Das Ansehen von „Aglonas maizes veistūklis“ wird dadurch belegt, dass es im Handel leicht verfügbar ist und seine Herstellung auf der internationalen Produktmesse „Riga Food“, bei Veranstaltungen im lettischen Ethnografischen Freilichtmuseum, bei den internationalen Folklorefestivals BALTICA sowie bei lokalen Festivals demonstriert wurde, wie sie jährlich in den Städten und Dörfern in Lettgallen wie Rēzekne, Daugavpils, Ludza, Dagda, Preiļi und Krāslava stattfinden, bei der Versammlung der Festtags-Hobbyköche Lettlands in Mežaparks in Riga, bei Workshops für Erwachsene und Jugendliche in Riga, Vidzeme und Kurzeme sowie an Verkaufsständen und bei Verkostungen auf unzähligen Messen vorgeführt wird. Die kleinen Laibe von „Aglonas maizes veistūklis“, die das Symbol Aglonas tragen (je nach Jahreszeit) mit Roggenähren und blumigen Motiven verziert werden, sind auch bei kleineren Anlässen wie Familienfeiern, Ernten, Aussaaten, saisonalen Feierlichkeiten usw. beliebt.

Seit der Eröffnung des Brot-Museums in Aglona im Jahr 2005 sind „Aglonas maizes veistūklis“ und das Museum untrennbar miteinander verbunden. Dies wird durch die Veröffentlichung „Uz Aglonu pēc īstas senču maizes rikas“ („Nach Aglona für ein Stück echtes Brot der Vorfahren“; TVNET, 9. August 2005) veranschaulicht: „Im Museum von Aglona haben sie begonnen, ‚Aglonas maizes veistūklis‘ zu backen. Vija erzählt, dass die Letten in alten Zeiten große Familien hatten und Brot gebacken haben, das länger hielt. Früher füllten sie das letzte Stück Teig mit Schweinespeck (). Es ist zwar ein teures Brot, aber man kann seinen Appetit mit einer einzigen Scheibe stillen.“ Das Museum wird jedes Jahr von Touristen aus Lettland, Litauen, Estland, Polen, Schweden, Finnland, England und anderen Ländern besucht. Den Touristen werden die besonderen Brotsorten von Lettgallen vorgestellt, in erster Linie „Aglonas maizes veistūklis“, dessen Zubereitung ebenfalls demonstriert wird. Anschließend wird das Erzeugnis verkostet und zum Verkauf angeboten, denn jeder möchte „Aglonas maizes veistūklis“ als Geschenk für die Familie mit nach Hause nehmen.

Das Gästebuch des Brotmuseums enthält zahlreiche lobende Rückmeldungen, sowohl über den herzlichen Empfang als auch über die köstlichen lettgallischen Gerichte, einschließlich „Aglonas maizes veistūklis“, da diese Art von Brot nirgendwo sonst zu finden ist. Das Museum organisiert Meisterkurse für Schüler, in denen sie lernen, wie man Brot (darunter „Aglonas maizes veistūklis“) backt. Diese Veranstaltungen finden im Rahmen des Programms „Latvijas skolas soma“ („Lettische Schultasche“), des Lettgallen-weiten Projekts „Tikšanās ar savu maizes kukulīti“ („Lerne deinen kleinen Brotlaib kennen“) und des von den lokalen Behörden organisierten Projekts „Maizes stāsts“ („Die Geschichte des Brots“) statt.

Besonders erwähnenswert ist die 15-jährige Zusammenarbeit des Brotmuseums Aglona mit dem Europäischen Netzwerk für regionales kulinarisches Erbe und dem Verband Zentrum für lettisches kulinarisches Erbe. Diese Organisationen haben zusammengearbeitet, um die Werte von Lettgallen, darunter auch „Aglonas maizes veistūklis“, bei Festivals und Konferenzen sowie im Rahmen von Erlebnis- und Studienreisen nach Litauen, Estland, Schweden, der Türkei usw. zu fördern. Wenn Delegationen aus Ländern, die dem Europäischen Netzwerk für regionales kulinarisches Erbe angehören, nach Lettgallen kommen, werden sie mit dem besonderen „Aglonas maizes veistūklis“ verwöhnt.

„Aglonas maizes veistūklis“ hat auch im Rahmen von zwei Projekten des grenzübergreifenden Kooperationsprogramms Anerkennung gefunden: „Verbesserung der kulinarischen Dienstleistungen in den Regionen Lettgallen und Vitebsk auf der Grundlage des Konzepts des kulinarischen Erbes“ (BELLA CUSINE, 2013–2014) und „Erhaltung und Förderung des kulinarischen Erbes und der traditionellen Handwerkskunst (BELLA CULTURE 2020–2022)“. „Aglonas maizes veistūklis“ wurde bei den im Rahmen dieses internationalen Programms organisierten Veranstaltungen verkostet. 2014 wurde ein Buch mit dem Titel „Dari pats BELLA tradīcijās“ („Mach es selbst auf BELLA-Art“) über die Programmteilnehmer veröffentlicht. Es enthält den Artikel „Tur, kur smaržo pēc maizes“ („Der Ort, der nach Brot riecht“), in dem die Traditionen und Sorten aus Aglona im Zusammenhang mit Brot beschrieben werden.

Das Ansehen von „Aglonas maizes veistūklis“ lässt sich auch an der breiten Medienberichterstattung über dieses Erzeugnis in der Presse, im Fernsehen und im Radio ablesen. Es wird in den folgenden Geschichten, Sendungen und Dokumentationen erwähnt: „Rudzu maize“ („Roggenbrot“) (16. Oktober 2021), „Vija Kudiņa – Aglonas muzeja saimniece“ (Vija Kudiņa – Kuratorin des Museums in Aglona) (6. September 2021), „La Dolce Vita ar Roberto“ („La Dolce Vita mit Roberto“) (15. April 2019), „Īstās latvju saimnieces“ („Echte Hobbyköche aus Lettland“) (10. März 2016), „Aglonas muzeja dzimšanas diena“ („Jahrestag des Museums in Aglona“) (31. August 2017), „Latgolys laikadečs“ (2012), „Dzīvesvieta“ („Ein Platz zum Leben“) (17. März 2006).

Die Kuratorin des Brot-Museums Vija Kudiņa wurde 2015 für ihre Verdienste um die Förderung des Aglona-Brottes mit dem „Boņuks“-Preis ausgezeichnet. In der „GORS“-Konzerthalle in Rēzekne wurde anschließend ein reichhaltiger Imbiss mit lettgallischen Gerichten gereicht, darunter „Aglonas maizes veistūklis“.

Darüber hinaus gab es zahlreiche Veröffentlichungen in der Presse: „Godinot maizi, atklāja novadu dienu“ („Eröffnung des Tags der Gemeinden mit einer Hommage an das Brot“) in der Zeitung Latgales Laiks (am 20. September 2013); „Īstās latvju saimnieces receptes“ („Rezepte von einer echten lettischen Hobbyköchin“) in der Zeitung Ezerzeme (12. Februar 2016); „Sandras Kalnietes konkursa ‚Atdzimst no pelniem‘ Balvu saņem Vija Ancāne“ („Vija Ancāne erhält den Sandra-Kalniete-Preis ‚Auferstanden aus der Asche‘“) (Anmerkung: 2013 änderte Vija Ancāne ihren Nachnamen offiziell wieder in ihren Geburtsnamen Kudiņa) in der Zeitung Latgales Laiks (14. Mai 2010); „Dieva maizīte un ikdienišā svētā“ („Gottes Brot und das heilige tägliche Brot“) in der Zeitung Latvietis (14. August 2015); „Aglonas maizes muzejs“ („Brotmuseum Aglona“) in Wikipedia, der freien Enzyklopädie (Oktober 2021); „Mana 2022. gada Vasara“ („Mein Sommer 2022“) in der Zeitung Latvija Amerikā (5. Februar 2023); „Maize ar Māras Krusta svētību – kumos pasaules garšu buķetē“ („Brot mit dem Segen des Mara-Kreuzes – ein Biss in das Geschmacksbouquet der Welt“) in der Zeitung Vietējā Latgales Avīze (23. Mai 2014); und in Zeitschriften – „Maize ikdienišā un svētā“ („Unser heiliges tägliches Brot“) in Mājas Labumi (2011); „Rudzu spēks ikdienā un svētkos“ („Die Kraft des Roggens im Alltag und bei Festen“) in Dārzs un Drava (April 2021), „Aglonas maizes veistūklis“ in Praktiskais Latvietis (März 2023) und „Aglonas maizes veistūklja ceļš“ („Die Reise von Aglonas maizes veistūklis“) in der Zeitschrift Saimnieks (April 2023).

Auch die Autoren umfangreicher Veröffentlichungen schrieben über das Brot aus Aglona, darunter auch „Aglonas maizes veistūklis“. Hier sind zwei Enzyklopädien der Wissenschaftlerin Janīna Kursīte zu erwähnen: „Neakadēmiskā latviešu valodas jeb novadu vārdene“ („Ein nichtakademisches lettisches bzw. regionales Glossar“) (2007) und „Virtuves vārdene“ („Ein Küchen-Glossar“) (2012), in dem das Wort „veistūklis“ erläutert wird.

Auch Bücher liefern wichtige Zeugnisse: Mūsu maize („Unser täglich Brot“) von Indra Čekstere (2004), Maizes grāmata („Das Brotbuch“) von Vija Ancāne (Kudiņa), Latgales pavārgrāmata („Das Lettgallen-Kochbuch“) (2020), veröffentlicht vom lettgallischen Zentrum für kulinarisches Erbe und Tradīciju burtnīcas („Notizbücher der Traditionen“) (2010).

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

<https://www.pvd.gov.lv/lv/lauksaimniecibas-un-partikas-produktu-norazu-registracija>



C/2024/5378

2.9.2024

Veröffentlichung einer genehmigten Standardänderung einer Produktspezifikation einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geschützten geografischen Angabe im Sektor Agrarerzeugnisse und Lebensmittel gemäß Artikel 6b Absätze 2 und 3 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission

(C/2024/5378)

Diese Mitteilung wird gemäß Artikel 6b Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 664/2014 der Kommission ⁽¹⁾ veröffentlicht.

MITTEILUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG DER PRODUKTSPEZIFIKATION EINER GESCHÜTZTEN URSPRUNGSBEZEICHNUNG ODER EINER GESCHÜTZTEN GEOGRAFISCHEN ANGABE EINES MITGLIEDSTAATS

(Verordnung (EU) Nr. 1151/2012)

„Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese“

EU-Nr.: PDO-GB-0280-AM01 – 5.3.2024

g. U. (X) g. g. A. ()

1. Name des Erzeugnisses

Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese

2. Drittland, zu dem das geografische Gebiet gehört

Vereinigtes Königreich

3. Nationale Behörde oder antragstellende Vereinigung, die die Standardänderung mitteilt

Defra

4. Beschreibung der genehmigten Änderung(en)

1. Ursprünglicher Text

Das Gebiet Fylde in Lancashire. Nördlich des Flusses Ribble mit den Gemeinden Preston und Blackpool in Lancashire
Geänderter Text

Milch, die für die Herstellung von Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese verwendet wird, wird aus der Grafschaft Lancashire bezogen. Der Käse wird auch in der Grafschaft hergestellt. Die Grafschaft Lancashire ist definiert als die zeremonielle Grafschaft Lancashire, d. h. die durch den Local Government Act (Kommunalgesetz) 1972 geschaffene nicht-metropolitane Grafschaft Lancashire, sowie die Gebietskörperschaften (Unitary Authorities) Blackpool und Blackburn with Darwen.

2. Ursprünglicher Text

Der Käse wird in traditioneller zylindrischer Form hergestellt.

Geänderter Text

Der Käse wird in traditioneller zylindrischer Form oder in Blockform hergestellt.

3. Ursprünglicher Text

Endverarbeitung und Aussehen – traditionelle zylindrische Form, bandagiert, gewachst oder gebuttert.

⁽¹⁾ ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 17.

Geänderter Text

Entweder eine traditionelle zylindrische Form oder Teile davon (in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden) oder in Blockform (ebenfalls in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden). Er wird entweder bandagiert, gewachst, gebuttert oder vakuumverpackt.

4. *Ursprünglicher Text*

- i) Die Milch wird in eine Käsewanne gegeben, und es werden geringe Mengen Käsestarterkulturen zugesetzt und die Milch wird langsam gerührt.
- ii) Zur Ausfällung wird Lab zugegeben, wenn der Säuregehalt ein bestimmtes Niveau erreicht.
- iii) Der Bruch wird geschnitten, wenn er sauber über den Finger bricht. Der Bruch sollte ungefähr auf die Größe einer Saubohne geschnitten werden.
- iv) Wenn der Säuregehalt des Bruchs das richtige Niveau erreicht hat, lässt man den Bruch absetzen und die Molke abtropfen.
- v) Nach dem Abtropfen wird der Käsebruch leicht gepresst und dann gebrochen; dieser Vorgang wird 4 bis 5 Mal wiederholt, bis der Bruch ausreichend trocken ist. Je fester der Bruch wird, desto stärker wird er gepresst und desto stärker wird er gebrochen.
- vi) Einige Käsebrüche werden 24 bis 48 Stunden lang bei einer Temperatur zwischen 18 °C und 21 °C gelagert.
- vii) Wenn der Säuregehalt des Bruchs das richtige Niveau erreicht hat, wird neuer Bruch beim Mahlen und Salzen mit ungefähr gleichen Anteilen von 24 Stunden gelagertem Bruch und 48 Stunden gelagertem Bruch oder nur mit 24 Stunden gelagertem Bruch gemischt. Der Bruch wird fein gemahlen und gründlich gemischt, es wird Salz zu etwa 2,5 Gew.-% des Bruchs hinzugefügt. Das richtige Mischen des Bruchs ist entscheidend, um den gewünschten Geschmack und die gewünschte Konsistenz zu erhalten.
- viii) Der Käse wird zwei Tage lang leicht gepresst, um die endgültige Form zu erhalten. Dann wird er bandagiert und gewachst oder gebuttert.
- ix) Der Käse wird dann in ein temperaturgeregeltes Lager verbracht, wo er mindestens 3-4 Wochen lang reift. Danach wird der Käse aus dem Lager entnommen, wenn er für die Vermarktung als milder oder reifer Käse benötigt wird. Der Käse ist mit etwa sechs Monaten voll ausgereift, wird aber je nach persönlicher Präferenz schon nach einem Monat Reifezeit verkauft.

Geänderter Text

- i: Die Milch wird in eine Käsewanne gegeben, und es werden Käsestarterkulturen zugesetzt. Die Milch wird langsam gerührt, anschließend wird Lab zugegeben. ii: Der Bruch wird geschnitten, wenn er sauber bricht. Der Bruch sollte ungefähr auf die Größe einer Saubohne geschnitten werden. iii: Wenn der Säuregehalt des Bruchs das richtige Niveau erreicht hat, lässt man den Bruch absetzen. iv: Auf Käsetischen wird der Bruch in regelmäßigen Abständen gebrochen und die Molke abgetropft. Dieser Vorgang wird so lange wiederholt, bis der richtige Säuregehalt gemäß dem Rezept des Käses erreicht ist. v: Einige Käsebrüche werden 24 bis 48 Stunden lang bei Umgebungstemperatur gelagert. vi: Am folgenden Tag wird neuer Bruch beim Mahlen und Salzen mit ungefähr gleichen Anteilen von 24 Stunden gelagertem Bruch und 48 Stunden gelagertem Bruch oder nur mit 24 Stunden gelagertem Bruch gemischt. Der Bruch wird fein gemahlen und gründlich gemischt, es wird Salz zu etwa 2,5 Gew.-% des Bruchs hinzugefügt. Das richtige Mischen des Bruchs ist entscheidend, um den gewünschten Geschmack und die gewünschte Konsistenz zu erhalten. vii: Der Käse wird leicht gepresst, um ihn in die endgültige Form zu bringen. Dann wird er bandagiert, gewachst, gebuttert oder in Lebensmittelverpackungen verpackt. Seite 4 von 4 g. U. g. A., nicht geringfügige Änderung PN04 viii: Der Käse wird dann in ein temperaturgeregeltes Lager verbracht, wo er mindestens 3-4 Wochen lang reift. Danach wird der Käse aus dem Lager genommen, wenn er für die Vermarktung als milder (cremiger) oder reifer (würziger) Käse benötigt wird. Der Käse ist nach etwa sechs Monaten voll ausgereift, wird aber je nach persönlicher Präferenz schon nach einem Monat Reifezeit verkauft.

5. *Ursprünglicher Text*

Kontrollstelle:

Product Authentication Inspectorate Ltd (PAI) Rowland House, 65 High Street,
Worthing, West Sussex. BN11 1DN. Tel.: +44 1903 237799

Geänderter Text

Kontrollstelle:

Lancashire County Council Trading Standards. County Hall, Preston PR1 0LD. Tel.: +44 1772 533569. E-Mail: enquiries@lancashire.gov.uk

Änderungen des Einzigen Dokuments

Rubriken des Einzigen Dokuments, auf die sich die Änderung bezieht bzw. die Änderungen beziehen

3.2 Beschreibung

4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

3.2 Beschreibung des Erzeugnisses

Ursprünglicher Text

Der Käse wird in traditioneller zylindrischer Form hergestellt.

Geänderter Text

Der Käse wird in traditioneller zylindrischer Form oder in Blockform hergestellt.

Ursprünglicher Text

Entweder eine traditionelle zylindrische Form oder Teile davon (in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden). Er wird entweder bandagiert, gewachst, gebuttert oder vakuumverpackt.

Geänderter Text

Endverarbeitung und Aussehen: Entweder eine traditionelle zylindrische Form oder Teile davon (in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden) oder in Blockform (ebenfalls in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden). Er wird entweder bandagiert, gewachst, gebuttert oder vakuumverpackt.

4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Ursprünglicher Text

Das Gebiet Fylde in Lancashire. Nördlich des Ribble mit den Gemeinden Preston und Blackpool in Lancashire.

Geänderter Text

Milch, die für die Herstellung von Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese verwendet wird, wird aus der Grafschaft Lancashire bezogen. Der Käse wird auch in der Grafschaft hergestellt. Die Grafschaft Lancashire ist definiert als die zeremonielle Grafschaft Lancashire, d. h. die durch den Local Government Act (Kommunalgesetz) 1972 geschaffene nicht-metropolitane Grafschaft Lancashire, sowie die Gebietskörperschaften (Unitary Authorities) Blackpool und Blackburn with Darwen.

EINZIGES DOKUMENT

„Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese“

EU-Nr.: PDO-GB-0280-AM01 – 5.3.2024

g. g. A. () g. U. (x)

1. Name

„Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese“

2. Mitgliedstaat oder Drittland

Vereinigtes Königreich

3. Beschreibung des Agrarerzeugnisses oder Lebensmittels

3.1. Art des Erzeugnisses

Klasse 1.3. Käse

3.2. Beschreibung des Erzeugnisses, für das der unter Punkt 1 aufgeführte Name gilt

Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese wird aus vollfetter Kuhmilch hergestellt. Der Käse enthält mindestens 48 % Butterfett in der Trockenmasse und höchstens 48 % Feuchtigkeit. Der Käse wird in traditioneller zylindrischer Form hergestellt.

Geschmack: Junge Käse haben einen klaren und milden Geschmack. Reife Käse sind recht scharf und würzig.

Farbe: Durchgängig einheitlich cremefarben

Körper: Mäßig fest, glatt und seidig

Konsistenz: Locker und offen mit einem buttrigen Gefühl, wobei der gereifte Käse recht streichfähig ist

Endverarbeitung und Aussehen: Entweder eine traditionelle zylindrische Form oder Teile davon (in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden) oder in Blockform (ebenfalls in unterschiedlicher Größe, um den Bedürfnissen des Kunden gerecht zu werden). Er wird entweder bandagiert, gewachst, gebuttert oder vakuumverpackt.

3.3. Futter (nur für Erzeugnisse tierischen Ursprungs) und Rohstoffe (nur für Verarbeitungserzeugnisse)

—

3.4. Besondere Erzeugungsschritte, die in dem abgegrenzten geografischen Gebiet erfolgen müssen

Alle Schritte zur Erzeugung von Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese müssen innerhalb des abgegrenzten Gebiets erfolgen.

3.5. Besondere Vorschriften für Vorgänge wie Schneiden, Reiben, Verpacken usw. des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

3.6. Besondere Vorschriften für die Kennzeichnung des Erzeugnisses mit dem eingetragenen Namen

—

4. Kurzbeschreibung der Abgrenzung des geografischen Gebiets

Milch, die für die Herstellung von Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese verwendet wird, wird aus der Grafschaft Lancashire bezogen. Der Käse wird auch in der Grafschaft hergestellt. Die Grafschaft Lancashire ist definiert als die zeremonielle Grafschaft Lancashire, d. h. die durch den Local Government Act (Kommunalgesetz) 1972 geschaffene nicht-metropolitane Grafschaft Lancashire, sowie die Gebietskörperschaften (Unitary Authorities) Blackpool und Blackburn with Darwen.

5. Zusammenhang mit dem geografischen Gebiet

Während der Herrschaft von Heinrich II. 1179 n. Chr. erhielt Preston seine erste Royal Charter für Ausstellungen und Märkte, auf denen viel Käse verkauft wurde, der auf den Bauernhöfen in Nord-Lancashire hergestellt wurde. Aus Aufzeichnungen geht hervor, dass „Traditional Lancashire“ erstmals auf den Bauernhöfen der Fylde nördlich des Ribble hergestellt wurde. 1932 beschloss der Stadtrat von Preston als Reaktion auf eine Petition der Käsermeister der Fylde, vier Käsemessen pro Jahr abzuhalten.

Bis in die späten 1800er Jahre wurde die Produktion jedoch sehr unterschiedlich gehandhabt und das Erzeugnis war daher nicht einheitlich. Zu dieser Zeit wurde Joseph Gornall aus Garstang vom Grafschaftsrat von Lancashire beauftragt, die Bauernhöfe in Lancashire aufzusuchen, um den Bauern eine einheitliche Produktionsmethode beizubringen. Dies tat er und schrieb auch mehrere Bücher zu diesem Thema. Joseph Gornalls Methoden wurden 1956 im Handbuch des Landwirtschaftsministeriums zur Käseherstellung genau befolgt, und echter „Traditional Lancashire“ wird auch heute noch, abgesehen von kleinen Änderungen aufgrund von verbesserter Technik, auf dieselbe Art und Weise hergestellt.

„Traditional Lancashire Cheese“ verzeichnet derzeit eine leichte Wiederbelebung, war jedoch in den letzten 50 Jahren aus verschiedenen Gründen nahezu vom Markt verschwunden.

Vor den Kriegsjahren gab es über 200 Betriebe und einige Molkereien, die ca. 4 800 Tonnen des Käses pro Jahr produzierten: Heute gibt es nur noch fünf Betriebe und sechs Molkereien, die 1 650 Tonnen pro Jahr produzieren. Der erste Rückgang ereignete sich im zweiten Weltkrieg. Die Herstellung wurde zugunsten von Hartkäse verboten, da Hartkäse leichter in Rationsportionen geschnitten werden konnte. Die Produktion des Käses hat sich nie wirklich davon erholt, und 1948 gab es nur noch 22 Betriebe, die ihn herstellten.

Der zweite Einschnitt ereignete sich in den 60er und 70er Jahren mit der Entwicklung eines „Imitats“ des „Traditional Lancashire Cheese“. Dies wurde von den größeren Herstellern sehr begrüßt, da dieser Käse im Gegensatz zum „Traditional Lancashire“ in einer „Fertigungsstraße“ oder Fließfertigung massenhaft hergestellt werden konnte. Die größeren Unternehmen konnten es sich leisten, dieses Nachahmerprodukt herzustellen und als „Lancashire“ zu bezeichnen. Es handelte sich um einen charakterlosen weißen, säuerlichen Käse mit einer bröckeligen Konsistenz, der die Qualitäten eines cremigen „Traditional Lancashire“ abwertete. Da der Verband der Käsereien, die Lancashire Cheese Makers Association, nicht erkannte, welche Gefahr dieses minderwertige Erzeugnis für ihr eigenes Erzeugnis darstellen könnte, unternahm er nichts, um dies zu verhindern, und ist daher nicht ganz schuldlos an diesem Niedergang. Glücklicherweise blieben einige Hersteller standhaft, sodass der echte Lancashire-Käse vielleicht doch noch zu seinem früheren Ruhm zurückfindet.

Die Lancashire Cheese Association wurde in den frühen 1900er Jahren gegründet und war einst eine große Organisation mit 30 oder 40 Mitgliedern. Genaue Aufzeichnungen liegen nicht vor. Die Kriegsjahre und der darauf folgende Mangel an Arbeitskräften und Ressourcen haben die Organisation geschwächt und heute zählt sie nur noch 6 Mitglieder und 5 weitere bäuerliche Hersteller.

Das echte Erzeugnis wird derzeit nicht außerhalb des abgegrenzten Gebietes hergestellt, und nach dem Wissen der Mitglieder war dies auch nie der Fall.

Die Herstellungsmethode und das Know-how wurden von Generation zu Generation weitergegeben und orientieren sich eng an den Lehren von Joseph Gornall.

Die Organisation setzt sich für die Vermarktung von „Traditional Lancashire“ ein, verlangt jedoch, dass seine Tradition geschützt wird, damit Nachahmererzeugnisse nicht erneut seinen Namen entwerten und das Qualitätsniveau absenken können.

„Traditional Lancashire Cheese“ wird seit Generationen ausschließlich in den Gebieten Fylde, North Preston und Garstang hergestellt.

Die butterartige Konsistenz und die Weichheit des Käses sind auf das Sandstein-Grundgestein dieses Teils von Lancashire und damit auf das weiche Wasser und die üppigen Weiden zurückzuführen.

Durch die Nähe zur Küste und den Golfstrom herrscht in diesem Gebiet außerdem ein gemäßigtes Klima. Es gibt keine starken Temperaturschwankungen, daher sind die Fettbestandteile der Milch relativ konstant.

Die vorherrschenden Westwinde beschenken dem ausgewiesenen Gebiet außerdem relativ hohe Niederschlagsmengen, was dazu beiträgt, dass die Weideflächen üppig und die Gräser sauber sind, d. h. wenig Staub und damit auch wenig coliforme Bakterien enthalten.

Die Region Lancashire ist ein traditionelles Milchwirtschaftsgebiet, da dort klimatische Bedingungen herrschen, die zu den beständigen gemäßigten Klimabedingungen Europas zählen. Die hohen jährlichen Niederschlagsmengen (1 450 mm) gewährleisten eine frische und staubfreie Beweidung und Futterkultur, sodass die Kühe das ganze Jahr über die gleiche Futtermenge erhalten können. Dies führt zu einer konstanten Menge von Milch mit einem weichen Fettbestandteil.

Hinzu kommen die traditionellen Fertigkeiten, die von den spezialisierten Käseherstellern in dem Gebiet sorgfältig bewahrt wurden. Diese Fertigkeiten unterscheiden sich stark von anderen Käsereimethoden und werden außerhalb des ausgewiesenen Gebiets nicht angewandt.

Bei der Herstellung werden traditionelle Verfahren angewandt, um den empfindlichen Käsebruch zu schützen, der richtig behandelt werden muss, damit er den erforderlichen Geschmack und die richtige Konsistenz erhält, indem sichergestellt wird, dass das Fett nicht herausbricht oder in der Molke verloren geht. Die Erfahrung des Käsermeisters ist für die Bestimmung des richtigen Zeitpunkts jeder Phase des Prozesses ausschlaggebend. Die lange Dauer der Herstellung von „Beacon Fell Traditional Lancashire Cheese“ gewährleistet, dass die in der betreffenden Molkerei vorkommenden besonderen Mikroorganismen aufgenommen werden und die für diesen Käse erforderlichen Geschmacksmerkmale liefern können.

Aus den vorstehend genannten Gründen sind wir der Auffassung, dass dieses Gebiet das abgegrenzte Gebiet für die Herstellung von „Traditional Lancashire Cheese“ und auch für die Erzeugung der Milch für diesen Käse sein sollte.

Hinweis auf die Veröffentlichung der Produktspezifikation

<https://www.gov.uk/protected-food-drink-names/beacon-fell-traditional-lancashire-cheese>



C/2024/5237

2.9.2024

Beschluss des Gerichts vom 16. Juli 2024 – Aeris Invest/SRB

(Rechtssache T-62/18) ⁽¹⁾

(Zugang zu Dokumenten – Dokumente im Besitz des SRB im Zusammenhang mit der Annahme eines Abwicklungskonzepts für die Banco Popular Español – Entscheidung des Beschwerdeausschusses des SRB über einen die Verweigerung des Zugangs bestätigenden Beschluss des SRB – Einrede der Rechtswidrigkeit – Begründungspflicht – Ausnahmen vom Recht auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – Art. 4 der Verordnung [EG] Nr. 1049/2001 – Vermutung der Vertraulichkeit – Befugnismissbrauch – Klage, der offensichtlich jede rechtliche Grundlage fehlt)

(C/2024/5237)

Verfahrenssprache: Spanisch

Parteien

Klägerin: Aeris Invest Sàrl (Luxemburg, Luxemburg) (vertreten durch Rechtsanwalt R. Vallina Hoset und Rechtsanwältin M. Varela Suárez)

Beklagter: Einheitlicher Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) (vertreten durch A. Lapresta Bienz, H. Ehlers, M. Fernández Rupérez und J. Rius Riu als Bevollmächtigte)

Streithelferin zur Unterstützung des Beklagten: Banco Santander, SA (Santander, Spanien) (vertreten durch Rechtsanwalt J. Rodríguez Cárcamo und Rechtsanwältin A. Rodríguez Conde)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die teilweise Nichtigkeitserklärung der Entscheidung des Beschwerdeausschusses des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 28. November 2017 in der Sache 43/2017 betreffend eine Beschwerde gegen den bestätigenden Beschluss des SRB, mit dem ihr der Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Annahme eines Abwicklungskonzepts für die Banco Popular Español, SA verweigert wurde.

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Aeris Invest Sàrl trägt ihre eigenen Kosten sowie die Kosten, die dem Einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB) und der Banco Santander, SA entstanden sind.

⁽¹⁾ ABL C 123 vom 9.4.2018.



Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Visoki trgovački sud Republike Hrvatske – Kroatien) – Financijska agencija/HANN-INVEST d.o.o.

(Verbundene Rechtssache C-554/21, C-622/21 und C-727/21 ⁽¹⁾, Hann-Invest u. a.)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 19 Abs. 1 Unterabs. 2 EUV – Wirksamer Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen – Richterliche Unabhängigkeit – Zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht – Faires Verfahren – Stelle für die Registrierung von Gerichtsentscheidungen – Nationale Regelung, nach der bei den zweitinstanzlichen Gerichten ein Evidenzrichter vorgesehen ist, der in der Praxis über die Befugnis verfügt, die Verkündung eines Urteils auszusetzen, den Spruchkörpern Weisungen zu erteilen und die Einberufung einer Abteilungssitzung zu beantragen – Nationale Regelung, nach der in den Sitzungen einer Abteilung oder aller Richter eines Gerichts „Rechtsauffassungen“ festgelegt werden können, die auch für Rechtssachen, über die bereits beraten wurde, verbindlich sind)

(C/2024/5192)

Verfahrenssprache: Kroatisch

Vorlegendes Gericht

Visoki trgovački sud Republike Hrvatske

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Financijska agencija

Beklagte: HANN-INVEST d.o.o. (C-554/21), MINERAL-SEKULINE d.o.o. (C-622/21) und UDRUGA KHL MEDVEŠČAK ZAGREB (C-727/21)

Tenor

Art. 19 Abs. 1 Unterabs. 2 EUV

ist dahin auszulegen, dass

er dem entgegensteht, dass das nationale Recht für ein nationales Gericht einen internen Mechanismus vorsieht, nach dem

- die gerichtliche Entscheidung des mit einer Rechtssache befassten Spruchkörpers nur dann zum Zweck des Abschlusses der Rechtssache an die Parteien versandt werden darf, wenn ihr Inhalt von einem Evidenzrichter, der nicht diesem Spruchkörper angehört, gebilligt worden ist;
- eine Abteilungssitzung dieses Gerichts befugt ist, den mit einer Rechtssache befassten Spruchkörper durch Festlegung einer „Rechtsauffassung“ zu zwingen, den Inhalt der von dem Spruchkörper zuvor erlassenen gerichtlichen Entscheidung zu ändern, obwohl diese Abteilungssitzung auch andere Richter als die dieses Spruchkörpers sowie gegebenenfalls außerhalb des betreffenden Gerichts stehende Personen umfasst, vor denen die Parteien ihren Standpunkt nicht geltend machen können.

⁽¹⁾ ABl. C 222 vom 7.6.2022.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Deutsche Bank/SRB

(Rechtssache T-396/21) ⁽¹⁾

(Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen [SRM] – Einheitlicher Abwicklungsfonds [SRF] – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Gleichbehandlung – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Ermessen des SRB – Einrede der Rechtswidrigkeit – Ermessen der Kommission – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils)

(C/2024/5227)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Klägerin: Deutsche Bank AG (Frankfurt am Main, Deutschland) (vertreten durch Rechtsanwälte H. Berger, M. Weber und D. Schoo)

Beklagter: Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB) (vertreten durch J. Kerlin, T. Wittenberg und D. Ceran als Bevollmächtigte im Beistand der Rechtsanwälte H.-G. Kamann, F. Louis und P. Gey sowie der Rechtsanwältin L. Hesse)

Streithelfer zur Unterstützung des Beklagten: Europäisches Parlament (vertreten durch U. Rösslein, M. Menegatti und G. Bartram als Bevollmächtigte), Rat der Europäischen Union (vertreten durch J. Bauerschmidt, J. Haunold und A. Westerhof Löfflerová als Bevollmächtigte), Europäische Kommission (vertreten durch D. Triantafyllou und A. Steiblyté als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die Nichtigkeitsklärung des Beschlusses SRB/ES/2021/22 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 14. April 2021 über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds soweit er sie betrifft.

Tenor

1. Der Beschluss SRB/ES/2021/22 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 14. April 2021 über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds wird für nichtig erklärt, soweit er die Deutsche Bank AG betrifft.
2. Die Wirkungen des Beschlusses SRB/ES/2021/22, soweit er die Deutsche Bank AG betrifft, werden aufrechterhalten, bis innerhalb einer angemessenen Frist, die sechs Monate ab dem Tag der Verkündung des vorliegenden Urteils nicht überschreiten darf, ein neuer Beschluss des SRB in Kraft tritt, mit dem der im Voraus erhobene Beitrag dieses Instituts zum einheitlichen Abwicklungsfonds für den Beitragszeitraum 2021 festgesetzt wird.
3. Der SRB trägt neben seinen eigenen Kosten die Kosten der Deutschen Bank AG.
4. Das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission tragen ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 349 vom 30.8.2021.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Norddeutsche Landesbank – Girozentrale/SRB

(Rechtssache T-403/21) ⁽¹⁾

(Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Mechanismus für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen [SRM] – Einheitlicher Abwicklungsfonds [SRF] – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – Gleichbehandlung – Verhältnismäßigkeit – Ermessen des SRB – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Einrede der Rechtswidrigkeit – Ermessen der Kommission – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils)

(C/2024/5228)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Klägerin: Norddeutsche Landesbank – Girozentrale (Hannover, Deutschland) (vertreten durch Rechtsanwalt J. Seitz und Rechtsanwältin C. Marx)

Beklagter: Einheitlicher Abwicklungsausschuss (vertreten durch J. Kerlin, T. Wittenberg und C. De Falco als Bevollmächtigte im Beistand von Rechtsanwalt G. Coppo sowie Rechtsanwältinnen S. Reinart und K. Bongs)

Streithelferin zur Unterstützung des Beklagten: Europäische Kommission (vertreten durch D. Triantafyllou und A. Steiblytė als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage gemäß Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin, die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale, die Nichtigerklärung des Beschlusses SRB/ES/2021/22 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 14. April 2021 über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds, soweit er sie als Rechtsnachfolgerin der Deutsche Hypothekenbank AG betrifft.

Tenor

1. Der Beschluss SRB/ES/2021/22 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 14. April 2021 über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds wird für nichtig erklärt, soweit er die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale als Rechtsnachfolgerin der Deutsche Hypothekenbank AG betrifft.
2. Die Wirkungen des Beschlusses SRB/ES/2021/22, soweit er die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale als Rechtsnachfolgerin der Deutsche Hypothekenbank betrifft, werden aufrechterhalten, bis innerhalb einer angemessenen Frist, die sechs Monate ab dem Tag der Verkündung des vorliegenden Urteils nicht überschreiten darf, ein neuer Beschluss des SRB in Kraft tritt, mit dem der im Voraus erhobene Beitrag dieses Instituts zum einheitlichen Abwicklungsfonds für das Jahr 2021 festgesetzt wird.
3. Der SRB trägt neben seinen eigenen Kosten die Kosten der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale.
4. Die Europäische Kommission trägt ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABL C 368 vom 13.9.2021.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Norddeutsche Landesbank – Girozentrale/SRB

(Rechtssache T-412/21) ⁽¹⁾

(Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Mechanismus für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen [SRM] – Einheitlicher Abwicklungsfonds [SRF] – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – Gleichbehandlung – Verhältnismäßigkeit – Ermessen des SRB – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Einrede der Rechtswidrigkeit – Ermessen der Kommission – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils)

(C/2024/5229)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Klägerin: Norddeutsche Landesbank – Girozentrale (Hannover, Deutschland) (vertreten durch Rechtsanwalt J. Seitz und Rechtsanwältin C. Marx)

Beklagter: Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB) (vertreten durch J. Kerlin, T. Wittenberg und C. De Falco als Bevollmächtigte im Beistand von Rechtsanwalt G. Coppo sowie Rechtsanwältinnen S. Reinart und K. Bongs)

Streithelferin zur Unterstützung des Beklagten: Europäische Kommission (vertreten durch D. Triantafyllou und A. Steiblyte als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage gemäß Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die Nichtigkeitsklärung des Beschlusses SRB/ES/2021/22 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 14. April 2021 über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds, soweit er sie betrifft.

Tenor

1. Der Beschluss SRB/ES/2021/22 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 14. April 2021 über die Berechnung der für 2021 im Voraus erhobenen Beiträge zum einheitlichen Abwicklungsfonds wird für nichtig erklärt, soweit er die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale betrifft.
2. Die Wirkungen des Beschlusses SRB/ES/2021/22, soweit er die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale betrifft, werden aufrechterhalten, bis innerhalb einer angemessenen Frist, die sechs Monate ab dem Tag der Verkündung des vorliegenden Urteils nicht überschreiten darf, ein neuer Beschluss des SRB in Kraft tritt, mit dem der im Voraus erhobene Beitrag dieses Instituts zum einheitlichen Abwicklungsfonds für das Jahr 2021 festgesetzt wird.
3. Der SRB trägt neben seinen eigenen Kosten die Kosten der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale.
4. Die Europäische Kommission trägt ihre eigenen Kosten.

⁽¹⁾ ABL C 368 vom 13.9.2021.



C/2024/5230

2.9.2024

Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Auken u. a./Kommission

(Rechtssache T-689/21) ⁽¹⁾

(Zugang zu Dokumenten – Verordnung [EG] Nr. 1049/2001 – Abnahmegarantieverträge und Kaufverträge zwischen der Kommission und den Pharmaunternehmen über den Kauf von Impfstoffen gegen COVID-19 – Teilweise Verweigerung des Zugangs – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Begründungspflicht – Vorhersehbare und nicht rein hypothetische Gefahr der Beeinträchtigung des geltend gemachten Interesses – Grundsatz der guten Verwaltung – Freiheit der Meinungsäußerung)

(C/2024/5230)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerinnen: Margrete Auken, Tilly Metz, Jutta Paulus, Emilie Mosnier (als Erbin von Michèle Rivasi) und Kimberly van Sparrentak (vertreten durch Rechtsanwältin B. Kloostra)

Beklagte: Europäische Kommission (vertreten durch G. Gattinara und A. Spina als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragen die Klägerinnen die Nichtigerklärung des Beschlusses C(2022) 1038 final der Europäischen Kommission vom 15. Februar 2022, der gemäß Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. 2001, L 145, S. 43) erlassen wurde und mit dem ihnen ein teilweiser Zugang zu den Abnahmegarantieverträgen und zu den Kaufverträgen gewährt wurde, die die Kommission mit den betreffenden Pharmaunternehmen über den Kauf von Impfstoffen gegen COVID-19 geschlossen hatte.

Tenor

1. Der Beschluss C(2022) 1038 final der Europäischen Kommission vom 15. Februar 2022 wird für nichtig erklärt, soweit die Kommission einen weitergehenden Zugang erstens zu den Definitionen der Begriffe „vorsätzliches Fehlverhalten“ (wilful misconduct) in dem zwischen der Kommission und AstraZeneca geschlossenen Abnahmegarantievertrag sowie „alle zumutbaren Anstrengungen“ (best reasonable efforts) in dem zwischen der Kommission und Pfizer-BioNTech geschlossenen Abnahmegarantievertrag und dem zwischen ihnen geschlossenen Kaufvertrag, zweitens zu den Bestimmungen über Schenkungen und Weiterverkäufe und drittens zu den Bestimmungen über Entschädigungen in den Abnahmegarantieverträgen und Kaufverträgen, die zwischen der Kommission und den betreffenden Pharmaunternehmen über den Kauf von Impfstoffen gegen COVID-19 geschlossen wurden, auf der Grundlage von Art. 4 Abs. 2 erster Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verweigert hat.
2. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
3. Die Kommission trägt die Kosten einschließlich der Kosten, die im Zusammenhang mit der ursprünglichen Fassung der Klageschrift entstanden sind.

⁽¹⁾ ABl. C 513 vom 20.12.2021.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Courtois u. a./Kommission

(Rechtssache T-761/21) ⁽¹⁾

(Zugang zu Dokumenten – Verordnung [EG] Nr. 1049/2001 – Dokumente betreffend den Erwerb von Impfstoffen durch die Kommission im Rahmen der Covid-19-Pandemie – Teilweise Verweigerung des Zugangs – Ausnahme zum Schutz personenbezogener Daten – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Begründungspflicht – Bestehen einer absehbaren und nicht rein hypothetischen Gefahr einer Beeinträchtigung des geltend gemachten Interesses – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)

(C/2024/5231)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Fabien Courtois (Rueil-Malmaison, Frankreich) und die 2 088 weiteren im Anhang des Urteils namentlich aufgeführten Kläger (vertreten durch Rechtsanwälte A. Durand und T. Saint-Martin)

Beklagte: Europäische Kommission (vertreten durch C. Ehrbar, C. Gattinara und A. Spina als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragen die Kläger die Nichtigerklärung des in Anwendung von Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. 2001, L 145, S. 43) ergangenen Beschlusses C(2022) 1359 final der Europäischen Kommission vom 28. Februar 2022, mit dem ihnen ein teilweiser Zugang zu bestimmten Dokumenten betreffend den Erwerb von Impfstoffen durch die Kommission im Rahmen der Covid-19-Pandemie gewährt wurde, sowie der am 31. März 2022 übermittelten französischen Fassung dieses Beschlusses.

Tenor

1. Der Antrag auf Nichtigerklärung der stillschweigenden Entscheidung der Europäischen Kommission vom 24. September 2021, mit der der Zweitantrag auf Zugang zu Dokumenten abgelehnt wurde, hat sich erledigt.
2. Der in Anwendung von Art. 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission ergangene Beschluss C(2022) 1359 final der Kommission vom 28. Februar 2022, mit dem Herrn Fabien Courtois und den weiteren im Anhang namentlich aufgeführten natürlichen Personen ein teilweiser Zugang zu bestimmten Dokumenten betreffend den Erwerb von Impfstoffen durch die Kommission im Rahmen der Covid-19-Pandemie gewährt wurde, sowie die Herrn Courtois und den weiteren im Anhang namentlich aufgeführten Klägern am 31. März 2022 übermittelte französische Fassung dieses Beschlusses werden für nichtig erklärt, soweit die Kommission einen weiter gehenden Zugang zum einen zu den von den Mitgliedern des gemeinsamen Verhandlungsteams für den Erwerb von Covid-19-Impfstoffen unterzeichneten Erklärungen über das Nichtvorliegen eines Interessenkonflikts auf der Grundlage von Art. 4 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 1049/2001 und zum anderen zu den Entschädigungsklauseln in den Abnahmegarantien und den Kaufverträgen zwischen der Kommission und den betreffenden Pharmaunternehmen über den Erwerb dieser Impfstoffe auf der Grundlage von Art. 4 Abs. 2 erster Gedankenstrich dieser Verordnung abgelehnt hat.
3. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

⁽¹⁾ ABl. C 51 vom 31.1.2022.

4. Die Kommission trägt die Kosten einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der ursprünglichen Fassung der Klageschrift.



C/2024/5193

2.9.2024

**Urteil des Gerichtshofs (Fünfte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des
Apelativen sad – Sofia – Bulgarien) – UA/EUROBANK BULGARIA**

(Rechtssache C-409/22 ⁽¹⁾, Eurobank Bulgaria)

**(Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Zahlungsdienste im Binnenmarkt –
Richtlinie 2007/64/EG – Begriff „Zahlungsinstrument“ – Vollmacht eines Bevollmächtigten, der im
Namen des Kontoinhabers handelt – Kopie der Vollmacht mit Apostille – Art. 54 und 59 – Zustimmung
zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs – Begriff „Authentifizierung“ – Nicht autorisierte
Zahlungsvorgänge – Haftung des Zahlungsdienstleisters für diese Vorgänge – Beweislast)**

(C/2024/5193)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Vorlegendes Gericht

Apelativen sad – Sofia

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: UA

Beklagte: EUROBANK BULGARIA

Tenor

1. Art. 4 Nr. 23 der Richtlinie 2007/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG, 2002/65/EG, 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 97/5/EG

ist dahin auszulegen, dass

eine Vollmacht, mit der der Inhaber eines Bankkontos einen Bevollmächtigten ermächtigt, durch einen Zahlungsauftrag eine Vermögensverfügung auf diesem Konto vorzunehmen, für sich genommen kein „Zahlungsinstrument“ im Sinne dieser Bestimmung darstellt. Jedoch kann ein Verfahrensablauf, der zwischen dem Inhaber dieses Kontos und dem Zahlungsdienstleister vereinbart wurde und der dem in einer solchen Vollmacht bestellten Bevollmächtigten gestattet, einen Zahlungsauftrag von diesem Konto zu erteilen, als „Zahlungsinstrument“ eingestuft werden.

2. Art. 54 Abs. 1 und 2, Art. 59 Abs. 1 und 2 sowie Art. 86 Abs. 1 der Richtlinie 2007/64

sind dahin auszulegen, dass

in dem Fall, dass ein Zahlungsvorgang auf der Grundlage einer notariellen, mit einer Apostille versehenen Vollmacht des Inhabers des Bankkontos ausgeführt wurde und der Kontoinhaber die Gültigkeit der Vollmacht und damit seine Zustimmung zu diesem Zahlungsvorgang bestreitet, die Tatsache, dass die Vollmacht formal ordnungsgemäß ist, nicht ausreicht, um den Zahlungsvorgang als autorisiert anzusehen; der Zahlungsdienstleister muss nachweisen, dass der Zahlungsdienstnutzer sein Einverständnis mit dem fraglichen Zahlungsvorgang mittels dieser Vollmacht gemäß dem mit ihm vereinbarten Verfahren zur Erteilung der Zustimmung ordnungsgemäß zum Ausdruck gebracht hat.

⁽¹⁾ ABL C 359 vom 19.9.2022.



**Urteil des Gerichtshofs (Neunte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des
Landgerichts Hannover – Deutschland) – MK/WB**

(Rechtssache C-461/22, MK [Curateur professionnel]) ⁽¹⁾

**(Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener
Daten – Verordnung [EU] 2016/679 – Art. 2 Abs. 2 Buchst. c – Anwendungsbereich – Ausschlüsse –
Ausschließlich persönliche oder familiäre Tätigkeit – Art. 4 Nr. 7 – Verantwortlicher – Ehemaliger
Betreuer, der seine Aufgaben berufsmäßig wahrgenommen hat – Art. 15 – Zugang der unter Betreuung
gestellten Person zu den Daten, die dieser ehemalige Betreuer bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben
erhoben hat)**

(C/2024/5194)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Landgericht Hannover

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: MK

Beklagter: WB

Tenor

Art. 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

ist dahin auszulegen, dass

ein ehemaliger Betreuer, der seine Aufgaben in Bezug auf eine unter seine Betreuung gestellte Person berufsmäßig wahrgenommen hat, als im Sinne dieser Bestimmung „Verantwortlicher“ für die Verarbeitung der diese Person betreffenden personenbezogenen Daten, die sich in seinem Besitz befinden, einzustufen ist, sowie dahin, dass eine solche Verarbeitung alle Bestimmungen dieser Verordnung, insbesondere Art. 15 DSGVO, beachten muss.

⁽¹⁾ ABL C 398 vom 17.10.2022.



C/2024/5195

2.9.2024

Urteil des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Consiglio di Stato – Italien) – Società Italiana Imprese Balneari Srl/Comune di Rosignano Marittimo, Ministero dell'Economia e delle Finanze, Agenzia del demanio – Direzione regionale Toscana e Umbria, Regione Toscana

(Rechtssache C-598/22) ⁽¹⁾

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 49 AEUV – Konzessionen für öffentlichen Grund und Boden am Meer – Ablauf und Erneuerung – Nationale Regelung, die den entschädigungslosen Übergang von auf öffentlichem Grund und Boden errichteten nicht entfernbaren Bauten auf den Staat vorsieht – Beschränkung – Fehlen)

(C/2024/5195)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Consiglio di Stato

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Società Italiana Imprese Balneari Srl

Beklagte: Comune di Rosignano Marittimo, Ministero dell'Economia e delle Finanze, Agenzia del demanio – Direzione regionale Toscana e Umbria, Regione Toscana

Tenor

Art. 49 AEUV ist dahin auszulegen, dass

er einer nationalen Regelung nicht entgegensteht, die vorsieht, dass der Konzessionär bei Ablauf einer Konzession für die Nutzung von öffentlichem Grund und Boden – und sofern in der Konzessionsurkunde nichts anderes bestimmt ist – verpflichtet ist, die nicht entfernbaren Bauten, die er auf dem in Konzession gegebenen Grund und Boden errichtet hat, unmittelbar, unentgeltlich und entschädigungslos zu überlassen, und zwar auch im Fall der Erneuerung der Konzession.

⁽¹⁾ ABl. C 463 vom 5.12.2022.



Urteil des Gerichtshofs (Erste Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Landesverwaltungsgerichts Tirol – Österreich) – Umweltverband WWF Österreich, ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung, Naturschutzbund Österreich, Umweltdachverband, Wiener Tierschutzverein/Amt der Tiroler Landesregierung

(Rechtssache C-601/22 ⁽¹⁾, WWF Österreich u. a.)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Gültigkeit und Auslegung – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Richtlinie 92/43/EWG – Art. 12 Abs. 1 – Strenges Schutzsystem für Tierarten – Anhang IV – *Canis lupus* [Wolf] – Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten – Art. 16 Abs. 1 – Nationale Genehmigung der Entnahme eines wildlebenden Exemplars der Art *canis lupus* – Bewertung des Erhaltungszustands der Populationen der betreffenden Art – Räumlicher Geltungsbereich – Feststellung des Schadens – Anderweitige zufriedenstellende Lösung)

(C/2024/5196)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Landesverwaltungsgericht Tirol

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: Umweltverband WWF Österreich, ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung, Naturschutzbund Österreich, Umweltdachverband, Wiener Tierschutzverein

Beklagte: Tiroler Landesregierung

Tenor

1. Die Prüfung der ersten Frage hat nichts ergeben, was die Gültigkeit von Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen in der durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates vom 13. Mai 2013 geänderten Fassung in Verbindung mit Anhang IV der Richtlinie 92/43 in der durch die Richtlinie 2013/17 geänderten Fassung beeinträchtigen könnte.
2. Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 92/43 in der durch die Richtlinie 2013/17 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass die dort aufgestellte Bedingung, wonach die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der gemäß dieser Bestimmung gewährten Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen müssen, nur dann unter Berücksichtigung der Ebene der biogeografischen Region, die über die nationalen Grenzen hinausgeht, anhand der verfügbaren Daten beurteilt werden darf, wenn vorab festgestellt worden ist, dass diese Populationen trotz dieser Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung auf der Ebene des lokalen Gebiets und des nationalen Hoheitsgebiets des betreffenden Mitgliedstaats in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen.
3. Art. 16 Abs. 1 Buchst. b der Richtlinie 92/43 in der durch die Richtlinie 2013/17 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass der in dieser Bestimmung enthaltene Begriff „ernste Schäden“ künftige mittelbare Schäden, die nicht auf das Exemplar der Tierart zurückzuführen sind, für das die nach dieser Bestimmung gewährte Ausnahme gilt, nicht umfasst.
4. Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 92/43 in der durch die Richtlinie 2013/17 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass die zuständigen nationalen Behörden bei der Feststellung, ob eine „anderweitige zufriedenstellende Lösung“ im Sinne dieser Bestimmung vorliegt, verpflichtet sind, auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse die denkbaren anderweitigen Lösungen zu beurteilen, wobei sie u. a. deren wirtschaftliche Implikationen berücksichtigen, ohne dass diese ausschlaggebenden Charakter hätten, und sie gegen das allgemeine Ziel der Wahrung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der betreffenden Tierart abwägen.

⁽¹⁾ ABl. C 441 vom 21.11.2022.



Urteil des Gerichtshofs (Fünfte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Supremo – Spanien) – Volvo AB/Transsaqui SL

(Rechtssache C-632/22 ⁽¹⁾, Volvo [Klageerhebung am Sitz einer Tochtergesellschaft der Beklagten])

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung [EG] Nr. 1393/2007 – Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke – Klage auf Ersatz des durch ein nach Art. 101 Abs. 1 AEUV und nach Art. 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum verbotenes Verhalten verursachten Schadens – Zustellung eines verfahrenseinleitenden Schriftstücks am Sitz einer Tochtergesellschaft der Beklagten – Gültigkeit der Klageerhebung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art. 47 – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz)

(C/2024/5197)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Supremo

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Volvo AB

Beklagte: Transsaqui SL

Beteiligter: Ministerio Fiscal

Tenor

Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Art. 101 AEUV sind in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates dahin auszulegen, dass eine Muttergesellschaft, gegen die eine Klage auf Ersatz des durch eine Zuwiderhandlung gegen das Wettbewerbsrecht verursachten Schadens erhoben wurde, nicht rechtswirksam geladen wurde, wenn die Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks an der Adresse ihrer im Mitgliedstaat der Klageerhebung ansässigen Tochtergesellschaft erfolgte; dies gilt auch dann, wenn die Muttergesellschaft mit dieser Tochtergesellschaft eine wirtschaftliche Einheit bildet.

⁽¹⁾ ABl. C 24 vom 23.1.2023.



Urteil des Gerichtshofs (Vierte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Bundesgerichtshofs – Deutschland) – Meta Platforms Ireland Limited/Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

(Rechtssache C-757/22, Meta Platforms Ireland [Verbandsklage]) ⁽¹⁾

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung [EU] 2016/679 – Art. 12 Abs. 1 Satz 1 – Transparente Information – Art. 13 Abs. 1 Buchst. c und e – Informationspflicht des Verantwortlichen – Art. 80 Abs. 2 – Vertretung von betroffenen Personen durch einen Verband zur Wahrung von Verbraucherinteressen – Verbandsklage ohne Auftrag und unabhängig von der Verletzung konkreter Rechte einer betroffenen Person – Auf eine Verletzung der Informationspflicht durch den Verantwortlichen gestützte Klage – Begriff „Verletzung der Rechte einer betroffenen Person infolge einer Verarbeitung“)

(C/2024/5198)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Bundesgerichtshof

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Meta Platforms Ireland Limited

Beklagte: Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

Tenor

Art. 80 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

ist dahin auszulegen, dass

die Voraussetzung, wonach eine befugte Einrichtung, um eine Verbandsklage im Sinne dieser Bestimmung erheben zu können, geltend machen muss, dass ihres Erachtens die in dieser Verordnung vorgesehenen Rechte einer betroffenen Person „infolge einer Verarbeitung“ im Sinne dieser Bestimmung verletzt wurden, erfüllt ist, wenn sich diese Einrichtung darauf beruft, dass die Verletzung der Rechte dieser Person anlässlich einer Verarbeitung personenbezogener Daten geschieht und auf einer Missachtung der Pflicht beruht, die dem Verantwortlichen gemäß Art. 12 Abs. 1 Satz 1 und Art. 13 Abs. 1 Buchst. c und e der Verordnung obliegt, der betroffenen Person spätestens bei dieser Datenerhebung Informationen über den Zweck der Datenverarbeitung und die Empfänger der Daten in präziser, transparenter, verständlicher und leicht zugänglicher Form in einer klaren und einfachen Sprache zu übermitteln.

⁽¹⁾ ABl. C 104 vom 20.3.2023.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Landesbank Baden-Württemberg/SRB

(Rechtssache T-142/22) ⁽¹⁾

(Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen [SRM] – Einheitlicher Abwicklungsfonds [SRF] – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2017 im Voraus erhobenen Beiträge – Begründungspflicht – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Gleichbehandlung – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Ermessen des SRB – Einrede der Rechtswidrigkeit – Ermessen der Kommission – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils)

(C/2024/5232)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Klägerin: Landesbank Baden-Württemberg (Stuttgart, Deutschland) (vertreten durch Rechtsanwälte H. Berger, M. Weber und D. Schoo)

Beklagter: Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB) (vertreten durch J. Kerlin, T. Wittenberg und D. Ceran als Bevollmächtigte im Beistand der Rechtsanwälte H.-G. Kamann und P. Gey)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die Nichtigerklärung des Beschlusses SRB/ES/2021/82 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 15. Dezember 2021 über die Berechnung der für 2017 im Voraus erhobenen Beiträge der Landesbank Baden-Württemberg zum einheitlichen Abwicklungsfonds.

Tenor

1. Der Beschluss SRB/ES/2021/82 des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) vom 15. Dezember 2021 über die Berechnung der für 2017 im Voraus erhobenen Beiträge der Landesbank Baden-Württemberg zum einheitlichen Abwicklungsfonds wird für nichtig erklärt.
2. Die Wirkungen des Beschlusses SRB/ES/2021/82 werden aufrechterhalten, bis innerhalb einer angemessenen Frist, die sechs Monate ab dem Tag der Verkündung des vorliegenden Urteils nicht überschreiten darf, ein neuer Beschluss des SRB in Kraft tritt, mit dem der im Voraus erhobene Beitrag der Landesbank Baden-Württemberg zum einheitlichen Abwicklungsfonds für den Beitragszeitraum 2017 festgesetzt wird.
3. Der SRB trägt neben seinen eigenen Kosten die Kosten der Landesbank Baden-Württemberg.

⁽¹⁾ ABL C 198 vom 16.5.2022.



C/2024/5199

2.9.2024

**Urteil des Gerichtshofs (Achte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des
Naczelny Sąd Administracyjny – Polen) – Dyrektor Krajowej Informacji Skarbowej/J.S.**

(Rechtssache C-182/23 ⁽¹⁾, Makowit ⁽²⁾)

**(Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem –
Richtlinie 2006/112/EG – Art. 2 Abs. 1 Buchst. a – Art. 9 Abs. 1 – Art. 14 Abs. 2 Buchst. a – Steuerbare
Lieferung von Gegenständen – Übertragung des Eigentums an einer landwirtschaftlichen Fläche gegen
Zahlung einer Entschädigung aufgrund einer behördlichen Entscheidung – Enteignung)**

(C/2024/5199)

Verfahrenssprache: Polnisch

Vorlegendes Gericht

Naczelny Sąd Administracyjny

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: Dyrektor Krajowej Informacji Skarbowej

Beklagter: J.S.

Tenor

Art. 2 Abs. 1 Buchst. a in Verbindung mit Art. 14 Abs. 2 Buchst. a der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem

ist dahin auszulegen, dass

eine Übertragung des Eigentums an landwirtschaftlichen Grundstücken im Wege der Enteignung gegen Zahlung einer Entschädigung an den Eigentümer dieser Grundstücke der Mehrwertsteuer unterliegen muss, wenn dieser Eigentümer ein mehrwertsteuerpflichtiger Landwirt ist, der als solcher handelt, auch wenn er keine Tätigkeit im Immobilienhandel ausübt und nichts unternommen hat, was auf eine solche Eigentumsübertragung abzielen würde.

⁽¹⁾ ABl. C 252 vom 17.7.2023.

⁽²⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.



C/2024/5200

2.9.2024

Urteil des Gerichtshofs (Vierte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Bundesfinanzhofs – Deutschland) – Finanzamt T/S

(Rechtssache C-184/23 ⁽¹⁾, Finanzamt T II)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art. 2 Nr. 1 und Art. 4 Abs. 4 Unterabs. 2 – Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer – Steuerpflichtige – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Einheiten, die zwar rechtlich unabhängig, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbunden sind, zusammen als einen Steuerpflichtigen zu behandeln [„Mehrwertsteuergruppe“] – Zwischen Mitgliedern der Mehrwertsteuergruppe gegen Entgelt erbrachte Leistungen – Besteuerung dieser Leistungen – Nicht zum Vorsteuerabzug berechtigter Leistungsempfänger – Gefahr von Steuerverlusten)

(C/2024/5200)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Bundesfinanzhof

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: Finanzamt T

Beklagter: S

Tenor

Art. 2 Nr. 1 und Art. 4 Abs. 4 Unterabs. 2 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage in der durch die Richtlinie 2000/65/EG des Rates vom 17. Oktober 2000 geänderten Fassung

sind dahin auszulegen, dass

entgeltliche Leistungen zwischen Personen, die einem Zusammenschluss rechtlich unabhängiger, aber durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehungen eng miteinander verbundener Personen gemäß Art. 4 Abs. 4 Unterabs. 2 der Sechsten Richtlinie 77/388 in der durch die Richtlinie 2000/65 geänderten Fassung angehören, nicht in den Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer fallen, und zwar selbst dann nicht, wenn der Leistungsempfänger nicht (oder nur teilweise) zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

⁽¹⁾ ABl. C 235 vom 3.7.2023.



C/2024/5201

2.9.2024

Urteil des Gerichtshofs (Zweite Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Superior de Justicia de Cataluña – Spanien) – CL u. a./DB, in ihrer Eigenschaft als Alleinerbin von FC, Fondo de Garantía Salarial (FOGASA)

(Rechtssache C-196/23 ⁽¹⁾, Plamaro ⁽²⁾)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 98/59/EG – Massenentlassungen – Art. 1 Abs. 1 Buchst. a und Art. 2 – Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter – Anwendungsbereich – Beendigungen von Arbeitsverträgen aufgrund des Eintritts des Arbeitgebers in den Ruhestand – Art. 27 und 30 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union)

(C/2024/5201)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Superior de Justicia de Cataluña

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerinnen: CL, GO, GN, VO, TI, HZ, DN, DL

Beklagte: DB, in ihrer Eigenschaft als Alleinerbin von FC, Fondo de Garantía Salarial (FOGASA)

Tenor

1. Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 der Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen
ist dahin auszulegen, dass
er einer nationalen Regelung entgegensteht, nach der die Beendigung der Arbeitsverträge einer Zahl von Arbeitnehmern, die die in diesem Art. 1 Abs. 1 vorgesehene übersteigt, aufgrund des Eintritts des Arbeitgebers in den Ruhestand nicht als „Massenentlassung“ eingestuft wird und daher nicht zu der in diesem Art. 2 vorgesehenen Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter führt.
2. Das Unionsrecht ist dahin auszulegen, dass es ein mit einem Rechtsstreit zwischen Privaten befasstes nationales Gericht nicht verpflichtet, eine nationale Regelung wie die in Nr. 1 des vorliegenden Tenors angeführte unangewendet zu lassen, wenn sie mit Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 der Richtlinie 98/59 unvereinbar ist.

⁽¹⁾ ABl. C 304 vom 28.8.2023.

⁽²⁾ Fiktiver Name, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.



**Urteil des Gerichtshofs (Sechste Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des
Okrazhen sad – Sliven – Bulgarien) – Strafverfahren gegen DM u. a.**

(Rechtssache C-265/23 ⁽¹⁾, Volieva ⁽²⁾)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Bekämpfung der organisierten Kriminalität – Rahmenbeschluss 2008/841/JI des Rates – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht – Art. 47 und 52 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art. 19 Abs. 1 Unterabs. 2 EUV – Übermäßig lange Dauer des vorbereitenden Abschnitts des Strafverfahrens – Erhebliche, aber behebbare Verstöße der Anklageschrift gegen die Verfahrensvorschriften – Anspruch des Beschuldigten auf Einstellung des gegen ihn betriebenen Strafverfahrens)

(C/2024/5202)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Vorlegendes Gericht

Okrazhen sad – Sliven

Parteien des Ausgangsverfahrens

DM, AV, WO, AQ

Beteiligte: Okrazhna prokuratura – Sliven

Tenor

Der Rahmenbeschluss 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere dessen Art. 4, in Verbindung mit den Art. 47 und 52 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Art. 19 Abs. 1 Unterabs. 2 EUV

ist wie folgt auszulegen:

Er steht einer nationalen Regelung, mit der das Recht eines Beschuldigten darauf, dass das gegen ihn betriebene Strafverfahren, wenn erhebliche, aber behebbare Verstöße gegen die Verfahrensvorschriften, unter denen die Anklageschrift leidet, nicht behoben werden, eingestellt wird, während des laufenden Strafverfahrens aufgehoben wird, nicht entgegen.

⁽¹⁾ ABl. C 252 vom 17.7.2023.

⁽²⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.



Urteil des Gerichtshofs (Achte Kammer) vom 11. Juli 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Sąd Rejonowy Katowice – Zachód w Katowicach – Polen) – Skarb Państwa – Dyrektor Okręgowego Urzędu Miar w K./Z. sp.j.

(Rechtssache C-279/23 ⁽¹⁾, Skarb Państwa [nicht erheblicher Zahlungsverzug oder Zahlungsverzug mit einem geringen Forderungsbetrag])

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr – Richtlinie 2011/7/EU – Art. 6 Abs. 1 – Mindestpauschalbetrag als Entschädigung für Beitreibungskosten – Bestimmung des nationalen Rechts, nach der Anträge auf Zahlung dieses Pauschalbetrags im Fall eines nicht erheblichen Zahlungsverzugs oder eines geringen Forderungsbetrags zurückgewiesen werden können – Pflicht zur unionskonformen Auslegung)

(C/2024/5203)

Verfahrenssprache: Polnisch

Vorlegendes Gericht

Sąd Rejonowy Katowice – Zachód w Katowicach

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: Skarb Państwa – Dyrektor Okręgowego Urzędu Miar w K.

Beklagte: Z. sp.j.

Tenor

Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

ist dahin auszulegen, dass

er einer Praxis der nationalen Gerichte entgegensteht, die darin besteht, Klagen auf Zahlung des in dieser Bestimmung vorgesehenen Mindestpauschalbetrags als Entschädigung für Beitreibungskosten mit der Begründung abzuweisen, dass der Zahlungsverzug des Schuldners nicht erheblich sei oder dass der Betrag, mit dem der Schuldner in Verzug geraten sei, gering sei.

⁽¹⁾ ABl. C 286 vom 14.8.2023.



C/2024/5204

2.9.2024

Urteil des Gerichtshofs (Siebte Kammer) vom 11. Juli 2024 – Vincent Thunus u. a./Europäische Investitionsbank, Marc D’hooge

(Rechtssache C-561/23 P) ⁽¹⁾

(Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Personal der Europäischen Investitionsbank [EIB] – Vergütung – Aktualisierung der Grundgehaltstabelle – Berücksichtigung der Inflationsrate am Ort der dienstlichen Verwendung – Personalordnung – Art. 20 – Anhang I – Begründung – Verfälschung von Beweisen)

(C/2024/5204)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Rechtsmittelführer: Vincent Thunus, Jaime Barragán, Alexandra Felten, Manuel Sutil (vertreten durch Rechtsanwältin L. Levi)

Andere Parteien des Verfahrens: Marc D’hooge (vertreten durch Rechtsanwältin L. Levi), Europäische Investitionsbank (vertreten durch T. Gilliams und E. Manoukian als Bevollmächtigte und Rechtsanwalt P. E. Partsch)

Tenor

1. Das Rechtsmittel wird zurückgewiesen.
2. Herr Vincent Thunus, Herr Jaime Barragán, Frau Alexandra Felten und Herr Manuel Sutil tragen neben ihren eigenen Kosten die Kosten der Europäischen Investitionsbank.

⁽¹⁾ ABl. C 1288 vom 11.12.2023.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – W.B. Studio/EUIPO – E.Land Italy (BELFE)

(Rechtssache T-50/23) ⁽¹⁾

(Unionsmarke – Verfahren zur Erklärung des Verfalls – Unionswortmarke BELFE – Ernsthafte Benutzung der Marke – Teilweiser Verfall – Art. 18 Abs. 1 Unterabs. 2 Buchst. b und Art. 58 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung [EU] 2017/1001 – Anbringen auf Waren oder deren Verpackung in der Union ausschließlich für den Export – Nachweis der ernsthaften Benutzung – Keine rein interne Benutzung – Art. 19 der Delegierten Verordnung [EU] 2018/625)

(C/2024/5233)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: W.B. Studio Sas di Wivian Bodini & C. (Mailand, Italien) (vertreten durch Rechtsanwalt V. Piccarreta, Rechtsanwältin G. Romanelli und Rechtsanwalt A. Mocchi)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (vertreten durch R. Raponi als Bevollmächtigten)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer des EUIPO und Streithelferin vor dem Gericht: E.Land Italy Srl (Mailand) (vertreten durch Rechtsanwalt M. Francetti und Rechtsanwältin M. Cristofori)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die Aufhebung der Entscheidung der Ersten Beschwerdekammer des Amts der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) vom 30. November 2022 (Sache R 869/2021-1).

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die W.B. Studio Sas di Wivian Bodini & C. trägt die Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 104 vom 20.3.2023.



C/2024/5234

2.9.2024

Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – W.B. Studio/EUIPO – E.Land Italy

(BF BELFE)

(Rechtssache T-54/23) ⁽¹⁾

(Unionsmarke – Verfahren zur Erklärung des Verfalls – Unionsbildmarke BF BELFE – Ernsthafte Benutzung der Marke – Teilweiser Verfall – Art. 18 Abs. 1 Unterabs. 2 Buchst. b und Art. 58 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung [EU] 2017/1001 – Anbringen auf Waren oder deren Verpackung in der Union ausschließlich für den Export – Nachweis der ernsthaften Benutzung – Keine rein interne Benutzung – Art. 19 der Delegierten Verordnung [EU] 2018/625)

(C/2024/5234)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: W.B. Studio Sas di Wivian Bodini & C. (Mailand, Italien) (vertreten durch Rechtsanwalt V. Piccarreta, Rechtsanwältin G. Romanelli und Rechtsanwalt A. Mocchi)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (vertreten durch R. Raponi als Bevollmächtigten)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer des EUIPO und Streithelferin vor dem Gericht: E.Land Italy Srl (Mailand) (vertreten durch Rechtsanwalt M. Francetti und Rechtsanwältin M. Cristofori)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die Aufhebung der Entscheidung der Ersten Beschwerdekammer des Amts der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) vom 30. November 2022 (Sache R 870/2021-1).

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die W.B. Studio Sas di Wivian Bodini & C. trägt die Kosten.

⁽¹⁾ ABl. C 104 vom 20.3.2023.



C/2024/5235

2.9.2024

Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – LW/Kommission

(Rechtssache T-232/23) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst – Beamte – Beurteilung – Beurteilung 2020 – Begründungspflicht – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Fürsorgepflicht – Haftung)

(C/2024/5235)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: LW (vertreten durch Rechtsanwalt I. Bogdan-Petre)

Beklagte: Europäische Kommission (vertreten durch A. Baeckelmans und L. Hohenecker als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 270 AEUV beantragt die Klägerin, ihre Beurteilung vom 20. Juli 2021 für das Jahr 2020 und, soweit erforderlich, die Entscheidung des Berufungsbeurteilenden vom 13. Juli 2022, mit der die streitige Beurteilung bestätigt wurde, sowie die Entscheidung der Anstellungsbehörde vom 24. Januar 2023, mit der die Beschwerde der Klägerin zurückgewiesen wurde, aufzuheben und den immateriellen Schaden, der der Klägerin entstanden sein soll, zu ersetzen.

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. LW trägt ihre eigenen Kosten sowie die Kosten der Europäischen Kommission.

⁽¹⁾ ABL C 261 vom 24.7.2023.



Urteil des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Next Media Project/EFCA

(Rechtssache T-338/23) ⁽¹⁾

(Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Ausschreibungsverfahren – Kommunikationsdienstleistungen und Veranstaltungsorganisation – Ablehnung eines Angebots – Nicht ordnungsgemäßes Angebot – Nichterteilung der Auskünfte, die für die Teilnahme am Verfahren verlangt wurden – Art. 141 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung [EU, Euratom] 2018/1046 – Änderung der Übermittlungsart bestimmter Informationen – Verstoß gegen das Lastenheft – Offensichtlicher Beurteilungsfehler)

(C/2024/5236)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: Next Media Project, SLU (Barcelona, Spanien) (vertreten durch Rechtsanwalt R. Simar)

Beklagte: Europäische Fischereiaufsichtsagentur (vertreten durch S. Steele als Bevollmächtigte im Beistand von Rechtsanwalt B. Wägenbaur)

Gegenstand

Mit ihrer auf Art. 263 AEUV gestützten Klage begehrt die Klägerin die Nichtigerklärung des Beschlusses der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) vom 8. Juni 2023, mit dem die Klägerin vom Vergabeverfahren im Rahmen der Ausschreibung EFCA/2022/OP/0004 „Kommunikationsdienstleistungen (Los 1)“ und „Veranstaltungsorganisation (Los 2)“ ausgeschlossen wurde.

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Next Media Project, SLU trägt ihre eigenen Kosten sowie die Kosten der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (EFCA), einschließlich der Kosten in der Rechtssache T-338/23 R.

⁽¹⁾ ABL C 271 vom 31.7.2023.



C/2024/5247

2.9.2024

Beschluss des Gerichts vom 17. Juli 2024 – Moshkovich/Rat

(Rechtssache T-1109/23) ⁽¹⁾

(C/2024/5247)

Verfahrenssprache: Englisch

Der Präsident der Ersten Kammer hat die Streichung der Rechtssache angeordnet.

⁽¹⁾ ABl. C, C/2024/762 vom 22.1.2024.



C/2024/5205

2.9.2024

**Rechtsmittel, eingelegt am 20. März 2024 von TO gegen den Beschluss des Gerichts (Fünfte Kammer)
vom 11. Januar 2024 in der Rechtssache T-417/23, TO/EUA**

(Rechtssache C-217/24 P)

(C/2024/5205)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Rechtsmittelführerin: TO (vertreten durch É. Boigelot, Avocat)

Andere Partei des Verfahrens: Europäische Umweltagentur (EUA)

Mit Beschluss vom 23. Juli 2024 hat der Gerichtshof (Achte Kammer) das Rechtsmittel als offensichtlich unbegründet zurückgewiesen und TO ihre eigenen Kosten auferlegt.



C/2024/5206

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Juzgado de lo Mercantil nº1 de Alicante (Spanien), eingereicht am
30. April 2024 – Sánchez Romero Carvajal Jabugo, SAU/Embutidos Monells, SA**

(Rechtssache C-322/24)

(C/2024/5206)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Juzgado de lo Mercantil nº 1 de Alicante

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Sánchez Romero Carvajal Jabugo, SAU

Beklagte: Embutidos Monells, SA

Vorlagefragen

1. Sind Art. 61 der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 ⁽¹⁾ und Art. 9 der Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken ⁽²⁾ dahin auszulegen, dass der Rechtsinhaber einer älteren Marke, der in der außergerichtlichen Abmahnung eine Ausschlussfrist zur Erhebung der Nichtigkeitsklage gesetzt hat, die klar und eindeutig mit der allgemeinen Fünfjahresfrist zur Erhebung der Nichtigkeitsklage übereinstimmt, an sein eigenes Handeln gebunden ist, weil er beim Rechtsinhaber der jüngeren Marke das Vertrauen erweckt hat, dass er nach dem angegebenen Datum nicht mehr auf der Grundlage einer möglichen Nichtigkeit verklagt werden wird? Ist insoweit die Berufung auf Bösgläubigkeit bei der Anmeldung in einem späteren Gerichtsverfahren, um die Existenz einer Verjährungsfrist zu umgehen, als treuwidriges Verhalten anzusehen, wenn die Partei zum Zeitpunkt der Zustellung des entsprechenden Faxes gegen Nachweis [burofax] bereits über sämtliche Informationen verfügte, die für die Annahme erforderlich sind, dass jene Anmeldung bösgläubig erfolgt war?
2. Falls die erste Frage bejaht wird: Sind Art. 61 der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 und Art. 9 der Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken dahin auszulegen, dass das Verhalten des Klägers, das darin besteht, gegen die Eintragung von Unionsmarken, die im Wesentlichen mit den angegriffenen nationalen Marken übereinstimmen, aktiv Widerspruch einzulegen, weswegen deren Eintragung letztlich abgelehnt wurde, eine Bemühung innerhalb einer angemessenen Frist darstellt, um diesem Zustand abzuweichen?

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die Unionsmarke – ABl. 2017, L 154, S. 1.

⁽²⁾ ABl. 2015, L 336, S. 1.



C/2024/5207

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Juzgado de lo Mercantil nº 1 de Alicante (Spanien), eingereicht am
2. Mai 2024 – Deity Shoes, S.L./Mundorama Confort, S.L. und Stay Design, S.L.**

(Rechtssache C-323/24)

(C/2024/5207)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Juzgado de lo Mercantil nº 1 de Alicante

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Deity Shoes, S.L.

Beklagte: Mundorama Confort, S.L. und Stay Design, S.L.

Vorlagefragen

1. Ist es, damit ein Muster unter die Schutzregelung der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001⁽¹⁾ fällt, erforderlich, dass eine echte Gestaltungstätigkeit in dem Sinne vorliegt, dass das Muster das Ergebnis der geistigen Anstrengung seines Entwerfers ist? Kann in diesem Sinne das Kombinieren von Bauelementen auf der Grundlage von Modellen, deren Erscheinungsmerkmale größtenteils von den Handelsunternehmen im Voraus festgelegt sind, so dass Änderungen bestimmter Elemente als punktuell und nebensächlich angesehen werden müssen, als echte Gestaltungstätigkeit angesehen werden?
2. Kann im Zusammenhang mit dem Vorstehenden angenommen werden, dass die Erscheinungsmerkmale eines Erzeugnisses, das aus der Anpassung von bereits durch chinesische Handelsunternehmen in ihren Katalogen angebotenen Mustern an die Wünsche des Kunden („Customizing“) hervorgegangen ist, insgesamt oder teilweise Eigenart im Sinne von Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 besitzen, wenn sich die Tätigkeit des Rechtsinhabers des Musters darauf beschränkt, diese Muster im Europäischen Wirtschaftsraum unverändert oder mit punktuellen Änderungen an Bauelementen (wie Sohle, Nieten, Schnürsenkeln, Schnallen usw.) zu vermarkten, und die Erscheinungsmerkmale zu einem großen Teil bereits von den Handelsunternehmen festgelegt sind? Ist der Umstand, dass auch die Bauelemente nicht vom europäischen Vermarkter gestaltet worden sind, sondern es sich um Bauelemente handelt, die bereits vom Handelsunternehmen selbst in seinem Katalog angeboten worden sind, insoweit relevant?
3. Ist Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 dahin auszulegen, dass als Entwerfer eines Musters angesehen werden kann, wer auf der Grundlage eines von einem Handelsunternehmen in einem Katalog angebotenen Musters dieses bereits bestehende Muster lediglich an die Wünsche des Kunden angepasst hat („Customizing“), indem er Bauelemente verändert hat, die ebenfalls vom Handelsunternehmen angeboten wurden und in die keine Gestaltung des europäischen Vermarkters eingeflossen ist? Kann insoweit verlangt werden, dass ein bestimmter Grad von Anpassung an die Wünsche des Kunden („Customizing“) als Beweis dafür, dass die endgültige Form vom ursprünglichen Muster erheblich abweicht, nachgewiesen wird, um die Eigenschaft als Entwerfer beanspruchen zu können?
4. Ist unbeschadet des Vorstehenden in einem Fall wie dem vorliegenden angesichts der besonderen Merkmale von Schuhen, die auf der Grundlage von Musterbüchern von Handelsunternehmen gestaltet wurden, soweit sich die „Gestaltung“ auf die Auswahl von bereits bestehenden Mustern aus einem Musterbuch und gegebenenfalls die Abänderung von einigen seiner Bauelemente nach dem Katalog des Herstellers (Handelsunternehmen) entsprechend den Modetendenzen beschränkt, davon auszugehen, dass diese Modetendenzen: a) die Gestaltungsfreiheit des Entwerfers insoweit beschränken, als kleine Unterschiede zwischen dem eingetragenen (oder nicht eingetragenen) Muster und einem anderen Modell genügen können, um einen anderen Gesamteindruck zu erwecken, oder dass sie im Gegenteil b) die Eigenart des eingetragenen (oder nicht eingetragenen) Musters verringern, so dass diesen Elementen oder Bauelementen, soweit sie von bekannten Modetendenzen herrühren, eine geringere Bedeutung für den Gesamteindruck, den sie beim informierten Nutzer erwecken, zukommt, wenn dieser sie mit einem anderen Modell vergleicht?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster (ABl. 2002, L 3, S. 1).



Berichtigung der Bekanntmachung in der Rechtssache C-337/34 P — Rechtsmittel, eingelegt am 7. Mai 2024 von Königreich Dänemark gegen das Urteil des Gerichts (Fünfte erweiterte Kammer) vom 28. Februar 2024 in der Rechtssache T-364/20, Dänemark/Kommission (Rechtssache C-337/34 P)

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/4577, 29. Juli 2024)

Die Nummer der Rechtssache muss geändert werden:

Anstatt: „(Rechtssache C-337/34 P)“

muss es heißen: „(Rechtssache C-337/24 P)“.



C/2024/5208

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal Supremo (Spanien), eingereicht am 9. Mai 2024 –
Compañía de Distribución Integral Logista, S. A. / Administración General del Estado**

(Rechtssache C-348/24)

(C/2024/5208)

Verfahrenssprache: Spanisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal Supremo

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kassationsbeschwerdeführerin: Compañía de Distribución Integral Logista, S. A.

Kassationsbeschwerdegegnerin: Administración General del Estado

Vorlagefragen

1. In Bezug auf den Zollwert: Kann Art. 29 des Zollkodex der Gemeinschaften ⁽¹⁾ dahin ausgelegt werden, dass er nur die Methode zur Zollwertbestimmung – den Transaktionswert, vorbehaltlich der vorzunehmenden Berichtigungen durch Zu- oder Abschläge – festlegt, nicht aber den Zeitpunkt, an dem diese Bewertung vorzunehmen ist?
2. Ist in Anbetracht dessen, dass nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs für die Zwecke von Art. 29 des Zollkodex der Gemeinschaften die Methode zur Zollwertbestimmung auf der Grundlage des Transaktionswerts zur Anwendung kommt, wenn die Waren zur Ausfuhr in die Europäische Union verkauft wurden, Art. 29 in Verbindung mit Art. 112 Abs. 3 und Art. 214 des Zollkodex der Gemeinschaften dahin auszulegen, dass die Einlagerung der Waren in ein Zolllager im vereinfachten Verfahren nach Art. 76 Abs. 1 Buchst. c des Zollkodex der Gemeinschaften die Vermutung zur Folge hat oder gestattet, dass die Waren zur Ausfuhr in die Europäische Union verkauft werden? Ist für die Beantwortung der vorstehenden Frage der Umstand von Bedeutung, dass die Waren in den zollrechtlich freien Verkehr überführt wurden, nachdem sie während ihres Aufenthalts im Zolllager veräußert wurden?
3. Falls die vorstehenden Fragen verneint werden: Können in Anbetracht dessen, dass das *Zolllagerverfahren* als Nichterhebungsverfahren das Entstehen der Zollschild nicht regelt und diese somit im Zeitpunkt der Überführung der Waren in den zollrechtlich freien Verkehr entstünde, Art. 29, Art. 112 Abs. 3 und Art. 214 des Zollkodex der Gemeinschaften gleichwohl dahin ausgelegt werden, dass für die Bemessung des Zollwerts der Zeitpunkt zugrunde zu legen ist, an dem die Ware in das Zolllagerverfahren überführt wurde? Oder sind die genannten Vorschriften zwingend dahin auszulegen, dass dieser Wert an dem Zeitpunkt zu ermitteln ist, an dem die Waren in den zollrechtlich freien Verkehr überführt werden, d. h. beim Entstehen der Zollschild, obwohl diese Waren zuvor in ein Zolllager verbracht wurden?
4. Im Fall der Regelung aufeinanderfolgender Verkäufe: Kann Art. 147 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 ⁽²⁾ (Durchführungsvorschriften zum Zollkodex der Gemeinschaften) dahin ausgelegt werden, dass bereits die Einlagerung der Waren in ein Zolllager vermuten lässt, dass der Verkauf vor dem letzten Verkauf, der zur Verbringung der Waren in das Zollgebiet geführt hat, zum Zweck der Ausfuhr in die Europäische Union erfolgt ist?
5. In Bezug auf Ursprungszeugnisse: Sind die Art. 118 und 97k der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 dahin auszulegen, dass die Vorlage des Nachweises der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr nach Ablauf der Zweijahresfrist den Verlust der Anwendbarkeit der Zollvergünstigungen aufgrund des präferenziellen Ursprungs zur Folge hat, obwohl das dem Antrag auf Gewährung der Zollpräferenz zugrunde liegende Ursprungszeugnis in vorherigen, innerhalb der Zweijahresfrist durchgeführten Teilüberführungen verwendet worden ist?

⁽¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. 1992, L 302, S. 1).

⁽²⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. 1993, L 253, S. 1).



**Rechtsmittel, eingelegt am 14. Mai 2024 von PU gegen das Urteil des Gerichts (Zehnte Kammer) vom
28. Februar 2024 in der Rechtssache T-442/22, PU/Europäische Staatsanwaltschaft**

(Rechtssache C-352/24 P)

(C/2024/5209)

Verfahrenssprache: Griechisch

Parteien

Rechtsmittelführer: PU (vertreten durch Rechtsanwälte P. Yatagantzidis und D. Tsarapatsanis)

Andere Partei des Verfahrens: Europäische Staatsanwaltschaft

Anträge

Der Rechtsmittelführer beantragt,

- den ersten Abschnitt (Rn. 24-57) des Urteils des Gerichts vom 28. Februar 2024 in der Rechtssache T-442/22 und den dazu gehörigen Tenor (d. h. die Abweisung der Klage gegen die Handlungen der Beklagten vom 23. März 2022 und 30. Mai 2022) aufzuheben;
- die Sache an das Gericht zur erneuten Prüfung hinsichtlich des ersten Abschnitts zurückzuverweisen;
- der Beklagten die Kosten aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Der Rechtsmittelführer stützt sein Rechtsmittel auf einen einzigen Rechtsmittelgrund, der in zwei Teile gegliedert ist.

1. Erster Teil des Rechtsmittelgrundes:

Das angefochtene Urteil sei rechtsfehlerhaft, da es das Recht des Rechtsmittelführers auf wirksamen Rechtsschutz verletze, indem Art. 17 Abs. 1 und Art. 96 Abs. 1 der Verordnung 2017/1939 ⁽¹⁾ in Verbindung mit den Art. 263 und 270 AEUV, 47 und 52 der Grundrechtecharta, 6 und 13 EMRK sowie dem Grundsatz der Rechtssicherheit falsch ausgelegt und angewandt würden.

2. Zweiter Teil des Rechtsmittelgrundes:

Das angefochtene Urteil sei unzureichend begründet, weil nicht auf das Vorbringen in der Erwiderung des Klägers und nunmehrigen Rechtsmittelführers zur Auslegung des einschlägigen Rechts im Einklang mit Art. 47 der Grundrechtecharta eingegangen werde.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) (ABl. 2017, L 283 S. 1).



C/2024/5210

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Tribunal du travail du Brabant wallon – Division Nivelles (Belgien),
eingereicht am 24. Mai 2024 – UF/Union Nationale des Mutualités Libres (Partenamut) (UNMLibres)**

(Rechtssache C-374/24, UNMLibres – II))

(C/2024/5210)

Verfahrenssprache: Französisch

Vorlegendes Gericht

Tribunal du travail du Brabant wallon – Division Nivelles (Arbeitsgericht Wallonisch-Brabant – Abteilung Nivelles)

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: UF

Beklagte: Union Nationale des Mutualités Libres (Partenamut) (UNMLibres)

Vorlagefragen

1. Ist Art. 97 des Arrêté royal du 20 juillet 1971 instituant une assurance indemnités et une assurance maternité en faveur des travailleurs indépendants et des conjoints aidants (Königlicher Erlass vom 20. Juli 1971 zur Einrichtung einer Entschädigungs- und einer Mutterschaftsversicherung zugunsten der Selbständigen und der mithelfenden Ehepartner), der u. a. bestimmt, dass „[d]as Mutterschaftsgeld ... um den Betrag der Leistungen gekürzt [wird], auf die die Empfängerin nach dem koordinierten Gesetz vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung Anspruch hat (für die Wochen des Mutterschutzes gemäß Art. 93)“ dahin auszulegen, dass er dadurch gegen Art. 8 der Richtlinie 2010/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG⁽¹⁾ des Rates verstößt, dass er der Klägerin, Frau UF, die seit dem 1. Januar 2002 zugleich als Arbeitnehmerin in Teilzeit und nebenberuflich als Selbständige tätig war, wobei sie ab diesem Zeitpunkt Beiträge zu beiden Sozialversicherungssystemen – jenem für Arbeitnehmer und jenem für Selbständige – geleistet hat, keine angemessene Leistung zugesteht? (Frau UF gebar am 1. März 2006 ein Kind und erhielt für ihren Mutterschaftsurlaub vom 16. Februar 2006 bis zum 31. Mai 2006 nur einen Betrag in Höhe von 3 074 Euro, der ausschließlich auf der Grundlage ihres Sozialversicherungssystems für Arbeitnehmer berechnet worden war.)
2. Steht unter Berücksichtigung des Umstands, dass die Klägerin seit dem 1. Januar 2002 Beiträge zu beiden Sozialversicherungssystemen geleistet hat und nur eine Leistung der sozialen Sicherheit für Arbeitnehmer auf der Grundlage von Art. 97 des vorgenannten Königlichen Erlasses erhalten hat – im vorliegenden Fall ihr Mutterschaftsgeld für Arbeitnehmerinnen – und keine Leistung der sozialen Sicherheit im System für Selbständige, obwohl sie Beiträge zu diesem System gezahlt hat, diese Bestimmung im Widerspruch zu Art. 5 der Richtlinie 2006/54/EG⁽²⁾, in dem es heißt: „Unbeschadet des Artikels 4 darf es in betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit keine unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts geben, insbesondere hinsichtlich a) des Anwendungsbereichs solcher Systeme und die Bedingungen für den Zugang zu ihnen, b) der Beitragspflicht und der Berechnung der Beiträge, c) der Berechnung der Leistungen, einschließlich der Zuschläge für den Ehegatten und für unterhaltsberechtigte Personen, sowie der Bedingungen betreffend die Geltungsdauer und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs“?
3. Die Anwendung dieses Art. 97 des vorgenannten Königlichen Erlasses führt zu einer Schlechterstellung der Frau im Mutterschaftsurlaub, die als teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerin und nebenberuflich als Selbständige tätig ist, und nur Anspruch auf ein auf der Grundlage ihrer Teilzeitbeschäftigung als Arbeitnehmerin berechnetes Mutterschaftsgeld hat – handelt es sich daher nicht um eine Diskriminierung wegen des Geschlechts im Sinne von Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in Verbindung mit den Art. 33 und 34 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union? (In diesem Sinne bestimmt der 23. Erwägungsgrund der Richtlinie 2006/54/EG: „Aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs ergibt sich klar, dass die Schlechterstellung einer Frau im Zusammenhang mit Schwangerschaft oder Mutterschaft eine unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts darstellt. Eine solche Behandlung sollte daher von der vorliegenden Richtlinie ausdrücklich erfasst werden.“)

⁽¹⁾ ABl. 2010, L 180, S. 1.

⁽²⁾ Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (ABl. 2006, L 204, S. 23).



C/2024/5211

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Finanzgerichts Berlin-Brandenburg (Deutschland) eingereicht am
27. Mai 2024 – Keesing Deutschland GmbH gegen Finanzamt für Körperschaften II**

(Rechtssache C-375/24, Keesing Deutschland)

(C/2024/5211)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Keesing Deutschland GmbH

Beklagte: Finanzamt für Körperschaften II

Vorlagefragen:

1. Setzt die Position 4902 der Kombinierten Nomenklatur⁽¹⁾ – KN – zwingend voraus, dass ein Druckerzeugnis vorwiegend aus Buchstabenfolgen besteht, so dass sogenannte Zahlen-Sudokus nicht unter diese Position subsumiert werden können?
2. Für den Fall, dass die erste Frage zu bejahen ist:

Gebieten es die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Neutralität, den ermäßigten Steuersatz auch auf die Lieferung von Rätselheften mit Zahlen- Sudokus anzuwenden, die zwar nicht in Position 4902 KN einzuordnen sind, die aber aus Sicht des Durchschnittsverbrauchers dem identischen Zweck dienen oder diesen befriedigen, wie Buchstaben-Sudokus und Kreuzworträtsel, die eindeutig unter Position 4902 KN fallen, sowie Symbol- Sudokus und Noten-Sudokus, die eindeutig in Position 4904 KN einzuordnen sind und damit ebenfalls dem ermäßigten Steuersatz unterliegen?

⁽¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. 1987, L 256, S. 1), in der Fassung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1602 der Kommission vom 11. Oktober 2018 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. 2018, L 273, S. 1).



Vorabentscheidungsersuchen des Consiglio di Stato (Italien), eingereicht am 30. Mai 2024 – Centro Petroli Roma Srl/Agenzia delle Dogane e dei Monopoli

(Rechtssache C-386/24, Centro Petroli Roma – II)

(C/2024/5212)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Consiglio di Stato

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsklägerin: Centro Petroli Roma Srl

Berufungsbeklagte: Agenzia delle Dogane e dei Monopoli

Vorlagefragen

- A. Steht die richtige Auslegung der Art. 101 bis 106 AEUV sowie des von den Richtlinien 2006/123/EG ⁽¹⁾ und 2008/118/EG ⁽²⁾ gebildeten rechtlichen Rahmens einer nationalen Regelung wie jener in Art. 23 Abs. 3 des Decreto legislativo Nr. 504 vom 16. Oktober 1995 mit späteren Änderungen und Ergänzungen entgegen, die vorsieht: „Der Betrieb im Steuerlagerverfahren kann für gewerbliche Flüssiggaslager mit einer Kapazität von mindestens 400 m³ und für gewerbliche Lager für sonstige Energieerzeugnisse mit einer Kapazität von mindestens 10 000 m³ zugelassen werden, wenn ein tatsächlicher Betriebs- und Versorgungsbedarf der Anlage besteht“?
- B. Steht die richtige Auslegung der Art. 101 bis 106 AEUV sowie des von den Richtlinien 2006/123/EG und 2008/118/EG gebildeten rechtlichen Rahmens einer nationalen Regelung wie jener in Art. 23 Abs. 4 Buchst. a und b des Decreto legislativo Nr. 504 vom 16. Oktober 1995 mit späteren Änderungen und Ergänzungen entgegen, die vorsieht, dass der Betrieb im Steuerlagerverfahren für gewerbliche Flüssiggaslager mit einer Kapazität von weniger als 400 m³ und für gewerbliche Lager für sonstige Energieerzeugnisse mit einer Kapazität von weniger als 10 000 m³ insbesondere zugelassen werden kann, wenn neben den Voraussetzungen nach Abs. 3 mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:
- „1. Das Lager erbringt Warenlieferungen unter Befreiung von oder Ermäßigung der Verbrauchsteuer oder Beförderungen von Energieerzeugnissen im Verfahren der Steueraussetzung in Länder innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union, die insgesamt mindestens 30 % der Gesamtförderung innerhalb eines Zweijahreszeitraums ausmachen;
 2. es handelt sich um ein Nebenlager eines in unmittelbarer Nähe gelegenen Steuerlagers, das demselben Konzern angehört, oder sein Betrieb steht, im Fall eines anderen Eigentümers, dauerhaft im Dienste des vorgenannten Hauptlagers“.
- C. Steht die richtige Auslegung und Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit in Verbindung mit den Art. 101 bis 106 AEUV und dem von den Richtlinien 2006/123/EG und 2008/118/EG und insbesondere von Art. 9, Art. 14 Nr. 5 und Art. 15 Abs. 2 der Richtlinie 2006/123/EG gebildeten rechtlichen Rahmen Regulierungsmaßnahmen (Rundschreiben, Verordnungen u. a.) der nationalen Behörde entgegen, die der Klärung und Ergänzung der vorgenannten Voraussetzungen von Art. 23 Abs. 4 Buchst. a und b des Decreto legislativo Nr. 504 vom 26. Oktober 1995 mit späteren Änderungen und Ergänzungen dienen?

⁽¹⁾ Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABL 2006, L 376, S. 36).

⁽²⁾ Richtlinie 2008/118/EG des Rates vom 16. Dezember 2008 über das allgemeine Verbrauchsteuersystem und zur Aufhebung der Richtlinie 92/12/EWG (ABL 2009, L 9, S. 12).



C/2024/5213

2.9.2024

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale ordinario di Firenze (Italien), eingereicht am 4. Juni 2024 – GK/Ministero dell'Interno, Commissione Territoriale per la Protezione Internazionale – Sezione di Perugia

(Rechtssache C-388/24, Oguta ⁽¹⁾)

(C/2024/5213)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Tribunale ordinario di Firenze

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: GK

Beklagte: Ministero dell'Interno, Commissione Territoriale per la Protezione Internazionale – Sezione di Perugia

Vorlagefragen

1. Sind das Unionsrecht und insbesondere die Art. 36, 37 und 46 der Richtlinie 2013/32/EU ⁽²⁾ dahin auszulegen, dass sie es einem Mitgliedstaat verwehren, einen Staat unter Ausschluss von Gruppen von gefährdeten Personen, für die die Sicherheitsvermutung nicht gilt, als sicheren Herkunftsstaat zu bestimmen, und kann daher in diesem Fall der Staat insgesamt nicht als sicherer Herkunftsstaat im Sinne der Richtlinie angesehen werden?
2. Hilfsweise, für den Fall, dass diese Art der Bestimmung nicht als nach dem Unionsrecht absolut verboten angesehen werden sollte: Steht das Unionsrecht einer nationalen Vorschrift entgegen, die einen sicheren Herkunftsstaat mit personenbezogenen Ausschlüssen bestimmt, die sich aufgrund ihrer Zahl und Art in Anbetracht der knappen Fristen des beschleunigten Verfahrens nur schwer feststellen lassen (insbesondere: „Häftlinge, Personen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, Albinos, HIV-positive Personen, LGBT-Gemeinschaft, Opfer von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, einschließlich Opfer und potenzielle Opfer von Genitalverstümmelung bei Frauen, Opfer von Menschenhandel, Binnenvertriebene, Journalisten, Mitglieder des Islamic Movement in Nigeria, Mitglieder der Indigenous People of Biafra“), und kann daher in diesem Fall der Staat insgesamt nicht als sicherer Herkunftsstaat im Sinne der Richtlinie angesehen werden?

⁽¹⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.

⁽²⁾ Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Neufassung) (ABl. 2013, L 180, S. 60).



C/2024/5214

2.9.2024

Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale ordinario di Firenze (Italien), eingereicht am 4. Juni 2024 – QS, OY, LH, WM/Ministero dell’Interno, Commissione Territoriale per la Protezione Internazionale di Firenze – Sezione di Livorno, Commissione Territoriale per la Protezione Internazionale – Sezione di Perugia

(Rechtssache C-389/24, Daloa ⁽¹⁾)

(C/2024/5214)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Tribunale ordinario di Firenze

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: QS, OY, LH, WM

Beklagte: Ministero dell’Interno, Commissione territoriale per la Protezione Internazionale di Firenze – Sezione di Livorno, Commissione Territoriale per la Protezione Internazionale – Sezione di Perugia

Vorlagefragen

1. Sind das Unionsrecht und insbesondere die Art. 36, 37 und 46 der Richtlinie 2013/32/EU ⁽²⁾ dahin auszulegen, dass sie es einem Mitgliedstaat verwehren, einen Staat unter Ausschluss von Gruppen von gefährdeten Personen, für die die Sicherheitsvermutung nicht gilt, als sicheren Herkunftsstaat zu bestimmen, und kann daher in diesem Fall der Staat insgesamt nicht als sicherer Herkunftsstaat im Sinne der Richtlinie angesehen werden?
2. Hilfsweise, für den Fall, dass diese Art der Bestimmung nicht als nach dem Unionsrecht absolut verboten angesehen werden sollte: Steht das Unionsrecht einer nationalen Vorschrift entgegen, die einen sicheren Herkunftsstaat mit personenbezogenen Ausschlüssen bestimmt, die sich aufgrund ihrer Zahl und Art in Anbetracht der knappen Fristen des beschleunigten Verfahrens nur schwer feststellen lassen (insbesondere: „Häftlinge, Personen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, Albinos, HIV-positive Personen, LGBT-Gemeinschaft, Opfer von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, einschließlich Opfer und potenzielle Opfer von Genitalverstümmelung bei Frauen, Opfer von Menschenhandel, Journalisten“), und kann daher in diesem Fall der Staat insgesamt nicht als sicherer Herkunftsstaat im Sinne der Richtlinie angesehen werden?

⁽¹⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.

⁽²⁾ Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Neufassung) (ABl. 2013, L 180, S. 60).



**Vorabentscheidungsersuchen des Landesgericht Korneuburg (Österreich), eingereicht am 7. Juni
2024 – AirHelp Germany GmbH gegen Austrian Airlines AG**

(Rechtssache C-399/24, AirHelp Germany)

(C/2024/5215)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Landesgericht Korneuburg

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin und Berufungsklägerin: AirHelp Germany GmbH

Beklagte und Berufungsbeklagte: Austrian Airlines AG

Vorlagefrage

Ist Art. 5 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 ⁽¹⁾ dahin auszulegen, dass ein „außergewöhnlicher Umstand“ vorliegt, wenn das Fluggerät, mit dem der Flug durchgeführt werden sollte, auf seinem unmittelbaren Vorflug von einem Blitz getroffen wurde, was zu einer obligatorischen Sicherheitsüberprüfung des Fluggerätes durch zertifizierte Techniker führte, was zur Folge hatte, dass das Fluggerät erst etwa fünf Stunden nach dem geplanten Abflug wieder für einen Einsatz freigegeben wurde?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (ABl. 2004, L 46, S. 1).



C/2024/5216

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Bundesarbeitsgerichts (Deutschland) eingereicht am 10. Juni 2024 –
BL gegen Dr. A, als Insolvenzbeauftragter über das Vermögen der Luftfahrtgesellschaft Walter mbH**

(Rechtssache C-402/24, Sewel ⁽¹⁾)

(C/2024/5216)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Bundesarbeitsgericht

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin, Berufungsklägerin und Revisionsklägerin: BL

Beklagter, Berufungsbeklagter und Revisionsbeklagter: Dr. A, als Insolvenzbeauftragter über das Vermögen der Luftfahrtgesellschaft Walter mbH

Vorlagefragen

1. Ist der Zweck der Massentlassungsanzeige erfüllt und somit eine Sanktion entbehrlich, wenn die nationale Arbeitsagentur eine – objektiv fehlerhafte – Massentlassungsanzeige nicht beanstandet und sich damit als ausreichend informiert betrachtet, um ihren Aufgaben innerhalb der Fristen des Art. 4 der Richtlinie 98/59/EG ⁽²⁾ nachkommen zu können?

Gilt dies jedenfalls dann, wenn die Erreichung des Zwecks von Art. 3 dieser Richtlinie durch eine nationale arbeitsförderungsrechtliche Vorschrift sichergestellt ist und/oder die nationale Arbeitsagentur eine Pflicht zur Amtsermittlung hat?
2. Sofern die erste Frage verneint wird: Kann der Zweck von Art. 3 der Richtlinie 98/95 noch erfüllt werden, wenn eine fehlerhafte oder gänzlich fehlende Massentlassungsanzeige nach Zugang der Kündigung korrigiert bzw. ergänzt oder nachgeholt werden kann?
3. Wenn bei einer fehlerhaften oder fehlenden Massentlassungsanzeige die Entlassungssperre nach Art. 4 Abs. 1 der Richtlinie 98/95 die Sanktion für Fehler bei der Anzeige sein sollte, welcher Anwendungsbereich verbleibt dann insoweit noch für Art. 6 besagter Richtlinie?

⁽¹⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.

⁽²⁾ Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massentlassungen (ABl. 1998, L 225, S. 16).



C/2024/5217

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Obersten Gerichtshofs (Österreich) eingereicht am 12. Juni 2024 –
Republik Österreich gegen Austrian Airlines AG**

(Rechtssache C-408/24, Austrian Airlines)

(C/2024/5217)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Oberster Gerichtshof

Parteien des Ausgangsverfahrens

Rekurswerberin: Republik Österreich

Rekursgegnerin: Austrian Airlines AG

Vorlagefrage

Ist Art. 8 der Verordnung (EG) Nr. 550/2004 ⁽¹⁾ in Verbindung mit Art. 2 Nr. 4 der Verordnung (EG) Nr. 549/2004 ⁽²⁾ dahin auszulegen, dass die Erbringung von Flugverkehrsdiensten auch dem Schutz des einzelnen Luftraumnutzers vor dem Eintritt eines reinen Vermögensschadens aufgrund rechtswidriger und schuldhafter Versäumnisse der mit den Flugsicherungsdiensten betrauten Flugsicherungsorganisation dient?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 550/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die Erbringung von Flugsicherungsdiensten im einheitlichen europäischen Luftraum („Flugsicherungsdienste-Verordnung“) (ABl. 2004, L 96, S. 10) in der durch die Verordnung (EG) Nr. 1070/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 geänderten Fassung (ABl. 2009, L 300, S. 34).

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 549/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 zur Festlegung des Rahmens für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums („Rahmenverordnung“) (ABl. 2004, L 96, S. 1) in der durch die Verordnung (EG) Nr. 1070/2009 geänderten Fassung (ABl. 2009, L 300, S. 34).



**Vorabentscheidungsersuchen des Consiglio di Stato (Italien), eingereicht am 14. Juni 2024 – Autorità
per le Garanzie nelle Comunicazioni (AGCOM) / Google Ireland Limited**

(Rechtssache C-421/24, AGCOM)

(C/2024/5218)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Consiglio di Stato

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungsklägerin: Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni (AGCOM)

Berufungsbeklagte: Google Ireland Limited

Vorlagefragen

1. Ist auf der Grundlage von Art. 1 Abs. 5 der Richtlinie 2000/31/EG ⁽¹⁾ die Haftungsregelung für Hosting-Anbieter nach Art. 14 dieser Richtlinie auf Online-Werbung für Spiele oder Wetten mit Geldgewinnen sowie auf Glücksspielwerbung anwendbar?

Sollte der Gerichtshof die erste Vorlagefrage bejahen (und somit davon ausgehen, dass die Richtlinie 2000/31/EG auch auf die Haftung von Hosting-Anbietern für die Bewerbung von Spielen oder Wetten mit Geldgewinnen sowie von Glücksspielen anwendbar ist), wird er ersucht, nach Art. 267 AEUV auch über folgende Frage zu entscheiden:

2. Ist die Haftungsregelung nach Art. 14 der Richtlinie 2000/31/EG auf einen Hosting-Anbieter wie Google anwendbar, soweit von Inhabern von YouTube-Kanälen veröffentlichte Inhalte in Rede stehen, mit denen Google wie oben beschrieben eine Geschäftspartnerschaft geschlossen hat?

⁽¹⁾ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“) (ABl. 2000, L 178, S. 1).



**Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale Amministrativo Regionale per il Lazio (Italien),
eingereicht am 13. Juni 2024 – FZ AR SpA/Ministero dell'Economia e delle Finanze u. a.**

(Rechtssache C-428/24, FZ AR)

(C/2024/5219)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Tribunale Amministrativo Regionale per il Lazio

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: FZ AR SpA

Beklagte: Ministero dell'Economia e delle Finanze, Dipartimento del Tesoro, Comitato di Sicurezza Finanziaria; Comando Generale della Guardia di Finanza, Nucleo Speciale di Polizia Valutaria; Agenzia del Demanio

Vorlagefragen

1. Steht Art. 2 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 ⁽¹⁾ einer Auslegung entgegen, wonach in einen Ermessens-Trust (dessen Begünstigter in Anhang I dieser Verordnung aufgeführt ist) eingebrachte Vermögenswerte und/oder Ressourcen dennoch als „Eigentum“ des Begünstigten des Trusts angesehen werden, obwohl das auf den Trust anwendbare nationale Gesetz (oder eine vertragliche Schutzklausel in der Gründungsurkunde des Trusts) dem Begünstigten für den gesamten Zeitraum, in dem er in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 aufgeführt ist oder in dem die Nutzung der oder die Verfügung über die Vermögenswerte oder Ressourcen anderweitig gegen das Unionsrecht verstößt, ausdrücklich jede Nutzung der und jede Verfügung über die im Trust befindlichen Vermögenswerte oder Ressourcen verbietet?
2. Steht bei Bejahung der ersten Frage Art. 2 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 einer Auslegung entgegen, wonach in einen Ermessens-Trust (dessen Begünstigter in Anhang I dieser Verordnung aufgeführt ist) eingebrachte Vermögenswerte und/oder Ressourcen dennoch als vom Begünstigten des Trusts „kontrolliert“ angesehen werden, obwohl das auf den Trust anwendbare nationale Gesetz (oder eine vertragliche Schutzklausel in der Gründungsurkunde des Trusts) dem Begünstigten für den gesamten Zeitraum, in dem er in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 aufgeführt ist oder in dem die Nutzung der oder die Verfügung über die Vermögenswerte oder Ressourcen anderweitig gegen das Unionsrecht verstößt, ausdrücklich jede Nutzung der und jede Verfügung über die im Trust befindlichen Vermögenswerte oder Ressourcen verbietet?

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen (ABl. 2014, L 78, S. 6).



C/2024/5220

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Oberverwaltungsgerichts der Freien Hansestadt Bremen
(Deutschland) eingereicht am 25. Juni 2024 – Freie Hansestadt Bremen gegen DT**

(Rechtssache C-446/24, Freie Hansestadt Bremen)

(C/2024/5220)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen

Parteien des Ausgangsverfahrens

Beklagte und Berufungsklägerin: Freie Hansestadt Bremen

Kläger und Berufungsbeklagter: DT

Vorlagefrage

Sind Art. 3 Nr. 6 und Art. 11 Abs. 2 der Richtlinie 2008/115/EG ⁽¹⁾ dahingehend auszulegen, dass sie einer nationalen Regelung entgegenstehen, nach der gegen eine Person, deren Aufenthaltsrecht beendet und gegen die eine Rückkehrentscheidung erlassen wurde, weil sie eine terroristische Gefahr darstellt, in der Regel ein unbefristetes Einreiseverbot zu erlassen ist?

⁽¹⁾ Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedsstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (ABl. 2008, L 348, S. 98).



C/2024/5221

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Korkein oikeus (Finnland), eingereicht am 26. Juni 2024 – Oy
Lunapark Scandinavia Ltd/HardecO Finland Oy**

(Rechtssache C-452/24, Lunapark Scandiavia)

(C/2024/5221)

Verfahrenssprache: Finnisch

Vorlegendes Gericht

Korkein oikeus

Parteien des Ausgangsverfahrens

Rechtsmittelführerin: Oy Lunapark Scandinavia Ltd

Gegenpartei: HardecO Finland Oy

Vorlagefrage

Steht Art. 10 der Markenrichtlinie (EU) 2015/2436 ⁽¹⁾ dem entgegen, in einem Rechtsstreit über die Verletzung einer Marke einen innerstaatlichen Grundsatz anzuwenden, wonach der Inhaber einer Marke auch in anderen als den von Art. 18 Abs. 1 und Art. 9 Abs. 1 oder 2 der Markenrichtlinie erfassten Fällen das ihm nach Art. 10 Abs. 2 und 3 zustehenden Recht, einem Dritten die Benutzung eines Zeichens zu untersagen, dessen Benutzung eine der Funktionen der Marke beeinträchtigt oder beeinträchtigen kann, verwirken kann, weil er in Kenntnis der Benutzung der Marke nicht innerhalb angemessener Zeit beantragt hat, diese Benutzung zu untersagen.

⁽¹⁾ Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (ABl. 2015, L 336, S. 1).



**Rechtsmittel, eingelegt am 26. Juni 2024 von UC gegen den Beschluss des Gerichts (Vierte Kammer)
vom 17. April 2024 in der Rechtssache T-6/23, UC/Rat**

(Rechtssache C-455/24 P)

(C/2024/5222)

Verfahrenssprache: Niederländisch

Parteien

Rechtsmittelführer: UC (vertreten durch Rechtsanwalt S. Bekaert)

Andere Partei des Verfahrens: Rat der Europäischen Union

Anträge

Der Rechtsmittelführer beantragt,

- den angefochtenen Beschluss des Gerichts in der Rechtssache T-6/23 aufzuheben und infolgedessen
- 1. den streitigen Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/2398 ⁽¹⁾ und die streitige Durchführungsverordnung (EU) 2022/2397 ⁽²⁾ des Rates für nichtig zu erklären, soweit diese ihn betreffen,
- 2. hilfsweise, die Sache zur weiteren Entscheidung an das Gericht zurückzuverweisen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

1. Erster Rechtsmittelgrund

Das Gericht habe rechtsfehlerhaft festgestellt, dass die streitigen Maßnahmen nicht gegen Art. 31 Abs. 1 EUV verstießen, der es dem Rat verbiete, gesetzgeberisch tätig zu werden.

2. Zweiter Rechtsmittelgrund

Das Gericht habe rechtsfehlerhaft festgestellt, dass die streitigen Maßnahmen die Tragweite des Art. 29 EUV nicht missachten würden.

3. Dritter Rechtsmittelgrund

Das Gericht habe rechtsfehlerhaft festgestellt, dass die dem Rat auferlegten Beschränkungen im Bereich des Einfrierens von Vermögenswerten, wie sie in Art. 75 AEUV vorgesehen seien, nicht für die Sanktionen gegen den Rechtsmittelführer gälten. Außerdem verstoße die Auslegung, nach der die Maßnahmen zum Einfrieren der Vermögenswerte des Rechtsmittelführers nicht den in Art. 75 AEUV vorgesehenen Voraussetzungen und Beschränkungen unterlägen, gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung.

4. Vierter Rechtsmittelgrund

Der Rechtsmittelführer habe beim Gericht beantragt, den Rat aufzufordern, die Verfahrenshandlungen und Abstimmungsprotokolle zu übermitteln, die zu den streitigen Maßnahmen geführt hätten. Damit solle überprüft werden, ob die wesentlichen Form- und Abstimmungsvorschriften beachtet worden seien. Dies sei im Rahmen des Legalitätsprinzips und der Einrede der Rechtswidrigkeit relevant. Das Gericht habe es zu Unrecht abgelehnt, hierauf einzugehen, und sich ebenfalls zu Unrecht auf die in der Verordnung Nr. 1049/2001 ⁽³⁾ und in der Geschäftsordnung des Rates vorgesehenen Ausnahmen bezogen. Dabei habe sich der Rat in seiner Klagebeantwortung nicht auf diese Ausnahmebestimmungen berufen, und diese Ausnahmen seien im vorliegenden Fall auch nicht anwendbar.

⁽¹⁾ Durchführungsbeschluss (GASP) 2022/2398 des Rates vom 8. Dezember 2022 zur Durchführung des Beschlusses 2010/788/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Demokratischen Republik Kongo (ABl. 2022, L 3161, S. 7).

⁽²⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2022/2397 des Rates vom 8. Dezember 2022 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Demokratischen Republik Kongo (ABl. 2022, L 3161, S. 1).

⁽³⁾ Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. 2001, L 145, S. 43).

5. Fünfter Rechtsmittelgrund

Art. 3 Abs. 2 Buchst. g des Beschlusses ⁽⁴⁾ und Art. 2b Abs. 1 Buchst. g der Verordnung ⁽⁵⁾, auf die die streitigen Maßnahmen gestützt seien, seien zu weit gefasst. Das Gericht habe rechtsfehlerhaft festgestellt, dass die streitigen Maßnahmen nicht auf Buchst. g, sondern auf Buchst. f gestützt seien.

6. Sechster Rechtsmittelgrund

Das Gericht habe einen Rechtsfehler in Bezug auf die Begründungspflicht und die Beweislast begangen und die ihm zur Würdigung vorgelegten Tatsachen fehlerhaft beurteilt. Das Gericht überschreite seine Befugnisse, indem es zur Verteidigung der streitigen Maßnahmen Gründe hinzufüge, die nicht Teil des ursprünglichen Begründungstextes gewesen seien.

7. Siebter Rechtsmittelgrund

Der Rechtsmittelführer sei Unionsbürger. Der angefochtene Beschluss des Gerichts missachte die Freizügigkeit, das Aufenthalts- und das Niederlassungsrecht, bei denen es sich um Grundrechte handele. Außerdem wahrten die streitigen Maßnahmen nicht den Verhältnismäßigkeits- und Effektivitätsgrundsatz.

⁽⁴⁾ Beschluss 2010/788/GASP des Rates vom 20. Dezember 2010 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Republik Kongo und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2008/369/GASP (ABl. 2010, L 336, S. 30).

⁽⁵⁾ Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 des Rates vom 18. Juli 2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen Personen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen (ABl. 2005, L 193, S. 1).



C/2024/5223

2.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen der Mokestinių ginčų komisija prie Lietuvos Respublikos vyriausybės
(Litauen), eingereicht am 2. Juli 2024 – MB „Žaidimų valiuta“/ Valstybinė mokesčių inspekcija prie
Lietuvos Respublikos finansų ministerijos**

(Rechtssache C-472/24, Žaidimų valiuta)

(C/2024/5223)

Verfahrenssprache: Litauisch

Vorlegendes Gericht

Mokestinių ginčų komisija prie Lietuvos Respublikos vyriausybės

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: MB „Žaidimų valiuta“

Beklagte: Valstybinė mokesčių inspekcija prie Lietuvos Respublikos finansų ministerijos

Vorlagefragen

1. Fällt der Verkauf von „Gold“ aus dem Spiel „Runescape“ unter die steuerbefreiten Umsätze nach Art. 135 Abs. 1 Buchst. e der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (Mehrwertsteuerrichtlinie)?
2. Falls die erste Frage verneint wird: Ist als Steuerbemessungsgrundlage von Spielgold nach den Bestimmungen der Mehrwertsteuerrichtlinie das Gesamtentgelt für den Verkauf von Spielgold oder nur die Differenz zwischen An- und Verkaufspreis anzusehen, wenn der Händler keine gesonderte Gebühr für die Übertragung von Spielgold berechnet?



C/2024/5224

2.9.2024

Rechtsmittel, eingelegt am 16. Juli 2024 von Issam Anbouba gegen das Urteil des Gerichts (Fünfte Kammer) vom 15. Mai 2024 in der Rechtssache T-471/22, Issam Anbouba/Rat der Europäischen Union

(Rechtssache C-494/24 P)

(C/2024/5224)

Verfahrenssprache: Bulgarisch

Parteien

Rechtsmittelführer: Issam Anbouba (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt St. Koev)

Andere Partei des Verfahrens: Rat der Europäischen Union

Anträge

Der Rechtsmittelführer beantragt,

- das Urteil des Gerichts (Fünfte Kammer) vom 15. Mai 2024 in der Rechtssache T-471/22 ⁽¹⁾, Issam Anbouba/Rat der Europäischen Union, teilweise aufzuheben und
- den Beschluss (GASP) 2023/1035 ⁽²⁾ des Rates vom 25. Mai 2023 zur Änderung des Beschlusses 2013/255/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien und die Durchführungsverordnung (EU) 2023/1027 ⁽³⁾ des Rates vom 25. Mai 2023 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien in dem Teil, in dem Herr Issam Anbouba in die Liste der von den Sanktionen erfassten Personen aufgenommen wurde, für nichtig zu erklären oder die Sache hinsichtlich des angefochtenen Teils an das Gericht zur Entscheidung in der Sache zurückzuverweisen;
- dem Rat der Europäischen Union sämtliche Kosten des Rechtsmittelführers, alle Auslagen, Honorare usw. im Zusammenhang mit seiner Verteidigung im vorliegenden Verfahren und im Verfahren vor dem Gericht aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

1. **Fehler bei der Rechtsanwendung durch das Gericht, der sich in einem Verstoß gegen das Unionsrecht äußere**, da das Gericht angenommen habe, dass der Rat die Vermutung, dass es sich um einen führenden Geschäftsmann handele, richtig angewendet habe und die Gründer der Cham Holding als Grund für die Aufnahme in die Listen des Rates bestimmt habe;
2. **Fehler bei der Rechtsanwendung, der sich in einem Verstoß gegen die Beweisregeln äußere**, da das Gericht die vom Rechtsmittelführer vorgelegten Beweismittel nicht geprüft habe und den vom Rat vorgelegten Beweismitteln und Teilen davon einen ungerechtfertigten Vorrang eingeräumt habe;
3. **Fehler bei der Rechtsanwendung, der sich in einem die Interessen des Rechtsmittelführers beeinträchtigenden Verstoß gegen die Verfahrensregeln äußere**, da das Gericht die vom Rechtsmittelführer vorgelegten Beweismittel nicht geprüft habe und den vom Rat vorgelegten Beweismitteln und Teilen davon einen ungerechtfertigten Vorrang eingeräumt habe.

⁽¹⁾ EU:T:2024:315.

⁽²⁾ ABl. 2023, L 139, S. 49.

⁽³⁾ ABl. 2023, L 139, S. 1.



C/2024/5225

2.9.2024

Rechtsmittel, eingelegt am 17. Juli 2024 von der Çolakoğlu Metalurji AŞ und der Çolakoğlu Dış Ticaret AŞ gegen das Urteil des Gerichts (Achte erweiterte Kammer) vom 8. Mai 2024 in der Rechtssache T-630/21, Çolakoğlu Metalurji und Çolakoğlu Dış Ticaret/Kommission

(Rechtssache C-498/24 P)

(C/2024/5225)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Rechtsmittelführerinnen: Çolakoğlu Metalurji AŞ, Çolakoğlu Dış Ticaret AŞ (vertreten durch Rechtsanwälte J. Cornelis und F. Graafsmä)

Andere Partei des Verfahrens: Europäische Kommission

Anträge

Die Rechtsmittelführerinnen beantragen,

- das Urteil des Gerichts (Achte erweiterte Kammer) vom 8. Mai 2024 in der Rechtssache T-630/21, Çolakoğlu Metalurji und Çolakoğlu Dış Ticaret/Kommission, aufzuheben,
- die Durchführungsverordnung (EU) 2021/1100 ⁽¹⁾ der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl mit Ursprung in der Türkei für nichtig zu erklären und
- der Europäischen Kommission die Kosten der Rechtsmittelführerinnen für dieses Rechtsmittel und die Kosten des Verfahrens vor dem Gericht in der Rechtssache T-630/21 aufzuerlegen.

Hilfsweise:

- die Rechtssache an das Gericht zurückzuverweisen und
- die Entscheidung über die Kosten des Verfahrens vor dem Gericht und des Rechtsmittels vorzubehalten.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerinnen stützen ihr Rechtsmittel auf sechs Gründe.

Erstens sei in dem angefochtenen Urteil der Einleitungstext von Art. 2 Abs. 10 der Verordnung (EU) 2016/1036 ⁽²⁾ des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (im Folgenden: Grundverordnung) fehlerhaft angewandt worden, indem festgestellt worden sei, dass die an ÇOTAŞ gezahlte Provision einen Faktor darstelle, der die Vergleichbarkeit der Preise beeinflusse.

Zweitens sei in dem angefochtenen Urteil Art. 2 Abs. 10 Buchst. i der Grundverordnung fehlerhaft angewandt und seien Beweismittel verfälscht worden, indem festgestellt worden sei, dass die Rechtsmittelführerinnen keine wirtschaftliche Einheit darstellten.

Drittens sei in dem angefochtenen Urteil Art. 2 Abs. 10 Buchst. i der Grundverordnung fehlerhaft ausgelegt, seien Beweismittel verfälscht und sei das Recht auf Anhörung fehlerhaft angewandt worden, indem festgestellt worden sei, dass die Höhe der Provision habe berichtigt werden können und dass die Kommission bei der Quantifizierung der Höhe der Berichtigung keinen offensichtlichen Beurteilungsfehler begangen habe.

Viertens sei in dem angefochtenen Urteil Art. 2 Abs. 10 Buchst. j der Grundverordnung im Hinblick auf die Behandlung von Absicherungsgeschäften fehlerhaft ausgelegt worden.

⁽¹⁾ ABl. 2021, L 238, S. 32.

⁽²⁾ ABl. 2016, L 176, S. 21.

Fünftens sei in dem angefochtenen Urteil einschlägige WTO-Rechtsprechung fehlerhaft ausgelegt worden, indem festgestellt worden sei, dass eine vierteljährliche Berechnung nicht erforderlich sei.

Sechstens seien in dem angefochtenen Urteil dem Gericht vorliegende Beweismittel verfälscht worden, indem festgestellt worden sei, dass (1.) nicht dargetan worden sei, dass die Veränderung der Produktionskosten die Vergleichbarkeit der Preise beeinflusse, (2.) Schwankungen bei den Produktionskosten nur einen Produkttyp beträfen, und (3.) die ungleiche Verteilung nur 3 von 23 Produkttypen betreffe.



C/2024/5226

2.9.2024

Rechtsmittel, eingelegt am 17. Juli 2024 von der Ereğli Demir ve Çelik Fabrikaları TAŞ, der İskenderun Demir ve Çelik AŞ und der Erdemir Çelik Servis Merkezi Sanayi ve Ticaret AŞ gegen das Urteil des Gerichts (Achte erweiterte Kammer) vom 8. Mai 2024 in der Rechtssache T-629/21, Ereğli Demir ve Çelik Fabrikaları u. a./Kommission

(Rechtssache C-499/24 P)

(C/2024/5226)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Rechtsmittelführerinnen: Ereğli Demir ve Çelik Fabrikaları TAŞ, İskenderun Demir ve Çelik AŞ, Erdemir Çelik Servis Merkezi Sanayi ve Ticaret AŞ (vertreten durch Rechtsanwälte J. Cornelis und F. Graafsma)

Andere Partei des Verfahrens: Europäische Kommission

Anträge

Die Rechtsmittelführerinnen beantragen,

- das Urteil des Gerichts (Achte erweiterte Kammer) vom 8. Mai 2024 in der Rechtssache T-629/21, Ereğli Demir ve Çelik Fabrikaları u. a./Kommission, aufzuheben,
- die Durchführungsverordnung (EU) 2021/1100 ⁽¹⁾ der Kommission vom 5. Juli 2021 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen, nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl mit Ursprung in der Türkei für nichtig zu erklären und
- der Europäischen Kommission die Kosten der Rechtsmittelführerinnen für dieses Rechtsmittel und die Kosten des Verfahrens vor dem Gericht in der Rechtssache T-629/21 aufzuerlegen.

Hilfsweise:

- die Rechtssache an das Gericht zurückzuverweisen und
- die Entscheidung über die Kosten des Verfahrens vor dem Gericht und des Rechtsmittels vorzubehalten.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerinnen stützen ihr Rechtsmittel auf acht Gründe.

Erstens fehle es in dem angefochtenen Urteil an einer Begründung und sei Art. 2 Abs. 10 Buchst. j der Verordnung (EU) 2016/1036 ⁽²⁾ des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (im Folgenden: Grundverordnung) fehlerhaft angewandt worden, indem das Vorbringen der Rechtsmittelführerinnen zur Notwendigkeit der Währungsumrechnung missverstanden worden sei.

Zweitens sei in dem angefochtenen Urteil der rechtliche Maßstab für die Berücksichtigung von WTO-Abkommen bei der Auslegung von Bestimmungen der Grundordnung fehlerhaft angewandt worden.

Drittens sei in dem angefochtenen Urteil bei der Feststellung, dass Art. 2 Abs. 5 der Grundverordnung keine Verpflichtung zur Anwendung eines bestimmten Wechselkurses vorsehe, Art. 2 Abs. 10 Buchst. j der Grundverordnung nicht beachtet worden.

Viertens seien in dem angefochtenen Urteil Beweismittel verfälscht worden, indem festgestellt worden sei, dass die Rechtsmittelführerinnen eine monatliche Umrechnung verlangt und begrüßt sowie selbst eine solche Umrechnung angewandt hätten.

Fünftens werde in dem angefochtenen Urteil mit dem Erfordernis, neue Kosteninformationen in türkischen Lira vorzulegen, eine unangemessene Beweislast auferlegt.

⁽¹⁾ ABl. 2021, L 238, S. 32.

⁽²⁾ ABl. 2016, L 176, S. 21.

Sechstens sei in dem angefochtenen Urteil Art. 2 Abs. 10 Buchst. j der Grundverordnung im Hinblick auf die Behandlung von Absicherungsgeschäften fehlerhaft ausgelegt worden.

Siebtens weise das angefochtene Urteil einen Begründungsmangel auf, da auf einen Teil des Vorbringens der Rechtsmittelführerinnen hinsichtlich der doppelten Berücksichtigung von VVG-Kosten nicht eingegangen worden sei.

Schließlich sei in dem angefochtenen Urteil einschlägige Rechtsprechung fehlerhaft ausgelegt worden und es werde riskiert, die Sorgfaltspflicht und die Pflicht zur ordnungsgemäßen Verwaltung auf null zu reduzieren.



Beschluss des Gerichts vom 16. Juli 2024 – Kaili/Parlament

(Rechtssache T-29/24) ⁽¹⁾

***(Institutionelles Recht – Mitglied des Parlaments – Entscheidung über die Rückforderung eines Teils der
allgemeinen Kostenvergütung – Rücknahme der angefochtenen Handlung – Wegfall des
Streitgegenstands – Erledigung)***

(C/2024/5238)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: Eva Kaili (Ixelles, Belgien) (vertreten durch Rechtsanwalt S. Pappas)

Beklagter: Europäisches Parlament (vertreten durch M. Ecker und J.-C. Puffer als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrer Klage nach Art. 263 AEUV beantragt die Klägerin die Aufhebung der Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 7. November 2023 über die Rückforderung eines Teils ihrer allgemeinen Kostenvergütung.

Tenor

1. Der Rechtsstreit ist in der Hauptsache erledigt.
2. Das Europäische Parlament trägt seine eigenen Kosten und die Kosten, die Frau Eva Kaili entstanden sind.

⁽¹⁾ ABl. C, C/2024/1561 vom 26.2.2024.



C/2024/5248

2.9.2024

**Beschluss des Gerichts vom 17. Juli 2024 – VanKing Celkar Group/EUIPO – Accell Nederland
(SPARTAN PARTS)**

(Rechtssache T-88/24) ⁽¹⁾

(C/2024/5248)

Verfahrenssprache: Englisch

Die Präsidentin der Sechsten Kammer hat die Streichung der Rechtssache angeordnet.

⁽¹⁾ ABl. C, C/2024/2448 vom 8.4.2024.

C/2024/5239

2.9.2024

Beschluss des Vizepräsidenten des Gerichts vom 19. Juli 2024 – Mazepin/Rat**(Rechtssache T-257/24 R)**

(Vorläufiger Rechtsschutz – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen Russlands, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen – Einfrieren von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen – Antrag auf einstweilige Anordnungen – Fumus boni iuris – Dringlichkeit – Interessenabwägung)

(C/2024/5239)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Antragsteller: Nikita Dmitrievich Mazepin (Moskau, Russland) (vertreten durch Rechtsanwälte D. Rovetta, M. Campa, M. Moretto, V. Villante, T. Marembert und A. Bass)

Antragsgegner: Rat der Europäischen Union (vertreten durch P. Mahnič, L. Berger und J. Rurarz als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit seinem Antrag nach den Art. 278 und 279 AEUV beantragt der Antragsteller unter denselben Bedingungen wie im Beschluss vom 22. Dezember 2023, Mazepin/Rat (T-743/22 R IV, nicht veröffentlicht, EU:T:2023:863), im Wesentlichen zum einen die Aussetzung der Vollziehung des Beschlusses (GASP) 2024/847 des Rates vom 12. März 2024 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen (Abl. L, 2024/847), und der Durchführungsverordnung (EU) 2024/849 des Rates vom 12. März 2024 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen (Abl. L, 2024/849), soweit sie ihn betreffen, und zum anderen den Erlass jeder sonstigen sachdienlichen einstweiligen Anordnung, die es ihm erlaubt, seine Karriere als professioneller Formel-1-Fahrer oder als Fahrer bei anderen Motorsportmeisterschaften, die ausschließlich oder teilweise auf dem Gebiet der Europäischen Union stattfinden, fortzusetzen.

Tenor

1. Die Vollziehung des Beschlusses (GASP) 2024/847 des Rates vom 12. März 2024 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und der Durchführungsverordnung (EU) 2024/849 des Rates vom 12. März 2024 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, wird ausgesetzt, soweit der Name von Herrn Nikita Dmitrievich Mazepin auf der Liste der Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die diesen restriktiven Maßnahmen unterliegen, belassen wurde und lediglich soweit dies erforderlich ist, um es ihm zu ermöglichen, seine Beschäftigung als professioneller Formel-1-Fahrer oder als Fahrer bei anderen Motorsportmeisterschaften, die ausschließlich oder teilweise auf dem Gebiet der Europäischen Union stattfinden, zu verhandeln und an Grands Prix, Testfahrten, Trainings und freien Trainings der Formel 1 und an anderen Motorsportmeisterschaften, Rennen, Testfahrten, Trainings und freien Trainings des Motorsports, die im Gebiet der Europäischen Union stattfinden, teilzunehmen. Zu diesem Zweck hat Herr Mazepin lediglich die Erlaubnis, erstens, in das Unionsgebiet einzureisen, um Verträge mit einem Rennstall oder mit Sponsoren zu verhandeln und abzuschließen, die weder mit den Tätigkeiten von Herrn Dmitry Arkadievich Mazepin noch mit natürlichen oder juristischen Personen, deren Name in der Liste der Anhänge des Beschlusses 2014/145/GASP des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, aufgeführt ist, im Zusammenhang stehen, zweitens, in das Unionsgebiet einzureisen, um als Fahrer, Ersatzfahrer oder Testfahrer an Formel-1-Meisterschaften des Internationalen Automobilverbands (FIA) oder an anderen Meisterschaften, Testfahrten, Trainings und freien Trainings, auch im Hinblick auf die Erneuerung seiner Superlizenz, teilzunehmen, drittens, in das Unionsgebiet einzureisen, um sich den medizinischen

Untersuchungen zu unterziehen, die von der FIA oder seinem Rennstall vorgeschrieben sind, viertens, in das Unionsgebiet einzureisen, um ärztliche Untersuchungsprogramme und Trainingsprogramme (auch auf einem Simulator) zu absolvieren; fünftens, in das Unionsgebiet einzureisen, um an Renn-, Sponsoring- und Werbeaktivitäten auf Wunsch seines Rennstalls oder seiner Sponsoren teilzunehmen, sechstens, ein Bankkonto zu eröffnen, auf das ihm ein Gehalt, Prämien und Vergünstigungen seines Rennstalls gezahlt werden können, und siebtens, das Bankkonto und eine Kreditkarte ausschließlich zur Deckung der Kosten zu verwenden, die es einem professionellen Fahrer ermöglichen, im Gebiet der Europäischen Union zu reisen, Verträge mit einem Rennstall oder Sponsoren zu verhandeln und abzuschließen und an Meisterschaften, Grands Prix, Rennen, Testfahrten, Trainings und freien Trainings in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union teilzunehmen sowie ein ärztliches Untersuchungsprogramm und ein Trainingsprogramm zu absolvieren.

Im Fall der Beschäftigung als Formel-1-Fahrer oder Fahrer anderer Motorsportmeisterschaften, die ausschließlich oder teilweise auf dem Gebiet der Union stattfinden, muss Herr Mazepin unter neutraler Flagge fahren und die von der FIA dafür vorgesehene Verpflichtungserklärung der Fahrer unterschreiben.

2. Im Übrigen wird der Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz zurückgewiesen.
3. Der Beschluss vom 21. Mai 2024, Mazepin/Rat (T-257/24 R), wird aufgehoben.
4. Die Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.



C/2024/5240

2.9.2024

Klage, eingereicht am 10. Juli 2024– WS/EUIPO

(Rechtssache T-349/24)

(C/2024/5240)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Kläger: WS (vertreten durch Rechtsanwalt H. Tettenborn)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum

Anträge

Der Kläger beantragt,

- die Entscheidung des EUIPO, mit der die Anträge des Klägers nach der DSGVO⁽¹⁾, die er mit Schreiben vom 1. Februar 2024 an die Datenschutzbeauftragte des EUIPO (DSB) und vom 16. Februar 2024 an den Exekutivdirektor des EUIPO (ED) gestellt hatte, abgelehnt wurden, insbesondere:
 - das Recht des Klägers aus Art. 17 DSGVO auf Übermittlung der Daten und Protokolle, die im Fall der geänderten Daten relevant sind (einschließlich der Wiederherstellung der geänderten Daten) zurückgewiesen wurde,
 - das Recht des Klägers auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 20 DSGVO zurückgewiesen wurde,
 - das Widerspruchsrecht des Klägers nach Art. 23 DSGVO zurückgewiesen wurde und
 - der Antrag des Klägers, ihn und den EDSB nach den Art. 34 und 35 DSGVO über den Datenschutzverstoß zu informieren, abgelehnt wurde.
- dem EUIPO die Verfahrenskosten aufzuerlegen.

Klagegrund und wesentliche Argumente

Die Klage wird auf folgenden Grund gestützt:

Mit seinem Klagegrund macht der Kläger geltend, das EUIPO habe gegen seine Pflichten aus Art. 4 Abs. 2, Art. 14 Abs. 1, 2, 3 und 4, Art. 17 Abs. 1 und 3, Art. 20, Art. 23, Art. 33, Art. 34 Abs. 1 und Art. 35 Abs. 1 DSGVO verstoßen.

Insbesondere habe das EUIPO nicht auf alle beiden seiner Schreiben an die DSB des EUIPO vom 1. Februar 2024 und an den ED des EUIPO vom 16. Februar 2024 geantwortet und ihren Eingang nicht bestätigt, während das EUIPO gleichzeitig mit dem EDSB in Kontakt gestanden habe, offensichtlich, um eine Befassung des EDSB zu vermeiden, indem fälschlicherweise angegeben worden sei, der mitgeteilte Datenschutzverstoß sei schon Gegenstand von zwei bereits laufenden Gerichtsverfahren.

Das EUIPO habe dadurch, dass es nicht auf alle beiden Schreiben des Klägers vom 1. Februar 2024 und vom 16. Februar 2024 geantwortet habe, gegen seine Verpflichtung aus Art. 4 Abs. 2 DSGVO verstoßen, die Einhaltung von Art. 4 Abs. 1 DSGVO nachzuweisen, gegen seine Verpflichtung aus Art. 14 Abs. 1 DSGVO, geeignete Informationen zur Verfügung zu stellen, gegen seine Verpflichtung aus Art. 14 Abs. 2 DSGVO, die Ausübung der Rechte des Klägers aus den Art. 17 bis 24 DSGVO zu erleichtern, gegen seine Verpflichtung aus Art. 14 Abs. 3 und 4 DSGVO, Informationen zu den getroffenen Maßnahmen und zu den Gründen, aus denen es nicht tätig geworden sei, zur Verfügung zu stellen, gegen seine Verpflichtung aus Art. 33 DSGVO, die Sicherheit der Verarbeitung zu gewährleisten, gegen seine Verpflichtung aus Art. 34 DSGVO, eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten an den EDSB zu melden und gegen seiner Verpflichtung nach Art. 35 DSGVO, die von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffene Person zu benachrichtigen. Das EUIPO habe die (mit den bezeichneten Schreiben eingeforderten) Rechte des Klägers aus Art. 17 DSGVO auf Auskunft, aus Art. 20 DSGVO auf Einschränkung der Verarbeitung und aus Art. 23 DSGVO auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten verletzt.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. 2018 L 295, S. 39).



C/2024/5241

2.9.2024

Klage, eingereicht am 12. Juli 2024 – Compass-Datenbank/Kommission

(Rechtssache T-350/24)

(C/2024/5241)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Klägerin: Compass-Datenbank GmbH (Wien, Österreich) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt F. Galla)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt Folgendes:

- Der Gerichtshof wolle feststellen, dass die Kommission als beklagte Partei Unionsrecht verletzt hat, weil sie den Zweitantrag der klagenden Partei Compass-Datenbank GmbH vom 17.08.2023 auf Weiterverwendung der Dokumente der „European Central Platform“ nicht bearbeitet hat.
- Der Gerichtshof wolle weiters aussprechen, dass die Kommission als beklagte Partei der klagenden Partei Compass-Datenbank GmbH ihre Verfahrenskosten zu ersetzen hat.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klägerin rügt eine Verletzung durch die Beklagte der in Art. 8 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 für die Behandlung von Zweitanträgen vorgesehenen Frist und erhebt Klage gemäß Abs. 3 dieser Bestimmung.

Die Klägerin habe als österreichische Anbieterin von Wirtschaftsinformationen einen Antrag auf Weiterverwendung der Inhalte der „European Central Platform“ (ECP) gemäß dem Beschluss 2011/833/EU⁽¹⁾ und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001⁽²⁾ gestellt.

Nachdem die Beklagte zu diesem Antrag festgehalten habe, dass ihr keine Dokumente vorlägen, die dem Antrag entsprächen, habe die Klägerin einen ausführlich begründeten Zweitantrag auf Weiterverwendung der betroffenen Dokumente gestellt. Auf diesen sei innerhalb der vorgesehenen Fristen keine inhaltliche Reaktion der Beklagten erfolgt.

⁽¹⁾ Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. 2011, L 330, S. 39).

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. 2001, L 145, S. 43).



C/2024/5242

2.9.2024

Klage, eingereicht am 17. Juli 2024 – Ferngas Netzgesellschaft/Kommission

(Rechtssache T-363/24)

(C/2024/5242)

Verfahrenssprache: Deutsch

Parteien

Klägerin: Ferngas Netzgesellschaft mbH (Schwaig bei Nürnberg, Deutschland) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte T. Richter und J. Funke-Kaiser)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die Entscheidung der Beklagten vom 26. März 2024, C(2024) 2041 final, in der Beihilfesache SA.112489 (2024/N), für nichtig zu erklären;
- die Kosten des Verfahrens der Beklagten aufzulegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klägerin rügt eine Verletzung ihrer Beteiligungsrechte durch die Beklagte. Sie trägt vor, dass die Beklagte es unterlassen habe, das förmliche Prüfverfahren gemäß Art. 4 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2015/1589 ⁽¹⁾ zu eröffnen, obwohl ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt beständen.

Die Beklagte habe der Beihilfeempfängerin SEFE Securing Energy for Europe GmbH (SEFE) den Erwerb der restlichen WIGA-Anteile beihilfenrechtlich erlaubt, indem sie eine Teilrücknahme eines von Deutschland zugesagten Erwerbsverbot gebilligt habe, ohne hierbei den Wettbewerbswirkungen auf den betroffenen Infrastrukturmärkten, auf denen die WIGA und die Klägerin aktiv seien, Beachtung zu schenken. Die auf die Großhandelsmärkte begrenzte Betrachtung der Beklagten verkenne die in Deutschland bestehende Sondersituation, dass zahlreiche Gasfernleitungsnetzbetreiber in vielfältiger Weise miteinander in Wettbewerb ständen, nicht zuletzt und aktuell in einem Wettbewerb um Investitionen in Wasserstoffnetzinfrastrukturen.

Zudem begründe die Beklagte das Erfordernis eines Erwerbs der restlichen WIGA-Anteile von Deutschland einerseits damit, dass das Rating der SEFE von BBB andernfalls nach der von Deutschland zugesagten Reprivatisierung der SEFE in Gefahr sei. Die Begründung hierfür sei, dass das riskantere Handelsgeschäft der SEFE mit einer erhöhten Bindung von Sachanlagevermögen in risikoärmerer Netzinfrastruktur ausgeglichen werden müsse. Andererseits und im Widerspruch dazu bleibe es dabei und werde von der Beklagten nicht beanstandet, dass das Infrastrukturgeschäft der SEFE von der von Deutschland zugesagten Reprivatisierungspflicht ausgenommen bleibe. Diese innere Widersprüchlichkeit indiziere ebenfalls ernsthafte Schwierigkeiten bei der Prüfung der Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt.

Die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens erfordernde ernsthafte Schwierigkeiten würden weiter dadurch indiziert, dass die Beklagte die Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt auch unter der beantragten Änderung der gegebenen Zusagen unvollständig prüfe, weil sie einen zutreffenden Prüfungsmaßstab zwar benenne, aber nicht anwende. Die Beklagte prüfe namentlich nicht, ob der WIGA-Erwerb im Sinne der Leitlinien für Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen ⁽²⁾ zur Gewährleistung der langfristigen Rentabilität des Beihilfeempfängers SEFE „unerlässlich“ sei.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. 2015, L 248, S. 9).

⁽²⁾ Mitteilung der Kommission — Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl. 2014, C 249, S. 1).



C/2024/5243

2.9.2024

Klage, eingereicht am 18. Juli 2024 – Wycon/EUIPO – GPQ (WIQO)

(Rechtssache T-364/24)

(C/2024/5243)

Sprache der Klageschrift: Italienisch

Parteien

Klägerin: Wycon SpA (Mailand, Italien) (vertreten durch Rechtsanwälte G. Ghidini und M. Mergati und Rechtsanwältin C. Signorini)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: GPQ Srl (Mailand)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Inhaber der streitigen Marke: Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer.

Streitige Marke: Internationale Registrierung der Bildmarke WIQO mit Benennung der Europäischen Union – Internationale Registrierung Nr. 10 644 219 mit Benennung der Europäischen Union

Verfahren vor dem EUIPO: Nichtigkeitsverfahren.

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Vierten Beschwerdekammer des EUIPO vom 7. Mai 2024 in den verbundenen Sachen R 691/2023-4 und R 772/2023-4.

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die angefochtene Entscheidung abzuändern, soweit mit ihr festgestellt wird, dass die Marke in Bezug auf „kosmetische Hauptpflegemittel“ der Klasse 3 nicht wegen fehlender Benutzung verfallen sei;
- die angefochtene Entscheidung abzuändern, soweit mit ihr festgestellt wird, dass die Marke in Bezug auf „Schminkmittel (Make-up)“ der Klasse 3 nicht wegen fehlender Benutzung verfallen sei;
- den anderen Parteien die Kosten aufzuerlegen.

Angeführter Klagegrund

Fehlerhafte Anwendung von Art. 58 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2 der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates.



C/2024/5244

2.9.2024

Klage, eingereicht am 22. Juli 2024 – K-Way/EUIPO – Gubbini (Darstellung eines hochkantigen rechteckigen Streifens)

(Rechtssache T-372/24)

(C/2024/5244)

Sprache der Klageschrift: Italienisch

Parteien

Klägerin: K-Way SpA (Mailand, Italien) (vertreten durch Rechtsanwalt D. Sindico)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO)

Anderer Beteiligter im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Adorno Gubbini (Bagnolo Mella, Italien)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Inhaberin der streitigen Marke: Klägerin

Streitige Marke: Unionsbildmarke, die einen hochkantigen rechteckigen Streifen darstellt – Unionsmarke Nr. 3 971 561

Verfahren vor dem EUIPO: Nichtigkeitsverfahren

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Zweiten Beschwerdekammer des EUIPO vom 21. Mai 2024 in der Sache R 1748/2023-2

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die angefochtene Entscheidung auf der Grundlage des Vorbringens im vorliegenden Klageverfahren sowie der in den ersten beiden Verfahrensabschnitten vorgelegten Beweise und Unterlagen insoweit abzuändern, als darin die Benutzung der Marke Nr. 3 971 561 im Sinne von Art. 58 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates für folgende Waren der Klasse 18 nicht als nachgewiesen erachtet wurde: Dokumentenmappen; Aktentaschen; Handtaschen; Geldbörsen; Einkaufstaschen und Kosmetikkoffer [ohne Inhalt], und ohne weitere Zurückverweisung die Gültigkeit der Marke zu bestätigen;
- hilfsweise, die angefochtene Entscheidung aufzuheben und dementsprechend das Verfahren an die Beschwerdekammer zurückzuverweisen;
- die Höhe der dem EUIPO aufzuerlegenden Verfahrenskosten festzusetzen.

Angeführter Klagegrund

Verstoß gegen Art. 58 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates.



C/2024/5245

2.9.2024

Klage, eingereicht am 23. Juli 2024 – European Lotto and Betting/EUIPO – Multi-State Lottery Association (Powerball)

(Rechtssache T-375/24)

(C/2024/5245)

Sprache der Klageschrift: Englisch

Parteien

Klägerin: European Lotto and Betting Ltd. (Birkirkara, Malta) (vertreten durch Rechtsanwalt D. Egan)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO)

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Multi-State Lottery Association (Johnston, Iowa, Vereinigte Staaten)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Inhaberin der streitigen Marke: Klägerin

Streitige Marke: Unionswortmarke Powerball – Unionsmarke Nr. 12 851 556

Verfahren vor dem EUIPO: Nichtigkeitsverfahren

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Ersten Beschwerdekammer des EUIPO vom 23. Mai 2024 in der Sache R 1915/2022-1

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die angefochtene Entscheidung aufzuheben;
- dem EUIPO die Kosten aufzuerlegen.

Angeführter Klagegrund

Verstoß gegen Art. 59 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates.



C/2024/5246

2.9.2024

**Klage, eingereicht am 24. Juli 2024 – Verband der Islamischen Kulturzentren/EUIPO – Inaba Shokuhin
(TUNA)**

(Rechtssache T-377/24)

(C/2024/5246)

Sprache der Klageschrift: Englisch

Parteien

Kläger: Verband der Islamischen Kulturzentren eV (Köln, Deutschland) (vertreten durch Rechtsanwälte C. Sánchez Margareto und M. Pastor Palomares)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Inaba Shokuhin Co. Ltd (Shizuoka, Japan)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Inhaber der streitigen Marke: Kläger

Streitige Marke: Unionswortmarke TUNA – Unionsmarke Nr. 11 960 721

Verfahren vor dem EUIPO: Nichtigkeitsverfahren

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Fünften Beschwerdekammer des EUIPO vom 24. Mai 2024 in der Sache R 1651/2023-5

Anträge

Der Kläger beantragt,

- die angefochtene Entscheidung aufzuheben;
- dem EUIPO die Kosten aufzulegen.

Angeführte Klagegründe

- Verstoß gegen Art. 59 Abs. 1 Buchst. a in Verbindung mit Art. 7 Abs. 1 Buchst. g der Verordnung (EU) 2017/1001
- Verstoß gegen Art. 63 Abs. 3 der Verordnung (EU) 2017/1001



C/2024/4819

2.9.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
30. August 2024
(C/2024/4819)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1087	CAD	Kanadischer Dollar		1,4941
JPY	Japanischer Yen		161,19	HKD	Hongkong-Dollar		8,6455
DKK	Dänische Krone		7,4589	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7709
GBP	Pfund Sterling		0,84120	SGD	Singapur-Dollar		1,4441
SEK	Schwedische Krone		11,3355	KRW	Südkoreanischer Won		1 478,60
CHF	Schweizer Franken		0,9416	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,5358
ISK	Isländische Krone		152,90	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8585
NOK	Norwegische Krone		11,6620	IDR	Indonesische Rupiah		17 180,03
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		4,7901
CZK	Tschechische Krone		25,031	PHP	Philippinischer Peso		62,309
HUF	Ungarischer Forint		392,53	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2763	THB	Thailändischer Baht		37,541
RON	Rumänischer Leu		4,9768	BRL	Brasilianischer Real		6,2155
TRY	Türkische Lira		37,7651	MXN	Mexikanischer Peso		21,7581
AUD	Australischer Dollar		1,6301	INR	Indische Rupie		92,9485

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/5265

2.9.2024

Ausschreibung der Stelle des Geschäftsführenden Direktors/der Geschäftsführenden Direktorin der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

(Bedienstete/r auf Zeit — Besoldungsgruppe AD 14)

(COM/2024/20108)

(C/2024/5265)

Die EFSA

Die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)** ist eine unabhängige EU-Agentur, die durch die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates (Gründungsverordnung) ⁽¹⁾ errichtet wurde.

Aufgabe der EFSA ist die wissenschaftliche Beratung und Unterstützung für die EU-Rechtsetzung und -Politik in allen Bereichen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit auswirken. Ferner stellt sie unabhängige Informationen über alle Fragen in diesen Bereichen bereit und macht auf Risiken aufmerksam. Sie trägt zu einem hohen Maß an Schutz für Leben und Gesundheit der Menschen bei und berücksichtigt dabei im Rahmen des Funktionierens des Binnenmarktes die Tiergesundheit und den Tierschutz, die Pflanzengesundheit und die Umwelt. Die EFSA sammelt und analysiert Daten, um die Beschreibung und Überwachung von Risiken zu ermöglichen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit auswirken. Ihr Auftrag umfasst ferner wissenschaftliche Beratung in Bezug auf die Ernährung im Zusammenhang mit der Rechtsetzung der Union, zu anderen Fragen im Zusammenhang mit Tiergesundheit und Tierschutz und Pflanzengesundheit sowie zu anderen Erzeugnissen als Lebensmitteln und Futtermitteln, die sich auf genetisch veränderte Organismen (GVO) beziehen. Die EFSA erstellt wissenschaftliche Gutachten, die als wissenschaftliche Grundlage für die Ausarbeitung und den Erlass von Unionsmaßnahmen in den Bereichen ihres Auftrags dienen.

Der Auftrag und die Aufgaben der EFSA sind in der Gründungsverordnung beschrieben. Gemäß einem Beschluss des Geschäftsführenden Direktors über die Sprachenregelung der EFSA ist Englisch die Arbeitssprache der Behörde.

Weitere Informationen, unter anderem zur EFSA-Strategie 2027, sind der EFSA-Website zu entnehmen: <http://www.efsa.europa.eu/de>

Stellenprofil

Zu besetzen ist die Stelle des Geschäftsführenden Direktors/der Geschäftsführenden Direktorin der EFSA.

Der Geschäftsführende Direktor/die Geschäftsführende Direktorin ist der/die rechtliche Vertreter/in der Behörde und verkörpert diese nach außen. Er/sie ist gegenüber dem EFSA-Verwaltungsrat rechenschaftspflichtig. Er/sie leitet und verwaltet die EFSA und trägt die Gesamtverantwortung für alle Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Ziele der EFSA zu ergreifen sind. Im Jahr 2023 verfügte die EFSA über einen Haushalt von rund 155 Mio. EUR und insgesamt 588 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Geschäftsführende Direktor/die Geschäftsführende Direktorin ist insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:

- laufende Verwaltung der EFSA im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften und den Beschlüssen ihres Verwaltungsrats;
- Verwaltung des Personals der EFSA, Förderung des Teamgeists und eines guten Arbeitsumfelds;
- Erstellung eines Vorschlags für die Strategie und die Arbeitsprogramme der EFSA in Benehmen mit der Kommission und Berichterstattung über deren Umsetzung an den Verwaltungsrat;
- Bereitstellung angemessener wissenschaftlicher, technischer und administrativer Unterstützung für den Wissenschaftlichen Ausschuss und die Wissenschaftlichen Gremien;
- Gewährleistung, dass die EFSA ihre Aufgaben im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben wahrnimmt und geeignete Dienstleistungen anbietet, um Anfragen ihrer Nutzer fristgemäß zu bearbeiten;

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1).

- Verantwortung für die allgemeine Wahrnehmung der der EFSA zugewiesenen Aufgaben, einschließlich der Überwachung der Qualität ihrer internen Kontroll- und Managementsysteme;
- Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der EFSA und Gewährleistung einer effizienten und wirtschaftlichen Haushaltsführung;
- Verantwortung für die Finanzen der EFSA, einschließlich der Jahresabschlüsse und Finanzierungsbeschlüsse;
- Vertretung der EFSA und Kommunikation zu allen in ihren Aufgabenbereich fallenden Themen mit den Interessengruppen und der Öffentlichkeit;
- Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen der EFSA, der Kommission, dem Europäischen Parlament, den EU-Agenturen, den Mitgliedstaaten sowie mit den einschlägigen Akteuren auf internationaler Ebene;
- Steuerung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in den Mitgliedstaaten, die ähnliche Aufgaben wie die EFSA wahrnehmen, insbesondere Leitung des Beirats;
- Aufbau wirksamer Kontakte zu Vertretern der Interessenträger (u. a. Vertreter der Verbraucher, Vertreter der Erzeuger, Verarbeiter und andere Beteiligte).

Eine vollständige Beschreibung der Zuständigkeiten des Geschäftsführenden Direktors/der Geschäftsführenden Direktorin ist Artikel 26 der EFSA-Gründungsverordnung zu entnehmen.

Auswahlkriterien

Sie sollten folgendes Profil haben:

Managementkompetenzen:

- nachgewiesene Fähigkeit, eine wichtige Organisation auf strategischer und operativer Managementebene zu leiten;
- Fähigkeit, eine strategische Vision zu entwickeln und umzusetzen, Ziele zu setzen und ein großes Team in einem multikulturellen, mehrsprachigen und multidisziplinären Umfeld zu leiten und zu motivieren;
- nachgewiesene Fähigkeit, organisatorische Änderungen und insbesondere digitale Transformationsprozesse federführend umzusetzen;
- Fähigkeit, eine multidisziplinäre, multinationale Organisation, die wissenschaftliche Beratung und Kommunikation bietet, zu verwalten und auf dem neuesten Stand zu halten;
- ausgeprägte Entscheidungskompetenz, einschließlich der Fähigkeit, Entscheidungen zu komplexen Fragen zu treffen;
- klare Vorstellung über die Umsetzung des Auftrags der EFSA auf EU- und internationaler Ebene.

Fachkenntnisse:

- gutes Verständnis der EU-Organe und -Agenturen, ihrer Funktionsweise und ihres Zusammenspiels;
- fundierte Kenntnis und/oder Erfahrung im Zusammenhang mit der EU-Politik in einem oder mehreren der folgenden Bereiche: Lebens- und Futtermittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit, GVO und menschliche Ernährung, damit zusammenhängende internationale Tätigkeiten und andere Politikbereiche, die für die Tätigkeit der EFSA von Bedeutung sind;
- gutes Verständnis und/oder einschlägige Erfahrungen in den drei Bereichen der Risikoanalyse, d. h. Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation;
- Erfahrung in der Verwaltung von Haushalts- und Finanzmitteln sowie Personalressourcen in einem nationalen, europäischen und/oder internationalen Umfeld.

Persönliche Kompetenzen:

- Fähigkeit, integer zu handeln und auf allen Ebenen effizient, fließend, offen und transparent mit Interessenträgern, der breiten Öffentlichkeit, europäischen, internationalen, nationalen und lokalen Behörden, internationalen Organisationen und der Presse zu kommunizieren und die Agentur in internationalen Foren zu vertreten;
- Sozialkompetenz, Organisationstalent und Verhandlungsgeschick sowie die Fähigkeit zum Aufbau vertrauensvoller Arbeitsbeziehungen zu den Interessenträgern, z. B. zu den Organen und Einrichtungen der Europäischen Union, den EU-Agenturen und den Mitgliedstaaten;
- sehr gutes Verständnis der zentralen EFSA-Grundsätze Offenheit, Transparenz, Unabhängigkeit und wissenschaftliche Exzellenz sowie der Wille, für diese Grundsätze einzutreten.

Zulassungsbedingungen

Um zur Auswahlphase zugelassen zu werden, müssen Sie **vor Ablauf der Bewerbungsfrist** folgende formale Anforderungen erfüllen:

- *Staatsangehörigkeit:* Sie müssen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen.
- *Hochschulabschluss:* Sie müssen Folgendes nachweisen:
 - entweder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren entspricht,
 - oder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens drei Jahren entspricht, und eine mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung (diese einjährige Berufserfahrung kann nicht auf die weiter unten geforderte, nach dem Hochschulabschluss erworbene Berufserfahrung angerechnet werden).
- *Berufserfahrung:* Sie müssen nach Ihrem Hochschulabschluss mindestens 15 Jahre Berufserfahrung ^(?) auf einer Ebene gesammelt haben, für die die vorstehend genannten Qualifikationen Voraussetzung sind. Sie müssen mindestens fünf Jahre dieser Berufserfahrung in einem ähnlichen Tätigkeitsbereich wie dem der EFSA erworben haben.
- *Managementenerfahrung:* Nach Erwerb des Hochschulabschlusses müssen Sie mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in einer höheren Managementposition ^(?) in einem für diese Position relevanten Bereich erworben haben.
- *Sprachkenntnisse:* Sie müssen über gründliche Kenntnisse einer Amtssprache der Europäischen Union ⁽⁴⁾ und ausreichende Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache verfügen. Die Auswahlausschüsse überprüfen während des Gesprächs, ob die verlangten ausreichenden Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache vorhanden sind. Das Gespräch (oder ein Teil davon) kann deshalb in dieser weiteren Sprache geführt werden.

^(?) Berufserfahrung wird nur dann berücksichtigt, wenn sie im Rahmen eines tatsächlichen Arbeitsverhältnisses gesammelt wurde, das als reale, echte und bezahlte Arbeit eines Arbeitnehmers (jede Art von Vertrag) oder Dienstleistungserbringers definiert war. Teilzeitarbeit wird anteilig auf der Grundlage des bescheinigten Prozentsatzes der geleisteten Vollzeitstunden angerechnet. Mutterschafts-, Eltern- oder Adoptionsurlaub wird berücksichtigt, falls dieser im Rahmen eines Arbeitsvertrags genommen wurde. Promotionen — auch unbezahlt — werden, sofern sie erfolgreich abgeschlossen wurden, der Berufserfahrung gleichgestellt (maximal drei Jahre). Ein und derselbe Zeitraum kann nur einmal angerechnet werden.

^(?) Im Lebenslauf ist für alle Jahre, in denen Sie Managementenerfahrung gesammelt haben, Folgendes genau anzugeben: 1) Bezeichnung der Führungspositionen und Zuständigkeitsbereich, 2) Zahl der unterstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 3) Höhe der verwalteten Haushaltsmittel, 4) Zahl der unter- und übergeordneten Hierarchie-Ebenen und 5) Zahl der Führungskräfte auf gleicher Ebene.

⁽⁴⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01958R0001-20130701>

- *Altersbeschränkung:* Bei Ablauf der Bewerbungsfrist müssen Sie das volle fünfjährige Mandat vor Erreichen des Ruhestandsalters ableisten können. Für Zeitbedienstete der Europäischen Union beginnt der Ruhestand am Ende des Monats, in dem sie das 66. Lebensjahr vollenden (siehe Artikel 47 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union ⁽⁵⁾).

Auswahl und Ernennung

Der Geschäftsführende Direktor/die Geschäftsführende Direktorin wird vom Verwaltungsrat der EFSA auf der Grundlage einer Auswahlliste der Europäischen Kommission ernannt.

Zur Erstellung der Auswahlliste wendet die Europäische Kommission ihre üblichen Auswahl- und Einstellungsverfahren an (siehe „Document on Senior Officials Policy“ ⁽⁶⁾).

Im Rahmen dieses Auswahlverfahrens setzt die Europäische Kommission einen Vorauswahlausschuss ein. Der Vorauswahlausschuss sichtet sämtliche Bewerbungen, prüft die Zulässigkeit der Bewerberinnen und Bewerber und ermittelt jene, deren Anforderungsprofil den oben genannten Auswahlkriterien am besten entspricht. Diese Personen werden gegebenenfalls zu einem Gespräch mit dem Vorauswahlausschuss eingeladen.

Im Anschluss an diese Gespräche erstellt der Vorauswahlausschuss seine Schlussfolgerungen und eine Liste der Bewerberinnen und Bewerber, die er für weitere Gespräche mit dem Beratenden Ausschuss für Ernennungen der Europäischen Kommission vorschlägt. Der Beratende Ausschuss wählt unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Vorauswahlausschusses die Bewerberinnen und Bewerber aus, die zu einem Gespräch eingeladen werden.

Diese nehmen an einem ganztägigen, von externen Personalberatern durchgeführten Management-Assessment-Center teil. Anhand der Ergebnisse des Gesprächs und des Assessment-Center-Berichts erstellt der Beratende Ausschuss für Ernennungen eine Auswahlliste der seiner Auffassung nach für das Amt des Geschäftsführenden Direktors/der Geschäftsführenden Direktorin der EFSA geeigneten Bewerberinnen und Bewerber.

Die auf der Auswahlliste des Beratenden Ausschusses aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber werden von den Kommissionsmitgliedern befragt, die für die Generaldirektion zuständig sind, in deren Aufgabenbereich die Beziehungen zur EFSA fallen.

Nach diesen Gesprächen stellt die Europäische Kommission eine Auswahlliste der am besten geeigneten Bewerberinnen und Bewerber auf und übermittelt sie dem Verwaltungsrat der EFSA. Aus der Aufnahme in die Auswahlliste erwächst kein Anspruch auf eine Ernennung. Der Verwaltungsrat der EFSA führt Gespräche mit diesen Bewerberinnen und Bewerbern und ernennt eine Person. Vor der Ernennung durch den Verwaltungsrat werden die Bewerberinnen und Bewerber unverzüglich aufgefordert, vor dem/den zuständigen Ausschuss/Ausschüssen des Europäischen Parlaments eine Erklärung abzugeben und Fragen der Abgeordneten zu beantworten.

Ferner können die Bewerberinnen und Bewerber aufgefordert werden, noch weitere Gespräche und/oder Tests zu absolvieren.

Chancengleichheit

Die Europäische Kommission und die EFSA verfolgen das strategische Ziel, bis zum Ende des derzeitigen Mandats der Kommission die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Managementebenen zu erreichen. Dazu verfolgen sie eine Politik der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung gemäß Artikel 1d des Statuts ⁽⁷⁾ und unterstützen Bewerbungen, die zu mehr Vielfalt, Geschlechtergleichstellung und einer allgemeinen geografischen Ausgewogenheit beitragen könnten.

Beschäftigungsbedingungen

Die Dienstbezüge und Beschäftigungsbedingungen sind in den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union festgelegt.

⁽⁵⁾ ABl. 45 vom 14.6.1962, S. 1385, konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20240101>.

⁽⁶⁾ https://commission.europa.eu/jobs-european-commission/job-opportunities/managers-european-commission_en#vacancies (nur auf Englisch verfügbar).

⁽⁷⁾ ABl. 45 vom 14.6.1962, S. 1385, konsolidierter Text: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A01962R0031-20240101>.

Die erfolgreiche Bewerberin/der erfolgreiche Bewerber wird vom Verwaltungsrat der EFSA als Bedienstete/Bediensteter auf Zeit der Besoldungsgruppe AD 14 ⁽⁸⁾ eingestellt. Er/sie wird entsprechend der Berufserfahrung in der Dienstaltersstufe 1 oder 2 dieser Besoldungsgruppe eingestellt.

Er/sie wird für eine erste Amtszeit von fünf Jahren ernannt, die nach der EFSA-Gründungsverordnung in der zum Zeitpunkt der Ernennung geltenden Fassung um höchstens fünf Jahre verlängert werden kann.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden darauf hingewiesen, dass laut den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union eine neunmonatige Probezeit zu absolvieren ist.

Der Ort der dienstlichen Verwendung ist Parma (Italien), wo die EFSA ihren Sitz hat.

Wichtige Hinweise für Bewerberinnen und Bewerber

Die Arbeiten der Auswahlausschüsse sind vertraulich. Den Bewerberinnen und Bewerbern ist es untersagt, sich persönlich oder über Dritte an einzelne Mitglieder dieser Ausschüsse zu wenden. Alle Anfragen sind an das Sekretariat des jeweiligen Ausschusses zu richten.

Schutz personenbezogener Daten

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass die personenbezogenen Daten der Bewerberinnen und Bewerber gemäß der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁹⁾ verarbeitet werden. Dies gilt insbesondere für die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser Daten.

Unabhängigkeit und Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten

Vor Aufnahme der Tätigkeit muss sich der Geschäftsführende Direktor/die Geschäftsführende Direktorin in einer Erklärung dazu verpflichten, unabhängig und im öffentlichen Interesse zu handeln, und alle Interessen anzugeben, die seine/ihre Unabhängigkeit gefährden könnten.

Bewerbungsverfahren

Bitte prüfen Sie vor Einreichung Ihrer Bewerbung sorgfältig, ob Sie sämtliche Zulassungskriterien erfüllen, vor allem, ob Sie über den verlangten Hochschulabschluss, die Berufserfahrung in einer höheren Führungsposition und die verlangten Sprachkenntnisse verfügen. Ist eines der Zulassungskriterien nicht erfüllt, werden Sie automatisch vom Auswahlverfahren ausgeschlossen.

Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen:

<https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/>

Sie benötigen eine gültige E-Mail-Adresse, über die Ihnen Ihre Bewerbung bestätigt werden kann und die für den weiteren Schriftwechsel während der verschiedenen Phasen des Auswahlverfahrens verwendet wird. Teilen Sie Änderungen Ihrer E-Mail-Adresse daher bitte der Europäischen Kommission unbedingt mit.

Ihre Bewerbung ist erst vollständig, wenn Sie Ihren Lebenslauf als PDF-Datei (vorzugsweise unter Verwendung des Europass-Formats ⁽¹⁰⁾) hochgeladen und ein Bewerbungsschreiben (Online-Formular, höchstens 8 000 Zeichen) eingegeben haben. Lebenslauf und Bewerbungsschreiben können in jeder Amtssprache der Europäischen Union eingereicht werden.

Es liegt in Ihrem Interesse, dafür Sorge zu tragen, dass Ihre Bewerbung korrekt, aussagekräftig und wahrheitsgemäß ist.

⁽⁸⁾ Der Berichtigungskoeffizient für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union für Italien liegt seit dem 1. Juli 2022 bei 94,7 %. Dieser Koeffizient wird jährlich überprüft.

⁽⁹⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

⁽¹⁰⁾ Informationen darüber, wie Sie Ihren Europass-Lebenslauf online erstellen können, finden Sie unter: <https://europa.eu/europass/de/create-europass-cv>

Nach Abschluss der Online-Anmeldung erhalten Sie eine E-Mail, in der bestätigt wird, dass Ihre Bewerbung registriert wurde. **Wenn Sie keine Bestätigungsmail erhalten, wurde Ihre Bewerbung nicht registriert!**

Der Fortgang Ihrer Bewerbung lässt sich nicht online verfolgen. Die Europäische Kommission wird sich direkt mit Ihnen in Verbindung setzen und Sie über den Stand des Bewerbungsverfahrens informieren.

Per E-Mail übermittelte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Für weitere Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an:

HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

Die Online-Bewerbung ist fristgerecht abzuschließen. Wir empfehlen dringend, mit der Bewerbung nicht bis zum letzten Moment zu warten, da ein erhöhtes Datenaufkommen oder eine Störung Ihrer Internet-Verbindung dazu führen kann, dass die Online-Bewerbung vor der Fertigstellung abgebrochen wird und Sie den ganzen Vorgang wiederholen müssen. Nach Bewerbungsschluss können keine Daten mehr eingegeben werden. Verspätete Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Bewerbungsschluss

Bewerbungsschluss ist der **27. September 2024, 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Zeit**. Danach ist keine Online-Bewerbung mehr möglich.



C/2024/5266

2.9.2024

**Ausschreibung einer Stelle als Mitglied des Direktoriums der Behörde zur Bekämpfung von
Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA)**

(COM/2024/20109)

(C/2024/5266)

Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung geben in der EU Anlass zu großer Sorge. Sie stellen ein hohes Risiko für die Wirtschaft und das Finanzsystem der EU sowie für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger dar.

Um die Bürgerinnen und Bürger sowie das Finanzsystem der EU vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu schützen, haben der Rat und das Parlament auf Vorschlag der Kommission beschlossen, eine EU-Behörde für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) einzurichten.

Die AMLA wird als zentrale Behörde die nationalen Aufsichtsbehörden unterstützen und koordinieren, um die korrekte und kohärente Anwendung der EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sicherzustellen. Im Finanzsektor wird die Behörde die mit Blick auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung risikoreichsten Unternehmen des Finanzsektors direkt beaufsichtigen. Die AMLA wird auch die zentralen Meldestellen (FIU) koordinieren und unterstützen, unter anderem indem sie die gemeinsame Analyse grenzüberschreitender Fälle fördert und analytische Lösungen sowie Lösungen für den Informationsaustausch bereitstellt, z. B. durch das Hosting, die Verwaltung und Weiterentwicklung des *FIU.net*-Systems. Schließlich wird die AMLA dafür zuständig sein, die EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung durch die Ausarbeitung technischer Regulierungs- und Durchführungsstandards und die Herausgabe von Leitlinien zu ergänzen.

Die AMLA wird über einen Verwaltungsrat aus Vertreterinnen und Vertretern der für die Bekämpfung der Geldwäsche zuständigen Aufsichtsbehörden und der zentralen Meldestellen der Mitgliedstaaten sowie über ein Direktorium verfügen, das wiederum aus fünf unabhängigen hauptamtlichen Mitgliedern (ohne den/die Vorsitzende) besteht. Den Vorsitz beider Gremien führt der/die Vorsitzende der Behörde.

Stellenprofil

Die Europäische Kommission führt ein Auswahlverfahren für fünf hauptamtliche Mitglieder des Direktoriums durch.

Der Ort der dienstlichen Verwendung ist am Sitz der Behörde in Frankfurt (Deutschland). Bis 2027 wird die AMLA mehr als 400 Bedienstete beschäftigen.

Alle erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber sind zusammen mit den anderen stimmberechtigten Mitgliedern des Direktoriums für die allgemeine Planung und Ausführung der der Behörde übertragenen Aufgaben verantwortlich. Sie erlassen alle Beschlüsse der Behörde, mit Ausnahme der Beschlüsse, für die der Verwaltungsrat zuständig ist. Der Vorsitz der Behörde weist den erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern für die Dauer ihres Mandats besondere Zuständigkeitsbereiche innerhalb des Aufgabenbereichs der Behörde zu. Darüber hinaus können die Mitglieder des Direktoriums ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrats und der internen Ausschüsse teilnehmen, wenn Fragen erörtert werden, die in ihre Zuständigkeitsbereiche fallen.

Zu den Hauptaufgaben, die den Mitgliedern des Direktoriums übertragen werden, gehören:

- die Fassung aller verbindlichen Beschlüsse, die an ausgewählte Verpflichtete gerichtet sind (z. B. zur Verhängung von Geldbußen und Zwangsgeldern), unter Berücksichtigung der Vorschläge des gemeinsamen Aufsichtsteams, des unabhängigen Untersuchungsteams sowie der Stellungnahme des Verwaltungsrats,
- der Erlass von Beschlüssen, die an einzelne Behörden gerichtet sind (z. B. Empfehlungen im Anschluss an die regelmäßige Bewertung des Stands der Aufsichtskonvergenz),
- die Sicherstellung der Einhaltung der geltenden Vorschriften durch ausgewählte Verpflichtete,
- die Annahme der Programmplanungsdokumente der Behörde, in denen die allgemeinen strategischen Programmplanungsziele, erwartete Ergebnisse und Leistung sowie der Entwurf ihres jährlichen Haushaltsplans festgelegt sind,

- die Annahme der verschiedenen Vorschriften, die für die Verwaltung und Überwachung der Tätigkeiten der Behörde erforderlich sind,
- die Ernennung der Exekutivdirektorin oder des Exekutivdirektors und der Rechnungsführerin oder des Rechnungsführers sowie Wahl eines stellvertretenden Vorsitzes der Behörde aus dem Kreis ihrer stimmberechtigten Mitglieder,
- die Fassung sämtlicher Beschlüsse in Bezug auf die internen Strukturen der Behörde.

Eine ausführlichere Beschreibung der Aufgaben der Mitglieder des Direktoriums findet sich in Artikel 64 der AMLA-Verordnung ⁽¹⁾.

Auswahlkriterien

Sie sollten folgendes Profil haben:

Managementkompetenzen

- Erfahrung in der erfolgreichen Leitung großer Teams mit multidisziplinärem und multikulturellem Hintergrund auf Führungsebene,
- nachgewiesene Fähigkeit, strategische und operative Entscheidungen zu treffen und umzusetzen,
- nachgewiesene solide Managementfähigkeiten, insbesondere Erfahrung in der Verwaltung von Haushalts- und Finanzmitteln sowie Humanressourcen auf hoher Führungsebene in einem nationalen, europäischen und/oder internationalen Umfeld,
- eingehende Erfahrung in der Zusammenarbeit mit EU- und/oder internationalen Interessenträgern und Partnern.

Fachkenntnisse und Erfahrung

- fundierte Erfahrung in einem oder mehreren der folgenden Bereiche: Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung,
- fundiertes Verständnis des Rechtsrahmens für finanzielle und nichtfinanzielle Stellen, die den EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche unterliegen, sowie der Rechtsvorschriften, die die Tätigkeiten der für die Bekämpfung von Geldwäsche zuständigen Aufsichtsbehörden und/oder zentralen Meldestellen regeln.

Persönliche Kompetenzen

- ausgezeichnetes Verhandlungsgeschick und Fähigkeit zum Aufbau vertrauensvoller Arbeitsbeziehungen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern einschlägiger Interessenträger,
- nachgewiesene Fähigkeit zur kompetenten, klaren und effektiven Kommunikation mit den internen und externen Interessenträgern,
- herausragender Sinn für Verantwortung und Eigeninitiative sowie die Fähigkeit, in Krisensituationen Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Zulassungsbedingungen

Um zur Auswahlphase zugelassen zu werden, müssen Sie **vor Ablauf der Bewerbungsfrist** folgende formale Anforderungen erfüllen:

- *Staatsangehörigkeit*: Sie müssen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union besitzen.
- *Hochschulabschluss*: Sie müssen Folgendes nachweisen:
 - entweder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren entspricht,

⁽¹⁾ Verordnung (EU) 2024/1620 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 1094/2010 und (EU) Nr. 1095/2010 (ABl. L, 2024/1620, 19.6.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1620/oj>).

- oder ein Bildungsniveau, das einem abgeschlossenen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von mindestens drei Jahren entspricht, und eine mindestens einjährige einschlägige Berufserfahrung (diese einjährige Berufserfahrung kann nicht auf die weiter unten geforderte, nach dem Hochschulabschluss erworbene Berufserfahrung angerechnet werden).
- *Berufserfahrung*: Sie müssen nach Ihrem Hochschulabschluss mindestens 15 Jahre Berufserfahrung ⁽²⁾ auf einer Ebene gesammelt haben, für die die vorstehend genannten Qualifikationen Voraussetzung sind. Mindestens fünf Jahre dieser Berufserfahrung müssen Sie auf Führungsebene im Tätigkeitsbereich der Behörde erworben haben.
- *Managementenerfahrung*: Die Bewerberinnen und Bewerber müssen nach Erwerb des Hochschulabschlusses über mindestens 10 Jahre Berufserfahrung in Führungspositionen verfügen ⁽³⁾, davon mindestens fünf Jahre in einer vergleichbaren höheren Führungsposition.
- *Sprachkenntnisse*: Sie müssen über gründliche Kenntnisse einer Amtssprache der Europäischen Union ⁽⁴⁾ und ausreichende Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache verfügen. Die Auswahlausschüsse überprüfen während des Vorauswahl- und ggf. des Auswahlgesprächs, ob die verlangten ausreichenden Kenntnisse einer weiteren EU-Amtssprache vorhanden sind. Das Gespräch (oder ein Teil davon) kann deshalb in dieser weiteren Sprache geführt werden.
- Es gelten keine Altersbeschränkungen.

Auswahl und Ernennung

Die Kommission erstellt eine Auswahlliste für die Positionen der fünf hauptamtlichen Mitglieder des Direktoriums der Behörde.

Zur Erstellung der Auswahlliste wendet die Europäische Kommission ihre üblichen Auswahl- und Einstellungsverfahren an (siehe Document on Senior Officials Policy ⁽⁵⁾).

Im Rahmen dieses Auswahlverfahrens setzt die Europäische Kommission einen Vorauswahlausschuss ein. Der Vorauswahlausschuss sichtet sämtliche Bewerbungen, prüft die Zulassungsberechtigung und ermittelt diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, deren Profil den oben genannten Auswahlkriterien am besten entspricht. Diese Personen werden gegebenenfalls zu einem Gespräch mit dem Vorauswahlausschuss eingeladen.

Im Anschluss an diese Gespräche erstellt der Vorauswahlausschuss seine Schlussfolgerungen und eine Liste der Personen, die er für weitere Gespräche mit dem Beratenden Ausschuss für Ernennungen der Europäischen Kommission vorschlägt. Der Beratende Ausschuss wählt unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Vorauswahlausschusses die Personen aus, die zu einem Gespräch eingeladen werden.

Diese nehmen an einem ganztägigen, von externen Personalberatern durchgeführten Management-Assessment-Center teil. Anhand der Ergebnisse des Gesprächs und des Assessment-Center-Berichts erstellt der Beratende Ausschuss für Ernennungen eine Auswahlliste der seiner Meinung nach für das Amt geeigneten Personen.

Die auf der Auswahlliste des Beratenden Ausschusses aufgeführten Bewerberinnen und Bewerber werden von den Kommissionsmitgliedern befragt, die für die Generaldirektion zuständig sind, in deren Aufgabenbereich die Beziehungen zur Behörde fallen. ⁽⁶⁾

⁽²⁾ Berufserfahrung wird nur dann berücksichtigt, wenn sie im Rahmen eines tatsächlichen Arbeitsverhältnisses gesammelt wurde, das als reale, echte und bezahlte Arbeit eines Arbeitnehmers (jedes vertragliche Beschäftigungsverhältnis kann angerechnet werden) oder eines Dienstleistungserbringers definiert ist. Teilzeitarbeit wird anteilig auf der Grundlage des bescheinigten Prozentsatzes der geleisteten Vollzeitstunden angerechnet. Mutterschafts-, Eltern- oder Adoptionsurlaub wird berücksichtigt, falls dieser im Rahmen eines Arbeitsvertrags genommen wurde. Promotionen — auch unbezahlt — werden, sofern sie erfolgreich abgeschlossen wurden, der Berufserfahrung gleichgestellt (maximal drei Jahre). Ein und derselbe Zeitraum kann nur einmal angerechnet werden.

⁽³⁾ Im Lebenslauf sollten Sie für alle Jahre, in denen Sie Managementenerfahrung gesammelt haben, Folgendes genau angeben: (1) Bezeichnung der Führungspositionen und Zuständigkeitsbereich, (2) Zahl des Ihnen unterstellten Personals, (3) Höhe der verwalteten Haushaltsmittel, (4) Zahl der unter- und übergeordneten Hierarchie-Ebenen und (5) Zahl der Führungskräfte auf gleicher Ebene.

⁽⁴⁾ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A01958R0001-20130701>.

⁽⁵⁾ https://commission.europa.eu/jobs-european-commission/job-opportunities/managers-european-commission_de (nur auf Englisch verfügbar).

⁽⁶⁾ Sofern das betreffende Kommissionsmitglied diese Aufgabe nicht gemäß den Beschlüssen der Kommission vom 5. Dezember 2007 (PV (2007) 1811) und 30. September 2020 (PV(2020) 2351) abgegeben hat.

Nach diesen Gesprächen stellt die Europäische Kommission eine Auswahlliste der am besten geeigneten Bewerberinnen und Bewerber auf und übermittelt sie dem Europäischen Parlament und dem Verwaltungsrat der Behörde.

Das Europäische Parlament kann Anhörungen der auf dieser Auswahlliste aufgeführten Kandidaten durchführen. Der Verwaltungsrat legt daraufhin dem Europäischen Parlament auf der Grundlage der von der Kommission erstellten Auswahlliste einen Vorschlag für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums vor. Nach Billigung dieses Vorschlags erlässt der Rat mit qualifizierter Mehrheit einen Durchführungsbeschluss zur Ernennung der Mitglieder des Direktoriums. Ferner können die Bewerberinnen und Bewerber aufgefordert werden, noch weitere Gespräche und/oder Tests zu absolvieren.

Die Aufnahme in die dem Europäischen Parlament zu übermittelnde Auswahlliste oder in den Vorschlag für die Ernennung ist keine Garantie für eine Ernennung. Diese Auswahlliste kann veröffentlicht werden, sobald sie von der Kommission angenommen wurde.

Die ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber müssen eine gültige Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss der Sicherheitsüberprüfung ihrer nationalen Sicherheitsbehörde besitzen oder in der Lage sein, eine solche zu erhalten. Die Bescheinigung wird per Verwaltungsbeschluss nach einer Sicherheitsüberprüfung durch die zuständige nationale Sicherheitsbehörde der Bewerberin oder des Bewerbers entsprechend den geltenden nationalen Sicherheitsvorschriften erteilt und ermöglicht den Zugang zu Verschlusssachen bis zu einem bestimmten Geheimhaltungsgrad. (Das zur Ausstellung einer solchen Bescheinigung notwendige Verfahren kann nur auf Antrag des Arbeitgebers eingeleitet werden, nicht aber durch die Bewerberinnen und Bewerber selbst.)

Bis der jeweilige Mitgliedstaat die Sicherheitsermächtigung erteilt hat und das entsprechende Überprüfungsverfahren mit der gesetzlich vorgeschriebenen Unterweisung durch die Direktion Sicherheit der Europäischen Kommission abgeschlossen ist, kann die betreffende Person weder auf EU-Verschlusssachen (EU-VS), die mit dem Geheimhaltungsgrad CONFIDENTIEL UE/EU CONFIDENTIAL oder höher eingestuft wurden, zugreifen noch an Sitzungen teilnehmen, bei denen solche EU-VS erörtert werden.

Chancengleichheit

Die Kommission und die AMLA setzen sich für Ziele der Gleichstellung der Geschlechter und der Verhinderung jeglicher Diskriminierung ein. Sie begrüßen ausdrücklich Bewerbungen aller qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber mit unterschiedlichem Hintergrund, mit den verschiedensten Fähigkeiten und aus möglichst vielen EU-Mitgliedstaaten. Um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, unterstützt die Kommission insbesondere Bewerbungen von Frauen.

Beschäftigungsbedingungen

Die Mitglieder des Direktoriums werden hinsichtlich der Besoldung und des Ruhestandsalters dem Kanzler des Gerichts gemäß der Verordnung (EU) 2016/300 des Rates ⁽⁷⁾ gleichgestellt. Ihr Grundgehalt entspricht dem Betrag, der sich durch Anwendung des Prozentsatzes von 95 % auf das Grundgehalt von EU-Beamtinnen und -Beamten der Besoldungsgruppe 16, dritte Dienstaltersstufe, ergibt. Für Angelegenheiten, die nicht von der AMLA-Verordnung oder der Verordnung (EU) 2016/300 erfasst sind, gelten das Statut der Beamten und die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten entsprechend.

Sie werden gemäß der Verordnung zur Errichtung der Behörde in der zum Zeitpunkt der Ernennung geltenden Fassung für eine erste Amtszeit von vier Jahren ernannt, die einmal verlängert werden kann.

Wichtige Hinweise

Die Arbeiten der Auswahlausschüsse sind vertraulich. Den Bewerberinnen und Bewerbern ist es untersagt, sich persönlich oder über Dritte an einzelne Mitglieder dieser Ausschüsse zu wenden. Alle Anfragen sind an das Sekretariat des jeweiligen Ausschusses zu richten.

⁽⁷⁾ Verordnung (EU) 2016/300 des Rates vom 29. Februar 2016 über die Regelung der Amtsbezüge für hochrangige Amtsträger in der EU (ABl. L 58 vom 4.3.2016, S. 1).

Schutz personenbezogener Daten

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass alle personenbezogenen Daten gemäß den Anforderungen der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽⁸⁾ verarbeitet werden. Dies gilt insbesondere für die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser Daten.

Unabhängigkeit und Erklärung zu etwaigen Interessenkonflikten

Vor Aufnahme der Tätigkeit müssen sich die Mitglieder des Direktoriums in einer Erklärung verpflichten, unabhängig und im öffentlichen Interesse zu handeln, und alle Interessen angeben, die ihre Unabhängigkeit gefährden könnten.

Den ehemaligen Mitgliedern des Direktoriums ist es während eines Zeitraums von 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Amt untersagt, eine entgeltliche berufliche Tätigkeit auszuüben bei

- a) einem ausgewählten Verpflichteten,
- b) jeder anderen Einrichtung, bei der eine solche Tätigkeit mit den legitimen Interessen der Behörde kollidieren würde bzw. kollidieren könnte.

In seinen Vorschriften zur Verhinderung und Beilegung von Interessenkonflikten in Bezug auf seine Mitglieder legt das Direktorium die Umstände fest, unter denen ein solcher Interessenkonflikt besteht oder vermutet werden könnte.

Bewerbungsverfahren

Bitte prüfen Sie vor Einreichung Ihrer Bewerbung sorgfältig, ob Sie sämtliche oben genannten Zulassungsbedingungen erfüllen, vor allem, ob Sie über den verlangten Hochschulabschluss, die Berufserfahrung in einer höheren Führungsposition und die verlangten Sprachkenntnisse verfügen. Ist eine der Zulassungsbedingungen nicht erfüllt, werden Sie automatisch vom Auswahlverfahren ausgeschlossen.

Falls Sie sich bewerben möchten, müssen Sie sich zunächst im Internet auf folgender Seite anmelden und den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten folgen:

https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm?fuseaction=premierAcces&langue=DE

Sie benötigen eine gültige E-Mail-Adresse, über die Ihnen Ihre Bewerbung bestätigt werden kann und die für den weiteren Schriftwechsel während der verschiedenen Phasen des Auswahlverfahrens verwendet wird. Teilen Sie daher der Europäischen Kommission bitte unbedingt Änderungen Ihrer E-Mail-Adresse mit.

Ihre Bewerbung ist erst vollständig, wenn Sie Ihren Lebenslauf als PDF-Datei (vorzugsweise unter Verwendung des Europass-Formats⁽⁹⁾) hochgeladen und ein Bewerbungsschreiben (Online-Formular, höchstens 8 000 Zeichen) eingegeben haben. Lebenslauf und Bewerbungsschreiben können in jeder Amtssprache der Europäischen Union eingereicht werden.

Es liegt in Ihrem Interesse, dafür Sorge zu tragen, dass Ihre Bewerbung korrekt, präzise und wahrheitsgemäß ist.

Nach Abschluss der Online-Anmeldung erhalten Sie eine E-Mail zur Bestätigung, dass Ihre Bewerbung registriert wurde.
Wenn Sie keine Bestätigungsmail erhalten, wurde Ihre Bewerbung nicht registriert!

Der Fortgang Ihrer Bewerbung lässt sich nicht online verfolgen. Die Europäische Kommission wird sich direkt mit Ihnen in Verbindung setzen und Sie über den Stand des Bewerbungsverfahrens informieren.

Per E-Mail übermittelte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt. Für weitere Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an:

HR-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

⁽⁸⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

⁽⁹⁾ Informationen darüber, wie Sie Ihren Europass-Lebenslauf online erstellen können, finden Sie unter: <https://europa.eu/europass/de/create-europass-cv>.

Es liegt in Ihrer Verantwortung, Ihre Online-Bewerbung fristgerecht abzuschließen. Wir empfehlen dringend, mit der Bewerbung nicht bis zum letzten Moment zu warten, da ein erhöhtes Datenaufkommen oder eine Störung Ihrer Internet-Verbindung dazu führen kann, dass die Online-Bewerbung vor der Fertigstellung abgebrochen wird und Sie den gesamten Vorgang wiederholen müssen. Nach Bewerbungsschluss können keine Daten mehr eingegeben werden. Verspätete Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Bewerbungsschluss

Bewerbungsschluss ist der **27. September 2024**, 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Zeit. Danach ist keine Online-Bewerbung mehr möglich.



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. JULI 2021

(C/2024/5353)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 5. bis 8. Juli 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen	3
5. Antrag auf Aufhebung der Immunität	3
6. Zusammensetzung des Parlaments	4
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)	4
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	4
10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)	4

Inhalt	Seite
11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
13. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	5
14. Vorschlag für einen Unionsakt: siehe Protokoll	5
15. Arbeitsplan	5
16. Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2020 — Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2019 (Aussprache)	5
17. Verwendung von Technik zur Verarbeitung von Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 2002/58/EG) (Aussprache)	19
18. Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (Aussprache)	27
19. Das Altern des Alten Kontinents – Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Politik betreffend das Altern in der Zeit nach 2020 (Aussprache)	34
20. Auswirkungen von Offshore-Windparks und anderen Systemen für die Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen auf die Fischerei (kurze Darstellung)	43
21. Bürgerdialog und Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung in der EU (kurze Darstellung)	45
22. Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19 (kurze Darstellung)	47
23. Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO vor dem Hintergrund der transatlantischen Beziehungen (kurze Darstellung)	49
24. Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments (kurze Darstellung)	51
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung	53
26. Schluss der Sitzung	53

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. JULI 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 24 giugno 2021.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.04)

3. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – Cari colleghi, vorrei iniziare la sessione di oggi esprimendo la nostra solidarietà al popolo di Cipro e alle vittime del devastante incendio che ha portato alla morte di quattro persone e ha causato tanta distruzione e sofferenza.

È con sollievo che apprendiamo dalle autorità cipriote che l'incendio è ora sotto controllo.

L'UE ha dispiegato rapidamente i mezzi di rescEU mostrando ancora una volta che quando si agisce insieme siamo più forti. Il tempo della solidarietà non è finito. Noi, cari amici di Cipro, saremo sempre al vostro fianco.

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

Presidente. – Il processo verbale e i testi approvati nella seduta del 23 e 24 giugno sono stati distribuiti.

Vi sono osservazioni?

Non vi sono osservazioni e quindi il processo verbale è approvato.

5. Antrag auf Aufhebung der Immunität

Presidente. – Le autorità competenti della Germania mi hanno trasmesso una richiesta di revoca dell'immunità parlamentare dell'on. Jörg Meuthen, affinché il Procuratore generale di Berlino possa avviare un procedimento di indagine nei suoi confronti. Conformemente al regolamento, tale richiesta è inoltrata alla commissione giuridica del Parlamento competente in materia.

6. Zusammensetzung des Parlaments

Presidente. – Le autorità competenti del Portogallo mi hanno comunicato l'elezione a deputato al Parlamento europeo dell'on. João Pimenta Lopes in sostituzione dell'on. João Ferreira con effetto a decorrere dal 6 luglio. Do il benvenuto al nuovo collega e ricordo che siede con pieni diritti nel Parlamento e nei suoi organi alle condizioni previste dal nostro regolamento.

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Presidente. – I gruppi ECR e ID mi hanno comunicato alcune decisioni di modifiche relativamente alle nomine nelle commissioni. Queste decisioni saranno incluse nel verbale della seduta odierna ed entreranno in vigore a decorrere dal presente annuncio.

8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

Presidente. – La commissione TRAN ha deciso di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 71 del regolamento. La relazione che costituisce il mandato per tali negoziati è disponibile sul sito della plenaria. Il suo titolo sarà pubblicato nel processo verbale della seduta.

Un numero di deputati o uno o più gruppi politici pari almeno alla soglia media possono richiedere per iscritto entro la mezzanotte di martedì 6 luglio di porre in votazione la decisione sull'avvio dei negoziati. Qualora entro il termine suddetto non siano presentate richieste di votazione in Aula la commissione potrà iniziare i negoziati.

9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Presidente. – A seguito della decisione della commissione AGRI di avviare negoziati interistituzionali a norma dell'articolo 71, paragrafo 1, annunciata mercoledì 23 giugno, non ho ricevuto alcuna richiesta di votazione. La commissione ha già potuto pertanto avviare i negoziati.

10. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)

Presidente. – Firma di atti adottati nel quadro della procedura legislativa ordinaria: vorrei informare l'Aula che in seguito all'interruzione della sessione del Parlamento il 24 giugno, ho firmato insieme al Presidente del Consiglio un atto approvato nel quadro della procedura legislativa ordinaria conformemente all'articolo 79 del regolamento del Parlamento.

Vorrei inoltre informare l'Aula che mercoledì firmerò insieme al Presidente del Consiglio 11 atti approvati nel quadro della procedura legislativa ordinaria. I titoli di tali atti saranno pubblicati nel verbale della presente seduta.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, I just would like to ask you, as we speak, in Tbilisi in Georgia, there is a kind of witch-hunt going on against LGBTI people. Thousands of hooligans are attacking not just their offices, but people aren't even safe in safe houses anymore. They had to flee from the office of the United Nations, and the embassies of EU Member States, as well as the Embassy of the European Union, have actually failed to provide support and shelter. So I would ask you, President, to issue a statement of support and call on the embassies, and specifically the EU Embassy, to do everything they can to secure the safety of these people and speak to the authorities and insist that police protection be provided.

(Applause)

Presidente. – Grazie, prendo nota della Sua richiesta.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Nachdem das Parlament vor zwei Wochen im Plenarsaal seine Reverenz an die LGBTI-Community durch das Hissen der Regenbogenflagge gezeigt hat, sollten wir auch denen die Reverenz erweisen, die Opfer der Migrationspolitik geworden sind, nämlich den Opfern von Würzburg, aber eben auch von Wien und vermutlich auch von Göteborg.

Ich beantrage daher, die Flaggen vor dem EU-Parlament auf Halbmast zu setzen und diesen Opfern mit einer Gedenkminute Tribut zu zollen.

Presidente. – Prendiamo atto di tali richieste.

11. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

13. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

14. Vorschlag für einen Unionsakt: siehe Protokoll

15. Arbeitsplan

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, approvato dalla Conferenza dei presidenti il 1° luglio del 2021 a norma dell'articolo 157, è stato distribuito.

Vi informo che le votazioni sono distribuite su diversi turni di votazione, tenuto conto del numero di emendamenti presentati e del numero di richieste di votazione distinta o per parti separate. Vi prego di notare che tale distribuzione potrebbe naturalmente essere soggetta a cambiamenti.

Le informazioni pertinenti relative alla distribuzione delle votazioni sono disponibili sul sito web del Parlamento, alla sezione «Informazioni e documenti prioritari».

L'ordine del giorno si considera approvato.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

16. Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2020 — Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2019 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Pedro Silva Pereira im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über die Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2020 (2020/2124(INI)) (A9-0200/2021) und

— den Bericht von Bas Eickhout im Namen des Haushaltskontrollausschusses über die Kontrolle der Finanztätigkeit der Europäischen Investitionsbank – Jahresbericht 2019 (2020/2245(INI)) (A9-0215/2021).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung – wie gewohnt – weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind wie bei den letzten Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Pedro Silva Pereira, Relator. – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente da Comissão Europeia, Senhor Presidente do Banco Europeu de Investimento, é muito bem-vindo a esta Câmara. Queria começar por agradecer o contributo de todos os grupos políticos, dos relatores-sombra e da Comissão dos Orçamentos na elaboração deste relatório sobre as atividades financeiras do BEI em 2020.

A atitude construtiva de todos beneficiou muito este relatório sobre o Banco Europeu de Investimento. Com este relatório, o Parlamento cumpre a sua função de realizar o escrutínio democrático da atividade do Banco Europeu de Investimento, o banco público da União Europeia, única instituição financeira internacional inteiramente detida pelos Estados-Membros da União Europeia, que deve, por isso, alinhar os investimentos que financia pelas prioridades políticas e valores da União Europeia, dando especial atenção aos projetos de interesse público. Mas o Parlamento deseja bastante mais do que estes relatórios anuais e algumas audiências pontuais com a administração do Banco Europeu de Investimento. Insistimos na necessidade de um acordo interinstitucional entre o Banco Europeu de Investimento e o Parlamento Europeu que estruture este escrutínio democrático, que assegure audiências regulares, mas que assegure também o acesso à informação e a procedimentos de perguntas e respostas por escrito. Se necessário, podemos preparar um memorando interino de cooperação para, ao menos, organizarmos os termos do diálogo regular entre as nossas instituições. Este relatório, como o título indica, incide sobre o ano 2020. Todos sabemos como 2020 foi um ano muito especial e muito difícil, mas este ano confirmou o papel decisivo do Banco Europeu de Investimento. O Parlamento saúda o financiamento de emergência e o apoio à recuperação da economia concedidos pelo Banco Europeu de Investimento. Desde logo, os 40 mil milhões de euros iniciais que facultaram mais crédito e liquidez para as pequenas e médias empresas, para além das moratórias, e os 25 mil milhões de euros do novo fundo europeu de garantia, importante sobretudo para as pequenas e médias empresas, mas também para o sector da saúde, nomeadamente para a produção de vacinas. Igualmente importantes foram os mais de 5 mil milhões de euros que o BEI destinou ao apoio relacionado com a COVID-19 fora da União Europeia, incluindo a participação na Covax para uma distribuição mais equitativa das vacinas.

Defendemos neste parlamento que o fundo europeu de garantia se mantenha operacional para lá de 2021 e que o Banco Europeu de Investimento pondere incentivos para estimular a aceleração de projetos e linhas de crédito já aprovados. Há, sabemos, um crónico défice de investimento na economia europeia que se agrava com a crise e com o crescimento das desigualdades. É, por isso, necessária uma boa articulação entre o BEI e os outros instrumentos financeiros europeus e assegurar a devida adicionalidade dos projetos financiados. Mas, é preciso também cuidar do equilíbrio geográfico dos financiamentos e garantir um apoio reforçado às regiões menos atrativas para o investimento e menos favorecidas pela derrogação das regras em matéria de ajudas do Estado ao longo desta crise. Naturalmente, depois do Green Deal e das ambiciosas metas da descarbonização da economia europeia, o défice de investimento na área do clima e do ambiente teria de ganhar uma nova prioridade na estratégia do BEI. Para sermos justos, esta era já uma missão assumida pelo Banco Europeu de Investimento. O novo roteiro 2021-2025 só reforça a ambição do Banco Europeu de Investimento e é algo que saudamos, assim como o alinhamento dos financiamentos do BEI com o Acordo de Paris já em 2023. Tudo isto terá importantes implicações no crédito ao setor dos transportes, ao sector da energia, à política industrial. Precisamos, além disso, de valorizar o setor social, os investimentos na educação, formação profissional, no setor da saúde e mesmo no setor da habitação. Não podemos esquecer o papel, já hoje muito importante, do BEI no apoio à cooperação para o desenvolvimento, o qual devemos fortalecer no quadro do Global Europe, em que o Banco Europeu de Investimento terá um papel importante a desempenhar.

Por isso, o Parlamento Europeu defende neste relatório, uma vez mais, o reforço do capital do Banco Europeu de Investimento para que este possa estar à altura das suas missões e dos seus desafios.

Finalmente, desejamos que o Banco Europeu de Investimento leve mais longe as suas políticas de transparência, que aperfeiçoe as suas regras em matéria de conflitos de interesse, que prossiga uma política de tolerância zero no que respeita ao assédio no local de trabalho e que estructure o diálogo com os representantes do pessoal.

Tudo isto contribuirá para que o Banco Europeu de Investimentos esteja mais à altura das suas funções e das suas ambições. O Parlamento Europeu saúda o trabalho feito pelo Banco Europeu de Investimento e deseja que, cada vez mais, o banco corresponda às prioridades políticas da União Europeia e às expectativas dos cidadãos.

Bas Eickhout, *rapporteur*. – Mr President, I should like to thank President Hoyer for being here. It's kind of a yearly tradition, isn't it ? And also, Vice-President Dombrovskis.

I think if you read the reports, both in the Committee on Economic and Monetary Affairs, where I was shadow, but also, of course, the Committee on Budgetary Control report, you do see that for the Parliament the EIB, the European Investment Bank, is a very important bank and it's the largest multinational investment bank that we have. And we very much also welcome the role that, for example, the EIB played in the famous Juncker investment plan.

2019, it always feels a bit awkward to be very honest, to do a budget control of 2019 when we are already halfway to 2021. But that was an important year because that was also the year where the EIB announced to become the Climate Bank of Europe, and being a Green at the same time, I can only welcome that, of course. But as we also see with the Green Deal, ambition is one thing, but now we have to put it into practice and put it into action.

And there are, of course, still some critical questions to be asked. For example if you look at the absolute emissions that are linked to the projects that the EIB is financing, the emissions rose from 2019 compared to 2018, and there was still a finance of EUR 685 million into gas projects.

We know that the energy lending policies have been changed, but still, we would like to hear also from President Hoyer on how are you going to make sure that this phase-out of gas projects is going to be put forward. Also, given the concerns we are still having if you look into projects like Trans-Anatolia or Trans-Adriatic, these big gas pipeline projects. And also there I would be very much interested to hear from President Hoyer how the EIB is going to look at the issues of a fossil lock-in, because if we want to go into a future of decarbonisation, then a lock-in into any other fossil fuel is not what we want to do. And I'm sure we agree on that, but I would like to see some vision on the part of the EIB to work on that.

The same is also on the lack of transparency about emissions that are being financed via intermediaries. So you have the direct parties, of course, but you also have the intermediaries that are financed through EIB and are causing emissions. And we would like to see more transparency of that as well, so that we are having a full footprint analysis of the EIB and not only through direct.

Looking at what the EIB has been doing, we very much compliment what you have been doing on the revision of the energy-lending policies, the climate roadmap, the upcoming transport policies, reform where – at least if we are not mistaken – the EIB will announce also to stop airport expansion, but it would be good to reiterate that of course once more.

But also here, I think it is very important that we also look at the counterpart framework of the EIB again to make sure that there are decarbonisation targets for the EIB clients and intermediaries again. So I would be interested to hear from President Hoyer on that as well.

Not only is the EIB a climate bank, it also portrays itself as a development bank, so a role outside the EU. But there we really still would like to see the point that there is a concern of violation of human rights and really effective complaint mechanisms, and what is the EIB going to do about that in order to make sure that that is being improved?

This is also probably a question towards the Commission. Also within the EIB, we have, of course, a discussion on grants versus loans towards developing countries. And you will not be surprised that for some developing countries, it's not the loans that work, it should be grants, and there I think also the Commission should have a say if we look at what the EIB is doing.

I think where we are most critical is on the governance issues, staff issues governance. So I think we do have to address that also here in this plenary, and we really would like to hear a good reply of President Hoyer on that. There are on a couple of issues. First of all, on the conflicts of interest, I think the Parliament has reiterated a couple of times that we are concerned that vice-presidents sometimes are being in charge of their own home country. And we sincerely think that here there should be – I'm talking about vice-presidents in the management committee, right – so that they are responsible for their home country. What is the EIB going to do to make sure that there is not a conflict of interest, are there ideas of cooling-off periods, etc.? Here, really, we need a better approach of the EIB, and I'm sure that that colleagues of mine will raise that issue as well. I see some already nodding.

And then, of course, the staff issues. There have been some serious cases of harassment and I have to be honest here to say that the initial reply of the EIB could have been better. And I know that some of my colleagues will mention that as well, but any harassment case is serious and any harassment case should be prevented. And how is the EIB going to deal with that? Because I do think that any proportionate action needs to be taken and only written warnings is not sufficient. So really here we would like to hear a reply of President Hoyer how to address that, also because of the importance of the EIB. And this is a good development that the EIB is playing a more and more important role, but that also means that the scrutiny is more serious, and I think there also the EIB has to adhere to.

Last point is towards the Commission. You thought you could lay back there, but there is of course still the role of the Commission that is not very accountable towards the Parliament, and this is especially through Article 19 opinions, where we do not know necessarily what position the Commission is taking when the EIB is deciding. And the position of the Commission can be very important there. So we want more transparency on the position that the EIB is taking in management decisions by the EIB. I would be very much to looking forward to your reply on that.

I think those are some of the important points.

David Cormand, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, Monsieur Hoyer, quand nous sommes arrivés – je suis élu depuis 2019 –, nous avons été élus en disant: il faut maintenant une banque du climat pour changer de dimension au niveau européen et financer la transition. Et la BEI nous a dit: formidable! On va être la banque du climat, on sait le faire, on peut le faire.

Le problème, c'est que l'actualité nous rattrape et on voit bien les images terribles reçues d'un peu partout dans le monde – et tous les ans, toutes les semaines, tous les mois cela empire. On voit bien que ce que nous faisons va beaucoup moins vite que les destructions environnementales liées au changement climatique.

Monsieur Hoyer, mon collègue, M. Eickhout, vient de le dire: la BEI continue de financer des projets gaziers; la BEI continue de financer des autoroutes. La bifurcation que nous devons prendre est beaucoup plus rapide que celle qui est prise aujourd'hui.

Les questions ont déjà été posées et mon message est donc très simple, Monsieur le Président: si nous voulons que la BEI devienne vraiment la banque du climat, il faut agir plus vite, plus fort, avec plus de moyens. Il faut surtout choisir entre ce qui va nous permettre de faire la transition ou ce qui va nous maintenir dans la destruction que nous subissons encore.

Werner Hoyer, *President, European Investment Bank*. – Mr President, Members of the European Parliament, Ladies and Gentlemen, it's a great pleasure for me to be here – and to be here and not just to address you via video. The last time I had the privilege to address this House was in October 2019. How the world has changed since!

It has been a difficult, yet crucial, year for the EU, its citizens and its institutions, and I would like to use this opportunity to congratulate all of you for having kept the EU's democratically elected institution fully operating throughout this challenging period. I am happy to see that our constructive and fruitful exchange has continued throughout the pandemic.

I would also like to thank the rapporteurs of the two reports, Mr Silva Pereira and Mr Eickhout, for their thorough work and their good cooperation. The issues in your reports are extremely relevant. I also very much appreciate your support to the EU Bank – both for its activities in and outside the EU.

As you know, the EIB Group is an extremely effective instrument to the EU. In 2020, it increased its financing volumes to almost EUR 77 billion, exceeding its own targets. A third of these funds, EUR 25.5 billion, went into the immediate crisis response that started with the first package in March last year. Most of it went to small and medium-sized businesses to avoid insolvencies and job losses, especially in countries that did not have the necessary budgetary means for massive national rescue packages. It was important to have a European response there because the impressive national schemes that we have seen, if left alone, would lead to a threat to the integrity of the internal market. So we needed a European component to that crisis response.

At the outset of the pandemic, like firefighters, our job was to run forward into the fire and save others – in this case thousands of companies across the EU and beyond. By 31 March 2021, the EIB Group had approved financing of EUR 64.1 billion for COVID-19-related projects. The European Guarantee Fund (EGF), launched at the peak of the crisis, is now delivering fast. Businesses of different sizes have access to short-term financing, allowing them to pay their employees' salaries, their invoices and keep their business afloat, and I have listened carefully: there was the idea of making this a revolving or permanent institution, this European Guarantee Fund. We have already reached half of our target. Around EUR 14 billion worth of projects have been approved, spread over all 22 participating Member States, representing over EUR 116 billion of investment in the real economy.

Outside the EU, as part of Team Europe, we also contributed over EUR 7 billion, including EUR 600 million to the COVAX global vaccine distribution facility, and I am of the firm opinion that this must be expanded because we must bring substance to the statement that nobody will be safe until everybody is safe in this world. So we need to strengthen our activities also outside the European Union.

In the EU, our support is not only aimed at helping companies. A very substantial part of our work during the COVID-19 crisis was to support health projects aimed at ending the pandemic. This support targets the race in vaccine development, therapeutics and diagnostic solutions against COVID-19. We signed loans to support hospitals and we quickly approved a loan of EUR 100 million to BioNTech – by the way a company we have known for a long time because we had financed the development of their cancer products – that was leading to the development of the mRNA technology, which is now useful for fighting COVID-19. So we were practically the first in the industry to be on that track. We were in the favourable position of already working with them for several years because of the cancer treatment activities.

We also supported over 25 highly innovative European biotech and medtech companies with projects in treatments and diagnostics against COVID. The healthcare sector is clearly an example of what the EU Bank does best. As a public bank, we step in to invest where private money would not, or not yet, because of the long-term horizon of these projects and their high risks.

But, looking at the wider economy, what is clear is that the pandemic has exacerbated existing imbalances and accelerated structural changes. This is why the programmes we approved in the context of the 2021-2027 multiannual financial framework are of crucial importance. Under InvestEU, the EIB Group will deploy EUR 19.6 billion of guarantee and a significant part of our work on InvestEU will be to directly support cohesion regions and Just Transition. We are also very excited to have started bilateral discussions with several Member States on how to implement the Recovery and Resilience Facility through providing advisory services and developing financial instruments.

This brings me to my next point, which is how best to support the green recovery and transition. Speaking of transition, today we are all countries in transition: transition to a climate-friendly and truly digital economy. Yes, as we learned, sometimes the hard way, like from the transition of many so-called new Member States in the early 90s, this process comes at a cost. A transition to net zero also risks disrupting personal identities and deepening social inequalities. Some jobs once thought to be for life might be lost. What does it mean? It means that we need to put people in a position to grasp the opportunities of change and managing expectations to avoid disillusionment. It means that we need to have a just transition.

I appreciate very much that this Parliament is so supportive of our climate action ambitions. Our Climate Bank Roadmap sets out how we will support the European Green Deal with the most ambitious strategy on climate action of all multilateral development banks (MDBs), and of course fully in line with the EU taxonomy on sustainable finance, which I welcome very much because we need transparency, we need accountability and we need reporting obligations. Only then will the investors give us the money that we need in order to finance all these policies to reach our objectives. It cannot be done with taxpayers' money only.

From 2025 onwards, 50% of our lending will be for climate action and environmental sustainability. This will help to leverage EUR 1 trillion of EU investment of the EIB Group over the critical decade ahead. That's a massive commitment. The second one is of course the full alignment of all our activities with the Paris Agreement since the start of this year, and we are on track to achieve our objectives.

We need huge increases in investment in physical capital – new energy systems, new transport systems, our carbon sinks, our ecosystems – and, as I mentioned before, in people to develop skills and innovate. We need EUR 300 billion a year, just to modernise the energy sector! Yet, for years, Europe has been lagging behind when it comes to investment. As was mentioned before, the Juncker Plan was a big step forward.

Let me say at the end a word about the link between innovation, climate and development. It is crucial that we begin to think of these three dimensions together. We will never be able to solve our climate issues and reach the climate objectives of the United Nations if we think that with 8% CO₂ emissions in Europe reduced we can do it. No, we must help the other parts of the world to go in the same direction, and not with old technologies, but with new technologies. If there is one sector where the Europeans are top of the class in the entire world, then it is clean tech. We will have this edge now only for a couple of years and then the others will have caught up. So, if we don't want to see Chinese coal-power plants to electrify Africa or American plants in the west of Africa or elsewhere with shale gas used, then we must go into action. Otherwise, the Sustainable Development Goals of the United Nations and the Paris goals will be going up in smoke.

I need to stop here because I am so full of energy and ideas to refer to you, but I think I have the opportunity to come back and also to respond to individual questions.

(Applause)

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable President of the EIB, Mr Hoyer, honourable Members, I would like to welcome the two reports and thank the European Parliament and in particular the rapporteurs, Pedro Silva Pereira and Bas Eickhout, for their useful and relevant work.

The European Investment Bank is a vital partner for implementing EU policies inside and outside our borders. I welcome this opportunity to discuss in Parliament how the EIB can help the EU to achieve our political priorities.

The COVID-19 pandemic has presented unprecedented challenges to our societies and economies. It required the EU to respond decisively and in a coordinated way. Our collective agreement on the largest recovery package ever to be financed through the EU's long-term budget and NextGenerationEU is a testament to this response. The support of our key partners and notably the EIB is essential in providing and leveraging investments aligned with EU policy priorities, including innovation and the green and digital transformations. Support should also be fully in line with our strategic geopolitical considerations. It is important for the EIB to further improve geographical balance and step up its activity in less developed regions, particularly in the context of the recovery. It is important to ensure a balanced development of the internal market and further convergence within the EU, while also contributing to the green and digital transitions of these regions. The bank has a proven ability for significantly reshaping its activities and adapting to changing realities. The successful implementation of the European Fund for Strategic Investment perfectly illustrates its capacity to seize new opportunities and redefine business models to address investment gaps that still affect the EU

today. This is particularly true for the innovation and infrastructure sectors. The EIB group will remain a privileged partner under Invest EU, implementing 75% of the budget guarantee and advisory budget. Rapid deployment is essential and I trust this will be one of the key priorities of the EIB group.

We also rely on the EIB's close cooperation with the Commission to align its operations and strategic direction with the EU's external policy objectives and build strong partnerships with other international financial institutions and national promotional banks.

Our aim should be to enhance our existing cooperation channels without major institutional changes or additional costs. We will build on the work of the High-Level Group on the European Financial Architecture for Development and on a stronger Team Europe approach along the principles of EU policy first and open architecture.

Let me now address two particularly relevant issues highlighted in your reports. First, climate change. The Commission fully supports the ambitious climate action strategy of the European Investment Bank, matching the ambitious commitments of the Paris Agreement. More investment in renewable energy and energy efficiency will be essential to meet those commitments. With the EIB Group's Climate Bank Roadmap, the EIB became the first multilateral development bank to be aligned with the Paris Agreement and ready to adopt the EU taxonomy. The EIB's leading role in climate financing can play an important role in a successful outcome of the upcoming COP 26 meetings. I rely on the EIB's close engagement with relevant stakeholders in this area.

Second, tax compliance. The EU has taken significant steps to fight tax avoidance. This includes integrating new requirements against tax avoidance in EU legislation concerning particularly its financing and investment operations. As a follow-up, the Commission has been working closely with the EIB and other implementing partners on adapting their current compliance procedures to this new environment. The EIB and the Commission have close and constructive cooperation to reflect recent EU and international developments in the bank's procedures. However, those who are keen to avoid taxes are highly creative, so we cannot become complacent. The Commission will continue to monitor this important area closely and work with the EIB on the necessary adaptations of its policies.

Now, relating specifically to a question raised by Mr Eickhout concerning Article 19 opinions, current Commission practice involves granting disclosure to individual Article 19 opinions upon request, which in the Commission's view, provides the best balance of different interests. Such requests are treated according to the access to document rules governed by the Access to Documents Regulation. Those rules build on a presumption of disclosure, but also take into account the fact that the opinions could contain information that is sensitive, not only with regard to the EIB, but also with regard to third parties such as private project promoters. This ensures at the same time that legitimate interests of the broader public in knowing the underlying rationale of the Commission's opinion and third party rights are annually protected.

To conclude, the Commission looks forward to working with the EIB on the upcoming revisions of its lending policies in a number of other important areas, notably the revision of the transport lending policy, which must be seen through the lens of decarbonisation, and the EIB's fundamental and social standards. Thank you very much and I look forward to a productive debate today.

Angelika Winzig, im Namen der PPE-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzter Herr Hoyer, Kolleginnen und Kollegen! Wir berichten heute über die Finanztätigkeit der EIB 2019 — eine Zeit, in der die Welt noch nicht aus den Fugen geraten und Europa auf einem sehr guten wirtschaftlichen Weg war.

Die Kreditunterschriften der EIB beliefen sich auf 63 Milliarden, das sind 14 % mehr als im Vorjahr. Aber auch auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit hat die EIB bereits eine klare Strategie entwickelt und definiert. Was von der linken Seite alles in diesen Bericht gepackt wurde, ist für mich nicht nachvollziehbar. Es zeigt, dass Hausverstand und betriebliche Realität sowie das Wissen über den aktuellen Stand von Forschung und Entwicklung ignoriert werden. Das ärgert die Unternehmer, das ärgert aber auch die Bürgerinnen und Bürger.

Für den Grünen Deal bedarf es des Unternehmergeistes, es bedarf der Forschung und Entwicklung, und daher sollte dieser Bereich auch in diesem Bericht oberste Priorität haben und nicht die linke Verbotspolitik. Die EVP als Stimme der Vernunft in diesem Parlament wird sich aber weiterhin dafür einsetzen, dass der Zugang zu Finanzierungen umfassend für unsere Betriebe vorhanden ist, dass die Transparenzfordernisse so gestaltet sind, dass sie nicht zu Neiddebatten vor Ort führen und in der Folge kreative Unternehmen keine Lust mehr auf Investitionen haben und dass Übergangslösungen wie Gas weiter unterstützt werden.

Denn Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass die Transformation gelingt und Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auch im Wandel gesichert sind.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor vicepresidente, señor presidente del BEI, muchas gracias por estar hoy aquí; es un placer recibirle.

Yo creo que el Banco Europeo de Inversiones hace muchas cosas bien, y el informe así lo reconoce: el trabajo en el despliegue del Plan Juncker, la definición del BEI como banco climático y, por supuesto, la inversión en todos estos últimos años para mejorar la capacidad, incrementar la demanda interna en el conjunto de la Unión Europea, y también en las labores de desarrollo.

Pero me gustaría hacer dos preguntas hoy aquí. La primera, tanto al presidente del BEI como al vicepresidente Dombrovskis. Hablamos a menudo de mejorar la rendición de cuentas democrática del BEI ante esta Cámara y de los problemas de capital del BEI; el informe solicita de nuevo un incremento del capital del BEI. En los últimos años hemos usado el presupuesto de la Unión para dar garantías a las emisiones del propio Banco Europeo de Inversiones, pero me gustaría que pudiéramos explorar la posibilidad de que, desde el presupuesto de la Comisión Europea, entremos directamente en el capital del Banco Europeo de Inversiones. Habría que revisar el propio Tratado del Banco Europeo de Inversiones, pero ya lo hemos hecho ante la salida del Reino Unido. Y, si la Comisión Europea estuviera presente en el capital del BEI, yo creo que el control de esta Cámara sería mucho mejor y más fuerte.

Me gustaría preguntarle también por la implicación del BEI en el desarrollo del Mecanismo para una Transición Justa, tanto a través de InvestEU como a través de la facilidad de crédito al sector público.

Y dos preocupaciones finales: nos han llegado muchas noticias sobre la gestión de recursos humanos del BEI, quizá demasiado presidencialista y no lo suficientemente democratizada que debería ser. Yo no sé si el presidente quiere aprovechar la comparecencia para comentar este asunto. Y es cierto que el Comité de Ética -de cuya existencia nos congratulamos- en los últimos años ha dado demasiados *waivers* y que realmente no es el caso de uno o de otro vicepresidente, sino que hay muchos vicepresidentes trabajando en el sector privado y yo creo que esto habría que revisarlo.

Alin Mituța, *în numele grupului Renew*. – Domnule președinte Hoyer, avem nevoie de Banca Europeană de Investiții pentru a ajuta Europa să treacă cu succes prin tranziția ecologică și digitală și avem, în egală măsură, nevoie ca BEI să continue să își îndeplinească rolul tradițional de investitor în infrastructură și coeziunea Uniunii și cred că aceste două roluri nu se contrazic, ci trebuie să meargă mână în mână. Iar acest lucru este foarte clar când vorbim despre Mecanismul pentru o tranziție justă, pentru care banca are o responsabilitate mare de asumat.

Nu trebuie să lăsăm în urmă zonele miniere, iar pentru asta avem nevoie de BEI atât pentru a asigura fluxuri de finanțare în acest sector, dar și pentru a ajuta proactiv aceste regiuni prin asistență tehnică specializată. Tot de o atenție mai mare au nevoie și fermierii noștri. Vedem foarte clar că sectorul agricol are, din păcate, una din cele mai mici rate de succes a proiectelor.

Dar dacă vrem ca agricultura să contribuie la tranziția ecologică, dacă vrem ca tinerii să se întoarcă în mediul rural, dacă vrem alimente sănătoase și accesibile, atunci avem nevoie și de mai mult sprijin din partea băncii pentru ca IMM-urile agricole sau tinerii fermieri să aibă acces la finanțare și la asistență, de exemplu prin extinderea mandatului Advisory Hub, inclusiv la domeniul agricol și de dezvoltare rurală.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Während wir hier über unsere Investitionsbank sprechen, brennen an vielen Orten der Welt die Wälder.

Unsere Investitionsbank, die Europäische Investitionsbank, handelt gegen den Klimawandel, sie hat merklich den Kurs geändert. Ich bin Ihnen, Herr Hoyer, auch persönlich dankbar für das, was Sie beim Kohleausstieg gegen harten Widerstand vieler Mitgliedstaaten, auch unseres eigenen, getan haben. Aber gleichzeitig reicht das nicht.

Wir brauchen jetzt den Ausstieg aus den nicht Erneuerbaren. Wir können nicht länger in sogenannte Übergangstechnologien investieren. Es ist keine Zeit mehr für Autobahnen, für neue Gasinfrastrukturen. Ein solcher Übergang ist letztlich ein Übergang in die Hölle.

Und deshalb ist es auch falsch, wenn jetzt die Europäische Kommission bei ihrer *Sustainable-Finance*-Strategie, die sie morgen vorstellt, Herr Kommissar, wieder Referenzen auf Gas, fossiles Gas, macht. Wir brauchen 100 % Erneuerbare. Wir Grünen streiten für eine Investitionsbank, die sich auf 100 % Erneuerbare verpflichtet.

Joachim Kuhs, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Präsident Hoyer, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Die Berichte enthalten viel Gutes, und die EIB tut auch viel Gutes. Aber in den Berichten finden sich leider auch einige negative Dinge – vor allem am Ende –, und darauf möchte ich noch einmal ganz kurz eingehen.

Erstens gibt es mangelnde Transparenz zwischen den zwischengeschalteten Finanzinstituten. Es gibt mangelnde Informationen über die Endbegünstigten. Es gibt mangelnde Offenlegung des wirtschaftlichen Eigentums einiger Kunden – und dann dieses Problem mit der kurzfristigen Folgebeschäftigung von mehreren Vizepräsidenten.

Aber das eigentliche Problem ist doch, dass der Europäische Rechnungshof immer noch keine vollen Prüfungsbefugnisse hat. Und daran müssen wir arbeiten. Wenn es uns nicht gelingt, das zu lösen, dann werden wir auch in zehn Jahren immer noch über die gleichen Probleme diskutieren, und die EIB kann ihren Auftrag nicht erfüllen.

Eugen Jurzyca, za skupinu ECR. – Vážený pán predsedajúci, podľa plánu Komisie má aj Európska investičná banka prispieť k dodatočným 350 miliárdam nových investícií na klimatické ciele, a to každý rok do roku 2030. Pre oživenie však nestačí, aby boli investície označené za zelené. Pre oživenie je nutné, aby investície boli produktívne, aby prinášali dlhodobý hospodársky rast a aby plnili klimatické ciele efektívne. Je nutné, aby všetky investičné ciele EIB podliehali nezávislému hodnoteniu ich hodnoty za peniaze. Bez hodnoty za peniaze môžu skončiť ciele Únie na rok 2030 podobne ako už zabudnutá ambícia stať sa do roku 2010 najkonkurencieschopnejšou ekonomikou sveta, teda so zbytočne obmedzeným hospodárskym rastom a zbytočne drahou plnením klimatických cieľov.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας *The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, κ. Hoyer και κ. Dombrovskis, με την έκθεση που θα υπερψηφίσουμε με ευρύτατη πλειοψηφία, ζητά από την Ευρωπαϊκή Τράπεζα Επενδύσεων να κάνει περισσότερα. Όσα θετικά βήματα έχουν γίνει μέχρι σήμερα δεν αρκούν. Χρειαζόμαστε περισσότερες επενδύσεις και λιγότερες ανισότητες. Να ενισχυθούν περισσότερο οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις, ώστε να συμβάλει στον πράσινο και ψηφιακό μετασχηματισμό τους, γιατί πολλές από αυτές είναι αποκλεισμένες από τον τραπεζικό δανεισμό. Να εστιάσει περισσότερο στις επενδύσεις στον κοινωνικό τομέα (υγεία, εκπαίδευση, στέγαση), για να αρχίσει να γίνεται πράξη ο κοινωνικός πυλώνας. Να αντιμετωπιστούν οι περιφερειακές ανισότητες, να διορθωθούν οι ανισορροπίες στην επενδυτική δραστηριότητα της ΕΤΕπ και να υπηρετηθούν πιο φιλόδοξα οι κλιματικοί στόχοι που έχουμε θέσει, χωρίς να χρησιμοποιείται η πανδημία ως πρόσχημα για εκπώσεις. Και δύο πάγια αιτήματα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου: περισσότερη διαφάνεια και δημοκρατική λογοδοσία, και βελτίωση στον τομέα της ισότητας των φύλων, ιδιαίτερα για τις σοβαρές καταγγελίες για θέματα παρενόχλησης.

Enikő Győri (NI). – Elnök Úr! Örömmel hallottam, hogy Dombrovskis biztos úr is szorgalmazta, hogy az Európai Beruházási Bank a tevékenysége kapcsán igazságosan járjon el a technológiai átmenet finanszírozása, illetve hitelezési politikájában pedig a földrajzi egyensúly érvényesítése terén. Én további három kérést szeretnék megfogalmazni a bank felé: Először is, hogy dolgozzon szorosabban együtt a nemzeti fejlesztési bankokkal, hiszen csak így tudjuk összehangolni az uniós, nemzeti és regionális fejlesztési programokat. Legyen tehát a bank fogadókéész, a tagállamokból érkező kérések iránt.

Másodszor, hogy mindenhol mérjük egységesen a haladást, tehát, hogy ki hol tart a kitűzött gazdasági és klímacélok teljesítésében. Kérem, hogy osszák meg mérési módszertanukat és fenntarthatósági-mutató számaikat a nemzeti fejlesztési és partnerbankokkal. Az átláthatóság segíti a célok elérését, és így fel se merülhet a kettős mérce vádja.

Végezetül, hogy ne csak az elvek szintjén, hanem a gyakorlatban is minél több kis- és középvállalkozás jusson gyorsan támogatáshoz, így érhetjük el, hogy az életképes projektek megvalósulnak, javul a versenyképesség, és végre magunk mögött hagyhatjuk a válságot.

Ralf Seekatz (PPE). – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die EIB hat mit ihrem Förderprogramm für 2020 wesentlich zur Stabilisierung beigetragen.

420 000 kleine und mittelständische Unternehmen wurden unterstützt. Dadurch wurden vier Millionen Jobs – auch im KMU Bereich – unterstützt und gesichert. Arbeitsplätze konnten gesichert werden, krisengebeutelte Branchen wurden entsprechend gefördert, und die schwersten wirtschaftlichen Auswirkungen wurden abgefedert. Auch die langfristigen Ziele hat die EIB nicht vergessen. Gerade in wirtschaftlichen Zeiten ist es besonders wichtig, Wirtschaft auch nachhaltig vernünftig zu fördern und entsprechend zu unterstützen.

Von besonderer Bedeutung ist die Förderung unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese dürfen wir nicht vergessen, sehr geehrter Herr Präsident. Das ist besonders wichtig aus unserer Sicht. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, und ohne die KMU werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Und diese KMU brauchen Übergangstechnologien, ob es den Grünen nun einmal passt oder nicht, und darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Bitte unterstützen Sie weiter unsere mittelständische Industrie und auch die Übergangstechnologien.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, astăzi analizăm un raport foarte important. Banca Europeană de Investiții, așa cum știm, are o importanță deosebită în finanțare, mai ales acum, după criza pandemică.

Trebuie însă să-mi manifest nemulțumirea și mă surprinde că domnul președinte BEI, în cuvântul domniei sale, a arătat că este mulțumit de cât a finanțat IMM-urile, ori în raport rezultă foarte clar că din totalul fondului de finanțare doar 40 % a fost alocat IMM-urilor, iar noi avem în Uniunea Europeană 98 % IMM-uri.

Așadar, domnule președinte, eu susțin creșterea capitalului ca să avem un capital adecvat la BEI, dar, vă rog frumos, să vă orientați mai mult spre IMM-uri, spre cele care au cea mai mică rezistență la criză și, de asemenea, trebuie să vedem cum putem să creștem ritmul cu fondul de garantare pentru că ritmul este foarte lent.

Avem mai mult de un an de zile în care IMM-urile, HoReCa, turismul sunt în suferință și abia primele fonduri au fost aprobate la sfârșitul anului 2020. Doresc să mai subliniez că eu cred că BEI trebuie să-și revizuiască politica de creditare în domeniul transportului. Știm cu toții cât de important este transportul ca componentă în costul produselor, ca importanță pentru turism, ca importanță în Green Deal. De aceea, sper ca în anul 2021 să avem fonduri adecvate pentru acest domeniu al transportului.

Nu pot să nu spun că nu s-a realizat ceea ce tot sperăm prin investiții și anume eliminarea dezechilibrelor majore. Avem încă regiuni și state în care nu s-a realizat o coeziune socială și sper, domnule comisar, să ne explicați cum credeți că s-a răspuns coordonat, când știm bine că fiecare țară, în acest an de pandemie, a acționat diferit din punct de vedere al accesului pe piața internă.

Luis Garicano (Renew). – Señor presidente, señor Dombrovskis, señor Hoyer, el Banco Europeo de Inversiones que usted dirige es esencial para la economía europea, y lo ha demostrado una vez más durante la pandemia. Y es esencial porque es creíble y es eficaz. Y esa credibilidad, señor Hoyer, hay que protegerla como oro en paño. Por eso, resulta inexplicable que una vicepresidenta del Banco haya pasado directamente por una puerta giratoria del Consejo de Administración del Banco al de Iberdrola con, aparentemente, el visto bueno del propio Banco Europeo de Inversiones.

El conflicto de interés, señorías, es evidente: la vicepresidenta estaba a cargo de los préstamos a España y, en particular, de los préstamos a Iberdrola, que es uno de los principales clientes del Banco. Mil cuatrocientos millones de euros se habían prestado desde 2019 a esta compañía. En las ruedas de prensa en las que se anuncian estos préstamos aparece la señora Navarro hombro con hombro con el presidente de Iberdrola, para el que ahora mismo trabaja.

Señor Hoyer, las instituciones tienen que ser limpias y parecerlo. Por eso, en la evaluación que este Parlamento hace de su actividad le pedimos que dé explicaciones sobre la permisividad de su Comité de Ética sobre estos escándalos de puertas giratorias y también que revise las reglas que permiten que estos escándalos ocurran.

Finalmente, le recordamos que el Defensor del Pueblo Europeo calificó de mala administración una decisión similar de la Autoridad Bancaria Europea, y, por eso, le pedimos, señor Hoyer, que el Banco Europeo de Inversiones haga lo necesario para evitar estas situaciones en el futuro.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, señor vicepresidente, señor presidente Hoyer, yo también quiero referirme al caso de la vicepresidenta Emma Navarro, que, como todo el mundo sabe, estuvo durante dos años de vicepresidenta del BEI y después saltó, al cabo de cuatro meses de haber dejado el cargo, directamente a una empresa, Iberdrola, que había recibido bajo su mandato directo proyectos y financiación por hasta 1 400 millones de euros.

Lo que es sorprendente es que el Comité de Ética del Banco autorizara eso, diera ese *waiver*. Es incomprensible, algo no funciona bien: o el Comité de Ética no hace bien su trabajo o el Reglamento interno no es suficientemente claro al respecto. Y creo, por lo tanto, que algo debe ser revisado, y yo celebro que la defensora del pueblo europea, a denuncia del Grupo de los Verdes, haya iniciado una investigación para ver qué se ha hecho mal. Y mucho me temo que probablemente concluirá de la misma forma que concluyó con el caso del señor Ádám Farkas, diciendo que ese *waiver* no debería haberse dado jamás.

Por último, le pedimos transparencia: queremos la resolución del Comité de Ética entera. Acabamos de recibir una respuesta por parte del BEI que nos invita a ir a Luxemburgo a una sala de lectura a leerla. Creo que una institución tan importante como el BEI merece ser mucho más transparente hacia sus ciudadanos.

Hélène Laporte (ID). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, même s'il faut soutenir le rôle de la BEI dans la mobilisation des financements en faveur de l'économie et en particulier des PME, les deux rapports pour les années 2019 et 2020 esquivent des questions de fond.

Tout d'abord, des financements qui ne seront accordés qu'à l'aune de la décarbonation me semblent excessifs et ne doivent pas se réaliser au détriment d'autres secteurs piliers pour la relance économique, comme la numérisation. Ensuite, je souhaite un retour d'expérience empreint d'exigence et d'humilité sur les projets qui ont fait l'objet d'une mauvaise évaluation et qui concernent pour la plupart des projets extra-européens. Ce noble objectif d'aide au développement avec les pays tiers souffre de nombreux exemples de projets comportant une absence de contreparties sociales et environnementales claires lors de l'attribution des prêts.

Enfin, je regrette que les prêts au profit de la Turquie, un pays qui ne respecte pas des principes fondamentaux de liberté et de démocratie, aient atteint 385 millions d'euros en 2018, soit un montant global de 28,9 milliards d'euros depuis 2000. L'Union européenne, à travers la BEI, a été faible en n'actionnant pas les clauses contractuelles autorisant la suspension des paiements avec la Turquie. J'invite cette institution multilatérale à recentrer ses investissements au sein de l'Union européenne, car ils doivent bénéficier aux États membres qui en sont les seuls actionnaires.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, president Hoyer, vicevoorzitter Dombrovskis, de COVID-19-pandemie heeft ons leven deels *on hold* gezet, maar heeft de uitdagingen waarvoor we staan tegelijkertijd verscherpt. We moeten meer investeren in onze mensen, onze bedrijven en onze toekomst.

Iedereen is het hierover eens en inmiddels zijn ook de nodige middelen ter beschikking gesteld. De kwaliteit van de uitvoering is echter minstens zo belangrijk. We rekenen daarvoor op de Europese Investeringsbank, zowel voor de eigenlijke investeringen als voor het advies dat de bank bij de opzet van projecten verstrekt.

Om deze reden staan we achter de versterking en de voortdurende verbetering van de professionele structuur van de EIB. Daarbij stellen we de volgende drie absolute voorwaarden voor een kwaliteitsvolle dienstverlening: de nodige capaciteit en deskundigheid om duurzame partnerschappen tot stand te brengen, de coördinatie tussen de verschillende nationale en regionale spelers, en een bedrijfscultuur die gedreven wordt door de zoektocht naar innovatieve investeringen die de groei ondersteunen.

De EIB is van cruciaal belang als we sterker uit de huidige COVID-19-crisis willen komen.

Dorien Rookmaker (NI). – Mr President, the financial crisis more than a decade ago caused a tsunami of regulations – 15% more regulations in the banking sector every year. It wrecked the banking system. The recent crisis, the COVID crisis, led to panic within the EU. Governments feared bankruptcies and recession. In reaction to COVID, the EU decided to introduce a huge stimulus programme, the Next Generation EU. Billions of euros are flooding directly towards EU Member States. The extra billions of euros create political tension in and between Member States. The stakes are high. What would you do if suddenly you got your hands on a couple of billion euros?

While politicians in Member States fight, the EU is drowning in euros. The European Investment Bank will have to cope with this situation. My question is, will it lower its standards, which will lead to more risk, or give up its market share?

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, pane místopředsedo Evropské komise, vážený pane Hoyere, ano, záleží nám na tom, aby peníze z Evropské investiční banky fungovaly efektivně, proto se to jmenuje investiční banka. My máme investovat do projektů, které půjdou do budoucnosti a které budou efektivní. Není důležité, jestli je ten projekt zelený, modrý nebo fialový, ale je důležité, aby ten projekt opravdu zafungoval jako takový efekt v Evropské unii, který spustí další a další projekty. Neměli bychom tvořit další bariéry mezi členskými státy tím, že v jednom podpoříme nějaké odvětví a v jiném ne. A já si myslím, že bychom měli veškeré naše úsilí soustředit na efektivitu. Možná se to některým nebude líbit, ale ne všechno, co se na první pohled může zdát zelené, může být nakonec i efektivní a může vést k cílům, které jsme si dali.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, the EIB is the essential entity to sustain EU policy on investment and to facilitate financial support for major projects. Its newly acquired role as the EU's climate bank makes sense. Its work in the EU's partner countries is commendable. Still, major concerns about the bank's operational outcomes persist. Geographical imbalances in the EIB's lending remain a vital structural handicap. How can it be acceptable that in 2019 just four Member States between them received almost 50% of loans granted?

New criteria assuring a broader geographical allocation of investments are needed. There should be a higher prioritisation for regions traditionally burdened with an investment deficit, in particular those having geographical disadvantages such as the EU's peripheral and insular regions. Any shortfall in the general investment requirements for COVID-19 recovery and for the Green Deal will weigh most heavily on these regions.

So funding strategies must be adapted to fit the geography, not least for projects related to transport and energy. Another major issue is transparency, including the sharing with MEPs of information on the EIB's financing activities. One fails to understand the reasoning behind the EIB's sudden decision to terminate the dissemination of its European Fund for Strategic Investments (EFSI) monthly state-of-play reports back in June 2018. A permanent mechanism of info-sharing must be in place, and the funding of approved lending per sector and per country. I look forward to continued dialogue between the European Parliament and the EIB. Together we can succeed and achieve a holistic and fair green transition of the European economy on a give-and-take basis.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Mr President, with financing of over EUR 60 billion per year, the European Investment Bank is a key player in putting EU policy into action. At the core of EU policy stands the Green Deal to decarbonise our economy and to achieve climate neutrality by 2050 at the latest. Therefore, we demand full alignment of the EIB with at least the goals of the Paris Agreement. This seems to be logical, but apparently it's not. When we Greens look at the annual report of the EIB we think that it doesn't fit together that the EIB claims to be a climate bank when half of its investments still go to heavy polluters.

We in the European Parliament call for decarbonisation plans to be in place for EIB counterparties, with clear timelines and targets based on science. For the public sector loan facility, where the EIB will be the main finance partner, the standards do indeed help the Just Transition. But for a real ecological, social transition in Europe, we need an EIB that is more courageous than ever to support the right investments. We have to fight against climate change by being ambitious.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, may I welcome President Hoyer back to the European Parliament. Without any doubt the European Investment Bank (EIB) played a crucial role in helping us overcome the pandemic in Europe and reduce the impacts of the pandemic on people, businesses and regions; in particular, the support given to help small and medium-sized enterprises cope with liquidity shortages was very welcome on the ground.

I believe that the EIB can play an even greater role in the medium and longer term now that all of the pieces of legislation are in place when it comes to strengthening our economy. When we negotiated the Recovery and Resilience Facility we allowed Member States to allocate up to 4% of their national envelopes into national compartments of InvestEU. Unfortunately, not many Member States have made use of this prerogative so far because they lack technical assistance. Please provide national and local levels with the best technical assistance as needed.

And my last point, transparency: we are going to spend more money than ever in the next few years at European level, and the more we spend, the more we need to make sure that money reaches the beneficiaries that it is intended for. Please, also as a bank, help us in this endeavour and allocate enough resources for fraud prevention and detection.

(Applause)

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, while some sense of normality is resuming in our economies and societies, we cannot forget that many businesses all over Europe are still under severe strain. The European Investment Bank (EIB) has been an important support and lifeline throughout the crisis with its EUR 46 billion-worth of COVID-19 funding projects, and 425 000 small and medium-sized enterprises (SMEs) have benefited. That is a valuable contribution. But this contribution must translate into more financial resources to enable the EIB not only to address the post-pandemic recovery, but also to drive forward key EU priorities: as has been said, the Green Deal, a Europe fit for the digital age and an equal and fairer Europe.

My country, Ireland, has benefited from EUR 19 billion-worth of financing from the EIB since the start of its operations, providing crucial support for our transport infrastructure and renewable energy. This has helped transform our economy, but given the enormous environmental and post-pandemic challenges we now face, public and private investment has never been more important. We need a strong and well financed EU bank to do this.

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Mr President, President Hoyer, honourable Members, I would like to thank you for today's productive debate. The committees' reports testify that, overall, the EIB is on a very good path, in particular as a front-runner on climate action and as a role model for other international financial institutions in their quest to become Paris-aligned.

I also thank Parliament for its support in the discussions on the EIB's role as the EU's major partner in implementing EU funding. I very much look forward to continuing these discussions and for our close cooperation.

Werner Hoyer, President EIB. – Mr President, Members of the European Parliament, you have bombarded me with 40 points, which I have written down, which I should refer to now, and I've been given five minutes... so that is going to be difficult. But I promise each and every point that has been raised by you will be responded to directly or indirectly, and we will ask our colleagues in the Brussels office to contact you if necessary and possible.

First of all, let me thank the European Parliament for the support that we have always enjoyed for the work of the EIB. It is about the preservation of the role of and the standing of the Bank to deliver its mandate. Sometimes you might want to talk about a new legal basis for this Bank, but then you need to change the treaty. To be honest, the Bank is owned by the Member States of the European Union, and that's it. One can change that, I have nothing against the idea, but then please go to the European Council and the other formations and try to find Treaty change on that.

I'd like to start with a more general point, which is really on my mind and a heavy burden on it. We know exactly that we will overcome the big challenges and we will meet the big challenges only via innovative means. We need to be more innovative. The fact is that the Member States of the European Union and the Union itself, for the last 16 years, have on average invested 1.6% of GDP less into research, development and innovation than our competitors in North America and Asia. And nobody should believe that this goes without an impact on our competitiveness and our productivity growth.

So we need to address that issue first. And this is why I insist, violently, that we need not, that we must not take innovation, climate and development apart, it all belongs together. And nobody should hide behind the virus when it comes to these necessary activities in the field of innovation, climate and development.

I have heard with great joy that, for instance, Mr Silva Pereira expressed the wish for an institutional agreement between the EP and the EIB. I would appreciate a discussion on this and I also heard that some of you want to visit Luxembourg – you are always welcome. We should organise this indeed. I do not see too many MEPs in Luxembourg, but too few. So let's change that. We can get into good dialogue there.

You also referred to the European Guarantee Fund (EGF). I think we have had your great support, and the call for the continuation of the EGF – which is currently gaining a good implementation speed – is highly appreciated. Some of your remarks were music to my ears, but it's not up to me to change this.

On transparency, Mr Eickhout referred to transparency and also to intermediated lending, you will know that we not only review our transparency policy but we also look at the review of our environmental and social standards. Both processes are ongoing: we should keep the discussion going on on these issues. I take that extremely seriously.

When it comes to the governance issues, we have updated the codes of conduct in 2019, and further adaptations are taking place right now – this covers the code of conduct of the Board, the Management Committee and the Audit Committee. In this context, let me say that I take the sentences that I heard about a former colleague of the Management Committee very, very seriously. But it's a very individual case, and it has been referred to the European Ombudsman, which I respect, and I think it is in the very best hands there. We have delivered all information, we operate with full transparency there, but I need to protect a colleague who, in my view, is not being attacked in a fair way. We have played it by the rules and by the book, and she has, and therefore I insist that we don't come to premature conclusions before the European Ombudsman has taken a position. I trust that we have done the right thing there.

There were a couple of allegations concerning the personnel situation in the bank and I must say that some of the allegations that I've read in newspapers I simply cannot understand. And some of these were vicious. The EIB staff is highly motivated and proud to work for the bank. The EIB staff show a high degree of loyalty, otherwise we would have a little bit more rotation and mobility, but once we are in Luxembourg, they don't go away anymore.

The COVID-19 pandemic, of course, put additional stress on every institution and we tried to help people who are suffering from it. But the most important thing is that we are seriously trying to improve the culture of the institution, and one issue that has helped us in getting closer to where we want to be is through considerable progress on gender equality. And one last word, in this context: we have zero tolerance for harassment at the EIB. And that is something that needs to be said, particularly today when Luxembourg celebrates Pride Week.

So we are reviewing our environmental and social sustainability framework, and following the calls from the European Parliament, as part of the review, the EIB group will propose a new standard for intermediate finance to ensure the highest level of integrity and compliance of the financial intermediaries and their projects.

I have heard a word on the European Financial Architecture for Development (EFAD), which I loved. I think it comes through now more or less clearly that it is important to have one development finance institution that is run by the European Union and its Member States only. In the case of conflict, No Russian, No Chinese, No American, No Egyptian can intervene and block things. And we need to live up to this responsibility. This is why, to be quite clear, I believe that we should not reduce but expand our development business, particularly in the context of climate, innovation and development, and therefore we should organise ourselves better – in what form we can discuss. I believe as a subsidiary of EIB to which we might invite others like the European Commission or the national promotional banks or development agencies, is the best solution. But we have seen that according to the Council conclusions of June, we will now have in the third quarter of 2021 to deliver a report and a set of ideas to the EU institutions in this context.

So things will pick up speed now quickly. I am sorry, Mr President, I still have 25 pages here, but I promise you that I will really respond to each and every one in writing or in a personal approach. Thank you very much, it was a pleasure to be here.

(Applause)

Der Präsident. – Mit dem abschließenden Satz haben Sie, glaube ich, das Tor geöffnet, die weiteren Fragen zu beantworten.

Die gemeinsame Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 6. Juli 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Gunnar Beck (ID), schriftlich. – Der Bericht bezieht auch die EIB als den öffentlichen Kreditgeber der EU ein. Dies ist gemäß den Verträgen falsch. Die EIB ist rechtlich gesehen die völkerrechtlich geregelte Bank der Mitgliedstaaten. Es ist keine EU-Institution und kein öffentlicher Kreditgeber. Die Anteilseigner der EIB sind die Mitgliedstaaten und sie sind für die Investitionsentscheidungen verantwortlich. Es ist nicht die Aufgabe der Kommission oder des Parlaments, ihre Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Der Bericht fordert auch eine Kapitalerhöhung der EIB. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs wurde das Kapital erheblich reduziert. Dies würde bedeuten, dass alle Mitgliedstaaten zusätzlich Kapital bei der EIB aufnehmen müssten. Der Bericht enthält zudem einige seltsame Empfehlungen, beispielsweise die Aufforderung an die EIB, in Fahrräder für abgelegene Gemeinden zu investieren, oder die Forderung an die EZB, bevorzugt in von Frauen geführte KMU zu investieren. Während Europa dringend Investitionen benötigt, lobt der Bericht die Zunahme der Investitionen der EIB in Drittländern. Ein Land wie die Türkei, das aktiv gegen die Interessen der EU und seiner Bürger arbeitet, hat seit dem Jahr 2000 fast 30 Milliarden Euro erhalten. Das muss aufhören. Die EIB ist eine Investitionsbank, keine Wohltätigkeitsorganisation für politische Träumereien und die korrupten autokratischen Freunde von EU-Regierungsparteien.

17. Verwendung von Technik zur Verarbeitung von Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (vorübergehende Ausnahme von der Richtlinie 2002/58/EG) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Birgit Sippel im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Verwendung von Technik durch Anbieter nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste zur Verarbeitung personenbezogener und anderer Daten zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (COM(2020)0568 – C9-0288/2020 – 2020/0259(COD)) (A9-0258/2020).

Birgit Sippel, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident! Sexueller Missbrauch ist ein schreckliches Verbrechen, eine massive Verletzung von Grund- und Menschenrechten unserer Kinder. Das gilt für die reale Welt, aber ebenso, wenn etwa Bilder des Missbrauchs immer wieder online geteilt werden. Und in beiden Welten müssen wir besser werden – bei der Prävention, der Verfolgung der Täter, aber auch bei der Unterstützung der Überlebenden. Online-Maßnahmen sind eine Ergänzung, etwa zu verdeckten Ermittlungen oder der grundsätzlich besseren Ausstattung von Strafverfolgung und Beratungsstellen. Dabei müssen wir uns aber auch der Debatte stellen, wie viel Überwachung online mit unseren freiheitlichen demokratischen Grundrechten vereinbar ist und wo wir Gefahr laufen, ein umfassendes Überwachungssystem zu installieren, welches die intimsten Details der Kommunikation aller Menschen kennt, auch unserer Kinder, die wir ja besonders schützen wollen.

Schon heute scannen verschiedene Anbieter freiwillig private Nachrichten, um Kindesmissbrauch aufzuspüren. Dies drohte aber durch eine Änderung im elektronischen Kommunikationskodex unmöglich zu werden. Und so hat die Kommission im September letzten Jahres jenes Gesetz vorgelegt, über das wir morgen abstimmen. Eine Ausnahme von den geltenden *ePrivacy*-Regeln, die das Scannen privater Nachrichten auf Kindesmissbrauch weiterhin auch ohne Zustimmung ermöglicht.

Das Gesetz erlaubt verschiedene Technologien. Das sogenannte *hashing* wird bereits seit vielen Jahren angewandt. Es ermöglicht die Identifizierung von Missbrauchsdarstellungen, indem Videos und Bilder mit einem vordefinierten Satz digitaler Fingerabdrücke abgeglichen werden, den sogenannten *hashes*. Und als Berichterstatterin habe ich früh unterstrichen, dass ich diese Praxis nicht unterbinden möchte, habe aber auf zusätzliche Schutzmaßnahmen gedrängt.

Eindeutig strittiger war und ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz zum Mitlesen von Nachrichten für das Aufspüren von unbekanntem Material und möglichem Cyber-Grooming. Lange hatte es die Kommission versäumt, sich mit den Auswirkungen des schon stattfindenden Scannens auf Kindesmissbrauch auseinanderzusetzen. Es wäre viel Zeit gewesen, um eine gute, nachhaltige Lösung für die rechtlichen Herausforderungen rund um das Scannen privater Kommunikation im Internet zu finden. Doch als die Kommission schließlich ihr Versäumnis erkannte, machte sie sich nicht einmal die Mühe, eine Folgenabschätzung zu den Grundrechtsauswirkungen vorzulegen, obwohl dies ihre Pflicht gewesen wäre.

Stattdessen wurde massiver Druck auf die Verhandler ausgeübt, um nur schnell zu irgendeiner Einigung zu kommen. Aber als Gesetzgeber haben wir immer die Pflicht, alle Fakten zu prüfen und im Einklang mit Grundrechten und rechtsstaatlichen Grundlagen zu handeln. Ich habe das schon mehrfach gesagt und wiederhole es auch heute. Wir können natürlich bei politischen Entscheidungen und gerade bei so sensiblen Themen unterschiedlicher Meinung sein, aber das enthebt uns niemals der Verantwortung einer kritischen, umfassenden Debatte.

Die nun zwischen Rat und Parlament gefundene Vereinbarung ist ein Kompromiss zwischen der Aufdeckung von sexuellem Kindesmissbrauch im Netz und dem Schutz der Privatsphäre von Nutzerinnen und Nutzern. Sie mag nicht perfekt sein, aber sie ist eine praktikable Übergangslösung für die nächsten drei Jahre. Der Kompromiss ermöglicht die vorübergehende Fortsetzung bestimmter freiwilliger Maßnahmen zur Erkennung von sexuellem Missbrauch, den Bildern und dem möglichen Cyber-Grooming.

Als Parlament haben wir hart dafür gekämpft, den Vorschlag zu verbessern und ihn mit bestehenden Datenschutzstandards in Einklang zu bringen. Wir haben Schutzmaßnahmen hinzugefügt, etwa die bessere Information der Nutzer oder die Einführung einer Aufbewahrungsfrist für Daten von zwölf Monaten. Wir wollen direktere Information an europäische Behörden und haben erreicht, dass die Diensteanbieter eng mit den nationalen Datenschutzbehörden zusammenarbeiten müssen. Diese können grundrechtsfeindliche Technologien untersagen.

Datenschutz und Schutz der Vertraulichkeit sind kein Täterschutz, sondern Basis der Demokratie. Wir müssen die Vertraulichkeit der Kommunikation auch im Sinne unserer Kinder schützen. Das gilt umso mehr für sensible Kommunikationen – etwa zwischen Missbrauchsoffern und ihren Ärzten und Anwälten.

Dieses Gesetz ist eine Übergangslösung für drei Jahre. Die Kommission hatte versprochen, noch vor der Sommerpause einen neuen, dauerhaften Rahmen für die Aufdeckung von Kindesmissbrauch vorzuschlagen. Jetzt dauert es noch bis September oder Oktober. Dafür erwarte ich einen deutlich verbesserten Vorschlag. Die langfristige Lösung muss sich mindestens an den Datenschutzgarantien der temporären Lösung orientieren. Sie muss zwingend Lösungen für das gezieltere Scannen privater Kommunikation finden, sonst wird sie vor nationalen und europäischen Gerichten kaum Bestand haben.

Und ja, wir erwarten dieses Mal eine umfassende Folgenabschätzung. Und deshalb sind Sie, liebe Ylva Johansson, und auch Sie, Frau Kommissionspräsidentin von der Leyen – denn ich weiß um Ihr Interesse an diesem Gesetz –, damit wieder am Zug.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Mr President, dear Birgit Sippel, let me start with the voices of the victims. 'It's going to destroy my life.' 'I want to die.' 'I've already tried to commit suicide, please don't start again.' These are the voices of teenage girls aged 14 to 17, tricked into sharing naked pictures and then blackmailed by a predator. He forced the girls to produce and send additional content, otherwise – he texted in the chat – he would publish the videos and pictures he had already received widely on the internet. The predator requested that the children record themselves engaging in sexual acts which might have been physically painful. 'You're going to be sore after', he texted in the chat.

The report we are discussing here today is very important because thanks to the agreement that Parliament and the Council reached in April, this kind of grooming can continue to be detected and stopped. Companies can continue to act against so-called known child sexual abuse material – almost four million images and videos were reported in the European Union last year – but also towards material that is not yet known about, so-called 'newly produced' material. Last year, there were more than half a million new images and videos of children being raped. Action can also be taken against grooming around – 1 500 reports last year.

The negotiations were difficult, but with the agreement you reached, co-legislators have shown that it's possible to find the right balance, a balance that responds to European citizens' concerns. I very much welcome the agreement, which ends uncertainty for companies and say it loud and clear: yes, you can continue to report child sexual abuse online.

Reports are used by police to rescue children all over Europe. Only last Friday, the ninth Victim Identification Taskforce organised by Europol's European Cybercrime Centre identified six victims of child sexual abuse, children that can now be rescued from harm to safety. Saving these children was possible thanks to Europol's repository of 59 million images and videos of child sexual abuse material. Europol specialists selected footage of victims whose location and identity had not yet been established, and 41 victim identification specialists from across the world joined forces to identify as many victims of child sexual abuse as possible. I congratulate Europol on their work and the excellent police cooperation with Member States and international partners.

Worried about privacy rules, some internet companies stopped voluntarily reporting on child sexual abuse material last December. In a few short months, reports dropped by 53%. Hundreds of cases go unnoticed every day, leaving children in the dark at the mercy of predators. It was vital to act quickly and with this interim regulation we have turned the light back on. Companies that provide email, chat or messaging services can continue lawful practice to voluntarily detect, remove and report online child sexual abuse.

We also agreed on important safeguards, safeguards that guarantee privacy and the protection of personal data. All practices are subject to the General Data Protection Regulation (GDPR) and the Charter of Fundamental Rights. Data processed to detect child sexual abuse online is limited to what is necessary and is stored no longer than strictly necessary. Processing must be subject to human oversight and, if necessary, also to human review. These safeguards answer important concerns of Parliament. On top of these, companies will need to consult national data protection authorities if they use anti-grooming technologies or new technologies to detect material.

This interim regulation ends uncertainty for companies. It does not end the danger to children. This is only a temporary solution to fix an acute emergency. We need a permanent answer to counter a persistent threat against children. Still this year I will propose new permanent EU rules, rules that will include detecting and reporting obligations for companies and will provide a solid legal basis for the providers' activities. Because voluntary reporting is not enough. Right now 95% of all reports come from one single service provider. It's time for all providers to live up to their responsibilities, to make sure that no one can use their services to spread videos or pictures of children being raped or worse, facilitate the rape of children.

I also want to fulfil a request by the European Parliament to set up a European centre to prevent and counter child sexual abuse, a European centre to help companies and law enforcement to detect and report online child sexual abuse, to help police to rescue children, to provide oversight and transparency and accountability. The centre should also help prevent child sexual abuse and support victims who suffer for many years, even after the abuse is over.

The vote tomorrow will be an important step to protect our children. I would like to thank Birgit Sippel and her shadows for working intensively with the Portuguese Presidency and for making this possible. Today we can look each other in the eye and say we have done well, but from tomorrow we must be determined to do better. This agreement inspires me with the confidence that we can. I look forward to continue working with you to keep our children safe.

(Applause)

Christine Anderson, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter*. – Herr Präsident! Ja, meine Damen und Herren: Auch im Jahr 2021 noch immer Regelungslücken im Kampf gegen Kindesmissbrauch – was für ein Armutszeugnis!

Der Aktionsplan gegen Desinformation stellt zwar sicher, dass politisch unerwünschte Meinungen in den sozialen Medien zensiert werden. Eine App zeigt mir an, ob sich in meinem Umfeld eine Person aufhält, die laut einem völlig nutzlosen PCR-Test angeblich mit Corona infiziert ist. Das Recht auf Freizügigkeit habe ich nachzuweisen mit dem digitalen Impfpass. Aber Kinder vor Missbrauch zu schützen, das schafft die EU nicht.

Vielleicht hoffen wir ja auch darauf, dass sich das Problem von selbst erledigt. Denn wenn die EU sich erst einmal auf dem Spielfeld ideologisch motivierter Pseudoprobleme fertig ausgetobt hat und ihre kunterbunte, gendergerechte, klimaneutrale Multikulti-Trallala-Welt errichtet ist, dann sind vielleicht auch alle Kinder ohnehin schon dem Menschenrecht auf Abtreibung zum Opfer gefallen.

Javier Zarzalejos, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señora comisaria, no ha sido fácil llegar hasta aquí: muchas horas de trabajo, un debate jurídico y técnico de una enorme complejidad y mucha presión sobre los ponentes. Pero este informe demuestra que el Parlamento ha estado a la altura de lo que se requería.

Las cifras de abuso sexual a menores son terribles. El consumo masivo de internet durante el confinamiento ha puesto de manifiesto las vulnerabilidades de los menores ante depredadores y traficantes sexuales. Por eso, mi grupo insistió en ampliar las tecnologías a aquellas que pueden detectar no solo el material de abuso sexual ya conocido, sino también el de nueva producción y el *grooming*.

Somos conscientes de que una legislación de esta naturaleza necesita garantías y salvaguardias añadidas y las hemos introducido en la nueva normativa para reducir al máximo los riesgos que puede correr la privacidad ante el procesamiento de estos datos. Desde diferentes posiciones hemos llegado a un acuerdo que, reiterando las palabras de la ponente, de la señora Sippel, es un acuerdo posible y necesario.

Creo sinceramente que esta normativa resuelve bien la necesidad de conciliar protección de la privacidad y protección de los menores. Porque, si llegáramos a la conclusión de que tenemos que elegir entre privacidad o protección de los menores, entonces tendríamos un grave problema. Tendríamos un grave problema como legisladores, como padres y como madres, y como ciudadanos responsables.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisaria Johansson, cualquier forma de abuso sexual es una grave violación de derechos humanos, pero es especialmente execrable cuando se cierne sobre menores, personas especialmente vulnerables.

La Unión Europea se precia de tener el estándar más alto del mundo de protección de la privacidad y la confidencialidad de las comunicaciones personales. Pero ha sido trabajo de este Parlamento hacer compatible ese estándar con la detección y prevención de cualquier forma de abuso sexual en línea contra los menores.

La Comisión tomó la iniciativa hace menos de un año, el 20 de septiembre de 2020, con la intención de evitar que la entrada en vigor del Código Europeo de las Comunicaciones Electrónicas dificultase la identificación del abuso sexual contra menores en línea, a la luz de la vigencia de la Directiva de *ePrivacy* del año 2002; era imprescindible establecer un correcto equilibrio entre esa Directiva y la detección y prevención de cualquier forma de abusos sexuales en la red.

Y el equipo negociador, liderado por Birgit Sippel, con el Consejo, lo ha conseguido: con una supervisión humana, con una garantía de remedios adecuados en el caso de la correcta aplicación del nuevo régimen jurídico que entra en vigor y con una temporalidad que debe durar como máximo tres años, a la espera de que se adopte una iniciativa definitiva sobre el abuso sexual en línea y cualquier forma de *grooming*, de acoso, no digamos de pornografía infantil, que obliga especialmente a actuar a este Parlamento Europeo.

Y creo que, consiguiendo ese equilibrio, este Parlamento Europeo ha demostrado una vez más ser un legislador al servicio de los derechos fundamentales de la ciudadanía, y está emitiendo un mensaje de empatía y de sensibilidad con las víctimas que han sufrido y con las familias de las víctimas que han sufrido esta forma especialmente lacerante e intolerable de violación de derechos humanos de personas tan vulnerables como son los menores.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, let me first start by clarifying that my Group is going to vote in favour of the trilogue results, but I would like to make a couple of remarks.

I have noticed in the process that whenever we ask critical questions about the legislative proposals, that immediately the suggestion was created that I wasn't sufficiently committed to fighting child sexual abuse. But I think you don't only have to know about child sexual abuse to be abhorred by it. I know child sexual abuse. I'm committed to fighting it. But I'm also a legislator and that means that I have to ask critical questions and I have to do a thorough job in making sure that the legislation is watertight.

Madam Commissioner, I think we both know that the result on the table is legally flawed. We also know that there's been, I would say, almost undue pressure on the process, including moral blackmail – not least by Facebook, who put pressure on the process by stopping or reducing their activities, and I think that's absolutely scandalous.

On substance, I very much agree with the arguments that have been put forward by my Green colleagues. But I would like to say one thing to my Green colleagues: politics is not about choices between good and evil. Politics is mainly about shitty dilemmas and making difficult choices and standing by it, and that is why my Group will support it. We have questions. We will support it. And we had better make sure that the final definitive law is going to be legally watertight.

Patrick Breyer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Alle Europaabgeordneten haben letzte Woche geöffnete Post erhalten. So würde es aussehen, wenn alle Ihre Post verdachtslos geöffnet und gescannt und verdächtige Inhalte der Polizei übergeben würden. Unvorstellbar? Für unsere elektronische Post soll genau das zugelassen werden – mit der ersten EU-Verordnung zur Massenüberwachung.

Frau Kommissarin, vor Missbrauch schützen Sie Kinder mit diesen Verdächtigungsmaschinen nicht! Kinderpornoringe benutzen kein Facebook und kein Google. Nach Polizeiangaben treffen bis zu 86 % der automatisierten Strafanzeigen Unschuldige. Ich bin selbst Vater. Ich will, dass mein Kind wirksam geschützt wird und dass es noch mit privaten Räumen und privaten Gesprächen aufwachsen darf. Kinder und Jugendliche haben auch ein Recht auf Privatsphäre. Und diese illegale Ausnahmerechtsverordnung bricht dieses Grundrecht. Nach dieser totalitären Logik müssten ja selbst unsere Schlafzimmer als potenzielle Missbrauchsgelegenheiten unter ständiger Überwachung stehen. Was planen Sie als nächstes?

72 % der EU-Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass ihre privaten und intimen Nachrichten und Chats – bis hin zu Nacktfotos – von Privatkonzernen verdachtslos durchschnüffelt werden. Respektieren Sie das!

Ich schließe mit den Worten eines Missbrauchsopfers: „Ich hatte keine vertraulichen Kommunikationswerkzeuge, als ich vergewaltigt wurde. Alle meine Kommunikation wurde von den Tätern überwacht. In einem geschützten Raum frei über das Erlittene sprechen zu können, ist für Missbrauchsopfer unersetzlich. Das Europäische Parlament wird darüber abstimmen, Überlebenden diese Sicherheit zu nehmen. Diese Verordnung wird Missbrauch in den Untergrund treiben, wodurch er viel schwieriger aufzuspüren sein wird.“

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ*Wiceprzewodnicząca*

Jean-Lin Lacapelle, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, chers collègues, Madame la Commissaire, la lutte contre la pédocriminalité et la protection de l'innocence de nos enfants sont des combats essentiels que nous, parlementaires, devons porter au quotidien. Je n'aurai donc pas de critiques sur le principe du règlement que nous examinons aujourd'hui. Nous devons en effet absolument prévoir dans la loi sur la confidentialité des données sur internet une exception concernant la pédopornographie, puisque cela ne relève en aucun cas de la vie privée.

Pour autant, j'aurai deux remarques, puisque l'exception pour les pédophiles n'intervient qu'à présent dans le cadre d'une directive qui est pourtant en vigueur depuis le mois de décembre. Cela veut-il dire que depuis six mois, les prédateurs sont protégés par la loi européenne? Y a-t-il eu des enquêtes bloquées, écartées, oubliées? Des monstres ont-ils pu échapper à la justice en raison de ce vide juridique?

Ma deuxième remarque porte sur le fait que nos textes punissent la sollicitation en ligne de mineurs n'ayant pas atteint la majorité sexuelle. Or, elle est différente selon les États. Un prédateur peut donc échapper à la loi selon que sa victime vit ou non dans un pays où la majorité sexuelle est différente. Je vous ai pourtant déjà interpellés plusieurs fois pour recommander d'harmoniser nos lois sur ce point essentiel. Je vous ai même proposé en janvier de cette même année une résolution que vous avez rejetée. Cette absence de réaction est irresponsable, voire criminelle.

Malheureusement, la pédopornographie n'existe qu'après les actes immondes qui ont été commis. C'est donc toujours trop tard. La priorité est donc d'agir en amont pour empêcher la diffusion sur les réseaux sociaux de contenus incitant à la pédophilie, afin d'empêcher les prédateurs de sévir et d'échapper aux lois. Des plateformes comme TikTok, Netflix, YouTube sont constellées de vidéos hypersexualisant le corps des jeunes enfants. Cela doit cesser.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Ochrona dzieci przed przemocą i wykorzystaniem jest naszym obowiązkiem. Dzięki tym nowym przepisom dzieci w internecie będą bezpieczniejsze. Zgodnie z nowymi przepisami serwisy internetowe i media społecznościowe będą mogły wykrywać i zgłaszać przypadki nadużyć seksualnych dzieci, usuwać materiały i pomagać w identyfikacji sprawców. Pedofilia, uwodzenie dzieci, pornografia dziecięca są kryminalizowane offline i takie samo powinno być ich traktowanie online. Czas pandemii niestety zwiększył popyt na materiały pedofilskie, a to oznacza, że tych bezbronnych ofiar jest jeszcze więcej.

Bez wypracowanego kompromisu dotychczasowe praktyki wykrywania, zgłaszania i usuwania wykorzystywania seksualnego dzieci byłyby niemożliwe – zwracam się tu do pana posła z Zielonych. Tymczasem nowe przepisy wypełniają właśnie tę lukę prawną, która powstała po 21 grudnia 2020 roku. Zatem dzięki wypracowanym przepisom dzieci będą bezpieczniejsze. Bezpieczeństwo dzieci w sieci zależy od nas, dorosłych. Musimy je chronić i podjąć to wyzwanie.

Cornelia Ernst, *im Namen der The Left-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Eines vorweg: Ja, gegen sexuellen Missbrauch von Kindern muss entschlossen vorgegangen werden, und ja, das muss auch unverzüglich geschehen. Aber nein, diese Regelung wird dem nicht gerecht. Das sage ich, so sehr ich die Berichterstatterin in all ihren Kämpfen unterstützt habe. Herausgekommen ist das wahllose Scannen der Kommunikation, und das ist weder eine verhältnismäßige noch eine wirksame Antwort auf Kriminalität.

Was erreicht wird, ist doch etwas ganz anderes: Das ist Massenüberwachung der Kommunikation, und die ist illegal. Anbieter von Messenger-Diensten wie Facebook werden nun beauftragt, den Inhalt und die Metadaten aller Kommunikationen auf bekanntes und unbekanntes Material zu scannen, was dazu führt, dass massenhaft völlig unverdächtige Bilder und Bildchen mit betroffen werden, erfasst werden und auch Menschen unter Generalverdacht kommen, die völlig unschuldig sind, und zwar in Größenordnungen. Ja, sogar Grooming, was noch nicht einmal richtig definiert wird – es gibt diese Definition nicht –, soll einbezogen werden!

Wahllose, verdachtsunabhängige Massenüberwachung jedweder Kommunikation ist durch nichts, aber auch gar nichts zu rechtfertigen. Es ist ein schwerer Eingriff in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger und juristisch ein Skandal, und das geht am Leben der betroffenen Kinder, tatsächlich vorbei. Statt auf rechtswidrige Ausnahmeregelungen abzustellen, muss es eine Regelung geben, die tatsächlich Kinder schützt und die Bürgerrechte wahrt. Darauf kommt es an.

Balázs Hidvéghi (NI). – Elnök Asszony! Az interneten egy olyan új információáramlási tér jött létre, ahol szélsébesen terjednek a gyermekekre káros tartalmak. A pedofil bűncselekmények és hálózatok, az online szexuális visszaélések új dimenzióba kerültek. A bűnelkövetők gyorsabban és egyszerűbben férnek hozzá az áldozatokhoz, ugyanakkor nehezebb a nyomukra jutni. Egy ilyen radikálisan új helyzetben gyors és hatékony cselekvésre van szükség, meg kell hozni minden olyan intézkedést mind nemzeti, mind uniós szinten, amely biztosítja a gyermekeink védelmét.

Minden lépésünknek és minden döntésünknek egyetlen elven kell alapulnia, ez pedig a gyermek mindenképp felett álló érdeke. Ez az az alapelv, amit a gyermek jogairól szóló, 1989. november 20-i ENSZ-egyezmény rögzít, és ami az Alapjogi Charta 24. cikkében is megjelenik. A jelen megállapodás üdvözlendő, de alá kell húzni, hogy csupán átmeneti megoldásról van szó. Hosszú távon olyan állandó szabályozás kialakítására van szükség, amely kötelezően írja elő az ilyen tartalmak szűrését. Tétlenkedésre nincs idő, meg kell védünk a gyermekeinket.

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je vais m'exprimer pendant une minute, et durant cette minute, près de trente plaintes seront déposées dans l'Union européenne pour signaler des contenus pédopornographiques en ligne. C'est 17 fois plus qu'en 2010, et les violences en ligne ont augmenté de 57 % entre 2019 et 2020. L'Europe est devenue l'épicentre mondial des sites web hébergeant des images d'abus sexuels sur les enfants, avec près de 90 % de ces contenus sur des sites européens.

En décembre 2020, le code européen des communications électroniques est entré en vigueur. Pour des raisons de confidentialité, il ne permettait pas aux services de messagerie en ligne, comme Messenger ou WhatsApp, de détecter, supprimer ou signaler les contenus pédopornographiques échangés sur leurs applications.

Demain, nous allons enfin voter une dérogation temporaire de trois ans qui permettra à nouveau aux services de messagerie en ligne de lutter contre ces abus sexuels commis sur les enfants, dans l'attente de la proposition législative de la Commission au second semestre 2021. Cette proposition doit être ambitieuse, pérenne et beaucoup plus contraignante pour les services de messagerie, afin de protéger efficacement nos enfants.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, het heeft acht maanden geduurd voordat de Raad en het Parlement een akkoord sloten om kinderen beter te beschermen tegen seksuele uitbuiting en misbruik op het internet. Dit lag geenszins aan het Parlement.

Onlineplatformen zoals Facebook en Twitter mogen door de inwerkingtreding van de e-privacyrichtlijn al bijna zeven maanden geen tools inzetten om seksueel misbruik van kinderen op te sporen. Er zijn sinds de inwerkingtreding van de richtlijn eind december maar liefst 58 procent minder beelden van seksueel misbruik van kinderen en illegaal gedrag zoals grooming gemeld, terwijl het aantal meldingen van misbruik en uitbuiting in de afgelopen jaren exponentieel is gestegen van 23 000 in 2010 tot meer dan 725 000 in 2019.

Het actief opsporen en identificeren van slachtoffers en daders is in onze strijd van essentieel belang. Ik wil iedereen daarom oproepen om met een overtuigende meerderheid voor de afwijking van de e-privacyrichtlijn te stemmen en een vuist te maken tegen de seksuele uitbuiting van kinderen.

Assita Kanko (ECR). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, de bescherming van kinderen mag niet door de mazen van de EU-wetgeving glippen. Ik ben daarom heel blij dat er een akkoord is gesloten dat zowel de veiligheid van onze kinderen als onze privacy waarborgt.

De bescherming van onze kinderen moet niet alleen voor de EU, maar ook voor de rest van de samenleving een prioriteit zijn. Onlinekindermisbruik is een van de vele uitdagingen die de EU onverwijld moet aangaan. Volgens een verslag van de Raad van Europa werden er in 2020 door een Amerikaans monitoringssysteem 10,4 miljoen unieke afbeeldingen en 3,7 miljoen unieke video's van seksueel misbruik van kinderen gemeld.

Dit gebeurt ook in Europa, hetgeen betekent dat de EU niet kan toekijken. Ik ben blij dat technologiebedrijven online-kindermisbruik, waaronder grooming, vrijwillig mogen blijven volgen mits zij voorzien in aanvullende waarborgen om onze privacy te beschermen. Hiermee wordt naar mijn mening een goed evenwicht bereikt tussen de bescherming van kinderen en de bescherming van onze privacy en gegevens. We moeten echter waakzaam blijven en de situatie in de gaten houden, zodat we deze indien nodig kunnen verbeteren.

Stelios Kypourouopoulos (PPE). – Madam President, dear Commissioner Johansson, the ongoing pandemic has forced children to socialise mainly through chatting applications, potentially exposing them more to risks online.

This is further exacerbated by the varying degrees of digital literacy in our societies, making some parents feel that they can no longer protect their children. Therefore, the need to use technology to combat child sexual abuse online is more urgent than ever.

The present text strikes a good balance between privacy, safety and security, enabling online services to detect and report child sexual abuse through the scanning of communications. But this is only a temporary solution and timing is critical.

I therefore call upon the Commission to urgently come up with a robust legal framework ensuring that technology is used in a manner that guarantees children's safety online.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, επιτρέψτε μου στην αρχή να πω δυο λόγια για την πατρίδα μου. Η Κύπρος βιώνει αυτές τις ώρες τη χειρότερη τραγωδία της από το 1974 και την εισβολή. Πυρκαγιές που ξέσπασαν ταυτόχρονα είχαν ως αποτέλεσμα να έχουμε ανθρώπινες απώλειες, δεκάδες σπίτια και επιχειρήσεις κάηκαν, ενώ 55 χιλιόμετρα δάσους και χωριών έγιναν στάχτη. Σας καλώ να σταθείτε δίπλα μας. Έχουμε ανάγκη αυτές τις ώρες την ευρωπαϊκή μας οικογένεια.

Σε ό,τι αφορά το υπό συζήτηση θέμα, θα είμαι ξεκάθαρος. Κανένας παιδεραστής δεν πρέπει να μπορεί να δρα ανεξέλεγκτα στο διαδίκτυο και να ενοχλεί τα παιδιά μας. Οφείλουμε να τα προστατεύσουμε. Ένα στα πέντε παιδιά στην Ευρωπαϊκή Ένωση έχει πέσει θύμα κάποιας μορφής σεξουαλικής βίας. Είναι καθήκον μας να εξασφαλίσουμε ένα ασφαλές διαδίκτυο για τα παιδιά μας. Επιτροπή και κράτη μέλη οφείλουν να εντείνουν τον συντονισμό και να ενισχύσουν το νομοθετικό πλαίσιο. Κανένας νόμος και προσωπικό δεδομένο δεν μπορεί να λειτουργεί ως ασπίδα προστασίας για παιδεραστές.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, there have been some questions here in the debate whether this interim legislation actually makes any difference. It does. This voluntary detection and reporting, is what helps us to help us rescue children, victims of child sexual abuse. That was what makes it possible to arrest the perpetrators and to put them into court. And that is, of course, thanks to good police work and Europol. But without the detection and reporting of these grooming videos, pictures, it will not have been possible.

So, again, I would like to thank you and special thanks to the rapporteur, Ms Sippel, and to her shadows, and to their teams, and the European Parliament staff for working so hard on this proposal. I would like to thank you all for your commitment to find pragmatic and effective compromises and to reach an agreement with the Council. It was not easy, but children in the EU will be safer from abuse as a result of your efforts.

I think Ms in't Veld said something important here, that politics is not about choosing between the evil and the good, it's about finding the right balance when sometimes there are both different things that we would like to achieve or protect. For example, both privacy and of course the safety of children.

And that is the role of politicians: to find the right balance. And I feel confident that we will be able to do that also when we come to our next task, because we have a lot of important work ahead of us with the long-term proposal. And I feel confident that it will be possible together to find the right balance also in the new permanent legislation.

(Applause)

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 6 lipca 2021 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Abusi e sfruttamento sessuali sui minori, online e offline, rappresentano una delle più gravi e intollerabili violazioni dei diritti fondamentali, le cui vittime rischiano di vedere la propria vita drammaticamente segnata per sempre.

Nell'ultimo decennio l'UE ha registrato un aumento impressionante delle segnalazioni di abusi sessuali su minori online, conquistando nel 2019 il triste primato mondiale per materiale pedopornografico ospitato. La pandemia ha ulteriormente aggravato la situazione: la domanda di materiale pedopornografico è cresciuta fino al 25%, portando a nuovi abusi. È necessario quindi un approccio onnicomprensivo, che includa prevenzione, repressione, protezione e sostegno alle vittime e che coinvolga settore pubblico e privato, compresi i fornitori di servizi online. A questi ultimi, con la deroga temporanea della direttiva 2002/58/CE si consente di continuare a utilizzare tecnologie per individuare, segnalare e rimuovere abusi e sfruttamento sessuali su minori, strumenti che si sono sin qui dimostrati preziosi nell'identificazione delle vittime e anche nel prevenire gli abusi stessi. Occorre ora adottare una legislazione europea di lungo termine, che delinei un quadro comune per una lotta sempre più efficace contro questi crimini, anche attraverso la creazione di un apposito centro europeo, come chiesto dall'intergruppo sui diritti dei minori e dal Parlamento europeo.

18. Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad zaleceniem do drugiego czytania sporządzonym w imieniu Komisji Rybołówstwa w sprawie Europejskiego Funduszu Morskiego, Rybackiego i Akwakultury (06975/3/2021 - C9-0224/2021 - 2018/0210(COD)) (sprawozdawca: Gabriel Mato) (A9-0222/2021).

Gabriel Mato, ponente. – Señora presidenta, mis primeras palabras tienen que ser necesariamente de agradecimiento. En primer lugar, a los ponentes alternativos, Pierre Karleskind, Manuel Pizarro, Rosanna Conte, Ruža Tomašić, Francisco Guerreiro y João Ferreira. Su trabajo ha sido fundamental.

Por otra parte, y muy especialmente, quisiera mostrar mi especial agradecimiento a mi compañero Francisco Millán Mon por haber liderado las negociaciones durante el período en que yo estuve fuera del Parlamento. No era fácil y tuvo que trabajar duro para evitar reabrir todo el acuerdo y renegociar este dossier, como algunos pretendían. Si no hubiera sido por él, seguramente hoy no estaríamos aquí debatiendo el nuevo Fondo. ¡Gracias, Paco!

Asimismo, quiero expresar mi reconocimiento a las sucesivas presidencias del Consejo que han estado involucradas y principalmente a la Presidencia alemana, que concluyó este largo camino. Por último, pero no menos importante, mi profundo agradecimiento al comisario Sinkevičius, quien ha estado presente en todos nuestros diálogos tripartitos. Hemos tenido debates muy duros, lo reconozco, en los que cada uno hemos defendido nuestra posición, pero lo más importante es que hemos sido capaces de llegar a un acuerdo. ¡Muchas gracias, comisario!

Este acuerdo es fruto del trabajo de tres años de difíciles negociaciones con los grupos políticos y con el Consejo y la Comisión, y con todos los matices que quieran hacerse, hoy podemos decir que hemos conseguido un buen acuerdo. Un acuerdo que, aunque algunos —los menos, es verdad— quieren desacreditar, cumple a rajatabla lo que fue mi primera línea roja al hacerme cargo de este informe como ponente: que nuestros pescadores pesquen en mejores condiciones, pero nunca que pesquen más.

El nuevo Fondo, con una dotación de 6 108 millones de euros, va a contribuir a una pesca, acuicultura y transformación más sostenibles, a apoyar una economía azul y a las comunidades costeras y a promover la gobernanza internacional de los océanos. No perdamos de vista que el Fondo ha sido negociado en una coyuntura excepcionalmente difícil, como es la pérdida de caladeros como consecuencia del *Brexit*, la parálisis de la cadena de valor de los productos de la mar a causa de la COVID-19, las dificultades para alcanzar un verdadero relevo generacional, la necesidad de ofrecer mejores condiciones a los barcos de pesca a la vez que seguimos luchando contra la sobrecapacidad, la necesidad de simplificar la burocracia para poder acceder a esos Fondos o las obligaciones derivadas de la PPC, tales como la obligación de desembarque y alcanzar el rendimiento máximo sostenible.

El reto era enorme y sinceramente creo que lo hemos conseguido. El Fondo acordado ayuda a afrontar esos retos mencionados y a alcanzar objetivos cada vez más ambiciosos. La burocracia actual se sustituye por un sistema simplificado que da la flexibilidad necesaria a los Estados miembros para programar las necesidades de sus sectores sin poner en peligro la transparencia y la responsabilidad. Por lo tanto, el futuro Fondo es fácil de usar.

Además, es respetuoso con las normas de la Organización Mundial del Comercio. No contiene subvenciones perjudiciales, ninguna ayuda para la construcción o adquisición de nuevos buques pesqueros, ningún aumento de la potencia de los motores, ninguna subvención directa para el aumento de la capacidad pesquera de los buques de más de 24 metros y tan solo para los buques de hasta 24 y exclusivamente con el fin de mejorar la seguridad, las condiciones de trabajo o la eficiencia energética. Y, además, un tope financiero del 15 % para las principales medidas de la flota. Es respetuoso con el medio ambiente y contribuye a la consecución de los objetivos del Pacto Verde. Estamos de acuerdo en que la lucha contra la pérdida de biodiversidad y el mantenimiento de los ecosistemas en buen estado requerirá una importante inversión pública y privada a nivel nacional y europeo.

Además, el nuevo FEMPA permite financiar inversiones que mejoren la eficiencia energética, la seguridad y las condiciones de trabajo de los buques pesqueros de la Unión Europea, garantizando asimismo la sostenibilidad del sector. También fomenta el relevo generacional al apoyar la primera adquisición de buques por parte de los jóvenes pescadores. Uno de los éxitos del Parlamento Europeo es que el nuevo FEMPA apoyará especialmente la pesca costera a pequeña escala. Los Estados miembros tendrán en cuenta en su programa las necesidades específicas de esta pesca. El mismo trato preferente se reserva a los pescadores sin embarcación y a los mariscadores. También apoyará la acuicultura europea, fomentando la inversión destinada a reforzar la competitividad de la producción acuícola, y, además, introduce un plan de gestión de crisis que permitirá prestar apoyo en situaciones de emergencia como las que se han vivido con la COVID-19.

Me gustaría destacar, además, viniendo de una región ultraperiférica como Canarias, que el texto final de este acuerdo tiene en cuenta las limitaciones específicas de estas regiones y que se mantiene el presupuesto actual para la compensación de los costes adicionales, que podrán ser completados por los Estados miembros con ayudas estatales mediante un procedimiento simplificado.

En definitiva, el nuevo FEMPA permitirá pescar mejor, no pescar más. No impedirá al sector invertir en la seguridad y el bienestar de los trabajadores y en motores y buques eficientes desde el punto de vista medioambiental, y permitirá la renovación generacional, al tiempo que proporcionará todas las salvaguardias necesarias para evitar el exceso de capacidad y la sobrepesca. Los Estados miembros ya tienen a su disposición un Fondo simplificado y pueden empezar a establecer prioridades y planificar la financiación. Pero, sobre todo, hemos logrado alcanzar un acuerdo que nos obliga a preservar y promover el frágil equilibrio alcanzado entre las consideraciones medioambientales, las sociales y las económicas.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, first of all, let me thank the two rapporteurs, Mr Mato and Mr Millán Mon, as well as, of course, all shadow rapporteurs and the entire Fisheries Committee (PECH) for their good cooperation. Although not present today, my thanks also goes to the former German Presidency, which was instrumental in securing the final agreement last December.

The negotiations on the European Maritime Fisheries and Aquaculture Fund, the so-called EMFAF, were long and intense. They involved three presidencies and they were not always easy. But in the end, the outcome was good and balanced, which reflected our joint determination to reach an agreement and avoid major delays. Of course, each of the institutions had to compromise. But as we know, compromise is the essence of democracy.

I have always been frank that the text is not perfect. The Commission would definitely have preferred a lower financial cap for fleet measures to secure more funding for core priorities such as sustainable fishing, fisheries control, collection of scientific data, innovation or local development. And as several of you said today, we had clearly hoped for a specific binding target or financial ring-fencing for climate objectives or for the protection of biodiversity. But overall, the result was a satisfactory one.

I want to explicitly underline the importance of this agreement. First, because in the next decade, with all the challenges it will bring, we will have a new fund to support our fisheries, aquaculture, coastal areas and the blue economy. The post-Brexit and COVID-19 context has put the resilience of our maritime sectors to the test, and the EMFAF will help in finding solutions. Second, because the EMFAF will deliver on the objectives of the European Green Deal as regards the protection of marine biodiversity, the full transition to sustainable and low impact fishing and aquaculture, and contribute to our decarbonisation goals.

In this context, as the Commission committed in the statement that accompanies the agreed text, let me be very clear: we will actively encourage Member States to reach the overall ambition in terms of annual spending under the multi-annual framework to tackle biodiversity loss. And we will monitor this both during the programming process and during implementation. Where this monitoring shows insufficient progress, we will engage with Member States to adopt remedial measures, including programme amendments.

Last but not least, in the end, we have managed to avoid harmful fisheries subsidies. The EMFAF now only contains subsidies that contribute positively to the Common Fisheries Policy and to our Green Deal objectives. This was my commitment during my confirmation hearing before this House in 2019 and I am glad to see that together we managed to achieve this. Nothing in the EMFAF increases the overall fishing capacity of the fleet, contributes to overfishing or encourages illegal fishing. This would have been totally unacceptable for the Commission and for me personally.

I therefore welcome the balance we found between investing in the needs of the fleet and including the necessary safeguards to avoid overcapacity and overfishing.

I know that some question this interpretation, but I am truly convinced that the EU can negotiate on fisheries subsidies at the World Trade Organization with clean hands. The agreement you will endorse this week puts us in a very good position to eliminate harmful subsidies worldwide and ensure a global level playing field. This, above all, is in the interests of EU fisheries.

The new EMFAF will be geared towards the conservation and sustainable use of marine resources in line with our commitment under Sustainable Development Goal 14. It will help us make further progress towards sustainable fisheries. It will promote low impact and low carbon fishing techniques. It will support conservation, management and control measures, underpinned by scientific knowledge.

The new EMFAF will also contribute to the sector's economic and social sustainability. In this regard, the EMFAF will enable investments and innovation and support the development of the skills of our fishermen and women, as well as their safety, which are key enablers for profitability and resilience.

The COVID-19 crisis has indeed shown how important it is to increase the resilience of our fishing sector. The EMFAF will also support the digital transition of the fisheries and aquaculture sectors. IT and artificial intelligence are not only relevant for new emerging sectors but also traditional ones. The EMFAF precisely aims to unlock their potential and create new business opportunities in the long term. Digital tools will also contribute to modern, efficient and user-friendly fisheries control and traceability systems and are key for ensuring a level playing field for fishers across the EU.

I am also satisfied with the results we achieved on small-scale coastal fishing. Even if the initial Commission proposal of a dedicated action plan was not retained, the national programmes will have to address the specific needs of small-scale vessels and develop adequate actions. And I can only reassure you that the Commission will analyse these elements very carefully when assessing the programme prepared by Member States.

A key novelty in this EMFAF, compared with the previous fund, is the strategic approach for the outermost regions. The fund will continue to compensate the additional costs stemming from the specific situation of these regions and, in addition, will put in place the conditions for a profitable and sustainable blue economy. The EMFAF will not only contribute to sustainability in the EU, but dedicated funds will also be available to finance EU action on international ocean governance.

Last but not least, I want to highlight the significant simplification. Compared with the previous fund, the new framework will be much less prescriptive on eligibility rules and will focus on results. Member States will have more flexibility and with it more responsibility to develop the actions that best respond to their needs. Simplification and monitoring go hand-in-hand and, in this respect, I want to thank the European Parliament for having defended a robust monitoring and evaluation framework.

To conclude, the new EMFAF is a key financial tool to ensure that our fisheries and aquaculture sectors will manage the transition towards a green and digital future in line with the objectives of the European Green Deal. We will now monitor and accompany the implementation of the fund very closely to ensure that its objectives are achieved. And I look forward to its final adoption by the European Parliament. Thank you very much for your cooperation and for your attention.

Cláudia Monteiro de Aguiar, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, a aprovação do novo FEAMPA é de primordial importância para o setor das pescas e da aquicultura. Sobretudo num período de crise pandémica e económica em que os apoios são escassos. Não posso, no entanto, deixar de lamentar a insensibilidade e injustiça na posição quer do Conselho quer da Comissão quanto ao apoio à compra de embarcações novas para a frota pesqueira de pequena escala, apoios estes que foram reivindicados e aprovados por este parlamento.

Não se trata de pescar mais ou de aumentar a frota, trata-se de pescar melhor e de forma sustentável, com melhores condições, inclusivamente de trabalho. Só quem não conhece a frota europeia, o seu estado de envelhecimento, particularmente nas regiões ultraperiféricas, pode pensar que modernizar as embarcações existentes apenas e só resolve o problema. Não resolve. Se não houver apoio à compra, o abandono da atividade será uma consequência inevitável e dramática para algumas comunidades costeiras.

Em Portugal, podem em breve desaparecer as artes de pesca sustentáveis. Lamentamos que esta situação aconteça em regiões como a Madeira e os Açores, para quem a arte sustentável, a arte de pesca, é também uma forma de sustentabilidade e de economia.

Manuel Pizarro, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, saúdo o empenho de todos nesta negociação longa e difícil, a qual conseguimos levar a bom porto. O setor das pescas, duramente atingido pelos efeitos da pandemia e do Brexit, precisa urgentemente do nosso apoio. Considero positivo o resultado obtido. Destaco o apoio financeiro para melhorar as condições de segurança, de trabalho e de alojamento a bordo das embarcações, assim como o apoio para os jovens pescadores poderem adquirir uma embarcação.

São medidas importantes para ajudar à renovação geracional tão necessária para o setor. O FEAMPA dará um contributo importante para a sustentabilidade ambiental, económica e social da economia azul e, em particular, das pescas e da aquicultura. Urge agora que os Estados-Membros estabeleçam os planos operacionais e que os fundos cheguem ao terreno. Trabalhámos para desburocratizar e simplificar o fundo.

A Comissão terá, agora, que caminhar no mesmo sentido e garantir que os Estados-Membros tornam isso uma realidade. É isto que as pescas europeias esperam.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, quiero celebrar este acuerdo interinstitucional porque mejora el Fondo que teníamos, lo convierte en una herramienta más flexible y sencilla e incorpora enseñanzas asociadas a la pandemia, los objetivos climáticos y los nuevos problemas, como los aparejados al Brexit.

Lamento el recorte del 5 %, pero espero que, incrementando la participación del sector, reconociendo su diversidad y acercándonos más a las necesidades, sin perder de vista los objetivos básicos de la PPC, acabemos con las rigideces y la complejidad que tanto han penalizado el acceso al Fondo que renovamos con este Reglamento. El objetivo es que con menos seamos capaces de hacer mucho más.

Este acuerdo tiene grandes logros. Compartimos los programas especiales para las zonas ultraperiféricas, a las que yo añadiría las insulares. Coincidimos en las medidas adoptadas para fomentar el relevo generacional. Aplaudimos que finalmente se haya apostado por la descarbonización de la flota, con más imaginación y apertura en la modernización de motores, y subrayamos el impulso que se ofrece a la mejora en las condiciones de vida y seguridad en los buques, que podría haberse completado con una fórmula menos cerrada sobre desguaces.

Nos gustan las mejoras en las medidas de apoyo a los ceses de actividad temporales o definitivos. Para completarlas, reivindicamos proximidad e imaginación para los programas de diversificación de la renta de las comunidades costeras en general, y en particular para las más afectadas por las nuevas restricciones, como las que se están imponiendo al arrastre.

Escuchar a estos profesionales, aprovechar el conocimiento que acumulan es incorporar activos a la cadena de valor del sector. Y este es el mensaje que les tiene que quedar a los Estados.

Francisco Guerreiro, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, we have been destroying the oceans for many decades, and with this European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund, we believe we will continue to do so because, in a time of climate emergency, we should not be aiming for the lowest common denominator. On the contrary: the EU should be listening to science and ensuring real leadership in ocean governance. But this is not the case, and we will continue to destroy what keeps us alive, the oceans. How? By continuing to finance with public money a very profitable, large-scale fisheries sector. And we are obviously not talking about small-scale fisheries, but vessels that are above 24 metres and eligible for public support. On top of that, certain areas of support, like first acquisition, modernisation and replacement of engines, can also be considered as harmful subsidies and will lead, in our analysis, to more overfishing.

Yes, we recognise the efforts of the Commission throughout the negotiations, but unfortunately, once again, the Council and most political groups did everything they could to undermine this agreement. As usual, they continue to live in the past and we need policies that protect our future.

To conclude, the lack of ambition and concrete commitments concerning climate goals and biodiversity protection dictates that we, the Greens, cannot support this final agreement.

Rosanna Conte, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, ce l'abbiamo fatta. Dopo anni di negoziati possiamo finalmente consegnare ai nostri pescatori e acquacoltori un nuovo Fondo europeo per gli affari marittimi, la pesca e l'acquacoltura.

La nuova programmazione 2021-2027 potrà contare su misure che vanno verso la sostenibilità in tutti i suoi tre pilastri. Non è stato facile, ma anche grazie all'azione costruttiva del mio gruppo, abbiamo raggiunto un certo equilibrio tra le istanze ambientali e quelle sociali ed economiche, soprattutto dei piccoli operatori e delle piccole e medie imprese.

Mi riferisco, ad esempio, al raddoppio del supporto all'arresto temporaneo fino a 12 mesi; ai sostegni per i giovani; al supporto mirato all'acquacoltura; all'accesso facilitato al credito e agli strumenti assicurativi in caso di eventi eccezionali che ahimè diventano invece sempre più frequenti.

Bene anche la possibilità di ammodernare i pescherecci e aumentare la stazza lorda per migliorare la sicurezza e le condizioni di vita a bordo e la possibilità di finanziare la costruzione di porti per agevolare la piccola pesca.

Purtroppo, il budget è stato ridotto, ma nel complesso questo nuovo FEAMPA rappresenta un primo passo verso un nuovo paradigma della politica europea per tutelare davvero la nostra pesca e la nostra acquacoltura, il tutto salvaguardando le nostre comunità costiere, la biodiversità marina e la sicurezza alimentare.

Quindi grazie al relatore Mato, al collega Millán Mon e a tutti i relatori ombra per il lavoro svolto insieme. Ora la palla passa agli Stati membri e alle regioni.

Ladislav Ilčić, u ime kluba ECR. – Poštovana predsjedavajuća, u priobalnim područjima ribarstvo nije samo jedna od glavnih gospodarskih grana već ribarstvo predstavlja očuvanje života ribara koji tim poslom hrane svoje obitelji i predstavlja očuvanje mediteranske kulture.

Zato je jako važno da nađemo dobar balans između očuvanja ribljeg fonda i interesa ribara. Da bismo u tome uspjeli, trebamo uzeti u obzir specifičnosti pojedinog akvatorija i pomorsku tradiciju svakog kraja.

Ovo izvješće to čini i zato zahvaljujem izvijestitelju. Komisija je predložila da se tijekom ovog šestogodišnjeg programs-kog razdoblja ribarima može isplatiti naknada za privremenu obustavu ribolova najviše šest mjeseci, a mi smo kroz ovo izvješće uspjeli izboriti dvostruko povećanje, dakle ukupno maksimalno 12 mjeseci, i to je velika pobjeda, jer toliko realno naši ribari i ne mogu loviti zbog različitih perioda mrijesta ribe koju love.

Chris MacManus, on behalf of the The Left Group. – Madam President, two weeks ago in our capital city, Dublin, a flotilla of fishing vessels sailed up the River Liffey to protest against the continuously bad deals they have received from the EU and successive Irish governments. The message was clear: the common fisheries policy (CFP) is destroying the Irish fishing industry. Brexit, quota cuts, prioritising money for bureaucracy and enforcement instead of our coastal and fishing communities are just a few examples of what is causing this hardship.

But there's an obvious solution: radical reform of the CFP. As an Irish Republican I firmly believe that the natural resources of Ireland belong to the people of Ireland, and I for one am tired of our fisheries being used as a bargaining chip.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Fondo europeo per la pesca deve andare agli operatori a cui era in origine indirizzato, se invece andiamo a concedere i fondi anche per imbarcazioni che arrivano a 24 metri, aiutiamo chi ne ha meno bisogno.

Le piccole marinerie proteggono il mare da secoli poiché ne vivono i ritmi naturali preservandone la vita. In aree dove la pesca sta scomparendo, perché si lascia accesso anche ai giovani che sono proprietari solo del 33 % dell'imbarcazione? Gli aiuti devono essere mirati invece proprio verso quelle aziende o marinerie che incentivano la partecipazione autentica ed un ricambio generazionale del 100 %.

Abbiamo sempre pensato che, proprio in quanto politica comune, quella della pesca debba essere molto attenta alle reali condizioni del settore per assicurare la conservazione della risorsa, l'aiuto ai piccoli e il ricambio generazionale, non quindi aiutare il dominio di grandi industrie che non hanno alcuna cura delle necessità fisiologiche di un ambiente molto sensibile come quello marino.

Non limitando i grandi sfruttatori si rischia di uccidere il mare e i marinai. L'Europa invece deve cambiare rotta senza indugi di sorta e sostenere le piccole marinerie evitando sussidi a chi nel mare vede soltanto un business, una miniera da sfruttare, spolare fino all'esaurimento.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, el nuevo Fondo recoge muchas reivindicaciones de la cadena mar-industria en mi región —Galicia—, para pescar mejor y potenciar la acuicultura y la transformación. Debo dar la enhorabuena al ponente, Gabriel Mato, por este resultado tan satisfactorio, y dar también las gracias al comisario Sinkevičius.

Celebro especialmente que el nuevo FEMPA nazca con el fin de acabar con la burocracia, que tradicionalmente tanto ha lastrado su ejecución. A partir de ahora, todas las operaciones que no estén expresamente prohibidas estarán permitidas y podrán recibir fondos europeos.

El FEMPA contribuirá a mejorar las condiciones de vida y de trabajo a bordo, cuestión clave para garantizar el relevo generacional. Además, para aquellos buques de eslora inferior a los 24 metros —la mayoría en España y, desde luego, en Galicia—, el nuevo Fondo podrá financiar la adquisición de un buque por parte de pescadores jóvenes.

También es una grandísima noticia que, por vez primera, el marisqueo esté incluido en la definición de flota costera artesanal, a los efectos de contar con un trato privilegiado para acceder a la financiación europea.

Y, por último, celebro que las pequeñas y medianas empresas del sector de la acuicultura y de la transformación puedan recibir subvenciones directas.

Clara Aguilera (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, quiero en primer lugar felicitar al equipo negociador, al ponente, el señor Mato, y muy especialmente, entre todos los ponentes alternativos, a Manuel Pizarro, nuestro ponente alternativo, que ha hecho un gran trabajo con todo el equipo negociador.

Por fin se somete a votación la aprobación de este Fondo, el más pequeño de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos, que esperemos que en este período sea, desde luego, más útil y atienda mejor las demandas del sector pesquero, del acuícola y de la economía azul.

Digo mejor porque el Fondo que acaba de concluir ha sido francamente nefasto. Y tengo que decirlo como lo siento, porque creo que tenía un exceso de burocratización que no ha ayudado en nada. La simplificación de este creo que va a ayudar.

Me alegro también de la compensación para las RUP, para Canarias, en mi país —en España—. Y entiendo que este nuevo FEMPA va a contribuir a mejorar las condiciones de trabajo y de vida de todos los pescadores. Y por eso —aunque solo sea por eso—, merece la pena.

Caroline Roose (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, j'ai un sentiment de gâchis face à ce nouveau Fonds pour les affaires maritimes, la pêche et l'aquaculture. Nous faisons face à un effondrement de la biodiversité marine. Les petits pêcheurs font face à la concurrence d'une pêche industrielle toujours plus agressive. Nous aurions pu tenter d'être à la hauteur. Au lieu de cela, vous abdiquez. Vous réintroduisez des subventions néfastes. Par exemple, des subventions qui étaient limitées aux seuls navires de moins de 12 mètres seront accessibles jusqu'aux navires de 24 mètres. C'est moins d'argent pour la petite pêche côtière, mais aussi un risque accru de surpêche, notamment en Méditerranée.

Les subventions néfastes sont contraires aux objectifs de développement durable de l'ONU. Nos prédécesseurs les avaient supprimées il y a plusieurs années. Les réintroduire va à contre-courant des négociations en cours à l'OMC qui visent à les interdire à l'échelle mondiale.

Enfin, aucun budget n'a été spécifiquement alloué à la protection de la biodiversité et des écosystèmes marins. Je ne peux pas cautionner cela. C'est pour cela que notre groupe a déposé une demande de rejet de cet accord et que je voterai pour cette demande de rejet contre ce nouveau FEAMP.

Rosa D'Amato (Verts/ALE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i finanziamenti per i piccoli pescherecci di lunghezza fino a 12 metri, la stesura di un piano per lo sviluppo della piccola pesca costiera e il 25 % dei fondi per la tutela della biodiversità: queste erano alcune delle principali richieste che il Parlamento aveva approvato con l'obiettivo di utilizzare i fondi pubblici europei per aiutare chi ne ha veramente bisogno – il segmento della piccola pesca costiera – e quindi promuovere la protezione e la ricostituzione della biodiversità nei mari europei.

Purtroppo, ci troviamo di fronte ad un testo, ancora una volta, annacquato dal Consiglio che, come al solito in maniera non trasparente, fa gli interessi della grande flotta ai danni dei piccoli pescatori e della biodiversità marina.

I soldi pubblici non possono essere utilizzati per sostenere imprese redditizie che rischiano di contribuire ulteriormente allo svuotamento dei nostri mari e devono essere invece messi a disposizione dei piccoli pescatori, volano della gestione sostenibile delle risorse marine.

Mi appello quindi ai colleghi perché votino contro questo testo: il Parlamento deve mandare un chiaro segnale d'impegno per la difesa della piccola pesca costiera e la tutela della biodiversità.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you very much for this rich debate, which has shown support for our new fund. To conclude, let me underline the following two key principles.

First, in the same way as all the other sectoral funds under the multiannual framework for 2021-2027, the EMFAF will contribute to the European Green Deal. It will support the protection of biodiversity and the full transition to low-impact and sustainable fishing and aquaculture in line with our biodiversity strategy and the common fisheries policy.

And second, public support through the EMFAF should deliver maximum collective added value. It should support market failures and suboptimal investment situations, but not duplicate or replace private financing. Instead, EMFAF should facilitate and complement private investment, especially where the private sector is profitable, like the maritime economy in general is.

In this context, I see a clear need to use financial instruments in addition to traditional direct grants. Indeed, loans and guarantees can maximise private investments with minimum public support, in particular for energy-efficiency technologies, selective fishing gear and production facilities in the aquaculture and processing sectors.

I am looking forward to the final and formal adoption of our fund by the co-legislators. Our attention will then shift to the timely adoption of the national programmes which Member States are currently preparing. As I said before, it is of the utmost importance that these national programmes deliver maximum added value, in particular as regards their contribution to the green and digital transitions and to stronger resilience of the fisheries and aquaculture sectors.

The action supported in this respect must address strategic needs and deliver clear results. With a fund as small as the EMFAF, it is particularly important that every euro invested generates much more in terms of collective benefits and common good. Let's make the best use of it to address our key challenges and make it a success.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 6 lipca 2021 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Carmen Avram (S&D), in writing. – I welcome the outcome of the negotiations on the European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund, and that we will be able to support the renewal of generations of fishermen from the Black Sea, and create the premises for a sustainable development of the fisheries and aquaculture sector in Europe, and implicitly in Romania. The regulation I voted today will help the fisheries sector to adapt their businesses to face the challenges of the European Green Deal. This vote recognises the importance of the fisheries and aquaculture sector in ensuring food security for Europeans.

19. Das Altern des Alten Kontinents – Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Politik betreffend das Altern in der Zeit nach 2020 (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Beatę Szydło w imieniu Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych w sprawie starzenia się Starego Kontynentu – możliwości i wyzwania po roku 2020 związane z polityką dotyczącą starzenia się społeczeństwa (2020/2008(INI)) (A9-0194/2021).

Beata Szydło, sprawozdawczyni. – Szanowna Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Na wstępie chciałabym bardzo serdecznie podziękować wszystkim sprawozdawcom ceniom za państwa pracę, uwagi, sugestie, za złożone poprawki do raportu, a było ich niemało, bo prawie 600, co potwierdza, że temat starzenia się Starego Kontynentu i kwestie demograficzne leżą nam wszystkim na sercu i że zdajemy sobie sprawę z wagi tych wyzwań. Ale jednocześnie nasuwa się taka refleksja: czy po 600 poprawkach, które zmieniają w znaczącym stopniu treść raportu, ten raport jest jeszcze taki, jaki miał być w zamyśle autorów? Czy też jest to już zupełnie inny tekst? Niemniej jednak wydaje się, że temat jest tak ważki, że warto nad tym cały czas się pochylać. Chcę podziękować również bardzo serdecznie Sekretariatowi Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych, wszystkim pracownikom, którzy nas wspierali. Dziękuję za profesjonalizm, za pomoc. Dziękuję za Państwa zaangażowanie. Ale przede wszystkim bardzo, bardzo gorąco i serdecznie chcę podziękować mojemu zespołowi, asystentom, ekspertom, doradcom. To jest Wasza ciężka praca. To jest bardzo dobry raport, który przygotowaliście w przekonaniu, że robicie rzecz bardzo ważną dla wszystkich mieszkańców naszego kontynentu. Bardzo serdecznie Wam za to dziękuję.

Europa, Stary Kontynent, starzeje się. I to dzisiaj jedno z najważniejszych wyzwań, przed jakimi stoimy. Wydłużenie przeciętnej długości życia, niższa dzietność to są problemy, wyzwania, przed jakimi stoimy dzisiaj. Możemy powiedzieć, że te zmiany demograficzne powodują również pogłębianie się różnic między poszczególnymi regionami i w konsekwencji wyludnianie obszarów w Unii Europejskiej, zwłaszcza obszarów wiejskich.

Sprawozdanie jest bardzo obszerne i porusza wiele istotnych kwestii w życiu osób starszych, bo to właśnie osoby starsze są bohaterami tego raportu. To dla nich jest ten raport i wierzę w to głęboko, Szanowni Państwo, że wspólnie uda nam się wprowadzić takie rozwiązania, które będą wspierać osoby starsze.

Pandemia koronawirusa dodatkowo uwidoczniła problemy, które wymagają naszej szczególnej uwagi, i podkreśliła konieczność uwzględnienia w unijnych działaniach specjalnej strategii na rzecz osób starszych. Chodzi o zaznaczenie roli osób starszych w społeczeństwach Unii Europejskiej i otoczenie ich odpowiednią opieką, przeciwdziałanie samotności osób starszych i korzystanie z ich ogromnej wiedzy i doświadczenia. Dlatego w niniejszym sprawozdaniu podkreśla się, jak istotne dla społeczeństwa jest zachowanie więzi międzypokoleniowych, między innymi poprzez promowanie mentoringu i wolontariatu, oraz jak kluczowe jest zapewnienie osobom starszym odpowiedniej długoterminowej opieki zdrowotnej i wspieranie inicjatyw opartych na srebrnej gospodarce, mentoringu i sposobach aktywizacji seniorów. To senior powinien mieć prawo decydować o tym, czy chce pracować dłużej, czy może poświęcić się innym rolom społecznym, jak chociażby opieka nad wnukami czy działalność społeczna.

Apelujemy również o działania na rzecz poprawy jakości życia naszych seniorów dostosowanej do potrzeb tych osób w przestrzeni publicznej, w mieszkaniach, transporcie. Dlatego w raporcie postulujemy, aby Unia Europejska zachęcała państwa członkowskie do większego wykorzystywania środków unijnych z funduszy, takich jak chociażby Europejski Fundusz Społeczny Plus czy Europejski Fundusz Rozwoju Regionalnego, do dostosowywania infrastruktury dla seniorów. To jest zarówno bezpieczna i dostępna komunikacja miejska, jak również budynki publiczne czy mieszkania, które są dostosowane do potrzeb osób starszych.

Bardzo się cieszę, że w raporcie mówimy o działaniach na rzecz podtrzymywania tradycyjnego rzemiosła, bo nie można zapominać o jego nieocenionym wkładzie w dorobek kultury materialnej. To właśnie seniorzy są obecnie depozytariuszami wiedzy o tradycyjnych zawodach, które stanowią unikalny element europejskiego dziedzictwa.

Bardzo ważne jest także wspieranie budowy ośrodków opieki dziennej blisko szkół i przedszkoli, co będzie sprzyjać rozwijaniu więzi międzypokoleniowej i przeciwdziałaniu samotności osób starszych, bo przecież solidarność międzypokoleniowa to jedna z fundamentalnych wartości Unii Europejskiej. I nie wyobrażam sobie prosperującej Europy bez szacunku wobec osób starszych.

Postulujemy również ustanowienie Roku Solidarności Międzypokoleniowej i Aktywności Osób Starszych. To jest nawiązanie do inicjatywy z 2012 roku, kiedy to po raz pierwszy Unia Europejska próbowała podjąć problem starzenia się społeczeństw. Wiele ze sformułowanych wówczas zadań wciąż pozostaje aktualnych, a pandemia koronawirusa postawiła przed Unią Europejską dodatkowo nowe wyzwania w tej dziedzinie. I stąd apel o powrót do tej inicjatywy.

Należy także zdecydowanie przeciwstawiać się wszelkim formom dyskryminacji, przestępczości, wykluczenia i przemocy wobec osób starszych. To są problemy, o których musimy również mówić i przed którymi musimy osoby starsze chronić. Pandemia koronawirusa pokazała również, jak ważne jest to, żeby osoby starsze nie były wykluczone cyfrowo.

Szanowni Państwo! Wielu mówi, że ten raport jest zbyt mało postępowy czy zachowawczy. Pojawiały się różne głosy. Poświęciliśmy temu raportowi dużo czasu. Tak jak powiedziałem, wpłynęło ponad 600 poprawek, za które serdecznie dziękuję. Ja uważam, że ten raport wart jest tego, abyśmy ponad podziałami politycznymi pochylili się nad losem i sytuacją osób starszych.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, thank you for today's opportunity to address a key demographic trend that is impacting our entire continent, namely ageing, a trend that will significantly impact the European Union in the coming years and decades. It is vital that we prepare ourselves now. Many thanks to the rapporteur Beata Szydło for the comprehensive report. The issues you address all echo the work of the European Commission, including health and long-term care, measures to encourage active and healthy ageing and social inclusion.

Many of the competences linked to ageing are in the hands of the Member States. Nevertheless, the Commission has an important role in supporting the relevant measures at national, regional and local levels. The von der Leyen Commission is the first one to dedicate one portfolio to demography. Our work is based on the report on the impact of demographic change of June 2020. It is a valuable tool to help us to understand demographic change. We see how life expectancy at birth has increased by about 10 years for both men and women.

One of the most prominent features of ageing is that the sheer number of older people will increase. Today, 20% of the population is over 65. By 2070 it will be 30%. Meanwhile, the share of people above 80 is expected to more than double, reaching 13% in the same period.

The demography report lays the ground for the Green Paper on ageing. I want to emphasise the important message that ageing brings both challenges and opportunities. Ageing is not just a matter for older people. Everyone is impacted directly by the prospect of living a longer life, including the young. We must balance our policymaking for everyone across the entire life cycle, making sure we leave no one behind.

Adopted in January, the Green Paper was launched in the European Union-wide discussion on ageing. It takes a life-cycle approach and reflects the universal impact that ageing has on all generations and stages in life. It highlights the importance of striking the right balance between sustainable solutions for our welfare systems and strengthening solidarity between the generations. In fact, the full title of the paper is 'Green paper on ageing: fostering solidarity and responsibility between generations'. This highlights the importance we attach to inter-generational fairness.

The paper's public consultation closed in April. We gathered a total of 473 replies from 26 Member States, as well as some from non-European countries. We are now analysing the input and considering possible policy responses. In this context the Commission has recently published three reports related to ageing, namely the 2021 Pension Adequacy Report, the 2021 Long-Term Care Report, and the 2021 Ageing Report. The reports address some of the main challenges of a continent growing older and identify areas that are key to ensuring intergenerational responsibility and solidarity. I look forward to hearing your views today as we strengthen efforts to address the challenges of ageing and grasp its opportunities.

Christine Anderson, *rapporteur for the opinion of the Committee on Women's Rights and Gender Equality*. – Madam President, this Parliament is the epicentre of good intentions. But as they say, well meant is usually the exact opposite of well done. This Parliament claims concern for our low demography, yet it just voted to accelerate this process by declaring abortion a human right. It claims commitment to reversing the demographic change, but all it can think of is the marginalisation of next-generation Europeans by subjecting them to the negative impact of mass immigration.

It claims to support women in their choices, but all it does is look down on women who choose to prioritise family life over career. It claims to stand for people's rights, but in truth, above all else, the EU seeks to meet the demands of the labour market. And this, ladies and gentlemen, is what we are really talking about – the demands of the labour market and nothing else. Shame on you, EU.

Romana Tomc, *v imenu skupine PPE*. – Spoštovana predsedujoča, lepo pozdravljena gospa komisarka, Dubravka Šuica, zelo pozdravljam današnjo razpravo v Evropskem parlamentu.

Končno je na agendo prišlo tudi področje demografije. Evropa se res stara, in če ne bomo posledic tega staranja predvideli danes, bomo jutri res lahko v veliki zagati.

Nujno opozarjam na porast tako rekoč epidemije nevrodegenerativnih bolezni, kot je Alzheimerjeva bolezen. Potrebujemo seveda dodatna sredstva za raziskave, predvsem pa za vlaganja v človeške vire, ki bodo v prihodnosti skrbeli za obolele in ostarele osebe. Teh namreč danes vse bolj primanjkuje.

Demografski izzivi ne prizadenejo vseh držav na enak način, vendar je trend povsod zaskrbljujoč. V zadnjih letih beležimo tudi porast sovražnega obnašanja do starejših oseb in med pandemijo je ta situacija postala še slabša.

Od Komisije tako pričakujem tudi usmeritve in politike, s katerimi bomo spodbujali medgeneracijsko sodelovanje. Starejše osebe so naša modrost, ki jo lahko z drznimi idejami mlajših oplemenitimo v skupen uspeh.

Milan Brglez, *v imenu skupine S&D*. – Gospa predsedujoča, komisarka, kolegice, kolegi. Maske so končno padle. EKR je po devetih mesecih pretvarjanja, da gre za demokratični proces, pokazal, da gre za zlorabo demografije, za spodkopavanje evropskih vrednot – enakosti spolov, pravice žensk, prepovedi diskriminacij.

Poročilo odbora je sicer manj ambiciozno in napredno, kot so dokumenti tako Komisije kot Sveta. Vendar je s pogajanji, tako tehničnimi kot s poročevalci v senci, smo uspeli to besedilo popravljati. Pozitiven odnos do starejših vnesti v njega, demografske spremembe vezati z upoštevanjem celotnega življenjskega cikla in človekovih pravic.

Za S&D so pomembne povezave med načelom enakosti spolov in demografskimi spremembami, potrebno je polno spoštovanje pravic žensk, vključno s spolnim in reproduktivnim zdravjem ter pravicami. Vse to EKR vsekakor ni bilo po godu, zato se danes norčuje iz Evropskega parlamenta z vlaganjem alternativne resolucije, ki izbriše enakost spolov, ženske, manjšine, celo mlade.

Zanika tako več kot polovico Evrope. Gre za strašljivo vizijo prihodnosti Evrope, ki jo ima radikalna populistična desnica na Poljskem, pa tudi posnemovalci drugje po Evropi, vključno s Slovenijo. Dejstvo je, da želi zvesti ženske zgolj na rojstvo otrok in skrb za družino. Pomiluje starejše in invalide ter krepi njihovo odvisnost, o podeželju pa govori zgolj kot o muzeju običajev.

Vsemu temu je danes jasno in glasno potrebno reči ne. Evropa ne gre nazaj v srednji vek. Evropski parlament je dom evropskih vrednot.

Атидже Алиева-Вели, *от итето на групата Renew*. – Г-жо Председател, статистиката сочи, че населението на Съюза живее по-дълго и в по-добро здраве. Това е страхотно постижение.

Тревожно е обаче, че естественият прираст на населението е негативен през последните 10 години, което води до застаряване на населението и бързо обезлюдяване на отделни региони – тенденция, която за съжаление е силно застъпена и в моята страна – България.

Не можем да си позволим да отлагаме повече. Трябва да се изготви дългосрочна стратегия и план за преодоляване на негативните последици, до които тази тенденция може да доведе, като обезлюдяване на цели райони, сериозен натиск върху пенсионните и здравните системи на държавите, понижаване на конкурентоспособността на Съюза и недостиг на работна ръка. Преди всичко трябва да се отговори на нуждите на гражданите и социалните и здравните системи следва да бъдат подготвени за това. Основополагащо е да се изкорени всякаква форма на дискриминация, базирана на възраст, която за съжаление все още съществува, например при наемане на работа.

Следва да се създадат и благоприятни условия за активно остаряване в добро здраве и да се насърчи по-успешното социално включване на гражданите. Съюзът и държавите трябва да водят последователна и целенасочена политика и да разработват инструменти, които създават повече възможности за реализация на млади хора, да се осигури достъп до качествени услуги за всички граждани включително тези, които живеят в селските райони.

В този доклад ние предлагаме конкретни политики и мерки, които да бъдат разработени и приложени с участието на гражданското общество и местните власти. В този процес следва да се използват и възможностите, предлагани от дигитализацията, за предоставяне на услуги и създаване на възможности за заетост в редица сектори.

Stefania Zambelli, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'invecchiamento della società è una delle sfide più difficili che l'Europa dovrà affrontare nel prossimo futuro. La popolazione europea sta pian piano diminuendo e si stima che nel 2070 conterà solo il 4 % di tutta la popolazione mondiale.

I cambiamenti demografici in atto e il minor numero di nascite stanno portando allo spopolamento di intere aree, specialmente quelle rurali e quelle montane. Da un lato, è obbligatorio dare sostegno e creare una strategia per i nostri anziani che in questo momento stanno soffrendo a causa della pandemia; è però necessario sostenere la natalità perché si possano mitigare gli effetti dell'invecchiamento della popolazione, dando incentivi alle giovani coppie, sostegni familiari e politiche per migliorare l'occupazione.

Sono strumenti che dobbiamo mettere in atto il prima possibile per non rassegnarci a questo continuo calo demografico.

Elżbieta Rafalska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Sprawozdanie podejmuje bardzo ważny problem społeczny. Kto wie, czy problem starzejącego się społeczeństwa, wyzwań, wobec jakich stajemy, sytuacji demograficznej, nie jest największym wyzwaniem społecznym. Dlatego gratuluję sprawozdawczyni, która podjęła się tego tematu z inicjatywy własnej EKR, solidnie go przez wiele miesięcy prowadziła i doprowadziła to sprawozdanie do pewnego punktu. Za tym sprawozdaniem kryły się miesiące trudnych kompetentnych prac.

Bardzo żałuję, że te wysiłki w jakimś stopniu zostały zniszczone przez, powiedzmy sobie otwarcie, rozgrywki ideologiczne, bo dzisiaj okazuje się, że europejską lewicę bardziej obchodzą te rozgrywki ideologiczne niż sytuacja osób starszych, ponieważ odrzucają mądre wyważone propozycje, które były złożone na początku. Stąd przygotowaliśmy i złożyliśmy poprawkę – rezolucję alternatywną, która wraca do tekstu wyjściowego, jest spójna, kompleksowa i bardzo dobra, i proszę o poparcie tej poprawki.

Marc Botenga, au nom du groupe The Left. – Madame la Présidente, cela fait des années que l'Europe pousse les gens à travailler plus longtemps – 60, 65, 67 ans – et plus on recule l'âge de la pension, plus il y a de malades de longue durée. En gros, vos politiques rendent les gens malades.

Vous imaginez ma révolte quand j'ai lu dans votre nouvelle analyse, votre livre vert, qu'idéalement, l'âge de la pension devrait passer à 70 ans en Europe, voire 72 au Luxembourg et en Lituanie. Mais vous vous imaginez? En Lituanie, l'espérance de vie moyenne pour les hommes n'est même pas de 72 ans. Vous voulez vraiment que les gens crèvent au boulot? C'est quand même incroyable que vous osiez dire ça. Alors moi, je suis assez d'accord avec ce que m'a dit Joëlle. Joëlle est aide ménagère et m'a dit: «Je voudrais que les politiciens travaillent une semaine ou quelques jours comme nous. Ils se rendraient compte que travailler jusqu'à 67 ans, c'est pénible. On n'en peut plus.»

Garantissons le droit au repos! La pension – une pension digne et décente – est un droit humain. Et si la Commission européenne n'est pas d'accord, alors qu'elle bosse une semaine comme aide ménagère! On va envoyer tous ces commissaires faire cet effort, à bosser un peu durement comme aide ménagère ou comme travailleur... Et ils comprendront pourquoi nous disons que travailler plus longtemps n'est pas faisable.

Ádám Kósa (NI). – Elnök Asszony! Az idősök a társadalom értékes tagjai. Fontos, hogy életüket méltósággal és független módon élhessék. Segítenünk kell időseidő családtagjainkat, hogy az új technológiákkal élhessenek, otthonaikat szükségüknek megfelelően átalakíthassák, és megtanulják kezelni az e-szolgáltatásokat is. Ugyanígy, az idősök segíthetik felőtt gyermekeiket az újabb generációk érkezésékor. Hazámban, Magyarországon a még dolgozó nagyszülők minden unoka születése után öt nap extra szabadságot kaphatnak, illetve arra is van lehetőség, hogy a nagyszülők otthon maradhassanak a kisbabával, hiszen az unoka két éves koráig gyermekgondozási díjat is kaphatnak. Bátorítom önöket, hogy ezeket a jó példákat vegyék át Magyarországtól.

Jarosław Duda (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Z satysfakcją przyjmujemy przygotowane przez Parlament Europejski sprawozdanie, zwłaszcza wobec zainteresowania Komisji i Rady problematyką starzenia się. Zmiany demograficzne mają rozległe konsekwencje i tylko strategiczne podejście pozwoli na wykorzystanie szans, jakie niesie wydłużenie życia Europejczyków oraz sprostanie wyzwaniu. Starzenie się powinno być traktowane na równi z taką samą uwagą jak transformacja zielona i cyfrowa.

Walorem sprawozdania jest podejście oparte na prawach obywateli i niedyskryminacji. Podkreśla ono wkład osób starszych w życie społeczne i gospodarcze. Dotyka bardzo bolesnych kwestii, w tym ageizmu, przemocy, nadużyć i oszustw wobec osób starszych, ubóstwa, sytuacji kobiet, przepaści cyfrowej. Uważam, że zabrakło w nim podejścia uwzględniającego potrzeby i trudności wszystkich pokoleń. Jestem też zaskoczony, że ECR złożył poprawkę w formie okrojonego alternatywnego tekstu, który pomija wiele kwestii, co do których jednak osiągnęliśmy porozumienie w komisji EMPL.

Leszek Miller (S&D). – Pani Przewodnicząca! Zajmujemy się sprawozdaniem, które, jak trafnie powiedziała pani Szydło, porusza fundamentalny problem, jakim jest starzejące się społeczeństwo Europy. W sprawozdaniu przyjętym przez Komisję Zatrudnienia i Spraw Socjalnych trafnie zidentyfikowano problemy i wskazano, że kluczem do ich rozwiązania jest zapewnienie sprawiedliwych systemów zabezpieczenia społecznego, umożliwienie kobietom i mężczyznom godzenia życia zawodowego z rodzinnym, skuteczna opieka zdrowotna i niedyskryminacja. W kontekście zwiększenia dzietności słusznie wskazuje istotną rolę wspierania praw kobiet, odpowiedniej edukacji oraz dostępu do usług i towarów w zakresie zdrowia seksualnego i reprodukcyjnego.

Mimo tych zalet sprawozdawczyni komisji pani poseł Szydło kwestionuje treści sprawozdania, zgłaszając alternatywny projekt rezolucji. Projekt, w którym pomija się tak istotne sprawy jak zwalczanie dyskryminacji, nierówności w zatrudnianiu i wynagradzaniu albo wsparcie kobiet żyjących na obszarach wiejskich. Takie postępowanie jest niezrozumiałe. Mam nadzieję, że Parlament opowie się za przyjęciem sprawozdania komisji wraz z poprawkami proponowanymi przez naszą grupę.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Doamnă președintă, doamnă comisar Dalli, în ciuda provocărilor actuale, avem o șansă unică să schimbăm perspectiva asupra fenomenului de îmbătrânire, așa cum alături de Renew Europe am susținut în acest raport.

Măsurile pentru îmbătrânirea activă trebuie să permită activități cu impact în comunitate, un cadru de muncă flexibil pentru angajații vârstnici, schimburi intergeneraționale și acțiuni pentru menținerea stării de sănătate. Toate acestea potențează economia argintie, care va crea o piață uriașă la intersecția dintre cererea cauzată de schimbările demografice și oferta bazată pe revoluția tehnologică.

Există un potențial enorm pentru susținerea industriei de îngrijire, adică a serviciilor medicale și de terapie pentru afecțiuni cronice oferite îndeosebi populației vulnerabile îmbătrânite. Pentru România vorbim de un potențial economic enorm ce ar putea să plaseze țara ca unul din liderii acestui domeniu.

Susțin crearea unei rețele naționale la standarde europene pentru asistență medicală geriatrică, cercetarea și gerontologia socială, îngrijirea geriatrică și paliativă și cuplarea cu turismul de sănătate și balneoclimateric. Contribuția profesioniștilor români din medicină și asistență medicală este deja un fundament recunoscut la nivel european pe care putem clădi temeinic.

Guido Reil (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Unsere Oma fährt im Hühnerstall Motorrad. Unsere Oma ist 'ne alte Umweltsau.“ Das sang der WDR-Kinderchor vor zwei Jahren zur Weihnachtszeit. Die Intendanten des öffentlich-rechtlichen Senders fanden es offensichtlich lustig. Und warum die Oma eine Umweltsau ist, wurde in einer Strophe auch deutlich: weil unsere Oma Billigfleisch beim Discounter kauft.

Also das war genau der Grund, warum meine Mutter in die AfD eingetreten ist. Denn meine Mutter ist eine von 17 - Millionen deutschen Rentnern, die weniger bekommen als 1 000 Euro. Und die kaufen nicht beim Discounter, weil sie es gerne wollen, sondern weil sie es müssen, weil sie arm sind.

Und wie sieht das deutsche Rentensystem im europäischen Vergleich aus? Unsere Nachbarn, die Österreicher, bekommen im Schnitt ganze 800 Euro mehr als die Deutschen – 800 Euro! Die Italiener arbeiten durchschnittlich 32 Jahre und bekommen 91,8 % ihres Gehalts als Rente, die Franzosen 35,4 Jahre, und sie bekommen 73,6 % ihres Gehalts, die Spanier 35,3 Arbeitsjahre und 83,4 % des Gehalts. Und wie sieht es im reichen Deutschland aus? Im reichen Deutschland? Wir arbeiten am längsten: 39 Jahre, und wir kriegen am wenigsten: 51,9 %.

Was stimmt da nicht? Da stimmt vieles nicht. Es stimmt nicht, dass hier Politiker am Werk sind, die die Nöte der Bevölkerung überhaupt nicht mehr verstehen, weil sie sich selbst überhaupt keine Sorgen machen müssen – die sind prima versorgt. Aber die Realität bei den Menschen, die nehmen die überhaupt nicht mehr wahr. Wir brauchen eine alternative Politik. Wir brauchen die Alternative für Deutschland.

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Alternatywna rezolucja została przez nas przygotowana dlatego, że uważamy, iż jest to niezwykle ważny problem: starzejące się Europa i godna starość. Natomiast nie możemy się zgodzić, nie mogę się zgodzić na to, ażeby sprawozdanie o osobach starszych, o seniorach podlegał jakimś ideologicznym rozgrywkom, tak jak próbuje to zrobić jedna z grup politycznych. Nie mogę się zgodzić na to, żeby radykalna lewica w każdym dokumencie bez względu na to, czy tego temat dotyczy, czy nie, postulowała, żeby były wprowadzone tematy dotyczące np. praw reprodukcyjnych. I żadna ideologiczna rozgrywka i próba presji wywierania na mnie czy na moich kolegów nie zmusi nas do tego, byśmy zrezygnowali z naszych wartości, zasad, które wyznajemy i które uważamy, że jesteśmy winni naszym wyborcom, obywatelom Europy, którzy powierzyli nam te mandaty, nam wszystkim, żebyśmy zajmowali się ich sprawami, a nie właśnie ideologicznymi rozgrywkami.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señora presidenta, para afrontar el envejecimiento en Europa necesitamos un pacto por los cuidados y una fuerte inversión pública en servicios sociales, sin perder de vista la perspectiva de género.

Pensar en las mujeres, pero no para socavar su autonomía reproductiva y convertirlas en máquinas paridoras al servicio de la patria, sino para darles una vejez mejor de la que tienen. Porque nuestras abuelas, las grandes cuidadoras, viven peor que sus homónimos varones. Sufren la precariedad, el paro y la brecha salarial cuando son jóvenes y la de pensiones cuando son mayores. Muchas viven solas y tienen más dificultad para acceder a servicios sanitarios, cuidados de larga duración o a una vivienda digna.

Cuando analizamos el envejecimiento de la población, tenemos que pensar en la desigual distribución de las tareas de cuidados y en la penalización laboral de la maternidad, más que en la prohibición del derecho al aborto o en esas políticas familistas que usan el cuerpo de las mujeres en edad reproductiva para abandonarlas después a su suerte.

La clave está en cuidar de ellas, de quienes nos cuidan, pero en todos los momentos de su vida.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, het is goed dat we deze resolutie hebben opgesteld om de commissaris alvast wat handvatten te geven voor de tenuitvoerlegging van het actief ouder worden.

Ik ben met name gekozen door ouderen op de lijst van een ouderenpartij en vind het dan ook bijzonder dat dit Parlement over ouderen spreekt. Ik ben blij dat mijn amendement is aangenomen, omdat het ervoor zal zorgen dat we ook met ouderen gaan praten. De bevolking van de Europese Unie bestaat uit jong en oud. We praten vaak over mensen, maar ik ben van mening dat we juist met mensen moeten praten. Ik ben wellicht een van de weinige opa's in het Parlement en weet daarom hoe belangrijk het is om die levenservaring te kunnen inzetten.

Ik ben blij dat de commissaris reeds in een eerder stadium heeft aangegeven voorstander te zijn van de parallelle opzet van een ouderenparlement naast het jongerenparlement om de ervaring van ouderen te gebruiken voor de vormgeving van beleid en niet ter bepaling van de pensioenleeftijd of ter invulling van het pensioenbeleid. Deze zaken vallen namelijk onder het nationaal beleid.

We moeten slimme systemen bedenken om de pensioenen betaalbaar te maken.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, vergrijzing in Europa kán problemen met zich meebrengen. Voorzieningen moeten worden aangepast, en in hoeverre dat moet gebeuren verschilt per regio. Maar we hebben dus creatieve oplossingen nodig.

Maar laat één ding duidelijk zijn: vrouwen zijn geen instrument van bevolkingspolitiek, dat kun je op je buik schrijven. En dat de PiS-partij hierop aanstuurt, is werkelijk van de zotte. Niet de kerk, niet de staat, maar vrouwen zelf gaan over de vraag of zij wel of niet kinderen willen. En vrouwen in Europa moeten ervan uit kunnen gaan dat seksuele en reproductieve gezondheid goed geregeld is in Europa. Ze moeten kunnen uitgaan van een goede balans tussen werk en privé waarbij zij niet voorbestemd zijn voor het aanrecht.

Vrouwenrechten – ik wou het hier maar duidelijk zeggen –, ik laat ze niet door dit rapport deleten.

Miriam Lexmann (PPE). – Vážená pani predsedajúca, európska spoločnosť starne. Tomuto vývoju predchádzali komplexné príčiny, ktoré vyústili do nižšej pôrodnosti, ale aj odlivu mladých ľudí z niektorých oblastí. Žiaľ, nezareagovali sme včas s podpornými politikami. Dnes vidíme narastajúci efekt takzvaných sendvičových rodičov, ktorí popri deťoch len ťažko zvládajú starostlivosť o svojich rodičov preto, lebo nemáme potrebnú infraštruktúru. Bije hodina dvanásta. Na to, aby sme prijali účinné politiky dôstojného starnutia, seniori potrebujú prístup k zdravotnej starostlivosti či opatrovateľským službám, ale aj k celoživotnému vzdelávaniu. Samozrejme, dobre nastavená rodinná politika a spravodlivé ohodnotenie starostlivosti o deti v dôchodkovom systéme sú absolútne kľúčové. Treba tiež vyzdvihnúť veľký potenciál nových digitálnych asistenčných technológií, ktoré môžu seniorom významne pomôcť k samostatnému životu.

Dôstojnosť života našich rodičov a starých rodičov je totižto naším zrkadlom.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Powiedzmy sobie szczerze, jesteśmy w bardzo kuriozalnej sytuacji, w której autorka swojego własnego sprawozdania je kontestuje, kontestuje tylko dlatego, że próbowała tylnymi drzwiami wprowadzić sprawozdanie pisane pod dyktando Watykanu. Sprawozdanie, w którym kobieta sprowadzona jest do roli przedmiotu, do inkubatora, który ma tylko rodzić dzieci. Sprawozdanie, w którym seniorzy, osoby starsze, osoby z niepełnosprawnościami traktowane są w sposób paternalistyczny. Nie udało się to jej i całe szczęście, bo była to przerażająca dystopia, którą próbowała zaszczyć z ziemi pisowskiej do europejskiej. Na szczęście postawiliśmy temu opór.

Dlaczego? Dlatego, że to nie jest nasza wizja Europy. To nie są nasze wartości, naszymi wartościami jest wolność, równość, sprawiedliwość społeczna i dbanie o wszystkich, bez względu na wykluczenia. Dlatego cieszę się, że to sprawozdanie dzisiaj wygląda całkiem inaczej, niż kiedy zostało zaproponowane w wersji fatalnej i nie do zaakceptowania.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señora presidenta, el envejecimiento de la población es, sin duda, uno de los desafíos más significativos de la Unión Europea y de todo el continente. Hay un aumento de la esperanza de vida mucho mayor, hay un descenso de las tasas de natalidad, hay una disminución de la población en edad laboral, y, en definitiva, eso provoca una reducción de la proporción europea respecto a la población mundial. En algunas regiones de mi país, España, se producen también unas situaciones importantes de despoblación. Esto tiene consecuencias desde un punto de vista personal, pero también desde un punto de vista social.

Por lo tanto, es importante que asumamos el desafío y analicemos el impacto de este envejecimiento, que tiene que ser un envejecimiento digno y saludable. Se tiene que tener en cuenta, también, la perspectiva de género. Tiene que haber un aprendizaje permanente. Es muy importante el tema del voluntariado. Cuando una persona mayor quiere seguir aprendiendo, se va a una biblioteca y, por eso, es muy importante la solidaridad intergeneracional como valor fundamental de la Unión. Hay que apostar por los cuidados de larga duración, que además han de ser cuidados de calidad y accesibles. Y hay que luchar contra la pobreza en la vejez y, sobre todo, por que haya pensiones adecuadas y sostenibles, especialmente las de viudedad. Solo así estaremos a la altura de nuestros valores europeos.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, I want to thank you for this very enriching debate. All of you said ageing starts from the moment we are born, so ageing is a very complex phenomenon. Many of you said that ageing is a challenge, but it is also an opportunity since we said at the beginning that in the last 50 years we live 10 years more, which means that we live longer and healthier lives, so this is also very important. And I have to highlight once again that this is the first ever Commission which assigned one portfolio to demography, which shows how important demography is for us in Europe.

So your report shows that tackling ageing requires a whole-of-government approach. You identify a common goal of ensuring intergenerational solidarity and upholding the rights of everyone at all stages in life.

I have been listening carefully to the points you raised. Many principles of the European pillar of social rights relate to ageing, including the principle of lifelong learning, access to quality and affordable health and long-term care, pensions, many others. In synergy with the Green Paper, the European social rights action plan announced several initiatives relevant for ageing policies including the initiative on long-term care in 2022. The European Union gender equality strategy is also relevant in tackling ageing trends. It delivers on the Commission's commitment to achieving a Union of equality. Women often align their decision to work and how to work with their caring responsibilities. They carry a disproportionate burden of unpaid work, which constitutes a significant share of economic activity. Accumulated lifetime gender employment and pay gaps result in an even wider pension gap and consequently older women are more at risk of poverty than men. This is what many of you highlighted today.

Demographic change is happening in real time. Never before have citizens enjoyed such long and healthy lives. This is a major achievement of our social market economy model. Addressing demographic change is key to building a fairer and more resilient society. The European Union and its Member States can prevent or limit the negative impact of ageing. I reiterate once again, this is mostly in the competence of the Member States. For this, we need the firm commitment and engagement of young and older people. We need to foster intergenerational solidarity and responsibility with enabling policies.

I want to thank Parliament for your work on ageing policies, and we look forward to continued cooperation on demography.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie nad poprawkami odbędzie się we wtorek 6 lipca 2021 r. Głosowanie końcowe odbędzie się w środę 7 lipca 2021 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Isabel Carvalhais (S&D), por escrito. – A evolução demográfica tem impactos diferentes nas regiões europeias, afetando de forma mais grave as zonas rurais e remotas, que também estão a sofrer um declínio da sua população, que poderá ter um impacto negativo na coesão social, económica e territorial da União europeia. Por outro lado, o envelhecimento da mão-de-obra e a falta de renovação geracional é um problema que afeta com maior intensidade a agricultura. Na minha qualidade de relatora do S&D para o parecer da Comissão da Agricultura e do Desenvolvimento Rural defendi ser necessária uma abordagem multidimensional e a importância de promover uma complementaridade e sinergia mais amplas entre as áreas políticas e os instrumentos de apoio de forma a vencer o desafio demográfico que a União Europeia enfrenta. O relatório apresentava algumas lacunas nomeadamente no que diz respeito à importância da igualdade de género, da integração do género e da proteção dos direitos das minorias, no quadro da ação necessária para enfrentar os desafios demográficos, pelo que apoio as emendas que forma submetidas neste sentido e que creio serem fundamentais para a melhoria do texto final.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η γήρανση του πληθυσμού αποτελεί μια πολύ σημαντική πρόκληση, την οποία η ΕΕ καλείται να αντιμετωπίσει. Το προσδόκιμο ζωής αυξήθηκε, τα ποσοστά γονιμότητας μειώθηκαν, η αστικοποίηση αυξήθηκε και ο ενεργός πληθυσμός συρρικνώθηκε, με αποτέλεσμα τη συρρίκνωση του μεριδίου των Ευρωπαίων στον παγκόσμιο πληθυσμό. Οι δημογραφικές αλλαγές επιτείνουν επίσης τις διαφορές μεταξύ των περιφερειών και, κατά συνέπεια, προκαλούν μείωση του πληθυσμού της ΕΕ, ιδίως στις αγροτικές περιοχές. Η πανδημία του κορονοϊού ανέδειξε τα προβλήματα που απαιτούν ιδιαίτερη προσοχή και τόνισε την ανάγκη να θεσπιστεί ειδική στρατηγική της ΕΕ για τους ηλικιωμένους. Στόχος είναι να δοθεί έμφαση στον ρόλο των ηλικιωμένων στις κοινωνίες της ΕΕ, να τους παρασχεθεί η κατάλληλη φροντίδα, να αποτραπεί η μοναξιά στα γηρατειά και να επωφεληθούμε από τις τεράστιες γνώσεις και την εμπειρία τους.

Patryk Jaki (ECR), na piśmie. – Mamy realny problem w Unii Europejskiej. Na świecie przyrost naturalny jest dodatni, niestety kraje UE mają poważny problem ze starzeniem się społeczeństwa i brakiem przygotowania do tego procesu. Musimy dbać o najstarsze osoby, które przez lata swojego życia budowały to, co mamy obecnie. Zdecydowanie za rzadko korzystamy z ich doświadczenia i wiedzy. Każde życie ludzkie jest bezcenne, każda osoba zasługuje na szacunek i swoje miejsce w społeczeństwie. Cele związane z rozwojem są ważne, ale tylko wtedy, gdy służą wszystkim. Najczęściej skupiamy się na chorobach fizycznych, zapominając o tym, że w słabym organizmie bardzo często funkcjonuje bardzo sprawny umysł. Martwi mnie też to, że w tak ważnym dokumencie lewica tradycyjnie przemyciła ideologię. Mam już coraz mniej nadziei na to, że PE skupi się na realnym rozwiązywaniu problemów i szukaniu kompromisu w jakiegokolwiek sprawie. To mógł być naprawdę wartościowy dokument.

Sandra Pereira (The Left), por escrito. – O discurso dominante faz do aumento da esperança média de vida um fardo para a sociedade, colocando gerações contra gerações, com um único intuito: agravar a exploração e maximizar o lucro. O aumento da esperança média de vida deve ser encarado como uma conquista civilizacional e um fator de progresso. Os avanços tecnológicos permitem que a redução da idade da reforma seja uma realidade e que envelhecer de forma ativa não signifique trabalhar por mais tempo, mas sim continuar a participar política, cívica, cultural e familiarmente na sociedade, usufruindo com qualidade desses anos de vida. Defender o envelhecimento digno passa também pelo combate à precariedade e aos baixos salários, pela garantia dos mais altos padrões de higiene e segurança no trabalho no período de idade ativa, pelo acesso a habitação de qualidade e acessível, pelo acesso universal a cuidados de saúde de qualidade ao longo da vida. Envelhecimento digno é também sinónimo de um robusto sistema de segurança social público, como garantia de proteção social dos trabalhadores ao longo da vida, nomeadamente na velhice, que esteja livre de plafonamentos, que seja regido pelo princípio de solidariedade intergeracional, que assegure o pagamento de pensões e reformas dignas e garanta o acesso universal a todas as dimensões dos cuidados geriátricos.

20. Auswirkungen von Offshore-Windparks und anderen Systemen für die Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen auf die Fischerei (kurze Darstellung)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku obrad jest krótka prezentacja sprawozdania sporządzonego przez Petera van Dalena w sprawie wpływu morskich farm wiatrowych i innych systemów energii ze źródeł odnawialnych na sektor rybołówstwa (2019/2158(INI)) (A9-0184/2021).

Peter van Dalen, Rapporteur. – Voorzitter, de energietransitie is noodzakelijk, dus moeten we onder andere overstappen op de schone energie van windmolens. Steeds meer mensen op het Europese vasteland willen in hun woonomgeving echter géén windmolens. “Not in my backyard!”, roept men dan. En dan wordt er al snel naar de zee gekeken. Zet daar dan maar de windmolens. De Commissie visserij van dit Parlement vindt bijna unaniem dat over de bouw van windmolenparken in zee samen met de vissers moet worden overlegd. Zij zijn immers de oudste gebruikers van de zee, en daarom is de kern van mijn verslag “windmolens in zee, dan beslissen vissers mee”. Niet wat vage inspraak, nee, maar echte, volwaardige deelneming van vissers over de vraag waar die windmolens moeten komen te staan in de zee. Door doeltreffend en permanent overleg met vissers en aquacultuurproducenten worden conflicten bij de bouw van windmolens in zee beperkt, of mogelijk zelfs voorkomen. En op die manier staan vissers in een gelijk speelveld tegenover de machtige multinationals die windmolens in zee bouwen.

Ik vind deze keuze van de Commissie visserij buitengewoon verstandig. Vissers weten immers als geen ander waar de visgronden het beste zijn en willen die graag behouden en ook duurzaam bevissen. Daarom stel ik ook in mijn verslag voor om na te gaan of windmolens in mariene beschermde gebieden kunnen worden geplaatst. Dan wordt immers van de vissers niet veel visgrond afgenomen.

Tevens, voorzitter, wijs ik in mijn verslag op de risico's bij de bouw van windmolenparken in zee. Zo komt er bij het heien van de palen heel hard geluid van meer dan 130 decibel vrij. Dat kunt u vergelijken met het geluid van een startend vliegtuig waar u heel dicht bij staat. De vraag is wat dit met de vissen doet. Worden die misschien tijdelijk of permanent doof? En welke invloed heeft elektromagnetische straling uit de kabels op elektrisch gevoelige vissen zoals roggen en haaien? In welke mate wordt bij de aanleg, exploitatie en sloop van windmolens de maritieme biodiversiteit aangetast? Er is meer onderzoek nodig, want deze vragen zijn nog onvoldoende beantwoord.

Het verslag beklemtoont dat offshore windmolenparken slechts mogen worden gebouwd wanneer is uitgesloten dat zich negatieve milieu- en ecologische, alsook economische, sociaal-economische en sociaal-culturele effecten voordoen voor vissers en aquacultuurproducenten. Dat is wat we dan samenvatten onder het voorzorgsbeginsel. Dat moet worden toegepast, en dat vinden we terug in artikel 191, lid 2, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie.

De Europese Commissie beoordeelt de maritieme ruimtelijke plannen van de lidstaten die nu worden ingediend in deze maanden. Daarbij moet de Commissie letten op de belangen van de visserij en op de effecten ervan op de vissen.

Dat is vandaag mijn boodschap aan de Commissie en ik hoor graag de reactie van de Commissie daarop.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, the Commission welcomes the report by the Committee on Fisheries (PECH) on the impact on fisheries of offshore windfarms and other renewable energy systems. On behalf of my colleague, Virginijus Sinkevičius, I want to thank in particular the rapporteur, Peter van Dalen, for all his work and strong commitment to this important issue.

This report puts a much-needed emphasis on environmental considerations, the rational use of space and the involvement of all sea users. This is very much in the spirit of our new approach to a sustainable blue economy. Under the European Green Deal, the European Union is committed to becoming climate neutral by 2050 in order to mitigate the effects of climate change and related biodiversity loss.

Sustainably-sourced and circular renewable energy is essential to reaching this target. Offshore wind energy needs to be developed in line with the objectives of the EU Biodiversity Strategy 2030 and the circular economy action plan. The Maritime Spatial Planning Directive clearly stipulates having, in the early stages, both a dialogue and cooperation with the fishing community and all relevant stakeholders. The main goal of maritime special planning is to ensure access to maritime space for the different sea users and to facilitate the coexistence and synergies between those users, while safeguarding the marine environment.

Therefore, one of the actions under the new sustainable blue economy approach will be the creation of a blue forum for all users of the sea. In the blue forum, a dialogue will be coordinated between stakeholders from the fisheries, aquaculture, shipping, tourism and energy sectors, as well as scientists. The aim is to develop synergies and reconcile competing uses of the sea.

The Commission has carried out and financed several projects looking at a combination of fisheries or aquaculture on the one side, wind farms on the other side, and the relevant impacts. Work in this area must continue. The Commission is encouraging this, notably via the blue forum and the Horizon Europe mission on ocean waters, coastal and inland waters.

In addition, best practices in terms of minimising disruption and mitigating damage to ecosystems will be shared and showcased by a new community of practices that will be launched by the end of this year. By March 2022, the Commission will also submit the report to the European Parliament and the Council on the implementation of maritime special planning interactions between sectors and stakeholders. Consultation processes will be looked at carefully during the analysis of all available national maritime special plans.

Through the European Maritime and Fisheries Fund, we are supporting cooperation projects for maritime special planning in all European Union sea basins. By the end of 2020, we had already funded 13 such projects on maritime special planning for a total amount of more than EUR 25 million. This cooperation will be continued and increased in the coming year to tackle new challenges.

It is important to note that the maritime special planning process takes place in subsequent stages. Plans will be regularly updated to fit new realities and policy developments at a minimum of every ten years. All offshore renewable energy developments must fully comply with European Union environmental legislation, notably going through the environmental impact assessment before any project can begin. Together with your EU strategy on offshore renewable energy, in November 2020, the Commission adopted updated guidance on wind energy developments and European Union natural legislation. This guidance notably looks at the combination and integration of offshore wind farms within marine protected areas. Clearly, one does not exclude the other.

The end of life of wind turbines and decommissioning also need to be looked at in terms of environmental impact at sea and in terms of recycling. Therefore, the Commission will, in the coming year, carry out further studies on technology development in offshore energy. These studies will also look at how the related infrastructure can be embedded sustainably in the marine environment and socio-economic ecosystems. The European Union strategy on offshore renewable energy will boost emerging technologies that reduce the impact on fisheries, notably floating offshore wind, wave and tidal devices. To achieve this, we need to set clear, short and long-term targets for the ocean energy sector.

Finally, I would like to underline that easy access to renewable energy produced at sea in the form of electricity and hydrogen will create opportunities for decarbonising other blue sectors, notably shipping, fisheries and aquaculture.

To end, offshore wind energy plays a key role in achieving the objectives of the European Green Deal. This Commission is fully committed to ensuring that environmental, economic and social sustainability is achieved. We will therefore make sure that the fisheries and aquaculture sectors will be appropriately involved in all decision making in this context. Before any offshore wind farms see the light, all projects will undergo – as I have already said – the necessary impact assessment. I'm convinced that ultimately we will achieve a win-win situation for all stakeholders, including the fishing community.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 6 lipca 2021 r.

21. Bürgerdialog und Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung in der EU (kurze Darstellung)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest krótka prezentacja sprawozdania sporządzonego przez Helmuta Scholza w sprawie dialogu obywatelskiego i uczestnictwa obywateli w procesie decyzyjnym UE (2020/2201(INI)) (A9-0213/2021).

Helmut Scholz, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rechtzeitig noch vor dem Start der Bürgerinnenforen, dieser wichtigen zweiten zentralen Säule der begonnenen Konferenz über die Zukunft Europas, wird unser Bericht zur demokratischen Teilhabe von Menschen aus allen 27 Mitgliedstaaten hier im Plenum zur Abstimmung kommen. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Schattenberichterstatterinnen für die Mitarbeit an diesem Bericht und für die Stellungnahmen aus den assoziierten und mitberatenden Ausschüssen PETI, CULT und LIBE.

Überaus wichtig für uns – und dafür vielen Dank – war das große Interesse aus zivilgesellschaftlichen Strukturen an der Erarbeitung des Berichts. Ich wollte ausdrücklich diese intensive Einbeziehung von NGOs, engagierten Wissenschaftlerinnen und ehrenamtlichen Fachleuten und jenen, die als themen- und fachspezifische Akteure letztlich helfen, Bürgerinnensichten entscheidend zu prägen.

Zivilgesellschaft lebt von Engagement. Die Richtigkeit der Planungsansätze im Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten ist nur selten so deutlich geworden wie in diesen Tagen, da wir alle in unserem Alltag in unseren Gesellschaften im Kampf mit den Herausforderungen der Auswirkungen der Corona-Pandemie gefordert sind – nicht nur mit Blick auf die unmittelbaren Folgen für Gesundheit und Impfschutz, sondern generell, bezogen auf die Frage nach dem solidarischen Zusammenleben der Menschen in unserer Europäischen Union, die Frage nach staatlicher Verantwortung ebenso wie die nach der Widerstandsfähigkeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure und der Ausformung von politischen Strukturen im Interesse der Allgemeinheit. Demokratisierung der Demokratie – das war vor einigen Jahren ein zentraler Stichpunkt in vielen soziologischen und rechtswissenschaftlichen Debatten, gerade wenn es um Transparenz und Ermunterung eines Mitwirkens an politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene ging.

Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union durch Bürgerinnenentscheid wirft da natürlich Fragen auf. Was waren die Gründe? Wieso wurde so entschieden? Und was wurde eigentlich von den Bürgerinnen hinsichtlich der Politik auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene erwartet? Die Entwicklung der Europäischen Bürgerinneninitiative war ein richtiger und wichtiger Schritt, den Menschen konkrete Möglichkeiten der thematischen Mitsprache zu eröffnen. Aber wenn wir ehrlich sind, verblieb die Teilhabe viel zu oft im Konsultationsmechanismus.

Demokratische Ausformung unserer Gesellschaften lebt von der Kommunikation zwischen den Menschen, von der bewussten Teilnahme an Wahlen in einer repräsentativen Demokratie, aber viel mehr noch vom tagtäglichen Einmischen eines jeden in gesellschaftliche, politische wie wirtschaftliche Auseinandersetzung, um die Entwicklung des Gemeinwesens, in dem er leben und arbeiten will und kann.

Der Publizist Arno Widmann hat es in einem Essay so formuliert: „Nicht die Medien sind die Öffentlichkeit, nicht wir sind es und auch nicht die anderen. Öffentlichkeit ist der Moment, in dem eine Gesellschaft sich selbst erkennt.“ Ziel unseres Berichts ist es somit, den Bürgerinnen eine stärkere Stimme in der EU-Entscheidungsfindung zu geben. Dafür müssen wir die bestehenden Partizipationsmechanismen verbessern und neue auf EU-Ebene einrichten.

Es ist also von entscheidender Bedeutung, die Bürgerinnen in europäische Debatten einzubeziehen, sie aktiv an der Entscheidungsfindung der EU zu beteiligen. Nur so können wir auch das Verantwortungsgefühl der Bürgerinnen für eine EU stärken, die ihre Bedürfnisse und Visionen widerspiegelt, eine echte europäische Öffentlichkeit entwickelt und die demokratische Legitimität der EU stärkt. Dazu gehört auch, Bildung zu stärken, sowohl die politische wie die fachliche, ebenso wie die kulturpolitische Dimension.

Wir haben in dem Bericht eine ganze Reihe neuer Instrumente erarbeitet. Ich hoffe, dass die mit meinen Kollegen erarbeiteten Vorschläge für eine bessere Bürgerbeteiligung in der EU-Entscheidungsfindung Anklang bei der Kommission finden werden und für viele Menschen Lust und Ansporn sind, sich in Entscheidungsprozesse aktiv einzubringen. Ich bin gespannt auf Ihre Meinung, Frau Vizepräsidentin.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV*alelnök*

Dubravka Šuica, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, on behalf of my colleague Vice-President Věra Jourová, I thank you for this opportunity to exchange views on this important matter. The Commission is fully committed to engaging with citizens in shaping European Union policy.

We have been using various methods and tools for some time. Since 2012, the Commission has promoted a format of citizens' dialogues. These are open and direct dialogues between citizens and the European Commission. Sometimes senior Commission officials participate on specific issues. More than 2 000 dialogues have been organised across all Member States. I personally have participated in them and find them to be a valuable source of inspiration and exchange.

In the last year, due to the pandemic, citizens' dialogues have moved entirely online. I'm looking forward to meeting and discussing with citizens in person again too.

Dialogues allow the European Commission to open the debate about Europe to more and more people throughout the Union. They have uncovered an increasing demand for events that enable people to be heard. Many different participatory formats of dialogues have taken place over the years. Workshops and other methods are frequently used to ensure the participation of all those attending the events.

However, citizens' dialogues are primarily a listening exercise. This is where the Conference on the Future of Europe deepens citizens' engagement. This unprecedented exercise in deliberative democracy at the European level has a built-in feedback mechanism. In the joint declaration the three presidents committed to following up on citizens' input. Crucially, citizens will be able to see the outcome of their inputs.

The conference pan-European citizens panels as a key feature. A representative sample of 800 citizens will deliberate and come up with policy recommendations on the main topics addressed on the conference digital platform. These recommendations will feed into the overall conference discussions for follow up.

But we want to go a step further. We are therefore doing our utmost to mainstream citizens' participation in various policy domains. The conference is not a panacea for all ills. It will not replace representative democracy but will reinforce it. And I want to highlight this today here in this hemicycle.

One of the tangible tools engaging Europeans in the European Union policy-making for the last nine years is the European citizens' initiative. It gives all European citizens the power to directly ask the European Commission to take action on matters they care about.

On 30 June we have given a positive reply to the sixth successful initiative 'End the cage age' calling for prohibiting caging of various farm animals. This year legislative acts adopted in the follow up of two other European citizens' initiatives – Right to water and Ban glyphosate – entered into application. This is evidence of the substantive legal and political impact of successful citizens' initiatives.

But the real impact of the European citizens' initiative goes further. Even initiatives that do not reach the final formal steps of the process can generate multiple impacts because the citizens' initiative is first and foremost an agenda-setting tool. From the moment citizens start an initiative, they bring the issue they care about into the public space and to the attention of the Commission.

This year, we already registered six new citizens' initiatives. We hope to receive many more in the future as we are further extending our information campaign – EU take the initiative – and the legal and practical advice offered by the forum on the European citizens' initiative.

Honourable Members, dear Mr Scholz, the Commission will study your resolution and look at how to better involve citizens right from the early stages of policy-making. Structurally embedding citizen engagement in the European Union helps to address some of the frustrations and concerns of our citizens and contributes to bringing the European Union closer to them.

Elnök asszony. – A napirendi pont ezzel lezárul.

A módosításokról a szavazás holnap lesz, a zárószavazásra pedig szerdán kerül sor.

22. Handelsbezogene Aspekte und Auswirkungen von COVID-19 (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő pont Kathleen Van Brempt a Covid19-járvány kereskedelmi vonatkozásairól és következményeiről szóló jelentésének rövid ismertetése (2020/2117(INI)) (A9-0190/2021).

Kathleen Van Brempt, rapporteur. – Madam President, when the world recovered in the last century from two world wars it became clear that international trade policy would become the centre of recovery and it brought us a full century of prosperity. Today, we are recovering from a pandemic and are heading towards the same direction, putting trade at the centre of recovery. But we have to take care that we do it in a different way, that we make sure that the 21st century recovery and stability put sustainability at the centre, and that is why European trade policy should change.

With this pandemic, we saw the face of biodiversity degradation and what will increasingly happen if we do not make sure that our economy becomes climate neutral. Our global actions cannot be limited to statements and non-binding commitments on big conferences. International trade policy in Europe needs to walk the talk of the Green Deal. This means for instance that we need to bring an end to fossil fuels, that green goods need to receive preferential treatment over brown goods and it means that the trade and sustainable development (TSD) chapters become really sanction-based.

During the crisis we also saw the decline of multilateralism. While our healthcare workers around the world had to combat a dangerous virus, governments struggled to buy personal protective equipment and basic medicines. Prices surged and there was no transparency on available stocks and production capacity. Weakened already by the Trump Presidency, the World Trade Organization and the World Health Organization struggled to come up with real answers and instead national responses took over, with dramatic export bans and disrupted supply chains.

Next time when the world faces a new pandemic, cooperation should be the first answer, not the last one, with strong international bodies to take on leadership. In this report, the European Parliament asks for strong support for an international pandemic treaty with a real and very robust trade pillar. We ask to establish a trade and health committee in the Twelfth Ministerial Conference (MC12).

More than ever, we also faced global inequalities. While the West was in lockdown, workers in the East were working around the clock to make our face masks – unprotected and with hunger wages for their services to the world. And while the economic figures are arriving in Europe, we see that women in Africa are struggling to make a living in their micro-businesses, with debt and inflation just around the corner. That's why we need mandatory due diligence across the supply chain, and fair and ethical trade schemes.

While the EU is a producer of the most vaccines in the world and an exporter, we see that the bulk of these productions go to G20 countries. Europe's global vaccination strategy is not guided by political leadership, but by companies. At a time of crisis the rest of the world needs to know that they can count on Europe.

This is a staunch warning not to isolate ourselves in the current discussion on intellectual property rights. Go and set yourselves at the right side of history. Of course at the same time we need to be assertive towards countries which undermine human rights and rule-based trade and democracy. A ban on products made with forced labour, an upgraded trade defence toolbox, effective sanction mechanisms on human rights need to be in place before the European Parliament even can think of starting the ratification of the investment agreement with China.

Dear colleagues, trade policy is the most powerful and the most important tool the EU has on the international stage. It is the lever which can unlock the Green Deal and Europe's industrial strategy for a climate-neutral continent. It is the key to unlocking the economic potential of developing partners and bringing stability to our neighbourhoods. It is the vehicle with which Europe can forge alliances and use its economic power to tackle global changes and global challenges such as pandemics. We need to do that together.

Dubravka Šuica, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, on behalf of Vice-President Valdis Dombrovskis, I want to thank Parliament and the Committee on International Trade (INTA Committee) and our rapporteur, Kathleen Van Brempt, for the attention, work and time invested in this report. I also want to thank you for your involvement in the trade policy review process, which led to the adoption by the Commission of the communication on an open, sustainable and assertive trade policy on 18 February.

I fully share your analysis about the special context in which the trade policy review is taking place. As you rightly pointed out, trade policy finds itself at a crossroads. This is why there is a need for a new EU trade and investment strategy. This must take into account the difficult current geopolitical reality, including the challenges of the COVID-19 crisis, and also those stemming from our ambitions linked to the green and digital transitions.

The new trade policy strategy is built on three pillars: openness, sustainability and assertiveness. The key challenge we face is to find the right balance between these three elements.

On openness: reaffirming our commitment to open, fair and rules-based trade is not just EU idealism. It is an economic and political necessity. The competitiveness of our economy depends on it. This is particularly evident in the multilateral space. Again, I thank you for supporting our plans to lead an in-depth reform of the World Trade Organization.

It is in this spirit of openness that European Union has proposed that WTO members agree as soon as possible on a global trade initiative for equitable access to COVID-19 vaccines and medicines. The European Union also stands ready to support close cooperation between international bodies, especially the recently-announced intensified collaboration of the WTO, the World Health Organization and the World Intellectual Property Organization in fighting the pandemic.

In your report, you underlined the need for the European Union to enhance its strategic autonomy, notably to secure access to critical raw materials, goods and services, especially medical and pharmaceutical goods. This is a legitimate request that is supported by the openness of our economy. This is why the overarching concept guiding the strategy is the model of open strategic autonomy. To address today's most pressing challenges, such as climate change and biodiversity loss or the COVID-19 crisis, we need more rather than less global cooperation.

A policy of open strategic autonomy will therefore allow the European Union to continue reaping the benefits of international opportunities, while at the same time assertively defending our interests, protecting our economy from unfair trade practices and ensuring a level playing field.

I welcome that sustainability is very much at the forefront of the European Parliament's priorities in your resolution. This is in line with the new strategy, which represents a clear choice for a green and progressive trade policy. It puts the green transition and protection of labour rights at the very heart of European Union trade policy.

More concretely, I also agree with the view expressed by the European Parliament that we need to work further on issues such as fair, resilient and sustainable value chains, the enforceability of trade and sustainable development chapters, and the importance of delivering an efficient carbon border adjustment mechanism.

We shall also continue our efforts in promoting resource-efficient and circular economy models around the world through the trade levers. The dialogues on these issues will continue in particular during the review of the 15-point action plan on trade and sustainable development, which will be launched very soon.

On assertiveness, I certainly agree with many of the points made in this resolution. In particular, I agree with the idea that our openness should go hand-in-hand with effective rules, ensuring fair competition and a level playing field for European businesses. I also agree with you that where cooperation is not possible, the European Union should pursue its interests through autonomous measures to protect its values and fight against unfair trading practices in accordance with international law.

So this is very much in line with our clear shift towards stronger implementation and enforcement and with the new instruments that we are proposing, such as the foreign subsidies instrument and the future anti-coercion instrument.

Finally, I would like to emphasise that the Commission intends to build on the very positive trade policy review process and continue the dialogue and engagement on trade policy with all key stakeholders. I want to thank you, honourable Members.

Elnök asszony. – A napirendi pont ezzel lezárul.

A szavazásra holnap kerül sor.

23. Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO vor dem Hintergrund der transatlantischen Beziehungen (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő pont Antonio López-Istúriz White az EU és a NATO közötti együttműködésről a transzatlanti kapcsolatok összefüggésében szóló jelentésének rövid ismertetése (2020/2257 (INI)) (A9-0192/2021).

Antonio López-Istúriz White, ponente. – Señora presidenta, me alegra que este importante informe se vote esta semana. Quiero dar las gracias a todos los diputados que contribuyeron al texto final; especialmente quiero agradecer a los ponentes alternativos su trabajo.

Fuimos muy ambiciosos desde el principio. Queríamos tener un texto que pudiese enviar una señal política sólida y clara sobre el papel de la Unión Europea en asuntos de defensa. También queríamos que este informe fuese votado en comisión antes de la Cumbre de la OTAN y de la Cumbre de la Unión Europea con los Estados Unidos. Me alegra que las conclusiones de ambas cumbres vayan en gran medida en la línea de nuestro informe, mostrando que la Unión Europea puede ser verdaderamente un valor añadido a la actual estructura de defensa transatlántica.

Señorías, el informe destaca, naturalmente, la importancia de nuestra asociación transatlántica. También destaca nuestra historia en común, nuestros valores comunes y nuestros éxitos comunes. El informe dice claramente que nos encontramos ante una oportunidad única de estrechar la colaboración entre la Unión Europea y la OTAN. Los Estados miembros están actualmente estableciendo la brújula estratégica para la seguridad y defensa europea basada en el análisis conjunto de amenazas. Al mismo tiempo, la OTAN actualiza su concepto estratégico, destacando la visión de la Alianza sobre su entorno de seguridad y los objetivos para la próxima década. Ambos proyectos brindarán una clara ventana de oportunidad para establecer prioridades coherentes e identificar sinergias adicionales.

En lo que respecta al reparto de responsabilidades —*burden-sharing*—, el informe defiende que Europa debe redoblar sus esfuerzos para desarrollar sus propias capacidades de defensa y asegurarse de que lo hace de forma complementaria con la OTAN. En el texto demostramos constantemente que los instrumentos y las competencias de la Unión Europea pueden contribuir al mandato de la OTAN.

Algunas personas siempre han sido escépticas sobre la idea de la Unión Europea como un actor activo con sus propias capacidades de defensa. Pero creo que tras unos años en los que Europa se sintió sola en el mundo, las iniciativas como la CEP o el FED son ahora vistas como una necesidad, más que un lujo. La Unión Europea no es un obstáculo para los principales intereses de defensa de la OTAN o de los Estados Unidos. De hecho, la Unión Europea puede ser un actor complementario que contribuya a evitar redundancia y duplicación. La participación estadounidense en el proyecto de movilidad militar de la CEP es una prueba más.

El informe destaca que los Estados miembros y los aliados de la OTAN se enfrentan a una realidad común de competición sistemática, junto a las nuevas amenazas comunes, que tienen un impacto significativo en la seguridad de nuestros ciudadanos. Nuestros adversarios y rivales autoritarios no solo emplean la fuerza militar, sino también un amplio abanico de herramientas dirigidas a debilitar nuestras democracias. Solo recientemente nos hemos dado cuenta de lo poderosos que pueden llegar a ser estos instrumentos, como las amenazas híbridas, los ataques cibernéticos, la interferencia exterior o la manipulación de elecciones y las campañas de desinformación.

Aunque la Unión Europea y la OTAN no son lo mismo, sus competencias y conocimientos pueden complementarse al afrontar estos desafíos. Tenemos que conseguir el equilibrio correcto entre ambición y realismo; se están dando pasos serios al abordar la fragmentación de las industrias europeas de defensa, al invertir en interoperabilidad, llevar a cabo análisis de amenazas comunes y expandir misiones civiles y militares.

Permítanme terminar diciendo que es de suma importancia que este Parlamento demuestre que nos tomamos en serio la defensa europea y transatlántica. Los que se oponen a esta cooperación y a los esfuerzos de la Unión Europea para fortalecer su capacidad defensiva están participando en el juego de Rusia y China: tener una Europa débil y dividida. Fortalecer la alianza estratégica entre la Unión Europea y la Alianza Atlántica es fundamental para afrontar amenazas comunes y convertir a la Unión Europea en un actor y socio global más fuerte.

Dubravka Šuica, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, on behalf of my colleague, High Representative and Vice President, Josep Borrell, I would like to congratulate the rapporteur, Antonio López-Istúriz White, for the comprehensive report on EU-NATO cooperation in the context of transatlantic relations.

Let me welcome that it incorporates a number of elements of key importance and relevance for EU-NATO cooperation, such as emphasising the European Union's ambition to be a global actor for peace and security, highlighting that the European Union's strategic autonomy strengthens transatlantic security, reaffirming the importance of key principles guiding EU-NATO cooperation and calling for coherence between the two reflection processes, notably the Strategic Compass on the European Union side and NATO 2030 on NATO's side.

In the current strategic environment and in light of the common challenges, joining and closely coordinating our efforts is the most obvious choice. Enhanced EU-NATO cooperation remains instrumental in bringing Europe and North America closer. We seek to deepen the fostering of the transatlantic bond. Cooperation with NATO remains a key priority for the European Union, as confirmed by the Council on several occasions.

Last month, the NATO Summit Communiqué reaffirmed that the European Union is a unique and essential partner for NATO. The two joint declarations of 2016 and 2018, together with the 74 common actions for implementation, provide a well-established, solid and comprehensive framework for cooperation. It is based on a strong political mandate received from both EU Member States and NATO allies.

The NATO summit invited the Secretary-General to develop the next strategic concept to be endorsed at the next summit. At the same time, on our side, we are taking forward our reflection process, which will lead to the adoption of the Strategic Compass in March next year. Rest assured that we see a clear need for coherence between these two reflection processes. We are working in this direction in full respect of the decision-making autonomy of both organisations.

In the wake of a very successful EU-US summit and as we approach the fifth anniversary of the Warsaw Joint Declaration, we see clear political momentum for further strengthening our strategic partnership and taking our cooperation to the next level. We are exploring ways regarding the common way forward, a renewed political commitment to take the form of a new joint declaration. I count on the continued support of the European Parliament in further strengthening our mutually reinforcing and beneficial strategic partnership with NATO.

Elnök asszony. – A napirendi pont ezzel lezárul.

A módosításokról a szavazás holnap lesz, a zárószavazásra pedig szerdán kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Sandra Kalniete (PPE), *in writing*. – The report on the EU-NATO cooperation in the context of transatlantic relations could not be timely. Europe and North America face multiple common threats – threats to our democracies, climate change, pandemics, terrorism as well as challenges linked to cyber and hybrid threats. I would like to underline also information manipulation and coordinated disinformation campaigns, on which am preparing the report for the Special Committee on Foreign Interference in all Democratic Processes in the European Union. All These challenges require a united and cooperative transatlantic approach bringing together our institutions and Members. A truly strategic EU-NATO partnership is essential to pool our strengths and foster our shared resilience. It is particularly important for Latvia and other Baltic states, which are facing the hybrid warfare, directed by revisionist Russia. Therefore, I fully welcome the call of the report for much more enhanced and strategic cooperation across Euro-Atlantic space. However, the transatlantic community can only protect its citizens if we live up to commitments and ensure adequate

resources to deal with the known challenges. I also believe that the military competencies of NATO and the EU and expertise are complementary to address common challenges.

Riho Terras (PPE), *kirjalikult.* – Eli ja NATO koostöö teemalise raporti järeldused ja ettepanekud on laiemas plaanis õiged ning kannavad sõnumit selgest vajadusest koostöö süvendamise järele. Minu hinnangul on aga peamine probleem ELi soovimatus ja suutmatus koostööd deklaratsioonide ja retoorika tasemelt edasi praktilisemaks ning Euroopa julgeolekule kasutoovamaks muuta. Eli ja NATO koostöö on ajaloolistel põhjustel olnud nõ Türgi-Kreeka dispuudi pantvang. Samas on mõlemad organisatsioonid just viimase kümnendi julgeolekualaste ohtude ja arengute valguses püüdnud leida võimalusi strateegiliseks koostööks, sest terve mõistus ja kogemused sedastavad väga selgelt – vaid omavahel tihedalt koostööd tehes on võimalik tagada Euroopa julgeolekut. Ma olen veendunud, et lisaks NATO tippkohtumiste päevakordadele, kus koostöö Euroopa Liiduga on väga olulisel kohal, peaksid ka Euroopa Liidu riigipead ja valitsusjuhid ülemkoogude raames koostööd NATOga regulaarselt arutama, sest vaid nii on võimalik muuta see praktilisemaks ning Euroopa huvidele paremini vastavaks. Paraku ei anna ELi poolt hiljuti tehtud otsused ja sammud alust optimismiks, mida Euroopa Parlamendi raport püüab edasi anda. Mäletame selgesti, et kui EL pidi aastate 2021-2027 eelarveraamistikust otsustama sõjalise mobiilsuse paketi osas, mis on kõige sisulisem ja praktilisemat kasu võimaldav koostööprojekt, kukkus ELi poolne rahastus lõpuks esialgelt planeeritust oluliselt väiksemaks. ELil on minu hinnangul väga hea potentsiaal olla NATOle aktiivne koostööpartner. Selleks peavad aga sõnad ja teod kattuma!

Alexandr Vondra (ECR), *písemně.* – Zpráva, již jsem byl stínovým zpravodajem, je na poměry Evropského parlamentu vyváženým textem. Oceňuje transatlantickou spolupráci, volá po dodržování závazku NATO věnovat bez ohledu na vnější okolnosti 2 % HDP na obranu a vítá rozhodnutí summitu NATO aktivovat článek 5 Washingtonské smlouvy i v případě hybridních útoků ohrožujících naši bezpečnost. Sám Evropský parlament může jen apelovat na členské státy EU a NATO, aby se jeho doporučeními řídily. I naše vláda má ve vztahu k obraně naší země co dohánět. Pevně doufám, že po říjnových volbách se situace u nás i v tomto směru výrazně změní k lepšímu.

24. Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő pont Gabriele Bischoff az Európai Parlament eljárési szabályzata 99., 197., 213., 214., 222., 223., 230., 235. cikkének és V. mellékletének módosításáról, valamint új, 106a. cikkkel történő kiegészítéséről szóló jelentésének rövid ismertetése (2021/2048(REG) (A9-0214/2021)).

Gabriele Bischoff, *Berichterstatterin.* – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin! Wir werden diese Woche über meinen Bericht zur Änderung der Geschäftsordnung abstimmen.

Das ist ja so ein bisschen wie die Straßenverkehrsordnung: Sie gibt ganz klare Regeln dafür vor, wie wir arbeiten, und schafft ein hohes Maß an Rechtssicherheit. Aufgrund der Pandemie haben wir vor Kurzem bereits eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen, damit wir weiter funktionieren können. Das musste schnell gehen, da mussten wir intensiv vorlegen, und deshalb sind einige Fragen von Zeiten vor der Pandemie liegen geblieben.

Die haben wir jetzt aufgegriffen und haben deshalb überwiegend technische Änderungen vorgegeben. Wir aktualisieren also Quellen, wir führen neue Verfahren ein, die eben zwar schon vorgesehen waren, aber noch nicht definiert. Wir streichen obsolet gewordene Regeln, wir verlängern die Mandatsdauer von interparlamentarischen Delegationen, und wir liefern Klarheit darüber, wann Beschlüsse und Empfehlungen der Koordinatoren im Ausschuss als angenommen gelten.

Gut, ich hatte ja gesagt: überwiegend technische Änderungen. Eine Frage ist sehr politisch, und sie ist auch wichtig für dieses Parlament. Es geht um Artikel 213. Dabei geht es um die Bildung der Ausschussvorstände und insbesondere um mehr Diversität, denn ohne die bleibt die Demokratie unvollständig. Bislang besagt diese Regel, dass es ausreicht, wenn ein Ausschuss eben nicht ausschließlich aus männlichen oder ausschließlich aus weiblichen Mitgliedern besteht. Sprich: Es reicht ein einziges Mitglied, und dann sind die Anforderungen erfüllt.

Wir wollen hier einen Schritt weitergehen. Und deshalb schlagen wir vor, dass der Vorsitz und der erste stellvertretende Vorsitz eines Ausschusses nicht dasselbe Geschlecht haben sollen. Darüber hinaus soll der restliche Vorstand und in Zukunft auch der gesamte Vorstand paritätisch besetzt sein. Und das soll ab der nächsten Legislaturperiode gelten. Sie wissen alle: Die Rolle des ersten stellvertretenden Vorsitzes ist eine ganz besondere, und deshalb hat es wirklich Sinn, das hier zu verknüpfen.

Wir treffen unsere Entscheidungen in dieser Arbeitsgruppe in der Regel im Konsens. Bei dieser Regel war es leider nicht möglich, und ich habe es wirklich versucht. Trotzdem unterstützt eine Mehrheit der Fraktionen diese Neuerung. Ich hoffe trotzdem noch, dass alle Fraktionen, auch die größte in diesem Haus, meinen Bericht unterstützen können. Denn was wir hier festschreiben, ist wahrlich nichts Revolutionäres. Es ist das, was wir auch seit Jahren von börsennotierten Unternehmen erwarten. Und es ist deshalb auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass wir hier selbst vorangehen.

Jüngste Erfahrungen wie bei der Zukunftskonferenz – Frau Šuica weiß das – bestätigen es: Da hatte die EVP entschieden für eine paritätische Besetzung plädiert und sogar ihre Entscheidung für die Gesamtliste davon abhängig gemacht. Kolleginnen und Kollegen! Dann lassen Sie uns dieses Prinzip der Geschlechterparität doch bitte auf unsere gesamte Arbeit anwenden und nicht nur à la carte, wenn es passt.

Und eine Bemerkung zum Schluss: Auch mit einer Enthaltung kann man sich nicht der Verantwortung entziehen. Für oder gegen mehr Geschlechtergerechtigkeit, das ist hier die Frage. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für diese Änderung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, die dann auch den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht.

Es ist ein kleiner Schritt für Sie, aber ein großer Schritt für die Parität und ein großer Schritt für das Parlament. Geben Sie sich einen Ruck.

Dubravka Šuica, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members and the rapporteur, Ms Gabriele Bischoff, in particular for consulting the Commission on these amendments of its Rules of Procedure.

This is foreseen in paragraph 21 of the framework agreement on the relations between the two institutions. The Commission gave due consideration to the amendments adopted in December last year to ensure the functioning of Parliament under extraordinary circumstances, in particular those linked to the COVID-19 pandemic.

The Commission takes note of the current amendments which mainly concern internal arrangements of the European Parliament. These amendments mostly aim at ensuring legal certainty by updating a number of references in order to take account of recently adopted legal texts. In particular, the Commission notes the amendment to Rule 99 on discharge to the Commission in respect of the implementation of the budget amended to include a reference to the new financial regulation, that is Regulation (EU, Euratom) 2018/1046.

The Commission knows that the Rule 235 on powers and responsibilities relating to European political parties and European political foundations was amended to include a reference to the same regulation, and the Commission notes the reference of the Regulation (EU) 2019/1673 on the European citizens' initiative in Rule 222 on public hearings and debates on citizens' initiatives, and Rule 230 on the Citizens' initiative.

The Commission does not have any comments related to these amendments. The Commission welcomes the European Parliament's commitment to ensure gender balance within its internal bodies as reflected in the amendment to Rule 213 on the Bureau of parliamentary committees.

We understand that the revision of the Rules of Procedure is a work in progress. Additional amendments might be considered in the future to take into account further developments. This is relevant in the context of the reflection process launched by President Sassoli on how to improve the democratic work of Parliament and draw lessons from the recent pandemic.

The framework agreement on relations between the European Parliament and the European Commission is the written translation of the spirit of sincere and mutual cooperation that should govern the relations between our two institutions. It is therefore of the utmost importance that Parliament and the Commission duly implement its provisions, both when it comes to claiming rights and to respect obligations.

In this context, the Commission expects to continue to be informed on and stands ready to respond to any consultation on future amendments to the Parliament's Rules of Procedure that would affect the mutual cooperation. I want to thank you very much for your work and am looking forward to our cooperation.

Elnök asszony. – A napirendi pont ezzel lezárul.

A szavazásra holnap kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

László Trócsányi (NI), írásban. – A Parlament házszabályát módosító Bischoff-jelentés egyik javaslata az eljárási szabályzat 197. cikkének törlése. Megszűnik annak a lehetősége, hogy az összes parlamenti képviselő egyhuszada szavazást kezdeményezzen egy vita napirendről való törléséről. Egy olyan a kisebb frakciókat és függetleneket védő cikket töröl a parlament a házszabályból, amely a politikai sokszínűséget és a demokrácia elvét hivatott védeni.

Enélkül a független és kisebb frakcióban ülő képviselők nem tudják – még súlyos jogi hiba esetén sem – a nagyobb frakciók által támogatott napirendi pontok napirendről való törlését indítványozni, pedig ezen képviselőknek a politikai sokszínűséget korlátozó szabályok miatt alapvetően nehezebb a helyzete. Mindeközben az EP működése kapcsán a járványhelyzet alatt is jogi aggályok merültek fel. Noha javasoltam, hogy Bíróság vizsgálja meg a házszabály járványhelyzet miatti, decemberi módosításának érvényességét, ezt elvetették.

A Parlament jogalap nélkül állt át 2020 februárjában a digitális távszavazásra, és saját mulasztásának köszönhetően csak 10 hónappal a járványhelyzet kezdete után fogadott el új szabályokat a helyzet orvoslására. Házszabályát viszont még ekkor is távszavazással módosította, holott azt csak személyes jelenlét mellett lebonyolított szavazással lehetett volna módosítani. Nem teljesítette a strasbourgi plenáris ülések számát előíró szerződési rendelkezéseket sem, korlátozásra kerültek a képviselők jogai a járványhelyzetre való hivatkozással. A járványhelyzet alatt egyértelműen erősödött a demokráciadeficit mértéke.

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Elnök asszony: Ezzel az ülést berekesztem, holnap 9 órakor folytatjuk. A napirenden a Tanács és a Bizottság nyilatkozata lesz a szlovén elnökség programjáról. Ezt a napirendet már közzétették, az Európai Parlament honlapján is elérhető. Jó éjszakát kívánok!

26. Schluss der Sitzung

(Az ülést 21.12-kor rekesztik be.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5354

2.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. JULI 2021

(C/2024/5354)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 5. bis 8. Juli 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des slowenischen Ratsvorsitzes (Aussprache)	3
3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	30
4. Fazilität „Connecting Europe“ - Straffung von Maßnahmen zur Verwirklichung des TEN-V – Eisenbahnsicherheit und Signalgebung im Eisenbahnverkehr: Bewertung des Sachstands in Bezug auf die Einführung des ERTMS (Aussprache)	30
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	46
6. Festlegung von Leitlinien für die Anwendung der allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (Aussprache)	46
7. Erste Abstimmungsrunde	50
8. Festlegung von Leitlinien für die Anwendung der allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (Fortsetzung der Aussprache)	51
9. Wiederaufnahme der Sitzung	56
10. Die Lage in Nicaragua (Aussprache)	56

Inhalt	Seite
11. Unterdrückung der Opposition in der Türkei, insbesondere der HDP (Aussprache)	66
12. Einflussnahme aus dem Ausland auf demokratische Prozesse (Aussprache)	71
13. Globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte (EU-Magnitski-Rechtsakt) (Aussprache) .	86
14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	101
15. Die Lage in Tigray (Äthiopien) (Aussprache)	101
16. Zweite Abstimmungsrunde	104
17. Die Lage in Tigray (Äthiopien) (Fortsetzung der Aussprache)	105
18. Wiederaufnahme der Sitzung	110
19. 70. Jahrestag der Genfer Konvention (Aussprache)	110
20. Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds 2021-2027 — Fonds für integrierte Grenzverwaltung: Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik 2021-2027 (Aussprache)	115
21. Jahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums (Aussprache)	126
22. Visa-Informationssystem (VIS): Bearbeitung von Visumanträgen – Visa-Informationssystem (VIS): Voraussetzungen für den Zugang zu anderen Informationssystemen der EU für Zwecke des VIS (Aussprache)	134
23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	137
24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	137
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung	137
26. Schluss der Sitzung	137

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. JULI 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.01)

2. Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des slowenischen Ratsvorsitzes (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla presentazione del programma di attività della Presidenza slovena (2021/2728(RSP)).

Janez Janša, *predsedujoči Svetu.* – Spoštovani gospod predsednik Parlamenta, spoštovana gospa predsednica Komisije, spoštovani poslanke in poslanci!

Pred skoraj natančno tridesetimi leti smo Slovenci ustvarili svojo lastno državo. Leto prej smo si sami izborili prve večstrankarske volitve. V tistem obdobju je kar 90 odstotkov volivcev na referendumu podprlo sanje o samostojni državi.

Samo še enkrat v zgodovini je tako veliko število naših državljanov podprlo določeno odločitev. In to je bila odločitev o vstopu Slovenije v Evropsko unijo.

Biti del Evropske unije za nas Slovence nikoli ni pomenilo zgolj gospodarske priložnosti. Pomenilo je vrnitev v družino, ki jo povezujejo vrednote spoštovanje človekovih pravic in temeljnih političnih svoboščin ter demokracija. Vse tisto, kar nam je bilo v komunistični Jugoslaviji odvzeto ali kršeno.

Ta vrnitev v Evropo je sovpadala s temeljnim zgodovinskim poslanstvom Evropske unije, ki ga je narekoval padec totalitarnih komunističnih režimov v Evropi. Oblikovanje celovite in svobodne Evrope, ki bo v miru živela sama s seboj in svojo soseščino.

Evropska unija je danes precej drugačna, kot je bila v času našega vstopa in tudi v času prvega predsedovanja Svetu Evropske unije in tedaj tudi še Evropskemu svetu.

Lahko rečemo, da je bilo tisto predsedovanje v prvi polovici leta 2008 zadnje predsedovanje, ki ga ni tako ali drugače zaznamovala katera izmed hudih kriz. Kar sledile so si druga za drugo: finančna kriza, migrantska kriza, okupacija Krima in kreacija zamrznjenih konfliktov v naši vzhodni soseščini, pa brexit, pa od začetka lanskega leta pandemija koronavirusa. In v obdobju kriz smo bili v Evropski uniji primorani predvsem se odzivati nanje in jih tudi skušati kar najhitreje ublažiti.

Močno upamo, da v tem semestru nastopa čas, ko Evropska unija lahko in tudi mora začeti delovati bolj strateško, bolj dolgoročno, usmerjeno v uresničevanja cilja, ki so si ga zadali ustanovni očetje Evropske unije. Evropa, svobodna, v miru sama s seboj, cela in v miru tudi s svojo soseščino.

Slovenija drugič, odkar je članica Evropske unije, prevzema krmilo predsedujoče države Svetu Evropske unije. Zaokrožila bo delo tria, v katerem smo sodelovali z Nemčijo in Portugalsko, in s pobudami, nekaterimi pobudami in aktivnostmi smo se vključili v delo tria že na samem začetku. Na tej točki se zahvaljujemo Nemčiji in Portugalski za dobro opravljeno delo v zelo težkih razmerah pandemije.

Za drugo polovico tega leta, za naš semester, pa so pred nami nekateri izzivi in prednostne naloge, ki izhajajo iz položaja, v katerem Evropska unija danes je, hkrati pa, verjamemo, prispevajo tudi k obstoju in razvoju Unije.

Na prvem mestu je seveda odpornost in okrevanje po pandemiji in vzpostavljanje strateško avtonomne Unije. Tukaj gre za oblikovanje ali dograditev načrtov in instrumentov za odpornost Unije na pandemije ter tudi na močne simetrične ali asimetrične kibernetične napade. Veseli smo, da je okrevanje zastavljeno tako, da je naravnano tudi reformno in da bomo okrevali hkrati, ko bomo izvajali zeleni in digitalni prehod.

Naslednja prioriteta je Unija evropskega načina življenja, vladavine prava in enakih meril za vse, za vse države članice in za vse državljane in državljanke v državah članicah Evropske unije. Tukaj gre tudi za Unijo uravnoteženih pravic in odgovornosti, visoke zaščite človekovih pravic in temeljnih svoboščin, vključno s pravico do svobode izražanja.

Potem je prioriteta verodostojna in varna Evropska unija, Unija, ki je sposobna zagotavljati varnost in stabilnost ne samo na svojem ozemlju, ampak tudi v svoji sosesčini. Tukaj gre tudi za vprašanje dobrega sodelovanja s severnoatlantskim zavezništvom oziroma znotraj njega, ker je večina držav članic Evropske unije tudi članica, so tudi članica tega zavezništva.

Potem gre tukaj za projekcijo naših vrednot in stabilnosti v našo sosesčino in gre za Unijo varovanih zunanjih meja ter jasne razmejitve med zakonitimi in nezakonitimi migracijami.

In potem je pred nami, oziroma smo že dobro začeli to Konferenco o prihodnosti Evrope oziroma, točneje rečeno, najprej konferenca in pogovor o prihodnosti Evropske unije in seveda tudi pogovori o prihodnosti Evrope kot kontinenta.

Tukaj si želimo, da bo v naslednjih šestih mesecih organiziranih čim več razprav, ki bodo odprte za vse, ki želijo prispevati svoje predloge za oblikovanje skupne evropske prihodnosti. Ker gre za vprašanje skupne evropske prihodnosti, smo k tej razpravi poklicani vsi, brez tega, da bi se kdo čutil za izvoljenega in poklicanega, da druge uči o evropski prihodnosti.

Tukaj je potrebno zagotoviti enakopravno razpravo, da lahko vsak ne glede na razlike prispeva svoje poglede, kako si to skupno evropsko prihodnost predstavlja. Imamo temelje za to razpravo v veljavnih pogodbah, znotraj tega pa so dobrodošli vsi pogledi, tudi če si nasprotujejo, ker samo odkrita razprava nas lahko pripelje naprej.

Dovolite mi, da predstavim nekaj ključnih poudarkov, vseh pač ni mogoče v tem času, in začenjamo z izzivom, ki je še vedno pred nami, to je namreč pandemija covid-19. Posledice te krize so vidne vsak dan, jih čutimo tudi danes tukaj, ker pač nosimo maske. Sprašujemo se, kaj bo v prihodnjih tednih in mesecih, ko bo neizogibno povečano število okužb z delta varianto in kakšna jesen nas čaka.

Sedaj ob tem, ko seveda z veliko previdnostjo spremljamo, kljub vsemu bistveno manjši pritisk pandemije in odpiranje javnega življenja, pa seveda delamo vse, da bi bili pripravljeni na ta morebitni četrti val in da ta ne bi predstavljal takšnih ovir in takšnih preizkušenj, kot smo jim bili priča lanske jeseni.

Predvsem smo optimistični zaradi tega, ker vidimo, da evropska strategija cepljenja deluje, da daje rezultate. Seveda so za prihodnost bolj optimistična pričakovanja vezana predvsem na pospešeno cepljenje in dejansko pripravljenost velikanske večine naših državljanov, da se v resnici cepijo, da ne čakajo na druge, da bodo namesto njih to naredili, in da bomo dosegli določeno zadostno stopnjo precepljenosti, tako da jih ne bo zraven. To je zdaj ključno vprašanje, kako naše državljane in državljane prepričati, da je vsak, ki se cepi, tisti, ki prispeva k temu, da bomo v prihodnje normalno živeli in to kjerkoli v Evropi, ker kot vidimo, virus ne pozna meja in to je naš skupni izziv.

Ena od stvari, zaradi katerih lahko kljub virusu bistveno bolj normalno živimo ali pa pričakujemo normalno življenje preko poletja in jeseni, je evropsko digitalno covid potrdilo. Čestitke, ker ste v tako kratkem času dosegli dogovor med institucijami, tako da se to potrdilo dejansko že lahko uporablja in da to potrdilo omogoča tudi državam članicam pri zadevah, ki so v nacionalni pristojnosti, da z uporabo tega potrdila živimo in organiziramo marsikaj bistveno bolj svobodno kot brez njega.

Skratka, če je naša prva kratkoročna prioriteta narediti vse, da ne bo četrtega vala, ki bi ponovno zapiral javno življenje in ogrožal razvoj v Evropski uniji, potem je naše največje upanje, da se vseeno v teh šestih mesecih previdno vračamo k normalnosti, v čas pred covidom, kljub temu da bodo nekateri previdnostni ukrepi morali očitno ostati še nekaj časa.

Odpornost in okrevanje Evropske unije in strateško avtonomna unija je nekaj, kar je prioriteta v tem času, ne glede na to, kdo vodi Svet Evropske unije. Tukaj poleg budnega, skrbnega in čim bolj usklajenega in koordiniranega nadaljnjega spopadanja s pandemijo je torej pred nami odgovorna naloga okrevanja in tudi zagotavljanja bolj odporne prihodnje večje odpornosti Evropske unije, večje pripravljenosti na spopad s krizo, kakršna je bila epidemija.

Veliko je bilo v Evropi narejenega od začetka covid krize, ko se zaradi nepripravljenosti nismo najbolje znašli. Pravzaprav nobena država na svetu ni bila, mogoče par izjem držav, ki so hitro reagirale, ampak izven evropske celine, saj nobena država na to ni bila pripravljena in na začetku se nismo najbolje znašli ampak danes je slika precej drugačna. Pravočasno je bil dosežen dogovor o načrtu za okrevanje, kar je velikanski uspeh. Tisti, ki smo bili zraven julija na tisti štiridnevni seji Evropskega sveta, to neposredno vemo. Tukaj izrekam zahvalo Komisiji, ki je na samem začetku razrahljala nekatere omejitve pri instrumentih potrebnega finančnega reagiranja na krizo. Zaradi tega nismo doživeli drastičnih padcev standarda in kriz kot v času finančne in gospodarske krize predvsem leta 2009 in zaradi tega je tudi okrevanje lažje.

Evropska unija je tudi med vodilnimi pri raziskavah, proizvodnji in tudi izvozu cepiv. Evropska strategija cepljenja deluje. Tisto, kar je še potrebno narediti v tem trenutku in je pred nami, ni več odvisno od Evropske komisije, od Evropskega parlamenta, od vlad nacionalnih držav, zdaj je to odvisno od vsakega posameznika. Imamo inštrument, imamo cepiva, zdaj je na vas, spoštovane državljanke in državljani, spoštovani Evropejci, da to uporabimo in da to epidemijo dejansko zaustavimo.

Smo tudi na točki, ko lahko pomagamo drugim. Evropska unija je daleč največji solidarnostni darovatelj, tisti, ki daruje cepiva, zaenkrat je tega preko 100 milijonov doz za manj razvite države in to lahko v prihodnosti še bistveno krepimo in to je tudi potrebno.

V času covid krize smo se naučili nekaj zelo pomembnih nauk. V gradivu Evropske komisije *Lessons learned* so bolj podrobneje naštet, jaz naj omenim samo nekatere. Jasno je, da potrebujemo skupni evropski načrt za spopadanje s krizami, kot je covid, načrt za primere, ko je takšna kriza, ko je takšna nevarnost simetrična, ko prizadene vse, pa tudi načrte za situacije, ko je nevarnost asimetrična, ko prizadene samo nekatere države članice in ko jim lahko drugi pomagamo.

Tukaj je zelo pomembno vedeti, kaj lahko naredimo skupaj in kdaj je potrebno nekaj narediti skupaj. Kot smo videli lani, imajo lahko nacionalni ukrepi, ki so ob pomanjkanju skupnega načrta seveda nujni, velike čezmejne učinke na druge države članice, notranji trg Evropske unije in štiri svoboščine so v krizi zelo ranljive, vse to smo izkusili v lanskem letu. Spomnimo se samo kolon tovarnjakov širom po Evropi dobro leto nazaj in nam bo vse jasno, kaj je potrebno narediti.

Zdaj na plan je seveda prišla tudi naša ranljivost in odvisnost do tretjih držav glede določenih, v tej krizi ključnih strateških dobrin, kot je bila osebna zaščitna oprema, kritična medicinska oprema, zdravila oziroma sestavine za zdravila in konec koncev tudi potrebne sestavine za cepiva. Naš cilj mora biti da od teh ad hoc rešitev, ki smo jih uporabljali v času krize in smo se ob tem veliko naučili, da te ad hoc ukrepe nadomestijo trajni strukturni ukrepi, načrti, ki bodo izdelani vnaprej in tukaj želimo dokončati delo na vzpostavitvi evropske zdravstvene Unije. Veliko dela je bilo tukaj že opravljenega. In jaz mislim, da vsaj okrog tega obstaja visoka stopnja soglasja med vsemi državami članicami in evropskimi institucijami, katere korake je treba narediti naprej, da to zdravstveno unijo zgradimo.

Kot so pokazali nedavni dogodki v Združenih državah in na Irskem, lahko zelo hitro pridemo v položaj, ko ima kibernetiski napad večjih razsežnosti lahko podobno usodne posledice, kot je širjenje virusa, lahko pa so te posledice tudi mnogo hujše, če je na primer napadeno naše energetska omrežje. Oblikovanje skupnih načrtov obrambe pred kibernetiski napadi ter izgradnja skupnih kapacitet, tukaj se je delo že začelo, so naša primarna naloga. Evropsko unijo imamo tudi zato, da se lahko uspešno soočimo s takšno simetrično ali pa asimetrično grožnjo. Nobena država članica, tudi največje ne, niso dovolj močne v primeru takšne grožnje, glede na to da imamo skupna energetska omrežja in še marsikaj. In tukaj samo skupni načrt in tudi skupne kapacitete omogočajo učinkovito obrambo, ker obstajata vsaj dva

vira resne grožnje, ki jim nobena posamična država v Evropski uniji po doslej znanih informacijah sama ne more biti kos.

Vse države smo se v nacionalnih načrtih okrevanja zavezale k pomembnemu deležu investicij za digitalno in zeleno. In tukaj, ko govorimo o področju digitalizacije pa digitalnega prehoda, Evropsko unijo čakajo precejšnji izzivi. Tukaj marsikje lovimo korak za ostalimi pomembnimi igralci v svetu.

Nekaj primerov mogoče: v Evropski uniji imamo podjetja, ki proizvajajo najboljšo opremo za fotolitografijo, to je ključna tehnologija za izdelavo polprevodnikov, vendar jih v Evropi sestavimo in izdelamo manj kot en odstotek svetovne proizvodnje. Še več, čeprav imamo v Evropi prestižne univerze in tehnološko najnaprednejše laboratorije, oblikujemo samo, ali pa na koncu izdelamo, samo en odstotek polprevodnikov na svetovnem trgu, brez polprevodnikov pa ni niti črke do digitalizacije in digitalnega prehoda. Znanje imamo, imamo zmožnosti, vendar jih je potrebno izkoristiti in potrebno se je odločiti, kje je meja med trgovskim sodelovanjem in kje se začne evropska avtonomija, ko gre za kritično infrastrukturo in ko gre za kritične produkte. In tukaj je pač dejstvo, da mora Evropska unija postati čim bolj avtonomna.

Po drugi strani pa seveda, ko gre za digitalizacijo, želimo delovati v skladu z našimi evropskimi vrednotami. Med njimi sta seveda pravica do zasebnosti, varovanje osebnih podatkov. To so vrednote, ki pri nekaterih naših konkurentih, ko gre za digitalizacijo, seveda niso ravno v ospredju. Regulacija digitalnih storitev, urejanje področja umetne inteligence in s tem povezano področje upravljanja s podatki so zato za nas večji izziv, kot za koga izven Evropske unije, in to so vse teme, kjer bomo tudi v času našega semestra iskali ravnotežje med konkurenčnostjo na eni strani in spoštovanjem evropskih vrednot na drugi.

In če uspemo v naši notranji razpravi najti pravo ravnotežje, potem verjamem, da lahko Evropska unija prevzame vodilno vlogo tudi pri oblikovanju digitalnih standardov na globalni ravni, kar je naslednji zelo velik izziv.

Lani decembra smo si zastavili zelo ambiciozen cilj 55-odstotnega zmanjšanja emisij do leta 2030. S tem ciljem želimo spodbuditi tudi ostale države po svetu, da sledijo našemu zgledu. Ampak pri tem ne gre samo za vprašanje ambicij, tukaj gre tudi za vprašanje, kako v standarde, ki so potrebni za to, da te cilje uresničimo, prepričati tudi druge. Izven Evrope se emitira, mislim, da več kot 90 odstotkov CO₂, in tukaj je uspeh možno doseči samo globalno. Evropa je lahko lider, ne more pa tega cilja sama doseči in tukaj, pač pri tem, je potrebno tudi poskrbeti, da posamični deli Evrope pri tem prehodu ne bodo plačali previsoke cene, da ne bomo uničili evropske industrije in seveda, kar najbolj skrbi naše sodržavljanke, da se cene elektrike in goriv ne bodo nesorazmerno povečale in bistveno vplivale na padec kvalitete življenja.

Evropska komisija bo naslednji teden predlagala pomemben zakonodajni paket na področju podnebja in energije – Fit for 55. Pričakujemo, da bo predstavljen predlog, ki bo uravnotežen in pravičen do vseh, in na ta način se lahko nadejamo, da bomo dogovor o tem, kako pretopiti naše ambiciozne cilje na področju podnebja v zavezujoče pravo, lahko dosegli v čim krajšem času. To je bila tudi dobra podlaga za delovanje Unije na mednarodnem področju, predvsem na podnebnih pogajanjih letos novembra v Glasgowu.

Unija evropskega načina življenja, vladavine prava in enakih meril za vse. Evropejci, roko na srce, ne razmišljamo pogosto o tem, kaj pomeni evropski način življenja, ker ga pač živimo, smo sredi njega. Zdi se nam samoumeven, a seveda ni tako. Socialno-tržno gospodarstvo je evropski izum. Druge po svetu urejajo ekonomske in socialne odnose nekoliko ali pa precej drugače kot mi. Marsikdo nam tudi zavida naše rešitve. Ko se torej pogovarjamo o evropski zakonodaji na področju minimalne plače ali o čezmejnem prenosu pravic socialne varnosti, imejmo pač to v mislih. Imamo recimo tudi evropski model športa. Ta ne temelji na elitizmu, v principu ne temelji na elitizmu ali izključevanju, ampak na enakih možnostih, izhodiščih, možnostih za vse, na povezovanju lokalnih skupnosti, na pripadnosti.

In seveda v samem srcu evropskega načina življenja so nekatere naše skupne evropske vrednote. To je enako dostojanstvo vsakega človeka, iz tega izhajajoče neodtujljive človekove pravice in temeljne politične svoboščine. Spoštovanje vladavine prava na osnovi enakih meril je ključno za zaupanje državljanov in državljanek v javne ustanove. Je tudi ključen pogoj za medsebojno zaupanje med državami članicami v Evropski uniji in pri vprašanjih vladavine prava nam mora biti jasno, da na koncu, če gre za vladavino prava, o tem, kaj je prav in kaj ni prav, vedno odloči neodvisna sodna instances ne pa politični organ.

Tukaj je prav tako pomembna kakovost delovanja pravosodnega sistema. Ta mora temeljiti na neodvisnem, nepristranskem in neselektivnem sodstvu, ki v vsaki državi članici stremi k pravičnosti in zagotavlja pravno zaščito brez odlašanja in brez nerazumno dolgih rokov. Kar človeštvo govori o pravu, velja pravilo, da je pravica odložena, pravica odrečena.

Posebno pozornost bomo namenili tudi svobodi in pluralizmu medijev ter tudi boju z lažnimi novicami. Ta je še posebej potreben v okoljih z medijskimi monopoli, ki žal obstajajo tudi v Evropski uniji. Ob tem slovensko predsedstvo opozarja na resolucijo parlamentarne skupščine Sveta Evrope s številko 1096 in resolucijo Evropskega parlamenta o evropski zavesti in totalitarizmu. Usmeritve in opozorila, ki izhajajo iz njih, so za razvoj odpornih, vitalnih demokracij trajnega pomena, še posebej pa za udejanjanje zgodovinskega cilja celovite in svobodne Evrope, ki je v miru sama s seboj. Nekatere usmeritve in opozorila obeh resolucij v nekaterih mlajših evropskih demokracijah še niso realizirane. Prav v tem vidimo del globljih razlogov za medsebojne nesporazume glede vladavine prava v posameznih članicah Evropske unije.

Mnogi niso pripravljeni in sposobni videti primerov, katerih standardi in jamstva vladavine prava v resnici ne ščitijo evropskih vrednot iz člena 2 Pogodbe o Evropski uniji, ampak prav nasprotno, institucijam pravne države, ki so s preходом v demokracijo le formalno prevzele nove vloge, niso pa jih ponotranjile, služijo predvsem za obrambo neupravičenih privilegijev in za ohranjanje kulture delovanja, zgrajene v desetletjih nedemokratskih ureditev in praks, ki krčijo prostor svobode in vzdržujejo zakoreninjene neenakopravnosti in tudi krivice.

O teh vprašanjih bomo spregovorili tudi na mednarodni konferenci, ki jo bomo organizirali v Sloveniji ob evropskem dnevu spomina na žrtve vseh totalitarnih režimov 23. avgusta letos.

Naša skupna odgovornost in trajna naloga je tudi ohranjanje živ spomin na to, da se je zavest o nujnosti evropskih integracijskih procesov izoblikovala prav v težkih in nedemokratskih zgodovinskih preizkušnjah dvajsetega stoletja, ki so doletele in zaznamovale narode današnjih članic Evropske unije, čeprav vsakega na svoj način in za različno dolgo časovno obdobje.

Verodostojna in varna Evropska unija, sposobna zagotavljati varnost in stabilnost tudi v soseščini. Mi verjamemo, da je čas, da postane Evropska unija bolj strateška v razmišljanju in dejanjih pri njenem delovanju v svetu. In to še posebej velja za našo neposrednost soseščino.

Slovenija kot predsedujoča Svetu Evropske unije bo zato v tem semestru v ospredje postavila sodelovanje Evropske unije z regijo Zahodnega Balkana pa tudi z vzhodno soseščino. Ko govorimo o Zahodnem Balkanu, gre za regijo, ki je strateškega pomena za Unijo, zato bomo skupaj s predsednikom Evropskega sveta oktobra v Sloveniji soorganizirali vrh Evropska unija – Zahodni Balkan. Po našem mnenju je širitev Evropske unije logičen odgovor na strateške izzive, ki jih imamo, ki so pred nami in so tako v vzhodni soseščini kot na Zahodnem Balkanu.

Slovenija iz lastnih izkušenj dobro ve, kako pomembna je evropska perspektiva za izvajanje reform v procesu pristopnih pogajanj. Ta perspektiva pa mora biti oprijemljiva, in sicer takšna, da je v njeno uresničitev možno verjeti že v času življenja aktualne generacije, sicer to ni več spodbuda. In ta oprijemljivost mora navdihovati in biti vir politične energije, potrebne za izvajanje nujnih reform na politični ravni, mora biti vir energije in fokus politične zavesti državljanov, da lahko nudijo od spodaj navzgor podporo tem reformam.

Naš cilj je, da se ponovno potrdi, obudi in poži evropsko perspektivo držav Zahodnega Balkana, ki je bila dana na vrhu v Solunu že leta 2003. In jaz mislim, da če to storimo, potem bomo dokazali, da smo tukaj strateški igralec, če pa tega nismo sposobni izvesti, če ne naredimo koraka naprej na Zahodnem Balkanu, bo te korake delal nekdo drug in ta ima drugačne interese in drugačne vrednote.

Z regijo Zahodnega Balkana je tesno povezano tudi vprašanje migracij. Tu poteka ena izmed dveh večjih migracijskih poti v Evropsko unijo, mislim na ilegalne migracije in, ko gre za migracije, tudi tu je zahteven dosje na mizi. Mislim, da se večinoma strinjamo glede pomena sodelovanja z državami izvora in tranzita migracij. Teoretično vemo, kaj je potrebno tukaj narediti. Prav tako ni razlik med nami glede pomena krepitve nadzora nad zunanjo mejo, tu je visoka stopnja soglasja. Manj strinjanja pa je seveda glede nekaterih delov pakta za migracije, kot so vprašanje relokacije in solidarnosti ter odgovornosti. In tukaj pač iščemo rešitve, ki bodo sprejemljive za vse države, ker samo na ta način lahko zagotovimo, da bo nov sistem na koncu zaživel tudi v praksi.

Nezakonite migracije so v preteklih letih močno obremenile tudi delovanje schengenskega območja. Schengen je ena najpomembnejših pridobitev našega integracijskega procesa. Tukaj je predvsem potrebno, po našem mnenju, da v tem času, ko se, upajmo, vračamo v normalnost, vprašamo tudi glede širitve tega prostora, da to pride na dnevni red. Ocenjujemo, da bi se vsaki državi članici, ki izpolnjuje pogoje, moralo omogočiti članstvo v schengenskem območju. Po našem mnenju Bolgarijo, Romunijo in Hrvaško po nepotrebnem držimo v čakalnici in to ne koristi ne njim ne Evropski uniji.

In dovolite mi čisto na koncu še nekaj stavkov glede Konference o prihodnosti Evrope. Jaz sem vesel, da je zaključena razprava o organizacijskih vidikih konference, da je zdaj čas za vsebinsko razpravo, čas, da se sliši glas Evropejcev. Na podlagi te razprave je možno spomladi naslednje leto sprejeti zelo konkretne zaključke. Mislim, da smo pred veliko priložnostjo za to odkrito razpravo, da je nekako pač ta čas s Konferenco o prihodnosti Evrope, da sovpada s številnimi vprašanji, ki so odprta ali pa ki so ponovno odprta. V Sloveniji bomo v okviru letošnjega blejskega strateškega foruma organizirali razprave o prihodnosti Evropske unije, na katere bodo vabljeni številni gostje iz institucij Evropske unije, nacionalni voditelji, nekdanji voditelji, ki so sodelovali v razpravah o Ustavi za Evropo, o Lizbonski pogodbi, evropski think tanki, državljanke in državljani in, seveda, vabljeni ste tudi predstavniki vseh političnih skupin v tem Parlamentu.

Tukaj so odprta številna vprašanja, recimo, slabi demografski trendi večine držav članic in različni pogledi na rešitve demografskega vprašanja. Potem se v velikem delu Evropske unije recimo soočamo z nizko volilno udeležbo na volitvah v Evropski parlament. Odprta so druga temeljna vprašanja evropske demokracije, vprašanje razkoraka med povprečnim Evropejcem in evropskimi institucijami, poskusi nevoljnih subjektov, da bi prevzeli vlogo tistih, ki jih izvolijo volivci. Imamo vse več potrošnega časa za medsebojne politične prepire znotraj Evropske unije in zato manj časa za resne razprave o strateških in razvojnih dilemah. Smo na razpotju mnogih poti, potrebujemo pa tudi nekaj odgovorov ali pa vsaj razpravo o tem, v katero smer zastaviti odgovore glede nekaterih strateških zunanjepolitičnih in varnostnih dilem. Recimo, kako okrepiti vlogo Evropske unije, da bo sposobna močnejše vplivati na trende globalizacije.

Ko smo sprejemali Lizbonsko pogodbo, sam sem med podpisniki, v Lizboni, smo rekli, s to pogodbo bo Evropska unija sposobna usmerjati globalizacijo. Danes se moramo vprašati, kje smo to dejansko sposobni, in kje je potrebno narediti še zelo veliko, da bomo.

Potem je potrebno doseči soglasje okoli vprašanja, ali je hitra širitev Evropske unije na Zahodnem Balkanu in vzhodni soseščini strateški odgovor na strateške izzive, in kako doseči soglasje o tem.

Potem se je treba vprašati, ali sploh obstaja kaka dobra alternativa močnejšemu varnostnemu in tudi vojaškemu angažmaju Evropske unije v podsaharski Afriki, v Sahel regiji, kjer terorizem preprečuje izvedbo najosnovnejših humanitarnih, izobraževalnih in razvojnih projektov in se ta nevarnost praktično vsak mesec širi.

Potem, kako opredeliti dolgoročni odnos med Evropsko unijo in Rusko federacijo, med Evropsko unijo in Turčijo, ki postaja najvplivnejši dejavnik v Sredozemlju. Potem, že omenjeno, kje je meja med gospodarskimi ter trgovinskimi odnosi med Evropsko unijo in Kitajsko in potrebno strateško avtonomijo Evropske unije. Potem, kako vsestransko in hitreje krepiti odnose z Indijo, najštevilčnejšo demokratično državo na planetu.

Jaz mislim, da potrebujemo v tej razpravi tudi odkrit pogovor o, recimo, naši odgovornosti za žrtve in trpljenja, ki so bile in še bodo, ker se umikamo iz Afganistana in ljudi tam na milost in nemilost prepuščamo talibanom.

Doseči moramo dogovor o tem, da v bodoče ne sodelujemo pri aktivnostih, ki nekaj zgolj razsujejo, ne omogočijo pa postavitev nečesa novega, boljšega, trajnega.

Potrebujemo tudi streznitev in spoznanje, da velika, dobra in nepogrešljiva, brez primere, v globalnem svetu, mehka moč Evropske unije ne zadošča nikjer, ker ljudem nismo sposobni zagotoviti tudi temeljne varnosti in osnovnih človekovih pravic. Da Evropska unija, če hoče postati najprej prva regionalna, potem pa tudi enakopravna globalna sila, enostavno potrebuje kombinacijo mehke in trde moči.

Spoštovani poslanke in poslanci, za našo kratkoročno prihodnost je trenutno najpomembnejše, da ustavimo pandemijo in čim hitreje okrevamo po njej in da v okrevanje vključimo tudi digitalni in zeleni prehod. Za dobro prihodnost nasploh, za dobro prihodnost naše in prihodnjih generacij Evropejcev pa je najpomembnejše, da se odkrito pogovorimo o odprtih strateških dilemah in najdemo skupne rešitve, ki omogočajo pot naprej.

Ursula von der Leyen, *President of the Commission*. – Mr President, in recent days, I've been travelling a lot through Member States because of Next Generation EU and I have met Europeans from all walks of life. I met passionate young women in Brussels who are training to become coders within seven months. I met stage designers in Cinecittà in Rome. It was fascinating to see how they weave together the time-tested traditional studio production with the new digital technologies. I was privileged to meet doctors and medical personnel during my visit to Ljubljana last Thursday. They are the tireless and courageous frontline workers to overcome COVID-19, and I was deeply impressed by their energy and their motivation and also by their commitment to our common future.

They all welcomed the investments made available by Next Generation EU. This recovery programme is going to frame our action during the Slovenian Presidency. Europeans want to finally leave this pandemic behind and all of us are there to help them achieve exactly that.

Und zuallererst bleibt unsere Impfkampagne entscheidend. Die gute Nachricht ist: Sie wird endlich zu einer Erfolgsgeschichte. Mit anderen Worten: Es zeigt sich, dass sich das Durchhaltevermögen gelohnt hat. Mitte April lagen wir noch 25 % hinter den Vereinigten Staaten, wenn man die Anzahl der Erwachsenen mit mindestens einer Impfung betrachtet. Heute sind dies nur noch 5 %, und die Lücke schließt sich immer weiter.

Das ist gut, aber wir dürfen uns auf keinen Fall zurücklehnen. Wenn wir uns die Impfquote anschauen, dann gibt es noch immer erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Derweil breitet sich die Delta-Variante aus, und viel zu viele Impfdosen bleiben ungenutzt im Kühlschrank liegen. Das heißt, wir müssen unsere Anstrengungen deutlich steigern, um die Menschen in Europa davon zu überzeugen, sich impfen zu lassen. Impfungen bedeuten Schutz, Impfungen bedeuten übrigens auch Freiheit. Der beste Beweis dafür sind die 250 Millionen Europäerinnen und Europäer, die sich ihr EU-COVID-Zertifikat heruntergeladen haben und sich damit auch frei bewegen. Das ist ein großer Erfolg. Europa liefert, und wir werden mit dem slowenischen Ratsvorsitz intensiv daran arbeiten, diese Erfolge zu vertiefen.

This is also true when it comes to our economic recovery. In recent weeks, we raised EUR 35 billion on the capital markets. They were massively oversubscribed. This will not only allow the pre-financing to be disbursed quickly, but this also demonstrates the profound trust investors have in Europe.

So now we are fully ready, and I know I can count on the Slovenian Presidency to approve as many national plans as possible before the end of July. The next six months will be crucial to ensure that Next Generation EU delivers on the transformation that Europe needs. We have now assessed 14 plans and there are many more to come. The good news is that Europeans are investing like never before in education and skills, in labour market reforms, and in affordable and energy-efficient housing. Just to give you some numbers, until now EUR 45 billion will be spent on education, upskilling and reskilling alone. We all know this builds the bridge into the labour market of the future for people who have to go through this transition with us. In addition, EUR 15 billion have been earmarked to increase the efficiency of public employment services, also crucial for the labour market. In other words, this time we will get out of the crisis together, we will modernise our economies and we will leave nobody behind.

This is what Europeans expect from us and the Slovenian Presidency: to work together, despite our differences, in order to deliver results for each and every European, and the Commission is ready to do that. But the way in which we leave this crisis behind is also linked to the question of trust – trust investors and businesses can have in good governance, trust that sound measures to fight corruption and fraud are in place, and trust in free media and independent courts. This is also important for European taxpayers because they ultimately finance the recovery.

Therefore I count on the Slovenian Government to continue the important work on the rule of law files. We will present our second edition of our rule of law reports in the coming weeks. In these reports, we scrutinise the situation in each and every Member State according to the same criteria. I look forward to the discussions of these reports, because our last meeting with leaders demonstrated how central values and the rule of law are, and tomorrow, in our debate on the last European Council, we will discuss how to best defend our values and the EU's financial interests.

Mesdames et Messieurs les députés, la Slovénie est aussi une passerelle vers les Balkans occidentaux. Je me félicite donc que la Slovénie, dans le cadre de sa présidence, souhaite mettre l'accent sur les relations de l'Europe avec cette région.

Je suis sûre que le sommet de l'Union européenne avec les Balkans occidentaux, qui se tiendra en octobre, enverra un message important aux pays concernés: le message qu'ils sont des partenaires stratégiques essentiels pour l'Union européenne. Et j'espère qu'avec la présidence slovène, nous pourrions dynamiser les processus d'adhésion de l'Albanie et de la Macédoine du Nord. C'est dans notre propre intérêt et c'est une question de crédibilité, parce que pour l'Europe, une promesse donnée doit être une promesse tenue.

Slovenia knows how important that is. In 2008, Slovenia was the first of the new Member States to take on the EU Presidency. Back then, 13 years ago, you, Prime Minister Janša, were serving as Prime Minister of your country for the very first time – and some might still remember the remarkable speech you held right here in the Hemicycle.

You reminded the Members of the European Parliament that people who were not born in the European Union have a very special relationship to our Union. You said, 'For us, the European Union is not something to be taken for granted. We are prepared to do everything to ensure that the European Union is preserved, developed and strengthened'.

To preserve, to develop and to strengthen our Union: this noble task is an obligation for all of us, in the next six months, and of course beyond. To preserve our values, values like diversity, the freedom of the media and the rule of law, to strengthen our resilience and to build a more sustainable Europe and to develop the tools our Union needs to be better equipped for the challenges that lie ahead.

For this task, Prime Minister Janša, you can count on me and on the Commission, and in this spirit I once again welcome Slovenia at the helm of our Union. Long live Europe!

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I also want to start with history. Tomorrow marks the 30th anniversary of the end of the so-called Ten-Day War with the signing of the Brioni Agreement under the political sponsorship of, what was still then, the European Community. Representatives from Slovenia, Croatia and Yugoslavia signed a declaration to end hostilities and to set the scene for the future relationships between the countries. The Slovenian War of Independence was the painful and bloody birth of the Slovenian Republic as we know it today.

In many other Member States the memory of how the European Union became the world's most successful peace project and global anchor of stability and democracy is not so fresh. In Slovenia it is. Thirty years ago it was Slovenia which benefited from Europe's political sponsorship. Thirty years later Slovenia is now in the political driver's seat itself and the Slovenian Presidency now has the chance to continue building the common European house with the experience and knowledge from its rich but often also difficult history in the heart of Europe.

The four priorities chosen by the Slovenian Presidency prove that Slovenia is ever about responsibility. Striving for facilitating the EU's recovery and reinforcing its resilience must be one of the top priorities. We must draw the consequences from the pandemic and its management as quickly as possible. Health projects, strategic autonomy to socio-economic consequences of the COVID pandemic for us as the EPP the headline is jobs, jobs, jobs. We need economic growth in Europe with digital and sustainable transition. For the Fit for 55 package the Slovenian Presidency can be a first bridge builder to bring the eastern centre, eastern European countries and the western countries together. On the big data biomedicine, on the digital services we have a lot of legislation in front of us where we count on the Slovenian Presidency to make Europe more resilient. The economic impact of the crisis – a EUR 60 billion loss of economic

growth and around 300 000 jobs – that is what we are talking about when we talk about jobs.

I also want to thank the Slovenian Presidency for picking up the migration task. It's not easy at all but Parliament is ready for making compromises. We have a common understanding about how to solve it and the Lithuanian development gives us a clear idea that the urgency is there.

A decisive question is on the Conference for the future of Europe. We had a successful kick-off but now we have to fill the conference with concrete content. Time is short and during the Slovenian Presidency we have 10 business panels, two conference panels and plenaries planned. That's why we count a lot on the success during the Slovenian Presidency. It's a presidency of listening to citizens in a way and then with the French Presidency, we have to conclude.

I am also happy that in all the speeches we heard for the moment, the rule of law was a key element. Together we in the European Parliament fought last year for implementing a binding rule of law mechanism. My party, the EPP, was, and will always be, a strong defender of the rule of law principle. Let me be very clear, any problem related to the rule of law is not an internal affair of a Member State, it is not just a problem for the Member State concerned, but a problem for all Europeans. And even more importantly, the rule of law should be a self-evident political principle especially in view of our common European history.

You know we have a lot of discussions going on on this subject. For me, one thing is clear and there, dear Prime Minister, I really ask you to help us, because the most urgent thing at this point is to make the European Prosecutor operational as quickly as possible, so that they can start their work. That's why this is an urgent demand to immediately nominate the Slovenian representative on this. But there are other discussions about media freedom. Some say we have a problem in Slovenia and other countries, others say we have a very critical press in Slovenia. Then we have the judicial discussion. Some say we have a formally independent judiciary, others say this is highly politicised. You know we had in the last days in Denmark a vote on the asylum law there and that means practically that in Denmark they are abolishing the right of asylum. Just imagine for a second if such a vote were to take place in Slovenia or in Hungary.

So, dear colleagues, what I want to say is that we have, with the rule of law, implemented the separation of powers. We are the legislator. We have the job of implementing the rule of law mechanism. But the assessment where the rule of law is under risk or not is then in the hand of the Commission and of the courts in Europe. And I really ask the Commission Vice-President Jourová to speed things up. I do not want to see any further reports about let me say, we are concerned, we are considering, maybe there is a problem – I want to see now an acting Commission, I want to see now a Commissioner that gives us a proper answer on whether we have a problem in Europe or not.

And finally, the Slovenian Presidency is also looking to the Western Balkans. I like this very much and the EPP is fully supporting this.

Let me close with a quote from the Slovenian author Žarko Petan, who was born in Ljubljana in 1929 and died in 2014. He said 'The present is the state between the good old days and the more beautiful future.' That is an extremely positive, optimistic spirit and this spirit is needed in Europe. So *Srečno Slovenija! Srečno Evropa!*

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, señorías, créanme si les digo que deseo todos los éxitos a la Presidencia eslovena, porque su éxito será el éxito de toda la Unión Europea. No me cabe duda de que Eslovenia tiene la capacidad y la experiencia para hacer un gran trabajo, siempre que usted, señor Janša, opte por la colaboración con este Parlamento, con la Comisión y con los principios fundamentales de la Unión.

Este Parlamento lo eligen directamente los ciudadanos y ciudadanas. Aquí ve usted representantes de muy diversas ideas políticas, y solo podemos servir a la ciudadanía si entre todos hacemos un esfuerzo por respetarnos y escucharnos. Solo llegando a acuerdos, sin renunciar nunca a los valores fundamentales de la Unión, podemos sacar adelante las leyes o políticas necesarias, como el Plan de Recuperación, la reforma de la política agrícola común o la adquisición de vacunas.

El Estado de Derecho es un elemento fundamental en esa cooperación. Y déjeme decirle que no es una buena señal lo ocurrido la pasada semana en una reunión que ustedes mantuvieron con la Comisión Europea para hablar del Estado de Derecho, reunión que se utilizó para atacar a la oposición de su país.

Usted sabe que el respeto es fundamental en nuestra tarea: respeto a la diferencia de opinión, para poder avanzar unidos en la diversidad —solo así se construye Europa—; y respeto por la verdad, protegiendo la libertad de prensa como un pilar indispensable para la democracia.

La presidencia semestral de la Unión coincide con el 30 aniversario de la independencia de Eslovenia, que ha sido un modelo de transición en un país con grandes capacidades y aportaciones al proyecto común. Con más razón este Parlamento tiene la responsabilidad de velar por que no se pierda ese legado.

No solo seremos vigilantes con el Estado de Derecho, la independencia judicial y la libertad de prensa. También tenemos la obligación de velar por el buen uso de los fondos europeos y, por eso, usted debería salir de aquí hoy con el compromiso de nombrar ya a un delegado o una delegada para la Fiscalía Europea. Usted ha advertido de los problemas en los retrasos de la justicia, pues en sus manos está poder resolver esta cuestión. Así que no espere a mañana para anunciar el nombramiento. Hágalo hoy, aquí mismo, y así dará tranquilidad a los eslovenos y a las eslovenas, y también a este hemisferio. Porque aquí lo que queremos es que nadie se quede atrás, en ningún lugar de Europa.

Porque estamos en esto juntos, el lema de la Presidencia lo dice: «Juntos. Resiliente. Europa». Eso es lo que queremos. Coincido con el enunciado de sus prioridades: recuperación y resiliencia, fortalecer el Estado de Derecho y los valores europeos. ¿De verdad se compromete con esto? En ese camino coincidirá con nosotros. Los socialistas europeos compartimos la prioridad de avanzar en la ampliación en los Balcanes Occidentales y esperamos que se puedan dar pasos significativos al respecto. Pero no se olvide de la reforma migratoria, que es urgente y debe ser solidaria, equilibrada y justa.

Y otra prioridad es el futuro de Europa: la Conferencia sobre el Futuro de Europa -lo aplaudo-. En septiembre por fin se organizarán los primeros paneles de ciudadanos y todas las voces deben ser escuchadas. Por cierto, ha hablado usted de cómo podemos mejorar la voz de Europa en el exterior. Yo se lo digo: acabando con la regla de la unanimidad.

Señor Janša, tiene la oportunidad de ejercer un liderazgo de servicio no solo para los dos millones de eslovenos y eslovenas, sino para 500 millones de europeos y de europeas. Es una gran responsabilidad. No la desaproveche, por el bien de su país y, sobre todo, por el bien de la Unión.

Malik Azmani, on behalf of the Renew Group. – Mr President, dear Prime Minister Janša, dear Commission President and dear colleagues, let me start by taking the opportunity to thank the Portuguese Presidency for the last six months. We now have a climate law, we can use our EU Digital COVID Certificate when we cross borders and we are working towards a real EU agency for asylum. Let's hope the next six months will be as productive.

The priorities mentioned by the Slovenian Presidency seem to give some hope. You will strive to facilitate the EU's recovery and reinforce its resilience. You want to reflect on the future of Europe, strengthen the rule of law and European values, and increase security and stability in the European neighbourhood. I think it is very easy to combine the latter three.

But I'm afraid, Mr Janša, that your track record at home means that we cannot take your words for granted. Why don't you start reflecting on the future of Europe by abiding by the rule of law, upholding our values yourself? Don't you think our internal security and stability would increase? Unfortunately, you seem to want to be part of a very sinister club that doesn't appreciate free media, that can't stomach the independence of judiciary or respecting LGBTIQ rights at all. A whiff of corruption, nepotism and fraud never seems to be far away from this club, you so desperately want to associate yourself with. You talk the talk, but you don't walk the walk Mr Janša. Even when you presented your priorities to the Commission last week you could not resist petty politics, talking down on judges and MEPs, our colleagues in the House, Mr Janša. I wish more Commissioners would have joined Frans Timmermans and would have left you standing there in self-pity.

Dear Prime Minister, you remind me of Vladimir Bartol when he wrote: 'Nothing is an absolute reality, all is permitted.' We all admire his work, but you Sir take it too literally.

Upholding the rule of law is an adamant reality for us. So please stop harassing journalists and judges. Stop appointing your political friends in the police force. And start appointing an EPPO prosecutor.

The Commission should have never approved your Next Generation EU money before an independent Slovenian prosecutor is added to the EPPO. We will ask the Council to make the Commission's wrong right and not approve your funds before this is done.

Dear Prime Minister, we do want to work with you. Renew does want to help you make this presidency a success. But we will do so based on the proof or your own words 'Strengthen the rule of law and European values'.

So please, show us you mean it, and you will find a helping hand in our Group. We want to work with you on the Fit for 2030 package. We want to finally start tackling the migration crisis. We want to work on the DSA and the DMA, and build a Health Union together. But none of this can ever work in a Europe that's lost its values, its core beliefs.

So, you need to drag yourself out of the darkness and into the light and you will meet us with open arms once you get there.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, an ever-accelerating climate crisis, the deterioration of the rule of law in Europe, a new turn in the pandemic with a very transmissible variant spreading: these are just some of the issues a new Presidency will have to face, and it will be more than enough for any.

But we are concerned about how willing the Slovenian Presidency is to take on those challenges. While we see unprecedented heatwaves and while the ocean is literally on fire, your Presidency will be in a position to start the negotiations on the climate package. You have a historic chance to help upgrade the EU's position from the recent insufficient climate targets and focus on a massive rollout of a green and socially just transition.

In your Presidency's priorities, however – and you mentioned exactly that just now in your speech – not only is such an ambition lacking, but you are even giving credit to false solutions. On the rule of law, Prime Minister Janša, you seem to have been following and taking a look into a course on illiberal democracy, and that is dangerous for the European values your Presidency is claiming to uphold. Smear campaigns and the intimidation of free media and civil society, and looking for scapegoats are not the acts we expect from a European government.

You have said that your Presidency's number one priority is resilience and recovery, and I think we both agree that the key to achieve this is a good and targeted use of the common European funds dedicated to the recovery that we so dearly need. I am therefore wondering, as are colleagues, why Slovenia is the only country in the entire European Union that has not yet nominated its prosecutors to the European Public Prosecutor's Office. What is the message that you are sending by interfering with judicial nominations? You've just said how important judicial independence is. Interfering with judicial nominations that are supposed to shed light on fraudulent use of public money in our union is rather strange to me with the rule of law being one of the priorities that you have set.

The Presidency is always a time when a country and its government are in the limelight. While a country as beautiful as Slovenia always deserves to be the spot of attention, I do have some doubts about how you and your government will represent the EU in the next six months. But I hope that you will prove me, and us, wrong. We are very much looking forward to cooperating with you because a successful presidency is indeed a success for the whole European Union, but it needs to be based on the common values and targets that we have all agreed and signed up to.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ID.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Janša benvenuto, mi permetto, anche se Lei è un politico sicuramente navigato, di darle un piccolo consiglio, vede questo è l'unico Parlamento nell'Europa democratica che nega la rappresentanza istituzionale alle minoranze; è l'unico Parlamento nell'Europa democratica che fa un cordone sanitario verso alcuni partiti solo perché hanno idee diverse. Quindi, sicuramente non dia corda a questi attacchi strumentali perché qui nessuno può dare lezioni di democrazia.

Fatta questa premessa, vorrei passare ai temi che spero verranno sviluppati nel Suo semestre di Presidenza, temi di cui Lei ha parlato. Ha fatto una riflessione sulla pandemia, la pandemia è stato un momento sicuramente devastante. Lei citava un'immagine di questi carri in fila e quest'immagine viene dalla città da dove provengo. Abbiamo sofferto tanto, però se c'è da guardare un lato positivo, abbiamo scoperto attraverso la pandemia che delle cose in Europa non andavano.

Lei ha toccato il tema dell'economia, ha ricordato che è stata l'Europa a inventare l'economia sociale di mercato. Però ci siamo accorti che questo modello forse non funziona in maniera corretta, se è vero, come dimostrano i numeri, che l'Europa è il continente che negli ultimi decenni è cresciuto di meno rispetto ai nostri competitor, sia economie già sviluppate come gli Stati Uniti, sia economie in via di sviluppo. È necessario un cambiamento radicale delle regole che governano il nostro modello di sviluppo socioeconomico.

Ha parlato anche dell'industria che è un tema importantissimo. Anche qui, con la pandemia, ci siamo accorti che il nostro modello non andava, che avevamo esternalizzato troppo, che eravamo troppo dipendenti da tecnologie sviluppate da altri paesi e anche qui apprezziamo e speriamo in una grande cooperazione tra la Sua Presidenza e il Commissario Breton che di idee buone ne ha messe sul campo.

Però esiste un problema e una contraddizione, perché Lei ha citato il settore dei semiconduttori, ma non possiamo sviluppare un'industria o recuperare il gap tecnologico che abbiamo con paesi terzi in alcuni settori, se non cambiamo le nostre regole sugli aiuti di Stato e quindi una necessità di cambiamento che spero sia al centro della Sua Presidenza e di questi sei mesi di politica.

In conclusione ancora vorrei fare un augurio. Sappiamo che su di Lei possiamo contare e nonostante questa fredda accoglienza che qualcuno Le ha dimostrato, io mi auguro che davvero questo sia un semestre di successo e che al di là dei fattori singoli dimostri che esiste un'alternativa che io considero migliore alla cooperazione europea rispetto a quella fallimentare che abbiamo visto negli ultimi anni.

È importante dimostrare che si può fare bene all'Europa, che si può costruire una buona cooperazione europea nel rispetto delle nostre diversità e nel rispetto delle nostre tradizioni e soprattutto nel rispetto delle nostre nazioni che, piaccia o no, rimangono il baluardo, il nucleo fondante e fondamentale delle nostre democrazie. Grazie ancora e in bocca al lupo.

Raffaele Fitto, *a nome del gruppo ECR.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente della Commissione, signor primo ministro Janša, la Sua Presidenza prende il via mentre la pandemia non è ancora terminata, con una situazione che sicuramente sta migliorando, ma il nostro continente nei prossimi mesi comunque dovrà affrontare sfide molto complesse e importanti al fine di uscire definitivamente da questa drammatica crisi.

L'eurorealismo che ho ascoltato oggi in molti dei Suoi passaggi credo possa essere un'ottima sintesi e una concreta occasione per l'Europa del domani affinché sia guidata da uno spirito di solidarietà e cooperazione tra i diversi Stati e popoli. Cooperazione e solidarietà spesso ostacolate da pregiudizi politici, che fanno venire meno rispetto e trattamento equo per tutti i paesi dell'Unione europea. In tal senso, ci rassicurano le Sue parole e il Suo approccio ai valori e ai principi fondamentali dell'Unione, compreso lo Stato di diritto. E a tal proposito mi sembra abbastanza strumentale la polemica sulla Procura europea sia per i tempi sia per le modalità con le quali viene messa in campo e soprattutto per i chiarimenti che Lei ha più volte abbondantemente indicato.

Il meccanismo di monitoraggio dello Stato di diritto deve operare in modo obiettivo e trasparente nel rispetto dell'uguaglianza degli Stati membri, non seguendo l'approccio che spesso è molto politicizzato e che utilizza meccanismi concordati a livello dell'Unione europea solo per punire opinioni diverse rispetto a quelle che vengono portate avanti da alcune parti politiche. Tutto questo, purtroppo, non fa altro che alimentare divisioni, discordie e sfiducia tra gli Stati e i popoli europei. L'obiettivo principale in questo momento che tutti noi dovremmo avere è assicurare un'Europa più forte e resiliente.

Contrasto alla pandemia, ripresa economica forte e duratura, integrità del mercato interno, interessi commerciali e autonomia strategica, ma anche sicurezza e difesa dei nostri confini per contrastare fenomeni come terrorismo, criminalità organizzata e immigrazione clandestina: su questi temi il nostro gruppo è pronto a collaborare guidati da pragmatismo e buon senso.

Diciamo sì alla difesa dell'ambiente, ma con il giusto compromesso tra la sostenibilità ambientale e la sostenibilità economica e sociale. È anche molto positiva, lo voglio sottolineare, la Sua attenzione sulla gestione dell'immigrazione illegale e sulla costruzione di un sistema di asilo funzionante. Accogliamo con favore la Sua particolare attenzione al tema dei Balcani occidentali, ma per fare ciò non dobbiamo dimenticare l'ulteriore importanza del vicinato orientale per garantire la pace e la stabilità in Europa.

Infine, questa Presidenza si ritrova nel momento clou dell'avvio della Conferenza sul futuro dell'Europa. La vostra Presidenza porterà avanti su questo tema un passaggio fondamentale e decisivo. Noi ci auguriamo solamente, senza entrare nel merito, che la Conferenza sul futuro dell'Europa non sia un'occasione per escludere, ma sia un'opportunità per includere e prendere in considerazione tutte le legittime diverse opinioni nello sviluppo di punti di vista comuni sulle soluzioni per il futuro dell'Europa.

Concludo, ribadendo che ho apprezzato il riferimento al dialogo, alla cooperazione, alla parità di trattamento come condizioni essenziali per migliorare le condizioni, il benessere e la sicurezza dei nostri cittadini. Il nostro auspicio, nell'augurare un semestre di risultati importanti, è che questo spirito possa concretamente guidare la vostra azione. Buon lavoro.

Martin Schirdewan, im Namen der The Left-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Nachdem die politische Rechte Sie in der Debatte jetzt doch sehr geschont hat, Sie selbst aber dafür bekannt sind, lieber mit dem Degen als mit dem Florett zu fechten, werde ich Ihnen die Freude einer politischen Auseinandersetzung nicht vorenthalten wollen.

Ihre Regierung übernimmt die Ratspräsidentschaft in einer für die EU schwierigen Zeit. Die EU kämpft noch immer mit der Pandemie und ihren Folgen. Und leider beginnt die Ratspräsidentschaft gleich mit einem Eklat, dem höheren Nachhallen beleidigender Aussagen: Einer der Vizepräsidenten der Kommission verweigert ein Gruppenbild. Am nächsten Tag geht ein anderer Vizepräsident dann mit Ihnen gemütlich wandern. Frau von der Leyen, manchmal frage ich mich: Was ist da eigentlich im Hause Berlaymont los?

Aber, Herr Janša, Sie haben viele Themen angerissen. Lassen Sie mich dennoch vor allem über Demokratie mit Ihnen reden. Ich denke, dass die slowenische Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, aus unabhängiger journalistischer Quelle informiert zu werden. Und dass Sie der unabhängigen Nachrichtenagentur die Förderung verweigern, ist ein politischer Skandal. Und auch wenn man nicht immer mag, was berichtet wird, muss man doch als Politiker Kritik aushalten. Und auch wenn Sie persönlich vielleicht Twitter als Verkündungsorgan bevorzugen – die Unabhängigkeit der Medien und die Pressefreiheit, Herr Ministerpräsident, sind in einer Demokratie unverzichtbar.

Ich denke auch, dass die slowenische Bevölkerung ein Recht auf das Funktionieren einer unabhängigen Justiz hat. Dass Ihre Regierung einige der Richterinnen im Land als politisch befangen darstellt, sagt vor allem etwas über Ihr eigenes Verhältnis zur Unabhängigkeit der Justiz aus. Und dass die Europäische Staatsanwaltschaft noch immer auf die Benennung der europäischen Staatsanwälte aus Slowenien warten muss und ihre Arbeit deshalb nicht aufnehmen kann, ist völlig inakzeptabel. Die Arbeit einer unabhängigen Staatsanwaltschaft z. B. gegen Korruption stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und in demokratische Politik. Ihre Weigerung untergräbt dieses Vertrauen.

Ich denke, dass Demokratie vom kulturreichen Meinungsstreit lebt. Die Verächtlichmachung der demokratischen Opposition führt zu einer Verrohung der politischen Debatte und Kultur. Die USA unter Donald Trump waren kein Vorbild demokratischer Kultur – ganz im Gegenteil: Sie sind uns Mahnung. Und die EU-Mitgliedstaaten, insbesondere aber eine amtierende Ratspräsidentschaft, sollten diesem Weg nicht folgen.

Ich denke weiterhin, dass Geflüchtete ein Anrecht auf Schutz in der EU und auf die Einhaltung internationalen Rechts haben. Das gilt für Slowenien genauso wie für jeden anderen Mitgliedstaat. Geflüchtete begrüßt man nicht mit Stacheldrahtzäunen und Fußtritten, sondern mit Mitgefühl.

Kurzum, Herr Ministerpräsident, ich freue mich, dass Slowenien Mitglied der EU ist und Sie jetzt die Ratspräsidentschaft innehaben und große Herausforderungen vor Ihnen liegen. Ich bezweifle aber, dass es unter den heutigen innenpolitischen Zuständen Mitglied hätte werden können. Sie können Ihre Ratspräsidentschaft dennoch nutzen, um zu helfen, die aktuellen politischen Herausforderungen zu bewältigen. Sie können die europäische Demokratie stärken, oder aber Sie setzen Ihren politischen Kurs fort. Dann werden Sie in uns Kritiker finden, die auch mit dem Degen zu fechten wissen.

Livia Járóka (NI). – Elnök Úr! Üdvözlöm az Európai Tanács soros elnöki székében Szlovéniát, Jansa miniszterelnök urat és a képviselőket.

We have talked from my heart in many of the areas and we share a lot of things together as I am a Hungarian MEP.

A járvány számos próba elé állította, ahogy Ön is elmondta, Európát. Közös jövőnkről, közös értékeinkről és a kihívásainkról végre őszintén kell beszélni, és nyílt, őszinte párbeszédet kell folytatnunk, nemcsak az életmódunk sokszínűsége miatt, amely erősíti az Unió közösségét, hanem amiatt is, mert a kölcsönös tisztelet és egyenlőség nem engedheti meg, hogy a kettős mérce legyen Európa zsinórmértéke. Köszönöm, hogy erre felhívta a figyelmet! Üdvözlöm az elnökség célkitűzéseit, számomra nagyon fontos a romaügy, az Európai Parlamentnek az egyik roma képviselője vagyok, és egy diszkriminált közösséget képviselek.

A számok sajnos nagyon tragikusak, főleg a Covid árnyékában, ezért nagyon fontosnak tartom, hogy az Ön soros elnöksége a jogállamisági mechanizmussal, a nemzeti és etnikai kisebbségekkel, a hátrányos helyzetűekkel, a szegényekkel, kiemelten Európa roma közösségeivel foglalkozzon, védelmüket, biztonságukat és esélyegyenlőségünket szolgálja a „rule of law” – nagyon fontos. Kérem, hogy a nemzeti romastratégiákat is jobban koordinálják, mert ez a fél év nagyon fontos lesz. Önöknek nagy tudásuk van kisebbségi és nemzetiségi csoportok integrálásában, és úgy gondolom, hogy az Ön feladata nagy, az elnökség feladata nagy, grandiózus, és ehhez sok erőt kívánok önöknek!

Janez Janša, *predsedujoči Svetu.* – Gospod predsednik!

Najlepša hvala še enkrat za besedo. Predsednik politične skupine Evropske ljudske stranke gospod Weber je na začetku spomnil vse nas, da se je Slovenija pred tridesetimi leti še borila za svobodo in demokracijo in da je natančno pred tridesetimi leti na današnji dan s pomočjo Evropske unije, takratne formacije, prvič bila deležna tretiranja kot mednarodnega subjekta na brionskih pogovorih.

Jaz se gospodu Webru zahvaljujem za to reminiscenco, bi jo pa uporabil zato, da bi dal še neko drugo primerjavo. Ko je Slovenija, kar 90 odstotkov Slovencev, glasovalo za samostojno državo, in ko smo potem šest mesecev kasneje to državo razglasili, za tisti naš korak ni bilo kakega velikega razumevanja.

Takratna Evropska unija, recimo en teden pred razglasitvijo samostojne države, je takratni Jugoslaviji odobrila 800 milijonov ekujev ugodnega kredita, zato da bi Jugoslavija ostala skupaj. Želeli so, da Jugoslavija ostane enotna in demokratična, Slovenci pa smo šli iz Jugoslavije, zato ker smo vedeli, da na demokratičen način Jugoslavija ne more ostati enotna. In je potem trajalo deset dni, da je svet spremenil mnenje in nas podprl. In brionski pogovori so bili prvi tak korak, ki je Slovincem potem vrnil upanje v Evropo, kajti, ko smo se mi osamosvajali, se nismo osamosvajali zato, da bomo otok sredi celine, ampak smo takrat, ko smo glasovali za samostojno Slovenijo, glasovali tudi za evropsko prihodnost. In podpora Evropski uniji je v Sloveniji še vedno med najvišjimi v Evropi.

Tako da, meni je žal, da je tukaj, v tej razpravi, bilo veliko bilateralnih vprašanj odprtih, kar se tiče delegiranih tožilcev, Slovenija je prostovoljno stopila v razširjeni mehanizem evropskega tožilstva, ne umikamo se iz njega. Prišlo je do zapleta zaradi naše notranje zakonodaje glede imenovanja dveh delegiranih tožilcev. Ministrica za pravosodje je odstopila, imamo novega ministra, ponavljamo postopek, kar se vlade tiče, ga bomo dokončali lahko do jeseni, nismo, ni pa vlada edini faktor tukaj, tukaj je svet, tožilski svet, ki ima v rokah del procedure, in je tudi od njih odvisno, kdaj se bo časovno to izteklo, ampak mi bomo opravili svoj del.

Prosim pa vse, da potem, ko bo ta organizem znotraj držav, ki sodelujejo, kompleten, skupaj prosimo potem še naše kolege iz Danske, Irske, Švedske, Poljske in Madžarske, da se tudi pridružijo, ker sicer bo zelo neverodostojno govoriti, da v neki državi so evropska sredstva zaščitena in njihova uporaba pod nadzorom, po državah, kjer pa sploh ne sodelujejo, pa kaj?

Torej, tu je treba uporabljati enake standarde. Mi smo podprli ta instrument, bomo v njem sodelovali. V interesu vseh nas je, da je investiranje evropskih, pa tudi nacionalnih javnih sredstev, čim bolj pregledno, čim bolj učinkovito, in da je okrog tega čim manj dilem, saj sicer razpadajo tudi, razpade tudi zaupanje, o katerem je govorila predsednica Komisije, v naše skupne instrumente.

Vse, kar ste tukaj govorili, je zame del razprave, ki je pač potrebna, tudi če se ne strinjamo. Predstavniki političnih skupin v tem Evropskem parlamentu ste pač izvoljeni od svojih volivcev, tako kot smo v nacionalnih parlamentih izvoljeni od svojih volivcev, zastopamo interese. Evropa je vse to, kar ste predstavili.

Jaz osebno pripadam določeni politični skupini, imam svoja prepričanja in vrednote, ampak v tem svojstvu, ko Slovenija predseduje Svetu Evropske unije, so zame vsa vaša stališča legitimna, enaka, so del demokratičnega procesa, na podlagi katerega ste bili izvoljeni v ta Parlament.

Ko smo se Slovenci borili za to, da prvič sploh svobodno glasujemo, takrat 90 procentov ljudi ni imelo pojma o tem, kakšna je razlika med krščansko, liberalno, socialno demokracijo, med konservativci, liberalci. Poznali smo samo razliko med svobodnimi volitvami in med sistemom, kjer vlada ena stranka. In v naravi človeka je, ljudi je, da imamo različne vrednote in da tekmuje s tem, in mi želimo, da se v razpravi o prihodnosti Evrope slišijo vsi glasovi, samo na tej podlagi bomo lahko našli skupne poti naprej.

Hvala vam za vse te prispevke v tej smeri.

Romana Tomc (PPE). – Spoštovani predsednik Sassoli, spoštovana predsednica von der Leyen, spoštovani premier Janez Janša.

Najprej iskrene čestitke, moja država Slovenija, za 30 let, za vse, kar si na tej poti samostojnosti doživela, preživela in obstala. Slovenija z ambicioznimi cilji in programom predseduje Evropski uniji v času, ko želimo od Evropejcev izvedeti, kakšna naj bo Evropska unija prihodnosti.

Slovenci smo se, kar zadeva prihodnost, vedno znali pravilno odločiti, tudi zato imamo samostojno državo. Želimo svobodo v najširšem pomenu in vladavino prava za vse. Želimo sodelovanje in želimo spoštovanje.

Slovenska vlada je v preteklem letu pokazala, da zna in zmore. Državo je z učinkovitimi ukrepi v času krize pripeljala med države, ki dosegajo zelo dobre napovedi in zelo dobre rezultate.

Enako, kot je vlada predana delu za Slovenijo, je slovensko predsedstvo odločeno, da pomaga Evropski uniji pri uresničevanju gospodarskih, socialnih, zdravstvenih, okoljskih, digitalnih in vseh drugih ciljev, ki so še pred nami. Ob tem pa je seveda nujno zavedanje, da Evropska unija nima prihodnosti, če bi jo vodili s preglasovanjem in izključevanjem, ter da smo v Uniji združeni narodi z različno preteklostjo in tudi različnimi pogledi na prihodnost.

Spoštovani predsednik, želim, da s svojimi izkušnjami in modrostjo pomagaš okrepiti sodelovanje, da s svojo vztrajnostjo spodbujaš k preseganju razlik in s predanostjo iščeš tisto, kar nas povezuje. Srečno pri tem tvojem drugem predsedovanju, za katerega ne dvomim, da ga boste skupaj z vso ekipo opravili z odliko. Srečno, Slovenija. Srečno, Evropska unija.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani plenum, spoštovani predsednik Parlamenta, predsednica Komisije, spoštovani predsednik slovenske vlade.

V Evropski uniji in v tej stavbi je Slovenija zadnjih 17 let pisala uspešne zgodbe. Evropski poslanci iz Slovenije smo promovirali zgledne slovenske projekte in prodorne slovenske ljudi. S ponosom.

Danes bi v tej dvorani želela čutiti ta isti ponos. Pa je kritik na račun moje države vsak dan več. Ugled Slovenije se je v času trenutne vlade žal zamajal in premnogi se sprašujete o naših vrednotah in evropski naravnosti.

Dragi kolegi, želim vam sporočiti, da dejanja in besede vedno našega predsednika ali posameznih ministrov niso tudi dejanja in stališča vseh naših ljudi. Raziskave javnega mnenja so jasne: velikanska večina Slovencev danes ne podpira smeri, v katero drvi naša država.

Ne podpirajo pogosto nespoštljive retorike, arogance, cinizma. Ne podpirajo posnemanja madžarskega ali poljskega premierja, pritiskov na medije, tožilstvo, neodvisne institucije. Ne podpirajo samoodločnega, samovoljnega odločanja mimo zakonov in ustave ali včasih pajdašenja s skrajno desnico. Ne bodo dopustili, da se na tak način spreminja značaj slovenske družbe.

Zato danes v Sloveniji vre. Odraz tega žalostnega političnega ozračja so bile tudi demonstracije danes pred Parlamentom. Ljudje ne dovolijo, da bi bili utišani, in zahtevajo spremembo. Želijo priložnost, da bi dokazali, da smo Slovenci odgovoren, zrel in samozavesten narod.

Upam, da bo predsedovanje ta priložnost, da bo državi, ljudem, vsem, ki se borimo za spoštovanje evropskih vrednot in norm, v prihodnjih mesecih vrnil ta ugled in ponos. Da bo Slovenija ob koncu predsedovanja deležna mednarodne pozornosti v slogu naših izjemnih Pogačarja in košarkarjev z Dončičem na čelu, ki te dni razveseljujejo svet z vrhunskimi športnimi podvigi.

Zato pozivam vas, spoštovani predsednik vlade, da Slovenijo zavoljo rasti demokracije, zaradi vsakega posameznika in blagostanja celotne družbe vrnete nazaj na pot dobrih, modernih, odprtih, prijaznih in spodobnih držav. V jedro zdrave Evrope, kamor spadamo. Med kritične, prizadevne in svobodomiselnje ljudi, kajti Slovenci to smo.

Stéphane Séjourné (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, Monsieur le Premier ministre, si je devais résumer le début de ce débat dans notre hémicycle par un mot, je dirais «dommage». Dommage, parce que d'un côté, à la lecture des priorités slovènes, je ne peux que soutenir un certain nombre d'éléments. Le travail sur la reprise économique, qui est indispensable pour notre marché intérieur, sur l'autonomie stratégique, qui est maintenant un objectif politique partagé par cet hémicycle et par l'Union européenne, la création de l'Union européenne de la santé: la Commission a énormément travaillé sur ces sujets et la crise du COVID nous a tous mobilisés. Accélérer les transitions numériques et les transitions écologiques, c'est le sens de l'histoire. La conférence sur l'avenir de l'Europe, Monsieur le Premier ministre, il faudra la porter politiquement, parce qu'il faudra nous réformer nous-mêmes pour être crédibles envers nos concitoyens.

Mais je dis dommage, parce que je distingue peut-être les priorités très constructives que vous avez évoquées, Monsieur le Premier ministre – et qui permettront d'ailleurs d'avancer sur tous les éléments –, et la situation politique d'un pays qui se revendique de plus en plus ouvertement illibéral.

Nous sommes inquiets et c'est dommage. C'est dommage pour ce débat, c'est dommage pour les priorités et pour le fait qu'on les parasite un petit peu avec des histoires internes, mais qui sont tout aussi importantes pour nous, puisque ce sont les valeurs européennes. Nous sommes inquiets de la campagne de haine contre les journalistes qui est relayée par le gouvernement, inquiets des tentatives de contrôle des services publics, inquiets aussi du signal envoyé par la Slovénie, qui n'a toujours pas nommé de magistrats pour le parquet européen – cela a été évoqué par l'ensemble des groupes politiques.

Monsieur le Premier ministre, nous soutiendrons peut-être, voire sûrement, vos priorités, mais nous resterons vigilants. Il faut donner des preuves, des preuves d'adhésion à l'Union européenne au moment où vous la présidez. En tout cas, nous vous soutiendrons dans la réussite de cette présidence pour les six prochains mois sur le fond, et nous serons vigilants quant aux valeurs européennes.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, let me congratulate the Slovenian people for the 30th anniversary of its independence, but let me also recall that there are still other European countries struggling to vote on our independence, struggling to exercise our right to self-determination, as you did 30 years ago.

Let me also hope that during your presidency, you can show that small, performing nations like Slovenia can take the helm in an efficient and constructive way. But in this crucial moment for the recovery of our economies and societies and for building a more resilient and cohesive Union, the last thing the EU needs is more division on fundamental values, entertaining conspiracy theories, or siding with those who put at stake the very values on which our Union is based, and which by no means are imaginary.

We cannot and we will not accept either double standards or relativism when it comes to fundamental rights.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Viči President

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, Monsieur le Premier ministre, chers collègues, la Slovénie vient de prendre pour six mois la présidence du Conseil de l'Union européenne. À mes yeux, le fait qu'elle soit un petit pays n'est pas un problème, car chaque État doit être respecté.

Je salue notamment sa position courageuse contre la politique européenne de relocalisation des migrants. Je suis d'accord avec sa première priorité, qui est de rendre l'Europe plus résiliente face aux crises, notamment aux crises sanitaires. Nous devons relocaliser la production des vaccins et des médicaments les plus essentiels en Europe pour ne plus jamais revivre la dépendance envers la Chine dont nous avons été victimes lors de la pandémie de COVID-19.

Je prends acte de sa seconde priorité, qui consiste à mener à bien les travaux de la conférence sur l'avenir de l'Europe. Hélas, je suis sans illusion sur leur issue. Nous aurons droit à une nouvelle offensive fédéraliste que le président Macron sera tout heureux de célébrer au printemps 2022, sauf si Marine Le Pen gagne l'élection présidentielle française et sonne le réveil des nations, ce que j'espère profondément.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, ik vraag het Sloveense voorzitterschap om verder te gaan op het elan van Portugal inzake handelsbetrekkingen.

De positieve resultaten van de EU-VS-top moeten uitgewerkt worden. Slovenië heeft naam en faam inzake artificiële intelligentie en is dus uitstekend geplaatst om de raad voor technologie op te starten.

Er moet ook een duurzame oplossing komen voor de staal- en aluminiumtarieven.

Verder reken ik erop dat onder dit voorzitterschap aan de Commissie een onderhandelingsmandaat verleend wordt om tot een afzonderlijk handels- en investeringsakkoord te komen met onze strategische partner India, en dit na acht jaar impasse.

Tot slot moet het internationale handelssysteem van de WTO weer op de sporen gezet worden, en dus moeten er concrete resultaten geboekt worden op de twaalfde Ministeriële Conferentie.

Het is tijd voor resultaten!

Pernando Barrena Arza (The Left). – Señora presidenta, para los que defendemos el papel de los Estados emergentes en la construcción de Europa, Eslovenia ha sido una referencia ineludible de proceso democrático, no violento y exitoso desde aquel diciembre de 1991 en el que consiguió su independencia. Los que aspiramos, como los vascos, a disponer de nuestro propio Estado en Europa, creemos que la independencia es la mejor manera de alcanzar la justicia social para toda nuestra ciudadanía.

Hoy debo decir con frustración que, treinta años después, Eslovenia ha iniciado una senda peligrosa que la lleva a la autocracia por medio de discursos y prácticas xenófobas y antieuropeas, ataques al Estado de Derecho y a la separación de poderes, la eliminación de derechos fundamentales bajo la excusa de la pandemia, el control de los medios de comunicación, un Estado policial y la persecución de partidos políticos legales, como también conocimos en el País Vasco. Su política antimigración contra el derecho de asilo y de devoluciones en caliente avergonzaría a todos los eslovenos que encontraron una nueva vida en los Estados Unidos o Argentina huyendo de la represión política y el hambre.

Solo vamos a pedirle que proteja los derechos humanos y los derechos civiles y políticos en Eslovenia, y que devuelva a su país el prestigio internacional de un pueblo que consiguió ser libre hace treinta años, señor Janša.

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, as far as policy is concerned, the programme of the Slovenian Presidency is solid material. But what I find disconcerting is the gap between what this document contains concerning shared values of the European Union and your recent implications, statements and actions in this regard as Prime Minister, Mr Janša. In this respect, thank you for invoking the historical process in which post-communist countries like yours and mine, Hungary, joined the European Union. Our citizens, first and foremost, opted for values such as democracy, rule of law, pluralism and transparency, values that are beyond ideology, not leftist liberal traits, as you and your best friend Viktor Orbán imply. These values are not subject to interpretation, not up for debate, they are absolute and constant. So please respect them.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, presidente Janša, deseo a Eslovenia todos los éxitos. No será una Presidencia sencilla, son muchos los retos que tenemos por delante.

Junto a la Unión Europea, la Presidencia alemana culminó con éxito obtener la vacuna para la pandemia; la Presidencia portuguesa consiguió tener al 70 % de la población europea inmunizada; y ahora tenemos el reto de reconstruir y recuperar todo lo que social y económicamente ha destruido la COVID-19.

La Presidencia eslovena tiene que asegurar que los fondos de recuperación se distribuyan de forma transparente, justa y proporcional entre todas las regiones. Esos fondos son propiedad de los europeos. Evitemos que se utilicen de forma discriminatoria, evitemos amiguismos y corruptelas.

El objetivo de esta Presidencia también debe ser proteger y promover el Estado de Derecho en Europa. El populismo y los nacionalismos siempre aprovechan los momentos de crisis para atacar. La pandemia ha tensionado extraordinariamente las costuras de nuestras democracias liberales. El Estado de Derecho, la independencia del Poder Judicial y la libertad de prensa son principios fundamentales de la Unión Europea.

En algunos casos, como en mi propio país, gobernado por el Partido Socialista, observamos asombrados como se traspasan los límites de la separación de poderes, cuestionando al Poder Judicial y otorgando privilegios extrajudiciales a cambio de apoyos políticos. Debemos tener claro que en España, como en cualquier rincón de Europa, garantizar la igualdad y la unidad pasa inexorablemente por defender y fortalecer el Estado de Derecho. Sin él, sin el imperio de la ley, no se pueden garantizar ni la igualdad ni la libertad. Y la concordia y la convivencia no son posibles sin justicia.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, noi veniamo da mesi di Presidenza in cui, grazie all'impegno del primo ministro Antonio Costa e della Cancelliera Merkel, abbiamo portato a casa risultati importanti per l'Europa.

Adesso arriva il turno della Slovenia e allora, nell'augurarle buon lavoro Presidente Janša, non possiamo però non ricordarci di quando, solo meno di un anno fa, insieme a Polonia e Ungheria, si opponeva all'introduzione della condizionalità dello Stato di diritto per il bilancio dell'Unione, un atto che ha rischiato di far saltare l'intero piano Next Generation EU con cui, insieme, l'Europa ha voluto dare una risposta a famiglie e imprese colpite dalla crisi economica. E proprio grazie a quel piano di rilancio storico, oggi possiamo guardare al futuro con speranza.

Abbiamo davanti tante sfide: uscire dalla pandemia con l'Unione della salute, avviare la rivoluzione verde e digitale, l'autonomia strategica dell'Unione. Ma tutto questo, al di là delle priorità della Sua Presidenza che condividiamo, deve avvenire nella consapevolezza che l'Unione europea è una comunità di destino e dentro a un quadro di valori condiviso.

E allora vorremmo sapere da Lei se la Sua Presidenza ha davvero intenzione, come Lei ha detto, di porre lo Stato di diritto in cima all'agenda politica e se Lei oggi ha ancora intenzione di seguire Ungheria e Polonia nella cosiddetta carta dei valori sovranisti o se pensa di costruire, anche per i Suoi cittadini, un'Europa più integrata, più unita, più solida e solidale.

Chiederle da che parte vuole stare significa sapere se la guida dei prossimi mesi sarà adeguata alle sfide epocali che l'Europa ha davanti, come lo sono state le presidenze precedenti e come noi sinceramente ci auguriamo.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, I would like to thank the Prime Minister for setting out an inspiring vision. Europe is indeed facing formidable challenges and as we are still struggling with the pandemic we're already facing the climate crisis which will be infinitely bigger than the COVID crisis. So we need a strong and united Europe more than ever. But the European Council is paralysed, unable to find a common response to migration, to Putin or Zuckerberg, and most importantly, it allows the deep rule of law crisis to fester, to eat away the foundations of our community of values.

Mr Janša, this House has expressed grave concerns about your attitude towards these values. There are no misunderstandings, as you call it. Attacks on journalists of free media, pressure on the judiciary and your interference in the nomination of a prosecutor to the EPPO are intolerable, so your claim to leadership on the rule of law agenda is not very credible. And it's great to hear my colleague Mr Weber champion the rule of law, but I'm a bit tired of the EPP lip service to the rule of law. Both in Parliament and in the Commission your inaction is complicity.

Mr Janša, the European Parliament rule of law monitoring group will gladly take up your invitation to visit beautiful Slovenia for a fact-finding mission in October. And I would also like to use this opportunity to give you a little reminder: in March, when we met online, the rule of law monitoring group of this House addressed a series of questions to you regarding the situation in Slovenia, and unfortunately we have not received an answer. I realise that you're very busy, so I use this opportunity for a little reminder. For your convenience I have brought a paper copy of the questions which I will leave in your trusted hands; I'm looking forward to a prompt answer.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, Herr Premierminister, meine lieben Kollegen! Ich erinnere mich: 1991 sahen wir als frisch Wiedervereinigte in Ostdeutschland, wie die jugoslawischen Panzer in Slowenien einrückten und auf die Straßensperren schossen, die von Lkw-Fahrern aufgebaut waren. Es freut mich, dass Sie als damaliger Kommandeur und Verteidigungsminister heute hier sitzen.

Herr Premierminister, ich kann Ihnen versichern, Sie kämpfen gegen denselben Geist in Ihrer Politik, damals wie heute. Diejenigen, die Sie kritisieren, sind oft die Nachfahren derjenigen, die die slowenische Unabhängigkeit und Freiheit auch 1991 bekämpft haben. Deshalb freue ich mich, Ihnen zu sagen, dass unsere Gruppe Sie unterstützen wird. Sie haben ein sehr ausgewogenes und moderates Programm Ihrer Präsidentschaft vorgelegt. Das ist das, was Europa braucht: rationale Politik statt moralischer Hybris. Ich glaube, wir tun alle gut daran, Freiheitskämpfer, die ihre Demokratie selbst erkämpft haben, nicht über Freiheit und Demokratie zu belehren.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, един от приоритетите на словенското председателство без всякакво съмнение ще бъде разширяването на Европейския съюз към Западните Балкани. Ние, разбира се, подкрепяме с цялото си сърце такава интеграция. Аз лично смятам дори, че и Република Албания, и Черна гора могат да бъдат пълноправни членове на Европейския съюз, както се казва – незабавно.

Това обаче, което ме притеснява, е положението в Република Северна Македония. Вие прекрасно знаете, а ако не знаете, ще ви напомня, че в тази държава все още продължават да бъдат нарушавани човешките права: местни македонски граждани, които се самоопределят като българи, са преследвани от полицията, тормозени, глобявани за своите убеждения. Продължава езикът на омразата срещу българите и всичко българско в Северна Македония, продължава нарушаването на правата.

Когато говорим за натиск и когато виждам тука, че колеги се опитват да оказват натиск върху България, не е ли лицемерно да се премълчава нарушаването на човешките права, злоупотребата с позицията на правителството на Северна Македония, опитът да бъде очернена България по всякакъв начин, включително чрез платени публикации във вашите средства за масово осведомяване?

Да, разбира се, че трябва да има разширяване, но Република Северна Македония трябва да осъди комунистическото си минало, трябва да прекрати насилието над български граждани и нарушаването на човешките права на българите в Македония.

Βαγγέλης Μεϊμαράκης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, σε αυτήν την κομβική συγκυρία για το μέλλον της Ευρώπης, ο ρόλος της ολοβενικής Προεδρίας του Συμβουλίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι καθοριστικός και εύχομαι καλή επιτυχία.

Πρέπει να συντονίσει την εκμετάλλευση και την εκταμίευση των κονδυλίων του Ταμείου Ανάκαμψης προς τα κράτη μέλη, αλλά και να αντιμετωπίσει τις πολυεπίπεδες προκλήσεις που καλείται να αντιμετωπίσει η Ευρωπαϊκή Ένωση σε βασικούς τομείς της εξωτερικής πολιτικής, και βέβαια στους τομείς της προστασίας του κράτους δικαίου και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Ιδιαίτερα στην περιοχή των Δυτικών Βαλκανίων, που θα αποτελέσουν βασική προτεραιότητα της ολοβενικής Προεδρίας, όπως είπε ο κ. Πρωθυπουργός, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να ενισχύσει τον ρόλο και την επιρροή της, ώστε να αποτρέψει δυνάμεις που παρεκκλίνουν από τις ευρωπαϊκές αρχές και αξίες, να αυξήσουν τη σφαίρα επιρροής τους. Τα Δυτικά Βαλκάνια, τα οποία ανέκαθεν χαρακτηρίζονταν από αστάθεια και πολιτικές ανακατατάξεις, μπορούν να έχουν προοπτική και οικονομική ευημερία μόνο μέσα από την ένταξή τους στο ευρωπαϊκό πλαίσιο. Και βέβαια θα έχει οφέλη και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Απαραίτητη προϋπόθεση όμως πρέπει πάντα να είναι σεβασμός των κανόνων που διέπουν το ευρωπαϊκό οικοδόμημα, η αρχή της καλής γειτονίας και η πιστή και αυστηρή τήρηση των διεθνών συμφωνιών.

Αξίζει να σημειωθεί ότι η ολοβενική Προεδρία συμπίπτει με την έναρξη της Διάσκεψης για το μέλλον της Ευρώπης, που είναι μια θεμελιώδης διαδικασία για τον επαναπροσδιορισμό των σχέσεων της Ευρώπης με τους Ευρωπαίους πολίτες.

Mohammed Chahim (S&D). – Madam President, as a Parliament, it is very important today to send a clear message to this Presidency. We need to continue to work together to make sure that our European strategic plans, like the European Green Deal, do not get delayed. We simply cannot waste time.

Dear Prime Minister, I urge you to make the European Green Deal and the Fit for Climate Package, as they say in German 'Chefsache'. This package will assure that we significantly decrease our carbon footprint and show the world we have realistic plans that can inspire us all. We need to focus on the long-term successes we can achieve instead of the short-term profits. We need to transform our industry, making it the most sustainable and most competitive in the world. Create future-proof jobs and decrease our dependency on foreign fossil fuels. We need jobs, new jobs in east, south, north and western Europe.

Next to this, another important task, as you mentioned, in your Presidency Programme and also related to this, will be the preparation of the COP 26 in Glasgow, a 'make or break' COP. We need a strong European presence. We need high ambition, and we need to make sure that the national contributions meet and match the Paris Agreement.

Dear Prime Minister, everyone can make a promise, but it takes leadership to take action and action is what we need. Thank you and the very best of success.

Klemen Grošelj (Renew). – Gospa predsedujoča!

To, da Slovenci verjamemo in upamo v Evropsko unijo, kot smo pred desetletjem in več, ni dvoma. Javno mnenje kaže, da več kot dve tretjini še vedno upa in pričakuje, bom rekel, še več od Evropske unije kot tedaj.

Nisem pa prepričan, da je to več enak tistemu, katerega zagovarjate vi in aktualna vlada, gospod predsednik. Zakaj dejanja vaše vlade tega žal ne odsevajo. Milo rečeno so vaša dejanja in pričakovanja javnosti diametralno nasprotna. Tega žal tehnična raba tem predsedovanja ne morejo skriti.

Prihodnost ni pogojena samo s tehničnim napredkom, ampak je ključno vprašanje, na katerih vrednotah in idejah bo ta tehnološki napredek temeljil. In to je in bo bistvo razprav o prihodnosti Evropske unije.

Vprašanje, čeprav zame ni dileme, ali Slovenke in Slovenci delijo z vami vašo vizijo? Javno mnenje zopet tega ne kaže – vizijo glede vladavine prava, odnosa do medijev, do svobode medijev, napade na novinarje ter izčrpavanja javne tiskovne agencije. Dvomim, da deli to vizijo tudi večina Evropejcev.

Zato bo to predsedovanje zaradi naštetega in tudi že povedanega v današnji razpravi žal vsebinsko precej prazno. Žal so med pričakovanji razlike med pričakovanji ljudi in evropskimi vrednotami na eni strani ter izhodišči vaše vlade, prezeva velik prepad, ki na teh netehničnih, a ključnih vprašanjih, kot so vladavina prava, svoboda medijev in še bi lahko našteval, onemogoča napredek.

Kot rečeno, prihodnost EU ne temelji le na tehnično tehnoloških rešitvah, ampak predvsem na vprašanjih vrednot, na katerih bo temeljil napredek. In tu ima vaša vlada velike, dokazane težave. Imenovanje delegiranih tožilcev je le samo ena zgodba med njimi.

Govoriti o dvojnih merilih in različnih razumevanjih vladavine prava je tudi odsev tega. V EU imamo Sodišče Evropske unije, imamo sodišče o človekovih pravicah, imamo Beneško komisijo, ki jasno, neodvisno s sodbami in s svojimi odločitvami postavljajo normativni okvir vladavine prava. Če temu države članice ne sledijo, to ni vprašanje razumevanja vladavine prava, ampak vprašanje spoštovanja vladavine prava.

Zato z dolžnim spoštovanjem gospod predsednik, v dobro Slovenije in EU upam na predsedovanje, ki bo omogočilo napredek. Pri tem pa tudi upam, da bo pustilo čim manjši, še bolj pa upam na vaš nikakršen ideološki pečat na EU in njegovo prihodnost. Za Slovenijo tega pač ne morem pričakovati, lahko le upam na demokratično spremembo.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wśród celów prezydencji słoweńskiej dwa zwróciły moją uwagę. Jeden bardzo zaniedbywany, to jest kwestia negatywnych trendów demograficznych w Europie, które prawdopodobnie rozstrzygną o jej przyszłości. Drugi cel, głośno poruszany od paru lat, to praworządność.

Prezydencja słoweńska obiecuje nam równość kryteriów dla wszystkich. Można założyć, że ta prezydencja dobrze rozumie dotychczasowy brak takiej równości. Chciałbym jednak zapytać, czy równość ta dotyczyć będzie także Komisji Europejskiej i innych instytucji unijnych. Przedwczo 29 niemieckich konstytucjonalistów skrytykowało Komisję Europejską za wszczęcie postępowania w sprawie naruszenia traktatowego w związku z wyrokiem Federalnego Trybunału Konstytucyjnego. Zarzucają Komisji, że podważa zasady integracji europejskiej, działa niezgodnie z zapisami Traktatu o Unii Europejskiej, naruszając prawa państw członkowskich.

Jak widzimy, próby stosowania równości kryteriów mogą prowadzić do niespodziewanych odkryć dokonywanych poniewczasie, również przez konstytucjonalistów niemieckich.

Tomas Tobé (PPE). – Madam President, it is evident that the current migration policies do not work for anyone, not the people in right of asylum, not for our Member States and not for our citizens. We are now at a crossroads. Either we continue causing further division between Member States with internal borders within our Union, or we move towards a more responsible and harmonised common European approach to migration.

The decision should be easy. The political deadlock cannot continue. We need to move forward. Prime Minister Janša, I urge you to find a pragmatic way forward, try to unite the Member States on a common position that will stop irregular migration, prevent secondary movement, stop the deaths at the Mediterranean Sea and rebuild trust that the European Union can deliver on migration.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Kommissionen, premiärministern. I mars presenterade kommissionen sin årsrapport för jämställdheten i EU. Rapporten förklarar att pandemin har förvärrat den bristande jämställdheten på nästan alla områden i livet, både i och utanför Europa. Resultaten som rör jämställdhet som uppnåts genom många års hårt arbete har omintetgjorts. Ja, precis så skriver kommissionen.

När jämställdheten går bakåt påverkar det både kvinnors och flickors grundläggande rättigheter. Det påverkar också EU:s ekonomi och förutsättningarna att bygga ett starkt och hållbart Europa.

Men det är inte bara jämställdheten som påverkats. Runtom i Europa ser vi hur våra grundläggande rättigheter, vår demokrati och våra gemensamma värderingar attackeras. Det senaste, Ungerns nya lag som kränker hbtqi-personers rättigheter, är ett skrämmande exempel. EU:s värderingar, vi känner dem så väl, kännetecknas av inkludering, tolerans, rättvisa, solidaritet och jämställdhet.

Ja, Europa befinner sig i en kritisk tid och vi har inte råd att sätta någon av dessa frågor på paus. Så när Slovenien nu tar över ordförandeskapet måste därför arbetet för jämställdhet, rättsstatens principer, demokrati och våra gemensamma värderingar fortsätta. Och det, det vill jag höra att premiärminister Janša står upp för.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani premijeru Janša, kolegice i kolege, u vrijeme strelovitih promjena u Europi, 30 godina od slovenske neovisnosti, vaše predsjedanje ima odgovornost usmjeriti europski kurs prema zajedničkom oporavku.

Drago mi je da, kao izvijestitelj Parlamenta, zajedno s Vijećem, pod slovenskim predsjedanjem, imam priliku sukreirati europski proračun za 2020. Proračun kojim političke deklaracije moramo pretvoriti u konkretne mjere, mjere daljnje digitalizacije Europe, uz razvoj i odgovornu primjenu umjetne inteligencije, jačanje zdravstvene unije, podrške zemljama zapadnog Balkana te gradnji sigurnog okruženja što uključuje i osnaživanje schengenskog područja. Ove prioritete možemo ostvariti jedino zajedno, usmjereni na budućnost, suradnjom na zajedničkim ciljevima, s ciljem da ni jedna regija, nijedan sektor, ni jedna generacija ne ostaju zapostavljeni.

Program predsjedanja pokazuje da Slovenija to razumije. Slovenija ima kapacitete za provesti to i zato vam želim puno uspjeha u sljedećih šest mjeseci na zajedničkom radu na zajedničkim ciljevima.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, Monsieur le Premier ministre, les débuts de la présidence slovène de l'Union européenne sont pour le moins houleux. Monsieur le Premier ministre, vos propos calomniant des eurodéputés, mais aussi des juges et des journalistes, ont choqué l'Europe entière, vous le savez. J'entends bien volontiers que, comme vous le dites vous-même, l'Union européenne rassemble des pays aux traditions différentes, aux cultures différentes, qu'il y a des différences qui doivent être prises en compte et respectées.

Mais je voudrais rappeler ici qu'il y a aussi un socle commun que sont les valeurs européennes, celle du respect des normes démocratiques, celle du respect des droits fondamentaux de chaque individu – et ce, quelles que soient ses orientations politiques, religieuses ou sexuelles, quelle que soit sa couleur de peau et qu'il soit homme ou femme. Il ne peut pas y avoir de compromis avec le respect des droits fondamentaux et cette nouvelle présidence ne saurait être une excuse, chers collègues, pour fermer les yeux face à des comportements qui, je le répète, ne sont pas acceptables au moment de cette nouvelle présidence.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, I would like to welcome Prime Minister Janša back to the European Parliament.

The people of Slovenia have achieved so much in the last 30 years. Slovenia joined the European Union, Slovenia was the first member of the new EU Member States to become a member of the euro area, and today Slovenia is a member of the Schengen area. The people of Slovenia enjoy all of the benefits of the European Union. They can choose where they work and where they travel – freely all over the European Union – and the young people of Slovenia can study everywhere in the European Union. More than 25 000 young Slovenians so far, through Erasmus scholarships, have discovered Europe and studied in other Member States of the European Union.

Today, Slovenia is at the heart of all decisions made at European level. Colleagues from Slovenia here in the European Parliament, together with us, are making decisions for the whole European Union and also for the best of Slovenia. In the last months, we have also made decisions together on vaccines which have helped us to overcome the pandemic. Together we have implemented the Recovery and Resilience Facility, which will help modernise electricity and the railways and help tourism in Slovenia. It will help digitise the Slovenian economy, renovate buildings and have many other concrete benefits.

On this note, there is a lot for us to do together in the next months. Good luck to Slovenia for the Presidency in the spirit of EU values.

Marek Belka (S&D). – Madam President, I perceive the role of the presidency to be to guide us through political and economic challenges we might face in the EU. The voice of the presidency should give a certain shelter from storms, such as huge divisions between countries.

The programme of your presidency on paper gives hope that the most crucial topics are addressed. You want to guide our community through a crucial economic recovery process. You plan to discuss with us the future of Europe, helping us understand what we want and expect. You aim to address our global position with a focus on ensuring security and stability in our neighbourhood. These points, I have to say, gain my full support.

Still, there is one thing that is non-negotiable: our fundamental values of which the rule of law is core. The rule of law is about making all citizens feel safe, maintaining and strengthening the freedom of the press, respecting the rights of minorities, and ensuring a fair process to every citizen. Sure, no country is perfect in this respect, but the recent years have started to create a division between the Central European States and the rest. It is your chance, Prime Minister, to prove that this is not the case. Please address the breach of the rule of law in the EU. Do not ignore any country that might undermine our common values, including your own country.

Milan Zver (PPE). – Spoštovana gospa predsedujoča, spoštovani predstavnik Komisije, gospod Šefčovič, spoštovani predsednik Janša.

Najprej hvala predsedniku Janši za predstavitev programa predsedovanja. Jaz mislim, da je dokaj uravnotežen. Na eni strani imamo nekaj pomembnih, močnih točk, ki se dotikajo vprašanja varnosti, zlasti kibernetike, na drugi strani pa so politike in naloge, ki nas čakajo zlasti pri digitalnem in pa zelenem prehodu.

Vendar ni veliko časa, da bi govoril o programu, raje bi se dotaknil ali pa odzval na nekatera stališča kolegice Fajonove in kolega Grošlja in še nekaterih drugih, ki postavljajo slovensko vlado, predstavljajo kot nedemokratično, neučinkovito in podobno.

Dejstva vas negirajo. Kadar je bila slovenska desnosredinska vlada, zlasti vlada gospoda Janše, na oblasti, je v Sloveniji bila najvišja gospodarska rast, najmanj brezposelnih, socialna država najmočnejša, celo nataliteta je bila v tistih časih bistveno višja.

Ampak, če vas ta dejstva, ti fakti ne prepričajo, naj povem, da je v Sloveniji tudi indeks medijske svobode bistveno višji v času Janševe vlade in je bil tudi indeks demokracije v Sloveniji bistveno višji v času desnosredinskih vlad.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, dear Prime Minister Janša, honourable Members of the European Parliament, as we all discussed this morning, I think it's absolutely clear that the next six months will be decisive. Prime Minister, by the end of your Presidency we will know how successful we were in combating the COVID-19 crisis. We will know how we managed to kick-start our economies. We will also have our first experience in implementation of our Recovery and Resilience (Facility) plans. And we will know how far the Presidency managed to bridge over the differences, which I'm sure we will have to take care of after the proposals of Fit for 55.

We would also know what would be the key messages our fellow Europeans will be signalling to us through the debates under the Conference on the Future of Europe. And I'm sure that one of the key messages we will get from them will be the message of trust. Trust our fellow Europeans want us to consolidate vis-à-vis their future, the future of Europe. They would like us to see how we can consolidate further trust in democracy, in free media, in full respect of the principle of non-discrimination, but also in transparent governing, independent courts and the rule of law.

And I would like to use also these concluding remarks to reassure all the honourable Members that the Commission will present the second edition of our Rule of Law reports in the coming weeks. And I can assure you that the situation in each and every Member State will be scrutinised according to the same criteria.

We in the European Commission look forward to discussing these reports, be it here in this House or in the General Affairs Council, where I can assure you that these debates are very detailed and very, very intense.

To conclude, I really would like to thank you Mr Prime Minister, for highlighting the importance of the Western Balkans for the European Union. We hope that during your Presidency, we will not only send a strong signal to our strategic partners from this region, but that we will be able to start accession processes for Albania and North Macedonia. We all know how important and how fair this step would be.

So, Mr Prime Minister, good luck with the Presidency and let's have the best possible results in the next six months, because we know that Europe needs it.

Janez Janša, *predsedujoči Svetu*. – Gospod predsednik!

Najlepša hvala za podana stališča. Ponovno hvala tudi nemškemu in portugalskemu predsedstvu, ki ste ga mnogi omenjali. Dejansko je bilo opravljeno veliko delo in to v težkih razmerah.

V času, ko je bila epidemija, in v času, ko se preko ekranov ni dalo dogovoriti stvari, ki se običajno dogovorijo na fizičnih sestankih, in je bilo potrebno veliko dodatnih naporov, ki sta jih vlagala tako nemška kanclerka Angela Merkel kot portugalski predsednik vlade António Costa. Zelo dobro smo sodelovali, zaradi tega je lahko slovensko predsedstvo nadaljevanje izvajanja programa tria, ki je logičen, in hvala vsem, ki ste ga v teh nastopih podprli.

Hvala vsem, ki ste, hvala tudi vsem, ki ste v teh nastopih omenjali Slovenijo in reminiscenco za čase pred 30 leti. Zdaj, ko smo Slovenci proslavljali našo ključno odločitev v zgodovini skupaj s predsedniki oz. predstavniki vlad vseh sosednjih držav, s predsednikom Evropskega sveta, ki je bil takrat pri nas, smo se spomnili velikanske razlike med časom pred tridesetimi leti in med časom zdaj, ko živimo v Evropski uniji, ko so vse naše sosednje države članice Evropske unije, ko imamo pred sabo kot narod prihodnost, kakršne še nikoli nismo imeli, mislim na dobro prihodnost, in smo ob tem tudi izražali hvaležnost.

Slovenija je danes peta najbolj varna država na svetu, smo deveti po trajnostnem razvoju. Trenutno imamo eno najvišjih gospodarskih rasti, kljub pandemiji v Evropi, imamo nižjo brezposelnost kot v času pred epidemijo. Gospodarska rast za letos in za prihodnje leto, ki je napovedana s strani Evropske komisije, je ponovno rekordna in Slovenija, mislim, da ima v Evropski uniji enega najnižjih, če ne sploh najnižji, indeks socialne neenakosti. Torej, ponosni smo na to, kar smo dosegli v teh tridesetih letih.

V Evropsko unijo smo stopili zato, da se združujemo, in ne zato, da se delimo. Slovenci smo živeli v neki državi, ki je bila večnacionalna, ki je bila nekakšna federacija, socialistična federacija, kjer ni bilo demokracije in visokega standarda spoštovanja človekovih pravic, vendar je ta država nekako obstajala, dokler se republike in narodi v tej državi niso začeli deliti na tiste, ki so bolj pridni, in na tiste, ki so manj pridni, na tiste, ki so bolj jugoslovanski, in na tiste, ki niso toliko jugoslovanski. In potem je ta država razpadla. Mi ne želimo, da se podobne delitve ustvarjajo znotraj Evropske unije.

Vrednote, vrednote, ki so zapisane v Lizbonsko pogodbo, so skupne vrednote. Pogajal sem se za te vrednote. Bil sem takrat član Evropskega sveta. V času našega prvega predsedovanja je bila ena od naših prioritet čim hitrejša ratifikacija Lizbonske pogodbe s temi vrednotami in natančno vemo, o čem govorimo, in te vrednote so tudi temelj obstoja Evropske unije, vendar moramo imeti do njih uravnotežen odnos. Ne moremo enkrat iz te košarice vrednot potegniti eno in jo narediti za absolutno in drugič neko drugo, kar pač ustreza neki trenutni politični situaciji.

Vladavina prava je ključna. O tem smo govorili prej, ampak pri tej vladavini prava moramo na koncu imeti neodvisno sodišče, ki odloča. Enako, svoboda medijev. Vse to, kar je bilo rečeno v zvezi s svobodo medijev v Sloveniji, no, oprostite, zadnji novinar, ki je bil v Sloveniji zaprt zaradi svojega pisanja, stoji pred vami. Trenutno ni nobenega, nobene represije v Sloveniji nad mediji ali nad novinarji, gre za pač prenašanje političnih zdrah iz slovenskega parlamenta v Evropski parlament.

Na koncu želim poudariti predvsem naslednje: močno upamo, da prioritete, ki so predstavljene, dejansko predstavljajo prehod prioritet ali koncentracije, strateške koncentracije, Evropske unije na prihodnost, na izzive, ki so pred nami, da bomo v tem času sposobni narediti tudi refleksijo.

Nekaj mesecev nazaj sta dve svetovni velesili poslali svoje drone na Mars. Združene države in Kitajska. Pred petdesetimi leti je imela milijardna Kitajska manjši bruto domači proizvod kot Nizozemska. Letos je Kitajska poslala dron na Mars, ne Evropska unija. Malo se zamislimo nad potenciali, ki jih imamo, in kako jih izkoriščamo, in se usmerimo na prioritete.

Torej, Slovenija bo resno delala na prioritetah, hvala vam za podporo, hvala Komisiji za izjemno konstruktivno sodelovanje pri vseh konkretnih korakih, ki jih delamo v smislu uresničevanja teh prioritet.

Ko smo se Slovenci odločali za samostojno državo, smo se odločali tudi za evropsko pot in se bomo tudi naprej borili za to, da bo Evropa čim bolj cela, čim bolj svobodna, čim bolj prostor spoštovanja temeljnih človekovih pravic in temeljnih političnih svoboščin. Močna, tako da bo lahko prostor svobode in spoštovanja človekovih pravic širila tudi v svojo sosesčino, in mislim, da govorim v imenu velikanske večine svojih sodržavljanov: to je eden od ciljev, za katerega smo Slovenci delali doslej in smo pripravljeni delati tudi v prihodnje.

President. – Thank you, Prime Minister Janša.

The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Polska popiera priorytety rozpoczynającej się prezydencji słoweńskiej dotyczące obecnych wyzwań, w szczególności w kontekście ożywienia po pandemii Covid-19 i złożonej sytuacji międzynarodowej. Prace nad odpornością i przygotowaniem do ewentualnych przyszłych kryzysów są, w naszej ocenie, kluczowe. Z perspektywy Polski szczególnie ważne będą prace nad pakietem dot. klimatu i energii „Fit for 55”. Naszym zdaniem, do kluczowych elementów pakietu należą m.in.: rewizja ETS; cele wspólnego wysiłku redukcyjnego (ESR); rewizja rozporządzenia włączającego emisje i pochłanianie z użytkowania gruntów, zmiany użytkowania gruntów oraz leśnictwa (LULUCF). Polska popiera inicjatywę Konferencji w sprawie przyszłości Europy. Naszym zdaniem, kluczem do jej sukcesu jest jak najszerzy i bezpośredni udział społeczeństwa obywatelskiego. Ponadto, powinna ona uwzględniać głos kluczowych partnerów UE, dlatego należy zapewnić udział w konferencji przedstawicieli Bałkanów Zachodnich, jako potencjalnych przyszłych członków UE. Polska popiera program prezydencji słoweńskiej w obszarze priorytetu wiarygodna i bezpieczna UE, zdolna zapewnić bezpieczeństwo i stabilność w swoim sąsiedztwie. Z zadowoleniem przyjmujemy zapowiedź koncentracji na procesie rozszerzenia UE wobec państw Bałkanów Zachodnich, co pozwoli odbudować wiarygodność UE w regionie. Zgadzamy się z koniecznością rozwijania współpracy strategicznej z USA oraz NATO, zwłaszcza w kontekście odpowiedzi na wspólne zagrożenia i wyzwania. Oferujemy również pełne poparcie i pomoc w przygotowaniach do szczytu Partnerstwa Wschodniego w grudniu br.

Sara Cerdas (S&D), por escrito. – A Política de Coesão da União Europeia tem um importante peso na redução das disparidades económicas, sociais e territoriais significativas que ainda persistem nas diferentes regiões. A Presidência eslovena do Conselho da UE deve dar continuidade ao bom trabalho da Presidência portuguesa neste campo. É de saudar a sua pretensão de envolver os Estados-Membros na preparação do que deverá ser a programação da Política de Coesão para os próximos anos, mas será igualmente importante envolver as diferentes regiões, as suas experiências anteriores, com especial atenção para as dificuldades específicas das regiões mais afastadas, como as Regiões Ultraperiféricas. Em total sinergia com os outros mecanismos da UE, nomeadamente a implementação do NextGenerationUE, que financiará os planos de recuperação e resiliência nacionais, a Política de Coesão também contribuirá substancialmente para alcançar uma transição verde, digital e um crescimento sustentável. Queremos que todas as regiões da União Europeia sejam mais resilientes, capazes de gerir e responder a futuras situações de crise, ao mesmo tempo que se constrói uma ponte de desenvolvimento que não deixa nenhuma região para trás.

Andor Deli (NI), írásban. – Magyarország az EU-n belül Szerbia és más nyugat-balkáni országok EU-csatlakozásának egyik legnagyobb támogatója. Hosszú ideje családottan követhetjük figyelemmel, amint egyes tagállamok – legtöbbször belpolitikai okokból – kerülik a bővítés témáját, és blokkolják a csatlakozási folyamatok gyorsulását, új tárgyalási fejezetek megnyitását, miközben Európa biztonsága megkövetelné a bővítés gyorsítását.

Az elmúlt évek során már több uniós soros elnökség tűzte zászlajára a bővítés témakörét, de úgy tűnik, nem volt meg a bátorság és a politikai akarat ahhoz, hogy a Nyugat-Balkánt határozottan és végérvényesen az EU-hoz kapcsoljuk. Szlovénia kiváló ismerője a Nyugat-Balkán térségének, ezért arra kérem és buzdítom a szlovén soros elnökséget, hogy tegyen meg mindent annak érdekében, hogy végre sikerüljön közös álláspontot kialakítani a bővítés iránt szkeptikus tagállamokkal. Ez kiemelten fontos lenne Szerbia, mint a térség meghatározó országa vonatkozásában.

Jarosław Duda (PPE), na piśmie. – Z ogromnym uznaniem przyjąłem deklarację trio prezydencji w kwestii starzenia się i konkluzje Rady przyjęte podczas prezydencji niemieckiej i portugalskiej. W pełni popieram stanowisko trio, że zmiany demograficzne są co najmniej tak samo znaczące, jak wyzwania dotyczące zmian klimatycznych i transformacji cyfrowej, toteż powinny być traktowane przez Unię Europejską z równym zaangażowaniem. Jesteśmy w ważnym momencie. Komisja opublikowała zieloną księgę na temat starzenia się, a także europejską strategię na rzecz praw osób z niepełnosprawnościami. ONZ proklamowało lata 2021-2030 Dekadą Zdrowego Starzenia się. To bardzo dobry moment, aby podnosić świadomość społeczną na temat praw osób starszych, ich wkładu w życie ekonomiczne i społeczne, wartości międzypokoleniowego uczenia się i znaczenia solidarności międzypokoleniowej. To także moment, aby deklaracje przekuć na konkretne programy i inicjatywy, zarówno legislacyjne, jak i nielegislacyjne. Aby sprostać wyzwaniom, jakie niesie ze sobą pandemia, aby Europa stała się bardziej odporna, aby odbudować gospodarkę, potrzebujemy siłę, mądrości, talentów wszystkich pokoleń. Dlatego też z uwagą będę śledził działania prezydencji słoweńskiej w obszarze budowania Europy włączającej i solidarnej. Bardzo też liczę na to, że prezydencja słoweńska zainspiruje kolejne trio do uwzględnienia kwestii starzenia się w swoich priorytetach.

Λουκάς Φουρλός (PPE), γραπτώς. – Με την ανάληψη της ολοβενικής Προεδρίας ευελπιστούμε πως θα αντικρύσουμε μια πιο αλληλέγγυα και ενωμένη Ευρώπη. Μια Ευρώπη που θα κάνει τα λόγια πράξεις και δεν θα περιορίζεται μόνο σε φραστικές καταδίδες κατά αυτών που απειλούν τα κράτη μέλη της και αμφισβητούν την κυριαρχία τους. Η αύξηση της ασφάλειας και της σταθερότητας αποτελεί μία από τις προτεραιότητες της Προεδρίας αυτής. Γι' αυτό και η Ευρώπη δεν θα πρέπει να επιτρέψει περαιτέρω κατακερματισμό στη γειτονιά της. Οι ευρωπαϊκές αξίες και το κράτος δικαίου αποτελούν τις βάσεις για μια αλληλέγγυα Ευρώπη στους τομείς της υγείας, της οικονομίας, της ενέργειας, του κλίματος και του κυβερνοχώρου.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), γραπτώς. – Το Πρόγραμμα Οικονομικής Βοήθειας της ΕΕ προς την τουρκοκυπριακή κοινότητα βασίστηκε στην απόφαση του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου του 2004 και τέθηκε σε εφαρμογή με τον κανονισμό 389/2006 με σκοπό τη διευκόλυνση των διαπραγματεύσεων για συνολική διευθέτηση του Κυπριακού προβλήματος στη βάση ενός λειτουργικού και επανενωμένου κράτους εντός της ΕΕ. Αυτό προϋποθέτει τη δέσμευση και ανάλογη ανταπόκριση του εκάστοτε Τουρκοκύπριου ηγέτη. Ο λεγόμενος «Τουρκοκύπριος ηγέτης» κ. Τατάρ: α) έχει επιβληθεί στην τουρκοκυπριακή κοινότητα μέσω μιας παράνομης εκλογικής διαδικασίας, κατόπιν πρωτόγωνων παρεμβάσεων της Τουρκίας και ιδιαίτερα της οργανωμένης στήριξης των Τούρκων εποίκων που μεταφέρθηκαν παράνομα στο κατεχόμενο μέρος της Κυπριακής Δημοκρατίας και β) έχει ανατρέψει τον συμφωνημένο σκοπό των διαπραγματεύσεων για ένα επανενωμένο κράτος εντός της ΕΕ, το οποίο αποτελεί ουσιαστικά προϋπόθεση για παροχή της οικονομικής βοήθειας από την ΕΕ. Αυτά καταδεικνύουν ότι ο κ. Τατάρ δεν εκπροσωπεί την τουρκοκυπριακή κοινότητα, αλλά αποτελεί εγκάθετο της Τουρκίας, ο οποίος εμμένει στην ανατροπή του συμφωνηθέντος πλαισίου για επανενωμένο κράτος εντός της ΕΕ. Το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και η Ευρωπαϊκή Επιτροπή οφείλουν να επανεξετάσουν το Πρόγραμμα Βοήθειας με απώτερο στόχο την επαναφορά των διαπραγματεύσεων στο Κυπριακό με σεβασμό των αποφάσεων και ψηφισμάτων του Συμβουλίου Ασφαλείας και του ΟΗΕ, και την ενδυνάμωσή τους προς τον σκοπό συνολικής διευθέτησης για ένα επανενωμένο κράτος εντός της ΕΕ.

Sylvia Spurek (Verts/ALE), na piśmie. – Zastaniam się ogólnikami, deklarowanie niewiele znaczących celów i markowanie działań – taką strategię wydaje się mieć na swoją prezydencję w Radzie UE Słowenia. Zapewnienia o konieczności ochrony praw człowieka wszystkich obywateli i obywaterek, które usłyszałyśmy w czasie prezentacji priorytetów prezydencji na sesji plenarnej, to zdecydowanie za mało w obliczu kryzysu praworządności, z którym mierzy się Unia Europejska. Deklaracje o zamiarze prowadzenia dialogu w duchu szacunku dla tożsamości narodowej, to tak naprawdę zapowiedź kolejnych 6 miesięcy bierności wobec naruszeń prawa i fundamentalnych wartości UE przez Polskę, Węgry i inne państwa członkowskie.

To niedopuszczalne, że nie usłyszałyśmy ani słowa o prawach kobiet, przeciwdziałaniu przemocy ze względu na płeć i finalizacji ratyfikacji konwencji stambulskiej. Wśród priorytetów słoweńskich istotną rolę odgrywa jednak rolnictwo, choć wydaje się, że po raz kolejny troszczymy się przede wszystkim o sytuację ferm hodowlanych, w tym tych przemysłowych, pozostawiając na boku środowisko i ochronę zwierząt.

W zakresie tego drugiego tematu można byłoby mieć pewne nadzieje – w programie prezydencji zwrócono uwagę na problem dobrostanu zwierząt. Ale czy zbliżający się koniec przeglądu legislacji w sprawie dobrostanu przez KE będzie szansą na przynajmniej częściowe naprawienie błędów popełnionych w trakcie prac nad WPR i poprawę sytuacji zwierząt hodowlanych, szczególnie tych w hodowlach przemysłowych?

Ivan Štefanec (PPE), in writing. – The presidency of the Council of European Union is held by the Member States that rotate the presidency every six months and determine long-term objectives of the European Union. Slovenia took over the rotating presidency in July and strive to facilitate the EU's recovery and reinforce its resilience, reflect on the future of Europe, strengthen the rule of law and European values, and increase security and stability in the European neighbourhood. Together, we are still facing the challenges related to the COVID-19 pandemic, but we should be prepared to leave the pandemic behind and achieve our long-term objectives. Next Generation EU will help us achieve digital and environmental transformation and ensure economic recovery. For the transformations to be successful and our systems resilient, we also need to invest into training and education. Apart from the recovery, we should not ignore the challenges related to international stability and see Slovenian presidency as the opportunity to strengthen our relationships in Western Balkans. It is in our interest to strengthen the rule of law and ensure democratic development in the European neighbourhood.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Vigyázó szemetek Janšara vessétek! Szlovénia átvette az Európai Unió soros elnökségét, a szlovénok programját a mai napon értékeli az Európai Parlament plenáris ülése. Kétségtelenül pikáns, hogy egy olyan politikai kalandor, Janez Janša miniszterelnök látja el hat hónapon át az európai közösség vezetését, aki nem titkolta az illiberális, EU-ellenes háborút folytató Orbánt tartja egyik példaképének és háttérországáé ezer sötét szálon kötődik a fideszes oligarcha-hálózatához.

Különösen érdekes, hogy a szlovén elnökség saját programja szerint kiemelt figyelmet fog fordítani az Európai Unió alapértékeire, beleértve a jogállamiságot, de hasonlóképp kiemelten akarják kezelni például a médiapluralizmust is. Mindez akkor lenne hiteles, ha a szlovén kormányfő – egyébként orbáni recept alapján – ne járatná csúcsra a fake-news ipart, ne járatná le politikai ellenfeleit minden lehetséges eszközzel, ne hajtaná érdekei alá a nyilvánosságot és ne támadná vállalhatatlanul a független igazságszolgáltatás tagjait. A szlovén uniós elnökségtől sokat várunk, de keveset remélünk. Janez Janša politikai mentorától tudjuk, hogy nem azt kell figyelni, amit mond, hanem amit tesz.

Személy szerint kiemelt figyelemmel fogom kísérni, hogy miként viszonyul majd a szlovén elnökség például az általam kezdeményezett és részben kidolgozott Európai Egészségügyi Unió megvalósításához, amelyről eddig pozitívan nyilatkoztak: kérdés, hogy amikor a szavakat majd tettekre kell váltani, mi marad a populista szövegekből. Vigyázó szemetek tehát Janšara vessétek!

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Die slowenische Ratspräsidentschaft verspricht, die Blockade in den Gesprächen zum Neuen Pakt für Asyl und Migration zu lösen. Angesichts dieses Vorhabens stellen sich jedoch einige Fragen: Berichten von NGOs und anderen Institutionen wie der Grundrechteagentur FRA zufolge kam es unter der aktuellen slowenischen Regierung vermehrt zu Ketten-Pushbacks Geflüchteter. In der EU haben alle Mitgliedstaaten die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Diese besagt, dass jede*r Asylsuchende das Recht auf Anhörung und Antragstellung hat. Diesen internationalen Rechten von Flüchtlingen werden wir in der EU seit langem nicht mehr gerecht. Das ist auch nicht ausschließlich an den Außengrenzen der Fall, wo die Belastung der örtlichen Behörden überhandnimmt, sondern ebenso in Ländern wie Österreich oder Slowenien, aus denen Flüchtende vermehrt über Kroatien zurück über die Außengrenze nach Bosnien gedrängt werden. Wenn sich nun also die slowenische Präsidentschaft vornimmt, die Gespräche zum Neuen Pakt voranzutreiben, dann dürfen diese Praktiken dabei nicht unter den Tisch fallen. Sie dürfen weder normalisiert noch legalisiert werden. Es ist unsere Aufgabe als Parlament, auf solche Grundrechtsverstöße hinzuweisen und auf eine Abstellung dieser zu pochen. So werden wir auch die Zeit der slowenischen Ratspräsidentschaft dazu nutzen, den menschenrechtswidrigen Umgang mit Migration seitens nationaler Regierungen immer wieder zu thematisieren.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Sob o lema «Juntos, Resilientes, Europa», cabe à Presidência eslovena do Conselho da União Europeia a tarefa de dar continuidade aos avanços conseguidos pela Presidência portuguesa e prosseguir a aplicação no terreno dos programas de recuperação e do Programa de Financiamento Plurianual, a construção de uma União Europeia da Saúde e a continuação dos trabalhos da Conferência sobre o Futuro da Europa.

Contudo, a Presidência eslovena esteve longe de ter um início auspicioso. Num momento em que a União estabelece uma relação clara e umbilical entre a assunção, pelos Estados-Membros, dos valores partilhados do Estado de Direito e a sua capacidade de acesso aos recursos financeiros solidários proporcionados pela União, o propósito da nova Presidência de promover uma cultura do Estado de Direito em toda a UE através do debate inclusivo e permitindo que os Estados-Membros aprendam com a experiência uns dos outros é interessante.

Contudo, a referência ao respeito pelos sistemas e tradições constitucionais nacionais constitui, na atual situação política eslovena, e no quadro das evoluções verificadas noutros países, de que a Hungria ou a Polónia são exemplos, uma ameaça à prevalência desse Estado de Direito. Os valores fundadores partilhados da União Europeia não são negociáveis.

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Fazilität „Connecting Europe“ - Straffung von Maßnahmen zur Verwirklichung des TEN-V – Eisenbahnsicherheit und Signalgebung im Eisenbahnverkehr: Bewertung des Sachstands in Bezug auf die Einführung des ERTMS (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-aġenda huwa d-dibattitu kongunt dwar:

— ir-rakkomandazzjoni għat-tieni qari tal-Kumitat għall-Industrija, ir-Riċerka u l-Enerġija u l-Kumitat għat-Trasport u t-Turiżmu, dwar Il-Faċilità Nikkollegaw l-Ewropa (06115/2/2021 – C9-0214/2021 – 2018/0228(COD)) (rapporteurs: Henna Virkkunen, Marian-Jean Marinescu u Dominique Riquet (A9-0219/2021))

— ir-rakkomandazzjoni għat-tieni qari tal-Kumitat għat-Trasport u t-Turiżmu, dwar Ir-razzjonalizzazzjoni ta' miżuri li jmxexxu l' quddiem it-tweġġ tan-network trans-Ewropew tat-trasport (10537/1/2020 – C9-0215/2021 – 2018/0138(COD)) (rapporteur: Dominique Riquet (A9-0223/2021)), u

— ir-rapport ta' Izaskun Bilbao Barandica, fisem il- Kumitat għat-Trasport u t-Turiżmu, dwar Sikurezza u sinjalar ferrovjarji: Valutazzjoni tas-sitwazzjoni attwali tal-użu tal-ERTMS (2019/2191(INI)) (A9-0181/2021).

Henna Virkkunen, *esittelijä*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, hyvät kollegat ja yhteisesittelijät, kiitos kaikille hyvistä yhteistyöstä tämän tärkeän asetuksen voimaansaattamiseksi. Meillä on todella monen vuoden neuvottelut tässä takana, ja olen hyvin iloinen siitä, että nyt voimme tällä viikolla lopullisesti vahvistaa tämän Verkkojen Eurooppa -asetuksen, jolla tullaan seuraavan seitsemän vuoden aikana rahoittamaan yli 30 miljardilla eurolla tärkeitä rajatylittäviä infrastruktuurihankkeita sekä liikenteen ja energian että digitalisaation alalla. Tällä on erittäin tärkeä merkitys Euroopan kilpailukyvyille ja sisämarkkinoiden toiminnalle, että meillä on moderni, nopea infrastruktuuri, joka yhdistää Euroopan sisämarkkinat ja vahvistaa meidän teollisuuttamme ja yhteiskuntien toimintakykyä.

Euroopan unionille tulevina vuosina kaikkein merkittävimmät sektorit tulevat olemaan nimenomaan vihreän kehityksen ohjelman ja digitalisaation vauhdittaminen eli se, että Eurooppa pyrkii ilmastoneutraaliksi vuoteen 2050 mennessä. Se tarkoittaa tietenkin todella isoja uudistuksia ja investointeja sekä teollisuuteen että yhteiskunnille. Tässä moderni, tehokas infrastruktuuri on aivan avainasemassa samoin kuin digitalisaation vauhdittamisessa. Jos haluamme, että teollisuus ja yhteiskuntamme ovat kilpailukykyisiä ja toisaalta kaikilla yrityksillä ja kansalaisilla on mahdollisuus hyödyntää digitalisaation mahdollisuuksia, se tarkoittaa sitä, että kaikkialla Euroopassa tarvitaan investointeja tälle alalle. Komissiohan on arvioinut, että nyt pitäisi investoida peräti 280 miljardia euroa vuodessa, että vihreän kehityksen ohjelman tavoitteet pystyttäisiin saavuttamaan ja tässä osaltaan Verkkojen Eurooppa -väline ja sen tuoma lisäarvo voi auttaa näiden investointien käyntiin saattamisessa.

Erittäin iso uudistus tietenkin tämän ohjelman osalta on se, että nyt vähintään 60 prosenttia kaikista investoinneista tullaan suuntaamaan sellaiseen infrastruktuuriin, joka nimenomaan tulee vähentämään päästöjä tulevaisuudessa, eli tämä liittyy ilmastotavoitteiden saavuttamiseen hyvin vahvasti. Energia on keskeisessä osassa tulevallakin kaudella. On tärkeää, että pystymme yhdistämään eurooppalaiset energiaverkot, että meillä energia kulkee jäsenvaltiosta toiseen, eikä mikään maa ole riippuvainen yksinomaisesta energialähteestä. Meillä on määritelty erikseen tärkeimmät Euroopan laajuisia energiaverkkoja koskevat projektit, mutta tämän lisäksi nyt uutena elementtinä tästä ohjelmasta rahoitetaan myös rajatylittäviä uusiutuvan energian hankkeita. Se on tässä uusi elementti.

Samoin digitalisaation osalta ohjelmasta tullaan rahoittamaan nopeaa, modernia verkkoa kaikkialla Euroopassa. Erityisenä painopisteenä ovat muun muassa 5G-käytävät samoin kuin erilaisten supertietokoneiden edellyttämät hyvin nopeat yhteydet ja toisaalta myös rajatylittävät kaapeliyhteydet. Investointeja tällä alalla tarvitaan myös satojen miljoonien eurojen edestä tulevina vuosina, jotta Eurooppa pysyisi kilpailukykyisenä digitaalisessa taloudessa.

Liikenteen hankkeista kollegani liikennevaliokunnasta tulevat avaamaan tätä tarkemmin, mutta itse olen erityisen iloinen siitä, että raideinvestoinnit ovat nyt isona painopistealueena, koska se myös tulee edistämään sekä nopeaa ja turvallista liikennettä ympäri Eurooppaa että tietenkin myös ilmastotavoitteiden saavuttamista. Todella merkittävässä roolissa tässä ovat kestävän liikenteen ratkaisut kaikkialla Euroopassa ja niiden tukeminen.

Erityisenä painopisteenä seuraavina vuosina tulee olemaan synergiahyötyjen saavuttaminen, eli tavoitteemme on, että nyt kun Euroopassa investoidaan uuteen, moderniin ja nopeaan infrastruktuuriin, entistä enemmän pystymme yhdistämään liikenneverkkoja, digitaalisia verkkoja ja energiaverkkoja, muun muassa niin, että meillä on vaihtoehtoisten polttoaineiden jakeluinfra kaikkien tärkeimpien liikennekäytävien varrella ja meillä on hyvin nopeat digitaaliset yhteydet kaikkien merkittävien liikennekäytävien varrella. Tämä tulee nimenomaan edistämään sitä, että meillä on tehokkaat, toimivat ja modernit sisämarkkinat, jotka auttavat meidän yrityksiemme ja teollisuuttamme pärjäämään kansainvälisessä kilpailussa, mutta toisaalta se auttaa myös siinä, että Eurooppa pystyy tulevaisuudessa saavuttamaan nuo hyvin kunnianhimoiset ilmastotavoitteet, jotka olemme asettaneet.

Se täytyy vielä todeta, että samalla kun nyt voimme iloita siitä, että monen vuoden neuvotteluprosessi on tässä takana ja olemme saavuttaneet yhteisymmärryksen neuvoston kanssa ja parlamentin kantojen kesken, budjetti, joka tässä saavutettiin – yli 30 miljardia euroa – on toki merkittävä budjetti, mutta kyllä parlamentti olisi nähnyt tärkeänä sen, että olisimme investoineet vieläkin enemmän digitaalisiin verkkoihin, vieläkin enemmän liikenneinfraan samoin kuin energiainfrastruktuuriin. Nämä ovat todella keskeisiä asioita Euroopan kilpailukyvyn kannalta, ja on harmillista, että neuvosto ei ollut valmis lisäämään rahoitusta Verkkojen Eurooppa -välineeseen tämän enempää.

Nyt toivottavaa tietenkin on, että kun jäsenvaltiot ovat saaneet erittäin merkittävän potin elpymisrahastosta, jäsenvaltiot myös suuntaisivat nyt varoja sellaisiin infrahankkeisiin, jotka tuottavat aitoa eurooppalaista lisäarvoa ja ovat rajatylittäviä hankkeita, koska on aivan selvää, että Euroopan talouden, menestyksen ja tulevaisuuden kilpailukyvyn kannalta tarvitaan investointeja infrastruktuuriin.

Marian-Jean Marinescu, Raportor. – Doamnă președintă, doamnă comisar, stimați colegi, mă bucur că astăzi am ajuns în situația de a vota acest regulament. Cred că foarte important, în opinia mea, este regulamentul care stabilește, până la urmă, politica de transport a Uniunii pe lângă, bineînțeles, capitoarele de digital și de energie.

Este al doilea regulament în acest sens. Vreau să vă reamintesc că în 2011, Comisia a propus 50 de miliarde pentru această facilități de conectare a Europei. Nici atunci nu s-a reușit să avem 50 de miliarde. Acum avem doar 33 de miliarde, deci dacă în 2011 Comisia a considerat că e nevoie de 50 de miliarde, vă dați seama că acum acești bani, acest buget, nu este cel suficient.

Să sperăm că el va fi cheltuit eficient. Avem un slogan, „Shift2Rail”, pe care dorim să-l îndeplinim până în 2030. Eu cred că dacă vrem să-l îndeplinim trebuie să avem „rail”, trebuie să avem cale ferată, iar în acest moment, în opinia mea, în Uniunea Europeană nu există o cale ferată, un sistem de cale ferată la nivelul cerut pentru transferul dinspre drum și dinspre rutier și dinspre aer spre cale ferată.

Statele membre, după cum vedeți și în buget, au, după părerea mea, un discurs paralel. Se vrea decarbonizare dar, în același timp, nu se vrea să se asigure bugetul necesar pentru acest lucru. Vă reamintesc că fără buget, fără bani, fără investiții din celelalte fonduri europene, nu vom ajunge în 2030 să avem îndeplinită această țintă.

Pe de altă parte, cred că mai este nevoie, pe lângă cheltuirea eficientă a banilor, și de o guvernare europeană în acest sistem, în acest mod de transport. Avem nevoie de standardizare, avem nevoie de interoperabilitate și s-a văzut că în modul în care este gestionată calea ferată în acest moment, nu se poate ajunge la această situație pe cale ferată.

Vrem trenuri de noapte, însă trebuie să schimbi locomotiva, să schimbi conductorii, nu ai regulamente armonizate între statele membre. Deci trebuie făcut foarte mult. Deci eu pledez pentru o guvernare europeană pentru a putea armoniza, în primul rând, toate regulile din acest mod de transport și, în al doilea rând, pentru a îndrepta, direcționa investițiile acolo unde sunt necesare. Și acest lucru aștept de la Comisie.

Am depus un proiect-pilot în acest sens. Nu știu dacă am răspunsul convenit de la Comisie. Se pare că nu, însă repet, dacă vrem să punem în aplicare sloganurile pe care le avem, trebuie să avem o gestionare la nivel european. Grupul PPE va vota în favoarea acestui regulament. Mulțumesc colegilor din Parlament, raportorilor din umbră pentru sprijinul acordat. Mulțumesc, bineînțeles, coraportorilor, pentru că am fost o echipă foarte unită și mulțumesc și Comisiei Europene pentru că a ajutat în unele situații foarte mult.

Dominique Riquet, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chère Adina, chers collègues, notre assemblée va se prononcer au cours de cette plénière sur plusieurs textes, mais deux d'entre eux – le mécanisme pour l'interconnexion en Europe et le RTE-T – sont de première importance pour les infrastructures, a fortiori dans le contexte nécessaire de notre relance. Je tiens à remercier les corapporteurs, M^{me} Virkkunen et M. Marinescu, pour l'excellent travail et la collaboration, ainsi que tous les rapporteurs fictifs et les collaborateurs qui ont contribué au texte de ces deux rapports, dont je suis aussi rapporteur.

C'est une évidence qui doit être répétée encore et encore: que ce soit dans le domaine des transports, de l'énergie ou du numérique, des infrastructures performantes sont indispensables au bon fonctionnement du marché intérieur, au renforcement de la cohésion sociale, économique et territoriale de l'Union, à l'émergence de notre autonomie stratégique et à la réalisation du pacte vert. Ce d'autant plus que nos concurrents internationaux investissent considérablement dans leurs infrastructures: la Chine à marche forcée depuis 30 ans et les États-Unis récemment, en décidant de consacrer 1 000 milliards de dollars à leurs infrastructures.

Pour répondre à ses ambitions environnementales et garder son rang dans la compétition mondiale, l'Europe fait face à deux grandes difficultés. L'une est financière et budgétaire, si l'on peut dire, dans un contexte contraint où nombre d'États membres ont fait le choix de budgets de fonctionnement, souvent au détriment de l'investissement public. Cette tendance s'est accentuée avec les crises financières de 2008 et de 2012 et sera encore aggravée par la crise sanitaire que nous connaissons. La seconde difficulté est d'ordre réglementaire et non plus budgétaire. Toutes les exigences – légitimes: exigences environnementales, techniques, citoyennes, démocratiques – complexifient les demandes et les autorisations pour les grands projets, les rendant plus incertains et plus vulnérables. Certes, nous édictons – avec un enthousiasme auquel je m'associe – des normes ambitieuses, des transitions nécessaires, des restrictions rigoureuses, mais elles nécessiteront un effort considérable d'adaptation, non seulement de nos comportements, mais aussi des moyens requis pour la transformation de notre monde. En cela, chacun de ces rapports constitue une réponse à ces handicaps financiers et administratifs afin de faire de nos ambitions une réalité.

S'agissant du mécanisme pour l'interconnexion en Europe, dont mes deux corapporteurs ont largement parlé, bien sûr, comme beaucoup, je regrette une enveloppe de seulement 33 milliards qui reste insuffisante au regard de nos besoins. Mais au-delà de la dotation, c'est aussi la gouvernance de ce fonds qu'il s'agissait de préserver, tant le MIE précédent a permis de soutenir de grands projets d'infrastructures et a été décisif à l'échelle européenne. Ces projets n'auraient sans doute pas, pour un certain nombre d'entre eux, pu voir le jour sans notre intervention.

Les critères d'affectation des crédits et la gouvernance centralisée permettent d'opérer une gestion de ces fonds en ligne avec nos ambitions politiques et climatiques. La capacité de réaliser des infrastructures de transport, numériques ou énergétiques est une condition indispensable au succès de notre pacte vert.

Au-delà des contraintes financières, les investissements sont également pénalisés par la complexité et la multiplicité croissante des études et des consultations nécessaires pour la mise en œuvre des projets. Je ne nie pas leur nécessité, mais leur inflation a transformé la conduite des projets en course d'obstacles sans fin pour les opérateurs qui, souvent, se découragent. Il faut désormais plus de dix ans pour mener à bien un grand projet d'infrastructure de transport en Europe, sans mentionner l'augmentation des coûts qui va de pair. À l'heure de la relance économique et devant la nécessité d'accélérer la transition écologique, ces délais et ces difficultés sont tout bonnement inacceptables.

Contre cet état de fait, le rapport «SMART TEN-T» – qui est finalement connexe au rapport sur l'investissement, c'est-à-dire celui sur le MIE –, bien qu'en apparence très technique, contribue significativement à apporter plus de lisibilité aux porteurs de projet dans leurs démarches et à accélérer les procédures. Pour ce faire, il sera mis en place dans chaque État membre un guichet unique qui centralisera l'ensemble des autorisations et des procédures nécessaires et sera un point de contact avec toutes les autres autorités impliquées dans les démarches administratives. Une durée maximale de quatre ans, là où souvent dix ans sont nécessaires, est instaurée pour ces procédures, avec des prolongations limitées. Pour les projets transfrontaliers, enfin, une autorité commune peut être créée ou bien, à défaut, l'instauration d'un calendrier commun entre deux entités d'États membres et un droit applicable unique.

En bref, chers collègues, le but de ces deux textes est d'être plus efficaces, plus verts, plus rapides, de mettre en pratique une véritable transition vertueuse qui apporte une aide financière et technique face aux difficultés de terrain rencontrées par les opérateurs et les porteurs de projet.

Nous ne pouvons pas être simplement un facteur de contrôle, de limitation des activités non désirables et nuisibles, mais nous devons aussi être un accompagnateur et un facilitateur des réponses opérationnelles et vertueuses, sur le plan à la fois économique et environnemental. Nous devons redoubler d'efforts. Le temps presse. L'Europe ne peut plus se permettre de faire du surplace quand ses concurrents avancent à marche forcée.

Trop de grands projets accusent trop de retard en Europe. La relance économique, la transition environnementale, la vitalité de nos territoires nous obligent à augmenter, à accélérer nos investissements. Assurer la compétitivité européenne de demain et engager dès aujourd'hui la transition environnementale ne sont pas deux objectifs irréconciliables. Ils sont au contraire la clé de notre avenir. Camus, qui a été un prix Nobel de littérature, disait: la vraie générosité envers l'avenir consiste à tout donner au présent. Alors, investissons! Dans le ferroviaire, le maritime, les énergies renouvelables, le numérique, mais investissons! Le présent et l'avenir l'exigent.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Izaskun Bilbao Barandica, ponente. – Señor presidente, señora comisaria, creo que la mejor manera en la que podemos celebrar el Año Europeo del Ferrocarril es dando curso a debates e iniciativas como las que agrupa este debate conjunto. Es un paso más para acabar con la fragmentación del espacio ferroviario europeo, un problema que impide a este medio de transporte aportar todas sus virtudes a la movilidad europea. Una movilidad que queremos convertir, en una década, en un sistema integrado e inteligente que supere la filosofía de gestión por modos, llamado a reducir costes logísticos y, en consecuencia, aportar competitividad a nuestra economía. Un sistema que reducirá la saturación y que necesita el ferrocarril como pieza clave para cumplir los objetivos climáticos.

Estamos trabajando hace décadas para acabar con la fragmentación del espacio ferroviario eliminando problemas de infraestructuras, el gran objetivo de las RTE-T, estableciendo mecanismos de financiación con el MCE y allanando problemas normativos que ahora convierten en más que una aventura el emprendimiento privado en este sector. A eso hemos dedicado hasta cuatro paquetes de normas sobre el ferrocarril, cuya plena aplicación aprovecho para volver a reivindicar.

Una de las piezas de este proceso es desplegar en plazo el sistema europeo de gestión de tráfico ferroviario —ERTMS, por sus siglas en inglés— en toda la red prioritaria de ferrocarriles europeos. Este es un paso decisivo para garantizar la interoperabilidad entre los sistemas ferroviarios nacionales. Va a permitir aumentar la velocidad de los trenes, optimizar el uso de las infraestructuras incrementando su capacidad hasta un 30 % y abaratar los costes de adquisición y mantenimiento de los sistemas de señalización.

Según la metodología de seguimiento climático de la Unión, el despliegue del ERTMS representa una contribución del 40 % a los objetivos climáticos y ambientales y conecta además con el apoyo al proceso general de digitalización de la economía de la Unión. Por ello, las inversiones relacionadas con este proceso deben ser una de las prioridades de los planes estatales de recuperación y resiliencia.

En este informe abogamos por una estrategia europea para acelerar la sustitución de los sistemas nacionales por el europeo. Pedimos que los planes nacionales de ejecución del despliegue se ajusten a objetivos vinculantes a nivel de la Unión. Queremos que no se aprueben excepciones a la instalación del ERTMS en los vehículos nuevos y racionalizar los procedimientos de autorización. Vamos a tratar de limitar duplicidades mediante un registro transparente de prototipos que cuenten con financiación y planteamos un modelo común de licitación pública para mejorar la contratación para trabajos relacionados con este despliegue.

Igualmente, reivindicamos una propuesta legislativa que establezca una estrategia industrial para el ERTMS. Las partes implicadas la consideran imprescindible para incrementar nuestra capacidad, disponer de un presupuesto estable y predecible y apoyar la formación de personal cualificado y la proliferación de talleres de readaptación.

Agradezco su trabajo, sinceridad y contribuciones a todas las personas que se han implicado en la redacción de este informe. Hemos trabajado con todos los operadores implicados y hemos tratado de combinar el rigor técnico a que obliga el tema con la inteligencia emocional que necesita la situación para poder mejorar. El despliegue del ERTMS lleva retraso, sí, pero no nos hemos detenido en los jugosos titulares que pudiera producir la simple fustigación. Para elaborar estas recomendaciones hemos preferido compartir la visión, las expectativas, las propuestas y también los sentimientos de todos los agentes implicados y prevenir el efecto paralizador que los miedos y recelos ocasionan en los empeños colectivos. El despliegue del ERTMS lo es y necesita mucho más que un intercambio de reproches. Integrando acción, conocimiento y emoción espero que en vez de un brindis al sol hayamos conseguido una colección compartida de soluciones prácticas y realistas para poder construir la confianza que se necesita para trabajar todos a una. Ese es el

objetivo y el camino para conseguir que el ERTMS esté desplegado en el año 2030 en toda la red básica y en el año 2040 en toda la red global.

Adina-Ioana Vălean, *Member of the Commission*. – Mr President, it's wonderful for me to be back here with you, especially on a discussion on Connecting Europe. As Transport Commissioner, I see strengthening the connection between countries, regions and people as being my main mission. Of course, we need to do this sustainably, safely and intelligently and align with the goals of the European Green Deal. The priority remains connecting Europe in line with these principles.

The trans-European networks represent the physical connections between our countries – the transport, energy and digital connections. Where we have physical links, economic, social and emotional links always follow. This makes the trans-European networks vital for our single market, but also the integration at the heart of the European project. With the Connecting Europe Facility (CEF) we have a tool to future-proof our trans-European networks for transport, energy and digital. CEF II, which you are endorsing today, will support the goals of the European Green Deal and our sustainable and smart mobility strategy with at least 60% of funding allocated to actions supporting the EU's climate objectives.

For transport, the focus is on completing the TEN-T core network by 2030 and the wider network by 2050, but CEF is also supporting the large-scale deployment of the infrastructure for alternative fuels. We will also be making the network fit for the digital revolution, crisis-proof and resilient to climate change. Safe and secure parking areas, and improvements on road safety in cohesion countries will also be supported. Last but not least, we will back projects that facilitate civilian defence, dual use of our TEN-T infrastructure.

For energy, CEF supports the development of priority cross-border energy infrastructure projects as part of the TEN-E networks, further integration of the internal energy market and interoperability between networks across borders. It also includes a new window for cross-border projects in the field of renewable energy to support renewable projects, and for digital CEF supports the deployment of state-of-the-art digital networks and 5G systems. The pandemic and the accompanying demand for secure internet connections and higher capacity has underlined the importance of continued network investment.

I would like to thank the European Parliament, and in particular the rapporteurs Mr Marinescu, Mr Riquet and Ms Virkkunen for their constructive and dedicated work throughout the legislative process and their continued support for the CEF Programme. Once we have agreement on CEF II Regulation we will be able to start work first by approving work programmes for each sector, then by publishing the first call for proposals in September.

About the TEN-T streamlining, today you will also adopt our proposal on streamlining the processes involved in advancing the TEN-T. The smoother the process, the faster we will have the full network in place, the earlier the citizens will benefit from investment, including those coming from the CEF. Investing in TEN-T infrastructure projects involves environmental assessments, land-use approvals, public procurement, state aid procedures and other authorisations and permits. The complexity involved, the different procedures across Member States, often cause delays to TEN-T projects, in particular of transboundary nature. This in turn means cost overruns which is off-putting for private investments. Simply, shortening permit procedures could have an impact, including ultimately on how efficiently public money is spent.

This is the aim of our proposal. As we move steadily out of the COVID-19 pandemic, it is no exaggeration to say that the adoption of this legislation will also aid economic recovery in Europe. With faster and clearer permit procedures we will make better use of the time and money invested in the TEN-T network. It is also essential that the investment of public money benefits all EU citizens' health, the importance being to ensure accessibility for persons with disabilities and older persons in transport infrastructures, infrastructure projects.

Transport infrastructure projects will always be subject to contingencies. However, the Streamlining Directive, which is the first of its kind in the transport sector, sets the framework for the future, and I thank the rapporteur Mr Riquet for his work on the file.

I would like also to say a few words on ERTMS as I know that you will also be discussing Ms Bilbao Barandica's report on this today. My thanks to Ms Bilbao Barandica for the initiative. It really must remain a central pillar in Europe's transport mix. If more people choose rail we will be on track to meet our emissions targets. But to win over passengers and freight, rail must do better. Improving rail performance is what ERTMS, and more broadly the digitalisation of rail, is all about. High-level ERTMS is the fastest and cheapest way to add capacity to the network.

To address some of the points raised in the report, in the short term I would hope that Member States live up to their deployment commitments but it is both deployment of ERTMS at level two or above and the removal of class B systems that will take us beyond this complex expensive transition phase to a simpler, cheaper more uniform system. The Commission has tools to influence this and will use them, but delivery trackside and on board trains is the key to success.

On funding, the responsibility is shared. The EU has funded ERTMS with around 4 billion since 2007, and more will certainly follow, but the deployment for just the core network corridors and vehicles costing around 15 billion between now and 2030, EU funding alone will not be enough. We will also need Member States, the European Investment Bank and other support.

As we move forward I'm confident that having the European Railway Agency, as the ERTMS System Authority, will mean improvements in ERTMS deployment. Next year we will present a revision package for technical specification for interoperability, setting out the regulatory framework for further improvements. In the longer term I look forward to the migration to radio-based L2 or L3 ERTMS for greater technical and operational harmonisation. I hope to see Europe's rail joint undertaking coordinating this, taking us towards a genuine European rail traffic management system.

To summarise, the Commission shares the goals set out in Ms Bilbao Barandica's report and broadly the same diagnosis of how to support ERTMS deployment. So ladies and gentlemen, thank you for your time. I'm looking forward to further comments coming from you and to continuous cooperation on this topic.

Cristian-Silviu Buşoi, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to join my colleagues, Ms Virkkunen, Mr Marinescu, Mr Riquet and Ms Bilbao Barandica, in special congratulations and appreciation for Commissioner Adina Vălean and her team.

The Connecting Europe Facility (CEF) will be a key EU funding instrument that promotes growth, jobs and competitiveness through targeted investment in infrastructure. Particularly important now while mainstreaming Green Deal ambitions for 2030 and aiming for climate neutrality by 2050, the CEF will seek to better integrate the transport, energy and digital sectors.

CEF for Transport focuses on decarbonisation and making transport connected, multimodal, sustainable, inclusive, safe and secure. We need projects on building missing cross-border links and removing bottlenecks along main trans-European transport corridors, and we need to better connect the Union from west to east and from south to north.

CEF for Energy contributes to the transition towards clean energy and the completion of the energy union. It will aim to make EU energy systems more interconnected, smarter and digitalised. We need CEF for Energy to focus more on cross-border energy projects and, as Commissioner Vălean has just mentioned, it will promote the interoperability of networks and a better integration of the internal energy market.

Finally, CEF for Digital aims to improve digital connectivity by creating very high capacity broadband networks, better digital services and 5G networks along important transport axes.

Isabel García Muñoz, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisaria Vălean, me alegra que por fin podamos aprobar definitivamente el nuevo Mecanismo «Conectar Europa» 2021-2027.

Han sido meses de mucho trabajo, duras negociaciones, y me gustaría felicitar a los ponentes por el buen resultado obtenido. El próximo MCE continuará impulsando la inversión en infraestructuras sostenibles y la descarbonización del transporte, creando valor añadido europeo y reforzando la cohesión socioeconómica y territorial de la Unión.

El Pacto Verde Europeo exige una movilidad más sostenible, inteligente y resiliente, y hemos conseguido que este nuevo MCE responda a estas necesidades y sea marcadamente verde, al destinar el 60 % del presupuesto a proyectos que favorezcan los objetivos climáticos de la Unión y al priorizar modos de transporte más sostenibles, como el ferrocarril, las vías navegables y las autopistas del mar.

La financiación del transporte en los próximos siete años ayudará a mejorar la movilidad de los europeos, haciéndola más segura, innovadora y accesible para todos, incluidos los pasajeros con movilidad reducida. También favorecerá la multimodalidad, reforzando la conexión con los puertos y aeropuertos. Al mismo tiempo, mejorará también la eficiencia del transporte de mercancías por ferrocarril, haciendo especial hincapié en los nodos urbanos, cuellos de botella, enlaces pendientes y proyectos transfronterizos.

Como se pueden imaginar, este acuerdo supone una oportunidad para avanzar en el desarrollo de las redes y los corredores transeuropeos, como el atlántico y el mediterráneo, que recorren España, y un importante impulso socio-económico para nuestras regiones, como la mía -Aragón-, con el paso del corredor cantábrico-mediterráneo.

Por otro lado, el acuerdo sobre las «RTE-T inteligentes», que también aprobamos en este Pleno, ayudará a acelerar la ejecución de la red, gracias a una mayor claridad y simplicidad en los procedimientos de autorización y contratación pública, de especial importancia para los proyectos transfronterizos. Esto proporcionará seguridad jurídica a los promotores y, por tanto, será también un mecanismo de atracción de inversión privada esencial.

Por último, el nuevo MCE hará hincapié en las sinergias entre los sectores del transporte, de la energía y el digital, lo que promoverá un esfuerzo intersectorial más eficiente en ámbitos como la movilidad conectada y automatizada y los combustibles alternativos, y beneficiará a toda la ciudadanía europea.

Morten Petersen, for Renew-Gruppen. – Hr. formand! Den såkaldte Connection Europe-facilitet er et virkelig vigtigt og konkret redskab i vores grønne omstilling. Lige så vel som de såkaldte transeuropæiske energinet er afgørende for EU's ambitioner om et egentligt fossilfrit samfund. Vi skal have mere grøn strøm, og vi skal have mere grøn strøm til at flyde over landegrænserne. Når det eksempelvis blæser på Nordsøen og vindmøllerne snurrer, så skal den strøm jo kunne fragtes ud over hele Europa, ud over landegrænser, og det gør vi simpelthen ikke godt nok i dag. Vi har ikke et reelt indre marked for energi, og det skal vi have. Det Internationale Energiagentur mindede os for blot kort tid siden om, at der skal mere samarbejde til på tværs af landegrænser, hvis vi skal bekæmpe klimaforandringer. Jeg synes, vi har grund til at være glade i dag. CEF'en og TEN-E er helt afgørende instrumenter i den grønne omstilling. Det sikrer mere sektor kobling, mere integration, mere konkurrence. Jeg er glad for, at vi har forhandlet det her på plads, så vi kan få endnu mere skub på den grønne omstilling.

Ciarán Cuffe, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, Commissioner, the problem with this file is that while the planet is burning, we're building car parks. We must do better. The Connecting Europe facility will connect the EU's energy, transport and digital networks. In the area of transport, it must be used exclusively for sustainable mobility, allowing people and goods to move freely without harming people or planet.

And in recent days, we've seen extreme heat in Pakistan, record temperatures in Canada, with hundreds dying. Is this the beginning of irreversible climate change? We must err on the side of caution.

Political groups claim the European deal, the Green Deal, will save us, yet the Connecting Europe Facility, it predates the European Green Deal and it doesn't align with it. The legislative safeguards on infrastructure are insufficient. They undermine our climate goals.

Decarbonisation – it's not even a specified objective. There's a major carbon lock-in with the risk that these transport and energy projects that last for decades The 'do no significant harm principle', it would have helped the worst excesses, but it was rejected by the negotiators. Yet it is enshrined in other funding instruments like the MFF. So why exclude the Connecting Europe facility?

This week, we saw the Gulf of Mexico on fire from a gas leak. We saw a mushroom cloud over an oil refinery in Romania. We can and we must do better. So instead of funding more gas, airports, motorways and the military, let's prioritise rail, waterways and public transport.

By tabling a rejection amendment within the Greens group, we are asking negotiators to reconvene and update the CEF with key provisions, including the 'do no significant harm principle'. EU funding needs to align with the 'not harm' and 'not harm our environmental goals'.

Roman Haider, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geschätzte Damen und Herren! Gerade die Corona-Krise hat uns ja allen die besondere Bedeutung eines leistungsfähigen, modernen, umweltfreundlichen und auch gesamteuropäischen Verkehrsnetzes vor Augen geführt. Ich bin zwar generell ein Kritiker dieser permanenten Kompetenzerweiterung durch die EU, die auch dem Subsidiaritätsprinzip widerspricht, im Bereich der überregionalen Verkehrspolitik ist aber eine intensive Zusammenarbeit der europäischen Staaten doch von ganz entscheidender Bedeutung.

Aber gerade diese Zusammenarbeit erweist sich leider bisher sehr oft als sehr problematisch. Das hat auch etwa der Bericht des EU-Rechnungshofs aus dem letzten Jahr zum Brennerbasistunnel sehr deutlich gezeigt. Der Brennerbasistunnel ist ein Paradebeispiel dafür, wie Zusammenarbeit nicht funktioniert: völlig mangelhafte Koordinierung, fehlende Zulaufstrecken, ungenügende Bahnhöfe und vor allem enorme bürokratische Hürden verzögern die Inbetriebnahme dieser Strecke immer weiter, und sie stellen auch die Wirtschaftlichkeit in Frage.

Die neue Richtlinie enthält jetzt doch einige positive Ansätze, insbesondere im Bereich zwischenstaatliche Zusammenarbeit und bürokratische Hürden. Ich hoffe deswegen, dass die neue Richtlinie zu einer deutlichen Verbesserung für kommende überregionale Verkehrsprojekte führt. Und aus diesen Gründen werde ich den Berichten auch zustimmen.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Wielce Szanowna Pani Komisarz! Ukończenie transzy europejskiej sieci transportowej to zadanie o znaczeniu cywilizacyjnym, które będzie miało kluczowy wpływ na rozwój Europy w kolejnych dekadach. Bez nowoczesnego systemu komunikacji drogowej, kolejowej i śródlądowej łączącego wszystkie państwa członkowskie nie można zbudować skutecznego i efektywnego wspólnego rynku. Instrument „Łącząc Europę” odegra w tym procesie kluczową rolę. Mam nadzieję, że dzięki tym środkom uda się w pełni wykorzystać możliwości regionów, które nie były do tej pory uwzględnione w sieci bazowej. Jednym z nich jest województwo kujawsko-pomorskie w Polsce. Bydgoszcz już dzisiaj jest gotowa, żeby w ramach rewizji sieci TEN-T stać się ważnym węzłem transportowym w ramach korytarza Bałtyk–Adriatyk. Również Toruń ma wszystkie atuty węzła intermodalnego, takie jak port rzeczny czy bliskość kluczowych linii kolejowych i dróg, aby odgrywać ważną rolę w pracach Komisji. Polecam więc te dwa miasta.

Sandra Pereira, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, o Mecanismo Interligar a Europa 2.0 é, no fundamental, a versão revista e atualizada de um instrumento que prossegue as estratégias políticas de sempre da União Europeia. A privatização de serviços públicos, transportes, energéticos, e de comunicações, o desinvestimento nos equipamentos e infraestruturas, a degradação e o encarecimento do serviço prestado às populações e a precarização das relações laborais são a marca d'água deste mecanismo.

Além disso, este mecanismo reforça o valor financeiro destinado à dupla mobilização, ou seja, financia e facilita a livre e rápida circulação de tropas e equipamento militar dentro e fora da União Europeia.

Consideramos que as verbas alocadas ao Mecanismo Interligar a Europa deveriam servir a coesão e o desenvolvimento de infraestruturas civis e contribuir para a melhoria de serviços públicos de qualidade para todos, permitindo a países como Portugal a prossecução de políticas públicas que sirvam as necessidades das populações e o desenvolvimento do país.

Mario Furore (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria, i cittadini europei chiedono trasporti efficienti, veloci e sostenibili. È questa la strada per collegare l'Europa ed è su questi obiettivi che i 30 miliardi che l'Unione europea stanZIA devono essere spesi.

Ci sono però molte luci e anche ombre. Sono positivi gli investimenti sulla digitalizzazione e il rafforzamento dei corridoi che dal Nord Europa portano al Sud Italia, ma avremmo voluto una maggiore ambizione sulla decarbonizzazione delle reti energetiche chiudendo la porta al gas e aprendola alle rinnovabili.

Inoltre, mi chiedo come mai il Parlamento europeo continui a ignorare le critiche della Corte dei conti europea al progetto TAV Torino-Lione, sui ritardi vergognosi, sulle previsioni di traffico gonfiate e le conseguenze dannose sull'ambiente. Il finanziamento di quest'opera, incluso nell'accordo che votiamo oggi, è un autogol che non può lasciarci indifferenti.

Concludo dicendo che, piuttosto che concentrarci su opere che abbiano un reale valore aggiunto, servono opere ai cittadini e non cattedrali nel deserto.

Barbara Thaler (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Vorteile des europäischen Zugleitsystems ERTMS ansieht, dann muss man sich unweigerlich die Frage stellen, warum wir uns parallel dazu immer noch Dutzende nationale Systeme leisten. In diesem Bericht haben wir in seltener Eintracht über alle Fraktionen hinweg festgehalten, was es braucht, um die Schiene nach vorne zu bringen. Es ist ein Mehr an Europa, es ist ein Eisenbahnbinnenmarkt, es ist eine europäische koordinierte Vorgangsweise nach einem einheitlichen technischen Rahmen.

Für die Eisenbahn kann es daher nur eine Devise geben, und das ist ein Mehr an Europa – mit gemeinsam erarbeiteten und einheitlich angewandten Standards. Denn nur so kann Wettbewerb zu gleichen und zu fairen Bedingungen für alle und auch noch grenzüberschreitend stattfinden.

Das kommt natürlich mit Umstellungen für manche im Sektor. Aber 175 Jahre, nachdem der erste Zug zwischen zwei europäischen Hauptstädten gefahren ist, ist es endgültig an der Zeit, dass europäische Eisenbahnsystem ins 21. Jahrhundert zu überführen.

Vielen Dank an alle Kolleginnen, die mitgearbeitet haben, insbesondere auch an unsere Hauptverhandlerin.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, dear colleagues, Connecting Europe Facility (CEF) is indeed an important part of the digital and climate transition. We need fast digital connections, rails that move goods and Europeans across the continent and an energy network that is ready for the uptake of renewables.

As the S&D shadow rapporteur, I'm happy that Parliament was able to strengthen the climate perspective. Now, 60% of the CEF is targeted to contributing to the climate objectives. We have 15% earmarked to be spent for cross-border renewable energy, and also biodiversity and the gender perspective are included.

During the negotiations, we were able to improve the fast mobile connections that should be supporting also the European transport networks, but also important social economic hubs such as schools, universities, hospitals, industrial parks, and so on.

As the CEF has a central role for this twin transition, it's important that this instrument will be in action as soon as possible. And like the Greens say, the climate doesn't wait, and rail investments are urgent.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über die Fazilität „Connecting Europe“ ab, und ich möchte mich ganz herzlich bei unseren Verhandlern hier im Europäischen Parlament bedanken, denn wir haben ein wirklich gutes Ergebnis. Ein gutes Ergebnis nicht nur deswegen, weil 33,7 - Milliarden Euro in den nächsten Jahren von 2021 bis 2027 in Europa ausgegeben werden, um grenzüberschreitende Projekte zu stärken, sondern weil wir im grenzüberschreitenden Verkehr heute auch noch unheimlich viel zu tun haben.

Wir haben auch heute noch Bottlenecks zwischen Staaten. Wir haben übergreifende Probleme, die nicht gelöst sind. Und dafür ist es wichtig, dass wir einen europäischen einheitlichen Rahmen setzen und diese Projekte auf den Weg bringen. Aber auch auf den zentralen transeuropäischen Verkehrskorridoren haben wir noch viel zu tun. In meiner Heimatregion ist das beispielsweise die Elektrifizierung der Strecke von Oldenburg nach Wilhelmshaven.

Europa investiert also Geld, damit die ökologische Transformation unserer Wirtschaft Wirklichkeit werden kann, damit wir grenzüberschreitende Verkehre im Wettbewerb in Europa wahr machen können. Deswegen stimme ich gerne zu. Und deswegen haben wir ein gutes Ergebnis hier für die Europäische Union und für die Bürger.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, pour la première fois de l'histoire, une ville, Lytton au Canada, a été complètement rayée de la carte, incendiée du fait d'un dérèglement climatique dont les origines sont les activités humaines, en particulier l'exploitation des énergies fossiles. Le lendemain, c'est l'océan lui-même qui prenait feu au large du golfe du Mexique, à la suite d'une fuite du gaz dont nous devrions pourtant stopper l'exploitation si nous voulons préserver le climat, la biodiversité, en un mot: la vie sur Terre.

En quoi cela concerne-t-il notre discussion du jour sur le mécanisme d'interconnexion européen? Eh bien, tout simplement en ce que le texte qui nous est aujourd'hui soumis au vote nous propose de continuer à dépenser l'argent des Européennes et des Européens dans des gazoducs qui nous condamnent à dépendre des énergies fossiles pendant encore plusieurs décennies. À peine avons-nous voté l'objectif de neutralité carbone à travers la loi Climat que nous nous empressons aujourd'hui d'autoriser le financement de projets d'infrastructures gazières et osons même déclarer cela contributeur à la lutte contre le dérèglement climatique. Le climat appréciera.

Alors, le choix est simple: voter et accepter un programme de financement sur sept ans dans une décennie cruciale pour le climat, se terminant deux ans avant nos objectifs de 2030, rendus intenables par les objectifs et les crédits de financements que nous nous apprêtons à voter. Ou alors voter l'amendement de rejet que Ciarán Cuffe et moi-même vous proposons pour repousser d'un mois l'issue des négociations, de sorte à défendre les positions du Parlement européen, les objectifs du Green Deal et contribuer à sauver le climat. Un mois contre sept ans: nous espérons, chers collègues, votre plein soutien.

Julie Lechanteux (ID). – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, l'UE promettait monts et merveilles pour améliorer nos vies. Mais mal lui en a pris. Car derrière les slogans se cache un bilan désastreux. Et c'est la Cour des comptes européenne qui le dit: 57 milliards de budget prévus pour les corridors du Réseau de transport européen interconnecté, avec 17 milliards de surcoût, soit une augmentation imprévue de 47 % du budget total. C'est onze ans de retard en moyenne pour la livraison de ces mégaprojets.

Tout cela avec l'argent public provenant de nos impôts, avec notre argent. C'est la conséquence directe du fonctionnement complexe et bureaucratique de la Commission européenne, hors-sol et déconnectée. Pour y remédier, il faut que cette dernière coopère davantage avec les élus locaux, les professionnels et les associations d'usagers. Les projets iraient bien plus vite et coûteraient bien moins cher aux contribuables, notamment aux Français. C'est bien la preuve qu'une coopération entre les nations aurait été plus efficace que la Commission européenne technocratique et dépassée.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Instrument „Łącząc Europę” jest doskonałym przykładem właściwej i pożądaney europejskiej współpracy, zajmuje się rzeczywistymi problemami, nie ideologicznymi, i oferuje bardzo konkretne rozwiązania w zakresie spójności gospodarczej, społecznej i terytorialnej. To jest właśnie ta Unia Europejska, do której powinniśmy dążyć. To są cele polityczne, które warto sobie stawiać i realizować.

Cieszę się, że mimo presji ze strony Zielonych, radykałów udało się nam utrzymać finansowanie infrastruktury gazowej w ramach instrumentu „Łącząc Europę”. To były trudne i nieraz emocjonalne rozmowy. W debacie na ten temat słyszeliśmy bardzo dużo słów krytyki, niechęci, a wręcz nienawiści wobec gazu. Nasi adwersarze powinni jednak pamiętać, że bez gazu jako paliwa przejściowego nigdy nie osiągniemy neutralności klimatycznej. Bez gazu nie będzie Zielonego Ładu, ale czarna rozpacz wręcz, kiedy zaczną się rwać dostawy energii, posybią rachunki za prąd, a sparaliżowany unijny przemysł trafi na margines globalnej gospodarki. Do tego odpowiedzialni politycy europejscy nie mogą dopuścić. I bardzo dziękuję za zaangażowanie wszystkich i pani komisarz Komisji Europejskiej.

Leila Chaibi (The Left). – Monsieur le Président, chers collègues, il y a tout juste une semaine, le thermomètre du village de Lytton, au Canada, affichait 49,5 °C. Pas au Sahara ni au Moyen-Orient. Non, non, 49,5 °C au Canada! Le responsable de cette chaleur extrême dans un pays aussi au nord est connu, c'est le dérèglement climatique. D'ailleurs, les scientifiques ont prévenu: ce qui s'est produit au Canada pourrait très bien se reproduire en Europe d'ici peu.

Avec un tel signal d'alarme, on pourrait penser que l'Europe mettrait tout en œuvre pour freiner l'emballement du climat. Et pourtant, avec le mécanisme pour l'interconnexion en Europe, l'Union européenne s'apprête à financer des projets gaziers à tour de bras. Or, le gaz fossile peut être tout aussi dangereux pour le climat que le charbon ou le pétrole. Plutôt que de subventionner des gazoducs, l'Europe devrait financer des éoliennes et des panneaux solaires, pour la réussite de la bifurcation écologique, pour notre avenir et pour pouvoir profiter de l'été sans brûler.

Andor Deli (NI). – Elnök Úr! Bízom abban, hogy az intézményközi megállapodások jóváhagyása, a TEN-T pénzelési és adminisztrációs folyamatainak egyszerűsödése hozzájárulnak majd a még hiányzó kapcsolódási pontok kialakulásához, és az észak-dél irányú konnektivitás megerősítéséhez, különösen az EU közép-keleti tagállamai között. Azonban a teljes európai összekötöttség eléréséhez nem feledkezhetünk meg a nyugat-balkáni régióról sem. Az Európai Bizottság új nyugat-balkáni beruházási terve máris több százmillió eurós nagyságban támogatja a régió infrastrukturális projektjeit, mint például a Belgrádot és Észak-Macedóniát összekötő vasútvonal felújítását.

Ezek az útvonalak szervesen fognak kötődni a TEN-T-felhasználókhoz, ezért már most meg kell teremteni a jogi kapcsolatot a TEN-T-rendelet és a különböző nyugat-balkáni projektek között. A TEN-T-rendelet felülvizsgálatának folyamata erre kiváló alkalom, amibe intenzíven be kell vonni a nyugat-balkáni országokat. Csakis ezzel érhetjük el, hogy végre egy olyan jogszabálytervezet jöjjön létre, ami az európai kontinens egészében gondolkodik.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Ja bardzo się cieszę, że instrument „Łącząc Europę” został przedłużony na kolejny okres budżetowy do roku 2027. I przede wszystkim cieszę się, że położono nacisk na synergie między sektorami transportu, energii i technologii cyfrowych. Istotne jest bowiem przyspieszenie zielonej transformacji. Stąd też bardzo ważne jest, aby więcej uwagi poświęcić rozwojowi infrastruktury dla paliw alternatywnych, ale także zachęcić do przechodzenia na transport kombinowany. Musimy pamiętać, że w niektórych częściach Europy infrastruktura taka niemal nie istnieje, za to inwestuje się w agencje, które na przykład faworyzują węgiel.

Proszę Państwa, myślę, że też bardzo istotne jest, abyśmy w krótkim czasie ukończyli te rozpoczęte odcinki sieci bazowej TEN-T, zwłaszcza różne korytarze transportowe, bo przecież gdy popatrzymy na stan realizacji, np. bardzo ważnego korytarza Via Carpatia, to na odcinku Polski, który ma 700 km, zrealizowano zaledwie 10%, czyli 75 km.

Andris Ameriks (S&D). – Dārgie kolēģi! Mūdienu izvirzīto izaicinājuma mērķu kontekstā Eiropas dzelzceļa satiksmes vadības sistēmas loma kļūst arvien nozīmīgāka, tomēr mēs neredzam ieviešanas progresu, kādu mēs to vēlētos redzēt. Lai sasniegtu 2030. un 40. gada mērķus, mums ir jāpātrina šīs sistēmas ieviešanas temps par desmit reizēm. Mums ir jāatrod veids, kā to izdarīt. Acīmredzami jānodrošina sinerģija Eiropas finanšu instrumentiem, lai atbalstītu šīs sistēmas ieviešanu, jo īpaši ar Eiropas infrastruktūras savienošanas fondu, kohēzijas, atveseļošanas un noturības mehānismu un dalībvalstu ieguldījumu. Būtu vairāk jānodrošina dalībvalstīs piedalīties sistēmas ieviešanā. Mums jāprojām ir dalībvalstis, kuras vēl nav noteikušas datumus, kad tās plāno pabeigt sistēmas ieviešanu. Kā mēs varam veikt mērķus, ja valstu līmenī nav konkrētu plānu? Es vēlreiz vēlos uzsvērt šo nozīmi sistēmai, īpaši brīžos, kad mēs popularizējam vilcienus kā alternatīvu citiem transporta veidiem. Mūsu dzelzceļam jābūt drošākam, efektīvākam pasaulē, lai galu galā mēs kļūtu par piemēru citiem. Paldies!

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Herr talman! Det känns passande att diskutera den här lagstiftningen om transportfrågor samtidigt som stora delar av Europa går ut för sommarledighet. Sakta men säkert blir det möjligt att resa igen. Men utifrån hur pandemin utvecklar sig och efter den förhoppningsvis är över måste vi förändra vårt sätt att resa. Vi måste flyga mindre och resa mer med tåg, det mest hållbara sättet att resa.

Det vi röstar om i dag hjälper en liten bit på vägen att ställa om mer till tåget. Jag hoppas att kommissionen kommer att ta fasta på våra rekommendationer om hur Europas järnvägar kan användas mer effektivt och att EU-stöd till nya spår med den här lagen kan ges ut smidigare och med mindre byråkrati.

Men det finns fortfarande mycket kvar att göra. Inte minst måste vi göra ett omtag kring vad EU-pengar inom transportsektorn faktiskt kan gå till. Pipelines och att bygga om broar för att kunna hantera stridsvagnar är helt fel väg att gå. Det är inte vad den här fonden ska gå till, inte till militären, utan till att gynna hållbara transporter istället.

Det mervärde som EU kan bidra till finns inom järnvägen, och satsningarna borde gå till att bygga bort flaskhalsar och saknade spår mellan Europas länder så att vi kan bygga ett sammanhängande europeiskt järnvägsnät. Det är vad vi behöver för att främja ett hållbart transportslag.

Francesca Donato (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, questi tre provvedimenti affrontano il tema cruciale degli investimenti nelle infrastrutture, con l'obiettivo da tutti noi condiviso di accelerare i cantieri semplificando il carico burocratico per le imprese.

Mi delude però constatare che tra i finanziamenti eleggibili nel Connecting Europe Facility non siano rientrati, se non in minima parte, i costi di manutenzione delle infrastrutture già in essere, che rimarranno dunque a carico degli Stati membri. La dotazione finanziaria inoltre risulta insufficiente rispetto agli ambiziosi obiettivi climatici inseriti nel CEF tramite le condizionalità ambientali, che si affiancano a quello che dovrebbe essere il fine principale di questi strumenti, cioè sostenere il completamento delle reti e la sicurezza dei trasporti.

Nelle regioni in ritardo di sviluppo come Sicilia e Sardegna, le infrastrutture viarie sono decisamente carenti e la spesa per la manutenzione di cui necessitano i nostri ponti e le strade non trova capienza nei bilanci regionali. Prima di destinare ingenti risorse a piste ciclabili e colonnine di ricarica elettrica, non sarebbe stato più corretto permettere a tutti i cittadini europei di avere vie di comunicazione sicure ed efficienti?

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, abbiamo finalmente concluso e felicemente concluso il negoziato sulla Connecting Europe Facility, per cui abbiamo 33 miliardi di euro a disposizione di cui quasi 26 per il trasporto e quel che è più rilevante è che potremo cofinanziare a fondo perduto fino al 55 % gli investimenti dei paesi membri.

Ma non bastano le infrastrutture fisiche, ci vuole anche tecnologia, alta tecnologia per garantire sicurezza, soprattutto nel trasporto ferroviario. Ecco perché la sfida dell'ERTMS è centrale. Oggi applichiamo questa tecnologia di fatto solo all'alta velocità e in modo differenziato tra i vari paesi membri. Il punto di lavoro adesso è armonizzare i sistemi di ERTMS in modo tale che dialoghino tra loro nei vari paesi.

Il mio paese, l'Italia, ha sperimentato sulla tratta Genova-Rotterdam e ha investito fortemente addirittura mettendo circa 3 miliardi nel proprio PNRR. Come avere una governance condivisa? Proponiamo un'agenzia e perché no proprio un'agenzia ERTMS proprio in Italia che sta investendo così tanto in questo.

Riho Terras (PPE). – Lugupeetud istungi juhataja, austatud volinik, head kolleegid! On äärmiselt positiivne, et Euroopa ühendamise rahastu osas jõuti kokkuleppele, ning ma kutsun kõiki kolleege üles kokkuleppe kinnitamise poolt hääletama.

Tegemist on olulise tööriistaga, mis võimaldab toetada ääremaade ühendamist ülejäänud Euroopaga läbi infrastruktuuri võrkude arendamise. Euroopa Liidu konkurentsivõime globaalselt sõltub just sellest, kui konkurentsivõimelised on kõik liikmesriigid. Seega on konvergens liikmesriikide vahel liidu kui terviku huvides.

Samuti tuleb mees pidada, et infrastruktuuri arendamine ei ole vastuolus kliimaeesmärkidega. Transpordivahendi keskkonnasõbralikkus sõltub eelkõige kasutatud kütusest, mitte infrastruktuurist, millel ta sõidab, olgu see maantee või raudtee. Investeeringud infrastruktuuri on igal juhul investeeringud tulevikku.

Jörgen Warborn (PPE). – Herr talman! Fru kommissionär! Transportpolitiken är ett av de områden där EU kan skapa störst mervärden för EU:s medborgare och företag. Med samarbete och samfinansiering av robusta transportkorridorer kan vi underlätta för företagen att skapa nya jobb och för människor att ta sig till jobben som skapas.

Det är mycket bra att vi idag säkrar fortsättningen på Fonden för ett sammanlänkat Europa så att vi kan rulla ut mer dubbelspårig järnväg, bredda fler vägar till motorvägar och öka kapaciteten i EU:s hamnar. Det är så här EU-pengarna ska användas, till sådant som genererar riktig konkurrenskraft. För när vi bygger bort flaskhalsarna på de mest trafikerade sträckorna, då blir det lättare för industrierna att få ut sina varor, och medborgarna slipper slösa timmar i bilkö och på försenade tåg.

Det här är alltså mycket betydelsefullt när vi nu ska återstarta Europas ekonomi efter krisen. Så låt oss använda det här tillfället för att rusta Europa och lägga i en högre växel i transportnätet. Då kan vi bygga ett starkt och sammanlänkat Europa.

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you all for your support for the new CEF regulation and the streamlining directive and for further pushing the deployment of the ERTMS on the European network.

As I mentioned earlier, with the adoption of CEF II regulation, we will now finalise all preparatory steps with our Agency CINEA to be able to launch the first call for proposals in September.

As regard TEN-T, you know that we plan to come forward with a package on sustainable mobility in the Autumn and that will also focus on the TEN-T. The overarching goal of the revision of the TEN-T Regulation will be to contribute to the European Green Deal objectives and the realisation of the sustainable mobility strategy.

Indeed, since the adoption of the TEN-T Regulation in 2013, the policy context has changed substantially. The ongoing revision is thus the opportunity to modernise the legal framework and to step up our efforts in aligning the TEN-T with the new priorities.

As a result, the guiding principle of the revision is to complete the infrastructure backbone of the single European transport area and to make transport greener, more efficient and resilient. Since there were some worries about the link between CEF and the Union's climate objectives, let me say a few words on that.

So again, the CEF will contribute at least 60% of its funding to the climate objectives and thus support sustainable and green transition. In the transport part it is expected that at least 70% of the budget allocated to measures under the CEF will contribute to climate objectives, in particular support of the construction and upgrade of railway infrastructure, including its electrification. Focus on the alternative fuels infrastructure will be the backbone of the investments.

Specifically, we will set up an alternative fuel facility to dedicate more than EUR 1 billion over three years to electricity and hydrogen recharging and refuelling stations. In addition, significant support will be provided to the inland waterways infrastructure, short sea shipping, telematic applications and multimodal transport.

Also to contribute to the climate objectives we will include synergies with the energy sector. For instance, the possibility to support the development of port capacities and facilities in relation with offshore wind farms. The support to grid connections in relation to electro mobility and onshore power supply, or the integration of onsite renewable energy generation in the supported projects. So these are just a few words to convince you that indeed CEF and the Union's climate objectives are very much aligned.

And just a small word on the gas worries you have. As regards the financing from CEF energy, since 2014, CEF energy has provided almost 65% of its total budget of EUR 4.7 billion to electricity and smart grid projects, mirroring the increased focus on the electrification of our energy system.

The PCI status is a precondition for applying for CEF under the TEN-E window, but no guarantee for financing. And in its proposal for a revision of the TEN-E regulation, the Commission excludes natural gas infrastructure from the scope of TEN-E and makes sustainability assessment of all projects mandatory, thus ensuring the full alignment of the TEN-E policy with the European Green Deal objectives and climate neutrality.

Therefore, based on the Commission proposal and if agreement with the co-legislators will be reached now, gas natural gas infrastructure would receive PCI status under the six PCI list, which is expected to be adopted in 2023.

So these are some of the thoughts we, myself and colleagues, have as regards energy to align our investment with the objectives of our climate pact. In the end, I very much look forward to continuing our discussions on connecting Europe and the TEN-T revision and the interinstitutional debate that we will organise in September as part of our TEN-T days meet European Year of Rail Event. You are of course invited. Thank you very much for the debate today and your support.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu der Empfehlung für die zweite Lesung von Herrn Riquet weder ein Vorschlag zur Ablehnung des Standpunkts des Rates noch Änderungsanträge gemäß den Artikeln 67 und 68 GO eingereicht wurden.

Der Standpunkt des Rates gilt somit als gebilligt, und somit gilt der vorgeschlagene Gesetzgebungsakt als angenommen.

Die Abstimmungen über die Empfehlung für die zweite Lesung von Frau Virkkunen, Herrn Marinescu und Herrn Riquet und über den Bericht von Frau Bilbao Barandica finden heute, Dienstag, 6. Juli 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Josianne Cutajar (S&D), in writing. – Europe has ambitious plans for its energy and transport markets. We want to set the pace, achieving our cohesion, digital and environmental objectives. The new Connecting Europe Facility for 2021-2027 will be an enabler, a driver of this revolution. The CEF is one of the strongest tools we have to help us bring Europe together, allowing us to achieve unity by ending transport and energy isolation. I here stress the paramount role CEF funds have in connecting islands, including my country Malta, to the continental platform. No one should ever pay the price of insularity. The EU must continue modernizing its cross-border infrastructure, with a particular focus on the rollout of 5G, which will be of paramount importance for the implementation of AI and new technologies. I am glad the new CEF is accompanied by an agreement that will speed up TEN-T project implementation by harmonising authorisation and public procurement procedures and simplifying the administrative processes. We need less red tape to conclude the TEN-T networks as soon as possible. As we move forward in a sustainable manner, we must avoid at all costs energy and transport poverty. Prices must remain affordable and never impact the everyday lives of citizens.

Tomasz Frankowski (PPE), na piśmie. – Bardzo się cieszę, że po wielu miesiącach pracy legislacyjnej jesteśmy świadkami ponownego wejścia w życie sztanarowego instrumentu finansowego „Łącząc Europę” (CEF), który za sprawą budżetu wynoszącego ponad 30 mld euro będzie miał wpływ na rozwój europejskiej transgranicznej infrastruktury transportowej, energetycznej oraz cyfrowej. Inwestycje finansowane przez CEF w znacznym stopniu przyczynią się do wzrostu gospodarczego, utworzenia miejsc pracy oraz polepszenia konkurencyjności w Unii Europejskiej.

Dodatkowo, nowoczesna ogólnoeuropejska infrastruktura odegra bardzo istotną rolę w dążeniu do ambitnych celów opisanych w Europejskim Zielonym Ładzie i zapewni ukierunkowane inwestycje UE we wszystkich państwach członkowskich. Główne założenia programu wpłyną na rozwój infrastruktury transportowej związanej z bazową siecią TEN-T, dzięki której europejski transport stanie się bardziej bezpieczny, multimodalny i zrównoważony, łącząc ze sobą wszystkie regiony Unii Europejskiej oraz wzmacniając integrację Europejską. Bardzo ważnym aspektem programu będzie również wsparcie finansowe innowacji w dziedzinach transportu energii czy nowoczesnych rozwiązań cyfrowych, tak aby rozwój Europy szedł w parze ze zmniejszeniem wpływu transportu na środowisko, zwiększeniem efektywności energetycznej oraz poprawą bezpieczeństwa mieszkańców Unii.

András Gyürk (NI), *írásban*. – Az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz fontos szerepet tölt be az európai energia-infrastruktúra fejlesztésében. Az új költségvetési ciklus kezdetén időszerű a kezdeményezést három szempont: az elért eredmények, új feladatok és a Közép-Európai régióra gyakorolt hatás mentén megvitatni. Az eredmények ismeretében kijelenthető, hogy az eszköz beváltotta a hozzá fűzött reményeket. A projektek elősegítették az integrált energiapiac kialakítását. Az európai energiahálózat így felkészültebb a sokhatások kezelésére, mint korábban.

A folyamatban lévő fejlesztések lezárása mellett a programnak új feladatokat is teljesítenie kell. A beruházásoknak a klímavédelmi ambíciók okán szintén hozzá kell járulniuk a dekarbonizáció és a megújuló energiaforrások előmozdításához. Végül az eszköz az energia-infrastruktúra fejlesztésének motorjának bizonyult Közép-Európában is. A krki LNG-terminál a globális földgázpiacokat nyitotta meg a régió számára. Az új ciklusban pedig a Duna InGrid intelligens villamosenergia-hálózati projekt fogja elősegíteni a megújuló energiaforrások hatékony integrációját Magyarországon és Szlovákiában.

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Schválenie dohody o zmenách vo fungovaní tzv. Nástroja na prepájanie Európy musí dať nový impulz k účinnejšiemu čerpaniu prostriedkov z rozpočtu EÚ na infraštruktúrne projekty po celej Európe vrátane Slovenska. Z viac ako 30 miliardovej obálky pôjde najviac na dopravu, menej na energetiku a niečo aj na digitalizáciu, čiže na oblasti, do ktorých treba obrovské investície vynaložiť v celej Európe, ale hlavne v štátoch ako Slovensko. Práve preto musí slovenská vláda a kompetentní aktéri na Slovensku zabezpečiť predkladanie čo najkvalitnejších projektov dopravného a energetického prepojenia so susednými štátmi, či už ide o diaľnice alebo elektrické interkonektory spájajúce Slovensko s Poľskom, Maďarskom alebo Českou republikou. Na rozdiel od klasických eurofondov sa tu totiž uplatňuje aj princíp využí alebo stratíš, a preto posilnenie administratívnych kapacít na čerpanie fondov je absolútne nevyhnutné.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Szybkie i sprawne zakończenie budowy połączeń w ramach sieci TEN-T to kwestia zagwarantowania odpowiednich funduszy i uproszczenia przepisów o wydawaniu pozwoleń. Sprawne wdrażanie nowych regulacji może zmniejszyć opóźnienia w realizacji projektów infrastrukturalnych oraz ułatwić udział inwestorów prywatnych.

Nowe akty nie mogą jednak paraliżować sprawnie funkcjonujących krajowych procedur planowania i wydawania zezwoleń oraz instytucji krajowych, w tym samorządów lokalnych i regionalnych. Nie ma potrzeby ingerencji UE tam, gdzie państwa same kompleksowo regulują etapy postępowania i czynności oraz biorą dodatkowo pod uwagę szczególne warunki i wymogi regionalne. Struktura organów krajowych i ich organizacja należą do kompetencji państw.

Dzięki zmienionej formie prawnej regulacji państwa członkowskie będą dysponowały elastycznością niezbędną do tego, by korzystać z już istniejących procedur. Dotychczasowe podejście UE w zakresie TEN-T nakierowane było na rozwój połączeń na osi wschód-zachód, co powodowało zapóźnienia w rozwoju połączeń i rozwoju społeczno-gospodarczym regionów w Europie Wschodniej.

Musimy pilnie odrobić straty i przekierować fundusze na projekty łączące Europę Północną z Południową, a zwłaszcza inwestycje w państwach flanki wschodniej.

Moje regiony Warmia i Mazury oraz Podlasie wciąż kwalifikują się do obszarów o najmniejszej dostępności, mimo że przebiegają przez nie dwa korytarze bazowe TEN-T. Droga S7 jest częścią korytarza transportowego Bałtyk – Adriatyk a droga S61 korytarza Morze Północne – Morze Bałtyckie.

Benoît Lutgen (PPE), *par écrit*. – Monsieur le Président, Madame la rapporteure, chers collègues, merci pour ce rapport et votre travail de consultation dans ce cadre. L'objectif de sécurité poursuivi par le système de gestion du trafic doit rester une priorité des états membres, dans la mise en oeuvre de l'ERTMS.

Au même titre, l'amélioration du confort et de l'interopérabilité pour les passagers doit animer la suite de son application, pour rendre le train toujours plus attractif. Enfin, l'amélioration de la cadence et des délais de livraison du fret ferroviaire soutiendra aussi la crédibilité du secteur, face au transport routier ou aérien.

Pour soutenir un déploiement digne du 21ème siècle, je pense que les fonctionnalités offertes par les satellites et singulièrement le système Galileo doivent, dans le futur, être privilégiées. Moins coûteux qu'une balise physique, le développement du positionnement satellite au service de la mobilité ferroviaire renforcerait encore sa crédibilité sur le plan international.

Des moyens pour la recherche doivent être consacrés à une mise en oeuvre rapide, sur les lignes principales et partout en Europe. En effet, les nouvelles technologies peuvent à la fois servir à répondre aux exigences de fluidité et de sécurité, mais aussi d'information au public. De quoi rencontrer, chers collègues, tous nos objectifs.

Roberts Zīle (ECR), rakstiski. – Eiropas transporta tīkls (*TEN-T*) ietver plašu projektu apjomu, un to mērķis ir savienot un uzlabot transporta tīklus visā Eiropā. Tas ietver gan dzelzceļu, gan iekšējos ūdensceļus un gaisa telpas. *TEN-T* novērsīs trūkstošos posmus transporta savienojumos starp dalībvalstīm un novērsīs tehniskos šķēršļus, vienlaikus veicinot sociālo, ekonomisko un teritoriālo kohēziju Eiropā. Tā ir vērienīga, bet reāli izpildāma stratēģija, un tā spēs dot konkrētus ieguvumus katrai dalībvalstij. *TEN-T* ir milzīgs potenciāls. Tāpēc es ceru, ka mani kolēģi atbalstīs *TEN-T*, lai nodrošinātu šo projektu pabeigšanu.

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Der Präsident. – Ich darf Ihnen zunächst bekannt geben, dass die Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL dem Präsidenten Beschlüsse über die Änderungen von Ernennungen in Ausschüssen und Delegationen übermittelt hat. Diese Beschlüsse werden im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und treten am Tage dieser Ankündigung in Kraft.

6. Festlegung von Leitlinien für die Anwendung der allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Eider Gardiazabal Rubial im Namens des Haushaltsausschusses und Petri Sarvamaa im Namen des Haushaltskontrollausschusses über die Festlegung von Leitlinien für die Anwendung der allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (2021/2071(INI)) (A9-0226/2021).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind etwas spät im Zeitplan, Sie wissen, dass wir für 13.00 Uhr Abstimmungen angekündigt haben. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, dass ich zum gegebenen Zeitpunkt die Debatte kurz unterbreche, um dann die Abstimmung zu eröffnen. Ich sehe keinen Widerspruch.

Eider Gardiazabal Rubial, ponente. – Señor presidente, señor comisario, un Pleno más en el que hablamos sobre el mecanismo de condicionalidad de los fondos europeos con respecto al Estado de Derecho, y la pregunta es cuándo veremos una actuación. Porque el mecanismo entró en vigor el 1 de enero y todavía no hemos visto sus frutos.

Desde el primer momento fuimos muy claros y advertimos que no eran necesarias estas directrices. Acabábamos de cerrar un acuerdo y en ningún momento se nos dijo que no fuera lo suficientemente claro y, por lo tanto, no entendemos qué podemos aportar con estas directrices. Pero, en cualquier caso, y lo he dicho en varias ocasiones, el Parlamento siempre está dispuesto a trabajar con la Comisión para garantizar una aplicación rigurosa del Reglamento. Y, en este sentido, varios mensajes clave por nuestra parte.

El primero de todos, y que define claramente el contexto en el que trabajamos, es que las directrices no son jurídicamente vinculantes y que, además, no pueden ni alterar, ni ampliar, ni limitar el texto del Reglamento. Segundo mensaje: la Comisión no ha cumplido el plazo que le pedimos desde el Parlamento, lo que evidentemente lamentamos, pero es que, además, no es muy comprensible, porque había tiempo de sobra para haber presentado unas orientaciones, un borrador en marzo y haber recogido las aportaciones del Parlamento y del Consejo, y habríamos llegado de sobra al 1 de junio. Tercer mensaje: queremos más información, porque está bien que la Comisión nos diga que están trabajando y que están estudiando los casos, pero necesitamos más información.

Respecto a las directrices propiamente dichas, nuestro informe no hace más que reiterar, evidentemente, el Reglamento que negociamos. De hecho, el propio borrador de la Comisión se limita a retomar lo que acordamos en el Reglamento, lo que refuerza todavía más la no necesidad de hacer estas directrices. Pero, en cualquier caso, aprovechamos para repetir cuál es nuestra posición, y lo hemos estructurado en torno a cuatro apartados.

Uno: vulneración de los principios del Estado de Derecho. Recordamos que se deben considerar tanto las vulneraciones individuales de los principios del Estado de Derecho como las vulneraciones sistémicas o generalizadas. Y también recordamos que, en el artículo 3 del Reglamento, hemos incluido una lista no exhaustiva sobre indicios de vulneración de los principios del Estado de Derecho, y que, por supuesto, la Comisión Europea puede y debe utilizar cualquier información disponible y proveniente de una institución reconocida. Y, además, también creemos que debemos dar la oportunidad a la sociedad civil y a las ONG para que puedan facilitar esa información a la Comisión.

Segundo apartado de nuestro informe: protección del presupuesto de la Unión. Porque como instituciones somos responsables de la buena gestión financiera, es decir, de una gestión eficaz y eficiente, tal y como lo define el Reglamento Financiero. Evidentemente, hay una clara relación entre esa buena gestión financiera y el respeto al Estado de Derecho, un Estado de Derecho que debe entenderse en su relación con otros valores y principios incluidos en el artículo 2 del Tratado de la Unión Europea. Esto también estaba en el Reglamento. Discriminación a las minorías, ataques contra la libertad de prensa, libertad de asociación o reunión, independencia del poder judicial, correcto funcionamiento de las instituciones para combatir el fraude, la corrupción, etcétera: todo eso puede tener un impacto directo y suficiente en el presupuesto de la Unión.

Una vez aclarado lo que consideramos vulneración del Estado de Derecho y el impacto que puede tener en el presupuesto, hablamos sobre las medidas, y aquí el Reglamento es clarísimo. Artículos 6 y 7: se establecen todas las etapas y un calendario preciso. Se establece que tenemos que respetar principios de objetividad, de no discriminación y de igualdad de trato, y que, además, las medidas adoptadas tienen que ser proporcionadas teniendo en cuenta la naturaleza, la duración, la gravedad. Está todo clarísimo.

Y, por último, terminamos nuestra contribución con la protección de los destinatarios y beneficiarios finales. Probablemente —y aprovecho para felicitar no solo a mi coponente, sino también al resto de los grupos de esta Cámara, y para agradecer su trabajo—, la primera idea que pusimos encima de la mesa fue la protección de los beneficiarios finales. Porque el mecanismo no puede penalizar ni perjudicar a estos beneficiarios, y los Estados miembros tienen la obligación, incluida la obligación de pago, de respetar todos los acuerdos. En el acuerdo que alcanzamos con el Consejo, y evidentemente con la Comisión, a finales del año pasado, la Comisión se comprometió a establecer un sistema en el que los beneficiarios pudieran acceder a toda la información y, sobre todo, un sistema que les permitiera, si fuera necesario, denunciar irregularidades.

Y, además de este sistema, espero que la Comisión también esté trabajando en cómo utilizar todas las herramientas disponibles para asegurar que los fondos van a llegar efectivamente a sus destinatarios.

Así que, señor comisario, este debate es un buen momento para explicarnos cómo están trabajando en ese portal de información y de denuncias, para explicarnos, también, su punto de vista sobre esa necesidad de las directrices y de su contenido, pero yo creo que esta es la mejor ocasión para que nos cuenten exactamente qué es lo que están haciendo y para que puedan contestar a esa primera pregunta que hacía en mi intervención: ¿para cuándo las primeras actuaciones?

Petri Sarvamaa, *rapporteur*. – Mr President, Commissioner Hahn and the Council, so here we are once again in this Hemicycle, this plenary hall discussing the future of the rule of law in Europe. Once again we, as the Parliament, will reiterate our position, that the Commission has to act and has to act quickly. Once again we will state our worry about the degeneration and regression of the state of rule of law in some Member States, especially Hungary and Poland.

Once again, we deliver the messages we have heard from our voters and the citizens, that people are worried about their liberties, minorities being repressed, free media being shut down or bought by government oligarchs, judicial systems being party-politicised and independent judges being replaced by party loyalists.

All this done with EU money. With the money distributed from the Union's budget to the Member States. With taxpayers' money. And it makes me not only sad, but it makes me outraged. This should not be happening in Europe in 2021. Yet, once again, here we are in this plenary hall, stating these same sentences, even though we have heard them multiple times and we all know the reality behind them.

So here we are today because someone has to act. But who is that someone? The Parliament? Well, the Parliament has multiple times stated its readiness and has done everything it can within its powers. However, the Parliament lacks implementing powers.

Well, why won't the Council act? Finding unanimity is very difficult when it comes to actions under Article 7 of the Treaty. And even more, the Council and Member States seem to be blackmailed by the same group that posed a threat to the MFF and Next Generation EU negotiations last autumn. Ultimately, it is in the Member States' hands how to respond to the growing deterioration of rule of law in Europe.

This brings us back to the Commission. Once again, we appeal to the Commission to act. The Parliament has triggered the Article 265 TFEU procedure that also legally calls on the Commission to act. I truly hope that we will finally see something concrete when we come back from summer recess.

Despite the holidays of the institutions, the violators of the rule of law will not rest. This is why autumn is the latest opportunity to concretely initiate the process of rule of law conditionality regulation by sending written notifications to Member States concerned. There is no need to wait for the European Court of Justice ruling, and there is nothing that binds us to that.

To facilitate the process, we as the Parliament have drafted these guidelines for the application of the regulation for the Commission's use. This is our contribution. The European Council demanded these guidelines. We did not consider them necessary to begin with, yet here we are, once again, delivering faster than the Council in delivering our part.

If the Commission wishes, it can use these guidelines as such and start implementing the regulation right away. Now the final obstacle, and this is the political one of course, we all know Voldemort, can be considered to be out of the way. It's cleared. We have the guidelines. There can be no more delay, no more excuses.

Dear Commissioner, we need to work as allies. Fixing the rule of law in the Union demands a lot of hard work from all of us, and I know it is not always easy. We have our differences sometimes, but I believe that more than that we all value – I know you value, I know the Commission values – we all value the rule of law as our basic principle. The Parliament has been relatively patient, but we also like to think ourselves as pacesetters, helping the Commission and the Council to reach higher goals.

We have met multiple times either in this room, in Brussels or via video conference. We have a common understanding; all we need, all we need is the final will to act. We need action and the time has come, we are ready.

Terry Reintke, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Mr President, Parliament has again and again been pretty clear. First of all, the development of these guidelines for the regulation is actually not necessary as it is sufficiently clear as it stands. Secondly, the guidelines presented by the Commission unfortunately have little, or very little, additional value to clarification. Thirdly – and I must say this, Commissioner – suspicion is actually high that the Commission is fully aware of this, but presented these guidelines anyway to buy some time.

Commissioner, I must say that I think we really need to end these theatre plays. We don't need more delaying tactics, and we don't need statements or Commissioners being very concerned about the situation of the rule of law in the European Union. We need action, and it is not me saying it. Check the committee votes. Apart from the far right in this Parliament, all groups agree. So, Commissioner, take this as a strong appeal. I can only support my colleagues in saying, come back from the summer break with a strong case on the basis of this regulation.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, I think it's always good to continue our already traditional exchange on the rule of law conditionality mechanism today on the occasion of the own-initiative report on the guidelines today, so a first discussion in this format since we shared our draft for these guidelines with you and with Member States, as it was done mid-June.

This Regulation is an historic achievement for the Union and it applies since 1 January 2021 and has been followed up from that date, and may I recall that it was the Commission's proposal in 2018 to have such an instrument. Again, I am grateful for all the support at least we received in this House before the European Parliament elections, but also afterwards.

Having said this, again I can only recall that all relevant breaches that affect or risk affecting the sound financial management of the Union budget and the financial interests of the Union after that date will be covered. As said already in the past, no case will be lost. The Commission has been actively working to assess information from all sources in view of building up a robust case, robust cases, and initiating the procedure under Article 6 of the Regulation. Notification letters will be sent without any delay as soon as we have gathered concrete evidence that the conditions required by the Regulation are fulfilled.

The Regulation requires the Commission to provide guidance for the benefit of final recipients and beneficiaries whose rights have to be ensured, and on this we very much agree. As you know, our draft guidelines include such guidance. The guidelines also explain the procedure and the way the Commission will assess cases under the Regulation. I fully agree with your report that the guidelines cannot and will not change the law as set by the Regulation, but only clarify how the Commission will apply it.

The Regulation requires a sufficiently direct link between any rule of law breach and risks for the sound financial management of the Union budget or the financial interests of the Union. Thus, a sober assessment of the following is therefore needed. The Commission should assess whether a rule of law breach affects or seriously risks affecting the principles of sound financial management or the financial interests of the Union in a sufficiently direct way. It may also need to assess whether the non-compliance with sound financial management principles arises from rule of law breaches in a sufficiently direct manner.

If a sufficiently direct link with the budget cannot be established, the Regulation will not apply. However, other tools of Union law may apply instead, for example infringement procedures or the famous Article 7 procedures. I would like to recall in particular that systematic or serious breaches are covered by the Regulation but that a general indirect or merely theoretical effect on the budget is not enough to trigger the Regulation. The Commission must be able to demonstrate an identified or identifiable effect or risk for the budget.

The Regulation also requires the Commission to apply the Regulation in a complementary way. Thus the procedure under the Regulation will be opened when the substantive conditions described before are met, unless the Commission finds that other procedures provided by the Union's Financial Sector Regulation allow it to protect the budget more effectively than the General Conditionality Regulation. For instance, existing procedures to protect the Union's financial interests, including those involving investigations by OLAF and EPPO, as well as measures provided under the sector-specific financial rules, may be more effective and should be used instead.

The Regulation finally requires the Commission to define the most appropriate and proportionate measures to be proposed to the Council by evaluating the impact of the rule of law breach on the budget, taking into account all relevant factors.

Honourable Members, the Commission has received your letter calling for a full and immediate application of the Regulation. You choose to pursue this path and of course the Commission will react appropriately within the timeframe foreseen by the Treaties. I will already state here that the Commission has ensured proper application of the Regulation since the day it entered into force. We have done so along two main strands.

Firstly, through the guidance on which you are consulted and that we are discussing today; secondly and most importantly, through the building up of the cases, which requires a well-formed, thorough, methodical and analytical assessment of the available information. For example, one of our sources in this context, the Commission's annual rule of law report, will be presented later this month. All this analytical work may soon materialise, demonstrating further the determination of the Commission to apply the Regulation in order to ensure an effective protection of the budget against breaches of the rule of law.

In doing so, the Commission will of course continue to take into account the views of Parliament and this is also the reason why we are waiting for Parliament's comments on the guidelines under consultation, and be reassured once again, as Mr Sarvamaa said, I think we are strong allies and I think we are also allies in the way that we want this instrument to become a success story in a way that indeed it can help to address successfully and sustainably rule of law breaches and correct different and several developments in some of our Member States in a way which we intend to see, at least here in the Hemicycle, by a huge majority. So be reassured. We will act, but we will act in a way that finally we are successful. I think this is in all our interests.

José Manuel Fernandes, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, caro Comissário, caros e caros Colegas, os valores da União Europeia são imperativos. Têm de ser respeitados por todas as instituições e, nomeadamente, pelos Estados-Membros. São uma condição de acesso para se estar na União Europeia. São condição de pertença, mas depois são também uma obrigação para quem permanece na União Europeia.

Os valores da União Europeia não são negociáveis. São irrenunciáveis. São valores que são irrevogáveis. Estão nos tratados e, por isso, nem deveríamos precisar de um regulamento para o Estado de direito. Um regulamento que, no fundo, é uma condicionalidade orçamental para quem violar o Estado de direito.

Para além disso, Senhor Comissário, este regulamento está em vigor desde 1 de janeiro de 2021. Há que aplicá-lo, é suficientemente claro. Não precisa de linhas de orientação e aplica-se ao Quadro Financeiro Plurianual também de 2014-2020 e, nomeadamente, às autorizações pendentes e pagamentos também decorrentes dessas autorizações. Aplica-se também ao Next Generation EU, aplica-se ao Quadro Financeiro Plurianual, obviamente 2021-2025 e um Conselho, o Conselho da União Europeia, não pode alterar este regulamento nem as linhas de orientação e o desafio é: aplique-o já.

Maria Grapini, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, stimați colegi, protejarea bugetului Uniunii Europene este o obligație esențială a tuturor instituțiilor europene dar și a celor naționale. Până la urmă, bugetul Uniunii Europene înseamnă banii cetățenilor și de aceea trebuie să fie protejat, dar să nu uităm că părghia o are Comisia Europeană, domnule comisar, și de aceea cred că Comisia trebuie să monitorizeze încălcările principiilor statului de drept în toate statele membre după aceeași indicatori și să facă o evaluare calitativă, obiectivă, imparțială, echitabilă, care să țină cont de informații relevante din statul respectiv.

Și sigur că trebuie să protejăm beneficiarii finali. Dacă oficialii dintr-un stat încalcă principiile statului de drept, nu trebuie să sufere beneficiarii finali și nu trebuie să sufere cetățenii. În cazuri de corupție, nepotism, fraudă sistematică, conflicte de interese, Comisia trebuie să analizeze caz cu caz, în mod transparent, și să vadă dacă plățile pot fi continuate.

Susțin înființarea unui ghișeu unic online eficient unde cetățenii pot să reclame cazurile de fraudă, iar Comisia să vină în fața Parlamentului cel puțin de două ori pe an să ne raporteze.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

7. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor wir nun mit der Aussprache fortfahren, eröffne ich die erste heutige Abstimmungsrunde. Es wird über die auf der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt. Die Abstimmungsrunde wird von jetzt bis 14.15 Uhr geöffnet sein.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung, wie Sie es von den letzten Tagungen kennen. Alle Abstimmungen erfolgen namentlich. Erklärungen zur Abstimmung können schriftlich eingereicht werden. Ausnahmsweise dürfen die Erklärungen zur Abstimmung bis zu 400 Wörter umfassen.

Ich erkläre die Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 14.15 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der Abstimmungen werden um 19.00 Uhr bekannt gegeben.

8. Festlegung von Leitlinien für die Anwendung der allgemeinen Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Eider Gardiazabal Rubial und Petri Sarvamaa (A9-0226/2021) fort.

Moritz Körner, im Namen der Renew-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben als Parlament konstruktiv an diesem Bericht mitgearbeitet und uns für Transparenz, klare Regeln, den Schutz der finalen Empfänger und auch eine Verbindung und Klarstellung in Bezug auf den Rechtsstaatsbericht eingesetzt. Ich möchte da ausdrücklich auch den beiden Berichterstatlern danken.

Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Ich kann niemandem mehr erklären, warum ich eigentlich ständig hier im Parlament stehe und irgendetwas erzähle. Und ehrlich gesagt: Der liebe Kommissar Herr Hahn tut mir auch ein bisschen leid, dass er auch immer wieder das Gleiche erzählen muss. Denn es geht ja hier darum: Diese *guidelines* sind nicht notwendig. Sie sind ein Ablenkungsmanöver, sie sind das größte Ablenkungsmanöver, um zu verdecken, dass der Europäische Rat, der europäische Gipfel, EU-Verträge gebrochen hat.

Es ist nicht Aufgabe des Europäischen Rates, gesetzgeberisch tätig zu werden. Die Gesetzgeber haben eine Verordnung beschlossen. Diese ist in Kraft, und mit diesen *guidelines* und mit der Erstellung dieser *guidelines* wird versucht, den Einsatz dieses Instruments, dieser Verordnung zu verschieben und hinauszuschieben. Und das ist ein Riesenablenkungsmanöver, es ist eine Sauerei, und das werden wir hier als Europäisches Parlament nicht akzeptieren.

Und wenn jetzt wieder welche kommen – ich weiß, Herr Kuhs zitiert dann immer gerne diese Schlussfolgerungen. Ich finde, diese Schlussfolgerungen des Gipfels sind ein klarer Verstoß. Das müsste man eigentlich mal vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Und deswegen kann ich nur sagen: Handeln wir endlich!

Mir tut die Kommission – oder zumindest Herr Hahn – da ja mittlerweile schon fast leid, er muss hier immer das Gleiche erzählen. Aber die Kommission von der Leyen muss sich endlich entscheiden: Will sie weiterhin diesem schmutzigen Deal, der da auf dem Gipfel mit Ungarn und Polen gemacht worden ist, Folge leisten oder der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit in Europa, für die das Europäische Parlament kämpft?

Daniel Freund, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, what do Lukashenko, Assad and Kim Jong-un have in common? Well, all three are autocrats, they hate free media and they hate our democracy, but they have also for many years been members of a club, the annual list of the worst enemies of press freedom published by Reporters Without Borders.

Since yesterday, there is a new member of this club, Viktor Orbán. Let that sink in: a Prime Minister in the European Union is now labelled a press freedom predator. That in itself is scandalous, but it's even worse when you think that, unlike Lukashenko, unlike Assad, unlike Kim Jong-un, the European Union is actually not sanctioning him for his authoritarian behaviour. The Commission – you, Mr Hahn – has the tools to sanction him, but you refuse to act. You say that we still need those guidelines and we need to work on those cases. We have heard this now for seven months and the facts keep being created on the ground. I've said it before: the inaction is having a direct and severe effect on the situation in Hungary.

Now there are a lot Hungarian citizens that are eagerly waiting for those EUR 7.2 billion of recovery money that are scheduled to come in. They want to save their businesses and they want to invest in the future. But you know that the management of EU funds in Hungary is dismal. You know that more than half the tenders only have a single bidder and that far too often it is a friend or a family member of Viktor Orbán that wins those tenders. You know that, when corruption is actually uncovered, the prosecutors don't pick it up because Orbán controls the prosecution. In those rare cases where a case does make it in front of a judge, courts that have been stacked by Viktor Orbán with his allies throw the cases out. They don't punish those that steal our taxpayers' money on an industrial scale.

So, Commissioner Hahn, we have to stop this charade. We have to stop this postponing and the tweaking of internal rules and guidelines. We need to use the rule of law conditionality. Let's do that now.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, werter Herr Kommissar Hahn! Bitte bleiben Sie stark! Geben Sie diesem Druck des EU-Parlaments nicht nach! Ich halte das für eine Missachtung der Vereinbarungen des Europäischen Rates – Herr Körner, Sie haben recht. Ich halte es auch für einen Schlag ins Gesicht der Mitgliedstaaten Polen und Ungarn, denn ihnen wurde versprochen, dass diese Regeln erst finalisiert werden und das EuGH-Verfahren abgewartet wird – und dann erst sollte hier weitergemacht werden. Das tun Sie nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich fürchte, dass der Konditionalitätsmechanismus und auch die neuen *guidelines* ein seltsamer Cocktail aus einerseits vernünftigen, aber andererseits völlig unsinnigen Regeln sind. Vernünftig ist es, auf nationaler und europäischer Ebene durch zwingende Rechenschaftspflichten zu wirken sowie gegen Betrug, Korruption und Vetternwirtschaft zu kämpfen. Da sind wir uns ja einig. Aber es gibt auch einen unsinnigen Teil, und der hat offensichtlich die immer deutlicher werdende Absicht, hier wirklich Moral zu monopolisieren und die Mittelverwendung durch neue EU-Werte zu reglementieren. Damit sollen offensichtlich wahrhaft konservative europäische Werte wie Ehe und Familie, die gerade in Polen und Ungarn hochgehalten werden, dekonstruiert werden.

Machen Sie nur weiter so! Die Bibel sagt: Was der Mensch sät, das muss er ernten. Sie spalten die EU – nicht Polen und Ungarn. Hören Sie auf damit! Wagen Sie wieder mehr europäischen Geist: mehr Europa, weniger EU.

Bogdan Rzońca, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Ja wiem, że nie otrzymam tutaj prawie żadnych braw, dlatego że chciałbym zapytać, dlaczego dzisiaj tu w Parlamencie nie zajmujemy się dwu i pół tysiącem listów wysłanych przez sędziów hiszpańskich do Komisji Europejskiej, bo tam łamana jest praworządność? Dlatego też pytam, dlaczego nie zajmujemy się dzisiaj bitymi na ulicach francuskich robotnikami w żółtych kamizelkach? Zapytam, dlaczego nie zajmujemy się dzisiaj wzrostem faszyzmu w krajach Europy Zachodniej? Dzisiaj w nocy zamordowany został polski kierowca w Niemczech, bo bronił pasażerów – tak postępują Polacy, a wy nas atakujecie. Zapytam, dlaczego nie zajmujemy się rządem holenderskim, który kłamał i używał prądu bezpodstawnie do połowu ryb?

Dzisiaj atakujecie Polskę i Węgry. Macie Państwo bardzo złe informacje. Przypomnę wam tylko, że Angela Merkel w Bundestagu w grudniu ubiegłego roku powiedziała, że Polska i Węgry miały prawo zwrócić się do Trybunału Sprawiedliwości Unii Europejskiej ze skargą. Polska zrobiła to świadomie. Także pani Merkel powiedziała, że właśnie Polska ma prawo bronić swojego dobrego imienia. Wobec tego Państwo zapytajcie jej, dlaczego tak mówiła, bo macie Państwo bardzo złe i nieprawdziwe informacje o Polsce.

Silvia Modig, *The Left-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, komissaari Hahn, valitettavasti teidän puheenvuoronne ei tuonut selkeyttä, ei vastauksia, mutta ennen kaikkea se ei tuonut luottamusta siihen, että komissio haluaa ja aikoo toimia. Tätä tilannetta ei enää voi selittää niille eurooppalaisille, jotka laittavat viestejä, ovat huolissaan ydinarvojen murentumisesta. Miksi me edelleen vain keskustelemme ja keskustelemme, kun asiasta on jo päätetty?

Nämä suuntaviivat eivät olleet tarpeen. Ne eivät ole oikeudellisesti sitovia. Niillä ei voida muuttaa asetuksen tekstiä. Asetus itsessään on aivan selkeää tekstiä, ja se on toimeenpantavissa saman tien, jos vain haluaa löytyä. Kiire on kova, koska varsinkin kun monivuotinen rahoituskehys ja elvytyspaketti on sidottu tähän mekanismiin, tällä toimeenpanolla on kova kiire.

Monessa maassa heräsi kiihkeitä keskustelua elvytyspaketista, ja monelle oli olennaista, että oikeusvaltiomekanismin budjettiehdollisuus on mukana siinä paketissa. Tätä lupausta te ette voi pettää, koska komissio on omissa poliittisissa suuntaviivoissa vuosille 2019-2024 sanotaan, että ydinarvoista emme tee kompromisseja.

Tamás Deutsch (NI). – Elnök Úr! Az Európai Parlament sokadik jogállamisági állásfoglalása újabb merénylet a közösségi jog, az európai értékek, az európai együttműködés ellen. Szégyenteljes, amit a baloldal csinál, ahogy hazudoznak, ahogy az Európai Parlamentet rögtönítélő ideológiai törvényszékké alakítják, és ahogy újabb és újabb támadásokat intéznek a brüsszeli parancsokat elutasító tagállamok ellen. Az EP baloldali többségének az a politikai szándéka, hogy Magyarország és Lengyelország szuverenitását durván korlátozza, vagy pedig a brüsszeli érdekeket mindenben kiszolgáló baloldali bábkormányokat segítsenek a hatalomba ezekben az országokban is.

De egy pillanatig se legyen kétségük, mi harcolni fogunk a szabadságunkért és a függetlenségünkért. Magyarország jól működő demokrácia, tisztességes jogállam, ahol garantálják az alapvető jogok érvényesülését, sőt nagyobb szabadságban élnek az emberek, mint a kontinens nyugati felének jó részén. Nem tudják sem térdre kényszeríteni, sem pedig kiéheztetni a magyarokat. Nekünk ugyanis Magyarország a szenvedélyünk.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, vážený pane komisaři, zdravá a prosperující demokracie jde ruku v ruce se zodpovědným hospodařením s penězi Evropské unie. Všichni víme, že demokracie v členských státech Evropské unie nemá stejnou úroveň. Proto rozpočet Evropské unie musí být pod přísnějším dohledem a my musíme jasně definovat, co se stane, když pravidla, která my vyžadujeme jako Evropská unie po ostatních členských státech, nebudou dodržena. Tak co se stane s těmito penězi? Komu půjdou a za jakých podmínek? Já si myslím, že zapomínáme na to nejdůležitější, a to je ta podmínka právního státu. Dodržování právního státu, to je alfa i omega celého systému. A pak jeho vymáhání. Já si myslím, že dnešní debata je apel na Komisi, aby se začala touto otázkou zabývat. Na co budeme dále čekat?

Margarida Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o regime geral de condicionalidade para a proteção do orçamento da União Europeia é claro: o não respeito dos valores fundamentais que leva, nomeadamente, à exclusão de certas organizações, designadamente pela sua orientação política, ideológica, societal, ou à fraude mais ou menos visível, é inibidor do acesso aos fundos europeus.

Todos sabemos que foi muito difícil aprovar este Regulamento. Desde logo pela chantagem com o acordo sobre o Quadro Financeiro Plurianual por parte dos que tinham mais receio da sua aplicação.

Conseguimos. É para cumprir, já. E o Parlamento Europeu cá está para fazer cumprir. Sem necessidade de novas interpretações. Sobretudo de novas interpretações que possam alterar o espírito ou a letra do Regulamento aprovado.

E por isso pedimos agora à Comissão, e contamos consigo, Senhor Comissário, que não se deixe enredar em expedientes que atrasem a sua aplicação. O regulamento está em vigor. Aplique-se sem mais atrasos.

Pierre Karleskind (Renew). – Monsieur le Président, «Bleiben Sie standhaft, Herr Kommissar». Je viens d'entendre ça de la bouche de quelqu'un du groupe ID. Quand c'est quelqu'un du groupe ID qui vous dit ça, c'est qu'il y a peut-être un petit problème.

Il vous aura fallu six mois pour nous donner les 28 pages de lignes directrices. Six mois pour faire en sorte que, pour la quatrième fois, nous débattions de ce sujet ici. Quatrième fois que nous allons vous répéter la même chose. Eh bien, il faut appliquer la loi. Pourtant, ce règlement est en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2021. Il devait tout changer, vous venez de nous le redire. Vous nous l'avez présenté comme un pas historique proposé par la Commission – soulignons-le –, un pas historique de l'Union européenne pour la protection de l'état de droit dans l'ensemble des États. Et soudain, la Pologne et la Hongrie décident de faire du chantage. Il devient urgent de prendre son temps, d'écrire des lignes directrices, d'interpréter le texte, de nous lancer dans une exégèse des propos du Conseil. Les États membres sont devenus frileux (voilà où est le Conseil). Les conservateurs, ici, jouent la montre et vous temporisez.

En attendant, des juges sont remplacés; des universités sont fermées; les personnes LGBT sont stigmatisées; les médias sont censurés; les contrepouvoirs sont muselés. L'argent européen est détourné par certains – qui s'en vantent même en se payant des pages de publicité dans toute la presse européenne. Assez de temps perdu! Assez de débats! Assez de résolutions! Maintenant, on applique le droit. Montrez aux citoyens européens que l'Europe est là pour les protéger.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar! 77 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union haben im Oktober 2020 in einer Umfrage laut und deutlich gesagt: Keine europäischen Gelder für Mitgliedstaaten, in denen die Rechtsstaatlichkeit nicht eingehalten wird! Und genau dafür haben wir seit sieben Monaten ein Gesetz. Dieses Gesetz muss die EU-Kommission jetzt umsetzen, und zwar ohne Wenn und Aber und vor allem ohne Zaudern.

Wenn Länder die freie Presse finanziell in die Knie zwingen und die unabhängige Justiz an die Leine legen, dann ist eine zuverlässige Kontrolle über die Verwendung der europäischen Mittel strukturell nicht mehr möglich. Und das ist gerade jetzt besonders gravierend, weil die Mittel aus dem Aufbauplan der Europäischen Union dazu verwendet werden müssen, die Wirtschaft dort wiederaufzubauen. Aber die Gefahr ist groß, dass sie benutzt werden, um die Rechte der Menschen weiter mit Füßen zu treten.

Und das können wir verhindern. Wenn ich sage: wir, dann meine ich die Europäische Kommission – und das muss die Europäische Kommission verhindern. Denn davon hängt die Glaubwürdigkeit der gesamten Europäischen Union ab.

Hélène Laporte (ID). – Monsieur le Président, mes chers collègues, je suis stupéfaite par l'absence de prise en compte des recours déposés devant la Cour de justice de l'Union européenne par la Pologne et la Hongrie le 11 décembre 2020, ce qui rend le règlement entré en vigueur le 1^{er} janvier 2021 de facto suspensif. Le Parlement fait preuve de méconnaissance juridique en demandant l'activation immédiate du nouveau mécanisme. La notion de droit est un concept d'une nature juridique tellement incertaine que la Commission souhaite encadrer ce concept par des lignes directrices, ce qui constitue un camouflet pour le Parlement.

Il faut rappeler que depuis trois ans, ce concept est instrumentalisé par les institutions européennes souhaitant punir la Pologne et la Hongrie, qui avaient refusé la répartition des migrants après la crise de 2015. Par ailleurs, ce règlement souffre d'une base légale insuffisante, car l'article 2 du TUE ne confère pas de compétence matérielle à l'Union, mais se limite à énumérer certaines valeurs que les États membres doivent respecter. En conséquence, une violation de ces valeurs, y compris l'état de droit, ne peut être invoquée à l'encontre d'un État membre que lorsque celui-ci agit dans un domaine dans lequel l'Union est compétente, sur la base de l'article 7 du TUE. Tout nouveau règlement serait donc contraire aux traités.

Mais je ne me fais pas d'illusion. Ce règlement trouvera à s'appliquer. Il deviendra un puissant outil de coercition politique qui laisse planer une menace potentielle sur tous les États membres. Le traité de Rome et ses pays cosignataires – nous étions tous béats d'admiration devant le projet européen – nous semblent bien éloignés de l'image actuelle d'une Europe qui souhaite mettre au pas plusieurs nations. Les crises sanitaires et économiques que nous connaissons marquent en réalité le chant du cygne d'une Europe dogmatique que, hélas, Bruxelles souhaite maintenir à tout prix.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Po raz kolejny rozmawiamy o praworządności i mechanizmie warunkowości. Ta praworządność jest odmieniana przez wszystkie przypadki, szczególnie w odniesieniu do Polski i Węgier. Ale jak wygląda praworządność, jeżeli chodzi o funkcjonowanie instytucji europejskich, w tym także Parlamentu Europejskiego? Przecież Państwo regularnie tę praworządność naruszać, łamiecie. Były ustalenia Rady i Komisji? Dlaczego Państwo ich nie szanujecie? Polska i Węgry miały prawo zaskarżyć ten mechanizm do TSUE. Zrobiły to. Dlaczego Państwo nie chcecie poczekać na rozstrzygnięcie Trybunału Unii Europejskiej? A może Państwo już znacie to rozstrzygnięcie? Przecież to Trybunał niezależny. Wiecie Państwo, że istnieje opinia prawna miazdząca dla tego rozporządzenia, a mimo to forsujecie swoje rozwiązania bez poczekania, co w tej sprawie powie Trybunał w Luksemburgu. Chcę Państwa poinformować, że Polska wydaje pieniądze europejskie bez defraudacji, bez korupcji. O tym świadczy rozliczenie ok. 60% środków z obecnej perspektywy finansowej.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, I would say to the Commissioner that while we procrastinate on budget conditionality, in Spain day by day the rule of law becomes the rule of laughter. Just two examples: Andreu Mas-Colell, 77, distinguished economist, Harvard professor, former administrator of the Catalan Government. His assets are about to be seized by the Spanish Court of Auditors without due process; Marcel Vivet, 26, a schoolteacher, he went to a demonstration to protest police violence. Weeks later, he was arrested and now he has been convicted to five years in jail.

What do Mas-Colell and Vivet have in common? Well, they are Catalans. They are democrats. They are victims of political persecution in Spain. While you draft guidelines, Spain disobeys the Council of Europe. Don't be fooled – the Spanish Government has granted nine pardons, but the persecution of Catalan dissidents persists and hundreds, hundreds, are in the pipeline to stand trial before judges that ignore the presumption of innocence.

So, Commissioner, make sure the government of Spain complies with the full homework assignment by the Council of Europe. Stop getting dragged into the mire of Spanish repression.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Unia Europejska budowała się i rozszerzyła przy założeniu, że kraje członkowskie, które sprostają kryteriom członkostwa, będą później doskonaliły swój warsztat demokracji. Niestety okazało się, że mandat demokratyczny może służyć niszczeniu demokracji. Unia Europejska nie była przygotowana na autorytarny zwrot w państwach członkowskich, uczy się dopiero, jak radzić sobie z tym problemem. Efektem są dwa programy, jeden „Prawa i Wartości” adresowany do społeczeństwa obywatelskiego, wzmacniający społeczeństwo obywatelskie, a drugi wiążący praworządność i fundusze europejskie.

Doceniam wysiłki naszych sprawozdawców, którzy zrobili wszystko, by nie było to martwą literą. Nie są potrzebne ku temu wytyczne. Potrzebna jest implementacja, która trafia w sprawców zła, ale chroni beneficjentów funduszy i oczywiście obroni się przed Trybunałem Sprawiedliwości Unii Europejskiej.

Eero Heinäluoma (S&D). – Arvoisa puhemies, pitäisi olla itsestään selvää, että kaikki EU:n jäsenvaltiot ovat sitoutuneet kansalaisten demokraattisiin oikeuksiin ja oikeusvaltioperiaatteen toteuttamiseen. Näin ei kuitenkaan nyt ole, ja siksi olemme jälleen keskustelemassa tästä aiheesta täällä.

Demokraattiset vaalit, vapaa lehdistö ja riippumaton oikeuslaitos ovat kaikki välttämättömiä asioita jokaisen jäsenvaltion hyväksyä ja myös jokaisen, joka jäseneksi EU:hun haluaa. Oikeusvaltiorikkomukset samaan aikaan kuitenkin jatkuvat eräissä jäsenvaltioissa. Ne koettelevat koko unionin uskottavuutta ja myös EU:n elvytysvarojen käyttöä. Kun miljardien elvytysrahat ovat jaossa, on oltava varmuus siitä, että rahat menevät tarpeeseen ja auttavat ihmisiä, eikä minkäänlainen korruption märkä käsi pääse niihin käsiksi. Komission on nyt ryhdyttävä toimiin. Ilmiselviin rikkomuksiin on puututtava. Odottelu ei ole hyvästä.

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht am Beginn eine Klarstellung: Insbesondere für jene, die uns zuhören und nicht so im Detail mit der Materie vertraut sind, möchte ich schon noch einmal in Erinnerung rufen und betonen, dass wir vonseiten der Kommission hier einen Zeitplan verfolgen, den wir auch ziemlich präzise einhalten. Wir haben immer gesagt: Das Frühjahr wird notwendig sein, um *guidelines* zu entwickeln, die eben wirklich klarstellen, wann und in welcher Art und Weise dieses neue Instrument angewendet werden kann. Wir haben aber, wie angekündigt, Mitte Juni den Entwurf dieser *guidelines*, die im Prinzip eine kommissionsinterne Handlungsanleitung sind, aufgrund der Sensitivität des Themas sowohl dem Europäischen Parlament als auch dem Europäischen Rat gegeben mit der Bitte, uns ihre jeweiligen Sichtweisen zu diesem Papier zu übermitteln. Sie haben das sehr schnell getan und beschließen jetzt eben einen entsprechenden Bericht und dann auf Basis dessen vermutlich auch eine entsprechende Stellungnahme zu unseren *guidelines* bis Ende August. Auf Basis dieser Stellungnahmen werden wir dann schlussendlich unsere interne Handlungsanleitung vervollständigen und abschließen.

Wir werden – was ich immer gesagt habe – im Herbst beginnen zu agieren. Sei es, dass wir dort, wo wir noch kein vollständiges Bild haben, Informationsbriefe ausschicken – aber dort, wo wir schon ein vollständiges Bild haben, werden wir auch unmittelbar mit einer entsprechenden Notifizierung beginnen. Also wir setzen das um, was in den Verordnungen steht. Aber nochmals: Es muss in einer Art und Weise geschehen – und darin sind wir uns ja einig –, dass es schlussendlich zu einem Erfolg führt. Denn ich glaube, Sie wären die Ersten, die uns, die mich dann kritisieren, wenn die erste Anwendung oder die ersten Anwendungen nicht erfolgreich sein sollten.

Und apropos, auch wenn das heute in der Diskussion ist: Es sind nicht nur ein oder zwei Länder die Targets, die potenziellen Anwendungsfälle. Ich schließe nicht aus, dass andere Länder auch von diesem Instrument betroffen sein können.

Und eine zweite Klarstellung, auch weil das heute wieder in der Diskussion oftmals vermischt wurde: Es geht hier um einen Mechanismus, der zur Anwendung kommen kann, wenn europäische Gelder in ihrer Anwendung durch Defizite im Rechtsstaatsbereich gefährdet sind oder ein potenzielles Risiko besteht. Das ist also kein Allheilmittel für alle möglichen Fälle von Rechtsstaatsdefiziten oder —verletzungen, sondern ist klar auf etwas abgestellt. Für andere Fälle von Rechtsstaatsverletzungen gibt es bekanntermaßen andere Instrumente. Auch das wollte ich nochmals in Erinnerung rufen.

Und letzte Bemerkung, eine generelle: Ich glaube, wir sind uns hier im Haus alle einig, dass die europäischen Werte klar sind. Sie sind nicht verhandelbar, sie sind aber auch nicht, wenn sie so wollen, in ihrer Grundsubstanz modifizierbar – das ins Stammbuch all jener geschrieben, die glauben, man kann sozusagen die europäischen Werte umformieren in die Richtung, die einem persönlich passt.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Łukasz Kohut (S&D), na piśmie. – Poszanowanie praworządności jest podstawowym warunkiem właściwego zarządzania budżetem Unii Europejskiej. Jeżeli zasada państwa prawa nie jest przestrzegana, to trudno oczekiwać, by środki finansowe wydawane były zgodnie z przeznaczeniem. Pokusa korupcji, w tym korupcji politycznej, jest zbyt duża. Dlatego pod koniec zeszłego roku przyjęliśmy rozporządzenie w sprawie ogólnego systemu warunkowości służącego ochronie budżetu Unii. Żeby takim przypadkom zapobiegać. Ale przypomnijmy raz jeszcze, bo to ma znaczenie kluczowe – zgodnie z rozporządzeniem ochrona interesów odbiorców końcowych i beneficjentów musi być zapewniona. Ewentualne zawieszenie wypłat nie wpływa na zobowiązania państw członkowskich wobec tychże beneficjentów. Firmy nie tracą, organizacje nie tracą, samorządy nie tracą, ludzie nie tracą. Tracą rządy, które łamią zasadę prawa. Rządy i ich dworzanie. I tak powinno być, bo im się te pieniądze nie należą. Unijne środki są dla obywateli Unii Europejskiej, szanujących unijne wartości. I przypomnijmy jeszcze jedną rzecz – mówimy o zawieszeniu wypłat. Jak tylko naruszenia zasady praworządności zostaną usunięte, wypłaty ruszą ponownie. Wszystko, co nie zostało wypłacone, zostanie wypłacone. To również ogromnie ważne, bo autokraci budują swoją narrację na argumentie: albo my i pieniądze, albo ani nas ani pieniędzy. A to wierutna bzdura. Jest dokładnie na odwrót.

(Die Sitzung wird um 13.29 Uhr unterbrochen)

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.03 Uhr wieder aufgenommen.)

10. Die Lage in Nicaragua (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Nicaragua (2021/2777(RSP)).

Josep Borrell Fontelles, vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad. – Señora presidenta, señoras y señores diputados, señorías, hace ya tres años de la violenta represión que ha llevado a Nicaragua a una profunda crisis política, social y económica, que está aún por resolver y que todo indica que puede empeorar. A lo largo de esta crisis, la Unión Europea ha adoptado un enfoque gradual, buscando espacios de diálogo y cooperación con las autoridades nicaragüenses, pero también adoptando medidas de presión. En octubre de 2019, el Consejo de la Unión Europea aprobó un marco de sanciones, reiterando nuestra firme condena a la represión ejercida desde abril de 2018; un marco de sanciones específicas para personas y entidades por violación de derechos humanos y actos de represión contra la oposición democrática. Se aplicó por primera vez en mayo de 2020 y se ha prorrogado hasta octubre de 2021 porque, previsiblemente, tendrá que ser utilizado de nuevo.

Como les decía, Nicaragua ha entrado en una espiral represiva; se dirige hacia unas elecciones presidenciales y parlamentarias en menos de cinco meses. Recientemente hemos sido testigos de la adopción de una reforma electoral sesgada y parcial, además de leyes restrictivas que son completamente incompatibles con un proceso electoral que reúna garantías democráticas.

Las detenciones de líderes de la oposición, de destacados líderes de la oposición, son sistemáticas. Tengo aquí la lista de los encarcelados, que incluye desde potenciales candidatos presidenciales a históricos líderes sandinistas, empresarios y periodistas, que ilustran la magnitud de esta última ola represiva. Una ola que no cesa, porque, para hablar en términos de estricta actualidad, quizás no sepan ustedes todavía que esta noche —la noche del lunes al martes— cinco destacados dirigentes y activistas sociales han sido arrestados: el líder estudiantil Lesther Alemán, que en mayo de 2018 desafió a Ortega públicamente a dimitir en un intercambio televisado, y Max Jerez, presidente del movimiento estudiantil, han sido detenidos en su casa, y tres líderes campesinos, entre ellos un candidato presidencial, Medardo Mairena, y otro, Freddy Navas, que ya habían sido detenidos en 2018, también han sido detenidos esta noche. Y, en este momento, pasada la medianoche, no se sabe todavía cuál es su destino.

Me dicen que en Nicaragua circula una broma, un tanto macabra: se preguntan por qué los detienen a medianoche y dicen que es para que, debido a la diferencia horaria, los miembros del Parlamento Europeo se puedan enterar a la hora del desayuno. Pues bien, yo estoy contribuyendo a que nos enteremos. La hora del desayuno ya ha pasado, pero estas nuevas detenciones forman parte de nuestro debate aquí, en Estrasburgo, e indican claramente que Ortega ha optado por una vía confrontacional.

También hay que considerar que a estas detenciones -les he informado de las últimas- se suman la cancelación de la personalidad jurídica de partidos políticos, investigaciones y continuos ataques contra organizaciones civiles, el acoso a periodistas, la confiscación de medios de comunicación: una clara imagen de represión y autoritarismo, que Ortega acompaña con una retórica agresiva y un rechazo cerrado a todos los esfuerzos de diálogo, también -yo casi diría especialmente- con la Unión Europea.

El pasado 10 de junio emití un comunicado, en nombre de los 27 Estados miembros, en el que de nuevo condenamos firmemente las acciones represivas del Gobierno de Nicaragua, instamos a derogar las leyes restrictivas de derechos fundamentales y pedimos la liberación de todos los presos políticos. No hace falta que vuelva a repetir, porque ya es un mantra, que para nosotros la salida democrática es la única posible a la crisis política, económica y social en la que Nicaragua está inmersa.

Recientemente, nuestro jefe de delegación en Managua y los embajadores de los Estados miembros se reunieron con el ministro de Exteriores nicaragüense, pero les quedó claro de esa reunión que el Gobierno no tiene ninguna intención de abandonar su intransigencia. Y, por eso, junto con los Estados miembros, estamos valorando los distintos instrumentos de los que disponemos, empezando ciertamente por nuevas sanciones. Y, en este sentido, este debate debería servir para que ustedes pudieran hacer sus propuestas.

Lo que está claro es que Ortega se siente suficientemente seguro como para detener a los líderes más populares de la oposición sin que se produzcan nuevas manifestaciones callejeras, probablemente porque ha extendido un clima de miedo y de frustración. Y parece que, desde que empezó su *vendetta* en 2018, la eliminación de los competidores para las elecciones del 7 de noviembre es uno de sus objetivos.

Es muy importante, por lo tanto, que articulemos una respuesta, basada -como decía- en la voluntad de diálogo, pero también en la presión política a través de todos los instrumentos a nuestro alcance. Y eso es, señorías, lo que hoy tenemos que debatir. Tenemos que debatir qué más podemos hacer después de lo que ya hemos hecho, y que después podré resumir, después de escuchar sus planteamientos. Pero, desde luego, la dinámica represiva y la dinámica absolutamente contraria a cualquier intento de celebrar unas elecciones que merezcan este nombre parecen ser la marca de clase del Gobierno de Ortega-Murillo. No hay manera de concebir estas elecciones como nada que se parezca a una competición política que merezca ser considerada como tal.

Señorías, espero que este debate sirva para que después el Consejo tome las decisiones que se consideren oportunas.

Leopoldo López Gil, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señor alto representante, la situación de desamparo total en la que se encuentran los nicaragüenses nos preocupa profundamente. La represión, la persecución, el acoso, los ataques y asesinatos se han recrudecido alarmantemente durante los últimos meses al acercarse estas próximas elecciones presidenciales.

Hoy el Gobierno de Ortega mantiene a más de 120 presos políticos, entre los que destacan Cristiana Chamorro, Arturo Cruz, Félix Madariaga, Juan Sebastián Chamorro, Miguel Mora y, por último, apresado ayer junto con otros líderes sociales y dirigentes estudiantiles, Medardo Mairena. Todos ellos, casualmente, candidatos presidenciales. ¿A qué le teme Ortega?

La respuesta es muy sencilla: a la libertad y a la democracia en su país. Por ello, han radicalizado la represión disfrazándola con la legalidad de unas leyes aberrantes. Han transformado las elecciones de noviembre en una farsa para mantenerse en el poder de manera permanente en contra de la voluntad del pueblo nicaragüense. No es injerencia en asuntos internos. Ortega tiene que cumplir sus obligaciones internacionales fundamentales.

Europa debe tomar acciones inmediatas ante la evidente violación de derechos humanos y no permitir esta escalada. La Unión Europea debe sancionar a los perpetradores de estos crímenes, que hasta ahora han quedado impunes, comenzando por el propio Daniel Ortega y su mujer, Rosario Murillo.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor alto representante, la democracia está muriendo en Nicaragua. El Gobierno de Ortega y Murillo continúa dando vueltas de tuerca a la represión que padece el país centroamericano. Durante las últimas semanas se han producido más de 125 detenciones arbitrarias: líderes sociales, empresarios, defensores de derechos humanos y hasta seis precandidatos presidenciales.

La inaceptable deriva autoritaria que padece el país lo sitúa al borde del abismo y a las puertas de unas elecciones que no serán unas elecciones democráticas y carecerán de cualquier tipo de legitimidad.

Hay que recordar que todo ello —lo que padece el país, esta ola autoritaria y represiva— no es síntoma de la fortaleza de Ortega; es justamente síntoma de la debilidad de Ortega. Por todo ello, el Parlamento Europeo reclama que se termine la campaña de terror; que se produzca la liberación y se den pruebas de vida de estos detenidos; que se continúe ampliando el régimen de sanciones, incluyendo a los responsables en la lista de sanciones individuales de la Unión Europea, y poniendo como horizonte una verdadera reforma electoral que permita unas elecciones competitivas y el respeto al pluralismo político del país.

Nosotros continuamos insistiendo: solo a través de la democracia y del diálogo será posible salir de este callejón sin salida que padece el país, y para ello será necesario involucrar también a los actores en la región, utilizar la diplomacia.

Por último, quiero agradecer el trabajo hecho por el SEAE y por su delegación en Managua en defensa de este diálogo y de la democracia en Nicaragua.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, «¿cuántos tiranos alcanzan en una vida?» se preguntaba en un verso la escritora Gioconda Belli. Desgraciadamente, en la vida de los nicaragüenses alcanzan varios tiranos.

Ortega ha generado el peor escenario imaginable, en el que hoy nos encontramos. No citaré a los detenidos. Todos los candidatos presidenciales, más de trescientos asesinados desde 2018, más de ciento veinte presos políticos antes de junio. Tenemos realmente que lanzar un mensaje claro. Diálogo, sí, pero hay que reforzar las sanciones. Y este es un mensaje también para el Consejo. Seis altos cargos sancionados son demasiado pocos para tanta impunidad y sufrimiento como hay en Nicaragua.

Por eso, Ortega dice que él está acostumbrado a todo, a que le llamen de todo. Pero creo que a lo que no está acostumbrado, como todos los dictadores, es a que desmontemos el tinglado de corrupción económica que sustenta su régimen autoritario. Y, por eso, creo que tenemos un amplio margen.

Sancionemos con fortaleza a Ortega, a Murillo y a ese conglomerado familiar que ha convertido Nicaragua en un negocio familiar donde solo hay sufrimiento, represión e injusticia.

Tilly Metz, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I am deeply concerned about what is happening in Nicaragua. With the arrest of presidential candidates and opposition leaders, continuous persecution of journalists and civil society and an electoral reform that does not live up to democratic parameters, President Daniel Ortega continues to lead the country away from a peaceful and democratic solution to a serious political crisis in Nicaragua. It is evident that all this clearly hampers any possibility for a free and fair election in November.

With the debate today and the resolution we will adopt this week, the European Parliament should send a strong signal to Ortega's government. We need to call on Ortega to cease the repression against the opposition, human rights defenders, civil society and journalists, to immediately release all political prisoners, to repeal the restrictive laws, to restore citizens' rights and to adopt electoral reforms that guarantee transparent, free and fair elections according to international standards.

We should also call on the Council to expand the list of targeted sanctions and ask the Commission to trigger the democratic clause of the Association Agreement with regard to the trade part, while ensuring that no sanction or any other measure could harm the Nicaraguan people. The EU should continue to work with the international community to promote dialogue, democracy and human rights in Nicaragua and increase its support to civil society and human rights defenders' work. We should also call on Member States to facilitate the issuing of emergency visas and provide temporary shelter to those who might seek a peaceful place outside their country.

European companies operating in Nicaragua must ensure strict due diligence throughout their supply chain to ensure human rights are respected. Finally, our full support should be with the Nicaraguan people so they can ensure their right to freely choose their government and live freely without repression and human rights abuses.

Marco Campomenosi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Alto Rappresentante, io nelle scorse settimane ho firmato, sono uno dei parlamentari europei che ha firmato l'appello del collega López Gil a cui l'Alto Rappresentante ha risposto con una lettera importante, per cui dimostra un impegno.

Ovviamente è un impegno che deve andare avanti, deve coinvolgere gli Stati membri, deve probabilmente andare verso sanzioni economiche, perché la situazione, lo hanno detto i miei colleghi, è molto grave e si è aggravata molto negli ultimi anni.

Quello che sta facendo il governo sandinista in Nicaragua non è accettabile. In più, c'è un livello di corruzione e di riciclaggio, una violazione continua dei diritti umani che è molto grave. Aggiungo un aspetto, che da italiano non mi può che vedere fiero, nel vedere gli altri gruppi politici aver sostenuto l'inserimento di un riferimento che dà l'idea di che cos'è il regime sandinista.

Alessio Casimirri è un cittadino italiano condannato a sei ergastoli, protetto dal governo di Ortega. Faceva parte del commando di fuoco che rapì e poi uccise il commando delle Brigate Rosse che uccise Aldo Moro, Presidente del Consiglio italiano, già Presidente del Consiglio europeo. Ecco quello fu forse uno degli attentati più duri alla democrazia del mio paese e da italiano ci tengo a ricordare che dobbiamo alla memoria di uomini come Aldo Moro un impegno ancora più forte.

Ovviamente oggi la nostra lotta deve essere anche quella per i diritti degli oppositori del regime nicaraguense. Insomma, noi ci siamo, il mio partito c'è e se l'Europa e i governi europei vogliono fare qualcosa, il nostro supporto ce l'avranno.

Hermann Tertsch, *en nombre del Grupo ECR*. – Señora presidenta, algunos se llevan ahora las manos a la cabeza con las atrocidades y las detenciones que se producen en Nicaragua, pero lo cierto es que se veía venir desde hace tiempo, porque el régimen presidido por Daniel Ortega ha seguido el mismo guion que Venezuela.

Se llega con elecciones al poder, jaleado por las fuerzas de izquierda de todo el mundo, incluidas las europeas, y, a partir de ahí, se desmantela sistemáticamente la democracia, con leyes habilitantes que vacían de todo contenido las garantías constitucionales.

Y ahora Ortega detiene, uno tras otro, a los líderes de la oposición, desde Cristiana Chamorro hasta el último, Lesther Alemán, y otros cuatro, para dejar claro que las elecciones de noviembre serán solo una farsa para su continuidad.

Eso pasó en Venezuela y eso está pasando en Nicaragua. Y solo puede pasar porque tienen el apoyo y la intervención del que siempre actúa en este clan siniestro totalitario del Foro de São Paulo, que es Cuba; sí, Cuba, esa dictadura criminal subvencionada por la Unión Europea y protegida por el alto representante, Josep Borrell, también está en Nicaragua.

Ortega no es un marciano llegado a tomar el poder en este país; es un socialista aupado al poder por los socialistas y los comunistas de toda América y de Europa. Y, sobre todo, es un protegido de Cuba y del Foro de São Paulo, con estrechos lazos con el Gobierno español y también con el partido del señor Josep Borrell -el Partido Socialista Obrero Español-. Cuba es una dictadura que subvenciona y protege de forma inaudita esta Unión Europea.

Estamos aquí hablando de condenar una dictadura, cuando sabemos que todos los que ayudan a esta dictadura -muchos de ellos- están recibiendo millones de euros por parte de la Unión Europea. Y me estoy refiriendo en este momento a La Habana. Menos hipocresías, más sanciones a Nicaragua, por supuesto, más sanciones a Venezuela, pero sanciones y muy serias a Cuba también, señor Borrell.

Manu Pineda, en nombre del Grupo *The Left*. – Señora presidenta, señor Borrell, me gustaría, sinceramente, creer que este debate obedece a una preocupación por la persecución ilegítima de algunos Gobiernos a la oposición. Pero no lo creo. No lo creo porque hay motivos que me avalan para no creerlo. En Colombia no solo se está persiguiendo a dirigentes de la oposición, se les está asesinando. Y este Parlamento Europeo no ha dicho nada. Lo mismo que no ha dicho nada o ha aplaudido cuando se ha destituido vía *impeachment* al presidente Lugo en Paraguay, al presidente Zelaya en Honduras o a la presidenta Dilma en Brasil.

Creemos sinceramente que esto obedece a una persecución, una vez más, de uno de los países del ALBA, porque los países del ALBA mantienen un tipo de integración o propulsan o impulsan un tipo de integración regional que no coincide con la que nosotros quisiéramos o con la que este Parlamento quisiera.

Creo que este Parlamento debería sinceramente preocuparse, preocuparse de verdad, por la democracia, preocuparse por la soberanía de los pueblos, apoyar los procesos democráticos y reconocer, incluso aunque no le guste a la mayoría del Parlamento, cuándo hay unas elecciones legítimas en las que se elige a un presidente legítimo, como es el señor Maduro en Venezuela, en vez de estar apoyando a títeres que se autoproclaman.

Entonces ganaríamos mucha credibilidad, y podríamos confiar en que estáis preocupados por esto y nos tendríais a vuestro lado. Nos tendríais a vuestro lado porque nosotros desde luego no vamos a apoyar persecuciones de disidentes, no vamos a apoyar persecuciones de opositores, y vamos a apoyar los procesos democráticos allí donde se den, incluso aun cuando no nos gusten los resultados.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señora presidenta, el acoso contra disidentes en Nicaragua es inaceptable, y es muy triste constatar cómo aquellos que se dicen herederos de una revolución que en 1979 generó tantas esperanzas en América Latina, en Europa, en el mundo entero, hoy encarnan exactamente lo contrario de lo que aquella revolución simbolizó.

La Unión Europea tiene que exigir al Gobierno nicaragüense que libere a los candidatos a las elecciones presidenciales, a los numerosos activistas y periodistas que han sido detenidos desde el pasado mes de junio, que posibilite el derecho de manifestación y que garantice unas elecciones verdaderamente libres en noviembre.

En caso de que Daniel Ortega se niegue, efectivamente, el Consejo debe prolongar las sanciones contra él y contra otros altos cargos del Gobierno de Nicaragua. Sin embargo, cuando la Unión exige todo esto a Ortega, él responde -cito-: «¿Acaso nosotros les hemos pedido a los europeos que pongan en libertad a los presos políticos que tienen en Europa? No se nos ocurre a nosotros ir a pedir que les pongan en libertad porque son situaciones internas de ellos». Y lo dice en referencia a los líderes independentistas catalanes represaliados por el Estado español.

Rusia, Turquía, Nicaragua: nuevamente, señor Borrell, el silencio de la Unión Europea ante las violaciones de los derechos humanos en Cataluña es utilizado por regímenes autoritarios para negar la legitimidad de la Unión Europea en su defensa de la democracia y del Estado de Derecho.

Sigan el ejemplo del Consejo de Europa, por favor. El silencio de la Unión ante lo que pasa en Cataluña nos sale muy caro.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, señor alto representante, próximas las elecciones presidenciales de noviembre, la situación en Nicaragua se ha vuelto insostenible. Ya se ha dicho: opositores políticos privados de libertad de manera totalmente arbitraria, acoso a los medios de comunicación independientes, adopción de leyes cada vez más restrictivas y antidemocráticas, tortura en las cárceles. El régimen de Ortega se aferra cruelmente al poder.

Es hora de ser tajantes y claros. Ortega y su vicepresidenta y esposa Murillo tienen que cumplir las exigencias que vienen reclamando la oposición y la práctica totalidad de la comunidad internacional. La solución de la crisis requiere diálogo y negociación abierta con la oposición. Es necesaria la liberación de los presos políticos, así como el fin de la represión a la prensa.

El resultado de las elecciones de noviembre no podrá ser reconocido por la Unión Europea si no se garantizan los derechos de la oposición y la transparencia del proceso con medidas como la independencia del consejo electoral y la presencia de observadores neutrales.

Yo quiero pedir a las instituciones de la Unión, y en especial al Servicio Europeo de Acción Exterior, una permanente atención estos meses a los acontecimientos en Nicaragua. Es necesario, a mi juicio, ampliar la lista de personas a sancionar, incluyendo a los responsables políticos. También creo que, como ya solicitó esta Cámara el pasado octubre, debe estudiarse la aplicación de la llamada cláusula democrática del Acuerdo de Asociación de forma que no suponga un perjuicio para la población nicaragüense.

Queremos para nuestros hermanos nicaragüenses los derechos y principios básicos de que gozamos los europeos: libertad, respeto de los derechos humanos, Estado de Derecho y prosperidad. Y desde aquí, desde este hemiciclo, tenemos que contribuir también a ello.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhora Presidente, na prisão El Chipote, em Manágua, onde se acredita que estão detidos seis candidatos presidenciais e centenas de ativistas nicaraguenses, retiraram da entrada a sinalização para visitantes. Esta foi uma das impressionantes descrições que nos fizeram Berta Valle e Victoria Cárdenas e que simboliza a angústia de quem vive de perto as inaceitáveis detenções e violações de direitos humanos que estão a acontecer na Nicarágua. É um cenário que se arrasta desde 2018, mas que se agravou nos últimos três anos com o regime de Ortega a esconder-se por detrás da atuação de milícias paramilitares para afastar os opositores.

Nesta resolução exigimos que as autoridades nicaraguenses disponibilizem informação sobre o estado de saúde dos cidadãos presos, procedam à sua libertação, alterem a lei eleitoral e permitam o retorno ao processo democrático e à separação de poderes na Nicarágua. Só assim poderemos assistir a eleições justas em novembro próximo.

Hasta que eso suceda, diremos a Berta, a Victoria y a tantos otros familiares de presos políticos que no caminarán solos.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señora presidenta, señor Borrell, hace nueve meses advertí en esta misma Cámara que ni Ortega ni Murillo tenían la menor intención de negociar; que su único objetivo era simplemente atrincherarse en el poder. Ya ha pasado casi un año y lo que nos temíamos se ha transformado en una nueva realidad, y Ortega lo que ha hecho es directamente lanzar una ofensiva total contra el pueblo de Nicaragua.

Y cada día, además, nos despertamos con nuevas detenciones de nuevos líderes de la oposición, de periodistas, o bien, simplemente, de miembros de la sociedad civil.

Señor Borrell, yo le pregunto: ¿a qué espera la Unión Europea para reaccionar? ¿A qué espera usted mismo para reaccionar? ¿De qué les serviría a los nicaragüenses tener sanciones aplicadas en el mes de noviembre si ya se ha consumado precisamente ese fraude electoral?

Y, por eso mismo, señor Borrell, yo le repito, le reitero, todo aquello que llevo exigiéndole en el último año: sanciones efectivas contra Ortega y contra Murillo y toda su banda criminal, liberación de los presos políticos, el no reconocimiento del fraude electoral y, finalmente, la activación inmediata de la cláusula democrática del Acuerdo de Asociación.

Nicaragua se va a transformar en una nueva Venezuela. Y todo eso ya lo hemos advertido. Y simplemente uno de los máximos responsables, en el caso de no actuar, será nuestro máximo representante. Así que le pedimos actuaciones inmediatas para la libertad de Nicaragua.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señora presidenta, señor Borrell, en Nicaragua ya no queda nada de revolución ni apenas de democracia. Solo quedan ideales traicionados y un régimen cada vez más autoritario que extiende el miedo y la represión para asegurarse la supervivencia en el poder y, claro, los beneficios económicos que ello conlleva. La última estrategia es reventar las elecciones de noviembre deteniendo a candidatos para que nada ni nadie ponga en peligro la tercera reelección de Ortega-Murillo.

Nada que no fuera previsible viendo la deriva dictatorial de los últimos años. La represión del levantamiento estudiantil de 2018 dejó más de trescientos muertos, miles de exiliados, cientos de presos políticos, y, tras el fracaso de los diálogos de paz, vinieron las leyes a medida para reducir el espacio de la sociedad civil, alterar normas electorales, intimidar, perseguir a la oposición, a históricos sandinistas, a periodistas, empresarios y activistas.

Frente a esta escalada represiva, la Unión Europea debe reaccionar con nuevas sanciones y concertar con países afines una estrategia más contundente y comprometida en favor de la democracia, el diálogo y los derechos humanos en Nicaragua.

Miguel Urbán Crespo (The Left). – Señora presidenta, desde el estallido de las protestas en 2018, la movilización popular ha exigido la liberación de presas y presos políticos y garantías para el respeto de los derechos civiles y políticos.

En respuesta, Daniel Ortega solo ha construido una estructura institucional que legitima la represión, la criminalización de la protesta y la detención arbitraria de voces críticas frente a esta escalada autoritaria.

Hace dos semanas se produjo la detención de Dora María Tellez, de Hugo Torres, de Víctor Hugo Tinoco, de Ana Margarita Vijil, de Suyén Barahona y de Tamara Dávila Rivas, estas últimas del Movimiento Autónomo de Mujeres, contra el cual Ortega se ha ensañado de manera especial. A día de hoy nadie ha podido verlas, ni familiares ni abogados.

Exigimos que se puedan ver, que las puedan visitar de inmediato. Asimismo, exigimos el cese de la represión y la liberación de las presas y los presos políticos y que se garantice su integridad física y moral.

La supuesta retórica antiimperialista no engaña a nadie. Del proyecto sandinista no queda nada en el Gobierno de Nicaragua. Desde aquí toda nuestra solidaridad con las demandas populares nicaragüenses.

David McAllister (PPE). – Madam President, I would like to underline what so many colleagues have already said this afternoon, that we as the European Parliament should condemn in the strongest possible terms the ongoing systematic detention and arrest of opposition leaders, as well as the repression of journalists, students, indigenous people and human rights defenders in the great country of Nicaragua.

The latest developments are yet another step away from achieving a peaceful and democratic solution to the political, economic and social crisis in that country.

I call upon the Nicaraguan Government to make immediate changes to the electoral law in accordance with the international parameters demanded by the Organization of American States. I call upon the Nicaraguan Government to guarantee transparent, free and fair elections in accordance with international standards. And I call on the Nicaraguan Government to release, immediately and unconditionally, all arbitrarily detained political prisoners, among them the pre-presidential candidate and the opposition leaders.

Dear Josep Borrell, the Council should quickly enlarge the list of sanctions against individuals and entities and include President Ortega, Vice-President Murillo and their inner circle.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Alto Representante, à forte crise económica, social e de saúde pública que o povo da Nicarágua sofre, acrescenta-se uma grave crise de direitos humanos. Nos últimos três anos, sucessivas violações dos direitos básicos dos cidadãos têm deteriorado cada vez mais a situação na Nicarágua com a repressão violenta de manifestações pacíficas, a intimidação de jornalistas, organizações não governamentais, ativistas e opositores políticos. Uma nova lei eleitoral concebida para impedir a livre participação dos cidadãos na vida política do país resultou na ilegalização de partidos políticos, na prisão de cinco candidatos presidenciais e de muitos outros opositores políticos.

O que se pode dizer de um país assim? Certamente não podemos dizer que seja democrático. Não podemos dizer que respeite nenhum dos direitos humanos mais básicos.

A União Europeia tem de agir, Senhor Alto Representante, uma vez mais. Impor sanções aos maiores responsáveis destes ataques à democracia, destas violações dos direitos humanos. O povo da Nicarágua tem de saber, sabe que estamos do seu lado.

Dita Charanzová (Renew). – Señora presidenta, señor alto representante, los nicaragüenses están sufriendo mucho. Están viendo cómo se les van quitando los pocos derechos que les quedaban mientras su país se convierte en una dictadura pura y dura. Periodistas, políticos opositores, activistas. Sus familias temen por su libertad.

Nicaragua se está convirtiendo en una Venezuela, un país bajo un régimen brutal donde más de cinco millones de personas ya han emigrado. Y esta misma tragedia podría suceder pronto en Nicaragua. Pero hay una diferencia. Al contrario que con Venezuela, la Unión Europea sí tiene un Acuerdo de Asociación con Nicaragua. Debemos utilizar esta herramienta para presionar al régimen.

La Unión Europea tiene que suspender el Acuerdo con Nicaragua ya. Hasta que al presidente Ortega ponga fin a la represión y convoque elecciones democráticas libres. No podemos quedarnos a un lado.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señora presidenta, señor alto representante, Cristiana Chamorro, Arturo Cruz, Félix Madariaga, Juan Sebastián Chamorro, Miguel Mora y, desde anoche, Medardo Mairena; seis son ya los precandidatos a la presidencia de Nicaragua, encarcelados por el sátrapa Ortega; seis personas a las que se les ha negado recibir a sus abogados y a las que se les impide las visitas de sus familias para llevarles comida y alimentos a prisión.

Ellos son los rostros de un drama de enormes dimensiones. Hablamos de 108 000 nicaragüenses condenados a huir de su país y al menos 124 presos políticos. Hablamos de un dictador que ha institucionalizado la represión y que pretende establecer un ministerio de la verdad y eliminar la prensa libre.

Y Ortega ahora aspira a un cuarto mandato fraudulento, tras 25 años de opresión. Europa no puede permanecer impasible. Por eso, me uno hoy a las peticiones de mis compañeros de nuevas sanciones, de una nueva presión reforzada contra el régimen, hasta que los nicaragüenses puedan manifestarse libre y democráticamente.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, avril 2018 fut le début des manifestations civiles au Nicaragua et, depuis, la répression violente ne fait que s'accroître et la situation des droits humains est extrêmement préoccupante: persécution de tous les opposants politiques, des journalistes, des ONG, mais aussi des communautés autochtones. Qui s'oppose au gouvernement aujourd'hui risque la prison, voire pire.

Nous en sommes aujourd'hui, dans ce Parlement, à la cinquième résolution sur le Nicaragua. Et comme l'ont dit tous mes collègues, je pense qu'un grand consensus s'établit, ici, au Parlement. Nous demandons la libération, bien entendu, des prisonniers politiques et des prisonniers d'opinion; des informations sur la vie de ceux qui ont disparu; la réforme, aussi, des élections pour garantir une élection libre et transparente; mais aussi, comme vous l'avez déclaré, Monsieur le Haut représentant, nous demandons aujourd'hui l'élargissement des sanctions à l'égard des représentants du gouvernement.

Nous l'avons dit aussi, il y a un instrument qui est l'accord d'association dans le cadre duquel nous travaillons avec le Nicaragua et par lequel le Nicaragua s'était engagé à défendre la démocratie. Est-il possible aujourd'hui de suspendre cet accord d'association?

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señora presidenta, señor Borrell, una vez más, hablando de Nicaragua nos toca lamentar que las peores profecías se hayan cumplido y tratar de poner los medios para que la actual crisis política y social que sacude al país no acabe transformándose en un calco de la crisis humanitaria que sacude a otros países como Venezuela.

El sandinismo derrocó a un dictador. Lamentablemente, el país vuelve a las andadas. Hoy presentarse a las elecciones es garantía de terminar en prisión. Hoy han vuelto a Nicaragua las balas perdidas que acaban encontrando casualmente a los que más molestan al dictador. Han vuelto las amenazas, las persecuciones, las palizas, el acoso, la persecución, la mordaza para la prensa que señala y denuncia.

Por eso, espero que esta Resolución y el trabajo del Servicio Europeo de Acción Exterior en favor del diálogo y para prevenir que la crisis política se convierta en humanitaria ayuden a pensar al dictador. Por eso, creo que él y su equipo merecen las sanciones que se les han impuesto. Y, por eso, creo que este régimen, que ha copiado las peores maneras de Somoza, se merece estar bajo el foco del Grupo de Acción Financiera.

Estas son las herramientas que ponemos en juego para que entiendan que sí, que han convertido la flor que Sandino plantó en una triste dictadura.

Alicia Homs Ginel (S&D). – Señora presidenta, señor alto representante, en las últimas semanas hemos sido testigos de una oleada de represión descarada en Nicaragua. No habíamos visto algo así en América Latina desde los años setenta.

Señor Ortega, señora Murillo, ¿cómo puede ser que hayan acabado instaurando un régimen del terror muy similar al que ustedes mismos combatieron? ¿Cómo puede ser que, ante una oposición que siempre ha sido pacífica, la respuesta del Gobierno haya sido la represión?

Ya son 108 000 los nicaragüenses que han huido de su país. Hay al menos 130 presos políticos, 27 de ellos detenidos arbitrariamente en las últimas semanas y en paradero desconocido. Y hubo más de 300 muertos y 2 000 heridos en la represión de las protestas de 2018.

La Unión Europea va a estar siempre del lado de los nicaragüenses y del respeto de los derechos humanos. Desde aquí exigimos la liberación incondicional de todos los presos y presas políticos. Además, es urgente que el Gobierno dé una prueba de vida de las 27 personas detenidas en este último mes. No sabemos dónde están ni cómo se encuentran, y esto es inaceptable e inhumano.

Basta ya de represión en Nicaragua, señor Ortega.

Josep Borrell Fontelles, *vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad.* – Señora presidenta, como era de esperar, hemos oído muchas invocaciones de «¡Basta ya, señor Ortega!». Les aseguro que al señor Ortega sus invocaciones se la traen al fresco.

Debemos ser capaces de hacer algo más que repetir una vez tras otra lo mismo y ser capaces de poner en marcha medidas. Algunos han pedido medidas —no voy a nombrar a ninguna persona en particular porque estos debates no son interactivos, y quizá ganarían si lo fueran—. Pero, ¿qué medidas? Ciertamente podemos tomar más medidas de las que se tomaron en mayo de 2020. Hace un año que no hemos tomado ninguna medida más restrictiva. Los Estados Unidos y Canadá sí lo han hecho. Probablemente, los Estados miembros lo quieran considerar.

A ustedes les encanta echar la culpa al alto representante diciéndole que no hace nada. Pero es que, ¿sabe usted? Yo no puedo determinar medidas si no consigo la unanimidad de los Estados miembros. Les parecerá raro, pero es así. Puedo catalizar, impulsar, tratar de conseguir que se tomen, pero no está en mi mano hacerlo. Ya me gustaría.

Sin embargo, creo que la situación ha llegado a un extremo tal que los Estados miembros sin duda tendrán que estudiar acciones más concretas que el «¡Basta ya, señor Ortega!». Porque ciertamente la situación lo merece.

Pero déjenme también que les diga que me produce una inmensa repugnancia intelectual cuando oigo que se compara la situación de Nicaragua con la situación en España. No es aceptable. Un mínimo de decencia intelectual, por favor. Un mínimo de decencia intelectual. Nadie puede seriamente comparar la situación de Nicaragua con la situación en España.

Algunos de ustedes han pedido que se suspenda el Acuerdo de Asociación y la cooperación. Señorías, pensemos dos veces lo que queremos hacer. Nosotros queremos hacer presión sobre el régimen, pero no castigar más al pueblo de Nicaragua, que bastante lo está ya. Hemos suspendido todas las operaciones en materia de seguridad inmediatamente, pero si suspendemos el Acuerdo de Asociación y suspendemos la cooperación afectaremos más a los nicaragüenses que están peor.

Y desde la crisis de 2018 todas las actividades de cooperación que hemos hecho desde Europa al amparo de nuestro Acuerdo de Asociación están dirigidas a los ciudadanos nicaragüenses en peor situación y, desde luego, no transitan a través del Gobierno. De manera que, en el caso de Nicaragua y en el caso de Cuba —que ha vuelto a salir hoy aquí a colación—, nuestro apoyo no beneficia al Gobierno sino a los ciudadanos.

Estamos estudiando la asignación de recursos en el plan de cooperación para el período 2021-2027, en el contexto de la programación de las nuevas perspectivas financieras. Y seguiremos intentando que nuestra ayuda se dirija al pueblo de Nicaragua. Suspenderla ahora, ¿ustedes creen que va a debilitar la posición del señor Ortega? Francamente, no lo creo. Si lo creyera, sería el primero en proponerlo.

Y, señor Pineda, a mí sí me preocupa seriamente la situación en Nicaragua. Participo en este debate sin otra intención más que intentar que esta Cámara apoye, proponga medidas que puedan conducir a superar una situación que no puede justificarse desde ningún punto de vista. Que haya otras parecidas, o incluso peores, no se lo voy a negar. Pero la peste no justifica el cólera, ¿sabe usted? La peste no justifica el cólera. Y debemos ser capaces de afrontar todos los casos en función de sus propios méritos o deméritos.

Estaré encantado de que esta Cámara lleve aquí un debate sobre la situación en Colombia, que ciertamente me preocupa. ¡Cómo no! Pero yo no soy quien fija el orden del día del Pleno. Estaré encantado de discutirlo, porque ciertamente hemos hablado con las autoridades colombianas al respecto. Pero no digamos que porque en Colombia pasan determinadas cosas no podemos criticar las que pasan en otro sitio. Porque lo que pasa en Nicaragua no tiene justificación ninguna, y mucho menos con el pasado revolucionario y guerrillero del señor Ortega, que bien lejano está.

Tampoco veo muy bien qué diablos tiene que ver esto con el apoyo que el Gobierno socialista español esté prestando a no sé quién. Francamente, no hay ningún apoyo, afortunadamente, de ningún país, desde ningún partido democrático al señor Ortega.

Y, por eso, en los próximos días plantharemos al Consejo la posibilidad de tomar medidas restrictivas al estilo de las que se han tomado ya en el pasado, procurando que no afecten a los ciudadanos y haciendo toda la presión política que seamos capaces de hacer con los medios a nuestro alcance y en colaboración con los Estados Unidos, con la Organización de Estados Americanos y con todos los países que compartan la misma preocupación.

Pero claramente el régimen de Ortega tiene uno de los mejores aparatos de seguridad de América Latina. Está ejerciendo una represión muy eficaz que ha conseguido, como decía al principio, sembrar un clima de miedo y de desánimo en la población. Y no podemos dejar a los nicaragüenses, ni cortar los puentes con ellos, suspendiendo —porque sería un brindis al sol o a la galería— los acuerdos que nos permiten todavía tener una cierta capacidad de influencia con la sociedad de Nicaragua.

De manera que transmitiré al Consejo sus «¡Basta ya, señor Ortega!» y espero que eso le sirva de acicate para tomar medidas al respecto.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 8. Juli 2021, statt.

11. Unterdrückung der Opposition in der Türkei, insbesondere der HDP (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Unterdrückung der Opposition in der Türkei, insbesondere der HDP (2021/2788(RSP)).

Ich möchte die Mitglieder davon in Kenntnis setzen, dass für diese Aussprache eine Rederunde der Fraktionen vorgesehen ist.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, now we jump from Nicaragua to Turkey. They are not the same thing, but this is also a timely opportunity to discuss the challenges that the opposition is facing in Turkey.

Certainly the situation in Turkey and in Nicaragua cannot be compared. But it's our concern, the situation of the People's Democratic Party, the HDP, and the situation that it has been facing since 2016 with their co-leader Demirtaş remaining in prison despite two European Court of Human Rights rulings in favour of his release. Certainly we are concerned by the Turkish Constitutional Court's decision to accept the revised indictment demanding the closure of the People's Democratic Party, the political ban of 451 HDP politicians and a freeze on the party's bank accounts.

Closing down the second largest opposition party in Turkey would have the consequence to ignore the rights of millions of voters that had been supporting these party candidates in the elections. This would reinforce our repeatedly-voiced concerns regarding the backsliding on fundamental rights in Turkey and contradicting the Turkish authorities' stated commitment to reforms in the European perspective.

Also, I have to mention the recent attack in Izmir Province on the building of the HDP that cost the life of a party employee. The authorities should carry out a full investigation and bring the perpetrators to justice. Disparaging campaigns against critical voices have at the end led to an unacceptable attack of this kind that cost human life.

Turkey is an EU candidate country and a long-standing member of the Council of Europe, but I think that there is a need to fully respect the core democratic values, the rule of law and the freedom of political association, which are at the core of our political system.

This will be important for the future of European Union-Turkey relations, and with the best will of keeping these relations high on our agenda and with the best prospects for Turkey being considered a candidate country, and having with Turkey the best relations, that's why I raise here my voice in this democratic fora in order to ask for full respect for freedom of political association in Turkey.

I am sure the debate today will contribute to raising this voice of European parliamentarians who feel concerned about the situation in Turkey.

Gheorghe-Vlad Nistor, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, domnule Înalt Reprezentant, stimați colegi, în urmă cu aproximativ o lună, discutăm în plenul acestui Parlament situația din Turcia în contextul raportului privind acordul de asociere corespunzător anilor 2019-2020 și atunci foarte multe dintre lucrurile care i se reproșează astăzi guvernului de la Ankara erau prevăzute cu detalii în acel raport.

Concluzia Parlamentului, înțeleaptă cred eu, a fost ca guvernului de la Ankara să i se atragă atenția în acest moment asupra negocierii necesității unor modificări cât se poate de rapide ale atitudinii sale față de multe aspecte neplăcute din societatea turcă, în primul rând, față de raporturile cu societatea civilă și cu partidele politice de opoziție.

Și acum discutăm în mod concret astăzi, și cred că e cazul să discutăm în mod absolut concret, despre relația cu HDP, cu „Peoples’ Democratic Party” din Turcia și despre aberațiile cum ar fi încarcerarea celor doi lideri ai acestui partid, cum ar fi tentativa așa-zis constituțională de scoatere a partidului în afara legii, cum ar fi interzicerea pentru circa 600 de politicieni a oricărui fel de drepturi electorale, cum ar fi ridicarea imunității a 20 de deputați, în primul rând din acest partid și apoi din celelalte partide de opoziție.

Toate acestea n-au nimic de-a face nici cu valorile europene, nici cu un regim democratic. Și mai e ceva. Pentru mine, culmea aberației este faptul că acest regim, care se revendică într-o mare măsură de la Atatürk, cel puțin în mod formal, și asta o vedem oriunde pe stradă, de pildă la Istanbul, este astăzi un agresor evident al partidului succesor al ideilor acestuia, Partidul Republican al Poporului. Cred că acest Parlament trebuie să ia atitudine și așa trebuie să se întâmple astăzi, nu mâine.

Nacho Sánchez Amor, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor Borrell, es un placer que venga usted a este debate, porque es usted un político y, por tanto, es capaz de dar respuesta en su segunda intervención a lo que aquí decimos, que es algo que debo lamentar que no siempre sucede.

Yo le voy a hablar del telón de fondo de lo que es la llamada «oferta de una agenda positiva» por el Consejo a Turquía, y quiero agradecer la sintonía enorme existente entre los grupos de esta Cámara, porque todo el mundo ha entendido que no se trata de apoyar o no la agenda política particular del HDP, sino su derecho a defenderla, su derecho a expresarla pacíficamente y su derecho a participar en las elecciones y pedir el apoyo electoral y a defender las instituciones.

Sin embargo, como una parte más de una decidida política de desmantelamiento de todos los *checks and balances* del sistema político, la idea y el objetivo es acabar con cualquier mínima burbuja crítica en la vida pública turca, tanto en la sociedad civil como en las instituciones; unas instituciones ya reducidas al mínimo por una interpretación autoritaria del sistema presidencial.

La masiva suspensión de inmunidades parlamentarias es una línea de ataque. La utilización de la Fiscalía y de los tribunales es la segunda, por la simple crítica política. El líder del principal partido de la oposición tiene una acusación, con una petición de cuatro años de cárcel, por decir «el supuesto presidente» para referirse al señor Erdoğan.

La estrategia contra el HDP es un poco más elaborada, siempre con la cobertura extensiva de la legislación antiterrorista: prohibir el partido e ilegalizarlo e inhabilitar a casi 500 líderes de ese partido para evitar que pueda ser refundado, como ya pasó en el pasado, y hacerlo cerca de unas elecciones.

Es injusto y es antidemocrático -sí, señor Borrell-, y es un grave error político. Como usted y yo, que somos españoles, sabemos por nuestra experiencia histórica, mantener a las personas que decidieron abandonar una vía violenta en las instituciones es clave para resolver el conflicto. Mantener al HDP en el juego institucional es clave para superar el conflicto kurdo de un modo democrático y definitivo. Pero, entretanto, señor Borrell, tenemos que defender su derecho a actuar como tales partidos y eso debe formar parte del marco de la llamada «agenda positiva» ofrecida por el Consejo a Turquía.

Hilde Vautmans, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, mijnheer de hoge vertegenwoordiger, het achter de tralies zetten van leden van de oppositie op basis van vage en ongefundeerde beschuldigingen, het verbannen van oppositieleiden uit de politiek, het vervangen van verkozen burgemeesters door getrouwen van het bewind, het aanvallen van onafhankelijke media: dat is wat momenteel gebeurt in Turkije, met de HDP als grootste slachtoffer. En dit wordt bevestigd door Verslaggevers zonder Grenzen. Zij plaatsten Erdoğan op de nieuwe lijst van “persvrijheidsroofdieren”.

Collega's, Turkije is nog steeds een kandidaat-lidstaat van de EU, een land, mijnheer de hoge vertegenwoordiger, waarmee we officieel nog steeds aan het onderhandelen zijn over de toetreding tot de EU. En dat al 16 jaar lang. En na het kritische rapport van het Europees Parlement van een paar weken geleden is de situatie alleen maar erger geworden. De constante aanvallen op de oppositie bevestigen nog maar eens dat dit Turkije niet kan toetreden. Want in een ware democratie bestrijd je je politieke opposenten met het woord, en niet door ze uit de politiek te bannen.

En deze resolutie zendt een sterk signaal – zowel aan het Turkse regime als aan de Raad en de Commissie – dat over democratie, de rechtsstaat en de fundamentele rechten niet onderhandeld kan worden. Niet voor toetreding en ook niet voor een positieve agenda. Ik vraag me af, collega's, hoe dit overkomt bij de oppositie in Turkije, dat wij de leider die hun het zwijgen oplegt, een positieve agenda aanbieden ...

Wordt het niet de hoogste tijd, collega's, dat we de moed hebben om aan Erdoğan te zeggen: "Genoeg is genoeg!"

Sergey Lagodinsky, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, nothing can justify the death of democracy, nor fear of terrorism, nor allegations of disloyalty. It is not the HDP that the Turkish authorities are attacking. It is the foundations of pluralism in the country itself. When I met with HDP members in a small Turkish town a couple of weeks ago, I sensed what it means when democracy dies.

Those were simple people, not big political shots. We talked about politics, about their life, about covid. I told them about the work of the Parliament. Together, we mourned the death of Deniz Poyraz, who was cold blooded killed in Izmir. I looked into those people's eyes, young and old, I looked for something that I couldn't find. I couldn't find hope.

No wonder. Mayors like Ahmet Türk – sacked. Leaders like Selahattin Demirtaş – imprisoned. Members of parliament like Ömer Faruk Gergerlioğlu – stripped of their parliamentary duties. We're expecting his release in the coming hours.

Democracy cannot survive if political pluralism is suffocating and pluralism is no pluralism at all if the only space left is for oppositions to the government's liking. The banned procedure against HDP is just a final chord in a sad story of suppressing political pluralism in Turkey.

We all want a positive agenda with Turkey. But how positive can an agenda be against the background of this persecution? It's not about the HDP, it's about Turkey's democratic future.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, elle s'appelait Ebru Timtik, une avocate spécialisée dans les cas politiquement sensibles. Elle est morte le 27 août 2020, après 238 jours de grève de la faim. Elle avait une quarantaine d'années. Helin Bölek est morte elle aussi pendant sa 28e année, après 288 jours de grève de la faim. Son corps n'a plus tenu. Elle était musicienne, comme İbrahim Gökçek et Mustafa Koçak, morts eux aussi en prison pendant leur grève de la faim.

Je pourrais citer d'autres détenus morts dans le silence des prisons turques à cause de leurs opinions ou de leur engagement politique. Je pourrais aussi vous parler de la famille Diril: Simoni et Hurmuz Diril, un couple chrétien de la région de Sirnak, au sud de la Turquie, tous deux enlevés. L'épouse a été retrouvée morte et nul ne sait où est son mari, Hurmuz. Nous essayons d'alerter à chaque session plénière sur ce couple, mais certains refusent de laisser passer un amendement qui ne fait qu'évoquer cette situation. Ce sectarisme est aussi la preuve d'un double discours de notre institution en matière de droits de l'homme et en matière de politique internationale.

Je rappelle que c'est à la suite de la mort d'un homme, d'un seul homme – bien sûr, un homme de trop – dans une prison russe que les États-Unis ont adopté le Magnitsky Act. L'Union européenne les a vite imités. Les morts nombreuses d'opposants politiques à Erdoğan ne provoquent pas la même réaction. M. Erdoğan continue de recevoir des milliards de l'Union européenne. M. Erdoğan ne trouve toujours pas porte close et définitivement fermée dans les négociations d'adhésion. M. Erdoğan est toujours le pilier de l'OTAN pour le Proche-Orient.

Chers collègues, notre attitude vis-à-vis de la Turquie montre toute l'hypocrisie de notre institution. M. Erdoğan est nécessaire aux intérêts des États-Unis et donc les sanctions, les menaces, les réactions glissent sur lui, car il sait qu'il ne craint rien de la communauté internationale. Pour d'autres pays, les histoires les moins bien fabriquées suffisent à provoquer des réactions hystériques. Les peuples nous regardent. Ils analysent les racines et les conséquences de nos actions. Ils constatent que face à la menace Erdoğan, nous n'agissons pas. Nous restons paralysés.

Witold Jan Waszczykowski, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, Turkey is a candidate for European Union membership. It's a strategic ally which, together with us, defends us from the challenges from east and south. For this reason, we have a right to monitor the domestic situation and how it influences Turkey's international commitments.

Turkey is a candidate, but still not a member of the European Union so let's monitor its behaviour as a candidate country. Do not use the domestic problems – who doesn't have a problem? – as an excuse to freeze our cooperation. This is not a black and white cliché, and let's remember the extremely hostile geopolitical situation in the neighbourhood of Turkey. So let's talk with Ankara in a friendly manner and give them advice, not threats.

In this way, we, the ECR Group, have created our own resolution. We point to some domestic issues, inter alia of opposition parties and minorities. However, we limit our suggestion to a friendly piece of advice to solve the problems with the opposition in a cooperative manner and in a spirit of tolerance and pluralism. Turkey is important to our security in many aspects. So let's keep Ankara as close as possible to us, and treat it in a friendly manner to overcome its domestic problems in a sovereign way.

Özlem Demirel, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Am 21. März akzeptierte das Verfassungsgericht der Türkei eine Verbotsklage gegen die zweitgrößte Oppositionspartei HDP. Herr Borrell, Sie sagten eben, Sie machen sich Sorgen um diese Entscheidung. Doch an demselben Tag, also am 21. Juni, twitterte Frau von der Leyen, unsere Kommissionspräsidentin: „Gute Unterhaltung mit Präsident Erdoğan vor dem EUCO Donnerstag. Wir erörtern den Stand der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei, COVID-19, Handel und Zollunion, die Lage im östlichen Mittelmeer, Migration und die Entwicklung in Afghanistan.“ Interessant, oder? Kein Wort, kein einziges Wort zur angespannten Menschenrechtslage. Kein Wort zur HDP. Kein Wort zur CHP. Lediglich der Versuch, eine positive Agenda und positive Entwicklung mit der Türkei zu kreieren – eine Entwicklung, eine positive Agenda, die aber lediglich auf Sand gebaut ist. Das Traurigste ist, dass die EU einem Regime in der Türkei hilft, das den selbst deklarierten Werten der EU fundamental widerspricht. Und so widerspricht sich die EU im Kern selbst.

Kolleginnen, ich habe es schon oft gesagt, und ich werde es auch weiterhin sagen: Die Regierung Erdoğan ist schwächer denn je und die Opposition vielfältiger. Aus verschiedensten politischen Lagern verliert das Regime an Rückhalt. Und was macht die EU? Sie stärkt dem Regime den Rücken und schwächt so die Opposition. Deshalb ist die aktuelle Politik der sogenannten positiven Agenda völlig unverantwortlich und völlig inakzeptabel.

Daran ändern auch Sonntagsreden nichts, denn in der Politik kommt es auf das Konkrete an und konkret hat sich die EU dafür entschieden, mit dem Regime den Flüchtlingspakt fortzuführen, und das, obwohl das Regime nicht nur die Rechte der Geflüchteten missachtet, sondern auch tagtäglich mit einer Repressionspolitik gegenüber Andersdenkenden neue Fluchtursachen schafft und die eigene Bevölkerung unterdrückt.

Liebe Kolleginnen, drei Minuten würden nicht reichen, um nur annähernd zu erläutern, was gerade alles in der Türkei passiert. Lesen Sie sich mal durch, was der Vertreter der organisierten Kriminalität aus der Türkei, Sedat Peker, in den letzten Wochen erklärt hat – über die Lage, über die Korruption, über das, was nicht hinnehmbar in der Türkei funktioniert. Das Volk in der Türkei leidet Hunger, kämpft um die Existenz, kämpft um Demokratie, kämpft um Freiheitsrechte, und die EU paktiert mit einem Regime. Das ist inakzeptabel!

Kolleginnen, ich sage es ganz klar: Der Verzicht der Erdoğan-Administration auf neue außenpolitische Provokationen ist noch längst keine positive Agenda. Diese geopolitische Ausrichtung der EU ist zynisch und brandgefährlich. Die Türkei zählt zu den entwickeltesten Ländern in der gesamten Region dort, und das Regime tut alles dafür, diese positiven Entwicklungen und Errungenschaften der Bevölkerung kaputt zu machen. Was tut die EU? Das ist die entscheidende Frage.

Fabio Massimo Castaldo (NI)... – ignora Presidente, gentile Alto Rappresentante, onorevoli colleghi, l'aggressività in politica estera, lo schiaffo morale del Sofagate, la condizione delle donne e delle minoranze, le continue repressioni del popolo curdo in Turchia e nei paesi limitrofi: questi sono solo alcuni dei temi sui quali il nostro Parlamento ha recentemente condannato il regime di Ankara e la lista non potrà che allungarsi.

Con la messa al bando dell'HDP, uno dei pochissimi partiti ancora in grado di offrire posizioni alternative a quelle del regime, si compirà il disegno di Erdoğan, disegno atto a trasformare la Turchia in un vero e proprio sultanato con ambizioni revisionistiche che guardano ovviamente all'Impero ottomano. Eppure stiamo discutendo oggi il rifinanziamento della Facility for Refugees, mettendo sul tavolo la proposta di incrementarne le risorse fino ad un livello mai toccato in precedenza.

Se è vero che non possiamo fare a meno di intrattenere relazioni bilaterali con Ankara, è altrettanto doveroso inserire criteri certi di condizionalità stringenti affinché il perseguimento dei nostri interessi non entri totalmente in conflitto con i nostri principi e i nostri valori, altrimenti di quei principi e valori non resterà che polvere e non basterà un tappeto turco a nasconderla.

Josep Borrell Fontelles, vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad. – Señora presidenta, muchas gracias a todos los diputados que han intervenido por sus palabras.

Well look, certainly the fight against terrorism cannot be used to silence dissenting voices. We can agree on that. In Turkey and everywhere else.

But at the same time, we have to recognise that Turkey is a state with a multi-party system, an elected parliament and an elected president, and a candidate country with all the obligations that this entails. So we hope that Turkey will honour its international human rights commitments and stay true to its European perspective and demonstrate, with tangible actions, the respect the rule of law, fundamental rights and the basic tenants of a multi-party democracy.

I think that we can agree on that and to have a balanced approach to the situation in Turkey. To raise our voice when we have concerns. To be demanding, replying but not to make analogies with things that happen in other countries, which unhappily for them they are not compatible.

One specific thing that has been raised by several Members is how can you still continue funding Turkey? How can you be prepared to give more money to Turkey? I think you are referring to the funding for refugees. And certainly I think that we would have to continue supporting the refugees that are being hosted on Turkish territory.

Our support for these refugees is a sign of solidarity and it's also an investment in our stability. There are millions of refugees in Turkey and there may be more if the border in Idlib is closed. Let's hope this is not going to happen. And these refugees will need support, will require support for some time to come. And their needs have become more acute in the face of the COVID-19 pandemic and its economic impact.

Remember that we have organised here in Brussels, the fifth Brussels Syria Conference and the international community had been showing solidarity with the Syrian refugees. And we will have to continue showing this solidarity, offering a package with a regional coverage, not only with Turkey but also with Lebanon and Jordan, because there are a lot of basic needs and education, health care, that will remain priorities and European funding will continue being directed towards giving better opportunities to these people.

So I don't think there is a contradiction between expressing concerns about some issues that have happened in Turkey and that worry us, and at the same time to continue having a dialogue with Turkey about how can we support the burden that millions of refugees represent for the Turkish authorities and for the Turkish society.

And that's why the President of the Commission, the President of the Council and myself are engaged by a mandate of the European Union Council to try to look, how can we develop this assistance, and how we can talk with Turkey about different issues related with the stability and security in the eastern Mediterranean. The two are perfectly compatible.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 8. Juli 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Guido Reil (ID), *schriftlich*. – Der türkische Präsident Erdoğan hat den 1000. Oppositionellen verurteilen lassen. Und was macht die EU? Sie schickt weiterhin Milliarden von Euros an den Bosphorus, weil die Türkei ja Beitrittskandidat ist. Ein Land, in dem Menschenrechte auf systematische Weise verletzt werden, wo es keine politische Opposition, keine unabhängigen Medien und keine freien Richter gibt, ist Beitrittskandidat der EU – völlig egal, dass es einen Teil eines Mitgliedslandes besetzt und regelmäßig bedroht. Die Menschenrechtsdebatte der EU ist ein gewaltiges Theater. Alles, was sie dazu äußern: *It's fake news*. Die EU behandelt unterschiedliche Länder sehr unterschiedlich – aus Gründen der politischen Opportunität. Ihr Umgang mit der Türkei ist eine Bankrotterklärung dessen, was Sie 2004 am Anfang der Beitrittsverhandlungen verkündet haben. Damals redeten Sie davon, dass die Beitrittsverhandlungen die Menschenrechtssituation und die politische Gesamtsituation in der Türkei verbessern würden. Die Türkei würde sich die Werte der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu eigen machen. Wie naiv kann man sein? So viele Jahre und Milliarden später ist für alle offensichtlich, dass Ihr Vorhaben gescheitert ist. Dennoch halten Sie daran fest. Das ist der eigentliche Skandal.

12. Einflussnahme aus dem Ausland auf demokratische Prozesse (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000035/2021 an den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik – Einflussnahme aus dem Ausland auf demokratische Prozesse (B9-0025/21) (2021/2662(RSP)).

Raphaël Glucksmann, *auteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, qu'y a-t-il de commun entre le financement de la campagne du Brexit, des associations antiavortement, les cyberattaques contre l'autorité bancaire européenne ou contre des structures de santé, les campagnes de désinformation massive sur les réseaux sociaux, l'achat d'infrastructures stratégiques européennes comme le port du Pirée, Gerhard Schröder travaillant pour Gazprom, Yves Leterme travaillant pour le fonds d'investissement ToJoy, ou François Fillon pour Zaroubejneft?

Toutes ces actions et bien d'autres, légales ou illégales, sont menées par des puissances étrangères hostiles à nos principes et à nos intérêts, dans le but de déstabiliser nos démocraties. Elles répondent à une stratégie politico-militaire claire: la guerre hybride. Nous vivons dans un état étrange qui n'est ni une paix véritable, ni une guerre classique. Un entre-deux difficile à définir, où l'ennemi vise à vous corrompre, à vous diviser, à vous affaiblir plus qu'à vous détruire directement.

Bercée par le mythe de la fin de l'Histoire, croyant ne plus avoir d'ennemis, l'Union européenne a longtemps fait preuve de naïveté et de cécité. C'est pour mettre fin à cette naïveté et à cette cécité que nous avons créé cette commission spéciale. Depuis neuf mois, désormais, j'ai l'honneur de présider cette commission et nous avons consacré la première partie de nos travaux à établir un diagnostic précis de la situation. Après 30 réunions et 90 auditions, le constat est clair – et il est aussi alarmant. Vulnérables à ces attaques, perméables à ces ingérences, nos démocraties courent un risque majeur. La prévention de ces menaces comme la réponse à ces attaques revêtent une importance capitale.

Monsieur le Haut représentant, lors de votre audition en mars dernier, vous avez dit partager notre analyse sur la vulnérabilité de l'Union européenne et la nécessité d'intensifier nos actions contre les ingérences. Par sincérité, vous vous êtes aussi livré à un aveu d'impuissance. Le mandat dont vous disposez n'est pas assez étendu. Les budgets de vos services ne sont pas suffisamment dotés. Les ressources disponibles, par exemple, pour faire face à la désinformation en provenance de Chine sont, je vous cite, «très, très, très faibles».

L'échange d'aujourd'hui doit nous permettre d'évaluer les politiques mises en œuvre et de définir une stratégie ambitieuse. Nous nous adressons aujourd'hui à vous avec des demandes précises. Comment entendez-vous remédier aux failles, aux lacunes, au vide juridique qui rendent l'Union si vulnérable aux attaques? Les mentalités en silos permettent à ces attaques de ne pas être détectées. Pour y remédier, des structures horizontales sont-elles nécessaires? Comment coordonnez-vous l'action de tous les commissaires? Prévoyez-vous des structures supplémentaires? Comment comptez-vous élargir le mandat de vos services? Face au manque criant de ressources, pourquoi aucune demande d'augmentation budgétaire n'a-t-elle été formulée?

Pour être dissuasive, notre stratégie doit comporter un mécanisme efficace de sanctions. Les auteurs des attaques doivent payer le prix de leurs actions. Les sanctions ne peuvent se limiter aux hackers eux-mêmes. Elles doivent viser les commanditaires politiques, les États. Quelles mesures prendre pour modifier les procédures d'adoption des sanctions par le Conseil? Quel est l'impact de la règle de l'unanimité sur la capacité de l'Union à agir avec force contre les ingérences étrangères?

Ces questions sont cruciales et elles appellent des réponses. Nous pouvons être de droite ou de gauche, progressistes ou conservateurs. Notre responsabilité commune est de protéger nos démocraties, nos institutions, nos citoyens. Chers collègues, quelle est la principale menace qui pèse aujourd'hui sur nos démocraties? Non, ce ne sont pas les exilés qui meurent en Méditerranée ou les drapeaux arc-en-ciel qui sont chassés en Pologne et en Hongrie. Ces ennemis imaginaires désignés par l'extrême droite ne sont pas la menace. La véritable menace, je vais vous le dire, c'est d'abord ceux qui, au sein même de ces institutions, de nos institutions, se prêtent au jeu de la déstabilisation des démocraties européennes. Ce sont vous, les pseudo-patriotes inféodés à Vladimir Poutine, qui acceptez d'être les instruments d'un projet de déstabilisation de l'Union européenne.

C'est ensuite la corruption qui mine nos cités, à commencer par la corruption de nos dirigeants, qu'ils soient de droite ou de gauche, de dirigeants qui sont prêts à se vendre à des puissances étrangères comme la Russie, la Chine ou le Qatar. C'est l'inféodation, aussi, des grandes marques européennes à l'appareil productif chinois, ces multinationales qui pensent que tout s'achète et tout se vend, y compris la souveraineté des peuples et la dignité des personnes.

Chers collègues, si nous voulons continuer à respirer l'air de la démocratie, il nous faut apprendre à la défendre fermement, résolument. Alors défendons-la ensemble, Monsieur le Haut représentant. Nous vous attendons avec impatience et nous sommes à vos côtés pour rendre l'Europe plus puissante et plus sûre.

Josep Borrell Fontelles, VPC/HR. – Madame la Présidente, je salue l'attention que ce Parlement accorde à la désinformation, à la manipulation de l'information et à l'ingérence dans nos processus démocratiques. Certainement, aussi, les attaques cybernétiques dans nos États membres, les campagnes pour influencer notre espace informationnel, et même la manipulation de nos élections sont devenues un élément permanent de notre paysage politique – plus encore, pourrait-on dire, après la pandémie, qui a accentué cette bataille des discours, mais surtout la propagation d'informations fausses et truquées.

Il s'agit bien d'une campagne orchestrée qui est une menace pour nos démocraties et notre sécurité. C'est une tentative de manipuler la conscience des citoyens et de faire en sorte que nos politiques changent. C'est aussi une affaire de politique extérieure, parce que cela limite l'espace dans lequel l'Union européenne peut être influente, capable d'influencer le monde. Et pour cela, il faut travailler au niveau européen, mais aussi au niveau de chacun des États membres et avec nos partenaires dans le monde qui partagent les mêmes valeurs que nous.

Depuis 2015, nous avons commencé à y travailler. Nous avons commencé à créer des structures qui puissent, de façon systématique, détecter et dénoncer ces manœuvres de désinformation. C'est pour cela qu'a été créée la East Stratcom Task Force, à la suite d'un mandat confié par le Conseil. À ce moment-là, elle était seulement focalisée, comme son nom le dit bien, sur l'Est, sur les problèmes qui se posent dans la partie orientale de l'Europe. Ce mandat ne répondait pas à de nouvelles sources de désinformation qui sont apparues plus tard, comme c'est le cas de la Chine. Je fais référence à cela parce que le mandat que nous avons, celui de la East Stratcom Task Force, concerne les problèmes qui sont apparus dans la partie est de l'Europe.

Mais nous avons amélioré notre capacité, nous avons agi de façon proactive. Nous avons augmenté nos capacités pour faire face à des situations, à nouveau dans l'Est: l'Ukraine – ce n'est plus les Balkans, c'est l'Ukraine, la Géorgie. Nous avons créé un système d'alerte précoce qui nous permet d'échanger des informations avec les États membres d'une façon – comme son nom l'indique – rapide. Nous faisons tout ce que nous pouvons pour faire en sorte que nos sociétés soient conscientes de cette dynamique de désinformation, en travaillant avec les médias et les chercheurs en sciences sociales. Nous travaillons aussi avec le G7 et l'OTAN. Nous avons établi des partenariats avec la société civile. Nous avons créé un nouveau cadre stratégique, que nous appelons, de façon explicite, le «plan d'action contre la désinformation» et le «plan d'action pour la démocratie européenne», qui nous permet de travailler au niveau international.

Vous avez certainement raison, Monsieur le député. Et vous aurez raison pendant encore très longtemps, lorsque vous dites qu'il faut faire plus. Vous aurez raison pendant très longtemps parce qu'il faudra faire beaucoup plus et que cela va prendre du temps. C'est certainement le moment de mettre en place des cadres, des structures plus élaborées pour faire face à ces problèmes. Et nous travaillons à développer une approche européenne qui nous permette de faire face à cette menace au niveau européen.

Sans aucun doute, nous sommes très focalisés sur la désinformation qui vient de la Russie. Il faudra accorder plus d'attention à d'autres sources de désinformation. Mais pour l'instant, nous croyons que le but fondamental, c'est celui-ci; et pour cela, nous travaillons à développer nos capacités, sans oublier – je ne voudrais pas que vous croyiez que nous l'oublions – les nouveaux acteurs, les nouvelles tactiques, les nouveaux moyens de manipuler l'information. C'est pour cela que nous sommes en train de demander au Conseil de revoir et d'élargir le mandat que nous avons.

Il faudra aussi se pencher sur de nouveaux scénarios de la désinformation, dont certains qui, a priori, n'en seraient pas, comme l'Afrique subsaharienne, la République centrafricaine. C'est un grand scénario de désinformation et nous avons fait appel au gouvernement de la République centrafricaine pour lui montrer que si ça continue comme ça, l'Union européenne ne pourra pas continuer à soutenir ces gouvernements. Parce que c'est incroyable à quel point, dans une société qui n'est pas autant médiatisée que la nôtre, la désinformation est devenue une arme de guerre.

Donc, oui, il faut développer une approche plus coordonnée, avec plus de ressources. Il faut mieux équiper nos délégations, nos missions militaires et civiles. Nous avons envoyé dans chacune de nos délégations un expert de la lutte contre la désinformation, ainsi que dans toutes les missions PSDC qui sont déployées dans le monde. On va avoir des spécialistes dans ces domaines.

Je ne voudrais pas employer des mots vagues, je voudrais vous dire que nous avons obtenu une augmentation de nos ressources, modeste, mais qui nous permettra de mieux équiper nos équipes, ici comme dans les délégations et les missions, de nouer des partenariats plus efficaces, qui s'étendent à l'intérieur de l'Union ou à d'autres pays qui ont la même préoccupation que nous.

Mais pour cela, il faudra avoir l'aide de l'opinion publique, parce que parfois, quand on dit qu'on mène la bataille contre la désinformation, il y a aussi un certain soupçon, une certaine crainte qu'il puisse s'agir de limiter l'information. Ils disent: «Ah oui, mais vous voulez contrôler l'information!» Évidemment, pour lutter contre la désinformation, il faut voir l'information. Il faut savoir ce qu'on dit, pour déterminer si ce qu'on dit est en accord avec les paramètres de la vérité. Et parfois, il y a une ligne rouge fragile en matière de lutte contre la désinformation, qui peut être perçue comme un prétexte pour limiter la capacité à informer. Rien n'est plus éloigné de notre volonté. Au contraire, la démocratie, c'est un système qui fonctionne à l'information: le combustible des moteurs de la démocratie, ce qui fait que les citoyens sont capables de choisir, c'est qu'ils soient bien informés.

C'est pour cela que les ennemis de la démocratie font cet effort, qu'ils cherchent à faire que les combustibles de la démocratie soient incapables de la faire fonctionner parce qu'ils sont truqués, parce que les citoyens ne reçoivent pas l'information nécessaire pour se faire une idée de leurs intérêts, pour savoir qui les défend le mieux et quels sont leurs choix politiques.

Je voudrais, Mesdames et Messieurs les députés, vous encourager, pendant ce débat, comme vous le faites, à demander plus de moyens, mais surtout à utiliser mieux ceux que nous avons, dans une bataille qui sera cruciale pour le futur de la démocratie. Car aujourd'hui l'information est partout. Elle se développe à la vitesse de la lumière. Elle se propage comme n'importe quel virus. Et si cette information est entachée d'inexactitudes – ou plutôt de mensonges, de mensonges fabriqués pour être disséminés, qui touchent la fibre sensible des gens pour leur faire croire, parfois, ce qu'ils voudraient croire, alors le système démocratique ne sera qu'une simple formalité.

La démocratie, ce n'est pas les bulletins de vote, ce n'est pas seulement ça. C'est surtout des citoyens bien informés, qui puissent bien choisir. C'est une bataille à laquelle je tiens. J'ai souffert, personnellement, dans mon pays, de cette bataille de la désinformation. Je suis bien conscient du danger que cela représente pour la démocratie. Je suis sensible à vos propositions et à vos critiques constructives. Je ne pourrai que demander l'appui de tous les parlementaires pour mener à bien cette bataille.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV*alelnök*

Sandra Kalniete, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the EU has been the target of numerous forms of hybrid warfare for several years. However, the EU is still at the beginning of a long path towards mitigating this threat and what is the most worrying is that the EU is still not determined and resourceful enough. The report of the European Court of Auditors states that the coordination and accountability of EU actions against disinformation should be significantly improved.

I would like to highlight the contribution of the EEAS StratCom Task Force in the fight against disinformation and foreign interference in EU democratic processes. I am proud that the first StratCom was launched, following the request of Parliament, back in 2015. Every year thereafter we persistently increased the StratCom budget, which reached four million during last year. We are convinced that StratCom needs a secure and long-term financing model if we are serious about defending our democracies. With great concern I learned that the EEAS has not asked for any extra resources for StratCom for next year. High Representative, why is this so? Do you expect that Parliament again will do the work which should fall to the services under your responsibility?

Pierfrancesco Majorino, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, Alto Rappresentante, onorevoli colleghi, la nostra democrazia europea è un bene preziosissimo da difendere in tutti i modi, anche dai pericoli che vengono dall'esterno.

In questi anni sappiamo che vi sono stati numerosi tentativi da parte di attori stranieri, statali e non, di condizionare i processi democratici europei con l'obiettivo di indebolire il nostro progetto e i valori su cui si fonda.

Come diceva il presidente Glucksmann, tanti sono gli strumenti che sono messi in campo contro di noi, da forme più o meno dirette di finanziamento a partiti e fondazioni, cyber-attacchi, fino a campagne di disinformazione organizzata, magari attraverso l'uso distorto delle piattaforme. Questi tentativi hanno sempre due cose in comune: tendono a favorire sovranismi e nazionalismi e hanno come bersagli preferiti minoranze e soggetti più vulnerabili, migranti, donne, comunità LGBT.

Da diversi mesi nella commissione speciale INGE stiamo affrontando tutto questo e abbiamo intenzione di andare fino in fondo anche smascherando quei complici, pure presenti tra le forze di estrema destra d'Europa, che sventolano ipocritamente bandiere nazionali ma prendono ordini da Mosca, o penso a quelle forze che – alludo ad esempio alla Lega di Salvini – hanno intrattenuto relazioni ambigue e tutte ancora da chiarire con i vertici russi.

Ovviamente il rischio dell'interferenza esterna almeno potenziale è purtroppo assai vasto, e non riguarda solo Russia o Cina, ci sono regimi o sistemi antidemocratici che intrattengono rapporti con diversi esponenti politici europei – penso ad esempio all'Arabia Saudita – che cercano un continuo e pericoloso scambio politico.

L'Unione europea – è il senso del nostro lavoro – ha bisogno di mettere in campo una forte strategia di difesa della propria democrazia e ha bisogno di farlo da subito.

Nathalie Loiseau, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut représentant, j'ai une question à vous poser. Sommes-nous encore vraiment en paix quand la désinformation déferle chaque jour sur l'Europe, quand les cyberattaques se succèdent, quand, dans ce Parlement même, certains élus faussement patriotes récitent la propagande de Moscou ou de Pékin sans en changer une virgule?

On doit se rendre à l'évidence: nos démocraties sont harcelées par des régimes autoritaires qui ne supportent pas ce que représente l'Europe – un espace unique de liberté, de prospérité et de solidarité.

Alors, si nous sommes d'accord sur le constat, j'ai une autre question à vous poser, Monsieur le Haut représentant: face aux attaques contre nos démocraties, quel est votre plan de bataille pour exposer l'ampleur de la désinformation importée? Et en paraphrasant Staline: l'Europe, combien de divisions? Pour contrer les cyberattaques, comment proposez-vous d'organiser la solidarité entre les États membres, cette solidarité que permettent les traités européens? Comment comptez-vous imposer des représailles à ceux qui harcèlent nos démocraties et se livrent pour le moment à une guerre *low cost*?

Monsieur le Haut représentant, ne nous dites pas ce que vous faites déjà, car nous le savons, nous l'apprécions, mais nous sommes convaincus qu'il faut faire plus. Si c'est une question de moyens humains et matériels, dites-le-nous; si c'est une question d'outils juridiques, dites-le-nous. Ce Parlement sert à cela, et ce Parlement, en tout cas l'écrasante majorité de ses membres, a pour première mission de protéger nos démocraties.

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, for far too long, the EU has watched idly while malicious foreign actors spread disinformation and interfere in our elections. They went on with co-opting our civil servants, buying up our strategic infrastructure and spreading hate, so they gradually erode our democracy. In the digital era, malicious actors have learned fast how to weaponise algorithms and manipulate social media with impunity.

But how did we respond to this growing hybrid threat? Instead of active coordination, the EU is stuck in a silo mentality. We need stronger oversight on the political advertisement. Instead of mapping the threats and facilitating effective countermeasures, we ignore foreign funding that aims to destabilise our society. The time for watching is over. We need to act now. Creating the EU structures where Member States can synchronise their policies is important. We must build our resilience in our societies.

But raising awareness and media literacy is not enough. We need to invest in the countering infrastructure, and expand the skills and mandates. We cannot continue to surrender our strategic infrastructure to malicious actors for short-term gains, while endangering the future of this continent. More coordination on critical infrastructure is vital. We need to look beyond the EU and assist our European neighbours in the Western Balkans, as well as in the Eastern Partnership countries, in countering disinformation and anti-EU propaganda. Often these are the testing grounds for Russian, Chinese and Turkish hybrid operations.

Most importantly, all of our efforts will be in vain if we do not raise the cost for perpetrators of this interference. The targeted sanctions on disinformation outlets and the states behind them are the right way to go. The budget question was already mentioned by Ms Kalniete, and we hope that in the next year we will see that there is a significant increase in the budget for the East StratCom Unit.

Marco Dreosto, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, Alto Rappresentante, onorevoli colleghi, le azioni di interferenza e disinformazione che provengono da paesi terzi sono state a lungo analizzate dalla commissione INGE.

È innegabile che vi siano alcuni paesi che, usando le nuove tecnologie, cercano di destabilizzare alcuni Stati nazionali o anche le stesse istituzioni europee. Per questo è necessario collaborare – o sarebbe meglio collaborare – tutti assieme in quest'Aula per dare all'Europa gli strumenti necessari per contrastare tali azioni, invece di venire qui a prendere lezioni da chi ha origine nel Partito Comunista Italiano che per oltre cinquant'anni è stato finanziato da Mosca, e questo è documentato.

La posizione della Lega invece è molto chiara: noi stiamo dalla parte delle democrazie occidentali senza se e senza ma. Non abbiamo nessun timore di criticare chi viola questi principi, sia esso a Mosca o a Pechino. Proprio su Pechino Lei, signor Alto Rappresentante, in commissione ci disse che il Servizio europeo per l'azione esterna non ha gli strumenti per contrastare gli attacchi provenienti dalla Cina.

Bene, ora ci dica in quest'Aula di cosa ha bisogno e come noi eurodeputati possiamo venirle incontro. Certamente non possiamo rimanere inermi verso gli attacchi alle nostre democrazie provenienti in particolare da uno Stato gestito dal più grande partito comunista che massacra gli uiguri, perseguita i cristiani e minaccia militarmente Taiwan e calpesta le libertà civili a Hong Kong.

Per contrastare le interferenze esterne però l'Unione europea non può fare da sola. Serve rafforzare sempre di più la sinergia anche con altri attori, mi riferisco alla NATO e all'alleato principale del nostro continente, gli Stati Uniti d'America. Non facciamo l'errore di non coinvolgere i nostri alleati d'oltreoceano in questa battaglia, battaglia che deve rivolgersi anche alle piattaforme online affinché ci sia collaborazione ma mai censura.

Troppo spesso vediamo i social media bloccare o censurare non solo estremisti, ma anche chi, come giornalisti o politici, esprime idee non conformi al politicamente corretto, minando il principio fondamentale della libertà di espressione.

Sì allora alla lotta alla disinformazione, no alla censura, questo deve essere estremamente chiaro.

Dace Melbārde, ECR grupas vārdā. – Labdien, priekšsēdētājas kundze! Kolēģi! Godātais Borela kungs! Tādu valstu kā Krievijas un Ķīnas dezinformācijas kampaņas, politiskā un ekonomiskā iejaukšanās ir mūsu un mūsu kaimiņvalstu ikdiena. Tāpēc mums ir būtiski jāstiprina Eiropas Arējā dienesta operatīvo grupu un visu Eiropas institūciju kapacitāte.

Kā Baltijas valstu pārstāve vēlos uzsvērt, ka Austrumu stratēģiskās komunikācijas operatīvās grupas resursi joprojām ir nepietiekami, bet arī ar to mums nepietiek. Mums ir jāvairo visas sabiedrības sektoru drošums, īpašu uzmanību veltot demokrātiskajam atbalstam, ko sniedz mums brīvie mediji. Medijus Eiropā ir smagi skārusi Covid-19 krīze, un tiem ir nepieciešams būtisks mūsu atbalsts.

Jāatzīmē, ka mediji Krievijā un Baltkrievijā papildus saskaras arī ar brutālu varas spēku. Putina un Lukašenko īstenotā neatkarīgo mediju iznīcināšana likusi daudziem Krievijas un Baltkrievijas profesionālajiem žurnālistiem, pat veselām mediju redakcijām, meklēt patvērumu Eiropas Savienībā. Šobrīd šo žurnālistu un mediju organizāciju atgriešanās savā dzimtenē nav iespējama, žurnālistiem draud vajāšanas, sodi un aresti. Autoritārie vadoņi turpina apdraudēt šos medijus, viņiem atrodoties pat drošajās Eiropas Savienības valstīs, nogriežot šo mediju finanšu plūsmas un pieeju informācijai.

Tāpēc mums ir jāievieš jauni atbalsta pasākumi, kas palīdz Krievijas un Baltkrievijas žurnālistiem un mediju redakcijām turpināt savu darbu no drošās Eiropas Savienības telpas, lai viņi var turpināt autoritārās varas noziedzīgās darbības atmakošanu un neļaut savu valstu iedzīvotājiem zaudēt cerības. Tāpēc mums ir arī jāturpina atbalstīt vēl atlikušie neatkarīgie mediji uz vietas Krievijā un Baltkrievijā.

Tā kā neatkarīgā vietējā žurnālistika Krievijā un Baltkrievijā tiek ar spēku apklusināta, mums ir būtiski jāpalielina arī Eiropas Savienības reportieru klātesamība šajās valstīs, nodrošinot viņiem aizsardzību. Mums ir pēdējais brīdis būt proaktīviem, lai nezaudētu pieeju objektīvai informācijai par šajās kaimiņvalstīs notiekošo.

Clare Daly, on behalf of the The Left Group. – Madam President, I have to say these discussions are becoming increasingly posed as democracy against authoritarianism, the goodies against the baddies, truth versus disinformation – but of course it's more complicated than that.

In reality what we have is a geopolitical confrontation in Eastern Europe and both sides are trying to advance their own version of the truth. When the EU strategic communication challenges biased Russian narratives in the eastern neighbourhood, it's not out of disinterest and commitment to the truth, but it too is defending and advancing its own strategic interests. So there's something quite troubling about the way in which this Parliament is embracing a hawkish attitude to foreign interference.

Increasingly we see the legitimate concern of EU foreign policy being defined as disinformation, and the space for dissent is narrowing inside of our democracies. 'This is my truth, tell me yours' said the great Welsh socialist Nye Bevan. He was describing a situation, a fundamental commitment in any democracy where we arrive at the truth through a radical tolerance of – and openness to – opposing views. The moment we close the door on that, we have a step towards authoritarianism.

The EU shouldn't be in the business of defining an official truth. Speaking about certain opinions using the language of national security should appal us. Stigmatising criticism of our own foreign policy is an anathema to a free and open society. And using any regime of sanctions to combat perceived disinformation is a drastic mistake whether by unanimity or qualified majority.

Vladimír Bilčík (PPE)... – adam President, I welcome this debate with the High Representative, but, frankly, I find it rather overdue. We are wagging the dog's tail when it comes to effective and credible European action in fighting foreign interference and manipulative disinformation. Our own institutions are raising red flags. Last month, the European Court of Auditors published a special report on disinformation, which clearly states that our foreign service institutions are not ready to face the growing problem of malicious campaigns from abroad.

Mr Borrell, it is high time to walk your own talk in the fight against targeted influence operations and massive disinformation. The pandemic, with its accompanying infodemic, has merely served as a wake-up call to the longstanding problem of the EU's weak coordination, accountability and resources in the face of widespread and often very sophisticated foreign propaganda.

Mr High Representative, the fight against disinformation must become a priority for the second part of your mandate, especially in relation to both Russia and China, where most malign campaigns originate. The European Union must focus on preventive measures. This means clear political responsibility and much better coordination of EU action against foreign interference and disinformation in the Commission. It also means proper financial and personal resources in StratCom and more active and decisive engagement in the Western Balkans and Eastern Partnership, including support for independent and professional journalism and public broadcasters.

Mr Borrell, I look forward to watching closely your action in our common struggle against those who want to destroy our European way of life.

Andreas Schieder (S&D)... – rau Präsidentin, Herr Vizepräsident! Desinformation ist eine Gefahr für die Demokratie in Europa und auch für die Stabilität. Oft ist das Ziel, einfach Anti-EU—, Anti-Demokratie-Stimmung zu verbreiten – außerhalb und innerhalb der Europäischen Union, außerhalb und innerhalb Europas. Aus Russland und aus China gehen Desinformationskampagnen von außen aus. Es gibt aber auch ernsthafte Bedrohungen aus dem Inneren, z. B. dem Westbalkan und seinen Nachbarländern.

Besonders problematisch sieht das die Studie, aus der wir auch hier zitieren: Serbien und Ungarn. In Ungarn ist zum Beispiel zu sehen, dass es zunehmende Investitionstätigkeit von ungarischen Medien, die dem ungarischen Premierminister Orbán besonders nahestehen, am mazedonischen Medienmarkt gibt. Ungarische Medienhäuser, die gewachsen sind, weil die Regierung ihnen einen Auftrag nach dem anderen zugeschanzt hat, investieren jetzt in Nordmazedonien, um dann dieses zu benutzen, um zahlreiche Desinformationskampagnen gerade dort zu machen – gegen die Regierung z. B., gegen das Prespa-Abkommen z. B., aber auch gegen die euro-atlantischen Bemühungen des Landes.

Daher, sehr geehrter Herr Vizepräsident der Kommission, muss die Kommission Mittel und Wege finden, mit diesen Praktiken Schluss zu machen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass EU-Mitgliedstaaten auf Nachbarländer einwirken und eine Anti-EU-Stimmung erzeugen. Wir müssen hier klar Stellung beziehen.

Bart Groothuis (Renew)... – adam President, what do hybrid threats, new threats, have in common, such as state driven disinformation campaigns, cybersabotage, election interference, economic coercion or large-scale intellectual property theft? What is it they have in common? Well, they are foreign policy objectives of both the Russian and also often the Chinese state. Their calculus of such operations is still low risk, low cost and high reward.

Countering exactly that calculus, is at the centre of the current thinking in the European Parliament. But, that is only possible through an adequate response mechanism. So after a cyberdiplomacy toolbox – which I fully support – and a 5G toolbox, we believe it is time for a fully-fledged counter hybrid toolbox. Part of that toolbox must be that not only the injured state can respond, but also non-injured Member States. Collective countermeasures, acting in solidarity, will actually influence that Russian and Chinese calculus.

Markéta Gregorová (Verts/ALE)... – adam President, I would like to welcome Mr Borrell and thank him for joining us. The EEAS has proven to be a very valuable asset when addressing disinformation, Mr Borrell, however, I need to raise several issues.

First and most important, in my view, is the brain-drain which has been going on in the StratCom Task Force over the past year. If we do not have motivated, adequately valued experts, dedicated to the topic and cause, we can pour more money into it, double the amount of reports and screenings, but – we won't have results. We won't have a deterrent. How are you addressing this, or are you planning to address it?

Secondly, we talk today about resources a lot. You told us in March in the Special Committee on Foreign Interference in all Democratic Processes in the European Union, including Disinformation (INGE Committee), that you have very few resources to fight disinformation coming from China. However, the EEAS is not asking for more resources for its StratCom division. So which is it? Do you want more resources but won't support steps to get them? Or do you want to avoid the issue of Chinese interference?

Last but not least, developing effective countermeasures to raise the cost for perpetrators is a key part of fighting foreign interference. Which steps will the EEAS take in this regard to demonstrate to adversaries that we are willing to react credibly to their interference? What is the status of the developments of instruments for this purpose as foreseen in the European Democracy Action Plan?

Thierry Mariani (ID)... – adame la Présidente, chers collègues, il est une influence dont nous ne parlons jamais en ces murs, une influence que chacun connaît, mais dont personne ne parle. Cette influence dans notre vie parlementaire, c'est celle d'une série d'ONG très politiques qui prônent la transparence pour les autres et dissimulent leurs intérêts bien concrets derrière une cosmétique de droits de l'homme.

Les interférences étrangères sont indissociables de la vie internationale. Nos voisins européens le savent bien, qui n'ont eu de cesse, sous Louis XIV ou sous Napoléon, sous de Gaulle ou sous la Troisième République, d'interférer dans le processus politique français. Ce fut justement la force de nos grands dirigeants de leur résister. C'est la faiblesse de nos dirigeants actuels d'avoir renoncé à ce que nous soyons une grande puissance. Qu'il semble loin le temps où Jacques Chirac et la France pouvaient refuser de participer à l'invasion de l'Irak. Si un président de la République agissait à nouveau de la sorte, je me demande s'il ne serait pas condamné par ce Parlement.

Oui, Monsieur Glucksmann, il y a des ingérences étrangères que vous avez dénoncées. Mais je pense que vous avez oublié un pays dont l'ingérence est permanente dans nos institutions. Un pays qui est officiellement à la manœuvre et qui est pourtant à des milliers de kilomètres de nos frontières. Un pays qui n'a aucun intérêt à ce que l'Union européenne devienne, comme le rêvaient ses fondateurs, une véritable puissance économique mondiale. Ce pays, c'est bien sûr les États-Unis d'Amérique. Ils cooptent les élites, financent les bourses et les programmes à destination du personnel politique de nations européennes, ils émettent leur opinion sur le résultat des élections au cœur même de l'Europe, ils s'immiscent même dans l'élection présidentielle en France, où Barack Obama avait indiqué officiellement qu'il appelait à voter pour Emmanuel Macron. Leur action est d'ailleurs redoublée par des groupuscules idéologiques financés par des milliardaires. Et si l'on appelle cela des ONG, ce sont en réalité des groupes de pression politiques qui essayent d'imposer leur agenda à nos institutions.

Alors, ce que je demande, tout simplement, c'est aussi la même exigence de transparence pour ces ONG qui, aujourd'hui, ont pris tant de place dans le Parlement. Si vous le faites, Monsieur le Commissaire, alors je croirai à votre volonté de lutte contre les ingérences.

Enfin, je m'inquiète du climat de ce Parlement, où quand on a le tort d'avoir une opinion différente de la majorité, on est immédiatement taxé d'être un agent de l'étranger. Je me demande si on n'est pas en train de revoir surgir une période d'intolérance que le maccarthysme a symbolisée dans les années 1950.

Dominik Tarczyński (ECR)... – adam President, what a festival of hypocrisy again in the European Parliament. We have this discussion, Madam President and Mr High Representative, if you have a moment, about foreign interference and we can hear again another accusation against Poland, against Hungary, from liberals and from the left. It's the same thing which happened in America when Mr Trump was accused of Russian collusion. The whole world knows that this is not true. The whole world knows that was fake news, there was no collusion and now Poland and Hungary are called Putin's friends.

At the same time, liberals and the left who are accusing us, are inviting those who are financed by post-Soviet states, and recently arrested in Poland, Mr K – his name has to be withheld from the Polish media according to Polish privacy law. He had been arrested because he was the one who is accused of money laundering and he was the one who was the representative of Open Dialogue Foundation invited to the European Parliament by liberals. So if we do not want these kind of accusations and discussions, please do not invite people like Mr K, who is from the Open Dialogue Foundation.

Javier Zarzalejos (PPE)... – señora presidenta, señor alto representante, en relativamente poco tiempo hemos adquirido conciencia del desafío que supone la desinformación, pero también hemos adquirido conciencia de los medios limitados que tiene la Unión Europea para hacer frente a este problema. Por eso, todos los puntos que ha suscitado el Parlamento son pertinentes y son relevantes, tanto la definición del mandato del StratCom como la suficiencia de sus recursos y la coordinación más eficaz entre las estructuras administrativas.

Pero se nos han olvidado las sanciones. La Comisión tuvo el coraje y el acierto de designar por su nombre a los países que son origen de las principales estrategias más agresivas de desinformación. Pues bien, hay que seguir por ese camino. No se trata solamente de detectar, de denunciar, de neutralizar, de atribuir. Necesitamos también dar el paso y hablar el lenguaje de las sanciones a los actores, estatales o no, que utilizan esas estrategias para desestabilizar la democracia e intoxicar el debate político.

No se trata de definir la verdad, se trata de señalar lo que es mentira. Y, aunque sabemos que puede haber dificultades en la atribución, tampoco debemos caer en la ingenuidad de pensar que en China, en Rusia o en Irán existen actores no estatales que tienen libertad para operar. Por tanto, es preciso que caiga el velo sobre esta realidad y que se pongan al descubierto sus responsabilidades y se actúe con el lenguaje de las sanciones, que debe figurar en el conjunto de medios de que la Unión dispone.

Włodzimierz Cimoszewicz (S&D)... – ani Przewodnicząca! Ingerencja w sprawy obcych państw była zawsze elementem rywalizacji. Dawniej gdy zwykle chodziło o zdobycie kontroli nad obcym terytorium, intrygi, oszustwa i korupcja były narzędziami pomocniczymi. Dzisiaj gdy chodzi o kontrolowanie świadomości obcych społeczeństw, stały się główną bronią nieustającej konfrontacji. Internet stworzył unikalną okazję do skutecznego działania na wielką skalę.

Państwa demokratyczne są atrakcyjnym celem, ponieważ manipulacja świadomością wyborców przekłada się na ważne decyzje polityczne. Jednocześnie demokracjom trudno jest z tym walczyć bez naruszania własnych zasad i wartości. Demokracje muszą być bardziej odporne i bardziej skuteczne w odstraszeniu sprawców, między innymi przez stosowanie bolesnych sankcji. Dezinformacja, korupcja, pozyskiwanie agentów, wpływów w krajach Unii to jedne ze źródeł wzrostu popularności populizmu, nietolerancji i autorytaryzmu. Parlament Europejski powinien stworzyć trwały mechanizm zajmowania się tą kwestią, ponieważ obca ingerencja nie ustanie.

Morten Løkkegaard (Renew)... – ru formand! Det står i dag pinagtigt klart, at når det gælder cyberangreb og hybride trusler, så står vi pinagtigt hjælpeløse i det europæiske fællesskab. Vi har ingen mulighed i dag for at reagere effektivt på det konstante angreb på vores demokrati, blandt andet desinformation eller cyberangreb mod centrale IT-infrastrukturer. Derfor giver det mening, som det er blevet sagt af flere talere – og det synspunkt deler jeg – at udvikle de nødvendige instrumenter, så vi kan straffe lande, så vi kan gribe ind over for lande, der forbryder sig mod os i cyberspace. Og vi bør i den forbindelse nok overveje, om det ikke skulle være muligt at vedtage sanktioner med kvalificeret flertal i Rådet. Enkelte medlemslande må ikke kunne blokere for de nødvendige sanktioner, sådan som det desværre er sket i flere tilfælde. Er det er noget, som den høje repræsentant vil kunne billige, er det noget, der arbejdes med?

Nicolaus Fest (ID)... – rau Präsidentin! Die Qualität dieser Debatte zeigt sich schon am Eingangsbericht des Berichterstatters Glucksmann. Er nennt drei Beispiele für die illegale Einflussnahme von fremden Mächten. Das seien die Brexit-Kampagne, Nord Stream und Piräus. Herr Glucksmann, die Brexit-Kampagne kann man unterstützen, das ist von der Meinungsfreiheit gedeckt. Und wenn Athen Piräus an China verkauft, dann kann man darüber unglücklich sein. Aber sie sagen selber: Ja, das war vielleicht legal oder illegal. Was denn nun? Wenn es legal war, dann ist es legal. Und dann ist es keine illegale Einflussnahme fremder Mächte. Haben Sie an *Sciences Po* eigentlich nicht gelernt, dass man die Begriffe auseinanderhält und es einen klaren Unterschied zwischen legal und illegal gibt? Darüber sollten Sie vielleicht nachdenken.

Wenn China wirklich die große Bedrohung ist – was ich in Teilen auch so sehe –, dann fragt man sich natürlich, warum die EU gerade ein Handelsabkommen mit China abgeschlossen hat? Das passt alles nicht zusammen.

Vor allem fragt man sich auch, warum eigentlich die Türkei nie erwähnt wird? Die Türkei hat vor der letzten Bundestagswahl bewiesenermaßen in Deutschland spioniert und selbst Deutsche mit türkischen Wurzeln massiv unter Druck gesetzt. Dies findet allerdings überhaupt keine Erwähnung. Wahrscheinlich will man den Flüchtlingsdeal nicht gefährden.

Als Mitglied des zuständigen INGE-Ausschusses habe ich leider noch kein einziges einwandfrei beweisbares Beispiel für eine illegale Einflussnahme ausländischer Mächte auf europäische Wahlen erlebt. Alles war immer nur Vermutung, schwache Indizienketten und angebliche Geldströme, aber nicht ein einziger Beweis. Die *foreign interference* ist die Paranoia der Europäischen Union, um die Völker in Angst zu halten und damit immer neue Überwachungsmöglichkeiten zu rechtfertigen.

Michiel Hoozevee (ECR)... – oorzitter, we spreken vandaag over de buitenlandse beïnvloeding van het democratisch proces. En dat is terecht. Het maakt onze democratieën kwetsbaar. Echter, hoe beïnvloedt de EU het democratisch proces in de lidstaten zelf? Bijvoorbeeld de structurele steun voor pro-EU-denktanks. Neem het Jacques Delorsinstituut. Dat ontvangt 350 000 EUR per jaar. European Movement International: 400 000 EUR per jaar. Het European Policy Centre: 250 000 EUR per jaar.

Die laatste twee hadden bij de plenaire vergadering van de Conferentie over de toekomst van Europa “burgervertegenwoordigers” aanwezig. Dus, hoe zit het met de beïnvloeding van het eigen democratische proces? In hoeverre stuurt de EU dit zelf?

Samenvattend, laten wij inderdaad waakzaam zijn voor buitenlandse invloeden, maar ook kritisch blijven op het beleid van de EU zelf.

Lukas Mandl (PPE)... – rau Präsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident der Kommission und Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Teile der Welt, die suchen die Konfrontation mit Europa. Denen passt das europäische Lebensmodell nicht in den Kram. Die Motive dafür sind sehr, sehr unterschiedlich. Das können ideologische Motive sein, politische Motive. Es können auch wirtschaftliche Motive sein. Sie sind aber immer sehr, sehr kurzsichtig. Und dennoch wird diese Konfrontation gesucht – von staatlichen Akteuren und von nichtstaatlichen Akteuren.

Wir als Europäische Union verteidigen uns konsequent gegen diese Konfrontation, die sich in Desinformation ausdrückt und die sich in der Beeinflussung unserer liberalen Demokratien in Europa von außerhalb Europas ausdrückt, aber von innerhalb Europas vielfach unterstützt wird. Und das müssen wir heute sehen, dass wir durch Bewusstseinsbildung ein Verständnis dafür schaffen, was es bedeutet, wenn Hass und Zwietracht in Social-Media-Kanälen gesät wird, wenn zwischen Institutionen, die demokratisch legitimiert und rechtsstaatlich sind, Zwietracht gesät wird, und dass das Europa schwächt. Denn die Spaltung ist es, die gesucht wird von denen, die die Konfrontation gegen Europa versuchen. Weil die Einigkeit Europas eine große Stärke ist, ist Spaltung das Mittel, um Europa zu schwächen. Das lassen wir nicht zu!

Und ein letzter Punkt: Wir suchen nicht die Konfrontation. Der europäische Weg ist der Weg der Kooperation. Wir wissen nach innen, dass das für Wohlstand und Frieden sorgt, und wir wissen es geopolitisch. Langfristig ist es die Kooperation.

Juan Fernando López Aguilar (S&D)... – eñora presidenta, señor alto representante, este Parlamento Europeo ha puesto en marcha una Comisión Especial sobre Injerencias Extranjeras en Todos los Procesos Democráticos de la Unión Europea, en particular la Desinformación, porque la democracia nos importa. Y porque nos importa, le hemos dirigido esta pregunta oral. Porque es el Servicio Europeo de Acción Exterior, bajo su responsabilidad, el que ha proporcionado hasta ahora la definición operativa de la desinformación, que no es la difusión de opiniones desagradables, sino de hechos falsos con la intención de manipular y de alterar el proceso de formación de la voluntad democrática. Y porque el Servicio Europeo de Acción Exterior de la Unión Europea es el único que hasta ahora ha proporcionado una herramienta, que son los grupos de trabajo StratCom, cuyo mandato necesita ser reforzado.

Y queremos saber también qué debemos hacer para reforzar el régimen de imposición de sanciones, no solamente a los Estados, sino también a los actores no estatales que están detrás de la manipulación de la voluntad democrática, y para que esas sanciones puedan ser impuestas de manera más eficaz, superando las limitaciones de la unanimidad, por mayoría cualificada.

Maite Pagazaurtundúa (Renew)... – eñora presidenta, señorías, señor Borrell, en todo caso, no puede convertirse en un cisne negro. Desde 2018, las medidas europeas en el ámbito cibernético suponen una respuesta diplomática conjunta frente a las actividades malintencionadas en el ciberespacio. Ahora bien, no hay asignación de responsabilidad a ninguno de los países de la nacionalidad de los ciberatacantes. Incluso en los casos que tenemos demostrados de nacionales chinos, norcoreanos y rusos, las sanciones no afectan a sus Estados ni Gobiernos.

No hay atribución de responsabilidad a un Estado, ni siquiera en el caso del Centro Principal de Tecnologías Especiales del Mando Principal del Estado Mayor de la Defensa de las Fuerzas Armadas de la Federación Rusa, también conocido por el código 74455 -es más fácil-, a quien se considera responsable de diversos ciberataques. El FBI, en cambio, asocia a Irán y China con actividades de este tipo.

Los europeos jugamos con una mano en la espalda y una venda en los ojos ante el verdadero lenguaje del poder, que es también el de las sanciones. Lavrov, Putin y Xi Jinping sonríen, sin duda, por las sanciones que hemos impuesto en los ciberataques que sí hemos sufrido.

Ahora bien, ¿los Estados miembros van a considerar el riesgo híbrido real? ¿Cómo pretenden mejorar las sanciones para alcanzar a los verdaderos cerebros de estos ciberataques?

Sunčana Glavak (PPE)... – oštovana predsjedavajuća, povjereniče, kolegice i kolege, europski izbori, izbori u državama članicama, središte su demokratskih procesa u Europskoj uniji.

Strano uplitanje i širenje dezinformacija posebna su prijetnja našim demokracijama a integritet izbornog procesa potkopan je brzim rastom dezinformacijskih i remetilackih internetskih kampanja. Dezinformiranje destabilizira i ugrožava europsku demokraciju i moramo razumjeti da to nije kratkoročna prijetnja. Radne skupine STATCOM-a Europske službe za vanjsko djelovanje pokazale su se vrlo vrijednim alatom. Međutim, provjera i suprotstavljanje da, ali i koordinacija, koja nam je možda izostala, jednako tako moramo pružiti potporu i u ljudskim kapacitetima ali i onu stvarnu financijsku potporu za njihovo djelovanje.

Želim osobito naglasiti važnost usmjeravanja fokusa i na susjedstvo Europske unije kako bismo mogli adekvatno i sveobuhvatno odgovoriti na izazove i prijetnje s kojima se suočavamo. Šest zemalja zapadnog Balkana dijeli perspektivu europske budućnosti i na njih ne smijemo zaboraviti. I završit ću ako znamo da legitimitet Europske unije počiva na demokratskim temeljima onda ih moramo sačuvati suzbijanjem nedemokratskih metoda a to znači učiniti više za one o kojima demokracija ovisi a to su informirani građani.

Evin Incir (S&D)... – adam President, democracy is under attack right now, both by internal forces in our Union as well as by foreign forces, and both offline and online.

Offline we see Erdoğan and Turkish authorities spreading their tentacles into our Union in their aim to pursue dissidents, many times Kurdish dissidents. And Xi Jinping and Chinese authorities send threatening emails to EU journalists like the freelance journalist Jojje Olsson at the Swedish newspaper Expressen.

Online we constantly see how Putin in Russia, but also Chinese authorities, spread fake news about the EU, elections in Member States and parties that are not pro-Putin. Even worse is that some of the foreign dictators link arms with their like-minded in the EU: Orbán in Hungary and Kaczyński in Poland.

I now ask Mr Borrell: how is the Commission ensuring that the policies that aim to combat foreign interference also lead to consequences for those EU government leaders who link arms with foreign leaders that attack our democracies?

Sandro Gozi (Renew)... – adame la Présidente, en 2016 au Royaume-Uni et en Italie, en 2017 en France, pendant la crise de la COVID-19 dans plusieurs pays, nous avons assisté à de graves ingérences qui fragilisent notre vie démocratique et soutiennent des forces nationalistes et populistes d'extrême gauche et d'extrême droite. Et les interventions de certains collègues dans cet hémicycle aujourd'hui, d'ECR, d'ID, de la Gauche, ne font que confirmer tout cela.

Pourtant, le constat est très clair: la Russie joue depuis trop longtemps un jeu dangereux. Elle a été rejointe par d'autres pays, comme, avant tout, la Chine et le Venezuela. L'Europe doit être au rendez-vous. Nous devons pleinement intégrer la désinformation dans la politique étrangère commune et décider à la majorité les sanctions en cas d'ingérence. Les financements avérés des partis politiques en provenance de l'étranger doivent être constamment repérés et bloqués. Pour reprendre ce que vous disiez, Monsieur le Haut représentant: même si avoir raison, pendant un certain temps, c'est bien, agir c'est encore mieux.

Eugen Tomac (PPE)... – oamnă președintă, eu cred că ne aflăm în plin război, un război cu arme non-militare, pentru că ceea ce se întâmplă în prezent, știm foarte bine, ei creează știri false, ei dezinformează, ei manipulează, Putin suspendă oricând drepturile omului atunci când interesele dictează, subminează democrația și răspunsul nostru trebuie să fie foarte dur, domnule Înalt Comisar, pentru că eu cred că trebuie regândită întreaga arhitectură a Uniunii în ceea ce privește apărarea în fața dezinformării.

Avem nevoie de un comisar pentru combaterea dezinformării și apărarea democrației. Avem nevoie de un fond de un miliard de euro pentru a apăra presa liberă din statele asociate și statele membre.

Trebuie să luptăm, pentru că, mă uit, pe 11 iulie sunt alegeri în Republica Moldova – un stat asociat Uniunii Europene. Putin, personal, a creat partide și 20 de instituții media prin care încearcă să țină acest stat în zona sa de influență. Trebuie să facem mai mult și fac apel pe această cale către cetățenii Republicii Moldova să iasă duminică la vot pentru a scăpa de influența Moscovei.

Nacho Sánchez Amor (S&D)... – eñora presidenta, hablamos, señor Borrell, de injerencias en procesos democráticos, y no hay proceso democrático más trascendente que las elecciones. Por eso, mi propuesta en esta comisión y a usted es que hay que individualizar y tratar específicamente los riesgos de las injerencias en las elecciones, en las elecciones en sentido lato: en el proceso electoral. Por su trascendencia y también por la existencia de una mayor vulnerabilidad.

Muchos ciudadanos conectan con la política en período electoral, desconectan y vuelven a conectar, y en ese momento son mucho más vulnerables, con una mayor avidez por la información política y con una mayor exposición a esa desinformación.

El objetivo de estas injerencias —lo hemos dicho muchas veces— no es cambiar las cifras del voto emitido. Eso es muy difícil. Es deslegitimar el proceso electoral en sí. La única cifra que interesa a quienes interfieren en las elecciones es la cifra de una creciente abstención, porque les servirá para deslegitimar a democracias maduras.

Y por eso, señor Borrell, también hay que cambiar la forma de hacer observación electoral. Antes y después de una votación están los nuevos riesgos para la integridad electoral y por eso tenemos que estudiarlos y plantear nuevas formas de defendernos en las elecciones frente a estas injerencias extranjeras.

Barry Andrews (Renew)... – achtaráin, a Ardionadaí Borrell, tá an díospóireacht seo dírithe ar idirghabháil ón iasacht in oibriú daonlathach an Aontais Eorpaigh. Creidim, áfach, go gcaithfimid iarrachtaí intíre a thabhairt chun cruinnis.

Chun an smaoinemh seo a chur os do chomhair, ba mhaith liom dul ar ais go dtí eachtra a tharla san Fhochoiste um Shlándaíl agus Cosaint i bParlaimint na hEorpa, i mí Aibreáin seo caite.

I rith an chruinnithe coiste, tá náire orm a rá gur bhain beirt d'Feisirí Eorpacha na hÉireann, úsáid as a n-ardán chun a dteoiric chomhcheilge a chur chun chinn, ag rá go ndearna na Clogaid Bhána ionsaí ceimiceach ar shibhialtaigh chathair Douma sa tSiria.

A Uasail Borrell, mar fhocal scoir ba mhaith liom a rá go n-oibríonn Feisirí Eorpacha na hÉireann le chéile go minic ar líomháin thábhachtacha ach, ba mhaith liom mo dhéistin maidir leis an eolas contráilte seo a chur os do chomhair.

Go dtí anois, bhí mé ciúin ach seasaim in aghaidh an luchtá ionsaithe ar ár ndaonlathas ón taobh istigh. Ba mhaith liom a rá – nach bhfuilim ar a son.

Isabel Santos (S&D)... – enhora Presidente, a constante panóplia de novos desafios que a interferência estrangeira e a desinformação colocam à saúde das democracias da União Europeia obriga-nos a repensar a nossa estratégia de defesa relativamente a tais ameaças e a nossa postura face a tais ataques. Estes problemas não se resolvem com declarações inflamadas em direção a Moscovo ou a Pequim. É necessário estabelecer mecanismos cada vez mais robustos de defesa da integridade dos nossos processos eleitorais, reforçar o controlo do financiamento externo dos partidos políticos europeus e, sublinho, responder com sanções aos ataques às nossas democracias e aos nossos valores.

A assertividade com que a União souber lidar com estes fenómenos, num momento em que os poderes liberais mostram cada vez maior agressividade e desfaçatez nos seus ataques, determinará o nosso futuro comum.

Cabe à União Europeia, aos Estados-Membros, à sociedade civil e às plataformas online, em estreita articulação, travar este combate.

Heidi Hautala (Verts/ALE)... – adam President, for too long, this Parliament has endured unauthorised election observations and dubious friendship groups. Staff members with ties to foreign authorities pose a serious risk of an internal security breach. Accreditation of foreign delegations and their lobbyists to the European Parliament requires more transparency. It's necessary to take action.

Recently, Parliament's Democracy Support and Election Coordination Group (DEG) set sanctions on several MEPs who have observed elections on their own, but giving the impression that they were sent by Parliament. Recently, I wrote a letter, together with Raphaël Glucksmann, Chair of the Special Committee on Foreign Interference in all Democratic Processes in the European Union, including Disinformation (INGE Committee) to the President. We asked for tougher action. We want to have a dedicated advisory group that would contribute to a more effective response overall. The only way to stem foreign interference is to increase transparency and combine that with effective sanctions.

Josep Borrell Fontelles, vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad. – Señora presidenta, gracias a todos los diputados que han participado en este debate apasionante, que a mí, particularmente, más que interesarme, me apasiona, porque comparto lo que muchos de ustedes han dicho sobre la amenaza existencial que esto representa para la democracia. Pero también habrán observado, tal como les había anticipado, que se han oído aquí voces denunciando un nuevo macartismo o la voluntad de controlar e impedir que la información fluya libremente.

Lo hemos oído. Ha habido diputados aquí que han dicho: «No, no, no, esto es un nuevo macartismo, una nueva caza de brujas, una nueva voluntad de controlar desde el poder». Hemos oído hablar mucho de injerencias extranjeras: «La culpa es de Rusia y de China». Pero también ha habido diputados que han señalado certeramente que el problema también lo tenemos dentro, que la desinformación también la fabricamos en el interior de nuestras sociedades y que muchas decisiones políticas se han tomado sobre la base de una intensa campaña de desinformación, que es una forma educada de decir «mentira»: sobre la base de una intensa campaña de mentiras.

Y alguien ha citado el *Brexit*. Y es verdad, y es verdad. Uno de los grandes argumentos utilizados por los defensores del *Brexit*, que hace poco estaban aquí, y sin el cual seguramente -y ellos mismos lo han reconocido- el resultado de la votación hubiera sido distinto, fue la historia de que, fuera de la Unión Europea, los británicos recibirían no sé cuántos miles de millones de libras con los cuales podrían mejorar su sistema de salud y, en vez de que los europeos les quitaran el dinero, podrían mejorar los sistemas públicos en el Reino Unido. Y los mismos que contaron este cuento, al día siguiente de la votación, fueron a la televisión, con todo el descaro del mundo, a decir: «No, eso no era cierto, fue un error de cálculo, me equivoqué. No, no, los números no eran estos».

Entonces, ¿qué hacemos? ¿Les sancionamos? ¿Se dan ustedes cuenta de cómo una decisión trascendental también para Europa puede haberse tomado sobre la base de una intensa campaña de desinformación, que no la hizo ni Putin ni Xi, que la hicimos nosotros en el interior de nuestras propias sociedades? ¿Cuántas veces no se han contado cuentos a la gente, y en mi país -el país que conozco mejor, pero no quiero entrar en ello- hemos vivido recientemente casos como estos, de flautistas de Hamelín que cuentan cuentos de hadas? Eso es desinformación también. O sea, que no miremos solo lo que nos viene de afuera. Hagamos también un poco de autocritica y preguntémonos cuánto en nuestro propio debate político utilizamos la desinformación sistemáticamente. Y eso, naturalmente, necesita medios de control. Pero, cuidado, sobre el medio de control, alguien ha alertado: «macartismo y voluntad de control...». No, voluntad de contraste, voluntad de contraste, de que el ciudadano pueda saber si cuando le dicen algo es cierto o no lo es, porque puede decidir en función de que se lo crea o no se lo crea.

Y por eso tenemos que tener sistemas que contrasten; que contrasten lo que se dice con la realidad. Y, cuando uno dice eso, le acusan de querer crear -como se ha dicho a veces- una especie de «ministerio de la verdad», un órgano público que decide lo que es cierto o lo que no lo es. No es eso, pero luchar contra la desinformación, sustancialmente, es decidir cómo informar a la gente sobre lo que es cierto y lo que no lo es. Y eso requiere técnicos especializados, un control permanente, continuo, y un contraste delicado.

Y han hablado ustedes de sanciones. Sí, sin duda, es importante no dejar impune al que desinforma. No basta con la sanción política de que «la próxima vez no le voy a votar», porque la próxima vez es demasiado tarde. ¿Qué hacemos? ¿Cómo sancionamos al que cuenta cuentos chinos, sobre la base de los cuales la gente toma decisiones trascendentales, y que al día siguiente reconoce que mintió o que se equivocó, que viene a ser lo mismo? Hay que imponer sanciones, necesitamos un régimen de sanciones, pero tenemos que tener bien claro de qué manera lo implementamos, cómo definimos «desinformación», cómo la medimos, dónde están las líneas rojas con respecto a la libertad de información. Y todas estas cuestiones tienen que ser cuidadosamente medidas para asegurarnos de que los instrumentos que pongamos en marcha son instrumentos perfectamente compatibles con la legalidad y con el sistema democrático.

Sí, hoy no lo tenemos. Lo necesitamos, pero sabemos —y no quisiera que ustedes piensen que es tan fácil como establecer un régimen de sanciones contra los violadores de los derechos humanos en Nicaragua— que hay que definir bien conceptualmente a qué nos referimos cuando hablamos de desinformación. Porque hoy manipular la información no es ilegal. Esto es un aspecto sustantivo sobre de qué manera afrontamos un sistema de sanciones para defender a la vez el derecho a la verdad y la libertad de información, el derecho a la verdad y la libertad de información. Estamos trabajando en ello y no es nada fácil, créanme. Estamos buscando de qué manera podemos concebir instrumentos —que no tenemos— que permitan actuar, junto con los Estados miembros, —repito— junto con los Estados miembros, porque al nivel de la Unión Europea no podremos hacerlo solo, para encontrar definiciones legales que permitan definir sistemas de sanción que —insisto— defiendan a la vez el derecho a conocer la verdad y el derecho a la información. Y las fronteras no son fáciles de definir.

Sobre el informe del Tribunal de Cuentas, pues tampoco es tan malo como algunos de ustedes han dicho. Al contrario, apoya mucho el trabajo que estamos haciendo y tiene alguna carencia como, por ejemplo, que acaba analizando el plan de acción contra la desinformación en 2018 y no ha podido tomar en consideración los acontecimientos posteriores, que son muy ricos, como la Comunicación conjunta sobre la lucha contra la desinformación acerca de la COVID-19 que hemos lanzado, porque, anda que no hubo desinformación sobre la COVID-19, anda que el ciudadano no fue bombardeado con información falsa, que incluso podía poner en peligro su salud, sobre qué era el virus y cómo se podía y debía luchar contra él. Bien, este plan de acción no ha podido ser evaluado y creo que es una importante contribución a la lucha contra la desinformación.

¿Tenemos más medios? Sí, tenemos más medios. Hemos empezado a desarrollar actividades fuera de nuestro mandato inicial, que ya les he explicado que se limitaba a los aspectos de Europa del Este y de Rusia. Hemos incorporado a nuestros equipos más personal, en particular especialistas en la desinformación proveniente de China. Tenemos más recursos financieros, los hemos distribuido entre nuestras delegaciones. No les quiero abrumar con cifras, pero vamos a alcanzar un número de cuarenta personas y algunas de ellas -como les digo- están especializadas en áreas geográficas en las que teníamos muy poca capacidad. Pero no busquen la solución al problema únicamente a nivel europeo. Si los Estados miembros, cada uno de ellos, no se comprometen con sus propias capacidades, no hay forma de resolver el problema.

Y por eso hemos creado el sistema de alerta rápida y una red que nos comunica a todos. Y por eso necesitamos, sí, una mejor coordinación entre el trabajo del pilar intergubernamental y el pilar comunitario, entre las actividades que desarrolla la Comisión orientadas a la desinformación interna y las que hace el SEAE orientadas a la desinformación externa, sabiendo que la frontera entre lo interno y lo externo en este mundo de la comunicación cibernética es algo a veces imposible de delimitar: «No, esto viene de dentro; no, esto viene de fuera...». Miren, viene de donde viene, y muchas veces no se sabe de dónde viene.

De manera que sí, acepto el desafío y las preguntas que ustedes hacen: «¿Y cómo lo va a hacer?» Pues haciéndolo. Aumentando nuestra capacidad *to trace and track*, saber de dónde viene y seguirle la pista; crear sistemas más eficientes y más resilientes en nuestras sociedades; equipar mejor nuestras delegaciones y nuestras misiones: aumentar nuestro partenariado internacional. Y, sin duda, trabajar para ofrecer un sistema que imponga costes a los que generan desinformación, a los actores de la desinformación, sabiendo dos cosas: que muchos de estos actores escapan a nuestro control, porque están fuera y nunca podremos alcanzarlos y sancionarlos eficientemente, y que otros están dentro y forman parte de nuestro juego político. Y ya verán ustedes que el día en que empezemos a decir que impondremos sanciones a los que sesgan el debate político diseminándolo con la mentira nos encontraremos con las reacciones que se han visto aquí también hoy, diciendo: «Cuidado, un momento, usted es un macartista».

De manera que estamos pisando un terreno minado al que habrá que dedicar mucha atención política, no solamente recursos materiales y humanos, que también, no solamente ordenadores que filtran la información, detectan de dónde viene y señalan lo que no es cierto y lo diseminan. Porque, ¿saben ustedes una cosa? La mentira circula a una velocidad mil veces mayor que la verdad -mil veces mayor-. Lancen ustedes una mentira y verán qué rápidamente se propaga. Desmientan la mentira al día siguiente y verán las dificultades que tienen para conseguir que se disemine a igual velocidad y alcance al mismo número de personas que han sido contaminadas por la mentira.

Créanme que este es un problema al que hay que dedicar algo más que un debate ocasional. Es algo más que tener tres analistas más. Es un problema esencial al que la Unión Europea sola —sola a escala de la Unión— no va a poder hacer frente, pero cuya acción es imprescindible para coordinar la respuesta de los Estados miembros. Y por eso yo doy la bienvenida a este debate. Los medios de los que disponemos son mayores hoy que el año pasado. Podemos hacer más, haremos más. Trabajaremos en un sistema que imponga costes a los actores de la desinformación y trataremos de conseguir que nuestras sociedades sean tan capaces de luchar contra el virus de la falsedad como contra el virus de la enfermedad biológica. Porque en ello nos va la supervivencia de nuestro sistema político. Y yo les agradezco a la vez su exigencia crítica y su voluntad de apoyo.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Kinga Gál (NI), írásban. – A tagállamokban zajló választások jelentik demokráciánk legfontosabb alkotóelemét. Az Unió intézmények állítása szerint a demokratikus folyamatba való külföldi visszatérő és szisztematikus beavatkozás tapasztalható. Az álhírek és a propagandakampányok valóban alááshatják demokráciánk stabilitását, ezért az EP különbizottsága a jelenséget és annak leküzdését vizsgálja.

Ugyanakkor sajnálatos, hogy figyelmen kívül hagyja a szándékosan politikai útra lépett civil szervezetek beavatkozási és befolyásolási akcióit. Sok esetben ezek az NGO-k minden demokratikus elszámoltathatóság nélkül befolyásolnak választásokat vagy szuverén államok döntéshozatalát, álhíreket terjesztve. Például a magyar kormányt évek óta nyíltan vagy burkoltan csúsztatásokkal és félreértelmezésekkel támadó jelentéseket ugyanaz a néhány civil szervezet terjeszti.

13. Globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte (EU-Magnitski-Rechtsakt) (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont vita a következő kérdésekről:

a David McAllister és Maria Arena által a Külügyi Bizottság nevében a Bizottsághoz intézett, az EU globális emberi jogi szankciórendszeréről (uniós Magnyickij-törvény) szóló szóbeli választ igénylő kérdésről (O-000047/2021 – B9-0028/21) (2021/2563(RSP)).

a David McAllister és Maria Arena által a Külügyi Bizottság nevében a Bizottság alelnökéhez és az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjéhez intézett, az EU globális emberi jogi szankciórendszeréről (uniós Magnyickij-törvény) szóló szóbeli választ igénylő kérdésről (O-000048/2021 – B9-0029/21) (2021/2563(RSP)).

David McAllister, author. – Madam President, the European Parliament has been consistently calling for an EU-wide mechanism which would allow for imposing targeted sanctions against individuals and entities that are involved in grave human rights violations. Therefore, I welcome last year's adoption of the EU global human rights sanctions regime, which some of us in this House prefer to call simply the EU Magnitsky Act.

This regime should be part of a coherent and clearly defined strategy that considers the foreign policy objectives of the EU. It needs to reflect new challenges and threats to human rights violations such as corruption, abuse of state emergency powers or violence against human rights defenders.

We as the European Parliament would like to see an efficient and consistent use of the sanctions regime, with decisions in the Council taken by the qualified majority vote. With this in mind, I would like to address the High Representative and the European Commission with the following questions.

Number one: what are the experiences in implementing the EU global human rights sanctions regime? What is its place in the EU's external policy toolbox and how does it relate to other EU sanctions frameworks?

Number two: how are the uniformity of criteria and consistency ensured in the regime's implementation, especially with regard to the listing and delisting of persons, entities and bodies?

Number three: how does the European External Action Service plan to involve Parliament?

Number four: will the European External Action Service (EEAS) set up an EU-level advisory committee and outline guidelines for the involvement of civil society organisations in proposing and providing evidence? Does the EEAS envisage a mechanism for protecting those organisations or individuals?

Number five: would the Commission consider enlarging the scope of the regime, taking into account the United Kingdom's new global anti-corruption sanctions regime?

Number six: would the External Action Service and the Commission be ready to reintroduce the proposal to use qualified majority voting to impose sanctions?

And finally, question number seven: what cooperation has been undertaken with like-minded countries? What will be done to ensure close cooperation and consistency with external judicial institutions and international supervisory and monitoring structures in implementing the regime?

Maria Arena, auteur. – Madame la Présidente, c'est vrai que cela peut sembler un peu particulier, dans la mesure où ce mécanisme général de sanctions en cas de violations graves des droits de l'homme était une demande du Parlement européen. Et déjà, nous sommes en train de vouloir faire des modifications ou de demander plus.

Tout d'abord, je tiens à dire que le Parlement européen a accueilli favorablement ce régime général de sanctions pour violations graves des droits de l'homme que le Haut représentant a présenté au Conseil, et qui a finalement été adopté par ce Conseil. C'est justement parce que nous considérons qu'il s'agit d'un instrument important pour la politique étrangère de l'Union européenne que nous estimons qu'il est nécessaire d'éclaircir certains points, mais aussi de le renforcer à certains égards. C'est la raison pour laquelle, avec mon collègue, M. McAllister, la commission AFET et la sous-commission «Droits de l'homme», nous avons voulu cette résolution et un certain nombre de questions.

Comme l'a fait David McAllister, nous demandons ainsi – et il nous apparaît nécessaire – de donner en effet un rôle accru au Parlement européen dans l'établissement de ce processus. Je pense qu'il est important que nous ayons cette discussion, mais surtout, à terme, que nous puissions suivre ce mécanisme. Nous devons aussi, à terme, revoir la décision à l'unanimité du Conseil qui ne nous semble pas être la décision la plus efficace en matière de prise de décision. Nous devons aussi disposer d'une méthodologie claire qui permette d'établir des listes, mais aussi de déléster un certain nombre de personnes, de savoir exactement comment les choses pourraient se passer.

Il s'agit aussi de prévoir le fait que la corruption soit intégrée dans le mécanisme. Alors c'est vrai, nous avons eu des débats sur «faut-il intégrer la corruption dans le mécanisme ou bien avoir un mécanisme spécifique?». Je pense que ce que nous pouvons dire, c'est qu'il faut très vite traiter des caractères de la corruption parce qu'ils sont indissociables de la question de la violation des droits de l'homme.

Il est aussi important d'avoir la coopération avec les pays partenaires parce que nous ne pouvons effectivement être le refuge – pour des personnes qui auraient été sanctionnées par certains et par des mécanismes similaires – d'être le refuge en Europe pour ces personnes qui pourraient trouver abri sur le territoire européen.

Enfin, il faut une cohérence des politiques: comment faire en sorte que ce mécanisme général de sanctions liées aux violations graves soit intégré dans un ensemble d'outils qui sont des outils de politique extérieure, qui doivent bien entendu être cohérents? Toutes ces questions sont dans la question orale, mais aussi dans notre résolution.

Anže Logar, President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, Ms Arena, Mr McAllister, honourable Members, I very much welcome the opportunity to continue the dialogue on the EU Global Human Rights Sanction Regime. I would like to acknowledge the important role that the European Parliament has played and continues to play in this matter.

From the outset, High Representative Vice-President Borrell has said that this regime allows us to stand up for human rights in a determined manner by connecting actions to our words. The High Representative made the first two proposals ensuring the swift operational use of the EU Global Human Rights Sanction Regime, translating political commitment into tangible action.

We have taken decisive actions to address serious human rights violations and abuses ranging from torture, extrajudicial execution and killings to enforced disappearance of persons, arbitrary arrests or detentions or systematic use of forced labour taking place in China, Russia and the Democratic People's Republic of Korea, Libya, South Sudan and Eritrea. We're all aware of the retaliatory measures taken by China and Russia, and we have been clear that these are simply unacceptable.

Sanctions are not an end in itself. They form a part of a wider policy approach in order to bring about the change in conduct from those responsible or involved in serious human rights abuses and this does not happen overnight. We have defined a coherent, ambitious and multifaceted approach. The EU Global Human Rights Sanction Regime is an important element in delivering on the EU action plan for human rights and democracy 2020-2024, which sets out the overall strategy in this field for the next five years.

In many ways, we are still very much at the beginning of the journey under this regime. About six months after its establishment, it might be still too early to already make an in-depth assessment. However, it is clear that this sanction regime has already solicited strong reaction, an indication of the impact of sanctions under this regime. The listing criteria are clearly defined under this regime. Any possible change to the scope of the regime, for instance the question whether to include corruption or not is for the Council to decide by unanimity. The initial focus has been to start implementing the current regime. As you know, the High Representative proposed to use qualified-majority voting for the adoption of new listings but not all Member States agreed to this. The High Representative continues to believe that the greater use of qualified-majority voting not only in this regime, but in common foreign and security policy overall could bring considerable benefits and make decisions faster and more efficient. He will continue to discuss this with Member States.

Supporting civil society organisations is a cornerstone of our EU human rights policy. We very much welcome any contribution of civil society to provide possible evidence. The EEAS service has regular contact with them and stands ready to guide them on how best to prepare such evidence.

Like-minded countries such as the United States, the UK or Canada have an ongoing interest to work together with the EU to maximise the impact of our respective human rights sanction regimes. This is an interest that we share and we maintain an open dialogue with them. Thank you for the introductory words.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir seit Dezember letzten Jahres die Möglichkeit haben, mit diesem Sanktionsregime Individuen zu sanktionieren, die sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Es ist ein Vorteil, dass wir nicht ein ganzes Land jeweils mit Sanktionen belegen müssen, sondern es sehr gezielt gegen die individuellen Übeltäter zur Anwendung bringen können.

Aber – es ist auch schon angesprochen worden – der Mechanismus ist aus unserer Sicht unvollständig. Sicherlich wäre zu überlegen, den Aspekt der Korruption in eine Reform einzubeziehen oder, wie es die Briten getan haben, in dem Zusammenhang einen separaten Mechanismus einzuführen. Da bin ich flexibel. Aber in der Sache selber halte ich es für richtig, dass wir hier die Korruption mit einbeziehen.

Ein anderes Defizit ist sicherlich die Einstimmigkeit, und man sollte in dem Zusammenhang mit den betreffenden Mitgliedstaaten reden. Es kann doch eigentlich objektiv nicht sein, dass, wenn man eine Menschenrechtsverletzung feststellt, dann im Extremfall 26 Mitgliedstaaten der Auffassung sind: Ja, diese Person ist da verantwortlich, und gerade mal ein Mitgliedstaat das Gegenteil behauptet. Da können eigentlich nur sachfremde Erwägungen, z. B. finanzielle Interessen, dahinterstehen, und das halten wir für politisch nicht akzeptabel.

Von daher, denke ich, sollten wir bei einer Änderungsverordnung auch den normalen Gesetzgebungsweg gehen. Das heißt, es gibt einen Vorschlag der Kommission, der geht dann zum Rat und zum Parlament, und dann wird es in der Mitentscheidung entschieden. Und dann, denke ich, werden wir zum einen die Korruption miteinbeziehen können, aber auch mit den betreffenden Mitgliedstaaten reden, die bisher gegen die Aufhebung der Einstimmigkeit sind.

Isabel Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, permitir o usufruto dos direitos humanos por todas as pessoas é um objetivo estratégico da União Europeia. Esta frase, proferida pelo Alto Representante aquando da adoção do regime global de sanções por violação de direitos humanos, demonstra não só a dimensão e importância deste instrumento de política externa, reivindicado por muitos de nós durante tanto tempo, mas também a nossa responsabilidade em velar pela consistência, transparência e eficácia da sua aplicação.

Foi por isso que o Parlamento, no exercício das suas atribuições democráticas, decidiu avançar com a pergunta oral e a resolução que agora discutimos.

Importa debater a operacionalização deste instrumento, o papel do Parlamento e até o tipo de violações a abranger. A bem da credibilidade deste instrumento, é importante dotá-lo de transparência, tornando claros os critérios de inclusão e retirada da lista de sancionados, e blindar a sua aplicação contra duplos critérios que o enfraqueçam servindo os seus detratores.

Entendemos que o papel do Parlamento deve ser reforçado, incluindo com a possibilidade de propor e escrutinar a aplicação das sanções. Reiteramos que as decisões devem ser tomadas por maioria qualificada, sublinho, por maioria qualificada e não por unanimidade. Senhor Representante do Conselho, sabemos ao que é que conduziria a decisão por unanimidade: à satisfação exatamente daqueles que se opõem à aplicação eficaz deste mecanismo.

Defendemos que a corrupção deve integrar a lista de violações sancionáveis e que se deve sistematizar a cooperação com mecanismos sancionatórios similares existentes em diversos países. Temos defendido e lutado por este regime na lógica de que é fundamental dotar a União Europeia com as ferramentas adequadas à defesa coerente dos seus valores no quadro da sua política externa. Acredito que a adoção do regime global de sanções por violações de direitos humanos representa um passo da maior relevância.

É, agora, necessário continuar a melhorar esta ferramenta. Esta é a missão que continuaremos a cumprir.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, el Parlamento Europeo ha reclamado un instrumento como la Ley Magnitski, una ley que sanciona la vulneración de los derechos humanos, pero quedan temas importantes pendientes, y por eso estamos hoy aquí en este debate.

Uno de ellos es importantísimo: es contemplar la corrupción dentro de esta ley. Porque tenemos también la experiencia de que los altos funcionarios y responsables políticos identificados como parte del aparato represivo en regímenes dictatoriales sean, a la vez, identificados como autores de entramados corruptos, financieros, empresariales. Es muy difícil separar esto, señorías, porque la corrupción sostiene la represión y la represión alimenta la corrupción.

Por lo tanto, este es un tema en el que vamos a seguir trabajando e insistiendo. Pero paralelamente a esto necesitamos también implementar las sanciones. Y no podemos olvidar que es el Consejo quien las implementa, y el Parlamento debe tener derecho de seguimiento y control.

Pero, además de esto, debemos mejorar los mecanismos para llevar a los responsables de estos actos ante la justicia internacional. Y mejorar la coordinación con otros Estados y con organizaciones e instituciones judiciales, regionales e internacionales es fundamental.

También, desde luego —y se ha dicho—, la mayoría cualificada. Los derechos humanos no pueden ser objeto de veto, señor ministro. Y cuando imponemos sanciones ponemos también por delante la imagen de la Unión Europea. No puede suceder lo que sucedió con Bielorrusia: que, porque haya discrepancias en el Consejo, por razones ajenas a las sanciones, las sanciones que espera la comunidad internacional, que reclama el pueblo de Bielorrusia, fueran retrasadas.

Reclamamos unanimidad para cuestiones de derechos humanos porque los Tratados lo prevén y lo permiten.

Hannah Neumann, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, dear colleagues, it has been quite a struggle, but now we have the EU global human rights sanctions regime. And you may have realised, especially with regards to China, it has created some effect and some impact. So I think it's good that we finally debated it here in the European Parliament because it was actually the Parliament that initiated this mechanism.

It is the Parliament that was mainly targeted by Chinese retaliation. And it's the Parliament that we use to debate issues on human rights and EU foreign policy. So, Mr Logar, it may be the prerogative of the Council to decide on sanctions alone, but this is not how it should be. And this is part of our questions and our resolution as well, because at the moment we have an EU global human rights sanction regime where the European Parliament doesn't have a say in it.

So I think it's good that, as a start, we agreed across all political parties that it's time to establish a dedicated working group looking at the implementation of sanction regimes and making proposals for possible persons or organisations to be sanctioned.

And I also call on the Council and Commission to reach out more strongly to civil society organisations, to journalists, to human rights defenders. They are our allies in the fight against human rights violations and I think they should also have a formal mechanism in which they can include their proposals, their ideas, their discussions into this mechanism, and not just random consultation whenever it pleases the Council and the Commission.

That's the second call. I think that is very important in our resolution.

So after seven months of this mechanism, I think it's good that we say congratulations, we have it and it has an impact. But I think now it's time to join forces to make the best use of it. We here in the Parliament are ready. Civil society is ready and I have high trust in the Commission and the Council that they are equally willing to join forces with us to make the best use of this instrument.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID.* – Madame la Présidente, chers collègues, au prétexte d'incarner seule la dignité des droits de l'homme, l'Union européenne cherche une nouvelle fois à s'accaparer des compétences qui ne sont pas les siennes, usant d'une rhétorique moraliste pour dépouiller les nations de leurs prérogatives. L'instauration d'un régime de sanctions globales, basé sur une interprétation exclusivement dogmatique des droits de l'homme, est inutile, utopique et illégitime.

Inutile, le principe même des sanctions l'est largement dans ses effets, comme on le constate notamment avec la Russie qui se moque bien de nos sanctions – cf. leur loi récente sur l'appellation champagne qui pénalise durement les viticulteurs français. Par ailleurs, certaines sanctions, notamment les embargos, conduisent trop souvent à punir très directement des populations entières, au prétendu principe de défense des droits de l'homme.

Utopique, car baser exclusivement une diplomatie sur les droits de l'homme, c'est manquer de pragmatisme, c'est nuire à ses propres intérêts. Allons-nous rompre toute relation avec l'Arabie saoudite? La diplomatie n'est pas une religion permettant l'excommunication de ceux dont on ne partage pas la vision du monde, mais la capacité à parler avec tout le monde pour surmonter nos divergences. Ce texte fait preuve d'une naïveté puérile dans un monde où les puissances d'antan se réveillent et veulent reprendre toute leur place.

Illégitime enfin, car l'Union européenne cherche une nouvelle fois, en attaquant l'unanimité au Conseil, à prendre aux nations ce qui est de leur seule discrétion, l'essence de leur souveraineté, à savoir la politique étrangère. Nous n'avons pas de mandat des peuples pour conduire leur destinée. Nous n'avons pas d'autorité directe pour dicter aux nations leurs alliances ou leurs inimitiés à l'international. Nous n'avons pas le pouvoir de soumettre les relations internationales des États membres à vos considérations droits-de-l'hommes dont la définition imprécise et utopique bloque toute action efficace. Vous n'avez pas à décider de la place de la France et des autres États nations dans le monde.

Ce texte est celui de la soumission à des intérêts privés, notamment ceux de l'Open Society de M. Soros et de sa galaxie d'ONG. Ces intérêts privés usent du prétexte des droits de l'homme pour accumuler des profits financiers exorbitants. Laissons aux nations, seul cadre légitime, le soin d'organiser librement leurs relations diplomatiques en fonction de leurs intérêts nationaux et non selon une vision moraliste et irréaliste.

Bert-Jan Ruissen, *namens de ECR-Fractie.* – Voorzitter, mijnheer de minister, dat we moeten samenwerken om mensenrechtenschendingen wereldwijd aan de kaak te stellen, staat als een paal boven water. Of het nu gaat om geloofsvervolging, om moderne slavernij of uitholling van de democratie, wij kunnen en mogen niet weggijken! De Magnitski-wet is wat dat betreft een belangrijke aanvulling in onze gereedschapskist.

De opheffing van de unanimiteitsregel, die velen in dit huis bepleiten, is daarbij echter niet de juiste weg. Het EU-Verdrag geeft daarvoor eenvoudigweg niet de ruimte. Zij is bovendien ook helemaal niet nodig. Ook met consensus lukt het namelijk – de praktijk leert het – om sancties in te stellen tegen bedrijven en personen in landen als Rusland, Belarus en China. Opheffing van de unanimiteitsregel is bovenal zeer ongewenst. Dan gaan de grote lidstaten de dienst uitmaken en staan kleine lidstaten buitenspel. Daarvoor is buitenlands beleid toch net iets te belangrijk!

Consensus zorgt voor draagvlak. En juist dát is cruciaal om dit een krachtig instrument te laten zijn.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, la lucha contra las violaciones de derechos humanos debe ser una prioridad de la política europea, dentro y fuera de Europa; no un elemento secundario, sino un pilar esencial de nuestra política como proyecto compartido. Cada día estamos viendo el aumento de represiones con personas asesinadas, torturadas, maltratadas, la persecución de defensores de los derechos humanos, de los derechos de las mujeres, del colectivo LGTBIQ, del medio ambiente, de las personas migrantes, pero también de las personas a quienes se priva de un nivel de vida adecuado, de bienestar, de salud, de vivienda. No olvidemos que es un derecho humano también.

Saludamos esta iniciativa sobre herramientas para frenar la vulneración de derechos, pero necesitamos que tal herramienta garantice su fin. Para eso necesitamos de más transparencia, necesitamos coherencia con otros mecanismos y necesitamos que cuente, como protagonistas, con las personas que más la sufren y con la sociedad civil, para poder denunciarla. No debe ser una herramienta más utilizada en favor de otros intereses, como vivimos aquí a diario.

Hoy existen ya mecanismos como la suspensión de acuerdos de comercio, de libre comercio y de asociación, el impulso de instrumentos vinculantes de empresas y derechos humanos en el marco de las Naciones Unidas o el fin de acuerdos de vergüenza con Turquía y Marruecos o de actuaciones —como estamos viendo— de la Guardia Costera de Libia, pagada con fondos europeos.

Así que aplaudimos y damos la bienvenida a iniciativas de este tipo, pero lo que hoy necesitamos aquí es la firme voluntad política para llevarlas a cabo.

Ivan Vilibor Sinčić (NI)... – oštovana predsjedavajuća, kad govorimo o vladavini prava, kolegice i kolege, toga kod nas u Hrvatskoj nema. Ono što mi imamo to je vladavina korupcije, a sve se to događa pod budnim okom Europske unije. Hrvatsko pravosuđe postavila je Hrvatska demokratska zajednica i kako ga je onda postavila tako i dan danas stoji. A kakve to plodove, to stablo krivosuđa i krađosuđa, daje vidi se po ljestvicama međunarodne korupcije gdje je Hrvatska među najgorima. Prije nekoliko godina sigurnosno obavještajna agencija dala je izvješće u kojem stoji kako postoje suci u Hrvatskoj koji su prijetnja nacionalnoj sigurnosti Hrvatske. I što je premijer Plenković učinio po tom pitanju? Apsolutno ništa. Pa kako će protiv svojih. Pred nekoliko pak mjeseci zbog korupcije je uhićeno troje sudaca. Zvonko Vekić, Darko Krušlin i Anto Kvesić primali su mito od bjegunca hrvatskog pravosuđa koji ih na kraju prokazao, a to je samo ono što se zna od korumpiranih sudaca. Koliko su oni primili mita i brojni drugi koliko su primili mita i zbog kojih brojni kriminalci i dandanas šecu. Europska komisija mnogo priča, ali malo radi na vladavini prava i borbi protiv korupcije, a stranke koje ovdje u Europskom parlamentu prijateljuju s HDZ-om podržavaju tu korupciju. Sve je zapravo šminka i laž.

Isabel Wiseler-Lima (PPE)... – adame la Présidente, l'une des particularités du régime mondial de sanctions en matière de droits de l'homme, notre loi Magnitski, est le fait que ce régime cible directement les personnes et entités responsables d'atteintes aux droits de l'homme. Contrairement à d'autres sanctions, par exemple économiques, les sanctions individuelles contre les responsables n'ont pas d'impact sur la population et peuvent donc être appliquées sans hésitation.

Maintenant, si l'Union européenne veut vraiment être efficace, elle doit, premièrement, élargir le champ d'application du régime de sanctions en y ajoutant la corruption; deuxièmement, passer au vote à la majorité qualifiée pour l'application du régime; et troisièmement, l'Union européenne doit agir de concert avec les autres démocraties de ce globe quand elle applique ses sanctions.

En effet, en ce qui concerne la corruption, il s'agit d'un fléau qui met à mal l'état de droit et la démocratie, qui permet les atteintes aux droits de l'homme et que celles-ci soient faites dans l'impunité. Il faut combattre la corruption qui met les puissants au-dessus des lois.

Quant au vote à la majorité qualifiée, il doit devenir une évidence pour l'application du régime mondial de sanctions européen. Il est inconcevable qu'un ou deux pays puissent empêcher l'Union européenne de prendre des décisions en cette matière.

Enfin, c'est en agissant de concert avec les autres démocraties que nous serons pleinement efficaces. Ces puissants, coupables d'atteintes aux droits de l'homme, aiment souvent jouir de propriétés et de comptes en banque dans cet espace de liberté que constituent les démocraties dites occidentales. Or, si de concert nous leur fermons nos frontières et gelons leurs avoirs, nos mécanismes globaux de sanctions seront, j'en suis convaincue, des outils non seulement pour combattre l'impunité, mais qui auront également un effet réellement dissuasif.

Nacho Sánchez Amor (S&D)... – señora presidenta, coincido con las apreciaciones de satisfacción que han hecho los demás diputados. Coincido con algunas de las reivindicaciones de este Parlamento expresadas por David McAllister, por Maria Arena y por otros diputados. Y reconozco la limitación que tiene el alto representante para actuar en este marco, en el que sigue necesitándose esa unanimidad que a veces se convierte en simple veto.

Yo querría hablar de la coherencia del mecanismo. Coherencia con otros mecanismos de sanción, de tal manera que no solo se elija para asuntos de derechos humanos este, evitando otro tipo de sanciones. Coherencia con las políticas nacionales, y esto es muy importante: no puede ser que la cara de las sanciones sea la cara del señor Borrell y por debajo de la mesa los Estados estén haciendo una política contemporizadora con algún Gobierno al que la Unión Europea haya sancionado. Y coherencia en los objetivos: situaciones de derechos humanos similares deben tener un tratamiento sancionatorio similar, salvo que queramos hacer un sistema de sanciones en materia de derechos humanos excepto cuando nuestros intereses comerciales nos obliguen a otra cosa.

Por tanto, coherencia para que el mecanismo, incluso con estas limitaciones actuales, funcione en el sentido que quiere este Parlamento.

Katalin Cseh (Renew)... – adam President, the EU Magnitsky Act was a major step, but it's a job half-done – until corruption is included as a punishable offence.

All major democracies sanction corruption – the US, Canada, recently the UK – and only the EU is missing. This is not just a minor policy detail. We risk becoming a safe haven for dirty money. The corrupt autocrats who are fretting over the recent sanctions in the City of London basically see a billboard here saying, 'Bring your money here, it's safe here, it's the only place in the West where you won't be sanctioned'. This is absurd. The reason behind this is, again, the unanimity rule – because our own kleptocrats, like Mr Orbán, still have a veto over our foreign affairs.

Remember what Alexei Navalny told us last November: until Putin's oligarchs park their yachts in European ports, no one in the Kremlin will take EU sanctions seriously. This is about our credibility – and our credibility is the key to our safety because authoritarians read the news as well. They know when we are divided, and they will weaponise it. So it's time to take this weapon away.

Heidi Hautala (Verts/ALE)... – adam President, on EU banks and borders, we need to put an end to kleptocrats and their accomplices which assist them in the stealing of public money and looting assets. The EU needs to be able to target enablers of corruption, whether they are individuals or entities outside its borders through sanctions.

While corruption and human rights may be linked, expanding the scope of the existing human rights sanctions regime is not the solution, in my view, for practical and tactical reasons. Thus, I strongly prefer a stand-alone anti-corruption mechanism, as has been done in the UK, and I would encourage you to look into this model.

Tackling agents of corruption requires distinct tools and involves specific structures. It will also have to send a strong signal on our determination to combat corruption.

Lastly, we cannot use the US model. We have strict legal safeguards in the listing process and can only use open sources, unlike the US.

Maximilian Krah (ID)... – rau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich erinnere mich an eine Vorlesung im Völkerrecht in den späten 1990ern, wo der Professor erklärte: „Machen Sie sich eins klar: Die Menschenrechte sind das letzte Mittel, das der Westen hat, um seine globale Dominanz durchzusetzen.“

Wenn wir diesen Akt sehen, dann bestätigt sich das. Wir entscheiden nicht nur über die Menschenrechte, die angewendet werden, sondern auch über ihre Interpretation. Wir sanktionieren jeden, der unserer europäischen Vorstellung nicht entspricht. Was ist das anderes als Neokolonialismus?

Das 21. Jahrhundert ist aber das Jahrhundert der Multipolarität, und deshalb ist das, was von uns ausgehen muss, Diplomatie. Wir müssen denjenigen, die anderswo in der Welt andere Traditionen und Verständnisse haben, doch erst einmal die Hand reichen und helfen, uns gegenseitig zu verstehen. Warum also eine solche europäische Arroganz, wo Diplomatie, Austausch und Wandel durch Annäherung notwendig wären?

Aus diesem Grunde werden wir dagegen stimmen. Es beginnt bei dem Namen Magnitsky, wo eben auch unklar ist, was geschehen ist, und es setzt sich dahin gehend fort, dass wir meinen, mit unseren Vorstellungen die ganze Welt regieren zu müssen. Meine Damen und Herren, wir sind im 21. und nicht mehr im 19. Jahrhundert, und ich finde das auch gut so.

Kosma Złotowski (ECR)... – Szanowna Pani Przewodnicząca! Panie Ministrze! Drodzy Państwo! Tylko występując wspólnie i podejmując decyzje razem jako Unia Europejska, możemy działać z odpowiednią siłą. Dlatego tak ważne jest utrzymanie zasady jednomyślności, która gwarantuje spójność podejmowanych decyzji przez Radę. Ta zasada to gwarancja sukcesu wspólnej polityki zagranicznej, a nie przeszkoda, którą trzeba usunąć. Unijna ustawa Magnickiego jest potrzebna, bo tylko dotkliwe sankcje wymierzone w najbogatszych i najbardziej wpływowych przedstawicieli reżimów Putina czy Łukaszenki odniosą skutek. Globalny system sankcji powinien dotyczyć najpoważniejszych naruszeń lub nadużyć praw człowieka, które mają charakter oczywisty, powszechny i systematyczny. Nadużywanie tego instrumentu osłabiałoby jego znaczenie. Warto także rozważyć w przyszłości rozszerzenie zakresu unijnego reżimu sankcyjnego o rażące przykłady korupcji. Widzimy, jak chętnie byli politycy, którzy odgrywali ważne role w europejskiej chadecji czy socjaldemokracji, przyjmują posady w rosyjskich spółkach energetycznych. Może przy okazji też i z tym uda się zrobić porządek.

Milan Uhrík (NI)... – ážená pani predsedajúca, tento nový sankčný režim má po vzore Spojených štátov amerických umožniť Európskej únii ukladať sankcie na vytipovaných predstaviteľov cudzích štátov.

Vážení kolegovia, ja sa v tejto súvislosti pýtam, nebude to slúžiť len na vystupňovanie tlaku na Ruskú federáciu? Nie je to len nástroj na pranierovanie Moskvy v súlade s americkými geopolitickými záujmami? A bude mať Európska únia odvahu aplikovať rovnaký meter na všetkých, ktorí porušujú ľudské práva, či už sa jedná o Saudskú Arábiu alebo napríklad o konflikt v Palestíne. Nemyslím si, že je správne pokúšať sa násilu vyvážať demokraciu západného typu, a to aj prostredníctvom rozpútavania vojenských konfliktov či rozpútavania špirály sankcií. Sústreďme sa, prosím vás, radšej na konštruktívnu a vyváženú zahraničnú politiku s pochopením a rešpektovaním špecifik jednotlivých štátov.

Radosław Sikorski (PPE)... – ani Przewodnicząca! Jako jeden z inicjatorów ustawy Magnickiego jestem oczywiście za rezolucją. Jestem także za tym, aby objąć sankcjami poważne przypadki korupcji, abyśmy głosowali w Radzie większością, tak aby żaden kraj nie mógł blokować tych sankcji, i za tym, aby Parlament mógł inicjować sankcje, a także aby mógł je nadzorować.

Natomiast bardzo ciekawe są dzisiejsze głosy z partii postfaszystowskich i partii skrajnej prawicy, tych, które niedawno zawarły sojusz proputinowski przeciwko Unii Europejskiej, że z taką pasją są przeciwne tym sankcjom. Panowie, Władimir Putin jest z was dzisiaj zadowolony, zasłużyliście na extra bonus.

Andreas Schieder (S&D)... – rau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dem Kollegen Krah, der hier vorher gesprochen hat, möchte ich schon eins noch auf seinen Weg mitgeben, nämlich: Die Menschenrechte sind für uns universelle Rechte. Sie gelten für jeden Menschen auf der Welt. Daher ist es auch so wichtig, dass die Europäische Union, gerade die Europäische Union, auch globaler Akteur in Sachen Menschenrechte nicht nur ist, sondern auch in Zukunft noch besser sein kann. Deswegen gibt es dieses Gesetz, und deswegen ist es auch gut, und deswegen tue ich mich auch ein bisschen schwer, ihre hier vorgetragene Toleranz so wirklich ernst zu nehmen. Denn sonst, wenn es um Mitbürger in ihrem eigenen Land geht, haben Sie die ja auch nicht so sehr.

Es geht aber auch darum, dass wir außenpolitisch aktiv werden. Deswegen muss auch die Einstimmigkeit weg, und deswegen muss es auch möglich sein, wirtschaftliche Korruption in diesen Katalog aufzunehmen. Gerade deshalb brauchen wir dieses *EU global human rights sanctions regime as soon as possible*.

Petras Auštrevičius (Renew)... – adam President, in defence and protection of human rights worldwide, we must employ the full range of instruments to prevent and eradicate the causes of human rights violations.

It is time to add corruption to the list of crimes sanctioned by the European Union's Magnitsky Act. It is not right that the sanctions regime called after Sergei Magnitsky cannot be applied to Putin's cronies who are misappropriating public funds and depriving the Russian people of quality state services and a dignified life.

Corruption crimes constitute a significant part of human rights violations. It can be illustrated by the cases of collapsed school buildings or maternal deaths due to embezzled public funds. It is a far-reaching disease, from the Gupta family's crimes in South Africa to high-ranking officials' collaboration with drug cartels in Latin America, which can be contained only by showing that there will be dire consequences. It's not a choice. It's a must.

Ivan David (ID)... – aní předsedající, pokrytectví je jedna z nejodpornějších forem lži. Rozhodování bez jasných pravidel a podle dvojího metru je zavrženíhodná praxe, ale hned první ustanovení návrhu usnesení vysvětluje, že sankce se týkají režimů, proti nimž Evropská unie zavedla omezující opatření. Jinými slovy netýká se těch režimů, proti nimž Evropská unie sankce nezavedla. Evropská unie, jak dobře víme, tedy nezavádí sankční režim proti představitelům všech zemí, v nichž jsou potlačována demokracie a lidská práva, ale jen proti některým. V některých zemích Evropské unii potlačování práv nevadí, v jiných vadí, a je to ukázka bezzásadovosti. Z toho lze snadno odvodit, že o lidská práva vlastně vůbec nejde, nerozhoduje se podle jejich dodržování. Jsou jen záminkou k sankcím. Tvzení, že se rozhoduje podle dodržování lidských práv, je tedy jasně nepravdivé, a protože to všichni vědí, jde o pokrytectví. Uvedu typický příklad výběrové slepoty. Je to Turecko, kde o dodržování lidských práv nebo demokracii nemůže být ani řeč. A naše frakce opakovaně navrhovala sankce proti Turecku, ale ostatní frakce se místo toho shodly, že jsou vážně znepokojeny. Tedy žádné sankce.

Elżbieta Kruk (ECR)... – ani Przewodnicząca! Ustanowienie w grudniu 2020 roku globalnego systemu sankcji Unii Europejskiej za naruszenia praw człowieka, którego inspiracją był tak zwany Global Magnitski Act w USA, trzeba ocenić pozytywnie. Znacznie poszerza on instrumenty sankcyjne Unii i pozwala jej reagować na przypadki poważnych naruszeń praw człowieka. Ma polepszyć efektywność ich realizacji. Jest to czwarty horyzontalny system sankcji w dyspozycji Unii po reżimach dotyczących terroryzmu, wykorzystywania broni chemicznej i ataków cybernetycznych.

Omawiany system ma zastosowanie do czynów takich jak ludobójstwo, zbrodnie przeciwko ludzkości i inne poważne naruszenia lub nadużycia praw człowieka, w tym wolności wyrażania opinii i wypowiedzi oraz wolności religii i przekonań. Powinniśmy rozważyć rozszerzenie reżimu również na korupcję, tak jak to jest w USA. Nie można natomiast pozytywnie odpowiedzieć na apel o wprowadzenie głosowania większością kwalifikowaną przy przyjmowaniu sankcji w ramach tego systemu w miejsce przyjętej przez Radę zasady jednomyślności. Będzie to bowiem kolejny krok na drodze do ograniczania praw członkowskich zagwarantowanych Traktatami. Prawa mają również państwa mniejsze, a nie tylko duże i silne.

Fabio Massimo Castaldo (NI)... – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sono molto soddisfatto per l'adozione e la rapida attuazione del nuovo regime globale di sanzioni, uno strumento che ci permette di essere ancora più incisivi nel perseguire le violazioni dei diritti umani ovunque esse accadano.

Tuttavia è ancora possibile migliorare ulteriormente questo sistema, ad esempio riconoscendo la natura interconnessa di corruzione, conflitti e violazioni dei diritti umani e includendo dunque questa fattispecie come criterio per imporre le sanzioni stesse. Questa mancanza crea un divario significativo tra i programmi sanzionatori degli Stati Uniti, del Regno Unito e del Canada e quello dell'Unione europea aumentando il rischio che i nostri sistemi finanziari possano essere sfruttati da individui sanzionati dai nostri partner, come già è purtroppo successo in passato.

L'Unione europea ha il dovere di essere un esempio mondiale nella difesa dei diritti umani e nello smantellamento dei sistemi che perpetuano cicli di violenza e impunità. Per questo ritengo importante chiederle anche oggi che nella prossima revisione la portata di questo strumento sia estesa per coprire anche i crimini legati alla corruzione. Combattere la corruzione non è soltanto una questione di buon governo, è un atto di autodifesa necessaria dei nostri valori e delle nostre istituzioni e anche della nostra economia.

Francisco José Millán Mon (PPE)... – eñora presidenta, la conocida como «Ley Magnitski europea» es una herramienta fundamental para la adopción ágil de sanciones contra los responsables de violaciones graves de derechos humanos. No obstante, tan importante como la adopción de sanciones es que estas se cumplan y se hagan cumplir una vez que se adoptan.

Por consiguiente, celebro que la excelente Resolución preparada por David McAllister y Maria Arena haga hincapié en la necesidad de que todos los Estados miembros de la Unión cumplan y apliquen las medidas restrictivas de forma rápida y coherente.

El pleno cumplimiento de las sanciones europeas es una cuestión fundamental porque afecta a la credibilidad de la Unión. Quiero recordar los hechos ocurridos en mi país, España. En enero del año 2020, el Gobierno español ignoró la prohibición de entrada y tránsito en territorio europeo que pesa sobre Delcy Rodríguez, vicepresidenta del régimen de Nicolás Maduro. Como se afirma en el auto del Tribunal Supremo español de 26 de noviembre de 2020, el Gobierno español incumplió las sanciones europeas relativas a la situación en Venezuela. Celebro que la Comisión Europea haya anunciado ya que llevará a cabo una revisión de las prácticas que eluden las sanciones, de forma que oscuros incidentes como el ocurrido en el aeropuerto de Barajas ya no puedan quedar impunes.

Como decía, la Ley Magnitski es un instrumento fundamental en la política exterior de la Unión, por lo que es necesario también que esta Cámara desempeñe un papel activo. Creo, por ello, que la Comisión Europea y el Consejo deben rendir cuentas al Parlamento Europeo sobre la adopción de sanciones y también, muy especialmente, sobre su cumplimiento.

Evin Incir (S&D)... – adam President, the EU global human rights mechanism regime was adopted just six months ago, and it is without a doubt one of the most forceful tools in defence of respect for human rights. It is hard on people and companies responsible for human rights violation, but spares innocent citizens that might otherwise have been hit by other kinds of sanctions.

In these six months, the mechanism has already been applied to individuals and companies in several countries. However, the potential of the mechanism is much greater and we should strive to enhance it as well as increase Parliament's involvement in the process. I also want to join the call for the inclusion of crimes of corruption in the sanctions regimes, as corruption, bad governance and human rights violations often go hand-in-hand.

Илхан Кючюк (Renew)... – -жо Председател, заслужава си усилието да бъде направен преглед на приложното поле на европейския акт „Магнитски“, особено в контекста на геополитическото му влияние като важна част от инструментариума на европейската външна политика. Но също толкова си заслужава да бъде казано, че европейският акт „Магнитски“ не бива да се превръща в инструмент за свръхрепресия и нарушаване на човешките права и свободи.

В противовес на обстоятелството, че американският закон „Магнитски“ няма действие на територията на Европейския съюз, някои държави членки използват налагането на санкции от страна на САЩ като претекст за незаконни репресии срещу лица и фирми, което е в грубо противоречие както на вътрешното им законодателство, така и на общностното право. Такъв е случаят с Република България.

Но приключвайки, в контекста на казаното смятам, че предвид съществуващата негативна практика на превратно тълкуване на американския закон „Магнитски“ от държавите членки, не бива да се допуска същото и относно европейския му аналог – т.е. санкциите по него не трябва да се превръщат в търпяно свръхнаказание без вината да е доказана от независим съдебен орган при преценка на всички факти и доказателства.

Eugen Tomac (PPE)... – оамнă преşedintă, stimaţi colegi, în primul rând, trebuie să-i felicităm pe cei doi colegi care au realizat această inițiativă de a supune dezbaterii o rezoluție cu privire la extinderea măsurilor pe care să le cuprindă această lege inspirată din legea MagniŃki.

Cred că drepturile omului trebuie să rămână o piatră de temelie și o prioritate a acțiunii externe a Uniunii Europene. Însă să nu uitam că există state care sunt controlate de oligarhi sau dictatori care stau la masă cu oligarhii și se bucură de libertate, de toate avantajele pe care societățile noastre le oferă.

Tocmai de aceea, cred că corupția trebuie introdusă în regimul de sancțiuni pe care trebuie să îl prevedem, iar legea trebuie aplicată în mod unitar pe întreg teritoriul Uniunii Europene. Nu pot exista duble standarde și nu poate exista dialog cu cei care încălcă valorile noastre.

Tocmai de aceea, cred cu tărie că trebuie să facem presiunea necesară pentru ca această lege să își producă efectele, iar cei care fură din banul public, cei care țin dictatorii în viață trebuie să răspundă personal și trebuie să-i sancționăm prin instrumentele pe care le avem. Doar atunci va fi o Uniune puternică, o Uniune spre care oamenii din întreaga lume se vor uita tot timpul cu speranță.

Pierfrancesco Majorino (S&D)... – ignora Presidente, onorevoli colleghi, l'istituzione di un regime globale di sanzioni dell'Unione europea in materia di diritti umani rappresenta un passo in avanti consistente e uno strumento indispensabile per rendere forti, credibili ed efficaci le battaglie europee in difesa dei diritti umani nel mondo, non limitandolo ad affermazioni di principio, spesso poco considerate.

Per non sprecare una grande opportunità, questo strumento deve essere utilizzato coerentemente, attraverso la definizione di criteri che riducano la discrezionalità e l'arbitrarietà della sua applicazione. Non possiamo essere intransigenti sui diritti umani a giorni alterni.

In questo quadro dobbiamo sapere che è un errore da rivedere quello di consentire l'applicazione dello strumento con un voto all'unanimità in Consiglio anziché, come sarebbe stato razionale, con un voto a maggioranza qualificata. E dobbiamo anche dirci un'altra cosa però, che siamo coerenti sui diritti umani se lo siamo sempre, anche dentro i confini europei.

Le scelte allucinanti contro la comunità LGBT di Polonia e Ungheria sono, ad esempio, la totale negazione dei principi che esaltiamo tutti insieme in questa occasione.

Barry Andrews (Renew)... – adam President, I wish to make an argument for the extension of our sanctions regime to crimes of corruption and fraud. In April the UK extended its sanctions regime to 14 Russian nationals, the same 14 - Russian nationals who were uncovered by Sergei Magnitsky himself. The same 14 Russian nationals were subjected to no sanctions here in the EU. They're not even on the EU consolidated financial sanctions list. And by creating a differentiated sanctions regime between the US, the UK and the EU, we open ourselves to a form of sanctions arbitrage and we open ourselves to the possibility of a compliance burden on multinationals that work across the jurisdictions of the EU, US and the UK.

I would like to also say that as a representative of a smaller Member State, I support the idea of qualified majority voting in this area. I support it because if not in genocide, if not in torture, if not in crimes against humanity, then when? The space for impunity is shrinking, so let us complete the heroic work of Sergei Magnitsky.

Александър Александров Йорданов (PPE)... – -жо Председател, подкрепям аргументите на г-н Макалистър, но е важно как ще се прилага санкционният режим. Един пример: български олигарх, който се укрива от правосъдието в Дубай и срещу когото има повдигнати 18 обвинения, активно подкрепи миналата година граждански протести срещу правителството и главния прокурор.

Медиите цяла година му правеха реклама. След това стана известно, че той и свързани с него фирми са включени в списъка със санкции по закона „Магнитски“, а парадоксът е, че този олигарх регистрира политическа партия и в момента е кандидат за депутат.

Ето защо е важно да има борба с корупцията, да бъдат защитени гражданите, които водят тази борба, но и да има механизъм, който да разкрива свързаността на някои граждански организации, а и на политици, медии и партии, с лица, включени в акта „Магнитски“, защото медалът винаги има две страни.

Robert Biedroń (S&D)... – ani Przewodnicząca! Panie Ministrze! Wyjedźcie Pan dzisiaj z Brukseli do Lublany z jasnym sygnałem większości tego Parlamentu – zasada jednomyślności jest nieskuteczna. Zasada, która miała dawać prawa, jak to powiedziano – mniejszym, sprawia, że stawia nas w niebezpieczeństwie. Sprawia, że niestety jeden kraj jest w stanie zablokować decyzje, które służą bezpieczeństwu większości krajów Unii Europejskiej.

Stoję tu przed Panem jako przedstawiciel narodu doświadczonego już przez taką zasadę jednomyślności. Tak zwane liberum veto obowiązywało w Polsce w XVII wieku. Wtedy tworzyliśmy z Litwą wspólnotę, i także w sprawach bezpieczeństwa wtedy można było blokować decyzje. Potrzebna była jednomyślność. Do czego to doprowadziło? Do chaosu, anarchii, a ostatecznie pomimo obowiązywania przez tylko półtora roku doprowadziło do rozbioru naszego kraju, dominacji innych mocarstw i całkowitego upadku naszej państwowości. Niech to będzie lekcja i przykład, który będzie Pan mógł używać w Radzie na przyszłość, żeby znieść tę zasadę jednomyślności, kompletnie niepotrzebną.

Vladimír Bilčík (PPE)... – adam President, it is high time that the European Union reinforced its foreign policy toolbox by stating very clearly that those responsible for human rights violations – but also economic and financial enablers of these abuses – have no place in doing business, travelling or using the European Union in any way that benefits them. No bank accounts, no buying of apartments in our cities.

Our allies in the US, the UK and Canada have already done so. It is high time we did so as well. Further to these human rights violations, it is important that corruption, whether by officials, state entities, private individuals or organisations, is equally targeted by this European instrument. We cannot forget those who uncover these violations, and the EU needs to send a clear signal to human rights violators. We stand by those who shed light on these violations, and I reiterate the call for a protection mechanism to put in place for whistle-blowers and for investigative journalists covering these issues.

Finally, let me underline my expectation that countries aspiring to join the EU should adhere to the EU Magnitsky Act. This global human rights sanctions regime is an important step towards reinforcing the European way of life in wider Europe too.

Mónica Silvana González (S&D)... – eñora presidenta, desde la Comisión de Desarrollo trabajamos en un informe sobre la corrupción y los derechos humanos en la cooperación internacional. Por ello quería aportar algunas líneas al debate.

El objetivo debe ser poner en la diana a los individuos, a las empresas, sin castigar al mismo tiempo a los países y a su población. Para cambiar las cosas, señores del Consejo, debemos fijar el objetivo en el dinero que tienen en el extranjero los abusadores. Por lo tanto, hablar el lenguaje del poder a través de las sanciones.

Con la normativa aprobada, la llamada Ley Magnitski o Navalny, se podrían congelar activos y denegar visados a personas, entidades, sin castigar a los países. El alto representante lo prometió en esta Cámara y lo cumplió en diciembre del año pasado.

Pero, para aplicarla, necesitamos que sea incluida como un instrumento en la política exterior; e incluir la corrupción. Curiosamente, este delito no forma parte del régimen de sanciones europeo, pero las similitudes con la legislación estadounidense permitirían una coordinación mucho más eficaz con la Presidencia de Biden en Washington. Necesitamos reforzar con fase de control el rol del Parlamento Europeo y la complementariedad con otras sanciones, como son las geográficas. Cabe reiterar, señores del Consejo, que reclamamos la mayoría cualificada para facilitar la decisión de las sanciones.

Esta y la de la diligencia debida para las empresas son herramientas eficaces para trabajar juntos con vistas a garantizar los derechos humanos, como actores globales que somos.

Janina Ochojska (PPE)... – zanowni Państwo! Od momentu ustanowienia globalnego systemu sankcji za naruszenie praw człowieka Parlament Europejski i organizacje pozarządowe apelują o uwzględnienie nadużyć i aktów korupcji w globalnym systemie sankcji. Korupcja ma niszczący wpływ na prawa człowieka, na prawidłowe funkcjonowanie państw, społeczeństw, na sprawiedliwość i praworządność.

Zwracam się z prośbą o rozszerzenie zakresu systemu o akty korupcji. Zdecydowanie popieram propozycję głosowania większością kwalifikowaną. Nie możemy dopuścić do sytuacji, w której nałożenie sankcji będzie blokowane przez jeden z krajów w związku z jego sympatiami politycznymi czy interesami gospodarczymi. Systemy weryfikacji i kontroli nie powinny pozwalać na przeoczenie jakichkolwiek naruszeń, a monitoring powinien być stałym elementem pozwalającym na jak najlepsze nadzorowanie podmiotów objętych sankcjami. Uważam, że Parlament Europejski nie odgrywa odpowiedniej roli w tym systemie, dlatego wzmocnienie jego roli i zapewnienie nadzoru zwiększy gwarancję funkcjonowania tego systemu.

Andrius Kubilius (PPE)... – adam President, really it is an opportunity to praise the EU Institutions, the Commission and Council and the EEAS on a successful initiative to introduce the Magnitsky Act in the European Union.

I will try to make some very practical remarks about our steps forward. First of all, the preventive effect of Magnitsky sanctions should be strengthened: the same type of crimes should lead to the automatic initiation of the same type of sanctions against all the similar perpetrators. Second, the preparation of sanction lists should be made in a more centralised way by the EU Institutions and should depend less on national states. Third, decisions on sanctions should not demand unanimity but should be adopted by qualified majority.

Corruption should be also included as a reason for EU sanctions, as is done by Great Britain, US and Canada. Global democracies should synchronise their efforts to defend human rights and rights for democracy, especially in countries where people are still struggling with brutal autocracies – and especially in countries which have European roots but suffered a long denial of human rights during the Soviet period and are now suffering new authoritarian regimes.

Miriam Lexmann (PPE)... – adam President, the EU's Magnitsky Act represents an important foreign policy instrument that allows us to defend the values and principles on which our Union was founded and to punish those who are responsible for human rights abuses.

However, I believe that it is absolutely essential that the sanctions regime also target economic and financial enablers of these human rights abuses. This is why the Member States must urgently expand the scope of the EU Magnitsky Act by drawing on the US Global Magnitsky Act and include acts of corruption within the instrument.

All too often oligarchs or representatives of oppressive regimes launder money through our European cities, use the money stolen from their own people to repress them, as well as to corrupt and interfere in our democratic processes. Using the Magnitsky Act to go after the money will not only help people who wish to live in free societies, but it will also make our own free societies more resilient.

Anže Logar, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, well, I will not leave Brussels today for Ljubljana, I will stay with you for a couple of days so I will be able to discuss further.

About those that should fall under this type of sanction regime: there are unfortunately many across the world who could be listed under this regime. The first listings were not meant to be exhaustive and the regime will continue to be used in the coming years.

There was an intervention regarding incompleteness of the regime that the EU installed in the process. Well, this sanction regime was designed to address serious human rights violations and abuses, and that is exactly what it is focusing on. It covers genocide, crimes against humanity, torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, and slavery, among others.

At the same time, and at the time of the establishment of the regime, Member States opted not to include corruption as one of the listing criteria. However, the framework of the regime also allows the economic enablers of human rights violations or persons or entities benefiting from such violations to be listed. With this sanctions regime, we make it clear that there are serious consequences to those violations and abuses. And the EU does not turn a blind eye. And it is for the Council to decide by unanimity if any additional criterion should be added or not.

There were also as well many interventions regarding unanimity. As you know, the modalities and scope of the new sanctions regime have to be agreed between Member States by unanimity, including the provision on voting for the adoption of new listings.

When the High Representative submitted to the Council the draft legal act for the establishment of the new sanctions regime, he systematically proposed to use qualified majority voting for the adoption of new listing. The EU global human rights sanctions regime was no exception. However, the Member States decided that unanimity was required for any listings.

Under most of the EU sanctions regime, new listings are adopted by unanimity and not qualified majority voting. This standard practice is that Member States reach consensus even in the few cases where qualified majority voting is possible. However, the High Representative continues to believe that the greater use of qualified majority voting in the area of foreign and security policy could bring considerable benefit, to make decisions faster and more efficient. And the High Representative will continue to discuss this issue with Member States.

As you know, the High Representative made two proposals regarding the regime and both proposals were adopted in the Council. That proves it works and that we succeeded to translate political commitment into actions.

There was a question on how to cooperate with other third states, so like-minded countries such as the US, UK, Canada have an ongoing interest to work together to combine with the EU to maximise the impact of respective human rights sanction regimes. This is an interest that we share and we maintain an open dialogue with them.

And with other sanction regimes: 14 countries are systematically invited to align with our sanction decisions. This includes EU candidate countries and countries from the European Free Trade Association and the European Economic Area. It is the regime that has been in force for the last six months, while the Magnitsky Act has been in power since 2012.

About the scope: the regime covers serious human rights violations and abuses. More concretely, acts covered by the EU global human rights sanction regime are genocide, crimes against humanity, torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, slavery, extrajudicial summary or arbitrary execution and killings, enforced disappearance of persons, arbitrary arrests or detentions.

It also covers other acts including, but not limited to, the following, insofar as these violations or abuses are widespread, systematic or are otherwise of serious concern as regards the objectives of the common foreign and security policy set out in Article 21 of the Treaty on European Union, mainly trafficking in human beings as well as abuses of human rights by migrant smugglers, and referred to in Article 1 of the Council Decision. And sexual and gender-based violence, then violation or abuses of freedom of peaceful assembly and of association, and violation or abuses of freedom of opinion and expression, violations or abuses of freedom of religion or belief.

And how do we see the role of the European Parliament? As I said already in the introductory remarks, we would like to acknowledge the important role that the European Parliament has played in the establishment of the EU global human rights regime. Your longstanding support across political groups significantly contributed to create the necessary momentum. And we are committed to continuing our exchange with the European Parliament on this regime.

In line with the existing treaty provisions, the Council decides on the modalities and scope of any sanctions regime and on any listing proposal put forward by the Member State or / and the High Representative. Of course, the High Representative will surely consider the work of the European Parliament in this field and especially its proposals.

The EU global human rights sanctions regime was a missing link in our EU human rights toolbox. We now have a powerful tool at our disposal which we can use to complement our action at bilateral and multilateral level. We continue monitoring closely serious human rights violations and abuses around the world, and we will not shy away from taking further decisive action in the near future.

President. – Thank you very much, Minister.

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 7 July 2021.

Written statements (Rule 171)

Marc Botenga (The Left), par écrit. – Vous voulez un mécanisme européen de sanctions, un mécanisme «mondial» de sanctions. Comme les États-Unis, vous voulez sanctionner le monde entier. Enfin, pas le monde entier, juste les pays qui ne vous obéissent pas. Les pays qui ne suivent pas la politique de l'impérialisme européen. Ceux qui ne s'ouvrent pas aux multinationales européennes.

Car ne faisons pas semblant que les droits humains vous importent. Jamais vous n'avez sanctionné Israël ou même menacé Israël de sanctions, malgré les violations du droit international dont le pays se rend coupable. Vous ne voulez pas nommer ce mécanisme Magnitsky Act, comme son homologue américain, parce que vous savez que cet instrument américain est malfamé. Malfamé parce que les sanctions américaines ont tué du Moyen-Orient à l'Amérique latine.

Les premières victimes de vos sanctions sont et seront toujours les travailleurs, les femmes, les familles. Vos mécanismes unilatéraux sapent le droit international en contournant le multilatéralisme au sein des et via les institutions de l'ONU. Ça suffit. La paix et les droits humains indivisibles passent par la diplomatie, le respect du droit international et par une solidarité internationale impliquant travailleurs, syndicats, et mouvements sociaux. Pas par des sanctions imposées par des gouvernements défendant les intérêts de leurs multinationales.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Kogu maailmas rakendatava inimõiguste rikkujate vastase ELi sanktsioonirežiimi vastuvõtmine on oluline täiendus ELi inimõiguste ja välispoliitika vahenditele ning tugevdab liidu rolli ülemaailmse inimõiguste kaitsjana, võimaldades tal võtta piiravaid meetmeid juriidiliste ja füüsiliste isikute suhtes, kes on osalised rasketes inimõiguste rikkumistes kogu maailmas. Muu hulgas hõlmab konkreetsete raskete inimõigusrikkumiste loetelu ka seksuaalse ja soolise vägivallaga seotud rikkumisi. On oluline, et liikmesriigid sanktsioone ühetaoliselt tõlgendaksid ja kohaldaksid ning järgiksid selles osas kõiki nõukogu sellekohaseid otsuseid.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. –EU:n perussopimusten mukaan unionin tavoitteena on lujittaa ja tukea demokratiaa, oikeusvaltiota, ihmisoikeuksia ja kansainvälisen oikeuden periaatteita. Tämä on kuitenkin sanahelinää ilman oikeita työkaluja, joilla näitä tavoitteita voidaan edistää. Asettamalla pakotteita ihmisoikeuksia polkevien hallintojen jäsenille EU pystyy edistämään arvojaan ja näyttämään, että EU ei suvaitse ihmisoikeuksien, oikeusvaltion ja demokratian polkemista. Työ ei kuitenkaan vielä ole valmis. Pakotejärjestelmä kantaa Sergei Magnitskyn nimeä, joka kuoli epäselvissä olosuhteissa vankilassa tutkittuaan Venäjän hallinnon korruptiota. Tällä hetkellä korruptio ei kuitenkaan ole peruste pakotteiden asettamiselle. Korruptio on merkittävä uhka oikeusvaltiolle, ja olisikin tärkeää, että tulevaisuudessa myös korruptioon syyllistyneitä henkilöitä voitaisiin asettaa pakotelistalle. Myös parlamentin roolia pakotteiden valmistelussa olisi syytä vahvistaa. Lisäksi olisi pakotteiden tehokkuuden kannalta tärkeää varmistaa, että pakotteiden rikkomisesta seuraavat sanktiot toimivat. Komission onkin syytä valvoa aktiivisesti, ettei pakotteita kierretä erilaisten porsaanreikien kautta ja että pakotteilla saavutetaan niille asetetut tavoitteet. Kun pakotteet ovat tehokkaita ja oikeasuhtaisia, jo pelkkä pelotevaikutte itsessään voi ehkäistä ihmisoikeusloukkauksia.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente***14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll****15. Die Lage in Tigray (Äthiopien) (Aussprache)**

Presidente. – Segue-se o debate sobre as declarações do Conselho e da Comissão sobre a situação em Tigré, Etiópia (2021/2778(RSP)).

Anže Logar, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, for the past eight months, we have been following with concern the situation in Ethiopia. The messages sent by the European Union have been clear from the start. We have clearly condemned the situation and we have made additional efforts together with international partners, namely the United States, to put a halt to the violence in Tigray. The recent offensive of the Tigray Defence Forces and the fall of several towns, including Mekelle, has changed the landscape in the Tigray region with the Ethiopian National Defence Forces moving out of the region.

As far as we know, fighting still continues, albeit at a smaller level. In continuing their offensive, the Tigray Defence Forces are meeting only low resistance. Eritrean forces still seem to be present in the north and the Amhara militia is controlling Western Tigray. We welcome the unilateral humanitarian ceasefire declared by the government as a step in the right direction, but it needs to be consolidated and accompanied by efforts from all parties to protect civilians and get humanitarian assistance in. The parties to the conflict have responsibilities also in these circumstances.

We are assessing the situation on the ground. The four priorities that the EU has identified from the start of the crisis remain: first, to secure humanitarian access; second, to call all parties to protect civilians and to avoid further human rights violations; third, to ensure the withdrawal of Eritrean troops from Tigray; and, fourth, to establish a political dialogue for a sustainable solution.

Humanitarian access and the provision of humanitarian assistance remain the first priority: 91% of the population is in urgent need of assistance and 900 000 people face famine. There are worrying reports indicating a possible blockage of humanitarian deliveries. In order to protect civilians, we urgently need a full cessation of hostilities accepted by all parties. Ethiopian troops have left most of Tigray, but all parties must ensure the protection of civilians and assist the population. Human rights abuses need to cease and also need to be investigated.

We welcome the ongoing joint investigation by the Office of the High Commissioner on Human Rights and the Ethiopian Human Rights Commission. Yesterday, the EU tabled a resolution in the Human Rights Council to be sure that the High Commissioner will be able to brief the Human Rights Council accordingly.

Eritrean leaders and Eritrean defence forces were asked to leave Tigray. Our leaders repeated that appeal in the European Council on 25 June. Asmara tells us that the Eritrean defence forces are now at the Eritrean-Ethiopian border and do not engage in fighting unless provoked by the Tigray People's Liberation Front (TPLF). What we see is that fighting has reduced in intensity, possibly an indication that the Eritrean Defence Forces (EDF) have indeed withdrawn from most of Tigray.

Finally, we need a political solution through an inclusive dialogue organised by the Ethiopian Government in the whole of the country. The EU is ready to contribute to such a dialogue to preserve Ethiopia's integrity and unity. The country has just held federal and regional elections, which were overall peaceful and well organised. Organising an inclusive national dialogue should be the next step.

The Foreign Affairs Council has discussed the situation regularly, notably in March, adopting conclusions, and in June. Next week, on 12 July, we will come back to the matter. As I said, at its recent meetings the European Council also addressed the issue. It condemned the ongoing atrocity, ethnic-based and sexual violence and other human rights violations in Tigray, and welcomed the ongoing investigations to bring accountability and justice. It called for an immediate cessation of hostilities and impeded humanitarian access to all areas and, as I recalled before, the immediate withdrawal of Eritrean forces. Finally, it also reiterated the commitment of the EU and Member States to support Ethiopia in the implementation of democratic reform and reconciliation efforts.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Mr President, eight months into the conflict the European Union remains extremely concerned at the situation in Tigray. Today, over five million children, women and men are in need of emergency assistance, with roughly two million people internally displaced. Famine is now a reality in Tigray. We are estimating that up to 900 000 civilians are facing famine conditions throughout Tigray. Another one million are one step below famine.

This famine is entirely man-made and is a disgrace to those who are responsible for it. To avoid the loss of thousands of lives, urgent humanitarian assistance must be delivered now. However, after the declaration of the recent unilateral ceasefire by the Ethiopian authorities, Tigray once again has been cut from the external world. Its regional borders have been closed. Essential infrastructure for supply delivery has been damaged. There is an embargo on flights to Tigray. Internet and telecommunications have been cut. Telecommunication outlets that were essential to humanitarian operators have been confiscated. Humanitarians are prevented from entering Tigray and from delivering much-needed assistance.

The voices of millions are being silenced. It is not a ceasefire: it is a siege, and starvation is used as a weapon of war.

Unspeakable atrocities continue also to be reported, with credible allegations of serious violations of international humanitarian law, human rights law and international refugee law. These include armed forces subjecting women and girls to sexual violence and rape, extrajudicial killings of civilians, starvation used as a method of war, deportation of Eritrean refugees back to Eritrea, looting and the deliberate destruction of livelihoods like crops and livestock. Deliberate denial of humanitarian actions by armed forces, forced relocation and destruction and looting of health facilities. What has been happening may amount to war crimes and crimes against humanity.

Since the beginning of the crisis, with High Representative Borrell we have issued a number of statements on the situation in Ethiopia. I was myself in Addis in December and then again in April, and we are in contact with all our partners on the ground. We continue to call for additional efforts by all parties to cease hostilities, protect civilians and provide unfettered humanitarian access to avert a major humanitarian catastrophe. And Eritrean troops must withdraw from all of Tigray.

To avoid a humanitarian catastrophe, to preserve core EU values, we must act directly and indirectly, quickly and robustly. I will participate with High Representative Borrell and Commissioner Urpilainen in the next Foreign Affairs Council to this end. I will appeal for a consensus amongst our Member States in line with our consistent efforts to reach a concerted approach over the last months.

Our priorities are very clear. First, we need to engage with the parties to the conflict and agree on the mechanism to facilitate and secure aid operations in areas controlled by the Tigrayan forces. Ethiopian authorities notably shall be reminded that impartial humanitarian activities do not constitute in any way support to the enemy or to terrorism. Tigray's borders must be opened to humanitarian relief operations. Relief actors need to be able to carry out their work independently, freely and in safety at all times.

Second, the protection of civilians caught in the Tigray conflict is at the heart of our preoccupations. We must not tolerate these serious violations of human rights, international refugee and humanitarian law. I am strongly convinced that this is an existential question for our common foreign policy. The EU continues to support civilians affected by the conflict in Ethiopia and beyond through our humanitarian response efforts. Together with our Member States, we have mobilised almost EUR 118 million in assistance to Ethiopian refugees living in neighbouring Sudan. My colleague, Commissioner Urpilainen, has also acted swiftly by deciding to postpone budget support disbursements last December, and she is exploring further options on the way ahead. It is clear that the conditions that we have spelled out in a clear way need to be fulfilled before we can resume our financing and programming of our cooperation assistance.

The European Union has also called upon neighbouring leaders and like-minded partners to step up their efforts in support of the Tigrayan people and to engage more actively to find a solution to the conflict. We support the joint investigation by the Office of the UN High Commissioner for Human Rights and the Ethiopian Commission for Human Rights. We are ready to take concrete steps with international partners in order to achieve an end to hostilities in Tigray and the resumption of a national dialogue. This will be necessary if we are to see a permanent ceasefire to the conflict and find a long-lasting solution to the situation in Ethiopia.

In conclusion, I wish to thank you for having facilitated this important debate, and I am looking forward to hearing your views and opinions.

Michael Gahler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I'm glad to see that apparently there's broad consensus in the analysis, both from the Council, the Commission, and I assume also from us here in Parliament, when we assess the situation in Ethiopia. I think it is a high need to get our act together and to push towards those who are responsible on the ground allowing, in the first place, the access of humanitarian assistance.

I think what has been described – that is a ceasefire since the 28 June and that the troops have to withdraw and talks have to start – is positive to note. That is right, but the most urgent thing now is to get the EU humanitarian aid to the millions of people who are internally displaced and who are exposed to immediate famine.

Accordingly, I think one thing that is really doable is to ask the responsible people in Addis to allow the airports to be used, because I think that is the access that is possible. If bridges are destroyed and there is no road access, at least the airports must be made available. There should be no such thing as a flying prohibition. That is, I think, what we have to concentrate on.

We also call for a UN-mandated, independent, transparent and impartial international investigation on the alleged war crimes, which is indispensable to start a process of national reconciliation.

Hannes Heide, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Außenminister! Bereits zum dritten Mal diskutieren wir seit November des letzten Jahres über die aktuelle Lage in Tigray, und das bedeutet nichts Gutes. Die Situation ist weiterhin katastrophal und kann sich jederzeit verschärfen.

Hunger und sexuelle Gewalt werden als Waffen eingesetzt. 60 000 Flüchtlinge haben die Grenze zum Sudan, der mittlerweile eine Million Flüchtlinge beherbergt, übertreten. Über 1,7 Millionen Menschen bei einer Bevölkerung von 6 Millionen wurden bisher aus ihrer Heimat in Tigray vertrieben. Die Vereinten Nationen warnen, dass 5,5 Millionen Menschen in der Region Nahrungshilfe benötigen und 400 000 Menschen vom Hungertod bedroht sind. Die Unicef berichtet, dass circa 10 % der Kinder unter fünf Jahren an schwerer Unterernährung leiden. Das sind über 70 000 Kinder. Daher ist ein uneingeschränkter Zugang internationaler Organisationen in alle Regionen notwendig, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen, damit die Bevölkerung, vor allem Frauen und Kinder, vor dem Hungertod bewahrt werden kann.

Die Europäische Union muss gezielte Sanktionen gegen jene äthiopischen und eritreischen Personen setzen, die für das Leid und für Massaker verantwortlich zeichnen. Es muss Konsequenzen für dieses angerichtete Leid geben.

Bernard Guetta, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, il suffit d'ouvrir un atlas, de regarder une carte de l'Afrique pour comprendre l'ampleur de ce drame aux frontières du Soudan – du Soudan déchiré, du Soudan ensanglanté, du Soudan crucifié. Le conflit dans lequel sont aujourd'hui plongés l'Érythrée, l'Éthiopie et le Tigré prolonge d'une manière absolument dramatique les conflits du Sahel jusqu'à l'océan Indien.

D'un océan à l'autre, ou presque, aujourd'hui se dessine, s'est dessinée une zone de guerre totale qui coupe en deux le continent africain. Ces armées, ces conflits violents, détruisent les récoltes, brûlent les silos, renversent, crèvent les réservoirs d'eau et mènent cette partie du continent à la famine. Une immense famine menace ce continent. Et si nous ne sommes pas mobilisés et mus par le devoir de protéger, soyons mobilisés par la crainte, par la peur que ces conflits ne mènent sur nos côtes, demain, des centaines et des centaines de milliers de réfugiés qui n'auront que le choix entre la certitude de la mort sur place ou le risque de la mort.

Alors, il faut intervenir, non pas militairement, mais politiquement, diplomatiquement. Il faut que notre Union contacte rapidement, immédiatement l'Union africaine pour qu'ensemble, les deux unions cherchent à jeter les bases des compromis historiques qui permettraient d'éviter la prolongation et l'amplification de ce conflit. C'est une urgence pour l'Afrique, c'est une urgence pour nous.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, merci d'être là parmi nous, parce qu'effectivement le problème au niveau du Tigré est quand même dramatique. J'espère que ce débat au Parlement européen apportera une perspective équilibrée allant au-delà de la désinformation, car il y a beaucoup de désinformation au sujet de ce conflit, et au-delà d'une critique simpliste envers le gouvernement actuel, mais prenant en compte une perspective historique plus large de l'Éthiopie, notamment pour ce qui est du Front populaire de libération du Tigré.

Nous devons assurer une position claire et raisonnée de l'Union européenne vis-à-vis de la situation en Éthiopie. La crise humanitaire dans la région du Tigré a atteint un point critique. Les groupes de défense des droits ont fait état de massacres à grande échelle, de violences sexuelles généralisées, de bombardements aveugles, de pillages. Et que sait-on exactement? Qui le fait?

De plus, les Nations unies nous alertent sur une famine touchant au moins 350 000 personnes. Monsieur le Commissaire, je me dis que dans ce conflit, il faut appeler l'Union européenne à mettre en place une investigation internationale approfondie sur les causes profondes du problème en Éthiopie, afin de savoir exactement qui fait quoi.

Et puis, deuxième chose, par rapport à la famine que l'on observe à l'heure actuelle et qui peut toucher, comme je vous l'ai dit, 350 000 personnes, et d'autant plus qu'il y a eu la mort de trois employés de MSF qui s'ajoutent à la liste déjà longue des humanitaires ayant perdu la vie au Tigré depuis le 4 novembre 2020: nous devons peser de tout notre poids pour que toutes les parties du conflit au Tigré respectent le droit international et assurent un accès libre et sécurisé aux acteurs humanitaires. Nous devons donc aider d'un point de vue humanitaire le peuple d'Éthiopie, notamment au Tigré, car la situation est dramatique. De la clarté, une meilleure compréhension de qui fait quoi, et une aide humanitaire pour le peuple qui souffre.

Beata Kempa, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Panie Ministrze! Polowania na młodych ludzi, przymusowe wysiedlenia, morderstwa, gwałty, porwania osób to tylko część działań wymierzonych w tigrąjską grupę etniczną w północnej Etiopii. 90% ludzi w Tigraju to osoby przesiedlone. Wojska rządowe oraz wspierające je siły Erytrei atakują kobiety z dziećmi, jak również wspomagających ich pracowników pomocy humanitarnej, księży i zakonnice. Dochodzi do codziennych masakr i prześladowań. Zawieszenie broni niestety nie przyniosło żadnych rezultatów. Mimo wstrzymania walk dalej dochodzi do ataków i działań skierowanych w jedną grupę etniczną. Co więcej, jak informują pracujący na miejscu misjonarze z Pomocy Kościołowi w Potrzebie, pomoc humanitarna, zamiast docierać do najbardziej potrzebujących, jest limitowana i stała się narzędziem nacisku na chrześcijańską mniejszość Tigraju. W kraju, w którym prawie dwie trzecie ludności żyje za mniej niż jednego dolara dziennie, szalejąca wojna przynosi gigantyczne cierpienie i braki w żywności i środkach higienicznych.

Jako społeczność międzynarodowa, i tu się zgadzam Panie Komisarzu, musimy jak najszybciej zaangażować się w stabilizację sytuacji oraz dalsze przesyłanie pomocy humanitarnej niezależnej. Fenomenalną rolę na miejscu odgrywają misjonarze, którzy każdego dnia mimo zagrożenia pomagają poszkodowanym. Chciałabym im i wszystkim pracownikom pomocy humanitarnej z całego serca podziękować.

(O debate está suspenso.)

16. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Antes de prosseguirmos com os debates, devo anunciar o início do segundo período de votação de hoje.

Votaremos os dossiês conforme indicado na ordem do dia. O período de votação decorrerá entre as 19h30 e as 20h45. A votação é feita segundo o mesmo procedimento utilizado nos períodos de votação anteriores e todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro então aberto o segundo período de votação. Os colegas poderão votar até às 20h45. Os resultados deste segundo período de votação serão comunicados amanhã às 9h00 da manhã.

17. Die Lage in Tigray (Äthiopien) (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – Retomamos o debate sobre as declarações do Conselho e da Comissão sobre a situação em Tigré, Etiópia (2021/2778(RSP)).

Idoia Villanueva Ruiz, en nombre del Grupo The Left. – Señor presidente, la terrible situación de Tigray hace que la población civil vuelva a ser víctima de la ausencia de reglas internacionales, con violencia sexual, desplazamientos, hambre, muertes; una situación que también ha provocado la muerte de once personas trabajadoras humanitarias, entre ellas la española de Médicos Sin Fronteras María Hernández, junto a sus dos compañeros etíopes, apenas hace unas semanas. Hoy quiero enviar un fuerte abrazo a la familia y a los amigos desde aquí.

Asesinatos que han sido condenados con firmeza. Pero ¿basta eso? Los asesinatos del personal humanitario no dejan de crecer. Y se suma también la muerte silenciosa de personas cuyo único crimen fue estar en medio de una guerra sin reglas. Un agujero negro para el Derecho internacional. No basta con condenas. Necesitamos acciones. Hace falta un seguimiento para la investigación y juzgar a los asesinos de María Hernández y sus compañeros. Hace falta trabajo en el terreno.

La mejor política para el Cuerno de África es trabajar con las entidades locales y regionales para poder garantizar los derechos humanos en Tigray, en Etiopía y en el resto de países de la zona.

György Hölvényi (PPE)... – Inök Úr! Alig két évvel azután, hogy Abij miniszterelnököt Nobel-békedíjjal tüntették ki, az etióp kormány fegyveres erők hadműveletébe kezdett Tigrében, amely, itt már említettük, 2500 civil áldozatot hozott eddig. Minden nap újabb beszámolók látnak napvilágot az etiópiai és eritreai katonák kegyetlenkedéséről. A lakosság megpróbáltatásaihoz nagyban hozzájárult, hogy a humanitárius szervezetek hónapokig nem tudtak eljutni Tigrébe. Ki kell mondanunk: az addisz-abebai kormány katonai akciója humanitárius katasztrófát idézett elő.

De a legnagyobb veszély most az élelmiszerhiány. Kétmillióan éheznek, itt már említették, 5 millió ember, a lakosság 90%-a, szorul humanitárius segítségnyújtásra. A fegyveres konfliktus, és a „reneszánsz gáttal” kapcsolatos egyoldali, a Szudánnal és Egyiptommal való megegyezést nélkülöző, etiópiai döntések az egész régió stabilitását fenyegetik. Az etióp kormány által bejelentett tűzszünet igen korlátozott, de nagyon fontos lehetőséget, reakálási lehetőséget ad. A segélyek eljuttatásának minden akadályát fel kell számolni. Európa alapvető érdeke a gyors, hatékony fellépés. A konfliktus további eszkalálódását meg kell akadályozni, ezért minden bilaterális kapcsolatot, mind pedig az ENSZ adta lehetőségeket kihasználva el kell érni, hogy a szembenálló felek tárgyalóasztal mellé üljenek.

Tisztelt Biztos Úr, lát arra konkrét lehetőséget, hogy az európai fellépés, közös fellépés, elősegítse a békétárgyalásokat?

Tonino Picula (S&D)... – r President, with great concern and sadness, we follow the ongoing tragic events in Tigray and elsewhere in Ethiopia. The situation in Tigray has seriously escalated, but the crimes against human rights are happening in other regions and towards different ethnicities.

Our first and foremost priority is to help civilians who have no access to medical assistance, are dying of famine and are often victims of sexual violence. Furthermore, the exclusion of Tigray from general elections and communication disruptions makes this horrible situation even worse.

We need to do everything to support a ceasefire that all would respect. That way, they can ensure that the humanitarian aid is delivered on the ground to the ones in need urgently. We also need concrete EU measures, including an arms embargo and targeted sanctions against all perpetrators.

Tigray is without doubt one of the urgent, if not the most pressing, humanitarian situations we should work on to the full extent of our capabilities and powers.

Jan-Christoph Oetjen (Renew)... – r President, the situation in Tigray is dramatic, all colleagues said this already and despite the fact that the ceasefire from 28 June is a good step, we need a permanent ceasefire and we need the withdrawal of the foreign troops from the region.

Our solidarity is with the people of Tigray in Ethiopia. We condemn the destruction of infrastructure, this is something very horrible. I mean, people are starving already, people get raped and there are others that destroy infrastructure that is urgently needed in this situation. This has to be stopped immediately. And we urge a cessation of human rights violations in the region and seek secure access for humanitarian aid.

I ask the Commission to step up the pressure on the authorities because this situation can no longer be accepted. We have to help the people in the region. And so I ask you: urge them to move and to change.

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE)... – on sieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, ce conflit nous interpelle sur la procédure de paix dans cette région. Comment des allégations reprises par notre représentant, indiquant que le gouvernement éthiopien voulait «faire disparaître les Tigréens pendant cent ans», même si c'est une citation, s'accordent-elles avec le désir de promouvoir la paix dans la Corne de l'Afrique? Pourquoi cette affirmation n'a-t-elle pas été discutée avec les autorités compétentes plutôt que d'avoir été publiée? Pourquoi n'avons-nous pas envoyé une mission d'observation électorale tandis que d'autres observateurs internationaux étaient eux présents?

La famine frappe aux portes de cette région. Le viol, les violences sexuelles sont utilisés comme arme de guerre. Saisissons l'opportunité du cessez-le-feu pour renouer la coopération et faciliter l'aide humanitaire. L'Union européenne doit reprendre le flambeau de la paix, soutenir les enquêtes indépendantes sur les allégations de violations des droits humains, respecter le partenariat, et être à l'écoute des populations afin d'accélérer le processus de réconciliation.

Elżbieta Kruk (ECR)... – anie Przewodniczący! Wybory parlamentarne w Etiopii miały być pierwszymi wolnymi w dziejach kraju i przynieść pokój. Tymczasem w Tigraju, prowincji w północnej Etiopii, nadal trwa wojna i ma miejsce gigantyczna katastrofa humanitarna. Wojna domowa trwa od listopada 2020 roku, kiedy to rząd Etiopii wysłał wojska federalne do walki z Ludowym Frontem Wyzwolenia Tigraju. Pojawiają się doniesienia, że rząd etiopski zablokował pomoc humanitarną dla prowincji. Słyszymy o ostrzeliwaniu i egzekucjach cywilów, o czystkach etnicznych, niszczeniu mienia, dóbr kultury i miejsc kultów religijnych. Jak alarmują instytucje ONZ, rząd rozmyślnie wywołał głód w celu dokonania ludobójstwa Tigrajczyków. Głodem lub niedożywieniem zagrożonych jest już 4 mln ludzi. Trzystu pięćdziesięciu tysiącom, a według niektórych doniesień nawet 900 tysiącom z nich grozi śmierć głodowa.

To tragiczne, że premier Etiopii Abiy Ahmed Ali, laureat Pokojowej Nagrody Nobla, jest winny cierpienia i śmierci własnych obywateli, których powinien chronić. Społeczność międzynarodowa musi działać szybko i zdecydowanie. Nieefektywna polityka zagraniczna Unii przyczynia się do śmierci setek tysięcy ludzi. Wszak wiemy, że Etiopczycy rozpaczliwie potrzebują wsparcia.

Frances Fitzgerald (PPE)... – r President, the situation in Ethiopia is dire: conflict leading to fear and terror, people fleeing from their homes and pouring across international borders, famine and hunger, and desperate and brutal sexual violence and rape.

Last week's ceasefire offered a glimmer of hope. However, any genuine ceasefire must include actions to improve the humanitarian situation. The destruction of important routes for the delivery of humanitarian aid is unacceptable. The brutal murders of three Médecins Sans Frontières (MSF) staff underlines the dangers faced by humanitarian workers. In relation to what will be left in the aftermath, we know that cases of rape and sexual violence are widespread and brutal, and perpetrated by armed actors. They are not weapons, but crimes, crimes against women.

I strongly call on the Commission and the External Action Service to make a strong commitment to support women as they try to rebuild their lives after such devastating attacks. Too often, women and vulnerable communities are left on their own when conflicts end. We need to step forward and to be there for the women of Tigray.

Maria Arena (S&D)... – on sieur le Président, depuis le début du conflit dans le Tigré en Éthiopie, il y a huit mois, plus de 400 000 personnes ont plongé aujourd'hui dans la famine et plus d'un million et demi de personnes sont en risque de famine. C'est une des pires crises humanitaires de la région dans cette dernière décennie.

Vous l'avez dit tous les deux, tant au Conseil qu'à la Commission: la première priorité est bien entendu le respect du cessez-le-feu, l'accès à l'aide humanitaire pour toutes les personnes à risques et la protection des civils. Mais à moyen terme, l'Union européenne, l'Union africaine et toute la communauté internationale devront soutenir tous les efforts pour un dialogue inclusif entre toutes les communautés de ce pays et garantir aussi que les forces militaires extérieures soient sorties de ce pays.

La solution, on le sait, ne peut être militaire, mais les auteurs de graves violations des droits de l'homme doivent être poursuivis si nous voulons qu'il y ait une réconciliation, parce qu'il n'y a pas de réconciliation dans l'impunité.

Ignazio Corrao (Verts/ALE)... – r President, I am also very worried about the ongoing situation in Ethiopia. The fresh start we expected with the election has turned into a nightmare. A few days ago, I spoke with the representatives of various Tigrayan communities and I received extremely worrying information concerning human rights. The Ethiopian Government is extensively cracking down on civilians throughout the country. This is the reason why I would not focus only on Tigray, but I would rather highlight the situation regarding the whole of Ethiopia, where several human rights violations have been reported, including arbitrary arrests and detentions, torture, executions and forced displacements.

Ethiopia needs to see an inclusive national dialogue with all communities, political parties and wider civil society. The commitment and the fundamental role of the European Union lies in humanitarian aid and in promoting inter-regional dialogue and the restoration of security. Let's act right away!

Željana Zovko (PPE)... – r President, finally, after eight months of hostilities, the Tigray People's Liberation Front is willing to accept a ceasefire proposed by the Ethiopian authorities. I encourage this move towards a peaceful future and call on both sides to find an agreement on the conditions of the ceasefire via diplomatic means. The violent actions need to stop as soon as possible for the good of the Ethiopian people.

The atrocities have deteriorated the humanitarian situation in Tigray. More than 400 000 people are estimated to live in famine and another 1.8 million are on the brink of it. That's a shame. A shame for civilisation. A shame for us today, because we all remember Ethiopia in the eighties and the Great Famine, and history is repeating itself with us helpless and watching it.

Coordinating actions of humanitarian support is of crucial importance at this moment. I welcome the clear commitment of the European Commission to support Ethiopian citizens and to prevent further humanitarian catastrophes. However, aid workers still face difficulties in reaching out to the people in need. The parties in the conflict should facilitate the access of aid to all parts of Tigray and provide assistance according to the principles of international law. And we have instruments: we just voted NDICI. We voted this huge amount of money, that's the only weapon that we can use nowadays. Stop cooperating with people who don't want to cooperate with us and save further loss of life.

Carlos Zorrinho (S&D)... – enhor Presidente, Senhor Comissário, Senhor Ministro, o conflito do Tigré é um momento doloroso e triste da História contemporânea em que a fome está a ser usada como arma de guerra e a pôr em causa a vida de milhares de pessoas. A situação no terreno é muito instável, o acesso a alimentos, energia ou Internet extremamente limitado e o conflito armado tem gerado inúmeros atropelos dos direitos humanos, massacres, violações, milhares de feridos, mortos, deslocados ou refugiados.

A comunidade internacional tem que agir com urgência e deixar de considerar este assunto como uma questão interna do Estado etíope. Trata-se de um grave conflito regional, com a participação de tropas da Eritreia ao lado das tropas governamentais, com duras implicações para a sociedade civil. O processo eleitoral, do passado dia 21 de junho, importante na construção do processo democrático, não assegurou o caminho da pacificação da situação atual, nem abriu caminho à resposta humanitária que urge.

Por isso, é urgente forjar as pontes diplomáticas internacionais capazes de sentar à mesa as duas partes deste conflito e encontrar uma solução pacífica. O Primeiro Ministro Etíope, Nobel da Paz por ter contribuído para a solução do conflito com a Eritreia, tem agora um momento de ouro para voltar a ser considerado, na sua própria casa, o fazedor de paz e não o senhor da guerra.

Krzysztof Hetman (PPE)... – anie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Konflikt w regionie Tigraju brutalnie odbił się na ludności cywilnej. Według doniesień międzynarodowych organizacji praw człowieka doszło tam do masowych mordów cywilów, łamania praw człowieka, aktów przemocy wobec ludności cywilnej, w tym gwałtów. Ponadto konflikt doprowadził do masowych przesiedleń nawet miliona siedmiuset tysięcy obywateli regionu Tigraju, całkowicie odciętego regionu od komunikacji, internetu i ogromnego kryzysu humanitarnego.

Według ONZ aż 5,5 miliona osób potrzebuje pożywienia i aż 10% dzieci jest skrajnie niedożywionych. Jednocześnie dostarczenie pomocy do regionu jest utrudnione nie tylko przez brak elektryczności, telekomunikacji i dostępu do paliwa, ale także przez zamykanie dróg i uniemożliwianie transportu.

Musimy stanowczo wezwać władze Etiopii do umożliwienia i ułatwienia świadczenia pomocy humanitarnej dla regionu Tigraju i innych potrzebujących wsparcia obszarów. Ponadto bardzo ważne jest też przeprowadzenie dochodzenia w sprawie wszystkich zabójstw i naruszeń praw człowieka, w tym przypadków nadmiernego użycia siły wobec ludności cywilnej.

Evin Incir (S&D)... – r President, 2019 — a country going towards the right direction. 2020 and still in 2021 — a country with negative development. It is enough. All the people of Ethiopia deserve democracy and equality now. The spiral of war and conflict must end.

Tigray and other regions are suffering from violence and human rights violations, regional and ethnic tensions. There needs to be an independent investigation into the war crimes taking place in Tigray, and international organisations must access Tigray to provide the people with emergency needs.

The Ethiopian central government needs to facilitate an inclusive national dialogue with minority communities, political parties and wider civil society to try to find a lasting political solution and peace for the country, peace for the people. Genuine and constructive engagement by all actors is the only way to restore peace and stability in Ethiopia. Here the EU can have an important mediating role.

Tom Vandenkendelaere (PPE)... – voorzitter, als de Europese Unie als *global actor* iets wil betekenen en geloofwaardig wil zijn met betrekking tot haar eigen beleid, dan moet ze dringend doortastender optreden in Tigray, vóór de lokale bevolking en tegen de verantwoordelijken van oorlogsmisdaden en misdaden tegen de menselijkheid die daar plaatsvonden en nog steeds plaatsvinden. De eenzijdig afgekondigde wapenstilstand heeft volgens mij helaas meer van een militaire, tactische berekening dan van een stap naar duurzame vrede of een oplossing van de humanitaire crisis.

De internationale gemeenschap kan niet langer afstandelijk blijven tegenover wat in Tigray gebeurt. In de eerste plaats kijk ik hier naar de Verenigde Naties en naar de Europese Unie, die vanuit haar geloof in de multilaterale aanpak van regionale conflicten en humanitaire crisissen een voortrekkersrol kan spelen binnen de VN. Ik spoor de Raad daarom aan om meer daadkracht te tonen en écht besluiten te nemen.

De humanitaire crisis moet meteen worden aangepakt, maar er moet vanuit de internationale gemeenschap ook worden geïnvesteerd in het beëindigen van het conflict, in een terugkeer naar stabiliteit en de wederopbouw van de vernietigde samenleving, en in een internationaal onderzoek naar en een correcte berechting van de tegen de bevolking begane misdaden.

Isabel Santos (S&D)... – enhor Presidente, em março deste ano a Alta Comissária das Nações Unidas para os Direitos Humanos alertava para os relatos profundamente angustiantes de violência sexual e de género, execuções extrajudiciais, destruição generalizada e pilhagem na região de Tigré na Etiópia. Desde então, a comunidade internacional tem permanecido numa angustiante paralisia. Infelizmente, o desrespeito pelos direitos humanos não se confina a Tigré, estende-se a todo o país.

Importa, pois, que se exija às autoridades etíopes o fim das detenções arbitrárias, da perseguição das pessoas das etnias Tigré, Oromo e Ogaden e a libertação imediata de todos os presos políticos. A União Europeia deve apoiar ativamente a criação de condições para um cessar fogo sustentável, a única via para o urgente acesso seguro das equipas de ajuda humanitária internacional ao território, e mobilizar a ajuda necessária às populações em grave sofrimento e severa insegurança alimentar.

Janez Lenarčič, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like sincerely to thank honourable Members for this debate. I took note with great interest of the comments that were made during the discussion.

As we have heard, the humanitarian situation in Tigray continues to deteriorate at an alarming pace. In spite of the recent unilateral ceasefire by the Ethiopian authorities, access issues and protection risks remain, and they remain widespread throughout the Tigray province. For us, the absolute priority right now is to ensure the protection of civilians and to provide significant humanitarian aid to reach all those who need it. In these famine conditions, the last thing we can afford is the situation of siege that we are witnessing. We are witnessing a situation where humanitarian supplies and humanitarian personnel face parties to the conflict who are blocking roads and destroying bridges, vital bridges.

So we must continue to call on all parties to respect international humanitarian law, to facilitate access for humanitarian aid, and to commit to an immediate, indefinite and negotiated ceasefire arrangement, which will be necessary to end all violence for good and to restore stability in the Tigray region and beyond. And yes, the European Union is ready to contribute even more in both directions, on the humanitarian front as well as to contribute to the efforts to find a political solution. As far as the humanitarian front is concerned, we are ready to activate our European Union Humanitarian Air Bridge service to reach the Tigray region, but for that we will need the agreement of the Ethiopian Government.

On the political front, we have been working all along, since the beginning of this crisis, with like-minded countries such as the United States and the Gulf countries, and in particular with the African Union, and we're trying to push for political solutions. We have also been working through our EU Special Representative for the Horn of Africa, and the new one is to visit the region in the coming days. Finally, as you know, the High Representative has appointed a special envoy, who has visited Ethiopia and the region several times, and is working incessantly to find a way towards a political solution to this conflict.

Once again, let me thank you for this debate. We have learnt very useful views that will help us chart the way forward.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovani predsedujoči, spoštovane poslanke in poslanci!

Evropska unija si bo na vso moč prizadevala, da bi prispevala h končanju konflikta in človeškega trpljenja ter k oblikovanju trajne rešitve.

Razmere so zelo občutljive, nestabilne in negotove. V tem trenutku je težko vzpostaviti zanesljive komunikacijske kanale z glavnimi akterji na terenu z vidika utrditve premerja, z vidika prevzemanja odgovornosti na področju človekovih pravic in vzpostavitve dialoga med stranmi v konfliktu.

Etiopija je naša strateška partnerica, ker se bori za regionalni mir in za razprave na mednarodnem nivoju kot na primer pri podnebnih spremembah. Nedavno, 10. junija, smo se sestali v okviru političnega dialoga na ravni namestnika zunanjega ministra, kar kaže, da lahko sodelujemo kljub razlikam.

Odločeni smo, da bomo ukrepali v zvezi s številnimi zlorabami in kršitvami človekovih pravic ter ugotovili, kdo je zanje odgovoren. Povzročitelj ne sme ostati nekaznovan.

Kot sem že omenil v uvodni razpravi, smo v zvezi s tem v Svetu za človekove pravice predložili resolucijo. V stiku smo z uradom visokega komisarja za človekove pravice ter se zavzemamo za podporo in neoviran dostop za skupno misijo za ugotavljanje dejstev in odkrivanja storilcev, da bi ti odgovarjali za svoja dejanja.

Kot sem že omenil, bomo z ministri in ministricami za zunanje zadeve in visokim predstavnikom naslednji teden na seji sveta razpravljali o teh razmerah, kamor bom prenesel tudi vsebino današnje razprave.

Ponovno se zahvaljujem za današnjo razpravo.

Presidente. – O debate está encerrado.

De acordo com a ordem do dia, os debates prosseguirão às 20h30 com as declarações do Conselho e da Comissão sobre o 70.º aniversário da Convenção de Genebra (2021/2779(RSP)).

(A sessão é suspensa às 20h00.)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

18. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatkettiin klo 20.31)

19. 70. Jahrestag der Genfer Konvention (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana neuvoston ja komission julkilausumat aiheesta ”Geneven sopimus 70 vuotta” (2021/2779(RSP)).

Ilmoitan, että tässä keskustelussa on yksi kierros poliittisten ryhmien puheenvuoroja.

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Madam President, honourable Members, Commissioner, 2021 marks the 70th anniversary of the Refugee Convention, a global instrument that has assisted millions of displaced persons over many decades. In the context of continuing wars, conflict, human rights violations, persecution and record levels of displacement, the Geneva Convention continues to protect the rights and lives of refugees, and it is as relevant today as it was in 1951.

At the end of 2020, the number of displaced persons worldwide reached a record of 82.3 million, including 26.4 million refugees and 48 million internally displaced persons, in addition to an estimated 4.2 million stateless persons. Multilateral and multi-stakeholder action is thus more essential than ever to ensure protection for the displaced and to realise a sustainable solution.

The standards set forth in the 1951 Convention with all later versions were profoundly tested by the COVID-19 crisis that also affected international protection and solidarity. The pandemic spared no country or region and disproportionately affected populations which were already vulnerable.

Refugees and displaced persons are among those most adversely affected by the crisis. The only way to help them and to effectively address global challenges is through a global response and international solidarity. A renewed commitment to the principles enshrined in the 1951 Convention is crucial.

The EU remains the leading donor in humanitarian and development assistance. Moreover, the EU supports and will continue to support capacity-building in partner countries, strengthening asylum and reception capacities and providing protection to those in need. While doing so, we must not forget that only a truly collaborative approach can make a difference and help us establish clear and workable methods, while ensuring necessary solidarity. Thank you very much for your attention.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, we celebrate today the signing 70 years ago – 70 years ago this very month – of the Refugee Convention, a legally binding commitment made by the countries of the world to help millions of European refugees – victims of Nazi and communist tyranny; survivors of persecution, mass murder and genocide; their homes destroyed, their possessions stolen; uprooted and adrift in a continent shattered by six years of brutal war.

The parties to the Convention, members of the United Nations, promised to support European refugees with practical aid and treat refugees like their own citizens, without discrimination. They voted to uphold the right to housing, the right to education, the right to work, to freedom of religion and other fundamental rights. Above all, the principle of non-refoulement, the cornerstone of the Convention, the commandment not to put refugees back in harm's way, not to turn people fleeing terror, oppression, persecution straight back into the hands of their persecutors as happened so often with such tragic deadly consequence in the years before World War Two.

Ever since 1951, the Convention has been a beacon to guide refugees towards safe haven, from Hungary in 1956, Czechoslovakia in 1968, Vietnam in the 1970s, the Balkan wars in the 1990s, from Syria, Somalia, Afghanistan today. In all those years the Convention's scope has increased, as has the power to inspire. At the same time, the right to asylum is under pressure. The Convention remains as important as ever.

Today, I would like to think about my friend Kati Piri, who was until recently a Member of this House and now represents her voters in the Dutch Parliament. Her father fled Hungary in 1956. He could raise his daughter in freedom, and I just say: thank goodness for the Convention. Thank goodness that no one pushed him back across the border and that no one at that time said, 'let's process his application on another continent'.

There is another Treaty we remember this year. Seventy years ago six European countries signed the Treaty of Paris creating the European pact on coal and steel, laying the foundations for our Union, resolving to replace a bloody conflict on the battlefield by negotiations at the conference table. We now have 76 years of peace in Europe. Because we have peace, refugees are no longer leaving Europe. Because we have peace, democracy and freedom refugees are now coming to Europe. Worldwide, 80 million people have fled their homes and developing countries host more than 86% of all refugees.

The Convention was once a global answer to a European catastrophe. Today, we must give a European answer to a global emergency. We can and must do more.

I want us to commemorate the Convention by taking action through our funds. The EU is the leading humanitarian aid donor. We support people in more than 80 countries. Last year the EU used almost its entire EUR 900 million humanitarian aid budget to help refugees, displaced persons and host communities. The Commission supports Turkey as one of the largest refugee-hosting countries in the world, with nearly 3.7 million refugees.

I want to commemorate the Convention by action, by making progress on the new pact on migration and asylum. That's the only way to make sure refugees can fully enjoy their rights under the Convention. Step by step, we are advancing on the pact, as we did last month with a political agreement on the blue card and as we did last week with a political agreement on the EU asylum agency. And I call on you all today to commemorate by action and make progress on the Union resettlement framework. We must move from ad hoc support to a stable system of resettlement. This will be another important step to deliver the pact.

I want us to commemorate the Convention by stepping up on resettlement. Since 2015, Member States have granted 2.5 million people protection who came to Europe on their own initiative, often after dangerous journeys. And at the same time, Europe gave more than 80 000 people a new home through resettlement. Last year, just over 10 000 refugees came to Europe in this safe and orderly way, impressive in COVID conditions but a 60% drop all the same.

I want more people to be able to come to Europe safely so fewer people feel the need to risk their lives on dangerous journeys. I want us to get back to pre-pandemic levels and beyond. The global need is high. This Friday I will host a high-level forum on resettlement. I will call on Member States to increase their pledges. I'm very grateful for the support and participation of this House in the forum and the participation of ministers from Italy and Finland, two countries that are very active on resettlement and community sponsorship.

We can only make a difference if we join forces worldwide. That is why, for the very first time, I've brought together key international partners on resettlement. At this first unprecedented forum UN High Commissioner for Refugees Filippo Grandi, Canadian Minister of Immigration Marco Mendicino, and US Secretary for Homeland Security Alejandro Mayorkas. At the joint EU-US Justice and Home Affairs meeting last month, Secretary Mayorkas told us the US is back.

The time is right to show democratic leadership and to give many more refugees a safe route to a welcome home. The Convention is at the heart of our Union. It's part of our history. It's part of the Treaty and the Charter of Fundamental Rights. It's part of who we are. I call on you in this House: let's celebrate the Convention in words today, and by action tomorrow.

Leopoldo López Gil, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, el siglo XXI pasará a ser histórico por sus grandes desafíos y amenazas. Por un lado, la pandemia de COVID-19 ha causado grandes estragos, pero por otro, el cambio climático, los totalitarismos, los conflictos, la desigualdad económica y social, la inseguridad, la pobreza y la corrupción de los múltiples Gobiernos son provocadores, todos ellos, de enormes flujos migratorios.

La migración se puede comprender como un desafío, pero también como una oportunidad, tanto para las sociedades receptoras como para aquellos que emigran. Y así lo ha demostrado la historia. Según la OIM, alrededor de 281 millones de personas residen en un país distinto de su país natal. Según ACNUR, existen casi 83 millones de desplazados por la fuerza debido a los conflictos y a las violaciones de los derechos humanos.

Hoy conmemoramos el 70.º aniversario de la Convención de Ginebra sobre el Estatuto de los Refugiados, un tratado que establece los parámetros de protección internacional para aquellos que se han visto obligados a salir de su país porque su vida corría peligro. Para ellos, ser refugiado no fue una elección, fue un imperativo. Hablo con propiedad cuando digo que he visto la cara más amarga de una migración forzada, la de más de cinco millones de venezolanos que, como muchos otros pueblos, se han visto obligados a emprender caminos desesperados fuera de sus fronteras debido a dictaduras inhumanas.

Los Estados miembros de la Unión tienen una responsabilidad internacional para con los refugiados, pero también la Unión Europea tiene una responsabilidad moral con los países de origen para acercarlos a la democracia y acompañarlos en ese proceso, y también para sancionar a quienes cometen crímenes en contra de sus poblaciones. Crímenes contra nuestra humanidad.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention – sie ist quasi ein Lebensretter, eine internationale Vereinbarung, die Millionen Menschen schützt und das Recht auf Asyl zu einem Grundrecht in unserer Union macht. Die Umstände, die zu diesem Meilenstein der Menschenrechte geführt haben, waren andere als heute.

Doch mit derzeit über 82 Millionen vertriebener Menschen weltweit hat die Konvention nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Vor 70 Jahren waren viele Europäerinnen und Europäer auf der Flucht. Heute sind wir in der Lage, geflüchtete Menschen aufzunehmen. Das ist ein Grund, stolz zu sein. Und dennoch werden die Grundsätze der Konvention immer häufiger infrage gestellt.

Besinnen wir uns auf die universellen Werte, humanitären Prinzipien und Solidarität, die dieser Konvention zugrunde liegen. 70 Jahre Schutz für geflüchtete Menschen – stellen wir jetzt sicher, dass diese Konvention das Fundament bleibt, auch für unsere Asyl- und Migrationspolitik!

Fabienne Keller, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Madame la Commissaire, chère Ylva Johansson, je salue ce débat sur les 70 ans de la convention de Genève, car l'histoire est pleine d'enseignements.

À un moment où nous travaillons sur la difficile réforme de la politique européenne de l'asile et de la migration, nous rappelons que ce traité international sur le statut des réfugiés est né en Europe, pour les Européens. L'ancêtre du Haut Commissariat des Nations unies pour les réfugiés, auteur et gardien de la convention de Genève, a été créé au sortir de la Seconde Guerre mondiale, vous l'avez rappelé, pour prendre en charge les millions d'Européens déplacés à l'intérieur du Vieux Continent. Aucune coïncidence, donc, si ce texte a été signé dès 1951, principalement par des pays européens, la même année que le traité de Paris instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier. Des horreurs de la guerre ont resurgi deux aspirations fortes: celle de la paix et celle du refuge pour toute personne persécutée.

En 2015, la crise migratoire a fait trembler tout l'édifice européen, car l'accueil humanitaire est ancré dans les valeurs et le projet européen dès son origine. Or, sur les failles du régime d'asile européen commun, les partis d'extrême droite et les régimes illibéraux prospèrent depuis plusieurs années et ont pour projet la destruction de l'Europe.

Je m'associe donc pleinement à mes collègues de notre groupe Renew Europe, pleinement engagés en faveur d'une réforme ambitieuse de la politique européenne d'asile et de migration – l'action que vous appelez, Madame la Commissaire, de vos vœux.

Plusieurs objectifs me semblent prioritaires pour rénover l'esprit de Genève. D'abord, réformer nos procédures d'asile pour distinguer plus rapidement et plus efficacement les personnes qui relèvent de la protection internationale et celles qui n'y ont pas droit. Ensuite, 70 ans après la convention de Genève, il est temps de compléter notre politique d'asile d'un élément indispensable: une solidarité de fait et un partage des responsabilités entre les États membres. Ne laissons plus quelques États membres de première entrée gérer seuls les flux migratoires. Enfin, troisièmement, il est essentiel de placer le respect des droits fondamentaux au cœur de cette réforme et de renforcer le rôle de nos agences européennes sur le terrain.

Depuis plus d'un an, l'Europe a montré une capacité formidable à faire des pas de géant pour surmonter la crise sanitaire avec l'Europe de la santé, le plan de relance ou les ressources propres. La réforme du pacte sur la migration et l'asile est notre nouvelle mission impossible – pour reprendre les mots du président de Renew Europe, Dacian Cioloș – et je suis sûre que nous pouvons la relever, mes chers collègues du Parlement, du Conseil, de la Commission. N'attendons pas une autre crise migratoire pour agir avec courage et humanité.

Damien Carême, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Ministre, 82,3 millions, c'est le nombre de personnes déplacées de force dans le monde, selon le dernier rapport du Haut Commissariat pour les réfugiés, vous l'avez rappelé. 86 % de ces personnes forcées à l'exil sont accueillies dans des pays en développement. L'Union européenne, espace économique pourtant prospère, n'en accueille elle qu'une infime minorité. Et encore, peut-on réellement parler d'accueil!

À l'heure où je vous parle, avec une terrible sensation de déjà-vu, de déjà trop vu, aucun pays européen ne s'est engagé à accueillir les 572 personnes secourues par les équipes de SOS Méditerranée lors de six sauvetages effectués en quatre jours. Ce sont les actes d'aujourd'hui, Madame la Commissaire.

À l'heure où je vous parle, l'Europe discute d'un pacte «asile et migration» où les États membres pourraient financer le retour de chercheurs de refuge plutôt que d'accueillir et d'être humains et solidaires. Tout cela est une bien étrange manière de célébrer les 70 ans de la convention de Genève, ce texte qui a consacré le statut de réfugié et les obligations qui en découlent pour les États. 70 ans après, le droit d'asile et son principe fondateur, le non-refoulement, sont trop souvent malmenés, piétinés. 70 ans, mes chers collègues, c'est bien jeune pour être morte et enterrée par l'Union européenne et ses États membres.

Oui, Madame la Commissaire, la convention de Genève doit vivre et survivre à nos peurs et à nos égoïsmes nauséabonds. Cet anniversaire doit être l'occasion d'un sursaut d'humanité. L'Union européenne doit se redresser et enfin retrouver sa dignité. Elle doit renouer avec ses valeurs fondatrices. Quitter son pays pour survivre est une tragédie. N'ajoutons pas de drame au drame. Accueillons dignement ces chercheurs de refuge. C'est notre devoir. Humainement et légalement, la convention de Genève nous y oblige.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Dokument der Menschlichkeit und der Nächstenhilfe. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg schützte sie Verfolgte und Vertriebene, aber ebenso achtet sie nationale Souveränität, das Recht auf nationale Eigenart und die Unterscheidung zwischen Bürger und Ausländer.

Die Konvention enthält kein allgemeines Recht auf Asyl, noch gewährt sie das Recht auf Einbürgerung oder auf illegalen Grenzübertritt. Artikel 31 ersucht sichere Drittstaaten – und zwar nur nächstgelegene, sichere Drittstaaten –, Verfolgten – und nur denen, deren Leben und Freiheit daheim bedroht sind –, bis zur Rückkehr in ihre Heimat temporär Zuflucht zu gewähren. Flüchtlinge sollen kultur- und heimatnah untergebracht werden, damit sie nicht entwurzelt werden.

Frau Merkels Grenzöffnung seit 2015 autorisiert die Flüchtlingskonvention mitnichten, und transkontinentale Siedlungsprojekte wie den EU-Migrationspakt oder die Enteuropäisierung Europas auch nicht. Deshalb wollen Sie die Konvention ja auch überdenken und deren Asylgründe um Klima und Abtreibungsrecht erweitern. Denn nach der wortgetreuen Auslegung der Konvention hätten jährlich Hunderte oder einige Tausend einen wirklichen Asylgrund, Sie aber wollen Dutzende Millionen Migranten.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, even today, the 1951 Geneva Convention provides the most comprehensive definition of refugee status and the rights of refugees. The Commissioner is also right about providing fundamental principles of non-discrimination, non-penalisation and non-refoulement.

Some years ago, the former Supreme Allied Commander Europe, Philip Breedlove, stated before Congress that Russia and Assad deliberately weaponised refugees to destabilise the West. Today we have the next crisis. The usurper, Alexander Lukashenko, under the instigation of Russia, tries to destabilise Lithuania, the EU and NATO territory. We have to remember this. We have to show solidarity.

Malin Björk, *för The Left-gruppen*. – (början av inlägget utan mikrofon) ...och det är naturligtvis någonting att fira. Det var ju det när vi lovade varandra, att vi ska ge skydd, för den som flyr har inget val.

Men den som antingen stänger sina gränser eller öppnar sin dörr, den har ett val. Och med Genèvekonventionen lovade vi varandra att den som förföljs, den som måste ge sig av för att söka skydd, den ska få en fristad. Ett fantastiskt löfte som vi gav varandra och som EU som institution är bunden till.

Därför tycker jag att det är så fruktansvärt att se att vi har krafter i dag som försöker tävla i att undergräva Genèvekonventionen, att förstöra ett av de viktigaste multilaterala människorättsinstrumenten som vi har. Vi har kedje-pushbacks från Slovenien till Kroatien till Bosnien-Hercegovina som måste få ett stopp. Vi har pullbacks i Libyen som måste få ett stopp. Vi har pushbacks utförda till och med av Frontex, vår egen myndighet. Det måste få ett stopp om vi ska hedra Genèvekonventionen.

Åttio miljoner flyktingar har kolleger sagt, och här bråkas det om några tusen. Det blir så när rasister och de som anpassar sig till dem får styra och ställa. Det är dags att stå upp för Genèvekonventionen, reglerna som är bindande, och stå upp också för dess andemening. Det betyder att vi försvarar människor, inte gränser. Det betyder att vi delar på ansvaret att ge skydd åt dem som söker asyl i EU. Det betyder att vi sträcker ut en hand och vi räddar liv, i Medelhavet och där det krävs. Det betyder att vi öppnar våra gränser för den som söker skydd. Det är det Sverige, det är det Europa, det är det vi ska ha.

Κώστας Παπαδάκης (NI)... – υρία Πρόεδρε, μέγιστη υποκρισία, η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι κυβερνήσεις, το Ευρωκοινοβούλιο να γιορτάζουν τα 70χρονα της Συνθήκης της Γενεύης που σχεδιασμένα καταπατούν και ενταφιάζουν. Με βάση το αντιδραστικό Νέο Σύμφωνο Μετανάστευσης και Ασύλου της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η ελληνική κυβέρνηση κάνει νόμο την ένταση της καταστολής, των απελάσεων, την ενίσχυση του ρόλου χωροφύλακα του Frontex, με επαναπροωθήσεις στο Αιγαίο, με αμφισβήτηση κυριαρχικών δικαιωμάτων, με διαδικασίες ασύλου που αφαιρούν και τα στοιχειώδη δικαιώματα των αιτούντων άσυλο. Η δε Δανία απελαύνει Σύριους πρόσφυγες και αναθέτει διαδικασίες ασύλου σε τρίτες χώρες, και στην Ιταλία και την Ισπανία εντείνεται η καταστολή.

Το προσφυγικό για την Ευρωπαϊκή Ένωση είναι εργαλείο γεωπολιτικών ανταγωνισμών που οδηγούν σε πολέμους διαιωνίζοντας την προσφυγιά. Κριτήριο της η εξασφάλιση πάμφθηνων εκμεταλλευόμενων εργατών και για διείσδυση των ομίλων της σε αγορές.

Απαιτούμε διαδικασίες ασύλου στις χώρες πραγματικού προορισμού σύμφωνες με τη Συνθήκη της Γενεύης. Καμιά δομή πολύμηνου εγκλωβισμού. Ουσιαστική προστασία όσων αναγνωρισμένων προσφύγων επιθυμούν να παραμείνουν στην Ελλάδα. Απομόνωση του ρατσισμού και της ξενοφοβίας. Οι λαοί να συγκρουστούν και να ανατρέψουν το σάπιο σύστημα που γεννά πολέμους, εκμετάλλευση, φτώχεια και προσφυγιά: τον καπιταλισμό.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank all honourable Members for this solemn debate.

The Refugee Convention is part of our history, of our treaty, and at the heart of our values and our union. After 70 years, the Convention remains as relevant as ever before. As politicians, it's not enough for us to say nice words. We must commemorate by taking action, and we must act and apply the principles of the Convention because the need is still high and because we have the power to make a difference. We commemorate by action, by advancing on the pact, which is the best way to make sure refugees can exercise their right and that we have a European response to refugee situations, and by stepping up on resettlement.

This Friday, I will hold the High-Level Forum on Resettlement. I have brought together a global coalition of partners on resettlement – the EU, Canada, the United States, the UNHCR – for the very first time. Our goal is to show global leadership on resettlement and to increase pledges, providing safe journeys to a welcome home. That is how we best celebrate the Refugee Convention.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovane poslanke in poslanci, spoštovana komisarka!

Zahvaljujem se vam za vaše intervencije, ki so izpostavile pomen Ženevske konvencije po vsem svetu, seveda tudi po Evropski uniji.

Lahko vam zagotovim, da se Evropska unija in njene države članice zavedajo, kako pomembno je varovati pravico do azila in načelo nevračanja, ki sta zapisana v tej konvenciji in tudi v Listini Evropske unije o temeljnih pravicah. Ti temeljni načeli se morata še naprej izvajati po vsem svetu ter osebam, ki potrebujejo mednarodno zaščito ali bežijo pred vojno, konflikti ali preganjanjem, nuditi zatočišče in zaščito ter varovati njihovo fizično integriteto.

V Evropski uniji je, kot ste tudi sami ugotovili, napredek na omenjenem področju težko doseči. Poudariti pa moramo pomemben uspeh, kot je nedavni dogovor o vzpostavitvi agencije za azil. Zadnji sklepi Evropskega sveta so posebno pozornost namenili prav vprašanju migracij. Sklepi pozivajo k okrepljenemu sodelovanju z državami izvora in tranzita na podlagi vzajemno koristnih partnerstev. Države članice so Komisijo in Evropsko službo za zunanje delovanje pozvale, naj do jeseni pripravita akcijske načrte za prednostne partnerske države.

Lahko vam zagotovim, da bo slovensko predsedstvo nadaljevalo delo, ki so ga predhodniki začeli pri paktu o migracijah in azilu, tako v zakonodajnem delu kot tudi glede zunanje dimenzije migracij.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Prawo do ubiegania się o azyl jest podstawowym prawem człowieka zagwarantowanym na mocy Konwencji ds. uchodźców z 1951 r. Opiera się ona na fundamentalnych wartościach humanitarnych i stanowi kamień węgielny prawa azylowego UE. Jej zasady takie jak zasada non-refoulement stały się częścią międzynarodowego prawa zwyczajowego, co oznacza, że kraje, które nie są jej stronami, są zobligowane do jej przestrzegania. W kontekście trwających wojen, konfliktów i prześladowań oraz rekordowych przesiedleń, od siedemdziesięciu lat skutecznie chroni prawa i życie uchodźców. Jednakże nie zgadzam się, że dzisiaj jest tak samo aktualna, jak była w 1951 roku. Jednym z czynników skłaniających miliony ludzi do migracji są postępujące zmiany klimatu. W prawie międzynarodowym nie ma jednak kategorii uchodźców klimatycznych. W związku z tym istnieje wyraźna luka prawna uniemożliwiająca ochronę tej grupy uchodźców. Definicja uchodźcy w konwencji z 1951 roku nie ma bowiem zastosowania do osób wysiedlonych z przyczyn związanych ze środowiskiem. Z prawnego punktu widzenia nie jesteśmy gotowi na nadchodzące fale migrantów. W związku z tym nawołuję do tego, aby ta rocznica była bodźcem do stworzenia i uznania na arenie międzynarodowej definicji uchodźcy klimatycznego, co umożliwi przyjęcie przepisów ułatwiających procedurę przyznawania statusu uchodźcy tym, którzy uciekają m.in. przed podnoszącym się stanem wód.

20. Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds 2021-2027 — Fonds für integrierte Grenzverwaltung: Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik 2021-2027 (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana yhteiskeskustelu

— kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valiokunnan suosituksesta toiseen käsittelyyn turvapaikka-, maahanmuutto- ja kotouttamisrahastosta 2021-2071 (06486/2/2021 – C9-0225/2021 – 2018/0248(COD)) (A9-0224/2021) (esittelijä: Tanja Fajon) ja

— kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valiokunnan suosituksesta toiseen käsittelyyn yhdenmukaisen rajaturvallisuuden rahastosta: rajaturvallisuuden ja viisumipolitiikan rahoitustukiväline 2021-2027 (06487/2/2021 – C9-0226/2021 – 2018/0249(COD)) (A9-0220/2021) (esittelijä: Tanja Fajon).

Tanja Fajon, poročevalka. – Hvala lepa, hvala lepa predsedujoča, cenjena komisarka, spoštovani plenum.

Danes je pomemben dan za Evropo, za Evropo, ki ima humane, a varne meje ter za Evropo, ki solidarnost in pravično delitev bremen ponovno postavlja v središče svoje migracijske in azilne politike. Z novima skladoma bo imela Unija po novem na voljo sredstva, da ambiciozne cilje tudi uresniči in si pred ključnimi izzivi ne zatiska oči.

Pred nami je še zadnji korak na dolgi in težki poti pogajanj, sklepanja kompromisov za skupno dobro, ne samo za Evropo, pač pa za celotno družbo in evropske državljane.

Na začetku bi se rada zahvalila svojim kolegom, poročevalcem, za vztrajno podporo ter pogajalcem, Evropski komisiji in predsedujočima, Nemčiji in Portugalski, za konstruktiven pristop in dosežen dogovor.

Evropska unija bo v naslednjih sedmih letih na ključnih področjih upravljanja z mejami ter migracijami skupaj namenila 16 milijard evrov sredstev, kar je skoraj trikrat toliko kot v obdobju pred tem.

Da bi zavarovali prost pretok gibanja znotraj schengenskega prostora, moramo učinkovito upravljati z migracijami. Da lahko zagotavljamo prostor brez nadzora na notranjih mejah, moramo prav tako učinkovito in varno, a hkrati človeško, ob spoštovanju temeljnih človekovih pravic, upravljati z našimi mejami.

Evropska unija bo zdaj imela zadostna sredstva, da to tudi udejanji. Ne bo se mogoče več skrivati in pretvarjati. Z novima finančnima instrumentoma, z novima skladoma, določamo tudi veliko bolj jasna pravila za porabo evropskega denarja za eno izmed najbolj občutljivih, tudi najbolj spornih, a hkrati najbolj pomembnih politik v Evropski uniji v zadnjih letih.

Govorimo o politiki do migracij, ki je močno okrepila nezaupanje med evropskimi vladami in nezaupanje med našimi državljani. Ključno je to, da smo krhek, a uravnotežen kompromis na koncu vendarle sklenili.

Evropa po zadnji migracijski krizi leta 2015 še vedno, žal, ni našla učinkovitih rešitev in skupnega odgovora, kako naprej. Še vedno se borimo in prizadevamo za skupno migracijsko in azilno politiko. Čeprav smo prav v tej stavbi že dosegli velik dogovor, je žogica še vedno na strani evropskih vlad. In žrtev teh nesoglasij znotraj Evropske unije so najprej postali nedolžni ljudje, mnogi, ki tudi izgubijo življenja. Države članice v Sredozemlju so večinoma še vedno prepuščene same sebi.

Talec je žal postal tudi schengen, schengensko območje, ki danes ne deluje učinkovito, kot smo ga poznali. Ker danes mnoge države še vedno izvajajo, in dolga leta izvajajo, neupravičeno, nezakonito notranje nadzore na mejah.

Nova finančna instrumenta, o katerih nocoj razpravljamo, nova sklada, naslavljata ravno ta ključna vprašanja na podlagi solidarnosti in pravičnih delitev bremen, zlasti najbolj izpostavljenih držav članic, bo Unija namenila več denarja za preseljevanje in premeščanje beguncev. Več denarja bo namenjenega za azilne postopke ter vključevanje ljudi v družbo, kjer bodo večjo vlogo z neposrednim financiranjem pridobile lokalne skupnosti, ključne za uspeh integracije.

Na drugi strani bo sklad prav tako podpiral vračanje ljudi v države izvora, ki do mednarodne zaščite v Uniji niso upravičeni.

Drugi sklop ukrepov se nanaša na naše meje. Dogovor bistveno krepi sposobnost Evrope, da bo bolj učinkovito upravljala z mejami ter s tem povečuje skupno varnost.

A meje morajo ostati humane, moderne, digitalizirane in pretočne, prav tako prihodnja evropska vizumski politika. Iz pandemije koronavirusne bolezni se moramo zato tudi nekaj naučiti, želimo Evropo spet brez meja.

In navkljub vsem naporom so evropske, zlasti morske meje, še vedno zelo smrtonosne. Ne smemo dopustiti, da bi ljudje umirali pred vrati Evrope. Prav tako moramo zagotoviti, da se človekove pravice vselej spoštujejo, tudi na meji in v mejnih postopkih.

Prav tako moramo zagotoviti, da se človekove pravice vselej spoštujejo tudi na meji in ne smemo dopustiti, da nezakonita in verižna vračanja postanejo prikrit način upravljanja z mejami. S tem ne samo spodkopavajo skupno migracijsko politiko pač pa dovoljujejo, da tihotapci ljudi še vedno mastno služijo na račun človeških tragedij.

Zahvaljujoč Evropskemu parlamentu, kolegom, ki so me spremljali na tej poti, bo odslej več denarja namenjenega operacijam iskanja in reševanja na morju, a hkrati bomo več denarja namenili tudi za varovanje, modernizacijo in digitalizacijo meja.

Sporočilo Evropskega parlamenta nocoj državam članicam kot tudi našim državljanom je jasno. Unija misli resno, mislimo 16 milijard evrov razlogov resno, da evropski voditelji končno presežejo blokado ključnih reform. Izgovorov več ni. Zdaj imamo na voljo zadostna sredstva, da skupno politiko učinkovito tudi izvajamo.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, this is an achievement, and I warmly thank the rapporteur, Ms Tanja Fajon, and the shadow rapporteurs for their relentless efforts to conclude the negotiations with the Council on the Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) and on the Instrument for Financial Support for Border Management and Visa.

There are, of course, still a lot of people in crisis, but Europe is no longer in a migration crisis. Our Asylum, Migration and Integration Fund reflects this change. We are moving away from a permanent state of emergency funding to focus on more structural support for migration management, still always putting people first. That doesn't change. The fund helps Member States to help people, mainly by funding internal needs, but also acknowledging needs beyond the EU's external border, subject to appropriate safeguards, and allowing the new Neighbourhood, Development, and International Cooperation Instrument to play its role in migration management.

This Friday, I will host a high-level forum on resettlement. I want Europe to become a global leader on resettlement, helping people in need of international protection to safety. The fund provides the financial firepower to achieve this ambition, creating incentives for Member States to effectively resettle people and allowing Member States to organise projects to support refugees. The fund supports legal pathways to Europe, helping talent to thrive and our businesses to prosper. The fund supports integration and inclusion by helping people to build new homes and new lives in Europe. We will work closely with other EU funds, such as the European Social Fund Plus (ESF+), to maximise synergies and make a real difference for people on the ground.

The fund also supports dignified returns of those not eligible for asylum that have to return to their country of origin. In short, this agreement on the AMIF is another important step towards a more European way of managing migration. As the examples I just mentioned show, it will play a strategic role in the implementation of the new Pact on Migration and Asylum.

The effective protection of the EU's external border is crucial if we are to manage the challenges ahead. The instrument for financial support for border management and visa policy will support strong and smart borders. It will facilitate legitimate border crossings, while preventing irregular migration and cross-border crime. It will support the good functioning of the Schengen Area without internal border checks, a topic we will discuss more in the next debate, and support a higher internal security level.

Over the past few years, a number of measures have been introduced to address the immediate challenges and to put in place the important building blocks needed to ensure strong and smart borders. The funds will support the continuation of this work by ensuring that large-scale IT systems used for border management are robust and can function seamlessly with one another and with national systems, and by ensuring that the EU's common visa policy adapts to evolving security concerns, challenges linked to migration and new opportunities offered by technological developments. The fund will contribute to enhance the Member States' capacities in these areas, reinforce cooperation and harmonisation between Member States, and create synergies between national authorities and Frontex.

The fund will be providing for a minimum level of expenditure of 10% in the common visa policy to ensure a harmonised approach with regard to the issuance of visas. This will facilitate travel. It will also build trust by helping to ensure a similar level of protection of the borders. It will address the current differences between the Member States due to geographical location and differences in capacities and resources available. The increased budget, amounting to EUR 6.3 billion, will allow us to meet unforeseen needs and new priorities in a better way. Our EU funds will help us to put our policies into practice, help us to manage migration and restore Schengen to free movement. We now have seven years ahead of us to translate into actions the opportunities and support captured in these two funds.

The Commission will update Parliament and the Council on the developments, and counts on your continued support throughout the implementation period.

Jeroen Lenaers, on behalf of the PPE Group. – Madam President, dear Commissioner, year after year, survey after survey, we know that migration is one of the topics that is most important to our citizens, a topic that Europeans expect the European Union to take seriously and to address at European level.

This new fund for asylum, migration and integration is a very important first step to show that we have received that message. We tripled the size of the budget to almost 10 billion to also really reflect the magnitude of the challenges that we are facing. These challenges are diverse. Member States need our assistance to fight illegal migration, to make solidarity a reality, to ensure good reception conditions, to effectively integrate refugees and to make sure that those who cannot stay are also returned to their country of origin.

And yes, this is in essence an internal EU fund, but we must not make the mistake of ignoring the external factors of migration. We need to work with countries of origin and transit to fight smuggling networks together, to support reintegration projects and to offer perspectives in the region. I am happy that the majority of this Parliament ultimately agreed with the EPP to allow this fund to have the flexibility to do so, because if there's anything we've learned in the past seven years, it is that the future is not always predictable, so we need this flexibility also to be able to respond swiftly to the challenges of the future.

And all we need is political willingness in the Member States not only to spend the money under this fund, which is fairly easy to do, but to finally take political responsibility to break the deadlock in the Council and to agree on a common European asylum system.

Cyrus Engerer, f'isem il-grupp S&D. – Sinjura President, ha nkun ċar mill-bidu. Il-pakkett tal-immigrazzjoni minghajr solidarjetà bejn l-Istati Membri ma huwiex aċċettabbli. Ma nistghux inhallu numru żgħir ta' pajjiżi li jiġu jaqgħu u jqumu mill-valuri u l-prinċipji Ewropej tas-solidarjetà, iżommu lilna kollha ostaġġi u mwahhlin milli nimxu 'l quddiem, bil-konsegwenza li l-pajjiżi tal-periferija, bħal Malta, jithallew wahedhom fuq l-immigrazzjoni.

Din mhux aċċettabbli!

Wiehed mill-erba' pilastri tal-Fond għall-Azil, l-Immigrazzjoni u l-Integrazzjoni huwa propju s-solidarjetà u li l-fond jassigura li l-Istati Membri li huma l-iktar affettwati mill-immigrazzjoni għandhom isibu lill-kumplement tal-Unjoni Ewropea magħhom, solidali u b'politika u sistemi komuni biex naffaċċjaw l-isfidi flimkien.

Hu ċar li dan mhux isir – l-unika haġa li ssir hu li nġhattu l-problema bil-flus, però dan ma jsołvi xejn. Filwaqt li l-intenzjoni ta' għajnuna finanzjarja hi wahda tajba hafna, is-soluzzjoni mhux aktar flus, iżda solidarjetà fil-prattika.

Jan-Christoph Oetjen, im Namen der Renew-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Tanja Fajon, liebe Frau Kommissarin! Wir bringen heute zwei Fonds zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in der Migrationspolitik auf den Weg.

Ich sage das bewusst so, dass wir das zur Unterstützung der Mitgliedstaaten tun, weil wir mit diesen Fonds auch die Lehren aus der Migrationskrise von 2015/16 ziehen. Wir haben – das hat die Kommissarin gerade schon gesagt – die Instrumente, die damals ad hoc eingesetzt wurden, jetzt verstetigt, und die Mitgliedstaaten genießen gleichzeitig Flexibilität bei der Nutzung dieser Fonds, was sehr wichtig ist. Wir stärken auch gerade die Staaten, die besonders viele Migranten erreichen, indem wir ihnen im Endeffekt höhere Zuwendungen ermöglichen.

Mit den Fonds unterstützen wir auf der einen Seite Integration derer, die kommen. Wir unterstützen das *resettlement*, das heißt, dass wir für diejenigen mit der größten Vulnerabilität legale Wege zu uns nach Europa schaffen. Aber gleichzeitig ermöglichen wir natürlich auch, durch den Fonds Rückführungen zu fördern. Insofern glaube ich, dass wir bei den Möglichkeiten, über die die Mitgliedstaaten verfügen, eine gute *balance* haben.

Der zweite Fonds stärkt den Grenzschutz. Und es ist mir besonders wichtig, noch einmal deutlich zu sagen, dass es jetzt darum geht, dass die Mitgliedstaaten diese Mittel abrufen und auch nutzen. Denn das Ziel ist doch, dass wir in der Europäischen Union natürlich einen guten Außengrenzschutz haben, im Inneren der Europäischen Union aber eben über alle Freiheiten verfügen und keine Grenzen mehr haben. Insofern erwarte ich von den Mitgliedstaaten auch, dass sie die Mittel abrufen und dass sie dann aufhören, vom Schengen-Acquis abzuweichen, und auch alle bisherigen Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union abbauen.

Und am Ende mein Appell an die Mitgliedstaaten: Hören Sie auf, in der Migrations- und Asylpolitik zu blockieren! Begeben Sie sich auf den Weg, dass Sie endlich konstruktiv mit uns daran arbeiten, dass wir ein gemeinsames europäisches funktionierendes Asyl- und Migrationssystem haben, das auf den Werten von Rechtsstaatlichkeit und Humanität basiert und das Solidarität mit allen Mitgliedstaaten beinhaltet, in denen viele Flüchtlinge ankommen.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, on behalf of my colleague, shadow rapporteur Alice Kuhnke, many thanks to the rapporteur for her great work and achievements. I think due to the pressure of the European Parliament a number of important improvements have been made in this legislation, like more emphasis on non-discrimination of fundamental rights, support for humanitarian visa, and improving the visa policies and search and rescue as an autonomous implementing measure. But we object to some other elements like the unlimited possibilities to fund border cooperation with third countries and to the large-scale IT systems interoperable in the hotspots.

But our main objection actually, for the moment, is in general that we have big problems with agreeing at the moment on a huge amount of financial support for external border management in a time of persistent and consistent allegations of fundamental rights violations at the border without transparent and thorough investigations or enforcement actions from the Commission. We first need to see improvements in respect for fundamental rights and accountability and this funding should be made conditional upon fundamental rights compliance. It should be a tool to demand monitoring and compliance and to link the funding to the condition that a Member State which cooperates with Frontex fully also cooperates with monitoring and investigations by Frontex.

I would like to hear and see from the Commission that this will be part of the gain. But for now, for the reasons I gave, we will abstain.

Peter Kofod, *for ID-Gruppen*. – Fru formand! Man bliver jo en lille smule overrasket, når man sidder her og følger debatten, og det, kommissæren siger. Kommissæren siger blandt andet: »Europa er ikke længere i en migrationskrise«. Altså lad mig spørge, fru kommissær: »Hvilken planet lever du på?« Du er jo helt væk. Europa befinder sig i en folkevandringstid, og det, man kommer til at lægge frem her i dag, kommer ikke til at løse vores problemer. Vores omfattende problemer med masseindvandring fra Mellemøsten og fra Afrika, der sætter et meget, meget uheldigt præg på det Europa, som vi holder af, men som er under hastig forandring. Det udvikler sig til ghettoer, social kontrol, dominansvold, kriminalitet, områder, der er fuldstændig lovløse og meldt ud af de skandinaviske og europæiske samfund. Og det dur selvfølgelig ikke i fremtiden. Derfor så er jeg også chokeret over, at der ikke engang er en anerkendelse af de eksisterende problemer, som dette kontinent har. Og uden anerkendelse af problemerne er der jo heller ikke mulighed for at løse dem. Det her system kommer aldrig til at løse dette, og det gør mig ærlig talt skuffet.

Joachim Stanisław Brudziński, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Fundusz obejmuje wspólną politykę azylową, rozwój legalnej migracji zgodnie z potrzebami gospodarczymi i społecznymi państw członkowskich, promowanie skutecznej integracji i włączenie społeczne obywateli państw trzecich oraz zwalczanie nielegalnej migracji. Polska w toku negocjacji poparła propozycje z zakresu zarządzania migracjami, które zmierzają do ograniczenia niekontrolowanego napływu migrantów, zwalczania ruchów wtórnych poprzez uszczelnienie procedur azylowych i wzmocnienie sankcji wobec nielegalnych migrantów, oraz są powiązane z zarządzaniem ochroną granic w tym polityką powrotową.

Nie sprzeciwiamy się stworzeniu jednolitej procedury przesiedleń w Unii Europejskiej, jednakże pod warunkiem dobrowolnego udziału państw członkowskich w zaproponowanych działaniach. Polska podtrzymuje sprzeciw w odniesieniu do propozycji zarządzania migracjami, które opierałyby się na mechanizmie przymusowej relokacji. W ocenie Polski kluczem do stworzenia trwałych rozwiązań zapewniających stabilizację sytuacji migracyjnej i odporność na ewentualne przyszłe sytuacje kryzysowe jest przede wszystkim wzmocnienie i ochrona granic zewnętrznych oraz działania prowadzone poza Unią w państwach pochodzenia i tranzytu migrantów. Musimy pomagać tym nieszczęśnikom, ale tam, gdzie ten problem jest, czyli w ich krajach.

Miguel Urbán Crespo, en nombre del Grupo The Left. – Señora presidenta, este Fondo debería ser una herramienta estructural clave para apoyar el asilo y la integración. Debería permitir que los fondos pudieran ser recepcionados y gestionados, sin ningún tipo de obstáculo, por ayuntamientos y municipios. Debería ser un Fondo que alentara las políticas de regularización. Debería ser muchas cosas más que no es.

Y, a pesar de que incluye cuestiones positivas, como apoyar la solidaridad real entre Estados miembros, el reasentamiento humanitario y la mención explícita a tener en cuenta a las ONG en la implementación de fondos, no podemos apoyar con nuestro voto un Fondo que se dice a sí mismo de asilo e integración, pero que incluye la financiación para la externalización de fronteras a terceros países y las devoluciones.

Porque integrar y deportar son elementos contradictorios y porque una política centrada en la externalización de fronteras y en la deportación ya sabemos muy bien en donde acaba: en la violación sistemática de los derechos humanos. Y para eso no cuentan con nuestro voto.

Mislav Kolakušić (NI)... – oštovana predsjedavajuća, poštovane kolege, dragi građani Europske unije, Europa se nalazi pod invazijom nekoliko milijuna ilegalnih imigranata.

Posljedica je to želje za profitom velikih industrijalaca Njemačke, Italije i Francuske koji su zbog želje za enormno jeftinom radnom snagom doveli Europu do ruba sukoba. Milijuni ilegalnih imigranata ulaze u Europu. Sve države Europske unije krše vlastite propise. Ilegalni prelasci granice ne kažnjavaju se. Svi državljani i sve države Europe imaju stroge zakone o tome. Propisane su kazne zatvora, visoke novčane kazne. Poštujmo vlastite propise i nećemo imati ilegalne imigracije.

Vi koji želite jeftinu radnu snagu s Bliskog istoka i Afrike uvedite čartere. I nemojte maltretirati države koje nemaju dovoljno radnih mjesta i za vlastite građane.

Tom Vandenkendelaere (PPE)... – oorzitter, we moeten de Europese buitengrenzen doeltreffend beheren. Dit is de enige manier om te zorgen voor een robuust intern systeem dat stoelt op vertrouwen, solidariteit en verantwoordelijkheid, hetgeen van cruciaal belang is in de strijd tegen al dan niet politiek gestuurde illegale migratie, terrorisme en zware criminaliteit. Daarnaast hebben we behoefte aan een geharmoniseerde aanpak voor visa, opdat we het volledige potentieel van de Schengenruimte kunnen benutten zonder de integriteit en de interne veiligheid van de burgers aan te tasten.

Ik ben blij dat we vandaag het instrument voor financiële steun voor grensbeheer en visumbeleid goedkeuren, dat lidstaten moet helpen die voor uitdagingen aan hun buitengrenzen staan. De fondsen moeten de digitalisering versnellen met het oog op de totstandbrenging van snelle, correcte en kwalitatief hoogstaande procedures.

Laten wij vooral van deze gelegenheid gebruikmaken om de lidstaten nogmaals op te roepen werk te maken van nauwere Europese samenwerking. Het gecontroleerd beheer van migratiestromen kan enkel slagen als wij de handen ineen slaan.

Domènec Ruiz Devesa (S&D)... – eñora presidenta, permítame empezar felicitando a mi colega Tanja Fajon por el buen resultado de las negociaciones de estos informes, que son indispensables para dar apoyo a las personas que necesitan protección internacional.

Pero la situación en el Mediterráneo, señora comisaria, va de mal en peor. Las muertes este año se han triplicado y todavía no tenemos un plan para hacer frente al aumento de llegadas, que sabemos que ocurre todos los años. Entre tanto, el Grupo PPE en esta Cámara parece rehén del discurso de la extrema derecha.

Señores de la ultraderecha, les miro a ustedes. Acaban de publicar una declaración sobre el futuro de Europa en la que afirman que esta se funda en los valores cristianos. Bueno, veamos qué dice el Papa sobre los valores cristianos, ¿no? Alguna autoridad digo yo que tendrá en la materia. Dice que la migración no es una amenaza para el cristianismo, que rechazar a un inmigrante en dificultades, sea de la confesión religiosa que sea, es una grotesca falsificación del cristianismo.

Concluyo con una cita del Evangelio. Dijo Jesús: «Fui forastero y me acogisteis» (Mateo 25, 35).

Fabienne Keller (Renew)... – adame la Présidente, Madame la Commissaire, chère Ylva Johansson, Madame la rapporteure, chère Tanja Fajon, je tiens à saluer l'accord sur le Fonds «Asile, immigration et intégration» et sur le Fonds pour la gestion intégrée des frontières pour la période 2021-2027. Ces deux instruments financiers sont l'expression d'une solidarité de fait entre les États membres sur les questions d'asile et de migration.

Pour les sept années à venir, voilà 16 milliards d'euros qui permettront de soutenir des projets en faveur de l'accueil des demandeurs d'asile ou de l'intégration des réfugiés et de mieux lutter contre les réseaux de passeurs et l'immigration irrégulière. Les agences européennes – je pense notamment à l'Agence européenne pour l'asile et à Frontex – ont également un rôle croissant dans ces missions d'appui aux États.

Grâce à ces instruments, l'Union pourra financer des moyens matériels et humains pour améliorer l'efficacité des procédures d'asile dans le plein respect des droits des personnes. L'Union bénéficiera aussi d'une réserve de crise pour aider un État membre en cas de pression migratoire dans un délai court. Enfin, je voudrais saluer le soutien rendu possible aux collectivités locales qui mènent des projets d'intégration et qui agissent au plus près des personnes.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE)... – eñora presidenta, señora comisaria, señora ponente, desde el verano de 2015, cuando Europa vivió una crisis humanitaria y política sin precedentes, hemos presenciado una falta sistémica de la solidaridad hacia los migrantes forzosos. Hemos sufrido la ausencia de una narrativa que combata los discursos excluyentes.

En este contexto, fortalecer las políticas de integración es imprescindible. En muchos casos son las autoridades regionales las responsables de aplicar estas políticas y, pese a que nos alegramos del aumento del presupuesto para el FAMI, lamentamos que el Reglamento solo establezca una asignación mínima del 20 % para el objetivo de solidaridad del Fondo y una asignación del 5 % para las autoridades locales y regionales.

Resulta más evidente que nunca que los retos de Europa solo se pueden afrontar desde una perspectiva multinivel, en la que todos los actores, incluidas las autoridades locales y regionales y la sociedad civil, contribuyan a construir una Europa más sólida y más solidaria.

Jaak Madison (ID)... – ugupeetud istungi juhataja! Ma räägin kõige ilusamas keeles maailmas, milleks on mu emakeel eesti keel. Esiteks suur tänu proua Johanssonile, teiseks ma kiiresti kommenteeriksin rõõmuga head kolleegi sotsialistide seast, kes väitis midagi Kristusest ja tsiteeris paavsti. Mul oleks väga hea meel, kui enamus siin saalis oleksid kristlased nagu minagi, sest sellisel juhul me ei saaks aktsepteerida vabade piiride poliitikat, kus igauks võib sisse tulla, kust tema vähegi tahab.

Ma pean lisama, et see mida paavst ütles, käib ehk katoliiklaste kohta, kuid mina olen luterlane. Seega mulle õnneks need katoliiklikud sõnavõtud ei loe väga palju ja minu filosoofia on siiski see, et eelkõige tuleb kaitsta oma inimesi.

Ma tahaksin näha siin saalis inimesi, kes jätaavad oma koduukse lahti ja kutsuvad kõiki võõraid külla: „Tulge aga siia – ma usun, et te head inimesed olete, ma annan teile süüa, ma annan teile aseme, kus magada. Ma üldse ei karda mitte kedagi.” Kui lõpuks keegi ära tapetakse, nagu näiteks nädal aega tagasi Somaalia migrant tappis ära kolm inimest, siis ütleme, et juhtus, et ma ise olin selles süüdi. Äkki ma olen liiga ksenofoobne, äkki ma pole küllalt salliv tema suhtes. See on ju hullumeelne, saate sellest väga hästi aru. Ja see on kristlik mõte – kaitseme oma inimesi ja aitame neid, kes päriselt abi vajavad.

Beata Kempa (ECR)... – ani Przewodnicząca! Raz na zawsze musimy skończyć z tragicznymi obrazkami tonących migrantów próbujących się przedostać do Europy, tylko dlatego że ktoś im obiecał przyszłość. Aby tak się stało, musimy uszczelnić granice, wzmocnić kooperację między krajami, wprowadzić twarde prawo odsyłania nielegalnych imigrantów i jednocześnie legalne ścieżki migracji do krajów Unii Europejskiej. Realizacji tego celu ma służyć Fundusz Azylu i Migracji. Na lata 2021-27 wyniesie on blisko 10 mld euro. Zwiększa się również tematyczne powiązanie funduszu. Są dodatkowe możliwości dla krajów szczególnie dotkniętych nielegalną migracją.

Rzeczywiście Polska również przeprowadzała projekty w Grecji, pomagając tam poprzez placówki misyjne, aby zredukować ten ogrom cierpienia. I to jest ważne narzędzie, ale też cieszę się, jako była minister do spraw pomocy humanitarnej, że po długich negocjacjach udało się w końcu uzgodnić przyznanie ponad 36% na pomoc humanitarną w przypadkach nagłych, szczególnie klęsk humanitarnych. Ważne, żebyśmy to przyjęli i odnotowali.

Milan Uhrík (NI)... – ážená pani predsedajúca, súčasná Európa má dve tváre. Na jednej strane tu máme informácie o tom, ako sa napríklad slovenskí občania nevedia bez očkovania alebo bez nutnosti platenia si PCR-testov dostať na územie vlastného štátu, a na druhej strane tu máme informácie o tom, ako lode mimovládnych zahraničných organizácií zachraňujú imigrantov v Stredomorí a prinášajú ich na územie Európskej únie. Len včera priniesla mimovládna loď Ocean Viking do Európskej únie takto 572 migrantov.

Prosim vás, čo je to za Európu? Čo sú to za štáty, do ktorých sa ľahšie dostane nelegálny imigrant z Afriky ako ich vlastný občan. Tých 10 miliárd EUR, ktoré chce Európska únia vyčleniť na Fond pre azyl a migráciu, musí byť na 100 % použitých v prospech Európanov a nie v prospech príslušníkov cudzích štátov.

Lena Düpont (PPE)... – adam President, at the beginning of this term we made a promise, a Europe that protects, and while we saw new challenges emerging we also prepared ourselves better. An important part of that other funds we're debating right now is an increased budget supporting not only border protection and migration management, but also measures of solidarity and integration. But where funds are crucial and closer cooperation is well received we also need to be aware of the broader dimension.

Last week, the last year, unfortunately proved that the European Union is, and probably will be again, faced with neighbours like Erdoğan, Lukashenko or others, neighbours that are not only questioning our way of life but that are trying to attack and destabilise the European Union as a whole, instrumentalising both the current stalemate on the pact and people already in a vulnerable situation.

Our answer to that needs to be firm. Protecting our Member States under pressure, solving the stalemate, and backing the European agencies providing their support on our behalf, for a Europe that protects.

Bettina Vollath (S&D)... – rau Präsidentin, Frau Kommissarin! Am 28. Juli ist der 70. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention. Durch sie haben Flüchtlinge aus gutem Grund weltweit klare, auf Grund— und Menschenrechten basierende Rechte erhalten. Ein Blick auf die Situation an unseren Außengrenzen zeigt jedoch, dass wir diesem Anspruch nicht im Geringsten gerecht werden.

Die europäische Asylpolitik hat massivste Menschenrechtsverstöße zur Folge: systematische *pushbacks*, Massensterben im Mittelmeer und völlig inhumane Zustände in Erstaufnahmezentren, wie ich erst vor zwei Wochen auf Lesbos selbst wieder sehen musste.

Rechtsbrüche wie *pushbacks* gibt es aber auch innerhalb der Union, wie zuletzt ein Urteil des Landesverwaltungsgerichts Steiermark, meiner Heimat, zeigt. Dieses zeigt auf, dass Menschen in illegalen Ketten—*pushbacks* von österreichischem Boden über Slowenien und Kroatien nach Bosnien zurückgedrängt wurden.

Asyl und Migration ist eine der großen Zukunftsfragen der Europäischen Union. Der Ruf nach einer gemeinsamen solidarischen Lösung ist deswegen nicht realitätsfern, sondern unverzichtbar für eine gute Zukunft in Europa. Und genau dafür einzutreten, hat nichts mit Blauäugigkeit zu tun, sondern blauäugig und sogar gefährlich ist es, zu glauben, dass man den Frieden in Europa auf Dauer durch Spaltung und Ausgrenzung halten kann.

Laura Huhtasaari (ID)... – rvoisa puhemies, täällä on puhuttu tänään kristillisistä arvoista. Ihan hyvä, että on puhuttu, mutta on kuitenkin laskettu, että vuonna 2050 Ruotsissa enemmistöuskonto olisi islam, joten islam tulee korvaamaan kristilliset arvot ainakin Ruotsissa.

Ongelmia Euroopassa on aiheuttanut loppumaton humanitaarinen ja sosiaaliperusteinen nuorten miesten maahanmuutto Afrikan sarvesta ja Lähi-idästä. Tanska on tähän kyllästynyt. Tanska haluaa siirtää turvapaikanhaun keskuksiin maansa ulkopuolelle. Tanska haluaa vastaanottaa nolla turvapaikanhakijaa.

Maahanmuuttopolitiikassa kansainvälinen yhteistyö on erittäin tärkeää. Tanska ja Britannia keskustelevat parhaillaan yhteisten vastaanottokeskusten siirtämisestä Afrikkaan. Toivon hartaasti, että yhä useampi maa, kuten Suomi, seuraisi Tanskan mallia, ja toivon myös, että komissio tukisi taloudellisesti tällaista mallia, joka oikeasti toimii. Miksi Unkarissa ja Puolassa ei ole terrori-iskuja? Koska nämä maat vartioivat rajojaan.

Pernille Weiss (PPE)... – ru formand! Det koster at passe godt på EUs ydre grænser. Sådan er det, for kun med den og vores økonomiske muskel, kan vi passe godt på det Europa og den frie og retfærdige verden, som vores børn snart skal overtage. Det koster også, at tilstrømningen af illegale migranter endnu ikke er bremsed, og det koster at behandle fremmede ordentligt, som er faldet i menneskehandlernes arme. Derfor er der noget godt at sige om asyl- og migrationsfonden og fonden for grænsekontrol. Men der er ingen tvivl om, at vi ikke kan nøjes med at betale os fra problemerne. Heldigvis skal vi snart se en ny lovpakke vedrørende migration, og jeg håber, den kommer til at indeholde især to ting; mod og metoder til at være aktivt og tydeligt til stede i tredjelande, hvorfra vi kan sikre os, at kun mennesker med et reelt beskyttelsesbehov eller et legalt aftalt ærinde kommer ind i EU. Konkrete, effektive værktøjer til hurtig hjemsendelse af mennesker, der trods forstærket indsats ved de ydre grænser i tredjelande alligevel er sluppet ind under radaren. Findes de værktøjer ikke, kan vi ikke betale nok så mange penge på den korte bane. På den lange, vil der ikke være noget at betale med eller betale for.

Łukasz Kohut (S&D)... – ani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Prawie 70 lat temu społeczność międzynarodowa dojrzała do tego, aby w uchodźcach – ludziach uciekających przed prześladowaniem i śmiercią – dostrzec ludzi. Takich samych jak wszyscy inni: z prawem do życia, życia wolnego od głodu i strachu. Dziś, jako Unia Europejska, tworzymy Fundusz Azylu Migracji i Integracji, fundusz, który ma pomóc właśnie tym zmuszonym do opuszczenia swoich domów, swoich hajmatów, z różnych przyczyn: wojen, katastrofalnych zmian klimatycznych czy sytuacji gospodarczej. Zdajemy egzamin z humanitaryzmu, bo pamiętajmy: każdy jest z skądś. Historia tego kontynentu to historia migracji, historia wielokulturowości, wieloetniczności. Przykładem jest także mój Śląsk. I to także jest nasza przyszłość. Nie bójmy się takiej przyszłości, bo różnorodność to wartość, to bogactwo, które pozwala nam się rozwijać.

Jordan Bardella (ID)... – adame la Présidente, Madame la Commissaire, qui êtes en train de tricoter pendant que nous parlons de l'avenir et de l'identité de nos peuples... Sept personnes attaquées au couteau en Suède: l'auteur est un Afghan arrivé en 2016, déjà connu des services de police. Des écoliers menacés au couteau à Ermont, en France: l'auteur est un Haïtien multirécidiviste. En Allemagne, Christiane, 49 ans, Johanna, retraitée, Steffi, 24 ans, qui était venue acheter une robe pour le mariage de son amie: toutes ont été spécifiquement visées en tant que femmes et assassinées au couteau par un Somalien arrivé en 2015 comme demandeur d'asile.

Plus un mois ne passe en Europe sans une attaque impliquant un migrant fraîchement débarqué – qui mettra un genou à terre pour ses victimes? Le texte que vous nous proposez est une pompe aspirante à davantage de violence dans nos sociétés, alors même que votre responsabilité première est de les protéger. Qu'il s'agisse du traitement de l'asile dans les pays de départ comme du durcissement des sanctions contre les passeurs, l'exemple du Danemark comme celui du Royaume-Uni devraient vous inspirer, car ils correspondent à ce qu'attendent aujourd'hui une majorité de peuples européens.

Karlo Ressler (PPE)... – oštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, uspješne politike emigracija, azila i integracija kao upravljanje granicama nemogući su bez konkretne financijske podrške.

Europska sredstva osnažuju i usmjeravaju našu zajedničku borbu protiv nezakonitih migracija ali i protiv prekograničnog kriminala i terorizma. Zemlje na vanjskoj granici, poput Hrvatske, osnažuju tako svoju policiju tehnički najmodernijom opremom, povećavaju sigurnost uz puno poštivanje nacionalnih i europskih propisa. Jedino koordinirane, uravnotežene, europske politike mogu dovesti do suzbijanja zlouporaba, povratka onih koji ne ostvaruju pravo na međunarodnu zaštitu, bolje suradnje s trećim državama i kvalitetne integracije koje će spriječiti stvaranje paralelnih društava.

Čestitam izjaviteljici na ovome uspjehu ali sljedeći korak mora biti sveobuhvatni dogovor o europskoj politici migracija i azila.

Gerolf Annemans (ID)... – oorzitter, ik wil het na dit verbijsterende debat kort hebben over aantrekkingskracht.

De zomer is begonnen en de Middellandse Zee wordt weldra opnieuw het toneel van de dodelijke migratiepolitiek van dit Parlement. De meerderheid van het Parlement, die keer op keer voor het Europese opengrenzenbeleid stemt, is daarvoor verantwoordelijk.

Zij is tevens verantwoordelijk voor de dubbele aantrekkingskracht van het asielbeleid en de open grenzen. De sociale bescherming en gezondheidszorg in Europa, enerzijds, en het perverse asielsysteem met open grenzen, anderzijds, vormen samen de reden dat de situatie uit de hand is gelopen en heeft geleid tot een open uitnodiging aan de hele wereld om naar Europa te komen.

De meerderheid van het Parlement is verantwoordelijk voor het veel te grote aantal doden dat ook deze zomer weer zal vallen in de Middellandse Zee. We moeten een einde maken aan het automatisme van de open grenzen om de aantrekkingskracht weg te nemen.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank all those present for this debate.

These two very different funds that we have discussed today have one thing in common. They help us put policies into practice, policies that are important for people, policies that have big and broad support in this Parliament, in the European Union, but of course, these policies are not supported by everybody, which is also clear from this debate.

The Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) helps us to manage migration, to support the integration of refugees, to support legal pathways to Europe. The fund will help Europe to become a global leader on resettlement by helping Member States to resettle people and support the dignified return of people who have no right to stay in the European Union. The shifting from emergency funding to structural support reflects our present reality, that Europe is no longer in the migration crisis. In short, this agreement on the AMIF is another important step towards delivering the pact.

The Integrated Border Management Fund (IBMF) supports strong and smart borders, making it easier for legitimate travellers to enter Europe and to keep terrorists and criminals out. This fund supports large-scale IT systems and their interoperability. It is essential to build the most advanced external-border management system in the world. This fund will help adapt and modernise EU visa policy to changing times and address differences between Member States.

In conclusion, these funds help to support policies that are important to Europe and important to our citizens, to manage migration and to support freedom of movement and to keep the Schengen Area safe.

Puhemies. – Yhteiskeskustelu on päättynyt.

Turvapaikka-, maahanmuutto- ja kotouttamisrahastoa koskevan Tanja Fajonin suosituksen toiseen käsittelyyn osalta käsiteltäväksi ei ole jätetty ehdotusta neuvoston kannan hylkäämiseksi eikä yhtään tarkistusta työjärjestyksen 67 ja 68 artiklan nojalla. Neuvoston kanta katsotaan näin ollen hyväksytyksi ja täten myös ehdotettu säädös on hyväksytty.

Tanja Fajonin suosituksesta toiseen käsittelyyn yhdenntetyn rajaturvallisuuden rahastosta: rajaturvallisuuden ja viisumipolitiikan rahoitustukiväline vuosille 2021-2027 äänestetään huomenna keskiviikkona 7. heinäkuuta 2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – A livello europeo mancano ancora soluzioni efficaci e una risposta comune in merito alla gestione dei flussi migratori.

L'Unione europea ha stanziato un totale di 16 miliardi di euro da spendere nei prossimi sette anni nei settori chiave della gestione delle frontiere e della migrazione. È apprezzabile che con il Fondo Asilo e migrazione 2021-2027 venga previsto, per l'assegnazione dei finanziamenti ai programmi nazionali, un importo fisso a cui si aggiunge un importo assegnato sulla base di un criterio di ripartizione che rispecchierà le esigenze e le pressioni subite dai vari Stati membri per asilo, migrazione legale, integrazione e lotta contro la migrazione irregolare, compreso il rimpatrio. Inoltre, il Fondo potrà fornire migliori risposte, in termini di flessibilità e rapidità, tramite uno strumento tematico che permetterà di erogare finanziamenti per determinate azioni, tra cui assistenza in caso di emergenza e sostegno agli Stati membri che contribuiscono agli sforzi di solidarietà e responsabilità.

Sono proprio questi ultimi due elementi a essere carenti, quelli di cui l'UE e gli Stati in prima linea sentono di più il bisogno affinché possano essere realizzate concretamente delle politiche europee in materia di asilo e migrazione che siano realmente comuni.

Balázs Hidvéghi (NI), *írásban*. – A migráció továbbra is jelentős kihívást jelent Európa számára. Amikor pénzügyi eszközökről van szó, szükséges, hogy ezek az eszközök megfelelő módon járuljanak hozzá egy olyan migrációs politika végrehajtásához, amely a külső határok erős védelmén, a harmadik országokkal való hatékony együttműködésen és hatékony visszaküldési eljárásokon nyugszik. Sajnálatos módon a Menekültügyi és Migrációs Alapról szóló megállapodás aránytalan összegeket tartalmaz olyan célok támogatására, amelyek nem a probléma megoldását, hanem annak súlyosbítását jelentik majd.

Ilyen például a migránsok elosztására fordított hangsúly aránytalansága, illetve a további legális migrációs útvonalak létrehozására, vagy a bevándorlók integrációjára előirányzott túlzó összegek. Ezen célok pénzügyi támogatása nem jelent majd mást, mint további szívóerőt az illegális migrációra, és hozzájárul majd az uniós menekültügyi rendszerrel való, évek óta tartó szisztematikus visszaéléshez. Azt az üzenetet küldi ugyanis, hogy Európa kapui mindenki számára nyitva állnak. A legális migrációs útvonalak létrehozásának erőltetése helyett meggyőződésem, hogy Európa jövője az európai családokban van.

Minden tagállamnak jogában áll eldönteni, hogy kiket enged be a területére, ezt senkire nem lehet rákényszeríteni. Az erre előirányzott, aránytalan összegek téves feltételezésen alapulnak, és nem veszik figyelembe a tagállami akaratok különbözőségét. Ezzel a megállapodással tehát ismét nem a megoldáshoz kerültünk közelebb, hanem csak tetézzük a bajt, így azt nem tudom támogatni.

Elżbieta Kruk (ECR), na piśmie. – Celem rozporządzenia ustanawiającego Fundusz Azylu, Migracji i Integracji na lata 2021-2027 jest przyczynianie się do skutecznego zarządzania przepływami migracyjnymi. Należy się zgodzić, że konieczne jest ograniczenie niekontrolowanego napływu migrantów, zwalczanie ruchów wtórnych przez uszczelnienie procedur azylowych, wzmocnienie sankcji wobec nielegalnych migrantów oraz uszczelnienie polityki powrotowej. Pożądane byłoby stworzenie jednolitej procedury przesiedleń w UE, jednak pod warunkiem dobrowolnego udziału państw członkowskich w zaproponowanych działaniach. Nie można się zgodzić natomiast na systemy zarządzania migracją, które opierałyby się na mechanizmie relokacji migrantów. Kluczem do stworzenia trwałych rozwiązań zapewniających stabilizację sytuacji migracyjnej i odporność na ewentualne przyszłe sytuacje kryzysowe są przede wszystkim wzmocnienie ochrony granic zewnętrznych i działania prowadzone poza Unią, w państwach pochodzenia i tranzytu migrantów. Kwestie ochrony granic reguluje Fundusz Zintegrowanego Zarządzania Granicami na lata 2021-2027. Jednak niejasna jest podstawa alokacji środków zaproponowana w ustanowionym w ramach Funduszu instrumencie wsparcia finansowego na rzecz zarządzania granicami i wiz. Niski przydział alokacji środków dla takich krajów jak Polska może spowodować ryzyko mniej efektywnego wzmocnienia granicy zewnętrznej UE i niedostateczne wypełnianie wskazanych zadań.

21. Jahresbericht über das Funktionieren des Schengen-Raums (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana Tanja Fajonin kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valiokunnan puolesta laatima mietintö Schengen-alueen toimintaa koskevasta vuosikertomuksesta (2019/2196(INI)) (A9-0183/2021).

Tanja Fajon, poročevalka. – Gospa predsedujoča, še enkrat spoštovani plenum. Razpravo želim začeti z optimizmom.

Schengen je eden od največjih dosežkov Evropske unije. Do nedavnega železne in s krvjo umazane meje so s širitvijo Unije in Schengenom znova izginile. Schengen je postal simbol svobode, ključen je za notranji trg ter za uveljavljanje temeljnih pravic svobodnega pretoka blaga in storitev, dela, znanja, idej ter seveda gibanja.

Danes imamo tudi že v moji državi Sloveniji generacije mladostnikov, ki se meja v Evropi več ne spominjajo. Neomejena svoboda znotraj Evrope je zanje samoumevna, a na žalost se je Schengen zaradi številnih kriz v zadnjih letih znašel v globoki krizi.

Epidemija koronavirusa je svobodo gibanja še dodatno ohromila. Schengen je postal dežurni krivec za vse težave Unije ter talec nacionalnih, parcialnih interesov držav članic ali celo njihovih oblastnikov. Medsebojno zaupanje, temelj vzajemnega sodelovanja je nadomestilo nezaupanje.

V šestih letih od 2015 so članice nadzore na notranjih mejah uvedle kar 275-krat. V devetih letih pred tem pa zgolj 35-krat. Čeprav bi moral biti Schengen ob svojih dobrih petindvajsetih letih v svojih najboljših olimpijskih letih, je močno ohromljen in že na intenzivni negi.

Obstoječa pravila niso več kos razmeram. A za reformo moramo nujno zbrati potreben politični pogum. Biti moramo drzni, ambiciozni, biti moramo vizionarski. Vprašanje je, ali to zmoremo. V poročilu zato naslavljamo izzive, s katerimi se je Schengen soočil v zadnjih letih in predlagamo rešitve.

Covid-pandemija je razkrila pomanjkljivosti pri soočanju s skupnim izzivom – čezmejno zdravstveno krizo. Pomanjkanje jasnejši pravil v tovrstnih primerih je povzročilo velik kaos na mejah in neusklajen odziv držav članic. Izkušnja sama kliče po ustrezni rešitvi.

Nadzori na notranjih mejah v šestih državah članicah nezakonito in brez pravne podlage trajajo že skoraj pet let. *Status quo* je nedopusten, nekaterim pa očitno koristi. Poskus prenove pravil iz leta 2017 je propadel.

Od Komisije zato pričakujem in jo tudi pozivam, da poišče izhod iz slepe ulice. Parlament bo vselej vaš zaveznik. S številnimi izzivi se ob odsotni učinkoviti skupni migracijski in azilni politiki, ali pa tudi zaradi nje, še vedno soočamo tudi na zunanjih mejah. Sredozemlje je že tragično grobišče nesrečnih ljudi. Zato nujno potrebujemo mehanizem tudi za zaščito temeljnih človekovih pravic na mejah in ničelno toleranco do kršitev.

Reforma mehanizma preverjanja uporabe schengenske zakonodaje, ki jo je Komisija predstavila letos v začetku junija, je korak v pravo smer. Številne zahteve parlamenta so bile uslišane. Obžalujem zgolj izbrano pravno podlago, ki pa Parlamentu tokrat ne omogoča enakopravne vloge. Zato predsedujočo Slovenijo Svetu unije pozivam, da vključi Evropski parlament v razpravo kot enakovrednega partnerja, kot je bilo to storjeno leta 2013 ob sprejemanju prvega schengenskega mehanizma.

Prihodnost evropskega prostora brez notranjih meja je odvisna od naše sposobnosti, prilagoditi se krizam in izzivom. Trenutno se zdi, da stopicamo na mestu. Imamo vlade, ki lastne interese odkrito postavljajo pred nacionalne in evropske. Z reformo moramo temeljito prenoviti skupna pravila o notranjih mejah. Prav tako moramo odpraviti vse vzroke nezaupanja med državami članicami, zlasti glede varovanja zunanje meje, ter preprečiti dogodke, ki to zaupanje načenjajo. Tiste države, ki pravila kršijo, pa napotiti na sodišče.

Nujno moramo dokončati tudi izgradnjo schengenskega prostora, saj razkosan nima prihodnosti. Bolgarija in Romunija sta neupravičeno v čakalnici že skoraj desetletje. Hrvaška je na dobri poti, a končna odločitev je za vse tri v rokah držav članic.

V Parlamentu ne pristajamo na Evropo dveh hitrosti in na delitev državljanov v različne interese. Naj za konec dodam še to, da je Schengen preveč pomemben, da bi z njim tako mačehovsko ravnali. Nobena država, niti Evropska unija, si ne moreta privoščiti njegovega razpada. Politična in ekonomska cena bi bila preprosto izjemna. In če bomo ogrozili prihodnost schengenskega prostora, bomo ogrozili prihodnost Evropske unije same in tega, verjamem, si ne želi nihče.

Spoštovani komisarki, ki vem, kako ima težek zalogaj na mizi, pa sporočam, da ima v Evropskem parlamentu zaveznika tudi, ko gre za tako zahtevno reformo in obnovo schengenskega prostora.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, school is out and summer is here. Europe is getting ready to travel again, reminding us all of the importance of freedom of movement and the importance of Schengen. Especially after this last year behind us, we all have missed that freedom so much.

Thirty percent of our citizens live in a border area, 1.7 million people live in one Schengen country and work in another, and 3.5 million people cross internal borders every day. Schengen is a unique area of freedom, security and justice. We will need Schengen to rebuild our economies. There's no going back to Schengen, we can only go forward.

I wish to thank Tanja Fajon very much for telling me that the European Parliament is one of my important allies to achieve this goal. That is also shown in the report, Tanja Fajon, that you presented today and I warmly thank you for this report. Together, we must shape the future of Schengen. That is why, last year, President von der Leyen, speaking before this House, announced a new strategy for the future of Schengen, which we presented last month, building on two high-level political meetings on the Schengen Forum we organised since last November, with crucial input from Members of the European Parliament.

The Commission's Schengen strategy is based on the idea that to move freely inside the Schengen Area we must ensure the security of our citizens. We must prioritise three essential things.

First, we must secure our external borders. To do that, we must implement the decisions we've already taken. Frontex's new standing corps is being set up as we speak. It will support Member States at the most vulnerable places along our borders, benefiting the whole Schengen Area. We are building the most advanced external border management system in the world by launching the entry-exit system and the European Travel Information and Authorisation System (ETIAS) next year and achieving full interoperability by 2023. We have state-of-the-art information systems. It's essential to link them up to stop criminals and terrorists and to keep track of third-country nationals.

Second, besides protecting our borders, we must protect our citizens inside our borders. That is why we have launched strategies, initiatives and proposals to fight the trafficking of drugs, guns and human beings, to fight child sexual abuse, terrorism and organised crime. We've launched proposals to improve police cooperation and law enforcement information exchange to boost the mandate of Europol. By the end of this year, we will present a police cooperation code to build permanent police partnerships.

Equally, we need to better manage migration. We have started to make good progress with the pact, with the adoption of the blue card and the political endorsement last week of the EU asylum agency. We need to continue progress step by step. Better managed migration will also make Schengen stronger.

Third, we must together take responsibility for the governance of the Schengen Area. The Schengen Forum will meet once a year to discuss key political decisions at high political level, supported by an annual state of Schengen report that the Commission will present later this year with the new Schengen scoreboard to keep track of progress. This will support our common work in the Schengen Forum. We have also proposed a stronger Schengen evaluation and monitoring mechanism to detect and solve problems sooner, as called for by this Parliament.

I'm confident that we can make very swift progress on this file, which is essential for mutual trust between Member States, trust we need to have in the Schengen Area. Later this year, the Commission will present a targeted revision of the new Schengen Borders Code to ensure that, when several Member States face a crisis, we have a response that is rapid, coordinated and European, and that internal border checks remain measures of last resort.

Together, we have learned the lessons of past crises. Since 2015, Schengen has faced challenges – migration, terrorism and, most recently, the pandemic – causing Member States to introduce internal border checks. Secondary movements are a real issue, but internal border checks have not solved the problem and will not help us to manage migration. Our new Pact on Migration and Asylum is a much better instrument to manage migration.

Criminals and terrorists are a real threat, but internal border checks alone are not what will stop criminals and terrorists. We can only stop them by joining forces with better police cooperation and state-of-the-art ICT systems. The virus is a real danger, but internal border checks have not, and will not, stop the virus. Only coordinated action will help us to get out of this crisis.

So let us now move forward on Schengen together. Let the start of summer, the summer of 2021, this summer of freedom, inspire us to fully restore freedom of movement and to get Schengen ready for the future so our children can also work, study and travel all over Europe, when they like and wherever they like. And, to complete the Schengen Area, it's time for Bulgaria, Romania and Croatia to take their place.

Paulo Rangel, *em nome do Grupo PPE*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, não há dúvida de que a circulação livre na Europa está hoje posta em causa de um modo mais grave do que antes. É verdade que foram imperativos de saúde pública que levaram todos os governos da Europa a impor restrições no espaço Schengen, mas nada obrigava a que estas restrições não fossem obedecer a um critério uniforme e homogêneo. Uma coisa é aceitar que, numa situação de pandemia, se podem criar restrições, outra é cada Estado definir diferentes critérios para diferentes tipos de restrições.

Aquilo que a pandemia veio provar foi que nós precisamos de um governo, de uma governança de Schengen que seja uma governança posta nas mãos da Comissão, que tenha critérios iguais para todos suscetíveis de serem executados por cada Estado, mas de acordo com padrões que são padrões uniformes. E por isso, é tão, diria eu, ilusória, a situação a que chegamos com o certificado digital que permite a livre circulação.

O que nós vemos hoje – e posso dizê-lo pela experiência dos últimos três dias ou quatro dias a voar na Europa – é que em cada aeroporto e em cada país temos critérios diferentes que não conhecemos, apesar de estarmos a usar o certificado digital e, por isso, isto é já uma condenação deste futuro de Schengen.

Termino apenas com uma exortação igual à da Senhora Comissária, esperamos ardentemente pela entrada da Roménia, da Bulgária e da Croácia no espaço Schengen.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Grenzenfreies Reisen im Schengen-Raum ist eine unserer größten Errungenschaften und dennoch hochgefährdet. Auf COVID und Schengen will ich in dieser Minute gar nicht eingehen, denn es gibt genug andere Probleme, angefangen bei jahrelangen widerrechtlichen Grenzkontrollen über die mangelnde Konsequenz seitens der Kommission hin zu den zahllosen Berichten über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an unseren Außengrenzen.

Ja, eine grenzfreie EU braucht ein funktionierendes Grenzmanagement. Und genau dafür braucht es einen Rechtsrahmen, der für die Mitgliedstaaten bindend ist und keine Hintertüren ermöglicht. Es braucht bei der Europäischen Grenz- und Küstenwache eine Führungsebene, die Grund- und Menschenrechte schützt, anstatt *pushbacks* zu tolerieren und totzuschweigen.

Die Kommission muss die teils gravierenden Mängel und Schwachstellen jetzt schnellstmöglich beheben, damit wir im nächsten Jahr ein positiveres Fazit ziehen können.

Ondřej Kovařík, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the idea of being free of internal borders is at the very core of our Union and it became a reality through the Schengen Agreement. Free movement of people, goods and services is the basis of the European single market. We all adapted to open borders easily, and the young people now don't even remember the times of visas and border checks. Free movement comes as second nature.

When most countries went into lockdown, we experienced first-hand how connected Europe is and the necessity of open borders. EU citizens were stranded outside their home countries. Trucks queued up at various border points. Meanwhile, EU countries lacked coordination. And although we were able to find a quick fix by agreeing on green lanes to re-establish at least the free flow of goods, we should avoid such situations in the future at all costs.

This summer, the EU's Digital Covid Certificate brings us closer to the idea of the Schengen Area as we know it – back to a more coordinated Europe, maintaining our core freedoms. Crisis after crisis, we realise the importance of the Schengen Area and the protection of its external borders. Schengen cannot work as designed if our external borders are not properly protected.

Today is Lithuania's national day, a country sharing an external border with Russia and Belarus and reports suggest the Lukashenko regime is smuggling asylum seekers to Lithuania and therefore to the EU. There are many other EU border countries. We need to work together in a true spirit of the Union to help them strengthen their border controls.

Finally, let's not mistake Schengen for the EU. Let's not forget about the EU Member States which want to be part of the common area. Our efforts should aim to expand it as soon as possible to make the Schengen Area a real common endeavour of the Union.

Gwendoline Delbos-Corfield, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, parfois, les États rêvent d'une Europe où les biens circuleraient le plus librement possible, sans taxes, sans contraintes environnementales, sans règles sociales, mais où les êtres humains, eux, auraient les plus grandes difficultés à traverser les frontières. Une Union européenne où l'on se méfierait de son voisin et où l'on refuserait d'accueillir celui qui vient de plus loin.

À partir de 2015, l'Allemagne, l'Autriche, le Danemark, la Norvège, la Suède ont réintroduit les contrôles aux frontières, et la France l'a fait de manière permanente et constante. Avec la pandémie, ce fut une escalade. Le premier instinct des États fut de s'isoler les uns des autres au lieu d'essayer de se coordonner pour trouver ensemble les meilleures solutions médicales et sanitaires pour affronter cette crise inédite. Ces refus de passage aux frontières s'accompagnent de violences physiques insupportables, comme en Croatie, ou de tracasseries administratives, d'entraves au droit, de harcèlement judiciaire, comme entre la France et l'Italie. Les États membres, quand ils font cela, sont non seulement le plus souvent dans l'illégalité, mais ils bafouent l'essence même du projet de l'Union européenne, cet espace de liberté pour les citoyennes et les citoyens français et européens et cet idéal, cet espoir d'une amitié renforcée entre les peuples qui s'incarne dans l'espace Schengen.

Il faut que cela cesse. Il faut que l'ouverture des frontières redevienne la normalité. Il faut que les droits fondamentaux soient systématiquement respectés, sans ambiguïté. Et il faut que toute maltraitance aux frontières, permise ou ordonnée par un État, fasse immédiatement l'objet d'une enquête approfondie et indépendante.

Charlie Weimers, on behalf of the ECR Group. – Madam President, like ostriches, the left continues to bury their heads in the sand to avoid seeing all the plight and misery of open borders. This annual report on Schengen does not contain a single reference to terrorist attacks, migrants entering Europe illegally, drug smuggling, human trafficking or the organised crime groups from abroad that burglarise and terrorise Swedish homes and property owners. Are you really so ignorant now? Your ignorance, like the ostrich, with its head buried in the sand to avoid predators, is a myth. You do know what's going on.

To my centre-right colleagues, if you, especially those who claim to be tough on crime, vote for this report, then either you know but you don't care, or your devotion to EU integration far surpasses your concern for your constituents.

Clare Daly, on behalf of The Left Group. – Madam President, I'd like to start by thanking Tanya and her staff for the really constructive and inclusive negotiations on this file, the result of which is we have before us a report which is really strong in a whole number of respects, in particular, I think, in terms of the criticism of the illegal internal border controls and the criticism of Frontex, an agency that has been involved in the most outrageous abuses on Europe's borders.

The report also contains necessary references, more generally, to the really atrocious situations at those borders, where pushbacks, horrific abuse and violence are a daily reality for men, women and children who seek asylum in Europe. The report could have been stronger on this, but unfortunately, some of the right-wing groups prevented that. But they shouldn't – because we have to be real about this. Europe's approach to migration for years has amounted to a crime against humanity. Tens of thousands are dead. Tens of thousands of children and others are a scourge inflicted by Fortress Europe. We should recognise this and take note, but I thank Tanya for the work done on the report so far.

Vladimír Bilčík (PPE)... – ážená pani predsedajúca, Schengen je kľúčový pilier európskeho projektu. Životný priestor, ktorý zažil za posledný rok a pol existenčnú skúšku kvôli vírusu, ktorý nepozná hranice ani pravidlá a ohrozuje nielen ľudské zdravie, ale aj európsky spôsob života tak spätý s voľným pohybom pre kohokoľvek z nás.

Európsky priestor slobodného pohybu postavíme opäť na nohy len keď prekonáme pandémiu. Schengen bude iba tak silný ako úspešný bude náš kolektívny zápas s ďalšou covidovou vlnou. Áno, európsky digitálny certifikát je skvelou správou pre slobodu v schengenskom priestore. Aby však fungoval naplno a bol skutočnou cestou k slobode v Európe, musíme očkovať oveľa rýchlejšie než doteraz, a to zvlášť v krajinách tak bytostne závisiacich od fungujúceho Schengenu ako v tej mojej na Slovensku, ale aj v celej strednej Európe. Dezinformácie o očkovaní ničia nielen zdravie a životy ľudí, ale podkopávajú aj tie najväčšie výdobytky európskeho projektu. Áno, boj s pandémiou je aj zápasom o plnohodnotný Schengen. Čím skôr si to uvedomujeme naprieč Európou, tým skôr máme nádej na návrat k bezpečnému a spoľahlivému Schengenu. Pred viac ako rokom sme vôbec netušili, kedy sa opäť natrvalo otvoria hranice v Európe. Dnes, vďaka vakcínam vieme, že riešenie pre slobodný pohyb v Európe máme vo vlastných rukách. Nenechajme si ho vziať.

Juan Fernando López Aguilar (S&D)... – eñora presidenta, hace ya treinta y seis años, en una localidad de Luxemburgo llamada Schengen, tuvo lugar un acuerdo del que arranca el mayor logro de la integración europea desde entonces: la libre circulación, que es hoy un derecho fundamental, el más apreciado por la ciudadanía europea de lejos, y que además está legislado por este Parlamento Europeo, con el Código de Fronteras Schengen, que es un Reglamento vinculante, pero, sin embargo, comisaria Johansson, clamorosamente cuestionado, tensionado y quebrantado en el curso de la pandemia.

Por eso, exigimos de la Comisión que adoptase la estrategia de 2021 para un espacio Schengen plenamente operativo. Por eso hemos presentado este informe anual, que exige deducir las lecciones tan duras de la pandemia para no solamente restaurar Schengen sino relanzarlo. Por eso hicimos el certificado COVID digital, y por eso, además, requerimos que se establezca en este Parlamento Europeo una Unidad de Apoyo a la Gobernanza de Schengen que asegure no solamente el respeto en lo venidero de este acervo —que es expresivo de la mejor realización de la libertad en Europa, que es la libre circulación sin fronteras interiores—, sino también que perfeccionemos el acervo Schengen en la mejor medida de nuestras posibilidades.

Tineke Strik (Verts/ALE)... – adam President, I would like to thank the rapporteur again for the report and the strong position.

Of course, 2020 was an extraordinary year due to the pandemic, but also before, we observed the shocking lack of compliance with the rules on border control, internal border controls that were not temporary nor justified, and consistent reports about pushbacks at many places along our external borders – a grave violation of Article 4 of the Schengen Borders Code.

It's important that we look ahead and discuss a new Schengen strategy. But whatever the outcome will be, without compliance and enforcement, no border policy is credible. What will hopefully help is a more robust, swift and transparent Schengen evaluation and monitoring mechanism, with much more attention for fundamental rights.

I call upon the Council and the Commission to ensure that Parliament can act as a co-legislator while making those new rules – because societal support for our border policies starts with democratic control.

Rob Rooken (ECR)... – oorzitter, in dit verslag wordt de herinvoering van controles aan de binnengrenzen in de Schengenruimte veroordeeld. De lidstaten hebben sinds 2015 in totaal ruim 260 keer tijdelijk hun grenzen gesloten: twaalf keer zo vaak als in de acht jaar daarvoor. COVID-19 is hiervoor uiteraard de voornaamste aanleiding geweest, maar ook terrorisme en acute illegale immigratiestromen hebben hierbij een rol gespeeld.

Een land zonder grenzen is geen land. Een soevereine staat bepaalt zelf wie de grens over mag en wie niet. Op dit ogenblik is het de lidstaten uitsluitend in zeer specifieke gevallen en onder zeer strikte voorwaarden toegestaan tijdelijke grenscontroles in te stellen.

De Schengengrenscode moet worden aangepast aan de behoeften van de lidstaten en aan de werkelijkheid van 2021 en de jaren erna: een wereld waarin in zeer korte tijd nieuwe illegale migratiestromen kunnen en zullen ontstaan en waarin de terroristische dreiging in een oogwenk kan veranderen.

Laten we de lidstaten de ruimte geven die ze nodig hebben om hun inwoners te beschermen en hun grenzen naar eigen inzicht te beheren. Laten we stoppen met het afdwingen van een papieren werkelijkheid uit 1985 die duidelijk niet meer van deze tijd is.

Karlo Ressler (PPE)... – oštovana predsjedavajuća, izvjestiteljice, kolegice i kolege, migracijska kriza a onda i pandemija pokazali su svu ranjivost Schengena.

Sloboda kretanja bez unutarnjih granica simbol je europske integracije koju trebaju uživati svi europski građani. S moderniziranom policijom, Hrvatska danas ispunjava svoju dužnost prema svim europskim građanima štiteći najdužu kopnenu vanjsku granicu, odgovorno i zakonito a odnedavno i uz nezavisni nadzor granične kontrole, jedinstveni predsjedni mehanizam koji je predviđen imigracijskim aktom. Zbog svega toga i Komisija nedvosmisleno potvrđuje da je Hrvatska spremna za Schengen a Parlament šalje snažnu poruku da svi Europljani trebaju uživati jednake slobode kretanja.

Pristupanje Schengenu donijet će hrvatskim građanima ravnopravnost koju zaslužuju, olakšati razvoj gospodarstva i turizma te osigurati veću sigurnost a to je u interesu ne samo Hrvatske nego i cijele Europske unije.

Isabel Santos (S&D)... – enhora Presidente, a pandemia de COVID-19 representa um dos mais sérios testes com que Schengen se deparou até hoje. 18 dos 26 Estados impuseram restrições ao direito de circular livremente no espaço europeu. Tais medidas, ainda que justificadas por razões de saúde pública, foram frequentemente aplicadas de forma aleatória, descoordenada e desproporcionada à custa da livre circulação de pessoas e mercadorias.

A fragmentação de Schengen tornou-se mais evidente, bem como a necessidade de proceder à sua reforma. A nova estratégia representa uma oportunidade para o reforço de Schengen e a proposta de revisão do mecanismo de avaliação e monitorização pode ser um passo importante. Mas para que sejam passos efetivos importa ir mais longe em matéria de processos por infração e de proteção dos direitos fundamentais.

Exige-se assertividade e coragem na proteção deste bem comum e, para isso, conta connosco, Senhora Comissária.

Eugen Tomac (PPE)... – oamnă președintă, doamnă comisar, e un mesaj pozitiv, cel pe care vreau să-l transmit. Dezbateră de astăzi face referire la raportul anual privind funcționarea spațiului Schengen. Însă întrebarea este, doamnă comisar, cum putem vorbi despre o reală funcționare a spațiului Schengen, când trei state membre ale Uniunii Europene nu sunt în spațiul Schengen astăzi, iar două țări, România și Bulgaria, așteaptă de mai bine de 10 ani să fie acceptate.

Nu vă puteți imagina cât de mult afectează această decizie nedreaptă cei peste 20 de milioane de cetățeni români, în condițiile în care știm ce eforturi am făcut ca națiune și stat pentru a îndeplini toate condițiile. Noi am venit mai târziu în club. Cunoaștem bine ce avem de recuperat și corectat acasă, însă ne considerăm neintegrați pe deplin, atât timp cât aceasta situație în care ne aflăm așteaptă de mai bine de un deceniu și credem că este locul nostru aici, în spațiul fără frontiere.

Toți cetățenii Uniunii Europene au simțit din nou în vremea pandemiei ce înseamnă reintroducerea controalelor la frontiere. Tocmai de aceea, trebuie ca după această pandemie, să eliminăm orice barieră care ne mai separă.

Tonino Picula (S&D)... – oštovana predsjedavajuća, zahvaljujem izvijestiteljici na odličnom izvješću – to je sažet prikaz implementacije slobodnog kretanja u schengenskom prostoru uz preporuke što treba poboljšati. Zadnjih godina upravo je nefunkcioniranje Schengena postalo jedno od prvih posljedica aktualnih europskih političkih neprilika, počevši od migrantske pa do pandemijske krize. Svjedočili smo i podizanju bodljikavih žica između članica. Usprkos odredbama članka trećeg Lisabonskog sporazuma nemali dio država članica pokušava nacionalizirati slobodu kretanja koristeći ovo pitanje u dnevnopolitičke svrhe. Komisija treba dosljedno pokretati postupke za povredu prava u ovakvim situacijama. U slučaju nejasnoća oko kontrole granica političke kampanje trebaju odstupiti pred neovisnim mehanizmima nadzora.

Govoreći o budućnosti Schengena, trebamo ga očuvati i ojačati kao jednu od najvećih europskih zajedničkih postignuća, a novo širenje je jedan od najboljih načina. Komisija je potvrdila da Hrvatska ispunjava uvjete za primjenu schengenske pravne stečevine. Pozdravila je uspostavu neovisnog mehanizma za nadzor granica. Nadam se da će Vijeće što prije uvažiti te činjenice i odobriti naše pristupanje.

Sunčana Glavak (PPE)... – oštovana predsjedavajuća, podsjećanja radi, ukidanje kontrole na unutarnjim granicama jedan je od bitnih praktičnih elemenata onoga što građani identificiraju kao europsku ideju i presudno je za funkcioniranje unutarnjeg tržišta. Podržavam pozive da se normalno funkcioniranje schengenskog sustava ne smije poistovjećivati s graničnom kontrolom između država članica.

Željela bih istaknuti jedan važan dio ovog izvješća, a to je pristupanje Hrvatske, Bugarske i Rumunjske Schengenu. Izvještaj to podupire i ističe da je Hrvatska ispunila sve preduvjete za ulazak. Tijekom 2020. Hrvatska je izvršila preko 226 milijuna provjera u Schengenskom informacijskom sustavu što je svrstava među prvih pet država članica. Hrvatska ulaže iznimne napore kako bi onemogućila nezakonite prijelaze granica i krijumčarenje migranata. U skladu s novim paktom o migracijama i azilu Hrvatska je uspostavila nezavisni nadzorni mehanizam koji će imati zadatak nadzora rada policijskih službenika i ponašanja prema ilegalnim migrantima i tražiteljima međunarodne zaštite.

Uvjerena sam da će 2022. biti godina početka našeg članstva u Schengenskoj zoni. Vjerujem stoga da će preporuke Europske komisije i Europskog parlamenta prihvatiti i na Vijeću. Kolegice i kolege, Schengen moramo promatrati kao sigurnost, ali i međusobno povjerenje.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Thank you, Madam President and thank you all for this debate. I would like to comment on some of the issues that have been raised in this debate.

First, many of you have touched upon this issue that we have six Member States that have had internal borders checks almost for six years now. And this is one thing that I address in the recent Schengen strategy. I will now prioritise, both on a political and technical level, to reach out to these Member States and, through dialogue, see how we can make the incentives to help to get rid of the internal border checks and instead investing in other measures.

Second, what is the lesson learned from the pandemic? This is really something that I plan to address in the upcoming revised new Schengen Borders Code. And I'm really happy to listen also to your opinion on this.

In my view, the current border Schengen Borders Code takes only into account the situation when one Member State is facing one threat. But we recently saw a situation where all Member States, at the same time, were facing a global threat. And then we had no real regulation or coordination for that. So I think this is something that we need to propose in the revised Schengen Borders Code. But I'm happy to listen to the European Parliament's input on this issue.

Let me end this debate by saying that freedom and security goes hand-in-hand and we can only enjoy free movement if we take care of each other's security, like neighbours and the countryside that keep their doors open for each other but also look out for each other. And we should do this on a continental scale: keep European citizens safe by protecting the external borders and by fighting crime and terrorism together and by taking responsibility at the political level for the governance of Schengen.

Schengen is an area of trust, and we can only have freedom of movement if there is trust – trust in our ability to protect – and we build that trust by working together to protect each other's security.

And finally, we need commitment. Freedom is never easy, never automatic. It's hard work. And I know that I can count on you, honourable Members of the European Parliament, on this and your commitment to make Schengen work.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna keskiviikkona 7. heinäkuuta 2021.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul Schengen urmărește consolidarea unui spațiu european pentru a face față provocărilor continue și combaterea amenințărilor la adresa securității. Apartenența la Schengen implică o participare transfrontalieră pentru eliminarea criminalității organizate sau a terorismului. Într-o lume pandemică generată de COVID-19, statele membre ale Uniunii Europene și ale spațiului Schengen au introdus controale la frontierele interne ca reacție unilaterală la noile provocări. Este momentul să demonstrăm ca valorile noastre sunt mai puternice decât problemele actuale și să facilităm din nou libera circulație.

România și Bulgaria trebuie să fie membre cu drepturi depline ale spațiului Schengen. Având în vedere numeroasele solicitări de aplicare integrală a dispozițiilor acquis-ului, eliminarea controalelor la frontierele interne terestre, maritime și aeriene ale celor două țări trebuie să devină realitate. România gestionează cu succes, de la aderare, a doua cea mai mare frontieră terestră a UE, iar contribuția țării noastre la securitatea frontierelor este un lucru important pentru întreaga Uniune Europeană.

Spațiul Uniunii Europene fără controale la frontiere, cunoscut sub numele de Schengen, reprezintă una dintre cele mai concrete realizări ale integrării europene. Dreptul la libera circulație pentru cetățenii europeni este unul dintre pilonii proiectului european și acest lucru trebuie să rămână neschimbat.

Alin Mituța (Renew), *în scris*. – Au trecut 10 ani de când România a îndeplinit oficial criteriile de aderare la spațiul Schengen ca urmare a evaluărilor certificate, inclusiv de Parlamentul European și de Consiliu, în iunie 2011. Cu toate acestea, aderarea este blocată din motive politice, care nu au de-a face cu criteriile prestabilite. Schimbarea regulilor în timpul jocului este inacceptabilă și nu ar trebui să fie parte din instrumentele folosite într-o Uniune fondată pe reguli.

De aceea, așa cum Parlamentul European a reiterat în multiple ocazii, fiind sprijinit și de Comisie, României și Bulgariei trebuie să le fie permis accesul la Schengen cât mai curând posibil. De altfel, ambele țări implementează deja cu succes cvasitotalitatea acquis-ului Schengen de mulți ani, iar contribuția lor la securitatea frontierelor este un bun public de care beneficiază întreaga Uniune Europeană.

În același timp, UE are nevoie de o reformă a regulilor Schengen pentru a pune în aplicare lecțiile învățate în ultimii ani, în care libertatea de circulație a devenit doar teoretică atât din cauza pandemiei, dar și din cauza deciziilor pripite și necoordonate ale statelor membre. UE trebuie să livreze cetățenilor europeni cât mai curând un spațiu Schengen funcțional și complet, cu România și Bulgaria ca membre depline.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – Criza generată de COVID-19 a pus presiune pe spațiul Schengen, conducând la închiderea frontierelor și introducerea controalelor de către anumite state membre. Acest lucru a scos în evidență lipsa de coordonare și nevoia de reformare. Înainte de a dezvolta și mai mult sistemul Schengen și a introduce noi reglementări, este necesară extinderea acestuia.

Parlamentul European solicită de ani buni Consiliului să respecte prevederile legale și să aprobe intrarea României, Bulgariei și Croației, mai ales că cele trei state îndeplinesc cerințele impuse. Sunt un militant activ pentru aderarea României la Schengen. În urmă cu mulți ani, am adunat peste 50 000 de semnături pentru campania „România cere Schengen!”, demers finalizat printr-o petiție depusă la nivelul legislativului european și care a generat sprijinul Parlamentului European în acest sens.

Am interpelat și discutat cu oficiali europeni și din statele membre despre aderarea României și am relansat grupul de lucru din România pentru aderarea la Schengen. Cred că Parlamentul European, Comisia Europeană, dar și România trebuie să meargă până la capăt în susținerea acestui obiectiv. Trebuie să cooperăm, pentru că o Europă tot mai puternică și unită se bazează pe solidaritate și responsabilitate. Este datoria tuturor ca viitorul spațiu Schengen să nu fie unul fragmentat.

22. Visa-Informationssystem (VIS): Bearbeitung von Visumanträgen – Visa-Informationssystem (VIS): Voraussetzungen für den Zugang zu anderen Informationssystemen der EU für Zwecke des VIS (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana yhteiskeskustelu

— kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valiokunnan suosituksesta toiseen käsittelyyn viisumitietojärjestelmästä (VIS): viisumihakemusten käsittely (05950/1/2021 – C9-0198/2021 – 2018/0152A(COD)) (A9-0207/2021) (esittelijä: Paulo Rangel) ja

— kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valiokunnan suosituksesta toiseen käsittelyyn viisumitietojärjestelmästä (VIS): viisumitietojärjestelmän tarkoituksia varten tapahtuvan muihin EU:n tietojärjestelmiin pääsyn edellytykset (05951/1/2021 – C9-0199/2021 – 2018/0152B(COD)) (A9-0208/2021) (esittelijä: Paulo Rangel).

Paulo Rangel, Relator. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Schengen é, como acabamos de ver, a joia da coroa da integração europeia. Mas esta liberdade que nós partilhamos vai requerer sempre segurança partilhada. Este equilíbrio entre a liberdade e a segurança só é possível se nós tivermos à nossa disposição uma rede complexa de instrumentos, muitas vezes invisível, pelo dia a dia dos Europeus.

O sistema de vistos da União Europeia – em inglês *Visa Information System* - está no centro desta rede. Ele é o exemplo mais acabado da simbiose entre o nível europeu e o nível nacional presente em todos os consulados europeus de todo o globo e em todas as fronteiras externas, sem exceção, do espaço Schengen.

Atualmente o VIS é já responsável pela emissão de milhões de vistos àqueles que nos visitam, garantindo com o seu código de vistos que todos os turistas estão sujeitos a regras iguais. Nos últimos anos temos vindo a trabalhar naquela que vai ser a maior reforma desde a sua criação. São alterações enormes que transformam o VIS numa ferramenta mais eficaz, mais útil, mais fácil para as polícias, guardas de fronteira, autoridades de asilo e consulados.

Começamos por mudar o próprio paradigma de sistema. Não são apenas os turistas que beneficiam da livre circulação, passam também a ser os nacionais de países terceiros que cá vivem, estudam, trabalham, ou que se encontram no nosso território de forma mais ou menos prolongada. Por isso era necessário, era até natural, que todos os turistas e residentes pudessem ser sujeitos ao crivo comum do VIS. É o que fazemos. Este sistema será aplicável a todos, incluindo aos chamados «titulares de vistos Gold».

Com esta mudança garantimos maior segurança, razão pela qual alargamos também os sistemas aos consulados. Todos os sistemas consultados, todos os sistemas de informação da União Europeia serão consultados, sem qualquer exceção, assegurando um controlo antes mesmo da entrada no território e dedicamos um enorme esforço à proteção das crianças, à proteção dos menores. Todos os anos, na Europa, estima-se que mais de 250 mil crianças – repito, 250 mil – são desaparecidas.

Podemos e devemos fazer mais para prevenir e combater este fenómeno trágico. O VIS traz novas funcionalidades, recolhendo dados biométricos de todas as crianças e jovens que podem ser usados nas fronteiras ou, em caso de desaparecimento, podem ser usados pelas polícias.

Senhora Presidente, Senhora Comissária, foram centenas, repito, centenas de horas para negociar este dossiê complicado. O apoio e o empenho da Comissão Europeia foi essencial para este desfecho e quero agradecer em especial à Comissária Ylva Johansson por isso.

Destaco também a Presidência alemã, que fez um trabalho hercúleo e que permitiu encontrar um acordo em dezembro de 2020. Finalmente, uma palavra de muito apreço e de agradecimento aos meus colegas relatores-sombra cuja colaboração, orientação, apoio e também paciência, foram determinantes para que, enquanto relator, pudsémos atingir o resultado que espero amanhã será aprovado nesta câmara. E claro agradecer a todos os nossos colaboradores, a todos aqueles que conosco trabalham nos serviços do Parlamento, da Comissão, do Conselho, nos nossos gabinetes, porque sem eles uma tarefa desta complexidade técnica e com esta profundidade política não seria possível.

Creio que a partir de amanhã estaremos todos de parabéns fornecendo um melhor serviço aos europeus e a todos aqueles que têm que entrar em território europeu.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I would warmly thank Mr Rangel, your rapporteur, but also the shadow rapporteurs for your relentless efforts and your determination to conclude the negotiations on the upgrade of the Visa Information System, as well as, of course, the Council – the German Presidency.

This is a major and timely achievement that strikes the right balance between facilitating legal travel towards the European Union, improving border management and enhancing internal security. In normal times, millions of visas are issued to non-EU nationals, a sign of Europe's attractiveness for business, tourism and studies. In 2019, 15 million short-stay visas were issued.

The Visa Information System will be a key tool to facilitate legal travel to the EU. Firstly, it will benefit travellers and contribute to smooth border checks. For instance, biometric matching at the border to verify the identity of the traveller means faster identity checks. Secondly, the visa application procedures for Member States' authorities will be facilitated and more secured. Applications for visas will be screened against all relevant EU information systems and Interpol databases. Thirdly, the upgraded Visa Information System will strengthen checks at external border-crossing points and within the territory of the Member States, because border guards will have better access to more information.

At the same time, the revised system will contain robust data protection safeguards. Asylum and law enforcement authorities will only get access to the Visa Information System data where needed. It will be possible to use biometric data for children to fight against child trafficking under specific safeguards. The upgraded Visa Information System will help complete the EU border management system and interoperability framework, making the Schengen Area a more secure place for our citizens. It's an important contribution to the goal that all new and upgraded information systems will be operational and fully interoperable by the end of 2023. The Commission will closely support the implementation process to ensure that this will enter into application by the end of 2023.

Looking ahead, I can already inform you that the next step to further modernise our visa policy is in preparation. By the end of this year, the Commission will come with a proposal on digitalisation of visa procedures, which will introduce simplification for the benefit of Member States' consulates and third-country nationals, improve the security of the Schengen Area and increase the attractiveness of the EU as a travel destination. I therefore look forward to continuing to work with all of you in this upcoming proposal.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, comisaria Johansson, esta misma noche hemos debatido aquí el estado del Código de Fronteras Schengen y de la gobernanza de Schengen, que tiene como corolario un Sistema de Información Schengen, que es también Derecho europeo legislado. Y ahora debatimos el estado del sistema europeo de visados, legislado igualmente desde este Parlamento Europeo por un Reglamento que establece un Código Europeo de Visados, del que fui ponente en la pasada legislatura, y que tiene como corolario un Sistema de Información de Visados que debe hacerse interoperable.

Ese fue el mandato del Parlamento Europeo, no solamente con el Sistema de Información Schengen, sino también con SEIAV, entradas y salidas y ECRIS antecedentes penales. En eso consiste la interoperabilidad. Pero es un enorme avance que este Parlamento vaya a votar por fin el acuerdo en segunda lectura entre el Parlamento Europeo y el Consejo para que entre en vigor esta visión reforzada del Sistema Europeo de Visados, que da mayores garantías de seguridad, de comunicación con los consulados de todos los Estados miembros de la Unión Europea, de identificación de las personas que entran en la Unión Europea para estancias de corta duración. Y todo ello en compatibilidad con el estándar europeo de protección de datos, que -reitero- es el más alto del mundo y estamos orgullosos de ello.

Pero tocará ahora también a los Estados miembros asegurar la correcta ejecución de este Código Europeo de Visados y las inversiones que serán necesarias para ello. La agencia europea eu-LISA, la de sistemas informáticos de gran magnitud, que hemos establecido para hacerlos interoperables, ha estimado en 182 millones de euros el total de inversiones que será necesario para garantizar la ejecución de esa interoperabilidad, con al menos dos millones de euros en lo inmediato, entre 2021 y 2023, exactamente para la implantación de este Código Europeo de Visados y del Sistema de Información de Visados.

Tenemos que celebrar que hayamos conseguido ese acuerdo entre el Consejo y el Parlamento Europeo que completa un programa legislativo que arrancó en la pasada legislatura y que tiene esta noche, en este debate y mañana en la votación, un jalón muy importante.

Joachim Stanisław Brudziński, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Wizowy System Informacyjny musi być i jest odpowiedzią na zmieniające się wyzwania w dziedzinie migracji i bezpieczeństwa Unii Europejskiej, ale jednym z najważniejszych aspektów w ramach współpracy pomiędzy państwami członkowskimi w ramach tego systemu musi być zaufanie. Moje doświadczenie, jako byłego ministra spraw wewnętrznych i administracji, wskazuje, że bywa z tym różnie. Mam w pamięci rozmowy z moimi koleżankami, kolegami ministrami spraw wewnętrznych, kiedy wymieniliśmy uwagi na temat podważania decyzji podejmowanych przez służby (służby zajmujące się zwalczaniem terroryzmu, zwalczaniem prania brudnych pieniędzy) i były sytuacje, gdzie inne państwa członkowskie podważały decyzje podjęte w ramach Systemu Informacyjnego Schengen. Nawet to miejsce, Parlament Europejski, było świadkiem wydarzenia, gdzie fetowano takie osoby, które przez służby innego państwa były podejrzewane o działania przestępcze.

Nie może być sytuacji hipotetycznej, gdzie handlarz bronią, handlarz narkotykami pod przykryciem działalności w NGO lub działalności filantropijnej będzie mógł cieszyć się zaufaniem innego państwa członkowskiego. Służby wiedzą, co robią. Jesteśmy wspólnotą, która powinna opierać się na zaufaniu. Policja, służby specjalne naprawdę wiedzą, co robią.

Clare Daly, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, for years I think the EU's policies towards migration have rested on the assumption that every person who wants to come here from outside is a potential threat: highly skilled workers, babies, children washed up dead on Europe's Mediterranean shores. And sadly, the same logic applies to the revision of the Visa Information System. There's actually no rational justification for this. Europol says there are no signs of systemic use of illegal migration by terrorist organisations. There's zero evidence that people using things like work and tourist visas to come here are any more dangerous than the people who already live here.

The mania for making every migrant an object of suspicion is really no more logical or rational than the medieval assumption that if a woman was tied to a chair and thrown into a pond and she sank, she was a witch. No more logical, but actually the same type of evil prejudice. And there may be people in here who are happy to bring in a policy based on the type of logic that would make a Witchfinder General proud. But I'm not interested in witch hunts, and we won't be voting for this resolution.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Madam President, the vote tomorrow on the reform of the Visa Information System will conclude the legislative process which started more than three years ago, and I think it's a great achievement.

The negotiations were not always easy and they were complicated, but they were conducted in a very cooperative manner thanks to the constructive attitude of you, Paulo Rangel, the rapporteur, but also as well to the Finnish, Croatian and German presidencies. I also thank the Portuguese Presidency for bringing this process forward.

Border checks will be smoother for travellers and the EU borders will be more secure.

Puhemies. – Yhteiskeskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna keskiviikkona 7. heinäkuuta 2021.

23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Puhemies. – Istunto on päättynyt ja sitä jatketaan huomenna klo 9.00, jolloin ilmoitetaan tämpäpäiväisten toisten äänestysten tulokset.

Esityslista on julkaistu, ja se on saatavilla Euroopan parlamentin verkkosivustoilla.

26. Schluss der Sitzung

(Istunto päättyi klo 22.54.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5355

2.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 7. JULI 2021

(C/2024/5355)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 5. bis 8. Juli 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	4
3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
4. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 24./25. Juni 2021 (Aussprache)	4
5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	28
6. Verstöße gegen das EU-Recht und die Rechte von LGBTIQ-Bürgern in Ungarn infolge der im ungarischen Parlament angenommenen Gesetzesänderungen – Ergebnis der Anhörungen vom 22. Juni nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn (Aussprache)	28
7. Erste Abstimmungsrunde	46
8. Verstöße gegen das EU-Recht und die Rechte von LGBTIQ-Bürgern in Ungarn infolge der im ungarischen Parlament angenommenen Gesetzesänderungen – Ergebnis der Anhörungen vom 22. Juni nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn (Fortsetzung der Aussprache)	47
9. Wiederaufnahme der Sitzung	57
10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	58

Inhalt	Seite
11. Arbeitsprogramm der Kommission für 2022 (Aussprache)	58
12. Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnungen über das digitale COVID-Zertifikat der EU (Aussprache)	64
13. Europäische Arzneimittel-Agentur (Aussprache)	79
14. Änderung der Tagesordnung	83
15. Europäische Arzneimittel-Agentur (Fortsetzung der Aussprache)	83
16. Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030 (Aussprache)	91
17. Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Aussprache)	102
18. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	106
19. Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Fortsetzung der Aussprache)	106
20. Zweite Abstimmungsrunde	110
21. Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Fortsetzung der Aussprache)	110
22. Wiederaufnahme der Sitzung	112
23. Ausweisung von Meeresschutzgebieten in der Antarktis und Erhaltung der biologischen Vielfalt im Südlichen Ozean (Aussprache)	112
24. Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens (Aussprache)	121
25. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	130
26. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	130
27. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	130
28. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	130
29. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	130

Inhalt	Seite
30. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	130
31. Tagesordnung der nächsten Sitzung	130
32. Schluss der Sitzung	131

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 7. JULI 2021

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.03)

Sophia in 't Veld (Renew). – Voorzitter, ik wil kort aandacht vragen voor de laffe aanslag die gisteren is gepleegd op Nederlands onderzoeksjournalist Peter R. de Vries.

Voor de vijfde keer in minder dan vier jaar ligt een onderzoeksjournalist letterlijk onder vuur vanwege het werk dat hij of zij doet. Peter R. de Vries vecht op dit moment voor zijn leven. Ik hoop dan ook op een betuiging van medeleven en steun van dit huis. Ik denk dat iedereen hoopt dat hij er weer bovenop komt.

We moeten niet alleen opnieuw onze solidariteit betuigen met journalisten, maar bovendien nog harder werken om ervoor te zorgen dat Europa niet wordt geregeerd door de georganiseerde misdaad, maar door het recht en de staat. Ik denk dat we in dit verband allemaal zeer gemotiveerd zijn.

Vandaag wil ik echter aandacht vragen voor Peter R. de Vries.

Presidente. – Grazie on. in 't Veld per questa comunicazione. Naturalmente c'è la vicinanza del Parlamento europeo e seguiremo gli sviluppi della situazione.

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 24./25. Juni 2021 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni del Consiglio europeo del 24 e 25 giugno 2021 (2021/2729(RSP)).

Ricordo che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come nelle ultime tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento europeo negli Stati membri.

Charles Michel, président du Conseil européen. – Monsieur le Président du Parlement européen, Madame la Présidente de la Commission, Mesdames et Messieurs, chers collègues membres du Parlement européen, avant d'aborder le rapport à la suite du Conseil européen qui s'est tenu il y a une dizaine de jours, je souhaiterais d'emblée m'associer aux propos qui ont été exprimés par Sophie In't Veld. Un crime a été commis contre un journaliste et ce crime est une attaque contre nos valeurs fondamentales, contre la liberté de la presse. C'est un crime qui doit être condamné et je voudrais exprimer ma solidarité avec les familles et les proches de la victime, ma solidarité également avec les Pays-Bas, avec le gouvernement des Pays-Bas.

I would like to warmly thank the Portuguese Presidency. This was an exceptionally intensive and productive presidency and warm thanks to you, Portugal. The baton now passes to the Slovenian Presidency with many challenges.

We tackled many important issues during our last European Council – COVID-19, migration, external relations and our economic recovery. We also held a euro area summit and hosted UN Secretary-General António Guterres. Today I will focus on the major topics.

Discussing our fundamental values at European Council level was not a common practice in the past but last year, during our four-day meeting in July, we held a full session on the rule of law and that was the first. Recently the legislation passed in Hungary has caused widespread concern in particular among EU leaders, and this is why I decided to discuss the issue at our last meeting.

LGBTQI+ rights are not a marginal issue. They are a concrete example of how a society relates to diversity and how it relates to human dignity. It touches on our most intimate thoughts and beliefs, our fundamental liberties.

In the European Union we do not discriminate, we integrate. That's the meaning of Article 2 of our Treaty. Our discussion was necessary, difficult, and at times emotional. Many leaders expressed deep concern. The Prime Minister of Hungary explained the motives behind the new laws, the President of the Commission gave her assessment and the formal steps the Commission might take as guardian of the Treaties.

For my part, I concluded with two remarks. First, our debate should encourage the Hungarian Government to reflect on the values that bind us together as one European Union and the Conference on the Future of Europe must be an opportunity to put our fundamental rights front and centre.

Second, EU law has primacy in our Union. We have the tools and institutions to uphold our principles and our laws. The rule of law will run its course.

Nous avons eu l'occasion également d'aborder la question du COVID-19, une fois encore. Je résumerais le débat en indiquant que, d'une part, nous nous réjouissons des progrès qui sont réalisés partout en Europe en lien avec les campagnes de vaccination; dans le même temps, nous mesurons bien que nous devons rester extrêmement concentrés et vigilants, en lien avec l'émergence de nouveaux variants et de nouvelles mutations, spécialement le variant Delta, et c'est le sens du souhait de renforcer la coopération afin de trouver ce juste équilibre entre, d'une part, le retour aux libertés, le retour à la mobilité et, d'autre part, la vigilance qui reste nécessaire.

Nous nous réjouissons que des progrès aient été réalisés en ce qui concerne le certificat COVID dans le cadre de recommandations en lien avec les voyages. Mais nous mesurons bien aussi que les mesures nationales doivent être davantage synchronisées afin que des mesures additionnelles prises sur le plan national n'ajoutent pas de la complexité aux difficultés déjà existantes.

La question de la migration était également à l'ordre du jour de ce Conseil européen. Nous avons concentré nos échanges essentiellement sur le volet extérieur de la migration. Notre objectif est naturellement de prévenir les drames en lien avec des pertes de vies humaines. Notre objectif est de réduire les pressions aux frontières extérieures de l'Union européenne, et nous avons convenu de solliciter de la Commission européenne et du Haut représentant des propositions les plus opérationnelles possibles avant l'automne, afin d'envisager des renforcements de coopération avec les pays tiers, les pays d'origine et les pays de transit, en identifiant les pays prioritaires pour l'Union européenne. De manière très forte, je voudrais indiquer que nous avons condamné la tentation par certains États tiers d'utiliser ou d'instrumentaliser la migration illégale pour faire pression politiquement sur l'Union européenne.

We had a long discussion on Russia. We remain committed to a united, long-term and strategic approach based on the five guiding principles and we remain fully united. We call on Russia to assume its responsibility in fully implementing the Minsk Agreements. We also agreed on the need for a firm and coordinated response to any illegal and disruptive activities by Russia. We therefore invited the Commission and the High Representative to present possible options for additional restrictive measures. We also agreed on our continued support for people-to-people contacts, Russian civil society and human rights organisations.

More broadly, we are also committed to deeper cooperation with our Eastern partners and with Central Asia. We discussed possible selective engagement with Russia in areas of EU interest – climate change, environment, health, foreign affairs and security – and we will explore the formats of, and conditions for, dialogue with Russia. Finally, given no progress in implementing the Minsk Agreements, we have agreed to proceed with a rollover of the sanctions and we will come back to EU-Russia relations at a future meeting.

The de-escalation in the Eastern Mediterranean is a good sign, but constructive engagement needs to be deepened. Engagement with Turkey in a phased, proportionate and reversible manner remains our policy. Work has started at technical level towards modernising the EU-Turkey Customs Union, and at the same time work needs to deepen on addressing existing irritants. And the Commission has outlined an indicative financing framework for the continued financing for Syrian refugees and host communities in Turkey, Jordan, Lebanon and other parts of the region.

The European Council expects this work to be taken forward without delay, and we therefore call for formal Commission proposals. We will continue to actively support the process to settle the Cyprus problem according to relevant UN resolutions, including the issue of Varosha, and we are very clear: a two-state solution is a non-starter. The rule of law and respect for fundamental rights remain a key concern, in particular the targeting of political parties in the media and women's rights. Dialogue on these issues remains an important part of the EU-Turkey relationship.

Nous avons enfin eu l'occasion de consacrer une partie de ce sommet européen aux questions économiques. D'une part, nous nous réjouissons des progrès qui ont été enregistrés depuis l'année passée et de l'accord sur le budget européen ainsi que sur le Fonds de relance. Nous nous réjouissons de ce que les plans nationaux, dans le cadre de ce plan de relance, sont progressivement analysés par la Commission et vont pouvoir être mis en œuvre.

Nous mesurons bien que tout n'est pas réglé pour autant. Nous mesurons bien qu'il est important de poursuivre la coordination et la coopération de nos actions sur le plan économique. Nous mesurons bien aussi que les deux piliers en lien avec ces transitions fondamentales que sont le changement climatique et l'agenda numérique doivent être au cœur de nos préoccupations. Et nous voyons avec une certaine satisfaction que plusieurs pays européens qui ont déjà introduit des plans ont été très attentifs à suivre ces recommandations de consacrer une part significative des financements à cette relance, par la voie des transitions climatiques et des transitions numériques.

Cependant, beaucoup reste à faire, notamment dans le cadre de l'Union bancaire et dans le cadre de l'Union du marché des capitaux. Sur ces sujets-là, nous avons eu l'occasion d'un échange de vues avec le président de l'Eurogroupe et avec la présidente de la Banque centrale européenne, et nous encourageons les ministres des finances à poursuivre leurs efforts sur un plan de travail afin de pouvoir réaliser des progrès en lien avec l'Union bancaire.

Peut-être un point aussi sur l'Union des marchés des capitaux. La présidente de la Commission a relancé l'attention des pays autour de la table sur des propositions pour aller de l'avant sur cet important sujet et je note que beaucoup ont exprimé aussi l'importance de travailler sur la dimension verte de ce marché des capitaux et l'idée de favoriser cette finance verte comme levier pour le développement économique, mais aussi pour atteindre progressivement nos objectifs ambitieux en matière climatique.

Enfin, nous avons aussi eu un échange de vues sur les progrès qui ont été enregistrés récemment, notamment dans le cadre du G7, et qui touchent à la fiscalité internationale sur les entreprises. La Commission présentera prochainement un paquet législatif en matière climatique, mais également un paquet en matière de ressources propres. Nul doute que ce débat va se poursuivre dans différentes enceintes démocratiques afin d'amener plus d'équité sur le plan international en matière de fiscalité, que ce soit dans le secteur numérique ou, de manière plus générale, pour l'ensemble des entreprises.

Voilà, Monsieur le Président, chers collègues, les quelques informations que je voulais partager avec vous à la suite de ce dernier sommet européen. Je me tiendrai bien sûr à votre disposition pour réagir aux remarques ou aux questions qui me seraient adressées.

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Kommission. – Herr Präsident Sassoli, lieber David, Herr Präsident Michel, lieber Charles, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auf der letzten Tagung des Europäischen Rates haben wir viele wichtige Fragen erörtert, in der Tat, wie wir eben gehört haben, von der wirtschaftlichen Erholung bis hin zu unseren Beziehungen zu Russland. Aber kein Punkt auf der Tagesordnung war so wichtig wie unsere Diskussion zu einem Thema, das den Kern unserer Identität berührt: unsere Werte.

Die Staats— und Regierungschefs haben eine sehr persönliche und emotionsgeladene Diskussion über das neue ungarische Gesetz geführt. Dieses Gesetz sagt unter anderem, dass jetzt Filme, Informationen und Veröffentlichungen mit Darstellungen von Lesben und Schwulen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in Ungarn nicht mehr gezeigt werden dürfen. Und es wird behauptet, dass diese Informationen negative Auswirkungen auf die körperliche und moralische Entwicklung Minderjähriger hätten. Dieses Gesetz stellt Homosexualität und Geschlechtsumwandlung auf eine Stufe mit Pornografie. Dieses Gesetz nutzt den Schutz der Kinder – dem wir uns alle verschrieben haben – als Vorwand, um Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung schwer zu diskriminieren.

Dieses Gesetz ist schändlich!

(Beifall)

Es widerspricht zutiefst den Grundwerten der Europäischen Union, dem Schutz der Minderheiten, der Menschenwürde, der Gleichheit und der Wahrung der Menschenrechte – diesen Werten, die so unverrückbar in Artikel 2 unseres Vertrages verankert sind.

Die Staats— und Regierungschefs aus dem Europäischen Rat haben sehr entschlossen ihre Unterstützung der Kommission zum Ausdruck gebracht, und ich werde alle Instrumente, die der Kommission zur Verfügung stehen, nutzen, um diese Grundsätze zu verteidigen.

C'est là-dessus que je voudrais me concentrer aujourd'hui. Je voudrais saisir cette occasion de vous donner un plus large aperçu de la manière dont nous voulons défendre nos valeurs, l'état de droit et les intérêts financiers de notre Union. Tout d'abord, en ce qui concerne la loi hongroise elle-même. Comme vous le savez, les commissaires Reynders et Breton ont écrit aux autorités hongroises pour exprimer nos préoccupations juridiques au sujet de cette loi. Si la Hongrie ne corrige pas le tir, la Commission fera usage des pouvoirs qui lui sont conférés en sa qualité de gardienne des traités.

Soyons clairs: nous faisons usage de ces pouvoirs quel que soit l'État membre qui enfreint le droit européen. Depuis le début de mon mandat, nous avons engagé quelque 40 procédures d'infraction liées à la protection de l'état de droit et d'autres valeurs de l'Union européenne consacrées par l'article 2 du traité, et, si nécessaire, d'autres procédures suivront.

We just cannot stand aside while whole regions declare themselves as so-called „LGBTQI-free zones“. Europe will never allow parts of our society to be stigmatised, be it because of whom they love, because of their age, their ethnicity, their political opinions or their religious beliefs. Because we should never forget: when we stand up for parts of our society, we stand up for the freedom of the whole of our society.

The second point is the protection of the European budget. This is not an abstract question. This is about European taxpayers' money, and we will watch over it closely. This is why we have agreed on a new conditionality mechanism. This mechanism is at the very heart of Next Generation EU and the European budget. Measures must be taken if it is established that breaches of the rule of law in Member States affect, or seriously risk affecting, the sound financial management of the Union budget or the financial interests of the European Union.

I know how important this point is for you in the European Parliament and for us, the Commission, and I look forward to the decision of the Court of Justice. This will bring clarity for everyone in Europe. Meanwhile, our officials are examining all the facts which could be relevant for later proceedings, and we drew up guidelines on how to apply the conditionality mechanism in practice. We are currently discussing these with you in Parliament. We will start the first files in the autumn. So what I said when we adopted the budget holds true: not a single case will be lost.

The conditionality mechanism will also help to protect Next Generation EU because, if our union is investing more money than ever before to advance our collective recovery, we must take special care that this money is used properly and effectively. This is not only a vital ingredient of our democracies, it also creates trust for investors and business at this crucial moment.

This is why in the national recovery plans of Member States, we include a strong system of controls and milestones to monitor where the money goes. We will look at good governance, anti-corruption measures and the fight against fraud. In addition, we will use the financial agreement signed with each Member State to make clear what we expect, for example, smooth cooperation with the European Anti-Fraud Office (OLAF) because, in the end, it is the European people who are paying all this.

These are the tools at our disposal, including the Article 7 procedure, but we all know that even the best tools cannot replace an honest debate about values. This is about the Europe we want to live in. It goes to the core of the values on which our Union was founded and which resonate throughout the world: democracy, equality before the law, respect for court judgments, free media. And these values bind us together: north and south and east and west. We might not agree on every aspect of a certain law, but we have to agree on respecting the judgments of the independent courts that settle our disputes and we have to agree on the primacy of European law.

We might not agree on which project to grant European funds, but we have to agree that this money should be spent properly. We might disagree with a lot we see in our media, but we have to agree that journalists investigating potential abuses of power are not a threat, but an asset to our democracies and our societies. And our thoughts and solidarity go to the journalist, Peter de Vries, in these moments.

We also have our different views when it comes to the future of our European Union, but we must accept the right for everybody to openly express their opinion without humiliating or diminishing others. We might even disagree about the best way of life, but we must agree on the right for each and everyone to make this decision for oneself.

Honourable Members, there are many places in the world where you can earn a good living and do great business. However, when it comes to living in peace and freedom, there is no better place than Europe. Europe is diverse, Europeans are diverse, yet we stand together. It is our values that unite us. Long live Europe.

(Applause)

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Präsident Sassoli, Präsidentin Von der Leyen, Präsident Michel, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute auf die Punkte des Europäischen Rates eingehen und zunächst mit Russland beginnen. Wir als Europäische Volkspartei begrüßen die Ergebnisse im Umgang mit Russland. Wir strecken immer die Hand aus, mit allen Partnern im Gespräch zu sein, mit allen Partnern zu reden.

Aber gute Politik startet mit einer ordentlichen Analyse, und offensichtlich ist Russland nicht bereit, diese ausgestreckte Hand anzunehmen. Wir erleben ein aggressives, ein nicht gesprächsbereites Russland. Wir erleben das in Syrien, auf der Krim, in dem Fall Nawalny, in den inneren Freiheitskämpfen in Russland und bei den Cyberattacken auf Europa. Deswegen ist der einzige wirksame und richtige Ansatz, Herr Präsident, dass wir Grenzen setzen und auch deutlich machen, wie hoch die Kosten für Russland sind, wenn diese Grenzen überschritten werden. Dieser Ansatz ist richtig und wird von uns unterstützt.

Es gibt immer die Diskussion, wie es dazu kommen konnte – beispielsweise die NATO-, die EU-Diskussionen, ob die sich nach Osten erweitern sollte. Ich möchte für uns als Fraktion klarstellen: Russland hat nicht das Recht, über andere Länder zu entscheiden. Wenn die Ukraine Richtung Westen gehen will und dies ihr freier Wille ist, dann ist das ihre Entscheidung und nicht die Entscheidung Moskaus.

Wir haben aktuell eine weitere Diskussion um den Satellitenstaat, der an Russland dranhängt: Belarus. Klar ist: Europa darf sich von Lukaschenka nicht erpressen lassen. Wir haben jetzt die zunehmenden Migrationszahlen an der belarussisch-litauischen Grenze, und der erste wichtige Punkt ist, dass wir Litauen zur Seite stehen, dass wir unterstützen, dass wir Frontex-Unterstützung bereitstellen und auch EASO-Aktivitäten bereitstellen.

Die Entwicklung dort erinnert uns auch daran, dass das mit den 10 000 Frontex-Beamten, die wir eigentlich aufbauen wollen, zu langsam vorangeht, um unsere Außengrenzen besser zu schützen. Ich möchte, wenn wir über Belarus reden, weil wir heute schon über die Medienfreiheit gesprochen haben, auch noch mehr an die Hunderte, an die Tausende von Freiheitskämpfern erinnern, die in Belarus jetzt im Gefängnis sitzen. Auch die brauchen unsere Unterstützung, auch deren Einsatz darf nicht vergessen werden.

Zu guter Letzt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ungarn. Europa ist das Versprechen der Freiheit. Dieses Gesetz ist eine Schande, so wie es unsere Kommissionspräsidentin zum Ausdruck gebracht hat. Die EVP wird heute die gemeinsame Entschließung, die wir eingebracht haben, unterstützen, weil es wichtig ist, dass wir gemeinsame Positionen in diesen Grundsatzfragen beschreiben.

Aber wir alle spüren: Es geht schon darüber hinaus. Die ungarische Regierung schaltet europaweit Anzeigen, wo sie beispielsweise die Idee der *ever closer union* in Frage stellt. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Es geht nicht um *ever closer union of states*, es geht um *ever closer union of people*. Das ist die Formulierung, die im Text des Vertrags steht. Und sie will das Europäische Parlament abschaffen. 213 Millionen Menschen haben 2019 dieses frei gewählte Parlament gewählt. 213 Millionen Menschen haben sich an der Wahl beteiligt! Die einzige demokratische Kammer auf diesem Kontinent will Viktor Orbán, will die ungarische Regierung abschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht Parteipolitik, worüber wir da reden. Es geht um die Frage: Ja oder Nein zu einem starken, zu einem bürgernahen Europa? Viele Christdemokraten gehören zu den Gründervätern dieser Europäischen Union. Deswegen sage ich heute: Der Kampf geht eine neue Runde. Wir verteidigen das Projekt Europas.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, la ley discriminatoria de la comunidad LGTBI aprobada por el Parlamento húngaro requiere una reacción de firmeza. Y me alegro de haber escuchado hoy al señor Michel y a la señora Von der Leyen una clara posición de defensa del Estado de Derecho.

Sabemos que el señor Orbán no está solo, como demuestran las infames «zonas libres de ideología LGTBI» de Polonia o la lamentable sintonía con esa deriva ideológica del Gobierno de Eslovenia. ¡Ya está bien! Formamos parte de una comunidad de valores y principios fundamentales.

Es necesario tener en cuenta que la solución no pasa por señalar la puerta de salida a Hungría —también hemos de decirlo—. Hungría no es su Gobierno. No lo olvidemos. Tenemos otros instrumentos: aceleremos de una vez el procedimiento del artículo 7 y avancemos en la suspensión de los fondos por deficiencias en el Estado de Derecho.

También debemos ser capaces de mejorar nuestra capacidad de reacción en un vecindario cada vez más turbulento. El último acto de piratería de Estado de Bielorrusia, los atropellos de Rusia con anexiones ilegales de territorios, envenenamientos, ciberataques y propaganda, la actitud desafiante de Turquía en las aguas del Mediterráneo y el uso de personas en la orilla sur para echar un pulso a las fronteras de la Unión requieren respuestas rápidas y precisas, y para ello necesitamos explorar a fondo las posibilidades de actuar sin unanimidad con el margen que ofrece el Tratado.

La Unión Europea no es solo un gigante económico, sino que ya ha demostrado su capacidad de ejercer la geopolítica cuando las circunstancias lo requieren. Las sanciones contra Rusia tras la anexión ilegal de Crimea en 2014 han asestado un significativo golpe a Moscú, lo que ha sido posible gracias a un ejemplo notable de unidad. Precisamente, la relación con Rusia ha evidenciado otra línea divisoria entre los Estados miembros. Si bien está justificado el recelo de algunos socios ante Rusia, se equivocan en rechazar un diálogo de alto nivel con las autoridades rusas.

El diálogo en sí no es una concesión. Una potencia global como la Unión Europea tiene que hablar con todos los actores, incluso con aquellos con los que tiene profundos desacuerdos. Con vecinos como Putin, Lukashenko o Erdoğan necesitamos una estrategia que combine la máxima firmeza en respuesta a sus abusos con el diálogo para defender nuestros intereses ante desafíos comunes.

Realmente la pandemia continúa transformando el equilibrio de poder a nivel global. La enorme brecha entre los países con menos recursos y las economías más avanzadas tiene repercusiones en todo el mundo: económicamente y socialmente, con el aumento de las desigualdades, y en el ámbito sanitario, con el riesgo de las nuevas variantes del virus. La Unión Europea debe liderar tanto la vacunación global como la movilización de financiación pública para garantizar el acceso a la liquidez internacional de las economías en desarrollo. Porque una recuperación económica global rápida no solo redundará en el bienestar de la ciudadanía europea, sino también en la influencia de Europa en el mundo de mañana.

Dacian Cioloș, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, la semaine dernière, nous, les députés du groupe Renew, vous avons adressé une lettre demandant de suspendre l'adoption du plan de relance de Viktor Orbán. Dans cette lettre, nous vous expliquions qu'aujourd'hui, nous n'avons aucune garantie que l'argent de la relance européenne bénéficiera aux citoyens hongrois honnêtes et méritants. Et nous vous disions aussi que dans l'état actuel des choses, il y a de grandes chances que cet argent soit tout simplement détourné par le régime Orbán.

Hier, nous avons appris par la presse allemande que vous acceptiez cette demande et que vous aviez l'intention de suspendre l'adoption du plan pour l'instant. Une des conditions qu'un État doit respecter pour accéder au plan de relance, c'est d'avoir mis en place un système anticorruption fiable et robuste, ce que nous avons prévu dans la législation concernant ce plan de relance. Ceci, malheureusement, n'est pas le cas de la Hongrie de Viktor Orbán.

De plus, en 2019, la Commission observait une augmentation de la corruption et du favoritisme en Hongrie. En 2020, vous observiez un nouvel affaiblissement du mécanisme antifraude. En 2021, vous observiez aussi que la corruption du régime Orbán est «systémique». Ce sont des observations de la Commission que nous attendons maintenant de retrouver dans l'évaluation que la Commission fait de ce plan. Il est donc temps d'agir. En suspendant l'adoption du plan proposé par Orbán, vous avez fait un pas dans la bonne direction. Mais l'idée n'est pas de retarder pour retarder. Il faut obtenir des garanties solides de la part de ce gouvernement, comme d'ailleurs de tous les gouvernements, que ces règles soient respectées.

Dans notre lettre du 27 juin dernier, nous vous propositions trois de ces garanties qui, à notre avis, à partir de l'analyse de la Commission, devraient être incluses dans ce que le gouvernement hongrois propose. Premièrement, qu'Orbán s'engage légalement à fournir toutes les données sur les bénéficiaires du plan de relance. Ce n'est pas le cas aujourd'hui. Même si on a l'OLAF, la Hongrie ne fait pas partie du Parquet européen. Mais même l'OLAF n'a pas toujours toutes les données pour analyser la manière dont l'argent européen est utilisé.

Deuxièmement, Orbán doit mettre en place un cadre juridique pour empêcher que les personnes déjà impliquées dans les affaires de fraude puissent avoir accès à l'argent de la relance. Cela éviterait que son beau-fils, par exemple, plusieurs fois épinglé par l'OLAF mais jamais puni par la justice hongroise, continue d'empocher de l'argent européen.

En plus, Orbán devrait s'engager à abroger toutes les lois entravant l'accès de la société civile et des journalistes d'investigation aux informations publiques.

Madame la Présidente, ne pas approuver le plan de relance hongrois, à ce stade, ce n'est pas punir la Hongrie, mais punir Orbán et ceux qui se servent de l'argent européen pour frapper l'Europe. Les citoyens hongrois ne sont pas dupes, parce que plus de 80 % d'entre eux pensent que le régime est corrompu, donc ils sont très conscients de ce qui se passe dans leur pays. Le ras-le-bol monte à Budapest et l'argent européen ne peut pas entretenir ce problème.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente, chers collègues, juste à la veille du Conseil, j'engageais les membres du Conseil européen à ne se préoccuper que d'une chose, à savoir la préservation des valeurs de l'Union. Des valeurs qui, je le rappelle, sont les fondations de notre maison commune. Et je le disais dans mon discours: une maison dont les fondations ne sont pas protégées court à la ruine.

Je me réjouis évidemment que pour la première fois, ou en tout cas pour une des premières fois, un véritable débat ait eu lieu dans l'enceinte du Conseil. Et ce, d'autant plus que, même si le déclencheur a été la situation créée par le gouvernement hongrois, il est vrai que l'état de droit et les valeurs fondamentales de l'Union sont en recul. Comme le disait Manfred Weber, ça ne concerne pas uniquement la Hongrie ou la Pologne, dont on parle souvent ici. On observe ces reculs aussi bien au nord – je pense aux mesures adoptées par le gouvernement danois en matière d'asile et d'immigration. Je pense à la corruption et au blanchiment d'argent qu'on peut observer dans le bassin méditerranéen. Je pense à la captation des données personnelles qu'on observe dans un pays comme la France. Je pense que beaucoup d'États européens aujourd'hui foulent les valeurs fondamentales de l'Union aux pieds.

Il est donc plus que temps d'aller au-delà de l'indignation, de la consternation, des soucis et des préoccupations qu'on peut avoir. Il est temps de passer à l'action. Alors qu'est-ce que cela veut dire, passer à l'action? Je note que, bien souvent, les gouvernements qui imposent des reculs à l'état de droit prennent pour argument la défense – et je les cite dans leurs déclarations récentes – des valeurs chrétiennes traditionnelles de l'Union contre le monstre bruxellois. Comme chrétien, je ne peux pas m'empêcher de rappeler à M. Orbán, à M. Bay, que l'Évangile nous invite à accueillir l'étranger, à nous préoccuper des plus fragiles, à unir plutôt que diviser.

Mais au-delà de ce faux combat, ce qui se passe, c'est que les atteintes au droit, à l'état de droit et aux valeurs fondamentales de l'Union ont en fait un objectif: cimenter le pouvoir d'un parti, le pouvoir d'un homme, avec pour but exclusif de tirer parti de l'exercice de ce pouvoir pour s'enrichir, pour que les dirigeants s'enrichissent, pour que leurs amis s'enrichissent. Donc, contrairement à ce que certains disent lorsqu'ils prétendent qu'il ne faut pas faire de lien entre l'argent et la défense des valeurs, je pense qu'il faut toucher au portefeuille ceux qui essayent d'abuser de notre bonne foi.

Ainsi, Madame la Présidente, je me réjouis d'entendre ce que vous avez décidé de faire, mais de grâce, montrez-nous de l'action! Je sais que vous en préparez beaucoup, mais à un moment, il faut les voir. Il faut qu'elles deviennent visibles et il faut que, du côté des États qui se mettent en infraction, ils sentent l'impact, en particulier l'impact financier.

Monsieur Michel, j'ai envie de vous dire une chose, c'est que j'ai bien noté les protestations de 17 chefs d'État et de gouvernement au sein du Conseil. Je leur rappelle qu'il leur est aussi loisible d'aller individuellement à la Cour européenne de justice et qu'ils seraient peut-être un poil plus crédibles en passant à l'action. Et là-dessus, un dernier mot – merci, Monsieur le Président, de me laisser conclure là-dessus. Je comprends le souci d'assurer la collégialité du Conseil européen, mais il faut à un moment assumer la conflictualité. C'est vrai sur l'état de droit, c'est aussi vrai sur la migration, c'est aussi vrai sur le climat. On ne peut pas vouloir tout le temps l'unanimité. Il faut accepter qu'à un moment, une majorité décide.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, chers collègues, trois milliards d'euros de plus pour la Turquie, c'est la décision prise par le Conseil que, Madame von der Leyen, vous étiez tout heureuse d'annoncer. Vous espérez sans doute qu'Erdoğan se montrera reconnaissant en vous réservant un siège lors de votre prochaine rencontre.

Cette nouvelle enveloppe prolonge l'accord entre l'Union européenne et la Turquie sur les migrants. Alors qu'Ankara est, en contrepartie de cet argent, supposée contrôler les flux migratoires, elle se retrouve dans les faits dotée d'un nouveau moyen de pression. Notre Parlement est prompt à dénoncer l'instrumentalisation des migrants par le Maroc et la Biélorussie. Il serait bon qu'il se décide enfin à sanctionner les agissements turcs.

Le Conseil salue par ailleurs, je cite, la «désescalade en Méditerranée orientale». Sans doute est-ce là une des motivations pour l'octroi de nouveaux milliards. Lorsque Erdoğan montre les crocs, l'Union européenne n'ose pas répondre. Lorsqu'il se calme très temporairement, sans toutefois reconnaître ses torts, Bruxelles s'empresse de le féliciter en espérant ainsi l'amadouer. Mais ni l'argent, ni les gestes d'apaisement ne l'empêchent de nous cracher au visage. La Turquie a immédiatement réagi, estimant que trois milliards ne sont pas assez. Erdoğan veut plus, toujours plus.

Il s'attaque également une nouvelle fois à la souveraineté de Chypre, dont les Turcs occupent près de la moitié du territoire depuis maintenant 50 ans. La Turquie, qui continue à coloniser l'île, exige la création de deux États. Refusant le rapport de force face à ce pays qui nous menace ouvertement, nous envoie des milliers de migrants et viole les espaces aériens et maritimes des pays européens, les institutions européennes ne sont pas à la hauteur des enjeux. Elles persistent à croire que l'on peut s'entendre avec Erdoğan en lui faisant chaque fois plus de concessions. Que lui cédera Bruxelles cette fois-ci? La libéralisation des visas ou, évidemment, une modernisation de l'Union douanière. Il est temps de dire stop et de mettre enfin un terme de manière formelle et irréversible au processus d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne.

Enfin, puisque le sujet fut abordé par le Conseil, je ne peux m'empêcher d'évoquer le scandaleux procès intenté à la Hongrie s'agissant de son projet de loi contre la pédophilie. Les allégations de discrimination et d'homophobie relèvent de la pure désinformation, ce que l'on peut constater en prenant la peine de se pencher deux minutes sur le contenu réel de ce texte. La Hongrie veut protéger ses enfants contre les délires de l'idéologie du genre et de la transidentité. L'hystérie autour de cette affaire montre que Budapest a bien raison de vouloir limiter la propagande d'un communautarisme LGBT toujours plus agressif et revendicatif.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio europeo di fine giugno doveva rappresentare un'occasione per un vero cambiamento su diversi temi.

Ascoltando il dibattito di questa mattina, però, devo dire che forse abbiamo, Presidente Sassoli, sbagliato il titolo perché mi sembra che si parli poco dell'esito del Consiglio europeo e si parli molto invece di quello che è accaduto poche ore prima del Consiglio europeo e che quindi resta molto curioso il fatto che si sia messo in campo un dibattito come quello al quale stiamo assistendo, che è certamente un dibattito molto discutibile per alcuni aspetti anche formali, Presidente della Commissione, perché se il presidente di un gruppo parlamentare, il collega Ciolos, comunica ufficialmente che è stato sospeso un piano nazionale, evidentemente in assenza di una decisione della Commissione, questo è molto grave, perché la Commissione dovrebbe e potrebbe attivare una procedura in questo senso, ma sicuramente non ha deciso nulla da quello che ufficialmente risulta.

Ed è molto grave il fatto anche che oggi ci siano una serie di interventi e di posizioni che nulla hanno a che fare con i contenuti veri di cui dovremmo discutere oggi qui in Aula, caro Presidente Michel, rispetto ad alcune questioni.

E mi riferisco al tema dell'immigrazione per fare un riferimento molto chiaro, che è un tema dove, ancora una volta, si è preferito non decidere rinviando ogni soluzione ad ottobre, quando invece avremmo avuto bisogno di progressi immediati, urgenti, ma di questo si parla poco.

Ne parleremo ipocritamente nei prossimi mesi quando magari assisteremo a decine e decine e decine di migliaia di sbarchi nelle coste del sud dell'Europa a partire dall'Italia, e lì invece diremo a tutto il sistema che ad ottobre la Commissione europea farà una proposta, ma nel frattempo attacchiamo l'Ungheria perché questo è più comodo in questo momento, piuttosto che affrontare le questioni vere, le questioni per le quali anche sul tema dell'immigrazione non si fa nulla da una parte, ma si fa molto altro dall'altra, perché si decide di rinnovare l'accordo del 2015 ed erogare circa 3 miliardi e mezzo di euro di contributi alla Turchia, evidenziando ancora una volta le contraddizioni e l'ipocrisia che regnano all'interno delle istituzioni europee, soprattutto perché, in quel caso, il tema della condanna della mancanza del rispetto dei diritti umani e dello Stato di diritto scompare dal nostro raggio d'azione. Non ne parliamo più.

Diamo tre miliardi e mezzo di euro e andiamo avanti rispetto ad una esigenza urgente che riguarda alcune parti dell'Europa e che non affronta complessivamente in modo serio e credibile il contesto del quale noi ci occupiamo.

E così penso che sia inaccettabile guardare alle situazioni sulle quali noi ci confrontiamo in quest'Aula, ignorando quello che sta accadendo, perché in queste ore ci sono alcune ONG che girano per il Mediterraneo piene di immigrati clandestini e che noi non sappiamo quale sarà il punto d'approdo e soprattutto non siamo in grado a livello europeo di poter dare una risposta in questo senso, perché la situazione viene affrontata con un ordine del giorno che non guarda alle esigenze reali e vere.

Ecco, avremmo voluto parlare più di questo in questo dibattito, avremmo voluto più parlare dei piani nazionali di ripresa e resilienza rispetto all'efficacia della loro azione, avremmo voluto parlare di ripresa economica e di quello che deve essere un sistema di interventi sul tema delle imprese, in particolare le piccole e medie imprese che devono riprendere e devono essere il punto centrale del rilancio dell'azione economica nel contesto europeo.

Dobbiamo cercare di guardare ad un contesto nel quale mi sembra che il dibattito di oggi abbia perso una grande occasione per poter affrontare le questioni vere e soprattutto per potersi rifugiare su questioni di principio e di carattere generale sulle quali nessuno si chiama fuori.

Sullo Stato di diritto ci confronteremo, sui temi che vengono portati avanti ci confronteremo, ma non è possibile che in un dibattito parlamentare come questo si indichi una soluzione, si emani una sentenza, si decida già preventivamente su un qualcosa sul quale non c'è nulla di confronto reale, ma soprattutto non si è parlato nel dettaglio e non si è data la possibilità di aprire questo dibattito.

Ecco perché io sono deluso da questo dibattito e avrei preferito che il dibattito di oggi si concentrasse sulle questioni che riguardano realmente i cittadini e soprattutto che ci fosse, all'interno di queste istituzioni, un concetto che è quello del rispetto, anche di chi la pensa diversamente e non dell'idea di portare avanti con forza e decisione un pensiero unico al quale noi personalmente non ci potremo mai in alcun modo convincere e arrendere.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président, aujourd'hui, j'ai envie de vous parler d'amour, du bonheur d'aimer qui l'on veut, où l'on veut, quel que soit son genre ou son orientation sexuelle. Ne pas devoir se cacher ni se justifier ou avoir peur, et avoir son cœur qui bat à 100 à l'heure, juste par passion, pas par peur d'être ciblé. Madame von der Leyen, Monsieur Michel, je pensais qu'en Europe, en 2021, nous n'accepterions pas qu'on remette en cause ce droit si simple et si fondamental, celui d'aimer. C'est pourtant le cas dans la Hongrie d'Orbán, où entre en vigueur aujourd'hui une loi de la honte qui associe les personnes LGBTI à des pédocriminels.

Les simples condamnations ne suffisent plus, il faut des actes pour démontrer à chaque citoyen européen que nous les défendrons quoi qu'il en coûte. Orbán est loin d'en être à son coup d'essai. Cela fait des années qu'il remet en cause la séparation des pouvoirs et les libertés. Et c'est presque à chaque fois silence radio de l'Europe. À chaque Conseil, et encore aujourd'hui dans vos discours, c'est la même comédie. L'Union européenne s'inquiète, s'émeut, s'indigne, mais laisse faire. Elle fronçe les sourcils, oui, fait les gros yeux parfois, hausse le ton, mais ne sévit jamais. Et cette impunité fait jurisprudence.

La Slovénie, qui prend la présidence de l'Union, s'attaque à la liberté de la presse et aux opposants, comme nos camarades de Levica. La Pologne remet en cause l'avortement. Et c'est silence radio de l'Europe. L'extrême droite jubile de votre lâcheté. Orbán nous nargue en publiant sa propagande dans les journaux complices comme *Le Figaro*, et ses amis autoritaires rêvent d'une alliance brune pour défendre leur funeste projet. Votre inaction les encourage à aller toujours plus loin.

Alors aujourd'hui, oui, c'est vrai, on entend timidement le mot de «sanctions». Mais vous savez, comme je parlais d'amour: en amour, il n'y a que les preuves qui comptent. Donc, si vous aimez tant que ça l'état de droit, pourquoi encore attendre et refuser obstinément d'appliquer immédiatement les sanctions qui s'imposent? Chaque semaine de perdue est une insulte faite à ces homosexuels qui luttent pour conserver le droit d'aimer, aux femmes qui se battent pour conserver le droit d'avorter, aux journalistes qui résistent pour garder le droit d'informer. Votre fausse naïveté n'est pas une excuse, mais une lâcheté complice. Il est temps d'envoyer un message clair: nous ne laisserons plus rien passer, plus rien.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážený pán predsedajúci, história západoeurópskych krajín je poznačená kolonializmom, otrokárstvom, veľkými ríšami: Rímskou ríšou, Veľkonemeckou ríšou, holokaustom. História krajín východnej Európy a strednej Európy, história krajín Vyšehradskej štvorky je poznačená bojom za dušu národa, za slobodu, za samostatnosť, za vlastné tradície, za vlastné náboženstvo. A mne sa zdá, že v súčasnej dobe Európska únia sa snaží zobrať východo-európskym krajinám ich tradičné hodnoty, zobrať ich kultúru, zobrať ich vnímanie sveta, teda zobrať ich dušu. Nerobte to. Pán Kaczyński ani pán Orbán nie sú xenofóbovia. Oni si len prezentujú dušu svojho národa, svoje tradície, kresťanské tradície, náboženstvo. Vždy bolo na škodu veľkým ríšam, či Rímskej ríši, či Veľkonemeckej ríši alebo habsburskej monarchii, to, keď sa jednotlivým štátom dala ich vlastná duša. Nech sa to nedeje, veď predsa nechcete rozhodovať o tom, aby sme my na Slovensku vychovávali deti tak, ako si to praje Brusel. My vieme, ako máme vychovávať deti. My vieme, aký máme mať vzťah k osobám ináč sexuálne orientovaným. Neberte nám to, pretože to bude mať zlé následky. To je všetko.

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, I would like to welcome back President von der Leyen and President Michel to the European Parliament.

Presidents, you both spoke about the protection of European values and about the rule of law. This is very important and it is very good. Let me be very clear. Hate and exclusion have no place in the European Union. Europe means integration. It means diversity. It means protecting all citizens, including all types of minority. At the moment, we tolerate hate and exclusion in the European Union. We can all fall victims. This is exactly why we all together have to protect our European Union. And we as European institutions have a special responsibility because whenever people speak up for the values of the free world, they do that with the flag of the European Union in their hands. They tell us very clearly, 'we expect you as European institutions to defend European values'. This my first point.

Secondly, on the rule of law, the European Union means that people can travel freely, they can choose where they work, where they live and where they study in the European Union. And this is exactly why we have to make sure that the law applies in every corner of the European Union and that people who respect the law are protected in every corner of the European Union and those who breach the law are sanctioned. This is exactly why the European Union has a special responsibility in protecting the rule of law in every corner of the Union as well as protecting the EU budget.

During the coming years, the European Union will spend more money than ever. The more we spend, the more we need to make sure that money really reaches its intended beneficiaries. The more we spend, the bigger our duty to be transparent also is. Transparency is sometimes difficult to achieve, but it is the right thing. This is why we also, as the European Parliament, want to make sure that whenever money is being spent, it's being spent for the good of the people. People expect to see concrete results.

For the Recovery and Resilience Facility, President Michel, President von der Leyen, you mentioned that we provided for a strong goal for the European Public Prosecutor's Office (EPPO), for the European Anti-fraud Office (OLAF), and we also ask for the transparency of all final beneficiaries. The European Commission has to insist to Member States that this happens.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

Vici President

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è notizia di ieri che 250 milioni di cittadini europei hanno scaricato il COVID pass, un ottimo inizio per il certificato che dal 1° luglio permette il ritorno alla libera circolazione in sicurezza in tutta Europa.

Al tempo stesso i primi piani nazionali di ripresa e di resilienza sono stati approvati dalla Commissione e presto gli Stati membri potranno avere l'anticipo delle risorse finanziarie di Next Generation EU per mettere in campo misure a sostegno di cittadini e imprese.

Due risultati, il Green pass e Next Generation EU, raggiunti mettendo in primo piano la solidarietà europea, la collaborazione fra Stati membri, dove anche dopo l'ultima riunione del Consiglio continuiamo invece a non vedere né solidarietà europea, né soluzioni comuni sul terreno delle politiche migratorie della gestione delle richieste di asilo.

È davvero singolare che, mentre con la stagione estiva riprendono le tragedie dei naufraghi nel Mediterraneo, le conclusioni del Consiglio scorso non facciano alcun riferimento allo stallo in cui continua a essere lasciata la revisione del regolamento di Dublino, né tanto meno abbiano affrontato con la dovuta urgenza il tema di una gestione coordinata delle operazioni di salvataggio in mare e della ricollocazione obbligatoria dei richiedenti asilo.

Intensificare l'azione esterna dell'Unione con partenariati e cooperazione con i paesi di origine e di transito dei migranti è importante ma non basta. Occorre guardarci in faccia ed essere chiari, non possiamo più continuare a lasciare soli i paesi di primo approdo.

Facciamo quindi prevalere i nostri valori, questi non accettano deroghe a leggi vergognose che discriminano la comunità omosessuale, ma fra i nostri valori c'è anche quello di difendere la dignità della persona umana da qualsiasi parte del mondo questa provenga.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, I'm very happy with all the criticism over the Hungarian developments, which are very concerning. But the EU Council also decided to consolidate the EU Turkey statement with new funding. And only the previous part-session, Parliament adopted the resolution with clear demands on migration deals. We must ensure human rights compliance, which requires impact assessments and independent monitoring, democratic and judicial control, and scrutiny of the use of funds.

The EU Turkey statement doesn't meet any of these criteria. So how do we monitor the situation of refugees? Is it taken into account that non-Syrian asylum seekers lack access to an asylum procedure? Will the funding of border controls result in a complete closure of the southern-east borders where refugees tried to escape violence?

There are strong indications that forced returns to Syria are being made and that UNHCR doesn't have access to any removal centre. Let me be clear: we must support the refugees in Turkey. Many of them are in precarious circumstances, and Turkey takes a large share but the conditions on border control and readmission have a human rights impact, and we must ensure that we support human rights that affect them in our external action.

Harald Vilimsky (ID). – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir die Themensetzung und auch die Ergebnisse der Ratssitzung vom Juni vor Augen führe, dann erinnert mich das frappant an den berühmten Film der 90er Jahre: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Sie kennen vielleicht mehrheitlich den Film mit Bill Murray, in dem eine Person auch in einer Zeitschleife gefangen war und täglich dasselbe erlebt. Und vielen geht es hier wahrscheinlich ähnlich, wo seit vielen Monaten – wenn nicht Jahren – immer wieder dieselben Themen angesprochen werden, aber nicht die entsprechenden Lösungen dazu präsentiert werden.

Am 24./25. Juni wurde erneut über die Themen Migration und auch Türkei gesprochen. Und wieder gibt es keine befriedigenden Lösungen dazu. Wir wissen aus den aktuellen Untersuchungen, dass bis zu fünf Millionen Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa drängen. Wir wissen gleichzeitig, dass zwei Drittel – wenn nicht mehr – hier weder den Status eines Konventionsflüchtlings noch den eines subsidiär Schutzberechtigten haben werden. Und es wird so sein, dass von denen, die hierhergekommen sind und nicht diesen Status haben, die überwiegende Mehrheit – zwei Drittel bis drei Viertel – auch hierbleiben werden. So, keine Lösungen durch die Europäische Union.

Das nächste: die Türkei, wo wir wissen, dass die Türkei nicht in die Europäische Union will und hier auch nicht wirklich Raum und Konsens dafür gegeben sind. Trotzdem wird weiterbezahlt. Falsche Themensetzung.

Vor diesem Hintergrund bin ich sehr, sehr froh, dass sich jüngst ein Bündnis aus 15 unterschiedlichen Ländern formiert hat: 16 Parteien, die Europa in eine gute Zukunft bringen wollen, die Licht am Ende des Tunnels signalisieren, Europa wegbringen wollen vom Zentralismus wieder hin zu Pluralismus und mehr Demokratie.

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Padło tutaj bardzo dużo wniosków, pięknych słów. Mówiła o tym i pani przewodnicząca, i Państwo: o równości, o wartościach, o wzajemnym szacunku. Ale o jakie wartości i o jaki szacunek chodzi? Te wartości i ten szacunek są ważne tylko wtedy, kiedy dotyczą światopoglądu, ideologii lewicowo-liberalnych. Europejczycy o poglądach konserwatywnych według was nie mają prawa głosu. Na jakiej podstawie używacie Państwo tutaj sformułowań „reżim Orbána”, „brunatna Europa budowana przez konserwatystów”? Co to w ogóle jest? Dlaczego nie ma reakcji? Mówicie o tym, że każdy Europejczyk ma być przez Unię Europejską chroniony, ma mieć takie same prawa, że Unia ma się nim opiekować.

Dopominamy się od bardzo dawna, żeby wreszcie ta Izba i Komisja Europejska powiedziały stop budowie Nord Stream 2, bo to zagraża bezpieczeństwu Europejczyków Europy Środkowo-Wschodniej. I co? I nic – bo tam jest wielki biznes, który wy wspieracie. Hipokryzja i zakłamanie.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Madam President, I say to the President of the European Council, Charles Michel, when the European Council criticises Russia for lack of respect of human rights it mentions Alexei Navalny, and we all agree that this is important. When the European Council criticises Belarus for lack of respect of human rights it mentions Svetlana Tikhanovskaya, and we all agree that this is important.

But when the European Council, in its conclusion, criticises Turkey for the lack of respect of human rights, it does not mention Selahattin Demirtaş, even though there is a clear judgment from the European Court of Human Rights demanding his immediate release. Instead, the European Council have decided to move towards an expansion of the customs union with Turkey.

Dear President Charles Michel, why not mention Demirtaş, as you mentioned Navalny and Tikhanovskaya? I do not understand. Are you afraid of President Erdoğan?

(Applause)

Sabrina Pignedoli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, forse non ci stiamo rendendo conto di quanto grave sia il rischio dei cyberattacchi.

Il Consiglio giustamente colloca questi temi in cima alla propria agenda, ma bisogna intervenire rapidamente in modo unitario, perché sono già all'ordine del giorno episodi criminali come furti di dati e richieste di riscatto e paralisi delle piattaforme.

Assistiamo, inoltre, a un'evoluzione, a un affinamento del tipo di minaccia diretta sempre più contro sistemi informatici complessi, con dati che vanno dal campo sanitario a quello finanziario e amministrativo.

Il prossimo passo sarà il miglioramento dell'attuale quadro normativo europeo. Potrebbe essere utile pensare anche a un'autorità di coordinamento che si occupi di questi aspetti a livello sovranazionale. È importante anche che i singoli paesi intervengano con normative nazionali uniformi che rendano fluido lo scambio di dati.

Chiudo con un pensiero, però, al reporter Peter de Vries a cui hanno sparato ad Amsterdam. Mi rivolgo a Lei, Presidente von der Leyen, le mafie sono un problema europeo che come tale deve essere affrontato con una legislazione europea.

Paulo Rangel (PPE). – Madam President, President of the European Council, President of the Commission, all my solidarity to our Dutch people, to our Dutch colleagues and to all the journalists today.

Gostaria de começar por dizer que, para o PPE e para o PSD, a lei húngara que discrimina as pessoas LGBTI é intolerável e, por isso mesmo, pedi hoje palavra no debate que se segue para tomar uma posição que seja diferente da posição tibia de neutralidade que a Presidência portuguesa do Conselho começou por tomar.

E agora permita-me, a respeito do Conselho desta semana, dizer que é inaceitável a situação que vivemos agora com o certificado digital COVID. Porquê? Porque há, neste momento, países, e eu posso dizer que isso me aconteceu a mim, e vi centenas de cidadãos portugueses a quem isso aconteceu, que, vacinados, com certificado digital, com teste negativo, com declaração de viagem essencial e dispostos a fazer a quarentena se necessário, foram impedidos de entrar nos aviões com direção a Frankfurt ou a Baden- Baden.

Não foi para isto que nós aprovamos o certificado digital. Um cidadão que tem certificado, que tem teste negativo, que tem uma declaração a dizer que é necessária a sua viagem, é impedido de entrar num avião com que argumento? Qual é o Estado-Membro que tem poder ou capacidade para fazer isto depois de termos aprovado o Certificado Digital COVID da UE? É justamente por isso que eu julgo que é fundamental que a Comissão tome uma posição dura para com todos os Estados. Restrições são admissíveis, mas devem ser proporcionais e devem ser uniformes. O critério que os Estados-Membros utilizam deve ser igual para todos os Estados-Membros. Se têm de restringir devido à pandemia devem restringir. Mas se as pessoas têm certificado, teste negativo, e têm um motivo para viajar, não há razão nenhuma para as impedir. Só assim seremos capazes de restaurar o Espaço Schengen.

Pedro Marques (S&D). – Madam President, much was said here today regarding respect for the rule of law. There can be no doubt: we are seeing time and time again clear breaches of human rights and the rule of law from the Hungarian Government. These breaches should have led already to full procedures from the institutions, particularly from the Council, through Article 7, and now also through the conditionality mechanism, Madam President of the Commission.

The external dimension of the EU was also of much importance in this Council meeting. The presence of the re-elected Secretary-General of the United Nations is of the utmost importance, and it's a good sign of the EU's commitment to multilateralism and its institutions. That commitment has to be translated into concrete actions, because the multilateral system has suffered a significant erosion over these last few years.

We can certainly blame the actions of the former US administration, but we must acknowledge that the world has changed significantly. It has become more multipolar, bringing new risks, new confrontations into the international arena. We need strong multilateral institutions to cope with this reality. However, they need reforms, and the EU must be on the front line, pushing for those reforms. That requires the EU to overcome its internal difficulties that have blocked our own capacity to present ourselves with clear positions. Only with a strong voice can the EU be a relevant actor on the world stage. The EU needs to step up on our role in the international arena and the world deserves this.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, señora presidenta de la Comisión, señor presidente del Consejo, quiero empezar mi intervención rindiendo homenaje a Samuel Luis Muñoz, un joven de 24 años apaleado hasta la muerte mientras le gritaban «maricón»; un crimen que ha conmocionado a toda España, a Europa, a la comunidad LGTBI, y un crimen que debe recordarnos que estamos lejos de la igualdad y que debemos protegernos de los discursos del odio.

También hemos visto recientemente en Tiflis, en Georgia, lo que ha ocurrido con la marcha del Orgullo y las persecuciones a la comunidad LGTBI. Esto no puede tolerarse ni en Europa ni en ningún lugar del mundo, y las instituciones europeas deben mandar un mensaje claro: que estamos con ellos y que vamos a protegerles. Y eso empieza por emprender acciones contundentes contra la nueva ley húngara.

Además, porque con este debate sobre la nueva ley húngara nos jugamos algo fundamental, que son los fundamentos de la Casa europea. A algunos autócratas en Europa les encantaría que nuestros derechos fundamentales, los Tratados, fueran algo a la carta, que unos días se cumplen y otros no. Nos jugamos muchísimo con este debate y llegamos un poco tarde. Es el momento de llevar a cabo acciones contundentes, y la Comisión debe tomar y usar todos los poderes que tiene en sus manos para evitar que esto continúe de esta manera.

Mara Bizzotto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sull'immigrazione clandestina l'Europa ha scandalosamente abbandonato l'Italia.

21 000 immigrati illegali sbarcati in Italia negli ultimi sei mesi. 800 morti nel Mediterraneo. Numeri spaventosi, ma la Commissione e il Consiglio europeo hanno deciso di lasciare completamente sola l'Italia. La cosa più scandalosa è che Bruxelles invece di aiutare il nostro paese ha deciso di regalare altri miliardi di euro alla Turchia del dittatore islamico Erdoğan.

Cari burocrati di Bruxelles, basta con questa ipocrisia. Smettetela di trattare gli italiani da stupidi. In un anno e mezzo sono stati ricollocati soltanto il 2,2 % degli immigrati sbarcati nel nostro paese. Se volete trasformare l'Italia nel campo profughi d'Europa ditelo chiaramente, altro che solidarietà europea.

Il governo italiano deve fare in fretta e deve procedere con il controllo delle frontiere, la chiusura dei porti, l'espulsione degli immigrati illegali. Perché, se aspettiamo l'aiuto dell'Europa, che non ci sarà, nei prossimi mesi l'Italia sarà travolta da un'invasione di clandestini.

Assita Kanko (ECR). – Madam President, I would like to ask the President of the European Council, how is your back? I'm asking because EU relations with Turkey look like self-flagellation, and that must leave painful marks, does it not?

This not only hurts you, but teaches others like Lukashenko how to treat us all as the EU: with no respect. Then you may end up calling more people to remind them again that you are the President and that the EU is united. Then we are powerless – because having power is like being a gentleman: one is or one is not. If you have to say that you are, we all know what that means, don't we? It's actions that must speak.

Unfortunately, the Turkey chapter in the European Council conclusions mostly appears to be a carbon copy of the previous European Council conclusions, while Erdoğan's actions are changing.

This needs to change. Let's accept that this Turkey cannot become a member of the EU and use the third Instrument for Pre-accession Assistance (IPA III) to support Turkey's civil society instead of funding the accession assistance. Let's repair our asylum immigration system and let's continue supporting Syrian refugees, but give the funds directly to them.

Marisa Matias (The Left). – Senhora Presidente, que não foram seis meses fáceis para a Presidência portuguesa estamos de acordo. Mas os resultados da última reunião com a liderança portuguesa são, no mínimo, frustrantes.

Frustrantes porque, perante a clara violação do Estado de direito por parte do Governo da Hungria e a aprovação de uma lei que discrimina e ataca a comunidade LGBTIQ+, o Governo português decidiu manter a neutralidade – como se pudesse haver neutralidade em matéria de direitos humanos.

Frustrantes porque, mais uma vez se continua a marcar passo na decisão fundamental de levantar a patente e combater a COVID-19 à escala global sem criar mais desigualdades e mais diferença.

Frustrantes porque, a cada passo que se dá, e um passo bem modesto para uma lei de proteção no asilo se aceita, ao mesmo tempo, continuar a negociar com Erdogan e pagar à Turquia para continuar a deter migrantes e a suspender os seus direitos. Estaremos de acordo também, por isso tudo, que não foi uma boa despedida.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è un grande piacere per me oggi fare questo intervento in italiano.

Nell'ultimo Consiglio il Presidente Michel ha affermato che la non discriminazione delle persone LGBTI è parte del DNA dell'Unione. Nessun paese dunque può pretendere di far parte dell'Unione se non rispetta questo principio. Tuttavia, recentemente l'Ungheria ha approvato una legge omofoba che vieta di parlare di omosessualità nei libri di testo e nei programmi televisivi per minorenni. In Polonia ci sono comuni che si dichiarano liberi da persone LGBTI.

Questa settimana in Spagna la Corte suprema ha vietato agli edifici pubblici di sventolare la bandiera LGBTI. Queste azioni pubbliche incoraggiano i settori più intolleranti della nostra società a intensificare il loro discorso di odio contro la comunità LGBTI, discorso che finisce per legittimare la violenza fisica, minacce, percosse, aggressioni di gruppo e anche omicidi, come nel caso di Samuel, il gay ventiquattrenne brutalmente pestato fino a morire in Galizia solo pochi giorni fa.

Abbiamo bisogno di un'Unione che agisca con forza contro la LGBTI-fobia. Non servono solo parole e discorsi, servono fatti concreti e politiche coraggiose.

Tomas Tobé (PPE). – Madam President, the current migration policies do not work, neither for the migrants, the Member States, nor our citizens. As Chair of the Committee on Development and the rapporteur on the Regulation on Asylum and Migration Management, I do share the view of the Council conclusion that mutually beneficial partnership and cooperation with our countries are important to prevent the loss of life, reduce the pressure on the European borders, and to address the root causes of migration.

The external dimension of migration needs to be an integrated part of the migration policies, but also in the development aid policies. The European Union is the world's largest donor of development aid. It gives us financial and political means for a global responsibility to address injustices and inequalities in the world directly with third countries.

We can and should do more to help people in the countries of origin and transit, which also gives the necessary assistance to the developing countries. In turn, this will reduce irregular migration to the Union. Debate on the external dimension of migration and asylum, including effective ways to address the root causes, should not be taboo in the European Union. We have to face this and we have to find pragmatic ways to go forward.

The Council's conclusion, I would say, is a first good step and I now welcome that we will have a focus on the external dimension of migration. I really think that Europe can step up our game and try to deliver better.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Kommissionen och rådet! Som socialdemokrat vill jag i dag tala om den punkt som inte stod på den formella dagordningen på Europeiska rådets möte. Jag vill tala om de grundläggande värderingarna för människors lika värde, om rättsstatsprincipen och att det är helt oacceptabelt att vi har medlemsstater som bryter mot dessa.

Det senaste: Ungerns regering, som inför en ny lag som kränker hbtqi-personer och EU:s grundläggande värderingar. Då borde detta vara en prioriterad fråga på rådets dagordning. Ungerns regering har angripit akademisk frihet, pressfrihet och det civila samhället. Man vägrar att ratificera Istanbulkonventionen, och Orban kränker gång efter annan hbtqi-personer.

Tiden går utan några konkreta EU-åtgärder. Konditionalitetsmekanismen måste börja användas. Ordföranden, Ursula von der Leyen, har uttryckt att hon kommer använda alla kommissionens befogenheter för att säkerställa detta. Men nu måste dessa åtgärder specificeras. Nu måste de genomföras. Nu måste EU en gång för alla skydda de grundläggande rättigheterna, vår demokrati och våra gemensamma värderingar.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Dieser Europäische Rat hat wieder die Ambivalenz der europäischen Innen— und Außenpolitik gezeigt.

Wir haben einerseits klare Signale in Richtung Minsk gesehen. Hier brauchen wir mehr kreative Lösungen, auch Lösungen, die Menschen helfen, die zu uns fliehen müssen.

Andererseits haben wir auch gesehen, dass die kalte Geostrategie gegenüber der Türkei Oberhand nimmt vor den Werten, die wir vertreten. Für uns muss klar sein, dass Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in der Türkei Priorität haben.

Aber wir haben auch noch etwas anderes gesehen. Wir haben den Unterschied zwischen einer Führungsverantwortung in der EU und einer Machtarroganz gesehen. Wir haben mit dem überraschenden Vorstoß aus Berlin und Paris bezüglich der Russlandpolitik gesehen, wie es nicht gehen soll, dass wir in der Russlandpolitik auf dem Rücken der kleineren Mitgliedstaaten vortreten sollen. Der Vorstoß aus Berlin und Paris wurde abgelehnt, und wir sehen: Die EU bleibt dabei, was die Grünen als Europa-Partei immer schon im Verhältnis zu Russland gesagt haben: Dialog ja, aber mit roten Linien. Dialog und Härte.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, de Europese Unie veroordeelt de beperking van de fundamentele vrijheden door president Poetin en wil daarom geld blijven pompen in mensenrechtenorganisaties en onafhankelijke media in Rusland.

De EU tast hiermee de soevereiniteit van Rusland aan. Stelt u zich het omgekeerde eens voor.

Voorts is de Russische president door 76 % van de kiezers gekozen, wat niet gezegd kan worden over de Europese Commissie, die überhaupt niet wordt gekozen.

Ten slotte is er sprake van schijnheiligheid met betrekking tot de vrijheid van meningsuiting. Geert Wilders wordt veroordeeld wegens zijn verzet tegen massa-immigratie. In België worden gevangenisstraffen opgelegd indien tegen de islamisering wordt geprotesteerd. Bovendien is de Belgische staatszender verworpen tot een rood-groen propagandakanaal en mogen alle partijen tijdens de verkiezingen propaganda voeren in de dagbladen, behalve het Vlaams Belang.

Kijk dus eerst eens naar uzelf voordat u Rusland de les leest.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, voorzitter van de Raad, commissaris, twee weken geleden stond migratie op de agenda van de Europese Raad. Ik heb van die gelegenheid gebruikgemaakt om de Europese leiders op te roepen het Deense immigratiemodel te omarmen. Het afhandelen van asielaanvragen op veilige locaties buiten Europa lijkt namelijk een zeer kansrijke manier om ontwrichtende migratiestromen van veelal kansloze asielzoekers uit veilige landen bij de bron te stoppen.

Uit de conclusies van de bijeenkomst van de Raad blijkt echter dat men helemaal niet geïnteresseerd is in echte oplossingen voor de migratieproblematiek. Holle frasen en algemeenheden voeren de boventoon. Het beschermen van onze westerse samenleving en het voorkomen van humanitaire rampen heeft duidelijk geen prioriteit.

Er komt een Afrikaanse bevolkingsexplosie op ons af en een derde van de Afrikanen onder de Sahara wil emigreren. Er is geen tijd te verliezen. De Denen reiken een oplossing aan die op zijn minst onderzocht en besproken moet worden. Het Verenigd Koninkrijk sluit zich daar nu ook bij aan. Ik wil mevrouw Von der Leyen, die kennelijk niet geïnteresseerd is in de mening van de volksvertegenwoordiging en al weg is, en mijnheer Michel daarom vragen: wanneer volgt de EU?

Chris MacManus (The Left). – Madam President, the EU Council looked at the national plans for economic recovery and resilience, but I must highlight to this Parliament worrying issues of transparency and democracy. Ireland's National Plan seems to be a secret! Drawn up with scant consultation or outreach, the plan was submitted without democratic debate and we now know much of it was redacted, visible to neither the public nor their elected representatives.

The Irish people have a right to know what future decisions are being made for them. Is tax policy being decided in a redacted document by civil servants in Brussels and Dublin without due democratic recourse? Details of any reform must be publicly scrutinised, not developed under pressure to access recovery funds. The Irish people did not elect representatives to Dublin and Brussels to have the truth hidden away from them. This culture of secrecy is unacceptable!

Kinga Gál (NI). – Elnök Úr! Nemzeti kisebbségi közösség tagjaként születtem. Az elmúlt 17 évben EP-képviselőként több tucat kérdésemre, e kisebbségek diszkriminációja kapcsán a Bizottság kizárólagos tagállami hatáskörre hivatkozva többször írásba adta, hogy nem tesz semmit, hatásköre nem terjed ki a kisebbségek ügyére. A tanácsi vita és ma itt a Bizottság elnöke ennek teljesen ellentmondott. A kérdés von der Leyen asszonyhoz tehát, hogy egyes tagállamok esetében nemzeti hatáskörbe tartozik a kisebbségvédelem, míg más tagállamok esetében nem? Vagy bizonyos kisebbségek diszkriminációja tagállami hatáskör, más kisebbségké nem?

Egységes attak indult a magyar gyermekvédelmi törvény ellen, annak ismerete nélkül. Még Magyarország térdre kényszerítésével is megfenyegettek. Pedig az Alapjogi Charta azt is kimondja, hogy a szülők joga gyermekeiknek meggyőződésüknek megfelelő nevelést biztosítani, továbbá, hogy a gyermek mindenképp felett álló érdeke az elsődleges. Abszurd az a bizottsági elemzés, amely szerint a magyar törvény azért problémás, mert a gyermekeket diszkriminálja a felnőttekkel szemben bizonyos kérdésekben. A törvény a gyermekeket védi, mindenképp. Aggasztó, ha ezzel önök nem értenek egyet.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, I still remember the dark time of communist injustice in my country. I still remember the brave people that were fighting for more justice and freedom for everyone and for a better future.

It is sad and shocking to see that, just a few decades later, one of them, Viktor Orbán, is pursuing a policy that is nearly a copy and paste of the politics of that time, a policy that will hardly make a better life for thousands of Hungarians. So that's why I am really pleased to see that we will stay behind freedom and behind European values, and will react strongly and clearly to such a development.

Secondly, let me say that I am glad to hear that within the Council they are going back to economic topics on the agenda. It is very important. In this respect, let me call on the Council not to miss the opportunity to support and strike the global tax deal that is just being negotiated within the OECD framework. This is very important. We should not miss this opportunity and we should implement it swiftly later. This would be for the benefit of our economy and obviously for the political standing of the European Union.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señora presidenta, el pasado Consejo Europeo planteó la necesidad de evitar la pérdida de vidas humanas y de reducir la presión sobre las fronteras europeas. Pero, señorías, las conclusiones del Consejo no salvan vidas. Necesitamos acciones urgentes.

El Consejo ha dado instrucciones concretas a la Comisión y al alto representante para que, en estrecha cooperación con los Estados miembros, refuercen el apoyo y la ayuda a los países prioritarios de origen y de tránsito. Señor vicepresidente Šefčovič, ¿podría la Comisión adelantarnos qué medidas y objetivos se van a priorizar en los planes de actuación de este otoño y cómo se va a mejorar el uso de los recursos financieros en materia de migración?

Para finalizar, volvamos a la urgencia. Quiero reiterar, una vez más, la necesidad de poner en marcha un verdadero plan europeo de búsqueda y salvamento marítimo, así como de desembarque de los migrantes en puertos seguros, acordado entre Frontex, la Comisión y los Estados miembros. Necesitamos un protocolo preciso y eficaz para salvar vidas.

Anna Bonfrisco (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi focalizzerò sulle conclusioni del Consiglio dedicate alla Turchia.

Pur riconoscendo l'importante ruolo strategico di sicurezza e di scambio commerciale, così come il ruolo di alleato chiave per la NATO, e confinando con situazioni di guerra e di instabilità di prima linea, sia per la NATO che per l'Unione europea, noi dobbiamo dimenticare che le nostre relazioni esterne sono guidate dai valori. Questo è indimenticabile.

La Turchia di Erdoğan si è trasformata in un chiaro rivale sistemico nel Mediterraneo, in Medio Oriente e nel Caucaso. La Turchia di Erdoğan è uno Stato non affine. La radice della nostra diversità e distanza risiede proprio nell'uso politico repressivo che egli fa del vasto know-how accumulato dalla Turchia nella lotta al terrorismo. Un uso politico repressivo che ha deteriorato lo Stato di diritto, i diritti fondamentali, la libertà di religione, le altre libertà sociali e la democrazia e questo per noi è inaccettabile.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, voorzitter Michel, vicevoorzitter Šefčovič, eerder dit jaar besloot de Raad te voorzien in verdere steun voor de opvang van vluchtelingen in Turkije. De Raad besloot voorts dat er in de bredere regio inspanningen moeten worden geleverd om Syrische vluchtelingen te helpen. Dit is zeker nodig voor deze vluchtelingen, maar is bovendien welbegrepen eigenbelang.

Over de begrotingsafwikkeling van deze financiering is het laatste woord nog niet gezegd. Desalniettemin zou ik het kort willen hebben over de manier waarop de middelen worden besteed. Tot op heden bestaat er een vrij brede consensus dat dit efficiënt en doeltreffend genoeg gebeurt. Het is echter duidelijk dat met de voortzetting van deze steun en de structurele verankering van deze inspanning ook de aard van de operatie zal veranderen, wat gevolgen kan hebben voor de goede besteding van de middelen.

Ik pleit daarom voor een beheersstructuur met voldoende flexibiliteit, waarin enveloppes niet definitief worden vastgelegd en waarin basisondersteuning centraal blijft staan. We moeten dus niet overgaan tot de institutionalisering van een tijdelijke steunmaatregel – iets waar we in de Unie helaas goed in zijn – om later samen tot de conclusie te komen dat we het beter anders hadden kunnen aanpakken.

Dorien Rookmaker (NI). – Madam President, after the shock of Brexit five years ago, EU leaders reflected on what went wrong and what to improve. They even spoke of a more loose EU framework in which countries could choose their integration speed. It seems long ago and far away. Ever-closer Union apostles are back, big time, adding to problems through polarised emotional debates. They condone leaders who act pro-EU. But if you do not commit to the EU superstate ideal, you are in for a battle. Big time!

We live in emotional times. Things go out of control easily. Western European democratic ideals may be different from Eastern Europe's democratic practices, but we have much more in common than we probably think right now.

Stop the political nonsense. It's not the EU that determines EU values, it's up to the European people. Focus on what is really important. We can overcome every kind of challenge if we respect each other in a united Europe.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, les valeurs européennes ne sont pas négociables. Toutes celles et tous ceux, gouvernements ou citoyens, qui les bousculent doivent avoir une réponse autre qu'un simple doigt réprobateur. Tous ceux qui font un doigt d'honneur, en quelque sorte, à ces valeurs doivent être sanctionnés. C'est le cas aujourd'hui. En tout cas, vous utilisez tous les mécanismes qui sont à votre disposition pour sanctionner ces comportements et tous ceux qui bousculent ce qui fonde l'Union européenne en tant que telle. La vraie question qu'on doit se poser, c'est: est-ce que ces mécanismes sont suffisants? Sont-ils suffisamment rapides et efficaces pour être réellement efficaces et contraignants sur le terrain?

Je me permets d'aborder un autre sujet que vous avez évoqué lors du Conseil et qui est urgent, je pense, au niveau européen. Il touche d'ailleurs aussi aux libertés, aux différentes libertés personnelles. Il s'agit du débat sur la vaccination obligatoire qui a eu lieu en Italie, qui a lieu en France maintenant et qui est en train de poindre un peu partout en Europe. Je voulais premièrement savoir si vous avez abordé cette question lors du Conseil européen et, deuxièmement, si vous comptez la prendre à bras-le-corps pour éviter qu'on soit dans la cacophonie à nouveau, avec des décisions qui seraient prises par différents États membres quant à l'obligation vaccinale pour les soignants ou pour d'autres, et pour qu'on ait une position commune en la matière.

Je pense que, parmi les libertés et les valeurs que nous défendons, la liberté de chacun s'arrête quelque part ou celle de l'autre commence. Nous devons tous être conscients que c'est collectivement que nous pourrions combattre et lutter efficacement contre le COVID et que la vie est faite, c'est vrai, de liberté et de droits, mais également de devoirs.

Pietro Bartolo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la settimana scorsa abbiamo letto dell'ennesimo naufragio nel Mediterraneo. Qualche giorno dopo, la guardia costiera libica ha speronato un gommone carico di disperati e poi gli ha sparato. Sì, avete sentito bene, gli ha sparato e le armi glielo forniamo noi, purtroppo.

Leggeremo di altre morti, di altri naufragi e di altre violenze in questa lunga estate. Presidente von der Leyen e Presidente Michel, vogliamo renderci complici di queste azioni sulle spalle di persone innocenti? L'Unione europea interverrà o si volterà da un'altra parte, ancora una volta? Attiveremo una missione di ricerca e soccorso in mare oppure lasceremo che anneghino lontano da quest'Aula e dalle nostre vite? Ogni morto annegato, ogni persona vittima della violenza ai nostri confini è un mattone in più sul muro della nostra vergogna.

Signori, noi abbiamo davanti una scelta: possiamo provare a salvare queste persone oppure lasciare affogare la nostra Europa in un mare di vergogna. Pensiamoci adesso perché domani non avremo diritto di versare lacrime o dire che questa tragedia era inevitabile.

Jordan Bardella (ID). – Madame la Présidente, Monsieur le Président du Conseil, après Madame von der Leyen en avril dernier, c'est aujourd'hui le Conseil européen qui poursuit encore et toujours l'Arlésienne d'une coopération mutuellement avantageuse avec la Turquie. Ce que l'Union européenne perçoit comme une forme de bon voisinage, Erdoğan le conçoit comme une ligne de force pour obtenir bien davantage que ce qu'il a déjà réussi à gagner en exploitant nos faiblesses et nos lâchetés. Pourquoi, dès lors, le Conseil cherche-t-il à relancer l'accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Turquie? Renforcer l'union douanière, c'est donner à Erdoğan de nouveaux moyens de pression, économique cette fois, qu'il ne manquera pas d'exploiter à l'avenir, puisque nous lui avons déjà maintes et maintes fois clairement signalé nos faiblesses.

Pourquoi exiger la poursuite des financements européens en faveur des réfugiés présents en Turquie? Nous savons que ceux-ci ne sont que les instruments du chantage migratoire d'Erdoğan. Recep Tayyip Erdoğan est passé maître dans l'art d'adapter son idéologie islamiste à ses intérêts du moment. Nous ne devons pas être dupes. Toute concession faite à ce régime va à l'encontre des intérêts et de la sécurité des Européens.

Nicola Procaccini (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio europeo avrebbe dovuto occuparsi della lotta al Covid-19, di ripresa economica, di immigrazione, come richiesto dal premier italiano ed invece si è occupato di una legge nazionale sull'educazione sessuale nelle scuole, sul contrasto alla pedofilia, non una legge del governo Orbán, badate bene, ma una legge del parlamento ungherese, un parlamento libero e democratico che ha fatto la sua scelta, condivisibile o no, su una materia che i trattati non assegnano all'Unione europea ma agli Stati nazionali. Per questo oggi l'Ungheria viene minacciata di non avere i sette miliardi di euro che ha chiesto e che le spettano all'interno del Recovery Fund.

L'atroce paradosso è che, nello stesso Consiglio europeo, non si è deciso di aiutare l'Italia e le nazioni mediterranee alle prese con l'ondata migratoria, ma si è deciso di elargire altri sette miliardi e mezzo di euro ad un vero regime anti-democratico come quello di Erdoğan in Turchia, affinché impedisca ai migranti di raggiungere la Germania dove guarda caso si vota tra pochi mesi. Questa è una vergogna, volevo dirvelo.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, iako pandemija još uvijek nije gotova Europa se polako otvara i ulazi u novo razdoblje, ulazi u novu eru.

Cijepljenje napreduje premda ne uvijek brzinom kojom bismo željeli. Gospodarstvo se otvara a nakon mjeseci zatvaranja, zahvaljujući COVID digitalnim potvrdama, građani Europe ponovno lakše putuju. To je i preduvjet za uspješnu turističku sezonu o kojoj ovisi i više od 23 milijuna Europljana koji žive od turizma, sektoru koji čini preko desetine cjelokupnog europskoga gospodarstva a tijekom pandemije je pretrpio pad od preko 70%.

Istovremeno, Europa ima odgovornost i prema manje razvijenim zemljama. Doniranje cjepiva i solidarnost prema zemljama zapadnog Balkana, našim susjedima ali i drugim regijama, globalno nema premca ali svejedno može biti još snažnija jer ćemo jedino zajedno izaći iz ove krize. Za cijelu Europu ključna je i što brža i kvalitetnija provedba nacionalnih planova oporavka. Treba nam fokus na budućnost, na nove digitalne tehnologije, ali i svijest o našim temeljnim vrijednostima: slobodi i dostojanstvu svake ljudske osobe. Imamo zajedničku odgovornost pripremiti Europu za jedno novo vrijeme i pripremiti se za svijet nakon pandemije.

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, a few words about the Council's conclusions on Russia. I can really congratulate Council with 'No' to proposals on having immediate EU-Putin Summit, but the Council perhaps spent too much time on discussions 'to meet or not to meet' Putin, and here were too little discussions on the long-term strategy how 'to push back' Putin on democracy, on Navalny, on Ukraine and on Belarus. And of course we need to be effective in pushing back on human rights and democracy inside of the EU if we want to push back the Kremlin on democracy.

While following the Council's discussions on Russia, I am able to make only the following conclusions: the European Union and its institutions until now has a deficit of belief that Russia at some time can transform itself and return back to a democratic type of development.

Second, EU institutions have a deficit of willingness to assist Russia in such a transformation.

Third, EU institutions have a deficit of understanding how to assist Russia in such a transformation.

And fourth, EU institutions have a deficit of courage to recognise, that so-called 'dialogue' with the Kremlin will not change Russia, because President Putin is not able to change his own behaviour.

That is what the European Parliament was asking the Council – to review and update EU strategy towards Russia, and the Council unfortunately, for time being, failed to deliver.

I hope that the European Parliament will be able to recommend those lines in its forthcoming report on EU policy towards Russia. Only with such kind of strategy on the table is there a value to have a meeting with President Putin.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, we zijn het er hopelijk allemaal over eens dat samenwerking en solidariteit de basis van het Europese project vormen. Dit zijn dan ook precies de waarden die we nodig hebben om de pandemie wereldwijd aan te pakken. We zullen pas veilig zijn als iedereen veilig is. Hoeveel collega's hebben dat al niet gezegd?

De Commissie en de Raad lijken op dit vlak echter geen actie te ondernemen en ook in de conclusies van de Raad lijken de nodige maatregelen te ontbreken. De kwestie is in de inleiding van voorzitter Michel niet eens ter sprake gekomen.

Er wordt momenteel maar een fractie geproduceerd van de vaccins die we nodig hebben om de pandemie wereldwijd aan te pakken. Het IMF en de Wereldbank hebben een voorstel gedaan om een investeringsmechanisme in het leven te roepen waarmee de wereldwijde productie daadwerkelijk kan worden opgevoerd. Ook hierover heeft de Raad echter niet veel te zeggen.

Bijna alle landen in de wereld staan achter de opheffing van de intellectuele-eigendomsrechten om ervoor te zorgen dat er genoeg vaccins kunnen worden geproduceerd. De Commissie blokkeert op dit moment echter de onderhandelingen hierover in de Wereldhandelsorganisatie en speelt daarmee geen goede rol.

We hebben meer samenwerking en minder blokkering nodig om de pandemie wereldwijd aan te pakken.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, κύριε Αντιπρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, εν πρώτοις, οφείλω να αναφέρω ότι αυτές τις μέρες η πατρίδα μου δοκιμάζεται σκληρά εξαιτίας των φονικών και καταστροφικών πυρκαγιών που οδήγησαν δυστυχώς στην απώλεια τεσσάρων ανθρώπων ζωών, αλλά και στην ολοκληρωτική καταστροφή τεράστιων εκτάσεων δασικής γεωργικής και οικιστικής περιοχής. Κύριε Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, κύριε Αντιπρόεδρε της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, με την παρουσία σας σήμερα στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, οφείλω να σας καλέσω να συνδράμετε και να κινητοποιήσετε όλα τα μέσα αλληλεγγύης για να στηρίξετε και να βοηθήσετε την πατρίδα μας και τους δοκιμαζόμενους πληγέντες Κύπριους πολίτες.

Όσον αφορά τα συμπεράσματα του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, οφείλω να επισημάνω εμφαντικά ότι, πριν ακόμη στεγνώσει η μελάνη αυτών των συμπερασμάτων, όπου μέσα υπήρξαν σαφείς προειδοποιήσεις προς την Τουρκία για την εγκληματική επεκτατική και επιθετική συμπεριφορά της στην Ανατολική Μεσόγειο και στην Κύπρο, η Τουρκία περιφρόνησε όλες αυτές τις αποφάσεις, προέβη σε σκληρές, προσβλητικές και βάνουσες δηλώσεις εις βάρος σας, αγαπητέ Πρόεδρε του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, και προχωρεί στην υλοποίηση των εγκληματικών ενεργειών της για νέα τετελεσμένα στην Κύπρο, για νέα τετελεσμένα στην Αμμόχωστο.

Σήμερα βρίσκομαι εδώ για να μεταφέρω τη φωνή χιλιάδων Κυπρίων Ευρωπαίων πολιτών που ζητούν άμεσα ξεκάθαρες απαντήσεις από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, ιδιαίτερα οι Αμμοχωστιανοί Ευρωπαίοι πολίτες. Εάν η Τουρκία προχωρήσει στις εγκληματικές της ενέργειες και υλοποιήσει τα σχέδιά της για την Αμμόχωστο, που είναι σε σύγκρουση με το Συμβούλιο Ασφαλείας, τα Ηνωμένα Έθνη και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και την Ευρωπαϊκή Ένωση, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα φανεί αντάξια της ιστορίας των αρχών και των αξιών και θα επιβάλει κυρώσεις στην Τουρκία. Ή θα φανεί κατώτερη των περιστάσεων και η ιστορία θα γράψει με μαύρα γράμματα ότι, διά της ανοχής και της απραξίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η Τουρκία και ο Ερντογάν προχώρησαν σε εγκληματικά σχέδια σε βάρος της Κύπρου και των Κυπρίων Ευρωπαίων πολιτών;

Victor Negrescu (S&D). – Madam President, the European Council meeting in June represented an opportunity to make an assessment of the current situation at European level, but European leaders should do more in addressing the present challenges. Indeed, we are at a better moment right now when it comes to the pandemic, but the danger has not disappeared.

We need to implement the necessary preventive measures in order to avoid a fourth wave. Some countries are incapable of implementing the target of the vaccination campaign and are completely ignoring the need for a recovery that takes social aspects into consideration. The recovery plans should be about doing things differently, but some are promoting austerity measures.

The approval of 12 plans is good news, but this is not enough. Some governments – this is the case in Romania – presented weak recovery plans that failed to provide adequate answers to citizens' needs. We have to intervene to make sure no one is left behind. We need to work together in helping each Member State to develop strong recovery plans and making sure our common targets are reflected in the measures adopted by European governments.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Président du Conseil, deux poids, deux mesures, les dernières conclusions du Conseil sont une fois de plus révélatrices des biais européens en matière internationale. La France et l'Allemagne ont proposé de rouvrir un dialogue avec la Russie. Le président américain lui-même a pris une initiative importante pour cela, mais le Conseil européen a bloqué cette proposition, je cite, en raison d'actions «malveillantes, illégales et déstabilisatrices». Le ton est pourtant bien différent lorsqu'il s'agit de la Turquie. Le régime d'Erdoğan poursuit son chantage migratoire, viole l'intégrité territoriale de plusieurs pays européens, mobilise des organisations terroristes, met en scène ses moyens de pression politique dans nos pays et va jusqu'à poursuivre ses opposants chez nous, tout récemment encore. Faut-il plus d'actions malveillantes, illégales et déstabilisatrices? On pourrait poursuivre la liste longtemps.

En réponse à tout cela, ce dernier Conseil, je cite, rappelle qu'il veut «développer avec la Turquie une relation de coopération mutuellement avantageuse» et se félicite d'un contexte plus serein. Et il décide, pour poursuivre le dialogue, d'accorder 3 milliards d'euros supplémentaires à M. Erdoğan. Comment prendre au sérieux une Europe à ce point incohérente? Une Europe faible, au point qu'elle finance Erdoğan en espérant qu'il résoudra à notre place le problème migratoire dont il est en réalité l'un des premiers responsables. Une Europe dont l'attachement constamment revendiqué à l'état de droit est à ce point à géométrie variable. Et puis – parce qu'il faut se parler librement, chers collègues – une Europe désunie, au point que l'Allemagne vend à la Turquie les sous-marins avec lesquels celle-ci menacera demain la Grèce, Chypre et peut-être de nouveau la marine française en mer Méditerranée.

Chers collègues, Monsieur le Président, j'ai le sentiment désespérant que ces Conseils se suivent et se ressemblent. Mais que faire d'autre que de le redire? Il est temps d'ouvrir les yeux avant que l'histoire ne se charge de nous sortir brutalement du déni de réalité.

Andreas Schieder (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Wir haben Post bekommen aus Budapest. Nach der Diskussion im Europäischen Rat hat uns Herr Orbán einen Brief geschrieben, in dem er von den groben antidemokratischen politischen Angriffen gegen Ungarn schreibt. Das ist doch – ehrlich gesagt – vollkommen verrückt. Das Gegenteil ist die Wahrheit!

Die Wahrheit ist: Ungarn greift fundamentale Menschenrechte – von Homosexuellen, von Journalisten, von Künstlern – an. Alle diese Menschen haben in Ungarn keine Chancen mehr, werden unterdrückt und werden schlecht behandelt.

Es geht auch nicht gegen Ungarn. Es geht gegen diese ungarische Regierung, die die Menschenrechte dort einschränkt. Und was wir auch ganz klar sagen müssen ist: Wer in einem Land Menschenrechte beschneidet, beschneidet sie in ganz Europa. Deswegen muss dieser Aufschrei auch aus ganz Europa kommen: Das akzeptieren wir nicht! Das erwarte ich mir von jeder europäischen Regierung, dass sie gegen diese Missstände in Ungarn aufschreit und auch eines klarmacht: dass mit diesem Rechtspopulismus auch immer Korruption einhergeht, und auch gegen diese Korruption müssen wir ankämpfen.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, Mr President of the European Council, I think that today's plenary session truly reflected what was for sure one of the most political debates of the European Council, and rightly so, because the core values of our Union are at stake; because the delicate balance between the imperative of public health and a return to normal life as we knew it before COVID-19 was discussed; because the relationship with Russia which for years represents a strategic challenge for the European Union, being analysed in detail; and of course because the crucial issues of migration have been discussed among the leaders.

First and foremost I really would like also from my side to once again express my heartfelt condolences to the family of journalist Peter de Vries, because this shows how important is the fight for freedom for media to do everything in our power to make sure that journalists can exercise the freedoms for informing the society, investigate the cases as they should in a free society as we know it in the European Union. Therefore, I just would like to again reassure this House that the Commission will do its utmost to protect the fundamental European values as it was clearly stated by President von der Leyen this morning in this House. And we are going to do the same to safeguard the European taxpayers' money.

As we promised you, not a single case will be lost. We will start the first file this autumn and in the meantime, when we wait for the decision of the European Court of Justice, we are working with you on the guidelines how to apply the conditionality mechanism in practice.

On migration I would like to stress that just some days ago, it was on 29 June, we welcomed the agreement reached to transform the European Asylum Support Office into the European Union Agency of Asylum. This is important because as you know this is a key initiative under the new Pact on Migration and Asylum. We hope that all the other elements of the pact will be equally advancing and as I said yesterday, we need political will in the Council to achieve that.

As this House is stressing, completing our legislative framework on migration and asylum will give us a tool to deal with migratory phenomena in a sustainable way, but also it will prepare us better for eventual future crises.

A few words on Russia. Here again I would like to inform the House that together, the Commission and the European External Action Service, we are working hard to deliver on all the proposals which have been requested by the European Council. It means proposals for additional restrictive measures, but also on the options, if it comes to the issues and areas where we can engage with Russia, and also we are thinking on the ways how to enhance our cooperation with civil society in Russia. All this will be ready for the European Council which should take place in October, and what I think is very important to underline now is the need for unity and coordination among the Member States, and therefore the discussion of the European Council was so important.

If you allow me to conclude on a positive note, because I would like to underline that we are definitely on track with our aim to have at least 70% of the European adult population vaccinated by the end of summer. Almost 370 million doses were administered. More than 250 million digital COVID certificates were issued. I think that we see together that our cities are lively again, that Europeans started to travel, that young people go to concerts, and so the economy starts to grow again.

We accomplished this together. We've been working very hard on it and we see that it delivers. Therefore I think that the lessons from that enormous effort is that if united we can overcome any problem we face and that should guide us even in the most difficult discussions and in debates on crucial issues as we have been discussing this morning.

Charles Michel, président du Conseil européen. – Madame la Présidente, chers collègues, les valeurs fondamentales, l'état de droit et la démocratie ne sont pas des proclamations théoriques. C'est le socle fondateur de ce projet européen. C'est pour cela qu'il est essentiel de ne pas baisser les yeux, de ne pas être intimidés par un tel débat, et c'est exactement ce qui s'est passé au Conseil européen. Pendant plusieurs heures, les leaders européens se sont regardés les yeux dans les yeux. Le débat a été parfois houleux, parfois difficile, parfois également émotionnel. On ressentait bien que le débat en question touchait à l'intimité, aux libertés fondamentales, à la part personnelle de chacune et de chacun d'entre nous.

C'est la raison pour laquelle, en conclusion de ce débat, j'ai voulu réaffirmer avec la plus grande netteté la primauté du droit européen. Nous disposons d'instruments et, qui plus est, ces instruments ont été renforcés. En effet, depuis plusieurs mois maintenant, on l'a vu, et il y a un an dans le débat sur le prochain budget européen ou sur le Fonds de relance, nous avons décidé collectivement de nous donner des instruments supplémentaires pour faire ce lien entre la capacité de solidarité européenne au travers des financements, y compris dans le cadre de la relance, et les objectifs ambitieux que nous avons en tant qu'Union européenne. Car, je le répète, cela touche aux fondamentaux de ce projet européen. Nous avons des institutions robustes, démocratiques, veillons à ce que l'état de droit européen fonctionne pleinement et à ce que les instruments puissent être utilisés.

J'en viens à un autre point que vous avez été plusieurs à aborder: la question de la migration. Il est certain que nous devons progresser, au niveau européen, sur le volet interne de la migration. La Commission a formulé des propositions, elles sont sur la table. Nous mesurons bien qu'il y a un débat difficile, parce qu'il y a des oppositions entre les États membres sur la manière d'aborder ce sujet. Cela ne veut pas dire que l'on doit renoncer, mais que l'on doit continuer à être engagés pour faire progresser cette capacité de solidarité européenne sur le sujet.

Il y a une certitude: le volet externe de la migration doit être davantage appréhendé de manière opérationnelle, de manière concrète, en identifiant quels sont les pays qui sont des priorités pour nous, Union européenne, afin de déployer une capacité d'action plus large qui mobilise toutes les ressources dont nous disposons. Je prends un exemple concret: nous sommes très engagés sur le plan géopolitique, par exemple en lien avec la situation en Libye, et nous pensons que renforcer des coopérations avec des organisations internationales, comme l'OIM ou le HCR, est une des manières de faire progresser ce sujet-là et de déployer l'ensemble des instruments à notre disposition.

Il y a quelques heures, hier, j'étais en Lituanie, où nous faisons face à des pressions de mouvements migratoires illégaux. Nous devons être lucides par rapport à cela, probablement des instrumentalisations par les autorités du Bélarus. Il est important que l'Union européenne réagisse de manière solidaire avec la Lituanie en mobilisant immédiatement, comme nous le faisons, les moyens de Frontex et des capacités de soutien pour protéger les frontières européennes, mais aussi pour faire en sorte qu'il puisse y avoir cette dimension humaine dans l'approche qui doit être celle de l'Union européenne.

Vous avez également été quelques-uns à aborder la question de la Turquie. Je voudrais vous dire que je suis plutôt fier que le Conseil européen, depuis quelque temps maintenant, a décidé d'avoir un regard géopolitique plus ambitieux. Cela prend du temps, c'est difficile. Il n'y a pas une unanimité spontanée autour de la table, mais une volonté d'envisager la manière dont, en tant qu'Union européenne, nous devons agir avec un certain nombre de pays autour de nous ou ailleurs dans le monde, dont les principes et les modèles politiques, effectivement, ne sont pas exactement les mêmes que les nôtres. Dans ce sens-là, il y a une unité européenne très forte au sujet de la Turquie.

Nous le constatons depuis plusieurs mois: il y a eu des évolutions, parce qu'il y a moins de tensions aujourd'hui en mer Méditerranée – ce qui ne veut pas dire que tout est résolu, que tout est réglé. La question de Chypre demeure certainement une question centrale. Je l'ai dit, je le répète, la solution à deux États n'est pas un point de départ. Nous devons agir dans le cadre des résolutions pertinentes des Nations unies sur le sujet. Il y a eu entre-temps des contacts bilatéraux directs entre la Grèce et la Turquie, et, s'agissant de l'Union douanière, des contacts au niveau technique ont été entrepris. Nous sommes très clairs aussi sur la nécessité de résoudre un certain nombre «d'irritants» dans le cadre de l'actuel mécanisme de l'Union douanière. C'est dans cet esprit-là – conditionnel, proportionnel et réversible – que nous voulons envisager cette relation avec la Turquie.

Il y a peut-être eu des malentendus dans les communications. Je voudrais tout de même indiquer que le Conseil européen n'a pas décidé de montants ou de modalités. Nous avons invité la Commission européenne à formuler des propositions formelles et je souligne que le Parlement européen aura son mot à dire sur le sujet. Je ne doute pas qu'il y aura un débat lorsqu'il y aura des propositions plus claires et plus précises quant aux montants et aux modalités. Je précise aussi, pour ceux qui ont été distraits, que cela ne vise pas seulement la Turquie, mais également le Liban, la Jordanie et d'autres pays dans la région pour lesquels nous devons tenter de mobiliser des capacités de financement. Le Conseil européen a marqué son accord de principe pour continuer un financement, mais avec des propositions concrètes et opérationnelles, qui devront être soumises et qui devront faire l'objet d'une décision.

Plusieurs d'entre vous ont abordé la question de la Russie. Nous avons sur ce sujet-là une vision claire autour de cinq principes qui inspirent notre relation avec la Russie. Il nous a semblé au Conseil européen qu'on devrait être plus précis, plus concret, sur la manière opérationnelle de mettre en œuvre chacun de ces cinq principes. Par exemple, on a effectivement demandé à la Commission et au Haut représentant d'envisager de possibles mesures supplémentaires qui touchent à nos capacités d'action pour tenter d'influencer davantage le comportement de la Russie.

S'agissant du dialogue avec la Russie: un tel dialogue a déjà lieu aujourd'hui, puisqu'il m'arrive à un rythme régulier d'être en dialogue directement avec le président Poutine. Il est vrai que le débat a mené sur la manière de donner du contenu, de donner de la substance et d'envisager à quel moment, selon quelles modalités et sous quelle forme un engagement sélectif est possible ou pas, en indiquant quelles sont les quelques thématiques pour lesquelles nous pensons qu'un engagement sélectif doit pouvoir être envisagé.

Enfin, nous regardons cette situation-là aussi en lien avec nos partenaires – les États-Unis, le Canada et d'autres partenaires partageant nos valeurs. C'est ce qui s'est passé dans le cadre des réunions du G7, dans le cadre du sommet Union européenne-États-Unis ou Union européenne-Canada, pour envisager aussi de manière collective, multilatérale, les approches communes. On le voit bien, et ce sujet est important, nous faisons face à des pressions de la part de régimes autoritaires qui mettent à l'épreuve nos modèles d'état de droit et nos modèles de valeurs démocratiques. Nous devons, je pense, avec l'ensemble de nos partenaires, déployer des capacités d'action et pas seulement de réaction, afin de promouvoir nos valeurs fondamentales.

Enfin, je conclus par un point qui reste d'une brûlante et toujours douloureuse actualité, celui du COVID-19 qui n'a pas encore été vaincu. Des progrès significatifs ont été engrangés, notamment parce qu'on a déployé des capacités de coopérer et de travailler ensemble, par exemple dans le cas des vaccins. Et en effet, la question du vaccin, obligatoire ou pas, est un débat dans beaucoup de pays européens, un débat difficile parce qu'il met en balance des intérêts qui peuvent sembler s'opposer.

Nous allons poursuivre le dialogue sur ce type de sujet, mais nous avons aussi été très engagés lors des Conseils européens précédents. Nous avons confirmé cela, cette fois-ci sur le terrain de la solidarité internationale. J'ai entendu des reproches sur ce sujet-là. Ils sont curieux parce que s'il y a bien une région dans le monde qui est exemplaire depuis le premier jour sur le terrain international, c'est l'Union européenne. Autour de la moitié des vaccins produits en Europe chaque mois sont exportés. Ça n'a pas été le cas dans d'autres grandes démocraties qui ont choisi, au contraire, de conserver les doses pour elles-mêmes. Je me souviens des reproches qui nous ont été faits au début des campagnes de vaccination, quand on nous disait qu'on était un peu moins rapides que d'autres sur le sujet.

Deuxième élément: la Commission a mobilisé un milliard d'euros pour des partenariats concrets, notamment avec des pays africains, afin d'organiser les transferts de technologie, les transferts de connaissances et de traiter cette question de la propriété intellectuelle de manière opérationnelle – et pas simplement avec des slogans ou des formules un peu simples ou un peu simplistes. Ainsi, dans plusieurs pays africains, des projets concrets sont sur les rails. Nous regardons aussi la situation dans des pays d'Amérique latine sur ce sujet-là. Et c'est l'Union européenne qui a été en première ligne pour lancer les initiatives Covax, pour financer massivement la recherche et pour veiller à ce que l'on puisse le plus possible être solidaires. Parce qu'effectivement, ça n'a pas de sens de progresser uniquement sur le terrain européen. C'est partout dans le monde que l'on doit progresser sur ce sujet.

Voilà, chers collègues, quelques éléments de réaction et je me réjouis d'ores et déjà de nos prochains échanges à l'issue du prochain sommet européen.

Il-President. – Id-dibattitu ngħalaq.

5. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Il-President. – Fir-rigward tad-deċiżjoni tal-Kumitat TRAN li jidhol f'negozjati interistituzzjonali, skont l-Artikolu 71(1), imħabbra fil-ftuh tas-sessjoni tat-Tnejn 5 ta' Lulju, ma rċevajt l-ebda talba għal votazzjoni fil-Parlament minn Membri jew gruppi politiċi li jilhqu tal-anqas il-limitu medju.

Il-Kumitat b'hekk jista' jibda n-negozjati.

6. Verstöße gegen das EU-Recht und die Rechte von LGBTIQ-Bürgern in Ungarn infolge der im ungarischen Parlament angenommenen Gesetzesänderungen – Ergebnis der Anhörungen vom 22. Juni nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn (Aussprache)

Il-President. – Il-punt li jmiss fuq l-aġenda huwa d-dibattitu kongunt dwar:

— id-dikjarazzjoni tal-Kunsill u tal-Kummissjoni dwar Ksur tad-dritt tal-UE u tad-drittijiet taċ-ċittadini LGBTIQ fl-Ungerija b'riżultat tal-bidliet legali adottati fil-Parlament Ungeriz (2021/2780(RSP)) u

— id-dikjarazzjoni tal-Kunsill u tal-Kummissjoni dwar L-eżitu tas-seduti ta' smigh tat-22 ta' Ġunju skont l-Artikolu 7(1) tat-TUE rigward il-Polonja u l-Ungerija (2021/2789(RSP)).

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Madam President, thank you for the invitation to participate in this debate on the important issue of the rule of law and fundamental rights, including in connection with LGBTIQ rights.

Let me start with the latter issue, as this topic is essential to all those who suffer discrimination and hatred because of their sexual orientation. There is no place for homophobia in the European Union. No one should feel a need to conceal their true selves in order to avoid discrimination, hate or even violence. All citizens of our union are equal and should be able to live in freedom and safe from discrimination based on their age, sex, race, colour, religion or sexual orientation. These are principles and values solemnly enshrined in the EU treaties, the Charter of Fundamental Rights and EU legislation. Our common European commitment to decency, acceptance and equal treatment is the very foundation of the idea of a just society.

The Council is fully committed to upholding the rule of law and protecting fundamental rights. In view of recent legislative developments in Hungary, it is clear that family law and schools' curricula are within the national competence. Yet the principle of non-discrimination is enshrined in the EU treaties. It was the right to equal treatment that featured prominently in the exchange that Ministers had in the framework of Hungary's Article 7(1) procedure at the General Affairs Council meeting on 22 June. As President Michel said earlier today, the recent legislative developments in Hungary were also discussed by leaders at the European Council on 24 and 25 June. He stressed today that in the European Union, we do not discriminate, but we integrate.

Coming now to the two ongoing Article 7(1) procedures, as I mentioned earlier, the Council heard Hungary as well as Poland at the latest General Affairs Council on 22 June. By these two hearings, the Council formally resumed the procedure which had to be put on hold due to the COVID-19 pandemic and the impossibility to convene formal Council meetings. In fact, it is crucial that hearings are held in full compliance with all legal requirements in order to ensure that the procedure is balanced and fair towards all the parties and institutions involved.

Each of these hearings covered all the issues contained in the Commission's recent proposal of 20 December 2017 for Poland and the European Parliament's recent proposals of 12 September 2018 for Hungary. At the end of the meeting, the Council committed to remaining seized under these two Article 7(1) procedures. The Presidency will therefore bring forward both procedures in accordance with its duties.

In addition, the Slovenian Presidency will continue the rule of law dialogue in the Council to pursue the essential work carried out during the German and Portuguese presidencies. It will do so on the basis of the 2021 rule of law report, which will be issued by the Commission in the coming weeks. We will hold both a horizontal discussion on the rule of law report in October and a country-specific discussion featuring Croatia, Cyprus, Italy, Latvia and Lithuania in November. The annual rule of law dialogue is crucial to develop a preventive and constructive approach on rule of law issues, to allow Member States to share best practices and learn from each other, and to strengthen a shared European rule of law culture.

Thank you very much for your attention and I look forward to your speeches.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, honourable Members, Minister, thank you for having put on your agenda these topics which relate to the *raison d'être* of the Union: our common values enshrined in Article 2 of the Treaty.

Let me start on the situation of rights of LGBTI citizens in Hungary. As stressed by the Commission President just earlier today, several provisions of the act adopted by the Hungarian National Assembly on 15 June 2021 clearly discriminate against people based on their sexual orientation and go against the fundamental values of the European Union.

Human dignity, equality and respect for human rights – on these values, we cannot compromise. Protecting children against paedophile offenders is without any doubt a shared objective, pursued by all institutions and EU Member States. However, our legitimate public interest is not a valid pretext to introduce provisions that violate fundamental rights and discriminate against a minority group based on their sexual orientation and gender identity.

When implementing EU law Member States must fully respect the EU Charter of Fundamental Rights. They must also comply with the EU internal market rules. In the letter mentioned by the Commission President sent by Commissioners Breton and Reynders on 23 June this year to the Hungarian Minister of Justice, the Commission expressed its doubts about the compatibility of the act with EU law, including the Charter of Fundamental Rights.

The provisions of this act prohibit or limit access to content that propagates or portrays divergence from self-identity corresponding to sex at birth, sex change or homosexuality for persons under 18 years. Such content is put on the same footing as pornography and considered as such to be capable of exerting negative influence on the physical and moral development of minors.

By doing so, when it applies within the scope of Union law, this act violates the prohibition of discrimination based on sex and on sexual orientation enshrined in Article 21 of the Charter. These provisions also deny people the freedom to express themselves and hold their own opinion, as well as the right to be informed enshrined in Article 11 of the Charter, as well as to enjoy the right to a private and family life enshrined in Article 7 of the Charter.

In its letter, the Commission set out its legal concerns and asked for clarifications on the act. The Commission stressed in particular that some of the provisions of the act would violate EU law, including the Audiovisual Media Services Directive. Some provisions at issue are also very likely to violate the e-Commerce Directive.

The Commission's assessment of the act is done also with regard to the Treaty governing freedom to provide services and free movement of goods, which are amongst the fundamental principles of the EU internal market and the EU legal order.

The Commission expressed the concern that some of the provisions of the act constitute a restriction to both these fundamental freedoms. According to the case-law of the Court of Justice of the European Union, any restriction to a fundamental Treaty freedom must genuinely pursue a legitimate objective, be necessary, non-discriminatory and proportionate. Moreover, such a restriction cannot violate the prohibition of discrimination based on sex and on sexual orientation enshrined in Article 21 of the Charter.

The act also potentially raises issues as regards the implementation of the EU budget in Hungary, in particular, funds in the shared management. Member States shall implement shared management funds in compliance with the Charter. Under shared management, the rules for both 2014-2020 and the new programming period require Member States and the Commission to prevent any form of discrimination in the preparation and implementation of programmes supported by the funds.

In addition for the new period 2021-2027, the Commission will carefully monitor these enabling conditions throughout the programming period, starting with the preparation of the partnership agreements and of the programmes. The European Social Fund Plus Regulation emphasises that all operations must be selected and implemented in respect of the Charter. In cases of infringement of the Charter, the Commission will consider them when determining corrective measures in line with the Common Provisions Regulation.

The Commission will actively monitor the respect of fundamental rights, including the principle of non-discrimination in the execution of the EU budget. On 30 June the Commission received the reply of Hungary to the letter concerning this new act. We are assessing this reply and we will not hesitate to put forward actions in accordance with our role of guardian of the treaty.

To conclude on this point, let me recall that the Commission has already shown its firm commitment to address LGBTI discrimination by adopting the equality strategy for 2020-2025. Driven by the belief in a Europe which embraces choice and diversity, the Commission will use all its powers to ensure that the rights of all EU citizens are fully guaranteed.

Let me now turn to the outcome of the hearings of 22 June in the General Affairs Council under the procedure set out in Article 7(1) of the EU Treaty regarding Poland and Hungary. I would like to thank the outgoing Portuguese Presidency for its decision to schedule these two hearings. It had been quite some time since the last formal hearings in these two proceedings had taken place, also due to COVID-19 restrictions. I represented the Commission at the occasion and updated the Council on 22 June on the developments.

As regards the procedure in respect of Hungary, the Commission stressed again that the Council must ensure a fair handling of the recent proposal tabled by the European Parliament. The Commission noted that the situation in Poland and Hungary is not improving and that new developments have given rise to further concerns.

As regards Poland, the Commission updated on concerns around the questioning of the primacy of EU law by the Polish authorities and the seizing of the Constitutional Tribunal in that respect, as well as on further deterioration of the situation of judges in the context of the activity of the Disciplinary Chamber. The Commission notes that the concerns regarding the legitimacy and independence of the Constitutional Tribunal, as set out in the recent proposal, have still not been resolved.

On 1 April 2021, the Commission brought a new infringement procedure before the Court of Justice covering a number of judicial reforms set out in the new law on the judiciary. In this procedure the Commission has asked the Court of Justice to impose interim measures suspending all activities of the Disciplinary Chamber as regards cases concerning judges, including decisions to lift the immunity of judges. In their interventions Member States expressed concerns and asked for clarifications related to these developments.

As regards Hungary, the Commission presented key developments raising concerns. These included areas such as the independence of the judiciary and of other institutions, the rights of judges, corruption and conflicts of interest, freedom of expression and media pluralism. The Commission also addressed academic freedom and freedom of association linked to judgments of the European Court of Justice, finding that national provisions in these areas breach EU rules.

The Commission also updated on developments as regards the right to equal treatment and the rights of persons belonging to minorities and the rights of asylum seekers. Many Member States focused their questions on the anti-LGBTI aspects of the recent Hungarian legislation, also referring to a joint statement signed by a number of Member States.

Against this state of play in the two concerned Member States, the Commission considers that it is essential to keep the Article 7 of the Treaty proceedings on the agenda of the General Affairs Council for as long as the underlying concerns that triggered these procedures continue to persist.

The Commission continues to stand ready to provide updates to the Council as regards the rule-of-law-related developments falling under the ongoing Article 7 proceedings, as well as to present its views in the context of formal hearings. The Commission will continue to support the Council in that respect.

The Commission remains open and available for a dialogue with the Polish and Hungarian authorities in order to resolve the concerns. And the Commission remains fully committed to continue using all the tools at our disposal to address concerns relating to the respect of our fundamental values, including the rule of law in all the Member States of the European Union.

Jeroen Lenaers, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, ik wil dit debat over de rechtsstaat graag beginnen met de schokkende gebeurtenis die gisteravond in Nederland heeft plaatsgevonden. Journalist Peter R. de Vries is gisteren namelijk tijdens een laffe aanval neergeschoten en vecht op dit moment voor zijn leven. Dit is niet alleen een schokkende aanslag op hem, maar ook op onze rechtsstaat in brede zin. Onze gedachten gaan uit naar Peter R. de Vries en zijn naasten en we bidden voor zijn herstel.

I also thank Commission President von der Leyen and all others today for their words of sympathy and solidarity. This is not the first attack against a journalist in Europe, but let's make sure it is the last one, because when journalists are not safe, our democracy is in danger, our rule of law is in danger, and ultimately our society is in danger.

Just like we need, to come back to today's debate, a society where you are free to be who you want to be instead of being told by a government who you ought to be. A society where you can love whoever you want to love. Because what kind of message are we sending as a government to young people by insisting that even the mere portrayal of homosexuality in itself is already so abnormal or so dangerous that young people should be shielded from it? What message does it send to a boy or a girl who falls in love for the first time with another boy or another girl that their feelings aren't normal, that they have something to be ashamed about, that there is something wrong with them? Of course there is not. The only one who has anything to be ashamed of is a parliament who sends such a message.

It was good to see the strong response by the European Commission. It was good to see all those heads of state and government who send a strong message standing up for equality and non-discrimination, standing up for our fundamental values. We call on them not to let this be a one-off event. Don't travel back to your capitals feeling very good about your statement and leave it at that. The rule of law in Europe is in need of some long overdue maintenance and the Member States have all the tools necessary to make the difference. And it is time now to put your money where your mouth is and finally act.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el viernes pasado, en España, Samuel fue asesinado con 24 años; le dieron una paliza mortal mientras le gritaban «maricón». Esta última víctima es la horrible constatación de hacia dónde nos lleva el discurso del odio y anti-LGBTI; discursos y políticas discriminatorias impulsadas en toda Europa por movimientos de extrema derecha y sus Gobiernos cómplices, en una cruzada homofóbica y contra los derechos humanos.

Porque sí, los derechos LGBTI son derechos humanos. Y, en la Unión Europea, actuar contra ellos es ilegal. Por eso, la nueva ley en Hungría debe ser derogada por atentar contra los derechos humanos y por ser una indecencia y una vergüenza. Porque estas leyes retrógradas son germen de odio y de violencia, para discriminar según a quien ames, para insultar en una marcha del Orgullo en Zagreb, como ocurrió el sábado, o para matar a un chico de 24 años.

Déjenme ser clara: en la Unión Europea cualquier persona debe tener los mismos derechos y oportunidades ame a quien ame. El Consejo reaccionó contra el Gobierno húngaro, pero hay que concretar acciones, desde el uso del mecanismo de condicionalidad a sanciones vía el artículo 7, y desbloqueando de una vez por todas la Directiva antidiscriminación.

Esta Cámara no puede aceptar el blanqueamiento de los discursos anti-LGBTI que se lanzan desde las tribunas que incitan al odio, como tampoco lo hicieron ayuntamientos, estadios y lugares públicos que se iluminaron con el arcoíris, frente a la sombría y oscura política del Gobierno húngaro; incluso el de Budapest. Porque seamos claros: Hungría no es Orbán.

Para acabar, permítanme mandar un mensaje a todas aquellas personas LGBTI que quizá nos estén escuchando, que tienen miedo a decir a quién aman, que sufren porque se sienten solas y amenazadas: estamos a vuestro lado, os queremos y os defendemos. No dudéis jamás de vuestros sueños ni de vuestros derechos. Quienes no tienen cabida son los Gobiernos que odian y discriminan, no vosotros y vosotras, porque hacéis una Unión orgullosa de sí misma, una Unión orgullosa de vuestra libertad y de vuestro amor.

Liesje Schreinemaker, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, this is actually quite simple. When you decide to join the European Union you sign up to its Treaties, to our values and principles. This is not a kind of pick-and-choose situation. It's not an à la carte menu. When you become a member you sign up to all of it. So if you then adopt a law that goes against this, goes against everything we stand for, there will be consequences, and this Hungarian anti-LGBTIQ law does just that. Taking away young people's access to information about all forms of sexuality and their opportunity to recognise themselves in mainstream media, you take away their freedom, their freedom to be who they are and love whom they want.

Unfortunately, this is yet another example of the gradual dismantling of fundamental rights by the Hungarian Government. So let's make Mr Orbán listen the only way he knows how. If the law is not revoked, bring Hungary to court, repeal its voting rights, and stop EU funds ending up in his pockets.

This Parliament is doing everything in its power to make this happen. We are doing our job. And now we are urging the Commission, but especially the Council, to finally do theirs. Discussions behind closed doors are all very well but where are the conclusions, where are the recommendations, the vote, to eventually get to the sanctions? Please do your job.

So let me conclude by saying that this is not about pushing away one Member State or another. This is about protecting what is most precious: the freedom of our people.

(Applause)

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Minister, dear Commissioner, dear colleagues, when I wake up next to my girlfriend in the morning and I'm filled with happiness and gratitude, I sometimes ask myself, how can you hate that the two of us love each other? When I see beautiful pictures from gay weddings I ask myself, how can you hate this kind of joy? And when I see a young trans person living a life as their true, authentic self, I ask myself, how can you hate someone just for wanting to be who they are?

In Europe today we are faced with a choice, a choice between a Europe of freedom, of equality and diversity, where I can love and care for my girlfriend, where two men can get married and where a young trans woman can live her life without being afraid of violence or discrimination. And a Europe of hatred and oppression, driven by Orbán and Kaczyński and other people on this continent, where governments sponsor homophobic campaigns to cover up their systemic corruption, where our community is used as a distraction from the blatant failures of government politics.

Now some of you might say, well, but this is only affecting a small part of the population because you are after all only a minority. But actually this is not true. It affects all of us. All of our freedoms are at stake here. And they might attack us first and in the most aggressive way but in the end this is about freedom of expression for all of us. This is about the fundamental rights of all of us, and this is about democratic principles for all of us.

And between a Europe of freedom and a Europe of hatred and oppression, the choice is very clear. We choose freedom, we choose equality, we choose democracy. And we choose a European Commission that will stand up for this freedom, for the freedom of trans people in Hungary, for the freedom of judges in Poland, for the freedom of everyone in the European Union to love who they want to love and to be who they are.

(Applause)

Jörg Meuthen, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Kollegen! Wieder einmal ist Ungarn Ziel einer Kampagne der EU gegen seine Souveränität. Vorwand diesmal: das ungarische Kinderschutzgesetz. Viele von Ihnen waren in den letzten Tagen derart mit dem Schwenken der Regenbogenfahne beschäftigt, dass Sie offenbar keine Zeit gefunden haben, einmal wirklich in dieses ungarische Gesetz hineinzuschauen. Täten Sie dies, würden Sie sehen: Es diskriminiert in keiner Weise Homosexuelle. Es ist schon gar nicht homophob. Und nein, es ist auch nicht hasserfüllt, sondern es wendet sich gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern. Hören Sie also bitte endlich auf, Unfug über dieses Gesetz zu verbreiten.

Ich würde mir von der EU, aber auch von vielen nationalen Regierungen eine solche Entschlossenheit beim Schutz unserer Kinder wünschen, wie sie die Regierung in Budapest an den Tag legt. Wenn die EU-Kommission von Prinzipien und Verträgen spricht, dann ist das oberste Prinzip der Verträge die Subsidiarität. Und damit ist klar: Es steht der EU und ihren Institutionen nicht zu, sich in demokratisch getroffene Entscheidungen in den Mitgliedstaaten einzumischen. Das ungarische Parlament hat das Gesetz rechtmäßig und demokratisch erlassen. Die EU muss das akzeptieren, ob es ihr nun passt oder nicht.

Ungarn, Polen, das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland – es ist überhaupt nicht zu übersehen: Die EU-Zentralisten werden immer übergriffiger. Sie greifen immer unverhohlener nach Machtzentralisierung. Und genau dieses Machtstreben ist ein nicht hinnehmbarer Angriff auf das Europa Adenauers, Schumans und de Gaulles, auf das Europa der Vaterländer. Die Menschenrechte in Ungarn und Polen sind gewiss nicht in Gefahr, die Demokratie in Europa schon, wenn die EU nicht umgehend wieder die Entscheidungen der Parlamente und Gerichte in den souveränen Mitgliedstaaten respektiert.

Frau von der Leyen muss sich sagen lassen: Nicht irgendein ungarisches Gesetz ist eine Schande, sondern ihre machthungrige Übergriffigkeit auf unsere souveränen Nationen.

Joachim Stanisław Brudziński, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Rządy w Polsce i na Węgrzech chcą zbudować brunatną koalicję, autorytaryzm, dyktatura, rasizm, prześladowania osób LGBT, prześladowanie kobiet. Co zrobić? Najlepiej zastosować sankcje i przeprowadzić kolejną debatę. A może znowu wezwać, aby Polskę i Węgry zagłodzić. Gdzie są granice absurdu? Jaki sens ma apelowanie w tej sali o elementarną uczciwość i prawdę? Jaki sens ma przypominanie, że My, Polacy, doświadczyliśmy głodu i głodzenia na śmierć. Zapraszam do niemieckiego obozu zagłady Auschwitz Birkenau, gdzie jest bunkier głodowy, w którym zagłodzono polskiego kapłana Maksymiliana Kolbego. Jaki sens ma przypominanie Wam, że kiedy w Hiszpanii, Francji, Niemczech palono na stosach i prześladowanych Żydów, to w Polsce znaleźli schronienie i bezpieczeństwo. W języku jidysz Polin znaczy „tutaj spocznij” „tutaj spocznij bezpiecznie”. Jaki sens ma przypominanie Wam, że w Polsce homoseksualizm nigdy nie był karany, a Polki jako jedne z pierwszych kobiet w świecie miały prawa wyborcze. Polscy żołnierze ratowali Europę przed nawałą bolszewicką i przelewali krew na wszystkich frontach II wojny światowej, a następnie oddaliście Polskę w Jaltę i Poczdamie pod sowiecką okupację na dziesięciolecia, odbierając nam szansę na ekonomiczny i gospodarczy rozwój. Mówicie o tolerancji i szacunku, ale wystarczy że do władzy dojdzie partia konserwatywna i natychmiast tolerancja i szacunek idą na bok. Ale czy to się Wam podoba czy nie, Polska i Węgry są integralną częścią Europy. Jesteśmy i będziemy w Europie, bo nikt nie dał prawa lewicy do decydowania, kto jest Europejczykiem. Rządy w Polsce i na Węgrzech mają mocny demokratyczny, podkreślam, demokratyczny mandat, aby realizować swój program, w tym również reformę wymiaru sprawiedliwości i chronić prawdziwe wartości, te wynikające ze Starego i Nowego Testamentu, prawa rzymskiego, filozofii greckiej, a nie lewackiego bełkotu.

Malin Björk, on behalf of The Left Group. – Mr President, let's be honest, dear colleagues in Strasbourg, and all LGBTI friends in Hungary and elsewhere, we saw this coming. Viktor Orbán and his gang have been directing their hate and right-wing authoritarianism against LGBTI people for some while now. But that doesn't make it less painful and it doesn't make it less dangerous. It makes the inaction by the other EU governments and the Commission even more unacceptable. And let's be honest, the attacks are not against only LGBTI people, they're against the rights of women, they're against refugees, they're against Roma. And the attacks have everything to do also with the rule of law.

Orbán's government, just as in Poland, has dismantled not only fundamental rights, but also media freedom, the independence of the judiciary and they are attacking civil society and making it more difficult for all democracy defenders to act. And these things spread, we know that they do that. And that's why it's a relief that at least we see some action now. And let's be honest, we want action to protect our rights to protect LGBTI rights in Hungary and everywhere, but we also want actions for rule of law and for defending democracy and the rights of all.

So we don't want one more month of inaction, not one more month of silence. The Council has to outline the course of action, take Orbán to court, take Poland to court and stop the funding to authoritarian regimes and projects...

(The President cut off the speaker)

Balázs Hidvéghi (NI). – Elnök Úr! Szavakat is nehéz találni arra az őrületre, ami itt ma zajlik az Európai Parlamentben. Hogyan lehet az, képviselőtársaim hogy önök itt az európai értékekre és jogra hivatkoznak, miközben fittyet hánynak a szerződésekre és az azokban foglalt hatáskörmegosztásra. Az uniós jog sérelmét kiáltják, miközben éppen maguk élnek vissza ezekkel, a saját politikai érdekeik szolgálatában. Az önök által pocskondiázott magyar törvény egyedül a gyermekek védelmét szolgálja, és az ő mindenkinek felett álló érdeküket nézi. Azt rögzíti, hogy a gyermekek neveléséről szóló döntés a szülők joga marad, és hogy a legfiatalabbakat nem szabad kitenni öncélú szexuális propagandának, semmilyen irányú szexuális propagandának.

Minden más, ami ennek kapcsán elhangzik: hazugság. A törvény nem érinti a felnőtteket. Magyarországon mindenki úgy él ahogy akar. Az LMBT-szervezetek szabadon működhetnek, de semmi keresnivalójuk az óvodákban és az iskolákban. Semmilyen beavatkozást nem fogadunk el olyan kérdésekben, amelyekben soha sem ruháztunk hatáskört az Európai Unióra. Visszautasítjuk a régi időket idéző felsőbbrendű hangnemet és gyarmatosító arroganciát.

Andrzej Halicki (PPE). – Panie Przewodniczący! Tak, Europa ma dosyć tego, co wyprawiają Kaczyński i Orbán, ma dosyć polityki opartej na nienawiści, na nietolerancji, na dyskryminacji. Europa ma dosyć niszczenia tego, co jest podstawą państwa demokratycznego.

Panie Brudziński, proszę się nie powoływać na tradycję polską, bo polska tradycja to tolerancja, to szanowanie wolności, to szanowanie drugiego człowieka, bliźniego – to nasza chrześcijańska tradycja.

Chcę użyć słów Donalda Tuska, który wrócił niedawno do polskiej polityki, bo powiedział wprost „my się do tego nie przyzwyczajamy”. Polacy się do tego nie przyzwyczajają i nie może przyzwyczajać się Europa. I poradzimy sobie z tym właśnie jako Polacy. Ale proszę bardzo z tego miejsca, by procedury art. 7 używać wobec rządu Prawa i Sprawiedliwości, a nie Polski, bo to rząd Prawa i Sprawiedliwości zawiera brunatną koalicję ze spadkobiercami właśnie tych najgorszych idei w Europie, które tyle złego uczyniły. Zapisujecie się do klubów przyjaciół Putina – wroga demokratycznej Polski i wspólnej Europy.

Obiecuję z tego miejsca jedno: Polacy załatwią ten problem w Polsce. Wykreślimy słowo Polska z procedury art. 7, jeżeli wy nie zmienicie swojego postępowania.

Cyrus Engerer (S&D). – Mr President, in the past days, working on the resolution on Hungary, the only picture that kept coming to mind was of friends I had as I was growing up in my teenage years in a very conservative society. Friends like François who were burdened with facing a society that they believed could never understand them, that their only hope was that of leaving this world, and unfortunately, that is what they did. This is how serious this discussion is. This is why we are here today, and this is why it is so important to make sure that all children and teenagers have access to information: to let them know that if they feel they are different to others, it is fine to be different, and that there are many others outside of that classroom who are as different as they are.

We are also here today because it is important for every child and teenager to know that if they have someone in their classroom that looks or behaves differently, it is fine to befriend them and accept them the way they are – because we are all different in all our own different ways. We are here today to give hope. I know people in Hungary, people like Vikki, who I have spoken to during the past days, are on the edge of their seats waiting for us to give them hope, because they know that the European Union that they aspired to, that they aspired for their country to join in 2004, was a union that held fast to its values of equality, human rights and the protection of minorities. These values transcend any national laws, and they expect action to be taken because that is the European dream that they believe in.

Colleagues, as we are seeing, hate is contagious and we have seen how fast it is travelling. But I believe that courage is contagious, too, the courage being shown by the oppressed community in Hungary, Poland, in Georgia yesterday, and elsewhere all around the world, to feel proud of whoever they are. The same courage that was shown by Marsha P. Johnson at Stonewall 52 years ago. We must, as the European Union, now show the same courage and take all the necessary action, as per the resolution, to protect European values and protect European citizens.

There is so much courage being shown by the queer community around the world from Hungary to Poland, from Poland to Georgia, from Georgia to Ghana and all across the world, the courage to be who we are, the courage to love who we love, the courage to come out of the closet, the courage to assemble even when police state that they would not protect us, the courage to go in the streets and affirm our identity, and the courage to be seen in front of those who believe we should not exist.

Guy Verhofstadt (Renew). – Mr President, I see that you are very active with your hammer today.

So I have, first of all, a question to the Commission, can that be done independently from my speaking time? Because I hear, in the German press, that there is a suspension of the recovery plan of Hungary. But the German press is not the official gazette of the European Union. My question: is this the truth? Has that been done?

(A voice responds I will reply to it)

OK, that is confirmation that you will reply to it. This House has a right to know if there is a suspension of the recovery plan of Hungary; that is a major decision. We also need to know because Ms Von der Leyen didn't say anything about that this morning in her intervention, and we need to know that. So, that was outside my speaking time, if would allow me.

Saying that, I have followed this debate since this morning, and I'm stunned. I say that to Slovenian Presidency. After three years, closing the university, closing a radio station like Klubradio, going after the judges, the only thing that you can say here is: oh, we got the debate, and it was an interesting debate, and we didn't apply Article 7 Paragraph 1, because we had no time to do it; we cannot decide.

I think that's a shame! When are you going to take the only decision that you need to take, that is to request from Hungary to repeal the LGTBI law that had been voted. That is what you have to decide. No, Madam Commissioner, it is not sufficient to hold it on the agenda; there needs to be a decision. Article 7 was launched by this Parliament three years ago. It's a shame that, after three years, the only thing you have to tell us is: oh, we will come back later on in autumn.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Mr President, I think this will follow on well after Guy Verhofstadt's speaking time.

I really fail to understand how it is possible that the situation in Hungary cannot be dealt with in a calm, straightforward, consistent and legitimate way with the tools we have, and they are efficient. The Article 7 procedure needs to be pursued. It needs a new set of hearings during the Slovenian Presidency, and it needs recommendations during the French Presidency. Then, if at the end of 2022, rule of law is not back in Hungary, we will need to follow up and to think about sanctions and maybe we will need to think about withdrawing voting rights, because that is what happens when a Member steps out of democracy. It cannot still have a say in an overall democratic, crucial organisation.

We need Hungary's recovery plan to be scrutinised more than the others; not because we want to punish the Hungarian Government by this means for all the outrageous laws that they've been making for a decade. No, simply because we know we have a huge problem of corruption in Hungary.

I'm not inventing it. The Group of States against Corruption (GRECO), the European Anti-Fraud Office (OLAF), academic research and your own internal assessment in the Commission are saying it. The public procurements are fake. There's no transparency on how the EU money is used, and we know that there is a risk that the final beneficiary will not get the funds. So it's simple. Then we will need to activate the EU rule of law mechanism regulation about all the other European money that goes to Hungary because, there again, we have serious doubts.

(Applause)

Jérôme Rivière (ID). – Monsieur le Président, les politiques en matière familiale et sociétale appartiennent au seul domaine discrétionnaire des nations, ce sont les traités qui en décident. En essayant de condamner la Hongrie de Viktor Orbán, vous voulez condamner le choix souverain de ce peuple qui a élu et réélu ses représentants largement, avec des scores qui vous font évidemment pâlir de jalousie. Cette condamnation s'inscrit dans un débat idéologique soi-disant progressiste. Vous affirmez vouloir défendre les droits de l'homme, mais vous voulez soumettre les populations des nations européennes à un communautarisme agressif, poussé par des lobbies mercantiles, encourageant la destruction de toutes les structures traditionnelles, de tous les murs porteurs ayant fait la civilisation européenne.

Votre logique, partout où elle s'impose, détruit les rapports sociaux et favorise l'exclusion parce qu'elle se fonde sur des revendications minoritaires au service du marché, que vous avez l'audace de baptiser «droits de l'homme». Oui, la Hongrie a le droit de promouvoir le modèle de la famille traditionnelle. Oui, la Hongrie a le droit de protéger les enfants de sujets qui ne sont pas de leur âge. Ne vous en déplaise, l'état de droit dont vous vous gargarisez, c'est le respect de la liberté, du choix des peuples.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, cualquier europeo sabe que un homosexual anda más tranquilo por las calles de Budapest o Varsovia que por las de Molenbeek, Gaza o Teherán. Pero ustedes prefieren someterse a la agenda del lobby y pasarse todo el día despotricando de Hungría o Polonia.

¿Cómo se atreven a dar lecciones de democracia a Hungría o Polonia? ¿Cómo se atreven a dar lecciones sobre el Estado de Derecho y los derechos humanos a quienes han luchado y vencido al movimiento totalitario más conocido en Europa y más brutal, que es el comunismo? Precisamente ustedes, los de los cordones sanitarios, los que amenazan con cortar los fondos europeos a cualquiera que no se someta a su camisa de fuerza ideológica.

¿Cómo puede un socialista maltés condenado a dos años de prisión por difundir pornografía homosexual de su expareja hablar de los derechos de los gays en Hungría?

Con ustedes siempre es el mundo al revés. Pero no nos asustan. La ola de patriotismo y sentido común que recorre Europa está aquí para quedarse. Quienes fundaron la Unión se revuelven en sus tumbas viendo lo que están haciendo con su proyecto, con la dictadura ideológica que utiliza las instituciones comunitarias no para servir a los Estados miembros, como mandan los Tratados, sino para amenazarles, acosarles y darles órdenes. Se les ve desesperados. Nosotros seguimos con el sentido común.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, να εκφράσω καταρχήν τη μεγάλη μου θλίψη και την ανησυχία μου για τη χθεσινή δολοφονική επίθεση κατά του συναδέλφου δημοσιογράφου στην Ολλανδία. Και να έρθω στο θέμα. Η ομοφοβία σκοτώνει! Η έλλειψη της ελευθεροτυπίας, η άρνηση να προστατεύσουμε τη δημοσιογραφία σκοτώνει! Χθες πέθανε ο Σάμουελ στην Ισπανία. Στην Ελλάδα χάσαμε τον Ζακ, δολοφονήθηκαν ο Ζακ και η Δήμητρα, θύματα ομοφοβίας. Ακούμε πράγματα εδώ φοβερά και τρομερά. Είναι δικαίωμα του κράτους, λέει, του κάθε κράτους η καταπάτηση των δικαιωμάτων. Από πού προκύπτει αυτό; Η ομοφοβία σκοτώνει, όταν στην Ουγγαρία οι ΛΟΑΤΚΙ ως προσωπικότητες ποινικοποιούνται, μπαίνουν στο στόχαστρο, υφίστανται τις μεγαλύτερες διακρίσεις από το ίδιο τους το κράτος. Είναι θέμα της Ευρώπης, λοιπόν. Δεν είναι θέμα της κυβέρνησης της οποιασδήποτε χώρας. Στην Πολωνία, ζώνες ελεύθερες από ΛΟΑΤΚΙ, ίδιες διακρίσεις, ίδια καταπάτηση δικαιωμάτων και ένας κυβερνητικός πόλεμος απειλών και χειραγώγησης. Χωρίς δικαιοσύνη δεν υπάρχει δημοκρατία. Η καθυστέρηση είναι συνεχής και νομίζω ότι πρέπει να μπούμε στη διαδικασία των κυρώσεων άμεσα.

Tiziana Beghin (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il tempo è scaduto e noi dobbiamo guardare in faccia la realtà. In Polonia è iniziata una vera e propria emigrazione, una fuga dalle parti più conservatrici del paese dove si moltiplicano i casi di omofobia che sfociano fino alla violenza. In Ungheria dal primo luglio è persino vietato trasmettere un film dove compare una persona omosessuale.

Ma dove siamo arrivati? Tutto questo sta accadendo in casa nostra, in Europa. Come possiamo permetterlo? Come possiamo far finta di niente? In questi due paesi il clima di odio e la caccia alle streghe sollevata dai governi ha trasformato la comunità LGBTQI nel nemico pubblico della nazione. Questi cittadini europei si sentono soli nei loro paesi. Non possono nemmeno contare sui giudici, che sono ormai allineati con i politici, se non addirittura scelti proprio da loro.

Questi cittadini hanno solo noi. A loro resta l'Unione europea, noi siamo la loro speranza e non possiamo tradire le loro aspettative. Voglio ricordare – mi dia solo un secondo – Raffaella Carrà che è mancata in questi giorni. Tutti la conoscevate. Lei diceva: *«Il mondo non è fatto di gay e etero, ma di creature»*, ricordiamocelo, noi dobbiamo fare qualcosa anche in Ungheria, anche in Polonia.

Paulo Rangel (PPE). – Mr President, there will be a day when the Polish people and the Hungarian people will ask ‘Where were the European institutions when they attacked the independence of the judiciary, when they closed universities, when they got all the media in their hands, when they started to persecute LGBTQI people, when they heard hate speech against migrants, where were the European institutions?’

The Parliament was acting, the Commission was acting, but the European Council does nothing. Until now. It’s not only the problem of the presidency: even the Portuguese Presidency decided to remain neutral about this law in Hungary.

And so there will be a day when there will be a democratic question in these countries and they will say, ‘Where were you? You were not able to protect our rule of law. You were not able to protect our separation of powers. You were not able to protect our fundamental rights’.

What really causes damage to the European Union is not this kind of breach. It is our absence of action. That is what really damages the European Union. So I urge the European Council to act immediately on Article 7, and if Article 7 doesn’t work, to do a political movement on this way. That will be enough to change things in Hungary and in Poland.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, vicepresidenta Jourová, ¿quién discute en esta Cámara el derecho de los padres a velar por la educación de sus hijas e hijos? Nadie. Pero pretender que este debate sobre la infame ley húngara va sobre eso es el colmo de la hipocresía.

Los menores en la Unión Europea no necesitan ser protegidos contra la difusión de contenidos educativos ni informativos sobre diversidad, orientación sexual o identidad de género. Pero una ley que lo prohíba, que prohíba hablar de ello, es contraria no solo a los valores, sino al Derecho de la Unión Europea. ¿Es que no han leído el artículo 21 de la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, que es vinculante como los Tratados?

Asociar la homosexualidad con la pedofilia es una infamia abyecta. La pedofilia es un delito grave en toda la Unión Europea, pero la igual dignidad de todas las personas, sin discriminación por orientación sexual, no solamente no es un delito, sino que es un derecho fundamental.

El Parlamento Europeo ha hecho de todo para hablarle claro a Orbán: ha activado el artículo 7 y solo falta que el Consejo haga su parte del trabajo; ha urgido procedimientos de infracción; ha regulado la condicionalidad del acceso de los fondos europeos al cumplimiento del Estado de Derecho; y dice con toda claridad que la ley húngara no tiene lugar en Europa, como tampoco el crimen homófobo contra Samuel en España o el atentado contra el periodista Peter R. de Vries en los Países Bajos.

Sí tienen lugar en Europa esos millones de europeos que resisten contra Orbán en Hungría; no están solos, el Parlamento Europeo los representa; y su lucha y su indignación son las nuestras.

Ramona Strugariu (Renew). – Mr President, my thoughts are today with Peter de Vries and his family. And I have had enough of Orbán, Kaczyński, and others like them. I’ve had enough of their lies, of their propaganda, of the way they dismantle media freedom every single day, of the way they disrespect EU law, of the way they target minorities, of the way they attack fundamental freedoms every single day. I’ve had enough of it!

We’ve all had enough of it. The question is: is the Council aware of this? Has the Council had enough of it? Are you aware, Council, that through your silence you are a ram for this vicious agenda?

I’m calling for a vote under Article 72 and I’m calling on you to end this circus. This is if we still want to have a European project, if we still want to have a Union and if we still want to have a Council after all.

(Applause)

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarko! Sytuacja na Węgrzech pokazuje, czym kończą się bierność i zaniechania. Kiedy Orbán spacerował po europejskich salonach, na Węgrzech budziły się demony homofobii. Pani Komisarko! Mówicie, że działacie, a w tym samym czasie nasi przyjaciele i przyjaciółki z Węgier są ofiarami kolejnych naruszeń praw człowieka. Wiemy, że artykuł siódmy nie działa, dlatego upominamy się o mechanizm warunkowości. Apelujemy, prosimy Was: zacznijcie działać! Zacznijcie bronić demokracji i praw człowieka! Co jeszcze musi się stać, żeby Pani powiedziała dość? Gdzie jest Ursula von der Leyen, kiedy ludzie tracą kolejne prawa, kiedy naruszana jest ich godność, kiedy o wolności mogą tylko pomarzyć? Pani Komisarko! Za chwilę miną dwa lata nowej Komisji, a na Węgrzech z każdym dniem jest coraz gorzej.

Paolo Borchia (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è paradossale che gli stessi che hanno inventato il cordone sanitario oggi siano qui a cercare di dare lezioni di democrazia.

Stamattina ho sentito ricatti, minacce, prova tangibile che a troppi di voi la democrazia non piace e non viene accettata. State sottraendo tempo e risorse a quest'Aula strumentalizzando una legge che si basa sulla protezione della difesa, dell'interesse dei minori in base a quanto disposto dalla Convenzione ONU sui diritti dell'infanzia. Una legge che è di competenza nazionale, non comunitaria e soprattutto è stata votata quasi all'unanimità.

Ma di cosa stiamo parlando? Io aspetto il giorno in cui i veri vulnerabili, ad esempio gli anziani, i disabili riceveranno la stessa attenzione che presunte minoranze ricevono da quest'Aula. Minoranze per giunta ben finanziate e ben protette a livello internazionale. Riflettete colleghi, perché è vero che la democrazia è a rischio, ma a Bruxelles, non a Budapest.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Po raz kolejny Parlament Europejski daje dowód łamania praworządności, bowiem zgodnie z art. 5 Traktatu Unia działa wyłącznie w granicach przyznanych jej kompetencji przez państwa członkowskie, a także zgodnie z art. 4 Traktatu Unia szanuje tożsamość narodową państw członkowskich, a więc prawo do decydowania o edukacji, ochronie dzieci, prawodawstwie.

Przyjęta przez parlament węgierski ustawa ma umocowanie nie tylko w prawie unijnym, ale także w prawie międzynarodowym. Niestety lewicowo-liberalna większość Parlamentu Europejskiego chce nawet ingerować w węgierską konstytucję, kwestionując oczywisty zapis potwierdzający, że to kobieta jest matką, a mężczyzna ojcem. Lewicowa agresywna inżynieria społeczna, którą forsujecie, jest cywilizacyjnym zagrożeniem. Dlatego wzywam do poparcia rezolucji ECR, która przywraca porządek rzeczy i nie ma nic wspólnego z homofobią. Nie przypisujcie nam swoich negatywnych emocji.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, Unkarin uusi laki on jatkumoa kehityksessä, jossa naisten ja vähemmistöjen oikeuksien vastustaminen on valjastettu synkän politiikan välineeksi. Kyse ei ole yksittäisestä asiasta, vaan se on osa laajempaa kehitystä, jossa järjestelmällisesti kavennetaan sateenkaari-ihmisten oikeuksia ja vapautta ja näin asetetaan ihmiset eriarvoiseen asemaan sukupuolen ja seksuaalisen suuntautumisen perusteella.

Erityisen vastenmielistä Unkarin laissa on se, että se rinnastaa homoseksuaalisuuden ja pedofilian ja lain väitetään suojelevan lapsia. Tämä on ainoastaan vastenmielinen sumuverho, jolla yritetään peittää ihmisoikeuksien loukkaaminen. Tässä laissa on kyse järjestelmällisestä syrjinnästä ja rasismista, joka on täydessä ristiriidassa yhteisten arvojemme kanssa.

Komissiolle ja neuvostolle haluan todeta, että me emme kaipaa enää yhtään kaunista juhlapuhetta yhteisten arvojemme tärkeydestä. Me kaipaamme nyt tekoja niiden arvojen puolustamiseksi. Keinoja on, välineitä on, mutta tahtoa puuttuu. Ilman tekoja sananne kaikuvat hyvin onttoina.

Enikő Győri (NI). – Elnök Úr! Tisztelt baloldal és az EPP 68 százaléka! Önök ezt a parlamentet rögtönítélő bírósággá változtatták. Már a vita címével megelőgezték az ítéletet, hogy Magyarország uniós jogot sértett, pedig a kötelezettségszegési eljárás legelején tartunk.

Önök meg akarják vonni az uniós pénzeket Magyarországtól a jogállamisági mechanizmus révén. Beteljesült, amit mondtunk: Önök megerősokolják az uniós jogot, nemzeti hatáskörbe eső ügyben fenyegetőznek. Önök a magyar vita ürügyén elterelik a figyelmet Európa húsbavágó kérdéseiről, mint a Covid-válság vagy a migráció.

A hisztéria, amit kreáltak, azt mutatja, hogy Önök idegesek. Idegesek, mert múlt pénteken minden korábbinál világosabbá vált, hogy van életképes alternatíva a jobboldalon. 16 párt 15 országból kész szembeszállni önökkel, és kiáll a szabadság, a nemzetek, a családok és a hagyományos keresztény értékek mellett. Szokjanak hozzá, Európa nem csak az Önöké, hanem a mienk is. Mi nem akarjuk megmondani Önöknek, hogyan neveljék a gyerekeiket. De Önök se mondják meg nekünk, hogy mi hogyan járunk el, és mi hogyan élünk.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, avec cette résolution, le Parlement européen condamne sans équivoque et dans les termes les plus clairs la loi adoptée récemment par le Parlement hongrois restreignant les droits et libertés des personnes LGBTQI+, et aussi, ce faisant, la liberté d'expression et la liberté des médias. Cette loi constitue une atteinte claire aux valeurs, principes et lois de l'Union européenne.

Je suis convaincue qu'une très vaste majorité des personnes dans l'Union européenne ont conscience qu'il s'agit ici de protéger la dignité inhérente à chaque être humain, qu'il s'agit de la liberté de chacun à pouvoir s'exprimer tel qu'il est, qu'il s'agit du respect dû à chaque être humain. C'est l'une des valeurs, sinon la valeur fondamentale sur laquelle est fondée notre Union: cette conviction intime que nous sommes tous égaux, quelles que soient nos orientations sexuelles, notre religion, notre couleur de peau, notre couleur des yeux, que nous soyons roux ou blonds, noirs ou blancs, petits ou grands, jeunes ou âgés, que nous portions des lunettes ou non, que nous ayons un handicap apparent ou non, que nous nous estimions normaux ou différents. Aucune, aucune discrimination n'est justifiable. C'est aussi simple que cela.

Aussi suis-je fière que nous ayons à la tête de la Commission une présidente qui n'a pas hésité à qualifier cette loi de honte et que notre président du groupe PPE, Manfred Weber, l'ait repris aujourd'hui à cette même tribune. L'Union européenne a à maintes reprises affirmé les droits des personnes LGBTQI et proclamé son combat contre les discriminations à leur égard. Il faut maintenant que nos paroles, nos intentions, décisions et mesures aient des conséquences concrètes. Nous devons faire respecter le droit européen au sein de l'Union.

Marc Angel (S&D). – Mr President, conflating homosexuality and transidentity with paedophilia is yet another episode of the Hungarian Government looking desperately for election topics to distract from corruption. It is yet another attack on fundamental rights, and as the EU, we have the tools to protect our values. But what is missing is the political will in the Council to use them. Signing statements at Council is not enough. The Council must address the deterioration of fundamental rights in Hungary by issuing concrete recommendations, including a call to repeal this misleading law.

The new Hungarian law is not only homo- and transphobic: it is severely restricting the rights of children, rather than protecting them.

Mr Orbán, you will never prevent one single young man or woman from being lesbian, from being gay, from being bisexual, transgender or intersexual, because this is an identity! So please stop talking about ideology. What you are doing is forcing young people to hide their identity, which often ends in suffering and in suicide. Rather than protecting anyone, you foster hate, intolerance and aggression towards vulnerable groups.

And we don't have to look far to see what happens when politicians follow Russia-style narratives on LGBTI people. On Monday, thousands of far-rightist hooligans violently disrupted Tbilisi Pride. The organisers had to flee for their lives, and journalists have been beaten up.

Is this the direction we want for the European Union? Will we allow the Hungarian and Polish governments to use violence against people like me and others? No, the Council and the Commission must take bold actions now and give hope to people in Hungary and Poland.

(Applause)

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, we can already congratulate Mr Orbán on winning the European Championship for the most homophobic law on the continent. Last week, the new European far-right alliance has signed up to a common declaration of their values that are profoundly homophobic and sexist. And the only answer to such an alliance is a passionate defence of European values of equality.

Yet the European Council, it has already been said by many, stubbornly and shamefully refuses to act. No wonder, because the main defenders are actually members of that same European Council, and the others are their enablers, let's say the European Mitch McConnells.

Now, last week, the government leaders spoke strong words on LGBTI rights, and even suggested the expulsion of Hungary. But expulsion is no solution, and it even betrays the millions of Hungarian people who count on Europe for support. The government leaders finally have to choose what side of history they want to be on, and vote on Article 7.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señor presidente, señora comisaria, señor ministro, el pasado sábado un joven gallego, Samuel, era asesinado tras una paliza. La misma noche en mi ciudad, San Cugat, otro joven era agredido hasta quedar inconsciente. Las dos agresiones se llevaron a cabo al grito de «¡maricón!».

La escalada de violencia contra el colectivo LGTBI es una emergencia que debemos combatir sin paliativos. Y esto significa combatir todos aquellos movimientos, organizaciones y Gobiernos que en toda Europa normalizan la persecución y estigmatizan a las personas por su forma de querer o pensar.

La ley aprobada en el Parlamento húngaro es un ejemplo de la institucionalización de esta deriva reaccionaria, como también lo es el hecho de que partidos políticos que están en esta Cámara, como Vox, señalen el lugar de trabajo del editor de la revista satírica *El Jueves*, incitando así a la violencia contra él. Ellos señalan para que otros actúen. La extrema derecha siempre trabaja contra la libertad al grito de «¡a por ellos!» o «¡maricón!». Pero nosotros les aseguramos, de nuevo, que «no pasarán».

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, terwijl in Boedapest ongehinderd lhbt-feesten plaatsvinden, slaat de politie in Istanboel de pride-parade uiteen. Orbán wordt veroordeeld, maar Erdoğan heeft onlangs nog eens drie miljard euro gekregen. De Europese Unie is hypocriet.

Het propageren van genderideologie aan kinderen is een persoonlijke keuze voor ouders en een beleidskeuze voor kiezers. Dit is niet het geval in de Europese Unie, waar we blijkbaar enkel nog de vrijheid hebben om het eens te zijn als we niet willen worden vervolgd en bestraft. De Europese Unie is autoritair.

We hebben na twee wereldoorlogen geleerd dat we de vrede kunnen handhaven door diversiteit, democratie, identiteit en soevereiniteit te eerbiedigen. Nu wil men echter opnieuw met brute macht en vanuit een superioriteitsgevoel – ik citeer – “achterlijke landen op de knieën krijgen”.

Dit eurofanatiek imperialisme is totalitair, gevaarlijk en ronduit anti-Europees.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Otóż, udajecie jak zwykle, że w tej dyskusji chodzi o tolerancję dla osób LGBT. Tymczasem, jak wiecie, w Polsce jest mniej przemocy wobec osób LGBT niż w waszych krajach. I to wasze statystyki to pokazują. Ale wy celowo kłamiecie, aby ludzie nie dowiedzieli się, o co chodzi naprawdę. A chodzi o to, że my uważamy, że są dwie płcie. A wy uważacie, że jest 250 ileś. Biologia jest po naszej stronie. Wy uważacie, że to skandal. My chcemy zakazać sugerowania dzieciom możliwości zmiany płci. Wy chcecie to promować. W końcu my nie chcemy w szkołach wczesnej seksualizacji dzieci, bo dla katolików prawdziwa miłość to coś znacznie więcej niż pożądanie. Efekty tych waszych antywartości widać: rosnąca ilość rozbitych rodzin, samotnych ludzi, przemocy seksualnej. Do śmietnika wyrzucacie naukę, doświadczenie, dorobek pokoleń i zamieniacie je na wasze polityczne przekonanie. Dokładnie według tego, co mówił Marks i Engels, że aby zbudować nową rzeczywistość, trzeba zniszczyć tradycyjne wartości i tradycijną rodzinę. Idziecie dokładnie tą samą drogą, która doprowadziła do tragedii w Europie. Jeszcze uważacie, że łamaniem praw człowieka jest obrona wartości, na których Schuman budował Europę. Wstyd.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, ponder this: Poland and Hungary are the biggest beneficiaries of European funding. In 2018, Poland paid in EUR 3.98 billion and, in return, received EUR 16.35 billion, four times more than they paid in. Hungary paid in EUR 1.076 billion and received six times more than that, EUR 6.298 billion.

At least the Portuguese Presidency moved forward on the Article 7 suspension procedure by organising hearings on Hungary and Poland. It is my hope that this will provide a sufficient basis to stop the rule of law backsliding in these and, potentially, other Member States. Without respect for the rule of law, we cannot have a fair and just society.

With regard to Poland, we see major issues with the Constitutional Tribunal, the disciplinary regime against judges and a muzzle law against judges who criticise the Government's judicial overhaul and the dismissal of judges. In bullyboy Viktor Orbán's Hungary, attacks against LGBTI people, judges, journalists, academics and activists have increased since the beginning of the pandemic.

Hungary's new law will have devastating effects. It means that vulnerable young people will be deprived of important support. It is essential that young people especially be ensured access to comprehensive sexuality and relationship education, which is non-judgmental and objective. The adopted law is a direct contradiction of the values and respect for human dignity on which the Union is founded. There are conditionality clauses in relation to European funding. We should use them.

Klára Dobrev (S&D). – Elnök Úr! Tudják, ebben a teremben nincs egyetlenegy olyan ember sem, aki Magyarország ellen szólalna fel, és bármit is hazudozik Önöknek összevissza Orbán Viktor, nincs itt senki, aki a magyar emberek ellen összeesküvést szervezne. Mert Magyarország továbbra is ugyanaz a gyönyörű, lélegzetelállítóan gyönyörű ország, Budapesttel, egy kicsit nosztalgikus hangulatú Balatonnal, a tokaji vagy villányi borokkal, és mi, magyarok is ugyanazok vagyunk, akiket az egész világ vendégszeretetünről ismert meg. És lehet velünk hatalmasakat nevetni, vagy éppen bulizni a fesztiválokon, a Szigeten, Kapolcson vagy a Balaton Soundon, vagy éppen egy nagy magyar ebéd után megváltani a világot, kicsit nehéz gyomorral. És ezt a csodálatos országot ejtette túsul egy velejéig korrupt politikus. Cinikusan, rasszista és homofób politikával.

Úgyhogy Önöknek, tisztelt Bizottság és Tanács, egyetlenegy dolguk van. Hagyják abba és fejezzék be Orbán Viktor családtagjainak és oligarcháinak a finanszírozását, és akkor mi is tudjuk a dolgunkat. Be fogjuk bizonyítani, hogy Magyarország nem egyenlő Orbán Viktorral, és Magyarországot visszahozzuk, ide, ahova való, Európába, a barátai és a szövetségesei közé. Én erre vállalkoztam.

Anna Júlia Donáth (Renew). – Elnök Úr! Ez már a sokadik vita, ahol Orbán Viktor igazságtalan rendszeréről beszélünk. Évek óta vitázunk, de a magyar nép eddig üres szavakon kívül valódi segítséget nem kapott az embertelen rendszerrel szembeni harcában. Pedig ez nemcsak a magyar nép, hanem egész Európa harca, és miközben Európa vitázik és tévőázik, addig Orbán Viktor nem ül tétlenül. Kínai kommunista egyetem, a Fudan hozza Európa szívébe, ezzel generációkat eladósít. Fideszes alapítványokon keresztül a saját zsebébe szervezi ki a nemzeti vagyont és a magyar felsőoktatást, és koncesszióban árulja ki Magyarország autópályáit. Végül, hogy mindezekről elterelje a figyelmet, olyan megosztó törvényt hoz, mely magyart fordít magyar ellen, megbélyegez, megoszt és gyűlöletet kelt.

Képviselőtársaim, szeretném ha végre megértenék, hogy Magyarországnak nem üres szavakra, hanem valódi tettekre van szükségük. Meg kell védenünk a magyar embereket, hiszen Magyarország nem egyenlő Orbán Viktorral. Ezt jelenti az európai szolidaritás, és miközben mi jogállamiságról és megosztott törvényekről vitázunk, ne feledjék: emberi sorsokról és életéről van szó.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Mr President, when my niece was born I gave her a picture book called *Filola wants a crocodile*. In this book, Filola's mums go out on a mission to find her a crocodile for her birthday. Mums, yes, because I want her to know that having a gay aunt isn't something to be embarrassed about, but can give you a life full of adventures.

In Hungary, from tomorrow onwards, this is a crime, because it's forbidden to teach children about different sexualities and identities. And I've heard the Commission say over and over, 'this is not in line with European values'. So do something about it. Launch an accelerated infringement procedure, freeze EU funds, make use of all the tools you have. But I'm also calling on the Member States to act because you have been bystanders while bill after bill has diminished the rights of our community and not only in Hungary and Poland. But using our community as a distraction to undermine the rule of law will not change who we are or who we love. Our community is strong and we will continue to fight for our rights together.

Susanna Ceccardi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'epoca dell'inganno universale, dire la verità è un atto rivoluzionario.

Oggi siamo qui a parlare dell'inganno della sinistra europea che, aiutata dai media, vuol tacciare di omofobia i governi di due paesi europei democraticamente eletti. Avete letto la legge ungherese che tanto state contestando?

La legge ungherese non viola in alcun modo i principi e le prerogative dell'Unione europea. L'Ungheria ribadisce che l'educazione sessuale dei figli è di competenza dei genitori, esattamente come stabilito dall'articolo 14 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea.

La stessa sinistra che oggi accusa Budapest è la stessa sinistra che nel 1956 applaudiva i carri armati sovietici che massacravano operai e studenti riportando in Ungheria la dittatura comunista. Quella sinistra sbagliava e mentiva ieri come sbaglia e mente tutt'oggi.

Chiedo a tutte voi, tra le libertà dell'Unione europea, c'è quella per una donna di poter passeggiare da sola all'imbrunire con gli abiti che preferisce? Sapete che questo in moltissime città della Francia, della Germania e del Belgio è di fatto un'impresa ad altissimo rischio, mentre in Ungheria e Polonia è ancora possibile.

Bisogna saper sempre ricordare che senza la Polonia che salvò l'Europa sotto le mura di Vienna, oggi non saremmo qui a discutere. Viva l'Europa dei popoli, delle libertà, delle radici. Chiediamo ai governi di Polonia e Ungheria di continuare a difendere i bambini ed i valori europei, quelli per i quali i nostri antenati hanno duramente combattuto e che talvolta l'Unione europea vorrebbe disconoscere.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Úr! Fontosnak tartom, hogy a vitában legalább egyszer elhangozzék, amiről beszélünk kéne, a törvény címe: „a pedofil bűnelkövetőkkel szembeni szigorúbb fellépésről, valamint a gyermekek védelme érdekében egyes törvények módosításáról”. A témáról csak ezek alapján lehet higgadtan vitázni. Politikai hisztériakeltés, választási propaganda helyett beszéljünk – legalább próbáljunk meg – a tényekről.

A gyermekek érdeke mindenek felett áll, és a szülőknek joguk van ahhoz, hogy gyermekeiket saját meggyőződésük szerint neveljék, ezt erősíti meg az Alapjogi Charta. A szülői választás a döntő a gyermek szexuális nevelésében, senki sem kötelezheti arra a szülőket, hogy beleegyezésük nélkül a gyermekek olyan szexuális nevelésben részesüljenek, amelyek őt nem fogadtak el. A matematikatanításhoz is tanári képesítés kell, a gyermekek szexuális nevelését sem bízhatjuk semmilyen formában, se így, se úgy, aktivistákra. Egy példa: a jelentés 1. pontja egyszerűen konkrétan nem igaz. A magyar igazságügyi miniszter egyhetes határidőt kapva, időben nyújtotta be a jelentését. Egyszerűen szó szerint nem igaz, ami le van írva.

Tisztelt Képviselőtársaim, engedjék meg, hogy feltegyek egyetlenegy kérdést Önöknek. Nem várok rá választ. Önök valóban elolvasták a jogszabályt? Ugyanis annak a szövegéből, az itt elhangzó dolgok legnagyobb többsége egyszerűen nem olvasható ki. Kérem utólagosan is, hogy tegyék meg! Ha a törvény valóban támadná a homoszexuálisok jogait, elsőik között lennék én magam, aki fellépne ellene.

Robert Biedroń (S&D). – Panie Przewodniczący! Jestem Polakiem. Jestem gejem. Moim krajem rządzi prezydent, który uważa, że tacy jak ja to nie ludzie, to ideologia. W tym roku mija 20 lat, od kiedy jestem z moim partnerem. W moim kraju takie związki nazywa się tęczową zarazą. Każdego dnia, kiedy mój partner wychodzi z domu, boję się, że spotka go przemoc, przemoc, która spotyka moich przyjaciół, znajomych, najbliższych. Żyję w kraju, w którym 70% młodych ludzi, osób LGBT, myśli o samobójstwie. Mieszkam w Polsce, w mojej ojczyźnie, w której 30% kraju to strefa wolna od osób LGBT. Czym moje życie różni się od Waszego życia? W czym jestem gorszy? Nie możemy być obojętni. Nie możemy być obojętni, bo od mowy nienawiści, od tego typu deklaracji do przestępstw nienawiści jest bardzo krótka droga.

Pan Brudziński wspominał o obozach koncentracyjnych. Obozy koncentracyjne powstały dlatego, że ktoś kiedyś na czas nie zareagował. Pani Komisarz, proszę Panią: żeby nie było za późno, zacznijcie działać. Zegar tyka.

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, in 2014, Hungarian gay rights activist, Milan Rozsa, climbed into the fortified Russian embassy in Budapest. He held up a rainbow flag and called out Putin's anti-gay law and the violence unleashed by it. Milan was a friend of mine, one of the most passionate and brave people I ever knew, and a few months later, he took his own life. His tragedy sheds light on all the mental pain that LGBTI people very often suffer from. And this is beyond tragic that we are here today to witness the exact replica of Putin's law being adopted in the EU.

Right now, in Hungary, it's illegal for teachers to talk to high-schoolers about diversity and acceptance, or for kids to watch cartoons with queer characters in it. This law conflates gay people with paedophiles, and it incites violence and hatred – and we already see that.

If this is not enough for the EU to take action, then nothing else will be. So I tell you what to do: stop funding Viktor Orbán's corruption. Apply the rule of law mechanism. Because human rights abuses are only a means for him, and kleptocracy is the ultimate end.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Mr President, Commissioner Jourová, today, despite all odds, is a day of hope. It has been three years since we initiated Article 7 against Hungary. Three years of big words and empty threats. Three years over which the deconstruction of the Hungarian democracy has accelerated. Every day Orbán's government violates the rules that our freedom as a European community are built on. Rules to safeguard the free press and show fair elections, to ensure the independence of judges, rules to protect the diversity of our societies.

The new law is another terrible example of how Orbán violates these rules. But today still is a day of hope, because today the European Commission has the power to change this course; because today Parliament and Council stand behind you asking for a strong response; because today the rule of law mechanism is in place; and finally, because today you have the power to make the payment of seven billion euros, equalling 5% of Hungary's annual GDP, conditional on the change of course. So I urge you to use these powers, then today can be a day of hope.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, maďarský zákon, o kterém diskutujeme, si zaslouží pozornost především občanů v Maďarsku, kteří by se k němu měli vyjádřit, protože organizace a obsah vzdělávání je v kompetenci členských států. Maďarsko i Polsko musí mít při jejich naplňování na paměti ochranu lidské důstojnosti všech svých občanů, skutečně všech. A já chci ujistit své kolegy, kolegu Biedroně, že má moji podporu a nemusí se obávat, budeme hájit jejich lidskou důstojnost. A zdá se, že tyto zákony skutečně provokují a mezi občany tedy vyvolávají velké rozpory, ale na jiné členské státy nemají dopad, a to já považuji za důležité, proto tedy si myslím, že mají být posuzovány především na národní úrovni.

Co je závažné a proč jsem se rozhodla vystoupit: jsou zde věci, jsou zde iniciativy maďarské vlády, které mají dopad na další členské státy, a to je štvavá dezinformační kampaň maďarské vlády otištěná v některých evropských denících jako placená inzerce 29. června. Stalo se tak v České republice, ve Španělsku a Dánsku a jinde možná nevyšla jenom proto, že ji deníky odmítly vytisknout. Evropská unie je podle maďarské vlády impérium a Evropský parlament je slepá kolej. Tyto a další manipulační a nepravdivá tvrzení musíme odmítnout. A není náhoda, že tato dezinformační propaganda maďarské vlády se objevila právě v novinách vlastněných českým premiérem. Z politického pohledu jsou tyto inzeráty zasahováním do veřejného prostoru jiných států, jako to dělá Rusko. A já si myslím, že se musíme ohradit, a proto vyzývám také Komisi, aby posoudila, zda se Maďarsko nedopouští porušování právního principu loajální spolupráce mezi členskými zeměmi EU. Paní komisařko, prosím, zasáhněte.

Bettina Vollath (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, geschätzte Vertreter vom Rat, liebe Kolleginnen! Wie lange kann man eigentlich zuschauen, wenn etwas völlig in die falsche Richtung läuft? Eine Universität wurde aus dem Land vertrieben, die Pressefreiheit massiv reduziert, Hetzkampagnen gegen unabhängige Journalistinnen und Journalisten geschürt, hart erkämpfte Frauenrechte massiv beschnitten, Angriffe gegen die Unabhängigkeit der Justiz, Menschen werden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung einfach lautstark mit Pädophilen gleichgesetzt.

Menschen werden also von oberster Stelle diskriminiert, und gleichzeitig wird der Raum für kritische Stimmen massiv eingeschränkt. Das Denken soll gleichgeschaltet werden mit dem der Orbán'schen Regierung. Ist das Demokratie? Ist das noch unsere Union?

Nein, ganz sicher nicht. Daher wurde schon vor dreieinhalb Jahren das Artikel-7-Verfahren gegen Polen gestartet, ein paar Monate später gegen Ungarn – beide bis heute ohne Ergebnis. Dabei sprechen sowohl der Rechtsstaatlichkeitsbericht der Kommission als auch die vielen Verurteilungen durch den EuGH eine klare Sprache. Der Rechtsstaats- und Demokratieabbau in Ungarn ist systematisch und schon sehr weit fortgeschritten.

Wie lange wollen Sie im Rat noch zuschauen? Wann werden Sie in der Kommission endlich die Instrumente anwenden, die wir ja haben?

Mein dringender Appell heute: Bitte setzen Sie diesem Herunterwirtschaften der europäischen Idee endlich ein Ende. Verteidigen Sie unsere offene, liberale Gesellschaft mit aller Kraft. Die Zivilgesellschaft in diesen Ländern braucht unsere wachsamen Augen, aber sie braucht vor allem unsere Taten.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident! Weil ja hier einige argumentieren, es ginge nur um das Erziehungsrecht der Eltern, will ich noch einmal auf die Inhalte zu sprechen kommen, die auch verboten werden sollen. Das konnte man doch in regierungsnahen ungarischen Zeitungen lesen. Da wird gesprochen von der Schwulenpropaganda auf Netflix: „Glee“ ist eine besonders gefährliche Serie. Oder: Bei „Game of Thrones“ auf HBO, da sind viel zu viele schwule Charaktere. Auch dagegen richtet sich das.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage hier ganz klar: Wer glaubt, dass man vom Netflix-Gucken schwul wird, der hat überhaupt nichts verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und das wäre nur lächerlich, das wäre nur lächerlich, wenn es nicht so ernst wäre, wenn es nicht um die Zukunftsexistenz von Vereinen, von Hilfsorganisationen, von der Öffentlichkeit, der LGBT-Community in Ungarn insgesamt ginge. Das ist die Putinisierung Ungarns, die wir da erleben. Und Toleranz ist nichts Westliches oder Liberales, sondern es ist etwas Menschliches. Und der Schutz von sexuellen Minderheiten ist auch nichts, was hier von Brüssel aus über die Mitgliedstaaten gebracht wird. Es ist etwas, zu dem sich alle Mitgliedstaaten in Artikel 2 bekannt haben.

Und verdammt nochmal, ich erwarte, dass jetzt reagiert wird und dass wir endlich Handeln sehen in dieser Frage! Ich kann es nicht mehr erklären, hier zu stehen, und ich kann es keinem Schwulen, keiner lesbischen Frau in Europa mehr erklären, dass das nicht endlich passiert.

Salima Yenbou (Verts/ALE). – Monsieur le Président, lundi, Reporters sans frontières a publié sa galerie 2021 des «prédateurs de la liberté de la presse», avec pour la première fois un Européen, Viktor Orbán, aux côtés de 36 autres chefs d'État et de gouvernement, Messieurs Poutine, Xi, Erdoğan et ben Salmane. Quelle honte, quelle tristesse pour l'Europe d'avoir un Européen parmi cette sombre liste!

En Pologne, la société civile, elle aussi, est très inquiète de cette prétendue «repolonisation» des médias par le gouvernement pour influencer leur politique éditoriale. Depuis 2011, alors que la Hongrie prenait la présidence du Conseil de l'Union européenne, nous exprimons des préoccupations quant à l'état de droit dans le pays et les répercussions que l'inaction pourrait avoir sur les autres États membres, comme un vieux disque rayé. Pendant combien de temps allons-nous encore être «préoccupés»? Car les répercussions sont là.

Les institutions de l'Union européenne doivent se montrer à la hauteur de leurs responsabilités et faire bien plus que discuter et se préoccuper. Nous devons défendre les droits fondamentaux, la liberté d'expression et la liberté de la presse, pierres angulaires de nos démocraties. Et c'est maintenant, Madame la Commissaire. Nous avons les outils pour ça.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, vážená paní komisařko, já chci zde podpořit stanovisko těch kolegů, kteří jasně popsali problémy maďarského zákona, který výrazně poškozuje práva sexuálních menšin. Ten zákon jen symbolicky útočí na principy právního státu, ale fakticky, a bylo to tady řečeno, výrazně bude zasahovat do života mladých lidí, kteří hledají svoji sexuální identitu, kteří třeba zjistí, že jsou odlišní oproti většině a místo, aby od společnosti dostali oporu, aby dostali informace, tak se budou bát kriminalizace a postihu. Ten zákon v praxi může způsobit opravdu velké škody a je třeba ho odmítnout.

Já jsem byl z vystoupení ze strany jak Komise, tak i Rady zklamán, protože v rámci takového toho evropského *speaku* jsme zde slyšeli, co všechno bylo uděláno. Ale já si myslím, že bude strašně citlivé a důležité a všichni budou sledovat v Evropě, nakolik tento maďarský zákon se podaří nakonec zrušit, anebo nakolik tento zákon zůstane a budeme svědky toho, jak Evropská komise je slabá a obecně Evropská unie.

A já moc prosím Evropskou komisi i Radu, nepodceňujte tento problém, není to pouze problém Maďarska. Pokud nic neuděláme, anebo uděláme pouze administrativní kroky a ten zákon zůstane platný a účinný, bude to signál pro všechny populisty v Evropě, aby útočili na sexuální menšiny. Uvedu příklad od nás z České republiky. Vy to víte, paní komisařko, český prezident Miloš Zeman řekl, že transgender lidé jsou mu odporní, a to je další příklad toho, jak populisté dneska útočí na sexuální menšiny v Evropě. Prosím, konejte.

Valérie Hayer (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, Viktor Orbán nous dit que sa loi n'est pas homophobe. De qui se moque-t-on ici? De qui se moque-t-on? Bien sûr que cette loi est homophobe. Bien sûr qu'elle va discriminer les personnes LGBTI. Personne n'est dupe. Personne. Votre ultraconservatisme rétrograde – vous ici, le vôtre, à droite de cet hémicycle – porte atteinte aux droits d'Européens qui ne demandent rien d'autre que d'aimer et de vivre librement.

Mais ce n'est pas tout. Non content de briser des espoirs, vous entretenez la fraude et la corruption en Hongrie. Il est donc impératif, Madame la Commissaire, que la Commission n'approuve pas le plan de relance hongrois en l'état. Orbán et ses acolytes ne peuvent pas s'enrichir aux frais du contribuable européen. Alors, Monsieur le Ministre, vous voulez vraiment mettre l'état de droit au cœur de votre présidence slovène? Eh bien, allez-y, faites respecter l'état de droit en Hongrie et en Pologne, faites respecter l'état de droit et gardez-vous de rejoindre ces gouvernements dans leur projet illibéral.

Marcel Kolaja (Verts/ALE). – Mr President, Madam Vice-President, the Hungarian anti-LGBTI law violates European legislation. This law does not protect minors – quite the opposite. This law makes it difficult for teenagers who are struggling with their coming out to receive information. Viktor Orbán makes this part of their lives even more complicated for them, on purpose. This is shameful. I am glad that 18 Member States co-signed a statement condemning the law.

Unfortunately, the signature of the Czech Prime Minister, Andrej Babiš, is missing. Therefore, let me make it clear that many Czech citizens stand behind the Hungarian LGBTI community. Attacks on freedom of expression and other fundamental rights must not be tolerated. Having listened to some of you today, I recall that human rights are universal. We must defend them equally, not to cherry-pick which ones we defend and which ones we don't. Madam Vice-President, I ask the Commission to act.

Magdalena Adamowicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Wspólnota – tak siebie nazywamy. Czas przypomnieć sens tego słowa szczególnie tym, którzy świadomie dążą do rozpadu Unii. Wspólnota jest dobrowolna, a jeżeli nie chcesz w niej być, to jej nie niszcz, tylko wyjdź z niej. Wspólnota jest wtedy, gdy wszyscy jej członkowie starają się przestrzegać unijnych, ustalonych i oczywistych zasad. Nie bądź jak pijany kierowca, któremu wydaje się, że jego zasady na drodze nie obowiązują, bo stwarzasz zagrożenie nie tylko dla siebie, ale i dla wszystkich innych. Wspólnota musi się rozwijać. Nie ma powrotu do czasu, gdy Unia była jedynie strefą wolnego handlu, co postuluje nowy antyunijny sojusz partii nacjonalistycznych. Naprawdę nie chcesz dopłata dla rolników, pomocy dla biedniejszych regionów? Naprawdę chcesz sam radzić sobie z kolejnymi pandemiemi, katastrofą klimatyczną, Putinem i Chinami? Dlatego właśnie zgodziliśmy się na wspólne reguły i na to, że ich przestrzegania pilnują europejskie, czyli nasze wspólne instytucje i sądy. Naszą europejską siłą są prawa człowieka, każdego człowieka, a wielką hańbą są czasy, gdy ich nie przestrzegano. Naszą siłą są zasady i współpraca, bo jej brak to rozpad naszej rodziny. To przecież agenda Putina i zaprzeczenie naszym wspólnym interesom i wartościami. Nazizm i jego skutki nie spadły z nieba, ale tuptały małymi krokami. Pani Komisarz, Rado, czas na działania!

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

7. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Ich komme nun zur ersten heutigen Abstimmungsrunde.

Es wird über die auf der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt. Die Abstimmungsrunde ist von 13.00 Uhr – also von jetzt – bis 14.15 Uhr geöffnet.

Es kommt das gleiche Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie bei den letzten Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentlich, und die Abstimmungsrunde erkläre ich hiermit für eröffnet.

Die Ergebnisse der Abstimmungen werden um 19.00 Uhr bekannt gegeben.

8. Verstöße gegen das EU-Recht und die Rechte von LGBTIQ-Bürgern in Ungarn infolge der im ungarischen Parlament angenommenen Gesetzesänderungen – Ergebnis der Anhörungen vom 22. Juni nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission (2021/2780(RSP) und 2021/2789(RSP)) fort.

Pierre Karleskind (Renew). – Monsieur le Président, je viens d'entendre certains collègues de l'extrême droite allemande et italienne nous dire: «Mêlez-vous de vos affaires.» Ils sont partis déjeuner entre-temps, mais j'ai entendu aussi un collègue hongrois nous dire la même chose. Mais, mes chers collègues, voulez-vous vraiment que l'argent européen des fonds structurels vienne financer des écoles, des centres de formation, des universités, alors même que vous refusez que nous y parlions de sujets comme l'homosexualité ou la question de genre? Vous voulez l'argent européen, mais vous ne voulez pas les valeurs européennes. Mes chers collègues, oui, nous nous mêlons de nos affaires!

Sur ce sujet, puisque le Conseil est en état de mort cérébrale, je m'adresse à la Commission européenne: Madame la Vice-présidente, allez-vous valider des accords de partenariat et des programmes opérationnels pour des régions qui ne veulent pas de personnes LGBT? Pour un pays, la Hongrie, qui refuse de parler d'homosexualité dans les écoles? Allez-vous accepter que les fonds européens aillent financer ces projets? Eh bien, je vais vous le dire: si vous le faites, notre Parlement européen prendra ses responsabilités et ira devant la Cour.

Abir Al-Sahlani (Renew). – Herr talman! Fru kommissionär, minister, kära kollegor! När Polen och Ungern ville komma med i EU förband ni er till vissa värderingar. Ni gick in i EU genom att uppfylla Köpenhamnskriterierna. Det är ingen entrébiljett; det är ett avtal som måste efterlevas, dag efter dag. Ni gick in i Lissabonfördraget med öppna ögon, där redan andra artikeln garanterar de mänskliga rättigheterna för alla våra medborgare i EU. Värderingar om rättsstat, kvinnors autonoma rätt till att bestämma över sin kropp, hbtqi-personers rättigheter som också är mänskliga rättigheter.

Herr minister. Jag måste säga det en gång till framför alla. Svenska skattebetalares pengar ska inte gå till auktoritära regeringar som systematiskt gröper ur rättsstaten, som systematiskt diskriminerar hbtqi-personer, monterar ner mediafriheten och bygger korrupta system. Mitt EU ska inte vara en bankomat för Orbán i Ungern eller Kaczyński i Polen eller någon annan illiberal ledare i EU. Det är dags att visa med handling, fru kommissionär. EU måste göra verklighet av demokratilåset på EU:s budget och strypa pengar till auktoritära stater som inte respekterar sina medborgares mänskliga rättigheter.

Michal Šimečka (Renew). – Mr President, Madam Vice-President, the trouble with authoritarian politics is that without any pushback, it becomes ever and increasingly more brazen, and the EU has learned this lesson the hard way with Viktor Orbán.

The last European Council gave us hope that EU leaders may finally be waking up to this reality, and, of course, it's a reality in which a Member State government scapegoats vulnerable minorities just to cover up its corruption and state capture on an industrial scale. Obviously, this pushback could have come and should have come much earlier.

Even today, there are still Member State governments which are on the fence when it comes to discriminating against EU citizens in just such a systematic way. There are still no actions; nothing is happening beyond words and declarations. This is the moment which will define what the European Union actually stands for: whether it stands for cowardice and hypocrisy, or whether it actually guarantees a life without discrimination for every one of its citizens.

Ivars Ijabs (Renew). – Mr President, there is a tendency in the right-wing populist regimes to exploit the fears, the stereotypes, the insecurities of their citizens for their own short-term goals. These Kremlin-inspired anti-LGBT propaganda laws in several countries are the clearest example here, and it is spreading also during the COVID crisis in many European countries, so we have to act quickly.

However, here in this House, we have to insist on two things. First, we have to show that homophobia and stigmatisation of minority groups has nothing to do with Christian and European values. It is just the opposite: it is unchristian and uneuropean.

Secondly, respect for fundamental rights is an important precondition for the participation of a country in the European Union, whether the current leadership likes it or not. Respect for an individual choice is located at the very DNA of the European project. Therefore, the European Parliament and the Commission must call on the Council to address concrete recommendations to Hungary, as stipulated in Article 7 of the Treaty of the European Union, including a recommendation to repeal the law, and with a clear deadline to implement them, and the start of the rule of law mechanism is important as well.

Karen Melchior (Renew). – Mr President, our democracies are choking. Their oxygen is being withheld. Governments across Europe have their hands on the throats of journalists, judges and civil society. We are seeing the gradual dismantling but steep decline of fundamental rights, and not only in Hungary. Today we discuss a law against LGBTI persons adopted by the Hungarian Parliament, a clear breach of EU values. But also in other countries, politicians have put their hands around the throats of minority groups and are choking them.

Minorities are the canaries in the coal mine of democracy. When they are persecuted, we know our democracy is in danger. The citizens, civil society and human rights defenders of Hungary and Poland are rising up in defence of their democracy. But Commissioner, where is the Commission? Presidency, where are the sanctions from the Council? Talk is cheap. You have the tools to act. We need to see action. The European Union is a community of values, not just a common market. That is why we in the European Parliament demand action in defence of our democracy.

Asger Christensen (Renew). – Hr. formand! Hver dag undertrykkes tusindvis af mennesker i Europa og resten af verden, fordi de har en anden seksualitet, et andet køn eller en anden hudfarve. Vi skal ikke acceptere, at der er nogen lande i EU, der undertrykker minoriteterne. I EU har vi et frit indre marked for handel. Vi skal også sikre friheden til at leve, som man vil. Vores europæiske værdifællesskab er helt central. Vi skal rumme hinandens forskelligheder. Men helt basale menneskerettigheder er under angreb både i Polen og Ungarn. Vi ser i flere lande homofobisk vold. Jeg taler af erfaring. Jeg har en søn, der er homoseksuel. Nogle lande fifler med vores demokratiske principper. Demokratiet er ikke en selvfølge. Det er noget, vi skal vi arbejde for dag og nat. Vi skal kæmpe for lige rettigheder og sige fra over for lande, der ikke lever op til disse fælles værdier, ellers må pengeassen smækkes i.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, as always when we discuss values, this has been a very heavy, difficult and important debate, because this is the – if I may use the word – agenda where we simply cannot make any compromises.

That's why I want to add a few words from the side of the Commission. I said very clearly at the beginning that we fully recognise the need to protect children, and we also have this strengthened protection in our strategy, which we recently adopted. We fully recognise the right of parents to educate their children. This is essential, but we also need to safeguard fundamental rights by not pitting one right against another.

I want to stress one more thing. This was not a discussion targeted against the Hungarian and Polish people. I need to say it. I really feel the need to say this, as a person who comes from Central Europe. This has been a debate which was critical – mainly critical. There were of course voices supporting the governments in Poland and Hungary, but most of the voices I heard were critical of the political course of the current leading political powers in both countries. This is the course of turning against part of the society. This is the course of turning against their own citizens, labelling them, stigmatising them and portraying them as public enemies, as paedophiles even, which is not expressed clearly in the law, but it is raising this image and raising these reactions from the public.

This is confusing me, because it is exactly Putin's playbook. We see this in today's Russia: the stigmatisation of LGBTI people. The experts speak about the sexualisation of the enemy, and Putin does not risk anything. He is just gaining political popularity, because he is targeting the people who are not able to defend themselves. This is the method we are following in European Member States, or in one Member State at this moment. This is very worrying, this is confusing, and I think this is something we have to work against.

I described at the beginning all the tools which are available for the Commission to act against such a law. I also want to react to several Members of the Parliament who spoke about some historical parallels. I am always careful about using these comparisons with the war, but you mentioned the concentration camps several times. The last one was Mr Biedroń here. I'd like you to believe me that I am thinking a lot about these issues, about the situation in Europe and the very dangerous trends which we see, namely, the labelling of people and making them second-class citizens.

Whenever I am in doubt about how to continue, whether we are not too critical, whether we should not leave the Member States to go their way under the flag of sovereignty, I listen again and again to the speech that Marian Turski gave in Auschwitz last year in January. It was the authentic voice of somebody who survived the Holocaust. He didn't speak about the past; he spoke about the present. He repeated several times, 'Do not be indifferent when the minorities are attacked in Europe, because this is the start of something which we saw in the past'. It's our obligation to listen to the voice of Marian Turski and others who are warning us: do not be indifferent and do something. Do not be passive.

But it's not only for the Commission – and many of you were addressing me, 'Do something, act' – but it's for the Council, for the Member States, it's for the civil society to be vocal, and, at the end of the day, of course, it's for the voters in the countries who see that their governments are doing something wrong. So I think the Commission is doing the right thing to introduce measures to protect the elections, which belong to the democratic architecture, but this is another story. I will come back.

Many of you were asking how we shall use the instruments to stop funding to the countries that do not respect the Union's values. I said in this place some time ago that I am convinced that those who does not understand our values might at least understand the money. It was criticised by many, but I still believe it's true, so I fully understand your questions.

First, on what Guy Verhofstadt asked me, I just checked now with the President's Cabinet and with the colleagues responsible for the recovery fund's adoption and assessment, and there is no such news that we would stop it. The process is ongoing. We are, of course, looking into the audit and control systems in the Member States, and I want to recall that the decision on the approval of the individual plans of the Member States is to be taken by the Council by qualified majority. It's not for the Commission. The Commission might of course stop it when we see issues there. I cannot confirm at this moment that has happened, so the German press was not right.

Still staying with the financial instruments, we were of course fighting for the budget conditionality for three years, and many times in this place I thanked the Parliament for its support. When I came up with this idea in 2017, it was like another scandalous idea. How come we would stop the funding?

In the meantime, it gained a lot of support because we simply see that, if we distribute more money with less trust, we will pay a horrible price for such a systemic error. So that's why I can confirm here that the Commission is ready to launch the procedure under the Conditionality Regulation in due time. We are working on that. There is of course the Court of Justice decision pending, but we are working intensively. You can read the guidelines where we make it clear how the proportionality principle should be applied, and so on.

Here again, my comment on the citizens. We should not turn against any citizens from any Member State to punish them for who they voted for. We have to apply the principle of proportionality and be fair, because the principles of fairness and proportionality are in the regulation itself. In the guidelines we are reacting to that; we are making it more specific, describing the procedures, and so on. But again, I confirm on behalf of the Commission that we are ready to use the conditionality in full.

On Article 7, I can confirm what I said at the beginning. We will continue as long as it is needed. It is of course for the Council, but for the Commission, on my side, I do not find this procedure totally useless. I have said many times that it's not an atomic bomb. This nickname is sometimes used for it, but it's neither atomic nor a bomb. This is the process where we discuss with the respective Member States the issues at stake.

The hearing we had last time was useful, and I was thankful to the Portuguese Presidency for having organised this hearing. We can of course continue on the way towards the recommendation, which requires four fifths of the votes. I already discussed this with both upcoming Presidencies, the Slovenian and French Presidencies, and said that I would recommend doing that. It's for the Council. As for the possible sanction, well, we need unanimity. We will of course follow the exact wording of the Treaty, and there unanimity is needed for the final decision. Just to be clear on that.

I don't want to get stuck on arithmetic, but I would like to recall to all of us that the final number of the Member States supporting the declaration against the Hungarian law was, I think, 18. So we should also be aware of the political realities of today. But again, I was discussing with both upcoming Presidencies that we should move.

A last comment. I know I am speaking horribly long – Mr President, give me two minutes. I cannot skip it. I want to send all my support and hopes for Peter de Vries, who was injured. The protection of journalists and the protection of the media belong to the story of protecting the rule of law in the EU. Journalists are not safe in Europe. I am so unhappy to say that. The question is: how many murdered or injured journalists do we need to increase the protection of journalists in the EU?

I have to recall the fact that ensuring the safety of citizens belongs to the competences of the Member States, and the Commission will issue recommendations on how to increase the protection of our journalists, because murdered or injured journalists invoke the question of whether we are becoming the Wild West again. This is absolutely intolerable, and the Member States have to do their job to protect them. When a journalist announces that he is under online threats, it means something, and the police have to react. There must be action taken from the law enforcement side in the Member States. Of course, I don't know the situation of Peter de Vries, whether he was under these threats. I have to go into the case or to read more about that today.

We also want to protect journalists against abusive litigation. I hear the stories of many journalists who tell me, 'We are preparing a case, we are investigating, we have enough evidence against the people in power – be it rich, powerful politicians, I don't know, whoever – and we expect harsh action against us'. That's why I think it also belongs to our debate on the rule of law, that journalists should not be silenced by means of judiciary powers.

So we have a lot of work in the EU. This work will never be finished. We need to work together and find ways to give the message to our citizens that we will be protecting their rights and we will be protecting the EU values. Thank you very much.

(Applause)

Der Präsident. – Frau Vizepräsidentin, Sie sind auf die Aussprache eingegangen. Ich möchte schon aus meiner Sicht sagen, dass diese Aussprache grosso modo, nahezu zur Gänze, von gegenseitigem Respekt und von den in den Verträgen und insbesondere in der Charta der Grundrechte festgelegten Werten und Grundsätzen geprägt war. Und das ist, glaube ich, das Wesen der liberalen europäischen Demokratie.

Wenn wir unser Recht und unsere Werte achten und wenn wir respektvoll miteinander umgehen, dann können wir auch stilvoll unterschiedliche Meinungen austragen – das macht das Europäische Parlament als Bürgerkammer Europas aus.

Ich darf nun zur Beantwortung vor allem der Durchschlagung des Gordischen Knotens Artikel 7, der in den letzten Jahren wegen des Einstimmigkeitsprinzips zur stumpfen Waffe geworden ist, dem Herrn Ratspräsidenten Anže Logar das Wort erteilen. Ich hoffe, dass Sie uns mitteilen können, wie er durchschlagen werden kann.

Anže Logar, *predsedujoči Svetu*. – Spoštovani predsedujoči, spoštovani evropski poslanci, spoštovana komisarka!

Hvala za to intenzivno razpravo v zvezi s temami, ki so zelo pomembne z vidika zagotavljanja skupnih vrednot. Ne v zvezi s členom 7 in glede na izpostavljene kritike glede aktivnosti predsedstva. V zvezi s tem izpostavim, da je bil postopek zoper Poljsko začel 20. decembra 2017 in v tem času so se zvrstili, so se zvrstila, štiri zaslišanja na Svetu za splošne zadeve. In sicer 26. junija, 18. septembra in 11. decembra 2018 ter 22. junija 2021. Vmes pa je bilo sedem predsedstev: Bolgarija, Avstrija, Romunija, Finska, Hrvaška, Nemčija in Portugalska.

V zvezi z Madžarsko, ki se je postopek odprl dobrih devet mesecev kasneje, pa so bila do sedaj tri zaslišanja, in sicer v 2019 dve zaslišaji in 22. junija 2021. Torej v zagovor aktivnosti predsedstva v triu predsedstva, v katerem Slovenija sodeluje, je bilo v prvem delu nemogoče izvajati zaslišanja v okviru Sveta za splošne zadeve in takoj, ko so epidemio-loške razmere to omogočale, je portugalsko predsedstvo opravilo to zaslišanje.

Poslanka Delbos-Corfield je dejala, da pričakuje od slovenskega predsedstva zaslišanje in priporočila kasneje v času francoskega predsedstva. Predsedstvo sicer ne more prejudicirati svojih aktivnosti, ampak če ste podrobno pregledali preliminarne dnevne rede, ki jih je predsedstvo predložilo, je zaslišanje okviru sedmega člena na dnevnem redu slovenskega predsedstva.

Spoštovane poslanke in poslanci, cenjeni gostje, spoštovana komisarka. Predsedstvo pripisuje velik pomen spoštovanju pravne države in varstvu temeljnih pravic. Institucije Evropske unije in države članice so skupaj odgovorne za spoštovanje, varstvo in spodbujanje naših skupnih vrednot.

Naj še enkrat zagotovim in podčrtam, da bo slovensko predsedstvo v zvezi s tem uporabilo orodja, ki so mu na voljo v okviru preventive in odzivanja, da bo spodbujala skupno kulturo pravne države v Evropski uniji. Veselim se tudi sodelovanja z Evropskim parlamentom in Komisijo pri teh ključnih vprašanjih, ki so v središču naših vrednot Evropske unije in tudi v središču zapisanih prednostnih nalog slovenskega predsedstva.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 8. Juli 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Andrea Bocskor (NI), *írásban*. – Kérem olvassa el a törvényt! (az előző §-okat Deutsch Tamás, Kósa Ádám, Járóka Livia, Tóth Edina írásbeli hozzászólásainál találhatja) „2021. évi LXXIX. törvény a pedofil bűnelkövetőkkel szembeni szigorúbb fellépésről, valamint a gyermekek védelme érdekében egyes törvények módosításáról” 5.

A médiaszolgáltatásokról és a tömegkommunikációról szóló 2010. évi CLXXXV. törvény módosítása (1) A médiaszolgáltatásokról és a tömegkommunikációról szóló 2010. évi CLXXXV. törvény (a továbbiakban: Mttv.) 9. § (1) bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép: „(1) A lineáris médiaszolgáltatást nyújtó médiaszolgáltató – a hírműsorszám, a politikai tájékoztató műsorszám, a sportműsorszám, a műsorelőzetes, valamint a politikai reklám, a televíziós vásárlás, a társadalmi célú reklám és a közérdekű közlemény kivételével – valamennyi, általa közzétenni kívánt műsorszámot a közzétételt megelőzően a (2)–(7) bekezdés szerinti kategóriák valamelyikébe sorolja.”

2) Az Mttv. 9. § (6) bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép: „(6) Azt a műsorszámot, amely alkalmas a kiskorúak fizikai, szellemi vagy erkölcsi fejlődésének kedvezőtlen befolyásolására, különösen azáltal, hogy meghatározó eleme az erőszak, a születési nemnek megfelelő önazonosságtól való eltérések, a nem megváltoztatásának, valamint a homoszexualitásnak a népszerűsítése, megjelenítése, illetve a szexualitás közvetlen, természetes vagy öncélú ábrázolása, az V. kategóriába kell sorolni. Az ilyen műsorszám minősítése: tizenhét éven aluliak számára nem ajánlott.”

Olivier Chastel (Renew), *in writing*. – The overwhelming majority of the Council members were outraged by the anti-LGBTIQ law Orbán introduced in Hungary. Rightfully so. Orbán has crossed redlines before but that was a new low. I welcome the response by most heads of state and government but it should not stop here. The Council needs to trigger Article 7 against this Hungarian Government. All legal means should be applied in order to show Orbán that he has gone too far. We are a Union of values whether Orbán likes it or not. He does not want to listen to reason, he therefore must face the consequences.

The Hungarian anti-LGBTIQ law goes against everything the European Union stands for. When you are a member of the EU, you sign up to our values. It is not an 'à la carte' menu. We need to stand up against the deteriorating situation of LGBTIQ-rights in Hungary. We have to take action and hold the Hungarian Government accountable. This is about protecting what is most precious, the freedom of our people.

Tamás Deutsch (NI), *írásban*. – Kérem olvassa el a törvényt! „2021. évi LXXIX. törvény a pedofil bűnelkövetőkkel szembeni szigorúbb fellépésről, valamint a gyermekek védelme érdekében egyes törvények módosításáról” 1. A gyermekek védelméről és gyámügyi igazgatásról szóló 1997. évi XXXI. törvény módosítása 1. § (1) A gyermekek védelméről és gyámügyi igazgatásról szóló 1997. évi XXXI. törvény (továbbiakban: Gyvt.).

„A törvény célja és alapelvei” alcíme a következő 3/A. §-sal egészül ki: „3/A. § A gyermekvédelmi rendszerben az állam védi a gyermekek születési nemének megfelelő önazonosságához való jogát.” (2) Gyvt. a következő 6/A. §-sal egészül ki: „6/A. § E törvényben foglalt célok és gyermeki jogok biztosítása érdekében tilos tizennyolc éven aluliak számára pornográf, valamint olyan tartalmat elérhetővé tenni, amely a szexualitást öncélúan ábrázolja, illetve születési nemnek megfelelő önazonosságtól való eltérést, nem megváltoztatását, valamint a homoszexualitást népszerűsíti, jeleníti meg.”

3. A gazdasági reklámtevékenység alapvető feltételeiről és egyes korlátairól szóló 2008. évi XLVIII. törvény módosítása 3. § A gazdasági reklámtevékenység alapvető feltételeiről és egyes korlátairól szóló 2008. évi XLVIII. törvény 8. §-a a következő (1a) bekezdéssel egészül ki: „(1a) Tilos olyan reklámot tizennyolc éven aluliak számára elérhetővé tenni, amely a szexualitást öncélúan ábrázolja, illetve a születési nemnek megfelelő önazonosságtól való eltérést, a nem megváltoztatását, valamint a homoszexualitást népszerűsíti, jeleníti meg.”

Ibán García Del Blanco (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Isabel García Muñoz (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Livia Járóka (NI), *írásban*. – Kérem olvassa el a 2021. évi LXXIX. törvényt! Az előző §-okat Deutsch Tamás, Bocskor Andrea, Tóth Edina, Kósa Ádám írásbeli hozzászólásainál találhatja. 5.

A médiaszolgáltatásokról és a tömegkommunikációról szóló 2010. évi CLXXXV. törvény módosítása (3) Az Mttv. 32. §-a a következő (4a) bekezdéssel egészül ki: „(4a) Nem minősül közérdekű közleménynek vagy társadalmi célú reklámnak az olyan műsorszám, amely alkalmas a gyermekek megfelelő fizikai, szellemi és erkölcsi fejlődésének a kedvezőtlen befolyásolására, különösen azáltal, hogy meghatározó eleme a szexualitás öncélú ábrázolása, a pornográfia, továbbá a születési nemnek megfelelő öazonosságtól való eltérésnek, a nem megváltoztatásának, valamint a homoszexualitásnak a népszerűsítése, megjelenítése.” (4) Az Mttv. 168/A. § (1) bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép: (1) A Médiatanács az előző év felügyeleti tapasztalatainak figyelembevételével éves felügyeleti tervet készít a tárgyév megelőző év december 1-ig, és azt tizenöt napon belül az internetes honlapján közzéteszi.

A Médiatanács az éves felügyeleti tervének elkészítésekor különös figyelmet fordít a gyermekek és a kiskorúak védelmére vonatkozó előírások betartására. A Médiatanács biztosítja az általa készített felügyeleti tervek összhangját. A tervek az első félév tapasztalatai alapján a félév végén felülvizsgálhatók, és amennyiben szükséges, a Médiatanács azokat módosíthatja. A módosított felügyeleti tervet a Médiatanács a módosítástól számított tizenöt napon belül internetes honlapján közzéteszi.

Fabienne Keller (Renew), *par écrit*. – L'écrasante majorité des chefs d'État européens ont été scandalisés par la loi anti-LGBTIQ introduite par Viktor Orbán en Hongrie. À juste titre. Cette loi va à l'encontre du bien-être des enfants en venant censurer les contenus sur l'homosexualité ou les droits LGBTIQ. Je me félicite de la réaction de la plupart des chefs d'État et de gouvernement, mais cela ne doit pas s'arrêter là. J'appelle le Conseil à déclencher l'article 7 contre ce gouvernement illibéral. Nous ne pouvons rester silencieux face à cette loi anti-LGBTIQ qui va à l'encontre de tout ce que l'Union européenne représente. Or, l'appartenance à l'Union européenne signifie entre autres le respect de valeurs fondamentales communes, que cela plaise ou non au leader hongrois. Il ne s'agit pas d'un menu à la carte. Protégeons ce qui est le plus précieux, la liberté de notre peuple.

Ádám Kósa (NI), *írásban*. – Kérem olvassa el a törvényt! (az előző §-okat Deutsch Tamás, Bocskor Andrea, Járóka Livia, Tóth Edina írásbeli hozzászólásainál találhatja) „2021. évi LXXIX. törvény a pedofil bűnelkövetőkkel szembeni szigorúbb fellépésről, valamint a gyermekek védelme érdekében egyes törvények módosításáról” 6. cím A családok védelméről szóló 2011. évi CCXI. törvény módosítása 10. § (1) A családok védelméről szóló 2011. évi CCXI. törvény (a továbbiakban: Cstv.) 1. § (1) bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„(1) Az állam – önmagukban vett méltóságuk és értékük miatt is – védi a család és a házasság intézményét, különös tekintettel a családi kapcsolat alapját képező szülő-gyermek viszonyra, melyben az anya nő, az apa férfi.” (2) A Cstv. 1. § (2) bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép: „(2) A rendezett családi viszonyok védelme és a gyermekek születési nemének megfelelő öazonossághoz való jogának érvényesülése különös jelentőséggel bír a testi, a szellemi és a lelki egészség megővése érdekében.”

(3) A Csvt. a következő 5/A. §-sal egészül ki: „5/A. § E törvényben foglalt célok és a gyermekek védelme érdekében tilos tizennyolc éven aluliak számára pornográf, valamint olyan tartalmat elérhetővé tenni, amely a szexualitást öncélúan ábrázolja, illetve a születési nemnek megfelelő önzonosságtól való eltérést, a nem megváltoztatását, valamint a homoszexualitást népszerűsíti, jeleníti meg.”

Nathalie Loiseau (Renew), *par écrit*. – À juste titre, l'écrasante majorité des membres du Conseil ont été scandalisés par la loi anti-LGBTQI introduite par Orbán en Hongrie. Orbán a déjà franchi des lignes rouges par le passé, mais là, il est tombé plus bas que jamais. Je me félicite de la réaction de la plupart des chefs d'État et de gouvernement, mais cela ne doit pas s'arrêter là. Le Conseil doit déclencher l'article 7 contre ce gouvernement hongrois. Tous les moyens légaux doivent être mis en œuvre afin de montrer à Orbán qu'il est allé trop loin. Nous sommes une Union de valeurs, que cela plaise ou non à Orbán. Il ne veut pas entendre raison, il doit donc en assumer les conséquences. La loi hongroise anti-LGBTQI va à l'encontre de tout ce que l'Union européenne représente. Lorsque vous êtes membre de l'UE, vous adhérez à nos valeurs. Il ne s'agit pas d'un menu à la carte. Nous devons nous élever contre la détérioration de la situation des droits des LGBTQI en Hongrie. Nous devons agir et demander des comptes au gouvernement hongrois. Il s'agit de protéger ce qui est le plus précieux, la liberté de nos citoyens.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

César Luena (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Pedro Marques (S&D), *por escrito*. – Não quero dispersar o sentido da minha intervenção elaborando sobre se a Hungria nos apresenta um Plano de Recuperação e Resiliência em conformidade com a legislação europeia. E também não quero, nesta ocasião, aprofundar as razões que justificam a necessidade urgente de ser desbloqueada a Diretiva Antidiscriminação, que, estou certo, se aplicaria a este caso, nem sequer a suspeita de que possam estar a ser financiadas na Europa campanhas anti-LGBTIQ.

Mas quero sublinhar que estamos em 2021. E estamos na UE. Quero sublinhar que a tentativa de dismantlar direitos fundamentais num país europeu não é um problema imaginário. E quero também sublinhar, alertar e garantir que não deixaremos de combater os que incentivam e promovem campanhas de desinformação e de fobia LGBTIQ com o intuito de se munirem de ferramentas de censura política. Os direitos humanos não são «direitos imaginários».

Cá estarei, cá estaremos para assegurar que na UE os direitos fundamentais não se negoceiam, não se diminuem. Defendem-se.

Morten Petersen (Renew), *in writing*. – The overwhelming majority of the Council members were outraged by the anti-LGBTIQ law Orbán introduced in Hungary. Rightfully so. Orbán has crossed redlines before but that was a new low. I welcome the response by most heads of state and government but it should not stop here. The Council needs to trigger Article 7 against this Hungarian Government. All legal means should be applied in order to show Orbán that he has gone too far. We are a Union of values whether Orbán likes it or not. He does not want to listen to reason, he therefore must face the consequences.

The Hungarian anti-LGBTIQ law goes against everything the European Union stands for. When you are a member of the EU, you sign up to our values. It is not an 'à la carte' menu. We need to stand up against the deteriorating situation of LGBTIQ-rights in Hungary. We have to take action and hold the Hungarian Government accountable. This is about protecting what is most precious, the freedom of our people.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – El artículo 7 del TUE tiene por objeto garantizar que todos los países de la UE respeten los valores comunes de la Unión, recogidos en el artículo 2 TUE, incluido el Estado de Derecho. El Parlamento Europeo siempre se ha mostrado muy activo en abordar los desafíos relacionados con el Estado de Derecho en la UE, en especial, adoptando resoluciones que iniciaron el citado procedimiento previsto en el artículo 7, apartado 1, del TUE respecto de ambos países.

Desde entonces y, sobre todo, a raíz del deterioro de la situación en cuanto al respeto de los Derechos Fundamentales y el Estado de Derecho en ambos países, el Parlamento no ha cesado en solicitar al Consejo que actúe en virtud del citado procedimiento del artículo 7, apartado 1, del TUE; es una cuestión crucial velar por el respeto de los valores de la Unión Europea y, sobre todo, el respeto al Estado de Derecho.

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die EU-Kommission darin, von der ungarischen Regierung eine Erklärung einzufordern. Wir stehen für ein Europa der Freiheit und der Toleranz. Alle Mitgliedstaaten müssen diese Werte respektieren. In der EU kann es keinen Platz für Diskriminierung und Gesetze geben, die sich gegen die Grundfreiheiten der Menschen richten. Unsere Grundrechte sind nicht verhandelbar. Das neue ungarische Gesetz, das die „Darstellung und Förderung von Homosexualität“ verbietet und Homosexualität in einen Kontext mit Kinderpornografie stellt, diskriminiert Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Und das dürfen wir nicht zulassen.

Edina Tóth (NI), írásban. – Kérem olvassa el a törvényt! (az előző §-okat Deutsch Tamás, Bocskor Andrea, Járóka Livia, Kósa Ádám írásbeli hozzászólásainál találhatja) 2021. évi LXXIX. törvény a pedofil bűnelkövetőkkel szembeni szigorúbb fellépésről, valamint a gyermekek védelme érdekében egyes törvények módosításáról 5. A médiaszolgáltatásokról és a tömegkommunikációról szóló 2010. évi CLXXXV. törvény módosítása (5) Az Mttv. 179. § (2) bekezdése helyébe a következő rendelkezés lép:

„(2) Az (1) bekezdésben foglaltakkal kapcsolatban azonosított problémák, valamint e törvény és az Smtv. érintett rendelkezéseinek megsértése esetén a Médianács köteles kérni azon tagállam hatékony intézkedését, amelynek joghatósága alá az (1) bekezdés szerinti médiaszolgáltató tartozik. Ennek keretében a Médianács kéri, hogy a tagállam intézkedjen a Médianács által megjelölt jogsértések megszüntetése érdekében.”

Dragos Tudorache (Renew), in writing. – The overwhelming majority of the Council members were outraged by the anti-LGBTIQ law Orbán introduced in Hungary. Rightfully so. Orbán has crossed redlines before but that was a new low. I welcome the response by most heads of state and government but it should not stop here. The Council needs to trigger Article 7 against this Hungarian Government. All legal means should be applied in order to show Orbán that he has gone too far. We are a Union of values whether Orbán likes it or not. He does not want to listen to reason, he therefore must face the consequences.

The Hungarian anti-LGBTIQ law goes against everything the European Union stands for. When you are a member of the EU, you sign up to our values. It is not an 'a la carte' menu. We need to stand up against the deteriorating situation of LGBTIQ-rights in Hungary. We have to take action and hold the Hungarian Government accountable. This is about protecting what is most precious, the freedom of our people.

Tom Vandenkendelaere (PPE), schriftelijk. – Hongarijes nieuwe wet druist in tegen alle fundamentele waarden van Europa, waaronder bijvoorbeeld de bescherming van seksuele minderheden. Niemand mag gediscrimineerd worden op basis van seksuele geaardheid. Alle LGBTIQ-mensen moeten in de EU kunnen zijn wie ze zijn, zonder schrik om gemarginaliseerd of zelfs persoonlijk aangevallen te worden, waar dan ook in de EU. De Europese Commissie kan niet alleen meer doen, ze móét dat ook doen. Burgers moeten er immers op kunnen rekenen dat hun rechten gevrijwaard worden door Europa. Daarom is de EU er net. Ik roep de Europese Commissie op om Hongarije voor het gerecht te dagen en de rechten van LGBTIQ-mensen in Hongarije te waarborgen. Maar laat ons tegelijk eerlijk zijn. Hongarije legt helaas in de praktijk rechtspraak maar al te vaak naast zich neer. Het is tijd dat de Europese Commissie haar spierballen laat rollen. Raak Hongarije waar het zonder twijfel het meest pijn doet, in de portemonnee, en bevries Hongarijes aandeel van het Europees herstellfonds ter waarde van €7.2 miljard.

Hilde Vautmans (Renew), in writing. – The overwhelming majority of the Council members were outraged by the anti-LGBTIQ law Orbán introduced in Hungary. Rightfully so. Orbán has crossed redlines before but that was a new low. I welcome the response by most heads of state and government but it should not stop here. The Council needs to trigger Article 7 against this Hungarian Government. All legal means should be applied in order to show Orbán that he has gone too far. We are a Union of values whether Orbán likes it or not. He does not want to listen to reason, he therefore must face the consequences.

The Hungarian anti-LGBTIQ law goes against everything the European Union stands for. When you are a member of the EU, you sign up to our values. It is not an 'a la carte' menu. We need to stand up against the deteriorating situation of LGBTIQ-rights in Hungary. We have to take action and hold the Hungarian Government accountable. This is about protecting what is most precious, the freedom of our people.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Seksuaali- ja sukupuolivähemmistöjen asemaa on parannettava merkittävästi kaikkialla Euroopassa. Tilanteen muuttaminen vaatii muutoksia niin lainsäädännön kuin asenteidenkin tasolla. EU-komission marraskuussa 2020 julkaisema historian ensimmäinen hlbtqi-henkilöiden tasa-arvoa koskeva strategia on hyvä askel oikeaan suuntaan, mutta Unkarin tilanne osoittaa, miten paljon matkaa suvaitsevaisuuteen ja yhdenvertaisuuteen vielä riittää. Unkarissa kesäkuussa hyväksytty laki käytännössä opettaa lapsille syrjintää ja estää seksuaali- ja sukupuolivähemmistöjä edustavia järjestöjä toteuttamasta kasvatustoimintaa ja viestintää maassa. Tällainen vähemmistön oikeuksien rajoittaminen ja ihmisoikeuksien polkeminen on räikeässä ristiriidassa Euroopan unionin perusarvojen kanssa. On päivänselvää, että EU ei voi rahoittaa arvojensa vastaista toimintaa, joihin kuuluvat oleellisesti yhdenvertaisuus, sananvapaus ja vähemmistöjen oikeuksien vaaliminen. Komissio on nyt paljon vartijana, kun se alkaa toteuttaa oikeusvaltiomekanismia, jonka perusteella EU-rahoitusta voidaan evätä unionin perusarvoja rikkovilta jäsenmailta.

Elvytyspaketin varoja ei myöskään pidä siirtää Unkarin hallinnon käyttöön ennen kuin maan oikeusvaltiotilanne on kohentunut ja syrjivä laki on kumottu. Samoin meidän on nyt käynnistyneessä Euroopan tulevaisuuskonferenssissa löydettävä keinot, joilla ihmisoikeuksien ja perusarvojen toteutuminen voidaan nykyistä paremmin varmistaa kaikissa jäsenmaissa.

Stefania Zambelli (ID), *per iscritto*. – Ancora una volta questo Parlamento perde il suo tempo a discutere dello Stato di diritto e della democrazia in alcuni paesi membri, dimenticandosi di come viene applicata la democrazia al suo interno, dove vige un illiberale e antidemocratico cordone sanitario teso a mettere a tacere interi gruppi politici.

Non possiamo accettare lezioni di democrazia da una certa sinistra ideologica che si fa paladina dei diritti umani ma nega la possibilità di partecipazione e espressione a partiti democraticamente eletti dai cittadini. Non possiamo nemmeno tollerare l'ennesima ingerenza di Bruxelles negli affari interni dei paesi membri in una questione che, tra l'altro, non pertiene alle competenze dell'Unione. La legge di cui stiamo discutendo oggi, approvata con larghissima maggioranza dal parlamento di Budapest, non viola in alcun modo i principi e le prerogative dell'Unione europea e mira solamente a difendere i bambini, l'infanzia e le prerogative dei genitori nell'educazione dei minori. Dunque basta con questo imperialismo morale da parte di Bruxelles, basta a questi dibattiti atti solo a screditare parlamenti e governi legittimamente eletti. Se davvero vogliamo parlare di democrazia mettiamola in pratica, per prima cosa, in quest'aula.

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – La risoluzione, che riguarda una legge approvata democraticamente in Ungheria per la tutela dei minori, presenta degli aspetti surreali. La norma ungherese attiene a una materia di competenza nazionale e ha come obiettivo principale la tutela dei minori e la possibilità, in capo ai genitori, di esercitare un'opinione rispetto all'educazione sessuale dei propri figli. Tuttavia, per l'ennesima volta, Bruxelles ha deciso di dare una lettura strumentale della questione, intromettendosi in affari puramente nazionali e minacciando l'uso di ogni possibile contromisura, come il blocco dei fondi europei, per far sì che l'Ungheria torni sui suoi passi. Questo modo di agire, basato sulla coercizione e il ricatto, contravviene ai basilari principi democratici così spesso invocati dalle istituzioni.

Ritengo grave che uno Stato membro sia continuamente sottoposto al controllo su materie di rilievo nazionale per il semplice fatto di non allinearsi all'opinione prevalente a Bruxelles. L'atteggiamento tenuto dalle istituzioni europee si pone in piena contraddizione con il principio di cooperazione su cui è stata fondata l'UE.

Alla luce di quanto finora esposto, considero inaccettabile che l'unico Parlamento in Europa che nega sistematicamente la rappresentanza istituzionale all'opposizione e attacca strumentalmente chi non si conforma ai dogmi imposti dalla attuale maggioranza pretenda di dettare la linea ad alcuni Stati membri in fatto di democrazia.

(Die Sitzung wird um 13.28 Uhr unterbrochen)

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.01)

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The ECR Group has notified the President of Parliament of a decision relating to changes to appointments within a committee. That decision will be set out in the minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

11. Arbeitsprogramm der Kommission für 2022 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the Commission Work Programme 2022 (2021/2781(RSP)).

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, thank you very much, honourable Members of the European Parliament and all of those who are on the speaker list. We know each other very well from our very good cooperation in preparation of the last Commission Work Programme. So it's really a pleasure for me to discuss the preparation for 2022 Commission Work Programme with you today, because close collaboration with the European Parliament is a key aspect of a successful preparation of our annual priorities.

I would like to mention, with your permission today, in particular three elements of it: the structured dialogues between the Commissioners and the parliamentary committees; the close cooperation of our institutions under Article 225 resolutions prepared by many of the committees; and the annual summer report by the Conference of Committee Chairs that provides valuable input to our preparations for the annual work programme.

Honourable Members, the 2021 Commission Work Programme focuses on initiatives to overcome the COVID-19 crisis, kick our recovery into gear and plan the future we want for our Union. It marks a clear shift from strategy to delivery and has a focus on future proof solutions across all policy areas, supported by strategic foresight.

A big share of the announced initiatives have already been put forward, and important deliverables will follow in the course of the year. Major initiatives we will propose still before the summer break, and they include the 2021 annual Rule of Law Report and the big Fit for 55 package.

The letter will contain a number of legislative proposals that will be key to implementing the ambition of the new 2030 climate target to cut, by at least 55%, carbon emissions compared with 1990 levels. After the summer break, in autumn, important initiatives that the Commission will put forward includes the Data Act and policy programme on Europe's digital decade, the sustainable products policy initiative, including a revision of the Ecodesign Directive, together with an initiative on empowering the consumer for the green transition and circular electronics; the new European Health Emergency Preparedness and Response Authority, HERA; an action plan for the social economy, and the legal migration package accompanied by the revision of the Schengen border code.

You are also well aware that further important work beyond the Commission Work Programme initiatives is ongoing. We have, for example, the recovery and resilient strength. The adoption of the national recovery and resilience plan is well underway, allowing the swift implementation that will deliver benefits to the citizens and businesses alike.

I would like to thank the European Parliament for its central role in agreeing on the Next Generation EU and allowing it to get off the ground with unparalleled speed.

Honourable Members focusing beyond this year, we need to bear in mind that the year 2022 marks the mid-term of the current mandate. Our collective focus will need to be on delivering the outstanding legislative commitments set forth in the political guidelines of President von der Leyen.

This will allow sufficient time for co-legislators to find agreement on these files before the end of the mandate. At the same time, we will continue our joint work on the recovery process. Therefore, the next Commission Work Programme should set forth a limited number of new initiatives focusing on delivering on the remaining political commitments under this mandate.

For the 2022 Commission Work Programme, managing the exit from the pandemic and working on a recovery are likely to remain centre stage, and we will make sure that we turn this crisis into an opportunity to achieve a fairer, greener and more digital society.

Honourable Members, the full implementation of the 'one-in, one-out' approach will also begin with the next year's Commission Work Programme. This involves offsetting new burdens resulting from the Commission's legislative proposals by equivalently reducing existing burdens in the same policy area.

This new approach gives particular significance to Annex 2 of the 2022 Commission work programme on REFIT initiatives. In the preparation of next year's Work Programme, we are paying close attention from the early planning stages to whether the envisaged measures are likely to add burdens or not, and for which stakeholders.

Let me also say two words about foresight. Our annual strategic foresight report, set to be adopted in September, focuses on the EU's capacity and freedom to act in an increasingly multipolar and contested global order. As EU institutions, we must ensure that we develop policies that are robust and future-proof. Policy makers and institutions have to be prepared to anticipate changes to proactively shape the future according to the EU's political priorities. This is where foresight comes in.

The Commission recently launched an EU foresight network with 'ministers for the future' from each Member State, and I am very much counting on the active role of the European Parliament too in this exercise. I am looking forward to your views on our priorities for the next year and to continuing our fruitful cooperation in the legislative planning.

Jan Olbrycht, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, first of all, I would like to express my thanks to the Commission and the Council for the work we have done together. We were working on all the instruments like the MFF, like Next Generation EU, like the cohesion policy and the other elements, which will be based on solidarity and dedicated to a more resilient Europe.

As a representative of the EPP, I don't want just to say what we think about the European Commission work programme, but I would just underline some of the elements we think as EPP are the most important. What do we expect? We expect more resilience towards the foreign interference and the attacks against democratic values and our way of life and reinforcement in the fight against corruption and the rule of law. But when we speak about the priorities, the main strategic objectives, there are several we think are most important, but let me just describe it as one main element, which is recovery. Recovery, because for us, there's some elements which are the basis for the recovery. This is recovery and resilience, this is a question of the Green Deal but also digitalisation. All of them are the part of the main strategic goal, which is recovery.

When we speak about economic recovery, we should be concentrating on developing a convincing exit strategy that moves from the more targeted support measures to eventual phasing out and to address the issue of how to deal with the high levels of government debt accumulated during the crisis, and coordination policy removing tax-related obstacles to the single market. When we speak about the Green Deal, we would like to underline the question of the reduction of administrative costs and the regulatory burden and principle in connection with environment policy.

When we speak about digitalisation I think we should be concentrating on the question of education, administration, health and all the related challenges. So please, Commissioner, take also our remarks to show that the programme of the Commission is also dedicated and oriented towards the most important goals for the European Union.

Simona Bonafè, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie vicepresidente Šefčovič per la Sua illustrazione del programma di lavoro della Commissione, che contiene molti spunti utili.

Il programma di lavoro per il 2022 ci accompagnerà nell'anno che dovrà segnare la ripresa in Europa dopo la crisi pandemica ed è particolarmente importante perché i provvedimenti che vogliamo approvare entro la fine della legislatura dovranno essere messi sul tavolo proprio il prossimo anno e non ci sarà più il tempo per lavorarci.

Avremmo voluto, come gruppo dei Socialisti e Democratici, arrivare oggi con una risoluzione comune del Parlamento per indirizzare tutti insieme il programma di lavoro della Commissione, ma purtroppo non abbiamo trovato la disponibilità da parte degli altri gruppi politici.

Abbiamo tuttavia le nostre priorità. Il nostro gruppo ha sostenuto convintamente la Commissione von der Layen nel 2019 chiedendo coraggio e visione per un'Europa più inclusiva socialmente e più sostenibile ambientalmente. E oggi possiamo dire che molte delle nostre richieste sono state prese in considerazione.

Tuttavia oggi rispetto ad allora siamo in una situazione del tutto diversa. La pandemia ha avuto impatti profondi sul nostro stile di vita a livello sociale, economico e culturale. Abbiamo messo in campo uno strumento straordinario come Next Generation EU per far ripartire le nostre economie, ma non possiamo avere come obiettivo quello di tornare al punto di partenza. Dobbiamo cogliere le trasformazioni che erano già in atto nella nostra società e che la pandemia ha accelerato e mettere in campo politiche che sappiano imporre un profondo cambio di marcia al nostro modello economico e sociale.

Per questo chiediamo alla Commissione innanzitutto un provvedimento legislativo di ampio respiro contro la povertà, che preveda obiettivi ambiziosi e vincolanti in linea con il pilastro europeo dei diritti sociali e con la dichiarazione di Porto, se è vero, come è vero, che la pandemia ha acuito le disuguaglianze sociali e ha aumentato il numero di cittadini europei in situazioni di estrema povertà.

Ma sappiamo bene come dimensione sociale ed economica camminino insieme, ecco perché chiediamo un'ampia riforma del nostro sistema di governance economica, che non può prescindere da una capacità fiscale permanente dell'Eurozona e dall'integrazione nel semestre europeo degli obiettivi di sviluppo sostenibile delle Nazioni Unite, del Green Deal e del pilastro sociale.

Non possono più essere solo i parametri economici, non può più essere solo il prodotto interno lordo a misurare il benessere dei cittadini, la qualità dell'aria che respiriamo, l'offerta dei servizi sociali delle nostre città, il tasso di scolarizzazione sono dati che non possono più essere non considerati. Anzi noi crediamo che l'Unione europea dovrebbe proprio porsi oggi all'avanguardia di un processo globale di riscrittura delle regole economiche, che metta al centro la persona e non i numeri.

In ambito ambientale, dopo il pacchetto Fit for climate, ci aspettiamo una legge sulla biodiversità che, analogamente a quanto fatto con la legge sul clima, stabilisca obiettivi chiari e ambiziosi per la difesa della natura. In questi giorni il Parlamento ha ripetutamente affrontato il tema dello Stato di diritto. Il programma della Commissione per il 2022 deve prevedere delle iniziative per giungere a un efficace meccanismo europeo per la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali.

È infine tempo di sbloccare uno stallo ormai preoccupante sui dossier relativi all'immigrazione e alle richieste di asilo, prevedendo anche una proposta per l'immigrazione legale e in particolare per i lavori con retribuzioni medio basse. Se questo sarà il programma di lavoro della Commissione il nostro gruppo continuerà a garantire cooperazione nell'interesse dei cittadini che rappresentiamo.

Malik Azmani, on behalf of the Renew Group. – Mr President, with vaccination campaigns rolling out throughout the European Union, we can look to 2022 with fresh hope. Later this year, we will pass the mid-term point of this election cycle. Soon, we will be closer to the 2024 European Parliamentary elections than the 2019 elections. It is time to take stock because our actions now and the outcome of the Conference on the Future of Europe will shape our legacy ahead of the next elections.

I have a question for the Vice-President – what do we want this legacy to look like?

Renew Europe sees that businesses have been through very rough times. And it is important that we now focus our efforts on our economic recovery. And in this context the recovery fund is the financial injection our economy needs but we need to get it right, by properly implementing the Recovery and Resilience Facility and by carefully scrutinising the recovery and resilience plans of our Member States.

But we also need to be mindful of how we legislate and regulate. We need to keep in mind that businesses are not abstract entities and that behind every company or SME there are people who have built those companies and are responsible for creating our jobs and our economic growth. 'Less, but better regulation' must therefore be our guiding mantra.

To further support our businesses and citizens our focus should be on deepening our single market, especially in the services sector. Renew Europe asks for bold new proposals, also on the digital single market. And whilst supporting a strong market, we cannot lose focus on strengthening our community of values. Respect for rule of law in the European Union faces serious challenges and we seem to be losing the progress we have made and this is unacceptable.

So Renew Europe calls for the annual rule of law report to be developed into a concrete mechanism for democracy, rule of law and fundamental rights. And we need to urgently implement the rule of law conditionality mechanism. But our ambitions do not stop there. Let 2022 become the official kick-off to the green transition, offering the prospect of millions of green jobs.

On migration, where we have made disappointingly little progress, let's finally put our joint weight behind a durable and sustainable migration system. Our citizens need a visible Europe that protects their interests and has the courage to speak with one voice on that world stage. And let's start making bold choices to deliver on the promise of a geopolitical Commission.

Finally, strengthening the EU's resilience, particularly against hybrid threats, and diversifying our energy supply should feature high on our agenda. I will finish with three simple words that are key to ensure we create a legacy that we can be proud of by 2024: implementation, implementation, implementation.

Dear Mr Vice-President Šefčovič, it's time to get down to business.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute unter dem Eindruck eines neuen, schrecklichen Anschlags: Nach Daphne Caruana Galizia und Ján Kuciak ist es heute der investigative Kriminalreporter Peter de Vries in den Niederlanden, der um sein Leben ringt.

Dieser Anschlag ist ein Anschlag auf die Pressefreiheit in ganz Europa. Und was uns dabei besonders beunruhigen muss, ist die Tatsache, dass die mutmaßlichen Täter aus dem Milieu der organisierten Kriminalität keine Hemmungen davor hatten, auf offener Straße in Amsterdam auf Peter de Vries zu schießen. Dieses Sicherheitsgefühl der organisierten und grenzüberschreitenden Kriminalität liegt in der unzureichenden Sicherheitspolitik innerhalb Europas begründet. Es liegt begründet in der unzureichenden Zusammenarbeit der Behörden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität.

Grenzüberschreitende Kriminalität müssen wir endlich grenzüberschreitend bekämpfen. Dazu brauchen wir ein europäisches Kriminalamt, man könnte auch sagen, ein europäisches FBI zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger und der Integrität unseres Binnenmarkts. Die Kommission sollte dazu in ihrem Arbeitsprogramm einen Vorschlag vorlegen.

Auch unsere gemeinsamen Werte müssen wir besser schützen. Die europäischen Werte zu verletzen, hat in immer mehr Mitgliedstaaten System. Wir sehen Beschränkungen der Pressefreiheit, der Justiz, Ausgrenzung von Minderheiten und Regierungen mit engen Verbindungen zur organisierten Kriminalität. Doch statt den europäischen Rechtsstaat entschieden zu verteidigen, statt wirklich Zähne zu zeigen, blockieren und verzögern die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten wirksame Maßnahmen wie die Artikel-7-Verfahren, den Rechtsstaatsmechanismus und die konsequente Verfolgung aller Vertragsverletzungsverfahren im Bereich Rechtsstaat.

Das muss ein Ende haben, und deshalb gehört die Durchsetzung europäischen Rechts, gerade wenn es um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundwerte geht, in das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission. 2022 müssen wir auch Europas Zukunft nach der Pandemie gestalten. Und die Strategie dafür gibt es bereits: den europäischen *Green Deal*.

Gleichzeitig sehen wir, wie weltweit die Wälder brennen. Europa ist auch mit diesem *Green Deal* immer noch nicht auf dem 1,5-Grad-Pfad. Jetzt kommt es daher darauf an, während es in Skandinavien Hitzerekorde gibt, tatsächlich alle Maßnahmen des *Green Deals*, statt sie durch Lobbyisten verwässern zu lassen, konsequent umzusetzen und zu beschließen. Denn jetzt ist die Zeit dafür, dies zu tun. Daher erwarte ich von der Kommission einen *Green Deal* in Reinform im Interesse unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, unserer sozialen Rechte und vor allem unserer Verantwortung für zukünftige Generationen.

Seien Sie mutig! Europa hat jetzt die Chance, Geschichte zu schreiben. Machen Sie etwas daraus!

Philippe Olivier, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, il y a au moins un domaine où l'Union européenne s'ingénie à ne pas mesurer l'impact budgétaire de ses décisions, pour elle-même ou pour les États membres: c'est l'immigration.

Le 23 septembre 2020, la Commission a présenté les contours de son pacte pour l'asile et l'immigration, qui s'appuie sur une logique coercitive à l'égard des nations, avec notamment des relocalisations forcées ou la mise sous surveillance des États membres, ce qui va aboutir à élargir les possibilités d'accès à l'Europe à une immigration planétaire sans limite. Concrètement, ce pacte pour l'immigration va ouvrir la voie à 70 millions de candidats à la migration vers l'Europe, selon l'étude Gallup sur les intentions de migration extra-européenne vers nos pays.

Ce qui est frappant dans la procédure, il est vrai très opaque, d'adoption de ce pacte, c'est, compte tenu des masses en jeu, l'absence totale d'étude d'impact. Accueillir des dizaines de millions de personnes, les assister pour tout, les soigner, les nourrir, les loger, les former: cela va coûter des sommes folles. Pour vous donner un ordre d'idée, pensez, mes chers collègues, qu'en France, l'Association des départements a évalué à 50 000 euros par an et par personne le coût d'un seul mineur migrant isolé, soit pour la France une facture de 2 milliards d'euros, avec une augmentation exponentielle.

Une étude de l'Université d'Amsterdam chiffre pour la seule Hollande le coût de l'immigration à 400 milliards d'euros pour la période 1995-2019 et à 600 milliards d'euros pour les 20 prochaines années, soit 1 000 milliards d'euros en quarante ans. Pour un pays comme la France, cela représenterait plus de 3 000 milliards d'euros. Et encore, je ne prends pas en compte le fait que mon pays subit une immigration plus importante et offre un État providence plus généreux.

C'est pourquoi je vous demande, au nom de la raison et de la démocratie qui vous impose de dire la vérité aux citoyens, d'évaluer l'impact de votre folle politique migratoire, tant pour l'UE que pour les pays membres. Si vous ne voulez pas le faire, c'est que vous êtes favorables à l'immigration quoi qu'il en coûte et que la submersion de nos pays n'est pas pour vous une catastrophe annoncée, mais un projet.

Hermann Tertsch, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, cuando vamos a hablar del programa de trabajo de la Comisión para 2022, nos enteramos de que la Comisión se plantea la desfachatez de suspender el plan de fondos de recuperación para Hungría.

En este pasado año la pandemia ha llevado a muchos Gobiernos a actuar de forma autoritaria, arbitraria y hasta ilegal. Ahí tenemos el Gobierno español, socialcomunista, que se ha saltado realmente todas las reglas y ha estado imponiendo unos estados de alarma perfectamente ilegales, y sigue con su golpe para acabar con la monarquía y con la democracia en España.

Pero, en la Comisión parecen ustedes imitar ahora esto, y vamos hacia las ilegalidades absolutas. En ningún Tratado está escrito que la Comisión Europea o ningún otro país tenga ningún tipo de competencias sobre la educación en Hungría. Y aquí de lo que se trata es, al parecer, de machacar a todos los demás países para que ideológicamente tengan que ir por la misma vía que la mayoría socialdemócrata, izquierdista y globalista. Estamos viendo realmente cosas insólitas.

Ustedes tienen todo el derecho de llevar a sus hijos a donde quieran, pero todos los países tienen su derecho. Y la Resolución que intentan presentar la mayoría de los grupos al Parlamento ahora solo rezuma odio, eso que ustedes atribuyen a otros. Es una Resolución llena de odio, hecha por una persona con antecedentes, con odio y, además, perfectamente incapacitada para hacer ese tipo de texto. Y a esa persona precisamente le han dado ustedes esa Resolución. Es odio, señores.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, dans de nombreux pays européens, l'abstention monte. Beaucoup de citoyens se disent que la politique ne sert à rien, qu'elle ne change plus le quotidien, qu'elle est impuissante face au boulot perdu, aux fins de mois difficiles, aux hôpitaux qui ferment. Et franchement, quand j'entends parfois nos débats au sein de cet hémicycle, j'ai envie de dire aux gens qui doutent que je les comprends, parce que ce sont ces préoccupations concrètes qui devraient seules guider votre agenda politique et celui de la Commission.

Comment éviter que la planète ne brûle littéralement encore davantage, après des records de températures qui frôlent les 50 degrés au Canada? Comment atténuer le dérèglement climatique pour éviter le chaos généralisé annoncé par le GIEC et illustré déjà par la famine climatique de Madagascar? Comment sauver les emplois menacés, comme ceux des 300 salariés de la Fonderie du Poitou qui ont brûlé leur carte électorale pour dénoncer leur abandon? Comment venir en aide aux plus précaires qui n'arrivent plus à joindre les deux bouts quand les milliardaires, eux, ont vu leur fortune augmenter de 30 %? Imaginez seulement: si le SMIC en France avait augmenté à la même vitesse, cela représenterait 370 euros de plus par mois. Comment arrêter l'évasion fiscale de ces ultra-riches comme Bernard Arnault ou de ces grandes multinationales comme LVMH qui pillent les recettes de nos États?

Bref, comment répondre aux deux défis de notre temps: la crise des inégalités et la catastrophe climatique? Et comment s'attaquer aux responsables, au système économique néolibéral qui détruit tout? Un coup de peinture verte sur un paquet climat au rabais ne changera pas la donne. Nous devons nous attaquer aux problèmes structurels de l'Union européenne pour sortir du tout-marché et du tout-profit qui épuisent la planète et les gens.

Une taxation symbolique des multinationales et un mini-plan de relance déjà caduc n'auront aucun impact. Il faut de l'argent frais pour investir dans le service public et enclencher la bifurcation écologique. L'essence même de la politique est d'être au service des demandes des gens. Si vous persistez à les mépriser, ne soyez pas surpris qu'ils ne vous respectent plus. Alors, écoutez l'alerte des citoyens en grève civique. Car une démocratie sans électeurs n'est plus une démocratie.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vicepresidente Šefčovič, il momento storico che stiamo vivendo ci consegna disoccupazione e diseguaglianze, al punto che un cittadino europeo su quattro oggi è povero o è a rischio di esclusione sociale.

È giunto il momento di riscrivere tutti insieme un nuovo modello sociale, di società fondato su equità, opportunità e benessere. Come Movimento 5 Stelle crediamo che il programma della Commissione per il prossimo anno debba avere il coraggio di riprogettare una nuova governance politica, che riveda i vincoli del patto di stabilità e crescita introducendo lo scorporo degli investimenti verdi e sociali.

Anche il semestre europeo dovrà essere riformato stabilendo obiettivi ambientali e sociali al pari di quelli macroeconomici. Questo percorso dovrà essere completato con urgenza prima della disattivazione della clausola di salvaguardia, per evitare un corto circuito istituzionale e finanziario che metterebbe a rischio la tenuta delle nostre stesse democrazie.

Signor vicepresidente, il Next Generation EU è per i cittadini una grande speranza per il futuro e per una nuova Europa basata su unità e solidarietà. Non possiamo deluderli proprio adesso, trasformiamo questo loro auspicio in realtà.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, first and foremost, I would like to thank you for your valuable interventions, for the comprehensive overviews provided by the committees and for the fact that today's exchange has clearly demonstrated there is close alignment on our key priorities.

I very much appreciated the very concrete remarks on solidarity and our common work by Mr Olbrycht because we exactly needed to respond in this way in a form of a beefed-up multiannual financial framework development of the new Next Generation EU instruments, because we need to move from the crisis management, from tackling pandemics, to the economic recovery.

Ms Bonafè was speaking about the need to have more inclusive growth, to be more green, to tackle the poverty, where I think it was very much echoed also by the statement by Ms Rondinelli and Ms Aubry.

And Mr Giegold was highlighting the importance of the Green Deal together with Mr Azmani, highlighting the urgency of the matter. And therefore I agree with Mr Azmani that 2024 is indeed around the corner and I also can subscribe to his suggestion what should be our recipe for success and this is three time implementation and this is, I think, what would be so important to do in the next year.

I also, in a nutshell, would like to reassure you that whether it relates to the response to the socio-economic crisis generated by the pandemic or the role of the twin green and digital transition to build Europe back better, more green, more resilient, more digital, or the swift implementation of the spending programmes of the multiannual financial framework, we share the same objective.

And as I stressed in my introductory remarks, we need to collectively focus on delivering the outstanding legislative commitments set forth in the political guidelines of President von der Leyen, and we know how important our work in the next weeks and months in this respect will be.

Honourable Members, dear colleagues, we are, as I said, still delivering on the current Commission work programme for this year. But the preparations for the 2022 Commission work programme are well under way. And I'm sure that in the meantime we will be in very close contact with you and following the September State of the Union address and accompanying letter of intent we will continue our interinstitutional dialogue on the programme for the next year.

So my colleagues and I are very much looking forward to exchanging further views with you to get your invaluable input and then to work on our priorities in the next year.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Margarida Marques (S&D), por escrito. – A Comissão, na preparação do seu Programa de Trabalho 2022, deve ter em conta as posições expressas pelo Parlamento, em particular nas comissões que se seguem.

Comissão do Comércio Internacional: convidamos a Comissão a progredir nas negociações bilaterais em curso com o Chile, Nova Zelândia, Austrália, Indonésia e outros, garantindo que os Acordos refletem os mais recentes compromissos e ambição da UE; a dar seguimento à Declaração Conjunta da Reunião dos Líderes UE-Índia de maio último. Convidamos a Comissão a elaborar uma nova estratégia global para a região da Ásia-Pacífico. Acolhemos com agrado a nova agenda da UE sobre o reforço das relações comerciais transatlânticas e a moratória para o litígio Airbus/Boeing. Instamos a Comissão a concluir o processo do Mercosul, caso este não fique concluído este ano.

Comissão dos Orçamentos: instamos a Comissão a tomar todas as medidas necessárias para garantir a plena implementação do roteiro vinculativo para introduzir novos recursos próprios no decurso do atual QFP, incluindo um diálogo estruturado regular entre as instituições em linha com o AII. Instamos a Comissão, como Guardiã dos Tratados, a assegurar a aplicação do regulamento de condicionalidade do Estado de Direito.

Comissão dos Assuntos Económicos: aguardamos da Comissão as iniciativas legislativas necessárias para a revisão das regras de governação económica.

12. Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnungen über das digitale COVID-Zertifikat der EU (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the state of play of the implementation of the EU Digital Covid Certificate regulations (2021/2782(RSP)).

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie pour l'occasion qui m'est offerte aujourd'hui de vous présenter l'état d'avancement du certificat numérique COVID. La semaine dernière, le 1^{er} juillet, les règlements mettant en place ce certificat sont entrés en vigueur, ceci moins de quatre mois après que la Commission, sous l'impulsion de sa présidente, a commencé à préparer ses propositions. Nous avons alors souhaité que le système soit opérationnel à temps pour l'été. La Commission avait fait cette promesse alors que nous savions qu'un travail devrait être mené en parallèle, à la fois au niveau politique et au niveau technique.

À l'époque, de nombreuses voix se sont demandé si l'Union européenne pouvait arriver à un tel résultat en aussi peu de temps. Mais grâce à la détermination conjointe de votre Parlement, du Conseil et de la Commission, ainsi que des autorités nationales des États membres, nous avons pu atteindre cet objectif ambitieux en un temps record. Je voudrais encore vous remercier pour votre engagement à faire de ce projet une réalité concrète. Grâce à nos efforts, les citoyens ainsi que d'autres résidents légaux ont désormais accès gratuitement à un certificat interoperable qui fonctionne partout où ils vont en Europe.

While we can be proud of this achievement, the work didn't end with the conclusion of the legislative process. A lot of technical progress also had to be accomplished. I'm glad to underline that as of 1 July all Member States are connected to the system, as well as our partners of the European Economic Area: Iceland, Liechtenstein and Norway. Actually, I have my own certificate on my smartphone and I was able to use it, it was not needed, to come to Strasbourg. I'm sure it is the case of many of you to use the same kind of certificates in different kinds of travels. In fact Member States have already issued more than 200 million EU certificates, a truly impressive number. Some Member States have indicated that they are not yet issuing all three types of certificates, but this is a limited and temporary phenomenon which is part of the phasing-in period.

The Commission is working closely with the Member States to support a smooth rollout. Commission experts are organising frequent meetings with experts from the Member States to resolve technical implementation issues, if any, and we continue to work on further improvements and simplifications to the system, in particular regarding the verification of certificates. We have also issued guidance to the Member States on the use of the certificates by airlines.

We are also willing to work with interested partners around the world that wish to connect their COVID-19 certificates to the EU system, where they are based on the same core principles of security and data protection. For this purpose, we have made our standards and software publicly available. The recognition of certificates issued by third countries will be subject to equivalence decisions.

The first third country being connected will be Switzerland given the agreement on free movement of persons concluded between the EU and this country. The Commission will adopt very soon an implementing decision connecting Switzerland to the EU system. After, we were able to confirm that Switzerland fulfils the technical conditions and provided formal assurance that it will accept EU certificates.

As you know, after the agreement on the Digital Covid Certificate Regulation, the Commission also proposed to update the Council recommendation on travel within the European Union. We sought to reinforce the coordinated EU approach to give practical effect to the important principles agreed in the new regulation and to enable citizens to make best use of their certificate. Following the adoption of this updated recommendation, I'm happy to report that most Member States are indeed exempting fully vaccinated or recovered persons from test and quarantine requirements. Other Member States are in the process of adapting their rules as a result of the entry into application of the EU certificate. In addition, the indication of a negative test result in the EU certificate typically exempts its holder from quarantine requirements unless he or she travels from a high-risk area.

Of course, we acknowledge that there are still differences in the approaches among Member States. Some of these differences are fully within the logic of our recommendation. For instance, Member States accept vaccines not centrally approved by the EU, such as vaccines on the WHO emergency list. One could of course push for an even more harmonised approach, but then we would also have to require some Member States to adopt stricter measures than what they have in place now.

I can assure you that the Commission continues to advocate for a coordinated approach and for a gradual and safe lifting of restrictions. At the end of June, together with Commissioners Kyriakides and Breton, we sent a letter to all Member States in which we underlined the importance of a consistent and timely implementation of the EU certificate and of the Council recommendations, and we continue to reach out bilaterally where we see further room for improvement.

At the same time, it cannot be excluded that some Member States will reimpose restrictions in cases where the epidemiological situation in another Member State worsens quickly, in particular as a result of a variant of concern. As you know, Member States have this possibility under the EU Certificate Regulation and a revised recommendation on intra-EU travel which provides for an emergency brake. For instance, Germany activated this mechanism recently. It had informed the Commission that it considered Portugal as a virus-variant area. Let me underline that as of today, Germany no longer applies this risk categorisation to Portugal.

In general it is important that any triggering of the emergency brake is communicated to the Commission and other Member States as soon as possible. Member States should also follow the approach agreed in the recommendation, taking strict measures like quarantine but avoiding travel bans. But we now have a framework for such exceptional measures.

As far as monitoring is concerned, the Commission is using different channels. Both the regulation and the recommendation require Member States to inform the Commission of certain measures that they take. More generally, our services gather information on the reopened EU platform and Member States are providing us with information on a weekly basis. Obviously, there are many different variables involved, such as constant changes in the epidemiological situation or the emergence of variants of concern, and these pose challenges, but the Commission is fully committed to continuing its efforts.

The EU Certificate Regulation also underlines the importance of universal, timely and affordable access to vaccines and testing. To further support the availability of affordable tests, the Commission committed, in its statement accompanying the agreement on the certificate, to mobilise EUR 100 million under the emergency support instrument for the purchase of tests that qualify for the EU certificate. On 7 June the Commission asked Member States to express interest for this additional financial support. Twenty-four Member States have responded positively and the Commission has invited them to apply for the funding. The grants will take the form of lump-sum contributions. The overall amount will be determined on the basis of the number of tests that the Member State commits to provide to its citizens during the implementation period. The maximum amount that can be received by a Member State will be calculated on a pro rata basis. For the moment, the Commission does not plan to make additional funding available on top of the EUR 100 million already committed. But as vaccination rates continue to increase, we will hopefully need fewer and fewer tests as we move forward.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, le certificat COVID numérique est en fait la preuve que l'Union peut agir rapidement et fournir des solutions concrètes aux citoyens. Ce certificat est un outil qui permettra aux Européens de voyager plus librement cet été et par la suite, en toute sécurité et en toute confiance. Cela nous aidera également à relancer l'économie européenne, et pas uniquement dans le secteur du tourisme. Je tiens à nouveau à vous remercier pour votre soutien dans l'élaboration des réglementations. Ce soutien a été primordial dans ce dossier et je me réjouis bien entendu d'entendre vos remarques et vos observations à ce sujet dans un instant.

Jeroen Lenaers, on behalf of the PPE Group. – Mr President, it's not often as a Member of the European Parliament that you can very concretely and personally scrutinise the fruits of our labour. But with this COVID certificate, we actually can because I got my second vaccination last Monday, I already did a test on Monday in order to travel to Strasbourg, and on Tuesday morning both were very nicely uploaded to the app on my phone.

So I am happy to be able to confirm myself personally that it actually works, which is very good news. And just like Commissioner already said, let's not forget that the proposal was only launched four months ago, less than four months ago. And today more than 200 million certificates have been issued by the Member States, 200 million small steps towards a return to normality, towards regaining our freedom of movement. This is a great result. And it also shows that Europe is delivering on its promise.

However, it's also not all good news. And I'm disappointed that quite a few Member States decided to use the option of phasing in the scheme for six weeks, and that also in some countries, not all three certificates are actually available to be issued. I think that all Europeans should have the right to receive their certificate and I really call on those Member States to make sure that those Europeans will have the same rights as soon as possible.

In this Parliament, we have strongly insisted on coordination and on the importance of clear, comprehensive and timely information to citizens. And we welcome the work that has been done there. But it's not enough. We still hear many stories from our citizens, from travellers, that they're not sure what exactly is expected of them. And these questions are mainly not about technicalities but they are about the patchwork of national rules that is still present today. And we need to get rid of this patchwork if we want to allow our citizens to cross borders in a predictable way.

And, of course, the Delta variant is there. And yes, Member States have the opportunity to impose restrictions because to or in order to protect their national health. But let us do that in a non-discriminatory and in a proportionate way, and unfortunately, that is not what we're seeing today.

So our call on the Member States – please cooperate, please coordinate, please make sure the rules are predictable and easy to understand for our citizens, and don't do it for us but do it specifically for those citizens.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor Reynders, durante los años en que vengo sirviendo a la ciudadanía europea en este Parlamento Europeo como legislador en materia de derechos fundamentales, justicia e interior, no había vivido nunca un procedimiento legislativo como el que hizo posible el certificado COVID digital de la Unión Europea. Y, desde luego, no había visto tampoco que, apenas una semana después de que entrara en vigor por el procedimiento de urgencia —lo conseguimos— el certificado COVID digital de la Unión Europea, estemos debatiendo nada menos que el estado de ejecución de ese mandato contenido en un Reglamento que es ley europea vinculante para todos los Estados miembros.

Y hemos detectado en esta semana que lleva en vigor problemas que eran predecibles.

En primer lugar, que esa etapa transitoria de adaptación de las infraestructuras críticas y tecnológicas necesarias para asegurar la emisión y recepción del certificado con características homogéneas en toda la Unión Europea ha arrojado un paisaje de prácticas diferenciadas que deben ser monitorizadas y corregidas cuanto antes por la Comisión para que todos los Estados miembros ofrezcan las mismas garantías. Porque de eso se trataba: de establecer seguridad jurídica donde había inseguridad. La idea era relanzar Schengen, la libre circulación, la confianza entre los Estados miembros de la Unión Europea y la confianza de la ciudadanía en que podía de nuevo volver a intentar viajar en un espacio de libre circulación sin fronteras interiores.

Pero un segundo problema era también predecible. Y es que se ha producido, en la ciudadanía, un estado de inquietud con respecto al alcance incompleto de la vacunación, que tiene que ser la opción preferente de la libre circulación. Es cierto que se contempla también la opción de haber superado la enfermedad y la de una prueba negativa, pero para las familias que viajan con menores que aún no han sido vacunados el problema continúa estando ahí. Los hay que viajan con un certificado por vacunación, pero los menores tienen que seguir sometidos a pruebas, y esas pruebas no son gratuitas. Era un segundo objetivo.

Y el tercero tiene que ser que cuanto antes la ciudadanía sepa que este Reglamento es una ley, pero no estaba diseñada para durar siempre. Duración: un año. Ojalá que la inmunidad de grupo permita a la Unión Europea no solamente dejar atrás la pandemia y el certificado sino lanzarse a esa operación de gran solidaridad global, aprendiendo la lección de que no estaremos todos seguros hasta que no estemos seguros todas y todos a escala global.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, Commissioner, I think for a debate like the debates today it's a pity that the Council isn't there, because actually I think, the Commission has delivered, Parliament has delivered: the take-up of 200 million certificates! I hadn't heard it before, but that's an amazing proof that we did the right thing, and that people are desperate to regain their freedom of movement. And that's exactly what we all very consensually – with exceptional consensus – agreed in this House.

The problem is, and it has been raised by the previous speakers, that the Member States a few weeks later adopted a common approach. And we said, this is great: now people will really be able to travel. But the ink hadn't dried on the common approach, and the Member States went their own way again.

And now again, we are dealing with a kind of spaghetti of national rules, and people are clueless. And there are many people coming to all of us asking, how does it work? What do I need? What about my children? Can I be vaccinated once, twice? What kind of test? How many hours in advance do I have to quarantine? And it's simply impossible to tell them.

Now I don't think anybody in this House – or most reasonable people, probably, are against restrictions: we see the Delta variant going around. So of course measures need to be taken, but they should be taken on a harmonised European basis, not a national basis. I mean, I really don't think it's reasonable to say that there are 27 different scientific notions which are all equivalent on the virus. We need a European approach, citizens need clarity.

And I think I would also like to hear a little bit more from the Commission, first of all about, indeed, the phasing-in: how far are the Member States? Because I hear there are Member States which are still not even connected to the system, which have delays. And I'd also like to hear a little bit more about the occurrence of fraud, because we got some reports of certificates which have been obtained on the basis of false vaccination at the station. So maybe you can say a little bit more about that.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, summer holidays are knocking at our door and many EU citizens long to travel again. So in the coming weeks the ambition of a common COVID-19 certificate will be put to the test. Will the certificate be easily accessible? Will there be discrimination? And will the Member States apply the same rules? This does not seem to be the reality for now. We hear about additional restrictions and hassle at borders, restrictions that completely undermine the whole point of a single EU-wide certificate facilitating free travel. And not only do Member States make up their own rules, but there's a huge lack of clear information. Citizens are totally confused and uncertain.

So I urge the Commission to closely monitor and immediately intervene if Member States act against the regulation, because time is of the essence here, and to report back to Parliament. But, Commissioner, you also made a strong commitment yourself, namely to ensure financial support with a fund to promote affordable testing and to make more funding available if necessary. But when Parliament asked you to do so, you simply answered 'No'. We see that mainly young people, who are not yet vaccinated, are facing the threshold of expensive tests. Their access to testing will not only facilitate free travel, but also protect others against the virus. So I urge the Commission to spend more money on free travel for all. Parliament wants you to do so for the sake of harmonisation, free travel, non-discrimination and for the protection of everyone's health. I wish you a relaxing, free and healthy summer holiday.

Annalisa Tardino, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo sia troppo presto per tracciare un bilancio sull'effettiva utilizzazione del certificato Covid digitale, ma come avevamo immaginato lo strumento si sta rivelando essenziale per la ripartenza del turismo.

Dopo mesi di sacrifici e chiusure gli aeroporti finalmente non sono più vuoti e i cittadini europei hanno ripreso a prenotare le loro vacanze e possono farlo con la sicurezza e la semplicità che il certificato Covid digitale voleva loro garantire. I dati delle prenotazioni sono incoraggianti e l'immagine che abbiamo davanti è quella di una stagione positiva. In tutta Europa registriamo prenotazioni alberghiere all'80 % dei livelli del 2019 pre-pandemia.

Ma dobbiamo migliorarci ancora. I cittadini lamentano, infatti, di incontrare alcune difficoltà nell'utilizzo dell'applicazione e nello scaricare il certificato e quindi chiediamo alla Commissione europea di assistere gli Stati membri per facilitare le procedure di rilascio.

Così come diverse sono le segnalazioni sulle difficoltà e i ritardi per ottenere i certificati di guarigione. Abbiamo detto sì a questo strumento, a condizione che non determinasse un obbligo vaccinale per i cittadini europei, perciò eliminiamo tutti gli ostacoli ad un'alternativa fruizione reale del certificato, senza scordarci della gratuità dei test. In sede di negoziato, come Lega, abbiamo puntato molto su questa misura e ci aspettiamo che gli Stati la rendano effettiva. Alcuni lo stanno già facendo annunciando di voler offrire test gratuiti per i turisti che visiteranno il paese durante questa estate. Cosa aspettiamo ad invitare tutti gli Stati membri a farlo? Agevoleremmo così realmente i nostri cittadini nei viaggi senza un sovraccarico di costi per chi, in piena libertà e come proprio diritto, abbia anche scelto di non vaccinarsi.

L'Europa dei diritti di cui parliamo è anche questa. La stagione estiva è appena iniziata e dobbiamo fare in modo che sia davvero una stagione della ripartenza e del sorriso.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Cyfryzacja jest odpowiedzią na wiele problemów, także na wyzwania związane z COVID-19. Unijne zaświadczenie daje nadzieję, że wielu Europejczyków będzie mogło w tym roku bezpiecznie wyjechać na wakacje za granicę, a przedsiębiorstwa działające w branży turystycznej będą mogły działać i odtwarzać zlikwidowane miejsca pracy. Niestety pierwsze dni obowiązywania tego systemu przyniosły chaos i kolejki na wielu lotniskach. Wciąż istnieją różnice w interpretacji przepisów, które powodują opóźnienia i niepotrzebne nerwy pasażerów. Mam nadzieję, że Komisja aktywnie włączy się w proces wspierania państw członkowskich we wdrażaniu tego narzędzia i w usuwaniu problemów.

Musimy także zrobić wszystko, co możliwe, aby system ten działał sprawnie także w odniesieniu do obywateli państw trzecich, którzy chcą przyjechać do Europy. Wielu z nich nie wie, czy wystawione poza Unią zaświadczenia o szczepieniu będą uznawane przez nasze służby sanitarne, czy nie.

Jestem dumny, że Polska była jednym z państw członkowskich, które jako jedno z pierwszych zaczęły wydawać i uznawać unijne zaświadczenia cyfrowe o szczepieniu czy przebytej chorobie. To kolejny przykład na ogromny postęp, jaki dokonał się w obszarze cyfryzacji w administracji publicznej w moim kraju w ostatnich latach.

Cornelia Ernst, *im Namen der The Left-Fraktion*. – Herr Präsident! 200 Millionen Zertifikate wurden bislang ausgestellt. Das zeigt, dass die Regelung von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird und doch eine gute Idee ist – für die wir uns gestritten haben, die Haare gerauft haben, die Nächte um die Ohren gehauen haben. All das haben wir gemacht, und das ist auch unser Job, so muss das sein.

Warum aber, frage ich mich jetzt, soll ich, wenn ich nach Griechenland fahre, außerdem ein *Passenger-locator*-Formular ausfüllen, wo ich angeben muss, wo ich genau bin und wie lange. Und mir wird angedroht, sofern ich noch nicht vollständig geimpft bin, zusätzlich getestet zu werden, möglicherweise sogar schon nach der Ankunft. Das Ausfüllen verpflichtender Formulare gilt auch für Spanien. *Spain Travel Health* heißt das dort wunderschön. In Italien oder in Frankreich braucht man noch eine ehrenwörtliche Erklärung. Anderswo wird mit dem Zertifikat gemacht, wozu man gerade Lust hat.

Ein wahres Labyrinth an zusätzlichen nationalen Bestimmungen – und jetzt sage ich mal als Kennerin der deutschen Kleinstaaterie: je nach Fürstentum und Grafschaft mit eigenem Signum auf Schwert und Schild. So erweisen sich die Mitgliedstaaten sogar bei einem für sie selbst richtig guten Zweck als Gralshüter zahlreicher sinnentleerter Regelungen. Hauptsache, es sind die eigenen.

Europäische Politik ist aber nicht die Summe nationalstaatlicher Egotrips, was das Grundrecht auf Freizügigkeit deutlich unterstreicht. Die Schönheit der nationalen Karte ist in einem Flickenteppich eben relativ und verwirrt die Bürgerinnen und Bürger. Wir sollten Schluss machen damit, und ein bisschen mehr europäisch ist doch an dieser Stelle nicht wirklich zu viel verlangt. Machen wir es einfach.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie ist leider noch nicht vorbei, und deswegen müssen wir jetzt dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich sich so schnell wie möglich impfen lassen. Der Impfstoff ist jetzt vorhanden. Wir haben in einigen Tagen als EU die Vereinigten Staaten von Amerika beim Impfen überholt.

Aber jetzt geht es darum, Skeptiker zu überzeugen. Und da gibt es viele, die sagen: Aber wenn ich geimpft bin, bin ich ja trotzdem nicht hundertprozentig geschützt. Das ist richtig. Es gibt keine 100 Prozent in der Medizin. Aber eine bekannte Virologin hat einmal gesagt: Wenn es in der Hundehütte bellt, dann ist es meist der Hund und nicht das Zebra. Das heißt, wir sollten kommunizieren: Die Impfung schützt, und sie schützt auch andere. Und deswegen ist es auch medizinisch gerechtfertigt, Menschen, die geimpft sind, anders zu behandeln und ihnen ihre Freiheiten zurückzugeben.

Wir müssen aber da, wo wenig geimpft wurde, noch genauer hinschauen. Ich bin sehr besorgt über das, was in Bulgarien passiert. Ich höre, dass der Übergangsgesundheitsminister bei seiner Impfkampagne nicht sehr überzeugend ist, und gleichzeitig werden russische Touristen in großer Zahl ins Land gelassen. Das ist eine offene Flanke, auch für Europa.

Auf der anderen Seite: Wenn Menschen doppelt geimpft sind – und das habe ich auch kritisch meiner eigenen Regierung in Deutschland gesagt –, dann ist es nicht verhältnismäßig, sie 14 Tage in Quarantäne zu stecken, wenn sie aus Portugal kommen, und das hilft auch nicht, Menschen zu überzeugen. Deswegen bin ich sehr froh, dass dieser Missstand behoben ist.

Wir sollten medizinisch gerechtfertigt handeln: Einschränkung nur, wenn das gerechtfertigt ist, und nicht willkürlich.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Seit letzter Woche gelten die digitalen COVID-Zertifikate, um die Reisefreiheit in der Pandemie zu erleichtern. Das ist zunächst ein gutes Zeichen. Doch trotz Zertifikaten, trotz neuer Ratsempfehlungen für einheitlichere Reiseregeln bahnt sich im Umgang mit den Virusvarianten ein neuer Flickenteppich an Einschränkungen an. Menschen aus der gleichen Region müssen in Mitgliedstaat A in Quarantäne, in Mitgliedstaat B gibt es keinerlei Beschränkungen.

Dieses unkoordinierte und intransparente Vorgehen führt zu Verunsicherung und zur Verärgerung unserer Bürgerinnen und Bürger. Es beeinträchtigt die Akzeptanz und einfache Verwendung der Zertifikate, und es schwächt das Vertrauen in europäische Entscheidungen. Deshalb an den Rat: Was tun Sie konkret, damit überall einheitlichere Regeln gelten? Neben gemeinsamen verbindlichen Kriterien würden auch kostenlose Tests den Start der Zertifikate erleichtern, gerade für diejenigen, die sich noch nicht impfen lassen konnten oder wollten.

100 Millionen Euro stehen für Schnelltests zur Verfügung, die Kommission hatte weitere Mittel in Aussicht gestellt. Das ist aber wohl nicht mehr Teil der Pläne von Kommissar Reynders, trotz Berichten, dass gerade ärmere Bevölkerungsgruppen noch nicht sehr gut geimpft sind. Deshalb auch an die Kommission eine Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Erleichterung der Reisefreiheit nicht zu einer reinen Frage des Geldes wird?

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señor presidente, comisario Reynders, desde el pasado jueves 1 de julio los ciudadanos de la Unión Europea podemos acceder a una herramienta que refuerza nuestra Unión y que consolida muchos meses de trabajo, precisamente para restablecer la movilidad en Europa; una herramienta que nace en esta Cámara; una herramienta que se llama «certificado COVID».

Sin embargo, a pesar de su puesta en marcha, continuamos sufriendo a día de hoy restricciones que complican la vida y el movimiento de nuestros ciudadanos, especialmente ahora, en verano. Hace unas semanas que Europa volvió a abrir sus puertas de nuevo al mercado estadounidense. Pero no ocurre lo mismo en el lado contrario.

Los viajes desde Europa a los Estados Unidos están siendo bloqueados por la administración estadounidense desde hace aproximadamente quince meses. Yo le pido, comisario Reynders, que siga presionando para que nuestros esfuerzos diplomáticos supongan también un reconocimiento mutuo de ambos certificados; porque los Estados Unidos son tan aliados de Europa como Europa lo es de los Estados Unidos. Y no hay justificación para que estemos en esta situación de semejante desventaja, sobre todo teniendo en cuenta nuestros esfuerzos. Por ello, debemos ejercer una mayor presión política en ese sentido.

Por eso mismo, comisario Reynders, con todo nuestro grupo a su disposición, le animo a seguir trabajando, precisamente en ese sentido de colaboración mutua entre los Estados Unidos y Europa en aras de ese certificado conjunto que nos permita operar.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Mr President, Commissioner, on 1 July the EU Digital COVID Certificate became a reality, and as I had already announced in this plenary, I think everybody should be happy about that. Such a coordinated initiative at EU level is great, because it should replace the patchwork of actions that every country was taking.

However, we need to ensure that as many citizens as possible get access to the certificate, particularly also those – for different reasons – who cannot be vaccinated. To guarantee access to the certificate, we need to increase the testing capacity in each country by making the tests free for all. I therefore ask the European Commission to mobilise additional funding, as this Parliament had already asked before the approval of the certificate.

More and free testing means that more people would be able to safely move around. We need this not just for tourists or tourism, but also to re-launch our economy, help citizens to get their lives back. Every citizen has the right to do so, and we need to make sure no one is left behind.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Man ist ja hier in diesem Saal einiges an Betrug und Selbstbetrug gewöhnt, aber die Diskussion und die Einschätzung durch den Kommissar in dieser Sache sind wirklich ungewöhnlich.

Tatsächlich muss man sagen: Die COVID-Strategie und die Impfstrategie des Europäischen Parlaments sind komplett gescheitert. Wir haben es ja schon gehört: Es gibt heute nicht nur Reisebeschränkungen, es gibt auch wieder *passenger locator forms*, es gibt Ehrenerklärungen und so weiter. Es gibt einen Flickenteppich quer durch Europa. Von einer einheitlichen Strategie oder Rechtsanwendung kann keine Rede sein, und Sie stellen sich hin und halten das für einen großen Erfolg. Na, bitte.

Aber nicht nur die COVID-Zertifikat-Strategie ist gescheitert, auch die Impfstrategie. Das israelische Gesundheitsministerium hat gerade festgestellt, dass selbst beim Impfstoff Biontech-Pfizer die Wirksamkeit gegenüber der Delta-Variante um über 30 % zurückgegangen ist. Wie wird das erst bei Epsilon, Kappa, Lambda oder My aussehen? Von Omega ganz zu schweigen! Das Einzige, wofür der Alarmismus der EU hier gesorgt hat, ist also ein einziges Bereicherungsprogramm für die Pharmaindustrie. Die Bürger haben von den ganzen EU-Aktivitäten leider relativ wenig gehabt. Sie haben neben den Zahlungen an die Pharmaindustrie vor allem mit der Einschränkung ihrer Grundrechte und der Reisefreiheit leben müssen und müssen auch weiterhin so leben.

Die COVID-Strategie der EU ist also von Anfang an ein Fehler gewesen, und nun ist sie angesichts der vielen Varianten des Virus auch komplett gescheitert. Viele Milliarden Euro wurden verballert und kein Impfschutz erreicht.

Beata Mazurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Dobrze się stało, że certyfikaty COVID-19 funkcjonują we wszystkich krajach Wspólnoty. Dobrze, że wobec posiadaczy świadectw państwa członkowskie powstrzymują się od nakładania dodatkowych ograniczeń i zakazu swobodnego przemieszczania się, chyba że są one konieczne i proporcjonalne do ochrony zdrowia publicznego w odpowiedzi na pandemię wirusa COVID-19. Sprawnie działający system cyfrowych certyfikatów pomaga w przywracaniu swobód obywatelskich i wspiera miejsca pracy np. w sektorze podróży i turystyki.

Niestety coraz częściej słyszy się o nielegalnych procedurach związanych z podrobieniem cyfrowych zaświadczeń. Dlatego jak najszybciej należy stworzyć narzędzie, które skutecznie uniemożliwi podrobienie certyfikatów, bo chętnych do ich nielegalnego zdobycia jest zbyt dużo. I pytanie zatem, Panie Komisarzu: co Pan zamierza z tym zrobić? I jeszcze jedno ważne pytanie dla Europejczyków: kiedy i czy zamierza Pan podjąć działania, aby testy były bezpłatne, o czym wielokrotnie była tutaj mowa. Wobec nowych mutacji wirusa powinniśmy promować szczepienia i zachęcać ludzi do nich, tak by największa ich liczba mogła cieszyć się zdrowiem, dla bezpieczeństwa nas wszystkich.

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire Reynders, il aura fallu trois mois et 15 jours exactement à l'Union européenne pour lancer le certificat européen COVID-19 et pour que nous recouvrions notre liberté de circuler entre États membres. Seulement trois mois et demi pour que notre pass sanitaire européen entre en application. Trois mois et demi durant lesquels le Parlement et les États membres ont travaillé de concert pour trouver un accord sur les modalités de mise en œuvre de ce certificat. Trois mois et demi qui ont permis à l'Union européenne de mettre au point un portail numérique interconnecté avec les systèmes nationaux, grâce auquel chaque État membre peut vérifier l'authenticité d'un certificat de vaccination, d'un test PCR négatif ou d'un certificat de rétablissement délivré par tout autre pays européen.

Je souhaite tout particulièrement ici féliciter notre rapporteur, Jeroen Lenaers, pour son travail exemplaire. Depuis son entrée en vigueur le 1^{er} juillet, ce sont déjà 250 millions de citoyens qui ont téléchargé ce certificat, soit plus d'un citoyen européen sur deux. L'Union européenne a été ici d'une efficacité redoutable pour permettre à chacun de nous de pouvoir voyager cet été et relancer ainsi le secteur du tourisme – 50 % du tourisme mondial, faut-il le rappeler, se faisant dans les pays européens. Alors oui, ce pass sanitaire européen est une véritable réussite.

Il est maintenant de la responsabilité de chacun des États membres d'adapter sa stratégie vaccinale pour vacciner davantage et pour que la reprise des contaminations, encore relativement localisée et due à l'apparition des nouveaux variants, ne se généralise.

Heléne Fritzton (S&D). – Herr talman! Kommissionär. I måndags reste jag till Strasbourg med mitt nya covidintyg. Det blev möjligt efter ett snabbt förfarande i parlamentet för att värna den fria rörligheten i Europa.

Nu underlättar vi för EU-medborgare att resa säkrare – för att jobba, träffa släkt, familj, vänner eller för att semestra. Det brådskande arbetet för att få intygen på plats var viktigt och det är glädjande att miljoner människor nu fått tillgång till sina intyg. Men jag ser samtidigt med viss oro på de siffror som rör acceptans och vilja att vaccinera sig. En undersökning som gjordes i EU i maj visar att en av fem medborgare inte avser att vaccinera sig alls i år.

Covidintyget är ett viktigt bevis på att man har vaccinerats, testats negativt eller tillfrisknat. Men det är också viktigt att vi säkerställer att alla medborgare får full tillgång till pålitlig och korrekt information om varför det är bra och viktigt att vaccinera sig. Vaccinationerna är ju av största vikt och vi säger det alltid: Ingen är säker förrän alla är säkra. Jag vill därför fråga kommissionen: Vilka initiativ kommer kommissionen att ta för att se till att alla EU-medborgare får korrekt information om varför det är viktigt att vaccinera sig?

Frédérique Ries (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, le certificat européen est opérationnel depuis jeudi dernier. En soi – et vous avez dit à quel point – c'est déjà une victoire, un succès presque inespéré. Mais vous l'avez rappelé aussi: il appartient maintenant aux États membres de jouer le jeu. Et quand je dis jouer le jeu, on entend bien entendu jouer collectif. Beaucoup de questions ont été abordées déjà, auxquelles je m'associe.

Ce dont je voulais vous parler cet après-midi, c'est de la reconnaissance des certificats des pays tiers. On apprend, et vous l'avez confirmé aussi, que le certificat suisse sera homologué vendredi ou lundi. Qu'en est-il de tous les autres? Le Royaume-Uni, le Japon, Israël, tous ces États tiers avec lesquels nous entretenons des liens qui sont forts. Quid de ce principe de reconnaissance mutuelle qui nous est cher et de la fin des barrières à la libre circulation? Ces deux semaines obligatoires hors de l'espace Schengen, ces tests sérologiques qui restent très lourds... L'Union a rouvert ses frontières aux États-Unis il y a trois semaines. La réciprocité n'est toujours pas vraie et ça ne concerne pas que les touristes: ça concerne les familles, les conjoints, les enfants, les petits-enfants qui, pour certains, n'ont pas vu leurs proches depuis 17 mois. Où en êtes-vous de vos contacts avec l'administration de Joe Biden? Quand est-ce que cela va bouger?

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident! Das COVID-Zertifikat weist digital nach, ob sein Inhaber geimpft ist, negativ getestet wurde oder von COVID-19 genesen ist. Die Kommission behauptet, das Zertifikat sichere die Personenfreizügigkeit in der EU. Kompatibilität mit Systemen von Nicht-EU-Ländern erleichtere zudem Reisen ins weitere Ausland. EU-rechtlich ist das Zertifikat keine Vorbedingung für die Einreise in andere Mitgliedstaaten. So diskriminiere es nach Sicht der Kommission auch nicht gegenüber Nichtgeimpften. So weit, so gut.

Doch steht Mitgliedstaaten frei, die Einreise nur Zertifikatsinhabern zu gestatten. So könnten Geimpfte ungehindert einreisen, Nichtgeimpfte müssten sich hingegen bei jedem Grenzübertritt immer wieder testen lassen. Im Ergebnis bedeutet dies eine Diskriminierung gegenüber Nichtgeimpften: Geimpfte reisen frei, Nichtgeimpfte reisen nur mit Test. Wer also künftig seine Grundrechte ohne Einschränkung ausüben will oder viel reisen muss, kommt um Impfung kaum herum.

Impfung war einmal gedacht als Schutz vor Krankheit. Heute wird sie in der EU zum Schutz gegen Entrechtung.

Anna Zalewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Myślę, że optymizm pana komisarza gaśnie z każdym naszym wystąpieniem. Mamy oto półtora roku od wybuchu pandemii. Słabo się szczepimy, jesteśmy zagrożeni kolejną falą epidemii. Nie mamy lekarstwa, żeby leczyć naszych obywateli. Przypominam jednocześnie chaos przy wprowadzaniu szczepionek do poszczególnych krajów członkowskich.

Paszport covidowy miał być wartością dodaną, a dalej dzieli, dalej jest niesprawiedliwy i dalej wyklucza, dlatego że mamy za darmo szczepionkę, nie mamy darmowego testu, darmowej wizyty u lekarza i badania, które będzie potwierdzać, że jesteście ozdrowieńcami.

Jednocześnie proszę powiedzieć, w jaki sposób obywatele i właściciele pensjonatów we Włoszech, w Grecji, w Polsce, na Węgrzech weryfikują te aplikacje? W jaki sposób jest to monitorowane? Jak zapobiec dużemu czarnemu rynkowi, który już jest przy aplikowaniu tego zielonego certyfikatu?

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, αξίζει ένα μπράβο στην Ευρώπη γι' αυτό που καταφέρατε. Μόλις τρεις μήνες μετά την πρόταση για τη δημιουργία ενός ψηφιακού πιστοποιητικού COVID καταφέραμε να έχουμε ένα ασφαλές σύστημα πιστοποίησης για όλα τα κράτη μέλη χωρίς διακρίσεις. Το θεμελιώδες δικαίωμα ελεύθερης μετακίνησης επανακτήθηκε για τους Ευρωπαίους πολίτες. Ελέγχεται καλύτερα η νόσος και οι πολίτες άρχισαν να ταξιδεύουν. Ιδιαίτερη ανησυχία ωστόσο προκαλεί σε όλους μας η αύξηση των κρουσμάτων πανευρωπαϊκά. Είναι απολύτως απαραίτητο να επιτευχθούν το συντομότερο οι στόχοι του εμβολιασμού σε όλα τα κράτη μέλη. Αυτό μπορεί να επιτευχθεί μόνο εάν καταπολεμήσουμε την παραπληροφόρηση τόσο για τον εμβολιασμό όσο και για τον ιό. Το πιστοποιητικό θα πρέπει να στηριχθεί από όλους μας για την περίοδο της πανδημίας. Τα κράτη μέλη θα πρέπει να συντονιστούν καλύτερα και να βελτιωθεί η λειτουργία του πιστοποιητικού, ώστε να αποκατασταθεί πλήρως το δικαίωμα της ελεύθερης μετακίνησης. Δεν έχουμε την πολυτέλεια να χάσουμε άλλο χρόνο.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! EU:s digitala covidintyg har redan spelat en viktig roll för att fler ska kunna få träffa sina nära och kära efter en svår tid av pandemi.

Det är nu dags att medlemsstaterna integrerar testning i covidintyget, och det är också dags att lätta på restriktionerna när det nu kan göras smittsäkert. Det är också dags för kommissionen att se till att den miljard kronor som avsatts för fri testning ska gå till de mest behövande. Det handlar nu om löntagare som behöver korsa landsgränser och om alla de som inte haft råd att träffa nära anhöriga under lång tid, eftersom det är så dyrt att testa sig. Ingen ska diskrimineras av dyra tester. Det är såklart en central prioritering för oss socialdemokrater.

Jag vill avsluta med att fråga kommissionen hur förutsättningarna ser ut när det gäller att inkludera antikroppar i covidintyget. Hur går det och när kan vi förvänta oss ett sådant förslag?

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, the fact that 200 million European citizens have downloaded the Digital COVID Certificate shows the importance of this concept that was conceived in this particular House and is now implemented by the Commission. But we have to ensure now that Member States embrace the concept, that they use the concept of uniformity, of bestowing rights on all European citizens. I would be very concerned if Member States started to use the COVID Digital Certificate to confer rights and entitlement on some citizens and not on others.

So from my point of view, I really want to insist that Member States – and I include my own government in that – need to ensure that everybody has access to services, be they ones that are vaccinated, tested, or in recovery. So from that perspective, I sincerely hope that the Digital COVID Certificate is not used to discriminate between citizens.

Equally and finally, I want to ask Member States, and particularly my own country, to embrace the concept of rapid antigen testing to ensure that we can open up our societies and our economies and ensure that we can return to normality in a safe way. I commend the COVID certificate and I encourage everybody to download it and Member States to implement it.

Simona Baldassarre (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, già 26 paesi hanno adottato il certificato Covid-19 e più di duecento milioni di cittadini europei possono riprendere a viaggiare in tranquillità.

Dopo i disastrosi ritardi iniziali, le campagne vaccinali hanno preso ritmo, con turismo e commercio che tornano a respirare. Preoccupa però che, mentre in Inghilterra ci si prepara ad ospitare un evento come la finale del campionato europeo, la Germania abbia reintrodotta controlli e limitazioni, impedendo l'ingresso ad alcuni viaggiatori per poi fare un passo indietro solo ieri.

Questi cambiamenti repentini non sono un segnale rassicurante. Le decisioni prese per il timore della variante Delta rischiano di minare la fiducia di tutti coloro che hanno scelto l'Europa come destinazione per le vacanze a scapito di milioni di imprenditori e lavoratori.

Cosa sta facendo la Commissione per evitare che gli sforzi fatti e i negoziati di questi mesi non siano vanificati? Certo l'attenzione deve restare alta, ma l'aumento delle persone vaccinate e l'arrivo del caldo riducono la contagiosità della variante Delta, che comunque presenta sintomi nettamente più lievi.

Colleghi, i cittadini hanno bisogno di certezze e il certificato Covid deve rappresentare uno spartiacque per ripartire in sicurezza. Non torniamo indietro. Le previsioni mostrano un incremento negli spostamenti turistici rispetto al 2020, specie nei paesi del Mediterraneo. Non perdiamo un'altra stagione estiva.

Contro le nuove varianti occorrono vaccini, test, sequenziamento, tracciamento e non ulteriori limitazioni della libertà. Abbiamo a disposizione le armi necessarie per sconfiggere definitivamente il virus, usiamole.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi také několik poznámek. Já sám osobně považuji digitální certifikáty EU COVID za úspěšný projekt. Když se podíváme na rozdíly názorů jednotlivých členských států na počátku vyjednávání tohoto nástroje a na konečný výsledek, tak si myslím, že jsme dosáhli maxima možného. Já bych také byl rád, kdyby ta integrace byla ještě intenzivnější u tohoto nástroje. Ale jako politický realista jsem si vědom, že to asi nebylo možné dosáhnout.

Takže první věc, říkám, je to úspěch, ale současně je třeba udělat vše pro to, aby se tento instrument nezprofanoval v očích našich občanů, aby opravdu naplnil to, co do toho vkládáme. A je na Komisi, aby opravdu kontrolovala aplikaci certifikátu, to, jak k němu přistupují jednotlivé členské státy a jak v praxi bude fungovat. Vnímám z některých členských států i ze své země, z České republiky, debatu o tom, zda k tomu případně ještě nepřidat jiné věci, jiné aplikace. A před tím varuji, toto všechno může zbrzdit a případně ohrozit tento projekt jako takový. Já jsem ten, kdo velmi horuje za zvýšené očkování, a s obavami sleduji, že v poslední době klesá zájem v Evropě nechat se očkovat. A proto při debatě jestli testovat, nebo očkovat osobně preferuji více očkování a tímto směrem by Komise měla napřít svoji pozornost. Než vést debatu o tom, zda testy budou zdarma, spíše vést debatu o tom, jak ještě více očkovat do budoucna, jakou udělat kampaň, abychom přesvědčili další Evropany o tom, že lepší je být očkovan než být pouze krátkodobě testován.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Projekt cyfrowego zaświadczenia COVID może się w pełni powieść jedynie w sytuacji, gdy rzeczywiście wszyscy będziemy się szczepić. Wiem, że to brzmi jak oczywista oczywistość, ale chyba często się o tym zapomina. A poziom wyszczepienia w Unii jest stanowczo zbyt niski. Dezinformacja i ruchy antyszczepionkowe dodatkowo pogarszają sprawę. Na nas, na osobach publicznych, spoczywa duży obowiązek przekonywania i zachęcania do szczepień. A są niestety tacy, którzy unikają igły, aby przypodobać się wyborcom. Nie możemy także zapominać o osobach, które chciałyby się zaszczepić, a po prostu nie mogą, tak jak moja mama, która leży obecnie w ciężkim stanie w szpitalu. Dla niej wirus byłby śmiertelny. Pomyślmy o innych. Nie bądźmy egoistami. Pomyślmy o seniorach i chorych na inne choroby. Pomyślmy w końcu o branżach, które przez nasze fobie dalej nie są w stanie stanąć na nogi.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, in poche settimane il certificato Covid-19 dell'Unione europea è stato scaricato da 250 milioni di cittadini. Un successo per l'Europa e anche per il nostro Parlamento che con tenacia ha vinto le incomprensibili resistenze degli Stati membri, ma non possiamo fermarci.

L'applicazione del certificato ha messo in luce alcuni elementi critici che soprattutto hanno a che fare con le implementazioni nazionali. Per questo chiediamo alla Commissione un più forte indirizzo che chiarisca i diritti di chi ha fatto una sola dose di vaccino o ha avuto una vaccinazione eterologa o ancora per il riconoscimento di una vaccinazione effettuata all'estero.

Abbiamo implementato in pochi mesi un documento che garantisce ai cittadini europei nuovamente la libertà di movimento riconosciuta nei trattati. Gli scienziati ci dicono che ancora per un po' di tempo dovremo convivere con il virus, con le sue varianti o forse con nuove malattie.

Chiediamo quindi alla Commissione di lavorare con rapidità per adattare, strada facendo, le caratteristiche e gli usi del certificato. La sospensione della libertà di movimento in Europa anche in presenza ed evoluzione del virus deve rimanere solo un lontano ricordo.

Dita Charanzová (Renew). – Pane předsedající, digitální certifikát EU COVID má už 200 milionů Evropanů. Máme ho v mobilu a je to skvělá věc! Já jsem od začátku společně s naší politickou frakcí apelovala na to, abychom měli jednoduché řešení, které nám otevře Evropu, jízdenku po Evropě bez dalších omezení. Jaká je ale praxe? Slovensko nejdříve ohlásilo zavření hraničních přechodů, aby to obratem vzalo zpátky. Neočkované příchozí pošle ale do karantény i s digitálním certifikátem EU COVID. Chorvatsko mění podmínky pro vstup v řádu hodin. Zmatky narůstají. Jestli to tak půjde dál, k cestám po Evropě budeme potřebovat navigaci skrz razítka a nařízení. Můj apel dnes tedy míří k členským státům: Prosím, nepřekvapujme se! Snažte se o maximální svobodu pohybu po Evropě. To byl přeci od začátku náš cíl a je to to, co jsme taky slíbili našim občanům.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Domnule președinte, doamna comisar Kyriakides, domnule Reynders, vreau să vă imaginați că sunteți un om în vârstă într-un sat din România sau de aici, din Franța. Chiar azi vorbește presa de un om ajuns la ATI, nevaccinat, care a spus plângând: „nu am știut de vaccin, nimeni nu mi-a spus.”

La fel, certificatul verde este un lucru bun și l-am obținut cu greu. Nu toate țările l-au implementat la timp, nu toți cetățenii l-au primit. Mulți spun și aici: „nu am știut”. Europa a adoptat un act, dar asta nu înseamnă că poate pleca în vacanță. Trebuie să rămânem aici pentru oameni, pentru că riscăm să ne întoarcem de unde am plecat, acum că tulpina Delta este deja aici.

Cu 50 % din europeni vaccinați, suntem în situație de risc, cu 25 % din români vaccinați, suntem cu un picior în prăpastie. Vaccinarea e singura noastră cheie de boltă. Ori facem iarna car și vara sanie, ori vom fi veșnic nepregătiți. Eu vreau să fim alături de oameni pe tot acest drum. Pandemia nu s-a încheiat în Europa, nici ajutorul nostru nu are voie să se încheie.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie tout d'abord pour vos interventions pour rappeler la manière dont on a pu déployer le certificat COVID numérique et, d'une certaine façon, pour célébrer ce déploiement. Mais comme vous l'avez rappelé, il est clair que le travail pour assurer le bon fonctionnement du système va continuer.

And I want to say some words on different questions raised during the debate. First of all, about the phasing-in to implement a certificate. All the Member States are connected to the gateway. So that's the first element, a positive one.

The Commission has received a couple of notifications from Member States, which mostly concern small delays, or delays concerning specific types of certificate. Seven Member States have informed us that the issuance of their certificate is not yet fully ready.

Slovakia will start issuing test certificates based on rapid antigen tests as of 9 July. Finland will start issuing test and recovery certificates as of 14 July. Malta will start issuing test and recovery certificates as of also 14 July like in Finland. Denmark will start issuing EU Digital COVID certificates to persons without a Danish registration number and in a non-digital format from 12 August at the latest. Spain will make use of the phasing-in period until EU certificates can be issued throughout its territory.

Sweden is not issuing test and recovery certificates as of 1 July and will inform us when it will be ready. Ireland is not issuing an EU certificate as of 1 July, they will also inform us, but the authorities are working with 19 July as the date where the issuance of the certificate should start.

About the possible frauds: we are aware about reports of fraud. We take this issue very seriously. You know that Europol has been following the issue of pandemic-related fraud since the beginning and is monitoring the developments closely. It is important to distinguish between the security of the EU certificate itself and the falsification of vaccination certificates that are used to generate secure EU digital certificates.

The EU certificate is secure. It contains a QR code with security features that cannot be falsified and pass a verification check. This is why the Commission has set up a system that allows the verification of the authenticity of QR codes across the Union.

It is very important that Member States take appropriate measures to ensure that points where certificates are generated are well protected. It is also important that vaccination proof is properly checked before a secure EU Digital COVID Certificate is generated. The falsification of documents is illegal and punishable under our national laws. I will continue to work on it in close collaboration with the Member States.

À propos des demandes concernant les familles, je voudrais quand même rappeler que nous avons, dans la recommandation révisée et adoptée par le Conseil, prévu d'exempter de test les enfants en dessous de 12 ans, ce qui permet aux familles de voyager beaucoup plus facilement quand les parents sont vaccinés. Des tests ne sont requis qu'au-delà de 12 ans.

Bien entendu, nous allons continuer à regarder avec les États membres comment rendre de plus en plus abordables les tests. J'ai précisé que les 100 millions que nous avons déjà dégagés sont pour l'instant distribués aux 24 États membres qui ont fait la demande de participer au système. Il y a aussi des démarches entreprises, évidemment, dans les États membres, pour faciliter l'accès aux tests.

Je voudrais insister sur le fait que nous allons surtout continuer à promouvoir les campagnes de vaccination. Plusieurs d'entre vous ont rappelé qu'il y avait encore des retards dans certaines campagnes de vaccination. Il y a un effort majeur à faire en la matière.

Nous avons bien entendu à continuer la coordination avec les États membres. Il est tout à fait logique qu'il y ait des inquiétudes concernant le développement de certains variants. Ce que nous voulons, c'est tenter de coordonner l'approche aussi à propos de ces variants. C'est pourquoi la réglementation prévoit d'ailleurs que les États membres qui veulent prendre de nouvelles mesures de restriction doivent informer la Commission et les autres États membres. Et nous voulons évidemment éviter toute mesure disproportionnée ou toute mesure discriminante – et notamment, je l'ai rappelé, nous tentons d'éviter les interdictions de voyage, comme nous avons dû tenter de les éviter au début de cette année en intervenant auprès d'un certain nombre d'États membres.

Je voudrais, Madame la Présidente, rendre attentif aussi votre Parlement au fait que la coordination vaut pour les États membres, mais aussi pour toutes les institutions. Vous le savez – enfin, certains d'entre vous le savent, notamment à LIBE –, nous avons vendredi un trilogue important. J'ai été surpris de recevoir une demande de passer un test antigénique rapide avant de rejoindre le Parlement européen à Bruxelles, alors que je dispose d'un certificat de vaccination complète. Je pense que la coordination doit avoir lieu à tous les étages. Je pensais que l'on pouvait se rendre partout avec le certificat, comme vous le demandez, en ce compris peut-être dans les locaux du Parlement européen. Donc, il y a encore du travail pour tous, je crois, en la matière.

I want also to say some words about the third countries, and of course we are open to work with our partners around the world. We have received a number of requests from different countries. This includes, for instance, Albania, Bosnia and Herzegovina, Israel, Japan, South Korea, Kosovo, Montenegro, North Macedonia, Serbia, Taiwan, Turkey, Jordan, the United Arab Emirates, Mongolia, Thailand, Kazakhstan. We have more concrete discussions already with Andorra, Australia, Canada, Malaysia, Moldova, Monaco, Morocco, New Zealand, San Marino, Singapore, Ukraine, the UK, the US and the Vatican.

Of course, about the US, we are continuing our exchange with the US administration. It was possible to discuss already during the visit of President Biden. We have continuing bilateral contacts with the Secretary for Homeland Security and we will continue to see if it's possible to have a real positive reaction.

As the Council agreed in its latest revision of the Council recommendation on travel to the European Union, reciprocity should be taken into account on a case-by-case basis, where Member States decide to lift restrictions for travellers in possession of valid proof of a COVID-19 certificate. But also we try to see if it's possible to have a positive evolution in a very short bit of time with different partners everywhere again in the world.

Je voudrais simplement, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, confirmer que le certificat doit nous aider à faciliter de manière concrète la libre circulation pendant la pandémie. Mais je voudrais aussi rappeler, comme vous le savez tous, que nous attendons bien entendu avec impatience le moment où nous reviendrons à une libre circulation sans restriction. Ce sera le cas dès que la situation sanitaire le permettra. Et sur une note évidemment plus personnelle, j'espère qu'au cours de l'été qui commence, le certificat vous permettra de voyager en Europe et, vu le travail accompli ces derniers mois, de profiter de vacances bien méritées.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ*místopředsedkyně*

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – El 1 de julio entró en vigor el Reglamento relativo al Certificado Digital COVID de la Unión Europea con el objetivo de contribuir a restaurar la libertad de movimiento dentro de la UE, un derecho seriamente restringido tras la declaración de la pandemia. A partir de esta fecha, los Estados miembros deberían estar preparados para emitir y verificar el documento físico o electrónico que acredita qué personas están vacunadas, se han realizado algún test o han superado la enfermedad.

El Reglamento establece, no obstante, un periodo de seis semanas a fin de que los Estados miembros puedan prepararse para emitir los certificados a los que hace referencia la Regulación. Veintiuno de ellos, así como Noruega, Islandia y Liechtenstein, ya habían comenzado a emitir certificados antes del 1 de julio, y cinco más comenzaron a hacerlo a partir de esa fecha. Sin embargo, según datos de la Comisión Europea del 1 de julio, quedan todavía seis Estados miembros sin la preparación necesaria para su implementación (Hungria, Irlanda, Malta, Países Bajos, Rumanía y Suecia), circunstancia que obligará a redoblar esfuerzos en este sentido.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), por escrito. – El 1 de julio entró en vigor el Reglamento relativo al Certificado Digital COVID de la Unión Europea con el objetivo de contribuir a restaurar la libertad de movimiento dentro de la UE, un derecho seriamente restringido tras la declaración de la pandemia. A partir de esta fecha, los Estados miembros deberían estar preparados para emitir y verificar el documento físico o electrónico que acredita qué personas están vacunadas, se han realizado algún test o han superado la enfermedad.

El Reglamento establece, no obstante, un periodo de seis semanas a fin de que los Estados miembros puedan prepararse para emitir los certificados a los que hace referencia la Regulación. Veintiuno de ellos, así como Noruega, Islandia y Liechtenstein, ya habían comenzado a emitir certificados antes del 1 de julio, y cinco más comenzaron a hacerlo a partir de esa fecha. Sin embargo, según datos de la Comisión Europea del 1 de julio, quedan todavía seis Estados miembros sin la preparación necesaria para su implementación (Hungria, Irlanda, Malta, Países Bajos, Rumanía y Suecia), circunstancia que obligará a redoblar esfuerzos en este sentido.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), por escrito. – El 1 de julio entró en vigor el Reglamento relativo al Certificado Digital COVID de la Unión Europea con el objetivo de contribuir a restaurar la libertad de movimiento dentro de la UE, un derecho seriamente restringido tras la declaración de la pandemia. A partir de esta fecha, los Estados miembros deberían estar preparados para emitir y verificar el documento físico o electrónico que acredita qué personas están vacunadas, se han realizado algún test o han superado la enfermedad.

El Reglamento establece, no obstante, un periodo de seis semanas a fin de que los Estados miembros puedan prepararse para emitir los certificados a los que hace referencia la Regulación. Veintiuno de ellos, así como Noruega, Islandia y Liechtenstein, ya habían comenzado a emitir certificados antes del 1 de julio, y cinco más comenzaron a hacerlo a partir de esa fecha. Sin embargo, según datos de la Comisión Europea del 1 de julio, quedan todavía seis Estados miembros sin la preparación necesaria para su implementación (Hungria, Irlanda, Malta, Países Bajos, Rumanía y Suecia), circunstancia que obligará a redoblar esfuerzos en este sentido.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – El 1 de julio entró en vigor el Reglamento relativo al Certificado Digital COVID de la Unión Europea con el objetivo de contribuir a restaurar la libertad de movimiento dentro de la UE, un derecho seriamente restringido tras la declaración de la pandemia. A partir de esta fecha, los Estados miembros deberían estar preparados para emitir y verificar el documento físico o electrónico que acredita qué personas están vacunadas, se han realizado algún test o han superado la enfermedad.

El Reglamento establece, no obstante, un periodo de seis semanas a fin de que los Estados miembros puedan prepararse para emitir los certificados a los que hace referencia la Regulación. Veintiuno de ellos, así como Noruega, Islandia y Liechtenstein, ya habían comenzado a emitir certificados antes del 1 de julio, y cinco más comenzaron a hacerlo a partir de esa fecha. Sin embargo, según datos de la Comisión Europea del 1 de julio, quedan todavía seis Estados miembros sin la preparación necesaria para su implementación (Hungria, Irlanda, Malta, Países Bajos, Rumanía y Suecia), circunstancia que obligará a redoblar esfuerzos en este sentido.

Joanna Kopcińska (ECR), *na piśmie*. – Na sesji planarnej w Strasburgu w dniach 5–9 lipca br. podczas debaty o aktualnej sytuacji w zakresie wdrażania przepisów dotyczących unijnego cyfrowego zaświadczenia COVID Komisja Europejska wyraziła pełne zadowolenie z niezwykle szybkiego procesu uzgodnienia rozporządzenia, podkreślając, że rozporządzenie weszło w życie 1 lipca 2021 r., a sam certyfikat będzie ważny we wszystkich państwach członkowskich UE i ma pomóc w skoordynowanym znoszeniu istniejących ograniczeń z związku z pandemią. Obecnie jest zbyt wcześnie, aby dokonać ogólnej oceny działania unijnego certyfikatu COVID i dopiero okres najbliższych tygodni/miesięcy będzie realnym miernikiem podjętych działań. Niemniej jednak przed przygotowaniem wstępnej oceny warto zapytać, czy Komisja posiada lub przygotowuje odpowiedni katalog wskaźników lub kryteriów, które zamierza wziąć pod uwagę odnośnie do oceny wpływu wprowadzania certyfikatu, na której to podstawie będzie możliwa wczesna ocena ex post wprowadzonych działań? W jaki sposób Komisja zamierza konsultować się z państwami członkowskimi odnośnie do ewentualnie wspomnianego metodologicznego zestawu wskaźników kryterium oceny, które mogą być uwzględnione w przygotowaniach ogólnej oceny certyfikatu? W jaki sposób Komisja ma zamiar uwzględnić głos państw członkowskich w metodologicznym opracowaniu kryterium oceny zaświadczenia COVID oraz czy proces technologii łączenia i bramy sieciowej również będzie podlegał ocenie?

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – El 1 de julio entró en vigor el Reglamento relativo al Certificado Digital COVID de la Unión Europea con el objetivo de contribuir a restaurar la libertad de movimiento dentro de la UE, un derecho seriamente restringido tras la declaración de la pandemia. A partir de esta fecha, los Estados miembros deberían estar preparados para emitir y verificar el documento físico o electrónico que acredita qué personas están vacunadas, se han realizado algún test o han superado la enfermedad.

El Reglamento establece, no obstante, un periodo de seis semanas a fin de que los Estados miembros puedan prepararse para emitir los certificados a los que hace referencia la Regulación. Veintiuno de ellos, así como Noruega, Islandia y Liechtenstein, ya habían comenzado a emitir certificados antes del 1 de julio, y cinco más comenzaron a hacerlo a partir de esa fecha. Sin embargo, según datos de la Comisión Europea del 1 de julio, quedan todavía seis Estados miembros sin la preparación necesaria para su implementación (Hungria, Irlanda, Malta, Países Bajos, Rumanía y Suecia), circunstancia que obligará a redoblar esfuerzos en este sentido.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió a szolidaritás és a közösségi koordináció alapján közelítette meg a COVID-19 által okozott kihívásokat. Soha nem látott gyorsasággal hoztuk létre és fogadtuk el a gazdasági helyreállításhoz szükséges uniós alapokat, most pedig az oltási kampányok felgyorsulását követően az állampolgárok szabad mozgását kell újra akadálymentessé tennünk.

E célból jött létre az európai uniós digitális COVID-igazolvány, ami a sürgősségi eljárás elképesztően gyors lefolytatását követő héten, július 1-től már hatályba is lépett. A rendelet értelmében az igazolás az EU minden tagállamában, továbbá Norvégiában, Liechtensteinben valamint Izlandon is érvényes és többek között az egyén oltottságát, betegségen való átesését vagy negatív teszteredményét igazolja. Az igazolást minden uniós állampolgár számára ingyenesen elérhetővé kell tenni! Magyar állampolgárként viszont sajnálatosan tapasztaltam, hogy az Orbán-kormány által kiadott digitális védettségi igazolvány alkalmatlan a szabad utazás biztosítására, ugyanis több esetben hiba lép fel annak leolvasásakor.

Az uniós digitális COVID-igazolvány megfelelő működése nélkül problémás belépni más európai országba és a sok esetben megkövetelt tesztelés, karatén extra költséget és terhet ró a magyar állampolgárokra. Elfogadhatatlan, hogy az Orbán-kormány különutas politikájával ismét hátrányos helyzetbe kényszeríti a magyar állampolgárokat! Európai magyarként követeljük a technológiai problémák mihamarabbi megoldását, hogy minden európai állampolgár visszanyerhesse a szabad mozgáshoz való jogát!

Manuel Pizarro (S&D), *por escrito*. – A implementação do certificado digital COVID é um passo decisivo na normalização da vida dos europeus. Com ele é possível começar a recuperação de setores decisivos para a economia europeia e restaurar a confiança dos cidadãos. Sendo certo que, por si só, não resolve a incerteza em que a Europa e o mundo continuam mergulhados, devolve a todos nós a esperança de que é possível voltar a acreditar no progresso europeu e, também por isso, no progresso mundial, acionando os tão necessários mecanismos que permitam acelerar a vacinação em todo o mundo. Importa por isso que todos os países subscritores o implementem rapidamente e sem hesitações. Só assim, a uma só velocidade, se constrói o projeto europeu em que acreditamos.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D), *por escrito*. – El 1 de julio entró en vigor el Reglamento relativo al Certificado Digital COVID de la Unión Europea con el objetivo de contribuir a restaurar la libertad de movimiento dentro de la UE, un derecho seriamente restringido tras la declaración de la pandemia. A partir de esta fecha, los Estados miembros deberían estar preparados para emitir y verificar el documento físico o electrónico que acredita qué personas están vacunadas, se han realizado algún test o han superado la enfermedad.

El Reglamento establece, no obstante, un periodo de seis semanas a fin de que los Estados miembros puedan prepararse para emitir los certificados a los que hace referencia la Regulación. Veintiuno de ellos, así como Noruega, Islandia y Liechtenstein, ya habían comenzado a emitir certificados antes del 1 de julio, y cinco más comenzaron a hacerlo a partir de esa fecha. Sin embargo, según datos de la Comisión Europea del 1 de julio, quedan todavía seis Estados miembros sin la preparación necesaria para su implementación (Hungría, Irlanda, Malta, Países Bajos, Rumanía y Suecia), circunstancia que obligará a redoblar esfuerzos en este sentido.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE), *γραφτώς*. – Το ψηφιακό πιστοποιητικό COVID αποτελεί μια σημαντική ευρωπαϊκή κατάκτηση που παράγει πλέον αποτελέσματα. Σε σύντομο χρονικό διάστημα καταφέραμε να φανούμε συνεπείς στις απαιτήσεις των Ευρωπαίων πολιτών και να τους προσφέρουμε ένα πανευρωπαϊκό σύστημα για τη διευκόλυνση της ελεύθερης κυκλοφορίας εντός της Ένωσης. Η Ελλάδα είναι από τις πρώτες χώρες που εφαρμόσαν με επιτυχία το πιστοποιητικό από τον Μάιο κιόλας και πλέον ολόκληρη η Ευρώπη επωφελείται της εφαρμογής αυτού του ψηφιακού εργαλείου, δίνοντας προτεραιότητα στην ασφάλεια των διασυνοριακών μετακινήσεων. Θα ήθελα να υπογραμμίσω ακόμα μια φορά ότι το ευρωπαϊκό πιστοποιητικό COVID ξεκίνησε με πρωτοβουλία του Έλληνα πρωθυπουργού, Κυριάκου Μητσοτάκη, αποτέλεσε την πιο ενδεδειγμένη λύση για την ασφαλή έξοδο από την πανδημία ενόψει της καλοκαιρινής περιόδου και διατίθεται πλέον δωρεάν σε όλες τις γλώσσες της ΕΕ. Σήμερα είμαστε διπλά περήφανοι ως Έλληνες αλλά και ως Ευρωπαίοι, γιατί αποδείξαμε ότι μπορούμε σε δύσκολες συνθήκες να έχουμε τις απαντήσεις που ζητούν οι πολίτες μας και να τις εφαρμόσουμε για το κοινό καλό. Καθώς οι εμβολιασμοί προχωρούν σε ολόκληρη την ΕΕ, μπορούμε να νιώθουμε ασφαλείς και ελεύθεροι να οργανώσουμε χωρίς περιορισμούς τις καλοκαιρινές μας διακοπές με όπλο το νέο ευρωπαϊκό πιστοποιητικό COVID.

13. Europäische Arzneimittel-Agentur (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Nicolás González Casares, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on a reinforced role for the European Medicines Agency in crisis preparedness and management for medicinal products and medical devices (COM(2020)0725 – C9-0365/2020 – 2020/0321(COD)) (A9-0216/2021).

Nicolás González Casares, *ponente*. – Señora presidenta, permítame que mis primeras palabras vayan dirigidas a la Agencia Europea de Medicamentos y a la Comisión, a la señora Kyriakides, por su colaboración, y, por supuesto, a los ponentes alternativos, a quienes quiero expresar mi más sincero agradecimiento por el trabajo realizado, por el tono siempre constructivo y por la voluntad de acuerdo. No hemos alcanzado la unanimidad, pero poco nos ha faltado.

Nuestra obligación con la ciudadanía después de lo vivido en esta pandemia es lograr amplios acuerdos para avanzar hacia una verdadera política europea de salud, reforzando estructuras fundamentales como es la Agencia Europea de Medicamentos. Aunque hoy celebremos el éxito de la campaña de vacunación, no debemos olvidar la improvisación, la descoordinación y el desconcierto vividos al inicio de la pandemia. Si hay algo que no podemos volver a repetir son los cierres de fronteras, las prohibiciones de exportación de medicamentos y material sanitario o los oídos sordos ante la petición de ayuda.

Creo que lo hemos corregido con la importante y posterior reacción, pero no conviene olvidarlo, porque va contra los fundamentos del proyecto europeo y contra los más básicos principios de gestión de crisis sanitarias, que normalmente van más allá de las fronteras. Tras años de la mal llamada austeridad, Europa entró en esta crisis debilitada por recortes presupuestarios y de personal en sus sistemas sanitarios, y sin la humildad necesaria para admitir que lo que estaba pasando al otro lado del mundo acabaría por golpear con toda su virulencia en este. Lo cierto es que no teníamos una política europea sanitaria reconocible y hemos visto lo necesario que es entenderse ante retos de este calibre.

Los tres Reglamentos de la Unión de la Salud son un claro propósito de enmienda. Un sistema de gestión de crisis sanitarias común y coordinado y mandatos reforzados tanto para el ECDC como para la Agencia Europea de Medicamentos. Porque también en materia sanitaria necesitamos más Europa.

¿Qué implica este refuerzo para la Agencia Europea de Medicamentos? Un marco institucional definido por el Grupo Director sobre Medicamentos, el Grupo Director sobre Productos Sanitarios y el Grupo de Trabajo sobre Emergencias, delimitando quién hace qué en cada momento. Un marco de seguimiento y control de la cadena de suministro de medicamentos. Proporcionar asesoramiento científico sobre los medicamentos que pueden tener el potencial de tratar, prevenir o diagnosticar las enfermedades que causan estas crisis y definir listas de medicamentos críticos. Coordinar los estudios de seguimiento, eficacia y seguridad de las vacunas. Coordinar los ensayos clínicos. Y, por primera vez, una definición común de escasez de medicamentos, tan necesaria y tan reclamada por este Parlamento.

He apoyado la propuesta de la Comisión y con el resto de ponentes alternativos nos hemos centrado en reforzar algunos aspectos no adecuadamente atendidos en la misma, cuyo resultado es el acuerdo que vamos a votar. Un acuerdo cuyos principios principales son el refuerzo del carácter preventivo de este Reglamento, estipulando que tanto los grupos directores como el grupo de trabajo se reúnan no solo cuando haya una emergencia sino también en la preparación de emergencias posibles; el refuerzo de la sinergia entre los grupos directores y el grupo de trabajo; introducir el enfoque *One Health*, «Una sola salud», a la hora de hacer frente a futuros desafíos; mayor transparencia con la publicación de los órdenes del día, las actas, las normas de funcionamiento interno y las recomendaciones de estos grupos; un papel reforzado importante de los profesionales sanitarios y de los pacientes —la consulta de decisiones—; un régimen de sanciones para los titulares de autorizaciones de comercialización y los fabricantes de productos sanitarios que no cumplan con las obligaciones establecidas en este Reglamento; información pública sobre los ensayos clínicos y las decisiones de autorización de comercialización; y un elemento crucial —a mi entender— que hemos introducido, que es la creación de la base de datos europea de suministro de medicamentos.

Si queremos hacer frente a emergencias como la que estamos afrontando necesitamos información fiable, armonizada, coherente y oportuna. No puede volver a ocurrir aquello de que la Agencia reciba la información que necesita para procesar datos en hojas Excel. Esto no es aceptable. Necesitamos herramientas de este siglo, no repositorios del pasado. Necesitamos una base de datos interoperable y digital a nivel de la Unión, pero también basada en los datos comunicados a través de las plataformas electrónicas nacionales, capaz de supervisar la cadena de suministro y determinar el volumen existente en cada momento, así como el nivel real de la demanda, y que proporcione datos capaces de detectar, predecir y prevenir la escasez de medicamentos. Una base de datos como ya está funcionando en algunos países con financiación europea como es Cismed. Creo que ha sido financiada además por Horizonte Europa. Sistemas similares ya están implantados. Podemos y debemos implantar un sistema de estas características para abordar el problema de los desabastecimientos. Que este Parlamento no tenga que volver a reclamar una y otra vez que pongamos soluciones a este problema.

La Unión Europea de la Salud no va de quién tiene las competencias sanitarias ni de quitárselas a nadie. Va de reforzar la respuesta sanitaria de Europa, porque, lo sabemos, lo hemos comprobado: la salud pública influye determinadamente en la salud de la economía, de nuestra sociedad también. No dejemos que el alivio de una luz al final del túnel, de una posible salida de esta pandemia nos haga olvidar las lecciones aprendidas.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, we are into the 19th month of the COVID-19 pandemic. Even when looking at this number, it makes me realise how much has happened in the last 19 months that has changed all our lives. The European Medicines Agency has been absolutely central to our collective effort to tackle it. To us, from the very early days of this pandemic, it was clear that we needed to look and to see how we could do things differently.

The necessity of a stronger mandate for the European Medicines Agency became apparent very quickly. We needed to permanently monitor the shortages of critical medicines, we need to report on the risk of shortages of medical devices during crisis and to catalyse the development and the faster approval of medicines with fast-track scientific advice and rolling reviews. We need to act rapidly and we need to act together as a Union.

I want to thank Parliament and all your efforts to reach an agreement on the European Medicines Agency proposal. This is a proposal which is part of a package of three initiatives that aim to build a strong European Health Union, and together with the proposal to strengthen the European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) and our cross-border health threats framework, this package is our collective response to learn from the current pandemic and be better prepared for future crises. And as the honourable Member just said, we need to be proactive, not only reactive, to public health crises.

Honourable Members, it's our responsibility that people have access to critical medicines and medical devices during current and future crises. Throughout this pandemic, I want to show you and share with you that the European Medicines Agency really stepped up its work considerably, but based on temporary and on exceptional measures so that we could have the type of commitment and we could meet the many challenges we were faced with. And they have done a wonderful, wonderful job. But we now need to put this arrangement on a permanent footing. We need to stabilise these ad hoc structures we created that will catalyse the development and the faster approval of medicines to treat or prevent disease causing a public health crisis. It's for these reasons that these negotiations need to move forward and quickly to a conclusion.

The progress made so far by Parliament and Council on the European Medicines Agency proposal is a welcome step in the right direction and I want to thank you for your engagement and for your very active contribution.

I welcome the fact that the amendments tabled by Parliament retain the level of ambition of the original proposal and do not mark a significant departure from its policy objective, and I share that level of ambition with you. But there are just two points I want to raise. Some of the amendments put forward by Parliament should be looked at again. This applies particularly to the delay of the date of application for medical devices by one year and the creation of a European medicine supply database. If we defer the rules and the application of the rules for medical devices, then we are also at the risk of deferring the enhanced level of protection for citizens. And the medicines supply database goes far beyond the scope of the proposal and would result in duplication and substantial additional costs. So instead, we need to maximise synergies with existing national systems so that our efforts are as efficient and effective as possible.

Honourable Members, a stronger European Medicines Agency is a centrepiece of a strong European Health Union. We are building its mandate and it must be strengthened as we look at the pandemic as a stronger, wiser, more resilient and better prepared Union. We are called to demonstrate that we can move quickly and decisively to tackle the challenges facing us and to strengthen the structures and systems that protect our health. We have already done it together on EU4Health and on the digital COVID-19 certificates and the Council has already made considerable progress and adopted its general approach on 15 June.

Now, as we start the interinstitutional negotiations under the Slovenian Presidency, let me assure you that the Commission will play its part in reaching a quick and effective agreement, and you can count on my support. Together, we can translate these proposals into concrete and long-lasting protection for citizens in times of crisis. We need a strong European Health Union, a health union which will deliver nothing more and nothing less than what citizens deserve and what citizens expect from us. And this is not about taking away competences. It's about being better prepared, and it's about standing up to what we now need to do. And you can count on me being there with the level of ambition that you are pushing forward with as well.

Cristian-Silviu Buşoi, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to start by thanking Mr González Casares, the rapporteur, for the good cooperation, and Commissioner Kyriakides for bringing forward this proposal last November.

As both shadow rapporteur for the reinforced mandate of the European Medicines Agency (EMA) and Parliament's contact person for the EMA, I strongly believe that reinforcing and extending the mandate of the EMA should meet our expectations and at the same time streamline the need for the Agency to stay competitive worldwide and give patients quick access to medicines in times of public health emergencies.

I welcome the reinforced structure for the functioning of the Medicines Steering Group, the Medical Devices Steering Group and the Emergency Task Force that shall be convened during public health emergencies. Our citizens need more transparency in terms of how the institutions manage a crisis and respond to it. Therefore, I emphasise that public information concerning clinical trials and marketing authorisation decisions will play an important role in regaining citizens' trust and fighting disinformation. With the reinforced mandate, the Agency will approve faster vaccines and medicines in times of crisis and health emergencies, and will also provide more transparency for clinical trials.

Mitigating shortages is a top priority for me, for the Parliament and for the EPP, my political group. Indeed, the proposal of an EU medicines supply database would be a very useful additional measure to help address EU shortages. But the proposal in this report goes beyond the intended scope of this crisis-oriented legal proposal. Thus, addressing shortages needs to be further considered beyond this current legislation as part of revising the basic pharma legislation implementing the EU's pharmaceutical strategy, supported by an impact assessment and with the involvement of all actors concerned. A common central repository based on standardised data would serve as the first step towards monitoring shortages.

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Kommissionär! Covid-19-pandemin har utan tvekan visat på vikten av att stärka vår gemensamma beredskap och hanteringsförmåga. Vi måste ta vara på erfarenheterna från pandemin och skapa en balanserad och effektiv struktur inom EU, så att vi står bättre rustade för framtiden. EU:s medborgare förväntar sig det av oss.

I det perspektivet är det fullt rimligt och logiskt att också stärka den Europeiska läkemedelsmyndigheten, att göra det möjligt för myndigheten att i krissituationer agera snabbare och säkrare och på ett mer samordnat sätt. Det handlar om att stötta och förebygga brist på kritiska läkemedel och medicintekniska produkter. Men det handlar också om att snabbare utveckla läkemedel för att bekämpa de sjukdomar som orsakar en kris.

Därför välkomnar jag kommissionens förslag om förstärkt roll och mandat för den Europeiska läkemedelsmyndigheten. Jag vill passa på att tacka González Casares för ett utmärkt arbete med betänkandet.

Pandemin har visat att myndigheten inte hade tillräckligt starkt mandat eller tillräckliga resurser, och detta får inte hända igen. Därför är det bra att betänkandet lyfter fram och stärker de förebyggande åtgärderna, liksom att vi lyfter fram vårdpersonalens roll och vikten av bra samverkan mellan olika EU-byråer. Ett starkare EMA innebär bättre möjligheter för EU att ta itu med framtida utmaningar och pandemier, och därför hoppas vi från S&D-gruppen att vi så snart som möjligt kan anta denna förordning. Vi behöver det nu och våra medlemsstater behöver det.

Frédérique Ries, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, cela fait plus d'un an maintenant que l'Agence européenne des médicaments surfe à la limite du traité pour répondre à la pandémie de la COVID-19. Un an de solutions ad hoc et ce, pour une raison claire: pour sauver des vies. Parce qu'évidemment, tout ce qui compte, c'est de sauver des vies. Cela explique aussi pourquoi nous, les négociateurs des groupes politiques, avons voulu faire atterrir cette proposition législative le plus rapidement possible. Merci pour cela à notre rapporteur, Nicolás González Casares, qui a assuré cette excellente coopération entre nous.

L'Agence fournira désormais des avis scientifiques dès les premiers stades de développement des médicaments, pour travailler avec les fabricants et donc accélérer la disponibilité des traitements et des vaccins. Elle coordonnera les essais cliniques à l'échelle de l'Union pour démultiplier les données qui sont disponibles. Elle surveillera en continu l'état des stocks de médicaments et repérera donc beaucoup plus vite ces pénuries que nous définissons, effectivement, avec des recommandations pour y remédier.

La méthode de travail est importante aussi – la transparence, ici encore. Associer médecins, patients, fabricants: là encore, c'est l'union sacrée qui doit prévaloir pour accélérer notre réponse aux crises sanitaires, y compris, évidemment, avec HERA, notre future Autorité de préparation et de réaction en cas d'urgence sanitaire.

Cette Agence des médicaments renforcée sera l'un des piliers du dispositif mondial contre les pandémies. Avec cet espoir clair que le monde soit prêt en moins de 100 jours face à la prochaine crise. C'est l'engagement du dernier G7 de Carbis Bay.

(The debate was suspended)

14. Änderung der Tagesordnung

President. – Before continuing this debate I would like to make an announcement. I would like to inform the House that the vote on changes to the composition of the special committees and the committee of inquiry will be held tomorrow.

The deadlines are as follows. Proposal for a decision: today, Wednesday, 7 July at 17.30. Amendments: today at 19.30. Requests for separate and split votes: today at 21.30.

15. Europäische Arzneimittel-Agentur (Fortsetzung der Aussprache)

President. – We now continue with the debate on the report by Nicolás González Casares (A9-0216/2021).

Tilly Metz, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, I am very glad about the work that we have done and I would like to congratulate the rapporteur and all my colleagues that worked to reinforce the role of the European Medicines Agency (EMA).

Many citizens probably did not even know about the existence of the EMA before the outbreak of the pandemic, but I think that today many of us have realised that its role is crucial to make sure that the treatments we take, such as medicines and vaccines, work well and are safe. As of today, the EMA will be stronger and will be able to help countries in a more efficient and faster way. First of all, it will put a much stronger focus on prevention and on the monitoring of shortages. The pandemic showed us indeed the importance of securing the supply of medicines and medical devices, because their shortages can have a dramatic impact on the treatments and therefore also on patients' health.

Companies will now have to submit plans where they explain how they would react in case they face problems during the supply chain and they will get penalties in case they omit information that can be useful to the authorities. This will increase transparency in the process and will allow timely interventions to mitigate possible shortages. We also worked to create a webpage that will be publically available, so that patients, healthcare professionals, but also every citizen, will be able to get information about the shortages in real time.

Another new element will be the creation of a list of essential products that authorities will consider as critical during a health crisis: this will be important to monitor their demand and the supply and take actions to ensure their availability. However, I do not think it is a good idea that companies have their say on which products should be considered as essential as it is clear that as manufacturers they would have an interest in promoting a product over another one. So I would invite my colleagues to think a little bit more about this and exclude companies from this process.

Apart from this, I think overall we did a very good job because we are reinforcing an important agency that in future will help us to act immediately and act together to fight viruses and diseases that, as we saw, will not stop at the borders.

Silvia Sardone, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa proposta è una presa d'atto di un fallimento. Avete fallito nel coordinamento dei paesi europei, nonostante le promesse della Presidente von der Layen, avete fallito sulla solidarietà tra Stati con paesi come l'Italia, che si è vista negare la disponibilità di ventilatori e mascherine a inizio pandemia; avete fallito sui contratti con le case farmaceutiche, dove non avete previsto le penali con condizioni che ci hanno visto sommare ritardi su ritardi rispetto ad altri paesi del mondo; avete fallito tramite EMA sui vaccini.

Vogliamo parlare della tragicomica vicenda con AstraZeneca? Prima prevista solo per i giovani, poi no no, è per gli anziani, poi facciamo che è per tutti, poi attenzione solo per una fascia di età e mentre EMA assicurava sulla bontà del vaccino, i paesi europei lo bloccavano.

L'Unione europea ha agito costantemente in ritardo, in maniera disordinata e senza adeguata trasparenza. Nonostante i molti errori fatti, però, nessuno si assume la responsabilità e non ci pensa nessuno a dimettersi. Anzi, rilanciate, chiedendo più strutture e più competenze e ovviamente anche più soldi. Ora proponete di rafforzare le strutture di prevenzione così che siano in grado di organizzarsi meglio attraverso banche dati per l'approvvigionamento di medicinali e dispositivi medici.

Noi, a tal proposito, riteniamo strategico sostenere la produzione europea perché oggi più che mai dovremmo aver compreso, quanto meno, che è necessario ridurre la dipendenza da paesi terzi per le materie prime, per i farmaci e per i dispositivi medici e tanto altro. La sinergia tra enti e lo scambio di informazioni sono sicuramente utili perché è assolutamente prioritario saper rispondere finalmente in modo rapido, efficiente e coordinato alle emergenze, però non possiamo dimenticare che tra il 2011 e il 2018 la Commissione europea ha chiesto per 63 volte agli Stati membri di tagliare le proprie spese sulla sanità.

Insomma le criticità della sanità nascono da problemi che voi avete creato e che ora ci troviamo a fronteggiare. Ci lascia quindi perplessi dare ulteriore responsabilità all'Agenzia europea per i medicinali che, diciamolo francamente, non ha brillato, anzi. Voi volete più competenze all'Unione, più task force, secondo noi non è necessario avere più strutture, ma un'organizzazione più adeguata e maggiori capacità e qualità.

E concludo, magari, se posso dare un suggerimento, evitiamo anche di dare soldi europei per finanziare assurdi investimenti come quello all'Istituto di virologia di Wuhan. Magari aiutiamo gli Stati membri e davvero i cittadini europei.

Joanna Kopcińska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Bezpieczeństwo pacjentów i dostęp do leków to dwa słowa, które niczym klucz otwierają dyskusję na temat reagowania kryzysowego oraz właściwej odpowiedzi na stan zagrożenia zdrowia publicznego. Popieram te unijne rozwiązania, które mogą realnie przyczynić się do wyższego poziomu ochrony zdrowia ludzkiego poprzez wzmocnienie zdolności reagowania Unii. Obejmuje to omawiane dzisiaj sprawozdanie dotyczące Europejskiej Agencji Leków.

Obok rozszerzenia kompetencji ECDC i zaktualizowania regulacji o poważnych transgranicznych zagrożeniach zdrowia wzmocnienie mandatu EMA musi uwzględniać dołożenie konkretnych starań i zapewnienie realnego wsparcia finansowego, tak aby każdy komponent składający się na system bezpieczeństwa mógł sprostać wymogom dostosowania się do nowych przepisów i nie został pominięty. Odpowiednio wcześniej należy przewidzieć realny udział środków finansowych Unii Europejskiej, aby zapewnić działania wspierające, a nie posunięcia wykluczające (czytaj kary) w sytuacji niesprostania ambitnie wyznaczonym standardom wpisującym się w europejską przestrzeń danych, funkcjonalność systemów monitorowania, dostępność produktów leczniczych czy w końcu zakres porad dotyczących badań klinicznych.

Dziękuję sprawozdawcy i wszystkim koleżankom i kolegom za dobrą współpracę nad tym sprawozdaniem.

Kateřina Konečná, za skupinu *The Left*. – Paní předsedající, vážená paní komisařko, před rokem jsme zde přijali rezoluci o strategii Evropské unie v oblasti veřejného zdraví po skončení pandemie, ve které jsme všichni volali po silnější roli agentury EMA. Myslím, že se nám na výboru podařilo i přes všechny spory přijmout poměrně vyvážený text, který agenturu posílí. Proto bych vás ráda poprosila, ať nehlasujete proti kompromisům dosaženým ve výboru ENVI.

Bohužel, v rámci současného dění okolo budování zdravotnické unie vidím jeden obrovský problém. A tím je nedostatek financí pro další rozvoj a posílení zdravotnických agentur EMA a ECDC. Již z původního návrhu Komise bylo jasné, že jim bude nutné poslat více peněz, protože současné prostředky prostě nebudou ani zdaleka stačit. Jaký byl můj šok, když jsem zjistila, že v plánovaném rozpočtu na příští rok se u agentur EMA a ECDC naopak chystají škrtky. Ano, leckdo by mohl namítnout, že dostanou nějaké peníze navíc z programu „EU pro zdraví“. Ten může posílit financování těchto agentur, ale v jádru se jedná pouze o projektové a časově omezené financování. Navíc program má daleko více důležitějších priorit, které jsme dekády přehlíželi. Zatím to navíc vypadá, že řádný rozpočet agentur byl zkrácen přesně o tolik, kolik měly dostat navíc. Čili jsme akorát přesunuli peníze z pravé kapsy do levé a budeme čekat, že se něco změní.

A co tedy chceme? Já jsem se domnívala, že bychom se měli poučit ze současné pandemie a posílit struktury, které máme. Nicméně zatím to vypadá, že spíše chceme udržet status quo. Kolegové, pevně doufám, že se nám otázka nového financování podaří do podzimu vyřešit, protože jestli ne, tak celou slavnou zdravotnickou unii můžeme rovnou odpískat.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η εξέλιξη της πανδημίας, η κυριαρχία μεταλλάξεων με ενδεχόμενες συνέπειες στην αποτελεσματικότητα των εμβολίων, σε συνδυασμό με τον χαμηλό ρυθμό εμβολιασμού, τα υγειονομικά πρωτόκολλα-λάστιχο, που εκθέτουν τους λαούς σε νέους κινδύνους προς όφελος των συμφερόντων ομίλων του τουρισμού και των μεταφορών, επιβεβαιώνουν ότι η καταπολέμηση του COVID-19 δεν αντιμετωπίζεται μόνο με τον αναγκαίο εμβολιασμό. Η αντιλαϊκή πολιτική των αντιφάσεων και των παλινωδιών τροφοδοτεί τον φόβο, τον δισταγμό, τον ανορθολογισμό, υπονομεύοντας τον εμβολιασμό, ενώ η συζήτηση για τις πατέντες σε περιβάλλον ελέγχου των εμβολίων και των φαρμάκων από μονοπωλιακούς ομίλους σηματοδοτεί νέο γύρο κερδοφορίας και ανταγωνισμών. Η προστασία της υγείας του λαού δεν γίνεται με ατομική ευθύνη, όπως αδιάκοπα προβάλλετε. Χρειάζεται να δυναμώσει η λαϊκή πάλη για ουσιαστικά μέτρα, αποφασιστική θωράκιση του δημόσιου συστήματος υγείας και της πρωτοβάθμιας φροντίδας, μέτρα σε χώρους εργασίας και σχολεία, αξιοποίηση όλων των ασφαλών και αποτελεσματικών εμβολίων. Η πείρα των λαών αναδεικνύει την ανάγκη για εμβόλια φάρμακα, όχι εμπόρευμα για να θησαυρίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι αλλά δικαίωμα στα πλαίσια μιας κοινωνικοποιημένης βιομηχανίας φαρμάκων, ανατρέποντας τους φραγμούς που επιβάλλει η καπιταλιστική κερδοφορία και η εμπορευματοποίηση της υγείας, στην οποία υποκλίνονται οι αστικές πολιτικές δυνάμεις και η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EVP wird den Bericht unterstützen. Er sorgt dafür, dass wir Arzneimittelknappheit besser bekämpfen können, dass wir auf zukünftige Pandemien und ähnliche Herausforderungen besser vorbereitet sind. Mein Dank gilt dem Berichterstatter, Cristian-Silviu Bușoi als EVP-Schattenberichterstatter und allen anderen, auch der Kommission, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Ich möchte meine Redezeit aber vor allen Dingen nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Europäischen Arzneimittel-Agentur zu danken. Die Europäische Arzneimittel-Agentur wurde massiv unanständig kritisiert in dieser Pandemie. Die Leute haben Tag und Nacht und auch am Wochenende gearbeitet, und die Häme, die da über sie ausgeschüttet wurde, haben sie nicht verdient.

Es war gut, dass die EMA ihre Prozesse beschleunigt hat, und ich habe sie auch persönlich dabei noch mal motiviert, z. B. bei der Zulassung des Impfstoffs für Jugendliche, aber diese Häme war unanständig, und es war gut, dass wir in Europa auf einen sorgfältiges und dennoch zügiges Verfahren gesetzt haben.

Mein Vorredner hat gesagt, das Impftempo ist gering. Was für ein Unsinn! Die meisten europäischen Staaten wie Belgien oder Italien haben die USA schon überholt, und nächste Woche, sage ich voraus, wird die Europäische Union die USA überholen.

Unsere Grundentscheidungen waren richtig: auf bedingte Zulassung und auf Haftung der Hersteller setzen, gemeinsames europäisches Handeln. Das war richtig und das sollten wir uns nicht kaputtreden lassen.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Pandemin är långt ifrån över. Vi har ett stort arbete kvar att vaccinera hela världen, men vi måste också parallellt påbörja vårt arbete mot pandemier, mot framtida hälsorisker. Varken EU eller medlemsstaterna var förberedda på den kris som vi nu går igenom. Det är verkligen ingen underdrift att säga det.

I dag tar vi ett viktigt steg mot en hälsounion, mot starkare krisberedskap, och det är verkligen på tiden. Upprustningen av EU:s läkemedelsmyndighet är ett viktigt led i det arbetet. Vi har en mycket stark överenskommelse på bordet. Den innehåller det faktum att vi stärker det preventiva arbetet, så att vi kan vara steget före när nästa pandemi kommer. Vi ökar transparensen så att vi bättre kan granska att läkemedelsmyndigheten gör rätt. Vi öppnar också möjligheterna för att i framtiden även inkludera veterinärmedicinska produkter, för självklart ska också sjuka djur kunna få rätt läkemedel.

Dessutom angriper vi det som var ett av de största problemen i början av pandemin, nämligen bristen på läkemedel och medicinska produkter som skyddsutrustning. Det var hjärtskärande när de stoppades på vägen mot sin viktiga användning. För att våra värdekedjor ska kunna vara så sammanlänkade som de är i dag måste vi se till att en brist på ett ställe inte kostar ett liv på ett annat. Med en gemensam läkemedelsdatabas kan vi säkra att vi aldrig igen hamnar där vi var förra våren, där människor miste livet för att vi inte hade rätt mediciner eller rätt utrustning på plats. Att undvika tomma läkemedelslager blir ännu en kärnuppgift i den nya upprustade läkemedelsmyndigheten.

Jag vill avsluta med att tacka vår S&D-föredragande, Nicolás González Casares, för en mycket bra överenskommelse och önska dig stort lycka till i förhandlingen med medlemsstaterna.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le renforcement des pouvoirs de l'Agence européenne des médicaments, c'est la première brique de l'union européenne de la santé qui nous a fait tellement défaut, mais qui commence à se dessiner. Oui, le nouveau mandat de l'EMA permettra de mettre en place une vraie politique du médicament. Et à l'automne, celui de l'ECDC viendra renforcer nos capacités de gestion épidémiologique.

Mais Madame la Commissaire, prenons garde aux usines à gaz. Le programme de réponse européenne aux menaces de santé, dont je suis rapporteure, sera efficace si et seulement si ces agences ont les moyens de travailler ensemble avec des missions convergentes et une définition claire des attributions et des statuts de la future autorité européenne HERA. Assurons-nous de la coopération des États membres en leur garantissant un réseau de compétences coordonné et complémentaire. Faisons de cette ambition notre priorité commune.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Die Pandemie hat Leid und Tod über Europa gebracht, und ich hoffe, dass wir nächstes Mal besser vorbereitet sind. Aber ich muss auch sagen: Lieferengpässe bei Arzneimitteln, die wir in dieser Pandemie gesehen haben, gab es auch bereits vorher, und die waren auch schon vorher ein großes Problem. Deshalb bin ich froh, dass wir in diesem Parlament jetzt eine Mehrheit dafür finden, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union Zugang zu bezahlbaren und wirksamen Arzneimitteln haben.

Und es ist gut, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur jetzt diese koordinierende Rolle einnimmt, dass mehr Transparenz hineinkommt, dass nicht die, die an der Front stehen – in der Klinik, in der Apotheke – oder die Patientinnen und Patienten als Letzte erfahren, dass ihr Arzneimittel mal wieder nicht lieferbar ist. Ich hoffe, dass wir in diesem Parlament auch bei der Revision der Marktzulassungskriterien eine Mehrheit dafür finden, dass die Hersteller stärker in die Verantwortung genommen werden, um auch in schwierigen Situationen lieferfähig zu bleiben.

Ivan David (ID). – Paní předsedající, jsme svědky pokusu, který bude úspěšný, o zneužití vlastního selhání Evropské komise k posílení její moci v zájmu zejména nadnárodních farmaceutických koncernů. A přitom dosud nebyly zveřejněny smlouvy, na základě kterých byl realizován gigantický obchod při nákupu vakcín Evropskou komisí, ačkoliv o to usnesením žádal Evropský parlament i evropská ombudsmanka. Jde zřejmě o gigantickou korupci. Pracoval jsem řadu let v klinickém hodnocení léků, a proto pokládám pojem „nezávislý odborník“ za směšný. V tomto případě nejde o nic jiného, než jak legalizovat získání citlivých obchodních informací opět ve prospěch nadnárodních korporací. Samozřejmě zde není ani zmínka o zásadní citlivé otázce, a to je stanovování cen, maximálních cen léků a solidárního systému úhrad.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidente, señora comisaria, deseamos que el nuevo papel de la EMA sirva, de una manera efectiva y práctica, para mejorar la coordinación y favorecer la comunicación en todo el sector, en momentos críticos como el que estamos viviendo; aumentar la base científica en la toma de decisiones; agilizar los ensayos clínicos y los registros de medicamentos; generar instrumentos eficaces para hacer frente a situaciones de desabastecimiento.

Pero este debate no acaba aquí; continúa con el desafío de diseñar una estrategia farmacéutica que proporcione el soporte legal que incentive oportunidades en el campo de la salud. Debemos responder de manera eficaz a las expectativas de los ciudadanos, pero teniendo en cuenta que una mejor coordinación no sea, de ninguna manera, el pretexto para una intromisión en las competencias de los Estados miembros, y que tampoco se genere el obstáculo de un exceso de burocracia y complejidad en la gestión y en la toma de decisiones.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, nešto je fundamentalno trulo u europskoj znanosti a trulo je još od onda, dok je na temelju lažirane studije u časopisu Lancet, hidroksiklorokin izbačen kao jedan od mogućih lijekova za COVID.

Hrvatskoj, pak, javnosti vrti se istih pet stručnjaka a svi su povezani s vladajućim HDZ-om ili su članovi istoga. Zbog količine neistina, besmislica, dezinformacija koje iznose nitko im više u Hrvatskoj ne vjeruje. Sva drugačija mišljenja znanstvenika koja nisu dio službenog narativa cenzuriraju se a njih se proglašava teoretičarima zavjere. Uništavaju se karijere ljudima koji su daleko kvalificiraniji od članova političkih stožera. Zadnji primjer profesora Krešimira Pavelića, čovjeka zavidne karijere, koji je žrtva neviđene hajke vlasti i medija jer se usudio izraziti drugačije znanstveno mišljenje. To nije znanost. Ne samo da cjepivo nije prošlo standardno ispitivanje, već u zemljama u kojima je najveća procijepljenost, ljudi se ponovno razbolijevaju. Bilo kakve druge medicinske tretmane kao što su hidroksiklorokin i ivermectin se zatire. To nije znanost, to je politikantstvo. Ljude se tjera na cijepljenje nepotpunim informacijama, ne mareći za posljedice. Narod Europe nije ničiji pokusni kunić. Narod Europe ima svoja prava, svoja ljudska prava, svoja temeljna prava, ima pravo biti informiran a ne manipuliran.

Bartosz Arłukowicz (PPE). – Szanowni Państwo! Koleżanki i Koledzy! Pani Komisarz! Pandemia pokazała naszą siłę, ale też obnażyła nasze słabości. Europejska Agencja Leków po pandemii musi stać się najbardziej skutecznym i sprawnym urzędem w Europie. Europejska Agencja Leków musi śledzić z pełną determinacją i z pełną wiedzą potencjalne braki leków, bo jak leków brakuje, to umierają ludzie. A my jesteśmy tutaj po to, żeby ludziom służyć. Ale obserwacja i zapobieganie niedoborom leków to nie wszystko, Pani Komisarz. Uważam, że musimy spróbować podjąć wyzwanie. Ja przez cztery lata, będąc ministrem zdrowia w Polsce, kierowałem negocjacjami cenowymi z koncernami farmaceutycznymi na temat cen leków. Myślę, że musimy podjąć wyzwanie stworzenia listy leków krytycznych, krytycznych dla zdrowia i życia naszych pacjentów. I rozpocząć negocjacje z koncernami na temat cen maksymalnych. Nie może być tak, że w jednej części Europy pacjenci mają dostęp do tego leku, bo jest dobrze wynegocjowany i ich na to stać, a w innej części Europy tego nie ma. Powinniśmy stworzyć listę leków krytycznych, dla których powinniśmy, jako Komisja Europejska, jako Parlament, zagwarantować naszym obywatelom cenę minimalną. Po to, żeby pacjenci byli bezpieczni. Ale chodzi nie tylko o leki krytyczne. Uważam, że chodzi także o leki innowacyjne, nowe leki wchodzące na rynek dające szanse na przeżycie, np. pacjentom onkologicznym. Powinniśmy wspólnie negocjować ich ceny i dostępność, bo inaczej będziemy długo jeszcze obserwować pacjentów, którzy walczą o swoje życie, w mediach społecznościowych zbierając pieniądze na leki innowacyjne.

Иво Христов (S&D). – Г-жо Председател, приветствам предложението за регламент за засилена роля на Европейската агенция по лекарствата.

Пандемията от Covid-19 ясно открои необходимостта от координиран подход при осигуряването на медицински изделия и лекарствени продукти в кризисни ситуации. Категорично подкрепям и призова на докладчика Николас Гонсалес Касарес за нуждата от подходяща нормативна рамка, която да гарантира предоставянето на висококачествени здравни услуги в условия на извънредни ситуации.

Именно отсъствието на общоевропейска правна уредба се оказа големият проблем при овладяването на пандемията. Сред основните предизвикателства се открои липсата на механизъм за събиране на данни от държавите членки и тяхното анализиране, както и отсъствието на оценка на риска от недостиг на лекарствени продукти. Разширяването на правомощията на Агенцията ще създаде условия за разработването на терапии и адаптирани стратегии за борба с извънредни ситуации в общественото здраве.

От друга страна обаче, възлагането на по-широки правомощия без да разполагаме с оценка на въздействието съдържа известен риск. Към днешна дата няма яснота какво ще бъде отражението върху здравните системи на отделните държави членки по отношение на финансовия, административния и човешкия ресурс.

Здравната криза не бива да е предлог за разхлабване на режима за защита на личните здравни данни. Кибератаката към Агенцията по лекарствата през ноември миналата година показва уязвимостта на системите за сигурност. Защитата на цифровата инфраструктура е първостепенна задача.

Не на последно място — липсата на прозрачност при ценообразуването на лекарствата ерозира общественото доверие. Пациентите не са банални потребители на везните на пазара, това са страдащи хора, хора в нужда. Обществото е в правото си да изисква социално отговорни принципи на ценообразуване от фармацевтичните компании.

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Madam President, I am glad that at least partially, we have learned from the COVID-19 crisis and strengthened the critical European Medicines Agency (EMA).

And what I would especially like to underline as a very positive development is a better protection of sensitive personal health data. A European medicines supply database and transparency obligations requiring the publication of clinical tests, boosting both confidence in the system and our general research, is a great improvement.

However, I feel that especially after everything that has been unveiled by the tragic health crisis, we are still in this powerful war. The EMA has demonstrated great speed, reliability and scientific excellence. We need to explore what more it can do, and empower the Agency to provide the best possible research and control, deeper cooperation with both national agencies and top research centres across Europe.

We have seen a campaign against the EMA led by Moscow with the help of their puppets, including Prime Ministers Orbán, Janša, Babiš, or Matovič, using the Sputnik vaccine as a dangerous tool.

So, we should not ask what the EMA can do for us, but what we can do for the EMA and related agencies. And I still think that there is room for improvement.

Edina Tóth (NI). – Elnök Asszony! „Semmi sem tart örökké!”- szokták mondani, de vajon a koronavírus okozta világjárványnak hol és mikor lesz vége? A különféle mutációk terjedése okán láthatjuk, hogy az eddignél jobb és gyorsabb megoldásokra van szükség a sikeres válságkezelés érdekében. Az egészségügyi vészhelyzetekre való reagálás uniós koordinációjának javítása érdekében fontos, hogy megerősítsük az Európai Gyógyszerügynökség szerepét. Ugyanakkor aggályosnak tartom, hogy a tervezett jogszabály gyógyszerhiánnyal kapcsolatos adatszolgáltatásra vonatkozó bekezdései indokolatlanul több terhet jelentenek a tagállamokra, illetve az európai vállalkozásokra nézve. Bebizonyosodott, hogy csak a nemzetállamok képesek gyorsan és hatékonyan cselekedni, hiszen a vakcinák uniós szintű beszerzése sem teljesített jól. Fontos ezért, hogy új feladatokkal ne nehezítsük meg a tagállamok járványkezelését!

Nathalie Colin-Oesterlé (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire Kyriakides, chers collègues, nous y sommes. Après le rapport sur les pénuries de médicaments, après la mise en œuvre du programme de l'UE pour la santé, après la proposition d'une stratégie pharmaceutique par la Commission, nous votons le renforcement des compétences de l'Agence européenne des médicaments. C'est un pas de plus vers la construction d'une Europe de la santé efficace, répondant aux demandes des professionnels de santé et aux besoins des patients.

Je me réjouis de voir reprises les propositions qui figuraient dans mon rapport sur les pénuries de médicaments, notamment le renforcement de la coopération et de la coordination entre les États membres, la mise en place d'échanges structurés avec toutes les parties prenantes (les industriels, les professionnels de santé et les associations de patients), ou encore une base de données européenne permettant de prévenir les pénuries de médicaments et les problèmes de chaîne d'approvisionnement ou de sur-stockage dans certains États membres. Autant d'avancées essentielles que nous défendrons dans le cadre des négociations qui s'ouvrent avec les États membres et qui doivent permettre notamment la création et la gestion de stocks de médicaments et dispositifs médicaux.

Après quasiment deux ans d'une crise sanitaire sans précédent et alors que les variants de la COVID-19 nous font craindre un rebond de la pandémie, il est impératif que nous gardions le cap. Nous avons besoin d'un système plus réactif afin de protéger davantage nos concitoyens aujourd'hui et demain, d'être mieux préparés et de renforcer notre souveraineté sanitaire afin que des médicaments sûrs, de haute qualité et efficaces, permettant de répondre aux urgences de santé publique, puissent être développés au sein de l'Union européenne.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, hoje o Parlamento Europeu dá mais um passo para tornar realidade a verdadeira União Europeia da Saúde. Tenho a agradecer ao relator, o Nicolás, e a toda a equipa por termos um mandato da Agência Europeia de Medicamentos forte e resiliente e que dá a resposta que a União Europeia precisa.

Com a definição da lista de medicamentos e dispositivos médicos críticos estaremos mais bem preparados para futuras crises no domínio da saúde. A nova base de dados europeia sobre a oferta de medicamentos irá melhorar a acessibilidade aos mesmos e evitar disrupções nas cadeias de abastecimento e distribuição que comprometam a saúde dos nossos cidadãos.

Por último, gostaria de salientar a importância de uma forte aposta nos ensaios clínicos, os quais irão trazer respostas mais adequadas às necessidades reais em matéria de saúde dos cidadãos europeus.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, poštovane kolege, poštovani građani Europske unije, EMA je ugrozila živote milijuna građana Europske unije odobravajući farmaceutske proizvode kao cjepiva protiv bolesti COVID-19 bez ikakvih neovisnih studija; potpuno nekritički prihvaćene su, dakle, tvrdnje proizvođača cjepiva.

Nadalje, iz samih tih tvrdnji proizlazi da je kod osoba koja su primile cjepivo postotak onih koji se nisu razboljeli od 95% do 98%, međutim, cijelo vrijeme se prešućuje da je kod onih koji su primili placebo postotak samo za pola postotnih poena manji. Dakle, oni koji su primili placebo također se nisu razbolili od 94,5% do 97,5% što znači da su ta cjepiva učinkovita svega 0,5%. Zbog toga se nisu smjeli ugroziti životi i zdravlje građana.

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, caros Colegas, os momentos de dificuldade, ou choque inesperado, numa pandemia são também, frequentemente, momentos de aprendizagem. Com estes momentos difíceis e com o vírus aprendemos todos. Aprenderam os cientistas, aprenderam os profissionais de saúde e aprendemos nós, políticos. Em todos os setores houve certamente uma aprendizagem de grande importância. Apesar da pandemia ainda não ter terminado, temos de ajustar os nossos procedimentos, as nossas atividades e as nossas organizações, com base na aprendizagem daquilo que não sabíamos antes e sabemos hoje.

Aprendemos que a União deve ser mais eficaz na gestão das cadeias de abastecimento e dos stocks dos medicamentos e dispositivos médicos. Aprendemos que precisamos de um quadro jurídico mais bem definido para gerir a resposta a este tipo de cenários. Aprendemos que precisamos de um maior grau de preparação da União em caso de emergência de saúde pública. Aprendemos que temos de melhorar a gestão da informação. A recolha de dados e a sua gestão afigura-se como central na resposta a uma pandemia.

Uma Agência Europeia de Medicamentos mais forte ajudará nesta preparação, contribuindo para prevenir a escassez de medicamentos e de dispositivos médicos críticos, e permitir-nos-á sermos mais rápidos na aprovação, mas também no desenvolvimento de medicamentos.

Só assim estaremos a preparar a Europa para as ameaças futuras.

Alessandra Moretti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria, la pandemia ci ha fatto apprezzare la competenza e l'umanità dei nostri medici, la prontezza degli operatori sanitari, delle lavoratrici e dei lavoratori nei servizi essenziali, la generosità dei nostri concittadini, ma al contempo la pandemia ha messo in luce le fragilità dei sistemi sanitari nazionali, la debolezza della risposta alla crisi che è stata troppo frammentata tra i 27.

Di fronte alle minacce di oggi e di domani la risposta nazionale non basta più. Serve un'Europa più forte e con maggiori competenze e strumenti più efficaci e, nell'ambito del progetto dell'Unione europea della salute, va previsto un ruolo più incisivo all'Agenzia europea del farmaco con adeguate risorse, competenze, tra cui il coordinamento rafforzato, anche rispetto alle controparti nazionali.

Si tratta di una innovazione necessaria se vogliamo essere pronti a difendere i nostri concittadini, la nostra salute, le nostre economie, in caso di eventi pandemici come quelli del Covid-19.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for today's discussion. In large part, I would say that I'm really pleased to hear that you share the level of ambition and the vision we have in considering the need to reinforce the European Medicines Agency's mandate.

Sometimes, when we are discussing these issues, I find that it's very easy for us all to forget that this is an unprecedented health crisis, something that we have never been prepared to face globally. Again, I want to take the opportunity to thank the European Parliament – really each and every Member – because I know that, for yourselves as well in various committees and in the plenaries, you have had to step up and move quickly in ways that we had never imagined that we would have to before.

In the long run, what I have said from the beginning – and I know that you share it with me – of this crisis, looking at the numbers every day from January 2020, and especially going into February, these were never just numbers. These were never just statistics. These were families; these were people who were affected by COVID and who have lost their lives, and people who are still suffering with symptoms. Having this discussion today and really hearing from you highlights how we have prioritised. So thank you.

We need to make the European Medicines Agency better equipped for future crises. I heard your concerns on the funding of EMA and I wanted to say that the funding of EMA to fulfil its obligations in the proposal is already provided for. We always welcome amendments that will further enhance and strengthen the text, but I believe that we also need to keep our sense of balance and our focus. We need to have the right amount of flexibility and be able to move quickly for crises without imposing unreasonable burdens, demands or budgets.

I also heard many of you saying that the issue of affordability and shortages of medicines was not something that suddenly appeared with the pandemic. You are right. This was, in fact, in my mandate from President von der Leyen. The need to do something about this, to tackle it, was one of the main issues in my first Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO) in December 2019, before the mandate. That's why we put forward the pharmaceutical strategy last year, and it's through this strategy that there will be legislative changes that will address many of the issues that you have raised concerning the affordability and the shortages of medicines, which have been further highlighted by the pandemic.

So what we are looking to do together is to strengthen our preparedness, to strengthen our response capacities for this crisis and for the next crisis, to work together, and to build on the main principle that I believe that we have learned, which is, for me, possibly one of the most important ones, the strength of solidarity, the strength of cooperation, the strength of working together and the power of what we can do when we are ambitious to give European citizens what they deserve in the area of health. So thank you very much. I look forward to continuing our close collaboration.

President. – The debate is closed.

The vote on the amendments will be held shortly, and the final vote on Thursday, 8 July 2021.

Written statements (Rule 171)

Romana Jerković (S&D), *napisan*. – Unatoč brojnim upozorenjima, pandemiju smo dočekali nespremni. To se ponajbolje očitovalo nestašicom lijekova i medicinske opreme nastale zbog naglog porasta potražnje na koju nismo mogli pravovremeno odgovoriti brzim povećanjem proizvodnog kapaciteta te zbog složenosti globalnog lanca opskrbe medicinskim proizvodima. Zato, poučeni takvim iskustvom, danas glasujemo o jačanju Europske agencije za lijekove kako bismo pružili dugoročan okvir za odgovor na buduće zdravstvene krize: okvir koji uspostavlja sistem praćenja i ublažavanja rizika od nestašica najvažnijih lijekova i medicinskih proizvoda te osigurava pravodoban razvoj visokokvalitetnih, sigurnih i djelotvornih lijekova u izvanrednim stanjima.

Pandemija je pokazala da nam treba jaka europska zdravstvena unija kako bismo se u budućnosti mogli nositi s posljedicama zdravstvenih ugroza. Sada je vrijeme da učinimo sve što je u našoj moći kako se naši građani više nikad ne bi našli u situaciji u kojoj nedostaje osnovnih lijekova i medicinske opreme. Jačanje Europske agencije za lijekove prvi je korak ka tome.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Beprecedentė pastarųjų metų sveikatos krizė išryškino Sąjungos ir valstybių narių sunkumus kovojant su visuomenės sveikatos kritine padėtimi ir parodė, kad siekiant veiksmingiau valdyti sveikatos priežiūros paslaugų prieinamumą, reikėtų sustiprinti nacionalinės sveikatos apsaugos vaidmenį, tam kad vaistai ir medicinos prietaisai būtų lengviau prieinami. Tai taip pat svarbu rengiant medicininės atsako priemones kovai su visuomenės sveikatai kylančiomis grėsmėmis nuo pat jų pradžios, užtikrinant Sąjungos, nacionalinių ir regioninių kompetentingų institucijų, pramonės atstovų ir kitų farmacijos ir medicinos priemonių tiekimo grandinių dalyvių, įskaitant sveikatos priežiūros specialistus, bendradarbiavimą ir veiklos koordinavimą. Sąjunga turi teikti pirmenybę sveikatai, užtikrinti nenutrūkstamą aukštos kokybės sveikatos priežiūros paslaugų teikimą ir pasirengti kovai su epidemija ir kitomis sveikatos grėsmėmis. Sąjungos gebėjimą tai padaryti smarkiai apsunkino aiškiai apibrėžtos reagavimo į pandemiją valdymo teisinės sistemos nebuvimas, netinkami jos sveikatos agentūrų ištekliai, taip pat ribotas Sąjungos ir valstybių narių pasirengimas ekstremaliajai visuomenės sveikatos situacijai, kas liečia daugumą valstybių narių. Būtina atkreipti dėmesį į vaistų trūkumą, kuris kelia vis didesnę grėsmę visuomenės sveikatai ir daro rimtą poveikį sveikatos sistemoms ir pacientų teisei gauti tinkamą gydymą. Reikia tai pakeisti galvojant apie pacientų gerovę.

16. Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Grace O'Sullivan, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on the proposal for a Decision of the European Parliament and of the Council on a General Union Environment Action Programme to 2030 (COM(2020)0652 – C9-0329/2020 – 2020/0300(COD)) (A9-0203/2021).

Grace O'Sullivan, rapporteur. – Madam President, today is the culmination of many months of hard work. I owe a debt of gratitude to those who have been involved with myself and my team in compiling this report. It has been a process helped by valuable input from shadow rapporteurs and their teams, as well as other MEPs, NGOs and civil society groups. With their support, I now bring to this chamber what I consider to be a balanced and ambitious report.

The eighth Environment Action Programme has the potential to play an important role in decision-making on the environment over the next decade – the critical decade for environmental action. Nobody knows that more than our Greens adviser Joanna Sprackett and my assistant Rose Ní Chleirigh. They have both worked on this report with dedication, professionalism and commitment.

Honourable Members, I hope today that you too can show commitment. With this report, I call on you to face the real urgency for strong, effective environmental legislation in the EU and vote to support this report in its entirety.

In November 2019, we in the European Parliament declared a climate and environment emergency. Since that headline-grabbing moment, in this same Parliament, we've heard countless lofty claims on tackling that emergency. We hear speeches that would give the great orators of history a run for their money. Speeches and declarations and grandiose plans that at face value would have us all believing that the climate and environment emergency is in hand, and that we'll soon see, as the saying goes – everything rosy in the garden.

But as another saying goes – talk is cheap. We need less talk, more action and real change. We need immediate, comprehensive and sustained environmental action. But we also need more. We urgently need systemic change!

The EU's Environment Action Programme to 2030 can help deliver on those ambitions. It can help deliver in a way that is not loosely rooted in shallow rhetoric and empty promises. As a field ecologist, I recognise the biological and symbolic reality that shallow roots equal instability. This report has deep roots. This report is not just talk. It makes for far-reaching decade-long legislation that will help spur real action and systemic change. There is nothing shallow in the report's long-term priority objective for 2050 at the latest: for citizens to live well within planetary boundaries.

This report is on track with six environmental priorities for the EU from now to 2030: climate mitigation, climate adaptation, transitioning to a circular economy, achieving zero pollution, protecting and restoring biodiversity, and reducing the EU's production and consumption footprint. These are essential requirements in the fight for a future. If we want to survive, the time to act is now. We have just a few short years of time, of hope. Unless we take ownership for our actions and make decisive moves today, humanity's future on planet earth is in jeopardy.

This report is constructive and ambitious around areas that have the potential to be transformative in people's lives. GDP, for example, is not a meaningful measure of human and ecological wellbeing, and we know that the aim of eternal economic growth is fundamentally unsustainable. This report, therefore, puts forward a bold and timely proposal on transitioning beyond GDP to a sustainable wellbeing economy that puts the wellbeing of people and the planet at the heart of policy and decision-making.

We also tackle the subject of environmentally harmful subsidies. We are engaged in useless tasks of running around in circles if we continue with contradictory talk of ambition, talk of reaching the SDGs, talk of living within the planetary boundaries while at the same time incentivising practices that are wrecking the planet.

It's simply wrong for governments to spend massive amounts of money on activities that heat the planet and destroy nature. Article 3 of this report sets concrete deadlines for ending all environmentally harmful subsidies in the EU, including fossil fuel subsidies. Deadlines that will bring certainty, predictability and accountability.

Finally, the Commission presented the monitoring framework as the real added-value of the eighth Environmental Action Programme. But we know that monitoring is only effective if it goes hand in hand with political accountability. For this reason, Article 4 of this report lays down a monitoring – and governance – mechanism to ensure that progress made towards the Programme's objectives is examined and discussed by political leaders every year, with corrective measures implemented when needed.

Science tells us that we have just a few years before irreversible and catastrophic damage is done to our life-support system on earth. We need to get this planet back on a path to recovery, and for that to happen we need environmental protection, conservation and restoration on a massive scale, which must be part of broader systemic change.

A vote for the full report that was adopted in the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) is a vote for a serious, genuine conviction, and commitment to get us out of this crisis and ensure the survival of life on our planet and into the future.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, let me first of all thank the rapporteur, Ms O'Sullivan, and of course all the shadow rapporteurs and the entire Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI), as well as the opinion-giving Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI) and the Committee on Transport and Tourism (TRAN) for their important work and efforts on this file over the last weeks and months.

Environment action programmes (EAPs) have guided the development of EU environmental policies since the early 1970s. The previous programme, the 7th EAP, expired at the end of 2020 and the Commission's proposal for the next EAP, which we adopted in October last year, now covers the next decade until 2030. Its vocation is to accelerate the Union's transition to a climate-neutral, resource-efficient, clean and circular economy in a just and inclusive manner. The 8th programme also sets a long-term priority objective for 2050 to ensure well-being for all, while staying within the planetary boundaries, and promotes a regenerative economy that gives back to the planet more than it takes.

It reflects our joint commitment to the European Green Deal, which outlines the EU's environmental and climate objectives. As such, it's another important building block in our efforts to deliver on the commitments made in the European Green Deal and on the Sustainable Development Goals (SDGs). The 8th EAP proposes a deal to all our institutions. It supports the delivery of the Union's environmental and climate objectives with a focus on implementation at all levels of governance and on the monitoring of progress.

My services and I have closely followed the discussions on the Commission proposal for the next EAP so far, and we take good note of the amendments tabled in view of tonight's and tomorrow's plenary vote. While formally reserving the Commission's position at this stage of the legislative procedure, I would nevertheless like to share with you some general remarks.

The Commission very much appreciate your efforts to respect the lean approach we propose and to ensure that the priority objectives for this decade are ambitious, yet focused. We will carefully analyse the additional ideas you propose to support the green transition taking root on the ground. Some avenues you suggest are already under way, such as the mainstreaming of the SDGs into our better regulation policy and instruments. In our Better Regulation communication from April of this year, we committed to identify relevant SDGs for each proposal and to examine how a new initiative will support their achievement. Links to the SDGs will be included from evaluations and impact assessments.

Looking at some of your amendments related to the enablers and legally binding commitments or actions the Commission shall take, I need, however, to be very clear. We must be careful about the legal basis of the proposal, which is limited to environment and climate policies. This means the 8th EAP cannot cover questions for which the Treaty provides a dedicated legal base, and it goes without saying that the provisions of the 8th environmental action programme should also be without prejudice to the Commission's right of initiative, which is enshrined in our Treaties.

I acknowledge Parliament's efforts to identify an alternative option on the mid-term review than the one proposed by the Council, but still we have to be cautious not to go too far in prescribing what the next Commission, after 2024, has to do, how and when.

We also appreciate your strong interest in monitoring of progress and your call to clarify the articulation between the different tools to monitor progress towards our environmental and climate objectives. We take note that you propose a further cross-cutting tool. It's important to discuss the purpose and the use of each of these tools in order to avoid any duplication.

In the context of the upcoming trilogues, we will therefore be particularly interested in better understanding what exactly you aim to capture with the set of Beyond GDP indicators, as those could be numerous depending on the definition of Beyond GDP.

Finally, let me recall that the main rules guiding the relations between the Commission and the co-legislators are set out in the interinstitutional agreement on better law-making, which defines the boundaries of the relationship between our institutions. This also includes issues like impact assessment and stakeholder consultation or annual and multiannual interinstitutional programming. The 8th EAP should therefore be in line with our interinstitutional agreement and not include further commitments going beyond.

Honourable Members, I look forward to listening to your views and comments tonight, and I can reassure you that the Commission is ready to discuss with the co-legislators and play its role as an honest broker during the upcoming trilogues.

Rovana Plumb, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Madam President, I would like to thank our rapporteur Grace O'Sullivan and underline the very good cooperation between the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, the Committee on Agriculture and Rural Development and the Committee on Transport and Tourism, ensuring an ambitious EP position on the Eighth Environment Action Programme (EAP) in view of the interinstitutional negotiations.

The Eighth EAP aims to set out a framework for EU environmental and climate policy actions, and a monitoring system until 2030, based on the European Green Deal, to guarantee that the EU is on track with climate neutrality by 2050 at the latest and achieve its 2030 biodiversity strategy towards a sustainable well-being economy within planetary boundaries. These are ensured by the active engagement of all stakeholders at all levels of governance, mainstreaming gender, contributing to reach the European pillar of social rights, the UN SDGs and the due diligence concept.

Pär Holmgren, *föredragande av yttrande från jordbruksutskottet*. – . Fru talman! Ett mycket stort tack till min kollega Grace O'Sullivan för arbetet med det här betänkandet.

Programmet föll lite grann i skuggan av Green deal hos kommissionen. Det är synd. Vi vet att lagstiftning väger tyngre än strategierna i Green deal, och vi har också sett på andra politiska områden hur strategier och själva lagstiftningen inte alltid går hand i hand. Jag hoppas verkligen därför att kommissionen och rådet tar med sig de förslag på förbättringar i betänkandet som min kollega Grace O'Sullivan har tagit fram.

Till skillnad från kommissionens förslag betonar vi systemförändringar och helhetsperspektiv och uppmanar ju kommissionen att utveckla indikatorer bortom BNP. Vi behöver verkligen ha metoder för att mäta ekonomiska framsteg, hur de är kopplade till både vårt, människors, välbefinnande, men också planetens välbefinnande. Vi måste ha det för att kunna lyckas med alltifrån Agenda 2030, Parisavtalet, FN:s konvention om biologisk mångfald och så vidare. Ekologin ska vara grunden för ekonomin och inte tvärtom.

För att göra handlingsprogrammets namn rättvisa ska det heller inte bara vara en övervakningsmekanism som bidrar med information. Det måste också vara framåtblickande, innehålla konkreta handlingar, verktyg som identifierar problem och lösningar och bidrar till en förändring, en förändring på riktigt.

Agnès Evren, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, à son arrivée à la tête de la Commission européenne, la présidente von der Leyen avait fait de la lutte contre le réchauffement climatique et de la protection de l'environnement une priorité absolue. Je suis ravie que nous puissions voter demain ce 8e plan d'action pour l'environnement. Je remercie d'ailleurs tous les négociateurs avec lesquels nous avons eu, en permanence, une négociation très constructive sur ce texte.

Ce programme d'action est une pierre de plus apportée à la mise en œuvre du pacte vert européen. Il correspond à une approche sérieuse de l'action environnementale, une approche qu'avec mes collègues du PPE, ainsi que Peter Liese, nous défendons sans relâche. Pour fixer des objectifs, il faut, en amont, savoir s'ils sont réalisables et ensuite, sur la base de données scientifiques, évaluer notre progression dans leur mise en œuvre. Ce programme d'action servira à évaluer ces avancées. Le principe d'une révision à mi-parcours que nous introduisons dans ce texte est d'ailleurs essentiel puisqu'il permettra d'ajuster nos actions en fonction de ce qui aura déjà été réalisé.

Nos objectifs sont nombreux et le plus important d'entre eux – la neutralité carbone pour 2050 – demande des efforts considérables. L'annonce imminente par la Commission européenne du paquet climat en sera d'ailleurs l'une des illustrations les plus marquantes. Plus de dix textes législatifs devront être modifiés ou créés afin que ces objectifs deviennent réalité. Il est d'ailleurs parfois assez facile de s'y perdre! Mais, grâce à ce programme d'action, nous aurons une sorte de boussole jusqu'en 2030 afin que nos résultats correspondent enfin à nos objectifs. Il permettra à l'Union européenne de créer les conditions propices à une croissance durable dans les limites planétaires pour que la transition écologique crée de nouveaux emplois et participe au bien-être de nos citoyens.

C'est pourquoi, mes chers collègues, je voterai naturellement avec mon groupe, le PPE, ce texte, et je vous invite à faire de même.

Δημήτρης Παπαδάκης, *εξ ονόματος της ομάδας S&D*. – Κυρία Πρόεδρε, στο πλαίσιο του 8ου Προγράμματος Δράσης για το Περιβάλλον, πρέπει να είναι γρήγορη και δίκαιη η μετάβαση της Ένωσης σε μια κλιματικά ουδέτερη και χωρίς αποκλεισμούς οικονομία. Πρέπει επίσης να επιτευχθούν οι περιβαλλοντικοί στόχοι της Ατζέντας 2030 των Ηνωμένων Εθνών και αυτοί της αειφόρου ανάπτυξης. Το πρόγραμμα αποτελεί ένα φιλόδοξο στρατηγικό εργαλείο υψηλού επιπέδου υπό την καθοδήγηση της περιβαλλοντικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης έως το 2030. Πρέπει να περιλαμβάνει τις δράσεις και τους στόχους της Ευρωπαϊκής Πράσινης Συμφωνίας και τους στόχους της βιώσιμης ανάπτυξης. Παράλληλα, θα πρέπει να παρακολουθεί στενά την πρόοδο για επίτευξη των στόχων. Μέχρι το 2050 το αργότερο, οι άνθρωποι θα πρέπει να ζουν καλά, εντός των πλανητικών ορίων, σε μια ευημερούσα και βιώσιμη οικονομία, όπου τίποτα δεν θα σπαταλάται. Ένα καθαρό περιβάλλον θα διασφαλίζει την υγεία των ανθρώπων. Η βιοποικιλότητα και τα οικοσυστήματα θα ευδοκούν και η φύση θα προστατεύεται. Θα υπάρχει έτσι ενισχυμένη ανθεκτικότητα στις κλιματικές αλλαγές, στις φυσικές καταστροφές και σε άλλους περιβαλλοντικούς κινδύνους. Ως S&D, διασφαλίσαμε τη συμπερίληψη κοινωνικών ζητημάτων, όπως αναφορές στη μείωση των ανισοτήτων. Διασφαλίσαμε επίσης ότι τα μέτρα που λαμβάνονται για την επίτευξη των στόχων του 8ου Προγράμματος θα εκτελούνται με τρόπο κοινωνικά δίκαιο και χωρίς αποκλεισμούς. Προστασία λοιπόν του περιβάλλοντος και παράλληλα ασπίδα στα κοινωνικά δικαιώματα.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, señor comisario, en primer lugar, quiero agradecer el trabajo de la ponente y la excelente colaboración que ha tenido con todos los responsables de este importante proyecto sobre el programa marco de medio ambiente.

Durante más de cuarenta años los programas marco han guiado la política ambiental de la Unión Europea, pero este octavo programa marco es diferente, porque asume los objetivos climáticos del Pacto Verde Europeo y, por lo tanto, su continuidad, también, después de 2024.

Este programa marco asume que la pérdida de biodiversidad, el cambio climático, la contaminación y prácticas insostenibles como los subsidios perjudiciales para la naturaleza están poniendo en peligro las generaciones actuales y las futuras. Y por eso, tenemos que actuar, y actuar rápidamente. Es verdad, comisario, que con cautela, pero también con mucha eficacia. Porque este programa marco, por ejemplo, refuerza compromisos pasados y fracasados, como poner fecha a la eliminación de todos los subsidios directos e indirectos perjudiciales para la naturaleza. Pero quiero recordarle que el séptimo programa marco ponía la fecha de 2020. Poner fecha no es garantía de éxito. Por lo tanto, actuemos de forma diligente.

Este informe refuerza la interconexión entre las políticas de medio ambiente y las políticas de salud y clima. No hay ciudadanos sanos en un planeta enfermo, no hay economía sana en un planeta enfermo. La naturaleza aporta más de la mitad del PIB mundial. Por lo tanto, tendemos la mano para poder trabajar y fortalecer este texto.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Marie Toussaint, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, ce 8e programme d'action pour l'environnement doit porter un coup d'arrêt à la mise en danger de la sûreté de la planète. Climat, océans, biodiversité: à l'échelle internationale, comme ici en Europe, quatre des neuf limites planétaires sont dépassées. L'alerte sonnée par les scientifiques nous a certes conduits à adopter les objectifs de développement durable, mais la course à la croissance infinie du PIB sur une planète pourtant finie reste l'alpha et l'oméga des politiques européennes.

Nous devons aller plus loin, car si nous ne cessons d'appeler à ce que le respect des limites planétaires guide notre action, nous n'avons toujours pas suffisamment investi dans la recherche afin d'obtenir les outils scientifiques appropriés pour les limites planétaires, que nous pourrions croiser avec le respect de droits sociaux devenus contraignants. Nous le savons, il n'y aura pas de respect des limites planétaires sans un changement profond de notre économie et de notre gouvernance. Il faut intégrer les limites planétaires dans nos traités, et déjà dans le semestre européen. Voilà déjà près de vingt ans que le PIB est remis en cause comme seul indicateur d'efficacité des politiques publiques. Tournons-nous enfin vers une société de l'harmonie avec le vivant et du bien-être.

Gianantonio Da Re, a nome del gruppo ID. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'ottavo programma d'azione per l'ambiente costituisce la base del principale obiettivo della politica ambientale dell'Unione europea, ovvero l'azzeramento delle emissioni di gas ad effetto serra entro il 2050.

Per raggiungere la neutralità climatica, il testo in discussione prevede una sorveglianza serrata sui progressi compiuti dai singoli membri ed un uso rapido e sistematico delle procedure d'infrazione nei confronti degli Stati che non si adeguano alla tabella di marcia imposta dalla Commissione.

A questo si aggiunge l'eliminazione graduale di tutti i sussidi diretti e indiretti ai combustibili fossili a livello nazionale, regionale e locale entro il 2025. Le proposte contenute in tale testo, seppur ambiziose, non sono però condivisibili. Le nostre aziende, già duramente colpite dalla pandemia e senza sussidi, subirebbero un ulteriore danno economico e un'inevitabile perdita di competitività rispetto a paesi come la Cina, l'India, gli Stati Uniti, che non condividono lo stesso obiettivo climatico.

In questo momento le nostre imprese non devono essere soffocate da ulteriori vincoli, ma devono essere supportate da adeguati aiuti economici per salvarle dal fallimento, il che vuol dire salvare tanti, tantissimi posti di lavoro.

Anna Zalewska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Zacznę od podziękowań dla sprawozdawczynie. Jej wysoka kultura osobista powodowała, że o bardzo trudnych sprawach rozmawialiśmy bardzo merytorycznie.

Chcę wskazać na te elementy, gdzie zostaliśmy przy swoich stanowiskach, na to, na co nie możemy się absolutnie zgodzić. Po pierwsze, w wielu miejscach 8. ogólny plan jest zbyt szczegółowy. Nie wyznacza kierunków, ale zajmuje się bardzo konkretnymi rozwiązaniami, jak na przykład wprowadzenie do tego ogólnego planu zapisów taksonomii. To jest osobny dokument, zostawmy, żeby funkcjonował oddzielnie. Oprócz tego jest ingerencją w traktaty, pozwala Komisji czy nakazuje Komisji, żeby ingerowała w budżety krajów członkowskich – na to nie możemy się zgodzić. Jednocześnie w wielu miejscach jest agresywny. Rozmawialiśmy o tym, że wtedy kiedy obywatele będą z nami, uda nam się zrealizować cele słuszne, o których pani sprawozdawczynie tutaj mówiła, ale nie możemy powiedzieć obywatelom Europy, Polakom i Polkom, że oto do 2025 roku mamy zamknąć wszystkie energetyczne, energochłonne zakłady i przedsiębiorstwa, bo tak mówimy, zakazując subsydiów do 2025 roku.

Na końcu to, na czym nam bardzo zależy: poprawka mówiąca o tym, żeby wszystko było jasne i przejrzyste. Stąd pomysł, żeby zobaczyć, ile wydaliśmy pieniędzy, ile jeszcze potrzebujemy i czy aby te wydawane pieniądze były wydawane efektywnie.

João Pimenta Lopes, em nome do Grupo The Left. – Senhor Presidente, desde a década de 70 que a União Europeia tem definido orientações de política ambiental através de programas de ação no domínio do ambiente. Programas esses, que têm integrado considerações positivas em áreas essenciais da política ambiental, como sejam a biodiversidade, o clima ou os solos, mas também a política comercial ou o acesso à justiça, entre outras.

Também a questão social tem que ser considerada. Para todas estas questões são necessárias medidas concretas e a posição do Parlamento, que hoje debatemos, contribui para isso. Os elementos positivos que daqui possam resultar confrontam-se com as políticas da União Europeia de cunho neoliberal e mercantilista, que esta proposta não rejeita. São disso exemplo as perversas e ineficazes abordagens de mercado que consagram o direito a poluir, como o comércio de emissões. Muitos outros exemplos poderiam ser recordados.

Uma abordagem séria dos problemas ambientais exige uma sociedade que se oriente para a satisfação das necessidades humanas e não para o lucro.

Edina Tóth (NI). – Elnök Úr! Európa példátlan környezetvédelmi és éghajlati kihívásokkal néz szembe, amelyek a jövőnket fenyegetik. Míg környezetvédelmi vitákra mindössze egy óra jut a mostani plenáris héten, addig ezzel szemben számos tagállami hatáskörrel bíró kérdés került fel az EP napirendjére. Parttalan politikai viták vannak alaptalan jogállamisági kérdésekről, és többórás vitát láthattunk a liberális igények szerint átértelmezett, tagállami hatáskörbe tartozó, magyarországi gyermekvédelmi intézkedésekről.

Tisztelt Elnök Úr, a magyar polgárok ezen viták helyett az Uniótól tisztább környezetet és tisztább levegő garantálását biztosító cselekvéseket szeretnék. Az Európai Bizottság legfrissebb felmérése szerint tízből kilenc ember az éghajlatváltozás kérdését tartja a legsúlyosabb problémának. Vállalnunk kell tehát a felelősséget, és fel kell gyorsítanunk a zöld átállást.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen wirklich entschlossen, aber auch klug handeln, um unsere Umwelt zu schützen. Ich bedanke mich bei allen, die an dem vorliegenden Bericht mitgearbeitet haben, für die EVP vor allen Dingen Agnès Evren. Die erste Priorität im neuen Umweltaktionsprogramm ist zu Recht das Ziel, die Klimaneutralität in der Europäischen Union herzustellen.

Wir sind die erste Generation, die schon unter den Folgen des Klimawandels leidet. Da müssen wir nur in unsere Wälder schauen, aber auch auf die Ausbreitung der Wüsten in vielen Teilen der Erde und vieles andere. Wir sind die letzte Generation, die den Klimawandel noch nachhaltig stoppen kann, weil es gefährliche Punkte gibt, Kipppunkte im Klimasystem. Und wenn wir das jetzt nicht hinkriegen, dann werden unsere Kinder und Enkelkinder den Klimawandel wahrscheinlich nicht mehr unter Kontrolle halten können.

Deswegen ist es gut, dass die Kommission nächste Woche ihren Vorschlag für *Fit for 55* machen wird. Und ich appelliere im Namen der EVP, dass wir da vor allen Dingen auf Marktwirtschaft setzen, auf Anreize, auf einen sozialen Ausgleich. Wir wollen das Emissionshandelssystem als Kern der europäischen Klimapolitik. Ordnungsrecht ergänzend ja, aber wer nur auf Ordnungsrecht setzt, der hat auch sehr, sehr viele Kosten. Und er hat keine Möglichkeit, europäisch die Belastungen auszugleichen.

Deswegen denke ich: Anreize, Marktwirtschaft, Kreativität jedes Einzelnen, das ist der Weg – und nicht zu viele Vorschriften aus Brüssel.

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! EU som region är världsledande i politik för att skydda vår natur och vår miljö. Det är en viktig tradition att vi sedan 70-talet haft miljöhandlingsprogram som styråra för miljöpolitiken.

För åttonde gången ska vi nu anta ett sånt program och det ska guida oss rätt. Det ska måla upp visioner och följa upp att alla parter tar sitt ansvar. Vi måste nu öka takten genom den gröna given. Vi måste också uppfylla FN:s hållbara utvecklingsmål.

Jag är därför glad att EU-parlamentet nu tar en progressiv roll inför slutförhandlingarna med medlemsstaterna. I dag tar vi ställning för nya indikatorer för välmående, bortom BNP. I dag tar vi kampen för ett slutdatum för användning av skattemedel till fossila subventioner redan 2025. I dag tar vi ett stort steg för den rättvisa omställningen till den hållbara välfärdsekonomin.

Emma Wiesner (Renew). – Mr President, dear colleagues, and Europe: this is the first time I speak to you in this Parliament. And I will address what concerns me the most: I will address climate change.

With 73% of fossil energy in Europe's energy system, this environmental action programme that we have in front of us today gives us a unique chance to end the fossil subsidies and end a fossil era. And I have a clear message to give to you today, and let me be very clear:

(The speaker remained silent for 30 seconds.)

No more words can save us now – we need climate action.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, liebe Grace! Das 8. - Umweltaktionsprogramm ist das Instrument, mit dem wir die Umsetzung des *Green Deal* überwachen, und deshalb ist es so wertvoll, dass nicht nur die planetaren Grenzen im Text stehen, dass nicht nur Kriterien für naturbasierte Lösungen aufgenommen wurden, dass nicht nur der *One Health approach* angesprochen wird, also ein holistischer Blick auf Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt.

Der wichtigste Punkt aus meiner Sicht ist, dass die Aufnahme der Kosten des Nichthandelns in die Folgenabschätzung zu unseren Gesetzesvorschlägen hineingekommen ist. Denn bislang ist der Erhalt der Überlebensgrundlagen ein reiner Kostenfaktor – als gäbe es saubere Luft, trinkbares Wasser, fruchtbare Böden zum Nulltarif. Dabei hat das Umweltbundesamt in Deutschland schon vor Jahren Schadenskosten errechnet: Jede Tonne CO₂, die wir heute emittieren, verursacht im Jahr 2100 Schäden von circa 640 Euro.

Und es ist an der Zeit, dass wir solche Schäden, die wir unseren Kindern und Kindeskindern hinterlassen, endlich in Euro und Cent ausdrücken. Denn nur mit dieser Sprache kommen wir in der Marktwirtschaft, die wir haben, auch voran.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Panie Przewodniczący! Ósmy z kolei program dla środowiska mający obowiązywać do 2030 roku ma na celu przyspieszenie przejścia na neutralną dla klimatu zasobooszczędną, czystą gospodarkę o obiegu zamkniętym w sprawiedliwy sposób sprzyjający włączeniu społecznemu oraz osiągnięcie celów środowiskowych ONZ-owskiej agendy 2030 i jej celów zrównoważonego rozwoju. Choć ten cel wydaje się zasadny, to próba zawarcia w sprawozdaniu konieczności wycofania wszystkich dotacji dla paliw kopalnych na szczeblu unijnym, krajowym, regionalnym i lokalnym najpóźniej do 2025 r. sprawia, że sprawozdanie jest nieakceptowalne z punktu widzenia takich państw jak Polska, gdzie paliwa kopalne stanowią dziś dużą część miks energetycznego, a gaz ma być w najbliższych latach środkiem pomostowym do szerszego wykorzystania odnawialnych źródeł energii w przyszłości. Dlatego będę głosował przeciwko rozwiązaniom zawartym w sprawozdaniu.

Πέτρος Κόκκαλης (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, πιστεύω ότι όλοι έχουμε πια καταλάβει ότι η κλιματική φιλοδοξία είναι απαραίτητη σε όλους τους τομείς πολιτικής. Η ομολογούμενη αποτυχία του 7ου Προγράμματος μας κάνει σήμερα πιο απαιτητικούς. Αυτό το νέο δεκαετές πρόγραμμα είναι η τελευταία μας ευκαιρία, μιας και οι ίδιες οι δικές μας αρμόδιες επιστημονικές υπηρεσίες μάς έχουν επανειλημμένα προειδοποιήσει ότι καθυστερούμε τη λήψη μέτρων και ότι αυτό θα οδηγήσει σε εκτεταμένη και αμετάκλητη καταστροφή των οικοσυστημάτων που στηρίζουν την ανθρωπότητα. Η συστημική αλλαγή στην οικονομία είναι αυτή που θα εγγυηθεί την ευημερία, σεβόμενη τα πλανητικά όρια και την κοινωνική συνοχή, οδηγώντας σε μια ανάπτυξη ανατροφοδοτική που θα διασφαλίζει ότι η μετάβαση θα γίνει με τρόπο δίκαιο και χωρίς αποκλεισμούς. Για την Αριστερά, το τέλος όλων των περιβαλλοντικά επιβλαβών επιδοτήσεων, συμπεριλαμβανομένων των ορυκτών καυσίμων, είναι άμεση προτεραιότητα, όπως επίσης και η δημιουργία δεικτών ευημερίας πέραν από το ΑΕΠ. Κύριε Επίτροπε, ανησυχώ ότι δεν είμαστε αρκετά φιλόδοξοι, γι' αυτό σας παρακαλώ να ακούσετε σήμερα το Ευρωκοινοβούλιο και να συμμεριστείτε τις θέσεις του για το νέο πρόγραμμα δράσης. Τέλος, ευχαριστώ την κυρία O'Sullivan για την εξαιρετική της έκθεση, η οποία ελπίζω να μην επιστρέψει κι αυτή αγνώριστη από τον τρίλογο.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, caros Colegas, não há conquistas sem uma boa estratégia e sem uma boa execução. Ambas são determinantes para atingir os objetivos. A estratégia europeia *European Green Deal*, ou o acordo verde, é uma estratégia muito boa e muito completa, mas que precisa de instrumentos de operacionalização e execução igualmente bons para podermos alcançar os nossos objetivos.

Um destes instrumentos é o que discutimos aqui hoje: o Programa Geral de Ação da União para 2030 em matéria de ambiente. Os objetivos são ambiciosos, mas exequíveis. Ao contrário do que extremistas como os reacionários negacionistas ou os terroristas ambientalistas pretendem, o Programa permite compatibilizar o crescimento com o respeito pelo ambiente, trabalhando para desacoplar o crescimento económico do uso de recursos e introduzindo o conceito da economia de bem-estar sustentável.

Será também um instrumento para a proteção da biodiversidade, a ambição de poluição zero e, naturalmente, a neutralidade climática. Além disso, fornecerá os dados ambientais climáticos relativos aos esforços globais da União Europeia necessários para avaliar os progressos alcançados e permitirá que os decisores políticos e todos os europeus saibam se a União e os seus Estados-Membros se encontram no bom caminho para atingir os resultados prometidos.

De nada serve uma boa ideia se for mal executada na prática. Este programa tem a enorme importância de ser a tradução concreta das nossas ambições ambientais e climáticas.

Delara Burkhardt (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um den *Green Deal* zu beschreiben, passt das Bild der Wassermelone ganz gut: außen grün und innen rot. Auf den ersten Blick geht es um Klimaziele, Artenschutz, Luftverschmutzung. Aber ein Blick unter die Schale zeigt: Es geht auch um sozialen Fortschritt. Unser Wirtschaften ist eng mit dem Klimawandel, dem Artensterben und der Umweltverschmutzung verbunden. Gleichzeitig wachsen soziale Ungleichheiten.

Der *Green Deal* zeigt schon mal, dass es anders gehen kann. Er ist die Vision eines Europas, in dem alle Menschen gut leben können – innerhalb der planetaren Grenzen. Er legt wichtige Grundsteine, aber wir brauchen das neue Umweltaktionsprogramm, um die EU über diese Legislatur hinaus auf Kurs zu halten – mit sozialen, ökologischen Zielen und Mechanismen zur Überprüfung und Nachsteuerung.

Es war wichtig, den Kommissionsvorschlag deshalb hier genau nachzuschärfen: Nicht erneuerbares Wachstum, sondern menschliches Wohlergehen, Gesundheit und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen wir in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Martin Hojsík (Renew). – Mr President, the ambitious Green Deal needs an ambitious environmental action programme, because indeed we have a problem. If you look at it from economic perspective, can you imagine running the European Monetary Union on a 300% deficit? That's what we're doing with the planet. And I think this is where we really need to act on a number of fields.

I want to point out one in particular, and that is soils. And I would like to also emphasise that even here in the environmental action programme, in a legislative text, the Parliament calls for a binding legal framework for soils because it's one of the elements that is missing, and I think this is something which we need for biodiversity, the climate, hazardous chemicals, for supporting our farmers.

To be able to deliver on the action programme we also need sufficient resources of the Commission. And that's something that is lacking, not only at the Commission, but also at the agencies. So we have the solid science and we have the capacity to not only make the rules, but to deliver and monitor them.

So I hope that, not like today, tabling amendments for more resources, next year we will see a sufficiently resourced Commission to deliver on this action programme.

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Mr President, I congratulate the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) and my colleague Grace O'Sullivan on the excellent work they have done on this report. They have improved a lot and done a great job with the Commission's proposal.

The Eight Environment Action Plan covers a crucial decade. This is our decade to get it right, to start living within the planetary boundaries in all our policies, in all fields of the environment. The International Energy Agency has estimated that to reach our rising demand for electricity and greening our energy systems, we might require as much as USD 131 trillion investment in renewables by 2050. Thirty-seven percent of the EU's Recovery and Resilience Facility should be invested in climate actions but this will clearly not be enough. At the same time, fossil fuels are still being subsidised by EUR 50 billion every year. So, dear colleagues, I urge you all to vote for the ENVI report in its entirety, calling for the phasing out of fossil fuel subsidies by 2025 and other environmental harmful subsidies by 2027.

Andżelika Anna Moźdzanowska (ECR). – Panie Przewodniczący! Dbałość o środowisko dla dobra przyszłych pokoleń to nasz obowiązek i wielka odpowiedzialność – z tym zgadzamy się wszyscy. Jednakże ten 8. unijny program w zakresie środowiska do 2030 r., który zakłada bardzo ambitne cele w słusznej sprawie, wymaga w wielu aspektach poprawy, doprecyzowania i uzupełnienia. Bowiem w takim kształcie nie spełni on swojej roli.

Ważna jest kwestia bioróżnorodności, która jest naszym dziedzictwem. Tylko jej ochrona zapewni przyszłym pokoleniom możliwość korzystania z bogactwa przyrody. Brak spójności w dokumencie w odniesieniu do lasów i sektora leśnego wymaga uzupełnienia. Ważne jest wspieranie wielofunkcyjnej i zrównoważonej gospodarki leśnej, zachowanie równowagi między funkcjami przyrodniczym, społecznymi i gospodarczymi, a także wykorzystanie tego potencjału w realizacji założeń i ambicji zarówno środowiskowych, jak i klimatycznych.

Zwracam też uwagę na fakt, że cele priorytetowe powinny być uzupełnione wprost o kwestie dotyczące gospodarki odpadami, a definicje powinny być klarowne i bardzo precyzyjne. A tego po prostu brakuje. Duże wątpliwości budzą także mało precyzyjne wskaźniki, które nie wystarczą do opracowania kompleksowych ram monitorowania programu. Tworząc przepisy, musimy pamiętać o skuteczności i właściwym ich stosowaniu, bo regulacje z lukami dają duże możliwości nadinterpretacji i stosowania nadmiernych sankcji przez instytucje monitorujące ich wdrażanie.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, haluan aloittaa kiittämällä esittelijää. Tämä mietintö on varsin hyvä. Olette parantanut komission esitystä, kiitos siitä. Nostan esiin yhden lähtökohtaisen ongelman, joka ei tälläkään mietinnöllä vielä muutu. Eli kun ilmastonmuutoksen ratkaisemisen resepti lopulta on yksinkertainen – päästöt alas, nielut ylös ja rahavirrat tukemaan tarvittavaa ekologista jälleenrakentamista – emme tässäkään vielä vaadi talouden mekanismien muutoksia.

Mietintö esittää talouspolitiikan ohjausjakson ja sen prosessin pysymistä ennallaan. Jotta me saisimme sen tarvittavan systeemisen muutoksen, on talouden mekanismeihin voitava vaikuttaa. Ohjausmekanismiin sisältyy kasvu- ja vakaussopimus, joka pahimmillaan estää jäsenvaltioita tekemästä julkisia vihreitä investointeja. Alijäämälaskurin ulkopuolelle pitää voida jättää vihreät investoinnit ja panostukset tutkimukseen ja kehitykseen, jonka kautta syntyy niitä uusia innovaatioita, joita me tarvitsemme tämän kriisin ratkaisemiseksi.

Marlene Mortler (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Das Umweltaktionsprogramm bis 2030 ist eine wichtige Säule in unserem Kampf gegen den Klimawandel und für mehr Nachhaltigkeit. Und in dieser entscheidenden Dekade darf das Umweltaktionsprogramm nicht in erster Linie ein Überwachungsprogramm sein.

Innovative Lösungen sind gefragt. Mut zu zukunftsfähigen Inhalten statt Überschriften. In diesem Sinne brauchen wir auch eine realistische und pragmatische Vorgehensweise. Alle Akteure müssen miteinbezogen werden. Deshalb bin ich für ein holistisches Konzept. Keiner darf außen vor bleiben, vor allem nicht unsere Landwirtinnen und Landwirte. Die Potenziale der Land- und Forstwirtschaft, lieber Herr Kommissar, sowie die der einzelnen Akteure der Lebensmittelsysteme und Lieferketten müssen bei dieser systemrelevanten Branche berücksichtigt werden. Nur so ist ein echter und ehrlicher Wandel möglich.

Entfesseln wir also unsere vielfältigen Möglichkeiten in Europa!

Günther Sidl (S&D). – Herr Präsident, werter Herr Kommissar! Der Verlust an biologischer Vielfalt und der Klimawandel sind leider eindeutig dokumentiert, genauso wie die ständige Verseuchung unseres Wassers und unserer Böden durch Umweltgifte wie Pestizide. Wir müssen als europäische Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger konsequent die Risiken für unsere Gesundheit und unsere Ökosysteme verringern. Diesen Auftrag haben wir auch von so vielen Wählerinnen und Wählern bei der letzten Europawahl erhalten.

Leider haben wir bei den aktuellen Verhandlungen zur Agrarpolitik gesehen, dass gewisse Bereiche nicht den Beitrag leisten wollen – ein Denken der Vergangenheit, das meiner Ansicht nach falsch ist. Dieses Parlament ist aber dennoch ehrgeizig und fortschrittlich, und ich begrüße daher dieses Achte Umweltaktionsprogramm, das auf den *Green Deal* aufbaut. Und ich begrüße es auch, dass wir auf Messbarkeit und auf Nachvollziehbarkeit setzen. Denn wir können nichts verbessern, was wir nicht messen können und was wir nicht ständig messen und überprüfen. Das ist der ehrliche Weg für die Zukunft, und dieser wird sich auch bezahlt machen.

Pierre Karleskind (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chère collègue rapporteure Grace, nous connaissons l'urgence, celle d'agir pour le climat, d'agir pour nos océans – je vous rassure, je ne vais pas vous parler de pêche aujourd'hui –, pour nos écosystèmes.

Maintenant, il faut des actions concrètes, des actions tangibles. J'ai une minute simplement pour vous dire que dans l'avis de la commission «transports et tourisme», dans laquelle j'ai eu le plaisir de travailler, nous avons soulevé un levier d'action qui n'a pas été repris dans le rapport final. Je vais vous le redire ici: on parle transports, on parle modification des carburants, on parle nouvelles motorisations, mais il faut aussi parler de l'optimisation. Ça paraît peut-être assez anodin comme ceci, mais enfin, un camion qui ne roule pas parce qu'il n'a pas besoin de rouler pollue moins. Un bateau qui choisit une meilleure route, une voiture qui choisit une meilleure route... Je veux le rappeler ici.

Je sais en plus, Monsieur le Commissaire, la fascination et l'intérêt que vous portez pour l'innovation et je crois que nous sommes en plein dedans. Nous allons avoir un océan de données. Nous devons l'utiliser pour optimiser le transport. C'est aussi un levier que nous ne devons pas négliger et oublier.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Otóż, Szanowni Państwo, zielona polityka jest istotna. Jednak bardzo ważne jest to, żeby szybko zielona nie zamieniła się w czarną politykę, pełną ubóstwa, bezrobocia. Podam państwu przykład Polski. Otóż są tylko trzy stabilne źródła energii: gaz, atom i węgiel. I Państwo na przykładzie Polski mówicie tak: natychmiast trzeba zrezygnować z węgla. Nie chcecie finansować gazu, a co do atomu, to również uważacie, że może jest nieekologiczny. W takim razie pytam Państwa: jak państwo takie jak Polska ma zbudować swój system energetyczny? Ale Was to nie interesuje. Was interesuje tylko to, żeby uboższe państwo, jakim jest Polska, mogło szybko kupować energię elektryczną, żeby mogło kupować technologie od państw bogatszych. Ponieważ Państwa nie interesuje solidarność. Państwa interesuje uzależnienie, uzależnienie państw słabszych od państw bogatszych. W związku z powyższym wszystko pod pięknymi hasłami można schować. Wszystkim powinno zależeć na energii, ale, proszę Państwa, najważniejsze dzisiaj jest to, żeby z zielonej polityki nie zrobić polityki, nad którą wiele osób będzie płakać, zamiast się z niej cieszyć.

César Luena (S&D). – Señor presidente, señor comisario, felicidades a la ponente y a los ponentes alternativos.

En primer lugar, celebro que se recoja de nuevo la petición, la necesidad de que la Comisión presente una propuesta legislativa para la protección y el uso sostenible del suelo. Es el tercer dossier en menos de tres meses que recoge esta necesidad, así que, señor comisario, el mensaje del Parlamento es muy claro.

En segundo lugar, en 2025 no tiene que haber más subvenciones a los combustibles fósiles y en 2027 se tienen que eliminar los subsidios que perjudican al medio ambiente. No hagamos lo mismo que en el Séptimo Programa, que establecía la eliminación gradual para 2020, pero nunca lo hicimos.

En tercer lugar, tiene que haber objetivos vinculantes en relación con la reducción de la huella material y de consumo de la Unión y del uso de materias primas originales.

Y, por último, celebro que el texto recoja la necesidad de elaborar un conjunto de indicadores que vayan más allá del PIB antes del 30 de junio de 2023. El progreso social tiene que tener en cuenta otros parámetros, como son la salud, un clima estable, un medio ambiente saludable, ecosistemas prósperos, y no solo el crecimiento económico.

Vayamos adelante, señor comisario.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you very much for your encouraging interventions and for this very interesting debate tonight. I have taken a very good note of your comments and of the large support around the draft report adopted by the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety and now tabled for adoption by this House.

Let me briefly reply to some issues you raised and complement some of the points I already mentioned in my introductory remarks. Many of you mentioned beyond GDP indicators. GDP is a key indicator of economic performance and essential in key policy fields. However, it cannot be the main indicator to measure societal progress, sustainability and resilience. We made much progress in developing alternative measurement. New concepts are being tested and increasingly used for policymaking at regional, national and international level. The OECD Wellbeing Index is a good example. At EU level, our new resilience dashboard developed as part of strategic foresight is nearly exclusively composed of beyond GDP indicators, and our work on an Eighth EAP monitoring framework will also provide a new opportunity. So technically we have come far and we are well equipped to go beyond GDP. Now it's up to us all to make this happen and to ensure that decisions on EU societal progress fully take into account the concerns of European citizens and capture sustainable development in its three dimensions.

Also, several of you mentioned targets to phase out fuel and energy subsidies. I took note of the interventions related to some of the targets you propose to include into the enabling framework or to commitments to establish such targets. Well, our proposal already included a general commitment to phase out environmentally harmful subsidies. We will look carefully into the question of whether new commitments are necessary, and if so, whether they should be included in the Eighth EAP or in dedicated sector-specific instruments.

Thank you once again for tonight's debate and for your work on this important file, and I truly look forward to successful negotiations in the coming months so that we can make swift progress and minimise the gap between the Seventh and the Eighth EAP. Our experts stands ready to start first technical discussions as soon as possible, after the adoption of Parliament's mandate for negotiations, to prepare for the first political trilogue in early September, and the Commission will of course assist the co-legislators throughout the process in order to facilitate an agreement.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione sugli emendamenti si svolgerà oggi, mercoledì 7 luglio 2021, e la votazione finale si svolgerà domani, giovedì 8 luglio 2021.

17. Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione su un nuovo spazio europeo della ricerca e dell'innovazione, presentata da Cristian-Silviu Buşoi, a nome della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia (O-000031/2021 - B9-0026/21) (2021/2524(RSP)).

Cristian-Silviu Buşoi, author. – Mr President, this European Research Area – initially launched in 2000 under the Lisbon Treaty – underwent its revitalisation process in 2018. It is an effort to create a single, borderless market for research, innovation and technology across the EU.

The objective of creating a genuine single market for research re-confirms the goal to realise an average research spending level of 3% of GDP. Research ministers reaffirmed their commitment to reaching the target by 2030.

Here we are, 21 years after its launch, in the aftermath of the COVID-19 pandemic: Europe faces extraordinary health, economic and social challenges.

Last year's communication set high ambitions for the new European Research Area (ERA), and it is very much welcomed. To further strengthen Europe's world-leading research, a strong ERA is essential, and must be based on research excellence, international collaboration, openness, inclusiveness and academic freedom. It should help fulfil the ambitions of the European Green Deal and industrial strategy. And this, of course, will be a great challenge.

The context having been set with the communication, the Committee on Industry, Research and Energy, which I have the honour to chair, has tabled an oral question with a motion for a resolution, on the matter of which I put forward several aspects for your consideration.

We'd like to underline the important role of that ERA played in research and innovation during the COVID pandemic, in finding multi-sectoral and transdisciplinary solutions to overcome the crisis. In this regard, we welcome the 'ERA versus Corona' action plan as an example of quickly defined and well-targeted action undertaken together with the Member States. We are concerned that improving the quality of such an innovation system is slowing down: it shows uneven progress across the Union.

The COVID pandemic has not only demonstrated the importance of research and innovation cooperation, but also of open science practices and infrastructures to rapidly deliver solutions to the most demanding societal needs.

While we welcome the inclusive approach of the Commission in aligning the ERA with the European Education Area and European industrial policy to foster synergies between the interdependent policies, this should lead to synergies, and not to more complexity in the European Research Area, the European Education Area or industrial policy.

In order to achieve our goals, we need to have a pact for research and innovation in Europe, and clear commitments by 2030 to increase public spending on research, innovation, and national public R&D funding.

We truly believe that one of the keys to success of significantly increased public spending on research and innovation lies in integrating different European, national and private funding streams, including convergence of funding through Horizon Europe, the Recovery and Resilience Facility (RRF), EU cohesion funds, and national R&D funding.

We think that the recovery plans and the Next Generation EU represent an opportunity to reinforce the knowledge triangle and strengthen skills, education and research. And we stress the need for more structured links with the initiatives to reinforce the European Education Area and European Innovation Area.

We call for an ambitious Horizon Europe, for widening participation and for the strengthening of an ERA package that supports collaboration between Member States in order to achieve a balanced access to excellence. We approve of the Commission's plans to improve access to excellence, institutions and infrastructure for researchers from across the EU. However, there is a clear need for more targeted support aimed at helping close the research and innovation gap in the Union. We ask the Commission to work together with Member States to identify policies and procedures that could support a better management of research careers, reduce precariousness, promote inclusion and diversity, and ultimately increase the quality of science produced.

We firmly believe that ERA cannot be complete without guaranteed academic freedom within the Union and without upholding the provisions of the Charter of Fundamental Rights of the European Union related to academic freedom, the freedom to fund higher education institutions, and the freedom to conduct business.

In this regard, we underline that academic freedom does not only entail an individual dimension insofar as it is associated with freedom of expression, and specifically in the field of research, the freedoms of communication, of research and of dissemination of results.

In order to achieve a strong research base in Europe, we need coherent efforts. We therefore welcome a reaction from the Commission to these matters. And I know that the ambitious, energetic and extraordinary Commissioner Mariya Gabriel will be able to make this ERA a reality.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank honourable Members because the oral question they raise today gives me the opportunity to present the ongoing actions in a number of areas identified in our communication on the European Research Area (ERA) last year.

First of all, the Commission attaches the highest importance to research careers, as researchers and their activity are fundamental for the full implementation of a reinforced European Research Area, and for the development, growth and resilience of our society. We have already started working on the update of the definition of the taxonomy of researchers' skills and on the update of the European Skills, Competences, Qualifications and Occupations (ESCO) classification. We intend to complete this work by the end of this year.

In particular, the Commission is developing a list of researchers' skills and occupations to be included in the ESCO classification with a view to improve the representation of the research profession. The new taxonomy will be transposed at national level for the European mobility portal, EURES, and it will be used by Europass for all the services the new platform provides. Both initiatives will contribute to a better recognition of the research profession and will provide the necessary conditions for researchers at all career stages, including young ones, to be equipped with the skills and competencies they need for a successful career.

The Marie Skłodowska-Curie Actions will remain the main EU instrument for researchers' career development and mobility. The new Marie Skłodowska-Curie Actions further emphasise the role of excellent doctoral training programmes beyond academia, as well as the involvement of other sectors, namely businesses and SMEs, in order to ensure better career prospects for early career researchers.

Another important element of the toolbox will be the ERA for You initiative. Currently at the design stage, this mobility scheme is designed to support exchanges between industry and academia and to encourage researchers towards entrepreneurship. The one-stop-shop portal, based on the new current EURAXESS services network and portal, will also be developed to help researchers with all their needs. The ERA Talent Platform will have enhanced features to make it more usable, more interactive and better fit for the purpose.

As regards the academic freedom, the new ERA communication underlined the Commission's intention to propose a Pact for Research and Innovation Europe. One of the objectives of the pact is to provide a renewed political impulse of the European Research Area by reaffirming the commitment of the Member States to the values and principles of the ERA, including academic freedom.

The recently adopted communication on the global approach to research and innovation also identifies academic freedom as one of the fundamental values that the EU and its Member States should promote and protect internationally. Further work in developing and promoting principles for international cooperation in research and innovation will be carried out in the recently created ERA Forum for Transition.

Second, the oral question also looks at how private investments in R&I can be encouraged in order to accelerate the green and digital transitions and foster a resilient and socially equitable recovery. The Commission has proposed the ambitious but realistic target of achieving public R&I investment at European level of 1.25% of GDP by 2030. In the context of the Recovery and Resilience Facility and the European Semester, the Commission engages in in-depth policy dialogues with the Member States with the aim of supporting structural reforms and fostering investments. The Commission regularly monitors R&I reforms and investments in the context of the European Semester and ERA. Preparatory work is being conducted for an ERA scoreboard, which will monitor the relevant dimensions of the ERA, including investments.

The last point raised in the oral question concerns the narrowing of the gap in R&I. Research and innovation are critical to boosting the resilience of Europe's societies and economies, and to supporting Europe's competitive leadership in the global race for technology. Therefore, Europe needs to bridge the persistent innovation divide. Member States have the possibility to invest in R&I policies and reforms with support from the cohesion policy or the Recovery and Resilience Facility should they make this a priority in their plans.

But place-based policies alone are not enough to close the innovation divide. In this context, Horizon Europe, in synergy with the other EU programmes, will continue measures targeting lower R&I performing countries through its Widening Participation programme, which will benefit from an increase in funding to almost EUR 3 billion for the period 2021-2027. A Reinforced Regional Innovation Scheme of the European Institute of Innovation and Technology will also be available for the 2021-2027 period. In Horizon Europe, traditional actions to widen participation will be combined with measures to promote brain circulation, improve the quality of the proposal of legal entities from less performing countries, boost the activities of national contact points developing matching services, promote excellence initiatives, and enjoy ongoing R&I collaborative projects. Synergies between all EU funding programmes for R&I and with national and regional funding schemes are encouraged and will become more simplified than in the past.

Finally, the Commission has also set up a number of instruments, such as the Horizon Policy Support Facility and the Technical Support Instrument to assist countries to define and implement necessary R&I reforms and enhance policy learning across policymakers.

Maria da Graça Carvalho, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caros Colegas, a área europeia de investigação tem uma importância decisiva para a nossa União. Proporcionar as condições adequadas para a atividade científica significa contribuir para o crescimento da economia, a criação de emprego e o bem-estar da sociedade em geral.

É necessário que se continue a investir em ciência e inovação, com especial atenção para a investigação fundamental tanto ao nível da Comissão Europeia como de cada Estado-Membro. Os planos de recuperação e resiliência são uma oportunidade para reforçar os investimentos a nível nacional, tendo presente a meta há muito definida dos 3% do Produto Interno Bruto dedicado a estas áreas. Espero que os Estados-Membros sejam ambiciosos a este nível.

Igualmente importante é proporcionar as condições aos investigadores para desenvolverem as suas atividades. A Europa deve ter capacidade para atrair e manter os investigadores. Importa dar especial atenção aos jovens cientistas, que foram particularmente afetados nas suas atividades pela pandemia de COVID-19. Criar essas condições significa proporcionar carreiras dignas, combater a precariedade, mas também dar acesso às infraestruturas, à informação e aos dados, capacitando os centros de investigação e as universidades. Só assim teremos a investigação de excelência de que a Europa precisa.

Maria-Manuel Leitão-Marques, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, o investimento na União Europeia em investigação e desenvolvimento aumentou 1,3% anualmente desde 2010. Apesar disso, continuam a faltar 110 mil milhões de euros para atingirmos os 3% do PIB em todos os Estados-Membros.

Precisamos de mais ambição da Comissão, precisamos que acelere a apresentação de propostas para dignificar a carreira dos investigadores, nem sempre recompensados na dimensão do trabalho que fazem, o qual não podemos deixar fugir para fora da União, dos Estados-Membros.

Precisamos de investir mais na ciência e de permitir a criação de verdadeiros ecossistemas sem fronteiras. O renovado espaço europeu de investigação é um projeto que virá a dar passos nesse sentido e que visa, entre outros aspetos, fomentar a interligação entre os investigadores, coordenar prioridades científicas e incentivar mais projetos conjuntos.

A ciência é uma das áreas onde a União Europeia é líder em termos globais. Façamos com que não perca essa posição.

Ivars Ijabs, *Renew grupas vārdā*. – Godātais sēdes vadītāja kungs! Mūsu reālie darbi nedrīkst atpalikt no mūsu plāniem un stratēģijām, un, ja mēs nopietni uztveram Eiropas zaļā kursa un digitalizācijas uzdevumus, pētniecībai un inovācijai ir jāklūst patiesi eiropeiskai. Eiropas pētniecības telpa šobrīd ir ietvars, kurš mums visiem kopā ir jāpiepilda ar vienu reālu saturu un negaidot vēl 20 gadus līdz rezultātiem, kā tas diemžēl ir bieži noticis iepriekšējā cēlienā.

Pirmkārt, dalībvalstis ir efektīvi jāmotivē tiekties uz tiem trim procentiem izdevumiem pētniecībai, tai skaitā novirzot šim nolūkam naudu no struktūrfondiem, no *Next Generation EU* un tā tālāk. Eiropas naudai ir efektīvi jāmazina atšķirības pētniecības budžetos dalībvalstu starpā, tai skaitā arī dodot plašākas pilnvaras Eiropas Komisijai to ietekmēt.

Otrkārt, mums ir jādomā par Eiropas pētnieku ataudzi un jauno paaudzi. No smadzeņu aizplūšanas cieš gana daudzas dalībvalstis, īpaši Austrumu un Centrāleiropā, bet arī Eiropā kopumā. Skaidras karjeras iespējas jaunajiem pētniekiem, skaidras sociālās garantijas un iespēju atgriezties savā mītnes zemē — tas viss Eiropai ir jāorganizē kopīgi, ja mēs nevēlamies iepakļus saviem ģeopolitiskajiem sāncensiem.

Visbeidzot, akadēmiskā brīvība mums ir jāsargā kā viena Eiropas pamatvērtība. Dārgie kolēģi, Eiropas zinātne vienmēr ir bijusi izcila, un zinātnē galvenais kritērijs ir izcilība. Tomēr mums ir jāapzina un jāataudzē šis izcilības potenciāls visās dalībvalstīs un ne tikai dažās. Tādēļ mēs aicinām pāriet no vārdiem pie darbiem un padarīt Eiropas pētniecības telpu par realitāti.

Paldies!

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, since 2009, achieving the European research area (ERA) has been an explicit Treaty objective. Nevertheless, progress is still needed today to accomplish many of the ERA objectives. For instance, on the level of research and innovation expenditure, we are still lagging very much behind other countries such as Israel, South Korea, Japan or the US.

Research and innovation (R&I) are essential to enable Europe's recovery in a fair and sustainable way, bringing forward the green and digital transitions while at the same time enhancing our competitiveness and resilience, in particular taking into account the lessons learned from the COVID-19 pandemic. The EU, its Member States and regions have to redouble efforts and significantly increase R&I expenditure and to align these efforts with a more ambitious EU industrial policy that is consistent with the European climate law and the goal of climate neutrality.

Furthermore, Member States should take full advantage of the Next Generation funds in order to boost their R&I efforts, making them a real driving force for advancing the twin transition. After all, a well-developed ERA is essential for promoting both fundamental research and the more applied research, enabling us to find faster and concrete solutions for the pressing challenges ahead.

Academic freedom is a fundamental pillar in the ERA and has to be promoted internationally, but also in the EU, especially in the light of some internal threats, as pointed out in the European Court of Justice (ECJ) ruling on Hungary and foreign higher education institutions.

Finally, yet importantly, we have to acknowledge the role of regional governments in promoting R&I policies and developing and connecting R&I ecosystems. There are some very successful experiences of that which significantly contribute to the excellence of European research.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

(Die Aussprache wird unterbrochen)

18. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

19. Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung (O-000031/2021 – B9-0026/21) (2021/2524(RSP)) fort.

Elena Lizzi, a nome del gruppo ID. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ringrazio anche il presidente della commissione Buşoi per la mozione e per aver spiegato l'importanza del rafforzamento dello Spazio europeo della ricerca. La pandemia che ha colpito tutto il mondo ed in particolare l'Europa ha dimostrato quanto sia vitale che la ricerca sia al centro della programmazione strategica europea.

Per questo motivo, come gruppo, accogliamo e condividiamo alcuni punti evidenziati nella mozione, soprattutto per quanto riguarda quelli dedicati alle piccole e medie imprese e alle università e vi dirò perché. Tutti qui hanno affermato che il valore del ruolo svolto dal settore privato è importante nel migliorare la capacità di ricerca e innovazione europee, nel potenziare le nuove innovazioni e nel promuovere la competitività e la sostenibilità dell'Europa.

Noi quindi, anche insieme a voi, riteniamo che questo possa essere raggiunto agevolando l'accesso ai fondi per le piccole e medie imprese e fornendo un maggiore aiuto riducendo in modo significativo le pratiche burocratiche. E su questo ancora forse non ci siamo. Bisogna quindi colmare il gap tra industria e mondo accademico per monetizzare, ma non solo in soldi, i risultati raggiunti in ambito universitario e per vedere gli sforzi concretizzati in risultati volti al miglioramento della vita del cittadino.

La Commissione dovrebbe incentivare il trasferimento del know-how e degli esempi di successo tra i paesi membri. A questo riguardo in quanto friulana – il Friuli-Venezia Giulia è una regione nel Nord-Est dell'Italia – vorrei portare all'attenzione l'iniziativa dell'Università di Udine che, tramite il progetto Unid Lab Village, intende rafforzare il legame tra ricercatori, studenti e imprese per aumentarne il trasferimento tecnologico.

Quest'area innovativa intende creare le modalità per costruire un percorso progettuale comune, in modo tale da dare risposte concrete, innovative e misurabili al comparto produttivo, sociale ed economico incrementando il legame con il territorio. Questa spinta innovativa del Friuli-Venezia Giulia è stata comprovata anche quest'anno con la riconferma dell'inserimento della stessa nell'elenco delle regioni europee fortemente innovative. È su questo che dobbiamo premere l'acceleratore ed è su questo che dobbiamo spingere.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komiarzu! Serdecznie dziękuję panu Buşoi za monitorowanie tematu Europejskiej Przestrzeni Badawczej.

Radykalizacja unijnej polityki klimatycznej powoduje, że jesteśmy coraz bardziej uzależnieni od nowych i przyszłych technologii. Dlatego też powinniśmy położyć jeszcze większy nacisk na badania i innowacje w Unii Europejskiej. Nie jest to łatwe.

Po pierwsze, musimy spełnić wymagania niejednokrotnie zbyt radykalnych i wyśrubowanych standardów ekologicznych, które zaczynają też zagrażać naszemu bezpieczeństwu energetycznemu. Mielśmy w Europie do czynienia z wyłączeniami prądu.

Po drugie, nie możemy dobrowolnie oddawać pola w globalnej konkurencji gospodarczej. Niestety często działamy też wbrew logicznej kolejności, czyli najpierw ustalamy mało realne cele, a potem dopiero gorączkowo szukamy technologii, które im sprostają. Trzeba jasno powiedzieć: jak na razie technologie nie nadążają za zielonymi ambicjami.

Trzecia, najważniejsza sprawa to zapewnienie bezpieczeństwa dostaw energii. Choć moja opinia na ten temat jest niezbyt popularna w tej Izbie, to chciałabym po raz kolejny zasugerować, że w odniesieniu do programów badań i innowacji musimy wspierać technologie bezemisyjne oraz wychwytywania i składowania dwutlenku węgla.

Marc Botenga, au nom du groupe The Left. – Monsieur le Président, oh la boulette! Mes chers collègues, la boulette! Franchement, ça ne s'invente pas. J'ai lu et je viens d'apprendre que deux ans avant la pandémie de COVID, la Commission européenne a dit: «Il y a un risque d'épidémie, il faut qu'on se prépare.» Il y avait déjà eu, c'est vrai, un coronavirus en 2003, puis un deuxième coronavirus en 2012. Il est effectivement logique de vouloir être prêt. Et la Commission européenne, qu'est-ce qu'elle fait? Elle va voir l'industrie pharmaceutique, logiquement! Elle dit: «Écoutez, on a un paquet d'argent public. Des milliards d'euros. Et on voudrait que vous fassiez de la recherche contre les épidémies.» C'était bien vu de la Commission européenne, je le concède. Mais que répond Big Pharma? «Non. Allez vous faire voir! Ça ne nous intéresse pas. Ça ne rapporte pas assez.» Et attendez, ce n'est pas fini! Parce que le vrai scandale, c'est quoi? C'est la réaction de la Commission européenne ensuite. Parce que qu'est-ce qu'elle répond quand Big Pharma lui dit: «Écoutez, non, ça ne vous intéresse pas, la recherche contre les épidémies?» Elle répond: «Ok. Bon, c'est vous qui voyez.» Mais attendez, vous rigolez? C'est eux qui font la loi? Et après nous, les citoyens, on se tape un an de confinement et des millions de morts au niveau mondial. Vous trouvez ça normal? C'est incroyable et c'est honteux!

Alors, il est temps, chers collègues, de reprendre le contrôle sur la santé et la recherche. Concentrons-nous sur la recherche de médicaments dont nous avons besoin plutôt que sur les médicaments qui font le plus de profits.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich muss gleich auf meinen Vorredner eingehen: Herr Botenga, es war nicht die „big pharma industry“, die hier den Impfstoff gegen COVID-19 entwickelt hat, es war ein Start-up. Es war ein 100-Mann-Betrieb. Und dieses Unternehmen ist, Gott sei Dank, mit europäischen Fördermitteln unterstützt worden. Sonst würden wir nämlich, wenn es diese Unterstützung und diese kleinen mittelständischen Start-up-Unternehmen nicht geben würde, wahrscheinlich heute noch von unseren Büros oben ausschließlich im Homeoffice unserer parlamentarischen Arbeit nachgehen. Also einfach auf die Pharmaindustrie einzudreschen, damit machen Sie es sich doch ein bisschen zu einfach.

Natürlich gibt es noch Nachbesserungsbedarf bei der europäischen Forschungspolitik. Mir liegen insbesondere drei Themen am Herzen. Erstens: Hunderte Milliarden Euro fließen in die europäische Forschung. Aber wenn wir diese Summen mit den Investitionen in den USA und in China vergleichen, dann hinken wir da in Europa natürlich noch weit hinterher. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir nicht nur öffentliche Mittel in die Forschung, in die Innovation hineingeben, sondern es ist auch wichtig, wieder mehr Anreize für private Investitionen in Forschung und Entwicklung zu schaffen.

Zweitens: Wir müssen die Betriebe, unsere Unternehmen noch besser mit den Universitäten, mit den Hochschulen, mit den Forschungseinrichtungen zusammenbringen. Nur so schaffen wir Möglichkeiten für unsere KMU, für unsere Start-ups, auch in innovative Geschäftsfelder hineinzuwachsen.

Drittens: Die europäische Forschungspolitik ist eine langjährige Erfolgsgeschichte. Ich glaube, wir müssen diese Geschichte unseren Bürgerinnen und Bürgern auch immer wieder erzählen. Unsere Bürger kennen die Reisefreiheit, sie kennen das Roaming, die Abschaffung der Roaming-Gebühren, den gemeinsamen Markt. Aber auch die gemeinsame Forschung in Europa ist eine Erfolgsgeschichte, die es lohnt, erzählt zu werden.

Josianne Cutajar (S&D). – Sur President, nilqa' l-isforzi biex tissahhah iż-żona Ewropea tar-riċerka – żona li tehtieg spinta għida għall-isfidi li għandna quddiemna.

Ir-riċerka u l-innovazzjoni huma kruċjali biex jissahhu l-kompetittività u s-sostenibbiltà tal-Unjoni u ma nistghux nitraskurawhom. M'għandniex ninsew li Ewropa innovattiva tfisser aktar impjiegi ta' kwalità, aktar SMEs li jlahhqu mat-tranżizzjoni doppja u aktar reżiljenza għal xokkijiet futuri. Ir-riċerka fil-kontinent toffri potenzjal kbir li rridu nisfruttaw – bħalma teżisti wkoll opportunità importanti għaż-żoni periferali, inkluż il-gżejjer, biex isiru “testbeds” għal soluzzjonijiet innovattivi għall-isfidi l-aktar urgenti tas-soċjetà. F'dan il-qassam irridu wkoll nassiguraw li hadd ma jaq' lura – ir-riċerkaturi nisa li għadhom jaffaċċjaw ostakli fil-karrieri STEM u dawk l-Istati Membri li għadhom qed jithabtu biex iżidu l-prestazzjoni tagħhom f'dan is-settur.

Żona Ewropea tar-riċerka għida tehtieg il-kontribut ta' kulhadd u biex tirnexxi u tkun ta' suċċess irridu li l-kbir saż-żgħir ikun preżenti u attiv.

Mauri Pekkarinen (Renew). – Arvoisa puhemies, tieteen vapaus ja riippumattomuus ovat tärkeitä asioita, niin on myös tieteen ja sen tulosten hyödyntäjien keskinäinen yhteistyö. Me tarvitsemme tehokkaamman ERA:n. Toivon mukaan se kykenee houkuttelemaan erityisesti nuoria tutkijoita entistä enemmän tutkijan uralle. Toivon myös, että Lissabonista lähtien tavoiteltu kolmen prosentin tavoite T&K-rahoituksessa vihdoinkin toteutuu. Siihen muuten tarvitaan sitten vahvasti yritysten osallistumista, niiden mukaan saamista.

Innostavan ERA:n ohella tarvitsemme siis myös kannustavimmat puitteet tieteen, tutkijoiden ja elinkeinoelämän välillä. Niin ikään on tärkeää, että tähän yhteistyöhön myös pienet ja keskisuuret yritykset pääsevät mukaan.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Komunikat Komisji Europejskiej dotyczący nowej europejskiej przestrzeni badawczej zawiera istotne dane i informacje, z których wynika, że, po pierwsze, cel na 2030 rok dotyczący przeznaczenia 3% PKB na inwestycje w badania i rozwój jest daleki od osiągnięcia przez państwa członkowskie Unii Europejskiej. Po drugie, potrzebny jest skuteczniejszy transfer wyników badań do realnej gospodarki, aby pobudzić inwestycje biznesowe. W Polsce w nowej przyjętej niedawno gospodarczej strategii rozwoju nazwanej Polskim Ładem znalazło się miejsce na ulgi podatkowe na prototypy, ulgi na robotyzację przemysłową czy też ulgi na wsparcie inwestycji pracowników. Pamiętajmy, że badania i rozwój mogą skutecznie rozwiązywać również problemy rolnictwa w Europie Środkowo-Wschodniej, co udowadnia inicjatywa BIOEAST, której celem jest zwiększenie udziału państw trzynastki, czyli państw środkowoeuropejskich, w programach ramowych „Horyzont 2020” i „Horyzont Europa” na badania i innowacje w rolnictwie i biogospodarce w związku z tym, że kraje te uzyskiwały dotychczas znikome środki na ten cel.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Jeg forstår, at det slovenske formandskabs store ambition er udvidelse af EU. Jeg foreslår at lægge fokus et helt andet sted. Der skal strammes op, hvis vi skal blive ved med at være den attraktive klub af demokratiske lande, som i en verden fuld af despoter og autokrater vinder respekt og får indflydelse i kraft af vores konkurrencekraft – konkurrencekraft, som altså ikke kommer af sig selv. EU's økonomiske muskler henter sin næring fra forskning og innovation. Det har vi vidst og vist i mange år. Men det er, som om Rådet – vores nationale regeringer – har glemt det, og helt sikkert ikke har emnet ofte og kvalificeret nok på dagsordenen, når de mødes. I 2019 brugte kun tre af EU's lande mere end de aftalte tre procent af bruttonationalproduktet på forskning. De fleste lå langt under, og nogle lande, herunder mit eget, holder sig knap på tre procent ved at trække de nationale bevillinger, når et universitet er dygtigt til at hente EU-midler. I international sammenligning sakker vi bagud. Det er skammeligt, og det er skadeligt!

Så kære nye slovenske formandskab: sæt forskning og innovation højt på dagsordenen nu. Ellers mister EU sin attraktivitet hurtigere, end optagelsesforhandlingerne med nye medlemslande kan blive overstået.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señor presidente, el Espacio Europeo de Investigación tiene que ser un marco sólido para reforzar la capacidad científica y tecnológica de Europa y consolidar un área común de investigación e innovación centrada en la excelencia y orientada a todos los talentos y que, por supuesto, contribuya al bienestar social.

Y, para ello, será vital, primero, mejorar las condiciones en el desarrollo de la carrera investigadora, sobre todo de aquellos que empiezan, muy especialmente de las mujeres y de los colectivos poco representados; segundo, incentivar tanto al sector público como también al privado, para apostar más por la investigación europea; tercero, reducir las desigualdades territoriales o la brecha de género; cuarto, incrementar la cooperación entre las universidades, los centros de investigación y la industria; y quinto, facilitar la ciencia abierta y mejorar la disponibilidad y estandarización de los datos.

En definitiva, tiene que contribuir al desarrollo sostenible basado en el conocimiento y a alcanzar los objetivos de la transición verde y el liderazgo digital, y apoyar la recuperación social y económica europea.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, eurooppalaisen tutkimus- ja innovointialueen vahvistaminen on äärimmäisen tärkeää koko Euroopan unionin kilpailukyvyyn kannalta. Nyt meneillään oleva koronavirustilanne on taas kerran alleviivannut, kuinka tärkeässä roolissa tiede ja tutkimus ovat ihmiskunnan isoisiin haasteisiin vastaamisessa.

Meillä yhteistä Euroopan tutkimusalueella on rakennettu jo yli 20 vuotta, mutta siitä huolimatta tuloksissa on vielä paljon parantamisen varaa. Erityisen pettynyt olen siihen, että vieläkään emme ole lähelläkään sitä tarvittavaa investointien astetta, sitä, että vähintään kolme prosenttia bruttokansantuotteesta investoitaisiin tutkimukseen ja tuotekehitykseen, niin kuin jo kauan sitten on Euroopassa asetettu tavoitteeksi. Tähän täytyy nyt lisätä toimia.

Samoin haluan nostaa erityisesti esiin kolme aluetta, joissa tarvitaan nyt vahvempaa eurooppalaista vauhdittamista. Komission tiedonanto on tervetullut, mutta lisäkonkretiaa tarvitaan. Erityisesti meidän pitää parantaa tutkimustulosten hyödyntämistä. Siinä meillä on edelleen isoa takamatkaa olemassa. On keskityttävä siihen, että kaikkialla vahvistamme nimenomaan huipputasaamista, laatuun perustuvaa tutkimusta ja sen rahoitusta.

Tutkijanuria ja tutkijoiden liikkuvuutta Euroopan sisällä ja kansainvälisesti on vauhditettava ja parannettava, ja erityisesti naisten tutkijanuran kiinnitettävä entistä enemmän huomiota. Ja viimeksi, mutta ei vähäisimpänä, akateeminen vapaus, tieteen vapaus, on pystyttävä turvaamaan kaikkialla Euroopassa.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi tutti i paesi europei grazie a Next Generation EU stanno investendo molto di più che in passato in ricerca e innovazione ma noi vogliamo fare un passo avanti. Vogliamo uno Spazio europeo della ricerca e dell'innovazione, uno spazio europeo non è la somma di 27 spazi nazionali, sia pure eccellenti o migliori che in passato, è qualcos'altro, di più che dobbiamo ancora costruire.

È uno spazio con obiettivi comuni, con strategie sinergiche, con mezzi analoghi e finalità e interventi precisi e coordinati, con regole flessibili e simili, con percorsi di comunicazione, per esempio per i ricercatori, possibili e fluidi, con infrastrutture di ricerca condivise e non chiuse in un'ottica nazionale o spesso anche locale. Solo così l'Europa avrà quella forza, quella massa critica necessaria per poter essere forte e competitiva a livello globale.

Voglio solo sottolineare due punti tra le molte cose dette nella risoluzione. La prima, occorre alla Commissione e all'Europa un grande sforzo di coordinamento, un gigantesco sforzo di coordinamento, non poli che proliferano, ma molto network e molta fluidità e accesso dei risultati. Ciò che è il risultato per un ricercatore è l'inizio di un percorso per l'altro.

Angelika Winzig (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Wo würden wir heute stehen, wenn wir seit der Etablierung des Europäischen Forschungsraums im Jahr 2000 Forschung und Entwicklung und Innovation jene Bedeutung gegeben hätten, wie wir es heute tun bzw. heute tun müssen. Jetzt heißt es, mit voller Kraft unsere Vorhaben zu implementieren.

Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die Forschungsk Kooperation zwischen Universitäten, Fachhochschulen und der Wirtschaft, Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir brauchen die Kette von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung hin zur Anwendung in der Praxis. Das funktioniert in meinem Bundesland Oberösterreich hervorragend, und das kann ich nur weiterempfehlen.

Genauso wichtig wie die bereits beschlossenen Klimaziele sind auch verbindliche Forschungsziele für unsere Mitgliedstaaten, die mindestens 3 % des BIPs sein müssen. Denn bereits in meinem Land, also in Österreich, liegen wir über diesem Niveau von 3 %. Nur mit Forschung und Innovation kann der Transformationsprozess gelingen, und wir schaffen es, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit auch in der Zeit des Wandels zu sichern.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, nunca uma aposta articulada da União Europeia no domínio da investigação foi tão importante e reconhecida como tal pelos cidadãos. A investigação tem que aproveitar os novos instrumentos de trabalho em rede para dar sentido pleno ao conceito de espaço europeu de investigação, envolvendo os territórios, os centros de conhecimento, os investigadores e interagindo de forma transparente com a sociedade europeia.

A resolução em apreciação incentiva de forma consistente a colaboração em rede, as sinergias, o envolvimento, o compromisso, a transparência, a monitorização e comunicação dos resultados e a demonstração dos benefícios para as pessoas.

Deve, por isso, ser um referencial inspirador da Comissão e dos Estados-Membros para que apliquem os recursos disponíveis para a investigação e o desenvolvimento com ambição global, respeitando a liberdade académica e os valores e princípios éticos da União. Deve também refletir-se num quadro mobilizador para os jovens investigadores, para os empreendedores e para os agentes inovadores em geral para que, em combinação exigente com as políticas públicas, seja a base de uma recuperação convergente e solidária da União Europeia, preparando-a para enfrentar com sucesso os desafios atuais e os desafios das próximas décadas.

(Die Aussprache wird unterbrochen)

20. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor wir mit der Aussprache nach der Rednerliste fortfahren, kommen wir nun zur zweiten heutigen Abstimmungsrunde. Es wird über die auf der Tagesordnung angegebenen Dossiers abgestimmt. Die Abstimmungsrunde wird von 19.30 Uhr – jetzt – bis 20.45 Uhr geöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie bei den letzten Abstimmungen, und wir sind daher ja bereits daran gewöhnt. Alle Abstimmungen erfolgen namentlich.

Ich erkläre die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Die Ergebnisse dieser Runde werden morgen um 9.00 Uhr bekannt gegeben.

21. Ein neuer EFR für Forschung und Innovation (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung (O-000031/2021 – B9-0026/21) (2021/2524(RSP)) fort.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Propozycja nowej europejskiej przestrzeni badawczej zapowiada kontynuację i wzmocnienie wielu podejmowanych dotychczas działań, np. w zakresie mobilności naukowców, współpracy naukowej czy dostępu do infrastruktury. Mimo poczynionych już postępów europejska nauka ciągle stoi przed pewnymi wyzwaniami. Jednym z najważniejszych jest konieczność niwelowania dysproporcji i stopniowego zwiększenia publicznego finansowania nauki.

Aby Europa mogła konkurować pod względem badań, ważne jest także jednak stymulowanie inwestycji sektora prywatnego. Jedną z zachęt może być zapowiedź wprowadzenia jednolitego patentu, który ma być bardziej przejrzysty i przystępny cenowo dla przedsiębiorców i tym samym może przełożyć się na zwiększenie ich gotowości do zaangażowania w działalność badawczą.

Cieszę się także, że Komisja planuje wraz z sektorem przemysłu pokierować opracowywaniem wspólnych planów działania w zakresie technologii. Pozwoli to na lepsze dopasowanie strategii do jego potrzeb i szybsze wdrażanie wyników badań w gospodarce.

Robert Hajšel (S&D). – Mr President, one of the main lessons of this pandemic is that we need to invest in research and innovation and to increase our strategic resilience. In the light of the pandemic I welcome the ‘ERA vs Corona’ action plan that calls for a deepening of cooperation, data sharing and coordination of research and innovation and funding against the coronavirus between the Commission and the Member States.

Progress made since 2000 in ERA’s ambition to create a genuine single market for research is visible. But we should have got much further, and there are still large disparities between Member States.

Recent developments with the virus mutations clearly proved European money should be invested in long-term solutions such as effective and innovative diagnostics, treatments and medicines. We have to support wide clinical trials for management of coronavirus patients, including those suffering from long COVID and post-COVID symptoms that occur in more than one third of cases. We need to show our citizens that their health is our priority.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, pandemija bolesti COVID-19 pokazala je važnost suradnje u području istraživanja i inovacija kako bi se brzo pronašla rješenja za najveće probleme, poput cjepiva, ali i značaj znanosti istraživanja za trajnu otpornost gospodarstva i društva.

Višegodišnjim financijskim okvirom, instrumentom EU sljedeće generacije, uz nužno jače povezivanje javnog sustava istraživanja i inovacija s privatnim sektorom i gospodarstvom mogu se postaviti temelji za modernu i održivu Europu te smanjiti zaostatak za drugim dijelovima svijeta, poput SAD-a.

Kao zastupnik iz Hrvatske i bivši pomoćnik ministra znanosti, naglašavam da je nužno da se provedbom paketa širenja sudjelovanja i jačanja Europskog istraživačkog prostora pruži podrška i manje uspješnim državama članicama i otklone uzroci njihovog slabijeg sudjelovanja. Siguran sam da se, u sinergiji s ulaganjem u infrastrukturu i ljudski potencijal, putem kohezijske politike taj cilj može ostvariti, uz zadržavanje izvrsnosti kao glavnog kriterija i vodilje. Izvrsnost s jedne strane i širenje sudjelovanja manje razvijene države članice nisu međusobne suprotnosti. To je jedini način da svi dijelovi Europske unije ravnopravno sudjeluju u rastu i razvoju kojom se nadamo.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you for this discussion and for your relevant comments. Europe faces huge socioeconomic challenges linked to green and digital transitions that require forward-looking approaches. With the new European Research Area (ERA) the Commission proposes an ambitious policy framework, and its implementation is our top priority. This implementation will require joint efforts. We have identified a number of key actions that will be closely monitored and will benefit from appropriate and concerted measures.

All the issues discussed are of strategic importance, and we will continue to work towards a pact for research and innovation that sets out ambitious targets, a pact that defends the EU’s common principles and values in research innovation, a pact that establishes an effective policy coordination and monitoring process to support the implementation of national ERA policies. Moreover, the new European Research Area will improve the free circulation of knowledge and help all Member States improve their research and innovation capacities.

Finally, a new European Research Area will also require better coordination, including of the actions of the Member States in order to achieve greater impact and better results.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute, Mittwoch, 7. Juli 2021, statt. Die Schlussabstimmung findet morgen, Donnerstag, 8. Juli 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Ernő Schaller-Baross (NI), írásban. – A Covid19 világjárvány okozta válságban az európai kutatási és innovációs potenciál kiaknázása elsődleges fontosságú cél. Az új innovációk kidolgozása az uniós gazdasági helyreállításban, Európa versenyképességének növelésében elengedhetetlen szerepet játszik. A világjárvány következtében a kutatók számos kihívással néztek szembe, helyzetük bizonytalanná vált, nehezebb munkakörülményeket tapasztalnak, a járványhelyzet akadályt jelentett a kutatók szabad mozgásában, a tudástechnológiák tagállamok közötti cseréjében.

Emiatt a magyar kormány gazdaságvédelmi akciótervének egyik fontos eleme a kutatási és fejlesztési szektor magasan képzett szakemberei foglalkoztatásának támogatása, elősegítve a szektorban dolgozó több tízezer munkavállaló tartós foglalkoztatását, a munkabérek fenntartását, az elbocsátások elkerülését, és új munkahelyek teremtését. A kutatási, fejlesztési és innovációs bértámogatás tavaly közel 23 ezer szakember munkában tartásához járult hozzá 17 milliárd forinttal. A januárban újraindult bértámogatási program idén több mint 16 ezer magasan képzett szakember megtartásához járult hozzá összesen 12 milliárd forinttal.

Fontos, hogy az Európai Kutatási Térség megerősítésével és a résztvevők körének bővítésével az uniós tagállamok jelentősebb mértékben részesülhessenek anyagi támogatásban annak érdekében, hogy nemzeti kutatási és innovációs potenciáljukat optimális mértékben kihasználják. Az európai kis- és középvállalatok számára elérhetővé kell tenni, hogy minden ágazatra kiterjedően, közvetlenül is alkalmazhassák az Európai Kutatási Térség eszközközpontrendszerét, ezzel megerősítve a tudományos élet és az üzleti vállalkozások közötti hosszú távú stratégiai együttműködést.

(Die Sitzung wird um 19.37 Uhr unterbrochen)

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

22. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 20.31 Uhr wieder aufgenommen)

23. Ausweisung von Meeresschutzgebieten in der Antarktis und Erhaltung der biologischen Vielfalt im Südlichen Ozean (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Ausweisung von Meeresschutzgebieten in der Antarktis und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Südlichen Ozean (2021/2757(RSP)).

Anže Logar, President-in-Office of the Council. – Madam President, honourable Members, marine living resources and the spectacular biodiversity of the Southern Ocean are severely affected by global climate change. It is of great urgency to further develop effective management mechanisms to take this effect into account.

At the international level, the Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources (CCAMLR) is responsible for designating and regulating marine protected areas (MPAs) in the Southern Ocean. In 2009 it committed to the creation of a representative system of marine protected areas in its convention area by 2012. Unfortunately, to date this commitment has not yet been realised. Marine protected areas aim to encompass the full range of biodiversity present in the convention area, which covers the Southern Ocean. They aim to contribute to conserving the unique Antarctic ecosystem structure and function.

Marine protected areas make marine ecosystems more resilient in the fight against global climate change. Only two marine protected areas have so far been established in the South Orkney Islands in 2009 and the Ross Sea region in 2016. These are the world's first high-seas MPAs and they are a powerful example of international cooperation.

The European Union and its Member States have been at the forefront of international efforts to advance the designation of MPAs in the framework of CCAMLR. Proposals to establish two new MPAs have been tabled, one in East Antarctica and another in the Weddell Sea. They are co-sponsored by Australia, Norway, the United Kingdom and Uruguay. These two proposals are based on the best available science as determined by the CCAMLR Scientific Committee. If these two new large-scale MPAs are approved, they would make an essential contribution to achieving a representative system of marine protected areas in Antarctica. They would cover an area of more than 3 million km² and present a powerful response to the global biodiversity and climate crisis.

The proposals have been under discussion for years. With the aim of building support among CCAMLR members for their adoption, the European Union hosted a virtual high-level ministerial meeting in April. On this occasion the ministers and high-level representatives of Australia, France, Germany, Sweden, Spain, Belgium, Poland, Italy, the United States, the UK, Norway, Uruguay, New Zealand, Chile and Argentina, and the European Commissioner for Environment, Oceans and Fisheries, on behalf of the EU and its Member States, signed a joint declaration calling for the swift adoption of the two new proposals and welcoming other proposals on the establishment of additional MPAs. The ministerial meeting was a success insofar as the United States and New Zealand joined as the co-sponsors of the EU's proposals.

Participants also expressed support for the proposal by Argentina and Chile to create a marine protected area in the Western Antarctic Peninsula. The EU and its Member States will continue to drive the process forward. The designation of new Antarctic marine protected areas is a concrete deliverable of both the EU's biodiversity strategy 2030 and of the EU's international ocean governance agenda. It would also be fully consistent with the Sustainable Development Goals and the ambitions set forth for the COP15 of the Convention on Biological Biodiversity that will take place during the Slovenian Presidency.

Before I conclude, allow me to point out that this year marks the 60th anniversary of the Antarctic Treaty. Hopefully this will reveal the memory of the original intention behind multilateral cooperation in this area and facilitate timely adoption of the EU proposal aiming at the protection of the unique biodiversity of the Antarctic. Thank you very much for your attention.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, Antarctica is not only one of the harshest and most inhospitable places on Earth, it's also one of the most vulnerable. It is, therefore, a place where the two biggest crises of our time are coming to a head: climate change and biodiversity loss.

Over the past 30 years, Antarctica has warmed by 1.8°C, which is three times more than the global average and, only last week, the United Nations recognised a new record high temperature for the Antarctic, confirming a reading of 18.3°C reported last year. As for the West Antarctic Peninsula, this is one of the fastest warming areas on Earth, where record temperatures above 20°C were recorded during the summer of 2019-2020.

Climate change is already having profound and potentially irreversible impacts on the Southern Ocean. Retreating glaciers, ice-sheet instability, sea-level rise and ocean acidification are just some of the changes we are seeing. These impacts are real and they are accelerating. This is particularly alarming because the Southern Ocean plays a major role in regulating the global climate system.

Climate change is also one of the major drivers of the second global crisis, that of the loss of biodiversity. The Southern Ocean is home to a rich range of marine life, including different species of penguins, seals, whales and seabirds. The rapid warming of the Southern Ocean is leading to a habitat loss, as well as to changes in the range of marine species and their interactions. These changes affect every level of the marine food chain in the Antarctic. But habitat loss is not only dangerous for marine species. It can also increase the risk of global pandemics, as the COVID-19 pandemic has painfully shown. It is the responsibility of the entire international community to address this dual crisis of biodiversity loss and climate change.

The European Union, as a member of the Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources (CCAMLR), has a particular responsibility to conserve and protect the biodiversity of the Southern Ocean. We know that large-scale marine protected areas (MPAs) can help conserve marine biodiversity, maintain ecosystems, absorb large amounts of global carbon emissions and build ocean resilience against the impacts of climate change. That is the reason why the international community has agreed to a United Nations Sustainable Development Goal, under which we should conserve at least 10% of coastal and marine areas through marine protected areas by 2020.

Currently, marine protected areas only cover 7.6% of seas and oceans globally. The European Union advocates the more ambitious target of protecting at least 30% of the world's seas, as called for by science. This is the EU position within the High Ambition Coalition for Nature and People as a major element of the global biodiversity framework to be adopted at the 15th Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity. New marine protected areas in the Southern Ocean would importantly contribute towards achieving this goal.

To that effect, the EU and its Member States have proposed to establish two new large-scale marine protected areas in the Southern Ocean, one in East Antarctica and another in the Weddell Sea. If approved, they would make an essential contribution to achieving a representative system of Antarctic marine protected areas by protecting an area of over 3 million km². The designation of these new protected areas is a key deliverable of the EU's biodiversity strategy for 2030 and a key priority for this Commission. There is also a third proposal from Argentina and Chile to create a marine protected area in the Antarctic Peninsula, which would cover around 0.65 million km². Together, the three proposals would protect as much as around one percent of the world's oceans. This would constitute a historic act of environmental protection.

Unfortunately, as you know, China and Russia continue to block the adoption of our proposals over various concerns. In view of these disappointing positions, I am even more encouraged by the support I received from the European Parliament in the resolution discussed today. I want to thank all of those who have helped to prepare the resolution that this House will adopt tomorrow and to include tonight's important debate on the agenda of this plenary session, and in particular, Catherine Chabaud and Grace O'Sullivan. Your support is extremely important. Your voice will send a powerful signal to the world about the EU's determination to have these marine protected areas designated in the Southern Ocean, and your resolution will also help raise awareness of this crucial topic.

Turning to the Council, I also want to take this opportunity to thank the EU Member States for their unwavering support. Without their continuous and unanimous backing, we would not have come this far. You can count on the Commission's, and my personal, full commitment to push for the adoption of these proposals by CCAMLR. There is no time to lose and I have been focusing on broadening support among CCAMLR membership for our proposals.

I'm happy to see that this strategy is already bearing fruit. At the ministerial meeting that I hosted on 28 April, the USA and New Zealand announced their decision to join as core proponents of our two proposals. I intend to build on this success to convince even more CCAMLR members to join as co-sponsors. I have recently reached out to India, South Africa, South Korea, Brazil, Ukraine, Namibia, Argentina, Chile and Japan to that effect. In order to keep momentum and to take stock, I intend to organise a follow-up ministerial meeting on 29 September. I hope that, by then, we will have more co-sponsors for our proposals.

But we must also turn our focus to convincing Russia and China to support these proposals. After all, without their agreement, there will be no new marine protected areas. We will therefore continue to systematically raise our proposals with China and Russia at the highest possible level and on every occasion. I have invited our Member States and international partners to do the same. If we join forces and we speak with one voice, we will have a better chance of convincing others of our cause. We must also use all the opportunities offered by multilateral events and fora to further our agenda. I am particularly pleased with the strong support expressed in the recent G7 Leaders' communiqué for the designation of marine protected areas in Antarctica. I hope that the upcoming G20 will be equally ambitious.

The Commission will also continue to play an active role in the negotiations on an ambitious, legally binding agreement on Marine Biodiversity of Areas beyond National Jurisdiction (BBNJ), where we are advocating for a clear global mechanism to identify, designate and effectively manage ecologically representative marine protected areas in the high seas. The BBNJ Treaty should be ratified and implemented as quickly as possible once the final discussions resume after the pandemic.

I have already mentioned that the EU will be pushing for the adoption of an ambitious post-2020 global biodiversity framework at the 15th Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity in Kunming. We will also invite our international partners to join the global '30 by 30' goal of protecting 30% planet's lands and oceans by 2030. We will continue to lead international negotiations to increase the ambition of our major emitters ahead of the United Nations climate change COP in Glasgow this year.

Finally, I am hopeful that we will achieve progress at the 40th annual meeting of CCAMLR in October. We must keep up all efforts and continue to engage at all levels to drive forward the adoption of our MPAs proposal this year. What is at stake is too important.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Paní předsedající, vážený pane komisaři, dovoluji mi, abych vystoupil za svoji frakci PPE s naším stanoviskem. Já jsem tady pozorně poslouchal Vaše vystoupení a chci Vás ujistit, že Vaše aktivita, Vaše snahy posílit ochranu Antarktidy a Jižního oceánu mají v naší frakci velkou podporu. Jsme si vědomi toho, že se jedná dnes o mimořádně ohroženou část naší planety. Vy jste to jasně popsal, dochází zde k nevratným změnám klimatu, k významnému oteplování a v důsledku toho k poškození biodiverzity. Vymírají vzácné druhy volně žijících rostlin a volně žijících živočichů a na to je třeba reagovat. A kdo jiný, když ne Evropská unie? Jsme lídrem ekologické politiky ve světě. Upozorňujeme na problémy, které jsou spojené se změnami klimatu. Já jsem tedy velmi rád, že Vy jste si tento úkol vzal v zásadě za svůj a chcete, aby se posunul proces vyjednávání minimálně dvou chráněných oblastí, které by mohly snížit a omezit tyto negativní trendy.

My podporujeme, aby se v oblasti Jižního oceánu rozšířily chráněné mořské oblasti minimálně o ty dvě, které jste zde popsal, v oblasti východní Antarktidy a v oblasti Weddellova moře. Víme, že vedle toho jsou na stole ještě jiné návrhy, o kterých jste také hovořil. Návrhy, které prezentuje Chile a Argentina. Pokud by i zde mohlo dojít k úspěšnému jednání, byli bychom samozřejmě rádi. Myslím si, že vždycky musí být nějaký hlavní hybatel takového náročného projektu, a je dobře, pokud jím bude právě Evropská unie reprezentovaná Evropskou komisí. Ta situace nebude jednoduchá, Vy jste velmi dobře popsal problémy, které s tímto projektem mají některé země reprezentované Čínou a Ruskem. Ale my musíme udělat maximum pro to, abychom na konci byli úspěšní, neboť jde o budoucnost života na této Zemi a o budoucnost tohoto významného regionu. Děkuji a podporujeme Vaše aktivitu.

César Luena, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, señor ministro, señor comisario, gracias por sus palabras y por su compromiso.

Cada vez hay un interés mayor en la explotación comercial de los recursos de la Antártida, que es una zona fundamental para la supervivencia de nuestro planeta. El Antártico -se ha dicho aquí- se enfrenta a una presión cada vez mayor, a causa de la contaminación marina, el cambio climático, la acidificación de los océanos, la pesca ilegal, la desregulada y, también, el aumento de las temperaturas oceánicas.

Es llamativo que en 2002 la Comisión para la Conservación de los Recursos Vivos Marinos Antárticos acordara crear una red de áreas marinas protegidas y que, a pesar de la urgencia, no se llegara a alcanzar un acuerdo en su seno el año pasado para establecer dos nuevas áreas marinas protegidas en el mar de Weddell y en la Antártida Oriental.

Por todo ello, la designación de nuevas áreas marinas protegidas en la Antártida debe ser una prioridad para la Unión Europea y es un objetivo clave, tanto en la Estrategia sobre la biodiversidad como en la agenda de gobernanza oceánica internacional. Hay un consenso, además, internacional creciente, entre muchos países -se ha dicho aquí-: los Estados Unidos, Nueva Zelanda, Australia, Noruega, el Reino Unido.

Por tanto, debemos superar el estancamiento político existente. Y esta Resolución que debatimos hoy es un impulso necesario desde Europa para que estas áreas se designen finalmente.

Para ello, la Unión Europea debe hacer lo de siempre: asumir el liderazgo que tenemos. La Unión Europea y los Estados miembros deben intensificar los esfuerzos bilaterales y multilaterales, en particular con los países que están en contra. Lo ha dicho el comisario: Rusia y China -vamos a decirlo claro- son los que están en contra. Y, además, hay que convencerlos para que ambas áreas se designen este año; una decisión que mandaría una señal política muy fuerte de cara a la COP15 en China, para impulsar los objetivos ambiciosos en materia de biodiversidad a nivel internacional. Vamos a por ello.

Catherine Chabaud, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, depuis mon arrivée au Parlement européen, je n'ai de cesse que de faire entendre la voix de l'océan et de faire comprendre l'importance des enjeux maritimes. Alors aujourd'hui, avec cette résolution, nous voulons faire entendre la voix de l'océan glacial Antarctique et soutenir la création indispensable de deux vastes aires marines protégées de 3 millions de kilomètres carrés.

Il n'y a qu'un seul océan. Sa partie australe, celle qui fait le tour du continent antarctique, joue un rôle majeur dans l'équilibre du climat et recèle des richesses qui assurent des services écosystémiques vitaux à l'humanité tout entière. Il est un bien commun de l'humanité. Avant de mettre un pied sur le continent antarctique, je l'ai contourné à deux reprises lors de mes deux tours du monde et j'ai ensuite parcouru l'une des îles subantarctiques, la Géorgie du Sud. Je peux témoigner de la richesse de ces mers, où l'on est accompagné sans cesse par les albatros.

En péninsule antarctique, le biologiste et plongeur que nous avons à bord a capturé des images époustouflantes, témoins de l'ingéniosité de la nature dans un environnement extrême. Mais depuis, les scientifiques ne cessent d'alerter: le climat de l'Antarctique se réchauffe trois fois plus vite que la moyenne mondiale. Les dernières analyses de carottes de glace montrent une contamination des glaces antarctiques par les microplastiques et les polymères. Les touristes sont de plus en plus nombreux, et la pêche au krill menace l'équilibre des populations de baleines et de manchots.

La création de ces aires marines protégées sous l'égide de la Commission pour la conservation de la faune et la flore marines de l'Antarctique est donc un enjeu de climat et de biodiversité. Mais c'est aussi un enjeu diplomatique et géostratégique qui lance un défi pour l'Union européenne. Sept États membres de l'Union et l'Union elle-même sont membres de la CCAMLR, qui en compte 26, et les décisions sont prises à l'unanimité. Or, deux pays, on l'a dit, la Chine et la Russie, se sont opposés à neuf reprises à la création de ces aires marines protégées. La présidente von der Leyen a fait de ces aires marines un objet-clé de ce mandat, et je souhaite lui apporter tout mon soutien et saluer votre propre engagement, Monsieur le Commissaire.

Après les déclarations du G7 et du dernier sommet UE-États-Unis, l'UE doit prendre le leadership pour convaincre les deux États récalcitrants, notamment la Chine, de l'avantage diplomatique qu'ils tireraient du fait de ne pas freiner la démarche, dans la perspective de la COP15. Tout comme l'appui des États-Unis avait été fondamental pour la création des premières aires marines protégées, l'Union européenne doit agir dans ces négociations. Je souhaite, pour conclure, remercier tous mes collègues, notamment Grace O'Sullivan, et leurs équipes, pour avoir travaillé ensemble à l'élaboration de cette résolution qui est la première du Parlement européen sur l'Antarctique.

Grace O'Sullivan, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I am really proud to bring to Parliament today the resolution on the establishment of marine protected areas in the Antarctic Ocean. I am delighted that MEP Catherine Chabaud and I could work very hard on this resolution.

I caught my first glimpse of Antarctica from the deck of a Greenpeace ship, long before climate change was recognised by world leaders as an urgent crisis. I was utterly moved as an activist. I knew then the importance of this last great wilderness for survival on planet Earth.

In the European Parliament today, once again we recognise that Antarctica is a space of rich biodiversity. It's more threatened by climate change now than ever before. This resolution, which is co-signed by Members of almost every political colour, shows that Europe and all of her institutions are united behind the protection of Antarctica and over three million square kilometres of our oceans, as internationally recognised marine protected areas.

But this fight is not over yet. Despite Antarctica experiencing the warmest summers in history, some nations fail to see the urgent need for action. With today's resolution, my activism continues, joined by my colleagues here in Parliament.

Today, we send a strong message to those world leaders who continue to bury their heads in the snow: stand with us for Antarctica – show the world that activism works!

Bert-Jan Ruissen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, geachte commissaris, verstoringen van het natuurlijke evenwicht in de wateren rond Antarctica kunnen ons onmogelijk koud laten. Als EU voelen we ons medeverantwoordelijk voor een goed beheer van de internationale wateren, en dus ook voor de wateren rond de Zuidpool, mede in het licht van het Protocol van Madrid.

Maatregelen zijn nodig om kwetsbare soorten zoals pinguïns en walvissen te beschermen, en dat op basis van de beste beschikbare wetenschappelijke gegevens en niet op basis van willekeurig gekozen en niet onderbouwde ronde getallen.

Met de voorliggende resolutie is echter iets vreemds aan de hand. Je zou verwachten dat het daarin alleen over Antarctica zou gaan, maar dat blijkt niet het geval te zijn. Opnieuw wordt in deze resolutie de biodiversiteitsstrategie van de Commissie ten tonele gevoerd en wordt er ingezoomd op de Europese wateren, terwijl we allemaal weten dat er nog steeds geen effectbeoordelingen zijn uitgevoerd en het dus zeer prematuur is om doelstellingen uit de biodiversiteitsstrategie nu al als uitgangspunt te nemen, zowel voor het eigen beleid in de Europese Unie als voor de aanpak in de internationale wateren.

In dat verband zou ik ook het belang van maatwerk willen beklemtonen. Je kunt niet voor alle wateren dezelfde aanpak hanteren. Wat in de Zuidelijke Oceaan wenselijk en mogelijk is, is in de EU misschien niet mogelijk en wenselijk. Bovendien, wat betekenen al deze plannen voor de visserman? Zeker in combinatie met alle andere ruimtelijke claims lijkt de 30 %-doelstelling voor onze Europese wateren mij echt te hoog gegrepen.

Als de EU wereldleider wil zijn, laten we dan realistische en goed onderbouwde doelen stellen, ook bij de Conferentie inzake biodiversiteit in Kunming later dit jaar.

Beschermde maritieme gebieden kunnen een functie vervullen bij de bescherming van de biodiversiteit, maar ze mogen geen doel op zich worden.

Anja Hazekamp, *namens de Fractie The Left*. – Voorzitter, geachte commissaris en minister, Antarctica en de Zuidelijke Oceaan waren de laatste ongerepte natuurgebieden op aarde, de laatste wildernissen. Wären, want hun talrijke en unieke ecosystemen staan onder druk door klimaatverandering, door vervuiling, overbevissing, oceaanverzuring en schadelijk toerisme.

En waarom laten we dit gebeuren? De tijd dringt om actie te ondernemen om dit gebied de bescherming te bieden die het zo dringend nodig heeft. Hoe kunnen we Antarctica behoeden voor verdere achteruitgang en de biodiversiteit een kans geven om zich te herstellen? Dat kan alleen door zijn nieuwe en bestaande natuurgebieden écht te beschermen. Dat betekent dat er in geen geval plaats is voor visserij, voor walvisjacht, voor diepzeemijnbouw, voor olie- en gaswinning, en zeker ook niet voor grote cruiseschepen en ongecontroleerd toerisme. Pinguïns, zeeleeuwen en orka's moeten ongestoord kunnen leven en de beschermde gebieden moeten ecologisch verbonden worden met duidelijke instandhoudingsplannen om deze unieke ecosystemen te redden.

Alleen met een strikte bescherming van het zuidpoolgebied verzekeren we de gezondheid van onze oceanen, zijn functie als koolstofput, en vergroten we de weerstand van deze mariene ecosystemen tegen de gevolgen van klimaatverandering.

En voorts ben ik van mening dat de Europese landbouw- en visserijsubsidies moeten worden afgeschaft.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Under våren kunde vi på fasansfulla satellitbilder se ett isblock större än Gotland bryta sig loss från Antarktis. Den globala upphettningen går snabbare vid polerna. På bara 30 år värmdes Antarktis upp med 1,8 grader. Antarktis är den sista obebodda världsdelen och har en oerhört varierande biologisk mångfald och en mängd rödlistade arter. I de antarktiska haven finns exempelvis hotad krill i basen av våra ekosystem.

Havet är inte bara en överlägsen kolsänka som absorberat 90 procent av temperaturökningen från den globala upphettningen. Havet är också avgörande för havsströmmarna och vi vet att ismältningen påverkar både temperatur och saltinnehåll i havet. När isarna smälter snabbare kan det väldigt snabbt ändra klimatet ända till Sverige. Det är därför en självklarhet att Europaparlamentet nu ansluter till USA, Storbritannien och Australien med flera och tar ställning för nya skyddade havsområden utanför Antarktis. Det handlar om nästan en procent av världens hav, sex gånger större än Sverige i storlek, och det skulle vara en av de största naturskyddsåtgärderna i historien att lyckas med detta.

Att skydda de här ekosystemen är inte bara bra för djurlivet och havsströmmarna, det är också helt centralt för vetenskapen. Då Antarktis både är bättre skyddad, exempelvis från överfiske, och ligger före övriga världen i klimatkrisen kan forskarna få tillgång till att studera effekterna av den globala upphettningen. Och mer forskning behövs – 80 procent av havsbotten är ännu outforskad.

Det är dags att även EU lever upp till sin ledande roll och driver på internationellt för att skydda mer av Antarktis marina områden. Det får vara slut på brinnande hav och avbrutna isblock.

Pierre Karleskind (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je voudrais remercier et féliciter les rapporteurs et rapporteurs fictifs, singulièrement ma collègue Catherine Chabaud et ma collègue Grace O'Sullivan, pour ce travail sur l'Antarctique. La préservation de l'Antarctique est vraiment un sujet qu'on aborde ici par un volet plutôt maritime – Monsieur le Commissaire, vous êtes là – et environnemental, mais c'est à l'évidence un sujet stratégique pour nous.

Stratégique, parce qu'en fait, on le voit, il y a un certain nombre d'États dans le monde qui ont une attitude prédatrice sur les ressources, prédatrice sur l'environnement, prédatrice sur les écosystèmes. Tout cela doit nous amener à nous mettre en perspective avec notre place dans le monde. Nous avons un outil extraordinaire dans l'Union européenne, c'est notre capacité à déployer cette recherche scientifique qui nous permet d'être présents et de développer, tout simplement, une diplomatie scientifique – une diplomatie qui nous permet, à nous les Européens, de dire: voilà l'avenir que nous pouvons tracer ensemble. Je crois que c'est ce que ce rapport nous propose: cette adaptation aux effets du changement climatique. C'est un élément qui va arriver de façon extrêmement importante. Utilisons notre leadership pour avancer sur tout ça.

Je conclurai simplement en vous disant qu'un réseau d'aires marines protégées serait tout à la fois un outil utile pour la présence de l'Union européenne sur cette scène globale, et évidemment utile pour le développement d'un respect de l'environnement qui nous tient tant à cœur.

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Senhora Presidente, começo esta intervenção com o apelo do ambientalista e mergulhador português, Miguel Lacerda. A Antártida é um santuário de biodiversidade e esta deve ser protegida. E é na próxima reunião da Comissão para a Conservação da Fauna e da Flora Marinhas da Antártida que o mundo tem uma oportunidade para dar um passo decisivo para proteger a Antártida e o Oceano Sul. Porque? Porque este abriga ecossistemas extremamente ricos em vida selvagem e são áreas também fundamentais para a mitigação dos impactos das alterações climáticas.

A União Europeia e os Estados-Membros devem, assim, pressionar países como a Rússia e a China a aceitar a criação da maior zona marinha protegida do planeta. A diplomacia científica tem que servir o interesse comum e não ceder aos interesses nacionalistas e umbiguistas que travam este acordo. É tempo de agir e, Comissário Sinkevičius, todos contamos consigo.

Clara Aguilera (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, señor ministro, sin duda la Antártida es una zona que hay que proteger por las razones medioambientales que han expuesto todos los oradores anteriores. Ahí están las múltiples razones. Por tanto, lo que pretendemos es que esta Resolución dé el respaldo y el apoyo político que espero supongan un impulso definitivo para la declaración de estas zonas marinas protegidas.

El océano Antártico es rico en vida marina, incluidas especies de interés para la industria pesquera como el krill o la merluza austral. Pero hay otras especies que se han pescado y se siguen pescando comercialmente en aguas de la Antártida sin que estén documentadas debidamente, como el pez hielo de caballa y el bacalao de roca antártico. Sigue existiendo una importante pesca ilegal en la zona.

La pesca solo debe llevarse a cabo con arreglo a dictámenes científicos sólidos si se quiere que esta sea sostenible a largo plazo. La merluza negra ocupa un papel predador fundamental en los ecosistemas antárticos. Poner en peligro alguna de estas especies puede tener consecuencias inesperadas para estos organismos. La pesca ilegal es un problema mundial que ha resultado difícil de eliminar y el océano Antártico es difícil de supervisar.

Por tanto, dado el aislamiento geográfico del océano Antártico y las duras condiciones meteorológicas, las operaciones de control de la zona resultan complejas y difíciles. Las actividades de pesca ilegal en la Antártida representan una seria amenaza para la pesca sostenible y la resiliencia de los ecosistemas marinos.

Por ello es tan necesario declarar estas zonas marítimas protegidas y así asegurar la conservación y recuperación del patrimonio natural y la biodiversidad marina en la zona.

Stéphane Bijoux (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, chers collègues, est-ce qu'un plaidoyer peut suffire pour le pôle Sud? Bien évidemment, non. Est-ce qu'il faut beaucoup plus qu'un plaidoyer? Absolument, oui. Oui, parce que sauver l'Antarctique est aujourd'hui une urgence absolue qui nécessite beaucoup plus que des mots. Il faut agir et il faut agir vite. Et c'est toute l'exigence de cette résolution que l'Europe doit porter comme un combat pour les générations futures.

Vous savez, les territoires européens les plus proches du pôle Sud, ce sont les Terres australes et antarctiques françaises. Là, des scientifiques et des militaires travaillent toute l'année dans des conditions difficiles, et je veux leur dire merci parce qu'ils sont beaucoup plus que nos ambassadeurs. Ils sont nos yeux et nos oreilles. Ils entendent craquer la banquise qui fond. Ils voient disparaître la biodiversité.

Les enjeux sont colossaux et je vais vous dire: l'Europe ne peut pas se contenter de constater. L'Europe doit s'engager et cet engagement doit être entendu au niveau mondial. Vous l'avez dit à plusieurs reprises, des puissances internationales convoitent ces territoires pour de mauvaises raisons. Il faut résister et construire ces zones marines protégées.

Au-delà de la géopolitique, aujourd'hui, la force et l'imminence du danger nécessitent et convoquent notre responsabilité. Le pôle Sud peut nous paraître loin, mais si l'Antarctique disparaît, c'est bien ici, au cœur de nos vies, que nous serons impactés. Et ce sont nos enfants que nous condamnerons.

Caroline Roose (Verts/ALE). – Madame la Présidente, j'aimerais commencer par remercier Grace O'Sullivan et Catherine Chabaud, qui sont à l'initiative de cette résolution sur la création d'aires marines protégées dans l'océan Austral. Cette résolution est cruciale, car face au blocage de la Chine et de la Russie, l'Union européenne se doit d'être unie. Les océans sont en première ligne dans la lutte contre le dérèglement climatique et constituent des réserves de biodiversité importantes, mais fragiles.

La création d'AMP dans l'océan Austral serait un outil puissant pour préserver les écosystèmes uniques de cette région particulièrement vulnérable. Pour qu'elles soient pleinement efficaces, il faut aussi apporter des réponses aux problèmes causés par le tourisme et par la pêche du krill, qui est à la base de la chaîne alimentaire de nombreuses espèces, dont le manchot, les baleines, les phoques et les poissons. J'espère que ces négociations seront couronnées de succès et qu'elles serviront de précédent pour renforcer la coopération internationale pour la protection de la biodiversité et notamment pour un accord global sur la biodiversité, au-delà des juridictions nationales. Pour renforcer notre crédibilité, il est aussi important de mettre en œuvre la stratégie biodiversité et de créer en Europe des aires marines protégées suffisamment nombreuses pour couvrir 30 % des eaux européennes.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, Minister, thank you for this inspiring debate and for your encouraging support. I'm very pleased to see that there seems to be a broad agreement amongst most Members and groups of this House that we need to urgently step up our efforts to tackle climate change and the loss of biodiversity in one of the most vulnerable regions, which is the Southern Ocean. Your voices clearly reflect the calls of our citizens for more and decisive action on climate change and biodiversity loss.

Let me briefly reply to Mr Ruissen, who asked: what about the economic impact of closing fishing grounds and marine protected areas (MPAs) to fishing, including for our EU fisheries? I can be very clear on this. The actual impact on those MPAs on fishing activities is estimated to be very limited because the most productive fishing grounds are located somewhere else in the Southern Ocean, and large parts of this sea are covered by ice most of the year.

Be reassured in any case that our fishers active in the Southern Ocean are fully behind us in our objective to establish new marine protected areas. All EU goals that are established in the biodiversity strategy are driven by the best available scientific advice.

I can only reiterate what Commission President von der Leyen has said in her first State of the Union address when she committed the EU to use all its diplomatic strength and economic clout to broker an agreement on marine protected areas in the Southern Ocean.

I sincerely hope that I will be able to report on progress in this regard to the European Parliament after the 40th annual meeting of the Convention for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources, in October. I am confident that I can count on your full and continuing support for our common goal to establish new marine protected areas in Antarctica. The past has shown that if we join forces in the EU and between EU institutions, we can achieve a lot.

Anže Logar, predsedujoči Svetu. – Spoštovana predsedujoča! Cenjeni poslanke in poslanci! Komisar!

Kot sem dejal v uvodni razpravi, poleg zagona, ki ga je dal ministrski dogodek, ki ga je gostila Evropska unija, letos obeležujemo 60. obletnico pogodbe o Antarktiki.

Te okoliščine bi lahko pripomogle k temu, da bi se vse članice Konvencije o ohranjanju antarktičnih živih morskih virov strinjale s tem, da je nujno vzpostaviti dodatna morska zavarovana območja.

Priložnost za to bo tudi proces priprav na 15. zasedanje držav pogodbenic Konvencije o biološki raznovrstnosti, ki bo postavila svetovne cilje za biodiverzitetu do 2030 in 2050, vključno z morskimi zavarovanimi območji.

Kot je že omenil komisar, znanstveniki menijo, da bi bilo potrebno vsaj 30 odstotkov svetovnih oceanov spremeniti v zavarovana območja, da bi dosegli učinkovite rezultate in pomagali obnoviti izčrpane ribje staleže. Skladno s tem si mora Evropska unija v odzivu na podnebne spremembe in izgubo biotske raznovrstnosti v arktičnih vodah še naprej prizadevati za vzpostavitev reprezentativne mreže morskih zavarovanih območij. To je bistveno za zaščito občutljivega ekološkega sistema na Antarktiki in vodah okrog nje.

Ob tej priložnosti želim tudi poudariti pomen, ki ga Evropska unija pripisuje večstranskemu sodelovanju v okoljskih zadevah na splošno in potrditi zavezanost Evropske unije večstranskim rešitvam za svetovne izzive na področju ohranjanja naravnih virov in biodiverzitet vključno s tistimi, ki jih prinašajo podnebne spremembe.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 8. Juli 2021, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Maapallon napa-alueet on varattava rauhalle ja tieteelle. Ilmastonmuutoksen myötä lämpeneminen on voimakkaampaa maapallon napa-alueilla aiheuttaen vakavia ympäristöongelmia. Napa-alueet ovat erityisiä ja herkkiä alueita, jotka ovat erityisen haavoittuvaisia mahdollisille ympäristöhaitoille. Toimilla on kiire. Napa-alueet lämpenevät jopa kolme kertaa nopeammin kuin maapallo keskimäärin. Esimerkiksi Etelämantereen arvioidaan lämmenneen lähes kolme astetta viimeisen 50 vuoden aikana. Ilmastonmuutoksen lisäksi paine luonnonvarojen käyttöön kasvaa. Etelämannerta koskevan sopimuksen Madridin pöytäkirjassa määritellään alue ”rauhalle ja tieteelle omistetuksi luonnonsuojelualueeksi” ja tällaisena se on säilytettävä. Kaikki yritykset rikkoa tätä sopimusta on tuomittava. Tässä päätöslauselmassa parlamentti tukee kahden uuden merellisen suojelualueen perustamista, joiden yhteenlaskettu koko olisi noin 3 miljoonaa neliökilometriä. Asiasta neuvotellaan parhaillaan Etelämantereen meren elollisten luonnonvarojen suojelukomissiossa (CCAMLR). Vastaava rauhalle ja tieteelle omistettu luonnonsuojelualue pitäisi kehittää myös arktiselle alueelle. Kasvavien käyttöpaineiden takia tällä on kiire, ja EU:n tulisikin ottaa arktisessa politiikassa vahva rooli. Suojelualueilla olisi tärkeä rooli maailmanlaajusten biodiversiteetti- ja ilmastositoumusten täyttämiseksi. Olen jo pitkään ajanut erityistä arktista ympäristövaikutusten arviointia, joka käyttää hankkeiden vaikutusten arvioinnissa pidempää aikaväliä ja ottaa myös huomioon vaikutusten kerrannollisuuden sekä alkuperäiskansojen oikeudet alueen käyttöön.

Komissiolta on odotettavissa loppuvuodesta arktista ulottuvuutta koskeva yhteinen tiedonanto.

24. Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Margarida Marques im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über die Überprüfung des makroökonomischen Rechtsrahmens mit dem Ziel einer besseren Wirkung auf die Realwirtschaft in Europa und einer größeren Transparenz der Entscheidungsfindung und der demokratischen Rechenschaftspflicht (2020/2075(INI)) (A9-0212/2021).

Margarida Marques, Relatora. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, Conselho, Colegas, o debate da governação económica é um debate difícil e tendencialmente gerador de divisões, mas exige consensos para ser bem-sucedido. Iniciar este debate com posições definitivas à partida ter-nos-ia deixado sem margem de manobra e teria sido condenar este debate ao fracasso.

Levámos tempo a chegar aqui. Obrigou-nos a um enorme esforço responsável na procura de soluções comuns durante quase um ano. Ouvimos especialistas, políticos, organizações europeias e internacionais provenientes de diferentes campos do pensamento político académico. Este debate interno permitiu-nos construir progressivamente uma compreensão alargada sobre os desafios da governação económica da União, mas também entender as posições que se desenham, das mais consensuais às mais minoritárias.

Por isso deixo aqui um enorme agradecimento aos relatores-sombra. Discutimos posições divergentes. Procurámos sempre encontrar as melhores soluções que permitam um quadro de governação económica que funcione e seja credível, assente em fundamentos económicos sólidos e com uma visão de futuro. É isso que os cidadãos esperam de nós.

Agradeço também a excelente colaboração das equipas das diferentes famílias políticas e ao secretariado da Comissão e aos colegas da AFCD. Recomendamos à Comissão Europeia que reabra o debate público que ficou suspenso com a ativação necessária da cláusula de escape. Aguardamos a seguir as iniciativas legislativas necessárias. O Parlamento, com este relatório de iniciativa, estabelece hoje uma posição que condiciona o quadro político para este debate. Com as orientações políticas que definimos a Comissão está em condições de adotar propostas ambiciosas, realistas e que reúnam consenso. Temos provado que esta estratégia tem reforçado o poder do Parlamento. Fizemo-lo já com a resposta europeia à crise. Fizemo-lo com a negociação do Quadro Financeiro Plurianual onde a unidade do Parlamento foi decisiva.

As regras atuais são complexas e opacas. Provaram ser ineficazes e não são cumpridas. As sucessivas alterações e interpretações tornaram-nas mesmo incompreensíveis. A pandemia tornou isso ainda mais visível. Temos que nos dotar dos mecanismos necessários para que a União possa fazer face aos desafios europeus, atuais e futuros. É isso que faz este relatório.

A resposta europeia à crise está a procurar proteger os mais vulneráveis, o emprego, as empresas em setores estratégicos e ambiciona relançar uma economia mais verde, mais digital, mais justa. Mas o impacto da crise nas economias é bem visível com crescentes desigualdades e a incerteza permanece.

A confiança por parte dos cidadãos aumentou e não podemos desapontá-los. Para já a cláusula de escape está em vigor até ao final de 2022. Dá-nos assim uma janela de oportunidade de um ano para politicamente nos posicionar-nos sobre as novas regras de governação económica. Vamos ter já novas regras em vigor aquando da desativação. Uma coisa é certa, as orientações das novas regras devem estar definidas para conferir previsibilidade aos Estados-Membros e os Estados-Membros têm de ter capacidade total para usar completamente a resposta europeia à crise. Desde logo, o Next Generation EU. Sabemos que foi criado como um instrumento único, mas não podemos ignorar o seu valor acrescentado europeu.

A Comissão tem de explorar todas as potencialidades de todos os instrumentos criados na resposta europeia à crise. Por outro lado, tem que fazer uso de toda a flexibilidade do atual quadro assegurando ajustamentos específicos por país. A interrupção prematura do apoio das políticas monetárias e orçamentais bloquearia a recuperação e isso nem os governos, nem os parceiros sociais, nem os cidadãos conseguiriam entender. Seria alimentar aqueles que combatem a União Europeia e as democracias europeias.

Temos que rever o Pacto de Estabilidade e Crescimento, ancorado nos objetivos de longo prazo da União Europeia, assente num quadro institucional resiliente com um novo entendimento sobre a sustentabilidade da dívida. Por isso é necessária uma noção mais dinâmica da dívida, assegurando trajetórias de redução diferenciadas por país. Em vez de nos fixarmos apenas nos rácios de dívida, o que se tem traduzido frequentemente num travão ao crescimento, temos de nos focar em assegurar sustentabilidade das dívidas soberanas e crescimento sustentável e inclusivo alinhado com os compromissos europeus.

O Pacto de Estabilidade e Crescimento não pode ser um travão ao investimento e à criação de emprego, ao crescimento. Investimento de qualidade traduz-se em qualidade das finanças públicas e a qualidade das finanças públicas melhora a sustentabilidade no longo prazo da dívida e melhora o crescimento potencial das economias.

Uma reflexão profunda sobre como e quem toma as decisões é necessária. Ao Parlamento cabe uma maior capacidade na definição das orientações de política económica. O Semestre Europeu tem vindo a evoluir ao longo dos anos, mas não há política económica que sobreviva se esta não refletir os compromissos do Pacto Ecológico Europeu, ODS e Pilar Social.

Cabe agora à Comissão Europeia ser ambiciosa e realista. Cabe ao Conselho acabar com os seus pequenos clubes e construir um espírito de confiança mútua. Cabe a todos nós assegurar que a revisão do quadro legislativo macroeconómico o torna mais simples, mais transparente, mais democrático e com maior apropriação por parte dos Estados-Membros, assente num método comunitário que promova o crescimento económico sustentável e inclusivo. Em vez de termos um quadro orçamental perfeito na teoria temos de construir uma política orçamental que funcione na prática.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, let me start by warmly congratulating honourable Member Marques on this excellent report, which is a timely contribution to the review of the EU economic governance framework. As you know, we had originally launched a public consultation in February 2020, but had to put it on hold due to the onset of the pandemic. We have stated that we will relaunch the consultation when the economic recovery takes hold.

We welcome the large support that this report has received in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON). This shows the cross-party support that exists on the importance of reviewing the economic governance framework, not least our common fiscal rules. It is also comforting that you succeeded to achieve broad convergence on this complex issue. The ECON Committee has produced a very rich report, and in the interest of time I will limit myself to a few key remarks.

First, I am glad to note that the Commission and the ECON Committee entirely agree on the near-term priorities for fiscal policy, namely to continue an expansionary fiscal stance for as long as is needed to support the recovery as well as the necessary transition of our economies, followed by a reorientation of fiscal policies aimed at fiscal sustainability in the medium term. This is entirely in line with the recent guidance that we provided to Member States on 2 June.

Second, on the fiscal rules, the report correctly highlights the sharp increase in public debt in the EU since the start of the pandemic and the need to ensure country-specific pace of debt reduction that safeguards both fiscal sustainability and sustainable inclusive growth.

We are not there yet, but once the health situation is fully under control and the economic recovery has taken hold, Member States will indeed need to achieve a gradual and credible reduction of high public debt pressures, creating buffers for future needs and challenges.

However, and turning to my third point, when the time comes for this gradual fiscal consolidation, we will need to avoid a mistake from the last crisis, which was to allow the burden of fiscal consolidation to fall on public investment. The Recovery and Resilience Facility (RRF) will play a key role in this regard but Member States must also seek to protect nationally financed public investment without jeopardising debt sustainability. The fiscal guidance that we recently provided to Member States contains elements that go in this direction.

The report rightly stresses that further efforts are needed to improve the quality of public finances so as to improve the country's long-term debt sustainability and enhance the long-term growth potential. It is highly relevant to reflect how the EU's economic governance framework could contribute to that.

Let me turn to the macroeconomic imbalance procedure (MIP), which is another major element of our economic governance framework. The MIP widened the scope of our surveillance beyond fiscal policies to cover other potential sources of macroeconomic imbalances such as large current account imbalances, deteriorating competitiveness, high private debt housing bubbles or fragile banking sectors. The COVID-19 crisis has made some of those aspects even more relevant.

There are indeed some challenges around MIP implementation, on which we are collecting views. For instance, as highlighted also in our review, the policy traction of the MIP has declined over time and some imbalances are only gradually being reduced.

The report rightfully puts a specific emphasis on the euro area dimension. In recent years the Commission already paid more attention to this such that all countries contribute to the rebalancing and their efforts are mutually reinforcing for the benefit of the area as a whole. In addition, the COVID-19 crisis has called for a stronger forward-looking perspective in our MIP surveillance, which we have pursued for this past year given the very unusual economic circumstances and exceptional uncertainty.

To conclude, let me once again thank honourable Member Marques for this excellent and thought-provoking report. I look forward to hearing your views.

Luděk Niedermayer, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, good evening first of all. I guess almost everything was said, so just a few remarks. So first of all let me thank the rapporteur and shadow rapporteurs for their cooperation and willingness to find the compromise. Let me also suggest that the involvement of experts in our work helped us to build bridges and find the agreement. And also let me appreciate the great work of our negotiating team.

This is important product of the European Parliament. And if it will be approved tomorrow, I guess this will help us to set a position on a very important matter that will be, as we've heard, very soon on the agenda of the Commission.

I believe that we need a change of our macroeconomic and fiscal framework. And I believe this report can help us to succeed in this effort.

This report is not directly linked to the COVID crisis, as we have seen that even the current framework provides sufficient flexibility to deal even with such unusual circumstances, and tragic. However, it has been apparent that the current rules are too complex and are suboptimal due to reliance on unobservable variables. And so that's why we need to review the framework rather soon, ideally before the escape clause is deactivated.

In proposing new frameworks, we should reflect the lessons we learned from the past: make the framework much more transparent, more simple, and make sure that Member States better comply with the agreed rules.

An essential part of this effort is to ensure, in short, that the variable that will be targeted will be under full control of the governments. Unfortunately, this is not the case for now, and that's why we really need to work on the better framework.

The framework also must allow Member State to execute strong anti-cyclical policy in case of need, where expansionary budget policy, in bad times, will obviously be balanced by increased savings in the good times. Also, creating fiscal buffers for bad situations or crises must be part of the responsible policy tool.

I am pleased to see that we found strong support to base our recommendation on the proposal of the European Fiscal Board, which sets growth of expenditures as a key variable to reach the ultimate goal that is debt sustainability.

I believe that this framework will be a significant improvement compared to the current situation, and it will contribute to the sustainability and stability of the EU economy, which can easily be harmed by irresponsible and unsustainable fiscal policy of the Member States. Thank you very much and I hope you support the report.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor comisario, en primer lugar, me gustaría felicitar a Margarida Marques y al conjunto de ponentes alternativos de este Parlamento que han negociado y acordado un documento importante, muy relevante, y, además, oportuno; un documento que, sin duda, viene a reconocer que no podemos volver a las reglas fiscales del actual Pacto de Estabilidad, del *six-pack*, del *two-pack*, del tratado de gobernanza fiscal...

Porque, ciertamente, cuando acabemos, cuando veamos finalmente el fin de esta crisis, los niveles de deuda pública serán tan elevados que pretender reducirlos al 60 %, al ritmo que las actuales reglas imponen de una veintea parte cada año, realmente es imposible y hay que reconocerlo. No podemos pretender avanzar a esa velocidad cuando la crisis termine.

Y yo creo que este informe reconoce esta evidencia y además aprovecha el momento actual, en que no estamos aplicando el Pacto de Estabilidad y Crecimiento, para adelantar una reforma de esas reglas; unas reformas que deben, en primer lugar, mejorar la capacidad de inversión de las administraciones públicas. Tenemos por delante la transición climática, la transición digital y la mejora de las condiciones sociales para reducir la pobreza y la desigualdad que esta crisis está creando. Y, además, necesitamos también dotar al conjunto de nuestras políticas fiscales de un mayor grado de capacidad anticíclica. Lo habíamos visto en crisis pasadas y lo vemos en la actual. Con las actuales reglas no podemos hacer política anticíclica y por eso se ha puesto fuera de circulación durante un tiempo el Pacto de Estabilidad, pero, sobre todo, por eso hemos acordado la creación del Next Generation EU, un instrumento para financiar la inversión de manera colectiva.

Y yo creo que el futuro del Next Generation EU está muy entrelazado con el debate sobre las reglas fiscales, porque no se puede entender qué normas vamos a aplicar a los Estados para aplicar políticas anticíclicas si no reflexionamos sobre el futuro del Next Generation EU. Y la propuesta de este informe, que han liderado Margarida Marques y el resto de ponentes, es oportuna, apunta a hacer análisis individualizados de la sostenibilidad de la deuda, con un instrumento de control, y espero que la Comisión y el Consejo escuchen este informe, lo lean y empiecen ya ese debate tan necesario para los ciudadanos europeos.

Billy Kelleher, *thar ceann an Ghrúpa Renew*. – A Uachtaráin, agus costas eacnamaíoch phaindéim Covid-19 á ríomh againn, is ceart go nglacfaidh Parlaimint na hEorpa seasamh láidir agus uaillmhianach maidir leis an athbhreithniú ar an gcreat rialachais eacnamaíoch.

Tá obair mhór déanta ag rialtais an Aontais agus na mBallstát chun cabhrú lenár ngeilleagar comhchoiteann. Mar sin féin, ní mór dúinn a chinntiú go ndéanfar an tacaíocht airgeadais sin a tharraingt siar go réidh agus go cúramach. Ní mór dúinn leanúint leis an dlúthpháirtíocht láidir atá á léiriú againn le cúig mhí dhéag anuas, ionas nach bhfágfar aon Bhallstát ar lár.

Is maith atá a fhios ag mo thír féin cad a tharlaíonn nuair a dhéantar dearmad ar an dlúthpháirtíocht le linn géarchéim eacnamaíche. San fhadtearma, san athbhreithniú ar an gcreat maicreacnamaíoch, ní mór breis solúbthachta a chinntiú do na rialtais náisiúnta ionas go mbeidh siad in ann infheistiú i dtionscadail phoiblí a bhfuil géarghá leo. Ní mór dúinn infheistiú i dtodhchaí ár dtíortha agus inár saoránaigh. Thar aon rud eile, is féidir linn é seo a dhéanamh agus san am céanna, críonnacht agus freagracht fhioscach a chinntiú.

Ar deireadh, ba mhaith liom mo bhuíochas a ghabháil leis an Rapóirtéir Margarida Marques, agus lena hoifig, as a cuid oibre crua agus a hoscailteacht.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, nous vivons une «polycrise»: une crise sanitaire, une crise écologique, une crise sociale, une crise économique. Ainsi, nous voyons que les perturbations économiques des dernières années ont mis en évidence notre besoin de réformer notre cadre macroéconomique, entre autres concernant les politiques budgétaires. Tout le monde vous le dira. L'ensemble des observateurs, des observatrices, des experts et des expertes, les politiques, les universitaires, tous s'entendent sur ce point.

Nous nous apprêtons à voter demain le rapport d'initiative de M^{me} Marques sur le cadre de gouvernance économique de l'Union européenne. Ce texte est important, car il envoie – et il doit envoyer – un signal fort à la Commission européenne qui doit débiter prochainement le travail sur la révision des règles budgétaires et du cadre macroéconomique de manière générale. On peut se satisfaire, dans les projets de compromis qui ont été adoptés en commission des affaires économiques et monétaires du Parlement, qu'une majorité appelle à une fin des règles budgétaires actuelles. Elles sont en effet illisibles, incompréhensibles pour les citoyens et les citoyennes européens, mais également inadaptées. Je le redis: inadaptées aux défis auxquels nous devons faire face – je pense à l'urgence climatique et surtout à l'urgence sociale. On peut se féliciter de l'inclusion de nouveaux critères, notamment des critères qualitatifs – enfin! – et pas seulement quantitatifs, pour des politiques économiques qui devront être menées par les États.

Les ambitions portées par ce rapport doivent cependant être plus fortes, raison pour laquelle j'ai déposé des amendements, avec 70 collègues. Trois amendements, pour tenter d'améliorer ce rapport – je vais très vite, excusez-moi, Madame la Présidente. Les investissements verts et sociaux: hop! exclus des déficits. Plaidons pour de nouveaux indicateurs: la pauvreté, les accords de Paris. Mais nous devons aussi appeler à l'inclusion du mécanisme européen de stabilité dans l'ordre juridique de l'Union, parce que le Parlement européen aura enfin droit au chapitre.

Mes chers collègues, j'espère que vous allez soutenir ces amendements parce qu'il est grand temps que ce Parlement envoie une ambition forte sur ces questions macroéconomiques. Alors demain, ce texte est à portée de main et c'est le texte final que tout le monde attend.

La Présidente. – Vous avez dépassé votre temps de parole d'une minute entière, c'est vraiment une exception.

Eugen Jurzyca, za skupinu ECR. – Vážená pani predsedajúca, je taká doba, že v správe o preskúmaní makroekonomického legislatívneho rámca z výboru ECON, teda v správe, ktorá sa do veľkej miery týka reformy fiškálnych pravidiel v Európskej únii, sa slovo konsolidácia spomína len jediný raz, aj to iba v následnom slovnom spojení, citujem: „Európsky parlament žiada zabrániť predčasnej konsolidácii verejných financií.“ Koniec citátu. Akoby sme naozaj uverili tomu, že rastúci verejný dlh je trvalým zdrojom rastu bohatstva a ako by sme už aj prestali hovoriť to, čo sa ešte zvyklo hovoriť pred touto krízou, že v dobrých časoch je potrebné dlh znižovať. Súhlasím s tým, že konsolidáciu treba načasovať na obdobie dobrých časov po pandémie, teda keď sa obnoví stabilný ekonomický rast. Ale príprava konsolidačných plánov v členských štátoch by mala prísť už dnes, aby sme hneď po deaktivácii všeobecnej únikovej doložky boli pripravení konsolidáciu spustiť. Vlády by už dnes mali identifikovať konkrétne konsolidačné opatrenia, ktoré dlhodobo zvýšia udržateľnosť verejných financií. Základom takéhoto zoznamu by mala byť identifikácia neefektívnych výdavkov, inak bude poučením z tejto krízy iba to, že vyšší verejný dlh dnes znamená vyššie dane zajtra.

Keďže správa výboru ECON nevyzýva členské štáty na prípravu konsolidácie, nemôžem ju podporiť.

Martin Schirdewan, im Namen der The Left-Fraktion. – Frau Präsidentin! Die europäische Schuldenbremse verhindert die nötigen staatlichen Investitionen, um die EU-Mitgliedstaaten krisenfest und zukunftsfähig zu machen. Und eigentlich, geschätzte Frau Berichterstatterin, stimmen wir auch darin überein, dass die EU die existierenden Schuldenregeln endlich hinter sich lassen muss. Es braucht eine aktivere Finanzpolitik, um die Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen und um die Kosten der Krise nicht wieder auf die breite Masse der Bevölkerung abzuwälzen, wie es nach der Finanzkrise mit der unbedingten Durchsetzung der Sparpolitik geschehen ist.

Allein Deutschland hat derzeit einen Investitionsbedarf von geschätzt 450 Milliarden Euro. Und die Pandemie hat uns die Mängel in der öffentlichen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge mit ganzer Härte vor Augen geführt. Die Quittung für diese falsche Politik haben wir erhalten, als unsere Pflegekräfte in unterbesetzten, unzureichend ausgestatteten Intensivstationen um jedes einzelne Leben haben kämpfen müssen.

Die Pandemie hat aber auch die digitale Spaltung der Gesellschaft offenbart. Wo angemessenes Internet und die Technik fehlt, werden die Menschen abgehängt sein. Das digitale Zeitalter ist bereits vor zehn Jahren angebrochen. Wir müssen aber jetzt in digitale Teilhabe, in Bildung und Arbeitsplätze investieren, denn keiner darf beim digitalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zurückgelassen werden.

Leider wurden die ursprünglich sehr progressiven Positionen des Berichts im Zuge der Verhandlungen stark ausgehöhlt. Trotz positiver Elemente wie einer möglichen Ausnahmeregel für einige wachstumsfördernde Investitionen hält der Bericht an den verrosteten Schuldenregeln des Maastrichter Vertrags fest und auch an der konservativen Wirtschaftspolitik des Europäischen Semesters.

Ich fordere, die Maastrichter Regeln endlich der Geschichte angehörig sein zu lassen und das EU-Regelwerk fit für die Zukunft zu machen. Wagen wir einen Solidaritäts- und Zukunftspakt für die EU zur Förderung staatlicher Investitionen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Enikő Győri (NI). – Elnök Asszony! Az Európai Unió ezúttal végre nem megszorításokkal válaszolt egy gazdasági válságra. Magyarország 2010 óta már ezt az utat járja, bár korábban sokan kritizálták érte. Ma viszont már mindenki elfogadja, hogy beruházásokra és strukturális reformokra van szükség a versenyképességhez és a fenntartható növekedéshez. De azért nem kellene átesni a ló túloldalára. A helyreállítási eszköz közös hitelfelvétellel való finanszírozása nem jelenthet precedenst. Nem élhetünk ugyanis a jövő nemzedékek terhére.

A baloldal a költsékezést a hitelfelvételen túl adóemeléssel akarja finanszírozni. Tisztelt baloldali képviselőtársaim, gazdasági válság után vagyunk. A minimumadó adóemelést hozna, amely növelné az állampolgárok terheit, és csökkentené Európa versenyképességét. Mindkettő lassítaná a gazdasági kilábalást, tehát ez egy teljesen rossz irány.

Végezetül hadd kérjem a Bizottságot arra, hogy ne vigyen ideológiát oda, ahol annak nincs helye. A Helyreállítási Alap pénzét minél hamarabb juttassa el a tagállamoknak, hogy mindenhol megindulhasson a fejlesztési tervek végrehajtása.

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, a Europa está no bom caminho. As previsões económicas de hoje são animadoras, mas a realidade ainda é muito diferente de país para país. Enquanto uns Estados-Membros crescem acima de 7 %, outros, como Portugal, ficam aquém da média europeia.

Os governos nacionais têm de fazer a sua parte. Não precisamos da propaganda sobre bazucas, dinheiro europeu, mas de iniciativas concretas para melhorar o investimento público, potenciar o investimento privado e criar mais empregos. A cláusula de derrogação geral do Pacto de Estabilidade e Crescimento é um mecanismo de flexibilidade importante. Temos mais um ano e meio para tirar o melhor partido destas condições. Mas não podemos ficar por aqui, temos de aproveitar esta oportunidade para reformar a governação económica.

Em primeiro lugar, a dívida pública. Precisamos de um mecanismo que tenha por base o controlo da despesa pública com atenção à realidade concreta de cada país. A vacina para o vírus da dívida é uma política orçamental responsável, com despesa inteligente e abaixo dos níveis de crescimento.

Em segundo lugar, o défice orçamental. Precisamos de critérios claros e transparentes sobre o controlo dos défices. Avaliar apenas números e percentagens vale pouco, cativações e medidas extraordinárias, por exemplo, garantem números mais baixos, mas não significam uma redução estrutural.

Em terceiro lugar a política fiscal. A fiscalidade é da competência dos Estados-Membros, mas a fraude e a evasão fiscal ou o branqueamento de capitais são fenómenos que não conhecem fronteiras. Precisamos de mais cooperação e coordenação para melhorar os nossos sistemas tributários e libertar os europeus de cargas fiscais que ameaçam a competitividade das nossas economias.

Caros Colegas, não tivemos muito tempo para responder à emergência sanitária, mas fizemo-lo. Não temos muito tempo para relançar as nossas economias, mas façamo-lo.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir brauchen dringend eine Reform der Fiskalregeln, und zwar bevor die alten Regeln wieder in Kraft gesetzt werden. Warum? Die Aussetzung der alten Regeln hat es uns ermöglicht, energisch gegen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie vorzugehen. Eine verfrühte Rückkehr zu den alten Regeln, insbesondere zu dem Schuldenstandsziel von 60 Prozent des BIP, würde katastrophale wirtschaftliche Auswirkungen haben. Viele Mitgliedstaaten wären gezwungen, den Aufschwung abzuwürgen, bevor er richtig Fahrt aufgenommen hat. Drängende öffentliche Investitionen könnten nicht mehr finanziert werden.

Aber wir brauchen weiterhin eine offensive öffentliche Investitionspolitik, um den Aufschwung zu stabilisieren, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und um die Herausforderungen des Klimawandels anzugehen. Manche Konservative, auch hier im Haus, diffamieren eine solche Politik als unverantwortliche Schuldenmacherei. Das ist schlicht Unsinn. Auch Staatsverschuldung ist unschädlich, wenn der erforderliche Schuldendienst in einem vernünftigen Verhältnis zu den Einnahmen steht. Und dafür kann man auch mit veränderten Fiskalregeln sorgen.

Caroline Nagtegaal (Renew). – Voorzitter, toen de wereld vorig jaar met een schok tot stilstand kwam, was een van de grootste vragen of de Europese landen wel in staat zouden zijn om op zeer korte termijn de economische steunmaatregelen te nemen die nodig waren om de bedrijven overeind te houden en opdat mensen hun baan zouden behouden. En we hebben gezien dat de landen inderdaad alles op alles hebben gezet om dat voor elkaar te krijgen. De lidstaten hebben verregaande solidariteit getoond, bijvoorbeeld ook door het tijdelijke coronaherstelfonds.

En mede dankzij die zeldzame maar zeer noodzakelijke uitzonderingen op de begrotingsregels is het ons gelukt om onze economie staande te houden. Nu we in Europa zicht hebben op het einde van de pandemie en we voorzichtig kunnen spreken over economisch herstel, mogen we niet vergeten dat juist jarenlang verstandig begrotingsbeleid ervoor heeft gezorgd dat we vorig jaar de financiële ruimte hadden om die uitzonderlijke maatregelen te kunnen nemen. De coronapandemie heeft bewezen dat het loont om een appeltje voor de dorst te bewaren. Het is in die context dan ook ongelooflijk van belang dat we de verbruikte buffers weer gaan opbouwen zodra dat kan, en dat de nationale schulden weer worden teruggebracht naar het behapbare niveau.

Voorzitter, dat is precies waar dit verslag toe oproept: verstandige manieren om duidelijke begrotingsregels weer leidend te laten zijn. En ik begrijp, voor iedereen – net nu we onze vrijheid weer een beetje terugkrijgen, en net nu het einde van de veelgenoemde tunnel weer in zicht is – dat verstandig en juist begrotingsbeleid niet het eerste is waar we dan aan willen denken.

En toch wil ik er graag op hameren dat we die draad weer moeten oppakken, zodat we kunnen garanderen dat we ook toekomstige economische stormen het hoofd kunnen bieden.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, der Aufbau von Schulden und Defiziten nach zwei großen Krisen macht vielen Menschen Sorgen. Das ist verständlich. Und gleichzeitig gilt auch, dass eine Währungsunion und auch die EU gemeinsame Fiskalregeln brauchen. Doch wenn diese Fiskalregeln, die wir jetzt haben, jetzt wieder angewendet werden, würden sie Zukunftsinvestitionen, die wir genauso dringend brauchen, ab. Und zweitens würden sie für die hochverschuldeten Länder in eine Katastrophe führen.

Deshalb dürfen die derzeitigen Maastricht-Regeln, so wie sie jetzt sind, nicht bleiben. Es ist ein Zeichen der Vernunft, dass es hier im Europäischen Parlament jetzt gelungen ist, einen breiten Kompromiss zu schmieden. Und ich hoffe, dass alle Abgeordneten und die Parteien, die diesen Kompromiss jetzt mittragen, diese Debatte auch in ihre Mitgliedstaaten tragen. Denn gemeinsame, nachhaltige Finanzpolitik ist ein wichtiges Markenzeichen der EU und darf nicht auf Kosten einzelner Staaten zur nationalen Parteipolitik in einigen Ländern missbraucht werden.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Madam President, as the late US President, John Tyler, once said, ‘wealth can only be accumulated by the earnings of industry and the savings of frugality.’ It is the bedrock on which our societies were built. But it seems today that these principles no longer hold any value. After the 2008 financial crisis and the 2010 European debt crisis, we made a promise to ourselves: from now on, things would be different. Fast forward to 2021, and the most important questions on the minds of our policymakers and central bankers seems to be: when can we all go shopping again?

So we find ourselves in a situation where interest rates are cut to zero and government debt is exploding. Saving for a rainy day becomes unprofitable, pensions evaporate and housing prices are skyrocketing. Our policymakers do not care. For them, it's about the short-term gain. We need to spend, we need to borrow and we need to speculate.

And why reform our economies? They've just set up a Next Generation EU programme for Member States who have trouble financing their deficits. The so-called required reforms are a mushy concept. It is a fund which indeed should be called ‘next generation’, since they are the ones paying for it. I call it ‘Debt Generation EU’.

For the ones paying attention it is as clear as a bell: we are borrowing to the hilt; we are over-leveraging capital; and we're avoiding painful, but necessary, choices. It is a bankrupt business model and it is high time we start reconsidering it.

Δημήτριος Παπαδημούλης (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, τριάντα χρόνια μετά είναι ανάγκη να αλλάξουν οι κανόνες του συμφώνου σταθερότητας για τα ελλείμματα και το χρέος, να αλλάξουν τα κριτήρια του Μάαστριχτ. Πρώτον, για να διευκολύνουμε την ανάκαμψη της οικονομίας, ενισχύοντας τις επενδύσεις. Δεύτερον, για να μειώσουμε τις εντεινόμενες ανισότητες που απειλούν με κρίση συνοχής το ευρωπαϊκό οικοδόμημα. Και τρίτον, για να αποφύγουμε έναν νέο γύρο μονόπλευρης λιτότητας και κρίσης χρέους στον ευρωπαϊκό Νότο, που απειλεί όχι μόνο τον ευρωπαϊκό Νότο αλλά ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση και την ευρωπαϊκή συνοχή. Όσο διαρκεί λοιπόν η αναστολή του συμφώνου σταθερότητας, πρέπει να βρούμε νέους, πιο ρεαλιστικούς, πιο απλούς, πιο διορατικούς και ευέλικτους κανόνες για τα ελλείμματα και τα χρέη, και να προσθέσουμε και νέους δείκτες, κοινωνικούς και κλιματικούς. Η έκθεση της κυρίας Marques, παρότι αποδυναμώθηκε από τροπολογίες και πιέσεις από τα δεξιά, ανοίγει μια συζήτηση. Καιρός είναι και η Επιτροπή να την προχωρήσει και να μην την αναβάλλει μέχρις ότου βγουν τα αποτελέσματα των γερμανικών εκλογών.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Eine erfolgreiche Zukunft Europas braucht mehr Respekt im Umgang miteinander, mehr Willen zur Zusammenarbeit, auch wirtschaftspolitischer und fiskalpolitischer Zusammenarbeit.

Mit den rund 70 Empfehlungen wollen wir als Europäisches Parlament das gemeinsame Regelwerk weiter verbessern und legen diese Empfehlungen auf den Tisch. Satte 45 Milliarden Euro Mehrwert an Wirtschaftsleistung pro Jahr könnte allein eine engere fiskalpolitische Koordinierung laut Schätzungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments bringen.

Das kann aber nur gelingen, wenn alle Mitgliedstaaten die beschlossenen Reformempfehlungen auch umsetzen. Und das tun sie nicht. Mehr als 50 Prozent aller länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters wurden ignoriert. Eine enge wirtschaftspolitische und fiskalpolitische Koordinierung ist unverzichtbar, um den Finger in die richtigen Wunden zu legen und den Handlungsbedarf für gesunde Haushalte, Innovation, Wachstum und Beschäftigung in Europa aufzuzeigen.

Sie kann aber dringend notwendige Reformen und die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht ersetzen. Sie kann und darf das Ziel der Schaffung einer Kapitalmarkt- und einer Bankenunion nicht ersetzen. Auch diese gemeinsamen Projekte müssen wir endlich wieder verstärkt in Angriff nehmen und entschlossen umsetzen.

Wir müssen transparenter werden. Wir brauchen einen Sanktionsmechanismus. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss weniger komplex werden, aber verpflichtender. Und all das wollen wir gemeinsam erreichen.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo dirlo con nettezza, l'Unione europea non può tornare alle politiche di austerità del passato.

La pandemia ha mostrato la necessità e l'utilità di scelte di investimento e di politica sociale che in molti proponevamo già ben prima di questo ultimo anno e mezzo. Ora andiamo avanti con la riforma del patto di stabilità, che tenga conto di una nuova regola aurea a favore degli investimenti sociali e ambientali e per una digitalizzazione inclusiva, così da farlo diventare un patto di sostenibilità.

Così potremo sostenere la crescita europea con più lavoro, con le necessarie riforme, con meno disuguaglianze per tutti gli europei a partire dai più giovani. Una nuova stagione è possibile. Impariamo dagli errori del passato e non torniamo indietro.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, coincido con el orador anterior en que quizá deberíamos reconsiderar los horarios en los que debatimos estas cosas tan importantes. Pero, en cualquier caso, sí quiero decir que, si hace aproximadamente siete años, cuando fui elegido diputado a esta Cámara, me hubieran dicho que votaríamos un informe que pediría una revisión legal del Pacto de Estabilidad, la verdad es que no me lo hubiera creído. Mañana es un buen día para el futuro de Europa, la verdad.

Pero también tengo que decir —y hay que reconocerlo— que nos ha costado una crisis financiera, una segunda crisis económica gravísima, como es la de la COVID-19, nos ha costado unos niveles de desigualdad, una segunda recesión autoinfligida después de la crisis financiera anterior, por tener unas normas dogmáticas, irracionales, basadas en variables inobservables. Y creo evidentemente que nadie puede volver ahí.

Y, evidentemente, mañana lo que hará el Parlamento es una invitación a la Comisión a ser ambiciosos en la revisión de las normas, y a que de una vez por todas podamos tener instrumentos de política económica racionales también para una cosa muy importante: tener los recursos necesarios para hacer la inversión necesaria para hacer la transición ecológica. Todo ello es muy importante. Mañana el Parlamento Europeo se pronunciará de forma clara.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, o quadro legislativo macroeconómico da União Europeia constitui-se como um constrangimento quase absoluto a qualquer projeto de desenvolvimento soberano. Um quadro que incide sobre praticamente todas as esferas da vida dos Estados. Através da chantagem e ameaça de sanções, as instituições europeias procuram condicionar e evitar mais do que a política orçamental dos Estados-Membros, procuram amarrar as opções de desenvolvimento aos interesses do grande capital e das principais potências da União Europeia.

Em Portugal, são as políticas macroeconómicas em confronto com a Constituição que impedem o necessário investimento público, a promoção da capacidade produtiva, o controlo de setores estratégicos. Em suma, que impedem o desenvolvimento económico e social do país, ao mesmo tempo que promovem o crescimento das desigualdades, das injustiças sociais e o aumento da exploração.

O caminho a seguir exige a libertação deste espartilho, desde logo pela revogação, e não pela reforma, de todos os mecanismos que constroem e condicionam os Estados na definição e implementação das suas estratégias de desenvolvimento soberano.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, caro Comissário, começo por me associar aos muitos que cumprimentaram a relatora e os relatores-sombra que fizeram, de facto, um bom trabalho.

As regras orçamentais europeias, que se encontram suspensas devido a esta crise, são hoje regras velhas, regras ultrapassadas. Depois de passada a crise não podemos voltar ao passado, a um ritmo de redução da dívida que nos condenaria a 20 anos de estagnação na Europa. Pelo contrário, precisamos de uma capacidade orçamental permanente europeia e de regras orçamentais contracíclicas e margem para o investimento verde e social para o crescimento e o emprego.

Precisamos de um ritmo de redução da dívida ajustada à nova dívida COVID, que não é culpa de nenhum Estado gastador, mas sim resultado da resposta comum à crise do século, e precisamos de uma regra de ouro para o investimento na Europa. A política monetária agiu, e bem, nesta crise, mas a saída da crise tem que agora ser impulsionada por uma política orçamental responsável, amiga do crescimento, amiga do emprego.

Marek Belka (S&D). – Madam President, Commissioner, recent years have shown the need for a meaningful change of the EU macroeconomic framework.

We need flexible rules, enhancing our growth potential and increasing sustainable public and private investment. We need the economic governance not to forget about its social factor. We need a European Semester that is accepted and not ignored. And we need it now, before the current general escape clause stops to function. A paradigm shift is there.

It's not the time for obsolete divisions between the north and the south in the Council, left and right in the Parliament. It is crucial to find common objectives that will lead us to solutions. The times, they are a-changing, and so should our economic governance. And we must remember – it is an existential matter for the European project.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, estamos ante un nuevo momento, ante una nueva narrativa económica, una nueva era fiscal, y no podemos perder la oportunidad de construir una nueva Europa, un nuevo marco económico y social; y lo necesitamos con urgencia.

En esta nueva hoja de ruta deben prevalecer los derechos sociales y la equidad en el diseño de las políticas macroeconómicas y se han de tener en cuenta sus efectos en el corto y en el largo plazo. A la condicionalidad macroeconómica tenemos que sumarle también la condicionalidad social para superar las desigualdades, que se han ahondado durante la crisis, pero que también han sido provocadas por un marco de gobernanza económica disfuncional y con evidentes fallos.

Y para ello debemos cambiar las reglas de la gobernanza económica y social, siguiendo también las conclusiones de la Cumbre de Oporto. Nos jugamos nuestro futuro, nuestro bienestar y la consolidación de un proyecto europeo de progreso.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, let me thank you, first of all, for the very interesting remarks on the report by the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) and the review of the economic governance framework.

The emphasis put on elements of the debate might be different, but I see a broad convergence around the following points: support should not be withdrawn prematurely, and we have to ensure continued investment in our policy objectives to meet the targets we have collectively set ourselves. At the same time, fiscal sustainability is an important objective and we therefore have to seek a framework that allows for both – growth-enhancing investments and debt reduction in a credible and effective way. We have taken good note of these elements and they will be considered when we are reviewing the framework.

Of course, we cannot complete our internal reflection before we have heard the views of all stakeholders, which is why it's so important that we launch the public consultation.

We'll look forward to continuing this discussion with the Parliament during the consultation exercise and thereafter when we will draw the conclusions from it.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 8. Juli 2021, statt.

25. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

26. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

27. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

28. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

29. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

30. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

31. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die Präsidentin. – Die Sitzung ist geschlossen und wird morgen um 9.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten heutigen Abstimmungsrunde wieder aufgenommen.

Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

32. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.10 Uhr geschlossen)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. JULI 2021

(C/2024/5356)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 5. bis 8. Juli 2021

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Mitteilung des Präsidenten	4
3. Zusammensetzung der Fraktionen	4
4. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	4
5. Arbeitnehmerrechte in Bangladesch (Aussprache)	5
6. Erste Abstimmungsrunde	11
7. Arbeitnehmerrechte in Bangladesch (Fortsetzung der Aussprache)	11
8. Anhaltender Preisanstieg bei Rohstoffen und Baumaterial in Europa (Aussprache)	14
9. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	21
9.1. Der Fall von Ahmadresa Dschalali im Iran	21

Inhalt	Seite
9.2. Hongkong, insbesondere der Fall von „Apple Daily“	28
9.3. Todesstrafe in Saudi-Arabien, insbesondere die Fälle von Mustafa Haschim al-Darwisch und Abdullah al-Huwaiti	37
10. Wiederaufnahme der Sitzung	43
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	43
12. Wiederaufnahme der Sitzung	43
13. Zweite Abstimmungsrunde	43
14. Wiederaufnahme der Sitzung	43
15. Pläne und Vorgehen zur Beschleunigung eines Übergangs zu Innovationen ohne die Verwendung von Tieren in der Forschung, bei vorgeschriebenen Versuchen und in der Bildung (Aussprache)	44
16. Menschenwürdige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Luftfahrt – Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Luftverkehr (Aussprache)	50
17. Wiederaufnahme der Sitzung	63
18. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	63
19. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	63
20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	63
21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	63
22. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	63
23. Petitionen: siehe Protokoll	63
24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	64
25. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	64
26. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	64

Inhalt	Seite
27. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	64
28. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	64
29. Schluss der Sitzung	64
30. Unterbrechung der Sitzungsperiode	64

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. JULI 2021

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 09.00)

2. Mitteilung des Präsidenten

Πρόεδρος. – Έχω ορισμένες ανακοινώσεις. Κατόπιν της συστάσεως της συμβουλευτικής επιτροπής δεοντολογίας των βουλευτών, αποφάσισα να επιβάλω μια κύρωση, με ημερομηνία 7 Ιουλίου 2021, εις βάρος του κ. Jan Zahradil, λόγω παραβάσεως των υποχρεώσεων σχετικά με τη δήλωση οικονομικών συμφερόντων που αναφέρονται στο άρθρο 4 παράγραφος 2 στοιχείο ζ) του Κώδικα Δεοντολογίας, υπό το φως του άρθρου 1 παράγραφος α) του Κώδικα Δεοντολογίας, σε συνδυασμό με το άρθρο 35 παράγραφος 4 του Κανονισμού. Η κύρωση συνίσταται σε μια επίπληξη.

Η απόφαση αυτή κοινοποιήθηκε στον ενδιαφερόμενο στις 7 Ιουλίου.

Βάσει του άρθρου 177 του Κανονισμού, ο κ. Zahradil μπορεί να ασκήσει προσφυγή ενώπιον του Προεδρείου εντός δύο εβδομάδων από την κοινοποίηση της κύρωσης.

3. Zusammensetzung der Fraktionen

Πρόεδρος. – Επόμενη ανακοίνωση. Η μη εγγεγραμμένη ευρωβουλευτής κ. Luisa Regimenti εντάσσεται στην κοινοβουλευτική ομάδα του ΕΛΚ από τις 8 Ιουλίου 2021.

4. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Πρόεδρος. – (μετά την ανάγνωση των αποτελεσμάτων των ψηφοφοριών) Μετά από αυτές τις πολύ ενδιαφέρουσες ανακοινώσεις και προτού προχωρήσουμε στις συζητήσεις, θα ήθελα να δώσω τον λόγο, σύμφωνα με το άρθρο 59 παράγραφος 4, στην κ. O'Sullivan, αναφορικά με την αναπομπή στην επιτροπή για διοργανικές διαπραγματεύσεις της έκθεσής της σχετικά με γενικό ενωσιακό πρόγραμμα δράσης για το περιβάλλον έως το 2030.

Τον λόγο έχει η κυρία O'Sullivan για 1 λεπτό.

Το αίτημα αυτό θα τεθεί σε ψηφοφορία μετά την ψηφοφορία επί της πρότασης της Επιτροπής.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, nous avons dit hier en plénière que ce que nous avons voté sur le mécanisme de sanctions global concernant les droits de l'homme ne s'appelle pas «Magnitsky Act». Or aujourd'hui, je vois encore dans l'annonce des résultats que ce que vous appelez le vote concerne le Magnitsky Act. J'ai envoyé un mail aux services du Parlement pour corriger, et je vois à nouveau que le titre est le même. Je demande donc qu'il y ait cette correction parce qu'il y a eu un accord politique entre tous les groupes politiques pour que cela ne s'appelle pas «Magnitsky Act», mais «global sanctions regime». Donc, je voudrais qu'il y ait une correction en ce qui concerne le titre.

Πρόεδρος. – Κυρία Arena, από ό,τι με ενημερώνουν οι υπηρεσίες, έχει ληφθεί το αίτημά σας. Ο τίτλος της έκθεσης, όπως κατατέθηκε και υπογράφηκε, έχει αυτόν τον όρο. Θα μεταφέρω επίσης το αίτημά σας και στις υπηρεσίες και στον Πρόεδρο του Κοινοβουλίου.

Τον λόγο έχει η κυρία O'Sullivan για 1 λεπτό.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Mr President, in accordance with Rule 59(4) I request that the file be referred to the committee responsible for institutional negotiations.

Πρόεδρος. – Προχωρούμε τώρα στις συζητήσεις.

Θα ήθελα και πάλι να σας ενημερώσω ότι για όλες τις συζητήσεις αυτής της περιόδου συνόδου δεν θα υπάρξει διαδικασία catch-the-eye και ότι δεν θα γίνουν δεκτές ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα.

Επίσης, όπως και στις προηγούμενες περιόδους συνόδου, προβλέπονται εξ αποστάσεως παρεμβάσεις από τα Γραφεία Συνδέσμου του Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη.

5. Arbeitnehmerrechte in Bangladesch (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη αφορά τη δήλωση της Επιτροπής σχετικά με τα εργασιακά δικαιώματα στο Μπανγκλαντές (2021/2756(RSP)).

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, the promotion of human rights and labour rights is an essential part of the Union's external action. And it is with grave concern that the Commission has observed the deteriorating situation of human rights, including labour rights, over the past years in Bangladesh, from repression of trade unionists and restrictions on the freedom of association, to weak labour inspection and hazardous forms of child labour.

Bangladesh benefits from the most favourable Everything But Arms (EBA) agreement under our generalised scheme of preferences, with free access to the European Union for all its products except arms and ammunition. Bangladesh has seen significant economic growth in recent years, leading to its scheduled graduation into a developing country in 2026. EBA has greatly contributed to this success.

The preferential trade arrangements directly contribute to economic growth, social development and job creation, and it has created around four million jobs in Bangladeshi textiles and garment sectors, mostly for women. But this unilateral tariff preferences of the European Union also requires more attention to labour standards and human rights. In exchange for the trade benefits, Bangladesh must uphold the principles laid down in the core international conventions on fundamental human rights and labour rights.

The Commission services and the European External Action Service have intensified dialogue with Bangladeshi authorities to press for concrete actions on the serious shortcomings in respecting fundamental labour rights. The COVID-19 pandemic and its negative impact on the economy have not made this enhanced engagement with Bangladesh any easier, but we continue to demand full compliance with the requirements of the Everything But Arms agreement.

I am glad and I can share with you, honourable Members, the first positive results of our enhanced engagement. On 1 July the Government of Bangladesh submitted its national action plan on the labour sector for the next five years. The national action plan aims to bring the Bangladesh Labour Act and Export Processing Zone Labour Law into compliance with requests of the International Labour Organization's supervisory mechanism.

It contains commitments on long-standing issues, including on alignment of the Bangladesh Labour Act and implementing legislation with ILO conventions by September of next year and March 2023 respectively. Alignment of the legislation on export processing zone law with ILO conventions by June 2025.

While the Government of Bangladesh presented a detailed timeline, the target date – June 2025 — for the adoption of the amended law, is not as ambitious as the Commission had expected. We will continue engaging with the Bangladesh authorities to discuss and determine which steps could be taken faster to bring the overall timeline forward to ensure, as soon as possible, that all workers in Bangladesh can exercise their fundamental rights to freely associate and form trade unions.

Eliminating child labour by 2025 and hazardous forms of child labour by this year, by 2021. This will be done through updating the list of hazardous jobs; strengthening labour inspection and fines; child labour survey; capacity-building and training, as well as cooperation with social partners and civil society.

The Government of Bangladesh will also continue to implement the actions regarding school participation and quality of education under its education sector plan. Combating violence against workers, harassment, blacklisting and anti-union discrimination through preventive measures, investigation and dissuasive penalties. Increasing the success rate of applications for trade union registration. Setting up an efficient system to follow up on cases of workers' complaints. Strengthening labour inspection by filling in vacant positions and creating new posts by the end of next year and 2023, respectively. Remediation of faulty factories, including the possibility of closure notices for factories where remediation is not possible as of mid-next year. And ratifying ILO Convention No 138 on minimum age and Protocol of 2014 to ILO Convention No 29 on forced labour by December of this year.

The EU is not alone in its efforts to improve labour rights in Bangladesh. We have not only closely involved the International Labour Organization in the process of developing the national action plan on labour sector, but the ILO itself has set up a similar but separate process of engagement with Bangladesh.

Let me finish by underlining that the EU-Bangladesh process of developing and implementing the national action plan is the most promising step in many years of efforts on Bangladesh aligning its labour law and practice with international labour standards.

I am fully aware that the most important part, the implementation of the reforms in accordance with the national plan, is still ahead of us, and this will require our continued close engagement with both Bangladeshi authorities and the ILO. Thank you, honourable Members, and I look forward to the debate.

Christophe Hansen, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, Commissioner, Bangladesh has benefited greatly from the Everything But Arms scheme. We are now Bangladesh's largest trading partner, and accounted for 24% of its exports in 2015.

I therefore welcome that Bangladesh has expressed the wish to benefit from the Generalised System of Preferences Plus, after it graduates from its status of least developed country and becomes ineligible for Everything But Arms at the end of the decade. In order to do so, it must now demonstrate clear progress on human and labour rights.

The fact that Bangladesh has delivered a national action plan on the labour sector, which seeks to bring the country's labour laws into line with the standards of the International Labour Organisation, is a significant step. It is a token of how the EU's aid for trade policy can make for positive change on the ground in partner countries.

But now Bangladesh should focus on the full implementation of the national action plan while respecting all the deadlines, and there we will be very vigilant as a European Parliament as well.

The Commission and the External Action Service should closely monitor this in cooperation, of course, with all the relevant international and local stakeholders as well as trade unions. A monitoring mission should also be organised, as soon as the COVID crisis will allow for it, to really see on-the-spot what is going on, and to accompany the needed progress.

Agnes Jongerius, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, eight years ago, 1 134 people died in the Rana Plaza disaster, and still the labour laws of the country are not in line with ILO standards, nor have they really been improved until now. Research worldwide shows that Bangladesh is one of the worst countries to work in.

Nevertheless, the Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh is about to end without having any proper replacement. Brands showed that they had not learned to take their responsibility when, at the peak of the COVID crisis, they refused to pay for the orders that had already been made. Therefore, a legally binding instrument is needed to uphold brands to their responsibilities. Due diligence legislation could potentially be a worthy substitute, but it has not been presented yet. Therefore it would be a poor excuse to end the Accord without having a proper replacement. It would be like taking a big step backwards before taking a new step forward.

As announced, the Bangladesh Government needs to show its commitment to improve labour rights. So I would indeed ask for the roadmap to be published, for the whole world. It's necessary that it shows tangible progress, not only on child labour, but also on reform of the export processing zones, on the labour inspectorates, on tackling the backlog of labour-related cases, and trade union registration reform.

Lastly, I ask the Commission: do you agree that individual brand accountability with independent oversight mechanisms are crucial elements that made the Bangladesh Accord so successful, and that the same elements should therefore also be at the core of its replacement?

Svenja Hahn, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Herr Präsident! Danke, Frau Kommissarin, für diesen Austausch heute. Sie haben es schon sehr gut gesagt: Der bevorzugte Zugang zum Binnenmarkt, frei von Zöllen und Abgaben, ist für viele Entwicklungsländer eine tolle Möglichkeit, ihren Bürgerinnen und Bürgern Perspektiven auf wirtschaftlichen Fortschritt und Entwicklung zu geben.

Diese Zusammenarbeit basiert aber auf Regeln, und dazu gehören eben auch die Einhaltung von Arbeitsrechten und das Einhalten von Absprachen. Bangladesch wird in den nächsten Jahren den Übergang von einem der am wenigsten entwickelten Länder der Welt zu einem Land mit echten Entwicklungsperspektiven schaffen. Was das für ein enormer gesellschaftlicher Fortschritt ist!

Deshalb ist es so wichtig, dass wir heute über die Zukunft der Handelsbeziehungen sprechen. Denn bereits heute steht unsere Zusammenarbeit auf dem Prüfstand. Wie soll sie in der Zukunft aussehen? Von daher ist es gut, dass wir diese Diskussion führen. Und es ist gut zu hören, dass die Kommission endlich eine klare Vorstellung hat, wie diese Zusammenarbeit aussehen kann, und dass Sie jetzt diesen Aktionsplan vorliegen haben.

Uns liegt er leider noch nicht vor. Deswegen hoffe ich, dass der Aktionsplan auch öffentlich zugänglich wird. Wir im Parlament werden das sehr genau analysieren. Denn wenn Bangladesch auch in Zukunft von dem bevorzugten Zugang zum europäischen Markt profitieren möchte, müssen wir vor allen Dingen ein absolutes Verbot von Kinderarbeit sehen.

Um Kinderarbeit zu bekämpfen, muss vor allen Dingen auch das Bildungssystem besser werden. Kinder müssen morgens in die Schule gehen, nicht in die Fabrik. Deshalb ist es so wichtig, dass Bangladeschs Regierung sich endlich unmissverständlich zu den Arbeitsrechten bekennt. Und es ist gut, dass wir diesen detaillierten Aktionsplan haben.

Denn Handel ist kein Selbstzweck, liebe Kolleginnen und Kollegen. Handel schafft Chancen auf wirtschaftliche Betätigung und Teilhabe. Das bedeutet für viele Menschen – gerade in Ländern wie Bangladesch – Selbstbestimmung und ganz konkret Wege aus der Armut. Aber wirtschaftliche Entwicklung muss immer Hand in Hand mit Menschenrechten gehen. Und als Handelspartner muss man sich aufeinander verlassen können.

Deswegen ist es so wichtig für unsere zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit, dass wir jetzt genau hingucken und klare Regeln in der Zusammenarbeit setzen, insbesondere bei Arbeitsrechten.

Saskia Bricmont, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, le Bangladesh est classé parmi les dix pires pays en matière de droits des travailleurs et de droits syndicaux par la confédération syndicale internationale. Les conventions de l'organisation du travail n'y sont pas respectées. Les droits des travailleurs, des syndicats, la liberté d'expression, la liberté syndicale, mais aussi le travail des enfants n'y sont pas respectés. Je sais que l'OIT et l'Union européenne y travaillent avec le gouvernement du pays; néanmoins, en attendant la mise en œuvre de toutes ces conventions qui sont annoncées d'ici quelques années, je voudrais attirer l'attention sur un accord qui a fait la différence depuis la tragédie du Rana Plaza en 2013.

À l'époque, nous avons pris conscience des conditions dans lesquelles sont produits des vêtements de marques bien connues que nous portons quotidiennement, de la responsabilité que nous, politiques, entreprises, consommateurs portons alors que 60 % de la production textile, industrie la plus importante du pays, est destinée au marché européen. Les marques de mode s'étaient alors engagées dans un accord sans précédent pour améliorer la santé et la sécurité dans leurs usines et chez leurs sous-traitants – un accord contraignant qui a porté ses fruits au bénéfice des travailleurs et surtout des travailleuses, mais qui aujourd'hui est en sursis parce que certaines entreprises voudraient en finir avec cet accord et uniquement avancer sur la base d'initiatives volontaires.

Or, depuis cette expérience de 2013, l'accord nous a démontré que la responsabilité des entreprises, pour qu'elle soit effective et au bénéfice des travailleurs, doit voir le rôle des syndicats et des ONG respecté. Des négociations entre les syndicats et les marques sont en cours pour reconduire l'accord sur la protection des travailleurs.

Nous demandons à la Commission européenne d'intervenir auprès des acteurs européens influents du secteur pour encourager la conclusion d'un accord contraignant avec un organisme de contrôle indépendant. Nous demandons aussi que cet accord soit transposé à d'autres pays qui sont concernés par l'insécurité au travail, comme l'Inde, le Pakistan, le Maroc ou l'Égypte. Nous attendons tous avec grande impatience la législation sur la responsabilité sociétale des entreprises. Mais dans l'intervalle, il y a là un accord qui doit être reconduit pour assurer et garantir le respect des droits des travailleurs et des travailleuses.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, la sortie probable du Bangladesh de la catégorie des pays les moins avancés impose une révision de notre généreuse politique commerciale à son égard, a fortiori au regard des maigres progrès accomplis en matière de droit du travail. Dans le secteur textile, la tragédie du Rana Plaza en 2013 aura certes conduit à certaines améliorations en matière de sécurité. Mais dans la branche des vêtements et cuirs destinés au marché local, par exemple, 58 % des travailleurs seraient âgés de moins de 18 ans. Les femmes employées dans le secteur textile y subissent de graves abus, dans un pays d'ailleurs gagné par la fièvre islamiste – l'affaire Charlie Hebdo l'aura démontré.

Par ailleurs, comment l'Union européenne, jamais avare de leçons de morale s'agissant du sort des migrants, peut-elle éluder le bilan du Bangladesh en matière de lutte contre le trafic international d'êtres humains? Ainsi, les autorités intentent-elles parfois des poursuites judiciaires contre leurs propres citoyens rentrés d'une période d'émigration de travail, au motif aberrant qu'ils auraient nui à l'image nationale. C'est notamment le cas de ceux qui ont été, dans certains pays islamistes, victimes de la kafala, une forme de quasi-esclavage moderne.

Les États-Unis ont écarté le Bangladesh aussi bien de leurs préférences commerciales que, semble-t-il, d'un éventuel accord de libre-échange. Cette décision rappelle que l'octroi de tels avantages n'est pas un droit, mais un privilège.

Elżbieta Rafalska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Skarga złożona na rząd Bangladeszu za nieprzestrzeganie konwencji MOP jest szczególnie istotna z punktu widzenia współpracy tego kraju z Unią Europejską. W ramach generalnego systemu preferencji celnych kraj ten objęty jest preferencjami i zobowiązuje się do przestrzegania fundamentalnych i priorytetowych konwencji MOP dotyczących praw związkowych inspekcji pracy. W Bangladeszu, jak wynika ze skargi, tak nie jest, a sytuacja pracowników na rynku pracy pogarsza się. Niezależnie od przedmiotu skargi pojawiły się też doniesienia o przypadkach pracy przymusowej w Bangladeszu. Pozostałe zarzuty to: dyskryminacja antyzwiązkowa, w tym zastraszanie, przemoc wobec związkowców, zwalnianie pracowników z pracy, odmowa rejestracji związków zawodowych, nawet w przypadku związków obejmujących aż 70% załogi. Narusza się prawa wolności zrzeszania i prowadzenia również rokowań zbiorowych. Poprawa sytuacji pracowników w Bangladeszu i współpraca rządu tego państwa z MOP i Unią Europejską jest warunkiem koniecznym, żeby ten kraj mógł nadal korzystać z preferencji bezcłowego eksportu do Unii Europejskiej. I trzeba to konsekwentnie egzekwować. Niezbędny jest uważny, konsekwentny monitoring realizacji działań zawartych w naprawczej mapie drogowej, a w przypadku niewystarczającego postępu rada administracyjna powinna powołać komisję śledczą.

Helmut Scholz, *im Namen der The Left-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Mehr als vier Millionen Menschen arbeiten in Bangladesch im Textilsektor. In täglich harter Arbeit stellen sie einen großen Teil der Kleidung her, die wir in Europa tragen. Kaum ein Textilunternehmen, das nicht die Produktion verlagert hat zu Bedingungen, die ich nur als Ausbeutung bezeichnen kann. Die Löhne sind so niedrig, dass jede Näherin Überstunden machen muss. Oft sind 100 - Überstunden im Monat nötig, um die Miete für einen Raum für eine ganze Familie zahlen zu können und die Kinder mit Essen zu versorgen.

Schon vor der Pandemie waren die Löhne zu gering. Nun hat eine Studie ergeben, dass jene, die ihre Stelle behalten konnten, dafür bis zu 65 % Lohnkürzung akzeptieren sollen. Fabrikbesitzer verweigern einfach die Auszahlung, und bei Protesten und Arbeitskämpfen, wovon Medien in der EU-27 kaum berichten, gab es letzte Woche einen Toten und 35 Verletzte.

Ja, Bangladeschs Arbeitsgesetzgebung muss verändert werden. Die Ursache für diese Situation liegt aber auch bei der EU. Die Einkäufer europäischer Unternehmer drücken die Preise. Beenden wir diese verantwortungslosen Handlungen, indem wir mit dem europäischen Lieferkettengesetz die Verantwortung in der Textilbranche gesetzlich zuweisen! Rechnen wir einmal aus, welche Gewinnspanne entsteht, wenn eine Frau für 70 Euro im Monat 200 Pullover herstellt. Für ein würdiges Leben in Dakar müsste sie 370 Euro verdienen. Und wissen Sie was? Die dafür notwendige Erhöhung im Einkaufspreis würden wir hier kaum spüren.

Erstens brauchen wir also ein wirksames Lieferkettengesetz. Zweitens müssen wir bei der anstehenden Reform des Handelspräferenzsystems dafür sorgen, dass die Ziele der Sorgfaltspflicht unterstützt und nicht unterwandert werden. Und drittens dürfen wir längst nicht nur auf den Textilsektor schauen. Der Mindestlohn für die vielen Teepflückerinnen in Bangladesch beträgt skandalöse ein 1,17 Euro pro Tag. Hier sind die EU-Gesetzgeber und die Kommission unmittelbar gefordert.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αλήθεια ποιος άραγε μιλάει για τα εργασιακά δικαιώματα στο Μπαγκλαντές; Η Ευρωπαϊκή Ένωση της οδηγίας για ως και 13 ώρες δουλειά την ημέρα, 78 ώρες τη βδομάδα; Της διάλυσης των συλλογικών συμβάσεων και της κοινωνικής ασφάλισης; Των εργολαβικών εργαζομένων και των απαγορεύσεων της απεργίας και της διαδήλωσης; Το πόσο φιλεργατική είναι η Ευρωπαϊκή Ένωση άλλωστε το έχουν βιώσει στο πετσί τους και οι μετανάστες εργάτες από το Μπαγκλαντές. Η δε εργασιακή γαλέρα στη χώρα, εκτός της κυβέρνησης και του ντόπιου κεφαλαίου, φέρει και τη σφραγίδα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Δύσης των ευρωπαϊκών ομίλων, με συμφωνίες προτιμήσεων που έχουν υπογράψει όλα αυτά τα χρόνια. Σήμερα η κυβέρνηση της χώρας πήρε μάλιστα και εύσημα από την κυρία Επίτροπο ως επιτυχημένο παράδειγμα ανάπτυξης. Στις λεγόμενες ελεύθερες βιομηχανικές ζώνες εξαγωγών, όπου χτίζεται το αναπτυξιακό θαύμα σας και θησαυρίζουν ευρωενωσιακές εμπορικές αλυσίδες ένδυσης και όμιλοι, βασιλεύουν η σκληρή απάνθρωπη δουλειά για ψίχουλα, απολύσεις, παιδική εργασία, άθλιες συνθήκες υγιεινής και ασφάλειας, με εκατοντάδες νεκρούς εργάτες και διώξεις συνδικαλιστών. Η πάλη για σύγχρονα εργατικά ασφαλιστικά και συνδικαλιστικά δικαιώματα και η ανατροπή της εξουσίας του κεφαλαίου που τρέφεται από την εκμετάλλευση των εργατών είναι μονόδρομος για τους λαούς.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, het zal u niet verbazen dat het respecteren van arbeidsrechten én IAO-verdragen voor mijn fractie van essentieel belang zijn. Het is al door heel velen aangehaald: er is nog ontzettend veel werk in Bangladesh.

Er wordt samengewerkt met de IAO en met de Europese Commissie. Mevrouw de commissaris, u hebt al een aantal dingen gezegd rond het nationale actieplan. Maar ik denk dat het duidelijk moet zijn voor dit Parlement – dat hoor je ook bij alle tussenkomsten – dat wij echte garanties willen voor de uitroeiing van kinderarbeid, dat de vrijheid van vereniging wordt gerespecteerd, dat niet alleen arbeidsrecht maar ook veiligheidsvoorschriften echt worden geïmplementeerd. En wat dat betreft, zitten we nog een beetje op onze honger en wachten we op echte engagementen. Het is heel belangrijk dat het Parlement daar een goede evaluatie van kan maken.

Als we kijken naar het akkoord, hebben we reden tot grote ongerustheid. Het loopt af en we hebben geen zicht op een permanent en bindend alternatief. En laat het duidelijk zijn, terugkeren naar een systeem van zelfmonitoring is uit den boze. Dat heeft ook niet gewerkt. De reden waarom dat drama heeft kunnen plaatsvinden, is omdat men gewerkt heeft met zelfmonitoring.

Tot slot – en dat wil ik heel erg benadrukken – moeten we ook naar onszelf en onze eigen verantwoordelijkheid kijken. We hebben toch gezien dat in volle covidtijd westerse bedrijven heel wat bestellingen geannuleerd hebben van producten die al gemaakt waren door al die mensen. En dat heeft ontzettend negatieve effecten gehad. Echte, bindende zorgverplichtingswetgeving zal straks dus essentieel zijn om onze eigen verantwoordelijkheid te nemen.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, plus de huit ans déjà que plus de 1 100 travailleurs, principalement des travailleuses du textile, ont perdu la vie. Huit ans depuis l'effondrement du Rana Plaza. Huit ans, et pas assez de choses ont changé.

Il est vrai que le pacte de durabilité, en coopération avec l'OIT et le gouvernement bangladais, a été un pas pour introduire un degré de responsabilisation dans nos chaînes de valeur. Il est vrai que des premiers cadres existent en matière de diligence raisonnable, mais les approches basées sur le volontariat montrent leurs insuffisances.

Madame la Commissaire, l'Union européenne reste avant tout une puissance normative. Elle doit façonner la mondialisation avec des standards environnementaux et sociaux élevés. Maintenant doit voir le juste échange au bénéfice de tous. Maintenant doit voir le jour une législation ambitieuse pour un devoir de vigilance tout au long de la chaîne d'approvisionnement. Maintenant doit voir le jour une obligation légalement contraignante qui devra s'appliquer aux entreprises européennes et aux entreprises opérant au sein du marché unique. Une législation qui assurera, pour toutes les victimes de violations de leurs droits, accès à la justice et réparation.

Conditions de travail décentes, droit du travail, droits syndicaux, standards environnementaux, modes de production vertueux: c'est ainsi que nous façonnerons la mondialisation et que nous changerons en profondeur les chaînes de valeur pour les rendre durables et responsables.

Sara Matthieu (Verts/ALE). – Mr President, while Bangladesh has sent in its action plan, the European Parliament has until now received zero information on the contents of the final roadmap on labour rights. That is unacceptable.

The Bangladesh Accord – the voluntary programme that made factories safer after the Rana Plaza disaster – is expiring. Without clear commitments, we risk ending up with nothing, exposing workers yet again to unacceptable working conditions.

We need guarantees on safe workplaces, on inspections, on free unions, on child labour eradication. These measures cannot wait until 2025. Because let's not forget: the Rana Plaza collapse, with thousands of people inside, was completely preventable. Factories should be bound by clear rules respecting labour rights, verified by inspections.

But European companies also need to take responsibility. During the COVID crisis, big European clothing brands cancelled and underpaid for their orders, pushing people into poverty.

I think that no single piece of clothing should be allowed in our shops that is made without respect for labour rights and environmental standards. Fair fashion has to become the standard instead of the exception.

Guido Reil (ID). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinderarbeit und Frauen, die unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen, sind in Bangladesch leider Normalität. Und was machen wir? Wir halten Sonntagsreden, und wir zwingen unsere Firmen, ihre Subunternehmer, deren Subunternehmer und deren Subunternehmer in Bangladesch zu kontrollieren. Das wird nicht funktionieren.

Wir müssen die Wurzel des Problems benennen. Die Wurzel des Problems ist: Bangladesch ist offiziell eine Demokratie, und es herrscht offiziell Religionsfreiheit. Aber beides ist nicht wahr.

In Bangladesch herrscht ein autoritäres Regime, das mit Hilfe von Islamisten die Bevölkerung tyrannisiert. Nirgendwo gibt es mehr Kinderehen als in Bangladesch. Häusliche Gewalt gegen Frauen ist Normalität. Christen und Hindus werden ermordet, ihre Häuser und Kirchen werden verbrannt – von Islamisten. Gewerkschaftler, oppositionelle Politiker und Journalisten werden auf offener Straße ermordet – von Islamisten. Wir müssen endlich die Wurzel des Problems benennen, und die Wurzel ist die menschenverachtende Ideologie des Islams, genau diese Ideologie, die hier ständig verharmlost und – mehr noch – unterstützt und hofiert wird. Und damit muss endlich Schluss sein. Wir müssen endlich die wahren Probleme benennen.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Byłem w Bangladeszu. Może mało sobie z tego zdajemy sprawę, ale to kraj o liczbie ludności o kilkanaście milionów większej niż Rosja. To wielki kraj, który ma sytuację ekonomiczną bardzo trudną. I to jest zapewne przyczyną tego, o czym w tej chwili mówimy. Tragedia sprzed ośmiu lat pokazuje, jak wiele to państwo ma do zrobienia. Dobrze, że Parlament Europejski o tym mówi.

Myszę, że niektóre rodziny polityczne w tym Parlamencie mogą zrobić więcej. Na przykład nasi koledzy socjaliści w ramach swojej rodziny europejskiej mogą skomunikować się z brytyjską Labour Party, której posłanką jest córka premier Bangladeszu. Myszę, że to też jest forma pewnej presji na władze Bangladeszu. Warto z tego skorzystać. Wydaje się, że nasze wspólne zaangażowanie w tej sprawie jest dobrą rzeczą, konieczną. I dobrze się dzieje.

Leila Chaibi (The Left). – Monsieur le Président, pendant que certains ont la tête dans la lune, d'autres ont les mains dans le cambouis.

Chers collègues, Jeff Bezos quitte son poste de directeur général d'Amazon pour se consacrer à sa passion: le tourisme dans l'espace. Alors quand il mettra ses vêtements dans sa valise, j'espère qu'il aura une pensée pour les travailleurs de ses sous-traitants au Bangladesh qui fabriquent des vêtements pour Amazon. Ces travailleurs qui étaient en grève le 26 mai dernier; qui ont été renvoyés chez eux sans un centime pendant les confinements; qui sont, pour garder leur emploi, obligés d'accepter une paye à moins de 80 euros mensuels pour 12 heures par jour, six jours sur sept, dans des conditions déplorables. Et tout ça alors que Bezos, assis sur un petit nuage, engrange des milliards pour payer sa fusée.

Chers collègues, forçons Amazon et toutes les multinationales à redescendre sur terre, qu'ils payent leurs travailleurs avec un salaire qui permette de vivre dignement et pour lequel ils ne risquent pas leur vie. Vous conviendrez que ça, ce n'est pas demander de décrocher la lune.

(Η συζήτηση διακόπτεται)

6. Erste Abstimmungsrunde

Πρόεδρος. – Θα ήθελα να δώσω τον λόγο, σύμφωνα με το άρθρο 59 παράγραφος 4, στον κ. González Casares, αναφορικά με την αναπομπή στην επιτροπή για διοργανικές διαπραγματεύσεις της έκθεσης του σχετικά με τον Ευρωπαϊκό Οργανισμό Φαρμάκων.

Έχετε τον λόγο για 1 λεπτό.

Το αίτημα θα τεθεί σε ψηφοφορία μετά την ψηφοφορία επί της πρότασης της Επιτροπής.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, de conformidad con el artículo 59, apartado 4, del Reglamento interno, solicito que se devuelva el informe a la comisión competente para iniciar el proceso de negociaciones interinstitucionales.

Πρόεδρος. – Προτού συνεχίσουμε με τις συζητήσεις, θα προχωρήσω στην έναρξη της σημερινής πρώτης ψηφοφορίας.

Θα ψηφίσουμε επί των φακέλων, όπως αναφέρονται στην ημερήσια διάταξη.

Η ψηφοφορία θα διαρκέσει από τις 09.45 έως τις 11.00.

Θα χρησιμοποιηθεί η ίδια μέθοδος ψηφοφορίας που χρησιμοποιήθηκε και στις προηγούμενες ψηφοφορίες.

7. Arbeitnehmerrechte in Bangladesch (Fortsetzung der Aussprache)

Πρόεδρος. – Επαναλαμβάνεται τώρα η συζήτηση επί της δήλωσης της Επιτροπής (2021/2756(RSP)).

Ádám Kósa (NI). – Elnök Úr! Magyarország kisebb ország Bangladeshez képest. A lakosságszámot tekintve még nagyobb a különbség, mégis talán lehet tőlünk tanulni, hogy miként lehet modern, versenyképes, piacgazdaságra épülő, teljes foglalkoztatást biztosító gazdaságot létrehozni, ami tiszteletben tartja a munkavállalók jogait. Miniszterelnökünk elmondta a receptet a portói csúcson: erős szociálpolitikához energikus adócsökkentés. Családbarát politikát és olyan munkaalapú gazdasági berendezkedést kell kiépíteni, amelyet az ország a munkavállalókra épít, akiknek a jogait tiszteletben tartja, és tiszteletben tartja a nemzetközi szabályokat is. Ezeket a szabályokat be kell tartani, és eredménye egy munkaalapú, versenyképes gazdaság lesz. A recept készen áll, használják bátran a helyi hozzávalókkal fűszerezve.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nelle catene del valore globale, che troppo spesso portano con sé squilibri insopportabili, sfruttamento, assenza di diritti, il Bangladesh è sicuramente un paese chiave, un paese dove molti marchi europei svolgono gran parte del proprio processo produttivo. Quello che accade in quel paese e le sue speranze di progresso ci riguardano quindi profondamente, dobbiamo sentirle anche come una nostra responsabilità.

È assolutamente cruciale che prosegua con forza un percorso per costruire un sistema di diritti del lavoro laddove essi mancano, contrastare il lavoro minorile e garantire piena agibilità ai sindacati, rafforzare i controlli nelle fabbriche, affrontare il tema dei salari, spesso assolutamente inaccettabili.

Otto anni dopo la tragedia del Rana Plaza che costò, come è stato ricordato, la vita a 1 134 persone, nessun passo indietro deve essere fatto rispetto al Bangladesh Accord, che ha garantito a oltre due milioni di lavoratori e lavoratrici un primo progresso nella sicurezza nelle fabbriche. Questo può essere possibile soltanto mantenendo impegni concreti e vincolanti e se avvertiamo la questione del destino dei lavoratori come una questione che ci riguarda.

Virginie Joron (ID). – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, chers collègues, au nom de la mondialisation, les emplois européens ont été délocalisés pour que les travailleurs du Bangladesh, notamment les femmes, puissent être exploités. Quant au travail des enfants, on estime qu'environ un million d'enfants en sont victimes au Bangladesh. Des enfants qui travaillent 16 heures par jour pour produire des vêtements qui sont ensuite expédiés en Europe. Mais le pire, c'est qu'en n'appliquant pas de droits de douane aux produits en provenance du Bangladesh, la Commission a pendant tout ce temps encouragé ces conditions épouvantables.

Tout doit-il faire place au prétendu libre-échange? Les emplois européens doivent-ils être sacrifiés? Femmes et enfants doivent-ils être exploités? Devons-nous accepter le changement climatique avec ces produits bangladais expédiés de l'autre bout du monde vers l'Union européenne? La Commission prétend avoir des plans d'amélioration un peu partout. Mais la réalité, c'est que nous n'avons aucun contrôle sur les lois et les conditions de travail au Bangladesh. Ce que nous pouvons contrôler, c'est la politique menée en Europe.

En novembre dernier, des groupes radicaux, des islamistes, des fanatiques du Bangladesh ont appelé au boycott des produits français après la décapitation de l'enseignant Samuel Paty par un autre islamiste. Pourquoi devrions-nous continuer à distribuer des cadeaux commerciaux au Bangladesh alors que nous subissons les hostilités d'un pays où les travailleurs sont exploités et où le travail des enfants n'est pas éliminé? Importons nos produits d'ailleurs ou, mieux encore, ramenons la production et l'emploi en Europe et en France.

Emmanuel Maurel (The Left). – Monsieur le Président, d'un côté, nous avons un pays en développement, le Bangladesh, spécialisé dans le textile et qui attire des fabricants qui profitent de conditions de travail et de rémunération indignes, cela a été dit – des salaires qui ne cessent de baisser, les enfants qui travaillent par milliers... De l'autre côté, on a une Union européenne qui importe des quantités inimaginables de vêtements qui, pour la plupart, ne sont portés qu'une seule fois. Je rappelle que le textile, c'est 3 milliards de tonnes de CO₂ par an. Vous avez donc le Bangladesh qui est au cœur de ce ravage social et environnemental.

Pour sortir de cette impasse, nous devons continuer à faire pression sur les entreprises, cela a été dit. Il y a l'accord de 2013, celui qui est passé après le Rana Plaza. Il est insuffisant, même s'il mettrait les syndicats au cœur du processus décisionnel. Le problème, c'est que vous avez aujourd'hui des entreprises européennes, qui appartiennent à d'autres continents, qui font une pression incroyable pour remettre en cause les maigres avancées de cet accord. Nous devons résister à la pression des lobbies. Nous devons durcir la législation et notamment sur le devoir de vigilance.

Enfin, je pense que nous devons réviser le système de préférences généralisées afin qu'il rende enfin effectives les conventions de l'OIT et se préoccupe en priorité des conditions de travail dans les pays bénéficiaires, ce qui n'a pas été permis jusqu'à présent.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, c'est vrai, le Bangladesh, on l'a dit, est l'atelier de couture du monde. Le prêt-à-porter représente 84 % de ses exportations, principalement vers l'Union européenne.

Le Rana Plaza a montré au monde entier les dessous de ce qu'on appelle la *fast fashion* qui, dans l'irrespect des droits sociaux et environnementaux, a bâti une forme d'esclavage moderne. Aujourd'hui, le salaire minimal des femmes dans ces entreprises est de 67 dollars par mois, alors que le besoin d'un ménage pour vivre au Bangladesh est de 360 euros par mois – on voit à quel point l'écart existe. Ces entreprises multinationales, comme H&M, C&A ou Primark, continuent dans l'irresponsabilité quand elles décident de ne pas payer des commandes parce qu'elles ne pouvaient pas les écouler pendant le COVID. Alors oui, il faut contraindre ces entreprises. Il faut, bien entendu, des lois qui permettent ici, au niveau de l'Union européenne, de garantir une chaîne de valeur qui soit respectueuse des droits sociaux et environnementaux.

Madame la Commissaire, les inciter ne sert à rien. Cela permet d'avoir effectivement certains avantages, certaines garanties, mais ça ne permet pas de changer ce modèle. Parce que le modèle qu'elles emploient, c'est de vendre toujours plus, toujours moins cher, et c'est cela qu'elles feront si elles ne sont pas contraintes de faire autrement. Il est de notre responsabilité de les contraindre.

Maximilian Krah (ID). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte von Anfang an mitgehört, und es sind sich alle einig darin, dass die Situation in Bangladesch furchtbar ist und dass es an der Zeit ist, mehr Druck zu machen.

Ohne Frage ist die Situation in Bangladesch nicht befriedigend. Aber das Erste, was ich Sie fragen muss: Sehen Sie nicht, dass wir eine Entwicklung haben, die wir vielleicht für etwas zu langsam halten können, bei der sich aber seit 2013 in Bangladesch sehr viel getan hat, was mittlerweile auch von internationalen Audit Organisationen bestätigt wird?

Die zweite Frage ist: Was ist denn unsere Alternative? Wenn wir den Bangladeschis tatsächlich so viel Druck machen, dass es bei ihnen nicht mehr funktioniert mit dem bisherigen Geschäftsmodell, wie wollen sie denn dann ihre ständig wachsende Bevölkerung ernähren?

Es ist ja das eine, dass wir uns hier hinstellen und Standards einfordern, was ich ausdrücklich teile. Aber es muss doch so passieren, dass diese Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive haben, und zumindest in der Vergangenheit und bis heute sehen wir, dass Bangladesch eine gute Entwicklung macht und in einigen Jahren aus dem Status der ärmsten Länder aufgestiegen sein wird. Deshalb bitte ich um mehr Augenmaß und darum, auch die Interessen der Menschen in Bangladesch zu sehen, die eine weitere Entwicklungsperspektive brauchen.

Miguel Urbán Crespo (The Left). – Señor presidente, hace ocho años la fábrica textil de Rana Plaza se derrumbó. Bajo sus escombros murieron 1 134 personas y más de 2 600 resultaron heridas. Pero los cimientos del capitalismo global no se resintieron.

Rana Plaza es uno de los miles de eslabones de las interminables e injustas cadenas de valor globales. Rana Plaza es una de los miles de trastiendas de los escaparates de ropa de las multinacionales europeas. Rana Plaza sigue siendo hoy un ejemplo de la impunidad del poder corporativo. Las familias de las víctimas siguen sin ser indemnizadas. Nadie se responsabiliza de las muertes. Todo sigue igual. ¿Por qué? Porque nadie les obliga a hacerlo.

Y es que Rana Plaza es una prueba más de la inutilidad de los sistemas voluntarios de la responsabilidad social corporativa y de la connivencia institucional con este sistema global de injusticia, explotación y muerte. El Rana Plaza demuestra que necesitamos normas vinculantes y sanciones ejemplares contra el poder corporativo.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, this debate really confirms that we share very serious concerns regarding labour rights in Bangladesh. Bangladesh's full alignment with international standards on human and labour rights remains crucial, also in view of the EU's current legislative work on the future regulation on the Generalised Scheme of Preferences.

As I stated in my opening remarks, Bangladesh is expected to graduate from the least developed country status in 2026. The authorities of Bangladesh have already communicated their interest in accessing the Special Incentive Arrangement for Sustainable Development and Good Governance (GSP+), our flagship arrangement for middle-income countries, in order to maintain duty free access to our market for their exports, especially in the textiles ready-made garment sector.

GSP+, however, demands stricter commitments from beneficiaries in terms of human rights and labour rights. If Bangladesh wishes to benefit from the GSP+ arrangement in future, after its graduation from its status of least developed country, the government will have to demonstrate concrete progress on labour and human rights issues now.

On our side, during the ongoing GSP Regulation review, we are seriously looking into opening the path towards GSP+ to all graduating least developed countries, including Bangladesh. However, and moreover, the upcoming mandatory sustainable corporate governance initiative, a legislative initiative in the Commission work programme for this year, will address the issue of labour rights in supply chains. It will make mandatory the exercise by European operators of due diligence on their supply chains. This will include assessing the risk of violations of, inter alia, labour rights. This should be another reason for the Government of Bangladesh to address urgently and thoroughly systemic and long-standing labour rights issues.

Bangladesh's national action plan on the labour sector contains relevant and time-bound labour reforms. If fully and correctly implemented, these reforms will ensure a qualitative step forward in terms of enhancing labour rights in Bangladesh. Our enhanced engagement with the Bangladeshi authorities will remain in place to monitor timely and effective implementation of these reforms. We will also continue to coordinate with the ILO in this endeavour.

Our engagement with Bangladesh on sustainable development goes, however, even further. The Commission services have earmarked funding from the current multiannual indicative programme for technical assistance to support the Government of Bangladesh in implementing the national action plan.

Lastly, we are aware of ongoing discussions between brands and trade unions on the accord, which is about to expire. We strongly encourage parties to come to an agreement that will strengthen factory safety in Bangladesh.

We are at an important junction in our relationship. We are hopeful that the national action plan will be followed and implemented to the mutual benefit of Bangladeshi workers and businesses. We count on the authorities of Bangladesh to honour their commitment to respect core human and labour rights, which are the condition for the country to continue benefiting from the EU's unilateral trade preferences. We know that we can count on this House to continue to pursue the promotion of labour rights worldwide, and I thank you for this.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

8. Anhaltender Preisanstieg bei Rohstoffen und Baumaterial in Europa (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη αφορά τη δήλωση της Επιτροπής σχετικά με τη σταθερή αύξηση των τιμών των πρώτων υλών και των δομικών υλικών στην Ευρώπη (2021/2783(RSP)).

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I really want to thank Parliament for putting this issue on the agenda. We are experiencing sustained price increases of raw materials and construction materials. The COVID-19 pandemic and related containment measures have had a significant impact on the EU industrial sector. Supply chains were disrupted within and outside our single market. The disruption presented our companies with logistical challenges in the planning of production and stock management and this has resulted in shortages of products and raw materials, as well as increased prices for producers. For instance, global shipping costs saw huge increases: almost 400% during the pandemic.

This pressure on prices of some industrial products is a global trend, and it affects the important world markets – Europe, the US and China. In some cases, prices have reached their highest level since 2008. The Commission is monitoring the current disruptions in supply chains. We are seeing shortages in the supply of metals, minerals and wood, which in turn is leading to price pressures.

The situation may well be temporary as it is mainly due to temporary imbalances between supply and demand factors in these specific sectors. On the supply side, the increase in prices of raw materials particularly affects industrial ecosystems that are largely dependent on primary inputs such as the construction sector. And here, the increase in the prices of imported inputs, such as steel and in particular wood products, is significant. The inflationary pressure is less severe for plastic products and is not significant for glass and concrete. The Commission is currently analysing the scope, the magnitude and the potential outlook of this phenomenon in close cooperation with construction industry stakeholders.

On the demand side, there are also global factors that are shaping price dynamics. The strong economic recovery in China and in the US, together with an unprecedented investment boom, adds pressure on aggregate demand for such products. EU policies – successfully driving demand for construction and renovation – also contribute to this phenomenon. Analyses indicate that the prices of raw materials are the main cause of recent price increases of industrial inputs. That has also been affecting the construction sector.

As indicated in the updated EU strategy, the impact of the crisis on the single market showed how restrictions caused major disruptions to the free movement of people, goods, services and capital. These restrictions profoundly affect value chains and economic activity. The capacity of stakeholders in our industrial ecosystem to quickly start and scale-up production was seriously constrained, and this is why the Commission is particularly vigilant and active to ensure a good functioning of the single market. And we are monitoring closely measures taken by third countries that might fuel further price increases.

The updated EU industrial strategy and the underpinning analysis indicate strategic dependencies for certain inputs and products. However, these strategic dependencies do not explain the peaks of prices. This is down to the accumulated and increased demand due to the economic recovery.

Across the EU, the improvement in the public health situation is seeing sectors of the economy reopen for business, and we know that Europe can exploit more efficiently the existing potential for some raw materials and construction materials and in some cases cover domestically a more significant amount of our own demand. We have a strong industrial base, and together with stepping up our efforts towards circularity, we can reduce our strategic dependencies and continue to grow.

Let me now give you an overview of some of the actions the Commission has taken. We adopted the EU COVID-19 recovery plan and the EU action plan on critical raw materials last year and updated the industrial strategy this May. These communications list several EU actions that will improve the EU's open strategic autonomy and foster the transition towards a green and digital economy.

In order to develop resilient value chains for EU industrial ecosystems we have launched a number of industrial alliances, including for raw materials, batteries and hydrogen. The Commission will soon launch additional industrial alliances.

In order to address specific challenges and to identify actions enabling the twin digital and green transition we are developing, together with industry, social partners and other stakeholders, transition pathways for industrial ecosystems. Around EUR 300 million has been allocated for raw materials topics under our research and innovation programme Horizon Europe in 2021 and 2022, to improve sourcing of primary and secondary raw materials and boost circularity and resource efficiency in the single market.

We will also submit a proposal this year to review the rules on waste shipments. This and other measures from the 2020 circular economy action plan, as well as the forthcoming Construction Product Regulation revision, will also help to improve circularity. We will further explore international partnerships and cooperation to address strategic dependencies and diversify supply with sustainable and responsible sourcing from third countries, enabling undistorted trade and investment. We will also undertake a periodic review of strategic dependencies and monitor the associated risks.

Member States have also developed their national recovery and resilience plans to guide the more than EUR 672 billion of investments from the Recovery and Resilience Fund.

Supporting activities in relation to raw materials can be one of the possibilities for Member States to pursue the objective of strengthening economic and social resilience. The InvestEU programme can also support investment in raw materials, including through its sustainable infrastructure policy window.

Honourable members, I look forward to this debate.

Pascal Arimont, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, wertete Frau Kommissarin! Sie kennen bestimmt Menschen, die heute ein Haus bauen oder renovieren möchten. Sie kennen bestimmt Schreiner, Maurer, Dachdecker, Elektriker, Pliesterer, die morgens um fünf aufstehen, um eben diese Häuser zu bauen oder zu renovieren, oder Firmenchefs von 5- bis 10-Mann- oder -Frau-Betrieben, die das Herzstück der Baubranche sind. Diese Menschen werden Ihnen wie mir in den letzten Wochen mit Sicherheit gesagt haben, womit sie zurzeit kämpfen. Denn entweder erhalten sie kein Baumaterial oder zu doppelten Preisen.

Hier einige Zahlen: So verteuerte sich etwa Konstruktionsholz um 83 Prozent, Dachlatten und 46 Prozent, Bauholz um 38 Prozent oder Stahl um 150 Prozent. Aber warum ist das so? Die Gründe sind im internationalen Handel, den COVID-bedingten Produktionsengpässen, einem weiteren Bauboom und beim Holz sogar noch dem Borkenkäfer zu suchen. Der Markt bestimmt also, wohin die knappen Rohstoffe gehen, nämlich an den Meistbietenden. Damit planen wir aktuell die Renovierungswelle für Europa. Bauen oder Renovieren ist bei diesen Preisentwicklungen und in diesem knappen Angebot aber schlicht unmöglich.

Daher die dringende Frage: Beruhigt sich der Markt, sprich, sind diese Entwicklungen konjunktureller oder doch struktureller Natur? Die Kommission muss dieser Frage dringend nachgehen. Kommissar Breton hat letzte Woche Infineon besucht und arbeitet an einer Strategie für die Herstellung von Halbleitern in Europa.

Wir wünschen uns auch, dass die Kommission an einer Strategie für die Sicherung oder Herstellung von Baumaterial zu bezahlbaren Preisen arbeitet. So ist z. B. Holz einer der ganz wenigen Rohstoffe, die Europa selbst hat, die in Europa wachsen. Ob genau dieses Holz jetzt containerweise nach China oder in die USA exportiert werden muss, obwohl der Dachdecker hier kein Holz mehr findet, ist zumindest eine Frage, der Sie nachgehen müssen. Die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch die bauwilligen Familien erwarten, dass man ihre Probleme wahr- und ernst nimmt.

Maria Grapini, în numele grupului S&D. – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, în calitate de vicepreședinte al Comisiei pentru piața internă și protecția consumatorului, mă bucur foarte mult că astăzi dezbatem un subiect extrem de important și anume materialele de construcție, lipsa unor materiale de construcții și felicit Comisia și vă felicit, doamnă comisar, că ați amintit, în intervenția dumneavoastră, că avem acest plan pentru reindustrializare, pentru industrializarea Uniunii Europene încă din mai și avem și planul pentru materii prime deficitare.

Evident că aici intră și materiile prime și materialele de construcții. Până la urmă este important ca noi să ținem cont și când spun noi mă gândesc la Comisie, evident, Parlament și Consiliu, de faptul că aceste materii prime deficitare, pe care acum le importăm din țări terțe, trebuie să le producem în piața internă, trebuie să ne gândim că avem și un regulament legat de condițiile de armonizare a standardelor de calitate, pentru că nu putem să nu ne gândim și la protecția consumatorului, chiar a consumatorului final, cetățeanul.

Știm că aici avem o restanță, am avut și o rezoluție – eu am fost raportor pe rezoluția din acest an din 10 martie 2021 — unde, cred că o putem integra, doamnă comisar, în programele pe care dumneavoastră le-ați amintit. Eu cred foarte mult că avem nevoie de materii prime și materiale inovatoare și în acest domeniu însă să nu uităm că trebuie și aceste materiale inovatoare să fie supuse standardelor de calitate.

Evident că aici autoritățile naționale au responsabilitatea lor de control a materialelor și reamintesc, cu această ocazie, că din luna martie anul acesta, regulamentul vamal a intrat în funcțiune și aș dori să fie o verificare a materialelor care vin pe lanțul valoric din țări terțe, pentru că avem probleme de nearmonizare și cred că pentru IMM-urile din Uniunea Europeană este într-adevăr o problemă dacă nu supraveghem piața internă.

Eu sper că punerea în aplicare a programului de industrializare a Uniunii Europene împreună cu acel plan pentru materii prime deficitare va reuși să creeze acest lanț valoric și un control al calității materialelor de construcții.

Nicola Danti, a nome del gruppo Renew. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la carenza di materie prime è un'emergenza vissuta a livello globale ed è conseguenza diretta della pandemia dalla quale stiamo gradualmente uscendo.

Siamo passati da una contrazione degli scambi ed un crollo dei prezzi del 2020 ad un aumento vertiginoso della domanda di materie prime e semilavorati. Il clima di ripresa infatti ha visto un nuovo slancio delle imprese produttrici e trasformatrici, che però è coinciso con un costo maggiore del trasporto globale di merci e con l'accumulo di ritardi, anche in seguito all'incidente avvenuto nel Canale di Suez.

Tutto ciò sta mettendo in seria difficoltà molte aziende europee. A questo va aggiunta inoltre la decisione di alcuni paesi terzi, che sono tradizionalmente fornitori, di adottare dazi alle esportazioni per ridurre l'inflazione interna. Potrebbe trattarsi di una fase temporanea, ma è certo che l'Unione europea deve attrezzarsi per far fronte a questa crisi nel breve periodo e, più in generale, mettere in campo una strategia di azioni necessarie per rafforzare la propria autonomia strategica.

La vera emergenza adesso è ripartire e questo scenario rischia invece di rallentare la crescita nei prossimi mesi e, nonostante io sia uno strenuo sostenitore degli strumenti di difesa commerciale e della competizione equa, in questa fase eccezionale credo che la Commissione dovrebbe con urgenza fare un'analisi approfondita delle ripercussioni che alcune misure in vigore possono avere laddove la produzione europea non riesce a soddisfare la domanda.

In un'ottica di lungo periodo, invece, dobbiamo riuscire ad ovviare alla scarsità delle materie prime, combinando economia circolare, maggiore ricerca e innovazione per la sostituibilità, una politica industriale potenziata.

Oltre a ciò dovremmo continuare ad intensificare le nostre relazioni con i paesi terzi tramite accordi commerciali, diversificando le catene del valore ed evitando le interruzioni dei flussi che abbiamo sperimentato durante il Covid.

Henrike Hahn, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Corona-Krise hat die Klimakrise nicht verdrängt, und ein klimaneutrales Europa bis allerspätstens 2050 – und der *Green Deal* im Mittelpunkt – steht jetzt im Zentrum unserer Europapolitik. Das betrifft natürlich unsere Investitionen, unsere Industriestrategie und auch unseren Umgang mit Rohmaterial. Der Bausektor gehört dabei zu den ressourcenintensivsten Sektoren. Wir brauchen deshalb natürlich vor allem zuerst einmal einen ressourceneffizienten und CO₂-armen Bau, besonders beim öffentlichen Raum, bei Infrastruktur und bei Straßen.

Außerdem stellen Bau und Abbruchabfälle mit rund einem Drittel aller Abfälle den größten Abfallposten in der EU, und wir wissen: Baustoffe sind als wertvolle Rohstofflager bestens geeignet für Recycling mit großem ungenutzten Potenzial für Kreislaufwirtschaft. Diese Chance müssen wir nutzen, auch für die Schaffung von neuen Produkten und neuem Material.

Der Recyclinganteil von Bau- und Abbruchabfällen in der EU variiert. In manchen Ländern liegt das bei 10 %, in manchen bei über 90 %, und das müssen wir natürlich ändern und angleichen. Wir müssen kostengünstige Lösungen für Recycling finden und im Bausektor Kreislaufwirtschaft und Stoffkreisläufe schaffen.

Und noch etwas: Jetzt beim Mangel und beim Preisanstieg von Baustoffen mit EU-Exportbeschränkungen zu drohen und mal eben gegen den freien Warenverkehr in der EU anzutreten, das ist populistisch. Aber eine Lösung ist das nicht. Denn wir brauchen Ressourcenschonung und Effizienz, Recycling und Kreislaufwirtschaft, nachhaltige, diversifizierte Lieferketten und Innovationen für emissionsfreie Baustoffe. Genau das sollten wir eben nicht anderen Teilen der Welt überlassen, sondern gemeinsam in Europa schaffen.

Marco Campomenosi, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi fa piacere avere la Commissaria McGuinness qui perché, essendo stata per lungo tempo parlamentare europeo, credo che più di altri commissari, e magari anche di chi segue principalmente il commercio internazionale, abbia una capacità di ascolto rispetto a richieste dei parlamentari europei.

Finalmente stiamo parlando di un tema che già da qualche mese vede le nostre imprese e le imprese europee molto preoccupate. C'è un problema di prezzi, ma soprattutto di reperimento delle materie prime. Occorre fare una sintesi anche all'interno delle associazioni dei produttori che hanno un problema, un contrasto tra chi vuole la protezione, che io stesso e il mio partito abbiamo sempre sostenuto, ma bisogna trovare un equilibrio tra chi invece vuole risolvere un problema di reperimento delle materie prime che rischia di danneggiare la crescita, una crescita che è necessaria, per fare anche quelle cose che questo Parlamento e la Commissione europea vogliono, pensiamo solo ai progetti infrastrutturali che sono inseriti nei piani nazionali di crescita.

Qui siamo di fronte a uno shock di sistema, che dimostra la fragilità della catena del valore a livello globale. Siamo di fronte a una situazione in cui Cina e Stati Uniti sono cresciuti e stanno crescendo e c'è un tema di crescita dei consumi da cui le nostre imprese rischiano di essere tagliate fuori.

Per questa ragione, accelerare in questo momento su strumenti come il *Carbon border Adjustment mechanism*, che io stesso in linea di principio sostengo, rischia di essere controproducente. Stiamo assistendo a paesi – la Russia e la Cina – che stanno per tassare l'export di certe materie prime. Ora non dico che dovremmo arrivare a farlo anche noi, però questo è un tema.

Insomma è in gioco la competitività del sistema imprenditoriale e produttivo di tutto un continente e non cogliere la ripresa adesso, a causa di una incapacità di agire rispetto a questi shock, credo che sarebbe molto grave.

IN THE CHAIR: DITA CHARANZOVÁ

Vice-President

Tiziana Beghin (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i prezzi delle materie prime stanno crescendo vertiginosamente in tutta Europa e le imprese fanno sempre più fatica ad approvvigionarsi.

I prezzi dell'acciaio sono saliti del 117-150 %, quelli del polietilene del 113-128 %. Se un'azienda ha bisogno di una fornitura di polistirolo deve aspettare 12 settimane, mentre microchip e componenti sono praticamente introvabili e questo non è soltanto un problema per le imprese, è un problema per tutti noi, perché queste risorse sono fondamentali per i nostri piani di ripresa, che sono finanziati dal Recovery Fund.

Ecco perché mi preme ricordare, ancora una volta, così come ho fatto in tutti i rapporti di cui sono stata relatrice, che l'unica risposta possibile è una vera e forte politica industriale europea strettamente interconnessa con la nostra strategia commerciale. E serve maggior flessibilità sulle clausole di salvaguardia, in modo da attivare e disattivare i dazi velocemente in base alle esigenze del mercato e delle imprese, permettendo quindi alle risorse di entrare quando servono, bloccando invece la concorrenza sleale quando c'è sovracapacità.

Christian Doleschal (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 83,3 % gestiegene Preise für Vollholz, 44,3 % gestiegene Preise für Betonstahl und knapp 40 % mehr für Bauholz, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Dynamik ist rasant. Wer jetzt baut, muss mit hohen Preisen und geringem Materialangebot rechnen. Viele Handwerksbetriebe können trotz guter Auftragslage ihre Aufträge nicht erfüllen. Bauprojekte verzögern sich, Betriebe müssen Kurzarbeit anmelden. Wir müssen jetzt handeln. Und ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal Herrn Kommissar Breton für seine ausführliche Antwort auf unseren Brief vor einigen Wochen danken.

Erst vor ein paar Tagen habe ich gelesen, dass Silizium Mangelware ist. Silizium ist wichtiger Bestandteil zur Herstellung von Solarzellen und dazu, dass wir den *Green Deal* am Ende gemeinsam erreichen können. Rohstoffknappheit und hohe Preise sind nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches, ja gar ein globales Problem. Eine Reihe von Rohstoffen sind für uns in Europa unerlässlich. Unerlässlich, um den Grünen Deal und den digitalen Wandel anzuführen, die Ziele der EU-Renovierungswelle zu erfüllen. Unerlässlich, um weltweit führender Industriekontinent zu bleiben. Wir können es uns nicht leisten, bei vielen Rohstoffen vollständig von Drittländern oder auch nur einem Land abhängig zu sein.

Meine Frage an die Kommission ist daher: Wie werden Sie das Risiko von Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage, wie wir es aktuell bei vielen Rohstoffen und Baumaterialien erleben, in den anstehenden Initiativpaketen der EU-Industriestrategie adressieren? Wie können wir unseren Handwerkern und Bauherren auch künftig Planungssicherheit und Preisstabilität garantieren?

Robert Hajšel (S&D). – Madam President, I say to the House and the Commissioner: the post-pandemic re-opening of the economies is followed by increased demand for raw materials. Current market conditions include huge supply chain disruption and sudden price increase. And so sectorial stakeholders call upon the Member States and, especially, the Commission to proceed with the appropriate action. Some of them, I would say very important, have been already addressed and adopted.

However, challenges of the sector cannot be a reason not to reach our energy and climate targets. Remember that the construction sector accounts for one third of EU waste. We must accelerate the transition of the sector towards a greener, sustainable model, as greater material efficiency could save up to 80% of the emissions produced.

We need to reduce our strategic dependence. Here, the launch of the alliances for batteries and hydrogen are good examples to be followed. We should not forget also about the 18 million jobs in the EU that are linked to the construction sector, and to minimise negative side effects of the transition by creating other sustainable jobs and reskilling for those who will be affected.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă președintă, doamnă comisar Neghini, stimați colegi, capacitatea de producție limitată în perioada pandemiei, la care se adaugă o cerere crescută venită de pe piața chineză, dar și capacitățile limitate de transport a materiilor prime și materialelor de construcții au influențat și influențează încă prețurile, iar acestea vor avea efecte negative asupra economiei europene și nu numai.

Strategia economică a Uniunii Europene trebuie să aibă în vedere multiple aspecte incluzând siguranța economică. Este nevoie de un echilibru între transformările ecologice, globalizare și producția locală pe care trebuie să-l găsim pentru a preîntâmpina crizele economice. Un alt aspect important este diversificarea parteneriatelor strategice ale Uniunii Europene.

În condițiile unui boom economic și a creșterii cererii de materii prime și materiale de construcții în China, este nevoie să construim și să consolidăm noi parteneriate pentru a ne asigura că economia europeană nu se va găsi în dificultate chiar în momentele în care proiectele de investiții sunt cruciale.

Provocările pandemiei au arătat pentru prima dată că Uniunea Europeană poate și știe să reacționeze rapid în perioadele de criză. Cred că ar trebui să transformăm această experiență într-un exercițiu permanent, într-un mod de lucru în care reacția la provocări să fie rapidă și eficientă.

Transformările ecologice, digitale și sociale pe care le dorim în Uniunea Europeană, politicile de coeziune și asigurarea unor servicii medicale de calitate, toate acestea se pot realiza doar având la bază o economie sigură, competitivă și prosperă.

Isabella Tovaglieri (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria, la scarsità delle materie prime – legno, plastica, metalli – sta colpendo duramente la nostra economia reale, penalizzando la ripartenza.

L'ambiente è certamente importante ma, mentre qui dentro noi discutiamo di transizione, là fuori le fabbriche si fermano perché mancano i microchip e l'edilizia si ferma perché il cemento costa troppo. Le scorte sono finite, la logistica non sostiene la domanda e i prezzi salgono rapidamente impattando sui cittadini. In poche parole la nostra ripresa si allontana mentre la Cina si riprende.

Da mesi chiediamo dove sia l'Europa. Non si vive di sola retorica sulla transizione ecologica, dobbiamo ripartire dalla produzione in Europa perché non possiamo più limitarci ad importare. Come vediamo, la dipendenza costa cara a imprenditori e cittadini, dobbiamo evitare la demonizzazione di settori interi come acciaio e plastica, perché senza di essi non avremmo beni per molte attività quotidiane.

Infine, dobbiamo pensare – e la Lega questo lo ha chiesto spesso – a un Green Deal che in questa crisi dialoghi con il mondo dell'impresa più che accusarlo o colpirlo con tasse superflue. Senza risposte rapide saremo tutti noi consumatori le nuove vittime di questa crisi. Su di noi si scaricheranno tutti questi costi che le imprese non possono sostenere, con il risultato di bloccare la ripresa, il lavoro e impoverire i cittadini che hanno già pagato caro per la pandemia.

Massimiliano Salini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria, abbiamo, sulla materia di cui discutiamo stamattina, la possibilità di dividere la trattazione in due grandi capitoli, a mio modo di vedere.

Da un lato le materie prime critiche, necessarie per la transizione digitale e *green*, come le terre rare, il cobalto, il litio, sulle quali esiste un focus formulato dalla Commissione europea nella sua strategia industriale. Qui la soluzione è di medio-lungo periodo.

Poi vi sono questioni riguardanti l'immediatezza, il brevissimo periodo, le grandi filiere citate dai colleghi: il legno, l'alimentare, le costruzioni, la meccanica con l'acciaio, ecc. In quel caso ci vogliono soluzioni immediate.

I trattati consentono di individuare alcune soluzioni e anche i dossier aperti che abbiamo sul tavolo – uno dei quali Lei giustamente Commissaria ha citato – siamo in procinto di rivedere il regolamento sulle spedizioni dei rifiuti, il regolamento (CE) n. 1013/2006. La sfida è quella di smettere di considerare il rifiuto uno scarto e incominciare a considerarlo materia prima vera. Noi siamo un continente che trasforma e quella è una materia prima per noi.

Allora i nostri industriali, i nostri imprenditori non devono subire trafile burocratiche infinite per poter far circolare da un paese all'altro dell'Unione europea il rifiuto. Bisogna velocizzare la possibilità, de-burocratizzare il trasferimento da un paese all'altro dei rifiuti e investire, come l'Italia sta facendo massicciamente, su impianti di riciclo e di recupero. E a quel punto potremo permetterci anche il lusso di limitare l'esportazione di rifiuti, soprattutto quelli riciclabili.

Il caso del rottame d'acciaio è emblematico. Noi siamo in grado, trasformando, utilizzando la tecnologia del forno elettrico invece del ciclo integrale nell'acciaio, di riutilizzare il nostro rottame in maniera molto efficiente per fare l'acciaio verde. È assurdo esportarlo verso la Turchia per poi importare acciaio dalla Turchia.

La nostra strategia industriale tenga conto di queste priorità.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Ceny materiałów budowlanych już od dłuższego czasu wykazują ciągłe tendencje wzrostowe. W przypadku Polski szczególnie drastycznie wzrosły ceny drewna, zwłaszcza płyt OSB, styropianu, aluminium czy też suchej zabudowy. W odniesieniu do cen drewna mówimy tu o podwyżkach 40-procentowych, a ceny niektórych materiałów nawet się podwoiły. Sytuacja ta jest wynikiem oddziaływania szeregu czynników, takich jak brak równowagi popytu i podaży na rynku i wynikające z tego braki materiałów budowlanych, a także wyższe koszty transportu energii oraz pracy. Sytuacja ta niesie za sobą bardzo negatywne skutki zarówno dla producentów firm budowlanych oraz deweloperów, jak i konsumentów. W odniesieniu do przedsiębiorców powoduje to ogromne utrudnienia w planowanej produkcji, opóźnienia i utratę przewidywalności produkcji oraz kosztów, a także konieczność podwyżek i zagrożenie dla konkurencyjności firm. Konsumenci z kolei muszą borykać się ze znacznie wydłużonym czasem dostawy lub także brakiem dostępności wybranych materiałów oraz znacznie wyższymi kosztami remontów, zakupu domu czy mieszkania. Musimy bowiem pamiętać, że ceny materiałów budowlanych to aż ponad 50% kosztu każdej nieruchomości mieszkaniowej. Ponadto wzrost cen oraz znaczne opóźnienia będą miały bardzo negatywny wpływ na inwestycje realizowane w ramach polityki spójności czy też Funduszu Odbudowy. Uważam zatem, że niezbędne jest podjęcie działań mających na celu przeciwdziałanie tej sytuacji, w tym przeprowadzenie przez Komisję Europejską dogłębnej analizy przyczyn takiego wzrostu cen oraz przedstawienia ewentualnych zaleceń w tej sprawie.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, this is a real and immediate issue for our businesses, particularly SMEs in the European Union, so it's really important that we have this debate here in the European Parliament today. We are experiencing a peak demand for raw and construction materials, but we have the necessary means to cope with it if it persists.

First, our green and digital transitions may well be adding pressure on these resources. New technologies depend on raw materials, especially on critical raw materials, and we will see a significant increase in demand for these. We are making considerable funding available through the Recovery and Resilience Fund to support transitions.

Second, the pandemic has highlighted the distortive impact of restrictions. It also revealed import dependency for resources and this requires our attention and action.

And third, there are global trends, in particular massive investment booms in other economies that are driving up demand for these materials. We will need joint action by the EU institutions, Member States, industry and the research and innovation communities. We also need strategic cooperation with third countries. In our work, we must involve civil society organisations. Citizens need to be involved, especially on investments affecting local communities.

Finally, I would like to emphasise that restrictions to the free movement of goods in the area of construction will not address the root causes of price increases of raw and construction materials.

President. – The debate is closed.

9. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

9.1. Der Fall von Ahmadreza Dschalali im Iran

President. – The next item is the debate on seven motions for a resolution on the case of Ahmadreza Djalali in Iran (2021/2785(RSP)) (*).

Tom Vandenkendelaere, Auteur. – Voorzitter, eerbiediging van de mensenrechten en eerbied voor de rechtsstaat. Onze waarden zoals ze in artikel 2 van het Verdrag staan, zijn fundamenteel voor het beleid van de Europese Unie, zowel voor onszelf binnen die Europese Unie als voor onze relaties met andere landen. En terecht. We hebben bovendien grote ambities op het vlak van mensenrechten en rechtsstatelijkheid. Dat mag blijken uit het lanceren van een effectief systeem van sancties bij ernstige schendingen van mensenrechten wereldwijd. Onze resolutie vandaag over de uiterst precare situatie van dr. Djalali getuigt van de ernst waarmee we dat doen. De gemotiveerde wijze waarop we zijn onmiddellijke en onvoorwaardelijke vrijlating eisen én de dreiging van sancties die we uitspreken in niet mis te verstane woorden, zijn voor mij een heel duidelijke illustratie van hoe het Europees Parlement de vermelde ambities van de EU geloofwaardigheid wil geven.

Dr. Djalali was als gewaardeerd academicus werkzaam aan de Vrije Universiteit Brussel. Daarom wordt zijn dossier ook in mijn land, net zoals in Zweden en in andere lidstaten, met bijzondere belangstelling gevolgd. Met vrees, maar ook met hoop. Sinds jaren hebben de Vlaamse universiteiten hun samenwerking met academische instellingen in Iran stopgezet en de hervatting ervan afhankelijk gemaakt van een menswaardige behandeling met medische zorgen en rechtsbijstand, en van een eerlijk proces en niet-toepassing van de doodstraf. Met aandrang en overtuiging onderschrijf ik de oproep van onze universiteiten – en vanzelfsprekend ook de oproep van zijn familie en vele anderen – om op alle beleidsniveaus al het mogelijke te doen voor de vrijlating van dr. Djalali.

Wij, als Europese Unie, beschikken als geen ander over de middelen om het verschil hierin te maken, mét inbegrip van sancties. Wij, als Europese Unie, kunnen en moeten hier het verschil maken.

Jytte Guteland, författare. – Fru talman! Jag kräver att Irans nya president Ebrahim Raisi omedelbart och personligen engagerar sig för att dra tillbaks hotet om en avrättning av den svenska medborgaren och akademikern Ahmadreza Djalali. Han måste omedelbart och villkorslöst friges så att han kan återvända till sin familj i Sverige. Iran måste genast garantera att Djalali får adekvat vård, att han får tillgång till advokat, att han fortlöpande får ha kontakt med sin familj. Hoten som riktas mot Djalalis familj måste omedelbart upphöra.

En medeltida människosyn ligger bakom bruket av en oåterkallelig och horribel sedvänja – dödsstraffet. Dödsstraffet kommer en dag att slängas på historiens sophög där det hör hemma. Det finns inte några ursäkter för Irans fortsatta användning av dödsstraffet. Ett moratorium måste införas nu och därefter måste dödsstraffet avskaffas.

EU har kontinuerligt fört diplomatiska samtal med Iran för att förbättra våra relationer. Förhandlingar om ett förnyat kärnenergiavtal har nyligen pausats, men de behöver återupptas för att förhindra att Iran skaffar kärnvapen. Ett Iran med kärnvapen skulle ytterligare spä på spänningarna i en region som redan plågas av icke-respekt för de mänskliga rättigheterna, oavbrutna konflikter, utbredd fattigdom och svält. Världens värsta humanitära katastrof, den i Jemen, pågår för fullt framför våra ögon och blodet isar sig i våra ådror när vi ser hur barnen är utsatta där. Rivaliteten mellan Saudiarabien och Iran utgör en av grogrunderna för konflikten, och civilbefolkningen står i det främsta ledet för lidandet. Särskilt kvinnor och barn är drabbade.

När Mellanöstern fortsatt domineras av repressiva regimer finns det ingen plats att adressera de globala utmaningarna som vi tillsammans står inför, demokratin och klimatarbetet som måste gå tillsammans.

Men även om Iran nu inte erkänner dubbla medborgarskap så måste jag poängtera att Djalali är en svensk medborgare och han ska omedelbart frisläppas. Se till att frisläppa honom nu, se till att hans familj och han själv undgår det oerhörda lidande som ingen människa kan föreställa sig och som de utsätts för nu.

Hilde Vautmans, *Auteur*. – Voorzitter, we stemmen vandaag in urgentie. Ik moet u zeggen, het is een echte urgentie. Het gaat over onze Zweeds-Iraanse arts en gastdocent aan de VUB, Ahmadreza Djalali. Hij zit al vijf jaar onterecht opgesloten in een Iraanse gevangenis en is in 2017 ter dood veroordeeld. En sindsdien – als je de foto's ziet, uitgemergeld, graatmager – gaat zijn medische toestand enorm achteruit. Vandaar dat ik hier vandaag zeg: het is een urgentie.

Eigenlijk heb ik maar één vraag: free Djalali!

En die oproep richt ik aan de president, aan de nieuw verkozen president. Voer die doodstraf niet uit! Laat deze arts, deze dokter, deze vader, deze academicus, deze echtgenoot terugkeren naar zijn familie.

En ik herhaal het. Free Djalali! Free Djalali!

Eigenlijk zouden we hier een heel uur lang maar twee woorden moeten zeggen.

Free Djalali! Free Djalali!

Iran, als u betere relaties met Europa wil, vragen wij u nu één ding.

Free Djalali! Free Djalali! Free Djalali! Free Djalali!

Ernest Urtasun, *author*. – Madam President, it has been more than four years since the arrest and imprisonment of Dr Djalali, a dual Swedish national, in violation of numerous human rights conventions.

After having spent over 100 days in solitary confinement, his health has dramatically worsened, as well as his psychological condition, after having been subject to different forms of torture. The case of Dr Djalali is not an isolated one. There are at least a dozen other EU nationals who are arbitrarily detained in Iran.

In this resolution, we urge the Iranian authorities to end the practice of arbitrarily detaining individuals as leverage over foreign countries, to stop his execution and abolish the death penalty. His case reminds us of the need to further strengthen our human rights dialogue with Iran at all levels, while we increase the protection and support for human rights defenders, particularly women. We also need to use all our diplomatic channels to improve relations with Iran and particularly with its civil society.

The ongoing Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) talks in Vienna on the revival of the 2015 nuclear deal presents us with an opportunity to deepen this dialogue and build the foundations of a new multidimensional relationship based on the respect of international law and human rights. These talks should also serve to adopt a wider regional perspective that allow us to play a more strategic role in responding to security crises in the region. The JCPOA is a cornerstone for a durable mutual trust between the EU, Iran and the US, but also the best instrument to ensure stability and security in the Middle East.

This Parliament should irrevocably support a return to the nuclear deal and particularly to have a strong voice in defence of human rights in the country. And that is why I want to join my voice also today to say: 'free Djalali'.

Charlie Weimers, *author*. – Madam President, Commissioner, this is a dark period for the Iranian people, the people that, just like us, deserve to live in freedom, dignity and democracy.

The recent sham elections are reason enough to act. But the fact that Mr Ebrahim Raisi was elected president makes action imperative. Mr Raisi has blood on his hands. He was a member of the death panel that ordered the executions of thousands of political prisoners. He must be investigated for crimes against humanity, including murder and forced disappearance and torture.

As co-author of this resolution, I and the ECR Group support the use of the EU Magnitsky Act against Iranian officials. The ECR calls on the European institutions to join with international human rights organisations to hold those responsible for human rights violations to account.

Finally, the EU must demand the immediate release of our fellow citizen, Dr Djalali. It's a moral obligation. I'm therefore pleased the resolution calls for targeted sanctions on those involved in the arbitrary detention and sentencing to death of EU nationals. I urge you, Commissioner, to enforce the resolution with the utmost dedication and persistence.

Marisa Matias, *Autora*. – Senhora Presidente, hoje votamos uma resolução sobre o caso do Dr. Ahmad Reza Djalali, do Irão. O Dr. Ahmad Reza Djalali é um cidadão suco- iraniano especializado em medicina de emergência e um académico que trabalhou em várias universidades, incluindo Bruxelas e Piemonte. Djalali foi preso em 24 de abril de 2016 pelas forças de segurança iranianas. Em outubro de 2017 foi condenado à morte por acusações espúrias de espionagem e seguiu um processo injusto com base numa confissão que foi forçada, extraída sob tortura.

O estado de saúde de Djalali é crítico após meses de confinamento solitário prolongado. Ele sofre privação de sono, de perda dramática de peso e já tem dificuldades em falar. Pedimos, por isso, mais uma vez, a suspensão imediata da execução de Djalali e a sua libertação. Trata-se de uma violação do direito internacional em toda a linha. São aliás vários os presos arbitrários no Irão e, por isso, este caso mostra-nos a necessidade de reforçar o nosso diálogo com o Irão para a proteção dos direitos humanos e lembra-nos também da necessidade permanente e intransigente de proteger os defensores dos direitos humanos, em particular, as mulheres. Junto-me, por isso, aos meus colegas e às minhas colegas neste apelo «Free Djalali».

Dominique Bilde, *auteur*. – Madame la Présidente, nous sommes tous d'accord ici pour dire que l'affaire qui nous occupe aujourd'hui rappelle la propension de l'Iran à faire feu de tout bois pour soutirer quelques concessions à l'Occident, comme la libération de ses propres ressortissants. On serait en effet tenté d'y voir un lien avec le procès en Belgique d'Assadollah Assadi, pour un projet d'attentat en France. Au-delà du cas d'espèce tragique de cet universitaire condamné à mort en Iran sur le fondement d'allégations spécieuses, cette résolution dénonce à juste titre un système judiciaire et carcéral d'un autre âge qui applique notamment les pires châtiments corporels, de l'amputation à la flagellation, ou encore la peine capitale sous sa forme la plus avilissante, celle de l'exécution publique.

Je regrette toutefois que le sort de la minorité chrétienne ait été totalement occulté, en particulier celui des convertis, à l'instar de cet homme condamné à 80 coups de fouet pour avoir bu du vin de communion. Cette cause devrait être au cœur du dialogue des Européens avec l'Iran, qui doit impérativement se poursuivre.

Javier Zarzalejos, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, in December 2020, the second session of the Antwerp trial was about to start. An Iranian diplomat and his accomplices were being tried and later sentenced for the attempted bombing of the annual gathering of the Iranian democratic opposition in Paris.

That day of the trial, the Iranian authorities announced that Ahmadreza Djalali was going to be executed. And today we are coming together in this Parliament in a call to halt his execution again.

Terrorism against democratic opposition on European soil; number one executioner of women in the world; unrestrained use of the death penalty; relentless persecution of ethnic, religious and sexual minorities; destabilising strategies in the region; host of al-Qaeda leadership; and now Ebrahim Raisi elected as president – someone under shocking and well-grounded allegations of human rights violations so serious that the UN investigator on human rights in Iran has called for a thorough investigation on the massacre of 1988 and Raisi's involvement in it. Raisi's election should end the delusion about the existence of so-called moderates having any role within the Iranian regime.

By supporting Djalali, we support the people of Iran, because there is a new Iran that is struggling to emerge, and committed to embrace the democratic principles of governance. So let's make every diplomatic effort within our reach, as we are supposed to do. But let's not forget the struggle for democracy, separation of state and religion, gender equality, respect and protection of the rights of minorities.

While we urge the Iranian authorities to free Djalali, we should ask how many Djalalis, whether they are European citizens or not, remain locked up in Iranian prisons. And how many of them will be killed unless we strengthen our response to Iran's autocracy and its determination to prevail over the suffering of its people.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, mevrouw de commissaris, de harde waarheid is dat als we niets doen, dr. Djalali zal sterven, hetzij door onophoudelijke martelingen, honger, ontbering, hetzij door executie door het Iraanse regime. En dat is onaanvaardbaar!

De heer Djalali is een burger van de Europese Unie. Hij is verbonden met de Belgische, de Zweedse en de Italiaanse samenleving, hij is professor aan de Vrije Universiteit Brussel, en zijn veiligheid is onze verantwoordelijkheid. En dat moeten we heel duidelijk laten voelen aan het Iraanse regime. Niet enkel met een telefoontje hier of daar. Als de heer Djalali niet wordt overgebracht naar zijn familie in Europa, dan moeten er repercussies komen. Doen we dat niet, dan zeggen we eigenlijk dat het oké is om Europese burgers ter dood te veroordelen. Het Europees Parlement verwacht daarom kordate actie van de Commissie en de Raad.

En zoals mijn fijne collega Hilde zei: "Free Djalali!"

Frédérique Ries, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, rarement nos résolutions d'urgence auront aussi bien porté leur nom: dans le cas d'Ahmadreza Djalali, il y a vraiment urgence. Les informations qui nous parviennent des Nations unies ou d'Amnesty International sont inquiétantes. Le docteur Djalali est dans un état critique, depuis cinq ans en prison. Il est privé de tout. Il est privé de soins. Il est privé de visites. Sa famille en Suède est désespérée et nous sommes sans illusion sur les intentions de Téhéran. Notre Sakharov 2012, Nasrin Sotoudeh, est toujours derrière les barreaux.

Malgré nos appels répétés, les exécutions d'opposants politiques se multiplient, cela a été dit. Et l'élection, il y a trois semaines, de l'ultraconservateur Ebrahim Raïssi, qui a du sang sur les mains, fait craindre le pire. S'il existe aujourd'hui une fenêtre d'opportunité pour faire sortir de prison le docteur Djalali, l'Union européenne doit la saisir, et vite, quitte à faire appel effectivement à des pays médiateurs: l'Égypte, le Qatar ou la Turquie, pourquoi pas? Nous le devons à son épouse, Vida Mehrannia, que nous sommes quelques-uns à avoir rencontrée au Parlement européen il y a trois ans. Nous le devons à ses enfants, qui sont privés de leur papa depuis beaucoup trop longtemps. Free Djalali!

Jakop G. Dalunde, *för Verts/ALE-gruppen*. – Fru talman! Fängslandet av Ahmadreza Djalali är en skymf mot rättvisan. Vi kräver att han omedelbart får tillgång till den vård han behöver, att han benådas, släpps fri och får återvända till Sverige. Vi uppmanar Irans nya president att ta chansen att visa välvilja, att ta ett första steg mot bättre relationer mellan Sverige, EU och Iran. Släpp Djalali fri.

EU:s företrädare måste också vara tydliga med att nya förhandlingar om kärnenergiavtalet bara kan komma till stånd om Iran visar en sådan välvilja. Det är dags att skicka en skarp signal om vad som krävs för att komma någonvart i den processen. Förtroendet är förverkat. Så länge europeiska medborgare sitter olagligt fängslade i Iran kan våra relationer inte förbättras. Så länge Iran fortsätter att utdöma dödsstraff och fängsla politiska aktivister så kan vi aldrig normalisera våra relationer med Iran. Frige Ahmadreza Djalali.

Marco Campomenosi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria, io sono membro della delegazione per i rapporti UE-Iran e, come molti dei miei colleghi, conosco bene questo caso, lo stiamo seguendo da molto tempo, però abbiamo difficoltà a portare dei risultati.

Infatti il tema è che è in gioco anche la nostra credibilità. Occorre certo votare delle risoluzioni dure come quella che voteremo oggi, che condivido. Condivido nel suo passaggio essenziale, che è quello in cui si chiede un rilascio senza alcuna condizione, perché la vicenda è assurda.

Ahmadreza Djalali non merita il trattamento, non lo merita nessun uomo, anche gli uomini che fossero colpevoli di nefandezze, e lui non lo merita perché dev'essere un uomo libero, arrestato, torturato, condannato a morte da quattro anni prosegua questo stillicidio.

In una situazione in cui però io vedo un'esitazione da parte delle istituzioni europee e dei governi, perché c'è anche una loro responsabilità, in un'escalation che vede secondo me un passaggio a un regime ancora più duro, perché il nuovo presidente Raisi è stato protagonista in prima linea di condanne a morte per oppositori nel cosiddetto *death panel* negli anni Ottanta.

Insomma credo che, per le minoranze e per gli oppositori, la situazione sarà ancora più complicata. Chiedo che la Commissione europea si rapporti un po' di più con gli Stati Uniti su questa vicenda perché credo che sarà insieme a loro che dovremo trovare una soluzione, a partire da quell'accordo sul nucleare in cui io non credo e che credo sia difficilmente sostenibile ulteriormente.

Assita Kanko, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, kan je je dit voorstellen? Opgesloten zitten in een kleine cel, volledig in eenzame opsluiting. Dag in, dag uit, wachtend. Elke keer dat die celdeur opengaat, stopt je hartslag en denk je dat je laatste dag is aangebroken. Dat is de huidige verschrikkelijke situatie van dr. Djalali, Europees burger nota bene. Dit is marteling.

Ik ben echt geschokt door de wrede mishandeling van dr. Djalali door de Iraanse autoriteiten. De EU zou meer moeten doen dan alleen maar verklaringen afleggen waarin ze haar zorgen uit of diep verontrust is. De tijd van diplomatieke taal lijkt me voorbij. Hij zit al vijf jaar opgesloten, ver van zijn familie. En gedurende deze vijf jaar heeft de EU niets bereikt. De klok tikt en elke dag kan zijn laatste zijn.

De EU moet nu handelen, anders zal ze heel snel een van haar burgers verliezen. Maar hiermee zou zij ook de boodschap verspreiden: "Wij zijn de EU en wij kunnen u niet beschermen." Zoiets zeggen tegen onze burgers, dat kan niet!

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, gearrtar pionós an bháis ar níos mó daoine *per capita* san Iaráin ná in aon tír eile ar domhan. Is fíric agus is fírinne an-dáiríre ar fad é seo.

Faoi láthair, tá an Dochtúir Djalali, gurb as an tSualainn agus an Iaráin dó, i bpríosún ag fanacht go dtí go gcuirtear chun báis é — cé nach raibh triail chothrom aige agus go bhfuil fianaise ann gur dheineadh é a chéasadh chun admháil a bhaint as. Impím ar údaráis na hIaráine deireadh a chur le pionós an bháis, an Dochtúir Djalali a ligean saor, agus na bagairtí báis atá á ndéanamh acu i dtreo a chlann a stopadh.

I mí na Nollag seo caite, d'impíomar anseo sa Pharlaimint, ar údaráis na hIaráine buaiteoir an Duais Sakharov, Nasrin Sotoudeh, a ligean saor ón bpríosún. Ar mhí-ámharaí an tsaoil, níor tháinig feabhas ar an scéal go dtí seo ach oiread.

Tá sé in am don Iaráin teacht ar réiteach dearfach féaráilte trí chás an dochtúra — agus é agus Nasrin a ligean saor. Lig Djalali saor. Lig Djalali saor.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Madam President, Ahmadreza Djalali is a dual Swedish-Iranian citizen, therefore a European citizen, who is planned to be executed after an unfair trial after fake accusations of espionage. Arbitrary detentions of foreign nationals by Iran and other regimes is becoming common and we need also, I think, international action against arbitrary detention of foreign nationals.

In this particular case, Europe cannot allow the execution of Professor Djalali, a scholar who has devoted his life to advanced emergency medicine for the benefit of all. So I would like to join in everyone's demand for the immediate release of Professor Djalali.

Europe is the world beacon of human rights. We have a duty to mobilise all our political capital to save Professor Djalali. Europe has the tools, with the Navalny Act. The assets of all Iranian officials and entities involved in this arbitrary detention should be frozen. I want to tell the Iranian authorities and the newly-elected president that political executions are never a sign of strength, but the opposite.

Professor Djalali, we are doing everything it takes to bring justice to you and to bring you home. Free Djalali!

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, fino a quando sopporteremo le reiterate violazioni di diritti umani da parte della Repubblica Islamica dell'Iran?

L'Iran reprime duramente i diritti di libertà di espressione, di libertà di associazione e riunione. Le forze di sicurezza hanno fatto un uso illegale della forza per reprimere le proteste. Le autorità continuano a detenere centinaia di manifestanti dissidenti e semplicemente difensori dei diritti umani e ne hanno condannati molti alla reclusione, alla fustigazione e ad altre torture, finanche alle amputazioni.

Le donne subiscono una discriminazione radicata e violenta, sparizioni forzate, torture e altri maltrattamenti sono sistemici. Il diritto al giusto processo non esiste. La pena di morte è usata come arma di repressione politica. Sono state effettuate esecuzioni a ragazzi che non avevano nemmeno diciotto anni al momento del reato.

La vicenda di Djalali è drammatica. Il ricercatore iraniano-svedese è stato condannato a morte per un'accusa assurda di spionaggio. Detenuto ingiustamente, torturato, messo in isolamento e costretto a non avere cure mediche, sottoposto a un processo definito da osservatori internazionali gravemente ingiusto. La condanna a morte e la sua imminente esecuzione sono atti inconcepibili che dovrebbero essere condannati con la massima fermezza dalla comunità internazionale. Eppure qua non si fa nulla.

Il regime islamico dell'Iran continua a commettere crimini contro l'umanità spesso giustificandoli con motivazioni religiose. Fino a quando l'Europa starà in silenzio? Fino a quando continueremo a stare in silenzio? Ammesso che qualcuno davvero pensi che con una risoluzione si possa risolvere qualcosa.

Anna Fotyga (ECR). – Madam President, I participated in the gathering of the Iranian opposition in Paris that was endangered by bombing and yes, for many years I appealed in vain to the Islamic Republic of Iran to free all prisoners of conscience, and in particular to stop the death penalty. Dr Ahmadreza Djalali is most probably, along with Nasrin Sotoudeh, the Sakharov Prize laureate, the most prominent of prisoners – in very bad shape, tortured and accused on the basis of false accusations.

Yes, free Dr Ahmadreza Djalali, but free all people imprisoned in Iran and stop the war against Iranian society!

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, on l'a dit, l'Iran est le pays qui exécute le plus par habitant, et ce n'est pas l'élection de monsieur Raïssi qui nous donnera des gages d'assouplissement de la situation. Il est donc important de donner des messages forts de la part de l'Union européenne. Déjà en 2019, nous avons voté une résolution demandant la libération des prisonniers d'opinion. En décembre 2020, dans une autre résolution appelant à la libération de Nasrin Sotoudeh, nous demandions déjà de renoncer à l'exécution de M. Djalali et demandions sa libération.

Aujourd'hui, M. Djalali et Nasrin Sotoudeh sont toujours en prison, comme des milliers d'autres opposants politiques en Iran. Je lirai quelques mots que Nasrin Sotoudeh a écrits de la prison. Elle dit: «Je demande au gouvernement de mettre fin à l'animosité de l'Iran envers le monde, de regarder le monde à travers les yeux de la paix et de faire confiance à la vie et aux êtres humains. Je demande aux militants des droits de l'homme de nous aider dans nos efforts de paix en Iran.» C'est ce que nous devons faire en tant qu'Européens, en tant que militants des droits de l'homme. C'est à cet appel urgent que nous répondrons, que nous devons répondre, avec fermeté à l'égard du gouvernement iranien, avec tous les outils qui sont à notre disposition. Free Djalali et free tous les autres opposants politiques aujourd'hui en Iran!

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Niespełna trzy tygodnie temu został wybrany nowy prezydent państwa, które, przypomnę, nazywa się Islamska Republika Iranu. Ebrahim Raisi był współodpowiedzialny za to, co stało się przed 33 laty – masakra 3 tysięcy więźniów politycznych. No i dzisiaj jest głową państwa. Myślę, że także o tym trzeba głośno mówić, bo to pokazuje szerszy kontekst.

Cieszę się, że tutaj jesteśmy zjednoczeni od prawa do lewa w słusznej sprawie. Domaganie się uwolnienia pana doktora jest czymś naturalnym i oczywistym, czymś ważnym, ale też musimy pamiętać, że tu nie chodzi tylko o jedną osobę. Tu chodzi o prawa kobiet, tu chodzi o skazywanie ludzi w kraju, w którym liczba wyroków śmierci jest jedną z najwyższych, jeżeli nie najwyższą na świecie. Dobrze, że w tej sprawie mówimy jednym głosem.

Evin Incir (S&D). – Fru talman! Kollegor. När fundamentalism och extremism får styra blir demokratin, yttrandefriheten, pressfriheten, jämställdheten och oliktänkande fienden. Regimen i Iran visar gång på gång på just detta. Iran har flest avrättningar i världen per invånare.

Svensk-iranske Ahmadreza Djalali och andra samvetsfångar måste omedelbart frisläppas.

Det är bra att EU har, bland annat, förlängt tidigare åtgärder som förbud av export av teknik som skulle kunna användas i syfte att avlyssna och på andra sätt förtrycka oppositionella oliktankande. Det är också bra att EU:s nya globala sanktionsmekanism nu har använts mot åtta personer och tre enheter. Det innebär att 89 personer och fyra enheter nu är sanktionerade på grund av brott mot mänskliga rättigheter de senaste åren.

Men det är inte acceptabelt att ingen medlemsstat i EU har, sedan vår senaste diskussion förra året om läget i Iran, fått träffa sina medborgare som på helt godtyckliga grunder har berövats sin frihet. Många av dem riskerar till och med att berövas sitt liv.

Om inte Ahmadreza Djalali och alla andra samvetsfångar omedelbart frisläpps ska inte en enda representant från den iranska regimen kunna sätta sin fot i vår union.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, EU policy towards Iran is based on a comprehensive approach, critical in all areas of concern and cooperative when there is mutual interest.

The European Union has a long-standing and clear position on Iran's distressing practice of arbitrarily detaining EU-Iranian dual nationals. No individual should be used as a pawn. The EU is following the case of Swedish-Iranian national Dr Ahmadreza Djalali very closely since his detention in Iran in April of 2016, where he subsequently received a death sentence.

Iran executes more than 200 individuals every year, including juvenile offenders, dissidents and protestors. Our position is well known. The EU strongly opposes the death penalty at all times and in all circumstances and aims at its universal abolition. As part of its commitment to address all issues of concern with Iran, the EU continues to urge the Iranian authorities to pursue a consistent policy towards the abolition of capital punishment, which represents an unacceptable denial of human dignity and integrity. Moreover, it is imperative for the Iranian authorities to uphold the due process rights of accused individuals and to stop the practice of televised confessions.

As part of the bilateral engagement with Iran, the EU also calls on the Iranian authorities to ensure that no individual is detained arbitrarily and that those who are under any form of detention or imprisonment are not subject to any form of mistreatment. The HR / VP and the External Action Service continue to use every opportunity to advocate for Dr Ahmadreza Djalali's release in the dialogue at all levels with the Iranian authorities.

We also maintain close coordination with the Swedish Government and other EU Member States as part of a coordinated EU action. We welcomed the decision of the Iranian authorities to move Dr Djalali out of solitary confinement in April this year, after more than 20 weeks. However, as the death sentence still stands, we have strengthened the coordination with the Swedish authorities and the EU Member States with embassies on the ground in Iran.

Dr Djalali's permanent release remains a driver of EU action and we will continue to work towards achieving his release by taking all available EU tools, including sanctions, into account. In this spirit, and in full consistency with the EU's comprehensive policy towards Iran, we will continue to call for the release of all EU-Iranian dual nationals arbitrarily detained in Iran so they can be reunited with their families.

President. – The debate is closed.

The vote will be held at the end of the debates.

(¹) See Minutes.

9.2. Hongkong, insbesondere der Fall von „Apple Daily“

President. – The next item is the debate on six motions for resolutions on Hong Kong, notably the case of *Apple Daily* (2021/2786(RSP))*.

*See Minutes.

Miriam Lexmann, author. – Madam President, across the world communist totalitarianism is responsible for some of the worst crimes in human history. These crimes are real and they are still occurring today. Let us not forget that many European states still continue to suffer the consequences of communist totalitarianism – murder, terror and oppression, communities destroyed, families torn apart, no basic freedoms. These are but some of the deepest traumas left upon us. My great uncle, Páter Mikuláš Lexmann, died in a communist forced labour camp for priests. Before, he was saving the lives of Jews during World War Two. My other family members were forced to work in mines as forced labour, and I grew up in a society unable to exercise the very same liberties which we today take for granted.

As countless millions across Europe, and indeed the world, longed for freedom, so do the people of Hong Kong today. As President Ronald Reagan said: 'In the communist world men's instinctive desire for freedom and self-determination suffers again and again.'

The people of Hong Kong prize their freedoms and liberties and I admire their boldness and determination. They cherished the high degree of autonomy which, just 24 years ago, the Chinese Communist Party had pledged to uphold. The CCP has reneged on the promises to the people of Hong Kong and it has reneged on its international obligations. Across mainland China, and now in Hong Kong, it has imposed a cruel regime which is growing more oppressive every day. The UK Conservative Party Human Rights Commission, in their latest report on the human rights situation in China, noted that the darkness deepens. The CCP is engaging in the worst human rights abuses since the Tiananmen Square massacre. The free world cannot stand by and so, on the centenary of the Chinese Communist Party, in words and in deeds, let us send a strong message that we stand with the people of Hong Kong. We stand with all victims of CCP terror and oppression and with freedom-loving people everywhere.

We cannot remain silent or pretend that what is happening in Hong Kong or across mainland China does not concern us. Today, in the interconnected world, we have a moral obligation to do our utmost for the people across the world and at least make them free to determine their own destiny.

Evelyne Gebhardt, Verfasserin. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Freunde, Freundinnen der Freiheit! Manch einer wird sagen: Ja, China, schon wieder China auf der Tagesordnung. Warum denn eigentlich? Ich sage auch: Mir wäre es viel lieber, wenn wir nicht so häufig über die Menschenrechtslage, über die Bürgerrechte, über die Freiheiten in China diskutieren müssten, wenn ich nicht so häufig an dieser Stelle darüber diskutieren müsste im Rahmen der Dringlichkeiten. Es gäbe viel schönere Themen, über die wir reden können.

Allerdings wird die erzwungene Schließung von Apple Daily als weiterer dunkler Meilenstein im fortschreitenden Abbau der Hongkonger Demokratie in die Geschichtsbücher eingehen. Die Medienfreiheit ist ein Grundpfeiler einer Lebensweise, unserer Gesellschaft, der Demokratie. Ohne Pressefreiheit haben wir keine Freiheiten für die Bürger und Bürgerinnen. Ohne Pressefreiheit haben wir keine Informationen, auf die wir uns stützen können, damit wir die Informationen, die wir brauchen, um richtige, gute Entscheidungen zu treffen, auch tatsächlich haben.

Ja, ich begrüße den heutigen überparteilichen Beschluss, und ich hoffe sehr und erwarte, dass wir eine sehr große Mehrheit erhalten werden. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen unverzüglich Sanktionen gegen die verantwortlichen Personen in der Verwaltung Hongkongs und auf dem Festland Chinas erlassen und der demokratischen Bewegung in Hongkong den Rücken stärken.

Der Schutz von Journalistinnen und Journalisten und Demokratinnen und Demokraten muss hohe Priorität genießen. Deshalb fordern wir die Mitgliedstaaten auf, auch Notfallvisen auszustellen, um deren Schutz zu gewährleisten. Ja, wir fordern auch dazu auf, diplomatische Besuche der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking abzulehnen, wenn sich die Menschenrechtslage nicht signifikant verbessert. Leider müssen wir das immer noch und immer wieder einfordern.

Engin Eroglu, *Verfasser*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Explizit möchte ich am Anfang den Berichterstattern danken: Herzlichen Dank an Miriam, an Anna, an Reinhard – und vor allem an Dich, Reinhard, für diese exzellente Zusammenarbeit. Und diese exzellente Zusammenarbeit bei dem Bericht ist schon die erste Botschaft, die wir heute nach China senden. Das Parlament arbeitet gemeinsam und entschlossen, das nationale Sicherheitsgesetz in China mit der Zielsetzung, die Öffentlichkeit und die Freiheitsrechte einzuschränken, zu bekämpfen.

Die erzwungene Schließung von *Apple Daily* hat uns gezwungen, heute hier gemeinsam diesen Bericht zu verfassen, nicht weil wir es wollten, sondern weil die Kommunistische Partei uns dazu auffordert. In dieser Entschließung stehen gezielte Sanktionen gegen die Kommunistische Partei, das ist ganz wichtig, nämlich die Rettungsbootpolitik für Hongkonger, die in Hongkong Angst haben, aber auch die klare Aufforderung, keine Menschen mehr aus der Europäischen Union nach China auszuliefern.

Und was mir sehr wichtig war, auch der politische diplomatische Boykott der Olympischen Spiele. Wir dürfen uns hier nicht zum Symbol der Kommunisten machen und dürfen aus meiner Sicht auch nicht nach China reisen. Und ich wünsche unseren Olympiateilnehmern aus der Europäischen Union viel Erfolg bei den Spielen.

Wir sind hier heute im Haus hoffentlich einig und entschlossen und werden ein großes Signal nach China zeigen. Wir dürfen unseren Worten jetzt auch Taten folgen lassen. Es ist enorm wichtig, dass wir der Kommunistischen Partei zeigen: Es gibt Grenzen, und die sind mit uns hier erreicht. Wir werden nicht mehr aufhören, über diese Themen hier in diesem Haus zu sprechen, solange die Hongkonger um ihre Freiheit kämpfen müssen.

Reinhard Bütikofer, *author*. – Madam President, this is not the first time today that we are discussing Hong Kong in this House. It is important that we do it because we stand with Hong Kong's fight for their freedoms and for democracy. This is not an internal affair. Upholding human rights is our common global responsibility. Systematically in Hong Kong the freedoms that were once guaranteed for 50 years to come are being dismantled. I'm very grateful that we have such a good consensus between the five big democratic groups in this House to stand against that.

Today, we can – we must – say that free media are a thing of the past with the closure of *Apple Daily*. But this is just one additional step. The Legislative Council (LegCo) has seen the Democrats evicted. The new electoral law is perverse. Universities, educators and public servants have been told that they now owe loyalty to the Chinese Communist Party (CCP). On the basis of spurious excuses, the traditional 4 June vigils have been denied, as have other demonstrations. Businesses like HSBC have been forced, or lured, into doing the regime's bidding in the unjust persecution of democratic activists, and the judiciary has been put on notice that, in the future, they are expected not to apply the law, but to apply Beijing's will.

The European Parliament speaks up. It does so today, and it will do so in the future. But we will need some more voices from Member States' capitals to join the chorus. Human rights stand at the centre of European foreign policy, not just for the European Parliament. That's why we also call on political leaders to refrain from accepting invitations to the 2022 Winter Olympic Games in Beijing unless the situation changes fundamentally.

Anna Fotyga, *author*. – Madam President, I align with my colleagues, and actually I would like to praise the European Parliament and leading groups in finding this unity in defence of the people in Hong Kong protesting against the imposition of laws that try to curb the hard-won and long-standing liberties they were able to enjoy for quite a long time.

We stand by the people of Hong Kong. It is our particular responsibility.

I'm really happy that the European Parliament is able to adopt the comprehensive resolution, acknowledging many facts that are needed by the public opinion of the whole of Europe in order to create proper policies, foreign policies.

I also join my colleagues in appealing to the EU and EU Member States' diplomacies to decline invitations to participate in the events of 2022 Olympic Games in Beijing.

Manu Pineda, *autor.* – Señora presidenta, señora comisaria, es realmente conmovedor ver el sufrimiento y la preocupación que determinados grupos de esta Cámara manifiestan por el cierre de un periódico en China, pero sería más creíble si esas preocupaciones no se manifestasen solo cuando los hechos suceden en países que los Estados Unidos tienen en su diana.

Esta Resolución, en nuestra opinión, es una nueva excusa para echar más gasolina en esta nueva versión de la guerra fría anunciada sin ambages por los Estados Unidos. Si este Parlamento manifestase esa misma preocupación por hechos de este tipo cuando son los países amigos de la UE los que los realizan, entonces podríamos empezar a creérmola. Mientras tanto, esto no es más que una nueva injerencia burda contra un Estado soberano, que, sin duda, nos servirá para que los Estados Unidos nos den una palmadita en la espalda, pero que, desde luego, a los trabajadores, a las empresas de los países miembros de la Unión Europea solo les va a generar pérdidas.

Una vez más, insisto: dejemos la subordinación a los Estados Unidos y relacionémonos con los otros Estados con una vocación inequívoca de cooperación horizontal, respeto a la soberanía y beneficio mutuo.

François-Xavier Bellamy, *au nom du groupe PPE.* – Madame la Présidente, à Hong Kong, la presse libre est désormais traitée comme une menace pour la sécurité nationale. Mais les accusations de terrorisme ne trompent personne. La liberté de la presse n'est une menace que pour le Parti communiste chinois, qui a entrepris de détruire méthodiquement toute résistance démocratique à son projet totalitaire. Il y a quelques jours, le dernier quotidien indépendant a publié sa dernière édition. Après deux raids de la police, l'arrestation de son fondateur, Jimmy Lai, enchaîné devant les caméras, l'incarcération de ses principaux cadres, le gel de ses comptes bancaires, le journal a été contraint de cesser de paraître. C'est évidemment un message. Désormais, toute parole libre est menacée à Hong Kong.

Depuis ce Parlement, nous devons dire notre immense admiration pour le courage de ceux qui payent le prix de cet engagement auquel ils n'ont jamais renoncé en faveur de la démocratie: les journalistes d'*Apple Daily*, mais aussi Joshua Wong, Ted Hui, Claudia Mo et tant d'autres. Nous sommes à leurs côtés parce qu'à 10 000 kilomètres de là, l'Europe est directement concernée. Et il ne s'agit pas, contrairement à ce que prétend le régime chinois, d'une affaire interne à la Chine. D'abord parce qu'il s'agit de la rupture unilatérale d'un accord qu'elle avait signé avec un pays européen il y a seulement 35 ans.

Ce n'est donc pas seulement à la liberté de Hong Kong que la Chine s'attaque, mais aussi à tout le monde occidental. Elle fragilise de fait tout le climat des relations que nous pouvons construire avec elle, y compris sur le plan commercial. Qu'en sera-t-il des investissements que nous prétendons sécuriser avec la Chine, si cette plateforme que Hong Kong a toujours représentée pour les relations commerciales devait disparaître définitivement, dans sa liberté, au profit du Parti communiste chinois?

L'Europe doit promouvoir les principes de l'état de droit auxquels elle s'honore de tenir dans ses négociations commerciales et politiques. Elle doit ici prouver sa cohérence. Nous sommes attendus parce que, de fait, c'est l'avenir de la liberté qui est en jeu. Si nous ne réagissons pas, nous laisserons la Chine imposer son modèle, qui est en réalité un contre-modèle global.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D.* – Madame la Présidente, l'arrestation du fondateur d'*Apple Daily*, Jimmy Lai, et l'arrêt de la publication du journal est un nouveau coup dur, et mon collègue Bütikofer a fait la liste de toutes les difficultés rencontrées aujourd'hui par les activistes pro-démocratie à Hong Kong. Les arrestations arbitraires menées ces dernières années envers les journalistes et les manifestants pacifiques sont évidemment inadmissibles, tout comme l'est la nouvelle loi aujourd'hui au niveau électoral à Hong Kong.

Rappelons-le, la liberté d'expression et d'informer est un droit fondamental inscrit dans le droit national et international de Hong Kong. Toutes les tentatives de museler les militants pro-démocratie en vertu de la loi sur la sécurité nationale doivent être condamnées.

J'appelle également le Conseil à imposer rapidement des sanctions ciblées dans le cadre du nouveau régime de sanctions global pour les droits de l'homme de l'Union européenne aux personnes qui ont entravé cette liberté à Hong Kong. N'oublions pas également qu'il est important de continuer à soulever les questions de violations des droits de l'homme graves commises par la Chine. Parce que Hong Kong, bien entendu, est un exemple, ici, de contre-valeurs démocratiques imposées par la Chine; mais sur le territoire chinois, nous avons déjà eu l'occasion de parler des Ouïgours, du Xinjiang, du Tibet et de toutes les autres violations de droits de l'homme sur le territoire chinois que nous devons absolument poursuivre.

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Hilde Vautmans, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, let us be very clear: China has killed democracy in Hong Kong. And Xi Jinping has made it very clear that Taiwan is the next station.

With our resolution, we give a very clear message: a China that tramples on human rights cannot be a close partner to the EU; a China that is exporting its authoritarian model is a threat to our way of life.

It is our duty, colleagues, to defend the rule of law, human rights, and a world order based on values. Let us work closer together with democracies such as India, Japan, Canada, Australia and the US. Let us stand with Hong Kong. Let us stand up for human rights and let us stand up for freedom.

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, a year ago, almost to the day, the National Security Law entered into force. Our concerns and those of the people of Hong Kong proved to be right. This law is a pretext for restricting human rights, silencing dissenting voices and dismantling democracy and freedom in Hong Kong.

The case of the forced closure of *Apple Daily* is the latest regrettable example. The once vibrant democratic civil society in Hong Kong that should have been protected under its basic law, as well as its high degree of autonomy, are, as a matter of fact, being destroyed at full speed. It has to be remembered, over and over again, that all this is happening in breach of international commitments undertaken by China by which Hong Kong's existing system and way of life had to remain unchanged for 50 years.

It is commendable that, despite the crackdown, Hong Kongers still demonstrate support for human rights and democracy, as happened a couple of weeks ago when, despite the police ban, hundreds commemorated the anniversary of the Tiananmen massacre outside Victoria Park. We need to cooperate with like-minded countries to halt the erosion of Hong Kong's freedoms, and we reiterate that, as long as human rights violations continue in Hong Kong, Xinjiang, Tibet, Inner Mongolia and elsewhere in China, and targeted sanctions against individuals – MEPs amongst them – and entities of the EU are in place, no further steps on the EU-China investment agreement should be taken. The Council should take good note of that.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, nous ne pouvons évidemment que comprendre des habitants qui cherchent à préserver leur liberté, à Hong Kong ou ailleurs. Qui ne le ferait pas? Qui n'éprouve pas une certaine sympathie en voyant des étudiants, des prêtres, des journalistes se lever pour maintenir l'esprit très particulier qui règne à Hong Kong?

La diplomatie n'est pas cependant une affaire de sympathie ou de sentiments. C'est une affaire d'intérêts nationaux. En 1997, l'Angleterre a décidé de rétrocéder Hong Kong à la Chine et d'abandonner de facto la souveraineté sur l'île. Et chacun savait déjà la suite de l'histoire... On peut le regretter. On peut regretter que les nations européennes aient été et continuent d'être incitées à réduire leur influence à travers le monde. Mais je suis également réaliste: l'Union européenne n'a aucune influence à Hong Kong et nos nations n'ont aucun intérêt à adopter une rhétorique belliciste contre la Chine, comme on peut le constater déjà dans certains propos. Ouvrons les yeux et cherchons notre propre voie, l'intérêt de l'Europe, au milieu de l'adversité entre la Chine et les États-Unis. Ne nous laissons pas entraîner à nouveau dans une nouvelle guerre froide.

Assita Kanko, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, abusive legal procedures or abuse online, financial pressure, cyberespionage, physical violence and murder, or intimidation by states like in Malta where Daphne Caruana Galizia was assassinated; in Hong Kong, where the press is intimidated and the press room invaded in the name of a stupid law; and by drug criminals like in the Netherlands where journalist Peter R. de Vries has been shot this week and is still fighting for his life.

Many remain under threat in Hong Kong, but also here in Europe. As a kid, I wanted to become a journalist because this is how you inform citizens and protect democracy. It was journalists who informed the little girl I was in a remote African village about the world. There are still many little girls out there who need to be informed. As politicians today, we must fight crime and do all we can to give the press the opportunity to do their job and play their part of the democracy partition. As citizens, we need to do something too: to pay for news. As long as we want all news for free, we forget that we build financial vulnerability for many journalists and newsrooms. We have a choice to make here, now and every day: there is no democracy without a free press.

Nikolaj Villumsen, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, the forced closure of *Apple Daily* is unacceptable. Media freedom, freedom of speech, as well as freedom of assembly and organising, are fundamental human rights, rights that the people of Hong Kong are being denied.

Today our message from the European Parliament is clear. We stand in solidarity with the people of Hong Kong in their fight for democracy and freedom. We stand in solidarity with the political prisoners and the democratic opposition. We call on the EU leaders to act.

The European Union should impose targeted sanctions against those responsible for human rights violations. Carrie Lam and those responsible for the oppression and breach of international law in Hong Kong and mainland China must face the consequences.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, cijelo jutro razgovaramo o ljudskim pravima u Bangladešu, Iranu ili Hong Kongu. S pravom. Međutim, Europa se žali što se njezino mišljenje ne poštuje, što već nakon većeg broja rezolucija nema pomaka. Poštovalo bi se to mišljenje više kada bismo prvo pomeli u našem vlastitom dvorištu. Ne treba totalitarne ideje tražiti u Bangladešu, imamo ih nažalost i ovdje kod nas, u Europi.

Hrvatska vlada prijeti radnicima i poslodavcima. Krizne covid potpore uvjetovat će, nažalost, cijepljenjem. Prvo su promašenim mjerama devastirali gospodarstvo, a sada bi HDZ-ov stožer provodio u Hrvatskoj diskriminaciju i segregaciju, a vlada prijeti egzistencijom vlastitim građanima. Unatoč svim međunarodnim dokumentima kao što su Nürnberški kodeks, Rezolucija Vijeća Europe 2361 iz 2021. u kojoj stoji da nitko ne smije vršiti politički društveni ili drugi pritisak i da se ne smije vršiti diskriminacija između cijepljenih i necijepljenih.

Znače li išta ti međunarodni dokumenti? Što će napraviti Europa po tom pitanju? Što će napraviti Vijeće Europe po tom pitanju? Kao što pozivamo na rješavanje problema koji guše slobodu prava i misli onih koji nisu na strani vlasti u Bangladešu ili Iranu, tako trebamo početi i u Europi.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! 30 czerwca minął rok od przyjęcia kontrowersyjnej ustawy Chińskiej Republiki Ludowej o bezpieczeństwie narodowym w Hongkongu. Już wtedy w rezolucji Parlament Europejski zaznaczył, że nowe prawo naruszyło zasadę „jeden kraj, dwa systemy”, ale także niosło za sobą ryzyko ograniczenia praw i wolności obywatelskich.

Nasze obawy niestety się ziściły. Rok po uchwaleniu kontrowersyjnej ustawy Hongkong zmienił się nie do poznania. Kwestie bezpieczeństwa narodowego stały się pretekstem usprawiedliwiającym cenzurę, prześladowania i aresztowania przedstawicieli opozycji demokratycznej i aktywistów. Właśnie upadł ostatni bastion wolnego dziennikarstwa. Do zamknięcia została zmuszona ostatnia prodemokratyczna i niezależna od władz gazeta *Apple Daily*, a jej założyciel i pracownicy mierzą się z dużo większymi konsekwencjami niż tylko utrata źródła utrzymania.

Unia Europejska powinna w stosunkach z Chinami stanowczo opowiedzieć się po stronie ochrony praw człowieka i demokracji. Musimy wzywać Chiny do uwolnienia wszystkich osób aresztowanych pod zarzutami wynikającymi z ustawy o bezpieczeństwie narodowym, wycofania kontrowersyjnych przepisów, poszanowania zasady „jeden kraj, dwa systemy”, a także wolności słowa, w tym niezależnego dziennikarstwa i prawa do protestu. Powinniśmy też wprowadzić ukierunkowane sankcje wobec osób odpowiedzialnych za łamanie praw człowieka. Bardzo ważne jest też zaangażowanie europejskiego personelu dyplomatycznego w samym Hongkongu, np. poprzez obserwację procesów i wsparcie dla aktywistów.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, a liberdade de expressão e a imprensa livre e independente são pilares de qualquer sociedade democrática. O encerramento do *Apple Daily* representa mais um passo no resvalar de Hong Kong no caminho da censura, da repressão e do desrespeito pelas convenções internacionais e pela Lei Básica.

Em Hong Kong e noutras regiões da China, como Xinjiang e o Tibete, e até Macau, a lei de segurança nacional é usada para perseguir, prender e reprimir tantos quantos não obedecem cegamente às ordens das autoridades centrais ou tentam defender os seus direitos básicos e liberdades. E aqui não podemos esquecer o caso de Macau e o caso da TDM e o condicionamento imposto aos jornalistas quando a Lei Básica acordada com Portugal vigorará até 2049 e nela está inscrita a liberdade de imprensa.

Estas perseguições a órgãos de comunicação livres são mais uma tentativa de ocultar e calar todas as vozes críticas. Beijing não admite veleidades e é necessário dar sinais claros e sancionar quem está envolvido nestas violações de direitos humanos.

Petras Auštrevičius (Renew). – Mr President, Madam Commissioner, colleagues, the city of Hong Kong, which once was the most free and admired economic centre in Asia, attracting professionals and investments from the European Union, is being turned into yet another authoritarian dominion of the Chinese Communist Party.

A year ago, we warned for good reason, the Chinese Government against the national security law, which violates the autonomy of Hong Kong. Hong Kongers are losing their long-enjoyed civil and political rights. They are deprived of freedom of speech and assembly, and with the closure of *Apple Daily*, they no longer have any independent and reliable media.

The Communist Party's control over free elections and independent judiciary is also growing. The European Union must support pro-democracy activism in Hong Kong as we believe in human rights and democracy.

Salima Yenbou (Verts/ALE). – Monsieur le Président, quoi de plus classique pour une dictature que d'accuser les personnes critiques de travailler pour des forces étrangères, même lorsque les critiques viennent de l'intérieur, de leur propre société civile, de leurs propres journalistes? Molière écrivait: «Qui veut noyer son chien l'accuse de la rage.» C'est le cas à Hong Kong avec la dramatique disparition du quotidien prodémocratie *Apple Daily*, accusé de «conspiration et collusion avec des pays étrangers».

Bilan d'un an de loi sur la sécurité nationale pilotée par Pékin: des bureaux de presse fouillés, des journalistes harcelés et arrêtés, la confiscation des avoirs de médias. Comment ne pas penser à cette réplique si sibylline, mais si lucide du chef-d'œuvre *Chungking Express* de Wong Kar-wai en 1994, «Tout a une date d'expiration»? Prophétie? Cassandre?

Au peuple hongkongais, mais aussi au peuple du Xinjiang, du Tibet, de Mongolie intérieure, je veux témoigner notre soutien et notre solidarité. Au peuple européen, je veux rappeler à quel point nos libertés sont précieuses et fragiles, et qu'il ne faut jamais baisser la garde. Nous devons défendre les droits humains et la liberté de la presse, aussi bien à l'extérieur de l'Union qu'à l'intérieur.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, geachte commissaris, met de inval bij Apple Daily heeft China een nieuw dieptepunt bereikt in het afbreken van de democratie in Hongkong. De oppositie was al monddood gemaakt, en nu dus ook nog de laatste vrije actieve krant.

Dit alles mag niet zonder consequenties blijven. Zolang China doorgaat met het schenden van de mensenrechten in Hongkong, in Xinjiang, waar dan ook, kan van ondertekening van het investeringsakkoord geen sprake zijn. En wat mij betreft ook niet van technische voorbereidingen van dit akkoord. Kan de commissaris mij op dit punt geruststellen?

Ook inzet van Magnitskisancties tegen Carrie Lam en anderen is dringend geboden.

Voorzitter, hoe staat het trouwens met de oproep van het Europees Parlement, gedaan in het kwijtingsverslag voor 2019, om de camera's van Chinese makelij te verwijderen uit het Europees Parlement? Waarom is daar nog geen invulling aan gegeven?

Verbeter de wereld, begin bij jezelf.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissaria, chiunque voglia togliere la libertà di una nazione deve iniziare a proibire la libertà di parola.

Basterebbe questa citazione a farci capire il senso delle azioni intraprese dalle autorità di Hong Kong, ormai sempre più identificabili come un proxy di Pechino. Il disegno è chiarissimo: ricondurre una regione democratica, libera, multiculturale e aperta al mondo come Hong Kong nell'alveo del pensiero unico propugnato dalla Repubblica Popolare Cinese, rinchiuderlo in una prigione dove non potrà esserci spazio per le voci dissidenti e dove ogni giorno si smantelleranno i diritti umani.

Del principio «una Cina, due sistemi» rimane ben poco. È penosamente evidente quanto il sistema ormai sia solo uno ed è quello di Pechino. Con Apple Daily non chiude soltanto uno degli organi di informazione, uno degli ultimi che prova a spezzare la diffusione del pensiero unico, a essere messo in ginocchio è anche il sentimento popolare a favore della democrazia, fortemente radicato nei singoli cittadini, che finiranno per rassegnarsi e piegarsi di fronte a questo sopruso.

Se vogliamo che ciò non accada, la realpolitik in Europa non può e non deve prevalere. Non dobbiamo esitare a rispondere con decisione a queste violazioni, anche con le sanzioni mirate del regime globale contro i responsabili che le stanno perpetrando.

Non possiamo restare in silenzio perché anche noi oggi siamo cittadini di Hong Kong.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, when Hong Kong's largest pro-democracy paper, *Apple Daily*, was forced to announce its closure, a chilling message was sent to the people regarding the freedom of expression, as well as a blow to media freedom in the city.

Let us not forget the valuable role played by the media. Freedom of the press is vital for informing citizens about public affairs and monitoring the actions of governments at all levels. Yes, we all may get frustrated by the opinions and actions of some journalists at times, but as a whole, they're a necessity for a free and just society, and they should be protected.

I would therefore like to join the calls for the Hong Kong authorities to release all detained journalists, as well as all peaceful protesters, activists and political representatives, the charges against whom appear to be purely political.

Several months ago, we spoke in this Chamber about the unilateral introduction of national security legislation by the government in Beijing and what that would mean for the city of Hong Kong's autonomy, rule of law and the integrity of one country, two systems. Unfortunately, since then we've continued to see a deterioration in the situation of human rights in Hong Kong.

The strict application of the national security legislation, the erosion of rights and the increased crackdown on any dissent prevents a relationship of trust between China and the EU, undermines future cooperation and leads to further erosion of Beijing's credibility on the international stage.

I would also like to take this opportunity to once again mention the case of Richard O'Halloran, whose case has been spearheaded here by my colleague Barry Andrews. Richard is an Irish citizen and father of four from Dublin, who has been refused permission to exit China since March 2019. I sincerely hope that there can be a resolution to this case as soon as possible. We stand with Hong Kong.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, ik denk dat we allemaal met grote afschuw kijken naar wat er zich in Hongkong afspeelt. Van het democratische regime dat Hongkong ooit was, schiet niets meer over. Onder het mom van nationale veiligheid worden de rechten van de bevolking alsmaar meer ingeperkt, met het de facto opheffen van de persvrijheid als het absolute, trieste dieptepunt. Geen democratie meer. En wij in de EU hebben dat wel laten gebeuren.

We stood by, we watched and we did nothing.

We hebben met andere woorden de bevolking van Hongkong in de steek gelaten.

We weten allemaal dat het regime in China nu naar Taiwan kijkt. Gaan we hetzelfde doen? Gaan we woorden gebruiken, opkomen voor de democratie en de mensenrechten, en vervolgens niets doen? Ik stel voor dat de Commissie het geweer van schouder verandert en bijvoorbeeld met Taiwan begint te onderhandelen over een investeringsakkoord, om duidelijk te maken aan de wereld dat we niet ook de Taiwanese in de steek gaan laten.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Mr President, a few months ago Carrie Lam said that foreign powers should not intervene in Hong Kong's affairs because they are China's affairs and this jeopardises national security.

But what does national security really mean? Let me tell you, for the people of Hong Kong, it is the forced shutdown of the only pro-democracy newspaper, *Apple Daily*. It is journalists that are being detained and arrested just for doing their job. It is children being taught under suppressive methods that do not encourage critical thinking. And it's the 100th anniversary: the CCP is ruthlessly expanding its power, trampling on Hong Kong's sovereignty.

It is no longer enough for us just to be concerned. It is high time we changed into actions and applied the EU Magnitsky Act. Let's send China a clear message. We stand for the people of Hong Kong and we won't move aside. That's not foreign interference, I'm sorry: that's just doing our job. That's protecting freedom.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Zamknięcie dziennika *Apple Daily*, który przez ostatnie 26 lat bronił wolności i autonomii Hongkongu, narażając się nie tylko władzom w Pekinie, ale również władzom Autonomii oraz dużym korporacjom, biznesmenom zorientowanym politycznie na władzę w Chinach, jest symbolicznym wyczerpaniem się formuły z lat 80tych ogłoszonej przez Deng Xiaopinga „jeden kraj, dwa systemy”. Dzisiaj niestety z przykrością należy stwierdzić, iż możemy mówić „jeden kraj, jeden system”.

Zamknięcie w więzieniu w roku ubiegłym przeszło 70-letniego właściciela gazety Jimmy'ego Lai i postawienie mu absurdalnych zarzutów spiskowania z zewnętrznymi siłami, za co może mu grozić nawet dożywocie, pokazuje wyraźnie, że władze w Pekinie nie cofną się przed represjami, aby zdusić jakąkolwiek krytykę ze strony niezależnych mediów. Jakże cynicznie brzmić muszą słowa władz w Pekinie, które, uzasadniając likwidację gazety, mówią, że działania te były jedynie krokami w celu zwalczania przestępczości oraz utrzymania praworządności i porządku społecznego.

Dzisiaj wszyscy musimy być z mieszkańcami Hongkongu, tymi którzy dali piękne świadectwo, stojąc w nocy w kolejce po ostatnie wydanie tej niezależnej gazety.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Yttrande- och pressfriheten har alltid och kommer alltid utgöra ett hot mot diktatur- och förtryckarregimer. Därför är det där attackerna är som mest intensiva, även i Hongkong.

Enligt Reportrar utan gränsers pressfrihetsindex för 2021 fortsätter kommunistdiktaturen i Kina att leda ligan i antalet fängslade pressfrihetsförsvare i hela världen. Sedan förra året styr de dessutom Hongkong med hjälp av den nationella säkerhetslagen de satte på plats. De som inte faller på knä framför diktaturen och Xi Jinping fängslas och många mördas. Det enda brott de begick var att törsta efter frihet och låta ordets makt tala sitt eget språk om förtrycket i Hongkong av regimen i Kina. Nu senast är det tidningen *Apple Daily* som stängdes den 24 juni, och grundaren Jimmy Lai sitter fängslad med hittepå-anklagelser om att han deltog i demonstrationen 2019 som skulle utgöra ett säkerhetshot.

De nationella säkerhetslagarna måste upphöra på en gång och politiska fångar måste släppas. För EU:s del går det inte att fortsätta med business as usual i handelsförbindelser när läget fortsätter att förvärras.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, Viktor Orbán et Carrie Lam ont deux points en commun: ils ne savent pas dire non à Pékin et ils détestent la presse libre. Reporters sans frontières vient d'ailleurs de les distinguer parmi les dirigeants mondiaux qui s'en prennent le plus aux journalistes. Ce n'est donc pas un hasard si le premier ministre hongrois a volé au secours de la dirigeante de Hong Kong et empêché l'Union européenne d'ouvrir ses portes aux démocrates hongkongais qui fuient une répression devenue systématique. Ce n'est pas un hasard, mais c'est une honte. Vingt-six États européens étaient prêts à lancer une bouée de sauvetage aux journalistes et aux militants que les dirigeants de Hong Kong veulent réduire au silence en les accueillant dans l'Union européenne. Mais Viktor Orbán veillait et il a dit non. Les démocrates de Hong Kong, l'Australie, le Canada et notre voisin, le Royaume-Uni, sauront les accueillir, mais pas nous. Il est temps de changer nos règles et d'abandonner la règle de l'unanimité en politique étrangère. Il est temps de demander des comptes à Viktor Orbán sur son combat acharné contre les libertés.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, une nouvelle fois, la Chine ne respecte aucun de ses engagements – dont le principe «un État, deux systèmes». Une nouvelle fois, la Chine demeure prête à tout pour faire taire opposition, critiques ou même once de liberté à Hong Kong.

Nous, Parlement européen, portons un message de solidarité et de soutien inconditionnel avec les démocrates hongkongais. La Chine ne nous fera pas taire. La liberté de la presse n'est pas négociable. Utilisons notre régime européen de défense des droits de l'homme pour sanctionner les responsables de cette répression ignoble; utilisons nos relations commerciales avec la Chine comme levier et soyons clairs sur l'avenir.

Aujourd'hui, l'accord sur les investissements avec la Chine est gelé. Demain, si les sanctions chinoises contre notre institution et nos collègues sont levées, nous devons être et nous serons fermes, et nous nous positionnerons à la lumière du respect des droits de l'homme par la Chine, non seulement au Xinjiang, mais aussi à Hong Kong. Solidarité avec Hong Kong, fermeté avec la Chine, voilà notre ligne de conduite.

Dita Charanzová (Renew). – Mr President, Madam Commissioner, one year ago this House condemned the introduction of Hong Kong's national security law for violating the city's autonomy, rule of law and fundamental freedoms. The Hong Kong government ensured that this law would ensure stability.

One year later we stand here again, witnessing the brutal attack on freedom of press, freedom of speech, as China cements its control. The message from the European Parliament is clear today. The forced closure of Apple Daily and harassment of journalists are unacceptable, and the EU must take action.

But while China desperately tries to silence voices, it can never silence ideas. The seat of democracy is planted firmly in the minds of the people of Hong Kong, and the European Union will stand firmly beside them in their defence of their freedom.

President. – Before I give the floor to our final speaker Commissioner McGuinness, let me say something on one of the comments that was raised by Mr Ruissen which concerned the use of Chinese cameras in the European Parliament. As Vice-President of Parliament, I will make sure we look into this. If you have any more details feel free to send them to me and we will look into it and see if anything needs to be done when it comes to this.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, today's debate on Hong Kong, as you've all pointed to, is taking place in the week following the first anniversary of the draconian national security law.

On 24 June Hong Kong's main pro-democracy media outlet, *Apple Daily*, printed its final edition, after several of its leading journalists, including the owner Jimmy Lai, were arrested.

This is just the latest step in a severe political deterioration over the past 12 months. Political activists have been imprisoned. Opposition parties oppressed. Civil servants compelled to take oaths of loyalty, and media, civil society and academia confronted with new restrictions and the need to self-censor.

As stated by HR/VP Borrell on 9 June, the European Union will continue implementing the response package agreed in July of last year. We will also intensify our response through increasing support to civil society – including those outside Hong Kong – and the media, promoting freedom of expression, facilitating mobility, as well as ensuring observation of the trials of pro-democracy activists.

The EU Office, EU Member States and other like-minded missions are systematically monitoring court proceedings. A visit of high-level EU officials will be considered once conditions allow. The European Union will step up coordination and consultation with international partners, including in multilateral fora.

The EU is also committed to responding to any extraterritorial application of the national security law against any EU citizen or business. Since imposition, this law has been used by the Hong Kong and mainland authorities to stifle political pluralism and the exercise of human rights and fundamental freedoms that are protected under Hong Kong law and international law.

China claims that what is happening in Hong Kong is an internal matter and that the EU's reaction is interference. We reject this. What is happening in Hong Kong constitutes a breach of international commitments. In particular of the Sino-British joint declaration, which was registered with the UN as an international treaty.

As HR/VP Borrell has said, it is a question of trust and of whether prior international commitments are respected. These actions undermine Hong Kong's autonomy under the 'one country, two systems' principle and contradict China's international commitments. The European Union will continue to stand by the people of Hong Kong.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

9.3. Todesstrafe in Saudi-Arabien, insbesondere die Fälle von Mustafa Hashim al-Darwish und Abdullah al-Huwaiti

President. – The next item is the debate on six motions for resolutions on the death penalty in Saudi Arabia, notably the cases of Mustafa Hashem al-Darwish and Abdullah al-Huwaiti (2021/2787(RSP))*.

*See Minutes.

Željana Zovko, author. – Mr President, the death penalty is an inhuman punishment, disregarding the crime committed or the fairness of the trial, the deliberate execution of human beings should not ever be allowed. It is ineffective, has no deterrent effect, and it is often used as a political tool.

I strongly oppose capital punishment and support the European Union's call for its worldwide abolition, especially in the case of convicted minors. This morning, we already heard the debate on a case in Iran. Now we focus on the situation in Saudi Arabia, but also in many other countries and around the world the death penalty is still frequently used. Although the Saudi authorities announced an end to the death penalty for minors for certain crimes in 2018, Mustafa Hashem al-Darwish and Abdullah al-Huwaiti were still sentenced with capital punishment.

Severe questions have been raised about their trials and I deplore the verdict of the court. Unfortunately, the sentence of Mustafa Hashem al-Darwish has already been executed. But I urge the Government of Saudi Arabia to halt all pending executions and to commute all death sentences.

Marc Tarabella, auteur. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, les autorités saoudiennes avaient annoncé un ambitieux programme de réformes des droits humains lié aux plans du prince héritier Mohammed ben Salmane pour moderniser le pays. L'un des engagements clés était d'abolir l'application de la peine de mort pour les mineurs.

Cependant, force est de constater que les autorités saoudiennes ont une nouvelle fois renié leurs promesses. En effet, le 15 juin dernier, Mustafa Hashem al-Darwish, un jeune Saoudien issu de la minorité chiite, a été exécuté après avoir été soumis à la torture et à un procès manifestement inéquitable. Le prochain sur la liste pourrait être Abdullah al-Howaiti. Quelque 40 autres détenus attendent de subir le même sort dans le couloir de la mort en Arabie saoudite, dont des dissidents pacifiques et des personnes qui ont osé critiquer le régime saoudien.

Je m'étonne donc que la droite conservatrice dans cette assemblée, par la voix du groupe ECR, affirme que l'application de la peine de mort en Arabie saoudite est en baisse. Cela va tout à fait à l'encontre des faits, et la seule raison pour laquelle le nombre d'exécutions était inférieur en 2020 par rapport aux années précédentes est due non pas à des réformes du gouvernement, mais bien au COVID, car de nombreux procès ont été reportés. Cette augmentation des exécutions s'inscrit dans un schéma plus large de détérioration de la situation des droits humains en Arabie saoudite, malgré les promesses de réformes. En effet, de nombreuses femmes militantes sont toujours emprisonnées et celles qui ont été libérées, comme Loujain al-Hathloul, sont confrontées à des restrictions arbitraires de leurs droits, notamment celui de voyager.

Ces violations, et bien d'autres d'ailleurs, continuent de se produire parce qu'il n'y a jamais eu de responsabilités établies pour des crimes antérieurs, à l'instar du meurtre du journaliste Jamal Khashoggi en 2018. Tant le rapporteur spécial des Nations unies, M^{me} Callamard, que les services de renseignements américains avaient établi la responsabilité personnelle du prince héritier Mohammed ben Salmane dans ce meurtre. C'est justement cette impunité qui inspire de nouvelles exactions. Il est donc impératif que l'Union européenne applique son régime mondial de sanctions en matière de droits de l'homme contre les responsables saoudiens. Et les dirigeants des institutions européennes devraient sans doute interagir avec le roi Salmane en tant que chef de l'État, et non conférer une légitimité à Mohammed ben Salmane, en le traitant comme tel à l'instar du comportement de l'administration américaine et de son président Joe Biden.

Katalin Cseh, author. – Mr President, imagine that your child disappears on the way back from school and all your calls for help are ignored by authorities, and then you open the newspaper to see that your child was executed, and you will never see him again.

And this is not some poorly written movie plot. This is the unfathomable reality families still face across Saudi Arabia. Kids are routinely arrested, held incommunicado, tortured into admission, denied access to lawyers and family members while they languish on death row.

Executions are outrageous by themselves, but executing minors is really a practice that never should have existed. Let me be very clear. It must be abolished from the face of the earth and Saudi Arabia pledged to do just that. And yet it continues to execute children up until this very day.

We are way past the point of strongly worded resolutions. We need to stop supplying the Saudi regime with technology that could be used to oppress their own citizens, we could never be complicit in this crime. So let's turn up the heat on Council colleagues and let's make this happen.

Hannah Neumann, author. – Mr President, Commissioner, dear colleagues, diplomatic engagement with Saudi Arabia is quite a tightrope walk. They have made progress on women's rights and announced substantial legal reforms. That's good news. But we also know that blatant human rights violations are still a reality. It's a reality for most in prisons that their situation is very, very bleak and we describe it all in our resolution.

But again, Saudi Arabia is a key regional player. We need to engage with Saudi Arabia, be it to improve security in the Middle East or to fight the climate crisis. Saudi Arabia made it quite clear they want to engage with us and we need and should engage with Saudi Arabia. But all of our actions need to be guided by three questions.

How can we strengthen and support all those who want to change Saudi Arabia towards more human rights, more rule of law and eventually democracy? How can we contain and ostracise those responsible for human rights violations? And how can we make sure that European companies do not enable, or even worse, profit from the suffering of human rights defenders in Saudi Arabia?

This is how we can have an impact as parliamentarians, as diplomats, as Team Europe, but often enough we are not using it. For many years, European companies have exported surveillance technology to Saudi Arabia that is used to track dissidents. Some Member States are still exporting arms to Saudi Arabia, despite the violations of humanitarian law that are committed with these weapons in Yemen. There are still no sanctions on those responsible for the murder of Jamal Khashoggi and political delegations shake hands and sign business deals without a word of support for those in prison.

It is important to engage with Saudi Arabia and it is important to also name perpetrators, denounce oppressive structures and show solidarity with victims. We can do both. We should do both. And Charles Michel, I wish you a safe and successful trip to Saudi Arabia.

Ryszard Czarnecki, *autor*. – Pani Komisarz! Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Jestem współautorem tej rezolucji. Są w niej opisane fakty. Są również w projekcie rezolucji opisane nasze postulaty, czy może lepiej powiedzieć – żądania. I myślę, że moi przedmówcy powiedzieli bardzo wiele. Jednak chciałbym powiedzieć, że sytuacja, w której kara śmierci funkcjonuje, nie dzieje się tylko gdzieś tam daleko na innym kontynencie. Dzieje się także na naszym. I to w kraju graniczącym z Unią Europejską. I to nawet z dwoma państwami członkowskimi Unii Europejskiej, w tym także moim. Mówię tutaj o Białorusi. Jeżeli chcemy być wiarygodni, jeżeli chcemy, żeby nam, Parlamentowi Europejskiemu, Unii Europejskiej, nikt nie zarzucał podwójnych standardów, to powinniśmy również bardzo mocno protestować przeciwko sytuacji, w której tuż za naszą granicą w wymiarze formalnym, a także przecież praktycznym, takie rzeczy mają miejsce. Mówię o tym, ponieważ cieszę się z tego, że dzisiaj ponad podziałami politycznymi w zasadzie prawie wszystkie grupy polityczne zabierają głos w sprawie Arabii Saudyjskiej. Natomiast pamiętajmy o innych krajach, które też wymagają naszej interwencji. Myślę, że powinniśmy dialogować z władzami Arabii Saudyjskiej i przekazać nasze argumenty.

Miguel Urbán Crespo, *Autor*. – Señor presidente, desde 2015, Arabia Saudí ha ejecutado a más de ochocientas personas, entre ellas al menos a ocho jóvenes que eran menores; menores como Mustafá, ejecutado en junio, y como otros nueve que pueden ser asesinados cualquier día.

A pesar de las promesas y los millones invertidos en lavar su imagen, la realidad es que estamos ante una dictadura absoluta, que viola a diario los derechos de las mujeres y de los activistas sociales, y los de la población civil yemení. Y todo esto ante el silencio cómplice de la Unión Europea, que tiene a Arabia Saudí en su lista de socios estratégicos.

Por eso exigimos que cesen las ejecuciones; que haya un embargo de armas ya; que se finalicen las relaciones preferentes y la cooperación; y que relaciones políticas y comerciales estén condicionadas a resultados en materia de derechos humanos. Cerrar los ojos ante las barbaridades cometidas por este régimen solo contribuye a alimentar la impunidad del régimen de Arabia Saudí.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, depuis 2011, la Cour pénale spécialisée d'Arabie saoudite est utilisée comme instrument de répression pour faire taire toute forme d'expression de la dissidence. Parmi les personnes qui ont été condamnées par cette Cour figurent des défenseurs des droits de l'homme, des religieux, des militants des droits de l'homme, inculpés pour certains d'infractions passibles de la peine de mort, et ceci pour avoir tout simplement exprimé pacifiquement leurs opinions.

Aujourd'hui, effectivement, le royaume d'Arabie saoudite est un des pays qui exécute le plus, comme l'Iran dont nous avons parlé aussi aujourd'hui. L'Arabie saoudite s'est pourtant engagée à ne plus exécuter de jeunes qui, au moment des faits, étaient des mineurs. Cet engagement n'a pas été respecté. La preuve en est l'exécution de Mustafa al-Darwish, qui a été exécuté il y a deux semaines. Nous appelons donc l'Arabie saoudite à tenir ses engagements et cesser d'imposer la peine de mort à des mineurs au moment des faits, conformément aux obligations au titre de la Convention relative aux droits de l'enfant. Mais nous appelons aussi l'Arabie saoudite à rejoindre le club des abolitionnistes de la peine de mort. Entre-temps, nous lui demandons le moratoire en termes d'exécutions.

Jan-Christoph Oetjen, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Wir wissen alle, dass Saudi-Arabien kein freies und tolerantes Land ist. Bei der Gelegenheit erinnere ich daran, dass der Sacharow-Preisträger von 2015, Raif Badawi, noch immer in Haft ist.

Besonders abscheulich ist allerdings, dass in Saudi-Arabien Minderjährige hingerichtet werden. Der 17-jährige Mustafa al-Darwish hat seine Teilnahme an Protesten vor etwas mehr als drei Wochen, nämlich am 15. Juni, mit seinem Leben bezahlt – hingerichtet, nachdem ihm unter Folter ein Geständnis erpresst wurde, ohne Verteidigung, ohne fairen Prozess.

Heute noch sind neun Kinder in Saudi-Arabien zu Tode verurteilt und warten auf ihre Hinrichtung. Einer von ihnen ist Abdullah al-Huwaiti. Er war 14, als er verhaftet wurde. Er wurde gefoltert, um ein Geständnis zu erpressen, und in einem dubiosen Prozess wurde er im Oktober 2019 zum Tode verurteilt. Im ersten Halbjahr wurden in Saudi-Arabien 31 Todesurteile vollstreckt, unter anderem an acht minderjährigen Straftätern.

Wir verurteilen diese Praxis, wir erwarten faire Prozesse. Die Todesstrafe, insbesondere für Minderjährige, gehört abgeschafft. Es gibt keine Begründung für eine solche unmenschliche Praxis.

Elżbieta Kruk, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! W Europie odchodzenie od kary śmierci miało ewolucyjny charakter. Nastąpiło w wyniku stopniowej zmiany doktryny prawnej. Kara główna nie jest zakazana na mocy powszechnie obowiązującego prawa międzynarodowego.

W trwającej debacie stawiamy sobie pytania: czy mamy się jednoznacznie sprzeciwiać jej stosowaniu w każdych okolicznościach, czy też przekracza to granice tolerancji wobec najbardziej odrażających zbrodni? Mamy bowiem do czynienia z różnymi okolicznościami, w których dochodzi do orzeczenia tej kary. Zdarzają się przypadki jej orzekania z motywów politycznych jako narzędzie do prześladowania lub dyskryminacji. Takie wyroki śmierci to często zbrodnie sądowe. Niewątpliwie jako takie kwalifikuje się wymierzenie kary śmierci w wyniku postępowania, w którym pozbawiono oskarżonego jego podstawowych praw, gdy poddano go torturom czy uniemożliwiono mu korzystanie z prawa do obrony. Z taką sytuacją najprawdopodobniej mamy do czynienia w przypadku Mustafy al-Darwisha i nie jest to jedyny przypadek niezgodnego z prawem międzynarodowym procesu sądowego w Arabii Saudyjskiej. Nie możemy się z tym zgodzić. Życie ludzkie jest wartością najwyższą.

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, dix-sept ans, c'est l'âge qu'avait Mustafa al-Darwish lorsqu'il a participé à des manifestations antigouvernementales, ce qui lui a valu d'être condamné à mort et exécuté. Quatorze ans, c'est l'âge qu'avait Abdullah al-Howaiti au moment de son arrestation pour un meurtre qu'il n'a avoué qu'au terme d'interminables tortures, alors même qu'il avait un alibi irréfutable qui n'a pas été examiné. Lui aussi a été condamné à mort. Ces condamnations de mineurs à la peine capitale ont été prononcées au mépris des engagements internationaux de l'Arabie saoudite et des décisions prises par le prince héritier lui-même. Elles discréditent évidemment un système judiciaire inhumain fondé sur des lois archaïques et barbares.

L'Union européenne, elle, ne peut pas être complice. Elle ne peut pas transiger sur un tel affront aux droits humains. Nous demandons donc à l'Arabie saoudite de rejeter Abdullah al-Howaiti. Nous demandons un moratoire sur les exécutions. L'Europe ne peut pas se contenter de molles incantations sur ces points, sauf à laisser prospérer les accusations d'hypocrisie et de deux poids, deux mesures. Nous ne pouvons plus tolérer que nos intérêts économiques, qu'il s'agisse de l'Arabie saoudite ou d'autres États autoritaires, se payent au prix du sang des innocents.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, il 15 giugno dopo sei anni di ingiusta incarcerazione è stato ucciso senza che la sua famiglia ne fosse informata Mustafa al-Darwish.

Non riesco a immaginare nulla di più crudele. È morto da solo Mustafa e a lui e alla sua famiglia va tutta la mia solidarietà. La principale prova, se così possiamo definirla, in un processo farsa contraddistinto da gravi carenze e da una confessione estratta sotto tortura, è stata una fotografia sul cellulare ritenuta offensiva per le forze di sicurezza, relativa ad eventi peraltro accaduti quando Mustafa era ancora minorenni e dunque non punibili con la morte secondo la legislazione saudita.

Collegli, la pena di morte è la negazione stessa di tutti quei valori per i quali noi lottiamo ogni giorno. Uccidere un essere umano è solo un altro crimine e non sarà mai un atto di giustizia.

Io chiedo una moratoria immediata delle esecuzioni al regime saudita. Chiedo di adottare, immediatamente, a noi sanzioni individuali verso i responsabili di questo crimine, così come una piena trasparenza sul finanziamento ai partiti o ai leader politici europei che percepiscono soldi da paesi, autorità o entità riconducibili a paesi che violano i diritti umani.

No a un'Europa forte con i deboli e debole con i forti. Non abbiamo dimenticato Raif Badawi né Jamal Khashoggi. Noi non dimentichiamo che possiamo essere veramente liberi solo se tutti lo sono.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, morte à morte, guerra à guerra, ódio ao ódio. A liberdade é uma cidade imensa da qual todos somos concidadãos. Evoco estas palavras do escritor Victor Hugo num texto em que saudou a abolição da pena de morte em Portugal há 154 anos para assinalar quão anacrônica, cruel, degradante e desumana é a persistência da pena de morte no século XXI. Uma vergonha para a Humanidade.

Ao condenarmos a execução de Mustafa Hashem al-Darwish e a morte de Abdullah al-Howaiti às mãos das autoridades sauditas estamos, não só, a condenar a pena de morte na Arábia Saudita e noutros países, mas a pugnar pela abolição universal desta pena. Face às múltiplas violações dos direitos humanos e do direito internacional, pede-se o embargo do fornecimento de armas à Arábia Saudita e uma atitude diplomática mais assertiva e coerente por parte da União Europeia.

Mick Wallace (The Left). – Mr President, Commissioner, the execution of Mustafa al-Darwish for taking part in protests when he was a minor is not exceptional in the Kingdom of Saudi Arabia. It's just another day in the systematic persecution and marginalisation of Shia by the brutal Saudi dictatorship.

We will see more executions like this in the months ahead. But the Saudi dictatorship doesn't care about the scolding of the EU Parliament. Did they give a damn about our Yemen resolution? Yemen is still under military siege and bombardment. Tens of thousands killed by EU, UK and US weapons, hundreds of thousands of women and children displaced and millions battling the starvation imposed on them by the defenders of the so-called rule-based international order.

Our friends in the Saudi dictatorship will take these words of concern about capital punishment seriously when we stop profiting off them, investing in their ridiculous projects, legitimising their brutal regime and assisting them as they spread death and destruction and fund violent extremism all the way from Paris to Mali to Iraq, Xinjiang.

Italia, in bocca al lupo domenica!

Evin Incir (S&D). – Herr talman! I ett land där mänskliga rättigheter fortfarande är blott en dröm och godtyckliga fängslanden är verklighet, blir situationen för barn och unga än mer alarmerande. Saudiarabien är ett land som tydligt visat på hur signaturer på internationella åtaganden som barnkonventionen inte räcker. Med åtaganden kommer nämligen skyldighet att implementera.

I dag både fängslas och mördas barn och unga av regimen. Avrättningen av Mustafa Hashem al-Darwish och det fortsatta fängslandet och dödsdomen mot Abdullah al-Howaiti är vidriga exempel på uråldriga metoder som används av den saudiska regimen, till och med mot barn och unga.

Visst låter den saudiska regimen loften om förbättringar vad gäller mänskliga rättigheter bra. Men hittills har lite synts i verkligheten. Saudiarabien måste se till att omgående börja respektera de åtaganden de själva har gjort, att skydda barn genom ratificering av barnkonventionen, men också respektera mänskliga rättigheter. FN och EU har en skyldighet gentemot alla barn och unga i landet; dödsdomarna måste stoppas och de som ligger bakom avrättningarna får inte gå fria från straff.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione in Arabia Saudita sul piano del rispetto dei diritti umani è drammatica.

La recente esecuzione di Mustafa Hashem al-Darwish è la conferma di quel che avviene nel paese da tempo, basti pensare all'uccisione del giornalista Jamal Khashoggi, alla tragica situazione umanitaria e politica in Yemen, alla detenzione di difensori dei diritti umani, attivisti, tra cui Raif Badawi.

Al contrario di quel che viene affermato dalla macchina propagandistica, attivisti dei diritti umani e cittadini sauditi restano sotto costante minaccia ogni giorno. Per questo chiediamo a tutti i rappresentanti dell'Unione europea di seguire l'esempio del presidente Biden, ossia di non considerare in alcun modo il principe Mohammad bin Salman come legittimo interlocutore. E lo chiediamo a tutti gli esponenti politici europei di qualsiasi paese.

Facciamola finita con la relazione pericolosa con il principe Mohammad bin Salman. Essa calpesta i nostri valori.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, the European Union is unequivocally opposed to the use of capital punishment in all cases and without exception. It is a cruel and inhumane punishment which fails to act as a deterrent and represents an unacceptable denial of human dignity and integrity.

We remain concerned about the continued use of the death penalty in Saudi Arabia. According to our sources, in 2019 184 people were executed in Saudi Arabia. A lower number, 27, were executed last year, partially due to an informal moratorium on executions for drug-related crimes.

But each and every execution is unacceptable. In April 2020, a royal decree expanded the provisions of a 2019 law, setting the age of minors at 18 years and exempting minors from the death penalty for most crimes. Both the informal moratorium on executions for drug-related crimes and the adoption of the royal decree were steps in the right direction.

However, more is needed. The royal decree does not cover all categories of criminal offences committed by juveniles, and it should be expanded. The imposition of the death penalty on an individual who was a child at the time of the alleged crime goes against internationally accepted minimum standards.

We have seen the commuting of death sentences for some juveniles who had been sentenced to death. This EU special representative for human rights has raised the case of Abdullah al-Howaiti and other juveniles with the Saudi Human Rights Commission and with the Saudi Ministry of Foreign Affairs.

The European Union deeply regrets the execution of Mustafa Hashem al-Darwish. The EU Special Representative for Human Rights has publicly conveyed this regret. Worryingly, it brings the number of people executed in Saudi Arabia this year to 27, the same number executed in 2020.

We have seen conflicting reports about the age when Mustafa Hashem al-Darwish committed the alleged crimes for which he was executed. The European Union will continue to consistently reiterate its principled position against the use of death penalty in the Kingdom of Saudi Arabia and advocate for a complete de facto moratorium as a first step towards a formal and full abolition of the death penalty.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 171)

Dominique Bilde (ID), par écrit. – Les affaires pénales impliquant Mustafa Hashem al-Darwish et Abdullah al-Huwaiti soulignent d'une part l'application sévère de la peine capitale en Arabie saoudite, et en l'occurrence à des mineurs, et d'autre part la situation des chiites, aux prises avec une justice pénale sans concession. Les séances plénières du Parlement européen ont également été l'occasion d'évoquer successivement la condition féminine (illustrée par le procès intenté à Loujain al-Hathloul), ou encore le sort des migrants éthiopiens dans les geôles saoudiennes. Ces abus, qui perdurent dans le silence embarrassé de l'Occident, attestent un certain double discours en matière de droits de l'homme, caractérisé par exemple par la tenue du G20 en Arabie saoudite l'année dernière. Ce deux poids deux mesures est aussi évident en matière de droit du travail, puisque l'Occident ignore largement la pratique de la kafala dans les États du Golfe. L'octroi de l'organisation de la coupe du monde de football 2022 au Qatar le démontre amplement.

(The sitting was suspended at 12.37)

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 13.00)

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

(The sitting was suspended at 13.04)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é reiniciada às 13h47)

13. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Segue-se o segundo período de votação.

Os dossiês serão votados conforme indicado na ordem do dia. O período de votação decorrerá entre as 13h45 e as 15h00. A votação será feita segundo o mesmo procedimento utilizado nos períodos de votação anteriores. Todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro aberto o segundo período de votação. Podem votar até às 15H00.

Os resultados do segundo período de votação serão comunicados às 16h30.

Os debates prosseguirão com a declaração da Comissão sobre os planos e ações para acelerar a transição para a inovação sem recurso à utilização de animais na investigação, nos ensaios regulamentares e na educação.

(A sessão é suspensa às 13h49)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

14. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 14.36 Uhr wieder aufgenommen)

15. Pläne und Vorgehen zur Beschleunigung eines Übergangs zu Innovationen ohne die Verwendung von Tieren in der Forschung, bei vorgeschriebenen Versuchen und in der Bildung (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission betreffend die Pläne und das Vorgehen zur Beschleunigung eines Übergangs zu Innovationen ohne die Verwendung von Tieren in der Forschung, bei vorgeschriebenen Versuchen und in der Bildung (2021/2784(RSP)).

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, the European Union is committed to supporting animal welfare, to improving public health and protecting the environment. We recognise that animals have intrinsic value and the Commission is convinced that animal testing should be phased out in Europe. We are working towards this goal in particular by means of the directive on the protection animals in science, which, as I will explain, is a strategic approach.

At the global level this directive is unique as its ultimate goal is the full replacement of animal use in science. The directive is also among the most stringent legislation in the world for protecting the welfare of animals that are still needed for use in scientific research.

In the European Union all living animals used in science are protected by this very strict legislation. It applies to the use of animals in all disciplines, from basic research to applied research, the development of medicines, and the safety testing of chemicals.

The directive is overarching. All Member States have enacted it in their national legislation. All sector-specific pieces of legislation such as on pharmaceuticals, food or chemicals, must be in line with the objectives of the directive. That means in practice that the use of animals is only allowed if there are no suitable alternatives.

Any new initiatives that the Commission is taking, such as the chemical strategy for sustainability, must fully respect the directive's ultimate goal of phasing out all animals used in science. And let me recall that the use of animals is already forbidden if there are alternative methods available and that the EU already has a ban on using animal testing for cosmetics.

As part of our commitment to the eventual replacement of all animals in science, the Commission actively supports the development of alternatives by funding research. This amounts to some EUR 800 million over the past 20 years. We also host the European Union Reference Laboratory for alternatives to animal testing. This way we make tangible contributions to the development and validation of non-animal alternatives. The laboratory has some 50 staff at the Commission's Joint Research Centre in Ispra.

In addition, the Commission is actively involved in, finances and co-chairs the European Partnership for Alternative Approaches to Animal Testing. This is a public-private partnership that includes five directorates-general of the European Commission, 37 companies and 8 European industry federations, each representing a separate industrial area. The partnership aims at replacing animal testing by innovative non-animal testing methods, to reduce the number of animals used, and to refine procedures where no alternatives exist or are not sufficient to ensure the safety of substances.

The directive on the protection of animals in science obliges the Member States and the Commission to be fully transparent on the use of animals in science and we recently launched ALURES, a database of statistics that is publicly available. The level of transparency is unique in the world. It helps determine which disciplines use the most animals and use the most severe tests and hence it helps us to better focus the research into alternative methods in these areas. This transparency is a tool showing how many animals are being used in science in the EU and helping us to focus the research.

Another tool is knowledge-sharing, showcasing alternatives that are already available and others that are being developed. By shining a light on this progress on alternatives and engaging in the debate, we want to stimulate more change.

Recent examples include two very well-attended scientific conferences, including one in February this year. Scientists showed, for example, 3D human kidney tubules for drug-efficacy testing and stem cell models that mimic the function of human organs. We also aim to stimulate trust in those new methods.

As I said at the outset, our ultimate goal is to replace the use of animals for scientific purposes. That goal is reflected in EU legislation. We are working towards this goal with all the means we have – research policy, legislation and funding. While science is making progress, we are always looking for ways to accelerate the move towards this goal and reduce the use of animals in science. The different sectors for which we have European legislation, such as human and veterinary medicine, chemicals, food and feed, are all bound to the objectives of this directive to replace the use of animals. We are making targeted efforts. We are pursuing a collaborative and gradual approach, but more scientific knowledge is needed for phasing out animal testing and research completely.

So thank you very much for your attention. I'm looking forward to your comments to take to my colleague in charge of this dossier.

Michał Wierzyński, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, first of all, I didn't plan to speak in plenary this week, but I had to replace a colleague of mine, to whom I wish a full and fast recovery from his injuries. But now to the topic.

Commissioner, without a doubt, the Commission has been investing significantly in very promising, innovative research projects. They have shown the possibilities of advanced non-animal models. At the same time, however, the investments in these innovative methods are still dwarfed in comparison to the current investments in animal studies. In 2017, over 23 million animals were impacted by science. The majority of them were bred and killed without actually being used in the experiments. It all happens despite specific provisions in REACH to promote alternative methods and to only use animals as a last resort.

Today, the EU has major challenges to face: infectious diseases, the fight against cancer and ensuring a clean and safe environment. These challenges are complex and the EU is addressing them on many fronts, one of them research and testing. The rapid emergence of advanced non-animal models offer immense opportunities to replace animals and improve research. The Joint Research Centre has listed many of these methods for several disease areas, but they have not yet been followed by concrete measures.

What we are asking from the Commission is to do more of what it already does, but in a coordinated manner and with concrete goals that can replace animals in specific scientific areas. Targeted funding, education and broad collaborations are key to making innovative advanced models and technologies the new normal. The Commission should work towards inter-agency alignment by setting up a dialogue on the regulatory use of non-animal models in anticipation of the 'one substance, one assessment' approach, and to ensure a proper share of the agency's budget is dedicated to these models.

Jytte Guteland, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! I direktivet om skydd av djur som används för vetenskapliga ändamål anges att direktivet är ett viktigt steg mot att uppnå det slutliga målet, att ersätta alla försök på levande djur i vetenskapliga syften, och att det är önskvärt att ersätta användningen av levande djur i försök med andra metoder som inte kräver användning av levande djur. Syftet i direktivet är att underlätta och främja användningen av alternativa metoder.

Vi vet dock att verkligheten ser totalt annorlunda ut. Drygt tio år efter antagandet av direktivet fortsätter de plågsamma djurförsöken med oförminskad styrka. Miljontals möss, fiskar, fåglar men också katter och hundar används varje år i djurförsök i EU. Djuren tvångsmatas med farliga ämnen, deras vitala organ opereras bort. De genmodifieras. De utsätts för brutala övergrepp som brutna ben eller regelbunden exponering av giftiga ämnen.

Att djur fortfarande ska behöva genomgå så kallade smärttester där de bränns på heta plattor, det är helt oacceptabelt. Vetenskapen har utvecklats så snabbt att vi nu, om inte förr, verkligen är redo att påbörja en utfasning av djurförsök i vetenskapliga syften.

Pandemin har ju visat att forskning och vetenskapliga beslut och försök behöver göras på människor. Djur har inte visat samma symptom som människor. Samtidigt kan vi se också hur nya tekniska hjälpmedel hjälper oss att bättre förstå virusets effekter i mänskliga lungor, i hjärnan och njurarna.

Det är inte heller enbart inom forskningsfältet för infektionssjukdomar den vetenskapliga utvecklingen går framåt. I kommissionens egna granskningar från det gemensamma forskningscentret, om icke-djurbaserade metoder inom den biomedicinska vetenskapen, där redovisas den inriktning som forskningen behöver ta för att vinna kampen mot cancer, neurodegenerativa sjukdomar och hjärt-och kärlsjukdomar.

Vi har nu två val som medlagstiftare. Antingen fortsätter vi på den väg som kommissionen anträtt, med otillräckliga investeringar och bristande koordinering av innovativa lösningar som inte kräver djurförsök. Eller också investerar vi i smarta metoder, sätter konkreta målsättningar och samordnar våra åtgärder för att gemensamt som union möta de hälsorisker som ligger framför oss. EU måste investera mer för att bli världsledande inom innovation, vilket stärker vår ekonomiska motståndskraft men också rustar oss för kommande kriser.

Nästa steg är att kommissionen inrättar en övergripande arbetsgrupp som inkluderar de relevanta generaldirektoraten, för att samarbeta med medlemsstaterna och berörda aktörer i syfte att utarbeta en handlingsplan för att fasa ut de vidriga djurförsöken inom forskningen.

Katalin Cseh, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, animals are not disposable equipment. Inflicting pain and suffering on them has no place in 21st century science. For many of us, this is an ethical and moral imperative. And we see that despite minimum standards, cruel practices still take place within the Union.

Just a couple of months ago, we witnessed video footage revealing shocking levels of cruelty and animal suffering that breached European animal-testing laws. Findings from a major investigation in Spanish contract-testing laboratory Vivotecnía showed deliberate acts of cruelty and repeated bad practice. And all of this happens only 18 months after similar findings were revealed in a German laboratory.

And even health scientists are questioning the reliability of animal studies. Let me quote the British Medical Journal, which says that the claim that animal experimentation is essential to medical development...

(... inaudible ...)

So science and morality point into the very same conclusion: there are cruelty-free alternatives like computational biology that can enable us to get rid of animal testing once and for all.

But ever since I started looking into these issues, I kept on hearing that complete change is impossible, and I get it – old habits die hard, and I even accept that this won't happen by the...

(... inaudible ...)

... is doing better than the rest of the world, but even here, progress is way too slow.

We need a credible plan, a plan that measures, targets, and a binding, ambitious timeline. We need to promote and fund cruelty-free alternatives. We want to see increased funding for animal-free research methods and new, advanced non-animal models under Horizon Europe, and then we have to start creating...

(... inaudible ...)

... testing bans.

This is what our citizens demand, 7 in 10 adults in EU Member States believe that enabling the full replacement of all forms of animal testing with non-animal testing methods should be a priority for the EU. And this is what we are asking from the Commission.

Tilly Metz, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Directive 2010/63/EU on the protection of animals used for scientific purposes is among the strictest legislation in the world, but this piece of legislation does not provide a clear strategy for transitioning to innovation without the use of animals.

And as a consequence, every year nearly 10 million animals suffer in EU laboratories, with very limited research results. Indeed, there is a high failure rate – above 90% of new drugs tested on animals – and also a growing number of scientific reviews indicating that they contribute very little in understanding human diseases.

Non-animal methods are game-changing technologies...

(... inaudible ...)

... better coordinated, cross-sectoral and EU-wide approach, across all Member States and all European agencies.

Based on these elements I have some questions for the Commission: does the Commission agree that after 10 years of no progress, we need a plan to accelerate the transition to animal-free methods? That it could work more with the Member States to promote the key competences and knowledge required to use non-animal methods? That it could create mechanisms for preferential funding of non-animal methods? That it could set reduction targets through a more proactive implementation of existing regulations that deal with the safety of chemicals and other products. And lastly, there is a plan to develop the European research area and to set up priority areas where Member States should collaborate.

So does the Commissioner agree that the phasing-out of the use of animals should be one of these priority areas?

Annika Bruna, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, il est plus que temps d'agir pour remplacer les expériences sur les animaux par des alternatives plus modernes et plus fiables et de se conformer à la méthode des 3 R qui prévoit le remplacement des animaux quand c'est possible, la réduction du nombre d'animaux utilisés quand les expériences sont inévitables, et le raffinement pour diminuer la souffrance des animaux pendant la détention et lors de l'euthanasie, si elle a lieu.

Le remplacement est déterminant, car la technologie progresse très vite dans le domaine des expérimentations in vitro, de la modélisation informatique ou encore du microdosage, sans compter les technologies génétiques comme CRISPR-Cas9. Ces nouvelles technologies sont bien plus efficaces pour faire avancer la recherche, mais il y a des blocages, des inerties. Par exemple, les universités utilisent trop souvent les tests sur les animaux faute de moyens financiers pour utiliser ces nouvelles technologies. Quant aux laboratoires, ils subissent eux-mêmes l'inertie réglementaire. Ils doivent encore recourir à des tests sur les animaux pour obtenir les précieuses autorisations de mise sur le marché. Parfois, cela confine à l'escroquerie puisque certaines de ces expériences sont menées mécaniquement pour continuer à avoir du financement. C'est le cas notamment des chiens testés depuis plusieurs décennies pour trouver un traitement contre la myopathie, avec les résultats qu'on connaît. Il est donc important de légiférer au plus vite sur les alternatives à ces expériences. Les attentes des citoyens, tout comme les progrès technologiques, vont aujourd'hui dans le sens de la fin de cette terrible maltraitance animale.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Ja bardzo dziękuję Pani Komisarz za przedłożoną propozycję. Wiem, że jest Pani osobą rozważną i w sposób rozważny i rozsądny podchodzi również do tematu zapewnienia dobrostanu zwierząt.

Szanowni Państwo! Liczba wykorzystanych zwierząt w nauce i badaniach, mimo zobowiązania złożonego 30 lat temu przez Komisję, spadła niestety nieznacznie, więc z całą pewnością czas na zmiany. Jak wynika z badań, około 12 mln zwierząt, które są hodowane na potrzeby naukowe, finalnie jest niestety zabijanych bez docelowego wykorzystania. Można by te zwierzęta w jakiś sposób zagospodarować. Chociaż w dyrektywie 2010/63/UE określono podstawowe przepisy dotyczące ochrony zwierząt wykorzystywanych do badań, niestety nie przewidziano strategii zastąpienia zwierząt alternatywnymi formami. A więc zachodzi potrzeba przygotowania działań ułatwiających przejście na innowacje technologiczne, transformację poprawy dobrostanu zwierząt. Wyzwania zdrowotne i środowiskowe, ochrona bioróżnorodności, ochrona klimatu nakładają na nas obowiązek, by zintensyfikować wysiłki, inwestować przede wszystkim w naukę, w badania regulujące oraz edukację. I ta rosnąca przede wszystkim wrażliwość społeczna, o której tutaj mówimy, przejrzystość instytucji unijnych, transparentność powinny położyć większy nacisk na te kwestie.

Anja Hazekamp, namens de *The Left-Fractie*. – Voorzitter, undercoverbeelden uit het Duitse lab LPT en het Spaanse Vivotecnia laten zien dat honden, katten, knaagdieren en apen grof mishandeld worden, dat ze pijnlijke experimenten moeten doorstaan zonder verdoving, dat ze worden geschopt en geslagen en aan hun lot worden overgelaten.

Hoe kan het dat dit pas aan het licht komt nadat klokkenluiders aan de bel trekken? En waarom maakt de Commissie nog steeds gebruik van de gegevens die door deze labs zijn verzameld voor de besluiten die zij neemt – bijvoorbeeld voor de toelating van het landbouwgif glyfosaat – terwijl de wetenschappelijke waarde van deze gegevens heel erg laag is?

Het doel van de richtlijn die dieren moet beschermen die voor wetenschappelijk onderzoek worden gebruikt, is klip-en-klaar. Alle dierexperimenten moeten worden vervangen door methoden zonder dieren. En toch daalt het aantal experimenten op dieren slechts langzaam. In veel Europese landen neemt het aantal dierproeven zelfs weer toe.

Wereldwijd zijn er al geweldige ontwikkelingen, innovatieve en betaalbare cel- en weefselkweken en computersimulaties. Ook ons eigen Gemeenschappelijk Centrum voor onderzoek en het CEVMA hebben indrukwekkende alternatieven gevalideerd, maar daar wordt veel te weinig gebruik van gemaakt.

Commissaris, wat gaat u doen om deze alternatieven te promoten en om volop in te zetten op de ontwikkeling van nieuwe technologieën? Al sinds 1993 is het doel in de Europese Unie dat we minder dierproeven doen. Het stoppen van dierproeven is in het belang van dieren én mensen. Gaat u hier na dertig jaar eindelijk voor zorgen?

Seán Kelly (PPE). – Mr President, animal welfare can often be overlooked, but I am pleased to say that this is not the case in the European Parliament. Last month, we passed a resolution calling for a ban on the use of cages in animal agriculture by 2027. This was in response to 'End the cage age', a European Citizens' Initiative. Some 1.4 million citizens signed it and we responded in kind. For nearly 30 years, the EU has been committed to reducing the use of and improving the welfare of animals in science.

Since 2009, the marketing of any cosmetic products containing animal-tested ingredients have been banned in the EU. Considering that Europe's cosmetic products market is the biggest in the world, it's clear that this was a significant step in the promotion of animal welfare.

The 2010 EU directive on the protection of animals used for scientific purposes promotes the three Rs: (1) replacing animal experiments wherever possible; (2) reducing the number of animals used and (3) refining experiments to minimise the impact on animals.

This directive also notes that the final goal is full replacement for procedures on live animals for scientific and educational purposes as soon as it is scientifically possible to do so. While the progress made on the three Rs is most welcome, unfortunately, we are not yet close to reaching the final goal and the number of animals being used in research, regulatory testing and education remains high.

Thankfully, new developments have been made, the advancement in animal models and these are very relevant because they are human-relevant and therefore present an opportunity for more accurate data. A comprehensive approach will accelerate the transition away from animal testing.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quando l'Unione europea si pone un obiettivo, normalmente si dà una strategia, fissa dei target a medio e lungo termine e vengono stanziati dei fondi. Eppure, nonostante l'Europa si sia data l'obiettivo di mettere fine all'uso di animali nella ricerca e nella sperimentazione, ad oggi non c'è nulla di tutto questo.

Al contrario, a distanza di anni, sono ancora circa 10 milioni gli animali che vengono impiegati nella ricerca scientifica ogni anno in Europa e i finanziamenti europei dedicati ai metodi *animal free* sono una goccia nell'oceano se confrontati a quelli di cui beneficiano i metodi tradizionali.

Ma non è solo una questione etica. Così facendo stiamo mettendo un freno al potenziale dei metodi innovativi e *human-based*, che hanno già dimostrato di poter portare ad avanzamenti concreti nella comprensione e nella cura di malattie, penso ad esempio al cancro e all'Alzheimer, dove i metodi tradizionali hanno fallito.

Chiedo quindi alla Commissione di presentare il prima possibile un piano di azione con target e tempistiche certe, impegni concreti e misurabili e finanziamenti dedicati ed adeguati a raggiungere finalmente l'obiettivo di una scienza *animal free*.

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, werte Kollegen! Wir sind uns anscheinend alle einig, dass Tierversuche abgeschafft werden müssen. Ich frage mich nur: Wie konnte es so lange dauern, und warum hat das so viele Probleme hervorgerufen? Wieso gibt es Millionen von Tieren, die wirklich unnötig leiden? Da vermisse ich ein bisschen, dass wir uns mal Gedanken darüber machen, wieso es überhaupt dazu gekommen ist.

Natürlich sind wir Menschen verantwortlich für unsere Mitgeschöpfe, und wir können nicht einfach so tun, als wäre das etwas außerhalb von uns. Wir müssen uns mit dieser Sache wirklich beschäftigen und unsere grundlegende Haltung überdenken. Der weise König Salomo hat einmal gesagt: Der Gerechte kümmert sich um sein Vieh. Kümmern wir uns wirklich um diese Tiere? Oder ist es uns egal? Wir müssen wieder dahin zurück, dass wir uns verantwortlich fühlen und wissen für diese Mitgeschöpfe, und dann brauchen wir Lösungen, um das zu ändern.

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Mr President, Commissioner, the EU has made a clear commitment to proactively reduce and replace animals in science since 1993. However, we are now in 2021, 20 years later, and despite almost three decades long, the number of animals used has decreased very, very slowly.

So why doesn't the EU have relevant policy initiatives on the line to reduce, replace and actively phase out animal testing? Why don't we have an action plan setting out a proactive strategy to phase out animal experiments with milestones and timetables? Is the Commission just expecting Member States by their own initiative to invest in the phasing-out of animal testing? Since when has this reality really worked in EU policy?

We know that without binding targets, there are no real incentives to progress. And Commissioner, what happens in laboratories cannot just stay in laboratories. We must end animal experimentation now.

Caroline Roose (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, lorsque l'on parle de l'utilisation d'animaux à des fins scientifiques, j'ai toujours cette image qui me revient dans la tête, celle d'un singe attaché par les poignets et qui fixe la caméra que tient le lanceur d'alerte. On voit la souffrance dans ses yeux. Il semble demander: «Pourquoi?» Puisque ces animaux ne parlent pas, je le répète ici: Pourquoi?

La directive de 2010 sur la protection des animaux utilisés à des fins scientifiques avait représenté un pas en avant important. Elle prévoyait que soient utilisées dès que possible des procédures n'impliquant pas l'utilisation d'animaux vivants. Pourquoi le nombre d'animaux utilisés n'a-t-il quasiment pas baissé?

Un plan d'action complet, assorti d'objectifs chiffrés et de moyens dédiés est nécessaire. Nous devons former les jeunes scientifiques à l'utilisation des méthodes alternatives. Nous pouvons donner la priorité dans l'attribution des fonds pour la recherche aux projets qui ont recours à des alternatives. Nous pouvons accompagner les acteurs privés qui souhaitent réduire l'utilisation d'animaux. Les alternatives ont souvent de bien meilleurs résultats que l'expérimentation sur les animaux. Nous avons donc tous à y gagner, animaux humains ou non humains.

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, as I have said from the beginning, the message my colleagues wanted to bring to you today is that we are strongly committed to animal welfare, while mindful of our responsibility to ensure the protection of health and the environment.

The Commission chose for the regulation a stepwise approach to this directive with the ultimate goal of replacing all animals in science. The directive ensures that other EU initiatives, such as for research programmes, are aligned with the aims established by the directive, and this horizontal approach makes additional strategy documents and actions redundant.

For example, we are gathering right now more details on how the specific sectors plan to reduce their dependence on the use of animals. These sectors are human and veterinary medicines, medical devices, food and feed safety, biocides, pesticides, chemicals and possibly others. They are covered by DGs SANTE, Environment and GROW.

In accordance with the directive, I will give you a couple of examples of how some of the abovementioned sectors are working on replacing or reducing animal tests. Concerning veterinary medicines, we have a regulation from 2019, which becomes applicable on 28 January 2022. It calls for assessing the feasibility of an active, substance-based review system for the environmental risk assessment of veterinary medicinal products. In fact a system could involve applicants joining efforts to generate the required data, thereby reducing necessary testing on vertebrates. We have an ongoing feasibility study and we are going to submit a report to the European Parliament and the Council by the date of the application of this regulation.

Regarding animal feed additives, the preparatory work for the revision of the regulation on additives for use in animal nutrition, includes the objective of reducing animal testing by imposing mandatory data sharing between applicants for feed additives authorisation as regards the toxicological tests on vertebrate animals. This would prevent duplication of tests in view of the authorisation process.

In the domain of food safety, specifically marine biotoxin testing, the Commission has proposed to discontinue most bioassays. The proposal received the support of the Member States at the end of 2020 and will be published in mid-August this year. In addition, we have other initiatives, like the Chemical Strategy for Sustainability, which will include a strong commitment to promote alternative methods and the use of digital technologies and advanced methods to move away from unnecessary animal testing in both the EU and beyond.

As I said, my colleagues are very committed to this subject. We believe that this directive will ensure the gradual replacement of animals in testing and science and, where replacement is not yet possible, the legislation ensures that fewer animals are used over time and that the procedures they undergo are constantly being refined to lessen the effects on their well-being.

We look forward to the continued and close cooperation with the Parliament on such a sensitive and important matter.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der nächsten Tagung im September statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Eläinkokeiden käytölle ei enää ole ihmisen turvallisuuteen perustuvia tarpeita. Niiden käytöstä on luovuttava vähitellen – mieluiten mahdollisimman pian. Vaadimme viimeksi vuonna 2018 eläinkokeiden maailmanlaajuisista lopettamista, ja olen lähettänyt komissiolle lukuisia kysymyksiä aiheesta. Eläinkokeet eivät ole luotettavia, ja ne eivät takaa tuotteiden turvallisuutta tai lääkkeiden vaikuttavuutta ihmisille. Vaihtoehtoiset menetelmät, kuten testit kantasolualustoilla, antavat ihmisvaikutuksista luotettavampaa tietoa ja kaiken lisäksi eläinkokeita edullisemmin. Ne kattavat jo nykyään lähes kaikki testaustarpeet. Vaihtoehtoisten tutkimusmenetelmien kehittämistä, hyväksymistä ja käyttöä on aktiivisesti edistettävä sekä siirryttävä hyödyntämään jo olemassa olevia vaihtoehtoisia menetelmiä. Euroopan kemikaaliviraston ECHA:n tulkinta eläinkokeiden vaatimuksista on jälkeenjäänyt, eikä vaihtoehtoisia menetelmiä ole otettu riittävästi käyttöön.

16. Menschenwürdige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Luftfahrt – Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Luftverkehr (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über menschenwürdige Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Luftfahrt von Lucia Ďuriš Nicholsonová, Dennis Radtke, Alicia Homs Ginell, Sylvie Brunet, France Jamet, Mounir Satouri und Sandra Pereira im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (O-000049/2021 - B9-0030/21) (2021/2607(RSP)) und

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Luftverkehr von Karima Delli im Namen des Ausschusses für Verkehr und Tourismus (O-000033/2021 - B9—0027/21) (2021/2666(RSP)).

Lucia Ďuriš Nicholsonová, author. – Mr President, thank you very much for giving me the floor. Dear colleagues, we all know that the COVID-19 pandemic has severely affected the EU aviation sector, with the loss of more than two thirds of traffic and many many jobs, as carriers seek to maintain viability and reduce the costs. Despite the state aid schemes, most of the airlines are still struggling to return to pre-pandemic activity levels. Despite some improvements regarding the travel restrictions and the vaccination campaign, it is feared that the difficulties that the airline sectors are facing could lead to more job cuts and the further downgrading of terms and conditions. Therefore, it is our duty to ensure fair competition. It is our duty to ensure that companies receiving public financial support fully respect workers' rights and labour laws.

Against this background, the Committee on Employment and Social Affairs has the following questions to the Commission. Taking into account the evaluation of Regulation (EC) No 1008/2008 how will the Commission ensure effective enforcement of applicable EU legislation? What legal measures are being considered to ensure a level playing field and legal certainty for air crews, including the requirement to know which labour law is applicable to air crews?

Second, when will the Commission put forward a revision of Regulation (EC) No 1008/2008 in order to ensure decent working and employment conditions in the aviation sector? Third, when will the Commission publish the findings of the ad hoc group of Member States' experts on aviation and labour law? How will it remedy the lack of reliable data on the number of aircrew jobs, outsourced jobs and agency staff?

Karima Delli, auteure. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, au nom de la commission «Transports et tourisme» du Parlement européen, nous souhaitons avoir ce débat avec vous, Madame la Commissaire, à l'aube de la saison estivale qui est la plus importante pour le secteur de l'aviation.

La pandémie que nous traversons a entraîné une chute du trafic aérien de plus de deux tiers par rapport à l'année 2019 et a des conséquences économiques désastreuses sur le secteur aérien, mais également sur l'emploi, sur les conditions de travail de ses salariés.

La Commission a présenté des mesures d'urgence pour diminuer le seuil d'utilisation des créneaux horaires et éviter ainsi ce qu'on a appelé les fameux «vols fantômes» – une aberration écologique que nous avons tous, ici, dans cet hémicycle, dénoncée –, ainsi que le certificat vert numérique afin d'harmoniser à travers l'Europe les mesures sanitaires. Or, nous le voyons aujourd'hui avec la recrudescence des variants et la lenteur de la vaccination dans certains pays: nous nageons encore en pleine incertitude.

Nous avons besoin davantage de mesures afin d'assurer une reprise du secteur qui soit socialement responsable, durable, conforme aux objectifs climatiques de l'Union européenne. À ce titre, nous voulons savoir, Madame la Commissaire: que compte faire la Commission pour soutenir une reprise de ce secteur de l'aviation? Outre le certificat vert européen, compte-t-elle améliorer la coordination des restrictions et des critères sanitaires entre les États? Comment prévoit-elle de veiller à de bonnes conditions de concurrence équitables tout en préservant l'emploi et le droit des travailleurs?

Je souhaiterais d'ailleurs vous rappeler, Madame la Commissaire, que lors de votre première audition devant notre commission, la commission «Transports» du Parlement, plusieurs de mes collègues avaient déjà évoqué l'absence de mesures sociales au niveau européen et le besoin de régler notamment la question des faux indépendants, car on ne peut pas laisser les entreprises précariser leurs salariés en externalisant les fonctions de base de leurs services, par exemple les pilotes. Je regrette qu'à presque mi-mandat, la Commission n'a encore rien proposé sur ce front.

Enfin, la Commission entend-elle se pencher sur des aspects vraiment économiques, sociaux, de collectivités liés à l'aviation dans le droit de l'Union, notamment la révision du règlement (CE) n° 1008/2008, tout en assurant une meilleure collaboration entre les autorités européennes et nationales?

Désormais, je change un peu de casquette et je vais parler en tant que groupe. Je suis une écologiste et je souhaiterais revenir sur la question, notamment, des conditionnalités pour les aides au secteur de l'aviation. L'aviation fait partie de ces secteurs qui ont largement bénéficié d'aides publiques. On parle de 30 milliards d'euros d'aides publiques en Europe pour ce secteur, mais sans aucune contrepartie climatique ou sociale. Je considère, Madame la Commissaire, que dans le cadre du pacte vert, on ne peut plus signer de chèque en blanc avec l'argent du contribuable sans rien exiger en retour. Toutes les entreprises aujourd'hui ont un intérêt à entrer dans la transition écologique. C'est un moyen d'assurer très vite ce secteur dans l'accompagnement de la réussite de la transition écologique.

Enfin, je voudrais vous demander une dernière fois, Madame la Commissaire, de prendre de véritables mesures afin de lutter contre le dumping social qui, ajouté aux externalités climatiques environnementales existantes, donne un avantage compétitif parfois injuste par rapport à d'autres modes de transport comme le rail, alors que nous sommes dans l'année européenne du train. J'espère, à ce titre, pouvoir compter sur votre soutien, Madame la Commissaire, pour instaurer les premières pistes de réflexion, par exemple sur une taxe kérosène ou la fin des quotas gratuits de droit à polluer dont bénéficie aujourd'hui l'aviation au sein du système d'échange de quotas d'émissions de l'Union.

Nous n'allons pas avoir vraiment le même point de vue philosophique selon les groupes politiques, mais nous avons un même objectif: que personne ne reste sur le bord du chemin, que personne ne soit sur la responsabilité de ne pas entrer dans la transition écologique et en même temps d'enclencher une nouvelle crise sociale dans ce secteur. Nous avons une fenêtre d'opportunité extraordinaire afin d'accompagner ce secteur. Je crois que c'est maintenant, Madame la Commissaire. Nous ne pouvons pas rater le coche parce qu'après, nous allons le regretter et nous n'aurons que nos yeux pour pleurer.

Adina-Ioana Vălean, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, the COVID-19 pandemic has been a major shock for the aviation industry. Demand for air travel, in particular for passengers, collapsed in a matter of weeks and the recovery has been slow and fluctuating until recently. The aviation sector is not expected to fully recover before 2024-2026.

On the short-term air traffic recovery, the Commission is giving its priority to the best use of airport capacity and traffic increase. As you are aware, the slot regulation has been amended to decrease the slot usage threshold. The Commission is currently working on a delegated act to extend the slot relief rules for the winter 2021-2022 scheduling season.

The Commission has also proposed a number of measures aiming at facilitating free movement in the EU, including the introduction of the new digital covid certificate. On 28 June this year, the services issued guidance for Member States to facilitate a smooth rollout of the EU digital covid certificate and to harmonise the different national regimes, notably in aviation.

In addition, the state aid temporary framework, adopted in March last year, enables Member States to give support also to the aviation sector. We have extended the temporary framework to enable Member States to use the full flexibility foreseen under the state aid rules to support the economy, including the aviation sector, until the end of this year.

Member States can also compensate undertakings for damages suffered directly as a result of government restrictions put in place to contain the spread of COVID-19, based on Article 107 of the Treaty on the Functioning of the European Union.

In addition, Member States may also provide rescue or restructuring support to specific airlines or airports, just as they do with other sectors impacted by the crisis. Furthermore, additional financial support to the sector, including the support of the employees, can be provided from the Recovery Assistance for Cohesion and Territories of Europe, the European Social Fund Plus, or from the European Globalisation Adjustment Fund for Displaced Workers.

To give you an example, the latter has already supported 1 200 displaced workers from the aviation sector in the Netherlands, 500 displaced workers from the aviation sector in Finland, and 1 500 displaced workers in ground handling in Belgium.

As you know, this the Commission is determined to deliver a strong EU special agenda in air transport. Airline practices which constitute abuse of circumvention of applicable law, have no place in the EU's single market for aviation. The Commission made its position very clear already in the report from March 2019, called Aviation Strategy for Europe: maintaining and promoting high social standards for air crews, the so-called social report.

The conclusions of this report remain valid. Substantial EU and national legislation already protects air crews. However, effective enforcement of these rules, which would avoid abusive practices and ensure a level playing field, depends primarily on the Member States. To support Member States in appropriately enforcing rules, the Commission established an expert group working on social matters related to the air crews.

The expert group has already yielded concrete and important results by delivering three papers. Two of these are published and available in the Commission's expert group registry website, and the third one will soon be made available as well. It was a reference to that.

In the sustainable and smart mobility strategy adopted in December last year, we have reaffirmed the strong commitment towards promoting high social standards in the aviation sector. The strategy stipulates that we will propose a revision of the air service regulation in 2021-2022.

Within this revision, the Commission may propose legislative measures to further clarify or strengthen the effective enforcement by the Member States of relevant national labour law rules in relation to air crews, for instance defining the notion of 'operational base', as called for by the expert group on social matters related to air crews.

The aim of the proposal will be to support the functioning of the market, not only in normal times but also during sudden and unexpected shocks. So we are committed to deliver a proposal as soon as possible and in line with the Commission's better regulation standards.

But before we present a proposal, it is therefore crucial to assess the structural impacts of the COVID-19 crisis on the sector and how we can help support the recovery and resilience of aviation in the medium and long term. For that purpose, the Commission services will shortly launch a study to that effect. It will be based on a wide sectoral consultation. And in addition, and in light of the EU's sustainable, smart mobility strategy, we also need to assess how we can further promote social responsibility as well as environmental sustainability.

Suboptimal rules may result in loss of connectivity, competitiveness in the global aviation market and jobs. So, as I said, we also need to assess how we can further promote social responsibility as well as environmental sustainability while avoiding suboptimal rules.

Cláudia Monteiro de Aguiar, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, o setor da aviação tem um peso significativo no mercado de trabalho da União Europeia.

Em Portugal, o meu país, é um dos países com mais postos de trabalho neste setor com um peso de 0,4 % no emprego nacional. Concentrar todas as ajudas num único agente setorial, no caso concreto apenas das companhias aéreas de bandeira, é não só errado como injusto. Não podemos esquecer as empresas de *handling*, de manutenção, de *catering*, e muitas outras, incluindo também as companhias aéreas de menor dimensão. Estas que são essenciais para a coesão territorial e sem as quais é impossível oferecer um serviço de qualidade.

O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização tem sido um instrumento encontrado por alguns Estados-Membros para garantir a formação e a reconversão da força de trabalho do setor de aviação em muitas áreas e diversas.

Por atravessarmos uma crise sem precedentes num setor de enorme concorrência com ajudas de Estado às principais companhias de bandeiras, corremos sérios riscos de o ajustamento ser feito à custa do elo mais frágil de toda a cadeia, os trabalhadores, pelo que urge encontrar mecanismos adequados de proteção, evitando-se a degradação, obviamente, das condições de trabalho e, nomeadamente, questões de segurança e não queremos, claramente, incluir o declínio salarial.

A legislação laboral distinta em diversos países distorce ainda mais o mercado de transporte aéreo já por si alvo de distorção em algumas situações. Na reestruturação das empresas que compõem este setor da aviação e que estão em transformação profunda impõe-se uma coerência, a questão dos despedimentos. Cabe a quem tem o poder de legislar, a quem tem o poder legislativo, de garantir o apoio a quem fica sem o emprego e também de cumprir a legislação em matéria de direitos de trabalho.

Pergunto, por isso, para terminar, à Comissão: a Comissão está em condições de garantir o respeito pelas condições de trabalho das empresas que foram alvo de intervenção do Estado? E perante os processos de reestruturação delineados pelos Estados-Membros aprovados em Comissão conseguem garantir o apoio e a inserção dos trabalhadores no mercado de trabalho?

Johan Danielsson, för S&D-gruppen. – Herr talman! Även om pandemin har synliggjort flygsektorns problem så är de sociala problemen allt annat än nya. Sedan 90-talet har vi sett allvarligt försämrade arbetsförhållanden, genom utökad outsourcing och en växande andel atypiska anställningsformer.

En viktig princip på den europeiska arbetsmarknaden är principen om lika lön för lika arbete på orten där arbetet utförs. Det måste gälla även i flygsektorn. Inhyrd personal från ett annat land ska inte betalas lägre löner än de lokalanställda.

Det är också avgörande att vi definierar begreppen hemmabas och operativ bas. Arbetstagarna måste omfattas av de löner, arbetsvillkor och socialförsäkringar som gäller i det land där man har sin hemmabas, inte där företaget är registrerat. Ett flygbolag bör inte kunna registrera sig i ett land där man inte har en operativ bas, enbart för att gynnas av låga skatter och svag arbetsrätt. På det sättet blir EU ett hot mot löntagarna.

De svenska flygbolagen är inte utan skuld. För att slippa återanställa sina arbetstagare efter krisen valde flygbolaget BRA att inrätta ett bemanningsföretag för att kringgå sitt arbetsgivaransvar. SAS har valt att starta ett dotterbolag på Irland för att kunna konkurrera med lägre personalkostnader. Sin operativa bas har man i London. I Irland befinner man sig bara för att undvika skatter och arbetsrättsliga förpliktelser. I en del lågprisbolag så vet vi att inte ens hälften av piloterna har en anställning direkt i flygbolaget. Den här typen av affärsmodeller ska vi inte acceptera i Europeiska unionen.

Det är dock inte bara flygbolagen som bär ett ansvar. Även EU-kommissionen har ett ansvar för att man fortsätter att ducka och försena den helt nödvändiga revideringen av förordningen om gemensamma regler för tillhandahållande av lufttrafik inom EU. Så min uppmaning till EU-kommissionen är att sluta förhålla det här och presentera utan ytterligare försening en revidering av förordningen.

José Ramón Bauzá Díaz, en nombre del Grupo Renew. – Señor presidente, estimada comisaria Válean, si hay un sector que se ha visto fuertemente afectado por la crisis del coronavirus, este es, sin ningún tipo de dudas, el sector de la aviación. La caída del tráfico a raíz del coronavirus tendrá consecuencias dramáticas en los próximos años y, sobre todo, amenaza la viabilidad económica de las empresas, los puestos de trabajo generados por el transporte aéreo y vinculados a este y, cómo no, las condiciones laborales.

Por eso mismo, señora Válean, en marzo del año 2020, desde mi grupo parlamentario —el Grupo Renew—, le presentamos una propuesta muy concreta: un plan de ayuda específico para el sector del transporte. Un ambicioso plan que contaba con toda una serie de baterías específicas dirigidas especialmente al ámbito del sector aéreo. Y, por eso mismo, acogemos con gran satisfacción que alguna de esas medidas fuera muy bien acogida e implementada con éxito por parte de su departamento.

Pero, aun así, quince meses después nos encontramos ante un escenario parecido. El ritmo de recuperación del sector aéreo es totalmente incierto y, sobre todo, requiere un apoyo decidido por parte de la Unión Europea para salvaguardar las empresas y, consecuentemente, los puestos de trabajo.

Por eso, hoy más que nunca necesitamos un plan europeo específico para la recuperación del sector aéreo, que tenga en cuenta tres pilares básicos. En primer lugar: ayuda financiera público-privada; incorporar la colaboración público-privada, también en este sentido, para hacer frente a los retos del futuro. En segundo lugar: seguridad jurídica y operativa para toda la cadena de valor de la industria, acabando, por supuesto, con todas las prácticas laborales abusivas que se encuentren, siempre que eso se produzca. Y, finalmente, en tercer lugar y muy importante, fundamental: el apoyo institucional, el compromiso político.

Por eso, debemos dejar de criminalizar a un sector que es fundamental para la cohesión territorial en Europa y que también contribuye directamente a uno de los tres pilares básicos del proyecto europeo: la libre circulación de las personas. Solo así podremos salvaguardar los puestos de trabajo y, sobre todo, la competitividad de la aviación europea.

Rasmus Andresen, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Flugbranche ist in einer Dauerkrise. Corona hat dazu geführt, dass zwei Drittel aller Flüge abgesagt wurden.

Aber die Probleme der Flugindustrie gehen tiefer. Die Branche ist seit Jahren ungesund. Airlines probieren mit Dumpingpreisen, sich zulasten der Beschäftigten und des Klimas gegenseitig auszustechen. Die Flugindustrie wird sich auch aufgrund der Klimakrise massiv verändern müssen. Es ist beschämend, dass Lufthansa-Boss Spohr notwendige Klimaauflagen pauschal ablehnt und gleichzeitig erwartet, dass die Lufthansa vom Staat in jeder Krise gerettet wird. Während viele Airlines ohne nennenswerte Auflagen durch Rettungspakete gestützt wurden, leiden die Beschäftigten unter Zukunftsängsten. Für uns Grüne ist klar: Die Krise der Flugindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Während Corona wurden über 7 000 Flugverbindungen gestrichen. Viele Airlines haben geltende Gesetze gebrochen und alles dafür getan, dass Passagiere ihre Ticketkosten nicht oder nur verspätet erstattet bekamen. Dies hat der Europäische Rechnungshof in einem Bericht sehr eindrucksvoll belegt: keine klaren Ansprechpartner, stundenlange Warteschleifen und missleitende Formulare. Anstatt sich an die Seite der Kundinnen und Kunden zu stellen, haben 15 Mitgliedstaaten sogar Sonderregeln für die Airlines geschaffen. Das kritisieren wir Grüne.

Die Richtlinie zur Stärkung von Flugpassagierinnen— und Flugpassagierrechten wird seit Jahren aus den Hauptstädten blockiert, auch von der deutschen Bundesregierung. Es wird Zeit, die Blockade zu beenden und Kundinnen- und Kundenrechte endlich durchzusetzen.

Marco Campomenosi, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria grazie per essere qui, certo insieme a noi, quando parliamo di queste cose sarebbe importante ci fosse anche la Commissaria alla Concorrenza, perché io sono assolutamente convinto che la crisi dell'aviazione non nasca con il Covid, che certo l'ha accentuata, ma non dipenda neanche da errori di management, che certo ci sono anche stati, ma è impossibile che troppi errori siano stati commessi e che il modello di business non sia redditizio per così tanti soggetti in un continente così ricco e importante.

Quindi credo che, alla luce di tutto questo, dovremo anche prendere in considerazione la possibilità di modificare queste norme sulla concorrenza, che hanno creato una situazione per cui le compagnie aeree si trovano troppo spesso nella situazione per essere competitive di comprimere i diritti dei lavoratori o i diritti dei passeggeri, cosa che non possiamo accettare nell'uno e nell'altro caso.

C'è un esempio nel mio paese, Air Italy, una società che è in liquidazione, una crisi che nasce da prima del Covid e abbiamo la necessità, con strumenti di diritto sociale, di introdurre e continuare a investire su ammortizzatori che servano per far sì che le professionalità, specialmente del personale di volo, siano garantite, expertise dato da brevetti, da licenze che devono essere rinnovati, perché altrimenti questi soggetti non potranno entrare più nel mondo del lavoro, magari anche su soggetti nuovi che si affacceranno sul mercato speriamo con prospettive di medio e lungo termine.

Per questo però occorre che la Commissione europea agisca senza pregiudizi ideologici e senza furore ideologico, perché è chiaro che ci troviamo di fronte a un impatto sociale, ma dobbiamo anche preservare un patrimonio di professionalità che i lavoratori di tutta Europa hanno acquisito in questi anni e che deve essere preservato per renderci competitivi per il futuro.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Branżę lotniczą dotknął kryzys bez precedensu, w zaledwie kilka tygodni jeden z najważniejszych sektorów naszej gospodarki praktycznie przestał funkcjonować. Nikt nie ma wątpliwości, że dramatyczne skutki załamania z ostatnich miesięcy linie lotnicze i ich pracownicy będą odczuwać bardzo długo, o czym Pani Komisarz mówiła.

Takie działania jak uelastycznienie zasad przydziału lotów na starty i lądowania czy zmiana zasad przyznawania pomocy publicznej były krokiem właściwym i potrzebnym. Warto docenić także postawę samych linii lotniczych, które starały się maksymalnie ułatwić pasażerom zmiany rezerwacji oraz bardzo szybko wprowadziły środki bezpieczeństwa sanitarnego na pokładach swoich samolotów.

Wywieranie na branżę lotniczą dodatkowej presji w postaci nowych regulacji w zakresie emisji czy praw socjalnych to najgorszy możliwy wybór w tym trudnym momencie. Konkurencja z państw trzecich na pewno wykorzysta rosnącą presję kosztową i dodatkowe obciążenia nakładane na naszych przewoźników.

Nie możemy też rezygnować z inwestycji w nowoczesną infrastrukturę lotniczą taką jak realizowany przez polski rząd centralny port komunikacyjny. Nowoczesne i dobrze skomunikowane lotniska z pewnością pomogą odbudować zaufanie pasażerów, a także przyczynią się do likwidacji krótkich połączeń.

Sandra Pereira, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, as restrições à mobilidade impostas pelas medidas de contenção da COVID-19 paralisaram cerca de 2/3 do tráfego global conduzindo o setor à maior crise de sempre sendo necessários apoios para salvaguardar empregos, rendimentos dos trabalhadores e a viabilidade das empresas.

É verdade que muitos desses apoios vieram das instituições europeias, mas foram diferenciados e discriminatórios, ficando em causa a sustentabilidade de várias companhias de bandeira. As principais vítimas são os trabalhadores, confrontados com despedimentos, perdas de salário, precariedade e exploração. Uma situação inaceitável que não começou com a COVID-19, que apenas agravou e expôs a lógica da desregulação, liberalização, descentralização e aumento da exploração e precariedade verificada nas últimas décadas resultante das políticas da União Europeia para o sector.

Por fim, uma palavra de solidariedade aos trabalhadores da TAP que estão confrontados com a redução de direitos e com despedimentos. O número de despedimentos continua a subir e hoje foi notícia que mais de 100 trabalhadores serão despedidos. Alguns dos responsáveis estão aqui bem diante dos nossos olhos. A luta continua.

Helmut Geuking (PPE). – Herr Präsident! So viel vorweg: Natürlich hat COVID-19 seine Spuren hinterlassen, und natürlich ist die Luftfahrtindustrie mit 90 Prozent Rückgang massiv gebeutelt worden. Und natürlich gibt es Massenarbeitslosigkeit in diesem Sektor, und es wird sie auch zunehmend geben, nicht nur bei der Luftfahrt, bei den Airlines, sondern auch in den Produktionsstätten, in den Zulieferfirmen und auf den Flughäfen.

Glauben Sie nicht, Frau Kommissarin, dass wir jetzt in der Zeit angekommen sind, wo wir endlich handeln müssen für eine moderne, innovative europäische Mobilitätsorganisation, wo wir ein Mobilitätskonzept auf den Tisch legen müssen, wo wir die Flugzeuge vom Himmel holen und sagen müssen: Innereuropäische Flüge sind überflüssig, weil wir das Schienennetz stärken und Metropolen in Europa miteinander verbinden werden? Da müssen wir das Geld investieren, denn wir haben doch – das ist doch nichts Neues – auch nebenher diese Klimakrise, die wir bewältigen müssen. Wir können eigentlich nur dankbar sein, dass die Flüge um 90 Prozent zurückgegangen sind. Das Klima wird es uns zumindest danken.

So, und jetzt ist doch die Zeit gekommen, wo wir neue Wege gehen und nicht nur andenken müssen. Es ist nicht die Zeit des Gießkannenprinzips, um Arbeitsplätze zu retten, sondern es ist die Zeit, auf alternativen Wegen neue, innovative Arbeitsplätze zu schaffen. Das heißt, das Schienennetz auszubauen – auch der Transrapid wäre durchaus wieder eine Sache, die man andenken sollte für Europa, um Metropolen zu verbinden. Es ist keine Alternative, von Berlin nach Madrid oder nach Mailand zu fliegen, sondern die Alternative ist es, in einen Transrapid oder in einen Schnellzug einzusteigen und in zwei oder drei Stunden da zu sein. Das ist die Alternative. Wir brauchen moderne, neue, innovative Mobilität.

Nur ist das Schlimmste an dieser Krise, dass den Firmen die Innovations- und Forschungsmöglichkeiten genommen werden, weil die Gelder fehlen – das heißt Innovations- und Forschungsmöglichkeiten für alternative Antriebsarten, für alternative Brennstoffe, für das, was dringend notwendig ist in der heutigen Zeit. Auch da müssen wir punktuell ansetzen, dass wir hier weiterkommen, dass die Antriebsarten entsprechend nicht nur modernisiert werden, sondern auch entsprechend umweltgerecht werden, und dass wir die Flugzeuge umrüsten und Flugzeuge, die mehr als 18 Jahre alt sind, vom Markt nehmen können.

Dafür brauchen wir ein europaweites Mobilitätskonzept, hinter dem wir alle geschlossen stehen können. Und dafür sollten wir Geld verwenden.

Alex Agius Saliba (S&D). – B'riskju li nitlef it-titjira tieghi lllum, iddeċidejt illi huwa aktar importanti li nkun hawnhekk niddefendi d-drittijiet u l-kundizzjonijiet tax-xogħol tal-haddiema li jahdmu fis-settur tal-avjazzjoni, inklużi l-haddiema tal-linja nazzjonali Maltija – l-Air Malta. Is-settur tal-avjazzjoni għandu wiċċ uman ukoll u dan huwa l-wiċċ tal-haddiema li matul dawn l-aħhar xhur kellhom iħallsu l-ogħla prezz għall-pandemija – l-ogħla prezz fl-aktar żmien storikament diffiċli f'dan is-settur. L-impatt negattiv tal-pandemija kompli jżid mal-pressjonijiet li kienu diġà jinħassu qawwjin hafna f'dan is-settur minhabba l-forzi kompetittivi tas-suq. Għalkemm il-Kummissjoni għenet lis-settur, f'tit li xejn sar sabiex nghanu lill-haddiema. Illum qabel għada l-Kummissjoni trid tiehu azzjoni sabiex tipprotegi l-haddiema fis-settur tal-avjazzjoni u tiżgura li d-drittijiet bażiċi tagħhom jiġu dejjem issalvagwardjati. Kummissarju, jekk jogħġbok, hu azzjoni lllum qabel għada għaliex kapaċi għada jkun tard wisq.

Sylvie Brunet (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, que ce soit l'émergence de structures commerciales transnationales avec des bases dans toute l'Europe, l'incertitude juridique, différents niveaux de protection sociale pour les travailleurs, la multiplication des formes d'emploi atypique pour les équipages ou encore la perte de nouveaux emplois avec l'apparition de faux travailleurs indépendants: le secteur de l'aviation a été affecté ces dernières années par de profondes mutations. La crise de la COVID-19 et ses conséquences économiques et sociales ne feront que les aggraver avec le risque que cette situation ne conduise à davantage de suppressions d'emplois ainsi qu'à une nouvelle dégradation des conditions générales et en particulier de concurrence.

Plus que jamais et de manière prioritaire, cette situation mérite toute notre attention. Nous appelons la Commission européenne et les États membres à agir afin de promouvoir un transport aérien socialement responsable et durable au sein de l'Union européenne. Cela doit passer par la défense des droits sociaux, le renforcement de la sécurité juridique, l'application effective des règles existantes ainsi que leur clarification quand cela est nécessaire. À cet effet également, la prise en compte de la dimension sociale lors de la prochaine révision du règlement n° 1008/2008 est primordiale. Nous attendons des mesures fermes. Ce n'est que de cette manière que nous pourrions assurer une connectivité socialement responsable en Europe et que nous garantirions que le secteur aérien sorte plus fort et plus résilient de cette crise sans précédent.

Guido Reil (ID). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin kein grüner Vielflieger. Ich bin in den letzten zehn Jahren einmal geflogen. Ich fahre lieber mit der Bahn und bleibe auf dem Boden. Genau wie das Rückgrat der deutschen Flugindustrie – das Bodenpersonal, diejenigen, die sich um die Sicherheit kümmern, das Gepäck, das Catering.

Ihnen ging es vor der Krise schon nicht gut. In der Regel arbeiten in diesem Bereich Migranten für Leiharbeitsfirmen im Niedriglohnsektor. Und wie ist es ihnen in der Krise ergangen? 191 000 Mitarbeiter haben ihren Job verloren oder sind in Kurzarbeit. Aber es gab ja großzügige Unterstützung. Ist sie bei den Schwächsten angekommen? Von den Unterstützungsgeldern haben die Fluggesellschaften 32 Milliarden erhalten und die Flughäfen 2,85 Milliarden. Nicht einmal 10 % sind wieder bei den Schwächsten gelandet, und das ist eigentlich in jedem Bereich so, wo Fördergelder und Unterstützungen geflossen sind. Die, die schon viel haben, haben noch etwas bekommen.

Aber Corona kann ja nicht ewig dauern. Es muss ja bald wieder aufwärtsgehen. Aber dann kommt das nächste Problem, dann kommen die Folgen des *Green Deal* für die Flugindustrie, und da hat sich, Gott sei Dank, die Lufthansa ganz deutlich geäußert. Ein Sprecher der Lufthansa sagte: „Nur starke und wettbewerbsfähige Unternehmen sind in der Lage, in neue Technologien zu investieren.“ In Deutschland werden Fluggesellschaften durch die Flugverkehrssteuer, das ETS und CORSIA dreifach belastet, während Fluggesellschaften aus der Türkei, den Golfstaaten und Asien nach ganz anderen Umwelt- und Sozialstatuten operieren können.

Aber das kann den Grünen ja egal sein. Wenn es die Lufthansa einmal nicht mehr gibt, dann sitzen sie eben im Regenbogen-T-Shirt in einer Maschine von Qatar Airways und fliegen in die bunte, vielfältige Zukunft. Nur nicht an Bord sein werden die 600 000 Beschäftigten der deutschen Flugindustrie.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Lotnictwo cywilne znajduje się w największym kryzysie od zakończenia II wojny światowej. Dlatego niezbędne są wszelkie środki służące odbudowie unijnego sektora lotnictwa. Jest to konieczne w związku z dramatycznym spadkiem ruchu lotniczego. W moim kraju, w Polsce, w 2020 r. nastąpił spadek międzynarodowych przewozów pasażerskich o 70% w stosunku do 2019 r. Z prognoz przedstawionych przez Międzynarodowe Zrzeszenie Przewoźników Powietrznych wynika, że powrót do stanu sprzed pandemii COVID-19 potrwa co najmniej kilka lat. Odbudowa skali połączeń do poziomu z 2019 roku przewidywana jest na lata 2023-24. Dlatego podejmowane działania, które mają przywrócić zaufanie do podróżowania, takie jak unijne certyfikaty covidowe oraz formularze lokalizacji pasażera, są bardzo istotne dla odbudowy ruchu lotniczego, ale nie są wystarczające. Należy też mieć na uwadze, że wszelkie działania, jak nakładanie nowych obowiązków czy podatków, w najbliższych latach powinny być poprzedzone rzetelną analizą skutków pod kątem ich wpływu na odbudowę sektora lotnictwa. Należy rozważyć zaniechanie stosowania środków ograniczających dynamikę rozwoju, jeśli skuteczność zastosowanych obciążeń może być niższa niż ponoszone koszty. Dlatego chciałabym zapytać, w jaki sposób, oprócz wprowadzenia zielonego zaświadczenia cyfrowego, można poprawić koordynację ograniczeń związanych z podróżami i wymogów sanitarnych, aby zapewnić spójność działań państw członkowskich, zwiększyć pewność podróżowania i zachęcić konsumentów do zakupu biletów.

Pernando Barrena Arza (The Left). – Señor presidente, señora comisaria, el aeronáutico es un sector estratégico de la Unión que cuenta con más de 600 000 puestos de trabajo directos.

Los fabricantes de aeronaves se han visto afectados por la cancelación de entregas y, solo en el País Vasco, 600 trabajadores han perdido su empleo. Ha desaparecido el 20 % del sector por los despidos en Aernnova, ITP, Alestis, Aciturri y Lauak, y esto sitúa a la Comisión Europea ante la necesidad de tomar medidas al respecto.

Es necesario hacer una defensa decidida del empleo del sector y de su futuro, porque los despidos relacionados con la pandemia no son aceptables. Estamos hablando de una situación absolutamente circunstancial. Y hay que proteger al sector de las deslocalizaciones, consecuencia de las grandes operaciones de compraventa que se están dando en el contexto de la pérdida de valor de algunas compañías. La Unión no puede dar facilidades para que se cree una concentración oportunista al rebufo de la pandemia.

Y, finalmente, el gran reto del sector de la aeronáutica pasa también, en este caso, por la transición ecológica. Al igual que se está haciendo, con mayor o menor acierto, en el sector de la automoción, el sector de la aeronáutica necesita de un plan público para su acople a los objetivos del Pacto Verde y así proteger prioritariamente el empleo de miles de trabajadores y trabajadoras.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule preşedinte, doamnă comisar, stimaţi colegi, eu consider că cea mai bună protecţie socială o poate asigura o companie viabilă, puternică din punct de vedere economic. Eu cred că trebuie să fie sprijinite companiile din această industrie, dar nu numai cele care zboară, companiile aeriene, ci şi companiile de servicii de trafic şi aeroporturile.

Numai așa pot să iasă din această criză și, în același timp, Comisia să supravegheze ca aceste ajutoare să nu influențeze o competiție corectă. A început să se refacă traficul, am ajuns la două treimi, însă trebuie să țineti cont că, pe lângă criza Covid-19, aceste companii traversează și o perioadă complicată din cauza pactului ecologic.

Sunt voci care spun că trebuie să închidem zborurile, să interzicem zborurile, și, în același timp, să mărim prețurile, dar, în același timp, spun să protejăm lucrătorii. Cred că a interzice zborurile și a proteja lucrătorii nu pot fi împreună sub nicio formă. Deci eu cred că mobilitatea este un drept al cetățeanului european și această mobilitate trebuie asigurată prin toate mijloacele de transport.

Cea mai bună soluție pentru aviație este să avem cercetare, dezvoltare și să ajungem la un transport sustenabil și îmi pare rău că există discurs dublu. Vrem sustenabilitate din punct de vedere ecologic dar, în același timp, nu vrem să dăm mai mulți bani la Clean Sky. Singurul grup care a susținut mărirea bugetului la Clean Sky a fost Grupul PPE. Cred că în continuare se mai poate face ceva în acest sens, iar despre relațiile de muncă, să fie în conformitate cu legislația fiecărui stat membru.

Isabel García Muñoz (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, la COVID-19 ha supuesto un golpe sin precedentes en el sector de la aviación. Todos somos conscientes de ello, y es urgente trabajar en su recuperación. Además, llevamos años pidiendo una agenda social para la aviación y la revisión del Reglamento (CE) n.º 1008/2008, que está abierta y en *stand-by* desde 2015, algo incomprensible.

Si las condiciones de trabajo del sector ya eran precarias, con formas de empleo atípicas, dumping social y competencia desleal, tras la pandemia aún lo son más. Hay que actuar ya.

La propia Comisión reconocía en 2019 la existencia de prácticas abusivas que burlan la legislación social nacional y europea. Y, como ha dicho, comisaria, en la Estrategia de Movilidad Sostenible e Inteligente, prometió una propuesta de revisión para finales de este año.

Necesitamos que la aviación se recupere para asegurar la conectividad y la cohesión de todos los territorios europeos, pero debe hacerse de una manera sostenible y socialmente responsable. Hay que asegurar unas condiciones de trabajo decentes para todo el personal. Y me gustaría pedirle a la Comisión que sea una verdadera aliada en este camino y que actúe en consecuencia. Responsabilidad y competitividad no tienen que estar reñidas.

Dominique Riquet (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, nous parlons aujourd'hui de l'impact de la crise COVID-19 sur le transport aérien des personnes et toute la filière. Nous connaissons la sévérité de l'impact. Nous apprécions mal la suite, compte tenu de l'incertitude sur la pandémie, de l'incertitude sur les modèles économiques et leur transformation, de l'incertitude aussi de la «reprise» de l'activité globale. Quatrième incertitude: celle des contraintes qui vont peser pour des raisons notamment environnementales.

L'Union et les États membres ont été présents et ont répondu présent à cette première crise, et apprécient effectivement et apprécieront au fur et à mesure les besoins. Nous resterons très attentifs, par exemple aux règles d'attribution des créneaux horaires que la Commission va probablement reprouver, réexaminer. Notre vigilance reste bien sûr entière sur la concurrence internationale et le triple enjeu. L'effort qui a été réalisé par l'ensemble des pouvoirs publics – l'Union d'un côté, les États membres de l'autre – appelle des contreparties de la part des compagnies, notamment en ce qui concerne le respect des droits sociaux pour leurs employés et le respect des droits des passagers. Il n'y a pas eu un effort général des collectivités, de nous tous, pour que ce soit, au moment de la crise, un phénomène d'application qui permette aux compagnies, à un certain moment, de réaliser des régulations et des arbitrages qui sont hors de propos. Nous pensons que l'effort de tous, y compris des compagnies, doit aller en direction de la reprise, de la restauration et de la préservation des droits de tous.

Clare Daly (The Left). – Mr President, European pilots and crews have been the victims of bogus self-employment and social dumping for years, and post-pandemic it's only going to get worse. We've already heard Ryanair's Michael O'Leary bragging about how the pandemic will be a huge opportunity and how the payroll bill will be a lot smaller, with Wizz Air following suit. Against this backdrop, for DG MOVE to tell the trade unions – a point echoed by the Commissioner here today – that the national courts were the most efficient way for aircrew to assert their rights is simply unacceptable.

Do you not know of the Ryanair Mons case, which took 10 years for the Court of Justice to rule on applicable law for crew? Ten years of horrific hardship for our airline workers. Do you not know that the expert group on social matters related to air crew has demanded legal clarity on applicable labour law, such as defining operational base and home base?

It's really time for the Commission to act on this. Can the Commissioner please spell out the timetable for the revision of Regulation (EC) No 1008/2008. Will it commence this year? Will it be concluded in a matter of months? Will there be specific legislation to swiftly deal with these issues? Otherwise, it's all hot air, and we're jeopardising our workers and those who travel with them.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, Ireland being an island, is very dependent on, and indeed grateful to, our two main airlines – Ryanair and Aer Lingus. Indeed, as is the case across the EU, many jobs and livelihoods depend on them. Therefore, the drop in air traffic by over 66% which we've experienced since the start of the pandemic must be met with a comprehensive action plan to help the aviation industry soar back into the skies once again.

In light of these challenges, I welcome that the Commission has put forward a number of emergency measures, such as rolling out the digital green certificate, decreasing slot usage thresholds for airlines and providing guidelines on COVID-19 testing and quarantine for air passengers. The EU is listening to industry voices who are asking for greater understanding and support.

Moving forward from COVID-19, it is important to remember that we can take positive steps to encourage investment in the green transition. We can increase the long-term resilience of the aviation industry by making firm level of support decisions contingent on environmental improvements. This will allow the EU to address the issue of sustainability along the whole aviation value chain, including among aircraft manufacturers and airports.

The digital COVID certificate is a welcome first step for the aviation industry, in what I hope will be a package of measures to continue to facilitate the exercise of free movement for all our citizens across the European Union.

The aviation industry can emerge, and must emerge, from the pandemic both cleaner, greener and stronger.

Alicia Homs Ginel (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, hace un par de meses, una servidora defendía en este Pleno que la movilidad laboral en la Unión Europea debía avanzar hacia un modelo más libre, más justo y más seguro.

Sin embargo, las prácticas que hemos visto en el sector aéreo durante los últimos años no solo distan mucho de suponer un avance para todos los trabajadores y trabajadoras del sector, sino que son contrarias al Derecho europeo: salarios por debajo del mínimo interprofesional; contratos de cero horas; programas de pago por vuelo; cesión ilegal de trabajadores; trabajadores que son reemplazados por falsos autónomos; falta de protección jurídica; obstáculos a la sindicalización y la negociación colectiva; y así un largo etcétera.

Esta es la realidad de lo que sucede a día de hoy en la Unión Europea. Se ha creado una carrera hacia el abismo, hacia el abismo de la precarización de un sector, como el aéreo, que es vital para España y, sobre todo, para Europa.

La falta de adecuación del Reglamento (CE) n.º 1008/2008 da pie a que aquellas compañías que basan su modelo de negocio en la precariedad eludan el cumplimiento de la ley. ¿No cree que es hora de que procedamos a la revisión inmediata de este Reglamento? ¿No cree que es hora de desarrollar medidas jurídicas para garantizar la igualdad de condiciones y la seguridad jurídica para las tripulaciones?

El mercado único no es una jungla. Actuemos para evitar que se utilice como pretexto para socavar los derechos fundamentales y perpetuar condiciones de trabajo precarias.

Vlad Gheorghe (Renew). – Domnule președinte, transportul și turismul sunt domenii esențiale pentru economia Uniunii Europene. Sectorul aviatic contribuie major la redresarea afacerilor din toate statele membre. Nu putem concepe o revenire economică fără zboruri accesibile, regulate și sigure în întreaga Uniune.

Pandemia a afectat diferit transportul aerian în țările Uniunii. Acele companii cu probleme anterioare COVID-19, cu management defectuos, ineficiente au trebuit să fie salvate de la faliment. Cu ele, Uniunea a salvat mii de locuri de muncă afectate de restricțiile de călătorie. Dar obiectivul nostru acum nu este doar redresarea economiei Uniunii, ci și reziliența, să fim mai bine pregătiți pentru următoarea criză.

Adesea, o proastă gestionare a companiilor aeriene și a infrastructurii aeroportuare are la bază corupția. Trebuie să ajutăm companiile aeriene să-și depășească problemele structurale. Trebuie să colaborăm mai bine și să oferim condiții de călătorie previzibile și uniforme. Trebuie să reducem birocrația și să lărgim spațiul Schengen. Trebuie să sprijinim competiția corectă, să oferim locuri de muncă stabile și să garantăm drepturile călătorilor. Avem datoria să luăm toate aceste măsuri pentru revenirea sectorului aviatic.

Aș aprecia poziția Comisiei în acest sens.

Josianne Cutajar (S&D). – Mr President, Commissioner, colleagues, the aviation sector and its workers are looking to Europe for help. Europe must respond. COVID-19 has created an unprecedented crisis which, if not addressed correctly, could lead to serious consequences: loss of connectivity, bankruptcy of regional airlines, financial difficulties for aviation-dependent companies, and higher costs for consumers.

To avoid such consequences, the Commission must continue its relaxed state aid rules and promote public-private financial assistance. However, this should come with a condition. Even before Covid, another crisis was plaguing this industry. Increased competition led to a race to cut costs.

The first to pay the price: workers. The result: among many, precarious atypical forms of employment. Such practices, as will help the sector recover, we must make sure that they become history. The Commission, the EU, must resolve the legal uncertainty surrounding contracts. We need to effectively apply the European Pillar of Social Rights to aviation legislation. We need, once and for all, to stand with aviation workers and ensure their rights.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, de luchtvaartsector stond al onder hoge druk vóór de coronacrisis en staat nu echt op springen. Prijsstunters grijpen hun kans om de oude reuzen uit de markt te beconcurreren, en deze concurrentie gaat ten koste van de werknemers en ten koste van de vliegveiligheid.

Onderzoek wijst uit dat de vliegveiligheid al langer in het geding was door oneerlijke concurrentie. Zo verdienen sommige mensen hele lage lonen, maar hebben ze wel een krankzinnig hoge werkdruk. Er is amper toezicht, er is een geringe meldingsbereidheid, en dit alles draagt bij aan de vliegveiligheid.

Juist in de lucht moet je elkaar blindelings kunnen vertrouwen. Je moet kunnen rekenen op je collega's: van beveiliging tot bagageafhandelaars en cabinepersoneel, iedereen draagt bij aan een veilige vliegomgeving en daarmee aan een veilige vlucht.

Daarom roep ik de Commissie op om sociale voorwaarden te stellen aan landingsrechten, om zo de arbeidsomstandigheden te verbeteren en de verkeersveiligheid te waarborgen.

Nog één opmerking over het steunprogramma aan KLM. Ja, we hebben hier vorige maand met veel overtuiging ingestemd met de toekenning van fondsen aan de KLM, maar er zijn veel meer mensen op Schiphol die hun baan in het geding hebben zien komen. En ik zou denken dat alle mensen op de luchthaven onze steun verdienen.

Adina-Ioana Vălean, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their interest and passion in tackling aviation issues. They were not only the ones reflected by the two questions, but we had a whole array of issues around aviation.

As Commissioner for Transport, I have learned that everyone is very interested in transport generally, and everyone has an opinion on transport. Of all the sectors and interconnection in transport, I would say that aviation creates more interest for everyone. Some love it, some do not love aviation that much but, for sure, nearly everyone has used, or is using either the services of aviation – meaning flying – or at least products that were transported by air.

The importance of the sector overall in our lives is something we cannot deny. This is a sector of highly-skilled people and high-end technologies, so it is a success of our European story, and it is here to stay, as much as the others. Of course, we had the crisis, which brought particularly significant challenges to the aviation sector, to the people who work there and all horizontal industry working for aviation.

I recall that we were all so shocked at the beginning, and were concerned about what we could do to help. Now, opinions have nuanced a bit, and some are asking if the help was good enough and if it is creating fair competition or not. Should we change the rules? Some are saying we should bring in further regulation or try to steer things from Brussels.

There are some things that are true. Aviation is required, as are other sectors, to decarbonise itself. It is required to have high standards in social matters, and we are on a good path towards this end. It is still true that it has to exist first in order to improve.

The whole COVID crisis made us think and introduce the resilience factor into our own policies. I'm saying all this because we are, of course, now seeing the strategy that we are going to put forward – the revision of Air Services Regulation – with the aims which we discussed, and I agree with you that we have to tackle this. All the reports are showing that we have to look at it. As I said, for example, in my initial statement, the fact is that we have to define the notion of operational base and other issues around the subjects covered by the Air Services Regulation.

But before doing that, we have to have an evaluation on the crisis situation and on the effects of the crisis. That's why we ordered a study, which is going to be conducted this year. Someone here asked me to give an exact timeline, so I'm telling you that the Commission proposal can be expected in the first quarter of 2022.

According to our better regulation standards, we will have this separate study. The work on the study and the impact assessment will be held in parallel. The two will go together so that, by the end of next year, we can propose something which would be honestly helpful. This is on the Service Regulation.

Some of you mentioned the topic of the decarbonisation of aviation. You can expect the 'Fit for 55' package, which would include – at least from our transport perspective – the issue of EU aviation, with the aim of helping the decarbonisation of the fuels used. Then, of course, there are other pricing measures, probably proposed by other DGs. In the end, there is no silver bullet for the decarbonisation of aviation. There is a basket of measures, but we have to be reasonable and smart, because we want to keep the competitiveness of the sector, we want to keep the highly-skilled jobs, and we have to take all these actions together with the industry. It cannot be done in an office in Brussels. We have a high responsibility towards the industry, and it is to help them to have the competitiveness and the economic viability to make the changes and the investments needed for the future of this transport sector.

Talking about the socially more-responsible sector, it should be recalled that achieving this is not something the Commission can do on its own. This requires the active participation and contribution of all parties concerned. Member States, the Commission, the other institutions, airlines, employers, workers' organisations – everyone should act together towards achieving this goal. It's not something which can be produced in a laboratory and then slotted into the system.

Again, I'm pleased by the strong interest of the European Parliament in this matter. I'm looking forward to working with you in the years to come for a successful review of the Service Regulation, which would help support the recovery and resilience of the industry in the short, medium and long term. Thank you very much. I'm looking forward to our next debate.

President. – The debate is closed.

This is not the final act of this week. We will have the announcement of the results at 16.30, but those who are not taking part in this very exciting point may already feel accompanied now by my very best wishes for the summer break.

Written statements (Rule 171)

Έλενα Κουντουρά (The Left), γραπτώς. – Η νέα εξαιρετικά μεταδοτική μετάλλαξη του ιού, σε συνδυασμό με τους αργούς ρυθμούς εμβολιασμού και τη χαλάρωση των περιοριστικών μέτρων, μας οδηγεί προς ένα τέταρτο κύμα που πολύ φοβάμαι ότι θα δώσει τη χαριστική βολή στις αερομεταφορές και τον τουρισμό. Η εναέρια κυκλοφορία έχει μειωθεί περισσότερο από δύο τρίτα σε σύγκριση με το 2019. Πολλές αεροπορικές εταιρείες μεταθέτουν ή ακυρώνουν δρομολόγια. Και κινδυνεύουν να χαθούν μόνιμα τα οφέλη που είχαμε εξασφαλίσει τα χρόνια πριν από την πανδημία για την ενίσχυση της συνδεσιμότητας προς όφελος περιφερειακών χωρών και απομακρυσμένων και νησιωτικών περιοχών, γεγονός για το οποίο είχα εργαστεί προσωπικά ως Υπουργός Τουρισμού της Ελλάδας την περίοδο 2015-2019, έχοντας εξασφαλίσει την καθιέρωση πολλών νέων απευθείας πτήσεων. Για την Ελλάδα και πολλές ακόμη χώρες και περιοχές της Ευρώπης, οι αεροπορικές μεταφορές είναι ζωτικής σημασίας, και ειδικά οι απευθείας πτήσεις είναι το κλειδί για ισχυρή τουριστική ανάπτυξη. Είναι λοιπόν επιβεβλημένη η στήριξη της αεροπορικής συνδεσιμότητας ειδικά για τις περιοχές που βρίσκονται μακριά από τα οικονομικά και πληθυσμιακά κέντρα της Ευρώπης. Η ΕΕ και τα κράτη μέλη πρέπει να είναι προετοιμασμένα να παρέμβουν με νέα μέτρα σε περίπτωση νέου κύματος. Όμως, η κρατική στήριξη δεν πρέπει να παρέχεται άνευ όρων: πρέπει να συνοδεύεται από δεσμεύσεις για την οικονομική, κοινωνική και περιβαλλοντική βιωσιμότητα του κλάδου.

(The sitting was suspended at 16.18)

17. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.30 Uhr wieder aufgenommen.)

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Der Präsident. – Die PPE-Fraktion hat dem Präsidenten einen Beschluss über die Änderung von Ernennungen in den Ausschüssen übermittelt. Dieser Beschluss wird im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und tritt am Tag dieser Ankündigung in Kraft.

19. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

22. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

23. Petitionen: siehe Protokoll

24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

25. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

26. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

27. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte

Der Präsident. – Die Protokolle der Sitzungen vom 5. bis zum 8. Juli 2021 werden dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die in diesen Sitzungen angenommenen Entschlüsse den in diesen Entschlüssen genannten Personen und Gremien übermitteln.

28. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

29. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.33 Uhr geschlossen)

30. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos